Quellen zur Geschichte

des Parlamentarismus und der politischen Parteien

DRITTE REIHE

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

Dritte Reihe
Die Weimarer Republik

Im Auftrage der Kommission
für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

herausgegeben von

Karl Dietrich Bracher, Erich Matthias und Rudolf Morsey

Band 6

Die Generallinie

Rundschreiben des Zentralkomitees der
KPD an die Bezirke 1929–1933

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

Die Generallinie

Rundschreiben des
Zentralkomitees der KPD
an die Bezirke 1929–1933

Eingeleitet von Hermann Weber
Bearbeitet von Hermann Weber
unter Mitwirkung von Johann Wachtler

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien
im Auftr. d. Komm. für Geschichte d. Parlamentarismus u. d. Polit. Parteien.
Düsseldorf: Droste.

Reihe 3, Die Weimarer Republik/hrsg. von Karl Dietrich Bracher . . .
Reihe 3, Bd. 6. Die Generallinie
NE: Bracher, Karl Dietrich [Hrsg.]
Die Generallinie: Rundschreiben d. Zentralkomitees d. KPD an d. Bezirke 1929 – 1933
eingeleitet von Hermann Weber. Bearb. von Hermann Weber unter Mitw. von Johann Wachtler.
Düsseldorf: Droste, 1981
(Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien: Reihe 3,
Die Weimarer Republik; Band 6)
ISBN 3-7700-5111-4

NE: Weber, Hermann [Bearb.]; Kommunistische Partei Deutschlands »Deutschland, Deutsches Reich«

© 1981
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien, Bonn

Verlag:
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1981

Gesamtherstellung:
Rheindruck GmbH, Düsseldorf

ISBN 3-7700-5111-4

Inhalt

	Seite
Einleitung:	
Die Generallinie	VII
I. Die Konzeption der KPD 1929–1933	IX
II. Innerparteiliche Auseinandersetzungen	LXXV
III. Zur Organisationsstruktur der KPD	LXXXIX
IV. Zur Edition	CXII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	CXVIII
Abkürzungsverzeichnis	CXX
Verzeichnis der Dokumente	CXXIII
Dokumente 1–92	1
Anhang:	
Dokumente 93–102	683
Register	719

Die Generallinie

Einleitung

von Hermann Weber

Der XII. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (16.–19. Juni 1929), der letzte in der Weimarer Republik, bestätigte und verschärfte jene politische Konzeption der KPD, die als „ultralinks" umschrieben werden kann.[1] Diese Linie, die in Übereinstimmung und nach Weisungen der Kommunistischen Internationale im Februar 1928 vorsichtig eingeleitet[2] und nach der „*Wittorf*-Affäre" im Oktober 1928 forciert wurde,[3] führte die KPD bis zum Machtantritt *Hitlers* mehr oder weniger konsequent durch, ja sie galt auch nach der Zerschlagung ihrer Organisation 1933, bis die Partei entsprechend der Kursänderung der Komintern 1934/35 zur „Volksfront"-Politik umschwenkte.[4]

Die ultralinke Generallinie von 1929 bis 1933 wurde von der Forschung in ihren Grundzügen und unter verschiedenen Aspekten bereits aufgearbeitet, auch sind inzwischen wichtige Dokumente dieser Politik veröffentlicht.[5] Doch erst die hier

---

1 Solche Positionen vertrat die KPD bereits in ihrer Frühzeit und in der Phase 1924/25, sie bedeuteten eine abstrakt-radikale Tendenz, die vorrangig die „Revolution" propagierte, Übergangsforderungen ablehnte und die Machtübernahme vorbereitete. Daraus ergab sich eine Ablehnung der Einheitsfront mit der SPD und anderen Organisationen und allgemeine Obstruktionspolitik. Vgl. Bahne, KPD S. 12. Weber I S. 18 f. und S. 239 ff. Weingartner S. 10 f. Wieszt S. 582 meint allerdings, die ultralinke Politik der Periode nach 1929 sei „ihrem Wesen nach" eine „rechte" (kommunistische) Politik gewesen.

2 Vgl. dazu: Hermann Weber, Zu den Beziehungen zwischen der KPD und der Kommunistischen Internationale. Dokumentation. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 16. Jg. 1968, Heft 2, S. 205 ff.

3 Vgl. Weber I S. 199 ff.

4 Vgl. Barbara Timmermann, Die Faschismus-Diskussion in der Kommunistischen Internationale (1920–1935). Diss. phil. Köln 1977, S. 402 ff. Vom DDR-Standpunkt aus: Siegfried Vietzke, Die KPD auf dem Weg zur Brüsseler Konferenz. Berlin (Ost) 1966 sowie: Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.–15. Oktober 1935), Hrsg. und eingeleitet von Klaus Mammach. Berlin (Ost) 1975.

5 Hier sei vor allem hingewiesen auf die Werke von Bahne, Weingartner und Wieszt. Vgl. außerdem Peer H. Lange, Stalinismus versus ‚Sozialfaschismus' und ‚Nationalfaschismus'. Göppingen 1969 sowie die bei Flechtheim S. 5 ff. und bei Enzo Collotti, Die Kommunistische Partei Deutschlands 1918–1933. Ein bibliographischer Beitrag. Mailand 1966, angegebene Literatur. An Dokumentensammlungen seien erwähnt: Antifaschistische Aktion. Dokumente und Materialien. Weber, Dokumente. Vgl. auch die Dokumente zur Komintern, u. a. Degras, Vol. III, 1929–1943. Theo Pirker (Hrsg.), Komintern und Faschismus 1920–1940. Stuttgart 1965. Weber, Kommunistische Internationale.
Auch die Literatur über die Komintern dieser Phase geht auf die KPD ein, so Gert Schäfer, Die Kommunistische Internationale und der Faschismus. Offenbach 1973, Nikos Poulantzas, Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus. München 1973, Timmermann, a. a. O. (Anm. 4).
Schließlich sei auf die Literatur verwiesen, die verschiedene Aspekte der KPD-Politik oder regionale Fragen untersucht, beispielsweise Rose-Marie Huber-Koller, Die kommunistische Erwerbslosenpolitik in der Endphase der Weimarer Republik, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 10. Frankfurt/M. 1977, S. 89 ff.; Hartmann Wunderer, Materialien zur Soziologie der Mitgliedschaft und Wählerschaft der KPD zur Zeit der Weimarer Republik, in: Ebd. 5, Frankfurt/M. 1975, S. 257 ff.;

abgedruckten „Rundschreiben" des Zentralkomitees (ZK), insbesondere seines Sekretariats, an die Bezirksleitungen der Partei, lassen diese Linie bis ins Detail erkennen und ermöglichen eine umfassende Einschätzung. Zugleich werden Kontinuität und Wandel der kommunistischen Politik von 1929 bis 1933 gegenüber vorherigen und späteren Perioden deutlich.[6]

Die KPD, an der Jahreswende 1918/19 gegründet, verstand sich als Fortsetzung des radikalen Flügels der deutschen Arbeiterbewegung. Die Zusammensetzung der neuen Partei war jedoch heterogen: einige bedeutende Marxisten standen an der Spitze, aber es gab nur wenige geschulte Kader, der Zulauf anarchistischer und abstrakt-radikaler Kreise führte zu putschistischen Tendenzen.[7] Die KPD mußte ihren politisch-ideologischen Standort zwischen Sozialdemokratie und Syndikalismus noch finden, wobei die ultralinken Vorstellungen in der Partei bis 1933 weiterwirkten. Eine Massenpartei wurde die KPD erst 1920.

Die Radikalisierung der deutschen Arbeiterschaft hatte zur Stärkung der USPD geführt, deren linker Flügel sich dem Kommunismus näherte. Im Oktober 1920 spaltete sich die USPD und im Dezember 1920 schloß sich die linke USPD mit über 350000 Mitgliedern, einem funktionierenden Parteiapparat und zahlreichen Tageszeitungen mit der knapp 80000 Mitglieder zählenden schwachen Parteiorganisation der KPD zusammen.[8] Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands bekannte sich zur Kommunistischen Internationale und zu Sowjetrußland. Sie erstrebte die Diktatur des Proletariats und das Rätesystem, und sie wollte ihre Organisation nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufbauen.[9] Im Parteienspektrum der Weimarer Republik bildete die KPD die äußerste Linke.[10]

Nach vergeblichen Aufstandsversuchen in der Krise bis 1923 blieb die KPD auch in der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik 1924 bis 1928 ein politischer Faktor mit etwa 100000 Mitgliedern und 3,2 Millionen Wählern (1928). Die Partei war jedoch in dieser Periode vor allem mit inneren Auseinandersetzungen beschäftigt, es kam zur Stalinisierung der KPD, d.h. zur völligen Abhängigkeit von der Komintern und der UdSSR, zur Zentralisierung und der Herrschaft des Parteiapparats.[11]

Freya Eisner, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik. Frankfurt/M. 1977; Steffen Lehndorff, Wie kam es zur RGO? Frankfurt/M. 1975; Beatrix Herlemann, Kommunalpolitik der KPD im Ruhrgebiet 1924–1933. Wuppertal 1977; Siegfried Bahne, Die KPD im Ruhrgebiet in der Weimarer Republik, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Wuppertal 1974, S. 315 ff.; Luitwin Bies, Klassenkampf an der Saar 1919–1935. Frankfurt/M. 1978. Auf die umfangreiche DDR-Literatur sei hier nur pauschal verwiesen.

6 Zur Periode 1924 bis 1929 vgl. Weber I und II, zur Phase nach 1933 Horst Duhnke, Die KPD 1933 bis 1945. Köln 1972.

7 Vgl. dazu Hermann Weber (Hrsg.), Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien. Frankfurt/M. 1969.

8 Zur USPD vgl. Robert F. Wheeler, USPD und Internationale. Frankfurt/M–Berlin (West) 1975; Hartfrid Krause, USPD. Frankfurt/M. 1975.

9 Zur KPD in dieser Phase vgl. Werner Angress, Die Kampfzeit der KPD 1921–1923. Düsseldorf 1973.

10 Die Versuche links von der KPD stehender Gruppen zur Parteienbildung scheiterten praktisch. Vgl. Hans Manfred Bock, Geschichte des „linken Radikalismus" in Deutschland. Ein Versuch. Frankfurt/M. 1976; Rüdiger Zimmermann, Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1978.

11 Vgl. dazu Weber I und II.

Mit der Weltwirtschaftskrise verstärkte sich der Zulauf zur KPD (1928: 130000 Mitglieder und 3,2 Millionen Wähler, Ende 1932 252000 Mitglieder und 6 Millionen Wähler). Unter dem Einfluß der Komintern hielt die KPD an einer ultralinken Strategie fest, auch wenn es zwischen 1929 und 1933 zu taktischen Veränderungen der Generallinie kam.

Zum Verständnis der „Rundschreiben" soll zunächst auf einige Aspekte dieser Konzeption der KPD 1929 bis 1933 eingegangen werden. Es folgt eine Skizzierung der innerparteilichen Auseinandersetzungen und schließlich eine knappe Beschreibung der KPD-Organisationsstrukturen.

I. Die Konzeption der KPD 1929–1933

Die KPD-Politik 1929 bis 1933 zeigt durchgängig „unter dem Schlagwort ‚Klasse gegen Klasse' eine ‚ultralinke' Isolierungspolitik" *(Bahne)*,[12] d.h. die radikale Bekämpfung des bestehenden Staates und der Gesellschaft, aller übrigen Parteien, der Gewerkschaften usw. Im Gegensatz zur Periode der Realpolitik 1926/27 betrieb die KPD nunmehr reine Obstruktion, bekämpfte von linksradikalen Positionen aus alle politischen Kräfte als „faschistische" Feinde. Im Rahmen dieser Gesamtkonzeption gab es jedoch Nuancen, Schwankungen. So griff die KPD z.B. zeitweise nicht nur die SPD als Partei, sondern auch deren untere Funktionäre und Mitglieder an. Dann wiederum versuchte sie bei gleichzeitigem Angriff auf die Sozialdemokratische Partei, deren untere Funktionäre und Mitglieder für die „Einheitsfront von unten" zu gewinnen. Der Kampf gegen die Gewerkschaften wurde einmal mit dem Aufruf zum „Austritt" aus dem Verband der „sozialfaschistischen Verräter" gekoppelt,[13] dann wieder rief die Führung zu Aktivitäten innerhalb der Gewerkschaft auf.

In der Geschichtsschreibung der DDR werden nun bestimmte taktische Varianten überpointiert hervorgehoben, um ein falsches, ins SED-Geschichtskonzept passendes Bild der Generallinie zu vermitteln (angeblicher Kampf der KPD um die Einheitsfront und gegen den Faschismus).[14] Da auch in der nichtkommunistischen Literatur die Unterscheidung zwischen den grundsätzlichen Aussagen, der Generallinie, und den verschiedenen taktischen Wendungen nicht immer klar beschrieben und der jeweilige Stellenwert nicht verdeutlicht wird, erscheint es sinnvoll, die Konstanten der Politik 1929 bis 1933 herauszuarbeiten und die Varianten nachzuweisen. Dies ist mit der von der KP selbst benutzten Terminologie am einfachsten durchzuführen.

Strategie und Taktik

Stalin hatte bereits 1924 die militärischen Begriffe „Strategie und Taktik" auf die Politik kommunistischer Parteien übertragen. Er definierte die Strategie als „die Festlegung des Hauptstoßes des Proletariats auf der Grundlage der gegebenen

12 Bahne, KPD. S. 12.

13 Vgl. *Rote Wacht*, Organ der kommunistischen Seeleute und Hafenarbeiter, 2. Jg. 1931, Nr. 8.

14 So neuerdings wieder in: Geschichte der SED. Abriß. Vorbereitet von einem Autorenkollektiv beim Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin (Ost) 1978. Vgl. besonders S. 52 ff. Dazu Hermann Weber, Parteigeschichte als parteiliche Geschichte. Deutschland-Archiv 11. Jg. 1978, Nr. 12, S. 1291 ff.

Etappe der Revolution" und die Taktik als „Festlegung der Linie des Verhaltens des Proletariats für die verhältnismäßig kurze Periode von Flut oder Ebbe der Bewegung".[15]

In der Folgezeit wurden diese Formeln von den Kommunisten immer wieder benutzt, sie galten selbstverständlich auch für die KPD. So erklärte der KPD-Ideologe *Lenz-Winternitz* 1931 unter Berufung auf *Stalin*, es sei „die Aufgabe der Strategie, den Kampfplan für eine bestimmte Situation auszuarbeiten, die Aufgabe der Taktik hingegen, die Kampfmethoden und Kampfformen für eine bestimmte Situation auszuarbeiten".[16] Solche Aussagen und Definitionen sind alles andere als konkret. Doch obwohl sie fast Leerformeln sind, können die Begriffe hilfreich sein, da hierdurch die Unterschiede zwischen der kommunistischen Generallinie der gesamten Periode 1929 bis 1933 (Strategie) und den einzelnen Schwankungen dieser Generallinie (Taktik) begrifflich eingeordnet werden können, und zwar entsprechend der Terminologie der Kommunisten selbst. Denn für diese ist klar: „Die Taktik ist der Strategie untergeordnet."[17] Der höhere Stellenwert der Strategie, der ultralinken Generallinie, gegenüber jeweiligen taktischen Varianten ist damit belegt und kann Fehldeutungen verhindern.

Bisher hat die Geschichtsschreibung über die KPD diese kommunistischen Termini für die Einschätzung der Politik der Partei am Ende der Weimarer Republik nicht korrekt benutzt. Selbst Arbeiten aus der DDR, die ausdrücklich die „Strategie und Taktik" der KPD behandeln,[18] verwischen die Begriffe und kommen zu keinen klaren Aussagen. In der nichtkommunistischen Literatur wurde die gesamte ultralinke Generallinie der KPD 1929 bis 1933 als „ultralinke Taktik" apostrophiert,[19] oder nur zwischen linker und rechter „Taktik" unterschieden,[20] sowie

15 J. Stalin, Fragen des Leninismus. Moskau 1938, S. 73 ff. (auch enthalten in: J. W. Stalin, Werke, Bd. 6, Berlin (Ost) 1952, S. 134 ff.).

16 Joseph Lenz (d. i. Winternitz), Proletarische Politik im Zeitalter des Imperialismus und der proletarischen Revolution. I. Teil: Grundbegriffe der marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik. Berlin 1931, S. 42. Zur Kritik der Führung an bestimmten Teilen dieses Lehrbuches vgl. unten, Dok. 57. Diese Kritik richtete sich nicht gegen die Definitionen von Strategie und Taktik.

17 Ebd. S. 42. Ähnliche Definitionen gab es auch später. Vgl. z. B. Leninismus. Lesehefte für Schulen und Selbstunterricht. Heft 7: Die Strategie und Taktik der proletarischen Revolution. Moskau 1935. Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Lehrbuch. Berlin (Ost) 1960, S. 402 ff. Die SED bezeichnet heute die Strategie ähnlich wie *Stalin* als „Festlegung der Hauptstoßrichtung des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse und ihres Verhältnisses zu den verschiedenen sozialen Kräften in einer bestimmten Periode". Die Taktik dient danach „der Verwirklichung der Strategie, sie ist die Gesamtheit der Formen, Mittel und Methoden des Kampfes für das jeweilige strategische Ziel". Kleines Politisches Wörterbuch. 3. überarb. Aufl. Berlin (Ost) 1978, S. 888 f. Ähnlich definiert der sowjetische Band: Wissenschaftlicher Kommunismus. Berlin (Ost) 1972, S. 204 ff. Ein von einem DDR-Autorenteam verfaßter Band: Wissenschaftlicher Kommunismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium. Berlin (Ost) 1974, geht ausführlicher auf die beiden Begriffe ein. U. a. heißt es auch: „Die Strategie ist also die [. . .] Generallinie" der Partei. (S. 96). In der sechsbändigen „Geschichte der KPdSU" wurden zeitlich lange „strategische Hauptetappen" unterschieden. Vgl. Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 1973, S. 697.

18 Vgl. Siegfried Ittershagen, Heinz Karl, Walter Wimmer, Zur Entwicklung der Strategie und Taktik der KPD von der Novemberrevolution bis zur Brüsseler Konferenz. BzG 5. Jg. 1963, Heft 1, S. 32 ff. und Heft 2, S. 228 ff.

19 Bahne, KPD, S. 12.

20 Weingartner S. 10.

vielfach die Politik der ganzen Periode unter dem Begriff „Taktik" subsumiert.[21]

Allerdings hat auch die KPD selbst 1929 bis 1933 die Begriffe Strategie und Taktik keineswegs immer eindeutig (und im Sinne der *Stalin*schen Definition) gebraucht. So erklärte der XII. Parteitag der KPD 1929, die „vom 9. Plenum des EKKI. . . und dem 6. Weltkongreß der KI" veränderte Politik aufgrund einer „neuen revolutionären Welle" lediglich als „taktische Wende",[22] obwohl es sich nach kommunistischem Sprachgebrauch um eine „strategische Wende" handeln mußte. Der XII. Parteitag nahm auch eine Resolution „Unsere Strategie und Taktik in den Wirtschaftskämpfen und in der Gewerkschaftsbewegung" an, ohne darin eine klare Eingrenzung beider Begriffe vorzunehmen. Wiederum war nur von der „taktischen Wendung" in der Gewerkschaftsarbeit die Rede, allerdings auch von der „großen Wendung in der Politik [!] und Taktik".[23]

Umgekehrt sprach die KPD Ende 1930 von ihrer „strategischen Wende" (vgl. unten, Dok. 34), obwohl es sich hierbei nach der eigenen Terminologie nur um eine taktische Wende handeln konnte.

Trotz solcher Ungereimtheiten sollen hier die Begriffe Strategie und Taktik auf die KPD-Politik 1929 bis 1933 angewendet werden. Das „strategische Ziel" (das erst 1935 geändert wurde),[24] war die „sozialistische Revolution", der Umsturz des bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems, und die Errichtung der „Diktatur des Proletariats", des Rätesystems. Die Strategie der „dritten Periode" des „Kampfes Klasse gegen Klasse" blieb die generelle Politik der Jahre 1929 bis 1933, in der nun freilich zahlreiche „taktische" Ausformungen dieser Generallinie vorgenommen wurden. Diese Problematik wird hier etwas ausführlicher dargelegt, um zu zeigen, daß die ultralinke Generallinie von 1929 bis 1933 bzw. 1935 eine „strategische" Periode der KPD bildete, mit entsprechenden Konstanten ihrer Politik. Im Rahmen dieser Strategie kam es natürlich auch zu verschiedenen taktischen Varianten. Die verschiedenen Wendungen in der KPD-Politik 1929 bis 1933, gewissermaßen der Zick-Zack-Kurs der Partei, sind daher begrifflich als „taktische" Änderungen klar von der „strategischen" Gesamtkonzeption abzuheben.

Programmatik und ultralinke Strategie

Die KPD als Sektion der Komintern war nach den Statuten verpflichtet, deren politische Strategie zu übernehmen.[25] Nach der Stalinisierung der KPD (1924 bis 1929) wurde diese statutarische Verpflichtung ab 1929 praktiziert. Dabei waren die Rahmenbedingungen der KPD-Politik (Linie der Komintern und Situation in Deutschland) offenbar für die Generallinie der Partei gravierender als ihre Ideologie und Programmatik. Dennoch spielten Ideologie und Programmatik eine wesentliche Rolle. Sie dienten sowohl der Gewinnung von Anhängern als auch der Stabilisierung

21 Lange, a. a. O. (Anm. 5) S. 20 und 71, verwendet beide Begriffe für die gleiche politische Linie. Wieszt (S. 12 und 15) spricht allerdings auch vom „strategischen Ziel" und „Etappenziel".

22 Protokoll 12. Parteitag S. 9.

23 Ebd. S. 28.

24 Ittershagen u. a., a. a. O. (Anm. 18) S. 242. Ferner: Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriß. Berlin (Ost) 1970, S. 423 und 488.

25 Das wurde bereits 1920 in den „21 Bedingungen" zur Aufnahme in die Komintern gefordert. Vgl. Weber, Kommunistische Internationale S. 61.

der Partei. Im Selbstverständnis der Kommunisten hatten überdies Strategie und Taktik die Aufgabe, die programmatischen Ziele zu verwirklichen, die Programmatik war in der Sicht der Partei der Strategie und Taktik übergeordnet.

Schließlich ist für das Programmdenken der Kommunisten immer zweierlei wichtig: die große ideelle Kraft, die der Gedanke an das Endziel, die klassenlose Gesellschaft, auf die Anhängerschaft ausübt – obgleich die Vorstellungen von dieser Gesellschaft alles andere als konkret und anschaulich sind –, sowie die Aktualität und unmittelbar praktische Verbindlichkeit der Ideologie, die immer wieder zur Begründung der Politik herangezogen wird. Die ideologische Grundvorstellung, die in diesem Sinne der Strategie und Taktik vorgeschaltet war, lautete 1929 bis 1933 ungefähr so:[26]

Die KPD ist die konsequente Vertreterin der Arbeiterklasse, sie steht in der Traditionslinie der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Die Ideologie der KPD ist der Marxismus-Leninismus. In der Philosophie vertritt die Partei folglich den dialektischen Materialismus, der in der Praxis zum Atheismus verpflichtet. Die Geschichtsphilosophie ist der historische Materialismus, daraus ist abzuleiten: Die Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen. Im Weltmaßstab stehen sich Proletariat und Kapitalismus gegenüber. Ziel der KPD ist die klassenlose Gesellschaft durch Überwindung des Kapitalismus. Die Politische Ökonomie des Marxismus-Leninismus definiert die kapitalistische Produktionsweise mit ihren drei Merkmalen (Warenproduktion, Monopolisierung der Produktionsmittel durch die Kapitalistenklasse und auf Verkauf der Arbeitskraft beruhende Lohnarbeit) als System der Ausbeutung der Arbeiter, das zu wirtschaftlichen und politischen Krisen führt. Im 20. Jahrhundert hat sich der Kapitalismus zum Imperialismus entwickelt. Die Epoche des Imperialismus *(Lenin* charakterisierte ihn seiner inneren Struktur nach als Monopolkapitalismus, seiner außenpolitischen Wirksamkeit nach als Imperialismus und seiner historischen Bedeutung nach als verfaulenden, sterbenden Kapitalismus, als „Vorboten der nahenden Weltrevolution") ist die Periode des Krieges und der Revolution, die im Programm der Kommunistischen Internationale ausführlich dargestellt wurde.

Aus diesen philosophischen und politökonomischen Theorien resultieren die politisch-ideologischen Vorstellungen (später „wissenschaftlicher Kommunismus"

26 Eine zusammenfassende Darstellung der Theorie der KPD für die Mitglieder gab es nicht. Flechtheim (S. 328 f.) hat die 6 wesentlichen Punkte zusammengefaßt. Vgl. auch Weber I S. 57 ff. Das theoretische Organ *Die Internationale* sollte die Umsetzung der Theorie für die Funktionäre bewältigen, allerdings erschien das Monatsorgan in der zweiten Hälfte 1932 nur noch in größeren Abständen (Heft 6, Juni, Heft 7/8, August, Heft 9/10, September-Oktober war die letzte Nummer). Ursprünglich war das Standardwerk, in dem die Grundzüge der kommunistischen Ideologie zusammengefaßt waren: Das ABC des Kommunismus. Von N. Bucharin und E. Preobrashensky (1920). 1927 erschien: Das politische Grundwissen des jungen Kommunisten (Wien 1927). Eine Verbindung der Ideologie mit der Strategie enthielt auch: Programm der Kommunistischen Internationale. Angenommen vom VI. Weltkongreß am 1. September 1928 in Moskau. Hamburg–Berlin 1928 (abgedruckt in Weber, Kommunistische Internationale S. 165 ff.). Die KPD gab auch mehrere Schriftenreihen heraus mit Werken der „Klassiker" (Elementarbücher des Kommunismus), die „Marxistische Bibliothek – Werke des Marxismus-Leninismus", die „Lehrbücher für den proletarischen Klassenkampf" (Band 1: Leitfaden zur Geschichte der Arbeiterbewegung von Alexander Emel). Eine populäre Zusammenfassung der Parteitheorie enthält auch die Broschüre von Hermann Remmele, Kommunismus die einzige Rettung. Berlin o. J., die in 100 000 Exemplaren verbreitet wurde.

genannt) der deutschen Kommunisten. Deutschland stand in ihrer Sicht am Vorabend einer Revolution. Diese sollte sowohl die bisherige Wirtschaftsordnung wie die Staatsordnung vernichten und auch die „bürgerliche Demokratie" als eine Herrschaftsform des Kapitalismus überwinden:

Die proletarische Revolution zerstört diesen Staat und ersetzt ihn durch die Diktatur des Proletariats, deren adäquate Form das Rätesystem ist. Wegen des Widerstandes der Herrschenden ist ein Bürgerkrieg unausweichlich. Die Kommunistische Partei ist bei diesen Kämpfen die Vorhut der Arbeiterklasse, die im Sinne der marxistischen Theorie die Arbeiter und deren Bündnisgenossen (Bauern, Angestellte) führt. Die Spaltung der sozialistischen Bewegung war notwendig, weil die Sozialdemokratie zur Vertreterin der Arbeiteraristokratie, der vom Kapital bestochenen Oberschicht der Arbeiterklasse, geworden ist. Im Weltmaßstab fällt nun die Entscheidung für den weiteren Weg der Revolution. Die Sowjetunion als Vorposten dieser Revolution spielt dabei eine überragende Rolle. Die Komintern, die straffe Zusammenfassung aller Kommunistischen Parteien, die disziplinierte Weltpartei der Revolution, hat in dieser weltweiten Auseinandersetzung die Führungsrolle.

Die programmatischen Grundvorstellungen der deutschen Kommunisten waren identisch mit der Programmatik der Komintern und wurden letztlich von dieser bestimmt. Auf der Grundlage dieser Ideologie und Programmatik hatte die Komintern bis 1928 (entsprechend dem Kampf der KPdSU unter *Stalin* gegen den linken Trotzkismus) eine eher gemäßigte Politik durchgeführt und versucht, mit den Sozialdemokraten, vor allem den linken Sozialisten, zu einer Zusammenarbeit zu kommen (Einheitsfront). Typisch dafür war 1926 die Zusammenarbeit der KPD mit der SPD im Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung in Deutschland oder die versuchte Kooperation der sowjetischen mit den englischen Gewerkschaften.[27] Seit dem IX. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) im Februar 1928 zeichnete sich deutlich eine Linkswendung ab. Die neue ultralinke Strategie wurde dann vom VI. Weltkongreß der Komintern (Juli/August 1928) und der X. Tagung des EKKI (Juli 1929) festgelegt und von den beiden folgenden EKKI-Tagungen (März/April 1931 und August/September 1932) bestätigt.[28] Kurz zusammengefaßt kam die Komintern zu folgender Lagebeurteilung und entwickelte daraus die neue Strategie:

Die kapitalistische Gesellschaft ist in eine neue, die „dritte Periode" eingetreten, nach der revolutionären Krise bis 1923 und der relativen Stabilisierung ab 1924. Diese „dritte Periode" ist gekennzeichnet durch wirtschaftliche und politische Erschütterungen der kapitalistischen Länder Europas[29] und der Kolonien sowie eine

27 Zum Volksentscheid vgl. Ulrich Schüren, Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Düsseldorf 1978. Das Englisch-Russische Einheitskomitee wurde im Frühjahr 1926 gegründet. Vgl. Die Kommunistische Internationale, a. a. O. (Anm. 24), S. 284.

28 Vgl. dazu Protokoll des 6. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. 1928. Band 1–4. Hamburg–Berlin 1928. Protokoll. 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Juli 1929. Hamburg–Berlin o. J. (1929); D. S. Manuilski, Die Kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus. Bericht vor dem XI. Plenum des EKKI. Hamburg 1931; O. Kuusinen, Die Internationale Lage und die Aufgaben der Sektionen der Kommunistischen Internationale. (Bericht auf dem XII. Plenum des EKKI.) Moskau 1933.

29 Mit Recht weist Bahne darauf hin, daß die Wendung „in keinem ursächlichen Zusammenhang mit der erst später einsetzenden Wirtschaftskrise" stand. Bahne, KPD S. 12.

wachsende Kriegsgefahr, vor allem der Gefahr eines Angriffs kapitalistischer Länder auf die UdSSR. Aus dieser „objektiven" Lage erwartete die Komintern eine Radikalisierung der Arbeiterschaft und damit eine revolutionäre Situation. Gleichzeitig prognostizierte die Komintern eine „Faschisierung" der Sozialdemokratie und ein „Hineinwachsen" des bürgerlichen Staates in den Faschismus.

In dieser Situation sollte mit der Parole „Klasse gegen Klasse" einmal signalisiert werden, daß allein die Kommunisten die Arbeiterschaft vertreten würden und gegen alle übrigen politischen Kräfte kämpfen müßten. Andererseits sollte die Hauptaufgabe der Kommunistischen Parteien in wichtigen Ländern (vor allem in Deutschland) in der Vorbereitung der Revolution, dem Kampf um das Sowjetregime und die „Diktatur des Proletariats" liegen. Strategisches Hauptziel mußte daher die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter für die Kommunisten sein. Das bedeutete vor allem Kampf gegen die „faschisierte" Sozialdemokratie („Sozialfaschismus"), da diese die Arbeiter davon abhielt, zum Kommunismus überzugehen. Insbesondere die linken Sozialisten waren daher als Hauptfeind zu bekämpfen. Ansetzen wollte die Komintern bei wirtschaftlichen Kämpfen, um dann zu politischen Auseinandersetzungen überzugehen, was auch verstärkter Kampf gegen die Gewerkschaftsführungen bedeutete (notfalls bis zur Spaltung der Gewerkschaften).

Aus dieser neuen Strategie der Komintern lassen sich für die KPD von 1929 bis 1933 folgende verbindliche Konstanten ihrer Politik ablesen:

1. Die KPD mußte ihre ganze Kraft einsetzen, um ihr Vorbild Sowjetunion vor einem angeblich drohenden Überfall zu schützen. Schließlich erklärte die KPD: „Alle Anzeichen weisen mit zwingender Kraft darauf hin, daß auf der Tagesordnung der Geschichte vor allem ein Krieg steht: der Krieg der imperialistischen Großmächte gegen die Sowjetunion."[30]

2. Die KPD mußte den Kampf gegen die bestehende Regierung bzw. den Staatsapparat in den Mittelpunkt stellen, erwartete sie doch, daß mit dem „Heranreifen" der Revolution in Deutschland die „Frage des bewaffneten Aufstandes unvermeidlich auf die Tagesordnung treten wird".[31] Allerdings ist zu bemerken, daß die KPD trotz verbaler Thesen dieser Art in der Periode 1929 bis 1933 keine direkten Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand traf. Doch wurden im Zuge dieser Einschätzung grundsätzliche Unterschiede zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus geleugnet, da angeblich beides Staatsformen der „Diktatur der Bourgeoisie" waren und sich die Demokratie „faschisierte".[32]

3. In der neuen „revolutionären Welle" erhob die KPD den Anspruch, allein die Arbeiterklasse zu vertreten. Alle übrigen Parteien waren danach als konterrevolutionär, ja „faschistisch" zu bekämpfen. Differenzen im Parteiensystem erklärte die KPD als unwesentlich, da sie in allen anderen Parteien Organe des Kapitalismus sah.

---

30 Protokoll 12. Parteitag S. 301.

31 Waffen für den Klassenkampf. Beschlüsse des XII. Parteitages der KPD. Berlin o. J. (1929), S. 25.

32 So wurde in einem Beschluß des ZK Ende 1931 eine „liberale Gegenüberstellung von Demokratie und Faschismus, von Sozialfaschismus und *Hitler*-Faschismus" als „Hauptfehler" bezeichnet (*Inprekorr*, Nr. 1 vom 5. Januar 1932, S. 28). Auf der 3. Parteikonferenz im Oktober 1932 erklärte *Thälmann* die „bürgerliche Demokratie" sei „Diktatur der Bourgeoisie in ihrer verschleierten Form", der Faschismus die „offene, unverhüllte Diktatur" (Beschlüsse im Zitat, S. 18).

die den objektiv möglichen Sieg der KPD zu verhindern suchten. Auch die NSDAP („Nationalfaschismus") war in dieser Sicht nur eine gegnerische Partei unter anderen, auch wenn sie nach ihrem rapiden Wachstum die besondere Aufmerksamkeit der KPD erweckte. Da auch die NSDAP als „Agent" des Kapitals beurteilt wurde, konnte ihr die KPD keine besondere Eigenständigkeit zugestehen.

4. Hauptfeind innerhalb der Arbeiterklasse war für die KPD die Sozialdemokratie („Sozialfaschisten"), die es zu zerschlagen galt. Da die Sozialdemokratie in der „dritten Periode" sich „faschisierte", mit dem Staat verschmolzen war und die Arbeiter abhielt, zur KPD zu kommen, wurde jede Einheitsfront („Einheitsfront von oben") abgelehnt.[33] Durch die sogenannte „Einheitsfront von unten" sollte die SPD zersetzt sowie ihre Anhänger für die KPD gewonnen werden. Die linken Sozialdemokraten galten als „Hauptfeind [...], weil ihre Methoden zur Unterstützung der imperialistischen Politik die geschmeidigsten und wirksamsten"[34] seien. Gerade sie hielten bei der wachsenden Radikalisierung die Arbeiter (die in der KPD-Vorstellung sonst fast zwangsläufig zum Kommunismus stoßen würden) bei der Sozialdemokratie.

5. Auch die Freien Gewerkschaften wurden von der KPD als „faschisiert" und mit dem bürgerlichen Staatsapparat verwachsen bezeichnet. Daher mußte die KPD nicht nur die Gewerkschaftsführung bekämpfen, sondern auch eigene Organe zur Führung von Wirtschaftskämpfen bilden. Solche ökonomischen Kämpfe, Streiks usw. waren nach der Ansicht der KPD die beste Möglichkeit zur Erreichung der Arbeiter, wobei es vor allem unorganisierte Arbeiter zu gewinnen galt.

Diese strategische Konzeption der KPD blieb zwischen 1929 und 1934 konstant. Da die KPD an ihrer Einschätzung der „revolutionären Situation" festhielt, blieb für sie die Sozialdemokratie der „Hauptfeind", ein prinzipieller Unterschied zwischen SPD und NSDAP („Zwillingsbrüder")[35] wurde ebenso geleugnet wie ein genereller Gegensatz zwischen Weimarer Republik und Faschismus.

Im folgenden soll nun skizzenhaft und schematisiert (d.h. entsprechend den fünf Aspekten: Sowjetunion, Regierung, Parteien, SPD, Gewerkschaften) dargestellt werden, wie die taktischen Veränderungen dieser strategischen Konstanten der Politik aussahen. Um die Konzeption, in deren Rahmen die „Rundschreiben" zu sehen sind, zu verdeutlichen, werden andere Materialien zur Analyse herangezogen, vor allem die in KPD-Zeitschriften und -Zeitungen veröffentlichte offizielle Parteimeinung dokumentiert, und auch die bisherige Literatur zum Thema berücksichtigt. Um die Authentizität zu unterstreichen, werden vergleichsweise viele Zitate aufgenommen.

---

33 Zum Unterschied der „Einheitsfront von oben", des tatsächlichen Versuchs der Zusammenarbeit mit anderen Arbeiterorganisationen, und der „Einheitsfront von unten" vgl. Angress, a. a. O. (Anm. 9) S. 258 ff.; Bahne, KPD S. 22; Wieszt S. 47 ff.

34 Waffen für den Klassenkampf, a. a. O. (Anm. 31) S. 19.

35 Die KPD berief sich dabei auf *Stalins* These von 1924, Faschismus und Sozialdemokratie seien „keine Antipoden, sondern Zwillingsbrüder" (Stalin, Werke, Bd. 6, Berlin-Ost 1952, S. 252 f.). *Stalin* hatte die These von *Sinowjew* übernommen. Zur Entwicklung des Begriffs „Sozialfaschismus" vgl. Siegfried Bahne, „Sozialfaschismus" in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in: International Review of Social History 10. Jg. 1965, Part 2, S. 211 ff.

Taktische Varianten der Generallinie

Trotz der durchgängigen Strategie zeigt die Politik der KPD zwischen 1929 und 1933 Schwankungen, Brüche und auch Ungereimtheiten. Da nicht nur die Programmatik der Komintern, sondern auch deren strategische Konzeption viele Leerformeln enthielt, mußte sie in der praktischen Politik näher definiert werden, um der Organisation Anweisungen für die jeweiligen Aktionen geben zu können. Diese „Umsetzung" der Strategie in Taktik und wiederum in organisatorische Anweisungen (wofür die „Rundschreiben" beispielhaft sind, da ja genau darin ihre Aufgabe lag), wurde von verschiedenen Faktoren beeinflußt. Dadurch mußte in der konkreten Politik bei grundsätzlich einheitlicher Strategie das Bild eines Zick-Zack-Kurses entstehen. Natürlich bedeutete die Festlegung auf die Strategie, daß die Grundzüge der Politik nicht veränderlich waren (z.B. daß keine „Einheitsfront von oben", also keine wirkliche Zusammenarbeit mit Sozialdemokratie und Gewerkschaften gegen die NSDAP durchgeführt werden konnte). Aber selbstverständlich konnte in der taktischen Umsetzung der Strategie die politische Linie entweder bis zum Exzeß getrieben oder aber flexibler und realistischer angewandt werden.

Auf die Motive dieser Politik, der Strategie wie der taktischen Veränderungen, sei hier nur pauschal verwiesen. Da die KPD Sektion der Komintern war, wurde ihre Politik von mehreren Faktoren bestimmt, und zwar sowohl von den außen- wie innenpolitischen Interessen der Sowjetunion als auch natürlich von der deutschen Situation. Entscheidungen *Stalins*, der KPdSU oder der Kominternführung wirkten ebenso auf die Haltung der KPD ein wie unterschiedliche Vorstellungen in der Berliner Parteiführung oder die Möglichkeit der eigenen Organisation. Die Lagebeurteilung der Komintern- und KPD-Führung wurde von sowjetischen (oft nur vermeintlichen) Interessen, aber auch ideologischen Vorstellungen oder auch von der deutschen Situation beeinflußt. So z.B. von den Folgen der Wirtschaftskrise, Erfolgen und Mißerfolgen der Partei bei Wahlen und Mitgliederwerbung, der realen Entwicklung in Deutschland unter den Regierungen *Hermann Müller*, *Brüning*, *Papen* und *Schleicher*, dem Aufstieg der NSDAP usw.

Im Rahmen der strategischen Generallinie wurden taktische Wendungen vollzogen, die als Reaktionen sowohl auf eine veränderte Taktik der Komintern, als auch auf die aktuelle Lage in Deutschland oder innerhalb der KPD zurückzuführen waren. Um diese taktischen Wendungen zu charakterisieren, wird hier versucht, die Strategie in verschiedene taktische Perioden zu unterteilen. Eine Reihe von deutlichen Einschnitten in dieser Zeit macht das möglich: die Beendigung des radikal überspitzten Kurses durch die Absetzung *Paul Merkers* im April 1930, das „Programm zur nationalen Befreiung" im August 1930, die Veränderung der Linie durch das Konzept der „Volksrevolution" Ende 1930, die Verschärfung des Kurses gegen die SPD nach dem XI. EKKI-Plenum im April 1931 mit dem folgenden Volksbegehren gegen die Preußische Regierung, die Abschwächung dieser Taktik im Oktober 1931, der veränderte Kurs mit der „Antifaschistischen Aktion" vom April–Mai 1932 und schließlich der Anpassung der Politik an die Komintern im Oktober 1932 nach dem XII. EKKI-Plenum.

Allerdings ist zu berücksichtigen, daß diese taktischen Wendungen nicht alle (oben aufgeführten) fünf strategischen Aspekte gleichzeitig betrafen, die taktische Wendung also nicht immer synchron lief: eine „realistischere" Haltung gegenüber der

SPD konnte durchaus mit einer verschärften Konzeption gegenüber den Gewerkschaften gekoppelt sein. Gerade diese Ungleichzeitigkeit der taktischen Konzepte im Rahmen der Strategie bringt Ungereimtheiten in die Politik der KPD.[36] Das belegt jedoch auch die Tatsache, daß die kommunistische Politik eben nicht so einheitlich und geschlossen und schon gar nicht so zielgerichtet ist, wie oft angenommen.

Die Taktik bis Frühjahr 1930: Gegen den „Sozialfaschismus"

Bereits im Februar 1928 beschlossen die Führungen der KPdSU und der KPD durch ein Geheimabkommen die Änderung der bisherigen gemäßigten kommunistischen Politik in Deutschland. Nach dem VI. Weltkongreß der Komintern zeichnete sich die neue ultralinke Wendung noch deutlicher ab. Nun versuchten die in der KPD-Führung tätigen „Versöhnler", diese Wende durch eine Palastrevolution zu verhindern. Bei der „*Wittorf*-Affäre", einem Unterschlagungsskandal, zwangen sie *Thälmann*, den Repräsentanten des linken Flügels der KPD, zum Rücktritt. Doch *Stalin* verhinderte den Coup, *Thälmann* wurde wieder als Parteivorsitzender eingesetzt, statt dessen wurden die „rechten" Kommunisten aus der KPD ausgeschlossen und die „Versöhnler" ihrer Funktionen enthoben. Damit war Ende 1928 der Weg für die ultralinke Strategie der KPD frei.[37]

In der ersten Phase forcierte die KPD die neue Generallinie, vor allem nach den blutigen Ereignissen des 1. Mai 1929 in Berlin,[38] erheblich. In allen fünf Bereichen der Strategie radikalisierte die KPD ihre Politik nach dem XII. Parteitag vom Juni 1929 zunehmend, es kam zu einer exzessiven taktischen Auslegung der Generallinie. Die von der KPD (auch zur inneren Disziplinierung)[39] seit 1927 immer wieder beschworene angebliche Bedrohung der Sowjetunion durch einen „Angriffskrieg des Kapitalismus" wurde nun als akute Gefahr an die Wand gemalt. Angeblich war „das Stadium der unmittelbaren Vorbereitung des konterrevolutionären Interventionskrieges" erreicht.[40] Die KPD behauptete, es gebe eine beschleunigte Vorbereitung dieses „Interventionskrieges" und verlangte daher von ihren Anhängern sogar die „Unterordnung" des Kampfes gegen den *Young*-Plan unter den „Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion".[41]

---

36 Die SED-Geschichtsschreibung benutzt sowohl diese Ungereimtheiten als auch die Begriffsverwirrung („Faschismus"), um das Bild einer KPD zu konstruieren, die eine generell richtige, antifaschistische (d. h. gegen *Hitler* gerichtete) Politik betrieb, die lediglich durch Fehler (meist auf Personen wie Heinz *Neumann* reduziert) verzerrt wurde. Vgl. z. B. als neueste Darstellung dieser Art die materialreiche Untersuchung: Autorenkollektiv unter Leitung von Günter Hortzschansky, Ernst Thälmann. Eine Biographie. Berlin (Ost) 1979.

37 Zu den Einzelheiten vgl. Weber I S. 186 ff.

38 Ebd. S. 244 f.

39 Auf dem X. EKKI-Plenum im Juli 1929 zog *Thälmann* eine Verbindung seiner These, die „revolutionäre Disziplin" der KP „muß eine feste, militärische sein", mit der Notwendigkeit der „Verteidigung der Sowjetunion". Protokoll 10. Plenum, a. a. O. (Anm. 28) S. 560. In einer Broschüre hieß es: Die „opportunistischen Hanswürste sind jetzt zur Hauptgefahr geworden, da sie das Haupthindernis darstellen, das sich der Neuorientierung der kommunistischen Parteien auf den aktiven Kampf gegen die Kriegsgefahr" entgegenstellt. N. Lenzner, Über die Rechte Gefahr in der Komintern. Hamburg-Berlin 1929, S. 9 f.

40 Waffen für den Klassenkampf, a. a. O. (Anm. 31) S. 46.

41 *Inprekorr* Nr. 102 vom 1. November 1929, S. 2421.

Von den Bezirken forderte die Parteileitung einen „Ruck", damit der „Kampf" gegen den Krieg und für die Verteidigung der UdSSR in den „Mittelpunkt der Parteiarbeit" gestellt und zu diesem Zweck „Antikriegskomitees" geschaffen würden.[42]

Die KPD bezichtigte die sozialdemokratisch geführte Regierung *Hermann Müller*, einen Angriffskrieg vorzubereiten, was aufgrund der Fakten absurd erscheint. Auf dem XII. Parteitag 1929 behauptete *Hermann Remmele*, die „Sozialdemokratie" stehe „heute an der Spitze der Organisierung, an der Spitze der ideologischen Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion".[43] Entsprechend hieß es in einer Entschließung des Parteitages, die Sozialdemokratie sei die „führende Kraft bei der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion".[44] Auch im März 1930 blieb es bei solchen Anschuldigungen, so sagte *Thälmann*, die „neue Kriegsvorbereitung" werde von der Sozialdemokratie „am heftigsten unterstützt".[45] Mit der These, der Krieg gegen die UdSSR sei eine akute Gefahr, und die „Verteidigung der sozialistischen Sowjetunion mit allen Mitteln" sei Aufgabe der Partei, verband die KPD in dieser taktischen Periode daher den „Hauptstoß" gegen die Sozialdemokratie.[46]

Da die SPD Regierungspartei war, richteten sich die Angriffe der KPD bei der Auseinandersetzung mit der Republik vornehmlich gegen die Sozialdemokratie. Die KPD konstatierte eine rasche „Faschisierung" des Staatsapparates und sah diese während der Phase bis Frühjahr 1930 durch die SPD organisiert.[47] In dieser Periode der exzessiven Taktik gebrauchte die KPD den Begriff Faschismus ohnehin so, daß damit alle nichtkommunistischen Kräfte erfaßt wurden. Im September 1929 gab die KPD z. B. folgende Definition des Faschismus:

„Der Faschismus in allen seinen Formen – als mit dem bürgerlichen Staat verwachsener Sozialfaschismus, als gelegentlich unter radikaler Maske auftretendes Hakenkreuzlertum – ist eines der wichtigsten Mittel des Finanzkapitals zur Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges."[48]

Im gleichen Monat bezeichnete das ZK der KPD den „*Hugenberg-Hitler*-Block" als Faschismus, betonte aber gleichzeitig: „Die kommunistische Partei steht beiden Lagern der bürgerlichen Reaktion mit gleicher Todfeindschaft gegenüber. Sie ficht den unerbittlichen Kampf sowohl gegen den faschistischen Rechtsblock, wie gegen

42 *Der Parteiarbeiter* 7. Jg., Nr. 8, August 1929, S. 255.

43 Protokoll 12. Parteitag S. 308.

44 Waffen für den Klassenkampf, a. a. O. (Anm. 31) S. 53 f.

45 *KI* Heft 9–10 vom 12. März 1930, S. 533. Im gleichen Monat wurde vom ZK der KPD eine „verschärfte" Gefahr des „imperialistischen Interventionskrieges" prognostiziert. Vgl. *Inprekorr* Nr. 28 vom 25. März 1930, S. 687.

46 Im Manifest des XII. Parteitages der KPD hieß es: „Es lebe die Sowjetunion, das Vaterland aller Ausgebeuteten und Unterdrückten! Es lebe die revolutionäre Verteidigung der Sozialistischen Sowjetunion mit allen Mitteln!" In der Resolution des Parteitages über den Krieg hieß es, ohne die „Verschärfung des Kampfes gegen den Reformismus" könne es „der Partei nicht gelingen, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln". Waffen für den Klassenkampf, a. a. O. (Anm. 31) S. 6, 53 f.

47 „Die Sozialdemokratie bereitet unter der Maske der ‚Wirtschaftsdemokratie' und des ‚Wirtschaftsfriedens' die faschistische Kriegsdiktatur der Bourgeoisie [...] vor." Ebd. S. 18.

48 *Der Revolutionär*. Diskussions- und Mitteilungsblatt des Bezirks Niederrhein der KPD, Jg. 6, Nr. 6, September 1929.

den sozialfaschistischen Koalitionsblock."[49] Entsprechend wurde eine gleichzeitige „systematische Entlarvung der sozialfaschistischen und nationalfaschistischen Gegner" gefordert.[50]

Trotz erster Erfolge der Nationalsozialisten bei Kommunal- und Landtagswahlen 1929 unterschätzte die KPD in der Phase bis Frühjahr 1930 die NSDAP völlig. Zunächst gab die Parteiführung die Parole aus: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!"[51] Im Dezember 1929 schränkte man dahingehend ein, daß die Parole zwar richtig sei, aber „zu einseitig ausgelegt" werde, es gehe „nicht nur um die physische Abwehr".[52] Der „Kampf gegen den Faschismus" war in dieser Periode für die KPD in erster Linie nicht gegen die NSDAP gerichtet,[53] sondern gegen den (im Reich und in Preußen von der SPD geführten) Staat und den „Sozialfaschismus". Von seiten der SPD fürchtete die Partei sogar die „drohende Diktatur des Sozialfaschismus" (vgl. Dok. 1).

Die Sozialdemokraten waren 1929 für die KPD nicht nur „Schrittmacher" und „Agenten", sondern – wenn auch unlogisch – gleichzeitig die „Organisatoren der faschistischen Diktatur" (vgl. Dok. 2). Zwar war auch vom „offenen Faschismus" im Unterschied zum „Sozialfaschismus" die Rede, zugleich wurde aber unter „Faschismus" auch die SPD und das Reichsbanner subsumiert (vgl. Dok. 9). Die Komintern (X. Plenum des EKKI im Juli 1929) nannte damals den „Sozialfaschismus" eine „besondere Form des Faschismus".[54] Schließlich warnten Kominternführer, einen „Unterschied zwischen dem Sozialfaschismus und dem Faschismus" zu suchen, da dies nur „zu opportunistischen Schlußfolgerungen" führen könne.[55]

Trotz aller Verworrenheit der Faschismus-Definitionen der KPD war der Kampfbegriff in dieser Phase eher gegen die SPD als gegen die NSDAP gerichtet. Die Folge war das Abgehen von der (in der Strategie festgelegten) „Einheitsfront von unten", das heißt dem Versuch, die sozialdemokratische Basis durch kameradschaftliche Diskussion zu gewinnen, sie gegen ihre eigene Führung aufzuwiegeln und so die SPD zu zersetzen. Ende 1929 und Anfang 1930 richtete sich die Taktik der KPD gegen die gesamte Sozialdemokratische Partei und ihre Mitglieder. So hieß es am 9. Februar 1930: „Kommunist sein heißt Todfeind des Sozialfaschismus sein."[56] Am

---

49 *Inprekorr* Nr. 102 vom 1. November 1929, S. 2421.

50 *Der Parteiarbeiter* 7. Jg., Nr. 12, Dezember 1929, S. 361.

51 Vgl. zu dieser Losung Margarete Buber-Neumann, Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919–1943. Stuttgart 1967, S. 268 ff.

52 *Der Parteiarbeiter*, a. a. O. (Anm. 50) S. 361.

53 Vgl. dazu Wieszt, der zahlreiche Belege bringt, u. a. S. 205 und 211. Die Komintern erklärte im Februar 1930 selbst, da der Kampf gegen die Sozialdemokratie konzentriert wurde, habe man den Kampf gegen den „Nationalfaschismus" „etwas vernachlässigt". *KI* Heft 8 vom 26. Februar 1930, S. 427. Das gleiche Organ hatte in einem Leitartikel im April 1929 erklärt, der Kampf gegen das „nationalsozialistische Häuflein" diene nur „als Ausrede" der Sozialdemokraten, die auf eine „Teilnahme an einem Regime der Diktatur mit faschistischen Methoden" drängten. *KI* Heft 15 vom 10. April 1929, S. 873 f.

54 „Eine besondere Form des Faschismus in Ländern mit starken sozialdemokratischen Parteien ist der Sozialfaschismus". Protokoll 10. Plenum, a. a. O. (Anm. 28) S. 891.

55 Losowsky in: A. Losowsky und Paul Merker, Lehren und Aussichten der Wirtschaftskämpfe. Berlin 1930, S. 60.

56 *RF* Nr. 34 vom 9. Februar 1930.

22. Februar wurde erläutert: „Unser Trommelfeuer auf die großen *Zörgiebels* hat darum nur dann Erfolg, wenn es gleichzeitig mit einem Sturmangriff auf die verbürgerlichten unteren Funktionäre verbunden ist. Wer noch zur SPD gehört, ist verfault und muß [aus Betrieb und Gewerkschaft] fliegen – auch wenn er noch so radikal tut."[57] Selbstkritisch tadelte *Thälmann* etwas später folgendes Zitat aus der KPD-Presse von Anfang 1930: „Es ist klar, daß unsere Auseinandersetzung mit dem Sozialfaschismus [...] nicht an irgendeinem Verhandlungstische, sondern nur auf den Schlachtfeldern der Entscheidungskämpfe und vor den Revolutionstribunalen der deutschen Räterepublik enden kann. Und das gilt natürlich vom kleinen sozialfaschistischen Betriebsrat [...] ganz genau so wie für seine großen Brüder *Severing, Zörgiebel* usw."[58]

In der KPD-Presse wurden die „sozialfaschistischen Betriebsräte" als „ebensolche Bluthunde wie *Noske, Severing* und *Zörgiebel*" bezeichnet und die Kommunisten aufgefordert, in den „ehrlichen Reformisten" nicht Kameraden, sondern die „Hauptfeinde" zu sehen.[59]

Die gesamte Taktik der KPD war bis Frühjahr 1930 immer extensiver auf die Bekämpfung der SPD gerichtet. Mit dieser Auslegung ihrer Strategie geriet die KPD in Isolierung, insbesondere, da diese Taktik mit einer schrittweisen Spaltung der Gewerkschaften verbunden war.

Während die Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI) mit der ultralinken Strategie 1929 auch sofort die Schaffung eigener kommunistischer Gewerkschaften und die Spaltung der Freien Gewerkschaften verband, lehnte die KPD, aus entsprechenden Erfahrungen früherer Spaltungsversuche gewarnt, diese Politik zunächst noch ab. *Thälmann* erklärte auf dem X. Plenum des EKKI im Juli 1929, *Stalins* Gedanke, daß „wir keine prinzipiellen Gegner der Organisierung neuer Gewerkschaften sind", bleibe voll gültig, „trotzdem können und dürfen wir nicht zur Gründung von neuen Gewerkschaften schreiten. Wir dürfen bei einer solch ernsten Frage in der revolutionären Gewerkschaftsarbeit keine Etappe überspringen".[60]

Dennoch radikalisierte sich die Taktik der KPD auch in dieser Beziehung sehr rasch. Am 30. November und 1. Dezember 1929 tagte in Berlin der 1. Reichskongreß der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, der RGO. Auf dem Kongreß wurde gefordert (ohne Rücksicht auf die Statuten der Freien Gewerkschaften), verstärkt eigene Listen bei den Betriebsratswahlen aufzustellen und Wirtschaftskämpfe zu führen. Die „Organisierung von Streikkämpfen" wurde zur wichtigsten Aufgabe der RGO erklärt, allerdings zugleich auch die „Verstärkung" der Aktivität „innerhalb des ADGB" gefordert.[61]

---

57 *RF* Nr. 45 vom 22. Februar 1930.

58 Zit. in: Ernst Thälmann, Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse (Rede vor dem ZK am 20. 3. 1930). Berlin 1930, S. 30. *Thälmann* erklärte dazu, „so einfach ist die Frage für uns doch nicht, wie sich das mancher Genosse in seinem Hirn ausmalt."

59 Ebd., zitiert und kritisiert, S. 31 f.

60 Protokoll 10. Plenum a. a. O. (Anm. 28) S. 866.

61 Protokoll des 1. Reichskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands. Abgehalten am 30. November und 1. Dezember 1929 in Berlin. Berlin 1930, S. 99.

Der Kongreß bedeutete „einen weiteren Schritt auf dem Wege zu einer selbständigen gewerkschaftlichen Organisation der KPD".[62] Von Januar bis März 1930 fanden 20 Bezirkskongresse der RGO statt, um deren Konsolidierung zu erreichen. Im Februar 1930 verlangte die Sitzung des „Erweiterten EKKI", d.h. der EKKI-Führung mit Funktionären verschiedener Kommunistischer Parteien, von der KPD die „Festigung der RGO", und entsprechend beschloß das ZK der Partei im März 1930 eine „Erweiterung" der RGO durch den „kollektiven Beitritt der Roten Betriebsräte und der hinter ihnen stehenden Belegschaften sowie der Vertrauensmännerkörper und der Erwerbslosenausschüsse" zur RGO.[63]

Auch in den Betrieben verschärfte sich die Haltung der KPD gegenüber Sozialdemokraten und Anhängern der Freien Gewerkschaften. Die Parteiführung verlangte von den Kommunisten, bei den Betriebsratswahlen 1930 dürfe es „kein gemeinsames Vorgehen, keine gemeinsamen Listen mit den Verrätern" geben.[64] Gegen Ende dieser taktischen Phase zeichnete sich also ein Kurs der Gewerkschaftsspaltung ab.

Die Gründe für die sich ständig verschärfende Taktik von 1929 bis März 1930 dürften in mehreren Faktoren zu suchen sein. In der Sowjetunion steuerte die KPdSU bis Februar 1930 einen immer aggressiveren Linkskurs. Er war zunächst gekennzeichnet durch die Ausschaltung *Bucharins* und der „rechten" Kommunisten, dann durch die forcierte Industrialisierung und schließlich durch die überstürzte Kollektivierung der Landwirtschaft. Diese innenpolitische Konzeption wurde auf die Komintern übertragen, die zudem die akute Gefahr eines kriegerischen „Überfalls" auf die UdSSR beschwor.

Bei der angeblich raschen „Faschisierung" von Staat und Sozialdemokratie einerseits und der neuen „revolutionären Welle" andererseits befürchtete die Komintern 1929 ein „Zurückbleiben" der Kommunisten hinter den „revolutionären" Möglichkeiten und Erfordernissen und trieb die Komintern-Parteien zur exzessiven Auslegung der Strategie. Da die KPD den „Weg des revolutionären Klassenkampfes" in der Steigerung vom „betrieblichen Lohnkampf zum politischen Massenstreik"[65] sah, also „Wirtschaftskämpfe" in den Mittelpunkt stellte,[66] mußte sie auch zur direkten Gewerkschaftsspaltung schreiten. *Weingartner* konstatiert für diese Phase außerdem einen Funktionswandel der Komintern von einem innen- zu einem außenpolitischen Instrument der Sowjetunion.[67] Das führte auch zum verschärften Kampf gegen die SPD: da die UdSSR vor allem eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich befürchtete, mußten SPD und die Regierung *Hermann Müller*, die diesen Weg beschritten, zum „Hauptfeind" erklärt werden.

Wie im einzelnen die Faktoren auch gewichtet werden, sie erklären die immer schroffere taktische Auslegung der ultralinken Strategie zwischen 1929 und Früh-

62 Wieszt S. 398. Dort wird die Entwicklung der RGO genau dokumentiert.

63 Plenum des ZK im März 1930, *Inprekorr* Nr. 28 vom 25. März 1930, S. 687 f.

64 *Der Parteiarbeiter* 8. Jg., Nr. 2, Februar 1930, S. 34 (von *Paul Merker* verfaßter Artikel).

65 *RF* Nr. 244 vom 30. November 1929.

66 Vgl. dazu im einzelnen Wieszt, der darin einen Hauptgrund für die verfehlte KPD-Politik sieht: s. S. 13.

67 Weingartner S. 26. Neuerdings hat v. Boetticher in einer sehr guten Studie diese These kritisiert, kann aber in diesem Punkt nicht überzeugen. Vgl. Manfred von Boetticher, Industrialisierungsprozeß und Verteidigungskonzeption der UdSSR 1926–1930. Düsseldorf 1979.

jahr 1930. In der Praxis führte diese Taktik allerdings zur Isolierung der KPD und damit zum Mißerfolg ihrer strategischen Linie. Es gelang der Partei trotz der verschärften Wirtschaftskrise (Januar 1930: 3,2 Mill. Arbeitslose) nicht, ihren Einfluß zu vergrößern. Die Mitgliedschaft stagnierte; so zählte die KPD Ende 1928 130000 Mitglieder, Ende 1929 135000, in den folgenden Monaten ging die Mitgliedschaft sogar (April 1930) auf 120000 zurück. Auch bei den Landtagswahlen in Baden und den Kommunalwahlen in Preußen, Hessen usw. Ende 1929 konnte die KPD kaum Stimmen hinzugewinnen, gegenüber den Reichstagswahlen von 1928 mußte sie überall Einbußen hinnehmen. Von ihrer strategischen Zielsetzung, die „Mehrheit der Arbeiterklasse" zu erobern, war die KPD im Frühjahr 1930 – gerade durch ihre exzessive Taktik – weiter entfernt als zuvor.[68]

Diese Mißerfolge sowie eine Reihe weiterer Faktoren im Februar und März 1930 führten zu einer taktischen Wende. *Stalin* bremste vorübergehend den harten Kurs der Kollektivierung und der ultralinken Innenpolitik. Eingeleitet wurde die Schwenkung mit *Stalins* Artikel „Von Erfolgen vom Schwindel befallen" vom 2. März 1930.[69]

Bereits die Tagung des Erweiterten Präsidiums des EKKI (18.–28. Februar 1930) lenkte zu einer taktischen Schwenkung um und verwies auf die „Einheitsfront von unten", die nur möglich war, wenn die Beschimpfung und frontale Bekämpfung der Mitglieder und unteren Funktionäre der SPD aufgegeben werde. Das am 20. und 21. März 1930 tagende ZK der KPD begann diese Berichtigung der bisherigen Linie ideologisch vorzubereiten. Nach dem Sturz der Regierung *Hermann Müller* (27. März) und der Ausschaltung der Sozialdemokraten von der Macht durch die Bildung der Regierung *Brüning* (30. März) veränderte sich die Situation in Deutschland erheblich. Die Absetzung *Paul Merkers* durch das Polbüro am 5. April 1930[70] und die Begründung hierfür waren das Signal für die neue Taktik.

Von der Wendung im April 1930 bis zum Sommer 1930: Einheitsfront von unten

Die neue Taktik, in der Resolution des Polbüros vom 5. April 1930 ausführlich dargelegt, betraf in erster Linie das Verhältnis zu den Sozialdemokraten und damit die „Einheitsfront von unten". Die Sozialdemokratie wurde in der (mit allen Stimmen gegen die *Merkers* angenommenen) Resolution nun als „Lakai" der „bürgerlichen Staatsgewalt" und nicht mehr als deren „Herrscher" bezeichnet,[71] und entsprechend ihrer Funktion neu eingeschätzt. „Linke" Abweichungen wurden vor allem im Verhältnis zur sozialdemokratischen Basis konstatiert und eine Wende in dieser Frage gefordert.

Unverändert blieb die Behauptung vom drohenden Krieg gegen die Sowjetunion. Das Erweiterte Präsidium des EKKI im Februar 1930 hatte die „Gefahr eines Kriegs-

68 Das Polbüro stellte sich, wie *Thälmann* berichtet, die Frage, warum die KPD 1929 „trotz objektiv günstiger Situation" und „richtiger Politik" nicht die Erfolge von 1928 hatte. *KI* Heft 9–10 vom 12. März 1930, S. 536.

69 J. W. Stalin, Werke, Bd. 12. Berlin (Ost) 1954, S. 168 f.

70 Eine Analyse der Absetzung *Merkers* bei Wieszt, S. 233 ff.

71 *Inprekorr* Nr. 33 vom 11. April 1930, S. 763.

überfalls auf die Sowjetunion" nochmals an die Wand gemalt und erneut behauptet, „die Sozialdemokratie bereitet den Krieg vor."[72] Daraus zog *Thälmann* auf dem Reichsjugendtag des KJVD in Leipzig im April 1930 den Schluß, erste Hauptaufgabe sei „der Kampf gegen die Gefahr des imperialistischen Krieges, für die Verteidigung unseres sozialistischen Vaterlandes, der Sowjetunion".[73] Im Juli 1930 erklärte die Kommunistische Internationale, es gebe vorerst eine „nur zugespitzte", also keine akute Kriegsgefahr[74], und die KPD hielt sich in dieser Frage etwas zurück, und propagierte nunmehr den „Aufbau des Sozialismus" in der UdSSR.

Auch nach der taktischen Wende verfocht die KPD die Auffassung, der Staatsapparat werde „faschisiert". Dafür wurden die Regierung *Brüning* und das Zentrum, aber auch nach wie vor die SPD verantwortlich gemacht. Der Begriff „Faschismus" blieb dabei weiterhin eine Leerformel. Im Sommer 1930 sprach die Partei von der „allmählichen Faschisierung" des Staates, sie attackierte besonders die bürgerlichen Parteien; so wurde vom „faschistischen Zentrum und der DVP" gesprochen,[75] der „schwarze Faschismus" angegriffen usw.[76]

Die KPD unterschätzte jedoch die NSDAP weiterhin völlig. Erst am 4. Juni 1930 nahm die oberste Parteiführung, das Polbüro, eine Resolution an, in der die NSDAP als faschistisch angegriffen und die Beteiligung dieser Partei an der Thüringer Regierung *(Frick)* sowie die Terrormethoden der Nazis[77] angeprangert wurden.

Dennoch blieb die Analyse des Faschismus weiterhin verworren, hieß es doch in der Resolution:

„Der Faschismus in Deutschland beschränkt sich keineswegs auf die faschistischen Kampf- und Mordorganisationen, die Nationalisten, den Stahlhelm usw. Die Faschisierung Deutschlands erfolgt sowohl durch die faschistischen Kampforganisationen als auch durch den bürgerlichen Staatsapparat und seine sozialfaschistischen Agenten. Der Kampf gegen den Faschismus ist ein untrennbarer Bestandteil des Kampfes gegen den Kapitalismus, gegen die bürgerliche Klassenherrschaft. Der Kampf gegen den Faschismus ist daher undenkbar ohne den schärfsten Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei, ihre Führerschaft, die eine entscheidende Waffe der Faschisierung Deutschlands darstellt."[78]

Mitte Juli gab das ZK erstmals organisatorische Anweisungen über den ideologischen Kampf gegen die NSDAP heraus (vgl. Dok. 25).

---

72 Die wichtigsten Beschlüsse S. 9.

73 *RF* Nr. 94 vom 23. April 1930, abgedruckt in Ernst Thälmann, Kampfreden und Aufsätze, Berlin o. J. (1932), S. 65.

74 *KI* Heft 26/27 vom 23. Juli 1930, S. 1483. Ein „Halbjahresarbeitsplan" des KPD-Bezirks Niederrhein vom 1. 6. bis 1. 12. 1930 erklärte unter Berufung auf das EKKI die „Verteidigung der Sowjetunion" zur „wichtigsten Aufgabe". Records 312, 811536 ff.

75 *RF* Nr. 165 vom 18. Juli 1930.

76 *RF* Nr. 178 vom 2. August 1930. Weitere Einzelheiten bei Wieszt S. 292 ff.

77 In einem Brief des ZK an alle Betriebs- und Straßenzellen sowie Ortsgruppen von Anfang Juni 1930 wurde geschrieben, der offene Faschismus werde immer „frecher". StA Bremen, 4, 65, IIA 12a, Bd. 26.

78 *RF* Nr. 137 vom 15. Juni 1930. Teilweise nachgedruckt in: Zur Geschichte der KPD, S. 274 ff. Im Brief des ZK (siehe ebd.) hieß es, alle „Feinde der Arbeiterklasse", das „Trust-, Finanz-, Agrarkapital und Nationalsozialisten, sowie sozialfaschistische Bürokratie" hätten sich verbündet.

Trotz Einsichten in die Gefährlichkeit der NSDAP gerade für die Kommunisten blieb die Parteiführung ihrer These verhaftet, der „schärfste" Kampf müsse gegen die Sozialdemokratie gerichtet werden, die weiterhin als „Hauptfeind in der Arbeiterklasse" bezeichnet wurde. Damit behielt die Partei auch nach dem März 1930 nicht nur ihre Strategie, sondern auch wesentliche Teile der 1929 entwickelten Taktik bei.

Eine rigorose taktische Wende vollzog die KPD lediglich gegenüber den Anhängern, Mitgliedern und unteren Funktionären der SPD. Diese sollten nun nicht mehr als „kleine Zörgiebels" zurückgestoßen und bekämpft, sondern durch eine „Einheitsfront von unten" für die KPD gewonnen werden. Selbstkritisch erklärte die KPD, den Kampf gegen eine „Gleichsetzung sozialfaschistischer Führer und sozialdemokratischer Arbeiter" versäumt zu haben.[79] Zwar war diese „Einheitsfront von unten", also die Zersetzung von SPD und Gewerkschaften und die Loslösung ihrer Anhänger, bereits in der strategischen Generallinie vorgesehen (in der ja eine wirkliche Einheitsfront, die Zusammenarbeit mit SPD und Gewerkschaften als „Einheitsfront von oben" strikt verboten war), in der Taktik bis März 1930 war dieses Ziel jedoch untergegangen.

Nunmehr versuchte die KPD, die Gunst der Wähler und Mitglieder der SPD durch eine differenziertere Politik zu erringen. Das Ziel der neuen Taktik definierte bereits die ZK-Tagung vom März 1930 recht unverblümt:

„Die zentrale Aufgabe der KPD bleibt [...] die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse [...] Dieser Kurs bedeutet eine erhebliche Verschärfung des Kampfes gegen den Sozialfaschismus. Das Plenum des ZK konstatiert die Notwendigkeit, viel stärker als bisher für die Herstellung der revolutionären Einheitsfront von unten, für die Isolierung der sozialfaschistischen Führerschaft und die weitgehende Einbeziehung der sozialdemokratischen Arbeiter in die revolutionäre Klassenfront zu wirken."[80] Das Ziel der taktischen Wende war also die „Ausmerzung von sektiererischen Tendenzen", um die „breite Loslösung von SPD- und christlichen Arbeitern von ihrer reaktionären Führerschaft zu erreichen."[81]

Neben dem „Opportunismus" wurde nun die „Sektiererei" bekämpft, da sie „Versuche hemmte", an die Arbeiter heranzukommen.[82] Die Partei sollte Schluß machen mit der Auffassung, daß „die sozialdemokratischen Arbeiter nicht in die revolutionäre Kampffront" einzureihen seien.[83]

„Rücksichtsloser Kampf" wurde nun dem „linken Sektierertum" und der „revolutionären Phrase" angedroht.[84]

Doch alle diese selbstkritischen Äußerungen konnten den Zwiespalt der KPD-Taktik nicht aus der Welt schaffen, den die Losung beinhaltete, „mit den SPD-Arbeitern gegen den Sozialfaschismus."[85] Wie es der KPD gelingen sollte, die SPD-Anhänger

79 *Der Funke.* Organ für Mitglieder der KPD, Bezirk Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark. Sondernummer Bezirksparteitag, Mai 1930, S. 5.

80 Beschlüsse im Zitat S. 21 f.

81 *Der Parteiarbeiter* 8. Jg., Nr. 4, April 1930, S. 97.

82 Die KPD im Kampf an zwei Fronten. *KI* Heft 18/19 vom 21. Mai 1930, S. 983.

83 Arbeitsplan Niederrhein, a. a. O. (Anm. 74).

84 *Pjatnizki* in *KI* Heft 25 vom 9. Juli 1930, S. 1392.

85 Thälmann, Die Eroberung, a. a. O. (Anm. 58) S. 32.

ausgerechnet für eine „Einheitsfront" gegen ihre eigene Partei zu gewinnen, blieb weiterhin Geheimnis der Führung.

Für die KPD war ja die SPD auch „ohne Ministersessel" ein Teil „des faschistischen Staatsapparats."[86] Die taktische Wendung änderte auch nichts daran, daß die linken Sozialdemokraten weiterhin als „Hauptfeind" bekämpft wurden. So forderte *Thälmann* im Juli 1930 die „Steigerung" des „schonungslosen Kampfes gegen den Sozialfaschismus, insbesondere den linken Sozialfaschismus." *Remmele* wiederholte im Juli 1930, daß „der Faschismus nicht geschlagen und besiegt werden kann ohne den Sieg über den Sozialfaschismus."[87]

Bei solchen Halbheiten der taktischen Wendung mußte auch rasch die veränderte Haltung gegenüber den unteren Funktionären ins Wanken geraten. Im Juli 1930 erklärte der KPD-Führer *Fritz Heckert*, daß die sozialdemokratischen „Funktionäre keine Bundesgenossen in dem Kampf ‚Klasse gegen Klasse' für uns sein können, das versteht sich von selbst."[88] Die taktische Wende gegenüber der SPD-Basis war also keineswegs eindeutig, sondern eher widerspruchsvoll.

In der Gewerkschaftsfrage setzte die KPD in den Monaten April bis August 1930 den Kurs auf die Schaffung eigener Gewerkschaften fort. Bei den Betriebsratswahlen 1930 stellte die Partei in 1200 Betrieben wieder eigene Listen der RGO auf,[89] allerdings erlitt sie in einer Reihe von Großbetrieben eine „ernste" Niederlage[90] und verlor gegenüber 1929 50 Prozent an Stimmen.

Bereits im März 1930 hatte das ZK gefordert, den „Weg der Herausbildung selbständiger Gewerkschaften als Massenorganisationen" zu beschreiten.[91] Bei Streiks im Sommer und Herbst 1930 versuchte sich die RGO entsprechend zu stabilisieren und bemängelte nach dem Streik im Mansfelder Gebiet (Juni–Juli 1930) das Fehlen eines eigenen „Apparats".[92] Auch in dieser Phase glaubte die KPD vor allem durch Wirtschaftskämpfe, die Auslösung wirtschaftlicher Streiks und ihre Überleitung in politische Streiks, eine wichtige Methode ihrer Arbeit gefunden zu haben. Der „kollektive Anschluß" der Betriebsräte, ja „ganzer Belegschaften" an die RGO blieb eine ständige Forderung, auch wenn gleichzeitig die Mitarbeit der Kommunisten in den Freien Gewerkschaften verlangt[93] und sogar eine „außerordentliche Verstärkung" der Arbeit an der „innergewerkschaftlichen Front" gefordert wurde (vgl. Dok. 22).

Das Signal für den Ausbau „konkurrierender Gewerkschaftsorganisationen" durch die KPD *(Wieszt)*[94] gab der V. Kongreß der RGI (15.–30. August 1930). Zwar wurde von der KPD vorher erklärt, die Gründung „neuer Gewerkschaften" stünde nicht auf

86 Arbeitsplan, a. a. O. (Anm. 74).

87 *RF* Nr. 174 vom 29. Juli 1930. (Thälmann). Hermann Remmele, Sowjetstern oder Hakenkreuz. Die Rettung Deutschlands aus der *Young*sklaverei und Kapitalsknechtschaft. Berlin o. J. (1930), S. 9.

88 *KI* Heft 26/27 vom 23. Juli 1930, S. 1442.

89 *Inprekorr* Nr. 74 vom 2. September 1930, S. 1825.

90 *KI* Heft 24 vom 25. Juni 1930, S. 1338, dort gibt *Pjatnizki* auch Zahlen an.

91 Beschlüsse im Zitat S. 32.

92 Vgl. Wieszt S. 414.

93 *Der Parteiarbeiter* 8. Jg., Nr. 5, Mai 1930, S. 135.

94 Wieszt S. 404.

dem Programm des Kongresses,[95] doch registrierte die Parteiführung bereits Stimmungen in der Partei, nach denen jede Arbeit in den Freien Gewerkschaften abgelehnt und auf „Befehl von oben" gewartet wurde, um eigene Gewerkschaften zu gründen.[96]

Insgesamt zeigt die politische Konzeption der KPD von April bis August 1930 lediglich in der „Einheitsfront von unten" wesentlich neue taktische Züge, ansonsten eine Fortführung der Generallinie. Dabei konnte sich die KPD stabilisieren. Die Mitglieder stiegen von April bis August 1930 leicht an (von 120000 auf 127000),[97] bei den sächsischen Landtagswahlen im Juni verzeichnete die KPD leichte Gewinne und erhöhte die Zahl ihrer Mandate von 12 auf 13.

War die taktische Wendung der Partei im April 1930 auf eine ganze Reihe von Faktoren zurückzuführen gewesen, so lag die neue Taktik im August im wesentlichen im weiteren Anwachsen der NSDAP sowie in der veränderten sowjetischen Haltung gegenüber Deutschland begründet. Seit den Landtagswahlen in Sachsen (22. Juni), bei denen die NSDAP die Zahl ihrer Mandate von 5 auf 14 erhöhen konnte, war die Gefahr des Nationalsozialismus auch für die KPD unübersehbar geworden. Mit der neuen taktischen Wende von August 1930 sollte die bisherige Unterschätzung der Nationalsozialisten überwunden werden. Vor allem aber war die neue taktische Wende von der sowjetischen Außenpolitik beeinflußt. Wie *Weingartner* nachweist, kam es seit Mitte 1930 wieder zu einer Annäherung zwischen der UdSSR und Deutschland, zu einer „deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit".[98] Das Interesse der sowjetischen Außenpolitik, die „deutsch-französische Entfremdung zu vertiefen",[99] wurde über den Komintern-Kanal auf die KPD übertragen, angesichts der Konkurrenzsituation gegenüber der NSDAP bedeutete dies außerdem für die Partei, eine nationalistische Position einzunehmen.

Von August bis Dezember 1930: „Nationale Befreiung"

Am 24. August 1930 veröffentlichte das ZK der KPD die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes". Seit dem Gründungsprogramm (Spartakusprogramm)[100] hatte sich die KPD – sieht man vom Komintern-Programm 1928 ab – kein Programm mehr gegeben, so daß dieser „Programmerklärung" grundsätzliche Bedeutung zugemessen wurde.[101] Gleichzeitig sollte die Erklärung ein Aufruf zu den bevorstehenden Reichstagswahlen vom September 1930 darstellen. Damit begann eine neue Taktik, die sich in erster Linie auf den Nationalsozialismus und die SPD bezog und eine Verlagerung der politischen Agitation und Propaganda auf die „Nationale Frage" bedeutete.

95 *Der Parteiarbeiter* 8. Jg., Nr. 6, Juni 1930, S. 164.

96 *Der Parteiarbeiter* 8. Jg., Nr. 7, Juli 1930, S. 219.

97 Weber I S. 363.

98 Weingartner S. 33 ff.

99 Ebd. S. 42.

100 Das von Rosa *Luxemburg* verfaßte Programm ist abgedruckt in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Band 2, Berlin (Ost) 1957, S. 696 ff. Weber, Dokumente S. 34 ff. Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, Hrsg. H. Weber, Frankfurt/M. 1969, S. 293 ff.

101 Vgl. dazu die Auslegung der SED in: Lothar Berthold, Das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom August 1930, Berlin (Ost) 1956.

Während die These von der Verteidigung der UdSSR gegen die drohende Kriegsgefahr ebenso wie die Parole von der weiteren „Faschisierung" des Staates und der *Brüning*-Regierung unverändert beibehalten wurde, schien die Programmerklärung auf die veränderte Situation im Parteiensystem einzugehen. Da sich immer deutlicher zeigte, daß in der konkreten Politik die Nationalsozialisten die schärfsten Gegner der Kommunisten waren, die Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien sich zu Saalschlachten und Mordanschlägen steigerten,[102] sollte die Programmerklärung eine klare Position gegenüber der NSDAP bringen. Doch obwohl schon im ersten Satz die „deutschen Faschisten (Nationalsozialisten)" angesprochen und deren nationale und soziale „Demagogie" mit Recht zurückgewiesen wurde,[103] war die Reaktion der KPD zweideutig. Zum einen verfiel die KPD in den gleichen nationalistischen Jargon, zum anderen griff sie weiterhin vor allem die Sozialdemokratie an. Da die NSDAP mit ihrer nationalen Demagogie Zulauf hatte, kopierte die KPD deren Methoden. Die Kommunisten nahmen in der „Programmerklärung" für sich in Anspruch, nur sie allein kämpften „wirksam sowohl gegen den *Young*plan als auch gegen den Versailler Raubfrieden" und nur sie seien gegen „jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler Schulden". Gleichzeitig griff die KPD im Stile der Nazis die „korrupte Sozialdemokratie" an und warf dieser „fortgesetzten Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands" vor.[104]

Obwohl es die KPD zu ihrer Aufgabe erklärte, den Nationalsozialisten die „Maske" der Kämpfer für nationale Unabhängigkeit und für soziale Befreiung „vom Gesicht zu reißen", gelangte die Partei zu keiner klaren Konzeption. Sie beurteilte nicht nur die NSDAP falsch – so hielt sie die *Strasser*-Gruppe für die „gefährlichste Gruppe" –,[105] sondern geriet mit ihren eigenen nationalistischen Parolen[106] rasch wieder in Frontstellung vor allem zur SPD. Diese blieb für die KPD-Führung nach wie vor der Hauptfeind, dessen Einfluß gebrochen werden sollte.

Die Faschismus-Definitionen der KPD wurden auch nach der „Programmerklärung" keineswegs schlüssiger. Die Parteiführung erklärte, Kommunismus und Faschismus müßten sich als klare Fronten formieren, und auf diesem Wege sei der „Sozialfaschismus das stärkste Bollwerk, der gefährlichste Feind".[107] Während der Wahlkampagne 1930 gab die KPD-Führung ein typisches Beispiel ihrer verwirrenden Faschismus-Thesen. Sie proklamierte, die „richtige politische Generallinie" allein genüge nicht, es komme auf deren Anwendung an. In diesem Zusammenhang hieß es: „Die Hauptstoßkraft der Partei muß gerichtet sein gegen den Faschismus . . ."

---

102 Eine Liste der von den Nazis ermordeten Kommunisten im Jahre 1930 verzeichnet bis August 32 Personen und weitere 16 bis Jahresende. Vgl. Faschismus, der organisierte Arbeitermord. Kampfschrift der RHD. Berlin o. J. (1931).

103 *RF* Nr. 197 vom 24. August 1930; Weber, Dokumente S. 58 f.

104 Ebd.

105 *KI* Heft 29/30 vom 13. August 1930, S. 1595.

106 Die kommunistische Opposition verwarf diese Taktik besonders scharf. Vgl. dazu insbesondere die Arbeiten *Trotzkis*, wiederabgedruckt in: Leo Trotzki, Schriften über Deutschland. Hrsg. Helmut Dahmer. Frankfurt/M. 1971, Bd. 1.

107 *Der Parteiarbeiter* 8. Jg., Nr. 9, September 1930, S. 258.

Was in diesem Halbsatz jedoch wie eine klare Einsicht in die brennenden Probleme der Strategie und Taktik gegen die NSDAP anmutet (und etwa von der heutigen DDR-Geschichtsschreibung in diese Richtung interpretiert wird), bietet in Wirklichkeit durch die Auslegung des Begriffes „Faschismus" ein Beispiel für die heillose Verwirrung der KPD-Position. Der ganze Satz lautete nämlich: „Die Hauptstoßkraft der Partei muß gerichtet sein gegen den Faschismus, sowohl National- als auch Sozialfaschismus, und insbesondere gegen das Zentrum, das den Faschisierungsprozeß des Staatsapparats im Augenblick führt."[108]

Mit solchen „Theorien" wurden weiterhin alle nichtkommunistischen Kräfte kurzerhand als „faschistisch" deklariert, auch wenn die KPD im Oktober 1930 forderte, die „Fortführung der Stoßkampagne gegen den Hauptfeind des Proletariats, den Faschismus, besonders die Nationalsozialisten" (vgl. Dok. 29). Ausdrücklich wurde dabei betont, neben dem Nazifaschismus und dem Stahlhelm, „nicht den Regierungsfaschismus, die faschistische Gefahr in Gestalt der *Brüning*-Regierung außer Acht" zu lassen.

Im November 1930 erklärte die KPD-Führung (vgl. Dok. 31), der Faschismus bleibe „Hauptfeind der Partei im Klassenkampf", die Sozialdemokratie „Hauptfeind innerhalb des Proletariats". Doch auch in diesem Rundschreiben ist wieder vom „deutschen Faschismus [...] vor allem der nationalsozialistischen Bewegung" die Rede, wird Faschismus also nicht allein als Nationalsozialismus verstanden.

Die verwirrenden Faschismus-Thesen wurden ergänzt durch eine völlige Verkennung der realen Situation, wie vor allem die Einschätzung der Reichstagswahlen von 1930 verdeutlicht. Im Wahlsieg *Hitlers* vom 14. September 1930 sah die KPD bereits den „Keim kommender Zersetzung", was nachher komme, könne „nur Niedergang und Abstieg sein".[109] Selbst gegenüber der eigenen Partei erklärte die KPD den Wahlsieg der NSDAP als „zweitrangig" und warnte vor „Panikmacherei" (vgl. Dok. 27).

Im Wahlergebnis sah die KPD vor allem „den Kommunismus im Vormarsch".[110] *Thälmann* erblickte in *Hitlers* Erfolgen „nur eine Art Umgruppierung innerhalb des bürgerlichen Lagers".[111] Der Vulgärmarxismus der KPD, ihre schematischen Ansichten von Politik und Klassenkräften geht aus ihrer Vorstellung hervor, nach der „die" Bourgeoisie „umgruppierte" und es „geschickt verstand", jene NSDAP in den „Vordergrund zu schieben", die radikale Phrasen von sich gab.[112]

Folgen dieser Einschätzung der NSDAP als bloßem Agenten des Kapitals, der mit Demagogie die Massen verwirrte, war der Versuch der KPD, auch gegenüber den Nazis eine Zersetzungspolitik zu betreiben, um ihnen Anhänger abspenstig zu machen – diese Taktik wurde allerdings nicht „Einheitsfront von unten" genannt. Die Diskussionen führender Kommunisten mit Nationalsozialisten, so von *Remmele*

108 *Der Parteiarbeiter* 8. Jg., Nr. 8, August 1930, S. 226.

109 *RF* Nr. 216 vom 16. September 1930.

110 *Inprekorr* Nr. 78 vom 16. September 1930, S. 1929.

111 *KI* Heft 36 vom 24. September 1930, S. 1945.

112 *Der Parteiarbeiter* 8. Jg., Nr. 10, Oktober 1930, S. 289.

bereits im Juli 1930[113] oder von *Heinz Neumann* im Oktober 1930, sind dafür beispielhaft.[114]

Zur gleichen Zeit verschärfte die KPD ihre Taktik der Gewerkschaftsspaltung. Entsprechend den Forderungen des V. RGI-Kongresses baute die KPD ab Spätherbst 1930 die RGO immer deutlicher zu einer kommunistischen Gewerkschaft aus. Nun sollten rasch „RGO-Betriebsgruppen" geschaffen werden. Mitglied der RGO konnten nicht nur Gewerkschaftsmitglieder, sondern auch Unorganisierte werden.[115] Die neue Gewerkschaftstaktik wurde vor allem ab Dezember 1930 forciert, als freilich schon wieder eine neue taktische Wendung einsetzte.

In den wenigen Monaten zwischen August und Dezember 1930, in denen die KPD vor allem eine Wendung zur „nationalen" Politik durchführte, konnte die Partei erstmals in der Krisensituation größere Erfolge erreichen. Die Mitgliederzahl stieg von 127000 auf 176000, vor allem brachten die Reichstagswahlen vom September 1930 der KPD einen Gewinn (gegenüber 1928) von 1,3 Millionen Stimmen und einen Anstieg von 10,6 auf 13,1 Prozent. Inwieweit diese Erfolge von der taktischen Wendung und inwieweit von der verschärften Wirtschaftskrise abhingen (im November 1930 3,7 Millionen Arbeitslose), ist freilich schwer zu beurteilen. Die Parteiführung verbuchte jedenfalls den Aufstieg als einen Erfolg ihrer Taktik.

Die Wendung im Dezember 1930 ging daher weder von einer selbstkritischen Beurteilung der Politik noch von Direktiven der Komintern aus, sondern von einer neuen Lagebeurteilung. In der Notverordnung der *Brüning*-Regierung vom 1. Dezember sah die KPD-Führung überraschenderweise eine völlige Umgestaltung des Weimarer Systems, sie riß daher das Ruder herum und bezeichnete die *Brüning*-Regierung als „Hauptfeind Faschismus".

Vom Dezember 1930 bis Frühjahr 1931: Der Faschismus ist da

Nach der Notverordnung der *Brüning*-Regierung im Dezember 1930 schrieb *Die Rote Fahne:* „Wir haben eine faschistische Republik".[116] Die KPD sah den „größten Wendepunkt seit 1918" in Deutschland. Um die Fehleinschätzung der Lage zu vervollständigen, schrieb *Die Rote Fahne* am 2. Dezember 1930: „Der Hauptfeind ist jetzt die faschistische Diktatur [...] Die faschistische Diktatur stürzen heißt von nun ab, den Kapitalismus stürzen. Niemand, keine Kraft, kann die faschistische Diktatur stürzen und ablösen außer der proletarischen Diktatur, außer Sowjetdeutschland". Entsprechend den Beschlüssen des Polbüros vom 5. Dezember erklärte *Walter Ulbricht* vor der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, die *Brüning*-Regierung sei seit dem 1. Dezember 1930 „zur 1. Regierung der faschistischen Diktatur geworden",[117] auch ein Rundtelefonat des ZK (vgl. Dok. 33) vom 3. Dezember enthielt diese These. Entsprechend der Lagebeurteilung erschien als neue Losung die „Volksrevolution",

113 Vgl. seine Rede, die von der KPD gedruckt wurde: Hermann Remmele, Sowjetstern oder Hakenkreuz. Die Rettung Deutschlands aus der Youngsklaverei und Kapitalsknechtschaft. Berlin o. J. (1930).

114 Vgl. die Rede *Neumanns* in *Inprekorr* Nr. 92 vom 30. Oktober 1930, S. 2241 f.

115 *Der Parteiarbeiter* 8. Jg., Nr. 11, November 1930, S. 324.

116 *RF* Nr. 281 vom 2. Dezember 1930.

117 *RF* Nr. 287 vom 9. Dezember 1930; *Inprekorr* Nr. 107 vom 12. Dezember 1930, S. 2624 f. Vgl. auch unten Dok. 34, Anm. 2.

die sich gegen die „faschistische Diktatur *Brüning* und ihre sozialfaschistischen Spießgesellen" richten sollte.[118]

In diesem Sinne wurde in einem Rundschreiben des Sekretariats des ZK am 19. Dezember (vgl. Dok. 34) die „große strategische Wende" verkündet. Anstelle des Kampfes zur Verhinderung der faschistischen Diktatur trete jetzt der Kampf zum Sturz der „bestehenden faschistischen Diktatur". Die „strategische Aufgabe" sei die „Durchführung der siegreichen Volksrevolution". Auch wenn solche Einschätzungen und Konzeptionen zunächst wie eine „strategische Wende" – nämlich eine völlig veränderte Lage und generell neue Aufgabenstellung – erscheinen, zeigte sich rasch, daß lediglich eine neue taktische Variante in der weiter gültigen Gesamtstrategie praktiziert wurde.

Die KPD-Führung mußte nämlich ihre These von der „faschistischen Diktatur" *Brünings* rasch wieder relativieren: Die Losung der „Volksrevolution" sollte nicht als konkrete Aufstandsvorbereitung verstanden werden, sondern lediglich als Synonym der bisherigen Zielsetzung „proletarische Revolution".[119] Anfang Dezember 1930 hatte nämlich das EKKI gegen die Lagebeurteilung interveniert und erklärt, die „Einschätzung, die faschistische Diktatur bestehe bereits, ist politisch falsch".[120] Die Notverordnungen seien ein Schritt, aber noch nicht der entscheidende Schritt „zur Errichtung der faschistischen Diktatur". *Neumann* und *Thälmann* fuhren nach Moskau, wobei vor allem *Neumann* die Position zu halten versuchte.[121] Schließlich beugte sich die KPD wie üblich dem EKKI.

Die Komintern verwarf die ursprüngliche Einschätzung der KPD, die ja eine Vorbereitung des Aufstandes beinhaltet hätte, sowohl aus Gründen der sowjetischen Außenpolitik (der solche Abenteuer schaden mußten) wie aus einer realistischeren Beurteilung der Situation in Deutschland.[122]

Die ZK-Tagung vom 15. bis 17. Januar 1931 schwächte die grobe Fehleinschätzung ab, sie erklärte die Regierung *Brüning* „zur Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur", die sich „sowohl auf die sozialdemokratische Führerschaft" als auch auf die „nationalsozialistischen Terrorbanden" stütze.[123] *Thälmann* sagte auf der Tagung: „Wir haben in Deutschland den Zustand einer ausreifenden, wenn auch noch nicht ausgereiften faschistischen Diktatur."[124]

---

118 *Inprekorr* Nr. 106 vom 9. Dezember 1930, S. 2911 ff.

119 Dies bestätigte *Manuilski* auf dem XI. EKKI-Plenum. Vgl. D. S. Manuilski, Die Kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus. Bericht vor dem XI. Plenum des EKKI. Hamburg 1931, S. 128. Auch *Der Propagandist* Jg. 2, Heft 2, Februar 1931, S. 15 schrieb: „Proletarische Revolution ist kein Widerspruch und kein Gegensatz zur Volksrevolution, sie ist ihr Synonym."

120 Dies bestätigte *Pjatnizki* auf dem XII. EKKI-Plenum. Vgl. O. Pjatnizki, Die Arbeit der Kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands und die Aufgaben der Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung. Moskau 1932, S. 18.

121 Ebd. S. 18. Vgl. auch die Version der SED, nach der *Thälmann* die These der „faschistischen Diktatur" für falsch gehalten habe, aber krank gewesen sei. Autorenkollektiv unter Leitung von Günter Hortzschansky, Ernst Thälmann. Eine Biographie. Berlin (Ost) 1979, S. 492 ff.

122 Vgl. die ausführliche Darstellung bei Weingartner S. 53 ff.

123 *RF* Nr. 17 vom 21. Januar 1931. Vgl. auch *Inprekorr* Nr. 5 vom 20. Januar 1931, S. 144.

124 Ernst Thälmann, Volksrevolution über Deutschland. Rede auf dem Plenum des ZK der KPD, 15.–17. Januar 1931. Berlin 1931, S. 30.

Um das „Ausreifen" zu verhindern, wurde die „Volksrevolution" zur „strategischen Hauptlosung" proklamiert. Vorsichtig empfahl die Führung auch, „nicht mechanisch" die Parole „Sturz der faschistischen Regierung" zu übernehmen.[125]

Zwar sollte *Thälmanns* Aussage „Wir müssen die revolutionäre Situation organisieren"[126] im Mittelpunkt der Arbeit stehen, doch war das nur der bereits übliche Verbalradikalismus. Die KPD hatte damit keine strategische, wohl aber eine neue taktische Wende ihrer Politik vollzogen.

Nach wie vor sah die KPD die UdSSR bedroht. In ihren Augen war die „Kriegspolitik gegen die Sowjetunion" eine Zielsetzung der „faschistischen Diktatur".[127] Allerdings erklärte die Partei sich zur „einzigen Friedenspartei" vor allem, weil sie gegen jeden Eroberungskrieg war und die Solidarität mit den französischen und polnischen Arbeitern propagierte.[128] Neben dieser realistischeren Beurteilung verlagerte sich die KPD-Agitation stärker auf die Propagierung der „Erfolge des Sozialismus" in der UdSSR,[129] da nach kommunistischer Vorstellung mit dem Fünfjahrplan der „Eintritt der Sowjetunion in die Periode des Sozialismus" erfolgt sei (vgl. Dok. 35). Der Prozeß gegen das sogenannte Unionsbüro der Menschewiki in Moskau (März 1931) rückte dann wieder stärker die „Verteidigung gegen die Interventionsvorbereitungen" in den Mittelpunkt (vgl. Dok. 39).

Auf die taktische Wende in der Frage der „Faschisierung" des Staatsapparats und des Parteiensystems wurde bereits verwiesen. Im Januar 1931 verkündete das ZK erneut, der „Faschismus" spiele keine „selbständige Rolle", sondern stelle „lediglich eine besondere Form der Diktatur des Kapitals dar".[130]

Die widersprüchliche Definition des Faschismus blieb. So zählte *Thälmann* zum Faschismus sowohl das Zentrum als auch „die eigentliche faschistische Massenpartei, die Nationalsozialisten und *Hugenberg*".[131]

In einer Agitationsbroschüre „SPD-Arbeiter fragt – wir antworten" erklärte die KPD: „der Faschismus ist nicht die NSDAP, sondern eine bestimmte politische Herrschaftsmethode des Kapitals". Weiter hieß es: „*Hitler* ist doch kein selbständiger politischer Faktor – er ist aufgepäppelt vom Finanzkapital". Und selbst auf die dem SPD-Arbeiter zugeschriebene Frage: „aber ihr werdet nicht leugnen können, daß eine *Hitler*- oder *Hugenberg*regierung den Krieg bedeutet", antwortete die KPD leichtfertig, der Krieg sei eben für jeden „Imperialismus eine objektive Notwendigkeit, gleichgültig, wie seine Regierung heißt."[132]

Der (auch durch die bürgerkriegsähnlichen Zustände hervorgerufene)[133] weitere Abbau demokratischer Rechte durch die *Brüning*-Regierung, etwa die Einschrän-

125 *Der Parteiarbeiter* 9. Jg., Nr. 2. Februar 1931, S. 3.

126 Thälmann, Volksrevolution, a. a. O. (Anm. 124) S. 23.

127 *RF* Nr. 281 vom 2. Dezember 1930.

128 Beschlüsse im Zitat S. 9.

129 Ebd. S. 5.

130 Ebd. S. 16.

131 Thälmann, Volksrevolution, a. a. O. (Anm. 124) S. 56.

132 SPD-Arbeiter fragt – wir antworten. Berlin 1931, S. 9, 11.

133 Allein 1930 fielen 300 Menschen in Deutschland politischen Mordtaten zum Opfer. Vgl. Horkenbach 1931, S. 99.

kungen des Versammlungsrechtes und der Pressefreiheit im März 1931 – deren Auswirkungen in der Praxis fast immer die KPD trafen –, lassen freilich die Schwierigkeit für die KPD-Führung erkennen, zu einer differenzierteren und realistischeren Einschätzung zu gelangen. Der Dogmatismus der KPD wurde noch verstärkt durch den Immobilismus der SPD, die ja ebenfalls zu keiner klaren Einschätzung und Konzeption fähig war.[134]

Gegenüber der SPD hielt die KPD an der Taktik von 1930 fest. Sie erwartete freilich eine Radikalisierung und „Empörung" der sozialdemokratischen Arbeiter und erklärte, daß es Hauptaufgabe der KPD sei, die „Liquidierung des Masseneinflusses der SPD" durch die Einheitsfront von unten zu erreichen.[135] Bei den Betriebsratswahlen sollte nun sogar „jeder klassenbewußte Arbeiter, auch wenn er noch zur SPD gehört" auf den roten Listen der RGO willkommen sein (vgl. Dok. 35). Allerdings ließ die Partei durchblicken, daß sie aus der Einheitsfronttaktik von unten eine Massenbewegung schaffen wollte, die „planmäßig organisierte legale und illegale politische Zersetzungs- und Vernichtungsarbeit in den gegnerischen Parteien und Organisationen" einschloß.[136] Schärfster Kampf wurde wiederum gegen die „linke SPD als den gefährlichsten Feind innerhalb der Sozialdemokratie" gefordert.[137]

Wie in früheren taktischen Phasen forcierte die KPD jedoch ihre Angriffe gegen die SPD rasch wieder. Im Februar 1931 bezeichnete die Parteiführung die SPD einerseits als „Hilfspolizei des Faschismus", andererseits sogar als wichtigste parlamentarische und außerparlamentarische Stütze der „ausreifenden, wenn auch noch nicht ausgereiften faschistischen Diktatur" (vgl. Dok. 36).

Im März 1931 schrieb *Die Rote Fahne*, die „Sozialfaschisten" wüßten, daß es für die KPD kein „gemeinsames Zusammengehen", sondern nur „Kampf bis zur Vernichtung" geben würde.[138] Die KPD vermutete im Februar 1931 eine deutsch-französische Annäherung und erwartete daher eine stärkere Heranziehung der SPD an die Regierung bei einer „teilweisen Zurückdrängung des Nationalsozialismus" (vgl. Dok. 36). Die SPD stehe „ideologisch bereits fest im faschistischen Lager". Indirekt widerspiegeln solche Äußerungen die Funktion der KPD als außenpolitische Hilfstruppe der UdSSR.

Allerdings merkte die Parteiführung, daß ihre Gleichsetzung aller Gegner als „faschistisch" auch Gefahren in sich barg. Aus Anlaß des Stahlhelm-Volksbegehrens zur Auflösung des preußischen Landtags (4. 2. 1931) schrieb das Sekretariat des ZK, man müßte vermeiden, in eine „indirekte Hilfestellung, sei es gegenüber dem Faschismus oder der Sozialdemokratie" zu geraten. Noch wurde erklärt, eine Beteiligung am Volksbegehren sei „selbstverständlich ausgeschlossen" (vgl. Dok. 36).

Die Verschärfung des NS-Terrors gegen die KPD (z.B. die Ermordung des

134 Zur Politik der SPD in dieser Phase vgl. Erich Matthias, Die SPD, in: E. Matthias – R. Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960 (Neuauflage 1979), S. 101 ff.

135 *RF* Nr. 17 vom 21. Januar 1931.

136 *Der Parteiarbeiter* 9. Jg., Nr. 1, Januar 1931, S. 3.

137 Beschlüsse im Zitat S. 22.

138 *RF* Nr. 69 vom 22. März 1931. Es hieß dort auch: „Es gibt in der Kommunistischen Partei keinen Menschen mit solchen Illusionen, daß im Bunde mit dem Sozialfaschismus der Faschismus bekämpft werden kann."

Hamburger KPD-Bürgerschaftsabgeordneten *Hennig* im März 1931) förderte die differenziertere Betrachtung des Gegners.[139] Erstmals wurde gesagt, daß es im Rahmen der Einheitsfront von unten keineswegs „unzulässig ist, mit örtlichen proletarischen Organisationen, die unter reformistischer Leitung stehen, zu verhandeln", wenn dadurch der Gegensatz zwischen Führung und Mitgliedschaft „gesteigert" werden könne (vgl. Dok. 39). Ansätze zu einer Einheitsfront wie in Braunschweig wurden allerdings aus der besonderen Lage erklärt und teilweise kritisiert.[140]

Immerhin zeigt die Phase von Dezember 1930 bis Frühjahr 1931 insgesamt eine Verlagerung der Angriffe weg von der SPD und hin zum „Faschismus" (Regierung und NSDAP).

In der Gewerkschaftsfrage setzte die KPD ihre Spaltungspolitik fort. Die ZK-Tagung im Januar 1931 proklamierte die „Stärkung und Ausweitung" der RGO als „wichtigste zentrale Tagesaufgabe".[141] Allerdings wurde gleichzeitig die „Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften" als „unbedingt notwendig" erklärt. Doch auch diese Forderung konnte nicht verwischen, daß es der KPD vor allem auf eigene Gewerkschaften ankam. Nach dem Metallarbeiter-Verband hatte die RGO am 11. Januar 1931 auch einen Roten Bergarbeiterverband gegründet, weitere folgten. „Her zu uns, hinein in die RGO" lautete die kommunistische Parole.[142] „Werbeaktionen" folgten, um „Hunderttausende von Mitgliedern zu gewinnen" – was freilich gründlich mißlang. Wie üblich glaubten RGO und KPD vor allem durch die Auslösung von Streiks voranzukommen. Zwar konnte nach dem Bergarbeiterstreik vom Januar 1931 ein eigener Verband gegründet werden, doch blieb diese Konzeption in der Krise weiterhin ohne nennenswerten Erfolg.

Die Taktik von Dezember 1930 bis Frühjahr 1931 läßt insgesamt erkennen: auf einigen Gebieten (Haltung zur UdSSR oder zur SPD) gab es nur Veränderungen in Nuancen. Gegenüber der Regierung erfolgte eine schroffe taktische Wendung (die freilich von der Komintern korrigiert wurde), der Kurs gegen die NSDAP sowie in der Gewerkschaftsfrage verschärfte sich erheblich. Durch die sich vertiefende Wirtschaftskrise (im März 1931 gab es fast 5 Millionen Arbeitslose) und durch die Krise des Staates und des Parteiensystems konnte die KPD ihren Einfluß verstärken. Der Partei gelang es, die Zahl ihrer Mitglieder auf 205000 (Februar 1931) zu steigern. Bei den Wahlen in Braunschweig am 1. März 1931 konnte die KPD gegenüber den Reichstagswahlen von 1930 den größten Stimmengewinn verbuchen (fast 5000 Stimmen, die NSDAP 1600 Stimmen).[143]

---

139 Das ZK gab eine Erklärung heraus (vgl. *RF* Nr. 65 vom 18. März 1931), in der von „101 revolutionären Arbeitern" gesprochen wurde, die „durch SA-Mordbanditen umgebracht" wurden. Die NSDAP wurde als „Partei des individuellen Terrors [...] des planmäßigen faschistischen Arbeitermordes" bezeichnet. Vgl. auch Dok. 39.

140 Vgl. Dok. 39, Anm. 30. Vgl. auch *RF* Nr. 72 vom 26. März 1931, wo die Wahl von Sozialdemokraten durch Kommunisten im Stadtparlament aus den „besonderen politischen Bedingungen", der „offenen faschistischen Regierung der Nazis" und der „Scheinopposition" der SPD erklärt wurde.

141 Beschlüsse im Zitat S. 32.

142 Der Arbeiterverrat der Gewerkschaftsbonzen. Berlin o. J. (1931), S. 24.

143 In der Stadt Braunschweig war das Ergebnis für die KPD noch besser, sie gewann 3400 Stimmen dazu, die NSDAP 1700, die SPD verlor 4000 Stimmen. Vgl. Horkenbach 1931 S. 81. Allerdings erreichte die KPD nur 12000, die NSDAP 27000 Stimmen.

Die Krise der NSDAP (Absetzung von *Stennes* und am 1. April der Sturz von *Frick* in Thüringen) sowie der SPD (im März trotz Fraktionsbeschlusses sozialdemokratische Gegenstimmen bei der Abstimmung über den Panzerkreuzerbau) ließen für die KPD bei Fortführung der Taktik eine weitere günstige Entwicklung erwarten.

Wenn dennoch im April 1931 wieder eine neue taktische Schwenkung erfolgte, so war dies nicht auf die deutsche Situation, sondern auf Weisungen der Komintern zurückzuführen. Der Prozeß gegen das sogenannte Unionsbüro der Menschewiki im März 1931 in Moskau diente vor allem als Vorbereitung für verschärfte Angriffe gegen die Sozialdemokratie. Das hing eng mit der sowjetischen Außenpolitik zusammen: „Der allgemeine Argwohn der Sowjetunion richtete sich gegen die verstärkte außenpolitische Westorientierung der deutschen Regierung, die durch die im Februar-März (1931) gewichtiger gewordene sozialdemokratische Rolle im Parlament neuen Auftrieb erhalten würde." *(Weingartner)*[144] Auf diesem Hintergrund ist die neue Taktik zu verstehen, die das XI. Plenum des EKKI für die Komintern verbindlich machte.

April 1931 bis Oktober 1931: Kampf gegen die SPD

Das XI. Plenum des EKKI im März/April 1931 veranlaßte die KPD zu einer verschärften Taktik gegenüber der SPD. Das EKKI konstatierte eine „revolutionäre Krise"[145] sowie die akute Gefahr des Interventionskrieges gegen die UdSSR. Die Sozialdemokratie wurde bezichtigt, das „wichtigste Werkzeug" bei der Vorbereitung des „konterrevolutionären Krieges gegen die Sowjetunion" zu sein.[146] Das EKKI hob hervor, die Sozialdemokratie sei die „soziale Hauptstütze der Diktatur der Bourgeoisie".[147] Die KPD stellte sich sofort uneingeschränkt hinter die Beschlüsse des EKKI und versuchte, diese in ihrer Politik umzusetzen. Da das EKKI von einer forcierten Kriegsvorbereitung gegen die UdSSR gesprochen hatte, von der Intervention, die „unmittelbar drohe",[148] mußte die KPD diese angebliche Gefahr stärker in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Nun behauptete auch die KPD, die Interventionsgefahr sei nicht eine „Sache der fernen Zukunft, sondern eine Tatsache der unmittelbaren Gegenwart".[149] Auf der Tagung des ZK der KPD im Mai 1931 erklärte *Hermann Remmele*, die Kriegsgefahr für die Sowjetunion sei „viel näher, als die meisten Arbeiter und Bauern in Deutschland annehmen".[150] Entsprechend dieser Einschätzung wurde die Verteidigung der Sowjetunion „als eine der wichtigsten zentralen Aufgaben" Schwerpunkt der Parteiarbeit.[151] Die Kommunisten sprachen

144 Vgl. Weingartner S. 81, dort auch Einzelheiten.

145 Beschlüsse im Zitat S. 5.

146 Ebd. S. 10.

147 Ebd. S. 22.

148 Manuilski, a. a. O. (Anm. 119) S. 24.

149 *Der Propagandist* 2. Jg., Heft 7, Juli 1931, S. 11.

150 Hermann Remmele, Kapitalistischer Zusammenbruch in Deutschland – Sozialistischer Aufbau in der Sowjetunion. Rede auf dem Plenum des ZK der KPD am 14. und 15. Mai 1931. Berlin 1931, S. 27.

151 In der Resolution des ZK der KPD zum XI. EKKI-Plenum hieß es: „Der Kampf des Proletariats gegen die imperialistische Kriegshetze kann zwar die drohende Gefahr des Krieges nicht abwenden, solange er nicht zum Sturz des kapitalistischen Systems führt, wohl aber die Atempause für den friedlichen sozialistischen Aufbau der Sowjetunion verlängern und günstigere Voraussetzungen für eine Umwandlung des künftigen imperialistischen Krieges in die proletarische Revolution schaffen." *RF* Nr. 108 vom 24. Mai 1931.

von der Friedenspolitik der UdSSR und gaben die Losung aus, den erwarteten Krieg gegen die Sowjetunion in „einen Krieg gegen die eigene Bourgeoisie zu verwandeln".[152]

Zugleich sollte aber die „Popularisierung der sozialistischen Erfolge der Sowjetunion" forciert werden. Damit wurde die UdSSR als Modell der KPD-Zielsetzung wichtiges Mittel der Agitation und Propaganda der Partei.

Die *Brüning*-Regierung blieb für die KPD weiterhin die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur. Allerdings sah die Parteiführung in der 4. Notverordnung eine „höhere Stufe der Faschisierung" (vgl. Dok. 45).

Mehrere Kominternführer hatten auf dem XI. Plenum indirekt die KPD angegriffen und erklärt, einige Kommunisten seien der Gefahr erlegen, zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus einen „prinzipiellen Gegensatz zu konstruieren", das sei die „Hauptgefahr" in der Komintern.[153] Die KPD-Führung ihrerseits wollte nun beweisen, daß sie keinen „prinzipiellen Unterschied" zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie sah.[154]

Wieder einmal zeigte sich, daß die Komintern- wie die KPD-Führer glaubten, die objektive Lage sei revolutionär, und es bestehe die Gefahr, die Partei könne hinter dem revolutionären Aufschwung zurückbleiben.[155] Durch extensive Auslegung der Strategie wollte die KPD-Führung mit der neuen Taktik dieser tatsächlich überhaupt nicht vorhandenen „Gefahr" vorbeugen. Die „strategische Hauptlosung" Volksrevolution für ein sozialistisches Sowjetdeutschland war bei den politischen Stärkeverhältnissen in Deutschland zwar utopisch,[156] entsprach aber dieser Grundvorstellung. Der Übertritt *Richard Scheringers* von der NSDAP zur KPD veranlaßte die Parteiführung, die „nationale" Politik weiter zu propagieren, wohl auch in der Hoffnung, daß „noch mancher *Scheringer* den Weg von der Reichswehr über *Hitler* zu *Thälmann*" finden werde.[157]

Ansätze einer differenzierten Betrachtung des Parteiensystems wurden wieder zurückgenommen, nun waren für die KPD die „SPD und Nazis" nur „zwei Eisen im Feuer der Bourgeoisie, deren sich das herrschende Finanzkapital wechselseitig bedient" (vgl. Dok. 45). Der Hauptstoß richtete sich wieder deutlich gegen die SPD. Der Kominternführer *Pjatnizki* kritisierte 1932 die KPD deswegen: „Als man die

152 Beschlüsse im Zitat S. 11.

153 Manuilski, a. a. O. (Anm. 119) S. 121.

154 In der Resolution des ZK hieß es: „In Deutschland versucht die SPD als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur, das Kabinett *Brüning*, als das ‚kleinere Übel' gegenüber einer Naziregierung hinzustellen, um dadurch den *faschistischen* Charakter der Herrschaftsmethoden der *Brüning*regierung zu vertuschen. Hier würde jede Tendenz einer liberalen Gegenüberstellung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie als prinzipiell gegensätzlicher Systeme in besonderem Maße eine Unterstützung des sozialdemokratischen Betrugs der Arbeitermassen und eine Abschwächung des Massenkampfes gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur bedeuten." *RF* Nr. 108 vom 24. Mai 1931.

155 Die „Grundfrage ist das Zurückbleiben der internationalen kommunistischen Bewegung hinter der außerordentlich günstigen objektiven Situation". Manuilski, a. a. O. (Anm. 119) S. 102.

156 Wilhelm *Pieck* schrieb später, der „strategische Fehler" habe „in der unmittelbaren Zielsetzung der sozialistischen Revolution und der proletarischen Diktatur" bestanden. Wilhelm Pieck, Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. 30 Jahre Kampf. Berlin 1949, S. 26.

157 *Der Propagandist* Jg. 2, Heft 4, April 1931, S. 17.

Kampagne gegen die Faschisten durchführte (Ende 1930) vergaß man ganz, daß auch noch die Sozialdemokratie existierte. Und nach dem XI. Plenum wurde die Sozialdemokratie in den Dokumenten der KPD richtig als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie charakterisiert, doch vergaß man nun wieder die Faschisten."[158]

Pjatnizki verschwieg freilich, daß die Komintern die KPD zu diesem Kurs gedrängt hatte. *Manuilski* hatte auf dem XI. Plenum des EKKI bestritten, daß „der Faschismus *Hitlerscher* Färbung der Hauptfeind" sei (wie es die Sozialdemokratie zur Begründung ihrer Politik des „kleineren Übels" behaupte); vielmehr sei für die Komintern „die von der Sozialdemokratie unterstützte *Brüning*-Regierung" der Hauptfeind.[159] In diesem Sinne wandte sich die KPD besonders scharf gegen den SPD-Parteitag in Leipzig, wobei in diesem Zusammenhang sogar von den „Banditen des Sozialfaschismus" die Rede war.[160]

Die neue Taktik bedeutete jedoch nicht nur wüste Schimpferei gegen die Sozialdemokratie, die Angriffe liefen in der Praxis sogar auf eine Zusammenarbeit mit Nazis und Deutschnationalen gegen die SPD hinaus, und zwar beim Volksentscheid in Preußen im August 1931.

Ursprünglich hatte die KPD jede Beteiligung am Volksbegehren des Stahlhelms gegen die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung abgelehnt. In einem Aufruf des ZK vom Februar 1931 wurde das Volksbegehren als „demagogische" Tat von *Goebbels* und *Frick* charakterisiert und als „Volksbegehren der Reaktion" bezeichnet.[161] Am 10. April 1931 schrieb *Die Rote Fahne*: „Kein Werktätiger darf sich verleiten lassen, gemeinsam mit den Mord- und Streikbrecherbanden der Nazis und des Stahlhelms, gemeinsam mit den Börsenfürsten, Junkern und Inflationsgewinnlern für deren Volksbegehren aufzumarschieren." Ähnlich äußerte sich *Thälmann*: „Wir können selbstverständlich nicht mit den Faschisten gegen die Preußenregierung ein gemeinsames Volksbegehren durchführen."[162]

Nachdem das von der NSDAP und der DNVP unterstützte Volksbegehren Ende April erfolgreich war, blieb die KPD zunächst auch gegenüber dem kommenden Volksentscheid ablehnend. Freilich kritisierte das ZK in einem Rundschreiben (vgl. Dok. 44), daß die Rolle der Preußenregierung als „Hauptstütze" *Brünings* von der Partei zu wenig herausgestellt werde, und forderte eine „äußerste Steigerung" des Kampfes gegen die *Braun-Severing*-Regierung in Preußen. Die neue Taktik zeigte so erste Wirkung. Dennoch blieb die KPD-Führung (nach SED-Darstellung mit Ausnahme *Heinz Neumanns*)[163] bis Mitte Juli bei ihrer ablehnenden Haltung. Doch wenige Tage vor dem Volksentscheid griff die Komintern ein und drängte die KPD zur Teilnahme am Volksentscheid.

Der konkrete Verlauf der sowjetischen Einflußnahme ist schwer zu rekonstruieren, doch geben die heutigen SED-Darstellungen folgendes Bild: Das Polbüro der KPD

158 Pjatnizki, a. a. O. (Anm. 120) S. 19.

159 Manuilski, a. a. O. (Anm. 119) S. 123.

160 *RF* Nr. 141 vom 2. Juni 1931. Die gleiche Nummer der Zeitung meldete den Übertritt des früheren linken SPD-Reichstagsabgeordneten *Jacobshagen* zur KPD.

161 *RF* Nr. 40 vom 17. Februar 1931.

162 Thälmann, Volksrevolution, a. a. O. (Anm. 124) S. 57.

163 Vgl. GdA S. 302 f. Thälmann-Biographie, a. a. O. (Anm. 121) S. 529.

war einstimmig gegen die Teilnahme. Doch in der Politkommission des EKKI traten vor allem *Stalin* und *Molotow* für die Beteiligung am Volksentscheid ein, woraufhin das EKKI Einspruch gegen den Beschluß des KPD-Polbüros erhob. „Das Sekretariat, das Politbüro und das ZK" traten daraufhin „am 22. Juli nacheinander zusammen und revidierten die Haltung der KPD zum Volksentscheid."[164]

Die KPD-Führung wurde also von Moskau zu diesem Schritt veranlaßt. Die Abhängigkeit der KPD von der Komintern und von *Stalin* war inzwischen so groß, daß sie sich den Anordnungen ohne nennenswerten Widerstand unterwarf und proklamierte: „Heraus zum Volksentscheid!"[165] Viele KPD-Wähler versagten freilich ihre Zustimmung, so daß beim Volksentscheid am 9. August 1931 in KPD-Hochburgen weniger Stimmen für den Volksentscheid abgegeben wurden, als die ihn tragenden Parteien 1930 erhalten hatten.[166] Bei der KPD-Mitgliedschaft selbst stieß der Beschluß über die Beteiligung am Volksentscheid kaum auf Widerspruch. Die Partei war inzwischen so zentralisiert und diszipliniert, daß jede Wendung akzeptiert wurde.[167]

Über die Gründe für das Zusammengehen von KPD mit NSDAP und DNVP hat *Weingartner* einleuchtende Thesen veröffentlicht, die den Einfluß der außenpolitischen Interessen der Sowjetunion auf die KPD-Politik beweisen. Es kam der UdSSR auf die Störung der gerade laufenden deutsch-französischen Gespräche an, eine starke Beteiligung am nationalistischen Volksentscheid sollte in Frankreich Mißtrauen wecken und der *Brüning*-Regierung die Hände binden. In diesem Sinne erfüllten der Volksentscheid und die KPD als „funktionierendes außenpolitisches Instrument" ihre Rolle: „Über die KPD hatte die Komintern mitgeholfen, eine deutsch-französische Annäherung unmöglich zu machen."[168]

Die Beteiligung der KPD am Volksentscheid war darüber hinaus Höhepunkt der These vom „Hauptfeind" Sozialdemokratie und der verschärften Taktik seit April 1931. Die Komintern forderte: „Alle Kräfte der Partei müssen in den Kampf gegen die Sozialdemokratie geworfen werden."[169] *Thälmann* wollte „um jeden Preis die Krise in der SPD zur höchsten Entfaltung" bringen, und im offiziellen Referentenmaterial des ZK zum Volksentscheid hieß es:

„Wir machen keine Einheitsfront mit den Todfeinden der Arbeiterklasse, so wenig wie mit *Hugenberg* oder *Hitler*, mit *Seldte* oder *Duesterberg*, ebensowenig mit *Severing* und *Braun*, mit *Leipart* und *Tarnow*. Die einen wie die anderen sind

164 GdA S. 302 f. In der *Thälmann*-Biographie heißt es, die Sekretariatssitzung habe bereits am 21. Juli stattgefunden. In dieser Biographie wird die Sitzung etwas ausführlicher dargestellt, aber die Legende aufrechterhalten, die KPD habe „ihren Hauptfeind unverändert in den Faschisten" gesehen (ebd. S. 530 f.).

165 Hauptschlagzeile der *Roten Fahne* Nr. 146 vom 23. Juli 1931. Noch am Vortage hatte das ostpreußische KPD-Blatt geschrieben: „Keiner beteiligt sich an der Abstimmung, denn auch jede ‚Nein-Stimme' zählt für die Volksbetrüger." Zit. in: Feind im Rücken. Bilder aus der Geschichte der Kommunistischen Internationale. Wien 1932, S. 81.

166 In der Berliner KPD-Hochburg Wedding gingen 41 Prozent weniger Wähler zur Urne, als KPD, NSDAP und DNVP 1930 Stimmen erhalten hatten. *Arbeiterpolitik* vom 23. August 1931.

167 So begrüßte die Leitung des Unterbezirks Bochum die Wendung „mit Begeisterung". HStA Düsseldorf, 17 149.

168 Weingartner S. 93. Weitere Einzelheiten bei Weingartner S. 87 ff., 91 ff.

169 *KI* Heft 25/26 vom 7. Juli 1931, S. 1155.

Todfeinde der Arbeiterklasse."[170] Zwar wurde weiterhin von „Einheitsfront von unten", mit den „Arbeitern" gesprochen, aber mit dieser Gleichsetzung von DNVP- und NSDAP-Führern mit den Führern der SPD und der Gewerkschaften ein Weg eingeschlagen, der in der faktischen „Einheitsfront" mit *Hugenberg* und *Hitler* gegen *Braun* und *Severing* beim Volksentscheid endete.

Freilich mußte diese übersteigerte Konsequenz der Taktik, dieses „Abenteurertum" *(Trotzki)*[171] nicht nur Verwirrung innerhalb der eigenen Partei hervorrufen, sondern auch in der Arbeiterschaft den Graben zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten bzw. Gewerkschaftern weiter vertiefen, die KPD mußte eine „Mauer" zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten erkennen.[172] „Die Beteiligung der Kommunisten am Volksentscheid wurde von den sozialdemokratischen Massen als ein Zusammengehen der Kommunisten mit den Nazis aufgefaßt", mußte selbst *Pieck* später bestätigen.[173] Das versuchte die KPD zunächst durch Phrasen zu überspielen („Die Kommunisten, die einzigen Sieger"),[174] das Ergebnis wollte sie beschönigen (vgl. Dok. 49, wo freilich auch das „Zurückbleiben hinter kommunistischen Stimmenergebnissen in proletarischen Bezirken" registriert wird). Die KPD entfernte sich durch die Beteiligung am Volksentscheid gerade von ihrem Hauptziel, die sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen.

Allerdings verhinderte auch die Politik der Straßenschlachten, die die KPD in jenen Monaten praktizierte, solche Erfolge. Der *Vorwärts* hatte beispielsweise besonders scharf reagiert, als ein sozialdemokratischer Polizeibeamter von Kommunisten erschossen wurde.[175] Während des Volksentscheides wurden in Berlin nicht nur die beiden Polizeihauptleute *Lenck* und *Anlauf* von Kommunisten erschossen, sondern in Leipzig auch der sozialdemokratische Jugendliche *Warkus* von zwei Kommunisten erstochen.[176] Dennoch blieb die KPD auch nach dem Volksentscheid bei ihrer Taktik. *Thälmann* verkündete im September 1931 als „Generallinie unserer Politik", gegen die Sozialdemokratie, die „soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, das

170 Ernst Thälmann, Über den roten Volksentscheid am 9. August 1931, in: Ernst Thälmann, Kampfreden und Aufsätze. Berlin o. J. (1932), S. 53. – Referentenmaterial zum Roten Volksentscheid am 9. August. Rotes Preußen für ein freies sozialistisches Deutschland. Hrsg. vom Zentralkomitee der KPD. Als Manuskript gedruckt, in: HStA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf, 30 649 f.

171 „Auf die Straße gehen mit der Losung: ‚Nieder mit der *Brüning–Braun*-Regierung!', wenn – auf Grund des Kräfteverhältnisses – diese Regierung nur durch eine Regierung *Hitler – Hugenberg* ersetzt werden kann, ist reines Abenteurertum." Trotzki, Gegen den Nationalkommunismus (1931), in: Trotzki, Schriften über Deutschland, a. a. O. (Anm. 106) S. 117. Nicht einsichtig ist die These von Wieszt, der im Volksentscheid eine logische Konsequenz der KPD-Politik sogar schon ab Januar 1931 sieht. Wieszt S. 311.

172 *RF* Nr. 214 vom 24. November 1931.

173 Pieck, a. a. O. (Anm. 156) S. 27.

174 *Der Agitator* September 1931, S. 5.

175 Vgl. *Vorwärts* Nr. 302–304 vom 1. und 2. Juli und Nr. 307 vom 4. Juli 1931. Die KPD lehnte freilich die Verantwortung für den Mord ab und behauptete, die Polizei habe geschossen.

176 Vgl. ebd. und *Vorwärts* Nr. 385 vom 19. August 1931. Daraufhin wurde der Sitz des ZK, das *Karl-Liebknecht*-Haus, von Polizei besetzt. Vgl. dazu die Erklärung des ZK in *Inprekorr* Nr. 79 vom 11. August 1931, S. 1779. Den Mord an den Polizeihauptleuten *Anlauf* und *Lenck* führte der illegale KP-Apparat unter *Kippenberger* durch. Beteiligt war auch der heutige Minister für Staatssicherheit der DDR, *Mielke*. Vgl. auch Weber II, S. 200 f.

Haupthindernis der proletarischen Revolution in Deutschland", den „Hauptstoß" zu führen.[177]

Die KPD gelangte sogar zu dem verwegenen Schluß, die „Dialektik erfordere", zu sehen, eine sozialdemokratische Koalitionsregierung, der ein „kampfunfähiges, zersplittertes Proletariat gegenüberstände, wäre ein tausendmal größeres Übel als eine offen faschistische Diktatur, der ein klassenbewußtes, kampfentschlossenes, in seiner Masse geeintes Proletariat gegenübertritt".[178] Folgerichtig in der Fehlanalyse erklärte *Remmele* im Reichstag: „Die faschistischen Herrschaften schrecken uns nicht. Sie werden rascher abgewirtschaftet haben als jede andere Regierung."[179]

Die RGO-Politik wurde nach dem XI. EKKI-Plenum ebenfalls weitergetrieben, hatte das Plenum doch die „Festigung der selbständigen revolutionären Gewerkschaften in wirkliche Massenorganisationen" gefordert.[180] In dieser Phase kam es zunächst sogar zu Aufrufen, die Freien Gewerkschaften zu verlassen und zur RGO zu gehen,[181] die Freien Gewerkschaften zu „zerschlagen".[182] Die RGO blieb allerdings weiterhin eine Sekte, die kaum die KPD-Mitgliederzahlen erreichte.[183] Auch die Versuche, durch „Wirtschaftskämpfe" den kommunistischen Einfluß in den Betrieben zu steigern, blieben praktisch ohne Erfolg. Die RGI-Führung hatte bereits Ende Juni der RGO vorgeworfen, sie vernachlässige die innergewerkschaftliche Arbeit und müsse „neben der Organisierung einer selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung" die „Arbeit innerhalb der reaktionären Verbände" vorantreiben.[184] Diese Doppelaufgabe überstieg aber offenbar die Kräfte der KPD.

Die taktische Phase von April bis Oktober 1931 zeigt so in vieler Hinsicht einen Rückfall in die exzessive Auslegung der Strategie vor dem April 1930. Dennoch konnte die KPD kleinere Erfolge erringen. Die Zahl der Mitglieder stieg bis Oktober auf 233000. Vor dem „Volksentscheid" hatte sie im Mai 1931 Stimmengewinne in Oldenburg zu verbuchen, doch auch nach dem Volksentscheid erzielte sie bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen im September große Erfolge.[185] Doch innerhalb der Arbeiterbewegung zeigte sich die KPD isoliert. Sie bemühte sich vor allem in der

177 *Thälmann*, in der *Hamburger Volkszeitung* vom 30. September 1931, abgedruckt in Thälmann, Kampfreden, a. a. O. (Anm. 170) S. 60.

178 Der Artikel „Die Theorie des ‚kleineren Übels', die Theorie des Opportunismus" (*Der Propagandist* Jg. 2, Heft 9, September 1931, S. 4), ist mit Kr. gezeichnet. (*Kraus*, das ist *Lenz-Winternitz*) Zitate daraus sind abgedruckt in: W. Conze, Der Nationalsozialismus, Tl. I. 6. Aufl. Stuttgart 1972, S. 47. Die seltene Nummer des *Parteiarbeiter* ist in der Universitätsbibliothek Bremen erhalten, für eine Kopie bin ich Herrn Dr. *Gebhardt* zu Dank verpflichtet.

179 *Inprekorr* Nr. 100 vom 20. Oktober 1931, S. 2251.

180 Beschlüsse im Zitat S. 26.

181 „Heraus aus dem Gesamtverband der sozialfaschistischen Verräter" forderte die *Rote Wacht*, das Organ der kommunistischen Seeleute und Hafenarbeiter, 2. Jg., Nr. 8, 1931. Ende 1932 kritisierte *Die rote Gewerkschaftsinternationale* (12. Jg., Nr. 17/18, Dezember 1932, S. 1001), im Sommer 1931 sei in „einigen" RGO-Zeitungen die Losung „zerstört die Gewerkschaften" ausgegeben worden.

182 So das *Ruhr-Echo* im August 1931, zit. in *Vorwärts* Nr. 402 vom 28. August 1931.

183 Vgl. dazu Weber I S. 366.

184 *RF* Nr. 184 vom 25. Juni 1931.

185 Gegenüber der Reichstagswahl 1930 gewann die KPD 30000 Stimmen, die NSDAP freilich fast 60000. Vgl. Horkenbach 1931, S. 315.

Gewerkschaftsfrage, durch eine taktische Wende einen Durchbruch zu erreichen. So kam es im Oktober-November 1931 zu einer neuen taktischen Phase, wodurch allerdings die bisherige Politik nicht sehr erheblich variiert wurde.

Oktober 1931 bis Frühjahr 1932: SPD und NSDAP „Zwillingsbrüder"

Eine Sitzung des Polbüros am 24. September 1931 hatte nach einem Referat von *Hermann Remmele* eine Resolution beschlossen (vgl. Dok. 53, Anm. 9), in der eine Konzentrierung der Parteiarbeit auf die Betriebe und innergewerkschaftliche Aktivitäten gefordert wurden. Damit sollten die „brennendsten Aufgaben" gelöst werden.[186] War die KPD zunächst auch nach dem Volksentscheid noch völlig auf die Auseinandersetzung mit der SPD fixiert, so rückte ab Oktober 1931 auch die NSDAP wieder stärker in den Mittelpunkt der KPD-Angriffe. Die Umbildung der Regierung *Brüning* (9. Oktober) wurde als „neuer Abschnitt in der Durchführung der faschistischen Diktatur" kommentiert, nun wurde eine „veränderte Situation" mit neuen Aufgaben für die Partei konstatiert (vgl. Dok. 53).

Die Schaffung der Harzburger Front am 11. Oktober 1931 sowie die aggressiven Angriffe und Überfälle der SA und NSDAP auf organisierte Arbeiter bestimmten die neue Taktik. Mit dem Ruf nach „proletarischer Einheitsfront", differenzierter Behandlung der Sozialdemokraten und Aktivitäten in den Freien Gewerkschaften schwächte die KPD die im Volksentscheid kulminierende Taktik ab. Vor allem das Beispiel Braunschweig schien Ansätze einer flexibleren Haltung bei der „Einheitsfront von unten" zu signalisieren, wandte sich die Führung doch dagegen, sie „parteibuchmäßig und engherzig" anzuwenden (vgl. Dok. 55). Jedoch schon im November zeigte sich erneut, daß wirkliche Einheitsfrontangebote von Sozialdemokraten (etwa von *Breitscheid*) als Manöver zurückgewiesen wurden.[187]

Auch gegenüber der NSDAP blieb die Haltung der KPD schwankend. Die dauernde Hoffnung der KPD auf eine rückläufige Entwicklung der Nazis erfüllte sich nicht, bei den Wahlen in Hamburg hatte die NSDAP die KPD klar überrundet. Am 1. November 1931 veröffentlichte die BL Berlin-Brandenburg der KPD einen „Offenen Brief an die werktätigen Wähler der NSDAP und die Mitglieder der SA".[188] Auch hier versuchte die KPD die Anhänger von der Führung zu trennen, indem sie sowohl auf die Zusammenarbeit *Hitlers* mit den „großkapitalistischen Schiebern" in Harzburg als auch auf die „proletarischen Anhänger der NSDAP", die sich in die „Einheitsfront" eingereiht hatten, verwies.

Am 10. November nahm das ZK einen Beschluß gegen den individuellen Terror an.[189] Damit sollte einerseits die Losung „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft" endgültig überwunden und die Auseinandersetzung mit der NSDAP politisch geführt werden, andererseits aber ebenfalls durch die nationalen Parolen der „Volksrevolu-

186 Vgl. dazu den Artikel Walter *Ulbrichts* „Der revolutionäre Aufschwung und die Taktik der Einheitsfront", in: *Die Internationale* 14. Jg., Heft 10, Oktober 1931, S. 433 ff.

187 Vgl. Bahne, KPD S. 22.

188 Der Brief erschien in der *Roten Fahne* Nr. 196 vom 1. November 1931. Er ist wiederabgedruckt in Weber, Dokumente S. 157 f.

189 Abgedruckt in *RF* Nr. 206 vom 13. November 1931.

tion" Anhänger aus den Reihen der Nazis gewonnen und deren Siegeszug gestoppt werden.

Die Landtagswahlen in Hessen am 15. November 1931 zeigten indes, daß die NSDAP weiter auf dem Vormarsch war, auch wenn die KPD ebenfalls erhebliche Stimmengewinne zu verbuchen hatte.[190] In einem „Appell" an die „Arbeiter der Sozialdemokratie, des Reichsbanners und der Gewerkschaften" versuchte das ZK der KPD Ende November angesichts der katastrophalen materiellen Lage der Arbeiter und der Arbeitslosen auch die Taktik der Einheitsfront von unten, die „rote Einheitsfront" zu aktivieren.[191] In „ehrlicher und brüderlicher Absicht" wollten die Kommunisten den Kampf gegen Kapitalismus und Faschismus. Allerdings wurde gesagt: „Eure Einheitsfront kann nur im schärfsten Kampf gegen die *Brüning-Braun-Severing*-Diktatur den Faschismus überwinden und die nationalsozialistische Partei des Arbeitermordes zerschlagen." Schon solche Worte zeigen, daß sich trotz Ansätzen einer neuen Taktik an der Strategie nichts geändert hatte.

Das bewies auch ein Artikel *Thälmanns* über „Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung", der im theoretischen Organ der KPD, *Die Internationale*, erschien[192] und zur Grundlage der Parteischulung in dieser Phase gemacht wurde.[193] *Thälmann* kritisierte, daß sich „Tendenzen einer liberalen Gegenüberstellung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie, von *Hitler*-Partei und Sozialfaschismus, in unseren Reihen gezeigt haben."[194] Er konstatierte „mindestens unterbewußte Stimmungen", als ob „die *Braun-Severing*-Regierung vielleicht doch ein ‚kleineres Übel' gegenüber einer *Hitler-Goebbels*-Regierung" in Preußen wäre – was *Thälmann* strikt für falsch erklärte. Auch „Einheitsfrontangebote von oben an bezirkliche [!] ADGB-Führungen" wie im Ruhrgebiet erregten seinen Zorn. Er betonte, die KPD habe weiterhin „den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie zu richten".[195] Auch die These: „Ohne im Kampf gegen die Sozialdemokratie zu siegen, können wir nicht den Faschismus schlagen", erschien bei *Thälmann* wieder[196] und ebenso die Forderung nach „Einheitsfront von unten". Er setzte sich mit Verzerrungen des Begriffs Volksrevolution auseinander, wandte sich aber auch gegen Fatalismus gegenüber dem Nationalsozialismus und kritisierte ausdrücklich die in *Der Propagandist* erschienene These, eine sozialdemokratische Regierung sei unter Umständen ein größeres Übel als eine „offen faschistische Diktatur".[197] Zugleich

190 Die KPD erhielt 156 000 Stimmen (gegenüber 41 000 bei den Landtagswahlen 1927 und 84 000 bei den Reichstagswahlen 1930), die NSDAP 291 000 Stimmen (gegenüber 137 000 bei den Reichstagswahlen 1930). Horkenbach 1931 S. 351.

191 *RF* Nr. 219 vom 29. November 1931.

192 Thälmann, in: *Die Internationale* 14. Jg., Heft 11/12, November-Dezember 1931, S. 481 ff. Der Artikel wurde auch abgedruckt in *Inprekorr* Nr. 113 vom 1. Dezember 1931, S. 2561 ff. und *KI* Heft 41 vom 10. Dezember 1931, S. 1897 ff.

193 Das Thema wurde im „Politischen Schulungstag" der KPD abgehandelt. Vgl. *Der Propagandist* 2. Jg., Heft 12, Dezember 1931, S. 26. f.

194 *Die Internationale*, a. a. O. (Anm. 192) S. 487.

195 Ebd. S. 489.

196 Ebd. S. 492.

197 Ebd. S. 499. Das Zitat aus dem *Propagandist* ist oben angeführt. Vgl. auch Anm. 178.

verlangte *Thälmann* „größtmöglichste Verschärfung unseres ideologischen Massenkampfes gegen den Faschismus" (und meinte in diesem Falle die NSDAP).

Der Artikel *Thälmanns*, der in den folgenden Monaten die Parteipolitik bestimmte, läßt so den ganzen Zwiespalt der KPD-Generallinie erkennen. Die Taktik ging einher mit innerparteilichen Auseinandersetzungen, und diese wiederum wurden überschattet durch *Stalins* Artikel über „Fragen der Geschichte des Bolschewismus" (vgl. Dok. 52), der vor allem politische Ziele hatte und die sektiererische Haltung der KPD stärkte.[198]

So zeigt die taktische Periode von Oktober 1931 bis April 1932 besonders drastisch die verworrene Position der KPD. Nach Ansätzen einer neuen Haltung gegenüber SPD, Gewerkschaften und NSDAP fiel die Linie rasch wieder zurück auf die radikale Haltung des Sommers 1930. Die „Verteidigung der UdSSR" blieb unangefochten Bestandteil der Politik, wie eh und je wurde die SPD der ideologischen Vorbereitung der Intervention bezichtigt. Illusionär wurde andererseits erwartet, auch NS-Organisationen für die „Solidarisierung" mit der UdSSR bewegen zu können (Dok. 54). Im Februar 1932 konstatierte das ZK wieder einmal die „drohende imperialistische Kriegsgefahr für die Sowjetunion". Die „Hauptlosung" Verteidigung der UdSSR sollte in den „Mittelpunkt" von Agitation und Propaganda gestellt werden, im März 1932 galt diesem Problem auch das Schulungsthema der Partei.[199] Zum 14. Jahrestag der Roten Armee im Februar 1932 sandte das ZK „brüderliche Kampfesgrüße" und behauptete, jeder revolutionäre Arbeiter sei bereit, „sein Leben für die Sowjetmacht einzusetzen".[200]

Die Definition des Faschismus blieb weiterhin zweideutig. So erklärte *Thälmann* im November 1931, „Wir sagen den Arbeitern, der Faschismus beginnt nicht, wenn *Hitler* kommt, er hat längst begonnen".[201] *Werner Hirsch* versuchte zu unterscheiden zwischen Faschismus als Herrschaftsmethode (also auch die *Brüning*-Regierung) und der „militärisch-terroristischen Kampforganisation", also der NSDAP.[202] Aber auch er gelangte zu dem Schluß, Kommunisten sollten nicht „mit der blauen Brille einer Pseudo-Theorie nach irgendwelchen Unterschieden zwischen Demokratie und Faschismus" suchen.[203] Zur Charakterisierung von SPD und NSDAP berief sich *Hirsch* auf *Stalins* These, Sozialdemokratie und Faschismus seien „Zwillingsbrüder". Auch *Thälmann* griff diese *Stalinsche* These[204] auf der ZK-Tagung im Februar

198 Auf den *Stalin*-Brief wird noch eingegangen. Er war abgedruckt in *Inprekorr* Nr. 110 vom 20. November 1931, S. 2485 ff. und *KI* Heft 39 vom 10. November 1931, S. 1780.

199 *Der Propagandist* 3. Jg., Heft 3, März 1932, S. 26 ff.

200 Zur Geschichte der KPD S. 319.

201 Ernst *Thälmann* in *RF* Nr. 219 vom 29. November 1931, abgedruckt in: Thälmann, Kampfreden, a. a. O. (Anm. 170) S. 41.

202 Werner Hirsch, Faschismus und Hitlerpartei, in: *Die Internationale* 15. Jg., Heft 1, Januar 1932, S. 27.

203 Ebd. S. 31. Entsprechend warf die KPD der SPD vor: „Um den Kampf Klasse gegen Klasse zu verhindern, ist die Sozialdemokratie bestrebt, den Faschismus mit der *Hitler*partei zu identifizieren und jene Teile der faschistischen Front, die der Volkspartei, dem Zentrum, der Staatspartei und der SPD angehören, als Antifaschisten zu maskieren." *RF* Nr. 8 vom 10. Januar 1932.

204 Ursprünglich hatte *Sinowjew* den Begriff Sozialfaschismus entwickelt. *Stalin* folgte ihm und schrieb 1924: „Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus [...]. Diese Organisationen schließen einander nicht aus, sondern ergänzen einander. Das sind keine Antipoden,

1932 auf, blieb allerdings dabei, der „Hauptstoß" sei gegen die SPD zu richten.[205] Gegen die linken Sozialdemokraten sollte das „Hauptfeuer" gerichtet werden, vor allem gegen die „gefährlichsten Vertreter des Sozialfaschismus", SAP, KPO, Trotzkisten und andere kleine Gruppen.[206]

Die Taktik ab Oktober 1931 reduzierte sich so rasch wieder auf Versuche der Einheitsfront von unten (jetzt rote Einheitsfront genannt), blieb also im Rahmen der Generallinie auf die Zersetzung der SPD gerichtet. Sie sollte sich nach *Thälmann* gleichzeitig „gegen *Hitler*partei und sozialdemokratische Führerschaft richten".[207]

Wenn untere Organe der KPD sich über diese Linie hinwegsetzten, gemeinsam mit der SPD gegen den Nationalsozialismus auftraten, wurden sie von der Führung gerügt. Im Januar 1932 wandte sich die BL Ruhr in einem Rundschreiben gegen solche „falsche" Einheitsfrontpolitik. Die Leitung drohte ihren Mitgliedern, jeder Versuch, mit Sozialdemokraten („diesen konterrevolutionären Agenten") „auch nur zu verhandeln", komme „einem Verrat gleich und erfordert die schärfsten Maßnahmen der Parteidisziplin gegen diejenigen, die sich solcher Handlungen schuldig machen".[208]

Die taktische Wende vom Oktober 1931 hatte vor allem der Gewerkschaftspolitik gegolten. Nach den Mißerfolgen der RGO sollten die Kommunisten nun wieder in den Freien (und auch christlichen) Gewerkschaften arbeiten, und die These von der „Zerstörung" der Gewerkschaften wurde ausdrücklich für falsch erklärt. Das Polbüro verpflichtete die Bezirke, über die „Organisierung der Oppositionsarbeit in allen freien und christlichen Verbänden" zu berichten.[209]

Vestärkt sollte auch die Arbeit unter den Erwerbslosen werden. Nachdem Streikversuche der RGO im Januar 1931 meist als Fiasko endeten, erklärte *Franz Dahlem*, damals Führer der RGO, daß SPD und ADGB „selbst ein Flügel des Faschismus" seien, daher gebe es mit deren Führern keine „Einheitsfront gegen den Faschismus". Vielmehr müsse die „Einheitsfront von unten" gegen „die *Brüning, Severing, Leipart, Hitler* und ihresgleichen" gerichtet sein. *Dahlem* vertrat die utopische Meinung, die RGO könne „im Jahr 1931 eine Millionenorganisation werden".[210] Da die KPD aber auf die Betriebsarbeiter fixiert blieb (freilich ohne bei diesen einen

---

sondern Zwillingsbrüder." J. W. Stalin, Werke, Bd. 6. Berlin (Ost) 1952, S. 253. Vgl. dazu Siegfried Bahne, „Sozialfaschismus" in Deutschland, a. a. O. (Anm. 35).

205 „Wie steht es nun mit dem Verhältnis zwischen der Politik der *Hitler*-Partei und der Sozialdemokratie? [. . .] Am klarsten hat Genosse *Stalin* schon im Jahre 1924 die Rolle dieser beiden Flügel gekennzeichnet, indem er von ihnen als von ‚Zwillingen' sprach, ‚die einander ergänzen' [. . .]. Die praktische Anwendung dieser Strategie in Deutschland erfordert den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie. Sie ist mit ihren ‚linken' Filialen die gefährlichste Stütze der Bourgeoisie, sie ist der aktive Faktor der Faschisierung." Ernst Thälmann, Der revolutionäre Ausweg und die KPD. Rede auf der Plenartagung der KPD am 19. Februar 1932 in Berlin. Berlin o. J. (1932) S. 25, 37.

206 *Der Funke*. Organ für die Mitglieder der KPD Bezirk Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark, Nr. 1, Januar 1932, in: Records 356, 856048.

207 Thälmann, a. a. O. (Anm. 192), S. 490.

208 HStA Düsseldorf 306579.

209 *Inprekorr* Nr. 95 vom 2. Oktober 1931, S. 2144 ff.

210 *Betrieb und Gewerkschaft*. Organ des Reichskomitees der RGO, 4. Jg., Heft 1, Januar 1932, S. 4. *Dahlem* schrieb auch: „SPD und ADGB stehen in der faschistischen Klassenfront, die von *Brüning, Severing, Leipart, Imbusch* bis zu *Hitler* und *Stöhr* geht." (S. 3).

Durchbruch zu erzielen)[211], hielt sie an der taktischen Wendung in der Gewerkschaftsfrage fest, die *Losowsky* so umriß: „Die Arbeit innerhalb der reaktionären Gewerkschaften, in denen sich noch Millionen Arbeiter befinden, ist die wichtigste Aufgabe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung".[212]

Sonst blieb in der Zeit von Oktober 1931 bis April 1932 von den Anfängen einer flexibleren Taktik kaum etwas übrig. In der Phase „seit dem XI. EKKI-Plenum vor allem bekämpfte die KPD in erster Linie die Sozialdemokratie und neben ihr auch noch die Nazis, bzw. sie bekämpfte die *Hitler*bewegung nur im Zusammenhang ihres Kampfes gegen die Sozialdemokratie", meint *Wieszt.*[213] Das Motiv für die radikale Taktik nach dem XI. EKKI-Plenum, die sowjetische Außenpolitik, galt auch für die Periode bis zum April 1932. Erst danach kam es – teilweise wiederum unter dem Einfluß der Komintern – zu einer stark veränderten KPD-Taktik. Das hing freilich eng zusammen mit den Mißerfolgen der KPD bei den Wahlen im Frühjahr 1932 und mit dem gleichzeitigen weiteren Vormarsch der NSDAP und deren Aggressivität.

Zwar war es der KPD gelungen, die Zahl ihrer Mitglieder von 233000 im Oktober 1931 auf 287000 im März 1932 zu erhöhen, aber ihr Masseneinfluß ging trotz der immer katastrophaleren Wirtschaftskrise (Ende März 1932: 6 Millionen Arbeitslose) erheblich zurück. Hatte die KPD-Führung im Juni 1931 für die (für Mai 1932 erwarteten) Preußenwahlen „besonders glänzende Voraussetzungen" gesehen (vgl. Dok. 45), so waren die Ergebnisse um so niederschmetternder. Beim 1. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932 erhielt *Thälmann* mit knapp 5 Millionen Stimmen fast 400000 mehr als die KPD bei den Reichstagswahlen 1930, aber immerhin mußte er bereits Stimmenverluste in den KPD-Hochburgen Berlin, Halle-Merseburg und Düsseldorf-Ost hinnehmen. Beim zweiten Wahlgang am 10. April verlor *Thälmann* knapp 1,3 Millionen Stimmen. Doch viel gewichtiger waren die Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt sowie die erneuten Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 24. April. In Preußen fiel die KPD hinter das Reichstagswahlergebnis von 1930 (von 3,1 auf 2,8 Millionen Stimmen!)

---

211 Im April 1932 waren 85 Prozent der KPD-Mitglieder Erwerbslose. Vgl. Weber I, S. 243.

212 A. Losowsky, Vorwärts zur Gegenoffensive des Proletariats. Referat und Schlußwort gehalten auf der VIII. Session des Zentralrates der RGO am 7., 8. und 17. Dezember 1931. Berlin o. J. (1932), S. 89.

213 Wieszt S. 323. Eine Liste mit „Beispielen rechtsopportunistischer und ‚linker' Abweichungen und Fehler", die dem „Plenum des ZK" im Februar 1932 vorgelegt wurde, zeigt ebenfalls, daß die Führung vor allem „Opportunismus in der Einheitsfrontpolitik" befürchtete. So wurde als „Einheitsfront von oben [!]" kritisiert: „Verhandlungen und Briefwechsel von Führung zu Führung fanden statt, vor allem in einer ganzen Reihe von Fällen im Bezirk Württemberg, wie dies im Anschluß an die württembergischen Gemeindewahlen kritisiert wurde. Einzelne ähnliche Fälle gab es in Oberhausen (Bezirk Ruhrgebiet), Mittweida, Brockwitz, Waldheim (Bezirk Sachsen), Sondershausen (Bezirk Thüringen), Harburg-Wilhelmsburg (Bezirk Wasserkante), Norderney, Vegesack (Bezirk Nordwest), Ilfeld, Clausthal (Bezirk Niedersachsen). Einheitsfront mit Brandleristen und SAP: In Einheitsfrontkartelle und Ausschüsse mit SAP- und KPO-Vertretern gingen unsere Genossen in Nürnberg (Nordbayern), in Löbau (Schlesien), Ichtershausen (Thüringen); hier wurde eine gemeinsame Demonstration veranstaltet, wobei es dem Redner der KPD untersagt war, gegen die Politik der SAP und KPO Stellung zu nehmen."
Außerdem wurden „sozialfaschistische Einheitsfrontmanöver", „Opportunismus in den Betrieben", der Erwerbslosenarbeit, Bauernarbeit usw. kritisiert. Die Vorlage (123/38/3) findet sich im Nachlaß des Komintern-Funktionärs Jules *Humbert-Droz* und wurde freundlicherweise von Herrn Prof. Dr. Siegfried *Bahne* zur Verfügung gestellt, der den Nachlaß von *Humbert-Droz* herausgibt.

zurück, während die NSDAP das Dreifache an Stimmen der Kommunisten erhielt. Auch in Württemberg erzielte die KPD weniger Stimmen als 1930. Besonders verheerend war das Wahlergebnis in Hamburg. Dort hatte die KPD bei den Bürgerschaftswahlen von September 1931 168000 Stimmen erhalten, die Wahl mußte wiederholt werden, und nun fiel sie ein halbes Jahr später auf 119000 zurück, womit sie fast beim Ergebnis des Jahres 1928 wieder angelangt war. Sieger war überall die NSDAP.[214]

Schon nach dem 1. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl hatte die KPD mit Erschrecken registriert: „Der Erfolg der Nazis erfordert eine Verschärfung unseres Kampfes gegen die NSDAP", freilich wie üblich hinzugefügt: „ohne daß wir nur im geringsten den Kampf gegen die SPD abschwächen". Die „faschistischen Fraktionen" SPD und NSDAP sollten nicht „gleichgestellt" werden, auch wurde vor Hoffnungen gewarnt, ein Machtantritt *Hitlers* könne die „Revolution beschleunigen" (vgl. Dok. 60). Ein Umdenkungsprozeß führte zu einer neuen taktischen Wende, die freilich durch die Komintern bereits vor den Wahlen angegangen wurde.

April/Mai 1932 bis Oktober 1932: Antifaschistische Aktion

Einen Tag nach den Landtagswahlen, am 25. April 1932 wandten sich das ZK der KPD und das Reichskomitee der RGO an alle sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und forderten sie zur Einheitsfront auf. Entgegen der bisherigen Taktik erklärte die KPD: „Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen."[215] Mit solchen Äußerungen ging die Parteiführung bis an die Grenze der Strategie, die ja jede „Einheitsfront von oben" ausschloß. Um diese Grenze nicht zu überschreiten, hatte das Zentralkomitee den Aufruf nicht an die SPD oder die Gewerkschaften gerichtet, sondern an deren Mitglieder.[216] Der Aufruf war von der Komintern zusammen mit Vertretern der KPD ausgearbeitet worden. Die Komintern wollte – so jedenfalls später *Pjatnizki* – den Aufruf noch vor den Wahlen veröffentlichen, die KPD-Führung verschob jedoch die Publizierung.[217] Ob dies auf interne Differenzen zurückzuführen war, ist nicht zu rekonstruieren.[218]

Immerhin wurde die Taktik der KPD nun flexibler. So kam es am 1. Mai 1932 beispielsweise in Bernau zu einer einheitlichen, vom ADGB einberufenen Maikundgebung. Das ZK kritisierte, daß „aus Furcht vor Fehlern, vor opportunistischen

214 Die KPD zog den Schluß, das Wahlergebnis lehre die Partei, den „ideologischen Massenkampf" und die „Kampfpolitik gegen die Nazis bedeutend zu verbessern". *RF* Nr. 89 vom 26. April 1932. *Inprekorr* Nr. 34 vom 27. April 1932, S. 1040. Zu den Wahlergebnissen vgl. Horkenbach 1931, S. 315, Horkenbach 1932, S. 122 ff.

215 *RF* Nr. 83 vom 26. April 1932. Wiederabgedruckt in: Antifaschistische Aktion, S. 3 ff.

216 „Dieser Appell richtet sich nicht an die SPD oder die Gewerkschaften insgesamt, sondern nur an ihre unteren Organisationen [. . .]. Entscheidender ist aber, daß dieser Aufruf nicht vorrangig zum Kampf gegen die Nazis auffordert. Der Kampf gegen den ‚Terror der faschistischen Banden' steht gleichrangig neben dem gegen die ‚Unternehmerangriffe' und gegen die ‚arbeiterfeindliche Politik der *Brüning-Hindenburg-Severing*-Regierungen'" (Wieszt S. 329).

217 Vgl. Pjatnizki, a. a. O. (Anm. 120) S. 19. Vgl. auch Weingartner S. 132 f.

218 Bahne schreibt, die „Mehrheit des Politbüros" habe die Erklärung zurückgehalten (Bahne, KPD S. 23).

Entgleisungen" oft auf die Anwendung der Einheitsfront verzichtet worden sei, damit müsse nun in „radikaler Weise gebrochen werden" (vgl. Dok. 63). Freilich vertuschte das ZK, daß es selbst diese Politik der „Angst vor opportunistischen Entgleisungen" gefördert hatte, und auch jetzt wurde wieder erklärt, für die „Führung" der Einheitsfront kämen nur die Kommunisten in Betracht.

Den Durchbruch der neuen Taktik brachte die „Antifaschistische Aktion". Auf einer Tagung des ZK der KPD am 24. Mai 1932 forderte *Thälmann* das „Herumreißen der Partei zu einer wirklichen Einheitsfront von unten" und schlug eine „große antifaschistische Aktion in Deutschland" vor.[219] *Ulbricht* forderte auf der Tagung „weniger Phrasen und eine konkrete Einheitsfrontpolitik".[220] *Thälmann* wandte sich gegen eine „bestimmte" Gleichstellung von „Faschismus und Sozialfaschismus, *Hitler*partei und Sozialdemokratie",[221] doch ist aus seiner Kritik nicht abzulesen, daß er sich gegen die Strategie der Partei, die beiden die gleiche Funktion zuschrieb, überhaupt wandte.[222]

Einen Tag nach der ZK-Sitzung überfiel die NSDAP-Fraktion im Preußischen Landtag die Kommunisten und deren Redner *Pieck*. Das war für die KPD das auslösende Moment, die geplante „Antifaschistische Aktion" zu proklamieren und die Taktik vorrangig gegen die NSDAP zu richten. Im Aufruf zur Antifaschistischen Aktion forderte das ZK am 25. Mai klar, „dem *Hitler*faschismus den Weg zur Macht zu verlegen".[223] In einem Rundtelefonat (vgl. Dok. 64) gab die Zentrale der Partei Richtlinien für die neue, flexiblere Taktik.

NSDAP und SPD wurden insofern differenzierter betrachtet, als es in den Aussagen der KPD zwar weiterhin keinen „klassenmäßigen Unterschied oder Gegensatz" zwischen ihnen gab, aber „heftige Konflikte dieser beiden Flügel" als möglich angesehen wurden (vgl. Dok. 65). Zwar sollte die Antifaschistische Aktion „unter Führung der KPD" stehen, doch Ziel sollte sein, „dem *Hitler*faschismus den Weg zur Regierungsmacht zu verlegen, die aufsteigende Welle des *Hitler*faschismus zum Stehen zu bringen und zurückzuschlagen". Damit gab die KPD erstmals eine realistischere Einschätzung der Stärke der NSDAP zu erkennen und unternahm ebenso Ansätze, den „Hauptstoß" gegen diese Gefahr zu richten.

Wieder versuchte *Thälmann* in einem Artikel des theoretischen Organs *Die Internationale* die neue Taktik darzulegen.[224] Er zeigte zunächst die Motive der

219 Antifaschistische Aktion, S. 23.

220 Ebd. S. 30.

221 Ebd. S. 22.

222 So schreibt Weingartner S. 159, *Thälmann* habe *Stalins* These der „Zwillingsbrüder" abgelehnt. Vgl. auch Bahne, Sozialfaschismus, a. a. O. (Anm. 35) S. 238. Das ist eine nicht haltbare Interpretation. Vgl. dazu die m. E. richtige Einschätzung bei Barbara Timmermann, Die Faschismus-Diskussion in der Kommunistischen Internationale. Phil. Diss. Köln 1977, S. 328 ff. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß *Thälmanns* Rede in „Antifaschistische Aktion", nur auszugsweise veröffentlicht wurde. Ausgerechnet hinter dem entscheidenden Satz kommen durch drei Punkte gekennzeichnete Auslassungen (vgl. S. 22). Bei der Tendenz der Auswahl dieses Bandes (vgl. dazu unten, Anm. 241) läßt dies darauf schließen, daß *Thälmann* sich inhaltlich zu *Stalins* These bekannte, dies aber von den Herausgebern aus politischen Gründen weggelassen wurde.

223 *RF* Nr. 113 vom 26. Mai 1932.

224 Ernst Thälmann, Zu unserer Strategie und Taktik im Kampf gegen den Faschismus, in: *Die Internationale* 15. Jg., Heft 6, Juni 1932, S. 261 ff.

Wendung, indem er fragte, warum es nicht gelang, die nationalsozialistische Welle aufzuhalten. Zwar betonte er, die „Sozialdemokratie als ganzes" und nicht nur deren „Führerschaft" bleibe „Hauptstütze der Bourgeoisie"[225], weshalb er jede „Blockbildung" ablehne.[226] Gleichzeitig sprach er aber davon, daß der „Hauptfeind" das „kapitalistische System" sei.[227] Die „Strategie des Hauptstoßes gegen die Sozialdemokratie innerhalb der Arbeiterklasse" legte er so aus, daß die Führer von SPD und ADGB isoliert und ihre Anhänger für die KPD gewonnen werden sollten.[228]

Überraschend war *Thälmanns* These, „Einheitsfront von unten" schließe „in bestimmten Fällen [. . .] die Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten u n d oben nicht aus".[229] Zwar machte er „Spitzenangebote an die führenden Instanzen der SPD, des ADGB" von Voraussetzungen wie „Mobilisierung" und „Widerhall" unter den Arbeitern abhängig, dennoch widersprach seine Vorstellung eigentlich der Strategie der Komintern in jener Periode.

Bei allen Halbheiten seiner Ausführungen war doch bemerkenswert, daß *Thälmann* vor allem „den *Hitler*faschismus zurückschlagen" wollte und sogar schrieb: „Es ist völlig unzulässig, irgendeine Vernachlässigung des Kampfes gegen die *Hitler*partei etwa mit der strategischen Orientierung des Hauptstoßes gegen die Sozialdemokratie zu beschönigen oder entschuldigen zu wollen."[230] Offensichtlich versuchte die KPD-Führung, mit der neuen Taktik der Antifaschistischen Aktion die Strategie, die Generallinie der KPD, so flexibel wie möglich auszulegen und nun den Kampf vor allem gegen die NSDAP zu richten.

Die neue Taktik kam bei den KPD-Funktionären gut an, so daß die Aktivitäten der Partei gesteigert werden konnten und innerhalb der Arbeiterschaft die KPD ihre Isolierung wenigstens in Ansätzen zu durchbrechen vermochte. In Berichten an das Sekretariat meldete die BL Großthüringen positive Erfolge. Der wichtige Bezirk Halle berichtete: „Die Proklamierung der Antifaschistischen Aktion wirkt direkt belebend auf die Aktivität der Parteimitgliedschaft", Baden-Pfalz konnte eine „solide Kampfstimmung" und Mittelrhein „treffliche Stimmung" melden.[231] Allerdings bemerkte der Bezirk Oberschlesien „ziemliche Unklarheiten" bei den Genossen.[232]

Die Elastizität der KPD führte zu ersten Erfolgen bei den Gewerkschaften. So meldete die Partei, das Ortskartell Zella-Mehlis habe einstimmig einen Appell an alle

225 Ebd. S. 274. Damit wandte sich *Thälmann* gegen *Die Rote Fahne*, die am 8. Juni geschrieben hatte, die „Führerschaft der Sozialdemokratie" sei die „soziale Hauptstütze". Diese Modifizierung war für *Thälmann* eine „opportunistische Entgleisung".

226 *Thälmann* wandte sich gegen entsprechende Vorschläge des *Vorwärts*-Chefredakteurs *Stampfer*, attackierte aber vor allem die „SAP-Führer und Brandleristen" und insbesondere „Herrn *Trotzki*", ebd. S. 282 ff. Zu *Trotzkis* Haltung 1932 vgl. Trotzki, Schriften, a. a. O. (Anm. 106) Bd. 1, S. 180 ff.

227 Thälmann, a. a. O. S. 268.

228 Ebd. S. 281.

229 Ebd. S. 284. Zur Interpretation vgl. Timmermann, a. a. O. (Anm. 222) S. 334 f.

230 Thälmann, a. a. O. S. 285.

231 Records 350, 859334 ff.

232 Ebd. 350, 859346.

Thüringer Arbeiterorganisationen zur Einheitsfront beschlossen.[233] Die SPD wies allerdings ihre Organisationen an, nicht auf diese Form der Einheitsfront einzugehen.

Untere Einheiten der KPD wollten die Einheitsfront forcieren. In Württemberg z. B. traten die Leitungen von Heilbronn und Göppingen mit Vorschlägen an SPD und ADGB heran, in Ebingen und Tübingen bot die KPD einen „Burgfrieden" an und nahm selbst mit der KPO Kontakte auf. In Ebersbach wurde „Einheitsfront ohne die Führer" gefordert. Auch in anderen Teilen Deutschlands, so in Dessau, kam es zu solchen Angeboten.[234]

Wegen einer verbotenen Demonstration schrieb die KPD-BL Berlin am 16. Juni 1932 sogar direkt an den Bezirksvorstand der SPD, an den ADGB und das Reichsbanner.[235] Nach dem Sturm der SA auf den sozialdemokratischen *Vorwärts* wandte sich die KPD am 26. Juni an die Gewerkschaftsmitglieder und forderte erneut die Aktion gegen die NSDAP.[236] Mit solchen Aktivitäten konnte die KPD – seit Jahren ohnehin in Saalschlachten und Straßenkämpfe mit der NSDAP verwickelt – bei vielen[237] den Eindruck der aktiven Hauptkraft im Kampf gegen den Nationalsozialismus erwecken.

Auf einem Kongreß der Antifaschistischen Aktion in Darmstadt am 12. Juni hatte *Thälmann* „mit heiligem Ernst unser Einheitsfrontangebot an die SPD- und an die ADGB-Arbeiter, an die christlichen Arbeiter und deren untere Organisationen" [!] erneuert. Allerdings wies er *Stampfers* Überlegungen zur Einheitsfront schroff zurück und sagte: „Mit *Severing*, *Zörgiebel* und *Hilferding* kann niemals eine Einheitsfront zustande kommen."[238] Das mag inkonsequent und eine „nicht widerspruchsfreie Haltung"[239] gewesen sein, es steckte aber den Rahmen der neuen Taktik innerhalb der Gesamtstrategie ab.[240]

Doch die einsichtige Politik war nur von kurzer Dauer. Das Rundschreiben des ZK vom 14. Juli 1932 (vgl. Dok. 68) mutet an wie Angst vor der eigenen Courage: nach

233 *Inprekorr* Nr. 50 vom 17. Juni 1932, S. 1583 ff., dort weitere Beispiele. Am 11. Mai 1932 verschickte das Sekretariat des ZK der KPD ein Rundschreiben der „Reichsfraktionsleitung der Kommunisten in der RGO" vom gleichen Tag, in dem die „Herstellung der praktischen Einheitsfront" gefordert wurde. Gewarnt wurde vor der Gefahr, „daß Parteileitungen und Funktionäre aus lauter Angst, daß unsere Genossen in den Betrieben, Stempelstellen und Gewerkschaften opportunistische Schritte unternehmen könnten, überhaupt auf die Einheitsfronttaktik" verzichten würden. In dem Rundschreiben sind zahlreiche Beispiele kommunistischer Aktivitäten zur Einheitsfront in den Betrieben wiedergegeben. Vgl. BA, R 45/IV, 45.

234 Vgl. *Mitteilungsblatt für alle Mitglieder der KPD*, Bezirk Württemberg, 7. Jg., Nr. 5, Anfang August 1932, in: Records 358, 868288.

235 Abgedruckt in Antifaschistische Aktion, S. 114 f. Die angesprochenen Organisationen gaben eine ablehnende Erklärung ab.

236 *RF* Nr. 140 vom 26. Juni 1932.

237 Das Bild der KPD als der einzigen aktiven Kraft wirkte vor allem auf zahlreiche Intellektuelle und Künstler anziehend, die damals zur KPD stießen. Vgl. dazu Babette Gross, Willi Münzenberg, Stuttgart 1967, S. 232 ff.

238 *Inprekorr* Nr. 49 vom 14. Juni 1932, S. 1553, wiederabgedruckt in Weber, Dokumente S. 194 f.

239 Weingartner S. 159.

240 Am 4. Juni hatten die führenden Abgeordneten *Torgler* und *Kasper* mit Staatssekretär *Abegg* über die Frage einer Tolerierungspolitik im preußischen Landtag verhandelt. Vgl. Weingartner S. 166; Bahne, KPD S. 23 f.

weniger als zwei Monaten der neuen Taktik sah die KPD vor allem „Fehler" in der Einheitsfrontpolitik und blies zum Rückzug. Dieses Rundschreiben spricht eine deutliche Sprache.[241]

Die KPD wollte die Erfolge, die sie mit der Antifaschistischen Aktion erreicht hatte, nicht aufs Spiel setzen, deshalb kam es auch zu keiner durchgreifenden Änderung der Taktik. Aber die Parteiführung hatte Angst vor einem Zusammengehen mit sozialdemokratischen Organisationen gegen die NSDAP. Untere Organe hatten die neue Taktik ja so weit ausgelegt, daß die Generallinie in Gefahr geriet, zu verwässern. So hatte z.B. die Ortsgruppe Weißenfels der KPD verlangt, den „gegenseitigen persönlichen Bruderkampf" einzustellen, Meinungsverschiedenheiten in kameradschaftlicher Form auszutragen und alle „Kampfkraft gegen den einzigen Feind", die NSDAP zu konzentrieren. Das widersprach der gültigen Strategie, den „Hauptstoß" gegen die SPD zu richten, und „zum Glück" konnte die BL Halle-Merseburg Vereinbarungen mit der SPD verhindern.[242]

Auch die erwähnten Aktivitäten in Württemberg wurden mißbilligt. Die unteren KPD-Organisationen hatten, so die Führung, vergessen, daß die Einheitsfront nur gegen die sozialdemokratischen Führer, aber zugleich nur „unter der politischen Führung der KPD" erfolgen durfte.[243] Auch die Verhandlungen in Dessau wurden nun ausdrücklich verworfen (vgl. Dok. 68). Entsprechend dem Rundschreiben vom 14. Juli[244] wurden alle (offenbar recht zahlreichen) Einheitsfrontverhandlungen mit unteren Organen von ADGB und SPD unter der Parole „keine Spitzenverhandlungen"[245] verboten. Die Schlagzeilen lauteten nun wieder: „Massenkampf gegen *Hitler*partei, Sozialdemokratie und Zentrum."[246] Der Partei wurde ins Gedächtnis gerufen, daß „trotz Anwachsens der Nazis die SPD soziale Hauptstütze der Bourgeoisie" bleibe und entsprechend bekämpft werden müsse.[247]

Die Verhärtung der Taktik ist aus der Angst der KPD-Führung zu erklären, eine zu flexible Auslegung der Einheitsfront gegen die NSDAP könne zu Abweichungen von der Strategie führen. Diese Befürchtung war aber bei der Komintern noch größer, und es war daher in erster Linie der Einfluß der Komintern, der die KPD auf die

241 Einzelheiten brauchen hier nicht zitiert werden, das ganze Dokument belegt den Rückzug, wohl auch aus diesem Grunde ist es in „Antifaschistische Aktion" nicht abgedruckt; es widerlegt die Thesen der Ostberliner Herausgeber.

242 *Der bolschewistische Kurs*, Organ der KPD, Bezirk Halle-Merseburg, Nr. 7, Juli 1932. Kritisiert wurde beispielsweise auch die „falsche Einheitsfrontpolitik" der KPD in Vacha (Rhön). Dort waren KPD und SPD am 1. Mai ohne Losungen demonstriert, was in den Augen der KPD einen „Verzicht" der notwendigen „Führung" der KPD in der Einheitsfront bedeutete. *Der Bolschewist*. Mitteilungs- und Diskussionsblatt der KPD Groß-Thüringen, Nr. 4, Mai 1932. Records 356, 865858.

243 *Mitteilungsblatt*, a. a. O. (Anm. 234).

244 Das Rundschreiben wurde beispielsweise fast wörtlich abgedruckt im Berliner Funktionärorgan *Der Funke* Nr. 4, Juli 1932.

245 *Roter Nordwest*. Mitteilungsblatt der KPD, Bezirk Nordwest (Bremen), Juli 1932.

246 So in *Lenins Weg*, Informations- und Diskussionsblatt der Mitgliedschaft der KPD im Bezirk Niedersachsen. Hrsg. von der BL, Juli 1932.

247 Vgl. auch *Der Organisator der Revolution*. Mitteilungs- und Diskussionsblatt der KPD, Bezirk Ostpreußen, Nr. 8/9, August-September 1932.
Die Schmiede. Mitteilungsblatt der KPD, Bezirk Schlesien, 3. Jg., Nr. 2, Juni 1932.
Ähnlich im Arbeitsplan des Bezirks Wasserkante (Hamburg). Vgl. Records 356, 865983.

Linie zurückdrängte, die SPD sei „Hauptstütze der Bourgeoisie" und daher nicht bündnisfähig.

Ernst Thälmann war vor der Ausrufung der Antifaschistischen Aktion am 7. Mai 1932 zusammen mit *Hermann Remmele*, *Heinz Neumann* und *Walter Ulbricht* zu einer Präsidiumstagung des EKKI nach Moskau gefahren. Er sagte dort, die KPD müsse „zu einer wirklich überzeugenden Einheitsfrontpolitik" finden, um die „Mauer, die zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern sehr stark da war, niederzureißen".[248]

Wichtige Kominternführer, die mit dieser Linie einverstanden waren, äußerten sich kritisch über die bisherige Politik der KPD.[249] Auf der gleichen Sitzung wurden die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der KPD-Spitze beendet: Die Komintern „empfahl" der KPD, das Sekretariat des ZK neu zu organisieren und *Heinz Neumann* abzusetzen.[250] *Thälmann* versuchte nun offensichtlich, sich durch die neue Taktik noch stärker zu profilieren, wobei er vor allem die Unterstützung *Wilhelm Piecks* fand, der für Parlamentsarbeit verantwortlich wurde. Dabei ging die KPD-Führung in der flexiblen Auslegung der neuen Taktik offenbar viel weiter, als die Komintern erwartet hatte.

Noch im Juni 1932 schickte *Knorin* im Auftrag des EKKI ein Telegramm an die KPD, in dem gegen „opportunistische Auswüchse" in der Einheitsfronttaktik protestiert wurde.[251] Vor allem die neue Haltung der KPD in den Parlamenten schien der Komintern nicht in den Rahmen der Generallinie zu passen. Im Preußischen Landtag hatte *Pieck* am 22. Juni SPD und Zentrum die Unterstützung der KPD-Fraktion angeboten, um zu verhindern, daß ein NSDAP-Abgeordneter Präsident des Landtages wurde.[252]

In einem Brief an den Vertreter der KPD beim EKKI, *Florin*, mußte sich *Pieck* deswegen später verteidigen, da dieses Vorgehen „nicht ganz den Vereinbarungen mit unseren Freunden" (also der Komintern) entsprochen hatte.[253] Immerhin konnte er darauf verweisen, daß die gesamte Parteiführung sein Verhalten gebilligt hatte.

Die nur spärlich zugänglichen Quellen lassen erkennen,[254] daß die Komintern die KPD drängte, sowohl die Angebote in den Parlamenten als auch die „opportunisti-

248 Zitate aus der Rede finden sich in: Thälmann-Biographie, a. a. O. (Anm. 121) S. 585.

249 Ebd. S. 567.

250 Ebd. S. 568 und Chronik S. 300. Dem Sekretariat gehörten nun an *Thälmann*, *Schehr* und *Remmele*, als Kandidaten *Pieck* und *Ulbricht*.

251 Herbert Wehner, Notizen, o. O. 1946 (Manuskript), S. 17. Mündliche Mitteilung von Herbert *Wehner* an den Herausgeber am 16. Januar 1979.

252 Vgl. *Piecks* Rede in GdA S. 577 f.

253 Antifaschistische Aktion S. 215.

254 Näheres siehe bei Weingartner S. 162 f. Da Weingartner aber das Rundschreiben (vgl. Dok. 68) mit der Schwenkung nicht kannte, glaubte er entsprechend von Hinweisen *Piecks* auf der Brüsseler Konferenz (vgl. Wilhelm Pieck, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. V, Berlin-Ost 1972, S. 189) und von *Gutmann* auf dem XII. EKKI-Plenum, das Rundschreiben sei bereits im Juni verfaßt. Die Rundschreiben zeigen indes, daß dies erst am 14. Juli geschah. Die vorherigen Rundschreiben vom Juni lassen noch keine Wendung erkennen. Überdies sind die von *Gutmann* zitierten Stellen (vgl. *Inprekorr* Nr. 11 vom 26. Januar 1933, S. 386, ebenfalls bei Weingartner S. 163) weitgehend mit dem Rundschreiben (Dok. 68) identisch.

sche Briefschreiberei"[255] aufzugeben und die Taktik restriktiver durchzuführen, ohne allerdings in die alte Taktik der Zeit vor April 1932 zurückzufallen.

Die KPD schwenkte wie üblich sofort um, das Rundschreiben des Sekretariats vom 14. Juli 1932 (vgl. Dok. 68) ist dafür typisch. Allerdings spielte bei der Verhärtung der Taktik wohl auch die Konkurrenzsituation gegenüber der SPD eine Rolle, die durch die bevorstehenden Reichstagswahlen im Juli akut wurde.

Das ZK richtete am 26. Juli ein „Telegramm" an alle Kommunisten, um den Wahlkampf zu forcieren.[256] Die Antifaschistische Aktion verwandelte sich in eine parteipolitische Veranstaltung. Indessen brachte sie der KPD weitere Erfolge.

Die Aktivitäten zahlten sich aus, wie die Wahlen am 31. Juli 1932 zeigten. Bei den Reichstagwahlen gewann die KPD zwar gegenüber 1930 nur 800000 Stimmen dazu (die NSDAP gewann 7,4 Millionen neu), aber sie hatte das Tief der Landtagswahlen vom April überwunden. Bei den Landtagswahlen in Oldenburg im Mai und vor allem der wiederholten Landtagswahl in Hessen (19. 6.) hatte die KPD noch erhebliche Stimmeinbußen hinnehmen müssen (in Hessen verlor sie gegenüber den Landtagswahlen von 1931 – die Wahl war angefochten worden und mußte im Juni 1932 wiederholt werden – fast die Hälfte ihrer Wähler!). Auch vor und nach dem Wahlkampf blieb die KPD bei den Schwerpunkten ihrer Konzeption der seit April/Mai gültigen Taktik treu. Die angebliche Gefahr eines Überfalls auf die UdSSR wurde weniger hochgespielt, dafür vor allem das „sozialistische Vorbild" Sowjetunion herausgestellt.

In den Augen der KPD „faschisierte" sich die Weimarer Republik weiter. Im Sturz *Brünings* erblickte die KPD den „verschärften faschistischen Kurs der deutschen Bourgeoisie".[257] Die Regierung *Papen* praktizierte nach Ansicht der KPD „gesteigerte faschistische Methoden".[258]

Papens Staatsstreich in Preußen war für die Kommunisten ein „faschistischer Umsturz".[259] Die *Rote Sturmfahne*, das Ersatzorgan für die verbotene *Rote Fahne* schrieb: „Mit dem Staatsstreich vom 20. Juli hat die deutsche Bourgeoisie die faschistische Militärdiktatur aufgerichtet."[260]

Entgegen ihrer strategischen Linie trat die KPD nun mit der Aufforderung zum Generalstreik an SPD und ADGB heran. Hatte das ZK die Bezirke am 14. Juli noch angewiesen, jegliche Einheitsfrontangebote zu unterlassen, so schlug die Parteiführung nun selbst diesen Weg ein. Freilich mogelte sich die KPD-Führung um ein offizielles Angebot an die Führungen von SPD und ADGB herum: sie richtete einen „Appell" an „die deutsche Arbeiterschaft, in den Generalstreik" einzutreten und

255 *Gutmann* in *Inprekorr* Nr. 11 vom 26. Januar 1933, S. 386.

256 *RF* Nr. 161 vom 28. Juli 1932. Ebenso in *Freiheit* Nr. 172, Düsseldorf vom 27. Juli 1932.

257 *RF* Nr. 117 vom 31. Mai 1932, wiederabgedruckt in: Zur Geschichte der KPD S. 329 ff.

258 Etwas vorsichtiger formulierte die von der ARSO herausgegebene Zeitschrift *Proletarische Sozialpolitik*, die *Papen*-Regierung betreibe „die Vorbereitung der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland". Vgl. *Proletarische Sozialpolitik* 5. Jg., Heft 7, Juli 1932, S. 194.

259 „*Papen* hat mit Hilfe der Reichswehr einen faschistischen Umsturz in Preußen durchgeführt. Im Grunde ist in Deutschland die faschistische Diktatur erklärt." *Knorin* in *Inprekorr* Nr. 61 vom 26. Juli 1932, S. 1955.

260 *Rote Sturmfahne*, o. O. und Datumsangabe, Vermerk: Preis 5 Pf, offenbar vom 20. Juli 1932. Schlagzeile: Generalstreik gegen faschistische Generaldiktatur.

erklärte: „Die Kommunistische Partei richtet vor der proletarischen Öffentlichkeit die Frage an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, an den ADGB, an den AfA-Bund, ob sie bereit sind, gemeinsam mit der Kommunistischen Partei den Generalstreik" durchzuführen.[261] Trotz der Verschleierung war es jedoch ein „Spitzenangebot", auch wenn SPD und ADGB darauf nicht eingingen.[262]

Solche Episoden änderten dennoch nichts an der Generallinie. Im September 1932 war *Thälmann* wieder bei der alten Weisheit angelangt: „Im jetzigen Stadium der fortschreitenden Faschisierung wird jede Abschwächung unseres prinzipiellen Kampfes gegen die Sozialdemokratie ein schwerer Fehler."[263] Dennoch blieb zunächst noch die Taktik der Einheitsfront von unten maßgebend und der Kampf gegen die NSDAP ungebrochen.

Clara Zetkin erklärte bei der Eröffnung des Reichstages als Alterspräsidentin[264] am 30. August 1932, das Gebot der Stunde sei die Einheitsfront aller Werktätigen, um „den Faschismus zurückzuwerfen", womit sie vor allem die NSDAP meinte.[265]

Die KPD-Führung hatte aber auch 1932 mit Stimmungen zu kämpfen, die in einer Machtübernahme *Hitlers* den besten Weg zum Sieg sahen. Im Juni 1932 kritisierte das ZK, im 2. Wahlgang hätten *Thälmann*-Wähler *Hitler* ihre Stimme gegeben, um ihn abwirtschaften zu lassen. Übrigens prophezeite das ZK in diesem Zusammenhang, „auch wenn *Hitler* an der Macht" sei, bleibe „unser schwieriger Kampf gegen den Hauptfeind im Lager der Arbeiterklasse, den Sozialfaschismus".[266]

Im August 1932 kritisierte die BL Württemberg, das KPD-Organ *Der Rote Zoller* in Hechingen habe geschrieben, *Hitler* werde ohnehin rasch abwirtschaften, wenn er zur Macht komme. Die BL erklärte, das sei falsch, „ein Ranlassen *Hitlers* bedeutete auf jeden Fall Ströme von Blut und ungezählte Opfer für die Arbeiterschaft".[267] Solche Einsichten der Führung konnten indes die Strategie und Taktik der Partei nicht ändern.

In der Gewerkschaftsfrage sollte die Arbeit innerhalb der Freien Gewerkschaften endlich vorankommen, obwohl die Kommunisten kaum noch Funktionen in den

---

261 Ebd. unter der Überschrift „Organisiert den Generalstreik". Die DDR-Historiker versuchen den Aufruf dadurch als offizielles Einheitsfrontangebot aufzuwerten, daß sie es im Band „Antifaschistische Aktion" unter der Überschrift „Appell des ZK der KPD vom 20. Juli 1932 an die SPD, den ADGB, den AfA-Bund und alle deutschen Arbeiter" veröffentlichten (S. 193f.). In der GdA hieß es dann, das ZK „wandte sich" an SPD usw. (GdA S. 356), ähnlich in der Biographie *Thälmanns*, a. a. O. (Anm. 121) S. 590.

262 Zur Haltung der SPD gegenüber dem Staatsstreich vgl. Matthias, a. a. O. (Anm. 134) S. 129 ff. Ein Zusammengehen mit den Kommunisten, die ja im August 1931 die gleiche Regierung *Braun* durch einen Volksentscheid mit den Rechten stürzen wollten, schien der Sozialdemokratie unmöglich. Vgl. auch Flechtheim S. 280 f.

263 *Thälmann*, Schlußwort auf dem XII. EKKI-Plenum, September 1932, *KI* Heft 17/18 vom 15. 12. 1932, S. 1327 (abgedruckt in: Thälmann, Reden und Aufsätze, 1930–1933, II. Köln 1975, S. 265).

264 Allerdings hatte Clara *Zetkin* die ultralinke Politik nie gebilligt. Vgl. dazu: Hermann Weber, Zwischen kritischem und bürokratischem Kommunismus. Unbekannte Briefe von Clara Zetkin. Archiv für Sozialgeschichte XI. Jg. 1971, S. 417 ff.

265 Zur Geschichte der KPD S. 342.

266 „Partei mobil gemacht" in Records 358, 868009.

267 *Mitteilungsblatt für alle Mitglieder der KPD*, Bezirk Württemberg, 7. Jg., Nr. 6, Anfang September 1932.

Freien Gewerkschaften ausübten. Der RGO-Führer *Fritz Schulte* verurteilte das „Herauslaufen" der Kommunisten aus den Gewerkschaften, er war „fest davon überzeugt, daß Zehntausende unserer Anhänger freiwillig aus den Gewerkschaften herausgelaufen sind". *Schulte* forderte die Kommunisten auf, „nicht den Kampfposten zu verlassen", innerhalb und außerhalb der Freien Gewerkschaften für die RGO zu kämpfen.[268] Auch *Franz Dahlem* verlangte, Schluß zu machen mit dem „Herauslaufen". Die „wichtigste Aufgabe" sei es, „innerhalb der reformistischen Gewerkschaften zu arbeiten", freilich forderte er gleichzeitig den „Ausbau der RGO".[269]

Solche Aussagen zeigen, daß es die Politik der KPD war (und nicht die relativ geringe Zahl der Ausschlüsse von Kommunisten aus Gewerkschaften), die die KPD-Mitglieder veranlaßt hatte, die Freien Gewerkschaften zu verlassen. Zugleich war dies eine Bankrott-Erklärung der ganzen RGO-Politik. Wenn nun eine „Wendung um 180 Grad" gefordert,[270] die RGO aber gleichzeitig weitergeführt werden sollte, blieb die zwiespältige Position weiterhin gültig. Durch ihre Isolierung konnte die KPD das Ziel, „Wirtschaftskämpfe" der Arbeiterschaft zu organisieren, kaum erreichen. Nur im Juni/Juli gelang ihr die Organisierung einiger Streiks gegen die Notverordnung.

Die taktische Wende vom April/Mai 1932 bedeutete die größte Veränderung der KPD-Politik seit 1929. Die Haltung gegenüber der NSDAP wurde härter und konsequenter, gegenüber SPD und Gewerkschaften flexibler. Auf Druck der Komintern mußten im Juli 1932 die Ansätze, durch großzügige Auslegung der Taktik auch die strategische Linie zu modifizieren (Bereitschaft zur Einheitsfront mit Organisationen, Parlamentsarbeit) wieder revidiert werden. Dennoch brachte in dieser Phase die Antifaschistische Aktion eine etwas wendigere Taktik, die auch Erfolge zeigte. War diese Taktik vor allem in der Wahlniederlage vom April 1932 und dem Anschwellen der NSDAP begründet, so ging die KPD nach ihren Wahlerfolgen im Juli 1932 wieder auf stärkere Distanz zur Konkurrenzpartei SPD. Eine neue taktische Wende und damit wieder eine völlige Gleichsetzung von NSDAP und Sozialdemokratie verursachte allerdings erst der Druck der Komintern, die auf ihrem XII. Plenum im August/September 1932 diese Linie vorschrieb.

Oktober 1932 bis 1933: Hauptschlag gegen die SPD

Das XII. Plenum des EKKI (27. August bis 15. September 1932) proklamierte das Ende der relativen Stabilisierung und den Übergang „zu einem neuen Turnus der Revolutionen und Kriege". Daraus leitete die Komintern die „Grundaufgabe" der Kommunisten ab: die „Vorbereitung der Arbeiterklasse zum Kampf um die Macht".[271] Für die KPD galt nun als Ziel die „Arbeiter- und Bauern-Republik, d. h. die Losung des sozialistischen Sowjetdeutschland".[272]

---

268 Fritz Schulte, RGO im Angriff. Berlin 1932, S. 17.

269 *Der Parteiarbeiter* 10. Jg., Nr. 7, Juli 1932, S. 197 f.

270 Ebd. S. 215.

271 Die Beschlüsse des XII. EKKI-Plenums, die Reichsparteikonferenz und unsere Winterschulungsarbeit 1932/33. Hrsg. Agitprop des ZK der KPD, November 1932, in Records 300, 797424.

272 Ebd.; vgl. auch Beschlüsse im Zitat S. 28.

Das bedeutete keine Änderung der Strategie, wohl aber eine taktische Wende, eine Revision (der ohnehin bereits abgeschwächten) im April/Mai 1932 eingeführten flexiblen Taktik gegenüber der Sozialdemokratie. Die 3. Reichsparteikonferenz der KPD (15. bis 18. Oktober 1932) nahm die These des XII. Plenum des EKKI auf: „Nur wenn der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie, diese soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, gerichtet wird, kann man den Hauptklassenfeind des Proletariats, die Bourgeoisie, mit Erfolg schlagen und zerschlagen."[273]

Die KPD übernahm in den Schwerpunkten ihrer politischen Konzeption die vom XII. EKKI-Plenum entwickelten Forderungen. In der „Verschärfung aller Formen der bürgerlichen Diktatur" sah das EKKI vor allem die „Vorbereitung des Hinterlandes [. . .] zur bewaffneten Intervention gegen die Sowjetunion".[274] Daraus zog die 3. Reichsparteikonferenz der KPD den Schluß, die „faschistische *Papen-Schleicher*-Regierung" steigere „die aktive Rolle des deutschen Imperialismus bei der Vorbereitung des konterrevolutionären Krieges gegen die Sowjetunion".[275]

Mit solchen Thesen rückte die „Verteidigung" der UdSSR wieder stärker in den Vordergrund der KPD-Politik.

Auf der 3. Parteikonferenz referierte *Wilhelm Florin* über die UdSSR. Er überschlug sich nicht nur in der Darstellung „sozialistischer" Erfolge, sondern erwähnte ebenfalls die Kriegsgefahr und forderte deshalb die KPD auf, mit aller Kraft für „die Verteidigung des Vaterlandes aller Werktätigen" zu rüsten.[276] *Florin* verwies nicht nur auf die Notwendigkeit, den Weg des russischen Proletariats zu gehen, er berief sich auch auf den „Genossen *Stalin*", den „unumstrittenen Führer des Weltproletariats in der heutigen Epoche".[277]

Das XII. Plenum des EKKI hatte den Kampf gegen Nationalismus und Chauvinismus zu einer zentralen Aufgabe erklärt. Die KPD blieb jedoch dabei, neben die „chauvinistische Hetze und nationale Demagogie der Nazis" auch die „Kriegs- und Erfüllungspolitik der Sozialdemokratie" zu stellen (vgl. Dok. 79). Dennoch versuchte auch die KPD im Oktober 1932 nochmals stärker die nationalistische Klaviatur zu spielen, den „Freiheitskampf" gegen Versailles besonders aus Anlaß der *Thälmann*-Reise nach Paris hervorzuheben.[278]

Allerdings sagte *Thälmann* auf der 3. Parteikonferenz auch, gegen die chauvinistische Stimmung in Deutschland gewandt, daß der „angebliche Kampf gegen den

273 Ernst Thälmann, Im Kampf gegen die faschistische Diktatur. Rede und Schlußwort des Genossen E. Thälmann auf der Parteikonferenz der KPD. Die politische Resolution der Parteikonferenz Oktober 1932. Hrsg. von der KPD. Berlin o. J. (1932), S. 17.

274 Beschlüsse im Zitat S. 12.

275 Resolution der Parteikonferenz, in: Thälmann, a. a. O. (Anm. 273) S. 43. Auch abgedruckt in: Mitteilungen der Kommunistischen Partei Deutschlands, Oktober 1932. Records 312, 812007 ff.

276 „Trotz der aufrichtigen und konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion wächst die Gefahr eines neuen imperialistischen Abenteuers gegen sie. Die Entscheidung der Frage ‚Wer wen' im Weltmaßstabe rückt geschichtlich näher. Rüsten wir uns für diese entscheidenden Kämpfe in Deutschland und für die Eroberung der politischen Macht, rüsten wir mit allen Kräften für die Verteidigung des Vaterlandes aller Werktätigen, der Sowjetunion." Wilhelm Florin, Ergebnisse und Aussichten des sozialistischen Aufstiegs in der Sowjetunion. Auszug aus der Rede auf der Reichsparteikonferenz der KPD, 15. bis 18. Oktober 1932. Hrsg. von der KPD. Berlin o. J. (1932), S. 22.

277 Ebd. S. 11.

278 Näheres über die gegensätzliche Politik bei Weingartner S. 171 f.

äußeren Feind" durch die Nationalsozialisten Ablenkung und daß „Aufrüstung und Militarismus keine Befreiung bedeuten", sondern „noch mehr Unterjochung".[279]

Zur weiteren „Faschisierung" des Staates erklärte das XII. EKKI-Plenum, in Deutschland sei durch die „Regierung *Papen-Schleicher* [. . .] mit Hilfe der Reichswehr, des Stahlhelm und der Nationalsozialisten eine der Formen der faschistischen Diktatur errichtet", der die „Sozialdemokraten und das Zentrum den Weg geebnet" hätten.[280] Die Reichsparteikonferenz übernahm diese These fast wörtlich.[281] Solche Aussagen schlossen zwar eine schärfere „Faschisierung" nicht aus, damit wurde aber der „Nationalfaschismus" *Hitlers* als nur „eine" der Formen des „Faschismus" weiterhin verharmlost. In der *Schleicher*-Regierung vom Dezember 1932 sah die KPD eine „weitere Entfaltung" des Faschismus[282], was erst recht eine Unterschätzung der Nazis bedeutete.

Nach wie vor leugnete die KPD einen Gegensatz zwischen bürgerlicher Demokratie und *Hitler*faschismus. *Thälmann* wies allerdings darauf hin, daß der „Hauptstoß" gegen die SPD auch den „heftigen Kampf gegen den *Hitler*-Faschismus mit dem Ziel, seine Massenbasis zu zerschlagen, in sich schließt".[283] Ohne Einbruch in die NS-Front, ohne Gewinnung ihrer Anhänger, sah *Thälmann* keine Chancen für die Partei. Zwar glaubte die KPD an eine „rückläufige Entwicklung" der NSDAP,[284] verlangte aber, daß mit den „werktätigen Anhängern" der Nazis „gemeinsame Aktionen gegen Lohn-, Unterstützungsabbau und *Papen*-Diktatur" geführt würden.[285] Offensichtlich versuchte die KPD also auch eine Art „Einheitsfront von unten" zur Zersetzung der NSDAP.[286]

Die KPD hielt es für ihre Aufgabe (und das erinnerte an die Parolen von Ende 1930)[287], „die faschistische Diktatur zu stürzen und die Diktatur des Proletariats aufzurichten". Der Sieg der deutschen Revolution bringe den „Sieg der Revolution in ganz Europa, die größte revolutionäre Unterstützung für die Beschleunigung des sozialistischen Aufbaus auch der Sowjetunion", und das sollte „unter Führung der Komintern mit dem Genossen *Stalin* an der Spitze" erfolgen.[288] Diese radikalen Parolen bedeuteten allerdings auch Ende 1932 keine konkrete Vorbereitung eines

279 Thälmann, a. a. O. (Anm. 273) S. 10.

280 Beschlüsse im Zitat S. 17.

281 Resolution in: Thälmann, a. a. O. (Anm. 273) S. 43 und Records 312, 812008.

282 *Inprekorr* Nr. 102 vom 6. Dezember 1932, S. 3243.

283 Thälmann, a. a. O. (Anm. 273) S. 35.

284 Resolution, ebd. S. 45 und Records 312, 812009.

285 Ebd. S. 47, Records 312, 812010.

286 *Thälmann* sagte dazu auf der 3. Parteikonferenz: „Die *Hitler*bewegung hat heute bereits einen solchen Massencharakter, daß ohne den Einbruch in ihre Front ein Sieg der proletarischen Revolution undenkbar ist. Die Frage der Gewinnung von Nazianhängern ist in starkem Maße eine Frage der Gewinnung der Massen der Angestellten, Beamten, der kleinbäuerlichen und Mittelschichten [. . .] wir dürfen auch die Nazibewegung nicht nur von außen berennen, sondern müssen auch angesichts des wachsenden Übertritts aus den Kreisen der SA zu uns für eine gewisse Zeit bestimmte Kaders in der Nazibewegung lassen." Thälmann, a. a. O. S. 35.

287 Obwohl auf der Parteikonferenz *Thälmann* für die „überspitzte These" vom Dezember 1930, die *Brüning*-Regierung sei die faschistische Diktatur, Heinz *Neumann* verantwortlich machte. Thälmann, a. a. O. S. 27.

288 Ebd. S. 32.

Aufstandes[289], vielmehr war nur die Rede davon, die Massen „an den Entscheidungskampf" heranzuführen.[290]

Die neue Taktik war vor allem wieder schärfer gegen die SPD gerichtet. Zwar war davon die Rede, die Partei solle „nicht alle gegnerischen Parteien in einen Topf" werfen, eine „einfache schematische Gleichsetzung von *Hitler* und *Severing* [. . .] von Sozialdemokratie und Nationalsozialismus" sei falsch.[291] Auf der 3. Parteikonferenz sagte *Thälmann* jedoch auch: „Jede Tendenz einer Abschwächung unseres prinzipiellen Kampfes gegen die SPD-Führer oder einer liberalen Gegenüberstellung von Faschismus und Sozialfaschismus ist deshalb völlig unzulässig."[292] So blieb die Forderung nach „kühner und offensiver Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten", nach Unterscheidung zwischen sozialdemokratischen Arbeitern und „den sozialfaschistischen Führern der SPD und des ADGB" verbunden mit der Losung: „Deshalb der schärfste Kampf gegen die ‚linken' Filialen des Sozialfaschismus (SAPD und Brandleristen) und den konterrevolutionären Trotzkismus, sowie gegen alle opportunistischen Versuche, unseren prinzipiellen Kampf gegen die SPD abzuschwächen."[293]

In der Resolution der 3. Parteikonferenz verstieg sich die KPD zu der Behauptung, „die SPD hat in Deutschland den Faschismus an die Macht gebracht".[294] Diese Aussage datiert ein Vierteljahr vor *Hitlers* Machtantritt!

Auf der Parteikonferenz wiederholte *Thälmann*, die „Richtigkeit der *Stalin*schen These", wonach „Faschismus und Sozialfaschismus nicht Widersacher, sondern Zwillinge sind", habe sich bestätigt.[295] Er forderte den „schärfsten Kampf" gegen die SPD, ohne den es „keine Einreihung der SPD-Arbeiter in die antifaschistische Kampffront und damit auch keinen erfolgreichen Kampf gegen die faschistische Diktatur [also *Papen*] und ihre Terror-Organisation, den *Hitler*-Faschismus" gebe.[296] *Wieszt* interpretiert das so, daß die KPD zunächst den Masseneinfluß der SPD in der Arbeiterschaft zerschlagen wollte, bevor sie den Kampf gegen die Bourgeoisie und die Nazis führen konnte.[297]

Obwohl *Thälmann* eine gewisse „sektiererische" Verhaltensweise der geschlagenen *Neumann*-Gruppe zuschrieb (und die DDR-Literatur das ständig wiederholt),[298] brachte die 3. Parteikonferenz, auf der ja diese Gruppe endgültig ausgeschaltet wurde, wiederum eine dogmatische und starre Auslegung der Strategie, wie sie vom

289 Vgl. dazu Horst Duhnke, Die KPD von 1933 bis 1945. Köln 1972, S. 14.

290 Thälmann, a. a. O. (Anm. 273) S. 32.

291 Ebd. S. 17.

292 Ebd. S. 17.

293 Resolution der Parteikonferenz, ebd. S. 47.

294 Ebd. S. 44.

295 Ebd. S. 16.

296 Ebd. S. 17.

297 Wieszt S. 534.

298 Das gilt offenbar für die gesamte kommunistische Geschichtsschreibung. So wird diese These vom französischen Kommunistenführer Georges *Cogniot* vertreten. Vgl. dazu Fernando Claudin, Die Krise der kommunistischen Bewegung. Von der Komintern zur Kominform. Bd. 1, Berlin (West) 1977, S. 183.

XII. EKKI-Plenum konzipiert wurde. Nicht von ungefähr erläuterte *Ulbricht* im Dezember 1932, „der Sinn des *Stalin*-Briefes [über den Bolschewismus, vgl. Dok. 57] war der konsequente Kampf gegen die Sozialdemokratie".[299] Noch wenige Wochen vor dem Machtantritt *Hitlers* blieb die Partei bei dieser Haltung. Auf dem Berliner Bezirksparteitag der KPD im November wandte sich *Thälmann* gegen alle Einheitsfrontangebote von Sozialdemokraten, gegen das „*Löbe*sche Einheitsfront-Gerede" als Betrugsmanöver und meinte, SPD und KPD könnten sich als Parteien nicht einigen.[300]

Im Dezember 1932 konstatierte die KPD eine „verbrecherische Politik" von SPD und ADGB (vgl. Dok. 85). In einem Rundschreiben des Sekretariats vom 28. Januar 1933, also zwei Tage vor *Hitlers* Ernennung zum Reichskanzler, verlangte die KPD-Führung zwar die „Verbreiterung und Verstärkung unserer Einheitsfront-Aktion", blieb aber nicht nur bei der These, „die SPD ist die soziale Hauptstütze der Kapitalherrschaft", sondern sprach vom „weiteren Faschisierungsprozeß" der SPD (vgl. Dok. 87).[301]

Die gleiche Haltung nahm die KPD in der Gewerkschaftsfrage ein. Da das XII. EKKI-Plenum die Wirtschaftskämpfe zum „Hauptkettenglied zur Heranführung der Massen an die bevorstehenden revolutionären Kämpfe" erklärte,[302] versuchten KPD und RGO weiterhin, wirtschaftliche Streiks zu organisieren. Zwar kam es im Herbst und Winter zu einer Serie von Streiks gegen Lohnabbau usw., doch waren RGO und KPD nicht in der Lage, diese oft spontanen Kämpfe zu koordinieren oder gar – was das Ziel blieb – sie in politische Streiks umzuwandeln.[303]

Da die Komintern kritisierte, daß die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften „in einer geradezu skandalösen Weise vernachlässigt worden sei",[304] wurde weiterhin die „innergewerkschaftliche Arbeit" proklamiert, sogar „Kampf um jeden Posten" in den Gewerkschaften verlangt (vgl. Dok. 80).

Die Praxis des Berliner Verkehrsarbeiterstreiks vom November 1932 zeigte freilich ein anderes Bild. Bei der Abstimmung über den Streik hatten dort nicht die satzungsmäßig notwendigen 75 Prozent der Mitglieder für den Streik gestimmt.[305] Die RGO bildete eine Streikleitung, in die nach offizieller Darstellung „auch

299 *Inprekorr* Nr. 99 vom 25. November 1932, S. 3184.

300 Ebd. S. 3182.

301 Die in Dok. 85 wiedergegebene Grundlinie ist bereits zu finden in einem (in dieser Edition nicht aufgenommenen) Rundschreiben der „Abteilung gegen Faschismus und Sozialfaschismus" des ZK „an alle Bezirksleitungen" vom 6. Januar 1933 „Massenoffensive unter den sozialdemokratischen Arbeitern zum Parteitag der SPD am 12. März in Frankfurt a. M.", das im Original im BA (R 45/IV, 39) vorliegt. Auch dort wurde gefordert, die SPD-Arbeiter „von dem faschistischen Kurs [!] der SPD-Politik zu überzeugen und für den revolutionären Kampf zu gewinnen". Die „schnellere Annäherung der SPD und ihrer Politik an den Faschismus" wurde aus der „Stellungnahme *Leiparts* für die *Schleicher*-Regierung" abgeleitet.

302 Beschlüsse im Zitat S. 33.

303 Einzelheiten hierzu bei Wieszt S. 550 ff. *Wieszt* weist auch nach, wie die KPD selbst ihren Einfluß bei den Streikkämpfen überschätzte; vgl. S. 554 ff.

304 Pjatnizki, a. a. O. (Anm. 120) S. 20.

305 Zwar stimmten 79 Prozent der Abstimmenden für den Streik, doch das waren nicht die erforderlichen 75 Prozent aller Stimmberechtigten, was von kommunistischer Seite verschwiegen wird. Vgl. *Inprekorr* Nr. 92 vom 4. November 1932, S. 2952; Chronik S. 301.

nationalsozialistische BVG-Arbeiter" aufgenommen wurden.[306] Es kam zu einer Art „Einheitsfront von unten" mit den Nazis, die sich an den Streik nur anhängten, dennoch in die zentrale Streikleitung aufgenommen wurden. Da sich die RGO nicht scheute, zusammen mit der NSBO gegen die Freien Gewerkschaften zu agitieren, kam es zu einer neuen Verwirrung der KPD-Anhänger und zur Vertiefung der Spaltung der Arbeiterschaft. Die KPD zog aus dem Verkehrsarbeiterstreik die „Lehre", die „Hauptgefahr" sei ein Zurückweichen vor der „reformistischen Gewerkschaftsbürokratie".[307]

Die „von der sozialfaschistischen Politik beherrschten Gewerkschaften" wurden Ende 1932 wieder als größtes Hemmnis der Kämpfe bezeichnet.[308] Am 20. November 1932 forderte *Die Rote Fahne* wieder eine „planmäßige Massenwerbung für die RGO und die roten Verbände".

Die taktische Wende vom Oktober 1932 war eine Folge der Politik des EKKI, die vor allem innerparteiliche Auswirkungen hatte (Verurteilung der *Neumann*-Gruppe). In der politischen Konzeption führte die Taktik zu einer schärferen Haltung gegenüber der SPD. Die Erfolge der KPD bei der Reichstagswahl vom 6. November (fast 6 Millionen Stimmen) und die Stabilisierung der Parteiorganisation (360000 eingeschriebene Mitglieder, davon freilich nur 252000 abgerechnete)[309] ließen der KPD-Führung die Generallinie richtig erscheinen, erst recht, da die NSDAP bei den Novemberwahlen Verluste erlitt. Zu einer realen Einschätzung der Gefahr der *Hitler*bewegung konnte die KPD durch diese Strategie nicht kommen. Schrieb doch *Die Kommunistische Internationale* noch am 10. Januar 1933: „Das XII. Plenum hat [. . .] aufgezeigt, daß es einen sogenannten ‚klassischen' Faschismus nicht gibt und geben kann und daß alle [. . .] Theorien von der Notwendigkeit der vorherigen Niederschlagung der Arbeiterklasse blutleere Abstraktionen sind."[310]

Die Zerschlagung der KPD 1933 zeigte, wie real die „blutleeren" Abstraktionen waren. Die KPD selbst hielt bis zum Schluß an ihrer falschen Frontstellung fest. Zwar wandte sich *Thälmann* am 30. Januar 1933 mit einem Aufruf zur Einheitsfront direkt an die SPD, doch ein Appell antifaschistischer Intellektueller (*Heinrich Mann*, *Käthe Kollwitz* u. a.) zur Zusammenarbeit aller Arbeiterorganisationen gegen *Hitler* wurde im Februar 1933 von der KPD als „Verwirrungsmanöver" verworfen.[311]

So war es nicht erstaunlich, daß die Führung ihrer Mitgliedschaft nur schwer verständlich machen konnte, warum sich mit *Hitler* „eine grundlegende Veränderung der Situation ergeben hat" (vgl. Dok. 89). Gerade die KPD hatte ja die bestehenden Verhältnisse in Deutschland bereits seit Jahren als „faschistische Diktatur" bezeichnet und damit die Gefahr von *Hitlers* Machtergreifung verniedlicht.

Obwohl die KPD einige verbale Einheitsfrontangebote an die SPD machte, behielt sie die ultralinke Generallinie bei. Damit wurde jede Aufforderung zum gemeinsamen

306 *Inprekorr* Nr. 94 vom 11. November 1932, S. 3020.

307 *RF* Nr. 220 vom 20. Dezember 1932.

308 Vgl. die Einzelheiten bei Wieszt S. 451 f.

309 Vgl. Weber I S. 364; Chronik S. 304.

310 *KI* Heft 1 vom 10. Januar 1933, S. 19.

311 *Echo des Westens* Nr. 8, 3. Februarwoche 1933 (HStA Düsseldorf, 30658 g).

Kampf unglaubwürdig. Im Mai 1933 erklärte das ZK der KPD im alten Jargon: „Die völlige Ausschaltung der Sozialfaschisten aus dem Staatsapparat, die brutale Unterdrückung auch der sozialdemokratischen Organisation und ihrer Presse ändern nichts an der Tatsache, daß sie nach wie vor die soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur darstellen."[312]

Noch Ende 1933 schrieb der KPD-Führer *Fritz Heckert*: „Für die Arbeiterklasse gibt es wirklich einen Feind – das ist die faschistische Bourgeoisie und die Sozialdemokratie, ihre soziale Hauptstütze. Gegen diesen Feind muß ein entschiedener revolutionärer Einheitsfrontkampf der breitesten Massen des Proletariats geführt werden, aber nicht gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei, sondern gegen sie. Die Sozialdemokratie war die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie nicht nur, solange es ihr im bürgerlichen Staat gut ging, sie ist es auch heute noch [. . .]. Und sie wird es bleiben, bis wir sie isoliert und als Partei zertrümmert haben."[313]

Zertrümmert hatten Staat und NSDAP jedoch nach dem Reichstagsbrand die KPD. Allein im Rhein-Ruhrgebiet wurden bis Anfang April 1933 7300 KPD-Funktionäre verhaftet.[314] Die Kommunisten bekamen als erste den von ihnen immer geleugneten Unterschied zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus zu spüren. Das EKKI behauptete allerdings, der Sieg *Hitlers* bedeute keine Niederlage der Arbeiterbewegung; die Moskauer Führung bescheinigte der KPD sogar, daß „die politische Linie und die organisatorische Politik, die das ZK der KPD mit dem Genossen *Thälmann* an der Spitze bis zum *Hitler*schen Umsturz und im Augenblick dieses Umsturzes befolgte, vollständig richtig war".[315]

Solche Beschönigungen konnten die Niederlage nicht ungeschehen machen. Trotz großer Opfer im Kampf gegen *Hitler*[316] ging die alte KPD 1933 und den folgenden Jahren unter.

Die Generallinie

Die politische Konzeption der KPD – und nur diese sollte und konnte hier skizziert werden –[317] zeigt in der Periode von 1929 bis 1933 auf den ersten Blick ein recht verwirrendes Bild. Besonders die Schwerpunkte der Parteipolitik, das Verhältnis zur UdSSR, zum Staat und zum Parteiensystem in Deutschland, zur SPD und zu den

312 *Rundschau über Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung*, Basel. Nr. 17 vom 2. Juni 1933, S. 543.

313 Fritz Heckert, Ist die Sozialdemokratie noch die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie? Basel 1933, S. 15.

314 StA Münster, Reg. Minden, I P 601.

315 *Rundschau über Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung* Nr. 9, 1934, S. 229. Die illegale *Rote Fahne* (Ausgabe Mitte April 1933) hatte die Linie als „vollkommen richtig und durch die Ereignisse bestätigt" bezeichnet.

316 Nach Angaben der SED waren von ca. 300 000 KPD-Mitgliedern 145 000 bzw. 150 000 inhaftiert. Vgl. Neues Deutschland Nr. 214 vom 11. September 1957 und Nr. 100 vom 28. April 1975. Weitere Angaben bei Duhnke, a. a. O. (Anm. 289) S. 525. Vgl. auch Hermann Weber, Die deutschen Kommunisten 1945 in der SBZ. Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage Das Parlament) Nr. 31, 5. August 1978, S. 27.

317 Ausgeklammert blieben die Rahmenbedingungen dieser Politik, sowohl die Haltung der Komintern wie die Lage in Deutschland, die Ideologie der Partei, aber auch der illegale Geheimapparat der KPD usw. Vgl. dazu unten und Duhnke, a. a. O. (Anm. 289) S. 14 ff.; Flechtheim S. 248 ff.; Bahne, KPD S. 12 ff.

Gewerkschaften, erscheinen in den (absichtlich mit vielen wörtlichen Zitaten und Wendungen wiedergegeben, um die Authentizität zu zeigen) Dokumenten der KPD sprunghaft, unbeständig und wankelmütig. Aber obwohl diese KPD-Politik von Ungereimtheiten und Gegensätzen wimmelt, wie ein Zick-Zack-Kurs anmutet und keineswegs widerspruchsfrei war, stand dahinter doch eine klar formulierte Strategie, handelte es sich im Rahmen der Komintern um eine kalkulierte Generallinie. Freilich ist diese rückblickend für die kommunistischen Interessen in Deutschland als verfehlt und unrealistisch zu erkennen. Offensichtlich war die der Strategie zugrunde liegende Analyse der Weltsituation, der deutschen Verhältnisse, der Sozialdemokratie und insbesondere der *Hitler*bewegung falsch.

Die Strategie, die nicht in Deutschland, sondern von der Komintern entwickelt wurde, entsprach den Vorstellungen der Sowjetführer unter *Stalin*. Daher wurde sie auch geprägt von den Interessen (oder den vermeintlichen Interessen) der Sowjetunion und von den ideologischen Vorstellungen der Sowjetführer, wieder in erster Linie *Stalins*. Ihre wesentlichen Grundzüge für die KPD sind bereits oben beschrieben worden. Zusammengefaßt waren es die Thesen vom drohenden Überfall auf die UdSSR, von der „Faschisierung" des Staatsapparates, der NSDAP als „Agentin" und Terrororganisation des Kapitals, der SPD und der Gewerkschaftsführung als „Hauptfeind" innerhalb der Arbeiterbewegung.

Der Widerspruch zwischen diesen Grundkomponenten der Strategie der „dritten Periode" und der deutschen Realität führte zu immer neuen Schwierigkeiten beim Versuch, die Generallinie in die Praxis umzusetzen und Erfolge zu erringen. Die ständige Änderung der Taktik, die freilich nur im Rahmen dieser Strategie erfolgen konnte, zeigt die vergeblichen Bemühungen, die Generallinie mit der Wirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen.

Hier kann nicht näher eingegangen werden auf die Folgen der Funktionalisierung der KPD als außenpolitische Hilfstruppe der UdSSR[318] oder auf die grundsätzliche Auffassung der Partei, durch Wirtschaftskämpfe ihre Ziele zu erreichen.[319] Doch wirkten diese funktionalen wie ideologischen Momente erheblich auf die taktischen Varianten der Generallinie ein.

Systematisch gesehen, änderte die KPD zwischen 1929 und 1933 ihre Taktik siebenmal. Doch bei den fünf Schwerpunkten der Politik war die Haltung zur UdSSR (Verteidigung gegen angebliche Intervention) so eindeutig, daß hier kein Anlaß zu einer taktischen Schwenkung gegeben war. Veränderungen im Staatsapparat, also der Politik der Regierung, boten für die KPD nur Ende 1930 Grund für eine taktische Neuorientierung.[320] Auch das Parteiensystem und speziell die NSDAP war nur im August 1930 direkter Anlaß zur Änderung der Taktik („nationales Programm"). Demgegenüber stand einmal, im Oktober 1931 die Gewerkschaftspolitik im Mittelpunkt der neuen Taktik, sonst blieb diese immer auf die SPD fixiert, bestand das Problem darin, wie die „Einheitsfront von unten" zu erreichen war.

Daher ist es nicht erstaunlich, daß von den sieben taktischen Wendungen allein vier (April 1930, April 1931, April/Mai 1932 und Oktober 1932) hauptsächlich eine

318 Hierzu ist vor allem auf die Arbeit von Weingartner zu verweisen.

319 Diese Auffassung ist bis ins Detail bei Wieszt nachgezeichnet.

320 Die taktische Änderung von 1930 sah zunächst wie eine strategische Änderung aus und wurde von der KPD auch so formuliert. Vgl. dazu oben, S. XXX.

Veränderung der generellen Haltung gegenüber der Sozialdemokratie brachten. Die tiefsten Zäsuren in der Generallinie bedeutete die neue Taktik vom April 1930 und dann vor allem vom April/Mai 1932. Beides waren Versuche, die Strategie des „Hauptstoßes" gegen die Sozialdemokratie so flexibel zu fassen oder abzumildern, daß der Kampf gegen den wirklichen Hauptfeind der KPD, die NSDAP, mit einiger Aussicht auf Erfolg geführt werden konnte.

Ein Blick auf die Hauptfaktoren, die zur jeweiligen taktischen Änderung der Strategie führten, ist ebenfalls aufschlußreich. Die erste taktische Schwenkung vom April 1930 wurde nicht nur durch die Mißerfolge der KPD, sondern auch durch die Weisungen der Komintern (Sitzung des EKKI-Präsidiums im März 1930) bestimmt. Die taktischen Wendungen vom April 1931 und vom Oktober 1932 waren sogar ausschließlich eine Anpassung an die Kominternlinie, die das XI. bzw. XII. EKKI-Plenum festgelegt hatte (und in beiden Fällen bedeutete dies eine erhebliche Verschärfung des Kurses gegen die SPD). Die Wendung vom August 1930 (nationale Politik) war nicht nur eine Folge des Anstiegs der NSDAP, sondern ebenso der veränderten sowjetischen Außenpolitik. Vier der sieben taktischen Wendungen sind also eindeutig auf die Komintern bzw. die Sowjetunion zurückzuführen.

Waren die taktischen Veränderungen vom Dezember 1930 und vom Oktober 1931 in erster Linie durch die deutsche Situation bestimmt worden, so erfolgte doch die Abschwächung der Wendung vom Dezember 1930 wiederum durch einen Kominterneingriff, und schließlich wurden sowohl die Einleitung des neuen Kurses vom April/Mai 1932 wie dessen Abschwächung im Juli weitgehend von der Komintern veranlaßt.

Hiermit wird deutlich, daß nicht nur die Generallinie der KPD eine Widerspiegelung der Komintern-Strategie war, sondern auch die Taktik der deutschen Kommunisten vorrangig von Moskau bestimmt wurde. Die Einbindung der KPD in die Komintern war mehr als nur eine organisatorische Frage, sie war auch für die politische Konzeption entscheidend.

Diese politische Konzeption zeigt in ihren Schwerpunkten indes die gesamte Problematik der Partei. Die (oben skizzierte) Ideologie und Programmatik der Partei verengte sich nach 1929. Die Sowjetunion, das „Vaterland" der Kommunisten,[321] blieb nicht nur Vorbild für die Revolutionserwartungen der Partei (Fixierung auf die russische Oktoberrevolution und schematische Gleichsetzung der eigenen Aufgaben mit der russischen Entwicklung), auch das Ziel, die kommunistische Zukunftsgesellschaft, reduzierte sich auf die sowjetische Wirklichkeit der *Stalin*schen Industrialisierung und Parteidiktatur.[322] Schließlich verkündete *Thälmann* 1931, die Sowjetunion

321 Dieser Ausdruck taucht in den offiziellen Schriften der KPD immer wieder auf. So schrieb schon Ende 1924 eine KPD-Zeitung, Kommunisten hätten „nur ein Vaterland", das sei die UdSSR (*Sozialistische Republik*, Köln, vom 10. Dezember 1924). Und auch 1932 sprach *Florin* auf der Reichsparteikonferenz der KPD, von der Sowjetunion als dem „Vaterland aller Werktätigen" (Florin, a. a. O. – Anm. 276 – S. 22).

322 *Florin* (ebd. S. 14) sah 1932 die UdSSR „auf dem Wege zur klassenlosen Gesellschaft". Die KPD popularisierte nicht nur in ihrer Presse die Industrialisierung der UdSSR als „Aufbau des Sozialismus", sie gab dazu auch Broschüren heraus; vgl. z. B. die Agitationsbroschüren: Was ist der Fünfjahrplan? Berlin 1930; Die Arbeiter in der Sowjetunion und der Fünfjahrplan. Berlin 1931; Das Land ohne Arbeitslose. Berlin 1930; Ernst Putz, Der Bauer mit dem Traktor. Berlin o. J. (1931); Ural-Kusbass. Das neue Zentrum der sozialistischen Schwerindustrie. Berlin 1931.

sei „in die Periode des Sozialismus eingetreten."[323] Selbst die propagierten Maßnahmen, die nach Ansicht der KPD „mit oder bald nach der Machtübernahme" in Deutschland verwirklicht werden sollten, blieben Abklatsch der UdSSR und waren daher nur teilweise und nur für eine Minderheit der deutschen Arbeiterschaft attraktiv. So verkündete *Remmele* 1930 auf die selbstgestellte Frage, „was wollen die Kommunisten", als ersten Punkt: „Brüderliches Bündnis und Wirtschaftsgemeinschaft mit der UdSSR". Annullierung des Versailler Vertrages und Selbstbestimmungsrecht aller Völker als außenpolitische Forderungen. Die entschädigungslose Enteignung und Nationalisierung der Großindustrie, der Banken und von Grund und Boden stand neben einer Beschreibung des Aufbaus eines deutschen Rätesystems. Außer der geforderten Arbeitspflicht, kürzerer Arbeitszeit und sozialen Maßnahmen wollten die deutschen Kommunisten eine „Rote Armee" und eine „Arbeiter- und Bauernmiliz" schaffen. Auch bei diesen Forderungen blieb ausdrücklich die Sowjetunion das anzustrebende Modell.[324]

Damit rückte die Sowjetunion als Schwerpunkt von Strategie und Taktik auch aus ideologischen Gründen noch deutlicher in den Mittelpunkt der KPD-Politik. Die Rußlandgläubigkeit der KPD-Mitgliedschaft, vor allem ihrer Funktionäre und Führer, war bereits bei der Stalinisierung der KPD ein wichtiger Mechanismus gewesen.[325] Seither war das bedingungslose Bekenntnis zum Vorbild Sowjetunion erste Pflicht eines jeden treuen Kommunisten. Die Sowjetunion und die Politik ihrer Führer, seit 1929 vor allem *Stalins*, waren nicht nur für die KPD-Führung, sondern auch die Mitglieder und Anhänger unfehlbar geworden. Das immer eindeutigere Bekenntnis zur Sowjetunion und zu *Stalin* hatte in der KPD spätestens ab 1929 dazu geführt, daß nur noch diejenigen in der Partei blieben oder solche Personen zur KPD stießen, die bereit waren, ein Bekenntnis zur UdSSR und zu *Stalin* abzulegen und das Axiom der KPD-Politik, die Sowjetunion sei unantastbares Vorbild, zu bejahen.

Jede Kritik an der KPdSU, an ihrer Politik oder gar an *Stalin* waren von 1929 bis 1933 als antikommunistisch oder konterrevolutionär verfemt. Dabei wurde die UdSSR mit der Autorität der Oktoberrevolution identifiziert und selbstverständlich jegliche Wandlung des Sowjetsystems bestritten. Der Glaube der deutschen Kommunisten, die Entwicklung in der Sowjetunion habe zum Sozialismus geführt, dort seien Arbeiter und Bauern nicht mehr ausgebeutet und es entstehe eine Gesellschaft der Gleichheit und Freiheit, förderte die Aktivitäten der KPD und steigerte bei Mitgliedern und vor allem bei den Funktionären den revolutionären Elan.

Die Wandlung des revolutionären Sowjetstaates der *Lenin*-Ära zur despotischen Willkürherrschaft *Stalins*, die sich bereits abzeichnete, wurde nur von einigen oppositionellen Kommunisten registriert,[326] dagegen nahm die Masse der rußland-

323 Im Mai 1931 sagte *Thälmann*, es sei „historische Tatsache", „wie der Genosse *Stalin* auf dem letzten Parteitag der KPdSU sagte, daß wir in der Sowjetunion in die Periode des Sozialismus eingetreten sind". Ernst Thälmann, Vorwärts unter dem Banner der Komintern. Rede auf der Tagung des ZK der KPD am 14. Mai 1931, Berlin o. J.: abgedruckt in: Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze 1930–1933, Bd. I. Köln 1975, S. 217.

324 Hermann Remmele, Kommunismus, die einzige Rettung. Berlin o. J. (1930), S. 49 ff. und 53.

325 Zu den Einzelheiten vgl. Weber I S. 312 ff.

326 Vgl. dazu Rüdiger Zimmermann, Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1978, S. 131 ff.; Karl Korsch, Politische Texte. Hrsg. E. Gerlach und J. Seifert. Frankfurt/M. 1974, S. 180 ff.

gläubigen deutschen Kommunisten sie nicht zur Kenntnis. Doch diese Wandlung veränderte die Grundlage des Weltkommunismus und damit auch der KPD. Die Abhängigkeit der KPD von *Stalin* ließ die ursprüngliche revolutionäre Zielsetzung zur bloßen Ideologie erstarren, die Funktion der Partei änderte sich.

Die revolutionäre Ideologie der KPD spielte zwar weiterhin eine Rolle, sie wurde aber den Zielen der sowjetischen Innen- und Außenpolitik untergeordnet. Bereits *Arthur Rosenberg* konstatierte: „Seit 1928 entschloß sich *Stalin* zum Entscheidungskampf gegen das reaktionäre Großbauerntum in Rußland, und nun sollte auch die Kommunistische Internationale wieder radikal werden. Hätte die KPD nach 1928 in Deutschland eine wirklich revolutionäre Politik getrieben, zur Sammlung der Massen auf breiter Grundlage, um dann zum Sturm vorzugehen, dann hätte die Partei in Deutschland Großes erreichen können. Indessen hat die *Stalin*sche Bürokratie in Deutschland niemals ernsthaft an eine Revolution geglaubt. Die Partei hatte keinen Plan zur Gewinnung der Massen und keinen Weg für die Zukunft."[327]

Doch nicht nur die innenpolitischen, auch die (vermeintlichen) außenpolitischen Interessen der UdSSR *Stalins* wirkten in die gleiche Richtung. Da die Sowjetunion sich in einer „feindlichen Umwelt" fühlte und eine Einkreisung vermeiden wollte, zeigte sie natürlich an Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich größeres Interesse als an der innenpolitischen Situation der KPD.[328] In der Strategie und Taktik der KPD mußte diese Funktion der Partei als einer außenpolitischen Hilfstruppe des Sowjetstaates immer durchschlagen.

Unter diesem Gesichtspunkt ist der Schwerpunkt „Sowjetunion" der KPD-Strategie und -Taktik von 1929 bis 1933 von zentraler Bedeutung nicht nur für die politische Konzeption, sondern auch für die Disziplinierung der Organisation. In allen taktischen Phasen wurde die drohende Intervention gegen die Sowjetunion, die „Hauptgefahr eines neuen Krieges" (1928), als „immer eindeutiger" (1930), als „unmittelbare" Gefahr (1931) beschworen, die immer „aktuellere Formen" annehme (1932).[329] Da diese Kriegsgefahr kaum bestand, diente die ständige Warnung der Aktivierung und Disziplinierung der KPD. Verlangt wurde von den Kommunisten unter Berufung auf die Kriegsgefahr „eine revolutionäre Disziplin", ja eine „feste, militärische" Disziplin.[330]

Die Abhängigkeit der KPD-Politik von den Interessen der *Stalin*schen Sowjetunion ist jedoch nicht so zu verstehen, als ob diese Interessen eindeutig, gewissermaßen „rein" in die Strategie und Taktik eingebracht werden konnten. Andere Faktoren wirkten vor allem auf die Versuche ein, Strategie und Taktik in praktische Politik

327 Arthur Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Hrsg. von Kurt Kersten. Frankfurt/M. 1955. S. 467.

328 Offenbar war die UdSSR schon unter der Regierung *Schleicher* bereit, ein Verbot der KPD ohne Widerspruch als „natürlich" zu akzeptieren. Vgl. Weingartner S. 196.

329 S. Daszynski und Jan Radopolski, Imperialistischer Kreuzzug gegen den Kommunismus. Hamburg-Berlin 1929, S. 6; *Oktober* (illegale militärpolitische Zeitschrift der KPD), Jg. 5, Nr. 3, 1930, S. 1; D. S. Manuilski, Die Kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus. Bericht vor dem XI. Plenum des EKKI. Hamburg 1931, S. 24; Ernst Thälmann, Der revolutionäre Ausweg und die KPD. Rede auf der Plenartagung des ZK der KPD am 19. Februar 1932. Berlin o. J. (1932), S. 6.

330 Protokoll 10. Plenum, a. a. O. (Anm. 28) S. 560. Schon Ende 1928 erklärte der KPD-Ideologe *Lenz-Winternitz*, eine „militärische Disziplin" sei für die KPD notwendig. (*RF*, Nr. 306 vom 30. Dezember 1928). Vgl. auch Anm. 39.

umzusetzen. Das gilt insbesondere für die deutsche Situation, die ja das Rekrutierungsfeld der KPD für Mitglieder und Anhänger bildete. Diese konnten nicht nur mit Versprechungen auf das gelobte Land Sowjetunion gewonnen werden. Schließlich wurden sie ja auch mit den Argumenten der Nichtkommunisten konfrontiert, die die profane Wirklichkeit des Sowjetstaates und seine ungeheuren Schwierigkeiten bekannt machten,[331] sowie mit der Agitation der Antikommunisten, die Rußland in noch schwärzeren Farben malte, als die Realität ohnehin war. Der Gefühlsradikalismus der potentiellen Anhänger und Mitglieder der KPD erwuchs aus der deutschen Situation, in erster Linie natürlich der Wirtschaftskrise und ihrer Auswirkungen. Auch hier hat bereits *Arthur Rosenberg* das Kernproblem der KPD gesehen:[332]

„Die KPD betrieb seit 1928 eine lärmende Agitation, die ganz auf die Bedürfnisse utopisch-radikaler Erwerbsloser eingerichtet war. Den Arbeitern im Betrieb, die doch immerhin auch noch existierten, den Angestellten, den Intellektuellen und Mittelschichten bot die Partei nichts. Mit wachsender Arbeitslosigkeit gewann die KPD einen gewissen Anhang unter Erwerbslosen, die vor allem wünschten, daß ihr Elend laut in die Welt hinausgeschrien wurde. Aber das ist keine Grundlage, auf der eine Revolution durchgekämpft und ein sozialistisches Gemeinwesen errichtet werden kann."[333]

Geht man davon aus, daß selbst auf dem Höhepunkt der Wirtschaftkrise auf einen Arbeitslosen zwei erwerbstätige Arbeiter oder Angestelle kamen,[334] so wird die Problematik deutlich, die *Rosenberg* ansprach. Freilich war diese noch komplexer. Der strategisch-taktische Schwerpunkt „Kampf gegen Staat und Regierung in Deutschland" bedeutete zwischen 1929 und 1933 keine akute Vorbereitung des kommunistischen Aufstandes, sondern trotz verbaler Aufrufe zur Revolution die Sammlung von Kräften, in erster Linie sogar die Konzentrierung auf Wahlkämpfe. Dieses Verhalten schien für eine antiparlamentarische Bewegung seltsam, und bereits 1932 stellte *Sigmund Neumann* die kommunistische Vorstellung in Frage, ständig steigende Wahlziffern als Zeichen eigener Kraft anzusehen. *Neumann* sah einen inneren Zwiespalt der KPD: „Sie will einmal die ‚Organisation der Revolution' sein und erlebt als solche in revolutionären Epochen ihren Aufschwung. Aber da eine Institutionalisierung der Revolution ein Widersinn ist – wenigstens für eine

331 Die SPD verbreitete eine Reihe von Broschüren über die russische Realität, vgl. z. B. Das kapitalistische Sowjet-Rußland Berlin o. J.; Die politischen Gefangenen in der Sowjetunion. Berlin o. J.; Dr. P. Garwy, Sowjetdeutschland? Berlin o. J. (1932). Konservative Kreise und vor allem die NSDAP griffen besonders auf Berichte russischer Rechts-Emigranten zurück, wobei die verschiedenen antikommunistischen Vereinigungen auch Greuel- und antisemitische Propaganda verbreiteten.

332 Vgl. dazu auch Flechtheim S. 289 ff.

333 Rosenberg, a. a. O. (Anm. 327) S. 467 f.

334 In der Literatur finden sich allerdings widersprüchliche Angaben über die Höhe des Arbeitslosenanteils. So behauptet *Kuczynski*, 1932 seien 44 Prozent arbeitslos und nur 33 Prozent vollbeschäftigt gewesen (22 Prozent Kurzarbeiter). R.-M. *Huber-Koller* schreibt, daß jeder dritte Arbeiter und Angestellte arbeitslos war. In der Tat waren nach der Statistik 21 Millionen in Industrie, Handel und Dienstleistungen erwerbstätig und davon 6 Millionen registrierte Erwerbslose. Vgl. Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart, Bd. 1. Berlin 1947, S. 322 ff.; Huber-Koller, a. a. O. (Anm. 5) S. 127; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. 53. Jg. 1934, S. 19. Vgl. auch Wolfgang Michalka und Gottfried Niedhardt, Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918–1933. München 1980, S. 412.

Massenorganisation – muß sie fernerhin vor allem in Notzeiten reale Aufgaben erfüllen, d.h. praktische Tagespolitik".[335]

Neben dem Widerspruch, als deutsche Arbeiterpartei sowjetische Interessen vertreten zu wollen und zu müssen, zeigt sich so ein zweiter Grundwiderspruch: als Massenpartei konnte die KPD nicht nur verbalradikal Revolutionsideologie vertreten, sie mußte auch praktische Tagespolitik betreiben. Diese beiden immanenten Grundgegensätze waren zwar vor 1929 noch gravierender,[336] sie bestimmten aber auch die Situation der KPD von 1929 bis 1933.

Der kämpferische Einsatz der KPD für eine „bessere Welt", ihre Opposition gegen überholte Strukturen der Gesellschaft zeigten sie als eine fortschrittliche Partei. Die Kritik am bestehenden wirtschaftlichen und politischen System war die „Stärke des deutschen Kommunismus" *(Neumann)*.[337] Doch dieses progressive Potential wurde durch die kommunistische Strategie verspielt. Der Massenanhang, die kraftmeierische Sprache der Parteiführung und der Kampfgeist der Funktionäre und Mitglieder schufen ein falsches Bild. Die KPD war untauglich, das vorhandene Potential zu einer konstruktiven Alternative zu gestalten. Trotz erheblichen Zulaufs an Mitgliedern und Wählern (ihr höchster Stimmenanteil waren 17 Prozent im November 1932) blieb die KPD letztlich isoliert.

Da der Staatsapparat gegenüber den linksradikalen Kreisen sehr viel härter reagierte als gegenüber den Rechtsradikalen, wurde die KPD erst recht ins Getto getrieben, gelang im Gegensatz zu England, Frankreich oder Skandinavien auch keine ansatzweise Integration der Kommunisten in die Gesellschaft. Die Verfolgung der KPD durch den Weimarer Staat war keineswegs die Ursache der verhängisvollen Gleichsetzung von Demokratie und Faschismus durch die Kommunisten, erleichterte aber der Parteiführung die Durchsetzung dieser Linie. Polizeiaktionen gegen die KPD (allein 1932 über tausend) waren ebenso typisch wie das Verbot kommunistischer Zeitungen, und in den letzten drei Jahren der Republik kamen bei Zusammenstößen mit der Polizei 170 Kommunisten ums Leben.[338] Unter solchen Umständen wurde die unsinnige und verheerende These der KPD-Führung, „*Brüning* hat eine absolute Diktatur eingerichtet, wie sie die Nationalsozialisten nicht absoluter schaffen können",[339] von der Partei kritiklos übernommen und von den Funktionären wohl auch geglaubt.

Bereits eine solche Skizzierung verdeutlicht, daß die strategischen Schwerpunkte Sowjetunion und Situation in Deutschland auch die übrigen Probleme wie Parteiensystem (Faschismus), SPD und Gewerkschaften beeinflußten. Im Parteiensystem der Weimarer Republik war die KPD eine Partei, die breite Schichten der Arbeiter mobilisierte, dabei ungelernten Arbeitern ein politisches Betätigungsfeld bot und vor allem die Partei der Arbeitslosen war. Auf die Soziologie der Partei kann hier nicht

335 Sigmund Neumann, Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege. Berlin 1932, S. 91 f.

336 Vgl. zu den Einzelheiten Weber I S. 8 ff.

337 Neumann, a. a. O. (Anm. 335) S. 97.

338 Vgl. GdA S. 370.

339 Hungerdiktatur in Brüning-Deutschland. Zur IV. Notverordnung. Hrsg. vom ZK der KPD. O. O. u. J. (Berlin Ende 1931), S. 14.

eingegangen werden.[340] Doch scheint es gesichert, in der KPD nicht nur ein Sammelbecken der Unzufriedenen zu sehen, sondern – wie einst die Sozialdemokratie im Kaiserreich – auch eine Organisation selbstbewußter und verbitterter Arbeiter, die mit Gewalt eine Veränderung jener Verhältnisse erzwingen wollten, die die kapitalistische Wirtschaft und die Folgen der Halbheiten der Revolution von 1918 mit sich gebracht hatten.

Die KPD erschien am Ende der Republik noch immer als die revolutionäre Partei, die sie einmal war, eine Bewegung, die „für das Morgen existiert" *(Neumann)*.[341] Auch das vergrößerte ihre Anhängerzahl, da das Heute in der Krise für viele eine einzige Misere war. Opponierende Jugendliche und kämpferische Geister, die nicht resignieren wollten, glaubten in der KPD eine politische Heimstätte zu finden. Klassenbewußte Arbeiter, die nicht nur eine materielle Besserstellung, sondern mehr noch gesellschaftliche Gleichberechtigung und Anerkennung ihrer Menschenwürde forderten, wurden durch das radikale Auftreten und die programmatischen Ziele der Partei angezogen. Freilich ist nicht zu übersehen, daß die KPD in der Krise auch lumpenproletarische Elemente in ihren Bann zog.[342]

Durch die Bekämpfung nicht nur der übrigen Parteien, sondern auch der nichtkommunistischen Arbeiterbewegung, blieb die Partei ohne realpolitisches Gewicht und verharrte im Negativen. Da die Strategie alle nichtkommunistischen politischen Kräfte kurzerhand mit dem Etikett „Faschismus" belegte, konnte die Partei auch nicht zu differenzierter Politik gelangen. Die Analyse des deutschen Parteiensystems blieb in der Strategie und Taktik der KPD so an der Oberfläche. Erst recht konnte die Partei mit ihren Faschismus-Thesen die NSDAP nicht realistisch einordnen und bekämpfen. Bei den verworrenen Faschismus-Thesen der KPD (Nationalfaschismus, Sozialfaschismus, Zentrumsfaschismus, *Hugenberg*-Faschismus usw.) war die Partei im allgemeinen nicht in der Lage, in der NSDAP eine besondere politische Kraft zu sehen, für sie blieb die NSDAP eine von vielen gegnerischen Parteien. Daher gelang es der KPD nicht, die Gefahr dieser Bewegung gerade für den deutschen Kommunismus realistisch einzuschätzen. Zwar führten die heftigen und oft blutigen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten hin und wieder zu bemerkenswerten theoretischen Reflexionen,[343] in der Gesamtkonzeption der Partei konnten sich solche Einsichten jedoch nicht durchsetzen. Das hing wohl nicht zuletzt damit zusammen, daß es sich bei den Faschismus-Analysen der KPD nicht um

340 Vgl. dazu Flechtheim S. 311 ff.; Weber I S. 280 ff.; Neumann, a. a. O. (Anm. 335) S. 89 ff. Vgl. auch Robert Wheeler, Zur sozialen Struktur der Arbeiterbewegung am Anfang der Weimarer Republik. Einige methodologische Bemerkungen, in: Hans Mommsen, D. Petzina, B. Weisbrod (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1974, S. 179 ff.

341 Neumann, a. a. O. (Anm. 335) S. 89.

342 Mit Recht bemerkt *Neumann* (ebd. S. 96), daß die KPD „keineswegs mit dem sogenannten Lumpenproletariat gleichzusetzen" sei, daß aber die KPD „gleichsam eine lumpenproletarische Peripherie aufzuweisen hat".

343 Als Beispiel sei die Artikelserie von Hans *Jäger* in der *Inprekorr* genannt (*Inprekorr* Nr. 44 vom 27. 5. 1932, S. 1355 ff. bis Nr. 49 vom 14. 6. 1932, S. 1555 ff.) und teilweise nachgedruckt in: Theo Pirker, Komintern und Faschismus 1920–1940, Stuttgart 1965, S. 158 ff. Siehe auch den Artikel von S. *Erkner*, NSDAP und die Klassen. *(Die Internationale* 14. Jg., Heft 7, Juli 1931, S. 323 ff.) Vgl. auch *Thälmanns* Einsicht von 1932 (unten Anm. 354).

eigenständige Aussagen der deutschen Partei handelte, sondern um die unkritische Übernahme der Faschismus-Vorstellungen der Komintern. Die Generallinie war ja von der Komintern-These geprägt, Faschismus und Demokratie seien „wesensgleich",[344] also auch alle nichtkommunistischen Parteien als faschistisch zu bekämpfen. Diese Konstante der Strategie konnte von der KPD nicht verändert werden,[345] auch wenn in der Taktik hin und wieder der Versuch gemacht wurde, zu nuancieren, um aus dem selbstgeschaffenen Teufelskreis auszubrechen. Die Generallinie beinhaltete so eine ständige Unterschätzung der NSDAP (nicht unbedingt des „Faschismus", doch damit war ja die Gesamtheit der kommunistischen Gegner gemeint). Die Führung versicherte ihren Anhängern z.B. 1931: „Wir dürfen uns von dieser Massenbewegung nicht beunruhigen lassen".[346]

War die kommunistische Strategie von 1929 bis 1933 für die Komintern und insbesondere für die Sowjetunion durch die Interessen der sowjetischen Außenpolitik rational und klar kalkuliert, so mußte sie allein wegen dieser katastrophalen Fehleinschätzung der NSDAP für die KPD verheerend werden. Rückblickend kann man sagen, vermutlich hätte selbst noch eine längere diktatorische Herrschaft *Schleichers* das *Hitler*regime, und damit den 2. Weltkrieg und 50 Millionen Tote, verhindert. Die KPD wäre unter einem solchen System wohl auch verboten, aber nicht zerschlagen und ihre Führer und Funktionäre nicht physisch vernichtet worden.

Freilich kann man nicht erwarten, daß die KPD-Führung damals eine solche Politik des „kleineren Übels" erkennen oder gar praktizieren wollte und konnte (auch alle übrigen Parteien schätzten ja die NSDAP falsch ein). Dabei spielte jedoch nicht nur die Tatsache eine Rolle, daß die Zeitgenossen natürlich nicht unser heutiges Wissen hatten und daher die fürchterlichen Folgen der Machtergreifung durch die NSDAP für ganz Europa kaum voll erkennen konnten. Denn auch aus ihrer damaligen Kenntnis heraus hätte die KPD-Führung wissen müssen, daß *Hitler* der Hauptfeind der kommunistischen Bewegung war und daß er diese blutig unterdrücken wollte. Doch die Komintern-Strategie hemmte jeglichen Ansatz zu der Einsicht, daß der Kampf gegen *Hitlers* Machtergreifung daher praktisch um jeden Preis geführt werden mußte.[347] Die Strategie der KPD verhinderte – trotz ihres täglichen Kampfes

344 So Barbara Timmermann, a. a. O. (Anm. 4) S. 464. Sie unterscheidet eine „linke" und eine „rechte" Faschismus-Theorie der Komintern, für die Periode 1929 bis 1933 war allein die „linke" Theorie gültig. Ihr ist zuzustimmen, wenn sie schreibt: „Nicht ein fortschreitender Erkenntnisprozeß, sondern eher ein hin und her zwischen zwei Polen bestimmte die Auseinandersetzung der Komintern mit dem Faschismus. Der eine Pol war die ‚rechte Faschismus-Theorie': die den Faschismus als eine Massenbewegung verstand [. . .]. Dabei wurde der Faschismus sowohl abgegrenzt gegen reaktionäre Diktaturen als auch gegenüber der bürgerlichen Demokratie und ihren Parteien. Die ‚linke Faschismus-Theorie' dagegen ging davon aus, daß Faschismus und bürgerliche Demokratie wesensgleich seien und die bürgerliche Herrschaft sich insgesamt faschisiere [. . .]" (S. 465).

345 Insofern ist die Äußerung von Barbara Timmermann (ebd. S. 484), die KPD habe sich im Sommer 1932 „offensichtlich in einem Gegensatz zur Generallinie" der Komintern befunden, kaum aufrechtzuerhalten. Auch die Taktik von Mai-Juni 1932 und erst recht ihre Modifizierung im Juli 1932 blieben im Rahmen der Generallinie.

346 Ernst Thälmann, Vorwärts unter dem Banner der Komintern. Rede auf der Tagung des ZK der KPD am 14. Mai 1931, in: Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze 1930–1933, Bd. I. Köln 1975, S. 225.

347 Diese veränderte Strategie wurde erst lange nach *Hitlers* Sieg von der Komintern mit der „Volksfrontpolitik" eingeleitet, die der VII. Weltkongreß 1935 bestätigte.

gegen die NSDAP – ein Konzept zur erfolgreichen Bekämpfung *Hitlers*. Diese katastrophale Fehleinschätzung ist keineswegs zwangsläufig aus der kommunistischen Ideologie entstanden, wofür die weit realistischere Beurteilung des Faschismus durch die verschiedenen kommunistischen Oppositionsgruppen ein Indiz darstellt.[348] Es war vielmehr die Abhängigkeit der KPD von der Komintern, die eine der deutschen Situation angemessene Politik der KPD erschwerte: die Gleichsetzung aller politischen Gegner als „faschistisch" und die generelle Unterschätzung der NSDAP waren ja immanente Teile der für die KPD verbindlichen Komintern-Strategie. Die KPD-Politik war daher in ihrer (theoretisch möglichen) Bandbreite eingeengt, sie fand durch ihre Einbindung in die von *Stalin* beherrschte Komintern keine Alternative, ja sie konnte die Strategie noch nicht einmal entsprechend ihren eigenen Interessen auf Dauer modifizieren. Es war also ein strukturelles Problem der KPD, das letztlich verantwortlich war für eine Politik, die für die Partei selbst verhängnisvoll wurde. Die Komintern hielt auch nach *Hitlers* Machtantritt zunächst an ihrer Generallinie fest. Der gleiche Komintern-Führer *Manuilski*, der 1929 die „tausende sozialdemokratischer Beamter" mit der Behauptung diffamierte, „das ist der faschistische Staatsapparat",[349] philosophierte nach der Errichtung des faschistischen Staatsapparates durch *Hitler* immer noch darüber, dies sei eine „Vertiefung" der revolutionären Krise, die „Weltrevolution" bleibe „nahes Ziel", wer die KPD „zerbrechen" wolle, werde „sich selbst die Zähne ausbrechen".[350] Solche Phrasen wurden zur selben Zeit ausgesprochen, während die KPD zerschlagen wurde.

Durch die verfehlte Analyse des Faschismus blieb die KPD in der „dritten Periode" 1929 bis 1933 auf ihren Hauptkonkurrenten in der Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie, als auf ihren „Hauptfeind" fixiert. Die Analyse wurde bestimmt durch das Interesse der sowjetischen Außenpolitik: die Westorientierung der SPD lief auf die von Moskau befürchtete deutsch-französische Annäherung hinaus (die antifranzösische Haltung der NSDAP ließ diese andererseits als möglichen „Bundesgenossen" erscheinen).

Für die Sowjetführung ergab sich aus dieser Situation die These vom Hauptfeind Sozialdemokratie. Auf dem XVI. Parteitag der KPdSU im Juli 1930 umriß *Molotow* die Linie der Komintern mit den Worten: „Unversöhnlicher Kampf an der ganzen Front gegen den Sozialfaschismus und in Verbindung damit Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus, das ist die entscheidende Linie der Kommunistischen Internationale."[351]

Die ideologische Sicht verstärkte diese Haltung. Die strategische Fehleinschätzung von der „aufsteigenden Welle" der Revolution bedeutete den vorrangigen Kampf der

348 Vgl. dazu vor allem die Schriften *Trotzkis*, a. a. O. (Anm. 106) und die Faschismus-Theorie *Thalheimers* und der KPO (Der Faschismus in Deutschland. Analysen der KPD-Opposition aus den Jahren 1928–1933. Frankfurt/M. 1973).

349 Protokoll 10. Plenum, a. a. O. (Anm. 28) S. 586.

350 D. S. Manuilski, Der Marxismus als Lehre von der proletarischen Diktatur. Referat des Genossen D. S. Manuilski, gehalten am 14. März 1933 im Großen Theater zu Moskau, in der der 50. Wiederkehr des Todestages von Karl Marx gewidmeten Versammlung. Moskau-Leningrad 1933, S. 31 f.

351 W. Molotow, Das Anwachsen der Weltkrise des Kapitalismus, der revolutionäre Aufschwung und die Aufgaben der Komintern. Tätigkeitsbericht der EKKI-Delegation der KPdSU an den 16. Parteitag der KPdSU, 5. Juli 1930. Hamburg-Berlin 1930, S. 56.

Kommunisten gegen die Sozialdemokraten, um durch „Einheitsfront von unten" die SPD zu zersetzen, deren Anhänger (und Mitglieder) für den Kommunismus und die erwartete Revolution zu gewinnen.

Aus dieser Haltung heraus entstanden die schlimmsten Fehler und Versäumnisse vor 1933. Fast in jeder taktischen Phase der Generallinie kam es zu einer Steigerung des Kampfes gegen den „Sozialfaschismus". Die Folge war meist eine Isolierung von den sozialdemokratischen Arbeitermassen, die man erobern wollte. Daraufhin änderte die KPD selbstkritisch die Taktik, um die „Einheitsfront von unten" wenigstens ansatzweise zu erreichen. Doch mehr oder weniger rasch fiel die Partei wieder in die verbale Bekämpfung der Sozialdemokratie zurück, wollte den „Hauptstoß" gegen die Sozialdemokratie forcieren.

Es gelang der KPD von 1929 bis 1932, Wähler der SPD zu erobern[352] und auch sozialdemokratische Arbeiter, vor allem Arbeitslose, als Mitglieder zu gewinnen (die allerdings durch die Fluktuation der Partei vielfach wieder verlorengingen.) Die Radikalisierung der Arbeiterschaft durch die katastrophale Wirtschaftsentwicklung brachte der KPD also nicht nur Zulauf von bisher unorganisierten Arbeitern, sondern in geringem Maße auch von der SPD. Doch an die sozialdemokratischen Massen kam die KPD mit ihrer Strategie und Taktik nicht heran, das eigentliche Ziel ihrer Generallinie wurde so nicht erreicht.

In der KPD wurde das Dilemma wohl hin und wieder erkannt; mit der gültigen Strategie des „Hauptstoßes" war nicht an die Sozialdemokraten heranzukommen und konnte schon gar nicht ein gemeinsamer Kampf gegen die NSDAP geführt werden.[353] Auf dem Höhepunkt der Antifaschistischen Aktion Anfang Juli 1932 sagte *Thälmann* in einer „Antwort auf 21 Fragen von SPD-Arbeitern", ob die KPD die Einheitsfront ehrlich meine: „Das *Hitler*sche Offiziers- und Prinzenpack hat erklärt, daß es die kommunistische Bewegung, das sind viele Millionen revolutionärer Männer und Frauen, ausrotten, hängen, köpfen und rädern will. Und angesichts dieser Tatsache, angesichts der drohenden Gefahr, daß aus Deutschland ein Land des Galgens und des Scheiterhaufens wird, sollten wir Kommunisten die antifaschistische, proletarische Einheitsfront nicht ehrlich meinen?"[354]

Hier ist eines der wenigen Beispiele, in denen die KPD in lichten Augenblicken deutlicher als viele andere die drohende Gefahr sah, die mit der *Hitler*bewegung heraufzog. Doch solche Ausnahmen bestätigen nur, daß die KPD generell die NSDAP ebenso unterschätzte wie deren Zielsetzung. So machte *Thälmann* im weiteren Verlauf seiner „Antworten" klar, was er unter „ehrlicher Einheitsfrontpolitik" verstand. Er sagte, mit den SPD-Führern, die „den Faschismus fördern, kann man

352 Die Zahl der KPD-Wähler bei Reichstagswahlen stieg von 3,2 Millionen 1928 auf knapp 6 Millionen im November 1932, die SPD-Wähler gingen in der gleichen Zeit von 9,1 Millionen auf 7,2 Millionen zurück. Vermutlich ging ein großer Teil der knapp 2 Millionen früherer SPD-Wähler zur KPD über.

353 Im August 1932 kritisierte *Thälmann* „einzelne Stimmungen" in der KPD, die „unsere strategische Orientierung des Hauptstoßes innerhalb der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie zu korrigieren" versuchten. Solche „Tendenzen des Nachgebens" gegenüber „den Betrugsmanövern" der Sozialdemokratie, der SAP, der Brandleristen und *Trotzkis* wies *Thälmann* als opportunistisch zurück. *Die Internationale* 15. Jg., Heft 7/8, August 1932, S. 313.

354 Ernst Thälmanns Antwort auf 21 Fragen von SPD-Arbeitern, in: Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze 1930–1933, Bd. II, Köln 1975, S. 168.

nicht über ‚Kampf gegen den Faschismus' verhandeln".[355] In diesem Zusammenhang zeigte *Thälmann* auch, daß er eben unter Faschismus nicht nur die NSDAP verstand: denn er warf der SPD vor, sie sehe im *Papen*-Kabinett ein kleineres Übel „gegenüber einem reinen Nazikabinett" – für *Thälmann* war es dies also nicht.

Auf diesen verworrenen Positionen (die natürlich auch Ausfluß der Diskriminierung der KPD in der Republik waren, wie aus *Thälmanns* Thesen hervorgeht) konnte keine klare Konzeption erwachsen. Die kommunistische Opposition fragte so sarkastisch: „Mit Recht fragen nun die Mitglieder [der KPD], wie sollen wir Einheitsfront mit Sozialfaschisten gegen Faschisten machen? Wie kann man viel von faschistischer Gefahr sprechen, wo wir doch schon eine faschistische Diktatur haben? Wo doch die SPD der Hauptfeind bleibt?"[356]

In der Tat führten die Thesen über den Sozialfaschismus vor allem zur Verwirrung der eigenen Anhänger und Mitglieder, die ohnehin der SPD feindlich gegenüberstanden und nun noch schärfer von den sozialdemokratischen Arbeitern getrennt wurden, jenen Arbeitern, die die Partei doch eigentlich erobern wollte.[357]

Das wird auch sichtbar am fünften Schwerpunkt der KPD-Strategie und -Taktik, der Gewerkschaftsfrage. Die KPD hatte auch vor 1929 ein ambivalentes Verhältnis zu den Freien Gewerkschaften, ihre Gewerkschaftspolitik schwankte immer zwischen Spaltungsversuchen und Mitarbeit.[358] Mit der RGO-Politik traten die Gründe dieser widersprüchlichen Haltung klar zutage. Die ideologische Konzeption der KPD wurde bestimmt von der leninistischen These, die kommunistische Partei sei die Avantgarde der Arbeiterklasse. Dieser Anspruch wurde nach 1929 noch verschärft durch die These, die KPD sei die „einzige Arbeiterpartei".[359]

Gegenüber den Gewerkschaften als „Massenorganisationen" wurde daraus ein Führungsanspruch abgeleitet, diese sollten „Transmissionsriemen" der Parteipolitik zu den Massen sein. Das Verhältnis der Kommunisten zu den anderen Teilen der Arbeiterbewegung, also auch zu den Gewerkschaften, war bestimmt von diesem Monopol- und ideologischen Absolutheitsanspruch.[360] Sie behaupteten, durch ihre „wissenschaftliche Weltanschauung" im Besitze der Wahrheit zu sein und daher allein die „historischen Interessen" der Arbeiter vertreten zu können. Die Freien Gewerkschaften als die größte und wichtigste Massenorganisation der Arbeiter-

355 Ebd. S. 175.

356 *Permanente Revolution.* Zeitschrift der linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten), 2. Jg., Nr. 10, Mitte Mai 1932, S. 1.

357 Vgl. auch die Hinweise *Rosenbergs*, wie sich die Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten auf die Formel „Demokratie gegen Diktatur" verengte. Arthur Rosenberg, Demokratie und Sozialismus. Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre. Frankfurt/M. 1962, S. 291.

358 Vgl. zur KPD-Gewerkschaftspolitik neben der Arbeit von Wieszt: Freya Eisner, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik. Köln-Frankfurt/M. 1977 (leider ohne Eingehen auf die Literatur zum Thema) sowie diese Politik rechtfertigend: Steffen Lehndorff, Wie kam es zur RGO? Frankfurt/M. 1975.

359 Thälmann, a. a. O. (Anm. 354) S. 184: „Folgend aus allen diesen Tatsachen erklären wir eindeutig, daß es nur eine Arbeiterpartei gibt, nämlich die Kommunistische Partei."

360 Daran hat sich bis heute nichts geändert. Vgl. Hermann Weber, Kommunisten und Gewerkschaften in Deutschland. Zu einigen historischen Aspekten kommunistischer Gewerkschaftspolitik, Gewerkschaftliche Monatshefte 30. Jg., Heft 8, August 1979, S. 509 ff.

schaft[361] wurde so zum Exerzierfeld der Kommunisten, die versuchten, die Gewerkschaftsfunktionäre und -mitglieder für ihre eigenen Ziele zu gewinnen. Da dies nicht gelang, scheuten sie selbst vor der Spaltung nicht zurück. Dies war der ideologische Hintergrund, auf dem unter dem Druck der Komintern die RGO als kommunistische Sondergewerkschaft gebildet wurde. Mit der These, die RGO müsse vor allem die Unorganisierten als revolutionäre Kraft gewinnen, entfernte sich die KPD freilich sogar von ihrer früheren leninistischen Linie.

In der Praxis blieben RGO und kommunistische Industrieverbände zwar Splittergruppen, die gerade den Mitgliederstand der KPD erreichten,[362] aber die RGO-Politik bedeutete eine weitere Schwächung der Gewerkschaften. Das hatte verhängnisvolle Auswirkungen, wurde doch die Arbeiterbewegung durch ihre weitere Zersplitterung im Abwehrkampf gegen *Hitler* behindert.

Die Gewerkschaftspolitik der KPD von 1929 bis 1933 läßt aber erkennen, wie das strategische Ziel, die Mehrheit der Arbeiterschaft zu gewinnen, zu durchaus gegensätzlicher Taktik führen konnte. Sowohl die Gewerkschaftsspaltung, die Ende 1930 und 1931 mit Aufrufen zur „Zerstörung" der Freien Gewerkschaften betrieben wurde,[363] als auch die taktischen Versuche, verstärkt innerhalb der Freien Gewerkschaften zu arbeiten, waren mit der Generallinie vereinbar.

Die Grundkonzeption der kommunistischen Gewerkschaftspolitik blieb dabei unverändert. Für die KPD blieb beispielsweise auch 1932 Axiom, daß die „Einheitsfrontpolitik von unten" sowohl gegen *Hitler* wie gegen den Gewerkschaftsführer *Leipart* gerichtet sein müsse. Die Gewerkschaftsführer waren für die KPD ebenfalls nur „ein Flügel des Faschismus, des Faschismus, der ja nichts anderes ist als die jetzige Form der kapitalistischen Diktatur".[364] Insofern blieben die Gewerkschaften für die KPD eine gegnerische Organisation, deren Mitgliedschaft man freilich für die eigene, revolutionäre Politik zu gewinnen suchte.

---

361 Der ADGB hatte auch auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise noch immer mehr als 4 Millionen Mitglieder.

362 Außerdem stagnierte die RGO: „In Deutschland, wo die Kommunistische Partei ihre Mitgliederzahl seit dem XI. Plenum (April 1931) verdoppelt hat, blieb die Mitgliederzahl der RGO und der Roten Verbände so gut wie konstant." *Die Rote Gewerkschafts-Internationale*. Organ des Vollzugsbüros der RGI, Nr. 17/18, Dezember 1932, S. 1004.

363 Vgl. oben, Anm. 181. Immerhin verwies die Partei noch im August 1932 auf einen ZK-Beschluß: „Jedes Mitglied der KPD hat in der RGO zu sein und dort zu arbeiten." *Lenins Weg*. Informations- und Diskussionsblatt der Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei im Bezirk Niedersachsen, hrsg. von der BL August 1932 (Records 360, 870 794 ff.). Und noch auf dem Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg im November 1932 forderte *Thälmann*, die RGO müßte „zu einer Millionenbewegung gemacht werden". *RF* Nr. 212 vom 24. November 1932.

364 Vgl. Anm. 209 und 210. Das Zitat *Dahlems* lautet: „Die Reformisten, die den elementaren Drang der Massen nach einer Einheitsfront des Kampfes durch demagogische ‚linke' Manöver, durch radikales Geschwätz, durch den Schwindel einer ‚eisernen Front' auf ein falsches Geleise schieben möchten, heucheln von der Herstellung einer ‚Einheitsfront gegen den Faschismus'. Sie sind ja selbst ein Flügel des Faschismus, der nichts anderes ist, als die jetzige Herrschaftsform der kapitalistischen Diktatur. Die RGO-Anhänger müssen überall die Initiative zur Herstellung der wirklichen revolutionären Einheitsfront von unten haben, aber einer Einheitsfront, die gegen die *Brüning, Severing, Leipart, Hitler* und ihresgleichen gerichtet sein muß." *Betrieb und Gewerkschaft* 4. Jg., Heft 1, Januar 1932, S. 4.

Die Generallinie – Konzeption oder Reaktion auf die Politik

Ob die KPD freilich eine revolutionäre Politik betrieb, ist umstritten. Die SPD bezweifelte den revolutionären Charakter der KPD in jener Phase,[365] sie warf den Kommunisten vor, nur der „Weltreaktion" den Weg zu bereiten.[366]

Auch *Arthur Rosenberg* war dieser Meinung. Er sah jedoch in beiden Großorganisationen der Arbeiterbewegung Hemmnisse, die einer Einheitsfront im Wege standen: „Aber eine solche kämpfende Einheitsfront des Proletariats kam nicht zustande, weil die KPD-Führung gar nicht die Revolution wollte, sondern nur die bequeme Propaganda gegen die SPD – und weil die rechtssozialistische Führung an den Kräften des Proletariats verzweifelte und wiederum das ‚kleinere Übel' suchte. Die linken Sozialisten jedoch waren wie 1923 eingeklemmt zwischen der eigenen Parteimehrheit und der offiziellen KPD und deshalb aktionsunfähig."[367]

Rosenberg machte diese Aussage für das Jahr 1930, sie blieb aber für die ganze Phase 1929 bis 1933 gültig. Im Bild der Öffentlichkeit und im Selbstverständnis der jeweiligen Partei war die SPD die reformistische und die KPD die revolutionäre marxistische Partei. Da die beiden großen Parteien dogmatisch an Schablonen und an ihrer jeweiligen Politik festhielten, konnten sie zu keiner gemeinsamen Aktion gelangen. Die weit einsichtigeren Vorstellungen der Splittergruppen, die sich von beiden Parteien abgespalten hatten (KPO, SAP, Trotzkisten, Leninbund, ISK usw.) blieben wirkungslos, sie waren den Großorganisationen hoffnungslos unterlegen. Es kam zu keinem Lernprozeß der beiden Parteien, bis sie 1933 zerschlagen wurden.

Es wäre nun allerdings völlig verfehlt, die Haltung der KPD nur als Reaktion auf die Politik der SPD zu sehen (im umgekehrten Falle trifft dies schon eher zu). Gerade ein Blick auf die Generallinie und die taktischen Varianten hat ja gezeigt, daß diese nur in Ausnahmefällen von der deutschen Situation bestimmt wurden. Sie waren hauptsächlich von der Komintern beeinflußt. Die Konstanten der Strategie wurden von der Komintern und der UdSSR festgelegt – unabhängig von der Haltung der Sozialdemokratie und den Veränderungen im deutschen Parteiensystem.

In der neueren Literatur wird aber nicht selten der Eindruck erweckt, daß die ultralinke Politik von der Sozialdemokratie provoziert worden sei.

Die Legenden der DDR-Literatur sind bekannt. Für sie führte nur die KPD den „antifaschistischen" Kampf. Schuld an der Niederlage der Arbeiterbewegung war die SPD-Führung. Typisch für solche verzerrten Darstellungen ist etwa die Aussage eines renommierten DDR-Historikers in einer Rezension der SED-offiziellen *Thälmann*-Biographie: „Die KPD und vor allem ihr Vorsitzender warnten frühzeitig vor der faschistischen Gefahr, traten energisch für wirksame und einheitliche Aktionen der Arbeiter und der anderen Werktätigen gegen die Faschisierung ein. Und wenn es trotz aller Bemühungen der KPD nicht gelang, die Errichtung der faschistischen Diktatur zu verhindern, dann lag die Ursache dafür, wie in dem Buch [der

365 „Die KPD ist keine revolutionäre Partei". SPD oder KPD. Die Wege zur Einheitsfront. Hrsg. SPD. O. O. u. J. (1932).

366 „Die Kommunisten glauben, mit der ihnen von Moskau vorgeschriebenen Taktik die Weltrevolution vorzubereiten, sie ebnen aber nur der Weltreaktion den Weg." P. Garwy, Sowjetdeutschland? Hrsg. SPD. Berlin o. J., S. 30.

367 Rosenberg, a. a. O. (Anm. 327) S. 478.

Thälmann-Biographie] anhand der historischen Fakten konkret nachgewiesen wird, in der antikommunistischen Verblendung der rechten Führer der SPD, die die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse verhinderten."[368]

Die Dokumente und die Rundschreiben widerlegen solche Behauptungen als historische Fälschung.

Der Kunstgriff besteht vor allem darin, die Begriffe „Faschismus", „Faschisierung" oder Einheitsfront ganz anders zu verwenden, als dies die KPD vor 1933 tat. Doch gerade damit gerät die DDR-Historiographie in eine schwierige Situation, sie muß bei der Beschreibung der KPD-Geschichte ständig zwischen verfälschender „Parteilichkeit" und faktentreuem „Historismus" schwanken.[369] Zu einer realistischen Einschätzung der KPD-Politik ist sie nicht imstande.

Es gibt jedoch auch eine Literatur in der Bundesrepublik (sieht man von der einfachen Übernahme der DDR-Positionen durch einzelne Historiker ab), die irreführende Vorstellungen über den Hintergrund der ultralinken Generallinie verbreitet.

Typisch scheint mir die Aussage, die These vom „Sozialfaschismus", vom Hauptstoß gegen die SPD oder der Gleichsetzung von Demokratie und Faschismus, diese „Fehleinschätzungen" dürften „nicht allein der KPD angelastet" werden:

„Zum Verständnis der Wirksamkeit der ‚Sozialfaschismus'-These ist es unerläßlich, sie auch auf die Politik der SPD-Oligarchie zu beziehen. Auswirkungen der ‚Sozialfaschismus'-These – wie insbesondere die Beteiligung der KPD (neben der sogenannten ‚Nationalen Opposition', die sich vor allem aus NSDAP, Stahlhelm und DNVP zusammensetzt) 1931 am Volksentscheid gegen die preußische Koalitionsregierung von SPD, DDP und Zentrum unter Führung des Sozialdemokraten *Otto Braun* – werden nur dann voll verständlich, wenn sie als Reaktion auf sozialdemokratische Politik seit dem 1. Mai 1929, dem Berliner ‚Blutmai', begriffen werden."[370]

Ganz offensichtlich werden hier zwei Dinge vermischt, nämlich einmal die Frage nach den Ursachen und Bedingungen für die Generallinie und zum anderen die

368 Günter Hortzschansky, Ernst Thälmann – unser Vorbild, in: Neuer Weg. Organ des ZK der SED, 35. Jg., Nr. 2, 1980, S. 72.

369 Vgl. dazu Hermann Weber, Parteigeschichte als parteiliche Geschichte, Deutschland Archiv, Köln, 11. Jg., Nr. 12, Dezember 1978, S. 1291 ff.

370 Eike Hennig, Nachbemerkungen zu einem Aspekt des kommunistischen Tageskampfes gegen die Sozialdemokratie, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 6, Frankfurt/M. 1976, S. 292. *Hennig* wendet sich mit seinen Thesen zu Unrecht gegen die im gleichen Band veröffentlichte Arbeit von *Karl-Egon Lönne* über *Die Rote Fahne*.
Hennig schreibt weiter: „Sicherlich, ‚die' Fehler ‚der' sozialdemokratischen Politik in Preußen und im Reich werden unter dem Stichwort ‚Sozialfaschismus' bzw. aus der Perspektive, Faschismus und SPD seien ‚Zwillingsbrüder' (Stalin, 1924 – Werke, Bd. 6, Stuttgart 1952, S. 253), falsch verarbeitet; aber ohne Hinweis auf die ‚Schande der SPD' (E. *Weinert*) können diese Fehler nicht erklärt werden. Eine isolierte Kritik nur der KPD wird der Situation nicht gerecht; vielmehr muß die Kritik der KPD die Totalität politischen Verhaltens und Meinens im Spektrum der gesamten Arbeiterbewegung und aller politischen, sozialen und ökonomischen Prozesse gegen Ende der Weimarer Republik berücksichtigen.
Für die Endphase der Weimarer Republik kann die kommunistische Sozialdemokratie-Kritik ohne die von der SPD massenhaft vertretene totalitarismustheoretische Identifizierung von ‚Rot' und ‚Braun' nicht entwickelt werden (so wie ohne diese, auch vom Zentrum vertretene, Position die herrschende Meinung der bundesrepublikanischen Zeitgeschichte unverständlich bleibt.)"

Gründe für die Durchsetzung dieser Konzeption in der KPD.[371] In der Tat ist die „Wirksamkeit" der Sozialfaschismusthese auf Funktionäre, Mitglieder und auch Wähler der Partei – also die Bereitschaft der KPD-Anhänger, die Linie der Führung zu akzeptieren – nicht ohne die traditionelle Feindschaft zwischen SPD und KPD seit 1919 oder auch nicht ohne solche Ereignisse wie den 1. Mai 1929 zu verstehen.[372]

Doch die Ausarbeitung der Generallinie und das Festhalten an den entscheidenden Konstanten der Strategie 1929 bis 1933 (Verteidigung des Vorbildes Sowjetunion, Gleichsetzung von Demokratie und Faschismus, Bezeichnung aller Nichtkommunisten als Faschisten und dadurch Unterschätzung der NSDAP, Sozialfaschismusthese und Gewerkschaftsspaltung) erfolgte durch die Komintern, und für sie war die Haltung der SPD nur von peripherer Bedeutung. Die von der Komintern entwickelte und durchgesetzte Generallinie orientierte sich vor allem an den vermeintlichen Interessen der Sowjetunion und dem vermuteten neuen revolutionären Aufschwung. Die deutsche Situation war wohl Exerzierfeld für diese Strategie, aber nicht Ausgangspunkt ihrer Entstehung. Auch eine völlig andere Haltung der SPD etwa zur Einheitsfront[373] hätte daher an der Generallinie nichts geändert.

Lediglich die taktischen Änderungen (oder genauer: einige taktische Änderungen) können auf die deutsche Umwelt und die Haltung der SPD zurückgeführt werden. Das Beispiel der Antifaschistischen Aktion vom Sommer 1932 macht allerdings deutlich, welche engen Grenzen diesen Veränderungen gesetzt waren: die strategischen Grundlagen konnte die KPD nicht antasten.[374] Unter diesen Umständen zu behaupten, die Teilnahme der KPD am Volksentscheid der Rechten 1931 sei als Reaktion auf die Politik der SPD zu verstehen, stellt die Fakten auf den Kopf. Gerade die Beteiligung der KPD am Volksentscheid zeigt, wie wenig die KPD dann auf die deutschen Verhältnisse Rücksicht nehmen konnte, als die Komintern – die ja die

371 Eike *Hennig* vertritt die These von der „Ambivalenz kommunistischer Politik" auch an anderen Stellen; vgl. seine Einleitung zu Huber-Koller, a. a. O. (Anm. 5) S. 90 f. Diese Sicht findet sich selbstverständlich auch bei anderen Autoren; so etwa in abgewandelter Form bei Volker Wünderich, Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung. KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik. Mit dem Beispiel Solingen. Wuppertal 1980, S. 57f. Ähnlich in der undifferenzierten Darstellung bei Detlef Peukert, Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Frankfurt/M. 1976, S. 16f. *Peukert* hat allerdings in seiner neuesten, ausgezeichneten Arbeit: Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945. Wuppertal 1980, die Generallinie der KPD und das Verhältnis zur SPD faktenreich und differenziert dargestellt.

372 DDR-Historiker versuchen allerdings neuerlich, die Ursache und Wirkung umzudrehen. Während z. B. in der sowjetischen Darstellung: Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriß. (Berlin-Ost 1970, S. 377) nur von einer „gewissen Berechtigung", die „rechten Sozialdemokraten" des „Sozialfaschismus zu beschuldigen", gesprochen wurde, heißt es bei Horst Schuhmacher, Die Kommunistische Internationale, Berlin 1979: „Festzuhalten gilt es jedoch, daß diese These ihre Ursache [!] vor allem in der antisowjetischen Politik rechter sozialdemokratischer Führer hatte." (S. 101). Die gleiche These („nicht die Ursache, sondern die Reaktion auf die sozialdemokratische Politik seit dem August 1914 und seit der Novemberrevolution 1918") vertritt neuerdings: Joseph Schleifstein, Die „Sozialfaschismus"-These. Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund. Frankfurt/M. 1980, S. 88 f. Der DKP-Ideologe kann freilich nicht erklären, warum die These dann nicht schon ab 1919 von der KPD verwendet wurde, sondern erst ab 1929.

373 Vgl. dazu Reiner Tosstorff, „Einheitsfront" und/oder „Nichtangriffspakt" mit der KPD, in: Wolfgang Luthardt (Hrsg.), Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927–1933, 2. Bd. Frankfurt/M. 1978, S. 206 ff.

374 Insofern sind die Angaben bei Tosstorff, ebd. S. 210, etwas zu relativieren.

Wende der KPD in dieser Frage erzwang – auf der von ihr konzipierten Strategie beharrte.

Der Stellenwert der Strategie, die von der Komintern entwickelt wurde, ist eben entschieden höher anzusetzen als der Stellenwert der Taktik, die auch als Antwort etwa auf die Politik der SPD erklärt werden kann. Die Generallinie ist insofern nicht als Reaktion der KPD auf die deutsche Situation zu verstehen, sondern als Konzeption der Kominternpolitik. Die Erfolge der KPD (vor allem bei Wahlen) sind wohl nicht allein auf die wirtschaftliche und politische Krise vor 1933 zurückzuführen, sondern – ebenso wie etwa die praktische Politik der Auseinandersetzung mit der NSDAP vor Ort – Reaktion auf das Verhalten von Staat, Parteien und auch der SPD. Doch das sollte weder mit der Konzeption der Generallinie noch mit der Motivation für die Strategie verwechselt werden. Aus dieser Sicht ergibt sich nicht nur ein völlig anderes Bild für die Begründung der KPD-Generallinie, als es die SED-Legende zu suggerieren versucht,[375] sondern auch als es die oben erwähnte These malt, die der SPD eine „Mitverantwortung" für die KPD-Strategie anlastet.[376]

Die Rundschreiben der KPD-Führung an ihre Bezirke, also der authentische Nachweis der damaligen Generallinie, belegen die hier skizzierten Ansichten.

II. Innerparteiliche Auseinandersetzungen

Die Generallinie konnte in der KPD keineswegs immer reibungslos durchgesetzt werden. Die Partei besaß eine Traditionslinie innerparteilicher Demokratie, die trotz der Stalinisierung nachwirkte. Die Führung hatte (anders als die Staatspartei KPdSU)[377] außer relativ geringen materiellen Mitteln kaum eine Handhabe der Repression gegenüber dem Apparat und besonders den ehrenamtlichen Funktionären und den Mitgliedern, sie mußte diese also vor allem ideologisch überzeugen. Schon von daher konnte die Führung oppositionelle Stimmungen nicht so einfach ausschalten und es bestand die Gefahr, daß diese in organisatorische Formen umschlugen.

Freilich hatte die KPD durch den Prozeß der Stalinisierung erreicht, daß innere Auseinandersetzungen nun nicht mehr zu ihren Wesenszügen gehörten. Durch

375 Die SED-Geschichtsschreibung versucht, die taktische Wende von 1932 (Antifaschistische Aktion) in eine Generallinie der „Einheitsfront" umzudeuten. Um das zu belegen, wurden zunächst nur bruchstückhafte Veröffentlichungen beispielsweise aus dem Rundschreiben Nr. 11 vom 4. Juni 1932 publiziert (vgl. BzG, 5. Jg., Heft 5/6, 1963, S. 875). In dem Band Antifaschistische Aktion (1965) wurde dann das Rundschreiben abgedruckt, aber der entscheidende Teil V (vgl. unten, Dok. 65) weggelassen (Antifaschistische Aktion, S. 65 ff.). Vor allem wird verschleiert, daß die Taktik vom April-Mai zunächst im Juli abgeschwächt und schließlich im Oktober 1932 wieder durch eine verschärfte, gegen die SPD gerichtete Taktik abgelöst wurde.

376 Es ist keine Rechtfertigung des damaligen politischen Verhaltens der SPD, wenn klargestellt wird, daß die KPD-Generallinie in ihren Grundzügen von dieser Politik unberührt blieb, auch die Gleichsetzung von „Kozis" und „Nazis" durch die SPD ändert daran nichts. Wie wenig die Beurteilung der KPD durch die SPD auf deren Haltung zurückwirkte, zeigt die These der KPD, gerade die „linken Sozialdemokraten" (die ja für die Einheitsfront eintraten) seien „sozialfaschistischer" Hauptfeind.

377 Vgl. zu der Herausarbeitung des stalinistischen Instrumentariums in der UdSSR: Michal Reiman, Die Geburt des Stalinismus. Frankfurt/M. 1979.

verschiedene Mechanismen und Faktoren war die KPD bis 1929 aus einer Partei mit einem hohen Maß innerer Demokratie zu einer straff zentralisierten und hierarchisch aufgebauten disziplinierten Organisation umgeformt worden.[378] Die Zeiten waren vorbei, in denen etwa im September 1926 700 Parteifunktionäre einen – auch noch gegen *Stalin* gerichteten – oppositionellen „Brief" unterschreiben konnten, oder in denen 10 verschiedene fraktionelle Gruppen in der KPD gezählt wurden. Nachdem die Führung 1926/27 die Linken und die Ultralinken und 1928/29 die „Rechten" aus der Partei entfernt hatte und die „Versöhnler" kapitulierten, gab es in der KPD keine oppositionellen Gruppen mehr.[379] Die Mitte der zwanziger Jahre entwickelten Mechanismen, vor allem der „ideologische Terror", wurden nun angewandt, um jede oppositionelle Strömung zu eliminieren.

Der „ideologische Terror" (den Begriff prägten 1926 *Karl Korsch* und *Amadeo Bordiga*)[380] lag in der Behauptung der Parteispitze, jede Opposition gegen die Führung sei „parteifeindlich", „gegenrevolutionär" und „sowjetfeindlich". Jede Opposition, jede Schwächung der Organisation durch innerparteiliche Kämpfe galt als indirekte Hilfe für den Imperialismus bei seiner angeblich geplanten Aggression gegen die Sowjetunion. Die Forderung, die KPD müsse eine monolithische Organisation sein, beruhte vor allem auf *Stalins* Postulat, es gebe „angesichts der Kriegsgefahr" nur „zwei Positionen: die Position des bedingungslosen Schutzes der UdSSR und die Position des Kampfes gegen die UdSSR [. . .] Eine dritte Position gibt es nicht und kann es nicht geben."[381] Mit der These, es gebe keine „dritte Position", blieb für Kommunisten nur die Unterordnung unter die Parteiführung, oder sie mußten mit ihrer Verketzerung als „Antikommunisten" oder Helfershelfer des Krieges gegen die UdSSR rechnen. Entweder hundertprozentige Anpassung an die Parteilinie oder Ausschluß aus der Partei war die Alternative. Damit war bereits während der Stalinisierung der KPD der Opposition der ideologische Boden innerhalb der rußlandgläubigen KPD-Mitgliedschaft weitgehend entzogen worden. Auch von 1929 bis 1933 blieb dieser „ideologische Terror" ein Mechanismus, der neben der materiellen und personellen Abhängigkeit der KPD von der Komintern die Opposition ausschalten und die deutsche Partei der KPdSU unterordnen sollte.

Allerdings zeigte sich bis 1933, daß die KPD keineswegs jene „monolithische" Organisation war, die der Stalinisierungsprozeß schaffen sollte: es gab in der Partei noch immer Auseinandersetzungen. Im Gegensatz zur Zeit vor 1930 handelte es sich jedoch nicht mehr um politische Richtungskämpfe verschiedener Gruppen und Fraktionen, die offen ausgetragen wurden, sondern um Querelen in der Führungsspitze oder um kleinere Absplitterungen von der Partei. Immerhin behinderten sie die Führung bei der Durchsetzung der Generallinie und waren so für diese von Bedeutung.

Dabei sind Auseinandersetzungen innerhalb der Führung (wie die Krisen um *Paul Merker* und vor allem um *Heinz Neumann*) zu unterscheiden von Nachklängen

378 Auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden. Vgl. Weber I.

379 Ebd. S. 120 ff.

380 *Kommunistische Politik*. Diskussionsblatt der Linken, 1. Jg., Nr. 4 und Nr. 5, Mai 1926.

381 *Stalin* sagte dies im August 1927 im Zusammenhang mit seiner neuen Definition des Kommunisten, danach konnte nur derjenige Kommunist sein, der bedingungslos die Verteidigung der UdSSR bejahte. J. W. Stalin, Werke, Bd. 10. Berlin (Ost) 1953, S. 45 ff.

ehemaliger Gruppen-Opposition (Opposition der 60) und „Abweichungen" mittlerer und unterer Kader, die am häufigsten registriert wurden. Doch zu allen diesen Auseinandersetzungen kam es bei der Umsetzung der Generallinie in Taktik und vor allem bei taktischen Wendungen. Dabei zeigten sich 1930 noch die alten Formen der Opposition, nämlich der Versuch, Gruppen zu organisieren.

Typisch dafür ist die Opposition von *Paul Merker*[382] und seiner (wenigen) Anhänger. *Merker* war Mitglied des Polbüros und des Sekretariats, Leiter der Gewerkschaftsabteilung und faktisch Begründer und Führer der RGO. Er vertrat die ultralinke Taktik bis März 1930 besonders lautstark, doch er bewegte sich durchaus im Rahmen dieser Taktik, die ja von der gesamten Führung getragen wurde.[383]

Als die Führung jedoch in Übereinstimmung mit der Komintern im April 1930 eine taktische Wendung durchführte und im Rahmen der „Einheitsfront von unten" die verbale Bekämpfung der sozialdemokratischen Mitglieder und Anhänger als ultralinke Abweichung verurteilte, wandte sich *Merker* gegen diese Änderung der Politik. In einem Telegramm an das EKKI beschuldigte *Merker* die KPD-Führung, sie verhülle „die sozialfaschistische Rolle der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie" und schaffe alle Voraussetzungen für eine „Einheitsfronttaktik zwischen dem ZK der Partei und dem Parteivorstand der SPD".[384] Das Polbüro wies diese Behauptungen sofort als „parteifeindliche Verleumdung" zurück, in der Tat hatte die KPD eine so weitgehende Veränderung der Generallinie ja auch gar nicht vor. *Merker* versuchte, eine Fraktion gegen die Polbüromehrheit zu schaffen. Er fand jedoch nur vorübergehend im Bezirk Ostpreußen und im Unterbezirk Zentrum in Berlin eine Mehrheit. Dort hielt der Polleiter *Werner Peuke* die oppositionelle Gruppe um *Merker* auch zusammen, als dieser im Mai 1930 offiziell „kapituliert" hatte.[385] *Merker* wurde nunmehr vom Polbüro aus dem Sekretariat abberufen und mußte am 2. Mai 1930 die Leitung der Gewerkschaftsabteilung an *Fritz Emrich* abtreten. Die Abteilung wurde „reorganisiert", Anhänger *Merkers* wie *Paul Bertz*[386] verloren ihre wichtigen Positionen. Das Politsekretariat des EKKI billigte die Maßnahmen gegen die Gruppe um *Merker*.[387] Die Opposition *Merkers* konnte also von der Führung relativ leicht überwunden werden, er mußte nun als Sündenbock für die ultralinken Überspitzungen herhalten. In der Praxis zeigte sich freilich, daß die gesamte Parteiführung immer wieder in die verfemte Taktik zurückfiel.[388]

Fast gleichzeitig mit der Auseinandersetzung in der Spitzenführung trat in Berlin

382 Zu Paul *Merker* (1894–1969) vgl. Weber II S. 219 f.

383 Zu den Einzelheiten der *Merker*-Affäre vgl. Wieszt S. 233 ff.

384 *RF* Nr. 82 vom 6. April 1930.

385 Zu Werner *Peuke* (1905–1949) vgl. Weber II S. 244.

386 Zu Paul *Bertz* (1886–1950) und zu Fritz *Emrich* (1894–1947) vgl. Weber II S. 73 f. und 107 f.

387 Vgl. Thälmann-Biographie, a. a. O. (Anm. 121) S. 461.

388 Einzelheiten bei Wieszt, S. 281 ff. Typisch war es, daß Walter *Stoecker* am 4. Dezember 1930 über die SPD ganz im Sinne der *Merker* unterstellten Thesen im Reichstag sagte, die SPD sei „Mitträger", nicht nur „Vorbereiter der faschistischen Diktatur". Verhandlungen des Reichstages, V. Wahlperiode, Bd. 444, S. 233.
Vgl. auch Hedwig Glasneck, Die Kommunistische Partei Deutschlands im Reichstag – ein Beitrag zur Strategie und Taktik der KPD an der Schwelle der Weltwirtschaftskrise. Phil. Diss. Halle-Wittenberg 1978, S. 227 f., die darauf verweist, daß Ende 1930 der „Sozialfaschismus als Fraktion des Gesamtfaschismus" bezeichnet wurde.

eine Oppositionsgruppe mittlerer Funktionäre auf, die die gesamte ultralinke Generallinie verwarf. Sechzig Parteifunktionäre, die vorher zumeist keiner Oppositionsgruppe angehört hatten, protestierten unter Führung des preußischen Landtagsabgeordneten *Erich Raddatz*[389] gegen die Spaltungspolitik der KPD-Führung. Die „Opposition der 60" verbreitete sogar ein eigenes Mitteilungsblatt. Die Funktionäre wurden aus der KPD ausgeschlossen, hatten aber im Sommer 1930 noch Anhänger in Berliner Betrieben und traten gegen den RGO-Kurs auf. Die unabhängigen Kommunisten waren vorwiegend Praktiker, die sich gegen „theoretische Haarspaltereien" der Führung wandten. Die meisten traten noch 1930 zur SPD über.[390]

Mit der „Opposition der 60" endete jede Form organisatorischer Zusammenfassung oppositioneller Gruppen in der KPD. Zwar existierten in Berlin und Hamburg noch Überreste der Versöhnlergruppe, doch diese konnten nur illegal in der KPD wirken.[391] Oppositionelles Auftreten war in der KPD nicht mehr möglich. Die Parteistruktur war erstarrt, Abweichungen wurden durch Einzelausschlüsse oder -austritte oder zumindest Maßregelung der Funktionäre geahndet. Unter der Herrschaft des Apparates gab es keine politischen Grundsatzdiskussionen mehr, dadurch war auch keine Fraktionsbildung möglich, sondern höchstens eine „stille Sammlung von Kräften, Gespräche zwischen den Abweichlern".[392]

Die „Abweichungen" hatten jedoch einen unterschiedlichen politischen Stellenwert und waren recht verschiedener Art. Unter diesen Begriff fielen sowohl Stimmungen und Handlungen an der Basis, die nicht der Generallinie entsprachen, als auch praktische oder theoretische Aussagen von Funktionären, die von den Vorstellungen der Führung abwichen, und schließlich auch Auseinandersetzungen innerhalb der Führung selbst, bei der die unterlegenen Führer als Abweichler gebrandmarkt wurden.

Typisch für eine von der Führung ab November 1931 bekämpfte Abweichung an der Basis war die in der KPD verbreitete Tendenz zum „individuellen Terror". Damit waren Überfälle von Kommunisten auf politische Gegner (der NSDAP, aber auch der Polizei und selbst der SPD)[393] gemeint, die bis zum politischen Mord reichten und in einem Beschluß des ZK ausdrücklich verurteilt wurden. Diesen Beschluß mußte die KPD öfter in Erinnerung rufen,[394] um Ausschreitungen zu vermeiden und die

389 Zu Erich *Raddatz* (1886–1964) vgl. Weber II S. 251.

390 Vgl. *Mitteilungsblatt der Gruppe Unabhängiger Kommunisten Deutschlands* (60 Ausgeschlossene) Nr. 3, Juni 1930, StA Oldenburg, 86 – 13a, Bd. 2.

391 Die Berliner „Versöhnler"-Gruppe um Karl *Volk*, Max *Frenzel* und Georg *Krausz* bildete die „Berliner Opposition", die unter *Volk* und *Krausz* bis 1938 in der Emigration die Zeitschrift *Funke* herausgab. Vgl. Weber I S. 237 sowie die Biographien in Weber II S. 125, 195 und 332 f.

392 Margarete Buber-Neumann, Von Potsdam nach Moskau, Stuttgart 1957, S. 288.

393 Vgl. die schon erwähnten Morde am sozialdemokratischen Arbeiter Max *Warkus* oder dem sozialdemokratischen Schupobeamten *Kuhfeldt*, *Vorwärts* Nr. 301–304 vom 1. und 2. Juli 1931 und Nr. 385 vom 19. August 1931. Vgl. auch Anm. 175 und 176.

394 Der Beschluß vom 10. November 1931 ist abgedruckt in *RF* Nr. 206 vom 13. November 1931 und wieder abgedruckt in GdA S. 558 f. Auf der Tagung des ZK im Februar 1932 sagte *Thälmann*, daß es trotz des Beschlusses gegen den individuellen Terror noch immer „entgegengesetzte Stimmungen" in der Partei gebe, die bekämpft werden müßten. Thälmann, Der revolutionäre Ausweg, a. a. O. (Anm. 329) S. 76 f.

Auseinandersetzungen auf den politischen Kampf zu beschränken.[395]

Noch stärker mußte sich die KPD-Führung bis 1933 ständig mit „rechten" oder „linkssektiererischen" Abweichungen beschäftigen, wobei allerdings meist nicht konkret die „Abweichler" benannt wurden, sondern Stimmungen die Gefahr signalisierten. Typisch sind Ausführungen *Thälmanns* vor dem ZK im Mai 1931: „Die Hauptgefahr ist heute der rechte Opportunismus, der Opportunismus in der Praxis, die Passivität, das Zurückbleiben hinter den objektiven Bedingungen: Erscheinungen, die die Keime des Opportunismus in sich tragen. Wir haben heute keine Gruppierungen und Fraktionen mehr in der Partei. Wir haben keine ausgereiften politischen Abweichungen oder falschen Auffassungen, wir haben auch keine Gruppe von Genossen, die der politischen Linie der Partei eine andere politische Linie gegenüberzustellen versucht. Aber wir haben einen rechten Opportunismus, der sich vielfach in versteckter oder verschleierter Form in unserer Politik und Massenarbeit noch verbirgt und hier und da offener in Erscheinung tritt. Wir haben auch linkssektiererische Auffassungen [...]".[396]

Etwas konkreter kritisierte *Thälmann* auf der 3. Parteikonferenz im Oktober 1932: „Die Tendenzen des rechten Opportunismus treten verstärkt in Erscheinung. Rote Betriebsräte weigern sich gelegentlich, offen gegen die Notverordnung aufzutreten, sind oft legalistisch eingestellt, indem sie die Schiedssprüche anerkennen oder machen statt einer Entlarvung der Reformisten, um den ‚Frieden nicht zu stören', Blockpolitik mit den Reformisten."[397]

Solche Abweichungen hingen also mit der Konkretisierung der Politik zusammen: an der Basis wurde die starre, dogmatische Politik (vor allem gegenüber der SPD) oft unterlaufen, die Funktionäre paßten sich den realen Gegebenheiten an, statt den weltfremden Thesen des ZK immer bedingungslos zu folgen oder sie verweigerten umgekehrt „sektiererisch" jede Massenarbeit und isolierten sich. *Thälmann* mußte auch „doppelte Buchführung" konstatieren: die unteren Organe erkannten die Beschlüsse „mit Worten" an, führten sie aber nicht durch.[398] Mit der Anprangerung dieser Abweichungen sollte erreicht werden, daß auch die unteren Funktionäre bei der „Konkretisierung der Generallinie nach örtlichen, bezirklichen und allgemeinen Vorgängen" *(Thälmann)*[399] die Strategie und Taktik nur im Sinne des ZK auslegten. Die Führung glaubte durch straffe Anleitung und Schulung der Funktionäre

395 Der Geheimapparat der KPD hatte in Einzelfällen vor dem Beschluß, etwa bei der Ermordung der Polizeioffiziere *Anlauf* und *Lenck* am 9. August 1931, den „individuellen Terror" praktiziert. Die SED-Geschichtsschreibung bezeichnet die Ermordung der beiden Polizeioffiziere als „Provokation" und versucht, sie Heinz *Neumann* anzulasten; vgl. GdA, S. 308. Bekanntlich war aber der heutige Chef des DDR-Staatssicherheitsdienstes, *Mielke*, in den Fall verwickelt; vgl. oben, Anm. 176.

396 Thälmann, Reden und Aufsätze, Bd. I, a. a. O. (Anm. 323) S. 246.

397 Thälmann, Im Kampf gegen die faschistische Diktatur, a. a. O. (Anm. 273) S. 23.

398 Thälmann, Der revolutionäre Ausweg, a. a. O. (Anm. 329) S. 63. *Thälmann* sagte auf dieser Sitzung des ZK im Februar 1932 auch: „Die Tatsache, daß auf Grund dieser Einheitlichkeit der Partei neue ernsthafte Gruppierungen nicht mehr möglich waren, wie es der Fall *Merker* bewiesen hat, führte zu einer Unterschätzung der Notwendigkeit eines dauernden unversöhnlichen bolschewistischen Zweifrontenkampfes innerhalb der Partei gegen die rechte Hauptgefahr und ‚linke' Tendenzen." Ebd. S. 64.

399 Thälmann, Reden und Aufsätze, Bd. I, a. a. O. (Anm. 323) S. 247.

einerseits und durch Auswechslung des Funktionärskaders andererseits die Probleme bewältigen zu können.[400] Entsprechend der ultralinken Strategie blieben dabei in der ganzen Phase die „rechten" Abweichungen „die Hauptgefahr" (XII. EKKI-Plenum).[401]

Bei konkreten „Abweichungen" unterer Organisationen wurde sogar versucht, diese aus theoretischen Fehlern zu erklären. So wurden Vorstellungen von einem „Burgfrieden" zwischen KPD und SPD vor den Gemeindewahlen 1932 in Württemberg als aus dem „Geist fehlerhafter Ansichten *Rosa Luxemburgs*" abgeleitet.[402]

Freilich gab es auch konkrete „sektiererische" Abweichungen von Parteigliederungen, mit denen sich die Führung auseinandersetzen mußte. So brachte die kommunistische Gruppe im badischen Landtag im April 1932 – also zur gleichen Zeit, zu der die KPD eine taktische Wendung zu einer gemäßigteren Haltung gegenüber der SPD einschlug – das Kunststück fertig, in einem Antrag an den Landtag gleichzeitig das Verbot der SA und die Auflösung des Reichsbanners und der Eisernen Front zu fordern.[403] Die Führung kritisierte diese Abweichung, weil sie eine „mechanische, völlig undialektische Auffassung des Verhältnisses zwischen Faschismus und Sozialfaschismus" beweise, und zeige, „daß unsere strategische Aufgabenstellung, den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie zu führen, sehr oft noch völlig falsch verstanden wird".[404] Der Führer der Landtagsgruppe, *Lechleiter*, wurde seiner Funktion enthoben.[405] Auch hier hatten die Landtagsabgeordneten offensichtlich die taktische Wende nicht rechtzeitig genug bemerkt und waren so in Kollision mit der Parteilinie gekommen.

Solche Formen von „rechten" oder „linken" Abweichungen, mit denen sich die Führung befassen mußte, kamen offenbar ständig und auf allen Ebenen vor. Im April 1932 mußte *Ulbricht* konstatieren, daß „in einigen Zellen" in Berlin Beschlüsse des ZK verhindert werden sollten. Konkret berichtete er, daß in Reinickendorf-Ost ein Parteimitglied auftrat, das „ein Gemisch von rechtsopportunistischen und trotzkistischen Schwankungen als Plattform" vortrug und von einer Genossin unterstützt wurde. Unter anderem habe dieser „Genosse *Prügel*" die These abgelehnt, „daß der Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie geführt werden muß", auch forderte dieser eine Beschränkung der Agitation über die Sowjetunion. *Ulbricht* sagte dazu: „Ich führe diese Stellungnahme eines Parteimitgliedes an, weil sie den Druck des Klassenfeindes auf Teile der Arbeiterschaft widerspiegelt und für uns eine ernste Warnung ist."[406]

Die Beispiele zeigen, daß politische Abweichungen von der Generallinie auf den

400 Ebd. S. 246.

401 Beschlüsse im Zitat, S. 37. *Thälmann* sagte im Februar 1932: „Die Partei hat in der Vergangenheit [. . .] den Kampf gegen den rechten Opportunismus als die Hauptgefahr und gegen linkssektiererische Tendenzen vernachlässigt und unterschätzt." Thälmann, Der revolutionäre Ausweg, a. a. O. (Anm. 329) S. 63.

402 *KI* Heft 4 vom 25. Februar 1932, S. 290.

403 Vgl. *Der Abend*, Spätausgabe des *Vorwärts* Nr. 183 (B92) vom 19. April 1932, dort ist der Antrag abgedruckt.

404 *Die Internationale* Heft 5, Mai 1932, S. 247.

405 Zu Georg *Lechleiter* (1885–1942) vgl. Weber II S. 204 f.

406 *RF* Nr. 77 vom 10. April 1932.

verschiedenen Parteiebenen wohl weniger den „Druck des Klassenfeindes", als vielmehr die Massenstimmungen reflektierten, denen sich die Kommunisten kaum entziehen konnten. Daher kam es immer wieder einerseits zu Versuchen der echten Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und andererseits zu Abkapselungen und Sektierertum, für die Führung also rechte oder linke Abweichungen.

Neben diesen ausgesprochenen politischen Differenzen, bei denen die Parteispitze sich durchsetzte, gab es auch ideologische Abweichungen. Beim Stellenwert der Ideologie in der Partei und bei der dogmatischen Form der Auseinandersetzungen spielten diese vor allem im Parteiapparat eine Rolle. Typisch dafür war die Kritik *Thälmanns* Ende 1931 am Leiter der Agitprop-Abteilung, *Lenz-Winternitz*. *Thälmann* warf ihm eine falsche Auslegung des Begriffs „Volksrevolution" und eine Fehleinschätzung des Faschismus vor.[407] Der stellvertretende Abteilungsleiter *Alexander Emel* hatte nach *Thälmanns* Ansicht die Revolution von 1918 fehlinterpretiert und damit „verfälschten Leninismus in unsere Reihen einzuschmuggeln versucht".[408] Beide übten Selbstkritik, doch das half ihnen wenig. Da sie auch beschuldigt wurden, *Stalins* Brief zur Geschichte des Bolschewismus falsch ausgelegt zu haben, wurden sie abgesetzt.[409]

Die Selbstkritik, das Abschwören und schließlich das Verschweigen der eigenen Meinung,[410] waren inzwischen im Apparat üblich geworden. Auf der Tagung des ZK im Februar 1932 kritisierte *Thälmann* ein Buch von *Paul Langner* über den Massenstreik[411] wegen ideologischer Fehler. Er fügte hinzu: „Der Genosse *Langner* hat bereits in einer Erklärung an das Sekretariat seine Fehler anerkannt."[412] Bei den ideologischen Auseinandersetzungen im Apparat konnte die Führung ihren Standpunkt wegen der Abhängigkeit dieser Funktionäre also offensichtlich ohne Schwierigkeiten durchsetzen.

Auf der gleichen Tagung des ZK setzte sich *Thälmann* auch mit den Theorien *Rosa Luxemburgs* auseinander. Der Parteivorsitzende trat damit nicht nur als Schiedsrichter über aktuelle theoretische Aussagen auf, er wurde – ähnlich dem Vorbild *Stalin* – damit auch zum Theoretiker hochstilisiert, obwohl ihm dazu nun wirklich alle Voraussetzungen fehlten.[413] Der Kampf gegen den „Luxemburgismus", den *Thäl-*

---

407 *Die Internationale* Heft 11/12, November-Dezember 1931, S. 494 ff.

408 Ebd. S. 497.

409 Vgl. den Beschluß des ZK „Gegen die Duldung falscher Auffassungen an der theoretischen Front" vom 31. Dezember 1931, abgedruckt in *Inprekorr* Nr. 1 vom 5. Januar 1932, S. 28 sowie den Hinweis auf die „Rüge" und Absetzung von *Emel* und *Kraus* (d. i. *Lenz-Winternitz*) in *KI* Heft 4 vom 25. Februar 1932, S. 277.

410 Auf dem X. Plenum des EKKI hatte sich Eugen *Varga* noch gegen solche Methoden gewandt: „Der größte Opportunismus ist, seine Überzeugung zu verschweigen aus Furcht, nicht mit der herrschenden Linie in Einklang zu sein. Das ist die gefährlichste, eines Kommunisten unwürdige Art des Opportunismus." Protokoll 10. Plenum, a. a. O. (Anm. 28) S. 334.

411 Es handelte sich um die Broschüre: P. Langner, Der Massenstreik im Kampf des Proletariats. Berlin 1931. Zu *Langner* vgl. Weber II S. 203.

412 Thälmann, Der revolutionäre Ausweg, a. a. O. (Anm. 329) S. 69.

413 Vgl. als neuesten Versuch dieser Art die Ostberliner Thälmann-Biographie, a. a. O. (Anm. 121). In Äußerungen zu dieser Biographie wurde nicht nur behauptet, *Thälmann* sei der „größte Politiker" Deutschlands „zwischen den beiden Weltkriegen" gewesen, sondern gerade seine angeblichen „theoretischen Leistungen" herausgestrichen. Interessanterweise wird dabei *Thälmanns* verhängnis-

mann aufnahm, war nach dem *Stalin*-Brief zur Geschichte des Bolschewismus[414] in der KPD in Mode gekommen,[415] weil *Stalin* sich darin vor allem gegen die deutsche Vorkriegssozialdemokratie und *Rosa Luxemburg* gewandt hatte. Die KPD mußte nun ihre eigene Tradition bekämpfen und die Ansichten *Rosa Luxemburgs* schmähen.[416] Freilich zeigte sich gerade hier, daß ideologische Auseinandersetzungen kein Selbstzweck waren. Aus dem *Stalin*-Brief wurden auch politische Schlußfolgerungen gezogen, vor allem erneut die These vom „Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie" abgeleitet und insbesondere die linken Sozialdemokraten, die SAP und die KPO zur Zielscheibe von Angriffen gemacht.[417]

Zeigt so ein Blick auf die verschiedenen Formen von Abweichungen zwischen 1930 und 1932, wie unterschiedlich die Differenzen in der KPD waren, so fand die entscheidende Auseinandersetzung jener Periode in der Führung selbst statt. Es war das Auseinanderbrechen des nach der „*Wittorf*-Affäre" 1928 zustande gekommenen Führungs-„Triumvirats" *Heinz Neumann*, *Hermann Remmele* und *Ernst Thälmann*. Der Kampf zwischen den Spitzenführern, die 1929, 1930 und weitgehend auch 1931 gemeinsam die von *Stalin* bestimmte Politik der KPD leiteten, war die wichtigste innerparteiliche Auseinandersetzung zwischen 1930 und 1933. Da die DDR-Geschichtsschreibung heute versucht, alle von ihr als „falsch" eingeschätzten Teile der ultralinken Generallinie *Heinz Neumann* anzulasten,[418] um die Politik „der Partei" als „immer richtig" verklären zu können, sei auf einige Probleme verwiesen.

Heinz Neumann galt lange Zeit als der ausgesprochene Parteigänger und Vertreter *Stalins* in Deutschland.[419] Der junge Intellektuelle hatte keine Bindungen an die

---

volle These wieder gerechtfertigt, der „antifaschistische Kampf" dürfe nicht „allein gegen die Nazibewegung" gerichtet werden, da der „Faschismus" auch „innerhalb des imperialistischen Staatsapparates" an „Boden gewann". Vgl. Ein echtes Volksbuch über Ernst Thälmann, in: Neues Deutschland, Nr. 46 vom 23./24. Februar 1980, S. 9. Das sieht wie der Beginn einer Rehabilitierung der KPD-Faschismus-Theorien 1929 bis 1933 aus, die bisher auch von der SED kritisiert worden waren.

414 Der Brief wurde mehrfach abgedruckt. Vgl. *Inprekorr* Nr. 110 vom 20. November 1931, S. 2485 ff.; *KI* Heft 39 vom 10. November 1931, S. 1780 ff. Zur Entstehung des Briefes vgl. jetzt Rosa Meyer-Leviné, Im inneren Kreis. Köln 1979, S. 305 f.

415 Vgl. vor allem Kurt Sauerland, Der dialektische Materialismus. 1. Buch: Schöpferischer oder dogmatischer Marxismus. Berlin 1932. Der „Luxemburgismus" wurde darin als die „theoretische Plattform konterrevolutionärer Richtungen" bezeichnet (S. 133). *Thälmann* verlangte „schärfsten Kampf gegen die Überreste des Luxemburgismus" in der KPD (Der revolutionäre Ausweg, a. a. O. – Anm. 329 – S. 71.) Vgl. auch *Die Internationale* Heft 3, März 1932, S. 134 ff. und N. *Popow* in *Inprekorr* Nr. 117 vom 15. 12. 1931, S. 2677 ff. („Die Idealisierung des Luxemburgismus ist die Fahne unserer Feinde").

416 Einzelheiten bei Peter Nettl, Rosa Luxemburg. Köln 1967, S. 780 ff.

417 Aus dem *Stalin*-Brief wurde z. B. abgeleitet, die SAP sei der „gefährlichste Feind in der Arbeiterschaft" (*RF* Nr. 6 vom 8. Januar 1932).

418 Vgl. z. B. GdA S. 283, 301 ff., 326 f.; Antifaschistische Aktion, S. 10 f.; Hans-Dieter Haschke, Der Kampf der KPD gegen Chauvinismus und Revanchismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik (Herbst 1930 bis Januar 1933). Phil. Diss. Halle-Wittenberg 1965, S. 163, 188 ff., 191 ff.; Glasneck, a. a. O. (Anm. 388); Helmut Schwarzbach, Über den Kampf der KPD gegen die Gefahr des Faschismus und für die Verteidigung der Lebensrechte des deutschen Volkes in Ostsachsen in der Zeit von 1929–1933. Phil. Diss. Berlin (Ost) 1969.

419 Zu Heinz *Neumann* (1902–1937) vgl. Weber II S. 233 ff.; Biographisches Lexikon – Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin (Ost) 1970, S. 345 f.; Margarete Buber-Neumann, Kriegs-

Arbeiterbewegung, er wird oft als prinzipienlos geschildert.[420] *Neumann* war der einzige, der sich bei der *Wittorf*-Affäre sofort hinter *Thälmann* stellte.[421] Er kam noch 1929 auf dem XII. Parteitag in das Sekretariat (Politsekretariat), und damit wurde der gerade 27jährige neben *Thälmann* und *Remmele* zum entscheidenden Führer der KPD, er galt als deren Theoretiker.[422] Gegenüber dem unbeholfenen *Thälmann* und dem zurückhaltenden *Remmele* wurde der wendige *Neumann* zur treibenden Kraft der Partei. Nicht von ungefähr sprach der *Vorwärts* im August 1931 von *Neumann* als dem „eigentlichen Führer" der KPD.[423]

Zu dieser Zeit verschärften sich die persönlichen Rivalitäten zwischen *Thälmann* und *Neumann* bereits erheblich und gewannen politische Relevanz. *Thälmann* war ab Oktober 1930 einige Monate wegen Krankheit nicht an der Parteiführung beteiligt, er befand sich in Hamburg.[424] In Berlin leiteten zu dieser Zeit neben *Neumann* und *Remmele* vor allem *Leo Flieg*, *Franz Dahlem* und wohl auch *Walter Ulbricht* die Parteiarbeit.[425] Sie trieben die Schaffung der RGO zu einer kommunistischen Sondergewerkschaft voran und proklamierten im Dezember 1930 die These vom Sieg des Faschismus. Es gibt aber keinerlei ernstzunehmende Hinweise auf eine abweichende Haltung *Thälmanns*, er vertrat die Taktik der KPD (und selbstverständlich die Generallinie) ebenso wie *Neumann* und *Remmele*. Vor allem die taktische Schwenkung vom April 1931, eine Folge des XI. EKKI-Plenums der Komintern, wurde von *Thälmann* forciert. Zur Stärkung seiner Position war ihm bereits am 20. März *Werner Hirsch* als persönlicher Mitarbeiter beigegeben worden.[426]

Wie wohl das ganze Polbüro war *Thälmann* zunächst gegen die Beteiligung am Volksbegehren bzw. Volksentscheid der Rechten gegen die preußische Regierung (wieweit *Neumann* bereits vorher eine andere Auffassung hatte, ist schwer zu rekonstruieren).[427] Die von der Komintern erzwungene Wendung in dieser Frage und

---

schauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919–1943. Stuttgart 1967, S. 30 ff.

Zu den folgenden genannten Parteiführern werden keine Personenhinweise gegeben. Kurzbiographien von allen (*Remmele*, *Flieg*, *Dahlem*, *Heckert* usw.) finden sich bei Weber II oder im Biographischen Lexikon.

420 Vgl. dazu Herbert Wehner, Notizen, a. a. O. (Anm. 251). Positiv wird *Neumann* hingegen von seiner Lebensgefährtin Margarete *Buber-Neumann* beurteilt: vgl. ebd. S. 30 ff.

421 Thälmann-Biographie, a. a. O. (Anm. 121) S. 399.

422 Mitglieder des Sekretariats (Politsekretariats) wurden *Thälmann*, *Dahlem*, *Flieg*, *Heckert*, *Merker*, *Remmele* und *Ulbricht*. (Zu den Personen vgl. Anm. 419.) *Neumann* wurde außerdem Kandidat des Polbüro (Politbüro) und Chefredakteur der *Roten Fahne*.

423 *Vorwärts* Nr. 383 vom 18. August 1931. Der *Vorwärts* nannte *Neumann* im gleichen Atemzug „gefügiges Werkzeug der russischen Tscheka".

424 *Thälmann*, der sich offenbar vom Parteivorsitz öfter überfordert sah, flüchtete dann meist in seine Vaterstadt Hamburg, diese seine „politischen Krankheiten" waren bekannt. Schon Ernst *Meyer*, der zusammen mit *Thälmann* die KPD 1927 geleitet hatte, ging auf das Fehlen *Thälmanns* bei wichtigen Beschlüssen ein und sagte „manchmal haben wir Glück, nicht anwesend gewesen zu sein". Vgl. Weber I S. 187.

425 Thälmann-Biographie, a. a. O. (Anm. 121) S. 488 f.

426 Ebd. S. 504. Zu Werner *Hirsch* (1899–1937) vgl. Weber II S. 164.

427 Die entsprechenden Behauptungen der SED-Geschichtsschreibung sind nur mit Vorsicht zu übernehmen. Vgl. GdA S. 301 f. und Thälmann-Biographie, ebd. S. 529.

die überspitzte ultralinke Taktik verschärften den politischen Gegensatz zwischen *Neumann* und *Thälmann* und politisierten ihn. Ein kürzlich erstmals veröffentlichter Brief *Thälmanns* an *Leo Flieg* vom 19. August 1931 läßt die gespannte Situation erkennen,[428] aber noch war *Thälmann* an Kooperation gelegen, während *Neumann* offenbar den „Zauderer" *Thälmann* aus der Führung verdrängen wollte.

Im Oktober 1931 fuhren *Thälmann* und *Neumann* nach Moskau, wo sie zusammen mit *Wilhelm Pieck* (dem KPD-Vertreter beim EKKI) am 31. Oktober eine Aussprache bei *Stalin* hatten.[429] Offenbar gelang es *Neumann* nicht, *Stalin* für seine Pläne zu gewinnen. Im Gegenteil: *Stalin* entschied sich vermutlich bereits zu diesem Zeitpunkt für *Thälmann*. Der Beschluß des ZK der KPD über die Ablehnung des individuellen Terrors vom 10. November 1931[430] könnte insofern bereits als Warnung an die Adresse *Neumanns* gedeutet werden.

Doch Anfang 1932 konnten sich *Neumann*, *Remmele* und die „graue Eminenz" der KPD, *Leo Flieg*,[431] die sich im Kampf gegen *Thälmann* immer enger zusammenschlossen, mit ihren radikaleren Vorstellungen der Taktik erneut durchsetzen. Offenbar beeinflußten sie *Franz Dahlem* und *Fritz Heckert* immer stärker, so daß *Thälmann* im Sekretariat (diesem gehörte außerdem nur noch *Ulbricht* an) und im Polbüro isoliert wurde.[432]

Indessen blieben die Kontroversen auf diesen kleinen Führungskreis beschränkt und änderten nichts an der Taktik in der Periode von Oktober 1931 bis April 1932 (vgl. oben). Selbst auf der ZK-Tagung im Februar 1932 wurden die Differenzen in der Spitzenführung vertuscht.[433] Der These *Neumanns*, die entscheidende Frage sei nicht der Kampf gegen den *Hitler*faschismus, sondern gegen die Sozialdemokratie,[434] wurde auch von *Thälmann* nicht widersprochen.[435] Von einer taktischen Wende auf dieser Tagung kann nicht die Rede sein.[436]

---

428 *Thälmann* schrieb an *Flieg*, er wolle „eine wirkliche Annäherung untereinander" suchen, eine „kurze, überzeugende Aussprache mit *Heinz* und Euch herbeiführen, um untergeordnete aufgetauchte Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen". *Thälmann* schrieb, „Verstimmungen in der engeren Führung" seien zu begreifen, er wandte sich aber dagegen, daß ihm *Neumann* persönliche Vorurteile unterstelle. Ebd. S. 531 f.

429 Ebd. S. 537.

430 Vgl. oben, Anm. 394.

431 *Flieg* war seit vielen Jahren Sekretär des Polbüro.

432 Dem Polbüro gehörten seit 1929 an: *Thälmann*, *Dahlem*, *Flieg*, *Florin*, *Heckert* (bis 1930: *Merker*), *Pieck*, *Remmele*, *Schulte* und *Winterich* (gestorben Juni 1931) als Mitglieder sowie *Hein*, *Kasper*, *Neumann* und *Overlach* als Kandidaten.

433 Auch die DDR-Geschichtsschreibung konstatiert, auf der Februar-Tagung 1932 des ZK „wurden in der Auseinandersetzung [. . .] Heinz *Neumann* und seine Anhänger noch nicht namentlich genannt" (GdA S. 327).

434 Aus dem Protokoll zitiert bei Haschke, a. a. O. (Anm. 418) S. 189.

435 *Thälmann* lobte in seinem Schlußwort *Neumann* sogar: „Das war die große Tatsache (in *Stalins* Brief) auf die Genosse *Neumann* hingewiesen hat, daß der Leninismus der Marxismus in der Epoche des Imperialismus und der Weltrevolution ist." Thälmann, Der revolutionäre Ausweg, a. a. O. (Anm. 329) S. 95.

436 So behauptet die SED-Geschichtsschreibung, es seien „Vorschläge für eine elastischere Gestaltung der Einheitsfrontpolitik gemacht" worden (GdA, S. 326, vgl. auch Chronik, S. 283). Die erwähnten Personen *(Thesen, Selbmann)* wurden von *Thälmann* im Schlußwort aber gerade angegriffen! Thälmann, ebd. S. 92.

Seinen Höhepunkt erreichte der Konflikt zwischen *Neumann* und *Thälmann* nach den Reichspräsidentenwahlen. *Neumann* und seine Freunde, insbesondere *Leo Flieg*, benutzten die Wahlniederlage *Thälmanns*, um „vom EKKI die Ablösung *Ernst Thälmanns* als Parteivorsitzenden zu fordern". Gleichzeitig „verbreiteten sie Gerüchte in der Partei, daß *Thälmann* politisch schon ‚ein toter Mann' sei".[437] Wie weit *Neumann* versuchte, eine Fraktion in allen Spitzengremien (neben Sekretariat, Polbüro und Jugendführung auch im ZK) zu organisieren, und inwieweit er für seine Pläne bereits eine feste Mehrheit in der Führung gewonnen hatte, ist aufgrund der dürftigen Materiallage nicht festzustellen.

Am 7. Mai 1932 verließen *Thälmann*, *Neumann*, *Remmele* und *Ulbricht* Berlin, um zur Tagung des EKKI-Präsidiums nach Moskau zu fahren.[438] Dort wurde in mehreren Beratungen vom 14. bis 17. Mai die Lage in der KPD-Führung erörtert. Das EKKI unter *Stalin* entschied sich endgültig für *Thälmann: Neumann* wurde nach Moskau „verbannt", er mußte im Apparat des EKKI arbeiten. Das EKKI empfahl dem ZK der KPD, das Sekretariat neu zu formieren.[439]

Am 24. Mai „billigten" Polbüro und ZK die Maßnahmen gegen *Neumann* und *Flieg*, die aus dem Sekretariat entfernt wurden. Das Sekretariat setzte sich nun aus *Thälmann*, *Remmele*, *John Schehr* sowie den Kandidaten *Pieck* und *Ulbricht* zusammen.[440] Damit war der Konflikt zwar entschieden, aber noch nicht beendet. Da die Personalentscheidungen einhergingen mit der taktischen Wende zur „Antifaschistischen Aktion", konnte *Neumann* sowohl im Komintern-Apparat als auch in der KPD-Führung Anhänger gewinnen.[441] Unter *Hermann Remmeles* Einfluß verweigerte die Führung des Kommunistischen Jugendverbandes Anfang August 1932 *Thälmann* die Gefolgschaft, als dieser personelle und politische Veränderungen verlangte.[442]

Daraufhin „beschloß das Politische Sekretariat des Präsidiums des EKKI am 21. August, *Heinz Neumann* seiner Funktion als Kandidat des Politbüro des ZK der KPD für verlustig zu erklären".[443] Eine größere Anzahl tatsächlicher oder angeblicher *Neumann*-Anhänger wurde aus ihren Funktionen verdrängt. Auch *Remmele* mußte

---

437 Zitiert aus dem Briefwechsel *Thälmann – Pieck* bei Haschke, a. a. O. (Anm. 418) S. 189 f. Nach der Thälmann-Biographie, a. a. O. (Anm. 121) S. 556 f. nahm *Thälmann* an der Sekretariatssitzung nach der Wahl nicht teil, er war wieder einmal in Hamburg.

438 Die XI. EKKI-Tagung hatte *Remmele* und *Thälmann* sowie *Pieck* und Clara *Zetkin* (die im Mai 1932 in Moskau residierten) zu Mitgliedern, *Neumann*, *Florin* und Kurt *Müller* (ebenfalls Sommer 1931 in Moskau) zu Kandidaten des EKKI gewählt (Chronik S. 268).

439 Thälmann-Biographie, a. a. O. (Anm. 121) S. 564, 568.

440 Chronik S. 288.

441 Im November 1932 sagte *Thälmann* vor dem ZK des KJVD, *Neumann*, Kurt *Müller* u. a. sei es gelungen, „eine ganze Anzahl von Mitgliedern der deutschen Jugenddelegation bei der KJI und der deutschen Schüler auf der *Lenin*-Schule für ihre Partei-, Komintern- und KJI-feindliche Politik zu gewinnen". Ernst Thälmann, Für ein freies sozialistisches Deutschland. Auswahl der Reden und Schriften 1930–1933. III. Stuttgart 1977, S. 527. Vgl. auch Thälmann-Biographie, a. a. O. (Anm. 121) S. 600.

442 Ebd. S. 600. *Thälmann* machte dafür nicht nur *Neumann* und Kurt *Müller*, sondern auch den damaligen KJVD-Vorsitzenden Alfred *Hiller*, Hermann *Remmeles* Sohn Hellmuth und andere KJVD-Führer verantwortlich. Vgl. Für ein freies . . . S. 526.

443 Thälmann-Biographie, a. a. O. S. 600.

schließlich am 15. Oktober aus dem Sekretariat ausscheiden.[444] Die „*Neumann*-Gruppe"[445] war entmachtet.[446] Doch die Parteibasis erfuhr von den tiefgreifenden personalpolitischen Veränderungen, die sich im Sommer 1932 an der KPD-Spitze abspielten, offiziell nichts.[447] Dabei hatten sich die Querelen in der Führung über mehrere Monate hingezogen und wohl auch die Aktivitäten der Partei beeinträchtigt. Entschieden wurden die Konflikte nicht von Mehrheiten oder Minderheiten der deutschen Parteiführung und schon gar nicht der Gesamtpartei, sondern von *Stalin* und vom EKKI. Zum zweiten Male hatte *Stalin Thälmann* als Parteivorsitzenden gehalten.[448] Daß *Stalin* gegen den wendigen *Neumann* entschied, hatte wohl nicht nur mit seiner Aversion gegen Intellektuelle und Juden zu tun, sondern auch mit Kritik an manchen *Neumann*-Thesen[449] und vor allem dessen früherer engen Freundschaft zu *Lominadse*, den *Stalin* Ende 1930 abgesetzt hatte.[450]

Die politischen Vorwürfe gegen *Neumann*, die vor allem auf der 3. Parteikonferenz der KPD und dem XII. EKKI-Plenum vorgetragen wurden, waren recht diffus, da ihm einerseits „Unterschätzung des Faschismus",[451] andererseits aber auch

444 Chronik S. 300. Mitglieder des Sekretariats waren nun *Thälmann*, *Schehr* und *Ulbricht*, Kandidaten *Pieck* und *Florin*.

445 Diese Bezeichnung der DDR-Geschichtsschreibung ist dubios, da es in der stalinisierten KPD keine organisierten „Gruppen" gab, aber auch weil von ihr außer *Neumann*, *Remmele* und *Flieg* nur noch Kurt *Müller* zur „Gruppe" gezählt werden und *Neumann* außerdem auf Willi *Münzenberg* „einen gewissen Eindruck" machte (Thälmann-Biographie S. 531). In GdA, S. 372 f. werden sogar *Neumann*-Anhänger wie *Kuntz*, *Schulte* und *Dahlem* zu den *Thälmann*-Vertrauten gezählt. Zur *Neumann*-„Gruppe" zu rechnen sind die ZK-Mitglieder Karl *Fischer*, *Lux*, *Schlaffer* sowie wichtige Funktionäre wie *Abusch*, *Norden*, *Olbrysch*. Zu den Biographien vgl. Weber II; vgl. auch Records 300, 797397.

446 *Remmele* wurde allerdings erst im Dezember 1933 von seinen Funktionen entbunden. Vgl. Haschke, a. a. O. (Anm. 418) S. 265. Der Bezirksparteitag Württemberg forderte übrigens schon Ende 1932 den Ausschluß von *Neumann* und *Schlaffer* (bis Anfang 1932 Polleiter des Bezirks) aus der Partei.

447 Noch am 22. August 1932 erschien *Die Rote Fahne* (Nr. 195) mit der Schlagzeile auf der Titelseite: „Die Kandidaten des roten Berlin"; neben den Köpfen von *Thälmann*, *Pieck* und *Ulbricht* waren auch die von *Neumann* und *Remmele* abgebildet. Auch sie waren „in begeisterter Einstimmigkeit" (wie es im Begleittext hieß) von der Bezirksleitung Berlin zur Reichstagswahl für November nominiert worden – also offenbar am 21. August, dem gleichen Tag, an dem *Neumann* in Moskau auch seine letzten Funktionen verlor. Vor der Partei wurde die wirkliche Lage noch bis Oktober geheimgehalten. Erst im Schlußwort *Thälmanns* auf der XII. EKKI-Tagung, das in der *KI* Heft 17/18 vom 15. Dezember 1932 veröffentlicht wurde, nahm *Thälmann* zum Konflikt Stellung und berichtete von der Absetzung *Neumanns* (S. 1336). Einzelheiten brachte erstmals die 3. Parteikonferenz im Oktober.

448 Zum ersten Mal bei der *Wittorf*-Affäre, bei der das ZK *Thälmann* bereits suspendiert hatte. Vgl. Weber I S. 199 ff.

449 Vgl. auch die Version Buber-Neumanns, a. a. O. (Anm. 419) S. 332, nach der *Stalin* schon 1931 *Neumanns* Methoden im Kampf gegen die Nationalsozialisten kritisierte.

450 Besso *Lominadse* (1898–1934) war Ende 1930 zusammen mit S. D. *Syrzow* abgesetzt worden, und zwar wegen „geheimer Fraktionsarbeit" gegen *Stalin*. Vgl. *Inprekorr* Nr. 103 vom 2. Dezember 1930, S. 2545 f.

451 In der Tat hatten *Neumann* und *Remmele* besonders drastische Beispiele der Unterschätzung des Nationalsozialismus gegeben (allerdings war dieser für die KPD ja nicht identisch mit dem „Faschismus"). So prophezeite *Neumann* im November 1930: „Wenn *Hitlers* ‚Drittes Reich' jemals kommen sollte, dann nur 1½ Meter unter der Erde" (*Klassenkampf* vom 27. November 1930, zitiert bei Haschke, a. a. O. – Anm. 418 – S. 78). *Remmele* sagte ein Jahr später im Reichstag: „Die

„Abschwächung" des Kampfes gegen die SPD angelastet wurden: „Das Bestreben des Genossen *Heinz Neumann* und seiner Gruppe war darauf gerichtet, die Linie des 11. Plenums des EKKI zu entstellen in der Richtung einer Unterschätzung des Faschismus und einer Abschwächung des prinzipiellen Kampfes gegen die Sozialdemokratie [...] Darüber hinaus versuchte die Gruppe *Neumann* mit den Mitteln eines verwerflichen Gruppenkampfes Parteigenossen gegen die Parteiführung einzustellen, diese zu diskreditieren und die Führung des Jugendverbandes in Gegensatz zur Partei zu bringen."[452]

Neumann wurde für „sektiererisches" Verhalten in der Einheitsfront- und Gewerkschaftsfrage verantwortlich gemacht, ebenso wurde ihm die Losung „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft"[453] und die These vom Dezember 1930, der Faschismus habe gesiegt, als Fehler vorgeworfen. Neben dieser eher konkreten Kritik standen verbale Anschuldigungen. Danach hatte *Neumann* „Schönfärberei" oder „Kampf gegen die bolschewistische Selbstkritik" betrieben.[454] Unsinnig war es vollends, wenn *Neumann* gegen die „Parteiführung" intrigiert haben sollte, der er ja angehörte. Hier wurde wie üblich Parteiführung mit der siegreichen Gruppe, in diesem Falle *Thälmann*, gleichgesetzt.

Die Widersprüche und die geringe Substanz der politischen Vorwürfe gegen *Neumann* machen deutlich, daß ihm keineswegs der Versuch einer Änderung der Generallinie unterstellt werden konnte,[455] diese hatte er ebenso wie *Thälmann* immer mitgetragen. Doch selbst die taktischen Verfehlungen, die man *Neumann* im Herbst 1932 vorhielt, waren in früheren taktischen Phasen die offizielle Parteilinie gewesen, die *Thälmann* fast identisch verteidigt hatte.[456] Trotz politischer Nuancen zwischen *Neumann* und *Thälmann* ab 1931 ist daher die Auseinandersetzung insgesamt als ein Cliquenkampf in der Führung zu charakterisieren. Viel weniger ging es dabei um politische Differenzen, um die Taktik (und schon gar nicht um die Strategie). Wenn *Neumann* nun „Schwächen und das Zurückbleiben der Partei"[457] angelastet wurden, so mußte er ganz einfach als Sündenbock herhalten.

Thälmann wie *Neumann* vertraten seit 1929 die Generallinie der KPD, die Linie des EKKI. War bei ihren Auseinandersetzungen auch die Frage mitentscheidend, wie

---

faschistischen Herrschaften schrecken uns nicht. Sie werden rascher abgewirtschaftet haben als jede andere Regierung." *Inprekorr* Nr. 100 vom 20. Oktober 1931, S. 2251. Freilich findet sich die gleiche Unterschätzung ja auch bei *Thälmann* und anderen Führern; vgl. z. B. oben, Anm. 111.

452 Resolution der Parteikonferenz der KPD, in: Thälmann, Im Kampf gegen die faschistische Diktatur, a. a. O. (Anm. 273) S. 48.

453 Vgl. dazu die Hinweise und Belege bei Buber-Neumann, a. a. O. (Anm. 419) S. 269 f., daß auch dieser von *Neumann* geprägte Slogan ganz der damaligen KPD-Linie entsprach.

454 *Neumann* wurde auch ein „geradezu familienhaftes Spießertum" vorgeworfen, weil er seine Anhänger, etwa Paul *Langner*, vor Kritik geschützt habe. *Thälmann* auf der 3. Parteikonferenz. Vgl. Thälmann, Im Kampf gegen die faschistische Diktatur, a. a. O. (Anm. 273) S. 27.

455 Dies behauptete allerdings die Resolution des XII. EKKI-Plenums. Vgl. *Die Internationale* 15. Jg., Heft 9/10, September/Oktober 1932, S. 386.

456 Um noch klarer herauszustellen, daß es sich sowohl bei der ultralinken Strategie wie bei den taktischen Phasen nicht – wie von der DDR-Geschichtswissenschaft behauptet – um „Abweichungen" *Neumanns* handelt, wurden daher oben bei der Beschreibung der Konzeption neben offiziellen Parteibeschlüssen auch hauptsächlich Aussagen von *Thälmann* herangezogen.

457 So *Thälmann* auf der 3. Parteikonferenz. Vgl. Thälmann, Im Kampf, a. a. O. (Anm. 273) S. 25.

diese Generallinie in praktische Politik umzusetzen war, so spielten doch die immer stärker werdenden menschlichen Gegensätze und persönlichen Querelen eine größere Rolle.[458] Diese wurden natürlich politisch drapiert.[459] 1932 schlugen sie dann in der Tat in politische Gegensätze um, wobei aber gerade *Neumann* und *Remmele* einen Lernprozeß durchmachten.[460]

Für die Einschätzung der Differenzen und ihre Austragung sind vor allem zwei Momente wichtig. Einmal zeigt es den Grad der Hierarchisierung der KPD an, daß die Parteimitgliedschaft und der Großteil der Funktionäre bis zuletzt vom Zwist in der Führungsspitze keine Ahnung hatten.[461] sie wurden erst auf der 3. Parteikonferenz unterrichtet, als die Kämpfe längst abgeschlossen waren. Es ist typisch für die fortgeschrittene Stalinisierung der KPD, daß diese Methode auf keinen Widerstand stieß,[462] für die Funktionäre war es bereits selbstverständlich, daß sie in einer „Führerpartei" waren. Zum anderen sind die heutigen Versuche[463] der DDR-Geschichtsschreibung, allein der „*Neumann*-Gruppe" die ultralinke Politik anzula-

458 Diese entzündeten sich beispielsweise daran, daß *Thälmanns* persönliche Mitarbeiter *Hirsch* und *Birkenhauer* immer größere Machtbefugnis bekamen, andererseits *Neumann Die Rote Fahne* beherrschte usw. Vgl. auch oben, Anm. 428.

459 Das tat vor allem *Thälmann*; er sagte im November 1932: „Ich will vorweg bemerken, daß es sich bei diesen Differenzen um sehr ernste politische Meinungsverschiedenheiten handelt. Es ist bezeichnend, daß die *Neumann-Müller*-Leute bewußt vor allem im Jugendverband die Meinung verbreiteten, als handele es sich bei diesen Fragen um persönliche Differenzen zwischen den Genossen *Thälmann* und *Neumann*." Thälmann, Für ein freies sozialistisches Deutschland, a. a. O. (Anm. 441) S. 529.

460 *Der Vorwärts* (Nr. 499 vom 22. Oktober 1932) sah schon damals in der Absetzung *Neumanns* einen verstärkten „Ultralinkskurs" der KPD, dieser sei „als Ketzer verbrannt worden, weil er gegenüber dem Vordringen der Reaktion und des Faschismus einige lichte Augenblicke" gehabt habe. Vgl. zu den neuen Thesen über den Faschismus, die *Neumann* und *Remmele* danach entwickelten, Weingartner S. 230.

461 Allerdings hatte die trotzkistische *Permanente Revolution* (Nr. 12, Mitte Juni 1932) bereits im Juni 1932 sehr genau über die personellen Veränderungen berichtet. Im Artikel „Von Flieg zu Pieck" wurde gemeldet, daß *Neumann* nach Moskau abgeschoben und Leo *Flieg* geflogen sei („Die Mitglieder kennen diesen Namen kaum, aber jeder Funktionär weiß, daß *Flieg* seit zehn Jahren als ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht die apparatmäßige Arbeit im Sekretariat des ZK geleitet hat.") Der gut informierte Artikel berichtete auch von der Degradierung *Dahlems* und der Absetzung *Abuschs (Reinhard)* sowie der Rückkehr *Piecks* und des „aus Niedersachsen herbeigeholten XY" (d. h. John *Schehrs*).

462 *Thälmann* gab allerdings zu, daß „mancher Genosse" die Frage stellte, warum „nicht schon früher innerhalb der Partei", vor „der gesamten Mitgliedschaft" die Diskussion begonnen wurde. Er meinte, es habe nach außen „die Einheit der Führung unter allen Umständen gewahrt" werden müssen. Thälmann, Für ein freies sozialistisches Deutschland, a. a. O. (Anm. 441) S. 35.

463 Diese Versuche sind allerdings älteren Datums. Bereits im November 1932 behauptete *Thälmann*, die Absetzung der *Neumann*-Gruppe sei „ein Sieg der bolschewistischen Parteiführung über die Abweichungen und Fehler einer von der Generallinie der Partei abweichenden Gruppe" gewesen. (*RF* Nr. 212 vom 24. November 1932). In: Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß. Materialien, Moskau-Leningrad 1935, S. 118 wurde von „Sabotage" der angeblichen Bemühungen *Thälmanns* zur Gewinnung sozialdemokratischer Arbeiter gesprochen. Auf der „Brüsseler Konferenz" der KPD 1935 behauptete *Pieck*, der „strategische Fehler kam eben dadurch zustande, daß in der Partei infolge der besonders von *Neumann* betriebenen sektiererischen Politik eine Unterschätzung der faschistischen Gefahr bestand". Wilhelm Pieck, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. V. Berlin (Ost) 1972, S. 186.

sten,[464] einfach absurd. Die Generallinie und ihre Prinzipien blieben unangetastet, gleichviel, ob in der Führung *Thälmann* oder *Neumann* größere Bedeutung hatte. Doch auch die taktischen Varianten wurden in Übereinstimmung mit der Komintern von der gesamten Führung getragen.

Ob in dem einen oder anderen Rundschreiben oder in der *Roten Fahne* der Einfluß von *Neumann* oder von *Thälmann* stärker durchschlug, ist für die Gesamtlinie unwichtig und änderte die Politik bestenfalls in Nuancen. Jedenfalls war „die Partei", nämlich die gesamte Führung, für die ultralinke Generallinie und die taktische Auslegung verantwortlich, nicht irgendwelche „Abweichungen". Nichts könnte dies deutlicher unterstreichen als die Tatsache, daß nach der Ausschaltung *Neumanns*, im Oktober 1932, wieder eine taktische Wendung zur exzessiven Auslegung der Strategie erfolgte, und zwar vor allem gegenüber der SPD. Diese „sektiererische" Haltung ist nicht *Neumann* anzulasten, freilich ist für sie letztlich auch nicht *Thälmann* verantwortlich, sondern das EKKI, das auf seiner XII. Tagung die Weichen entsprechend gestellt hatte.

III. Zur Organisationsstruktur der KPD

Die Kommunistische Partei Deutschlands war als Sektion der Komintern nicht nur an die Beschlüsse des EKKI gebunden, auch die Organisationsform der Partei entsprach den Richtlinien der Komintern. Entsprechend einem „Musterstatut" der Komintern hatte der X. Parteitag der KPD 1925 ein Statut beschlossen, das bis 1933 galt.[465] Das Statut stellt in § 1 fest: „Die KPD ist eine Sektion der Kommunistischen Internationale." Mitglied der Partei konnte nur sein (§ 2), „wer das Programm und die Statuten der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei anerkennt und Mitglied einer grundlegenden unteren Organisation der Partei ist, wer sich in dieser aktiv betätigt, sich allen Beschlüssen der Komintern und der Partei unterordnet und regelmäßig die Mitgliedsbeiträge entrichtet". Nach dem Statut war die KPD, „wie alle Sektionen der Komintern", auf der Basis des demokratischen Zentralismus aufgebaut. § 6 definierte dessen grundlegende Prinzipien:

„a) Wahl sowohl der unteren wie der oberen Parteiorgane in Vollversammlungen der Parteimitglieder, auf Konferenzen und Parteitagen.

b) Periodische Rechenschaftsablegung der Parteiorgane vor ihren Wählern.

c) Bindende Anerkennung der Beschlüsse höherer Parteiorgane durch die unteren, strenge Parteidisziplin und schnelle und genaue Durchführung der Beschlüsse des EKKI und der leitenden Parteiorgane."

---

464 Vgl. Anm. 418. Besonders drastisch ist die Legendenbildung bei Haschke, a. a. O. (Anm. 418). Er stellt die Fakten auf den Kopf und schreibt: „Ernst *Thälmann* und seine Kampfgefährten traten der abenteuerlichen Politik *Neumanns* ständig entgegen und orientierten auf den Kampf gegen die *Hitler*bewegung als Hauptaufgabe der Partei [. . .]" (S. 188).

465 Das Statut ist abgedruckt in: Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925. Berlin 1926, S. 232 ff. (Entwurf) und S. 490 ff. (Veränderungen). Ebenso in: Reorganisation der KPD – Der demokratische Zentralismus. Das Statut der KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin 1925, S. 21 ff. Längere Auszüge des Statuts bei Weber, Dokumente S. 254 ff.

Ausdrücklich bestimmte § 6, Diskussionen über Parteifragen durch die Mitgliedschaft dürften nur bis zur Entscheidung durch die entsprechenden Parteiorgane geführt werden: „Nach Fassung eines Beschlusses auf dem Kongreß der Komintern, auf dem Parteitage oder durch die leitenden Parteiorgane, muß dieser unbedingt durchgeführt werden, auch dann, wenn ein Teil der Mitglieder oder der lokalen Organisationen mit einem solchen Beschluß nicht einverstanden ist." Das Statut sah auch („unter außergewöhnlichen Verhältnissen", § 7) die Einsetzung der unteren Parteiorgane durch höhere sowie Selbstergänzung der Leitungen vor.

Grundlage der Partei („ihr Fundament") sollten die Betriebszellen sein. Ausführlich legte das Statut Rolle und Aufgaben der Ortsgruppen, Unterbezirke und Bezirke fest. Aufgabe der Bezirksleitung (BL) war vor allem, „die Beschlüsse des ZK durchzuführen" (§ 27). Die Wahl der BL bedurfte der Bestätigung durch das ZK.

Höchste Instanz der KPD war nach dem Statut der Parteitag, der „in der Regel einmal jährlich im Einverständnis mit dem Exekutivkomitee der Komintern" einzuberufen war. Höchstes Organ zwischen den Parteitagen war das ZK, vom Parteitag „aus gleichberechtigten Mitgliedern" gewählt.

Das ZK mußte die gesamte organisatorische und politische Arbeit leisten, es ernannte die Redaktion des Zentralorgans, „das unter seiner Führung und Kontrolle arbeitete", und es mußte die zentrale Kasse führen. Ein aus der Mitte des ZK gewähltes politisches Büro (Polbüro oder Politbüro genannt) und ein Sekretariat dirigierten sämtliche laufenden Arbeiten. Wie die Bezirksleitungen, mußte auch das ZK für bestimmte Zweige seiner Arbeit (Organisation, Agitation, Gewerkschaften usw.) Ressorts und Abteilungen bilden.

Als „höchste Pflicht aller Parteimitglieder und aller Parteiorganisationen" nannte § 41 „strengste Parteidisziplin". Alle Beschlüsse der Komintern, des ZK und der höhergestellten Parteiinstanzen waren „schnell und genau" durchzuführen.

Zentralismus

In der Praxis hatte sich die KPD bis 1929 durch die Stalinisierung der Partei zu einer völlig zentralistischen Organisation entwickelt, nur noch die entsprechenden Paragraphen des Statuts waren von Bedeutung. Die Wandlung der KPD durch die Stalinisierung[466] kann hier nur konstatiert werden; sie bedeutete die Veränderung der inneren Parteistruktur, die Entstehung einer monolithischen, straff disziplinierten und zentralisierten Organisation, in der die Führung mit Hilfe des hierarchisch aufgebauten Parteiapparats (d.h. der hauptamtlichen, von der Partei bezahlten Funktionäre) die Mitglieder beherrschte und die Politik im Sinne und entsprechend den Weisungen der *Stalin*schen KPdSU praktizierte.

Generell sind vier wesentliche Faktoren der Stalinisierung der KPD zu nennen: Eine Entstehungsbedingung war die Apparatherrschaft als Zeiterscheinung, die Herrschaft der Bürokratie über die Organisation war auch in anderen Bewegungen als Tendenz vorhanden. Der Trend zur Stalinisierung wurde weiter gefördert durch die strukturellen Probleme der KPD, die ihren ideologisch-politischen Standort zwischen Sozialdemokratie und Syndikalismus suchte, wobei der Apparat Träger der Vereinheitlichung war. Die dritte Voraussetzung für die Stalinisierung lag in der damaligen

466 Einzelheiten bei Weber I und II.

Diskrepanz zwischen den revolutionären Zielsetzungen der Partei und der nichtrevolutionären Situation, der daraus folgenden Passivität der Mitglieder und dem Machtzuwachs des Apparats in der schwungloser werdenden Partei.

Die augenfälligste und wichtigste Voraussetzung der Stalinisierung der KPD war freilich ihre Abhängigkeit von der Komintern und damit der KPdSU sowie die Übernahme der Organisationsprinzipien der KPdSU.

Annie Kriegel verweist darauf, daß dies für alle Kommunistischen Parteien drei neue Tatbestände implizierte: Erstens den „demokratischen Zentralismus", der den Entscheidungsprozeß ins Zentrum verlagerte und so „das in den alten sozialistischen Parteien traditionell bestehende Primat der Autonomie unterer Organisationen aufhob", zweitens die Bildung eines permanenten Apparates aus Berufsrevolutionären und drittens die Einrichtung von Betriebszellen.[467]

Voraussetzung des straffen Zentralismus der KPD, der nun unter der Bezeichnung „demokratischer Zentralismus" praktiziert wurde, war die freiwillige Ein- und Unterordnung von Mitgliedern und Funktionären unter die Parteispitze. Diese Parteidisziplin umfaßte auch die Anerkennung der sowjetischen Hegemonie.

Die Abhängigkeit der KPD von der Sowjetunion zeigte sich nicht nur im Nachahmen der sowjetischen Partei und ihrer Politik, sondern auch in der materiellen Unterstützung durch die KPdSU. Die Finanzhilfe lief über die Komintern. Auch wenn das Ausmaß nicht exakt zu beziffern ist, steht doch fest, daß sie etwa ein Drittel der Gesamteinnahmen der KPD überhaupt betrug.[468] Nur dank dieser Hilfe konnte die KPD einen umfangreichen und schlagkräftigen Parteiapparat unterhalten und ihre Parteipresse und Propaganda finanzieren. Diese Unterstützung (ergänzt durch technischen Beistand verschiedenster Art) ging aber selbstverständlich nur einer Parteileitung zu, die die offizielle Linie der KPdSU bzw. Komintern einhielt.

Die Veränderung der Organisationsstruktur der KPD bis 1929 brachte vor allem die Zentralisierung der Partei: eine entsprechend vergrößerte Machtbefugnis der Zentrale; eine straffere Anleitung des Apparats von oben; eine einheitliche Meinungsbildung durch Presse und Schulung; nicht zuletzt aber die Zerschlagung der Fraktionen und das Verbot jeder legalen Opposition.

In den letzten Jahren der Weimarer Republik galt für die KPD der demokratische Zentralismus zwar weiterhin als das Organisationsprinzip, doch waren die demokratischen Komponenten eindeutig verdrängt. Die „Wahlen von unten nach oben" waren im allgemeinen auf eine Bestätigung der Personalpolitik reduziert, die Führung und Apparat initiierten. Die „regelmäßige Berichterstattung" der Leitungen an die unteren Organe verkümmerte zu einem Ritual, das die „immer richtige" Linie der Führung (und vor allem der KPdSU *Stalins)* beweisen sollte, die

467 Annie Kriegel, Die Dritte Internationale, in: Jacques Droz (Hrsg.), Geschichte des Sozialismus, Bd. X, Frankfurt/M. – Berlin (West) 1977, S. 105.

468 Einzelheiten der Finanzierung bei Weber I S. 308 ff. Auch die DDR-Literatur schreibt heute, die Kommunisten hätten sich der finanziellen Unterstützung durch Sowjetrußland nicht geschämt. „Wiederholt hatte die KPD ihre Dankbarkeit für die materielle Hilfe öffentlich bekundet." Arnold Reisberg, Die Hilfe der Kommunistischen Internationale bei der ideologischen und organisatorischen Festigung der kommunistischen Parteien in der Zeit der revolutionären Nachkriegskrise 1919–1923, in: Studien zur Geschichte der Kommunistischen Internationale, Sammelband, Berlin (Ost) 1974, S. 242.

„Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit" wurde durch die Ausschaltung jeglicher Opposition, ja jeder „Abweichung", gegenstandslos. Die demokratische Komponente des Organisationsprinzips spielte so gut wie keine Rolle mehr. Das schon immer stärker hervorgehobene Moment des Zentralismus („fast militärische Disziplin"!)[469] hatte sich durchgesetzt: Die unteren Organe mußten die Beschlüsse der übergeordneten Leitungen durchführen, „straffe Parteidisziplin" und Unterordnung unter die Leitung galten als oberster Grundsatz des Parteiverhaltens, Fraktionsbildungen wurden unnachsichtig verfolgt. Die KPD behielt – wie die übrigen Kommunistischen Parteien, die den gleichen Prozeß innerparteilicher Wandlung durchmachten – den Begriff „demokratischer Zentralismus" für ihren Parteiaufbau bei, doch war am Ende der Weimarer Republik darunter offensichtlich eine völlig zentralistische Parteistruktur zu verstehen.

Die zentralen Führungsorgane

Das nach dem Statut höchste Organ der KPD war (sieht man von der Komintern-Spitze ab) der Parteitag. Der letzte (XII.) Parteitag trat im Juni 1929 zusammen und legte die Aufgaben der ultralinken Strategie fest. Auf dem Parteitag wurde auch das Zentralkomitee (ZK) gewählt, das bis 1933 tätig war. Dieses formal höchste Parteiorgan 1929 bis 1933 zählte 38 Mitglieder und 25 Kandidaten.[470] Das ZK setzte sich aus 37 hauptamtlichen Funktionären zusammen, die im zentralen Apparat der Partei oder der „Massenorganisationen" arbeiteten, 20 der Mitglieder und Kandidaten waren auf Bezirksebene tätig, außerdem gehörten dem ZK 6 ehrenamtliche Funktionäre an, die im Betrieb arbeiteten. Bis 1933 gab es einige Veränderungen und Personalverschiebungen, doch blieb das Verhältnis ungefähr gleich: fast ⅔ der ZK-Mitglieder waren im zentralen, knapp ⅓ im bezirklichen Apparat und nur 10 Prozent waren ehrenamtlich tätig.

Die faktische Bedeutung des ZK ging jedoch nach 1929 zurück und war minimal. Das ZK tagte immer seltener: während 1929 noch zweimonatlich Sitzungen stattfanden, trat das ZK 1930 nur noch im März und im Juli, 1931 im Januar, im Mai und im Juli und 1932 im Februar, im Mai und im Oktober (vor der Parteikonferenz) zusammen.[471] Schon die geringe Zahl der Sitzungen läßt erkennen, daß das ZK weder ein Leitungs- noch ein Machtorgan war. Die (meist zweitägigen) ZK-Sitzungen boten der Führung vielmehr Anlaß, ihre taktischen Vorstellungen nach außen zu tragen, das ZK diente lediglich als Akklamations- und bestenfalls als Diskussionsorgan.

Weit wichtiger als die vom Parteitag gewählte Institution ZK waren dadurch die zentralen, der Komintern verantwortlichen ZK-Organe: vor allem das Politische Büro (Polbüro oder später Politbüro genannt) und der ständige (in Ressort-Abteilungen gegliederte) Apparat des ZK in Berlin, sowie schließlich das kleine Sekretariat (bis 1929 Politsekretariat).[472]

Das nach dem Parteitag 1929 vom ZK gewählte Polbüro setzte sich aus 11

469 Vgl. oben, Anm. 330.

470 Die Namen der Mitglieder und Kandidaten in Chronik S. 242 und Weber II S. 13 f.; dort auch die Biographien fast aller Mitglieder und Kandidaten.

471 Vgl. Chronik S. 236 ff.

472 Zur Entwicklung der Organe vgl. Weber I S. 261 ff.

Mitgliedern und 4 Kandidaten zusammen *(Franz Dahlem, Leo Flieg, Wilhelm Florin, Fritz Heckert, Paul Merker, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Fritz Schulte, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht* und *Jean Winterich* sowie *Wilhelm Hein, Wilhelm Kasper, Heinz Neumann* und *Helene Overlach).*[473] Dieses Polbüro blieb als Führungsorgan bis 1933 im wesentlichen konstant. *Merker* schied im April 1930 aus, *Winterich* starb im Juni 1931, *Neumann* verlor seinen Sitz im August 1932, *Flieg* wurde in den Kandidatenstand zurückversetzt. Neu aufgenommen wurden 1931 *Hermann Schubert*[474] und im Mai 1932 *John Schehr;* außerdem wurde der jeweilige Vorsitzende des KJVD kooptiert (im September 1929 *Kurt Müller)*[475] und nahm an den Sitzungen teil. Nach den Anweisungen der Komintern[476] sollte das Polbüro mindestens einmal wöchentlich zusammentreten und alle politischen Fragen entscheiden. In der Praxis geschah das keineswegs. Im November 1931 beschloß das Polbüro beispielsweise, seine Arbeit kontinuierlicher zu gestalten und wenigstens alle vierzehn Tage zusammenzutreten.[477] Es verlagerten sich die politischen Kompetenzen vom Polbüro auf ein anderes Führungsorgan. Bereits seit Mitte der zwanziger Jahre stiegen die Befugnisse eines Gremiums, das formal nur als „Arbeitsorgan" des Polbüros fungieren sollte: des Sekretariats. Das zahlenmäßig kleine Sekretariat mußte den Apparat des ZK, d.h. die Ressort-Abteilungen, anleiten. Durch die Koordinierung der Arbeit aller Abteilungen und die Verbindung mit den Bezirken sollte das Sekretariat die Beschlüsse des Polbüros in die Praxis umsetzen. Tatsächlich dirigierte das Sekretariat nach 1929 weitgehend die Politik der Partei. Die gesamte Korrespondenz mit den Bezirken, d.h. faktisch die Anleitung der Partei (das zeigen auch die Rundschreiben), erfolgte nur über das Sekretariat. Damit hatte das Sekretariat in der Parteihierarchie eine Schlüsselposition inne. Da alle Sekretäre auch dem Polbüro angehörten, waren sie die eigentlichen Führer der Partei.

Das Sekretariat setzte sich nach dem Parteitag von 1929 aus 8 Personen zusammen: *Thälmann, Dahlem, Flieg, Heckert, Merker, Neumann, Remmele* und *Ulbricht.*[478] *Merker* schied 1930 aus. Im Mai 1932, nach der Ausschaltung *Neumanns*, wurde das Sekretariat neu gebildet, nun gehörten nur noch der Parteivorsitzende *Thälmann, Remmele* und *Schehr* als Mitglieder sowie *Pieck* und *Ulbricht* als Kandidaten dem Sekretariat an.[479] Die letzte Reorganisation des Sekretariats vor der Zerschlagung der KPD erfolgte auf der ZK-Tagung vor der 3. Parteikonferenz im Oktober 1932; nun verlor auch *Remmele* seine Funktion, das Sekretariat bestand aus *Thälmann, Schehr* und *Ulbricht* als Mitgliedern sowie *Florin* und *Pieck* als Kandidaten.[480]

---

473 Chronik S. 242. Die Biographien aller Personen bei Weber II.

474 Nach SED-Angaben war *Schubert* nur Kandidat des Polbüro, danach gehörten im Januar 1933 dem Polbüro als Mitglieder an: *Dahlem, Florin, Heckert, Merker* (was wohl falsch ist), *Pieck, Remmele, Schehr, Schulte, Thälmann* und *Ulbricht,* Kandidaten waren danach *Flieg, Hein* (fälschlich: *Wolfgang Hein),Kasper, Overlach* und *Schubert.* Margot Pikarski, Umstellung der KPD auf die Illegalität, BzG 20. Jg., Heft 5, 1978, S. 722f.

475 Mündl. Mitt. von Kurt *Müller* vom 6. August 1977.

476 Die 2. Organisationskonferenz, Beschlüsse und Resolutionen. Hamburg-Berlin 1926. S. 105. Diese Beschlüsse galten auch in der Phase nach 1929.

477 Thälmann-Biographie, a. a. O. (Anm. 121) S. 537.

478 Chronik S. 242; zu den Personen vgl. Weber II sowie Biographisches Lexikon, a. a. O. (Anm. 419).

479 Chronik S. 288; Thälmann-Biographie, a. a. O. (Anm. 121) S. 568.

480 Chronik S. 300; Thälmann-Biographie, ebd. S. 611.

Über Kompetenzen und Arbeitsteilung dieses letzten Sekretariats enthält die SED-offizielle *Thälmann*-Biographie einige Hinweise.[481] Danach war *Thälmann* verantwortlich für Antikriegsarbeit (also den geheimen Apparat), für RFB und KJVD. „*John Schehr* als Stellvertreter des Parteivorsitzenden zeichnete für die Kontrolle der Abteilungen des Apparats des Zentralkomitees verantwortlich und übernahm einiges aus dem bisherigen Arbeitsbereich *Ernst Thälmanns*". *Ulbricht* erhielt die wichtige Aufgabe, die Verbindung zu den Parteiorganisationen (also den Bezirken) zu überwachen sowie die Kontrolle der „Beschlußdurchführung im Sekretariat" und Polbüro, außerdem leitete er die RGO an. *Pieck* unterstanden die anderen Massenorganisationen und Parlamentsfraktionen. „er zeichnete auch für die Geschäftsführung und Finanzpolitik verantwortlich". Pressedienst und *Rote Fahne* wurden von *Thälmann* und *Schehr* angeleitet und kontrolliert.

Diese Aufgabenverteilung zeigt sowohl die Zentralisierung der Partei als auch die umfassende Kompetenz der Sekretäre für die Anleitung der KPD. Dabei stand ihnen zur Durchführung der Aufgaben vor allem der zentrale Apparat des ZK zur Verfügung. Bereits vor 1929 hatte die Komintern Vorschriften erlassen, nach denen beim ZK ein Ressort-Apparat mit mindestens folgenden Abteilungen eingerichtet sein mußte: Organisation, Gewerkschaften, Agitprop, Frauen, Land sowie Geschäftsabteilung (mit Buchhaltung und Kasse). In den einzelnen Abteilungen, die Arbeitsstäbe des Sekretariats waren, gab es wiederum Unterabteilungen.[482] Die Zuständigkeit eines Sekretärs erstreckte sich auf mehrere Abteilungen. Allein der Sekretär konnte bestimmen, „in welchen beschließenden Körperschaften des ZK die von den Abteilungen gestellten und vorbereiteten Fragen entschieden" wurden. „Die Erörterung der von der Abteilung gestellten und vom Sekretariat geprüften Fragen und deren Entscheidungen durch die leitenden Organe des ZK" konnten nicht ohne den verantwortlichen Sekretär stattfinden.[483]

Die Abteilungen wurden von einem Abteilungsleiter geführt, ihm waren politische und technische Mitarbeiter sowie Instrukteure und Hilfskräfte unterstellt.[484] Die Einzelmaßnahmen der Anleitung, Arbeitsteilung zwischen den Abteilungen, Ressortverantwortungen usw. änderten sich allerdings öfter. So erklärte der damalige Leiter der Orgabteilung, *August Creutzburg*,[485] auf einer Konferenz über die Organisationsarbeit im März 1931 über Veränderungen, die Ende 1929 vorgenommen worden waren: „Zunächst beschloß das ZK, daß die Orgabteilung kein selbständiger Apparat ist, sondern ein Teil des Sekretariats des ZK und dem Sekretariat direkt unterstellt und verantwortlich. Wir organisierten die Orgabteilung um und zwar in folgender Form: [Unter]-Abteilungen wurden geschaffen unter der verantwortlichen Leitung eines Genossen für Betriebsarbeit, für die Massenarbeit, für die Gegnerarbeit und für die Leitung der Werbearbeit, außerdem für die Statistik. Vor etwa zwei Monaten [also Anfang 1931] wurde im zentralen Apparat erneut eine Verstärkung dadurch herbeigeführt, daß spezielle verantwortliche Leitungen eingesetzt wurden

481 Thälmann-Biographie, ebd. S. 611.

482 HStA Düsseldorf 19 927.

483 Die 2. Organisationskonferenz, a. a. O. (Anm. 476) S. 208.

484 Ein genauer Überblick über die Struktur der Orgabteilung vor 1929 bei Weber I S. 264.

485 August *Creutzburg* (1892–1938); vgl. Weber II S. 90 f.; Biographisches Lexikon, a. a. O. (Anm. 419) S. 75 f.

für die Arbeit zur Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter und für den Kampf gegen den Faschismus."[486] Im Januar 1933 gliederte sich der Apparat des ZK nur noch in vier Abteilungen: Organisation, Agitprop, Kasse und Geschäftsabteilung.[487] Die ständigen Umstellungen der Struktur der Abteilungen[488] änderten nichts am Prinzip der zentralistischen Anleitung. Auch zeigten die zentralen Führungsorgane in ihrer Verteilung der Zuständigkeiten, dem Arbeitsablauf, der Kontrolle usw. die üblichen bürokratischen Organisationsprinzipien, wobei die allgemeinen Arbeitsmethoden jeder „Behörde" mit der speziellen Arbeitsweise verbunden waren, die die sowjetischen Kommunisten entwickelt hatten. Die Abteilungen als Arbeitsstäbe bereiteten entscheidungsreife Beschlüsse vor, etwa die Agitpropabteilung zur Führung von Kampagnen (vgl. Dok. 93 und 94 im Anhang), die das Sekretariat genehmigte, änderte oder verwarf. Auch der personelle Aufbau und die Verantwortungen innerhalb der Abteilungen (vgl. als Beispiel Aufbau und Zusammensetzung der Agitpropabteilung im Juni 1932, Dok. 100 im Anhang) zeigen ebenso den formalisierten Institutionencharakter wie die festgelegten Abteilungsbesprechungen, Arbeitsbesprechungen usw. Kommissionen wie die Geschäfts- und Finanzkommission (vgl. Dok. 99 und 101 im Anhang) hatten darüber hinaus personalpolitische und finanzielle Probleme zu regeln, die letztlich vom Sekretariat zu entscheiden waren. So lag die gesamte bürokratische Macht beim Sekretariat.

Formal war das Sekretariat dem Polbüro, faktisch aber nur dem EKKI untergeordnet. Da die KPD Sektion der Komintern war, wurden letzte Entscheidungen nicht nur politischer, sondern auch organisatorischer, personalpolitischer oder finanzieller Art in Moskau getroffen. Das Sekretariat, das sich verselbständigt hatte, war die eigentliche „Filiale" der Komintern. Die Anweisungen liefen über dieses Gremium, das andererseits dem EKKI Bericht erstatten mußte. Neben den politischen Entscheidungssträngen gab es auf der Ebene Komintern–KPD auch Arbeitsverbindungen zwischen den jeweiligen Abteilungen (vgl. Dok. 95–98 im Anhang), die ebenfalls zeigen, daß die Arbeitsstäbe vor allem mit der Durchführung von praktischen Tätigkeiten befaßt waren, also mit der Umsetzung der politischen Linie und nicht mit der Ausarbeitung dieser Linie.

Die Bezirke

Die KPD war territorial gegliedert, die wichtigste Verbindung zwischen der zentralen Parteiführung und den unteren Organisationen bildeten die Bezirke. 1929 zählte die KPD 27 Bezirke, 1931 24 Bezirke,[489] die im Zuge der Vorbereitung auf die Illegalität im Dezember 1932 in acht Oberbezirke zusammengefaßt wurden. Das bedeutete eine weitere Straffung der Organisation: „Die Anleitung eines Oberbezirks oblag jeweils einem dem Sekretariat persönlich verantwortlichen Instrukteur: 1. Berlin

486 A. Creutzburg, Die Organisationsarbeit der KPD (Bücherei des Parteiarbeiters, Bd. 4), Hamburg-Berlin 1931, S. 9.

487 Pikarski, a. a. O. (Anm. 474) S. 723.

488 Auf dem XIII. Plenum des EKKI im Dezember 1933 sagte *Pieck*, die KPD habe nach dem Januar 1933 die „bisherigen Abteilungen im Zentralkomitee und in den Bezirksleitungen" aufgehoben. W. Pieck, Wir kämpfen für ein Räte-Deutschland, Moskau-Leningrad 1934, S. 53. (Diese wichtige Rede fehlt bezeichnenderweise in der Ausgabe W. Pieck, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. V, Februar 1933–August 1939, Berlin-Ost 1972).

489 Zu den Einzelheiten vgl. Weber I S. 367 ff.

–Brandenburg–Lausitz, Pommern – *August Creutzburg;* 2. Wasserkante, Nordwest, Niedersachsen, Mecklenburg – *Matthias Thesen;* 3. Sachsen, Halle–Merseburg–Thüringen, Magdeburg – *Fritz Emmerich;* 4. Ruhrgebiet, Niederrhein, Mittelrhein – *Hans Pfeiffer;* 5. Hessen–Frankfurt, Baden, Hessen-Waldeck, Saargebiet – Genosse *Blum* bzw. *Heinrich Rau;* 6. Württemberg, Nordbayern, Südbayern – *Franz Stenzer;* 7. Ostpreußen, Danzig – *Anton Jaddasch;* 8. Oberschlesien, Schlesien – Genosse *Elgas.*"[490] Bis zur Schaffung dieser Oberbezirke gab es zwischen der zentralen Parteiführung und den Bezirken keine Zwischeninstanz.

Da die regionale Stärke der KPD nicht gleichmäßig war, kam den verschiedenen Bezirken unterschiedliches Gewicht zu. Anfang 1931 zählten die sechs stärksten Bezirke Berlin-Brandenburg (15,7%), Sachsen (13,8%), Ruhr (9%), Wasserkante (8,9%), Halle-Merseburg (7%) und Niederrhein (6,3%) sechzig Prozent aller KPD-Mitglieder, die restlichen 18 Bezirke nur vierzig Prozent.[491]

Die Bezirksorganisation sollte über die Unterbezirke (UB), Stadtteile und Ortsgruppen, vor allem die Betriebszellen und die Straßenzellen anleiten. Die Bezirksparteitage (deren Zusammentritt zwischen 1930 und 1932 mehrfach verschoben wurde, vgl. die Rundschreiben) wählten die BL, diese bestimmte eine engere BL und das Sekretariat.

Auf Einzelheiten der Struktur der BL, ihrer Abteilungen, Instrukteure, der UBL und der unteren Organe braucht hier nicht eingegangen zu werden, das Rundschreiben der Orgabteilung vom 5. Dezember 1932 (vgl. Dok. 81) gibt hierzu genügend Einblicke.

Auf Bezirksebene hatte sich bereits in den zwanziger Jahren eine ähnliche Zentralisierung und Machtkonzentration eingespielt wie auf der zentralen Ebene.[492] Entscheidendes Organ der Bezirke war in der Phase 1929 bis 1933 nicht mehr die umfangreiche Bezirksleitung (BL),[493] sondern deren Sekretariat, das drei bis fünf Mitglieder umfaßte und ebenfalls einen „Apparat" als Arbeitsstab besaß (wie auf zentraler Ebene wurde der Apparat der Bezirke im Herbst 1932 auf vier Abteilungen eingeschränkt).[494]

Die BL und vor allem das Sekretariat waren politisch wie personell völlig von der zentralen Führung abhängig. Entsprechend der Aufgabenstellung der Zentrale, „neue, frische Kräfte in die Bezirksleitungen zu bringen", wurden nach 1929 „acht Bezirksleitungen vollständig geändert",[495] also immerhin in einem Drittel aller Bezirke die Funktionäre völlig ausgewechselt.

Die zentrale Führung betrachtete die Bezirksleitungen als entscheidendes Instrument zur Anleitung der Partei, die politische Haltung wie die personelle Zusammensetzung

490 Pikarski, a. a. O. (Anm. 474) S. 720. Sie spricht von 28 Bezirken, nennt aber nur die bestehenden 24 Bezirke. Zu den genannten Oberberatern: Mit Fritz *Emmerich* ist Fritz *Emrich* gemeint, zu seiner Biographie und der von *Creutzburg, Thesen, Pfeiffer, Rau, Stenzer* und *Jaddasch* vgl. Weber II. Zu *Blum* und *Elgas* ließen sich keine Daten finden. Bei *Elgas* handelt es sich vermutlich um einen Druckfehler, es dürfte gemeint sein der KPD-Funktionär Paul *Elias* (1902–1960).

491 Vgl. Weber I S. 368.

492 Einzelheiten ebd. S. 278 ff.

493 Daneben gab es noch eine „engere BL"; vgl. ebd. S. 266.

494 Pikarski, a. a. O. (Anm. 474) S. 723.

495 Creutzburg, a. a. O. (Anm. 486) S. 8.

schien ihr daher besonders wichtig. Die Bezirksleitungen waren aber auch Sprungbrett für Parteikarrieren. Die Politischen Leiter (Polleiter) der Bezirke hatten Reichstags- oder Landtagsmandate inne;[496] die Sekretäre der wichtigsten Bezirke gehörten in Personalunion dem ZK, einige sogar dem Polbüro an.[497] Doch die BL hatte die schwierige Aufgabe, sowohl die politische Linie der Zentrale uneingeschränkt zu vertreten, als auch diese Politik nach unten durchzusetzen, selbständige politische Entscheidungen konnten sie nicht treffen, auch sie waren insofern Arbeitsstäbe der zentralen Führung, des Sekretariats. Signalisierten die Bezirksführungen Stimmungen nach oben, die dort als „Abweichungen" angesehen wurden, so konnte das für die BL „gefährlich" werden.[498]

Andererseits war die zentrale Führung vom Funktionieren der Bezirke abhängig, denn nur diese Organe konnten in der hierarchisch aufgebauten Partei die Umsetzung der Generallinie in praktische Politik bewirken.

Probleme der zentralistischen Partei

Die KPD besaß zwar einen relativ starken hauptamtlichen Parteiapparat (ca. 1000 politische Funktionäre wurden direkt von der Partei bezahlt),[499] aber sie war vor allem auf die Aktivitäten der ehrenamtlichen Funktionäre angewiesen. Die sprichwörtliche Einsatzbereitschaft dieser Funktionäre und der aktiven Mitglieder war die Voraussetzung für die Schlagkraft der Partei. Von 1929 bis 1932 stieg die Zahl der Mitglieder erheblich an (März 1929: 116000, März 1930: 135000, März 1931: 195000, März 1932: 287000), stagnierte aber im Jahr 1932: Ende 1932 wurden 252000 zahlende Mitglieder registriert.[500]

Das Bild des stetig steigenden Mitgliederbestandes verdeckte freilich ein schwieriges Problem der Partei: die Fluktuation. Die KPD nahm zwischen 1929 und 1932 erheblich mehr Mitglieder auf, als sie zu irgendeinem Termin jener Jahre Mitglieder zählte. 1929 registrierte die Partei 50000 Neuaufnahmen, die fast alle wieder verlorengingen.[501] Von Oktober 1930 bis Mai 1931 wurden im „Antifaschistenaufgebot" 73000 Neuaufnahmen getätigt,[502] die Mitgliederzahl stieg aber nur um 45000.

496 Ende 1932 waren die Polleiter *Florin*-Berlin und *Selbmann*-Sachsen Abgeordnete des Reichstags, *Suhr*-Halle, *Duddins*-Thüringen, *Schubert*-Wasserkante, *Opitz*-Ruhr und *Horn*-Niederrhein Mitglieder des Preußischen Landtags. Aber auch von den Polleitern der übrigen (kleineren) 17 Bezirke waren 4 MdR, 7 MdL Preußen sowie 2 MdL Bayern.

497 *Ulbricht*-Berlin, *Florin*-Ruhr und *Schulte*-Niederrhein kamen 1929 als Polleiter ihrer Bezirke ins Polbüro, 1930 auch *Schubert*-Wasserkante.

498 So griff *Thälmann* im Februar 1932 auf der ZK-Tagung die Polleiter *Selbmann* und *Duddins* an. Vgl. Thälmann, Der revolutionäre Ausweg, a. a. O. (Anm. 329) S. 92 f.

499 Vgl. Weber II S. 5 f. Mit dem Wachstum der Partei nach 1929 war auch die Zahl der Parteiangestellten gestiegen.

500 Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß. Materialien. Moskau-Leningrad 1935, S. 141. Chronik S. 284 und 304. Allerdings wurden Ende 1932 360000 registrierte Mitglieder gezählt. Die offiziellen Angaben über den Mitgliederbestand differieren jedoch. Vgl. zu den Einzelheiten Bahne, KPD S. 15; Weber I S. 364 (dort sind weitere Quellen angegeben).
Pikarski, a. a. O. (Anm. 474) S. 722 behauptet, im Januar 1933 habe die KPD 287180 (zahlende) Mitglieder gehabt, diese Angabe ist mit Skepsis zu betrachten, denn genau die gleiche Zahl (287180) gibt der Bericht: Die KI vor dem VII. Weltkongreß (vgl. oben) für März 1932 an.

501 Creutzburg, a. a. O. (Anm. 486) S. 10.

502 Damit wurde das Ziel, Verdoppelung der Mitgliedschaft, allerdings nicht erreicht. Vgl. *Der Parteiarbeiter* 9. Jg., Nr. 6, Juni 1931, S. 166 ff.

„Bei 210000 Neuaufnahmen 1931 hatte die Partei Ende des Jahres nur 259000 Mitglieder [...] In den Grenzbezirken Danzig, Ostpreußen und Schlesien verlor die KPD 1931 absolut mehrere hundert Mitglieder, selbst in Oberschlesien und im Saargebiet wuchs die Mitgliederzahl nur minimal. Im industriellen Bezirk Halle-Merseburg stagnierte sie Ende 1931 völlig."[503]

In den Jahren 1931 und 1932 soll die KPD 400000 neue Mitglieder gewonnen haben.[504] Da das Sekretariat des ZK am 25. Juli 1932 eine Aufnahmesperre beschloß,[505] um besser auf die Illegalität vorbereitet zu sein, sind sonach im Jahre 1931 und im ersten Halbjahr 1932 weit mehr Personen der Partei beigetreten, als sie zu dieser Zeit überhaupt Mitglieder zählte. Tatsächlich registrierte die KPD 1931 38 Prozent und 1932 sogar 54 Prozent Fluktuation.[506]

Die Fluktuation bedeutete wohl weniger eine Umschichtung der Mitgliedschaft, als vor allem den raschen Verlust neugewonnener Mitglieder, die nur ein kurzes Gastspiel in der KPD gaben. Es waren meist neue Parteimitglieder, die mit revolutionärem Enthusiasmus und in der Hoffnung auf eine gut funktionierende Parteiorganisation in die KPD kamen, ihr aber bald wieder enttäuscht den Rücken drehten. Sie liefen weg, weil sie etwas anderes erwartet hatten, wie *Pjatnizki* der KPD vorwarf.[507] Selbstkritisch stellte die KPD fest, der neue Genosse fühle sich fremd, „er findet nicht jenen Geist der Kameradschaftlichkeit, der notwendig ist, um mit Freude mitwirken zu können."[508] Die Parteiführung sah als Grund der katastrophalen Fluktuation vermutlich mit Recht die Tatsache an, daß die Partei es „nicht verstand", die neugewonnenen Genossen „politisch an sie zu binden".[509] (Vgl. auch Dok. 27). Die eigentliche Ursache der Fluktuation lag nach Ansicht der BL Oberschlesien im „Fehlen einer Bearbeitung der Mitglieder und vor allem der neuaufgenommenen Mitglieder und in der schlechten Arbeit der Zellen und Ortsgruppen".[510] Ständige Aufrufe, Artikel und Hinweise „Kampf gegen Fluktuation" waren so an der Tagesordnung,[511] änderten aber ebensowenig an der Fluktuation wie die Versuche, durch „Kontrollen" von oben zu prüfen, ob und wie die neuen Mitglieder integriert wurden.[512]

503 Haschke, a. a. O. (Anm. 418) S. 156 (er konnte die offizielle Organisationsstatistik auswerten). In Halle-Merseburg standen im Januar 1931 739 Neuaufnahmen 478 Abgänge gegenüber (Records 286, 781 110 f.). Im Mai 1932 gab es in diesem wichtigen Bezirk mehr Austritte als Eintritte (*Volkswille*, Reichsorgan des Leninbundes, vom 26. August 1932).

504 Pieck, Bd. V, a. a. O. (Anm. 463) S. 174.

505 Pikarski, a. a. O. (Anm. 474) S. 721.

506 *Der Revolutionär*. Organ für die Mitglieder der KPD, Bezirk Niederrhein, Sondernummer Bezirksparteitag 1932.

507 In: Creutzburg, a. a. O. (Anm. 486) S. 55.

508 *Der Parteiarbeiter* 8. Jg., Nr. 10, Oktober 1930, S. 306.

509 Ebd. S. 306.

510 Records 356, 825 857.

511 Vgl. *Der Parteiarbeiter* 8. Jg., Nr. 7, Juli 1930, S. 219 f.; *Lenins Weg*. Informations- und Diskussionsblatt der Mitgliedschaft der KPD im Bezirk Niedersachsen. Hrsg. von der BL, Juli 1932. *Roter Nordwest*. Bremen, Juli 1932 (in: Records 360, 870 524).

512 So wurde „feierliche Einführung" neuer Mitglieder gefordert (*Der Parteiarbeiter* 7. Jg., Nr. 12, Dezember 1929, S. 375 f.). Im November 1932 richtete die BL Sachsen einen Brief an alle Neuaufgenommenen (mit einem Freiumschlag für Rückantwort) und ersuchte um Auskunft darüber,

Gleichzeitig ging der Einfluß der KPD in den Betrieben fast völlig zurück. Zwar hatte die Partei 1932 2210 Betriebszellen (neben 6000 Straßenzellen), doch während im Oktober 1930 noch jedes 3. Mitglied im Betrieb arbeitete, war es im März 1931 nur noch jedes 4. Mitglied und Ende 1932 nur noch jedes 9. Mitglied. Der Anteil der Betriebsarbeiter an der Mitgliedschaft verringerte sich von 20 Prozent 1931 auf 11 Prozent 1932.[513] Dabei schwand vor allem der Einfluß in den Großbetrieben: nur in jedem fünften Betrieb mit über 500 Arbeitern hatte die KPD eine Betriebszelle. In vielen Riesenbetrieben war die KPD äußerst schwach verankert, so z.B. hatte die KPD bei Krupp (22000 Arbeiter) 220 Mitglieder, im Bochumer Verein (10000 Arbeiter) 60 Mitglieder, bei Hoesch-Dortmund (5500 Arbeiter) 8 Mitglieder.[514]

Diese Realität widersprach völlig der seit 1929 immer wieder verkündeten Aufgabenstellung, die Kommunisten müßten „alle ihre Kräfte auf die Betriebe werfen und diese zu kommunistischen Hochburgen machen".[515]

Der ständig wiederholte Ruf „Jeder Betrieb eine rote Burg"[516] war verbunden mit der Aufforderung der Parteiführung, die „Betriebsarbeit zu verbessern", keinen Betrieb ohne Betriebszelle zu dulden, eine „Wende" der Betriebsarbeit vorzunehmen; auch die Rundschreiben des ZK enthalten diesen Tenor.[517] Doch auch Ende 1932 war noch immer typisch, was *Gustl Sandtner*, Polleiter von Schlesien, auf dem Bezirksparteitag sagte: „Die Hauptschwäche unserer Arbeit besteht darin, daß noch nicht der Betrieb das Zentrum der Parteiarbeit ist. Wir haben in Schlesien 2000 Betriebe und nur 35 Betriebszellen."[518]

Die Praxis der Parteiarbeit zeigt so, daß die entscheidenden Aufgabenstellungen der Generallinie für die Organisation überhaupt nicht realisiert werden konnten: Die KPD war kaum in Betrieben verankert, ihr Einfluß ging dort sogar zurück, und die Parteiorganisation konnte wegen der Fluktuation bei weitem nicht so gestärkt werden, wie es die objektive Situation, der Mitgliederzustrom, zu ermöglichen schien.

Diese Probleme wirkten auf die Arbeit und die Haltung der Parteiaktivisten, der Funktionäre, zurück. Nach offiziellen Angaben waren etwa ein Drittel der Mitglieder

---

ob das neue Mitglied im Besitz des Mitgliedsbuches sei, vom Zellenkassierer regelmäßig aufgesucht werde, ob er in einer Zellenversammlung war und wie ihm diese gefallen habe usw. (NSDAP-Hauptarchiv, Hoover-Institution, Reel 14, Folder 263.)

513 GdA, S. 271; Die KI vor dem VII. Weltkongreß, a. a. O. (Anm. 500) S. 141; Pieck, Bd. V, a. a. O. (Anm. 463) S. 174.

514 Thälmann-Biographie, a. a. O. (Anm. 121) S. 548; Bahne, in: Reulecke, a. a. O. (Anm. 5) S. 335.

515 Aufruf des ZK im August 1929, in: *Inprekorr* Nr. 81 vom 23. August 1929, S. 1915.

516 *Der Parteiarbeiter* 9. Jg., Nr. 7, Juli 1931, S. 205.

517 Vgl. den Arbeitsplan der BL Niederrhein, Sommerhalbjahr 1932 (Records 356, 825830), oder den Brief der gleichen BL an alle Polleiter der Zellen (Records 358, 868004).

518 Zitiert in: Hans Jürgen Friederici, Zur Entwicklung der neuen Strategie und Taktik der KPD und ihre führende Rolle im antifaschistischen Widerstandskampf. Dargestellt am Kampf der oberschlesischen Parteiorganisation und deutscher und polnischer Werktätiger gegen den Faschismus in den Jahren 1933–1938/39. Phil. Habil. Leipzig 1965, Anhang, S. 8.
Schlesien war zwar ein schwacher KPD-Bezirk, aber auch im zweitstärksten Bezirk, in Sachsen, ging der Anteil der Betriebsarbeiter überdurchschnittlich zurück: April 1932 noch 7,1 Prozent und Oktober 1932 nur noch 6,7 Prozent. Bericht der BL Sachsen an den 3. Bezirksparteitag, 3. und 4. Dezember 1932. Als Manuskript gedruckt, S. 56.

als Funktionäre aktiv.[519] also 1929 bis 1932 zwischen 40000 und 90000 Personen. Bei der Vielzahl der Aufgaben und Funktionen mußte die Parteiführung trotz der imposanten Zahl „Überlastung aller aktiven Funktionäre mit Parteiarbeit" konstatieren, die „den willigen Genossen keine Zeit zur Schulungsarbeit lassen".[520] Die dauernde Aktivität drohte so im Selbstzweck zu ersticken. Doch die Fluktuation wirkte sich auch auf die Situation der Funktionäre aus. Von 970 Delegierten des Bezirksparteitags Berlin 1932 waren 700 nicht länger als drei Jahre in der KPD organisiert, davon 400 kürzer als ein Jahr.[521]

Das ehrenamtliche Funktionärskorps war also ebenso von der Fluktuation betroffen wie die Mitgliedschaft.[522] Die Führung förderte diesen Prozeß noch, weil sie ständig „neue frische Kräfte in die Leitungen und in die Partei" holen wollte.[523] 1929 verlangte die Führung die „Ausmerzung derjenigen Elemente", die „dem Tempo der revolutionären Entwicklung nicht mehr gewachsen" waren.[524] 1930 wurden mittlere Funktionäre „durch neue frische Kräfte" ersetzt usw.[525]

In der Tat war das ehrenamtliche Funktionärskorps leicht auswechselbar, es fanden sich immer wieder neue Mitglieder, die von der Ideologie oder den Tagesforderungen der KPD überzeugt und zur Parteiarbeit bereit waren. Die Mehrheit der ehrenamtlichen Funktionäre waren entweder Betriebsarbeiter oder Erwerbslose, sie bildeten das Rückgrat der Partei. Die Fluktuation der ehrenamtlichen Funktionäre ermöglichte es dem hauptamtlichen Apparat und der Führung noch leichter, alle wichtigen Schalthebel der Partei in der Hand zu halten. Sie bestimmten in den Bezirks- und Unterbezirksleitungen (beispielsweise waren in Sachsen von insgesamt etwa 25 Unterbezirksleiter 15 hauptamtliche Funktionäre).[526]

Kam der Führung die Fluktuation der ehrenamtlichen Funktionäre also durchaus nicht ungelegen, so mußte sie doch andererseits ein zumindest ideologisch gefestigtes

519 Im Dezember 1931 waren offiziell 32 Prozent der Mitglieder Funktionäre. Vgl. Die KI vor dem VII. Weltkongreß, a. a. O. (Anm. 500) S. 143. Als Funktionäre wurden alle gewählten Funktionsträger (Polleiter, Orgleiter, Kassierer usw.) von der Betriebszelle bis zur Führung gezählt, außerdem Delegierte zur Konferenz, aber auch Mandatsträger oder Aktivisten in Massenorganisationen (RGO, RH usw.).

520 *Der Parteiarbeiter* 8. Jg., Nr. 10, Oktober 1930, S. 307.

521 BA, Reichssicherheitshauptamt, R 58-390 (Parteitage der KPD).

522 Das gilt auch für die Repräsentanten der KPD in Wahlgremien; vgl. etwa zu den Kommunalvertretern B. Herlemann, a. a. O. (Anm. 5) S. 200 ff.

523 Richtlinien für die 3. Reichskontrolle. *Der Parteiarbeiter* 7. Jg., Nr. 12, Dezember 1929, Sonderbeilage, S. 1.

524 *RF* Nr. 217 vom 29. Oktober 1929.

525 A. Bewer, Das ABC der Orgarbeit. Leitfaden für den Parteiarbeiter. (Bücherei des Parteiarbeiters, Bd. 3), o. O. und o. J. (1930), S. 23.

526 Records 313, 8 122 080. Die hauptamtlichen Funktionäre bestimmten in den Leitungen. Wenn sie freilich allzu deutlich dominierten, wandte sich die Führung dagegen. In einer Vorlage an das ZK-Plenum im Februar 1932 wird z. B. kritisiert, daß „auf der Sitzung der engeren BL" von Halle-Merseburg am 9. 2. 1932 kaum Betriebsarbeiter waren: „Anwesend waren 27 Genossen, davon 18 Parteiangestellte, einige Angestellte vom Verlag und aus anderen Organisationen, aber nur 2 Betriebsarbeiter und 4 Erwerbslose. Von einem Genossen Betriebsarbeiter wurde bestätigt, daß schon seit längerem die Sitzungen der engeren BL eine ähnliche Zusammensetzung, wenn auch nicht in dieser schroffen Form, aufzuweisen haben." (Vorlage aus dem Nachlaß Humbert-Droz, vgl. Anm. 213.)

Funktionärskorps heranziehen, um die anstehenden Aufgaben bewältigen zu können. Um die Funktionäre ideologisch zu motivieren und zu aktivieren, setzte die Parteiführung vor allem auf die Schulung. Im Frühjahr 1929 wurden 5 Prozent der Mitglieder durch die Schulung erfaßt. 1930/31 führte die KPD 150 Lehrgänge mit 4500 Funktionären an Reichs- und Bezirksparteischulen durch.[527] Noch größeren Wert legte die Partei auf die Schulung von Nachwuchs für Spitzenfunktionen oder die Weiterbildung wichtiger Funktionäre.[528] Auf der zentralen Parteischule Fichtenau bei Berlin wurden von Februar 1929 bis 1933 etwa 1000 Funktionäre geschult.[529]

Die ideologische und politische Ausrichtung der Funktionäre und Mitglieder sollte natürlich auch über die Medien der Partei erfolgen. Für die Rolle der 37 Tageszeitungen der KPD ist es bezeichnend, daß diese nur so viel Abonnenten hatten, als die Partei Mitglieder zählte.[530] Die Presse war ab 1929 völlig zentralisiert und verbreitete lediglich die Meinung der Parteiführung, wobei der Pressedienst, die *Inprekorr* und auch die Rundschreiben den Redaktionen Richtlinien gaben. Durch häufige Verbote der Parteiorgane (1932 wurde das Zentralorgan, *Die Rote Fahne*, von 307 Erscheinungstagen 124 Tage, die KPD-Presse insgesamt an 307 Erscheinungstagen verboten) verlor dieses Mittel der Meinungsbildung jedoch an Wirkung.[531] Die Zeitschriften für die Funktionäre *(Die Internationale, Der Parteiarbeiter, Der Propagandist, Der Agitator)*[532] erschienen in geringerer Auflage und wurden nur von wenigen Funktionären gelesen.

Die Skizzierung verschiedener Probleme der zentralistischen Partei, gerade auch ihrer Meinungsbildung,[533] macht deutlich, wie wichtig für die Führung das Funktionieren der Mechanismen der Machtausübung war.

Mechanismen der Anleitung der Bezirke

Von den vielfältigen Methoden, mit denen die Parteiführung die Organisation anleitete, sollen zum Verständnis der Rolle und des Stellenwerts der Rundschreiben des ZK lediglich einige Mechanismen der Anleitung der Bezirke skizziert werden. Die Anweisungen der übergeordneten Organe waren in der KPD nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus unbedingt und ohne Diskussion durchzuführen. Damit war die generelle Willensbildung von oben nach unten in der Partei unbestritten.

527 Horst Laschitza, Die Schulungsarbeit der KPD zur Aneignung des Leninismus. Wissenschaftliche Beiträge der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED. 23. Jg., Heft 1. 1974, S. 175 f.

528 In Fichtenau bei Berlin fand von Januar bis April 1930 die 5. Reichsparteischule statt, auf der Nachwuchskader ausgebildet wurden (Records 312, 817 738). Mitte 1932 gab es dort einen Kurs für 15 Landtagsabgeordnete (StA Bremen, 13 i, Bd. 14).

529 Neues Deutschland Nr. 46 vom 23./24. Februar 1980. Dagegen ist an anderer Stelle von 680 Schülern die Rede, die die Schule Fichtenau besuchten; vgl. unten, Dok. 15 a, Anm. 1. Aber auch diese Zahl zeigt die Bedeutung der Schulung.

530 Pieck, Bd. V, a. a. O. (Anm. 463) S. 175. *Pjatnizki* sprach auf dem X. Plenum des EKKI 1929 (Protokoll, S. 251) von 280 000 Exemplaren Auflage der KPD-Presse, an anderer Stelle ist von 254 000 die Rede, und für 1931 von 330 000, wegen der Krise sei dann die Auflage gefallen. Die KI vor dem VII. Weltkongreß, a. a. O. (Anm. 500) S. 142.

531 Kurt Koszyk, Deutsche Presse 1914–1945. Geschichte der deutschen Presse, Teil III. Berlin (West) 1973, S. 328.

532 *Parteiarbeiter, Propagandist* und *Agitator* waren nur noch interne Organe, vgl. Dok. 41.

533 Über Einzelheiten der Meinungs- und Willensbildung in der KPD vgl. Weber I S. 272 ff. Die dort für die Periode bis 1929 gegebene Darstellung gilt auch für die spätere Zeit.

Um den Bezirken die Vorstellungen der Parteiführung, taktische Wendungen der Politik, organisatorische Anweisungen usw. bekannt zu machen, gab es verschiedene Wege. Die vom Polbüro gefaßten Beschlüsse wurden als verbindlich veröffentlicht (intern oder in der Parteipresse). Die ZK-Tagungen dienten ebenfalls der Instruktion der Bezirke: da viele Polleiter und andere wichtige Funktionäre der Bezirke Mitglied des ZK waren, konnten sie so unmittelbar mit der politischen und organisatorischen Aufgabenstellung vertraut gemacht werden. In besonderen Fällen wurden alle Polleiter der Bezirke in Berlin zusammengerufen, um Instruktionen entgegenzunehmen. So fand z.B. einen Tag nach den Wahlen vom 31. Juli 1932 eine „Reichskonferenz" statt, an der neben den Polleitern auch die Abteilungsleiter des ZK teilnahmen und außer der Analyse der Wahlen auch das „Versagen" der Partei beim Staatsstreich in Preußen (20. Juli) diskutiert wurde.[534] Schließlich waren viele leitende Bezirksfunktionäre Abgeordnete des Reichstags oder des Preußischen Landtags und daher häufig in Berlin und für die zentrale Führung direkt erreichbar. Auch einzelne Abteilungen (Org-, Agitprop- usw.) luden die entsprechenden Bezirksfunktionäre zu Tagungen nach Berlin ein, um die Aufgaben abzustimmen.

Die unmittelbare Anleitung der praktischen Arbeit der Bezirke erfolgte auch dadurch, daß Mitglieder des Polbüros für bestimmte wichtige Bezirke direkt verantwortlich waren; sie nahmen an wesentlichen Tagungen der Bezirksleitungen teil, übermittelten die Vorstellungen der Zentrale, übten Kontrolle über die Durchführung der Beschlüsse aus und unterrichteten sich gegenseitig in der Führung über die jeweiligen Aktivitäten, die Lage und Stimmung der Bezirke. Außerdem wurden Mitarbeiter der Abteilungen des ZK eingesetzt, um die Bezirke anzuleiten.

Auch die Instrukteure (vgl. zu den Einzelheiten Dok. 49) spielten bei der Anleitung der Bezirke eine Rolle. Das ZK hatte im Mai 1931 beschlossen, einen „Instrukteurstab" zu schaffen.[535] Die Instrukteure wurden vom Sekretariat des ZK mit konkreten Aufgaben betraut. Beispielhaft ist ein Bericht von *Heinrich Rau*, der im Juni 1932 in den Bezirk Nordwest (Bremen) entsandt wurde. Er hielt vor der BL einen „Bericht entsprechend der Instruktion" des ZK, erst anschließend sprach der Polleiter des Bezirks, *Robert Stamm*, danach wurde der Arbeitsplan des Bezirks „vervollständigt".[536] Die Instrukteure wurden auch zur Kontrolle in die Bezirke geschickt, ließen sich dort vom Sekretariat der BL berichten und führten anschließend meist Funktionärsversammlungen durch.[537]

In besonderen Fällen übermittelten auch Kuriere „Richtlinien an die Parteiorganisationen im Reich".[538] Natürlich hatten die Rundschreiben als schriftliche Anleitung eine wesentliche Funktion, wie noch zu zeigen sein wird.

Aufgrund der von der zentralen Führung vermittelten politischen und organisatorischen Vorstellungen hatten die Bezirke Arbeitspläne für die nächsten Monate zu erstellen, in denen alle Aufgabenbereiche (Agitprop, Frauen usw.) konzipiert wurden. Entsprechend der Struktur des Bezirkes gab es dabei Schwerpunkte

534 Vgl. Thälmann, Reden und Aufsätze II, a. a. O. (Anm. 354) S. 254.

535 *Der Parteiarbeiter* 9. Jg., Nr. 6, Juni 1931, S. 163.

536 Records 360, 870513.

537 In den Records finden sich zahlreiche Belege; vgl. z. B. 360, 870616 ff.

538 Thälmann-Biographie, a. a. O. (Anm. 121) S. 590.

(Landarbeit, RGO-Arbeit usw.). Die Arbeitspläne der Bezirke ähnelten sich, da sie nach einem bestimmten Schema aufgebaut waren. Nach einer mehr oder weniger umfangreichen politischen Analyse folgten organisatorische Aufgabenstellung, konkrete Terminplanung (für Kampagnen, Tagungen, Demonstrationen) und die Planung der einzelnen Abteilungen. Der Arbeitsplan war so ein Konzept der BL und zugleich Mittel der Kontrolle der Arbeit für das ZK. Die Arbeitspläne wurden entsprechend den Anweisungen der Führung (auch hier dienten u. a. die Rundschreiben als Vorlage) vom Sekretariat der BL ausgearbeitet, von der BL angenommen und verantwortet.

Auf Bezirksebene kam es zwischen 1929 und 1932 zu Umstrukturierungen der Abteilungen, doch war im Prinzip die Arbeitsweise ähnlich wie auf der zentralen Ebene. Aus einem Bericht der wichtigen BL Ruhr an das ZK vom Frühjahr 1930[539] ergibt sich die generelle Arbeitsweise. Die BL hatte drei Abteilungen: Orgabteilung mit den Unterabteilungen Kommunalpolitik (Kompol), Land sowie Kasse; Gewerkschaftsabteilung mit den Unterabteilungen ARSO, Genossenschaft und Erwerbslose und die Agitpropabteilung mit den Unterabteilungen Kultur, IFA und Frauen. Alle Aufgaben wurden im Sekretariat besprochen, festgelegt und den einzelnen Abteilungen zugeteilt. Das Sekretariat überwachte die Arbeit und übte „scharfe" Kontrolle aus. Die Orgabteilung trat mindestens zweimal monatlich zusammen und plante die nächsten Aufgaben. Im letzten Drittel des Monats fand immer eine Sitzung mit den Orgleitern der Unterbezirke statt, in denen auch der Bezirksarbeitsplan festgelegt wurde. Die Unterabteilungen traten monatlich zusammen. Das Schema der Arbeit der zentralen Führung galt also auch für die Bezirke (die ihrerseits genauso die Unterbezirke anleiteten).

Die Sekretariate der Bezirksleitungen beschäftigten sich mit allen Fragen der Organisation, der Personalpolitik, aber auch der „Massenorganisationen". So legte beispielsweise eine Sekretariatssitzung der BL Mecklenburg am 20. Mai 1932 eine Bezirkskonferenz der RGO genau fest. In diesem Fall nahm an der Sitzung noch teil „außer den Sekretariats-Mitgliedern der Genosse *Neddermeyer* vom Reichskomitee der RGO".[540]

Die Sekretariatssitzungen behandelten die Vorbereitungen von Kampagnen, insbesondere Wahlkämpfen, Ausschlußverfahren von Funktionären, aber auch Vorschläge an das Sekretariat, wer z. B. als Kandidat bei Landtagswahlen aufgestellt werden sollte.[541]

Die BL führte häufig Sitzungen gemeinsam mit den Polleitern der Unterbezirke durch, wobei das Hauptreferat von Abgesandten des ZK gehalten wurde. So sprach auf einer Sitzung der engeren BL des wichtigen Bezirks Halle-Merseburg am 21. März 1932 ein Referent des ZK über die Wahlen zum Reichspräsidenten, wobei er die allgemeine Linie der Partei wiedergab. Der Orgleiter des Bezirks referierte über organisatorische Fragen des Bezirks, danach diskutierten vor allem UB-Leiter über

539 Vgl. HStA Düsseldorf, Best. Reg. Düss. Nr. 30657e. Ähnliche Berichte von Abteilungen anderer BLs finden sich in den Records, so z. B. von der BL Danzig im Mai 1930 (Records 312, 810882 und 810917).

540 Records 285, 779879. Zu Robert *Neddermeyer* (1887–1965) vgl. Weber II S. 231.

541 Vgl. die Listen von Bayern und Oldenburg, die vom Sekretariat bestätigt werden sollten, in: Records 336, 841617 f. Sogar Ortsgruppen mußten solche Bestätigungen einholen: vgl. Dok. 9.

ihre Probleme. Das Schlußwort hielt wieder der Vertreter des ZK, der auf die angesprochenen Fragen im Sinne der Strategie und Taktik der Partei einging.[542] Selbst auf Abteilungskonferenzen der Bezirke wurden die Referate oft von zentralen Funktionären gehalten, beispielsweise auf einer Agitpropkonferenz des Bezirks Wasserkante am 16. September 1932.[543]

Aus allen Unterlagen ergibt sich, daß die Bezirke keinerlei politische Eigenständigkeit besaßen und auch organisatorisch lediglich Arbeitsstäbe der zentralen Führung waren, von dieser in allen Fragen direkt angeleitet und kontrolliert wurden. Wie weit diese Abhängigkeit ging, soll ein Beispiel zeigen. Vor dem Bezirksparteitag Nordwest schickte das Bezirkssekretariat am 22. November 1932 einen Eilbrief an das Sekretariat des ZK in Berlin, in dem es hieß: „In der Anlage übermitteln wir Euch die Resolution zum Bezirksparteitag Nordwest in zwei Exemplaren. Ihr wollt dieselben bitte sofort überprüfen und etwaige Abänderungen uns durch Eilboten oder telephonisch übermitteln. Bis Freitag müssen wir Eure Stellungnahme oder Abänderungsvorschläge wissen, da wir die Resolution noch abziehen müssen."[544] Obwohl die BL die geplante Resolution des Bezirksparteitages ja entsprechend den vorliegenden Materialien des ZK (auch der Rundschreiben) abgefaßt hatte, mußte sie sich rückversichern. Die spätere „Annahme" einer solchen Resolution durch die Delegierten des Bezirksparteitages war dann nur noch Farce, die den hierarchischen Zentralismus überdecken sollte.

Im gleichen Eilbrief wurde auch die Frage des Referenten für den Bezirksparteitag angesprochen: „Wir haben bereits verschiedentlich bei Euch angefragt, ob das ZK für den Bezirksparteitag Nordwest einen Genossen Referenten stellt, oder ob der Referent von der BL gestellt werden muß. Gebt uns bitte auch hier sofort, wenn es angeht, telephonisch Bescheid, ob ein Genosse Referent vermittelt wird und wenn es angeht, teilt uns den Namen des Genossen mit." Auch hier wurde ein Referent des Polbüro *(Schubert)* entsandt.[545] In eiligen Fällen war also durchaus auch telefonische Verbindung zwischen dem ZK und den Bezirken für die Anleitung möglich.

Die Referentenvermittlung war im übrigen eine wichtige Aufgabe der Zentrale, die entsprechende Abteilung R. hatte einen umfangreichen Schriftverkehr und versuchte vor allem bei Wahlen, bekannte Redner für Versammlungswünsche der Bezirke zu stellen, Termine auszuarbeiten usw.[546]

Selbstverständlich blieben in der zentralisierten Partei vor allem die personalpolitischen Entscheidungen der Zentrale vorbehalten. Das galt nicht nur für die schon erwähnte Kandidatenaufstellung bei Landtagswahlen, sondern noch mehr für die Funktionsbesetzungen innerhalb der Partei.[547] Der schon zitierte Eilbrief des BL-

542 Records 208, 780961.

543 Die Leitung hatte Franz *Jacob*, Redner der Agitpropabteilung des ZK war Walter *Däumig*. Dieser verglich die „drei revolutionären Zentren" in Deutschland und Rußland: „Berlin gleich Moskau, Hamburg gleich Leningrad, Ruhrgebiet gleich Donezbecken." StA Bremen, 4.65, IIA 12a, Bd. 34.

544 StA Bremen, 4.65, IIA 12b, Bd. 16 (KPD Bremen, 1. Sammelband Bezirksparteitag am 16.–17. 11. 1932).

545 So handschriftlich auf dem Brief (Anm. 544) eingefügt.

546 Records 350, 888384; vgl. auch Records 285, 779309 ff.

547 Wie danach „Wahlen" in der Partei einzuschätzen sind, zeigen auch die Dok. 19 und 20, in denen genau vorgeschrieben war, welche Delegierten zu wählen waren.

Sekretariats Nordwest ist auch hierfür typisch: „Betr. Vorschlag der Sekretäre. Die BL schlägt folgende Genossen als Sekretäre für den Bezirk Nordwest vor und bittet um Eure Bestätigung: 1. Polleiter *Robert Stamm*. 2. Orgleiter *Egon Nickel*. 3. Agitpropleiter *Ad. Häusler*. Alle drei Genossen haben bis jetzt diese Funktion bereits durchgeführt."[548] In diesem Falle dürfte die Zustimmung des ZK-Sekretariats einfach gewesen sein. Doch behielt sich die Zentrale immer die Entscheidung vor, die auch ablehnend sein konnte. So schrieb das Sekretariat des ZK am 13. Mai 1932 an die BL Halle-Merseburg: „Das Sekretariat hat zu Eurem Antrag, den Genossen *Kant* als Agitpropsekretär zu bestimmen, Stellung genommen. Teilt uns mit, ob es möglich ist, daß Ihr einen anderen Genossen aus Eurem Bezirk benennen könnt, andernfalls ein geeigneter Vorschlag durch uns gemacht wird."[549] Die personalpolitische Zuständigkeit der Zentrale schien so selbstverständlich, daß das Sekretariat nicht einmal die Gründe für die Ablehnung bekanntgab und eigene Kandidaten vorschlagen konnte.

Selbstverständlich war auch der personalpolitische Zentralismus nicht problemlos. Von oben angeordnete Versetzungen konnten zu Engpässen führen, hier versuchten die Polleiter der Bezirke durch Rücksprachen beim ZK mitzuwirken.[550] Sogar untere Einheiten versuchten Einfluß auf die Kaderpolitik zu nehmen. So verlangte beispielsweise die Ortsgruppe Schöppstedt am 8. Juni 1932 in einem Brief an das ZK die Abberufung des UB-Sekretärs *Kleine* und seine Ersetzung durch *Arthur Dorf*.[551] Nur in Ausnahmefällen ging die Führung auf solche Wünsche ein.

Die Organisationsstruktur der KPD war eine politische Einbahnstraße von oben nach unten. Das schloß allerdings eine Rückkoppelung bei der organisatorischen Durchführung der Beschlüsse nicht aus. Typisch für eine solche Kritik (und entsprechende Selbstkritik der Zentrale) ist ein Schriftwechsel zwischen der BL Schlesien und dem Sekretariat. Das Sekretariat der BL Schlesien beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 17. April 1932 mit der zu späten Flugblatt-Belieferung durch die Agitpropabteilung des ZK bei den Präsidentschaftswahlen und richtete deswegen „eine Beschwerde an das Sekretariat des ZK". Dabei wurde darauf verwiesen, daß durch die zu späte Auslieferung „uns dadurch ungeheure Schwierigkeiten erwachsen und die Mißstimmung in den Ortsgruppen erzeugt wird". Das Sekretariat erkannte die Beschwerde in einem Brief vom 6. Mai 1932 als „leider" richtig an und versprach, „Vorsorge" zu treffen, „daß bei künftigen Kampagnen sich derartiges nicht wiederholt".[552]

Ähnliche Beispiele der notwendigen Kritik von unten gab es immer wieder. So

548 Vgl. Anm. 544.

549 Records 313, 812238. Im gleichen Brief hieß es auch: „Es besteht nach wie vor der Beschluß, daß der Genosse *Biering* als Nachfolger des Genossen *Koenen* das Reichstagsmandat erhält. Genosse *Koenen* hat uns allerdings mitgeteilt, daß Ihr Euch in einem Schreiben an uns über die Qualität des Genossen B. dahingehend geäußert habt, daß er nicht für die Übernahme eines Reichstagsmandats in Betracht käme. Bei uns ist ein solches Schreiben nicht eingegangen. Wir ersuchen Euch daher um Rückäußerung. Über den Termin des Nachrückens von B. im Reichstag bekommt Ihr noch Bescheid."

550 So sollte der politische Redakteur in Bremen, Heinke *Heinks* (1895–1968, Biographie vgl. Weber II S. 158) zur Landabteilung des ZK versetzt werden. Polleiter *Stamm* nahm deswegen Rücksprache beim ZK, um eine Verschiebung der Versetzung zu erreichen. Records 360, 870541 f.

551 Records 284, 779143.

552 Records 313, 812256 f.

verwahrte sich die BL Sachsen (Org) gegen einen Artikel im *Der Parteiarbeiter*, in dem die Parteisekretäre aufgefordert wurden, „mit ihrem Hintern von den Amtsschemeln" herunterzukommen. Die BL protestierte in einem Brief vom 12. August 1932 an das Sekretariat gegen solche Formulierungen, die unnötige Diskussionen hervorriefen. Die BL warf nun der Orgabteilung vor, durch Bürokratismus Schreibtischarbeit notwendig zu machen: „Wenn wir alle Fragen, die die Orgabteilung des ZK an uns richtet, beantworten wollen, dann müssen wir einen ganzen Stab von Genossen beschäftigen, der nur dieses Material zusammenstellt. Eine Anweisung überholt die andere, so daß wir meist schon bei Eingang einer solchen abwarten, bis der persönliche Kurier kommt und es wieder richtigstellt. Nur ein Beispiel. Der Vertreter der Orgabteilung kommt nach hier und holt die Fragebogen aller Bezirksleitungsmitglieder. Wir holen dieselben aus dem Archiv, händigen sie aus und nach 10 Tagen kommt ein Brief aus Berlin, in dem man verlangt, daß wir nochmals von allen Bezirksleitungsmitgliedern einen solchen Fragebogen anfordern und denselben nach Berlin schicken. Wir haben das nicht getan, weil wir nicht Gefahr laufen wollen, daß die Bezirksleitungsmitglieder der Auffassung sind, Unterlagen wären bei der Haussuchung der Polizei in die Hände gefallen. Vorgestern kommt ein Brief, in dem verlangt wird, daß wir 10 Delegierte für den Antikriegskongreß stellen, ein Bezirkskomitee zu diesem Zweck bauen usw. Einen Tag später kommt der Vertreter des Sekretariats und macht ganz andere Angaben. Wir könnten diese Litanei fortsetzen [. . .]"[553]

Dieses ausführliche Zitat ist nicht nur für die Methode der zentralistischen Anleitung interessant, es zeigt auch deren bürokratische Handhabung und die Beschwernisse, die der Organisation dadurch entstanden. Die zu bewältigende Papierflut, die Vielfalt der Aufgaben, die Multifunktionäre erforderten, hielten die Parteiarbeiter in ständiger Aktion. Da die KPD in dieser Zeit trotz ihres Antiparlamentarismus die Wahlkämpfe ernst nahm, war sie auch hier laufend beschäftigt. Die Überschätzung der eigenen Möglichkeiten – die gerade auch aus den Rundschreiben spricht – täuschten oft intensive Aktivitäten vor, die den oberen Instanzen – ZK oder EKKI – als Selbstbestätigung dienten.

Außerdem gab es auf der zentralen Ebene Desorganisation, die wieder zu Lasten der Bezirke ging. Zwar war die Anleitung der Bezirke beim Sekretariat konzentriert, doch kam es wegen des Kompetenzgerangels in der Führung durchaus zu Reibungsverlusten. 1932 schaltete sich *Thälmann* mit seinen Mitarbeitern *Hirsch* und *Birkenhauer* direkt in die Anleitung der Bezirke ein. Selbst die offizielle *Thälmann*-Biographie der DDR berichtet, daß *Thälmann* mit seinen Sekretären nach dem 20. Juli 1932 Aufrufe formulierte sowie Entwürfe, Artikel und „Rundschreiben an die Bezirke" ergänzte.[554]

Auch zwischen dem Sekretariat und den Abteilungen gab es Differenzen und Leerlauf. Am 30. Juli 1932 schrieb *Dahlem* als Leiter der Orgabteilung an das Sekretariat, er könne keinen Bericht über die antifaschistische Kampfwoche geben, da ihm keine schriftlichen Berichte vorlägen. Die vom Sekretariat ausgesandten Instrukteure hatten Anweisung, nur mündlich dem Sekretariat zu berichten. *Dahlem* wollte nun unabhängig vom Instrukteursystem wieder eine kontinuierliche Berichter-

553 Records 284, 779250.

554 Thälmann-Biographie, a. a. O. (Anm. 121) S. 590.

stattung für die Orgabteilung einführen. Er forderte außerdem, daß die Instrukteure aufgrund festumrissener Fragen ihre Instruktion und Kontrolle und ihre Berichterstattung durchzuführen haben. Vor allem aber sollten die Instrukteure „vor der Abfahrt unbedingt in Verbindung mit der Org- und Agitpropabteilung stehen".[555] Das war also vorher nicht geschehen, und für diesen Mangel machte *Dahlem* indirekt den neuen Sekretär, *John Schehr*, verantwortlich.

Das Sekretariat war offensichtlich überlastet, da es für alle Fragen zuständig war und entscheiden mußte.[556] Da die zentrale Führung gleichzeitig dem EKKI rechenschaftspflichtig war, lief auch die Berichterstattung nach Moskau über das Sekretariat.[557] Die Folge der Überlastung war mangelhafte Koordination, die operative Arbeit erstickte im Bürokratismus.

Für die Parteiführung war der Zentralismus bereits so selbstverständlich, daß selbst bei Versuchen, den Sachverstand der Mitarbeiter für die politische Konzeption zu nutzen, meist an den Bezirksleitungen vorbeigegangen wurde. So wandte sich *Thälmann* in einem Brief vom 28. Mai 1932 an alle ZK-Mitglieder, an das ZK des KJVD und auch an die Abteilungsleiter im ZK mit 18 Fragen und der Bitte um Vorschläge für die Ausgestaltung der Antifaschistischen Aktion,[558] die Bezirke wurden übergangen. Ebenso war es für die Führung ganz selbstverständlich, daß sie nicht den „Instanzenweg" einzuhalten brauchte. Mehrfach wandte sich das ZK in wichtigen Fragen mit „Zellenbriefen" direkt an die unteren Parteiorgane.[559] Auch

555 Records 350, 859373.

556 Beispielsweise mußte es sich mit dem Antrag der Abteilung Parlamente (unterschrieben W. K. d. i. Wilhelm *Koenen*, 1886–1963, Biographie vgl. Weber II S. 187 f.) befassen. Helene *Overlach* solle das ihr zufallende Mandat im Preußischen Staatsrat niederlegen (Records 356, 865605). Im Januar 1932 mußte sich das Sekretariat mit einer Beschwerde des damaligen Chefredakteurs der *Roten Fahne* beschäftigen, die BL Wasserkante habe ihn, *Reinhardt* (d. i. *Abusch*) verleumdet (Records 360, 870501). Im August 1932 wollte die BL Nordwest wissen, ob es stimme, daß Spitzenfunktionäre in der UdSSR ihren Urlaub verbringen könnten. (Records 360, 870548) usw. (Zu den Biographien vgl. Weber II.)

557 Vor allem der Orgleiter des EKKI, Ossip *Pjatnizki*, benutzte diese Berichte auch zur Kritik an der KPD-Politik, vgl. z. B. seine Ausführungen in Creutzburg, a. a. O. (Anm. 486) S. 54 ff. Wie Orgleiter *Pjatnizki* waren übrigens auch andere wichtige Funktionäre im EKKI von der KPdSU gestellt, so der Leiter der Abteilung Parteiaufbau, B. *Wassilew*, und der Leiter der Kaderabteilung, *Krajewski*. Vgl. BzG 16. Jg., Heft 5, 1974, S. 840.

558 Der Brief ist abgedruckt in Antifaschistische Aktion, S. 44 ff.

559 Hier einige Beispiele: Anfang Juni 1930 verschickte das ZK (Sekretariat) einen gedruckten, fünfseitigen Brief an „alle Betriebs- und Straßenzellen sowie Ortsgruppenleitungen" mit dem Hinweis: „In jeder Zelle vorzulesen und zu diskutieren", unterschrieben von Ernst *Thälmann*. (StA Bremen, 4, 65, IIA 12 a, Bd. 26). Einen ähnlichen „Zellenbrief" richtete das Sekretariat aus Anlaß des „Roten Volksentscheids" am 27. Juli 1931 an „alle Betriebs- und Straßenzellen" (Vgl. Dok. 48). Ende September 1931 versandte das ZK einen „Rundbrief" an „alle Parteimitglieder". Der zwölfseitige, gedruckte Rundbrief enthielt Beschlüsse des Polbüros (vom 24. 9. 1931) und die „Kampfaufgaben". Ein „Rundschreiben" zur Unterstützung des KJVD richtete das ZK im Oktober 1931 „an alle Zellen und Ortsgruppen" (Records 359, 915912 ff.). Am 12. Februar 1932 verschickte das Sekretariat einen achtseitigen gedruckten „Brief des ZK der KPD" an „alle Betriebszellen, an alle Straßenzellen, an alle Ortsgruppen, an alle Fraktionen in den Massenorganisationen!" zu den bevorstehenden Wahlen. Ein „Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD An alle Leitungen der Ortsgruppen und Straßenzellen" verschickte das „Zentralkomitee der KPD, Org-Abteilung" am 17. März 1932. In dem zweiseitigen, gedruckten Schreiben wurde gefordert, mit „offener, kühner Selbstkritik zu prüfen, worauf es zurückzuführen ist, daß die Zahl der für unsere

Referentenmaterialien zu wichtigen Themen gingen direkt von der Zentrale an die Funktionäre, um eine einheitliche politische Linie durchzusetzen.[560] Da die Bezirke schließlich auch finanziell ganz von der Zentrale abhingen,[561] blieb für sie wenig Spielraum für eigenständige Aktionen, der Zentralismus war umfassend.

Die Rolle der Rundschreiben

Die angeführten Tendenzen und Probleme der zentralistischen Partei sind alle aus den Rundschreiben abzulesen. Diese Rundschreiben des ZK waren zugleich selbst ein wichtiger Faktor der Parteipolitik, da sie der Anleitung der Bezirke durch das Sekretariat dienten. Schon in ihrer Form sind sie Beispiel für den Zentralismus der Partei, sie trugen den Charakter von strikten Anweisungen („Anweisungen des Sekretariats"), ja vielfach von Befehlen der Führung (vgl. den Begriff „Parteibefehl" in Dok. 34).

Ob die Rundschreiben die eigentliche und sogar wichtigste Form der politischen und organisatorischen Anleitung der Partei waren, scheint zunächst nicht leicht zu beurteilen. Bei Abwägung aller Hinweise aber ist es gerechtfertigt, die Rundschreiben als die wesentliche Methode der Führung zur Anleitung der Bezirke zu bezeichnen.[562] Zweifellos spielten sie neben den bereits erwähnten Instrumenten (Instrukteure usw.) eine ganz entscheidende Rolle. Gegenüber der persönlichen Anleitung war durch diese schriftlichen Anweisungen eine für alle Bezirke einheitliche Festlegung der Aufgaben möglich.

Außerdem war die schriftliche Fixierung sowohl für die Durchführung als auch für die Kontrolle prägnanter und objektiver, weniger durch subjektive Auslegung verzerrt wie mündliche Übermittlung. Die Verbindung von politischer Analyse, organisatorischer Aufgabenstellung und Anweisungen der einzelnen Fachabteilungen brachte optimale Möglichkeiten der Ausrichtung, wie sie mit anderen Mitteln

---

Partei abgegebenen Stimmen hinter den objektiven Möglichkeiten zurückgeblieben ist". (Beide Schreiben im BA R 45/IV, 38.) Am 12. April 1932 schickte das ZK ein gedrucktes, zweiseitiges „Rundschreiben" an „alle Mitglieder" (StA Bremen, 4, 65, IIA 12 a, Bd. 33), ähnlich am 31. Oktober 1931.

560 Vgl. z. B. das „Referentenmaterial zum Roten Volksentscheid am 9. August. Rotes Preußen für ein freies, sozialistisches Deutschland." Hrsg. ZK der KPD, als Manuskript gedruckt. HStA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf, 30 649 f.

561 Vor allem kleinere Bezirke erhielten oft höhere Zuschüsse als Mitgliederbeiträge, so Mecklenburg im Juli 1932 1397 Mark bei nur 800 Mark Beiträgen (Records 360, 870 400). Das Sekretariat entschied auch über die Finanzen der „Massenorganisationen", so lehnte es im Juli 1932 die Finanzierung einer Reichskonferenz des KJVD ab, „empfahl" aber der Finanzkommission einen Zuschuß von 250 Mark für vier Gebietskonferenzen zu gewähren. (Records 361, 871 885.)

562 Herbert *Wehner*, 1932 in der Orgabteilung des ZK tätig, nannte die Rundschreiben die wichtigste Form der Anleitung (Mündl. Mitt. vom 16. Januar 1979). Herbert *Müller*, Mitglied der BL Baden-Pfalz und zeitweise Orgleiter, war der gleichen Meinung (Mündl. Mitt. vom 11. Juli 1978). Kurt *Müller*, 1931 Vorsitzender des KJVD, verwies demgegenüber vor allem auf die anderen Instrumente (Schriftl. Mitt. vom 24. Februar 1979).
Ein nochmaliges Gespräch mit Herbert *Wehner* (19. Mai 1980) ergab, daß die Rundschreiben in der Tat die wichtigste Anleitung der Bezirke war, die hier gegebene Darstellung wurde von ihm als korrekt bezeichnet. Ein weiteres Gespräch mit Kurt *Müller* (31. Mai 1980) zeigte, daß offensichtlich im KJVD, dessen Arbeit weit stärker illegale Züge trug, die (auch dort versandten) Rundschreiben gegenüber der mündlichen Anleitung weniger wichtig waren. Für die Partei selbst konnte aber auch er bestätigen, daß die Rundschreiben das zentrale Instrument der Anleitung der Bezirke war.

kaum zu erreichen waren. Taktische Wendungen und neue Aufgaben waren durch die Rundschreiben (in ganz eiligen Fällen durch Rundtelefonate) rasch den Bezirken zu vermitteln. Bei der Vielfalt der Aufgabenstellung durch die einzelnen Abteilungen waren die vom Sekretariat koordinierten (und wohl auch gefilterten) Rundschreiben eine ideale und sparsame Form zentralistischer Anleitung, sie erübrigten es, von den einzelnen Abteilungen jeweils fachlich kompetente Instrukteure oder Kuriere in die 24 Bezirke zu schicken.

Da alle Bezirke gleichzeitig und in derselben Form angesprochen wurden, konnten die Bezirksleitungen ihre Probleme mit denen anderer Bezirke vergleichen und Lehren daraus ziehen. Zugleich nahmen die Bezirksleitungen die Rundschreiben des Sekretariats des ZK als Vorbild für die Anleitung der Unterbezirke, auch die BL verfaßten entsprechende Rundschreiben zur Anleitung der untergeordneten Instanzen.[563] Die Mitteilungsblätter der Bezirke griffen bei der politischen Analyse ebenfalls auf die Rundschreiben des ZK zurück.[564]

Die Führung selbst sah in den Rundschreiben wichtige Instrumente der Anleitung. Das geht z.B. daraus hervor, daß bei den Kontrollen der Bezirke auch die Auswertung der Rundschreiben durch die BL überprüft wurde. So mußte bei der Kontrolle der Bezirke im Februar 1931 als 3. Frage die „Auswertung des Rundschreibens vom 12. Februar 1931" (vgl. Dok. 36) von den Instrukteuren geprüft werden.[565]

Offensichtlich wurden die Rundschreiben meist mit der Post an die Bezirke gesandt (vgl. Dok. 24),[566] sie waren parteiinternes politisches Material, nur für die BL und die Redaktionen bestimmt, aber keine Geheimdokumente.

Die Rundschreiben wurden zunächst im Bezirks-Sekretariat und dann in der Bezirksleitung diskutiert, ausgewertet und die entsprechenden Teile den zuständigen Abteilungen übermittelt. Die Aufgaben wurden von der BL für die unteren Organe „umgesetzt", je nach Art des Rundschreibens auch weitergegeben oder teilweise veröffentlicht.[567] Die Redaktionen erhielten durch die Rundschreiben einen Überblick über die Einschätzung der Lage und Aufgabenstellung durch die Führung und hatten diese in den Zeitungen zu verarbeiten.

Zusammenfassend kann daher gesagt werden, daß die straffe Reglementierung der Partei nicht zuletzt mit Hilfe der Rundschreiben des ZK als Anweisungen an die Bezirke erreicht wurde, da diese von der BL unbedingt akzeptiert und als Richtschnur verstanden wurden. Die Rundschreiben sind so aus zwei Gründen von besonderer Bedeutung: Erstens geben sie ein authentisches Bild der Generallinie, da diese nicht für die Öffentlichkeit verklausuliert wurde, sondern den Bezirken die

563 Daneben spielten Rundbriefe und Anweisungen eine Rolle, so wurde selbst der Besuch faschistischer Versammlungen durch Anweisungen geregelt (HStA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf, 30657 b).

564 So druckte *Der Funke*, Organ für Mitglieder der KPD, Bezirk Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark, Nr. 4, Juli 1932, fast wörtlich das Rundschreiben vom 14. Juli 1932 (vgl. Dok. 68) nach (Records 350, 859214).

565 Vgl. die Kontrollberichte über die Bezirke Magdeburg und Thüringen, Records 360, 871148 und 360, 871252.

566 So übereinstimmend die Auskünfte von Herbert *Wehner*, Herbert *Müller* und Kurt *Müller*; vgl. Anm. 562.

567 Mitt. von Herbert *Müller*, ebd. Vgl. auch Anm. 564.

Linie klar offenlegen sollte, zweitens sind sie ein Beispiel für die konkrete Form der Anleitung der zentralistischen Partei.

In dieser Eigenschaft hatten die Rundschreiben eminente Bedeutung, da die KPD-Führung und die Komintern davon überzeugt waren, daß ihre politische Linie richtig, aber die Realisierung ungenügend sei. So sagte *Thälmann* im Februar 1932, daß sich die Komintern die Frage vorlege, „wieso bei einer richtigen Generallinie, bei richtigen Beschlüssen und der großen Autorität, die die Partei hat, es trotzdem in der Durchführung mangelt und hapert". Nach seiner Meinung kam es in erster Linie darauf an, „die Schere zwischen den Beschlüssen und ihrer Anwendung und Durchführung zu schließen."[568] Im Frühjahr 1932 wiederholte *Thälmann*: „Übereinstimmung herrscht in der ganzen deutschen Partei, daß die Generallinie der Partei absolut richtig ist. Es herrscht auch Übereinstimmung darin, daß in der Durchführung der Generallinie, nicht nur in ihrer Konkretisierung, sondern in ihrer faktischen, praktischen Durchführung, sehr große Schwächen sind, die schon im ZK in den verschiedensten Punkten analysiert und festgestellt wurden."[569]

Dies war eine generelle Fehleinschätzung der KPD-Führung, denn die Generallinie entsprach eben keineswegs der deutschen Situation, war also nicht „absolut richtig". Indessen verdeutlicht diese Denkweise, welche Rolle den Rundschreiben als Instrument der „Umsetzung" der Linie, der „praktischen Durchführung" zugeschrieben wurde.

Neben vielen anderen politischen Problemen lassen die Rundschreiben auch die ständige „Vorbereitung" der KPD auf die Illegalität erkennen, auch hier dienten sie dazu, die Linie in unmittelbare Politik umzusetzen. Schon 1929 (vgl. z.B. Dok. 1 oder Dok. 16) erwartete die Führung das „drohende Verbot der KPD",[570] das „immer näher rückende Verbot der Partei".[571] Vor allem 1932 stellte sich die KPD verstärkt auf die Illegalität ein. Eine Kommission aus *Dahlem*, *Schehr* und *Ulbricht* arbeitete Vorschläge aus, fünf illegale Druckereien wurden eingerichtet.[572] Die Mitglieder wurden entsprechend instruiert, selbst Verhaltensmaßregeln bei Verhaftungen gegeben.[573]

Die Schaffung der Oberbezirke[574] führte zu einem noch strafferen Zentralismus. Freilich wurde bei diesen Vorbereitungen auch klar, daß illegale Arbeit nur möglich war, wenn die unteren Organisationen selbständig Aktivitäten entwickelten. Daher wurde im Juni 1932 im Zuge der Reorganisation sogar eine Verkleinerung des zentralen Apparats erwogen.[575] Im Rahmen dieser Überlegungen gelangte das XII.

---

568 Thälmann, Der revolutionäre Ausweg, a. a. O. (Anm. 329) S. 85.

569 Thälmann, Reden und Aufsätze II, a. a. O. (Anm. 354) S. 41.

570 *Inprekorr* Nr. 28 vom 27. März 1929, S. 615.

571 *Der Parteiarbeiter* 7. Jg., Nr. 6, Juni 1929, S. 188 f.

572 Pikarski, a. a. O. (Anm. 474) S. 720 f.

573 So ein Rundschreiben der BL Wasserkante vom 9. November 1932 („Dieses Rundschreiben muß in der nächsten Zellen- oder Mitgliederversammlung verlesen und dann vernichtet werden"). StA Bremen, 4, 65, IIA 12 a, J (Rechtsschutz KPD).

574 Vgl. oben, Anm. 490.

575 Thälmann-Biographie, a. a. O. (Anm. 121) S. 593. Pikarski, a. a. O. (Anm. 474) S. 720 f.

Plenum des EKKI im August/September 1932 zu der erstaunlichen und umwälzenden Forderung: „Abstellung des Ultrazentralismus".[576]

Für die KPD kam diese Einsicht zu spät, die Partei wurde nach dem Reichstagsbrand zerschlagen. Der KPD, die so lange „Illegalität" geübt hatte, war es im entscheidenden Augenblick unmöglich, organisierten Widerstand gegen *Hitlers* Machtergreifung zu leisten. Doch nach dem ersten Schock der kampflosen Niederlage entstanden illegale Widerstandsgruppen. Freilich erwies sich der KPD-Widerstand zur Überwindung des NS-Regimes ebensowenig fähig wie der der übrigen deutschen Parteien. Die KPD hatte wie üblich noch im März 1933 behauptet: „Die Generallinie unserer Partei war und ist richtig."[577]

Entsprechend dieser Generallinie hatte die KPD in einer Anlayse der Wahlergebnisse vom 5. März 1933 selbst nach dem Reichstagsbrand an ihrer alten These festgehalten, daß der „Prozeß der Faschisierung der sozialdemokratischen Führung mit Riesenschritten" weitergehe und diese „gekaufte Agenten des Faschismus" seien.[578] Die KPD blieb bis zum Schluß in den ideologischen Aussagen bei ihren verwirrenden Faschismus-Theorien.

Die Parteiführung hatte aus den praktischen Ergebnissen dieser Politik keine Lehren gezogen. Es sei daran erinnert, daß das einzige Volksbegehren in der Weimarer Republik, „das alle Stufen erfolgreich durchlief und im Referendum die erforderliche Mehrheit für die Auflösung des Parlaments erreichte", das Volksbegehren zur Auflösung des Landtags von Oldenburg im April 1932 war, das gemeinsam von der NSDAP und der KPD getragen wurde. Das Ergebnis dieser Art „Faschismus"-Politik der KPD: „Die Neuwahlen führten dann zu einer rein nationalsozialistischen Regierung."[579] Die Führung hatte die Stirn, trotz dieser Politik und selbst nach der Zerschlagung der KPD 1933 zu sagen, die politische Linie und die organisatorische Politik seien „vollständig richtig" gewesen.[580] Die Rundschreiben beweisen, wie falsch diese Selbsteinschätzung war, sie lassen erkennen, wie wenig die Generallinie der KPD 1929 bis 1933 mit der politischen Realität übereinstimmte.

576 *KI* Heft 15/16 vom 15. November 1932, S. 1085.

577 Records 301, 799245.

578 So eine Resolution vermutlich der BL Wasserkante (Hamburg), zitiert in Holger Christier, Sozialdemokratie und Kommunismus. Die Politik der SPD und der KPD in Hamburg 1945–1949. Hamburg 1975, S. 25.

579 Vgl. dazu Reinhard Schiffers, Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem. Düsseldorf 1971, S. 218.

580 Vgl. oben, Anm. 315.

Zur Edition

Die Rundschreiben, vorwiegend „Anweisungen des Sekretariats", wurden in unregelmäßigen Abständen (meist mehrere im Monat) vom ZK der KPD (Sekretariat) an alle Bezirksleitungen und Redaktionen gesandt. Die Rundschreiben waren jährlich fortlaufend durchnumeriert, dazwischen wurden zahlreiche Sonderrundschreiben verschickt, vereinzelt gaben auch Abteilungen des ZK selbständig Rundschreiben heraus.

Alle Rundschreiben sind vermutlich im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED gesammelt, es gibt aber keinerlei Anzeichen dafür, daß dort eine Edition der Dokumente geplant ist. Bisher wurden in der DDR nur wenige Rundschreiben veröffentlicht, und diese meist auch nur gekürzt wiedergegeben. Offensichtlich fürchtet die SED-Geschichtsschreibung die politische Brisanz der Dokumente, die die offizielle Geschichtslegende widerlegen.

Daher wurde schon vor längerer Zeit erwogen, alle zugänglichen, d.h. in westlichen Archiven erhaltenen Rundschreiben zu sammeln und zu publizieren. Den Grundbestand bildeten die Rundschreiben, die in den „National Archives" der USA, Washington, verfilmt wurden in der umfangreichen Sammlung „Records of the Reich Leader of the SS and Chief of the German Police (Reichsleiter SS und Chef der deutschen Polizei)", Nr. T-175. Zahlreiche vom Reichskommissar zur Überwachung der öffentlichen Ordnung bzw. der Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern aufbewahrten Rundschreiben der KPD gehörten zu dieser Sammlung. Sie lagen in Polizeiabschriften, einige aber auch im Original vor. Inzwischen sind diese in den USA verfilmten Bestände ins Bundesarchiv Koblenz gelangt und werden dort gesammelt (diese Fundstelle wird, soweit möglich, angegeben).

Es handelt sich dabei um 29 Rundschreiben, die allerdings einen zu schmalen Bestand für eine Edition bildeten. Diese Auswahl konnte durch Erschließung aller übrigen in Archiven der Bundesrepublik lagernden Rundschreiben vervollständigt werden.

In erster Linie fanden sich Rundschreiben im Staatsarchiv Bremen (Bestand 4,65, Polizeidirektion Nachrichtenstelle), im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (Bestand Regierung Düsseldorf), im Staatsarchiv Oldenburg (Bestand 136), aber auch weitere im Bundesarchiv Koblenz (Bestand R 58, Reichssicherheitshauptamt). Vereinzelte Stücke fanden sich schließlich im Hauptstaatsarchiv Hannover, im Staatsarchiv Detmold und im Staatsarchiv Ludwigsburg (bzw. jetzt: Sigmaringen). Ein Rundschreiben war im Ausland, im Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam.

So konnten insgesamt 92 Rundschreiben gesammelt und für die Edition zusammengestellt werden. Von diesen sind 56 numerierte Rundschreiben (von vermutlich 77 numerierten Rundschreiben, die das Sekretariat in der Zeit von Frühjahr 1929 bis März 1933 an die Bezirke verschickte). Die große Mehrzahl dieser entscheidenden Rundschreiben – die ja deswegen durchnumeriert waren, weil sie die generelle und kontinuierliche Anleitung sichern sollten – konnte also erfaßt werden (selbstverständlich wurden alle erreichbaren numerierten Rundschreiben in diese Ausgabe aufgenommen). Bei den Sonderrundschreiben und sonstigen nichtnumerierten Rundschreiben des ZK wurden diejenigen als nützliche Ergänzung ausgewählt, die

entweder zeitliche Lücken schließen konnten oder aber besonders plastische Einblicke in die Generallinie bzw. die Aufgabenstellung zu bieten vermochten und deren Echtheit ebenfalls keinem Zweifel unterlag.

Neben den 56 numerierten konnten so 19 Sonderrundschreiben bzw. sonstige Rundschreiben aufgenommen werden, außerdem die Niederschriften von zwei Rundtelefonaten und neun wichtige Rundschreiben von Abteilungen des ZK, die gesondert an die Bezirke gingen. Soweit Rundschreiben von Abteilungen des ZK nur als Anhang der Sekretariats-Anweisungen verschickt wurden, sind diese nur unter dem Haupt-Dokument aufgenommen worden.

Ergänzt wurden diese 86 Dokumente durch einen Brief des ZK an die Betriebs- und Straßenzellen der Partei vom August 1931 (da für die Zeit des Volksentscheids in Preußen kein Rundschreiben des ZK an die Bezirke aufzufinden war) sowie zwei wichtige Verlautbarungen der *Roten Fahne*, „Vom Sekretariat" (Dok. 49) und „Vom ZK" (Dok. 57). Aus dem in Ostberlin erschienenen Band Antifaschistische Aktion wurde ein Dokument (leider nur ein Auszug des Rundschreibens vom 22. August 1932, vgl. Dok. 70) übernommen, schließlich wurden zwei kurze Auszüge aus Rundschreiben abgedruckt, die die Ostberliner Zeitschrift *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG)* veröffentlicht hatte (Dok. 88 und 89).

Diese insgesamt 92 Rundschreiben verteilen sich auf die einzelnen Jahre folgendermaßen: 13 Rundschreiben sind von 1929, 21 von 1930, 22 von 1931, 29 von 1932 und sieben von Januar bis März 1933. Für jeden Monat des Zeitraumes liegt mindestens ein Rundschreiben vor (Ausnahmen: Dezember 1929, April und August 1930, November 1931 und März 1932). Obwohl nicht alle numerierten Rundschreiben zu erfassen waren, ist die vorgelegte Edition doch so umfassend, daß die Generallinie der KPD von 1929 bis 1933 damit authentisch dokumentiert ist. Die Sammlung beginnt mit Rundschreiben vom März 1929, daraus ist ersichtlich, daß der ultralinke Kurs bereits vor den blutigen Auseinandersetzungen vom 1. Mai 1929 und vor dem XII. Parteitag begann.

Wie schon erwähnt, hat die DDR bisher keine Rundschreiben veröffentlicht, die über die vorliegende Edition hinausgehen (abgesehen von den drei hier aufgenommenen Auszügen). Zwar gibt es einige Hinweise auf weitere Rundschreiben, doch liegen keine längeren Zitate daraus vor. So wird in der 1979 erschienenen Ostberliner *Thälmann*-Biographie (vgl. oben, Anm. 121) auf das Rundschreiben Nr. 8 vom 29. April 1932 verwiesen, außerdem auf Rundschreiben vom 28. November 1931 und vom 28. Dezember 1932 (S. 538, 563, 633), diese waren aber in westlichen Archiven nicht aufzufinden (die Ostberliner Bestände waren nicht zugänglich, eine Anfrage wurde nicht beantwortet).

In DDR-Dissertationen gibt es ebenfalls Hinweise auf Rundschreiben, die meisten davon sind in diesem Band abgedruckt (auf diese wird noch verwiesen). Einige konnten jedoch nicht gefunden werden. So zitiert *Hedwig Glasneck* in ihrer Arbeit: Die KPD im Reichstag (vgl. oben, Anm. 388) ein Rundschreiben vom 19. Januar 1931 (vermutlich Nr. 1, von ihr fälschlich als „Nr. 19" angeführt). *Hans Dieter Haschke* verweist in seiner Arbeit: Der Kampf der KPD gegen Chauvinismus und Revanchismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik (vgl. oben, Anm. 418) auf ein Rundschreiben vom 7. Januar 1931, ein Sonderrundschreiben vom 26. Januar 1931 und ein Rundschreiben der Orgabteilung vom 2. Januar 1933.

Allerdings unterlaufen dabei auch Fehler, so zitiert *Haschke* einen Satz aus einem angeblichen Rundschreiben Nr. 5 vom 11. Februar 1931, tatsächlich steht dieser Satz aber im Rundschreiben Nr. 3 vom 12. Februar 1931 (vgl. Dok. 36).

Von den hier abgedruckten 92 Dokumenten lagen 20 im Original vor, d.h. als hektographierte Rundschreiben. Vorgedruckt war darauf „Rundschreiben Nr.", „Berlin, den" und „Anweisungen" sowie „Inhaltsverzeichnis". Eingefügt wurden dann mit Schreibmaschine die Nummer, das Datum und zu „Anweisungen" die Worte „des Sekretariats" sowie ein Inhaltsverzeichnis. In Rundschreiben von 1929 war eingedruckt: „Zentralkomitee der KPD. Rundschreiben Nr. . . . An alle Bezirksleitungen und Redaktionen." Auf diese Weise ist die Echtheit von 20 Dokumenten, die im Original vorliegen, zweifelsfrei (Dok. 9, 11, 12, 15, 17, 19, 20, 22, 23, 24, 25, 48, 50, 65, 67, 69, 74, 77, 78, 85). Dok. 63 und 72 sind vermutlich ebenfalls Originale, aber ohne den eingedruckten Kopf (mit Maschine eingesetzt: Zentralkomitee der KPD, Sekretariat, Berlin, den . . .). Andere Dokumente sind durch Veröffentlichung in der zeitgenössischen Literatur ausgewiesen. So sind die Dokumente 49 und 57 sowie Teile von Dok. 39 bereits in der *Roten Fahne* publiziert gewesen, die Dokumente 5, 6 und 7 im *Parteiarbeiter*, Teile aus Dokument 68 waren im Berliner KP-Organ *Der Funke* abgedruckt.

Schwieriger ist die Frage der Echtheit bei den Rundschreiben zu beurteilen, die damals von nichtkommunistischer Seite veröffentlicht wurden. Als *Der Abend*, die Spätausgabe des sozialdemokratischen *Vorwärts*, in Nr. 50 vom 30. Januar 1930 Auszüge aus einem Rundschreiben der KPD wiedergab (vgl. Dok. 15, dessen Original vorlag), bestätigte *Die Rote Fahne* Nr. 26 vom 31. Januar 1930 selbst die Echtheit unter der Überschrift „*Stampfer* als Agitator für die KPD". Bei anderen Veröffentlichungen aus Rundschreiben der KPD durch den *Vorwärts*, z.B. in *Der Abend* Nr. 145 vom 22. Juni 1932 (vgl. Dok. 65) bewahrte die KPD Stillschweigen, was einer Anerkennung der Echtheit gleichkam (es ist auch im Band Antifaschistische Aktion in der DDR nachgedruckt).

Es gab aber auch Proteste der KPD. Als der *Vorwärts* (*Der Abend* Nr. 191 vom 24. April 1930) aus einem Rundschreiben des ZK an die Bezirke zitierte (die KPD wollte danach die Maifeiern stören), nannte *Die Rote Fahne* dies „frei erfunden" (Nr. 98 vom 27. April 1930), eine „plumpe Fälschung", da weder vom ZK der KPD noch vom ZK des KJVD „ein solches oder ähnliches Rundschreiben verfaßt oder versendet" worden sei (Nr. 96 vom 25. April 1930). In diesem Fall wurde selbstverständlich darauf verzichtet, das Rundschreiben abzudrucken, da seine Echtheit zumindest nicht zweifelsfrei ist. Es konnte sich auch nicht um ein numeriertes Rundschreiben handeln, da Nr. 4 (vgl. Dok. 17) am 29. März und Nr. 5 (vgl. Dok. 18) am 6. Mai 1930 erschienen sind.

Erst recht wurden keine Dokumente aufgenommen, die von anderen Zeitungen, etwa der NSDAP, als angebliche Rundschreiben der KPD publiziert wurden und die meist schon von der Aufmachung her als Fälschungen zu erkennen sind.

Die Dokumente, die nicht im Original vorlagen, waren (soweit sie nicht zeitgenössischen- oder DDR-Quellen entstammen) nur als Abschriften der Polizei in Archiven zugänglich. Dabei handelte es sich einmal um Abschriften, die der Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung in den Lageberichten und Meldungen an die Polizeistellen weiterleitete, zum anderen um entsprechende Abschriften, die die

Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern anfertigte. Diese Abschriften waren 1929 mit RKo gekennzeichnet, dann ab Ende 1929 durchgehend mit I AN . . . und entsprechenden Nummern. Soweit die Polizei-Abschriften diese Kennzeichnung tragen, sind diese in der Kopfleiste angegeben. Hinweise auf die Institutionen finden sich jetzt in: *Ernst Ritter* (Hrsg.): Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung und Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern. Lageberichte (1920–1929) und Meldungen (1929–1933). Bestand R 134 des Bundesarchivs Koblenz, veröffentlicht als Mikrofilm-Ausgabe. (Dort sind 34 der 92 hier abgedruckten Dokumente zu finden). Was die Echtheit solcher Abschriften angeht, so ist diese durch die schon erwähnten DDR-Dissertationen oder DDR-Publikationen nachzuweisen. In dem vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegebenen Werk Dokumente und Materialien abgedruckt ist Dok. 8. Im Ostberliner Band Antifaschistische Aktion sind Teile von Dokumenten abgedruckt bzw. finden sich Hinweise auf die Dokumente 64, 65, 66, 69, 70 und 83. In der Ostberliner *Thälmann*-Biographie gibt es Verweise auf die Dok. 64, 66, 69, 78 und 89. In der Dissertation von *Hedwig Glasneck* (vgl. oben, Anm. 388) gibt es Hinweise, die die Echtheit der hier abgedruckten Dokomente 29, 31, 35 und 36 bestätigen, in der Dissertation von *Schwarzbach* (vgl. oben, Anm. 418) entsprechend für die Dokumente 34 und 69. *Haschke* verweist in seiner Dissertation (vgl. oben, Anm. 418) auf die in dieser Edition abgedruckten Dokumente 31, 34, 36, 67, 68, 69, 73, 74, 79 und 84. In der Ostberliner Zeitschrift *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (Heft 3, 1980, S. 413) wird aus dem hier wiedergegebenen Dokument 76 zitiert. In der Zeitschrift der Universität Halle-Wittenberg (Sektion Marxismus-Leninismus) *Arbeiterbewegung und Parlamentarismus* (Heft 4, 1979, S. 81) wird schließlich auf das in dieser Edition abgedruckte Dokument 27 eingegangen.

Insgesamt ergibt sich damit, daß von den 92 in diese Edition aufgenommenen Rundschreiben 20 nach den Originalvorlagen abgedruckt wurden, neun weitere Dokumente bereits vor 1933 ganz oder teilweise veröffentlicht waren und die Echtheit von weiteren 17 Polizeiabschriften durch Veröffentlichungen in der DDR belegt ist. Damit ist für die Hälfte der Rundschreiben die Authentizität direkt bewiesen. Vergleiche der übrigen Rundschreiben mit diesen Dokumenten, mit der in Parteizeitungen und -zeitschriften wiedergegebenen KPD-Linie machen deutlich, daß auch diese Polizeiabschriften keinerlei Fälschungen enthalten. Da von den Dokumenten 65, 72 und 77 sowohl das Original als auch eine polizeiliche Abschrift vorlag, konnten diese verglichen werden, auch dabei zeigte sich, daß die Polizei-Abschriften korrekt waren. Die Echtheit aller hier abgedruckten Rundschreiben kann daher als verbürgt gelten.

Als Anhang zu dieser Edition wurden zum Verständnis der Struktur der KPD noch 10 Dokumente aufgenommen, die als Ergänzung der Rundschreiben dienen können. Es handelt sich um zwei Schreiben der Abteilung Agitprop an das Sekretariat des ZK vom Oktober 1929, die die Aufgabenstellung einer Abteilung des ZK ebenso wie die Unterordnung unter das Sekretariat verdeutlichen. Ein Schriftwechsel (vier Briefe) zwischen der Agitpropabteilung des ZK der KPD und der gleichen Abteilung des EKKI vom Mai 1930 ist zwar inhaltlich nicht von großer Bedeutung, da aber gerade über die Verbindungen zwischen EKKI und KPD-Führung kaum Dokumente

veröffentlicht sind, kann hier ein Einblick in die Beziehungen wenigstens auf Abteilungsebene gegeben werden. Ein Brief der Agitpropabteilung des ZK an das Sekretariat vom Juni 1932 ist sehr aufschlußreich, weil daraus die personelle Zusammensetzung und Aufgabenverteilung dieser Abteilung des ZK hervorgeht. Besonders bedeutsam sind zwei Protokolle der Geschäfts- und Finanzkommission des ZK sowie ein Schreiben der Geschäftsabteilung, weil daraus der interne Ablauf von Aufgabenverteilung, personelle und finanzielle Entscheidungen, aber auch Strukturen (etwa der Redaktion der *Roten Fahne*) abzulesen sind.

Alle Dokumente wurden unverändert wiedergegeben, auch um den oft schwerfälligen bürokratischen Stil der Rundschreiben zu zeigen. Nur offensichtliche Schreibfehler (meist bei Abschriften entstanden) wurden stillschweigend verbessert. Zusätze erfolgen in eckigen Klammern, Anmerkungen dort, wo der Sinn zweifelhaft oder entstellt erscheint. Unterstreichungen und Sperrungen im Original sind (soweit dies nicht für den Text zu verwirrend war) g e s p e r r t gesetzt, alle Personennamen sowie Titel von Zeitungen und Zeitschriften werden *kursiv* gedruckt. In den Anmerkungen werden lediglich Personennamen, die in einem Zusammenhang erscheinen, der über einen Literaturhinweis hinausgeht, und zeitgenössische Zeitschriften *kursiv* gesetzt.

Als selbständig numerierte Dokumente wurden alle Rundschreiben des Sekretariats oder des ZK aufgenommen, auch solche Rundschreiben der Abteilungen (Org. usw.), die entweder selbständig von der jeweiligen Abteilung verschickt oder in den Archiven ohne Begleitschreiben gefunden wurden. Abteilungs-Rundschreiben, die zusammen mit den Sekretariats-Anweisungen versandt wurden, sind dem Hauptdokument zugeordnet und mit a, b, c, usw. gekennzeichnet. Zählt man diese mit den Haupt-Dokumenten, denen sie zugeordnet sind, zusammen, so erhöht sich die Zahl der abgedruckten Dokumente auf 134.

Alle Dokumente werden ungekürzt veröffentlicht, wo in den Archiven Teile fehlen (z.B. Dok. 17, Teil 1), wurde dies vermerkt. Nur Teil 2 von Dokument 17 (fast ausschließlich lange Zitate aus SPD-Zeitungen) wurde aus Platzgründen weggelassen. In den Kopfleisten sind die Fundorte und Vorlagen angegeben, bei den Originalen steht „hektographiertes Rundschreiben", bei Polizeiabschriften ist auch die Signatur genannt (meist wie schon erwähnt I AN, also Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern), wo diese Signatur fehlt, war bei der Abschrift keinerlei Hinweis auf die Herkunft zu finden. Es kann aber davon ausgegangen werden, daß unabhängig vom Fundort alle Abschriften von der Nachrichtensammelstelle (bzw. 1929 vom Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung) stammen, es ließen sich keine Hinweise finden, daß andere Behörden solche Abschriften anfertigten. Schließlich wird in der Kopfleiste die Originalüberschrift des Rundschreibens und gegebenenfalls die Nummer des Rundschreibens genannt. Da alle Rundschreiben vom ZK in Berlin abgingen, wurden Ort und Datum in den Rundschreiben nicht wiederholt. Die Anrede lautete meist W.G., also Werte Genossen. Alle Inhaltsverzeichnisse, die aufgenommen wurden, stammen aus den Vorlagen.

Um das Verständnis der Rundschreiben zu erleichtern, wurden sie durch zahlreiche Anmerkungen ergänzt. Herr *Johann Wachtler* stellte dazu den ersten Entwurf her, er war auch bei der Auswahl der Rundschreiben beteiligt. Für die Mitarbeit an den Anmerkungen und Vorarbeiten ist Frau Dr. *Ursula Hoffmann* und Herrn *Peter*

Ditschuleit sowie Herrn *Günter Braun* zu danken, für die Hilfe bei der Anfertigung des Registers Herrn *Bernd Oehler*. Dank für wichtige Auskünfte schulde ich den Herren *Herbert Müller*, Ludwigshafen, *Kurt Müller*, Konstanz-Dingelsdorf und *Herbert Wehner*, MdB, Bonn. Zu danken ist schließlich den Archiven und deren Mitarbeitern, die das Werk gefördert haben. Dieser Dank gilt dem Bundesarchiv Koblenz, dem Staatsarchiv Bremen, dem Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, dem Niedersächsischen Staatsarchiv Oldenburg, dem Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv Hannover, dem Nordrhein-Westfälischen Staatsarchiv Detmold, dem Staatsarchiv Sigmaringen und dem Institut für Sozialgeschichte Amsterdam.

Besonderen Dank schulde ich der Deutschen Forschungsgemeinschaft und hier besonders Herrn Dr. *Wolfgang Treue* für die Förderung der Arbeit in der Anfangsphase. Vor allem aber danke ich herzlich dem Mitherausgeber, meinem Freund und Kollegen Prof. Dr. *Erich Matthias*, für die vielfältige Unterstützung und Beratung. Ohne seine Mitwirkung hätte die Edition nicht erscheinen können.

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

Antifaschistische Aktion	Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933. Hrsg. und eingeleitet von Heinz *Karl* und Erika *Kücklich* unter Mitarbeit von Elfriede *Fölster* und Käthe *Haferkorn*. Berlin (Ost) 1965.
Bahne, KPD	Siegfried *Bahne:* Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935. Frankfurt/Main, New York 1976.
Beschlüsse im Zitat	Die wichtigsten Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands nach dem VI. Weltkongreß im Zitat. Hrsg. von der Kommunistischen Partei Deutschlands. Berlin o.J. (1932).
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin (Ost) 1959 ff. (1959–1968: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung)
Chronik	Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. Teil II: Von 1917 bis 1945. Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin (Ost) 1966.
Degras	The Communist International 1919–1943. Documents. Selected and edited by Jane *Degras*. Volume III: 1929–1943. London, New York, Toronto 1965.
Dokumente und Materialien	Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band VIII: Januar 1924–Oktober 1929. Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin (Ost) 1975.
Flechtheim	Ossip K. *Flechtheim:* Die KPD in der Weimarer Republik. Mit einer Einleitung von Hermann *Weber*. Frankfurt/Main 1969.
GdA	Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden. Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus. Band 4: Von 1924 bis Januar 1933. Berlin (Ost) 1966.
Horkenbach 1930	Cuno *Horkenbach:* Das deutsche Reich von 1918 bis heute. Berlin 1930.
Horkenbach 1931	Dass. Jahrgang 1931. Berlin (1931)
Horkenbach 1932	Dass. 1932. Berlin 1933.
Inprekorr	Internationale Presse-Korrespondenz. Deutsche Ausgabe (nur als Manuskript gedruckt). Berlin 9. Jg. 1929 bis 13. Jg. 1933.
KI	Die Kommunistische Internationale. Zeitschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer, spanischer, chinesischer und deutscher Sprache. Deutsche Ausgabe, Hamburg-Berlin. X. Jg. 1929 bis XIV. Jg. 1933.
Osterroth-Schuster	Franz *Osterroth*/Dieter *Schuster:* Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Band II: Vom Beginn der Weimarer Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Band III. Nach dem II. Weltkrieg. 2. neu bearb. und erw. Aufl. Bonn-Bad Godesberg 1975/1978.
Protokoll 12. Parteitag	Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin-Wedding 9. bis 16. Juni 1929. Hrsg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands. Berlin o.J. (1929).
Records . . .	Records of the Reich Leader of the SS and Chief of the German Police (Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei). National Archives Microcopy No. T-175.
RF	Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). 12. Jg. 1929 bis 16. Jg. 1933.

Schulthess 1929	Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. von Ulrich *Thürauf.* Neue Folge. Fünfundvierzigster Jahrgang 1929. (Der ganzen Reihe 70. Band). München 1930.
Schulthess 1930	Dass. Sechsundvierzigster Jahrgang. 1930. München 1931
Schulthess 1931	Dass. Siebenundvierzigster Jahrgang. 1931. München 1932
Schulthess 1932	Dass. Achtundvierzigster Jahrgang. 1932. München 1933
Weber I und II	Hermann *Weber:* Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Band I und II. Frankfurt/Main 1969.
Weber Dokumente	Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915–1945. Hrsg. und eingeleitet von Hermann *Weber.* Köln. 3. Aufl. 1973.
Weber, Kommunistische Internationale	Hermann *Weber:* Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation. Hannover 1966.
Weingartner	Thomas *Weingartner:* Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934 (Beiträge zur auswärtigen und internationalen Politik. Hrsg. von Richard *Löwenthal* und Gilbert *Ziebura.* Band 4). Berlin (West) 1970.
Wieszt	Jósef *Wieszt:* KPD-Politik in der Krise 1928–1932. Zur Geschichte und Problematik des Versuchs, den Kampf gegen den Faschismus mittels Sozialfaschismusthese und RGO-Politik zu führen. Frankfurt/Main 1976.
Zur Geschichte der KPD	Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946. Hrsg. Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED. 2. durchges. Aufl. Berlin (Ost) 1955.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Antifaschistische Aktion
ADB	Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
AfA	Allgemeiner freier Angestelltenbund
AG	Aktien-Gesellschaft
Agitprop	Agitation und Propaganda
AIZ	Arbeiter Illustrierte Zeitung
AK	Arbeiter-Korrespondent
Antifa	Kampfbund gegen den Faschismus
ARSO	Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Organisationen
ASB	Arbeiter-Samariterbund
ATBD	Arbeiter Theaterbund Deutschlands
ATSB	Arbeiter Turn- und Sport-Bund
BL	Bezirksleitung
BA	Bundesarchiv Koblenz
BVG	Berliner Verkehrsgesellschaft
BVP	Bayerische Volkspartei
BZ	Betriebszeitung
BZ	Betriebszelle
BZO	Betriebszellen-Organisation
BZR	Betriebszeitungs-Redakteur
DAZ	Deutsche Allgemeine Zeitung
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DHV	Deutscher Handlungsgehilfen Verband
DLV	Deutscher Landarbeiter-Verband
DMV	Deutscher Metallarbeiter-Verband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
EF	Eiserne Front
EK	Exekutivkomitee
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
EVBD	Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands
EVfdB	Einheitsverband für das Baugewerbe
EVHD	Einheitsverband der Hafenarbeiter Deutschlands
EVLF	Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter
EVMB	Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins
GdA	Geschichte der Arbeiterbewegung
GdA	Gewerkschaftsbund der Angestellten
Gescha	Geschäftsabteilung
GPU	Gossudarstwennoje Polititscheskoje Uprawlenije = Staatliche Politische Verwaltung (Name der sowjetischen Geheimpolizei 1922 bis 1934)

HStA	Hauptstaatsarchiv
HiB-Aktion	„Hinein in die Betriebe"
IAH	Internationale Arbeiterhilfe
IAV	Internationaler Arbeiterverlag
IB	Instrukteur-Bezirk
IB	Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit
IFA	Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur
IGB	Internationaler Gewerkschaftsbund
IKW	Internationale Kinderwoche
Inprekorr	Internationale Presse-Korrespondenz
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
JSB	Jung-Spartakusbund
Jungdo	Jungdeutscher Orden
KAP	Kommunistische Arbeiterpartei
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
KG	Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit
KI	Kommunistische Internationale
KJI	Kommunistische Jugend-Internationale
KJV	Kommunistischer Jugendverband
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
Komintern	Kommunistische Internationale
Kompol	Kommunalpolitisch
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs
KPO	Kommunistische Partei-Opposition
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KW	Kinderwoche
Litvertrieb	Literatur-Vertrieb
LLL	Lenin – Liebknecht – Luxemburg
MASCH	Marxistische Arbeiterschule
MdL	Mitglied des Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
NAZ	Niedersächsische Arbeiter-Zeitung
NS	Nationalsozialismus
NSBO	Nationalsozialistische Betriebsorganisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OD	Ordnungsdienst
Org	Organisation
Org/M	Organisations-Abteilung/Massenorganisation
PA	Parteiarbeiter

Polbüro	Politisches Büro
Politbüro	Politisches Büro
Polleiter	Politischer Leiter
RB	Reichsbanner
RBB	Reichs-Bauernbund
RBD	Reichsbahn-Direktion
RF	Die Rote Fahne
RFB	Roter Frontkämpferbund
RFMB	Roter Frauen- und Mädchenbund
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGI	Rote Gewerkschafts-Internationale
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
RH	Rote Hilfe
RHD	Rote Hilfe Deutschlands
RJ	Rote Jungfront
RSI	Rote Sport-Internationale
SA	Sturm-Abteilung
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SAI	Sozialistische Arbeiter-Internationale
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SJI	Sozialistische Jugend-Internationale
SJV	Sozialistischer Jugendverband
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
SS	Sturm-Staffel
StA	Staatsarchiv
SU	Sowjetunion
Teno	Technische Nothilfe
Tscheka	Tschreswytschainaja Komissija po borbje s kontrrewoluzijej i ssabotashem = Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Gegenrevolution und Sabotage (Im Dezember 1917 gegründete sowjetische Geheimpolizei)
UB	Unterbezirk
UBL	Unterbezirks-Leitung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VB	Verwaltungs-Bezirk
VBL	Verwaltungs-Bezirks-Leitung
VPF	Verband Proletarischer Freidenker
WG	Werte Genossen
ZdA	Zentralrat der Angestellten
ZdA	Zentralverband der Angestellten
ZK	Zentralkomitee

Verzeichnis der Dokumente

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
1	25. 3. 1929	Rundschreiben an alle Bezirksleitungen und Redaktionen *HStA Düsseldorf*	1
2	28. 3. 1929	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen *HStA Hannover*	5
2a	30. 3. 1929	Anweisungen der Orgabteilung zu den 1. Mai-Komitees Anlage zu Nr. 2	10
3	12. 4. 1929	Anweisungen der Abteilung Sozial-Politik *HStA Hannover*	12
4	18. 4. 1929	Anweisungen der Reichsfraktion der Kriegs- und Arbeitsopfer *HStA Hannover*	16
5	April 1929	Stellungnahme des ZK zu den „opportunistischen Abweichungen bei den Betriebsrätewahlen" *HStA Düsseldorf*	21
6	Mai 1929	Stellungnahme des ZK zur Gewerkschaftstaktik *HStA Düsseldorf*	27
7	Mai 1929	Stellungnahme des ZK über die „Lehren der Reichskontrolle" *HStA Düsseldorf*	32
8	26. 7. 1929	Anweisungen des Sekretariats über die Arbeiterschutzorganisationen *StA Sigmaringen*	36
9	24. 8. 1929	Rundschreiben an alle Bezirksleitungen und Redaktionen *BA*	37
9a	24. 8. 1929	Anweisungen der Gewerkschaftsabteilung Anlage zu Nr. 9	49
9b	24. 8. 1929	Mitteilungen an die Bezirksleitungen zum 15. Internationalen Jugendtag Anlage zu Nr. 9	50
10	31. 8. 1929	Anweisungen der Agitpropabteilung über die Gründung der Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur (IFA) *Records*	52
11	20. 9. 1929	Anweisungen des Sekretariats über die Aufgaben im Herbst *BA*	54
11a	21. 9. 1929	Anweisungen der Frauenabteilung über die Aufgaben im IV. Quartal 1929 Anlage zu Nr. 11	67
11b	21. 9. 1929	Anweisungen der Agitpropabteilung Anlage zu Nr. 11	70
11c	20. 9. 1929	Anweisungen der Gewerkschaftsabteilung Anlage zu Nr. 11	71
12	15. 10. 1929	Mitteilungen des Sekretariats zur Kommunalwahlkampagne *Records*	77
13	2. 11. 1929	Aus einem Rundschreiben über Schwächen und Mängel der Parteiarbeit *StA Bremen*	77
14	18. 1. 1930	Anweisungen des Sekretariats zur Reichskonferenz revolutionärer Eisenbahner *BA*	78

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
15	25. 1. 1930	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen *BA* und *StA Bremen*	80
15a	24. 1. 1930	Anweisungen der Agitpropabteilung des ZK Anlage zu Nr. 15	97
15b	25. 1. 1930	Anweisungen der ZK-Landabteilung Anlage zu Nr. 15	104
15c	24. 1. 1930	Anweisungen zur Kommunalarbeit Anlage zu Nr. 15	107
16	21. 2. 1930	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen *BA* und *StA Bremen*	110
17	29. 3. 1930	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen *BA*	120
17a	26. 3. 1930	Anweisungen des Sekretariats zur Vorbereitung der Bezirksparteitage Anlage zu Nr. 17	126
17b	März 1930	Arbeitsplan für die Frauenarbeit Anlage zu Nr. 17	130
17c	27. 3. 1930	Anweisungen des Sekretariats zum Reichsjugendtag Anlage zu Nr. 17	136
17d	26. 3. 1930	Anweisungen der Agitpropabteilung zu den Elternbeiratswahlen Anlage zu Nr. 17	139
18	6. 5. 1930	Anweisungen des Sekretariats zum Reichstreffen der roten Sportler *BA* und *StA Oldenburg*	142
19	16. 5. 1930	Anweisungen des Sekretariats zum V. RGI-Kongreß *BA*	145
20	17. 5. 1930	Anweisungen des Sekretariats zur Entsendung einer Arbeiterdelegation in die UdSSR *BA*	149
21	17. 5. 1930	Anweisungen des Sekretariats zur Werbung für die Rote Hilfe *Records und StA Detmold*	154
22	21. 6. 1930	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen *BA* und *StA Bremen*	157
23	4. 7. 1930	Anweisungen der Orgabteilung *BA*	169
23a	4. 7. 1930	Anweisungen der Agitpropabteilung Anlage zu Nr. 23	172
23b	3. 7. 1930	Anweisungen der Landabteilung Anlage zu Nr. 23	177
24	10. 7. 1930	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen *BA* und *StA Bremen*	181
24a	10. 7. 1930	Anweisungen der Orgabteilung Anlage zu Nr. 24	186
24b	10. 7. 1930	Anweisungen der Landabteilung Anlage zu Nr. 24	189
25	17. 7. 1930	Anweisungen des Sekretariats zum Kampf gegen „Unternehmeroffensive und die Hindenburg-Brüning-Diktatur“ *BA* und *StA Bremen*	192

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
25a	17. 7. 1930	Anweisungen der Orgabteilung Anlage zu Nr. 25	196
25b	17. 7. 1930	Anweisungen der Agitpropabteilung zu Bezirksbroschüren Anlage zu Nr. 25	200
26	31. 7. 1930	Instruktion des Sekretariats zur „Arbeit roter Wahlausschüsse" *HStA Düsseldorf*	200
27	18. 9. 1930	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen *BA* und *StA Bremen*	203
27a	18. 9. 1930	Anweisungen der Orgabteilung Anlage zu Nr. 27	211
27b	18. 9. 1930	Anweisungen der Frauenabteilung Anlage zu Nr. 27	212
28	6. 10. 1930	Anweisungen des Sekretariats zur Kampagne gegen die Brüning-Regierung *BA* und *StA Bremen*	217
29	21. 10. 1930	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen *BA* und *StA Bremen*	223
29a	22. 10. 1930	Anträge zum Arbeitsbeschaffungsprogramm Anlage zu Nr. 29	227
30	30. 10. 1930	Anweisungen der Orgabteilung an die Bezirke *BA* und *StA Bremen*	230
31	15. 11. 1930	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen *BA* und *StA Oldenburg*	236
31a	15. 11. 1930	Resolution des Polbüros zum Berliner Metallarbeiterstreik Anlage zu Nr. 31	240
31b	11. 11. 1930	Reichskomitee der RGO an die Bezirkskomitees der RGO Anlage zu Nr. 31	250
32	29. 11. 1930	Anweisungen des Sekretariats zur „Auswertung des 2. Reichskongresses werktätiger Frauen" *BA* und *StA Bremen*	256
33	3. 12. 1930	Rundtelefonat des Sekretariats zur Brüning-Notverordnung *StA Bremen*	262
34	19. 12. 1930	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen *StA Bremen*	264
35	29. 1. 1931	Anweisungen des Sekretariats zur Auswertung der ZK-Sitzung *BA* und *StA Bremen*	281
36	12. 2. 1931	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen *BA* und *StA Bremen*	290
37	6. 3. 1931	Anweisungen des Sekretariats zur Vorbereitung der Bezirksparteitage *Records*	296
38	13. 3. 1931	Anweisungen der Orgabteilung zum Werbeplan *BA* und *StA Bremen*	300
39	25. 3. 1931	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen *BA* und *StA Bremen*	304
40	2. 4. 1931	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen *BA* und *StA Bremen*	322

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
41	13. 4. 1931	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen *BA* und *StA Bremen*	327
42	8. 5. 1931	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen *BA* und *StA Bremen*	337
43	28. 5. 1931	Anweisung der Landabteilung zum Bauern-Hilfsprogramm *BA* und *StA Bremen*	345
44	30. 5. 1931	Anweisungen des Sekretariats zum XI. Plenum des EKKI *BA* und *StA Bremen*	346
45	23. 6. 1931	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen *BA* und *StA Oldenburg*	352
46	26. 6. 1931	Anweisungen des Sekretariats zum Antikriegstag am 1. August 1931 *BA* und *HStA Düsseldorf*	364
47	7. 7. 1931	Rundschreiben des Sekretariats zu den „Marxistischen Arbeiterschulungsheften“ *BA* und *StA Oldenburg*	372
48	27. 7. 1931	Brief des Sekretariats an die Betriebs- und Straßenzellen *HStA Düsseldorf*	376
49	30. 8. 1931	Das Sekretariat zum Volksentscheid in Preußen *Die Rote Fahne*	382
50	12. 9. 1931	Anweisungen des Sektretariats zur Kampagne gegen die SPD *Internationaal Instituut Voor Sociale Geschiedenis Amsterdam*	386
51	15. 9. 1931	Anweisungen der Orgabteilung zum Werbeplan *StA Bremen* und *StA Oldenburg*	393
52	21. 9. 1931	Anweisungen der Orgabteilung zum Werbeplan *StA Oldenburg*	398
53	7. 10. 1931	Anweisungen des Sekretariats wegen der Umbildung der Brüning-Regierung *StA Bremen* und *StA Oldenburg*	401
54	9. 10. 1931	Anweisungen der Agitpropabteilung zum 14. Jahrestag der Oktoberrevolution *StA Bremen* und *StA Oldenburg*	407
55	28. 10. 1931	Anweisungen des Sekretariats „über Streiks und Erwerbslosen-Aktionen“ *Records*	414
56	16. 12. 1931	Anweisungen der Orgabteilung über die Aufgaben in der Erwerbslosenbewegung *BA* und *StA Oldenburg*	426
57	8. 1. 1932	Das ZK zum Stalin-Brief *Die Rote Fahne*	433
58	16. 2. 1932	Anweisungen des Sekretariats zur Vorbereitung der Bezirksparteitage *Records*	439
59	18. 2. 1932	Anweisungen zu den Reichspräsidenten- und Landtagswahlen *BA* und *StA Bremen*	443
59a	18. 2. 1932	Anweisungen der Agitpropabteilung Anlage zu Nr. 59	450

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
59b	18. 2. 1932	Anweisungen für den Literaturvertrieb Anlage zu Nr. 59	456
59c	18. 2. 1932	Anweisungen der Frauenabteilung Anlage zu Nr. 59	458
59d	18. 2. 1932	Anweisungen der Genossenschaftsabteilung Anlage zu Nr. 59	461
59e	18. 2. 1932	Anweisungen der Landabteilung Anlage zu Nr. 59	463
59f	18. 2. 1932	Anweisungen der Parlamentsabteilung Anlage zu Nr. 59	469
60	6. 4. 1932	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen *StA Bremen*	473
61	9. 5. 1932	Anweisungen des Sekretariats zum Verbot des Verbandes proletarischer Freidenker *Records*	477
62	11. 5. 1932	Anweisungen der Parlamentsabteilung des ZK zum Verhalten der Parlamentsvertreter *HStA Düsseldorf*	482
63	19. 5. 1932	Anweisungen des ZK (Org) an die SPD-Kommissionen *BA*	483
64	26. 5. 1932	Rundtelefonat des ZK zur Antifaschistischen Aktion *BA*	489
65	4. 6. 1932	Anweisungen des Sekretariats *BA* und *StA Bremen*	492
66	16. 6. 1932	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen und Redaktionen *BA* und *StA Bremen*	510
67	23. 6. 1932	Anweisungen des Sekretariats zur Reichstagswahl vom Juli 1932 *BA*	519
68	14. 7. 1932	Anweisungen des Sekretariats zur Einheitsfrontpolitik und zum Reichstagswahlkampf *BA* und *StA Bremen*	526
69	8. 8. 1932	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen und Redaktionen *BA* und *StA Bremen*	534
70	22. 8. 1932	Rundschreiben an die Bezirksleitungen und Redaktionen *Antifaschistische Aktion*	544
71	24. 8. 1932	Anweisungen des Sekretariats *StA Bremen*	545
72	2. 9. 1932	Anweisungen des Sekretariats zum Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung *StA Bremen*	552
73	10. 9. 1932	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen und Redaktionen *StA Bremen*	559
74	17. 9. 1932	Anweisungen des Sekretariats zur Einheitsfrontaktion *BA* und *StA Bremen*	568
75	8. 10. 1932	Anweisungen des Sekretariats zur Wahlkampagne *StA Bremen*	578

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
76	12. 10. 1932	Anweisungen des Sekretariats zur Wahlkampagne und Steigerung der Massenarbeit *StA Bremen*	581
77	27. 10. 1932	Anweisungen des Sekretariats zur Vorbereitung der Bezirksparteitage *BA* und *StA Bremen*	592
78	28. 10. 1932	Dringende Anweisungen des Sekretariats zum Wahlkampf *BA*	595
79	31. 10. 1932	Rundschreiben des Sekretariats an die Bezirksleitungen und Redaktionen *StA Bremen*	598
80	17. 11. 1932	Rundschreiben der Agitpropabteilung des ZK über die Bezirksparteitage *Records*	600
81	5. 12. 1932	Direktiven der Orgabteilung des ZK über organisatorische Maßnahmen *BA* und *StA Bremen*	607
82	14. 12. 1932	Anweisungen des Sekretariats zu den Betriebsrätewahlen *BA*	618
83	14. 12. 1932	Anweisungen des Sekretariats zum Lohnkampf *BA*	626
84	21. 12. 1932	Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen und Redaktionen *StA Bremen*	627
85	22. 12. 1932	Rundschreiben der Agitpropabteilung des ZK zur „ideologischen Offensive" *BA*	637
86	19. 1. 1933	Rundschreiben des Sekretariats über Schwächen der Arbeit *StA Bremen*	644
87	28. 1. 1933	Anweisungen des Sekretariats mit Richtlinien zum geplanten SPD-Parteitag *Records*	647
88	2. 2. 1933	Aus einem Rundschreiben des Sekretariats *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*	662
89	23. 2. 1933	Rundschreiben des Sekretariats an die Bezirksleitungen *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*	663
90	(Febr.) 1933	Illegales Rundschreiben des ZK *StA Bremen*	663
91	13. 3. 1933	Illegales Rundschreiben des ZK *HStA Düsseldorf*	671
91a	13. 3. 1933	Organisationsanweisung an die Ortsgruppen Anlage zu Nr. 91	673
91b	14. 3. 1933	Rundschreiben an die Kassenfunktionäre Anlage zu Nr. 91	675
92	25. 3. 1933	Illegales Rundschreiben des ZK *BA* und StA Bremen	676

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
		Anhang	
93	25. 10. 1929	Anträge der Agitpropabteilung an das Sekretariat *Records*	685
94	29. 10. 1929	Anträge der Agitpropabteilung an das Sekretariat *Records*	689
95	17. 4. 1930	Schreiben der Agitpropabteilung des ZK an die Agitpropabteilung des EKKI in Moskau *Records*	690
96	(April) 1930	Schreiben der Agitpropabteilung des EKKI an die Agitpropabteilung des ZK *Records*	691
97	13. 5. 1930	Schreiben der Agitpropabteilung des ZK an die Agitpropabteilung des EKKI in Moskau *Records*	693
98	21. 5. 1930	Schreiben der Agitpropabteilung des EKKI an die Agitpropabteilung des ZK *Records*	693
99	20. 6. 1932	Protokoll der Sitzung der Geschäfts- und Finanzkommission des ZK *Records*	694
100	25. 6. 1932	Aufbau der Agitpropabteilung des ZK *Records*	704
101	4. 7. 1932	Protokoll der Sitzung der Geschäfts- und Finanzkommission des ZK *Records*	707
102	11. 7. 1932	Brief der Geschäftsabteilung an das Sekretariat *Records*	717

Dokumente

1.

25. 3. 1929: Rundschreiben an alle Bezirksleitungen und Redaktionen

HStA Düsseldorf, Reg. Düss. Nr. 30642a, S. 138–140; Polizeiliche Abschrift, R. Ko. 1637/29. II. Überschrift: „Zentral-Komitee der KPD. Rundschreiben Nr. 15. An alle Bezirksleitungen und Redaktionen."

Zur Verbotsdrohung des preußischen Innenministers[1]

In Ergänzung der Anweisungen des Zentral-Komitees, veröffentlicht in der *Roten Fahne* vom 24. März 1929,[2] sind sofort die nachfolgenden Direktiven in allen Parteizeitungen, in allen Mitgliederversammlungen der Betriebszellen, Straßenzellen und Ortsgruppen zu besprechen und ihre Durchführung zu sichern.

I.

Breiteste Mobilisierung der Arbeiter gegen das drohende Verbot

Außer den öffentlichen Versammlungen und Demonstrationen, die verstärkt nach den Osterfeiertagen einsetzen müssen, sind sofort auf der Linie der obengenannten Anweisungen der ZK spezielle Direktiven an die Betriebszellen, an die Straßenzellen, an die Fraktionen[3] in den Kommunen, Gewerkschaften, Genossenschaften, Sportorganisationen, Freidenkerorganisationen usw. herauszugeben. Am besten ist es, wenn außerdem sofort eine mündliche Aussprache mit jeder Fraktionsleitung stattfindet. Es ist selbstverständlich, daß mit den Fraktionen des RFB, der RH, der IAH, des

1 In einem öffentlichen Aufruf vom 23. März 1929 (vgl. *Vorwärts* Nr. 141 vom 24. 3. 1929, „Eine letzte Warnung") kündigte der preußische Innenminister *Grzesinski* (SPD) an, daß er wegen des zunehmenden „Treibens radikaler Organisationen" und der „Ausschreitungen bedauerlichster Art" in Zukunft „gegen die radikalen Organisationen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln rücksichtslos einschreiten" werde. Dabei werde er auch „vor der Auflösung solcher Verbände und Vereinigungen nicht zurückschrecken, die gleichzeitig die Form politischer Parteien haben". In einem ebenfalls bekanntgegebenen Erlaß an die nachgeordneten Behörden forderte er diese auf, „radikale Organisationen, die [. . .] ihr gefährliches Treiben fortsetzen", aufzulösen und „öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge, die eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen [. . .], vorbeugend polizeilich zu verbieten und zu verhindern".

2 Vgl. *RF* Nr. 71 vom 24. 3. 1929. Das ZK bezeichnete in den „Anweisungen" an die Partei den Erlaß *Grzesinskis* als „offene Ankündigung des Verbots der KPD, des RFB und aller revolutionärer Organisationen", als „Signal zur gewaltsamen Unterdrückung der proletarischen Kampforganisationen in ganz Deutschland". Das ZK forderte daher zu „öffentlichen Massenversammlungen" und einer „die breitesten Massen umfassenden Protestaktion" auf. Vgl. auch Dokumente und Materialien S. 792 f. *Inprekorr* Nr. 27 vom 22. 3. 1929, S. 615 f.

3 Gemeint sind mit Fraktionen die Parteigruppen der KPD in den überparteilichen Organisationen wie Gewerkschaften, Genossenschaften usw., aber auch in den kommunistischen sogenannten Massenorganisationen wie RFB, Rote Hilfe usw. Zu den Fraktionen hatte der 6. Weltkongreß der Komintern beschlossen:
„In allen außerparlamentarischen Massenorganisationen der Arbeiter und Bauern und in deren Organen [. . .] sowie auch in den Gemeinde- und Landesparlamenten und deren Ausschüssen usw., in den Parlamenten usw. müssen, wenn auch nur zwei Parteimitglieder dort vorhanden sind, zwecks Festigung des Parteieinflusses und Durchführung der Parteipolitik in diesen Organisationen kommunistische Fraktionen gebildet werden." Protokoll, Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Moskau, 17. Juli bis 1. September 1928, Bd. 4, Hamburg 1929, S. 102.

RFMB und des IB ebenfalls die politische und organisatorische Linie der Protestbewegung in diesen Organisationen bis ins einzelne durchgesprochen wird.

Die Presse muß diese Massenkampagne agitatorisch aufs lebendigste unterstützen, eine entschiedene, kräftige Sprache führen, ohne jene Formulierung zu gebrauchen, die der Reaktion einen zu leichten Anlaß zu Verbotmaßnahmen geben.

Es muß uns dadurch – in viel höherem Maße als seinerzeit bei dem drohenden Verbot des RFB[4] diesmal gelingen, durch eine Flut von Protestresolutionen aus den Belegschaftsversammlungen, Gewerkschaftsversammlungen, aus den Mitgliederversammlungen aller in Frage kommenden Arbeiterorganisationen eine breite Sympathie- und Solidaritätsaktion für die KPD, den RFB und die gefährdeten Organisationen zu entfesseln. Die Arbeiterkorrespondenten[5] sind dementsprechend zu instruieren.

Wo Versammlungen irgend welcher proletarischen Vereine stattfinden (wir denken z. B. an sozialpolitische oder kulturelle, unter reformistischer Führung stehende Vereine wie Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Zentralverband der Arbeitsinvaliden, Arbeitersänger usw. usw.), wo die SPD in der Öffentlichkeit auftritt, da müssen alle Versuche unternommen werden, um mit Hilfe von Anträgen, von Diskussionsrednern die Versammlungen zu einer Stellungnahme gegen das drohende Verbot zu bringen.

Wo irgendwie die Möglichkeit besteht, mit Handzetteln oder selbst hergestelltem Material an die SPD-Zahlstellen oder Mitgliederversammlungen heranzukommen, muß das ausgenutzt werden. In geschickter kameradschaftlicher Form muß den SPD-Arbeitern aufgezeigt werden, wohin die Politik der gesamten Sozialdemokratie und insbesondere die Täuschungsmanöver der „Linken" führen, müssen die SPD-Arbeiter offen aufgefordert werden, Schulter an Schulter mit der KPD den Kampf gegen die drohende Diktatur, den Sozialfaschismus,[6] aufzunehmen.

II.
Verbesserung und Verstärkung des Parteiapparates

Abgesehen von den sofort einzuleitenden Sicherheitsmaßnahmen, die auf die vollständige Weiterführung der Parteiarbeit im Falle eines Verbotes einzustellen sind, ist in jeder Parteizelle und Ortsgruppe eine durchgreifende ideologische Aufklärung, sind entsprechende organisatorische Beschlüsse zu folgenden Fragen durchzuführen.

---

4 Gemeint ist der Verbotsantrag des Reichsinnenministers *Keudell* vom 14. April 1928, der am Widerstand der Länder und am Urteil des Reichsgerichtes scheiterte. Vgl. zum RFB Kurt G. P. Schuster, Der Rote Frontkämpferbund 1924–1929. Düsseldorf 1975. Zum *Grzesinski*-Erlaß gab der RFB einen „Bundesbefehl" heraus, in dem ebenfalls „öffentliche Protestversammlungen [. . .] zur Verteidigung des RFB und der KPD" gefordert wurden (*Die Rote Front*, Organ des RFB, Nr. 3, März 1929).

5 Arbeiterkorrespondenten waren ehrenamtliche Mitarbeiter der KPD-Presse. Nach dem Vorbild der Bolschewiki baute die KPD vor allem für *Die Rote Fahne* ein breites Netz von A. auf. Vgl. z. B. *Die Linkskurve* Nr. 2, Februar 1930, S. 21 ff. Vgl. auch unten, Dok. 15a, Anweisungen der Agitprop-Abteilung.

6 Vgl. zur Entstehungsgeschichte der Sozialfaschismus-These Siegfried Bahne, ‚Sozialfaschismus' in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffes, in: International Review of Social History, X, part 2, 1965, S. 211–245.

a) Jeder in einem Betrieb beschäftigte Kommunist muß sich seiner Betriebszelle anschließen, bzw. aus eigener Initiative alles unternehmen, um durch Gewinnung neuer Parteimitglieder in seinem Betrieb eine Zelle zu bilden.[7] Die Straßenzellen sind in dieser Beziehung genau auf ihre Zusammenstetzung hin zu prüfen, in den Straßenzellen müssen die Genossen nach ihrer Beschäftigung befragt werden, mit jedem Genossen, der im Betrieb beschäftigt ist, muß die Straßenzellenleitung eine Aussprache durchführen.

b) Jede Betriebszelle, jede Straßenzelle muß regelmäßig eine Betriebszeitung bzw. Straßen- oder Ortszeitung herausgeben und zu diesem Zweck einen eigenen Vervielfältigungsapparat anschaffen. Die Parteileitung muß mit der Zelle die Möglichkeit der Anschaffung besprechen und evtl. helfen.

c) Die Straßenzellen, die auf Grund der Erwerbslosigkeit eines Teils der Parteimitgliedschaft und auf Grund der Tatsache, daß eine Reihe von Betriebsgenossen sich in den Straßenzellen versteckt haben, ungewöhnlich groß geworden sind, müssen so verkleinert werden, daß in der Regel nicht mehr als 20 Mitglieder erfaßt werden. Wo im Straßenzellengebiet Betriebe ohne Zellen sind, muß eine besondere Bearbeitung derselben durch die Straßenzellenleitung organisiert werden.

d) Den Betriebszellen und Straßenzellen ist die Aufgabe zu stellen, in Ausnutzung ihrer Arbeit bei den Betriebsbewegungen, bei den Betriebsrätewahlen usw. durch Werbung neuer Parteimitglieder den Bestand der Zelle um die Hälfte zu vermehren. Auch hier muß von Seiten der Parteileitung konkret mit der Zellenleitung gesprochen werden, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

e) Auf Grund des Ergebnisses der Generalkontrolle[8] ist die Registrierung und straffe Erfassung aller in den einzelnen Massenorganisationen befindlichen Kommunisten in den entsprechenden Fraktionen durchzuführen. Die Bezirksleitung muß speziell Kontrollen durchführen, ob die Stadtteil- und Ortsgruppenleitungen die Generalkontrolle nach dieser Richtung wirklich ausgewertet haben.

Jeder Kommunist hat die Pflicht, einer oder mehrerer jener Massenorganisationen anzugehören, die heute noch unter reformistischer Führung stehen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Arbeitersport, Freidenker, Kriegsopfer, Invalidenorganisationen usw.). Die Generalkontrolle hat erwiesen, daß trotz Überlastung der aktiven Kaders der Funktionäre ein relativ hoher Prozentsatz der Mitgliedschaft nicht nur in geringem Maße in diesen Organisationen organisiert ist (in jenen Gebieten, in denen die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften größere Arbeitermassen erfassen, soll der Eintritt in diese Organisationen und die Aufziehung einer Opposition mit ihrer Hilfe organisiert werden).

---

7 Zur Einschätzung der Zellen, insbesondere der Betriebszellen als Grundfrage der Organisationsstruktur der KPD in Ideologie und Realität vgl. Weber I S. 268 ff.; Hans-Dieter Heilmann/Bernd Rabehl, Die Legende von der ‚Bolschewisierung' der KPD, II, in: Sozialistische Politik, Berlin (West), 3. Jg., Februar 1971, S. 22 ff.

8 Die KPD führte 1927 und 1929 sog. Reichskontrollen (Generalkontrollen) durch, mit denen die Parteiführung anhand konkreter Fragen an alle Parteimitglieder einen statistischen Überblick über die Organisation erhielt. Vgl. den Bericht über die Ergebnisse der ersten Reichskontrolle von Wienand *Kaasch*, Die soziale Struktur der KPD, in: *KI* Jg. 1928, Heft 19, S. 1050–1067. Zur Reichskontrolle 1929: Bericht des ZK der KPD an den 12. Parteitag, Berlin 1929, S. 252 ff. Im Juni 1929 versandte das ZK an alle Bezirke ein Rundschreiben „Lehren der Reichskontrolle". *Der Parteiarbeiter* Jg. 7, Nr. 5, Mai 1929, S. 135–138, abgedruckt unten Dok. 7. Vgl. auch Bahne, KPD S. 15.

III.
Organisierung der Opposition

Über den Kreis der kommunistischen Fraktionen hinaus müssen alle vorhandenen Möglichkeiten zur organisatorischen Zusammenfassung der Opposition in den Betrieben, Gewerkschaften und Massenorganisationen energisch ausgenutzt werden.

a) Die Betriebszellen müssen das System der Sympathisierenden-Versammlungen weiter ausbauen, ebenso trifft das für die Fraktionen in den Gewerkschaften und einzelnen proletarischen Massenorganisationen zu. Auch hier ist eine Kontrolle durchzuführen, inwieweit die Zellen die Registrierung und Zusammenfassung der Sympathisierenden durchführen.

b) Im Zusammenhang mit der Organisierung der Wirtschaftsbewegungen, der Betriebsrätewahlen, der Stellungnahme der Belegschaften gegen den diktatorisch-faschistischen Kurs und die Kriegsvorbereitungen der Regierung und der Sozialdemokratie muß in jedem Betrieb ein politischer Vertrauensmännerkörper aufgebaut werden, dem außer Kommunisten zuverlässige, sympathisierende Oppositionelle angehören sollen.

c) Zur Vorbereitung und Führung der Kämpfe muß von Fall zu Fall zur Schaffung eines breiten Delegiertensystems von in den Betriebs-Abteilungs- und Werkstättenversammlungen gewählten Vertretern der Belegschaft übergegangen werden, wobei neben den gewerkschaftlich-organisierten auch unorganisierte Delegierte sein müssen.

d) Ebenso müssen für die Vorbereitung und Führung des Kampfes breite vorbereitete Kampfausschüsse aus den besten Proleten des Betriebes gebildet werden.

e) Vor Beginn des Streiks oder Aussperrungen sind Streikleitungen (Kampfleitungen) von der Belegschaft zu wählen. Diese Streikleitungen müssen breite Körperschaften sein, die eine direkte Verbindung mit jeder Werkstatt bzw. jeder Abteilung des Betriebes garantieren.

f) Alle Betriebszellen, insbesondere jene der Großbetriebe, müssen ernsthafte Anstrengungen zur Bildung eines betrieblichen Komitees der Organisation der „Freunde der Sowjetunion" machen, das als Antikriegskomitee auch sympathisierende Parteilose und SPD-Arbeiter zu erfassen haben soll.[9]

g) Bei den Erwerbslosen müssen unsere Fraktionen trotz des saisonmäßigen Rückganges der Erwerbslosenziffern zu einer strafferen Zusammenfassung und politischen Führung der erwerbslosen Massen übergehen. (Nähere Anweisungen auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen folgen noch.)

In den Massenorganisationen ist die organisatorische Zusammenfassung der Opposition besonders dort dringend notwendig, wo wir den Kampf um die Lokalorganisation, um die Branche usw. mit dem Reformismus führen. Also bestimmte Gewerkschaften, Sportorganisationen, Freidenkerorganisationen, örtliche Gruppen des Zentralverbandes der Invaliden usw.

---

9 Neben der 1923 gegründeten „Gesellschaft der Freunde Rußlands", einer Organisation vornehmlich Intellektueller, entstand 1928 als internationale Vereinigung der „Bund der Freunde der Sowjetunion". Das deutsche Reichskomitee des Bundes wurde auf einer Tagung am 4. November 1928 ins Leben gerufen.

IV.

Maßnahmen in den sympathisierenden Organisationen

a) Der RFB ist eine der am meisten bedrohten Organisationen. Auf Grund der Anweisungen der Reichsfraktionsleitung ist zu kontrollieren, ob die von ihr angewiesenen Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt werden.

b) Der RFB muß mit Hilfe der Partei sofort eine breite ideologische Kampagne zu Einzelüberführungen seiner Mitglieder zur Partei und zur kommunistischen Jugend einleiten. Ebenso ist eine besondere Kampagne zum Eintritt der RFB-Kameraden in die Sportorganisationen zu führen.

c) Durch unsere Fraktionen muß ebenfalls sofort eine planmäßige Werbearbeit zur Überführung der besten Mitglieder der RH, der IAH, der RFB-Kameraden in die Partei organisiert werden.

d) In allen sympathisierenden Organisationen ist auf die Wichtigkeit der Organisierung der betreffenden Mitglieder in den großen proletarischen Massenorganisationen für den Fall der Illegalität und des Terrors der kapitalistischen Regierung gegen die radikale Arbeiterbewegung und für Organisierung des Massenwiderstandes gegen Diktatur und Krieg hinzuweisen.

e) In allen genannten sympathisierenden Organisationen ist die Registrierung der Mitglieder nach der Betriebszugehörigkeit, die Bildung von Betriebsgruppen zur Verstärkung der Arbeit unserer Betriebszellen energisch durchzuführen.

Diese organisatorischen Maßnahmen sind konkret mit jeder Fraktion zu besprechen und nach einem Plan durchzuführen.

Mit kommunistischem Gruß!
Zentral-Komitee der KPD
Sekretariat

2.

28. 3. 1929: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen

HStA Hannover, Hann. 80 Hildesheim II, I Nr. 585 Vol. V.: Polizeiliche Abschrift, R. Ko. 1831/29. II. Überschrift: „Rundschreiben No. 16/29. Anweisungen des Sekretariats."

Inhaltsverzeichnis:

1. Zur propagandistischen Führung des Kampfes gegen die drohenden Verbote.
2. Demonstration am 1. Mai und Bildung von Maikomitees.
3.
4. pp.
5.

W. G.

1. Zur propagandistischen Führung des Kampfes gegen die drohenden Verbote

Wir verweisen auf das Rundschreiben des ZK vom 25. März ds. Js.,[1] in dem die allgemeinen Richtlinien unseres Kampfes gegen den verschärften Unterdrückungsfeldzug der Bourgeoisie und der SPD enthalten sind, sowie auch die in diesen Tagen erscheinende Nummer der *Betriebspresse und AK*,[2] die die speziellen Aufgaben auf diesem Gebiet behandelt.

Für die richtige propagandistische Führung dieser Massenmobilisierung sind folgende Punkte zu beachten:

1. Die verschärften Unterdrückungsmaßnahmen sind nicht Ausdruck der Stärke der Bourgeoisie, der Festigkeit der kapitalistischen Stabilisierung, sondern im Gegenteil: Anzeichen der verschärften Gegensätze und Widersprüche, der wachsenden Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung, Abwehrmaßnahmen der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie gegen die steigende revolutionäre Welle. Unsere Propaganda muß daher einen kraftbewußten, stolzen, siegessicheren Ton haben, nicht Klagen über den Angriff der Bourgeoisie, sondern entschlossener Wille zur Abwehr und verschärftem Gegenangriff.

2. Jeder Schlag gegen KPD und RFB ist ein Schlag gegen die gesamte Arbeiterklasse. Zweck der Maßnahmen ist, den steigenden Kampfwillen der Massen, der in den Wirtschaftskämpfen und Betriebsrätewahlen zum Ausdruck kommt, zu brechen. Darum richten wir an die Massen den Appell: Schützt und stärkt Eure Kampforganisationen!

3. Jedes Zurückweichen vor den Verboten, jede Unterwerfung unter das Polizeidiktat lockert unsere Verbindung mit den kampfgewillten Massen. Eine Taktik des Rückzuges würde die Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie erleichtern. Entschlossener Widerstand, kühne Durchbrechung des Demonstrationsverbotes[3] auf der Basis breitester Massenmobilisierung muß die Polizeimaßnahmen unwirksam machen. Unser Ziel ist nicht, durch polizeifrommes Verhalten Verbote zu vermeiden, sondern durch revolutionäre Massenarbeit die Maßnahmen des Klassenfeindes möglichst zu erschweren und zu durchkreuzen. Der Grundton unserer Propaganda muß sein: Der revolutionäre Klassenkampf, der Kommunismus kann nicht verboten werden!

4. Der Kampf für die Rechte der Arbeiter gegen die drohende faschistische Diktatur wird geführt nicht im Zeichen der Verteidigung der Demokratie, der Weimarer Verfassung, sondern im Zeichen des revolutionären Klassenkampfes für die Diktatur des Proletariats.

Entsprechend diesem Grundgedanken empfehlen wir den Protestversammlungen und Demonstrationen folgende Losungen:

---

1 Siehe oben, Dok. 1.

2 *Betriebspresse und Arbeiterkorrespondent*, von der Agitprop-Abteilung des ZK hrsg. Monatsorgan zur Unterstützung der Betriebszeitungen. Es wurde kostenlos an Agitpropleiter von Betriebszellen und Ortsgruppen verteilt. Ab 1931 erschien das Organ unter dem Titel *Der Betriebs-Zeitungs-Redakteur und Arbeiterkorrespondent (BZR-AK)*. Die hier erwähnte Nummer der Zeitschrift war nicht zu ermitteln.

3 Vgl. oben, Dok. 1, Anm. 1.

Arbeiter, verteidigt und stärkt Eure Kampforganisationen!
Hinein in die KPD! Hinein in den RFB!
Die SPD will den Klassenkampf verbieten, die KPD führt den Kampf der Arbeiterklasse!
Volle Arbeitsruhe am 1. Mai – Am 1. Mai Straße frei!
Nieder mit dem neuen Sozialistengesetz!
Der Kommunismus kann nicht verboten werden!
Was *Bismarck* und *Seeckt* nicht vollbrachten, werden *Hermann Müller* und *Grzesinski* nicht vollbringen!
Die Koalitionspolitik ist der Weg zum Faschismus, die Diktatur des Proletariats ist der Weg zum Sozialismus!
Die Verbote gegen die revolutionären Arbeiterorganisationen dienen der Vorbereitung des imperialistischen Krieges!
Kämpft gegen die Kriegshetzer, für die Verteidigung der Sowjetunion!
Im Auftrage des Kapitals hetzen SPD-Minister die Polizei gegen die Arbeiter!
Nieder mit dem Polizeisozialismus![4]
Heraus aus der SPD, der Partei des Arbeiterverrats!
Arbeiter im Reichsbanner, laßt Euch nicht von den Koalitionsgenossen der Stahlhelmführer gegen die Arbeiter hetzen, kämpft in den Reihen des RFB gegen den Faschismus!
Die KPD kämpft für den Achtstundentag und Lohnerhöhung, darum soll die KPD verboten werden!
Nur die KPD vertritt die Interessen der Erwerbslosen, darum soll die KPD verboten werden!
Der RFB kämpft gegen den imperialistischen Krieg, darum soll der RFB verboten werden!
Es lebe die Kommunistische Partei!

2. Demonstrationen am 1. Mai – Bildung von Maikomitees

Die Kundgebungen zum 1. Mai müssen in diesem Jahre angesichts der zunehmenden Verschärfung des Klassenkampfes und der Zuspitzung der Situation einen besonderen ausgeprägten politischen und revolutionären Charakter tragen. Der 1. Mai ist eine Kraftprobe zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten!

Der Verbotserlaß *Grzesinskis*, der einen tatsächlichen Ausnahmezustand über mehr als die Hälfte Deutschlands verhängt und die Ankündigung der gewaltsamen polizeilichen Unterdrückung der KPD, des RFB und aller revolutionären Massenorganisationen darstellt, kennzeichnet die gegenwärtige Situation. Die Einschätzung der Lage durch unsere Partei, wie sie in den Beschlüssen des Januar- und März-Plenums des ZK zum Ausdruck kommt,[5] hat sich als vollkommen richtig erwiesen.

4 In der Vorlage heißt es fälschlich „Polizeispezialismus".

5 Auf der Plenartagung am 24./25. Januar stellte das ZK eine Verschärfung der Lage in Deutschland fest, die in „krasser Form die Widersprüche der Stabilisierung" signalisiere. Dies zeige, „daß die Voraussetzungen für einen neuen revolutionären Aufschwung der deutschen Arbeiterbewegung heraufwachsen!". *RF* Nr. 23 vom 27. 1. 1929. Auf der Tagung vom 14. März 1929 behandelte das ZK „die Gewerkschaftsfrage und die innenpolitische Lage in Verbindung mit der Reparationsfrage". *RF* Nr. 68 vom 21. 3. 1929. Vgl. auch *Inprekorr* Nr. 9 vom 29. 1. 1929, S. 157 ff.

Die Bourgeoisie, bestürzt durch den mächtigen Aufschwung der Arbeiterbewegung und den Vormarsch der Kommunisten auf allen Fronten des politischen Kampfes, greift zu faschistisch-diktatorischen Methoden, um den Krieg vorzubereiten, die Unternehmeroffensive zu forcieren und den revolutionären Vormarsch des Proletariats niederzuschlagen. Die bürgerliche Demokratie erweist sich als unzureichend, als untauglich, um die kapitalistische Herrschaft zu sichern. Sie ist bankrott.

Die zentrale politische Losung der Maikundgebungen muß der Kampf für die Diktatur des Proletariats sein. Die Liquidierung der bürgerlichen Demokratie wird entweder durch die Faschisten oder durch das Proletariat vollzogen. Faschismus oder proletarische Diktatur, das ist der objektiv-historische Inhalt der bevorstehenden Periode des Klassenkampfes in Deutschland. Die Sozialdemokraten sind der Schrittmacher, die Agenten, die Organisatoren der faschistischen Diktatur. Die Kommunisten sind die Propagandisten, die Vorkämpfer, die Organisatoren der proletarischen Diktatur.

Die wachsende revolutionäre Aktivität des Proletariats und die Zuspitzung der faschistischen Gefahr stehen in engem Zusammenhang mit allen Fragen der Wirtschaftskämpfe, der großen Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften und allen Formen der Massenbewegung. Die Lohnbewegungen der gegenwärtigen Monate (Berliner Metallarbeiter, Bergarbeiter, Landarbeiter usw.) müssen überall mit äußerster Energie vorwärts getrieben werden. Die neue Gewerkschaftstaktik des IV. RGI- und VI. Weltkongresses[6] in ihrer Anwendung auf die deutschen Verhältnisse (Beschlüsse der letzten Plenarsitzung des ZK und der letzten Parteiarbeiterkonferenz)[7] muß überall verwirklicht und fortgebildet werden. Die Maidemonstrationen müssen, wo sie mit Lohnbewegungen zusammenfallen, den Auftakt mächtiger Streikbewegungen bilden.

In den Orten, wo bereits Demonstrationsverbote ergangen sind, muß die Maidemonstration unter Führung der Kommunisten unter allen Umständen entschlossen durchgeführt werden. Es darf keinesfalls auf die Straßendemonstrationen verzichtet werden, sondern sie sind trotz und gegen alle Verbote durchzuführen. Dazu ist

---

6 Die neue Taktik in der Gewerkschaftsfrage bestand zunächst im Beschluß zur „selbständigen Führung" von Wirtschaftskämpfen durch die Kommunisten mit dem Hinweis, „in günstigen Situationen den Kampf auch gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zu führen". Vgl. Protokoll. Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Moskau, 17. Juli bis 1. September 1928. Hamburg o. J., Bd. 4, S. 31. Vgl. auch Protokoll über den 4. Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale, abgehalten in Moskau vom 17. März bis 3. April 1928. Moskau 1928.

Im März 1929 wurde die „organisatorische Erfassung aller Arbeiter" in Kampfleitungen gefordert (vgl. Ulbricht, Zehn Jahre Kampferfahrungen der KPD, in: *KI* Heft 9–11 vom 13. März 1929, S. 639). Das X. Plenum des EKKI im Juli 1929 ließ bereits die Spaltung der Gewerkschaften unter für die Kommunisten günstigen Umständen „von Fall zu Fall" zu (Protokoll. 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. 3. bis 19. Juli 1929. Berlin 1929, S. 922). Zur Gesamtentwicklung vgl. Wieszt S. 341 ff.

7 Zur Plenarsitzung des ZK vom 14. März 1929 vgl. oben Anm. 5. Die Reichsparteiarbeiterkonferenz der KPD zur Gewerkschaftsfrage tagte am 26. und 27. Januar 1929 in Berlin. Sie forderte die Gewinnung der unorganisierten Arbeiter, ihre Erziehung „zur Führung ihrer Kämpfe durch selbstgewählte Streikleitungen", „siegreiche Durchführung der Wirtschaftskämpfe" und Herstellung der „Einheit der Gewerkschaften auf der Klassenkampfgrundlage". Vgl. F. *Heckert* in *RF* Nr. 24 vom 29. 1. 1929.

festeste Disziplin, äußerste Entschlossenheit, maximale organisatorische Sicherung gegen Polizeiüberfälle und Provokationen notwendig.

In der gegenwärtigen Situation ist auch besonders der internationale Charakter der Maidemonstrationen zu betonen. Die Kundgebungen müssen im Zeichen des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, der Verteidigung der Sowjetunion, des Internationalismus der kämpfenden Arbeiter stehen. Dieser Inhalt der Maikundgebungen muß in den Losungen und der agitatorisch-organisatorischen Durchführung klar, eindringlich und aufrüttelnd zum Ausdruck kommen. In allen Grenzbezirken sind Grenzkundgebungen und Grenztreffen zu veranstalten. In den besetzten Gebieten ist auf die Bearbeitung der ausländischen Besatzungstruppen besonders Wert zu legen. Die Besatzungssoldaten sollen beeinflußt werden, durch Anlegung roter Armbinden und Abzeichen ihre Solidarität mit dem deutschen Proletariat zum Ausdruck zu bringen.

Das Schwergewicht der Massenmobilisationen liegt in den Betrieben, in den Gewerkschaften und allen Massenorganisationen. Überall müssen Resolutionen für Arbeitsruhe und Demonstration am 1. Mai eingebracht und beschlossen werden. Im Falle von Zusammenstößen am 1. Mai haben die Organisationen Sicherheitsmaßnahmen gegen Verbot und Verfolgung zu treffen. Die Frauen und Jungarbeiter müssen in stärkster Weise nicht nur zur Teilnahme an den Demonstrationen, sondern auch zur aktiven Arbeit in den Maikomitees, bei der Vorbereitung und Leitung des Aufmarsches herangezogen werden.

Bildung von Maikomitees

Um den Kundgebungen am 1. Mai einen breiten Massencharakter zu sichern, ist folgendes durchzuführen:

In allen Großbetrieben sollen – möglichst in der allgemeinen Belegschaftsversammlung, in der die Arbeitsruhe am 1. Mai und die Straßendemonstration beschlossen wird – breite Maikomitees bestehen, die aus kommunistischen, oppositionellen SPD-Arbeitern und sympathisierenden parteilosen Arbeitern gebildet werden. Eine besondere Rolle spielen dabei die neuen roten Betriebsräte,[8] die in ihren Betrieben die Initiative zur Bildung der betrieblichen Maikomitees ergreifen sollen.

In jedem Ort, in jeder Stadt, in großen Stadtteilen muß unter Führung der Partei ein breites lokales Maikomitee gebildet werden, dem Vertreter der proletarischen Massenorganisationen und Vertreter der entscheidenden großen Betriebe (rote Betriebsräte) angehören müssen. Ebenso müssen die Erwerbslosenausschüsse leitenden Anteil an der Organisierung der Maikundgebungen nehmen und in den Maikomitees vertreten sein.

pp. [Textvorlage bricht hier ab.]

8 Seit 1929 forderte die KPD ihre Anhänger auf, bei Betriebsratswahlen „rote Betriebsräte" zu wählen, d. h., eigene Wahlvorschläge aufzustellen, was vielfach zur Spaltung der Gewerkschaften im Betrieb und zum Ausschluß der Kommunisten aus den freien Gewerkschaften führte. Wie ein Rundschreiben des ZK an die Bezirke zeigte, gab es gegen diese neue Linie Widerstände zahlreicher kommunistischer Betriebsfunktionäre (das Rundschreiben ist als Dok. 5 unten abgedruckt, es war bereits veröffentlicht in: *Der Parteiarbeiter* Nr. 4, April 1929, S. 97–103). Vgl. auch Paul Merker, Die Betriebsrätewahlen in Deutschland, in: *Inprekorr* Nr. 31 vom 9. 4. 1929, S. 708 sowie weitere Artikel *Merkers* in: *KI* 10. Jg., Heft 20 vom 15. 5. 1929, S. 1161–1172, und Heft 21 vom 22. 5. 1929, S. 1205–1222.

2a.

30. 3. 1929: Anweisungen der Orgabteilung zu den 1. Mai-Komitees

Anlage zu Nr. 2. Überschrift: „Rundschreiben No. 16/29. Anweisungen der Orgabteilung."

Inhaltsverzeichnis: Anweisungen der Orgabteilung zu den 1. Mai-Komitees.

Die Androhung *Grzesinskis* „Letzte Warnung" des Verbots der KPD und des RFB und die gleichzeitige Anweisung an die Polizeidirektionen öffentliche Kundgebungen unter freiem Himmel, Demonstrationen usw. generell zu verbieten, ja, selbst Versammlungen in abgeschlossenen Räumen zu verbieten, gibt der diesjährigen Maikundgebung einen ganz besonderen Charakter. Die bisherigen Anweisungen, auf den Maikundgebungen überall selbständig und führend aufzutreten, bedürfen nach dieser Ankündigung *Grzesinskis* einiger spezieller organisatorischer Maßnahmen, die die Maikundgebungen weit über den Rahmen der früheren Massendemonstrationen hinaus zum wuchtigen Aufmarsch des gesamten Proletariats machen müssen. Diese organisatorischen Maßnahmen erfordern eine gründliche wochenlange Vorbereitung, um im gesamten Proletariat, in sämtlichen Belegschaften und Arbeiterorganisationen die Entscheidung über die Gefolgschaft hinter dem Sozialfaschismus oder hinter der Führung der KPD herbeizuführen.

Um die breiteste Basis für Massenkundgebungen zu erlangen, schlagen wir den Bezirken in Ergänzung der bisherigen Anweisungen die Befolgung folgender organisatorischer Maßnahmen bei der Vorbereitung der Maidemonstrationen vor:

A. Entscheidungen in den Arbeiterorganisationen

1. In allen Massenorganisationen, Gewerkschaften, Gewerkschaftskartellen, Freidenkerorganisationen, Arbeitersport- und Gesangvereinen, Naturfreunde, Abstinentenbund etc., in denen wir entscheidenen Einfluß in den Vorständen oder Leitungen haben, sind sofort Versammlungen einzuberufen, und in diesen Organisationen Maikomitees von etwa 3–5 Personen zu wählen. In den betr. Versammlungen sind Resolutionen anzunehmen, die enthalten müssen:

a) Beschluß, daß der 1. Mai durch vollkommene Arbeitsruhe begangen werden muß,

b) daß eine Massenkundgebung des gesamten Proletariats stattfinden muß,

c) die übrigen Losungen, wie sie in unseren seitherigen Rundschreiben und im Maiaufruf bekannt gegeben sind.

2. In proletarischen Massenorganisationen, in denen die Einberufung von unserer Seite aus nicht geschehen kann, müssen unsere Genossen an den Vorstand herantreten mit der Aufforderung, zur Beratung über die Maikundgebungen eine Mitgliederversammlung einzuberufen. In dieser Mitgliederversammlung sind Anträge wie unter Punkt 1. von unseren Genossen einzubringen und dementsprechend die Maikundgebungen vorzubereiten.

3. Dort, wo die Vorstände den Antrag auf Einberufung einer Versammlung ablehnen, müssen unsere Genossen in den üblichen Monatsversammlungen im April

bei der Eröffnung der Versammlung geschäftsordnungsmäßig den Antrag auf Beratung der Maikundgebungen fordern. In diesen Versammlungen sind die Anträge zu Punkt 1. einzubringen.

B. Vorbereitung in den Betrieben

1. In den Belegschaftsversammlungen sind Anträge und Resolutionen einzubringen, in denen

a) gegen die Demonstrationsverbote protestiert wird,

b) Beschluß gefaßt wird, am 1. Mai die Arbeit vollständig ruhen zu lassen,

c) beschlossen wird, daß sich die gesamte Belegschaft an der Maidemonstration beteiligt.

Es ist zweckmäßig, daß die Werkstatt- und Betriebsvertrauensleute als Ordner bei der Maikundgebung verpflichtet werden, die zu kontrollieren haben, ob alle Arbeiter der Belegschaft an der Kundgebung teilnehmen und für den ungestörten Verlauf der Kundgebung innerhalb der Belegschaft eintreten.

C. Zentrale Maikomitees

1. Nachdem die Maikomitees in den Betrieben und proletarischen Massenorganisationen gewählt sind, müssen diese einzelnen Maikomitees zu einer Konferenz zusammentreten und aus ihrer Mitte ein Komitee für die Maikundgebung 1929 wählen.

2. Überall dort, wo die Maikundgebungen durch die Polizei verboten sind, muß das zentrale Maikomitee eine Abordnung (möglichst unter Teilnahme von Sozialdemokraten und Parteilosen) an die Polizeibehörden senden und Mitteilung machen, daß trotz Verbotes die Arbeiterschaft geschlossen die Maikundgebungen durchführen wird. Diese Ankündigung hat nicht in der Form einer Anmeldung oder Bitte, das Verbot aufzuheben, zu geschehen, sondern lediglich in der Form der Mitteilung, wobei man die Verantwortung für evtl. entstehende Zusammenstöße der Polizeitruppen mit Arbeitern der Polizeiverwaltung zuzuschieben hat.

3. Es ist zweckmäßig, in diese Maikomitees neben Kommunisten auch sozialdemokratische und unorganisierte Arbeiter aufzunehmen.

4. Dort, wo die Einberufung einer Vollversammlung der Betriebsräte die Erfassung aller Betriebe und Belegschaften ermöglicht, ist es zweckmäßig, eine solche Vollversammlung einzuberufen und aus dieser Versammlung das zentrale Maikomitee unter Heranziehung der von den Belegschaften gewählten Maikomitees und der der proletarischen Massenorganisationen zu bilden.

5. Dort, wo wir in den Gewerkschaftskartellen bestimmenden Einfluß haben, müssen die Gewerkschaftskartelle die vorbereitende Arbeit zur Bildung des Maikomitees übernehmen.

6. Bei allen Maßnahmen des zentralen Maikomitees kommt es darauf an, in ständigem Einvernehmen mit den gesamten Belegschaften zu handeln, um die gesamte Aktion zu einer Massenbewegung zu gestalten.

7. Es ist unzulässig, Maikomitees von kleinen Körperschaften bestimmen zu lassen. Die Hauptsache bei Bildung der Maikomitees ist, immer die Aktivität der breiten Arbeiterschichten in Anspruch zu nehmen und zu entfalten. Die Partei muß die

Maikomitees mit allen Mitteln unterstützen und gemeinsam mit den Maikomitees die Finanzierung und alle geschäftlichen und organisatorischen Maßnahmen gründlich mit ihnen besprechen und entscheiden.

3.

12. 4. 1929: Anweisungen der Abteilung Sozial-Politik

HStA Hannover, Hann. 80 Hildesheim II, I Nr. 585 Vol. V.: Polizeiliche Abschrift, R. Ko. 2209/29. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 17/29. Anweisungen der Abteilung Sozial-Politik."

Inhaltsverzeichnis:

1. Verstärkung und Systematisierung der sozialpolitischen Arbeit.
2. Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Organisationen (ARSO)[1]
3. Schaffung Sozialpolitischer Abteilungen in den Bezirken und Sozialpolitischer Ausschüsse in den Ortsgruppen.
4. Organisierung der Fraktionen in den sozialpolitischen Organisationen.

1. Der bisher auf sozialpolitischem Gebiet von der Partei geleisteten Arbeit fehlte jede Planmäßigkeit. Im Rahmen unserer Massenarbeit und unseres Kampfes gegen den Machtapparat des kapitalistischen Staates, von dem der Apparat der Versicherungsträger und der „Wohlfahrtspflege" mit seinen zahlreichen bürgerlich-konfessionellen und sozialdemokratischen Wohlfahrtsorganisationen ein Teil ist, gewinnt die sozialpolitische Arbeit für die Partei die größte Bedeutung. Die kapitalistische Offensive zur Verschlechterung der proletarischen Lebenshaltung schließt den Abbau der sozialen Ausgaben im Reich, Staat und Gemeinden, die Verschlechterung der Sozialversicherung in sich. Die SPD ist ganz offen in die Front der sozialen Reaktion eingeschwenkt und führt die Befehle der Wirtschaftsführer durch. Der Kampf gegen die Sozialreaktion ist ein wichtiger Hebel unserer Kampfmethoden gegen die SPD. Aus diesem Grunde und im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen in Preußen und anderen Ländern[2] muß eine Zusammenfassung der auf sozialpolitischem Gebiet tätigen Genossen, wie der proletarischen sozialpolitischen Organisationen und die Organisierung der Fraktionen in einer Anzahl sozialdemokratisch geführter sozialpolitischer Organisationen schnellstens erfolgen.

Mit Erfolg hat der kapitalistische Klassenstaat durch die Zersplitterung der Sozialgesetzgebung und die Übertragung vieler Aufgaben an bürgerlich-sozialdemokratisch-religiöse Organisationen die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung

1 Die Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Organisationen (ARSO) wurde 1929 als Dachorganisation der von der KPD gelenkten sozialpolitischen Organisationen gebildet. Organ der ARSO war die Zeitschrift *Proletarische Sozialpolitik*. Vgl. die Leitsätze der ARSO vom September 1929 in Dokumente und Materialien S. 884 ff.

2 Die Kommunal- und Provinziallandtagswahlen in Preußen wurden am 17. November 1929 durchgeführt. Außerdem fanden in den Monaten Oktober und November 1929 noch Kommunal- oder Landtagswahlen in Baden, Bayern, Hessen, Lübeck, Lippe, Mecklenburg, Saargebiet, Sachsen und Thüringen statt.

gegeneinander ausgespielt, die in ihrer Lebenshaltung von dieser abhängig oder berührt werden.

Ein weitverzweigtes System der „Privaten Wohlfahrtspflege", in das die SPD mit ihrer Arbeiterwohlfahrt eingegliedert ist, dient dazu, breite Schichten der arbeitenden Bevölkerung als Stimmvieh für die bürgerlichen Parteien und die SPD zu ködern.

Die gleiche Zersplitterung wie in der Sozialgesetzgebung zeigt sich in den sozialpolitischen Organisationen. Hierdurch wird unsere Arbeit erschwert und ihre planmäßige Organisierung erfordert die Schaffung eines Organisationsapparates, der mit einem Minimum von Kräften die größtmöglichsten Erfolge zu erzielen in der Lage ist. Dies kann erreicht werden, wenn die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden sozialpolitischen Organisationen zur einheitlichen Arbeit unter Führung der Partei zusammengefaßt werden und in den von den Reformisten beherrschten Organisationen eine planmäßige Fraktionsarbeit geleistet wird. Nur unter dieser Voraussetzung ist auf sozialpolitischem Gebiet eine einheitliche proletarische Front gegen die als Instrument zur Unterdrückung der Arbeiterklasse dienende Sozialgesetzgebung mit ihrem weitverzweigten Apparat und dem System der mit öffentlichen Mitteln arbeitenden „Privaten Wohlfahrtsorganisationen" zu schaffen.

2. Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Organisationen (ARSO)

Der Kampf für eine proletarische Sozialpolitik, die Ausnutzung der sozialen Gesetzgebung und der sonstigen sozialen Einrichtungen zugunsten der proletarischen Klasse wurde bisher ohne die genügende Verbindung von der Partei, dem KJVD, der RH, der IAH, des IB, des RFMB und den Genossen in den sozialdemokratisch und bürgerlich geführten Organisationen der Kriegs- und Arbeitsopfer, der Mieter, der Krankenkassen etc. geführt. Die Zusammenfassung aller proletarischen sozialpolitischen Organisationen und Kräfte zu Arbeitsgemeinschaften, sowohl bezirklich wie örtlich, ist unaufschiebbar. Nachdem ein Reichsausschuß der ARSO schon seit Monaten arbeitet und auch schon in einigen Bezirken Ausschüsse der ARSO gebildet sind, muß jetzt in allen Bezirken und Orten die Organisierung der ARSO erfolgen.

Die ARSO ist keine besondere Organisation mit einem eigenen festgefügten Organisationsapparat. Ihre Aufgabe ist, die proletarischen sozialpolitischen Organisationen und die auf sozialpolitischem Gebiete tätigen Genossen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen. Die ARSO beschränkt sich in ihrer Tätigkeit darauf, einheitliche sozialpolitische Aktionen durchzuführen, den Kampf gegen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Organisationen und dem mit diesen verwachsenen staatlichen Wohlfahrtsapparat zu organisieren. Material für die sozialpolitische Arbeit herauszugeben, eine Arbeitsteilung der proletarischen sozialpolitischen Organisationen und eine enge Zusammenarbeit dieser mit den Parlamentsfraktionen durchzuführen.

Die gemeinsame Arbeit erfordert die Ausschaltung jedes kleinlichen Konkurrenzkampfes zwischen den proletarischen Organisationen und die gegenseitige Unterstützung bei Durchführung der Arbeit. Die Arbeitsteilung, was die sozialpolitischen Fragen betrifft, soll in der folgenden Weise erfolgen:

KPD Allgemeine Wohlfahrtspflege, Erwerbslosenfragen, Krankenkassenwesen, Arbeitsrecht, Arbeiterschutz, Unfallschutz, Gewerbehygiene, Gesundheitswesen, Mieter- und Wohnungsfragen. (Bei der Durchführung dieser Aufgaben wird die Partei neben den Arbeiten, die von ihren Zellen und Fraktionen durchzuführen sind, Helfer aus den sozialpolitischen Organisationen heranziehen und den proletarischen sozialpolitischen Organisationen spezielle Aufgaben überlassen bzw. übertragen. So können z.B. einer proletarisch geleiteten und der ARSO angeschlossenen Mieterorganisation die Mieter- und Wohnungsfragen übertragen werden, ferner ist es zweckmäßig, daß die Gemeindefraktionen der Partei die für die allgemeine Wohlfahrtspflege der Gemeinden zu stellenden Helfer aus den der ARSO angeschlossenen Organisationen heranziehen.)

KJVD Jugendpflege, Jugendfürsorge, Kinderarbeit. Der KJVD soll durch diese Aufgaben nicht von seiner politischen Arbeit abgelenkt werden und lediglich im Rahmen der ARSO mit den Organisationen zusammenwirken, denen die sich aus diesen Aufgabengebieten ergebenden praktischen Arbeiten übertragen werden, bzw. die politische Kontrolle dieser Tätigkeit durchführen.

IAH Allgemeine Wohlfahrt. Aus dieser gehört in das Tätigkeitsfeld der IAH:

Anstaltsfürsorge, Arbeitshäuser, Heil- und Pflegeanstalten.
Jugendwohlfahrt, die umfaßt: Schulkinderfürsorge, Kinderarbeit, Kinderverschickung, Kinderhorte, Kindergärten, Kinderwanderungen (unter Mitarbeit des KJVD).

Jugendfürsorge, proletarische (die z.Zt. noch unter dem Namen „Reichsverband dissidentische Fürsorge" besteht).
Jugendfürsorge, in die hineinfallen: Vormundschaftswesen, Pflegekinderwesen, Jugendgerichtshilfe, Schutzaufsicht, Fürsorgeerziehung (unter Mitarbeit des KJVD).
(Solange die dissidentische Fürsorge nicht im Reichsmaßstabe besteht, wird die Jugendfürsorge von der IAH übernommen.)

RH Soziale Gerichtshilfe, Gefangenfürsorge, Strafentlassenenfürsorge

IB Kriegsopferversorgung.
Sozialversicherung, zu der gehört: Invaliden-, Angestellten-, Unfall- und Knappschaftsversicherung.
Kleinrentner-, Armen-, Blinden- und Krüppelfürsorge.
Durchführung von Verfahren auf allen übertragenen Gebieten.

RFMB Allgemeine Arbeiterinnenfragen, Mieterschutz, Wochenhilfe, Wochenfürsorge.

3. a) Sozialpolitische Abteilung der BL

Für die Leitung der gesamten sozialpolitischen Arbeit im Bezirk ist unter der verantwortlichen Leitung eines Genossen des Bezirkssekretariats eine Sozialpolitische Abteilung einzusetzen, der je ein Vertreter der Gewerkschafts-, Agitprop-,

Kommunal- und Frauenabteilung, ein Vertreter der BL, des KJVD, die Leiter der Bezirksfraktion der IAH, RFMB, Kriegs- und Arbeitsopfer, Mieter, Krankenkassen, Dissidentische Fürsorge und evtl. noch einige auf dem Gebiete der Sozialpolitik erfahrene und tätige Genossen angehören. Die Aufgabe der Sozialpolitischen Abteilung der BL ist, die erforderlichen Maßnahmen des ZK im Bezirk durchzuführen, die Durchführung dieser Arbeit zu kontrollieren und laufend der BL und dem ZK darüber zu berichten. Sofern ein Bezirksausschuß der ARSO noch nicht besteht, soll möglichst bald eine größere sozialpolitische Konferenz des Bezirks vorbereitet werden, um einen solchen wählen zu lassen. Die Sozialpolitische Abteilung des Bezirks soll gleichzeitig die Fraktion im Bezirksausschuß der ARSO sein. Bei den Vorschlägen der Partei für den Bezirksausschuß der ARSO müssen deshalb die Mitglieder der Sozialpolitischen Abteilung berücksichtigt werden, damit durch eine Personalunion unsere Arbeit vereinfacht wird.

3. b) Sozialpolitische Ausschüsse in den Ortsgruppen

In Gemeinschaft mit der BL und den Ortsgruppen der Partei muß die Sozialpolitische Abteilung Sozialpolitische Ausschüsse in den Ortsgruppen schaffen. Die Sozialpolitischen Ausschüsse in den Orten sind die Organe der Partei zur Leitung der sozialpolitischen Arbeit in den Orten. Sie sollen gleichzeitig die Fraktion der örtlichen ARSO sein. Ihre Zusammensetzung soll unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen Verhältnisse analog der Zusammensetzung der Sozialpolitischen Abteilung der Bezirke erfolgen.

4. Fraktionen in den sozialpolitischen Organisationen

Für die Leitung der Arbeit in den sozialpolitischen Organisationen muß die Bezirksabteilung Bezirksfraktionen und örtliche Fraktionen organisieren. Außer für die IAH und RH und den RFMB. der Dissidentischen Fürsorge sind Bezirks- und Ortsfraktionen zu bilden:

a) für die Organisationen der Kriegs- und Arbeitsopfer aus Genossen des IB. des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden, des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und der Blindenorganisationen. Die Heranziehung von Genossen aus den unter reformistischer Führung stehenden Organisationen ist besonders wichtig, um eine einheitliche Linie in allen diesen Verbänden durchführen zu können.

b) Für die Mieter aus Genossen des Bundes Deutscher Mietervereine (Sitz Dresden), des Bundes Deutscher Mieter (Sitz Berlin) und evtl. bestehender lokaler Mieterorganisationen.

c) Für die Krankenkassen aus Genossen der Vorstände und Ausschüsse der Ortskrankenkassen, größere Betriebs- und Innungskrankenkassen, der Spruchausschüsse bei den Versicherungen und Oberversicherungsämtern.

Sobald wie möglich wird die Information der Fraktionen in den Sozialpolitischen Organisationen direkt von den Reichsfraktionsleitungen erfolgen.

Die Sozialpolitischen Abteilungen der Bezirke müssen möglichst bald die Adressen a) des verantwortlichen Leiters der Sozialpolitischen Abteilung, b) der Bezirksfraktionsleitungen der sozialpolitischen Organisationen im ZK angeben.

4.

18. 4. 1929: Anweisungen der Reichsfraktion der Kriegs- und Arbeitsopfer

HStA Hannover, Hann. 80 Hildesheim II, I Nr. 585 Vol. V; Polizeiliche Abschrift. R. Ko. 2210/29 II. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 18/29. Anweisungen der Reichsfraktion der Kriegs- und Arbeitsopfer."

Inhaltsverzeichnis:

Anweisungen für die Fraktionsarbeit in den Organisationen der Kriegs- und Arbeitsopfer.[1]

1. Vereinheitlichung und Ziel der Fraktionsarbeit in den Organisationen der Kriegs- und Arbeitsopfer.

2. Aufbau und Arbeit der Fraktionen in den Bezirken und Orten.

3. Zusammenarbeit der Bezirksfraktionen im Gaumaßstab der Kriegs- und Arbeitsopferorganisationen.

4. Enge Verbindung der Fraktion mit Parteileitung, sozialpolitischen Organisationen und ARSO.

5. a) Die nächsten allgemeinen Aufgaben.

b) Die besonderen Aufgaben im IB, Reichsbund und Reichsverband der Kriegsbeschädigten und Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands.

1. Vereinheitlichung und Ziel der Arbeit

Mit den wachsenden Widersprüchen der kapitalistischen Wirtschaft verschärft sich nicht nur die politische wirtschaftliche Reaktion, sondern auch die soziale Reaktion, die ebenfalls ihren Teil zu der Verschärfung der Klassengegensätze beiträgt und für uns große Möglichkeiten schafft, vor der Arbeiterschaft und insbesondere vor den Kriegs- und Arbeitsopfern die reaktionäre Rolle der SPD auf sozialpolitischem Gebiet aufzuzeigen. Das zwingt die Partei zu einer Verschärfung der Arbeit auf sozialpolitischem Gebiet, die eine planmäßige Fraktionsarbeit in allen Organisationen der Kriegs- und Arbeitsopfer in sich schließen muß.

Die einheitliche Arbeit der Partei in allen Organisationen der Kriegs- und Arbeitsopfer erfordert die Zusammenfassung aller Genossen dieser Organisationen in einheitlichen Fraktionen. Nur die Zusammenfassung aller Genossen des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit (IB), des Reichsbundes und des Reichsverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, der Blindenorganisationen etc. zu einer gemeinsamen Fraktion ermöglicht die Durchführung einer einheitlichen Arbeit im Rahmen der allgemeinen Arbeit der Partei.

Der IB hat auf seinem letzten Bundestag eine Taktik gegenüber den gegnerischen Organisationen beschlossen, die übereinstimmt mit der Taktik der Partei zur

1 Zu den Fraktionen siehe oben Dok. 1, Anm. 3. In ihrer Arbeit unterstanden die Fraktionen der zugehörigen Parteiorganisation, die sie anleitete und kontrollierte. Die Fraktionen waren an die Direktiven der Parteiorganisation, die Fraktionsmitglieder an die Beschlüsse der Fraktion gebunden. Diese Arbeitsweise ermöglichte den kommunistischen Fraktionen in den Massenorganisationen die Kontrolle zahlenmäßig überlegener Gruppen.

Aufrollung einer breiten Opposition in den reformistisch und bürgerlich geführten Organisationen und die Mobilisierung breiter Schichten dieser Organisationen für den Kampf um ihre Interessen mit den Methoden des Klassenkampfes, die Herstellung einer einheitlichen Kampffront zwischen den oppositionellen Kräften dieser Verbände mit dem IB. die Propagierung und schließlich Schaffung einer einheitlichen Klassenorganisation der Kriegs- und Arbeitsopfer.

Mit der Verstärkung unserer oppositionellen Arbeit in den Kriegs- und Arbeitsopferorganisationen werden sich auch in diesen die reformistischen Spaltungsmaßnahmen verschärfen. Die reformistische Bürokratie im Zentralverband der Arbeitsinvaliden hat bereits die Ortsgruppenleitungen im Kreise Sangerhausen und die Kreisleitung Sangerhausen ihrer Funktionen enthoben und dadurch die gesamte Organisation im Kreise Sangerhausen abgespalten. Sofern Einzelausschlüsse oder auch Ausschlüsse ganzer Ortsgruppen und Kriegs[opfer]organisationen erfolgen, muß der Kampf um die Wiederaufnahme zum Zwecke der Mobilisierung der anderen Organisationen erfolgen. Die Überführung von ausgeschlossenen Mitgliedern und Organisationen in den IB darf nur dann erfolgen, wenn für diese Organisationen keine Mögichkeit für die Unterstützung unserer Fraktionsarbeit in ihrer früheren Organisation mehr besteht. In allen Fällen darf die Überführung ausgeschlossener Organisationen nur mit dem Einverständnis der Reichsfraktion erfolgen.

Gegenüber dem „Allgemeinen Verband" (*Tiedt*-Verbändchen)[2] kommt diese Taktik nicht zur Anwendung. Dieser Organisation müssen wir überall, wo sie noch besteht, jede Basis zu entziehen versuchen. Die hierbei einzuschlagende Taktik muß unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse festgelegt werden. Dabei wird die Zusammenfassung der noch in dieser Organisation befindlichen Genossen und Sympathisierenden in der Regel notwendig sein, um den Kampf innerhalb der Ortsgruppe für die Wiedervereinigung mit dem IB auszulösen. Das Ziel muß sein, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit die Ortsgruppe geschlossen oder teilweise wieder dem IB zuzuführen.

Die heute noch im „Allgemeinen Verband" befindlichen Genossen sind nur dann zu der gemeinsamen Fraktion der Kriegs- und Arbeitsopfer heranzuziehen, wenn sie sich gegenüber der Parteileitung verpflichtet haben, unsere Taktik im „Allgemeinen Verband" durchzuführen.

2. Aufbau und Arbeit der Fraktionen

Bei jeder Bezirksleitung ist unbedingt eine Bezirksfraktion für die Kriegs- und Arbeitsopfer zu bilden. Der für die sozialpolitische Arbeit im Bezirksbüro verantwortliche Sekretär ist für die Fraktionsarbeit mit verantwortlich. Für die Bildung der Fraktion gelten die allgemeinen Organisationsgrundsätze der Partei, nach denen die Fraktionsleitung aus Funktionären der Organisation des Bezirksvorortes zusammen-

2 Karl *Tiedt* leitete von 1919 bis 1927 den von ihm ins Leben gerufenen „Internationalen Bund der Kriegsbeschädigten und Körperbehinderten", des linken Gegenstücks zum „Reichsbund der Kriegsbeschädigten". Am 19. August 1926 wurde *Tiedt* wegen linker Abweichungen aus der KPD ausgeschlossen. Darauf spaltete sich 1927 der IB und *Tiedt* gründete mit einer Minderheit den bedeutungslosen „Allgemeinen Verband der Kriegsbeschädigten". Der IB wurde nach der Spaltung umbenannt in „Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit". Sein Vorsitzender war von 1927 bis 1933 Hugo *Gräf*. Zu *Tiedt* und *Gräf* vgl. Weber II S. 141 f., 323 f.

gesetzt werden soll. Sofern im Bezirksvorort geeignete Genossen nicht vorhanden sind, müssen Genossen aus anderen Orten hinzugezogen werden. Nur in Ausnahmefällen soll die Bezirksfraktion an einem anderen Orte des Bezirks gebildet werden. (Über Aufbau und Verhältnis der Fraktionen zur Parteileitung siehe Parteistatut.)[3]

Bei der Zusammensetzung der Bezirksfraktion ist darauf zu achten, daß, soweit wie möglich, die Genossen des Internationalen Bundes in dieser entscheidenden Einfluß haben.

Die gesamte Arbeit in den Organisationen der Kriegs- und Arbeitsopfer des Bezirks wird von der Bezirksfraktion nach den Weisungen der Reichsfraktion geleitet. Sie hat die Durchführung der Arbeit zu kontrollieren und der BL und dem ZK regelmäßig über diese zu berichten. Die Bezirksfraktion verkehrt mit den Organisationen unmittelbar, alle Anweisungen an die Ortsfraktionen sind mit Einverständnis der Sozialpolitischen Abteilung der BL zu erlassen.

Mit Unterstützung der Parteileitung hat die Bezirksfraktion die örtlichen Fraktionen der Kriegs- und Arbeitsopfer zu organisieren. Auch in den Leitungen der örtlichen Fraktionen sollen die Genosen vom IB nach Möglichkeit entscheidenden Einfluß haben. Die allgemeine Arbeit in den Kriegs- und Arbeitsopferorganisationen und die bei dieser anzuwendende Taktik ist in gemeinsamen Fraktionsversammlungen zu besprechen. Für die Vorbereitung unseres Auftretens in den einzelnen Organisationen wie zur Stellungnahme zu Vorgängen in diesen werden zeitweise Sonderbesprechungen der Genossen aus den einzelnen Organisationen erforderlich werden, die von der gemeinsamen Fraktionsleitung einzuberufen und zu leiten sind.

Intime Angelegenheiten des IB sind stets unter den Genossen des IB zu besprechen und nicht in gemeinsamen Sitzungen.

3. Die Arbeit im Gaumaßstabe

Die Gaugrenzen der verschiedenen Kriegs- und Arbeitsopferorganisationen schneiden sich untereinander, wie auch mit den Grenzen unserer Parteibezirke. Für die Organisierung der Arbeit in den Gauen der verschiedenen Organisationen lassen sich infolge der vielseitigen Grenzschneidungen keine einheitlichen Gaufraktionen für alle Organisationen bilden. Die Organisierung im Gaumaßstabe der einzelnen Organisationen macht deshalb eine enge Zusammenarbeit der Bezirksfraktionen erforderlich, die im Gebiete der Gaue bestehen. Zwischen den in den Gaugebieten bestehenden Bezirksfraktionen muß festgelegt werden, welche der Bezirksfraktionen der Gau des IB, den Gau des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, den Gau des Reichsverbandes der Kriegsbeschädigten, den Gau des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden etc. zu bearbeiten hat. Es wird zweckmäßig sein, soweit wie möglich der Bezirksfraktion die Arbeit für den Gau der Organisation zu übertragen, in deren Bereich die Gauleitung dieser Organisation ihren Sitz hat. Die Arbeit in den Gauen der verschiedenen Organisationen wird sich im allgemeinen auf die Information der Fraktionen über besondere Vorgänge im Gau und auf die Vorbereitungen der Gautagungen beschränken. Die Bezirksfraktion, die für die Arbeit im Gau einer bestimmten Organisation

3 Statut der Kommunistischen Partei Deutschlands, beschlossen vom X. Parteitag, 12. bis 17. Juli 1925 in Berlin, Abschnitt 14, §§ 49–54. *RF* Nr. 167 vom 24. 6. 1925. Wesentliche Teile des Statuts sind abgedruckt bei Weber, Dokumente S. 254 ff.

der Kriegs- und Arbeitsopfer verantwortlich ist, verkehrt mit den Fraktionen in anderen Parteibezirken nur über die betr. Bezirksfraktion.

4. Enge Verbindung der Fraktion mit Parteileitung, sozialpolitischen Organisationen und ARSO[4]

Ein enges Zusammenwirken unserer Fraktionsarbeit in den Kriegs- und Arbeitsopferorganisationen mit der Partei wird dadurch gewährleistet, daß die Fraktionsleiter Mitglieder der Sozialpolitischen Abteilungen der Bezirke bzw. der Sozialpolitischen Ausschüsse der Ortsgruppen sind.

Die Sozialpolitischen Abteilungen der Bezirksleitungen, wie auch die Sozialpolitischen Ausschüsse der Ortsgruppen sind gleichzeitig die Fraktionen der Bezirksausschüsse bzw. der Ortsausschüsse der ARSO. Durch diese Funktionsverbindung, wie auch durch die Zugehörigkeit der unter proletarischer Leitung stehenden Kriegs- und Arbeitsopferorganisationen zur ARSO ist eine enge personelle Verbindung der Fraktionen zur ARSO vorhanden, die ein gemeinsames Zusammenarbeiten auf allen Gebieten erleichtert.

Es ist ferner zweckmäßig, wenn die in Kriegs- und Arbeitsopferorganisationen angestellten Genossen zu den BL-Sitzungen eingeladen bzw. ihre Fragen in gemeinsamer Aussprache mit dem Sekretariat der Partei behandelt werden.

5. a) Die nächsten allgemeinen Aufgaben

b) Die besonderen Aufgaben im IB, Reichsbund und Reichsverband der Kriegsbeschädigten und Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands

1. Mai. Die Zeit bis zum 1. Mai muß von den Fraktionen dazu benutzt werden, um die Organisation der Kriegs- und Arbeitsopfer, oder auch große Teile der Mitglieder noch unter reformistischer Leitung stehender Organisationen, zur Teilnahme an den von der Partei veranstalteten Demonstrationen zu veranlassen. In allen Mitgliederversammlungen der Organisationen müssen unsere Genossen zu dem Demonstrationsverbot sozialdemokratischer Polizeipräsidenten Stellung nehmen. Bei den Maidemonstrationen sind Transparente mit den Forderungen der Kriegs- und Arbeitsopfer und gegen die soziale Reaktion der Koalitionsregierung mitzuführen.

Kampf gegen die Kriegsgefahr. Der Bundestag des IB hat auf seinem Kongreß eine Resolution gegen die Kriegsgefahr beschlossen, die konkretes Tatsachenmaterial für unseren Kampf gegen die Kriegsgefahr in den Organisationen der Kriegs- und Arbeitsopfer enthält. Es darf keine Versammlung vergehen, in der nicht unsere Genossen, ausgehend von dem sozialdemokratischen Kurs der Koalitionsregierung und der neuen imperialistischen Kriegspolitik, die Verschärfung der imperialistischen Gegensätze und die Kriegsvorbereitungen gegen Sowjetrußland behandeln. Die Kriegsopferorganisationen sind für uns von besonderer Bedeutung, um den Widerstand in der Arbeiterschaft gegen neue imperialistische Kriege und für die Verteidigung der Sowjetunion zu steigern.

Forderungen der Kriegs- und Arbeitsopfer

Im Rahmen der allgemeinen Reaktion vesucht die Bourgeoisie die Ausgaben für die Versorgung der Kriegs- und Arbeitsopfer zu vermindern, wobei sie von der SPD

4 Zur ARSO siehe oben Dok. 3.

unterstützt wird. Die Verschlechterung für die Unfall- und Knappschaftsinvaliden, die Nichtdurchführung des Ausbaues der Invalidenversicherung, die vollständig ungenügende Versorgung der Kriegsverletzten und Hinterbliebenen und die Stellung der SPD, hierzu ist in allen Versammlungen von uns ein Antrag zu stellen.

Um die Koalition zu retten, hat die SPD sich mit der weiteren Streichung von 75 Millionen für soziale Ausgaben einverstanden erklärt.

Gleichzeitig sind hierbei die Forderungen der Partei und des IB für eine bessere Versorgung der Kriegs- und Arbeitsopfer zu popularisieren und die Massen zum außerparlamentarischen Kampf für die Durchsetzung dieser Forderungen zu mobilisieren. Dabei muß den Kriegs- und Arbeitsopfern zum Bewußtsein gebracht werden, daß eine Besserung ihrer Lage nur durch den Kampf in Gemeinschaft mit der klassenbewußten Arbeiterschaft erreicht werden kann.

5. b) Die besonderen Aufgaben im IB ergeben sich aus den Beschlüssen des letzten Bundestages. Entsprechend den besonderen örtlichen Verhältnissen ist die Konkretisierung der Taktik gegenüber den gegnerischen Organisationen besonders wichtig. Die richtige Anwendung dieser Taktik wird unsere Fraktionsarbeit in den reformistisch und bürgerlich geführten Organisationen der Kriegs- und Arbeitsopfer wirksam unterstützen.

Zur Herstellung einer eigenen Verbindung mit den Gemeindefraktionen der Partei und zum Zweck einer stärkeren Interessierung der Kriegs- und Arbeitsopfer für unsere sozialpolitische Arbeit in der Gemeinde sollten in Mitgliederversammlungen des IB Genossen Gemeindevertreter über die Tätigkeit unserer Fraktionen im Interesse der Kriegs- und Arbeitsopfer referieren. In Preußen und anderen Ländern, wo wir vor den Gemeindewahlen stehen,[5] ist dieses besonders wichtig.

Im Reichsbund und Reichsverband der Kriegsbeschädigten und im Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, den Blindenorganisationen und den zahlreichen lokalen Organisationen der Kriegs- und Arbeitsopfer muß die Haltung der SPD zu den Forderungen der Kriegs- und Arbeitsopfer zur Aufrollung einer breiten Oppositionsfront benutzt werden. Das Flugblatt „Opfer der Arbeit erkämpft Euer Recht" wird die Fraktionsarbeit unterstützen, und muß die Verteilung desselben bei der Rentenzahlung am 30. April oder 1. Mai gut vorbereitet werden.

Der auch in den Kriegs- und Arbeitsopferorganisationen einsetzende Spaltungskurs der Reformisten muß als Ausgangspunkt für den schärfsten Kampf um das Selbstbestimmungsrecht und die Einheit der Organisationen dienen. Ein Zurückweichen vor den Spaltungsmethoden darf es nicht geben, wo Ausschlüsse erfolgen, ist, wie unter 1. angeführt, der Kampf um die Einheit der Organisation und die Beseitigung der reformistischen Leitung zu führen, um auch dadurch die oppositionelle Front zu verbreitern und über die unteren Organisationen hinaus in breitestem Maße aufzurollen.

5 Siehe Dok. 3, Anm. 2.

5.

April 1929: Stellungnahme des ZK zu den „opportunistischen Abweichungen bei den Betriebsrätewahlen"

HStA Düsseldorf, Reg. Düss. Nr. 30642a, S. 206–210; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Zentral-Komitee der KPD. An alle Bezirke."[1]

Die opportunistischen Abweichungen bei den Betriebsrätewahlen – ein Signal für die Partei!

W. G.!

Schon vor dem VI. Weltkongreß[2] zeigten sich in unserer Partei in den verschiedensten Schichten der Funktionäre und der Mitgliedschaft Schwankungen, die besonders zum Ausdruck kamen, als die Sozialdemokratie dazu überging, in den Gewerkschaften und in anderen proletarischen Massenorganisationen eine verschärfte Spaltungsoffensive durchzuführen. Schon damals gab es eine Reihe von Genossen, die zur *Brandler*-Gruppe[3] gehörten, die diese verschäfte Offensive des Reformismus mit einer Kapitulationspolitik unsererseits beantworten wollten. Sie weigerten sich, den Kampf gegen diese Spaltungsmaßnahmen in breitester Front gegen die Sozialdemokraten zu organisieren, ja sie versuchten auch aus dem politischen Rückzug gegenüber dem Reformismus die Notwendigkeit der Einschränkung und Liquidierung der Fraktionsarbeit als Konsequenz zu ziehen. Ihre Gegnerschaft gegen die Betriebszellen der Partei kam verschärft zum Ausdruck.

Als dann die Partei nach den Parlamentswahlen im Mai 1929 dazu überging, ihren verstärkten Einfluß besonders in den Industriezentren auszunützen zu einem aktiven Kampf gegen das Schlichtungswesen, zeigten sich noch größere Widerstände. Die Versuche, die Losung Kampf trotz Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche praktisch zu verwirklichen und dadurch bei den Wirtschaftskämpfen den Reformisten die Führung aus den Händen zu nehmen, stießen nicht nur bei den Genossen um *Brandler*, sondern auch bei anderen Parteischichten auf Gegnerschaft, auf Schwierigkeiten. Dasselbe wiederholte sich nach dem VI. Weltkongreß bei der Ruhraussperrung[4] als die neue Taktik der Partei das erstemal praktisch angewandt wurde.

---

1 Das Rundschreiben war bereits abgedruckt in: *Der Parteiarbeiter* Jg. 7, Nr. 4, April 1929, S. 97–103, dort allerdings mit einigen stilistischen Änderungen.

2 Zum VI. Weltkongreß der Komintern, der die für die Politik der KPD in den Jahren 1929–1933 grundlegenden Beschlüsse faßte, vgl. Protokoll des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Juli-September 1928, Bd. 1–4, Hamburg 1928, Nd. Mailand 1967.

3 Ende 1928 wurden die oppositionellen „rechten" Kommunisten um Heinrich *Brandler* und August *Thalheimer* aus der KPD ausgeschlossen. Die Ausgeschlossenen gründeten im Dezember 1928 die Kommunistische Partei-Opposition (KPO). Zur KPO vgl. Karl-Hermann Tjaden, Struktur und Funktion der ‚KPD-Opposition (KPO)'. Eine organisations-soziologische Untersuchung zur ‚Rechts'-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft, Bd. 4, Meisenheim am Glan 1964. Zum Ausschluß der „Rechten" und den inneren Fraktionskämpfen in der KPD vgl. Weber I S. 219 ff., GdA S. 182 f.

4 Beim Streik der Metallarbeiter im Ruhrgebiet vom 1. November bis 4. Dezember 1928 wurden 213 000 Arbeiter ausgesperrt. KPD und RGO versuchten bei diesem Streik erstmals durch die Wahl „überparteilicher" Streikausschüsse die Leitung des Streiks an sich zu bringen. GdA S. 189 f.;

Die wesentlichen Erfahrungen bei allen Betriebsratswahlen

Trotz der ziemlich gründlich durchgeführten Parteidiskussion auf Grund der Beschlüsse des VI. Welt- und IV. RGI-Kongresses[5] zeigte sich immer mehr, daß zwar das Gros der Parteiarbeiter und der Mitgliedschaft die Beschlüsse anerkennt, ebenso die Linie des ZK in den Wirtschaftskämpfen, bei den Betriebsrätewahlen und in der Gesamtpolitik billigt, daß aber bei der praktischen Durchführung dieser Beschlüsse sich außerordentlich starke Schwankungen in der Gesamtmitgliedschaft bemerkbar machen. Das beweisen wiederum die Vorbereitungen für die diesjährigen Betriebsrätewahlen.

Man muß bei einer Nachprüfung unserer Arbeit bei den verschiedenen Wirtschaftskämpfen und bei den Vorbereitungsmaßnahmen für die Ortsverwaltungs- und Betriebsrätewahlen ganz offen der Partei zurufen, daß es nicht getan ist mit einer halben Wendung, mit einer nur teilweisen Durchführung der taktischen Linie des VI. Welt- und IV. RGI-Kongresses, sondern daß unsere Partei entsprechend der Kompliziertheit der Lage alle Anstrengungen machen muß, die ganze Wendung bei der praktischen Arbeit durchzuführen.

Die Kontrolle des ZK bei der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen[6] in den einzelnen Bezirken hat ergeben, daß

1. die rechten und versöhnlerischen Genossen der Durchführung der politischen und taktischen Linie des ZK die größten Widerstände entgegensetzten,

2. daß ganz bedeutende Teile derjenigen Parteifunktionäre und Mitglieder die auf der Linie der Parteimehrheit stehen, und bei der Diskussion durch Abstimmung sich offen für diese Linie ausgesprochen haben, bei der praktischen Durchführung der Vorbereitungsarbeiten zu den Betriebsrätewahlen in ihrem Betrieb zu allerhand Manövern griffen, um den Schwierigkeiten auszuweichen.

3. Die Hauptargumente, die gegen die praktische Durchführung unserer Linie bei den Betriebsrätewahlen vorgebracht werden, basieren auf der Furcht vor dem Ausschluß durch die Gewerkschaftsbürokratie. Hauptschwächen sind die Ablehnung der Aufstellung von unorganisierten klassenbewußten Arbeitern auf unseren Betriebslisten, ungenügende Anstrengungen unserer Betriebszellen bei der Organisierung von Belegschaftsversammlungen, um den politischen Kampf mit dem Reformismus vor der Gesamtbelegschaft durchzuführen, die Scheu, den Kampf gegen die Spaltungsmaßnahmen der Bürokratie auch durch Aufstellen von Arbeitern, die aus der Gewerkschaft ausgeschlossen sind, mit Hilfe der dadurch hervorgerufenen Massenmobilisierung auf breitester Front weiterzuführen.

Chronik S. 230 f.; Siegfried Bahne, Die KPD im Ruhrgebiet in der Weimarer Republik, in: Jürgen Reulecke (Hrsg), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Wuppertal 1974, S. 335 f.

5 Der im März und April 1928 tagende 4. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) nahm die später vom VI. Weltkongreß beschlossene „taktische" Wendung hinsichtlich der Gewerkschaftspolitik der Kommunistischen Parteien bereits vorweg. Bei den Betriebsrätewahlen im Frühjahr 1929 zeigten sich die Auswirkungen dieser neuen Taktik erstmals darin, daß die kommunistisch gelenkte RGO von den früheren Gemeinschaftslisten mit den freien Gewerkschaften abging und eigene Listen mit „roten Kandidaten" aufstellte. Zu den Beschlüssen des 4. RGI-Kongresses vgl. Protokoll über den 4. Kongreß der RGI, Moskau 17. März bis 3. April 1928. Moskau 1928.

6 Vgl. Paul Merker, „Die Ergebnisse und die Lehren der Betriebsrätewahlen in Deutschland", *KI* 10. Jg., Heft 20 vom 15. 5. 1929, S. 1161–1172 und Heft 21 vom 22. 5. 1929, S. 1205–1222.

4. Diese Schwächen kommen zum Ausdruck in dem politischen Unverständnis für die Notwendigkeit der Bildung von Ausschüssen zur Vorbereitung der Betriebsrätewahlen, um die Belegschaft einheitlich für die revolutionäre Opposition zu mobilisieren, und andererseits in der Furcht, durch Bildung solcher Ausschüsse dem Terror des Unternehmers und den organisatorischen Maßnahmen der Bürokratie ausgeliefert zu werden.

5. Auch haben unsere Genossen die Betriebsrätewahlen zum größten Teil nicht ausgenutzt, um die Betriebsbelegschaft gegen die Kriegspolitik der Bourgeoisie und der Reformisten zu mobilisieren. Dies, trotzdem die verstärkt einsetzende Spaltungsoffensive der Bürokraten und die strategische Bedeutung der taktischen Wendung der Partei (Verstärkung des Einflusses der Opposition in den wichtigen Betrieben, Bildung der Einheitsfront von unten her, Hebung des Kraftbewußtseins der Arbeiterschaft) die Möglichkeit gab, die Frage des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg nicht nur agitatorisch, sondern auch praktisch vor den Belegschaften zu stellen.

Diese aufgezeigten Schwächen haben sich mehr oder weniger in allen Parteibezirken gezeigt. Demgegenüber konnte man aber zu gleicher Zeit feststellen, daß dort, wo unsere Zellen und Parteileitungen selbstbewußt und kühn die Linie der Partei durch eine breite Massenmobilisierung im scharfen Kampf gegen den Reformismus durchführten, wir überraschende Erfolge erzielten.

Nicht nur in Berlin bei den Verkehrsarbeitern, sondern auch im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland, in Sachsen, in Hamburg, überall war das gleiche festzustellen. Es gelang unserer Partei, die Front zu durchbrechen und wirklich in engster Fühlung mit den Belegschaftsmassen die Reformisten in einer großen Anzahl der wichtigsten Betriebe stark zurückzudrängen. Die Gewerkschaftsbürokratie ging deshalb auch häufig dort, wo sie befürchtete, daß unsere Zellen die Linie der Partei in der praktischen Arbeit wirklich zur Durchführung bringen, dazu über, durch Verhandlungen mit der Opposition diese von der Aufstellung eigener Listen abzubringen, indem man den Genossen und der revolutionären Arbeiterschaft Versprechungen machte, ihre Kandidaten auf den Gewerkschaftslisten stark zu berücksichtigen. Wo unsere Genossen auf diese Scheinmanöver der Bürokratie hereinfielen, wurden kurz vor Abschluß der Termine noch einmal die gewerkschaftlichen Betriebsfunktionäre zusammenberufen und eine neue Gewerkschaftsliste aufgestellt, auf die dann meistens die oppositionellen Kollegen nicht mehr genommen wurden. Wo diese Manöver nichts fruchteten, wußte man durch Ausschluß führender Genossen die Belegschaften einzuschüchtern. Leider muß festgestellt werden, daß in einer ganzen Reihe von Bezirken unsere Genossen auf diese Scheinmanöver der Bürokratie hereingefallen sind und sich düpieren ließen.

Einige Ergebnisse der Kontrolle

Wir halten es für zweckmäßig, eine Reihe praktischer Beispiele hier anzuführen, um der Parteimitgliedschaft die großen Schwächen eines Teiles unserer Parteiorganisation aufzuzeigen:

In der A. G. Weser in Bremen, in der ca. 8000 Arbeiter beschäftigt sind und wir eine Zelle von ungefähr 120 Genossen haben, beschloß unsere Zelle, eine oppositionelle Liste aufzustellen. In der von den Reformisten einberufenen Beleg-

schaftsversammlung führten unsere Genossen diesen Beschluß jedoch nicht durch, da angeblich keine klassenbewußten Arbeiter im Betrieb vorhanden sind, die als Kandidaten auf einer Oppositionsliste in Frage kämen. Wir glauben, ohne Schärfe sagen zu können, daß diese Haltung unserer 120 Genossen starken Zellen [eine] offene Bankrotterklärung darstellt.

Bei Schäffer + Budenberg in Magdeburg haben wir eine Parteizelle von 21 Genossen. Die Belegschaft ist 200 Mann[7] stark und zu 96% gewerkschaftlich organisiert. Unsere Zellenleitung lehnte es ab, Vorschläge von klassenbewußten Arbeitern zu Betriebskandidaten zu machen, und zwar deshalb, weil eine Reihe von maßgebenden Zellenmitgliedern Funktionäre in proletarischen Massenorganisationen sind und fürchten, durch eine oppositionelle Haltung im Betrieb gegen die Kandidaten der Bürokratie ihre führenden Funktionen in diesen Massenorganisationen zu verlieren.

Ein anderer sehr krasser Fall: Im Kaliwerk Staßfurt war der bisherige Betriebsratsvorsitzende ein Parteigenosse. Er war vom Unternehmer gemaßregelt worden. Das Gericht hatte aber seine Wiedereinstellung entschieden. Der Unternehmer ging dem aus dem Wege, indem er diesem Genossen schon seit einem halben Jahr das Gehalt zahlt, ohne seine Arbeitskraft in Anspruch zu nehmen. Unsere Genossen haben auf Anweisung der Fabrikarbeiterbürokratie es abgelehnt, diesen gemaßregelten 1. Betriebsratsvorsitzenden, der noch dazu Parteigenosse ist, an erster Stelle wieder aufzustellen. Er ist jetzt mit Ach und Krach Ersatzmann.

Bei der Firma Villoy + Bloch, Dresden, die ca. 1500 Arbeiter beschäftigt, war unsere Zelle und auch unser 1. Betriebsratsvorsitzender gegen unsere neue Taktik und wollte nicht eine eigene Liste aufstellen. Nachdem aber durch Herausgabe eines Flugblattes eine Belegschaftsversammlung einberufen wurde, an der ca. 500 Arbeiter teilnahmen, zeigte es sich, daß die Belegschaft fast restlos für unsere Liste war und es ablehnte, über die freigewerkschaftliche Liste abzustimmen, so daß nur unsere Liste im Betrieb vorhanden ist. Unsere Genossen waren über diesen Erfolg sehr erstaunt.

In der Schokoladenfabrik von Hartwig + Vogel hatten wir ebenfalls ein Flugblatt herausgegeben, um die Belegschaft zu mobilisieren. Einige Exemplare dieses Flugblattes kamen in die Hände der Belegschaft von Petzold + Aulhorn, einer anderen Schokoladenfabrik. Die Folge davon war, daß am anderen Tag eine Abordnung dieses Betriebes auf unserem Parteibüro vorstellig wurde, um zu veranlassen, auch dort eine Belegschaftsversammlung einzuberufen und eine oppositionelle Liste aufzustellen. Unsere Genossen in diesem Betriebe waren dagegen vollständig passiv.

Die wichtigsten Lehren

Das sind einige Beispiele, die wir jederzeit aus anderen Bezirken erweitern können. Sie zeigen außerordentlich stark die Schwäche in unserer Partei und die opportunistischen Gefahren, die noch vorhanden sind. Wir müssen unserer Auffassung nach bei der Stellungnahme gegen diese Schwächen und Mängel zweierlei unterscheiden: 1. Ein Teil unserer Parteimitgliedschaft hat die politische Bedeutung der Schwen-

7 Im *Parteiarbeiter* (vgl. Anm. 1): 2000 Mann.

kung des VI. Weltkongresses nicht ganz begriffen. Die Genossen sind deshalb auch nicht imstande, in der Praxis diese Linie vollständig durchzuführen. 2. Haben wir einen anderen Teil von Parteigenossen, die mehr oder weniger offen gegen die Beschlüsse des VI. Weltkongresses eingestellt sind, bzw. die mit allerhand Diplomatie versuchen, die Beschlüsse in der praktischen Anwendung außer Kraft zu setzen. Hier zeigen sich die starken Überreste der schlechten sozialdemokratischen Tradition. Die immer schärfere Zuspitzung der Klassengegensätze erfordert von unseren Parteifunktionären und von der Mitgliedschaft nicht nur ein Wissen und ein bestimmtes Selbstbewußtsein, sondern auch Kühnheit, um die uns entgegenstehenden Schwierigkeiten mit Kraft und Energie zu überwinden, um dadurch das Vertrauen der breitesten Massen der Werktätigen für uns zu gewinnen, und um die Zersetzung im reformistischen Lager, die vor allen Dingen durch die Koalitionspolitik, durch das Abwürgen der großen Wirtschaftskämpfe – wie wir es durch *Severing* bei der Ruhraussperrung gesehen haben – und durch die Kriegspolitik hervorgerufen und verstärkt wird, für die Stärkung der revolutionären Front auszunutzen. Unsere Zersetzungsarbeit innerhalb der Reihen der Sozialdemokratie zur Gewinnung der besten klassenbewußten Elemente muß von unten durch unsere Betriebsarbeit, durch unser entschiedenes, kühnes Auftreten bei den Wirtschaftskämpfen, gegen die Schlichtungsordnung bei den Auseinandersetzungen zu den Betriebsrätewahlen durchgeführt werden. Es ist notwendig, in diesem Schreiben vor allem darauf hinzuweisen, daß fast im ganzen Reiche unsere Betriebszellen keine Anstrengungen gemacht haben, zur Vorbereitung der Betriebsrätewahlen Betriebskomitees zu bilden, um durch diese Einheitsfronttaktik von unten die besten Teile der Belegschaft gegen den Reformismus zu mobilisieren, zusammenzuschließen und ihr Selbstbewußtsein zu heben und uns neue Stützpunkte für unsere Kämpfe zu schaffen. Wir betonten schon, daß zum Teil politisches Unverständnis und zum anderen Teil aber auch die Angst vor den Schwierigkeiten die Hauptrolle dabei spielen.

Die Betriebsrätewahlen zeigen noch etwas anderes. Die immer größer werdenden Aufgaben, die vor der Partei stehen, erfordern eine größere Geschlossenheit und die Ausnutzung aller Kräfte zur Organisierung und Führung der revolutionären Klassenfront. Es muß deshalb entschieden mit dem bisherigen Zustand innerhalb der Partei gebrochen werden, daß unsere Parteifunktionäre in den meisten Fällen immer noch die alleinigen Träger der aktiven Parteiarbeit sind. Auch das ist ein Überrest aus der Zeit der Sozialdemokratie. Auch dort ist heute noch die Mitgliedschaft gespalten in eine dünne Schicht aktiver Funktionäre und in das Gros einer absolut passiven Mitgliedschaft.

Die Betriebsrätewahlen haben aber genau so wie die vorhergehenden Wirtschaftskämpfe eine gewisse Bürokratisierung des Parteiapparates in Erscheinung treten lassen. Wir haben eine ganze Reihe von Bezirken und Gebieten, wo unsere Parteileitungen nicht aktiv und energisch die engste Verbindung mit den wichtigsten Großbetriebszellen aufrechterhalten haben, wo sie den Genossen in den Großbetrieben in ihrem schweren Kampf gegen die Bürokratie, bei der Mobilisierung der Belegschaft nicht die notwendige Unterstützung zukommen ließen und nicht hilfreich zur Seite standen, sondern sich damit begnügten, durch Organisierung von Parteiarbeiterkonferenzen der Mitgliedschaft die neue Parteilinie zur Kenntnis zu bringen, eine breite Diskussion hervorzurufen, zur praktischen Durchführung dieser

neuen Linie aber sehr wenig taten. Man muß diese Tatsache auch feststellen bei der Durchsicht unserer Tagespresse. Eine ganze Anzahl unserer Zeitungen haben außerordentlich schlecht auf die Betriebsrätewahlen reagiert. Es zeigt sich, daß diese Leitungen infolge ihrer Bürokratisierung eine ungenügende Verbindung mit den breiten Massen der Betriebsbelegschaften haben und infolgedessen nicht imstande sind, unseren Betriebszellen und Parteikörperschaften die notwendigen Anweisungen zu geben und sie in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Einige Konsequenzen

Es ist deshalb notwendig, daß nach den Betriebsrätewahlen, besonders in den Parteiorganisationen, wo sich Schwankungen zeigten oder eine Bürokratisierung der Leitung festzustellen war, die politische Diskussion unter Auswertung der Erfahrungen bei den Betriebswahlen noch gründlicher durchgeführt werden muß. Eventuell unter Zuhilfenahme von Kursen. Im Verlaufe dieser politischen Durcharbeitung müssen die bisherigen schwankenden Parteileitungen durch frische Kräfte aus den Großbetrieben ersetzt werden. Die Aufgaben, die vor der Partei stehen, werden immer größer und schwieriger, auch die vor uns stehende Illegalität zwingt die Partei, hier rücksichtslos durchzugreifen. Die organisatorischen Maßnahmen sind von größter politischer Bedeutung, um die Partei zu befähigen, in Zukunft ihre revolutionären Aufgaben wirklich energisch durchführen zu können.

Außerdem hat sich auch eine andere alte Schwäche der Partei bemerkbar gemacht, indem wir die Massenmobilisierung aus Anlaß der Betriebsrätewahlen nicht zu gleicher Zeit benutzten, eine gute Werbung zur Stärkung unserer Betriebszellen vorzunehmen. Wir haben in einer ganzen Reihe wichtiger Betriebe fast gar keine Anstrengungen gemacht, unsere Taktik durchzuführen und durch die Mobilisierung der großen Masse der unorganisierten Arbeiter gerade in diesen wichtigen Großbetrieben neue Stützpunkte zu schaffen und die revolutionäre Opposition zu stärken, klassenbewußte Betriebsräte zu bekommen und durch eine planmäßige Werbung unsere Zellen auch zahlenmäßig zu stärken.

Unsere Parteileitungen haben zum Teil die große strategische Bedeutung der taktischen Wendung nicht politisch begriffen. Es ist deshalb notwendig, das nachzuholen und eine viel bessere Verbindung und Verankerung der Partei in diesen Großbetrieben zu schaffen und die Reorganisation restlos zu vollenden.

Es gilt nun, die gesammelten Erfahrungen auszuwerten und die gewonnenen Positionen zu benutzen, um weiter vorzustoßen.

Der Aufruf des preußischen Innenministers *Grzesinski*[8] muß unseren Parteiorganisationen eine ernste Warnung sein. Vor uns steht erstens die Aufgabe, eine breite Massenmobilisierung gegen diese Maßnahmen der Bourgeoisie und der Regierung zu organisieren, Massenversammlungen, Demonstrationen, Resolutionen aus allen Betrieben und proletarischen Massenorganisationen vorzubereiten und durchzuführen, zweitens aber unsere Partei in den Betrieben fest zu verankern, damit wir bei einem Verbot nicht von den Massen isoliert werden. Ausbau der Druckmöglichkeiten, Schaffung von Vervielfältigungsapparaten, Organisierung guter Verbindungen mit den unteren Organisationen, eine systematisch durchgeführte Dezentralisierung

8 Vgl. Dok. 1, Anm. 1.

unserer ganzen organisatorischen Maßnahmen bei straffer politischer Zentralisierung ist das Gebot der Stunde.

Genossen, sorgt dafür, den Einfluß der Partei in den Massen zu verankern, die Belegschaften zu mobilisieren und den Kampf gegen die Unterdrückungsbestrebungen der Bourgeoisie zu organisieren. Nun Genossen an die Arbeit![9]

Mit kommunistischem Gruß!
Das Zentralkomitee der KPD

9 In: *Der Parteiarbeiter* (vgl. Anm. 1) lautet der Schlußsatz anders: „Benutzt überall dort, wo noch die Möglichkeit besteht, die Betriebsratswahlen zu einem Sieg der revolutionären Opposition. Sorgt dafür, daß auch die Mai-Kundgebungen dazu dienen, den Einfluß der Partei in den Massen zu verankern, die Belegschaften zu mobilisieren und den Kampf gegen die Unterdrückungsbestrebungen der Bourgeoisie durch Riesenaufmarsch zu organisieren."

6.

Mai 1929: Stellungnahme des ZK zur Gewerkschaftstaktik

HStA Düsseldorf, Reg. Düss. Nr. 30642a, S. 202–205; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „KPD-Zentral-Komitee. An alle Bezirke."[1]

Strategische Wendung ganz durchführen, nicht auf halbem Wege stecken bleiben

W.G.!

1. Die Gewerkschaftstaktik ist richtig und erfolgreich!

Die taktische Wendung der Partei, wie sie entsprechend den internationalen Kongreßbeschlüssen und den Direktiven des Zentralkomitees durchgeführt wurde,[2] hat sich in ihrer praktischen Anwendung als richtig und erfolgreich erwiesen. Die kühne offensive Linie gegenüber dem Klassenfeind und dem Reformismus, wie sie am klarsten zum Ausdruck kam bei der selbständigen Führung der Bewegung der ausgesperrten Nordwest-Metallarbeiter[3] und der Herausbildung einer neuen Arbei-

1 Auch dieses Rundschreiben war bereits abgedruckt in: *Der Parteiarbeiter* Jg. 7, Nr. 5, Mai 1929, S. 129–134. Dort war das Rundschreiben allerdings in Form eines Artikels veröffentlicht und von F. *Dahlem* unterschrieben.

2 Grundlage der „taktischen Wendung" der KPD waren die Beschlüsse des 4. RGI-Kongresses, und des VI. Weltkongresses der Komintern. Diese Beschlüsse wurden von der 2. Parteikonferenz der KPD am 3./4. November 1928 in Berlin bestätigt. Vgl. Protokoll über den 4. Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale, Moskau 17. März bis 3. April 1928. Moskau 1928. Protokoll des 6. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Moskau 17. Juli bis 1. September 1928. 4 Bde. Hamburg 1928–1929. Zur 2. Parteikonferenz vgl. *RF* Nr. 261 vom 4. 11. 1928, Nr. 262 vom 6. 11. 1928. Über die Bedeutung dieser Wendung für die Politik der KPD vgl. GdA S. 159 ff. und S. 167 ff.; Weber I S. 210 ff. Zum nicht korrekten Begriff „taktische Wendung" vgl. auch oben, Einleitung.

3 Gemeint ist entweder der Streik von 45 000 Werftarbeitern in Bremen (KPD-Bezirk Nordwest) vom 1. Oktober 1928 bis 4. Januar 1929 (vgl. Chronik S. 228 und GdA S. 179 ff.) oder der Ruhrstreik vom 1. November bis 4. Dezember 1928; vgl. Dok. 5, Anm. 4.

terführung aus den Betrieben gegenüber dem sabotierenden Gewerkschaftsapparat – wie sie bei den Betriebsratswahlen durchgeführt wurde – hat breiteste Schichten der Arbeiterklasse mobilisiert und mit Vertrauen und Hoffnung in die Führung der KPD erfüllt. Der rücksichtslose Kampf gegen das Liquidatorentum und die versöhnlerischen Tendenzen[4] hat sich als eine der Voraussetzungen erwiesen, um die Partei von den hemmenden Elementen zu säubern und ihr volle Aktionskraft nach außen für ihre Massenpolitik zu geben.

Die Partei hat in den letzten Monaten eine Reihe großer Erfolge gehabt, ihr Einfluß in den Massen ist in raschem Anwachsen, sie greift nicht nur den Reformismus auf der ganzen Front an, sondern kämpft an wichtigen Punkten – Betrieben und Massenorganisationen – um die Führung der Arbeiterbewegung und die Ausschaltung der Sozialdemokratie. Der Klassengegner geht in seiner Furcht vor der „kommunistischen Gefahr" zu immer offeneren Unterdrückungs- und Terrormethoden über.

2. Schwankungen in der Durchführung der Taktik

Unsere Aufgabe ist es, nüchtern und objektiv die Resultate der politischen Arbeit zu prüfen und uns nicht von den Erfolgen darüber täuschen zu lassen, daß die Schwächen der Partei noch zahlreich sind. So ergibt eine Bilanz der bisherigen Resultate der Betriebsratswahlen,[5] daß die aufgezeichneten Erfolge nur zu einem Bruchteil dem entsprechen, was auf Grund der objektiven Lage, den Schwierigkeiten des Gegners, der wachsenden Kampfstimmung der Massen hätte erreicht werden können.

Es ist der Partei nicht in genügendem Maße gelungen, bei den auf die Ruhraussperrung[6] folgenden Wirtschaftskämpfen die neue Taktik der Kampfleitungen und der Erfassung der Unorganisierten in größerem Maße durchzusetzen und weiter zu entwickeln. Daß die Voraussetzungen dazu gegeben sind, beweisen die Delegiertenkonferenzen der Opposition im Ruhrbergbau und in der Berliner Metallindustrie, beweist vor allem das heroische Beispiel des Kampfes der Belegschaft des Walzwerkes Hennigsdorf.[7] Aber diese Erfahrungen sind noch nicht Gemeingut der gesamten Mitgliedschaft.

Bei den Betriebsrätewahlen haben die Parteileitungen von der BL bis zur Zellenleitung trotz großer Erfolge in vielen, vielen Fällen versagt. In jedem Bezirk gibt es Großbetriebe, bei denen es auf Grund der Schwankungen, ja teilweise der Kapitulation der Leitung vor dem Reformismus nicht zur Anwendung der neuen Taktik kam. Es handelt sich dabei oft um strategisch wichtige Großbetriebe, wo ein

4 Eine Folge der „Wendung" von 1928/29 war die Ausschaltung der „Rechten" (siehe oben Dok. 5, Anm. 3) und „Versöhnler" aus der KPD. Als Versöhnler wurde eine Gruppe um Ernst *Meyer*, Arthur *Ewert* und Gerhart *Eisler* bezeichnet, denen die Mehrheit des ZK vorwarf, die „richtige Parteilinie" mit den „falschen" Auffassungen der rechten Kommunisten „versöhnen" zu wollen. Vgl. Weber I S. 186 ff. und Rosa Meyer-Leviné, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920–1933. Köln 1979, S. 213 ff.

5 Zu den Betriebsrätewahlen im Jahr 1929 vgl. oben Dok. 5.

6 Vgl. Dok. 5, Anm. 4.

7 Streik der Hennigsdorfer Stahl- und Walzarbeiter gegen Lohnkürzungen vom 23. Januar bis 30. April 1929. Vgl. GdA S. 193; Chronik S. 234.

kühnes energisches Auftreten uns nicht nur große Erfolge, sondern oft die Führung des Betriebes gebracht hätte. Neben solchen Erfolgen wie bei AEG, Siemens, Verkehrs AG. war es sogar in Berlin möglich, daß auf Grund der Schwankungen der Zellen und ihrer Angst vor selbständigem Auftreten die Reformisten in solchen Betrieben, wie die des Osramkonzerns, bei Borsig, Zwietusch u.a. die Oberhand behielten. Es ist notwendig, daß jede Parteileitung, jede Zelle für ihr Gebiet eine nüchterne selbstkritische Bilanz in dieser Beziehung zieht. Diese Selbstkritik muß eine öffentliche sein, damit die Arbeiterschaft erfährt, daß die Partei die Fehler, die auf Grund des Zurückweichens in den Betrieben gemacht wurden, verurteilt und korrigieren wird.

Die Partei ist also in vielen Fällen bei der Durchführung der taktischen Wendung stecken geblieben. Die Wendung wurde nur halb gemacht, trotzdem die Zellen bei den Abstimmungen zum Parteitag[8] mit überwältigender Mehrheit für die Linie des VI. Weltkongresses stimmten. Untersuchen wir, wo neben der mangelnden ideologischen Einsicht in die Bedeutung der neuen Taktik die Mängel liegen, welche Schuld an der nicht restlosen Ausnutzung der günstigen objektiven Lage sind und welche nächsten Schritte wir machen müssen, um das Versäumte zu korrigieren.

2 [a]. Die überragende Rolle der Betriebe im Klassenkampf

Das in großen Trusts monopolisierte Kapital greift die Arbeiterklasse immer mehr in breitester Front in den Formen der Einsetzung ganzer Industriegruppen in die Kämpfe, durch die Aussperrung Zehntausender und Hunderttausender Arbeiter an. Die sozialdemokratische Führerschaft der „freien" Verbände und die christlichen Gewerkschaftsführer wandeln den Gewerkschaftsapparat in Instrumente ihrer Koalitionspolitik um, so daß er, solange die Arbeiterbetrüger ihn in der Hand haben, für die Führung der Arbeiterkämpfe nicht in Frage kommt. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition[9] kann und darf sich nicht darauf beschränken, durch ihre richtige Politik und ihre Kleinarbeit bei der Vertretung der Interessen der Arbeiter die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dem reformistischen Einfluß zu entreißen und die Ausnutzung der Gewerkschaft zu einer Streikorganisation zu verhindern, sondern die revolutionäre Opposition muß unter Führung der zuständigen Parteileitung solche Kampfesmethoden anwenden und solche Kampforgane schaffen, die es ermöglichen, der einheitlichen Kampffront von Unternehmer, Staat und Reformismus eine organisierte, den neuen Bedingungen des Klassenkampfes entsprechende Einheitsfront der Arbeiterklasse gegenüberzustellen.

Beim Nordwestkampf der Metallarbeiter und auf klassische Weise in Hennigsdorf ist es gelungen, die Massen der gewerkschaftlich Unorganisierten durch die Kampfleitungen in die Einheitsfront einzugliedern. Die Kampfleitungen sind aber nur vorübergehende Organe für die Vorbereitung und Durchführung des Kampfes. Die

8 Gemeint ist die Vorbereitung des XII. Parteitages der KPD vom 8. bis 15. Juni 1929 in Berlin-Wedding.

9 Die vor der Wende in der Gewerkschaftsfrage in oppositionellen Gruppen zusammengefaßten Kommunisten in den Gewerkschaften und die in der revolutionären Gewerkschaftsopposition zusammengefaßten ausgeschlossenen Kommunisten bildeten zu dieser Zeit noch keine feste Organisation, die Umwandlung geschah auf dem 1. Kongreß der RGO am 30. November/1. Dezember 1929 in Berlin und vor allem mit Schaffung der „Roten Verbände" Ende 1930.

Partei muß als Voraussetzung zur selbständigen Führung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe feste, dauernde Positionen in den Betrieben haben: vor allem einen Apparat von Vertrauensleuten vom Betriebsrat bis zu den einzelnen Abteilungen, Werkstätten, Sälen des Betriebes, mit deren Hilfe sie dann bei Bewegungen in den Abteilungs- und Belegschaftsversammlungen die besten Arbeiterelemente als Delegierte zu Konferenzen vorschlagen und wählen, die Kampf- und Streikleitungen besetzen kann usw. Die Betriebsrätewahlen haben gezeigt, daß gerade in den Großbetrieben der Einfluß der Partei stark gewachsen ist. Hier klafft jetzt breit eine Schere: ideologisch ist die Partei in den Großbetrieben stark verwurzelt, organisatorisch sind wir aber noch die Partei der Klein- und Mittelbetriebe. Die Reichskontrolle[10] zeigt das ganz klar. Die Parteizellen der Großbetriebe haben sich zwar mehr oder weniger zu selbständigeren, mehr als früher auf eigene Initiative ihre Politik aufbauende Organisationen entwickelt, aber sind politisch zahlenmäßig noch schwach. Nur wenn es gelingt, diesen ideologischen Einfluß organisatorisch zu binden, wird die Partei im Betrieb politisch fundiert sein.

3. Was ist die tiefere Ursache der Schwankungen und der Schwächen vieler Betriebszellen?

Folgendes sind die Hauptwurzeln, daß die taktische Wendung der Partei nicht rascher und erfolgreich durchgeführt wird:

Die Bezirksleitungen und ordentlichen Parteileitungen haben zwar das Gesicht mehr als früher den Wirtschaftskämpfen der Arbeiter zugewandt, zu den großen Lohn- und Arbeitszeitbewegungen wird heute in den Leitungen mehr oder weniger Stellung genommen. Aber wie die Bilanz der Bewegung zeigt, ist diese Stellungnahme zu den Tariffragen noch zu allgemein, beschränkt sich sehr oft nur auf die Aufstellung der Forderungen und auf papierene Anweisungen an die Zellen. Der innige politische und organisatorische Kontakt der Parteileitungen mit den Zellen, wie er zur Beeinflussung der Belegschaften und zur Führung der Wirtschaftskämpfe unerläßlich ist, fehlt noch. Die Betriebszellen werden noch immer stark vernachlässigt, sie werden nicht ideologisch durchgearbeitet, die Schulungsarbeit liegt im Schwergewicht noch nicht in den Betriebszellen. Die opportunistische Abweichung und das Zurückweichen so mancher Betriebsfunktionäre ist oft nur das Resultat mangelnder politischer Aufklärung und Erkenntnis der politischen Bedeutung der taktischen Maßnahmen der Partei. Auch organisatorisch, was die materielle Unterstützung der Betriebszellen bei ihrer Betriebsarbeit, Betriebszeitungen, Arbeiterkorrespondenzen, Flugblätter, Handzettel usw. betrifft, liegt das Schwergewicht der Finanzpolitik der Parteileitungen noch falsch. Ebenso muß festgestellt werden, daß die Partei bei ihrer Werbearbeit sich noch nicht in der Hauptsache auf die Großbetriebe konzentriert. Daher kommt es, daß in entscheidenen Augenblicken viele Betriebszellen sich zu schwach fühlen und eine schwankende und zögernde Politik durchführen.

Hier muß die Wendung noch scharf durchgesetzt werden, wenn die Partei nicht nur stimmungsmäßig, sondern fest organisatorisch in den Betrieben verankert sein soll.

10 Zur Reichskontrolle siehe oben Dok. 1, Anm. 8 und unten Dok. 7.

Die neue Zusammensetzung der Parteileitungen mit dem Übergewicht von Betriebsgenossen wird diese Aufgabe erleichtern.

4. Die KPD muß die Partei der Großbetriebe werden

Die wichtigsten strategischen Punkte im Klassenkampf sind die Großbetriebe. Wir müssen und können dort durch Ausnutzung der günstigen objektiven Lage die Führung der Belegschaften erobern. Auch dort, wo die Zellen bei den Betriebsrätewahlen diesmal noch vor dem Reformismus kapitulierten oder zurückwichen und faule Kompromisse schlossen, ist die Stimmung der aktiven und kampflustigen Teile der Belegschaft für die KPD – trotz der Diskreditierung der betreffenden KPD-Betriebsfunktionäre auf Grund ihrer schwächlichen Haltung. Deshalb sind in den nächsten Monaten alle verfügbaren Kräfte zur organisatorischen Fundierung unseres Einflusses in den Betrieben anzusetzen. Vom Betrieb aus, das ebenfalls lehrt das Resultat der Betriebsratswahlen, können wir eine große Wendung zur Beeinflussung und organisatorischen Erfassung der Massen der werktätigen Frauen und Jungarbeiter machen (Delegiertensystem).

Keine Parteileitung, keine Abteilung darf es mehr geben, die nicht genau die Verhältnisse in den wichtigsten Betrieben ihres Gebietes kennt und ihre Arbeit auf sie eingestellt hat. Eine Leitung, die das nicht fertigbringt, ist unfähig, kommunistische Politik zu machen.

Strikte Durchführung des Grundsatzes: jeder betriebstätige Kommunist gehört in seine Betriebszelle. Scharfe Kontrolle der Zusammensetzung der Straßenzellen und Überführung der Betriebsgenossen in ihre zuständigen Betriebszellen. Die meisten Parteileitungen haben, wie die Reichskontrolle beweist, es ruhig zugelassen, daß ein hoher Prozentsatz von Parteimitgliedern sich in die Wohnorganisation zurückgeflüchtet hat, ja, in manchen Bezirken ist die Zahl der Betriebszellen stark zurückgegangen. In diesen Parteibezirken müssen die Betriebszellen dafür sorgen, daß die Zusammensetzung der Leitungen so geändert wird, daß der Betrieb führt und nicht die alte halbsozialdemokratische Wohngebietsideologie vorherrscht. Der katastrophale Zustand, daß in manchen Parteiorganisationen über die Hälfte, manchmal sogar zwei Drittel der Betriebsgenossen sich in den Straßenzellen versteckt, muß liquidiert werden.

Die neuen Betriebsräte sind überall sofort zu registrieren, regelmäßig zusammenzufassen, in Kursen zu schulen, für sie sind Sprechstunden einzurichten, damit sie gegenüber der Sabotage der Reformisten gewappnet sind und die Führung ihrer Belegschaft in den kleinen Tagesfragen wie bei den großen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen erfolgreich übernehmen können.

Die bei den Betriebsratswahlen gewonnenen Positionen in den Betrieben sind unverzüglich auszubauen. Überall, wo der Reformismus ins Wanken geraten ist, muß nachgestoßen werden. Die Sozialdemokraten müssen ebenfalls aus ihren Positionen im gewerkschaftlichen Vertrauensmännerkörper der Abteilungen herausgeworfen werden. Neben der systematischen Besetzung des gewerkschaftlichen Funktionskörpers im Betriebe muß an seine Ergänzung durch ein breites System von Vertrauensleuten weit über den Kreis des gewerkschaftlichen Funktionärskörpers geschritten werden, eines Apparates, der alle Teile des Betriebes umfaßt, und auf den die Zellen sich bei der Durchführung ihrer Politik im Betriebe stützen können.

Die Registrierung, regelmäßige Zusammenfassung und Eingliederung der Sympathisierenden in die Parteiarbeit ist eine der wichtigsten Aufgaben der Zelle zur Fundierung ihrer Positionen. Über die Sympathiesierendenversammlungen hinaus muß jede Zelle auf die straffere organisatorische Zusammenfassung der Opposition ihres Betriebes hinarbeiten: die Kameraden des RFB, Mitglieder des RFMB, der Roten Hilfe, IAH sind planmäßig zusammenzunehmen, um unter Führung der Zellenleitung die revolutionäre Arbeit im Betriebe zu organisieren. Wo Voraussetzungen dazu gegeben sind, sollen Betriebsgruppen dieser Organisationen geschaffen werden, die ihre Direktiven von den Zellenleitungen erhalten.

Bauen wir so unsere Betriebsfunktionen aus – und die Gelegenheit war noch nie so günstig als heute –, so wird die Partei auch imstande sein, die Wirtschaftsbewegungen des Proletariats rechtzeitig vorzubereiten und zu führen, dann wird es auch gelingen, die Kampfmethoden und Kampforgane zu schaffen, mit denen das Unternehmertum und die reformistischen Gewerkschaftsführer erfolgreich bekämpft werden können.

Ist die Partei erst einmal fest in den Großbetrieben verankert, ist sie wirklich eine Partei der Betriebe, dann wird es leichter gelingen, vom Betrieb aus den Einfluß in den Gewerkschaften und Massenorganisationen zu erweitern und auch dort die Reformisten aus dem Felde zu schlagen. Nicht umsonst haben die Betriebsresultate alle Feinde der Partei alarmiert, die eigenen Reihen der Partei mit frischem Kampfesmut erfüllt und die Parteiarbeit auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung gefördert.

Der Reichsparteitag, dessen Delegierte in der überwältigenden Mehrheit Vertreter der Betriebe sind, wird die Lehren aus den Klassenkämpfen der Vergangenheit ziehen und bei der Festsetzung der Aufgaben der nächsten Zukunft den Großbetrieb und seine strategische Bedeutung in den Vordergrund rücken.

Mit kommunistischem Gruß!
Das Zentralkomitee der KPD

7.

Mai 1929: Stellungnahme des ZK über die „Lehren der Reichskontrolle"

HStA Düsseldorf, Reg. Düss. Nr. 30642a, S. 199–201; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „KPD-Zentral-Komitee. An alle Bezirke."[1]

W. G.!

Lehren der Reichskontrolle[2]

1 Auch dieses Rundschreiben war bereits abgedruckt in: *Der Parteiarbeiter* 7. Jg., Nr. 5, Mai 1929, S. 135–138. In der polizeilichen Abschrift ist das Dokument fälschlich mit „Juni" datiert.

2 Vgl. oben Dok. 1, Anm. 8. Das vorliegende Rundschreiben bezieht sich auf die Kontrolle vom Frühjahr 1929. Der Bericht über diese Kontrolle befindet sich in: Zwei Jahre Arbeit und Kampf. Bericht des ZK der KPD an den 12. Parteitag. Berlin 1929. Zur Kontrolle vom Dezember 1929 vgl. unten Dok. 11, Punkt 11, „Generalkontrolle".

1. Der letzte Genosse in die Betriebszelle

Die Betriebsrätewahlen[3] haben den großen ideologischen Einfluß der Partei besonders in den Großbetrieben bewiesen. Nun gilt es, diesen Einfluß auch organisatorisch zu verankern.

Die Reichskontrolle zeigt, daß die Mitgliederzahl der Betriebszellen, wie auch die Zahl der Betriebszellen selbst, nicht gestiegen, sondern im Gegenteil gesunken ist. Es sind jedoch alle Voraussetzungen vorhanden, mit den in der Partei befindlichen Betriebsarbeitern eine Auffüllung und Aktivierung der Betriebszellen vorzunehmen, ganz abgesehen von den Möglichkeiten, die in der glänzenden Stimmung der Betriebsarbeiterschaft für die Kommunistische Partei zum Ausdruck kommt.

2. Die organisatorische Basis im Betriebe

Von der gesamten Parteimitgliedschaft sind 62.30% in Betrieben beschäftigt. Von diesen Betriebsgenossen ist aber nicht einmal ¼ in Betriebszellen erfaßt. Das heißt also, daß noch Zehntausende von Genossen nicht dort ihre Parteiarbeit verrichten, wo die Hauptbasis unseres Kampfes gegen die Bourgeoisie und gegen den drohenden imperialistischen Krieg liegt, sondern in Straßenzellen erfaßt sind, wo sie nur zum geringen Teil aktive Arbeit leisten können. Dies trifft auch für Zeiten der Illegalität zu, wo wir fast nur im Betriebe politische Arbeit leisten können.

Diese Tatsache zeigt ganz deutlich, daß viele unserer Zellenleitungen noch nicht begriffen haben, daß wir die Partei der Großbetriebe sein müssen und daß aus diesem Grunde die Stärkung, Vergrößerung und Vermehrung der Betriebszellen die wichtigste Aufgabe ist, die politisch und organisatorisch vor uns steht. Diese sozialdemokratischen Tendenzen, die der Wohnorganisation eine überwiegende Bedeutung beimessen, sind also noch nicht überwunden, und es muß eine intensive ideologische Aufklärung unserer gesamten Mitglieder einsetzen. Andererseits jedoch finden wir bei einem Teil unserer Betriebsgenossen, daß sie sich sträuben, in den Betriebszellen zu arbeiten, da das immerhin bestimmte Schwierigkeiten und Gefahren mit sich bringt. Die Furcht vor Entlassung ist hier gewiß ein wesentliches Moment. Wenn diese Genossen nun von den Straßenzellenleitungen z.B. eine bestimmte Unterstützung finden, um sich vor der Betriebszellenarbeit zu drücken, so ist das ein doppelt unhaltbarer Zustand. Vor allen Zellen steht die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß nur solche Genosen an ihrer Spitze stehen, die auch in dieser Frage wirklich bolschewistisch handeln und ohne Rücksicht auf eine momentane Schwächung einer Straßenzelle z.B. jeden Genossen seiner zuständigen Betriebszelle überweist, oder von ihm verlangt, daß er alle Kraft dafür einsetzt, in seinem Betriebe eine Zelle zu bilden, falls das noch nicht geschehen sein soll.

3. Die Verankerung im Großbetriebe

Eine weitere Erfahrung der letzten Reichskontrolle zeigt, daß der Einfluß der Partei in den Betrieben über 1000 Mann Belegschaft seit der Kontrolle 1927[4] nicht gewachsen ist. Während die absolute Zahl der Betriebsbeschäftigten zugenommen hat, hat sich das nur ausgedrückt in einer Erhöhung der Zahl der Mitglieder, die in

3 Siehe dazu oben Dok. 5.

4 Vgl. Dok. 1, Anm. 8.

Betrieben mit unter 1000 Mann Belegschaft arbeiten. Dieses Mißverhältnis ist unhaltbar. Eingangs wurde schon darauf hingewiesen, wie groß unser ideologischer Einfluß in den Großbetrieben ist. Die Situation ist für eine stärkere Verwurzelung unserer Genossen gerade in diesen Betrieben äußerst günstig. Es sind breite Möglichkeiten vorhanden, neue Betriebszellen zu bilden und die bestehenden durch Gewinnung von revolutionären Arbeitern aufzufüllen. Größte Beweglichkeit der Partei ist dazu natürlich notwendig.

4. Die Kommunisten im Betriebe

Noch krasser drückt sich unsere organisatorische Schwäche in den Betrieben darin aus, daß die Zahl der Betriebsarbeiterinnen in einem viel zu geringen Verhältnis zur Gesamtzahl der Betriebsarbeiterschaft steht. Zirka 16% der Gesamtmitgliedschaft der Partei sind Frauen. Das Verhältnis der Betriebsarbeiterinnen zu den Betriebsarbeitern ist jedoch ein viel geringeres, denn nur etwa der 3. Teil des genannten Prozentsatzes, also nicht ganz 6% der Gesamtbetriebsarbeiterschaft sind Betriebsarbeiterinnen. Wenn man bedenkt, was für eine Rolle die Frau im Produktionsprozeß und im Klassenkampf des Proletariats spielt, wenn man sich klar wird über die Rolle der Frau, insbesondere der Betriebsarbeiterin in einem kommenden imperialistischen Kriege, so muß das ein ernstes Signal für die Gesamtpartei sein, unseren Einfluß bei dieser Schicht der Arbeiterklasse gewaltig zu verstärken. Eine besondere Aufgabe erwächst hier auch für den Kommunistischen Jugendverband, da in vielen Großbetrieben bei den weiblichen Arbeitern das jugendliche Element überwiegt.

5. Die Funktion im Betriebe

Noch deutlicher wird das Bild, wenn man die Zahl der Funktionen betrachtet, die von unseren Genossen in den Betrieben bekleidet werden. Im Reichsdurchschnitt finden wir, daß nur ⅓ der Betriebsbelegschaftsmitglieder Betriebsfunktionen haben. Wenn man dabei noch berücksichtigt, daß viele Genossen zwei, drei und mehr Betriebsfunktionen bekleiden, so verschlechtert sich das Bild sogar noch. Auf der anderen Seite muß man feststellen, daß fast dreimal so viel Parteigenossen in Massenorganisationen sind und zwar nur in jenen, über die durch die Reichskontrolle Auskunft eingeholt wurde. Auch hier bestehen für die Partei noch viele Möglichkeiten, den Einfluß im Betriebe zu vertiefen, indem sie jeden Betriebsgenossen zur Aufgabe stellt, Betriebsfunktionär zu werden. In manchen Bezirken, in denen ausgesprochene Großbetriebe sind, ist das Verhältnis der Betriebsfunktionäre sogar noch unter dem Durchschnitt.

Welche Möglichkeiten jedoch vor uns liegen, die Betriebe zu erobern, zeigt die Tatsache, daß ca. der zwanzigste Teil der Gesamtparteimitgliedschaft oder ca. der zehnte Teil der Betriebsarbeiter Betriebsräte sind. Nimmt man dazu noch die Arbeiterräte, so verbessert sich das Bild gewaltig. Wenn alle diese Genossen wirklich aktiv in der Parteiarbeit stünden, wie das ihre wichtigste Funktion verlangt, dann wäre unser organisatorischer Enfluß heute schon viel größer. Was für groteskte Zustände aber vorhanden sein können, ersieht man aus folgendem Beispiel: Ein Bezirk mit nicht geringer Mitgliederzahl hatte zur Zeit der Reichskontrolle 3,67% der Gesamtmitgliedschaft in Betriebszellen erfaßt. 5,12% der Gesamtmitgliedschaft

dagegen waren Betriebs- und Arbeiterräte. Das Verhältnis müßte aber mindestens umgekehrt sein, wobei es immer noch schlecht zu nennen ist. Wenn dieses Beispiel auch sehr kraß ist, so muß doch betont werden, daß auch in den anderen Bezirken die Zahl der Betriebs- und Arbeiterräte in einem besseren Verhältnis zur Zahl der erfaßten Betriebszellenmitglieder stehen müßte. Auch dieser Frage muß die ernsteste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Eine gründliche Betriebsarbeit wird natürlich auch dazu beitragen, daß der Teil der Parteimitgliedschaft, der zwar gewerkschaftlich organisationsfähig ist, sich aber noch nicht in den Gewerkschaften befindet, seiner Pflicht bewußt wird und sich in diese Organisation einreiht. Dabei soll aber festgestellt werden, daß sich von der Gesamtmitgliedschaft der Partei fast ebenso viel Genossen in den Gewerkschaften befinden, wie überhaupt in Betrieben beschäftigt sind.

6. Heran an die Auswertung

Die Durchführung der Reichskontrolle war eine Kampagne, die die gesamte Kraft der Parteimitgliedschaft in Anspruch nahm. Die Schwierigkeiten, die bei der Durchführung der ersten Kontrolle von Seiten der Mitgliedschaft aufgetaucht waren und die sich darin ausdrückten, daß die Genossen Widerstand leisteten gegen die Durchführung dieser „bürokratischen" Maßnahme, sind dieses Mal mit ganz wenigen Ausnahmen nicht aufgetaucht. Die Parteigenossen haben sich überzeugt, daß solche Arbeit im Interesse einer besseren Durchführung der Parteiarbeit notwendig ist. Doch muß festgestellt werden, daß in manchen Bezirken die Lehren aus der Reichskontrolle nicht oder nur schlecht gezogen wurden. Nur dann hat eine Generalregistrierung aller Parteigenossen einen Sinn, wenn daraus die politischen und organisatorischen Konsequenzen gezogen werden, so daß die Parteiarbeit dadurch in günstigem Sinne beeinflußt wird. Jeder Funktionär und jeder Genosse hat die Verpflichtung, bei seiner Leitung darauf zu drängen, daß in diesem Sinne gehandelt wird.

Überall muß in den nächsten Wochen und Monaten eine gründliche und unerbittliche Säuberung der Straßenzellen von Betriebsarbeitern durchgeführt werden. Jede Straßenzelle muß ihren Stolz darein setzen, auch den letzten Betriebsgenossen der Körperschaft zuzuweisen, in die er gehört, nämlich der Betriebszelle.

Deshalb sofort an die Arbeit! Tue jeder seine Pflicht![5]

Mit kommunistischem Gruß
Zentralkomitee der KPD

5 Die beiden letzten Sätze fehlen im Abdruck des *Parteiarbeiter*.

8.

26. 7. 1929: Anweisungen des Sekretariats über die Arbeiterschutzorganisationen

StA Sigmaringen, WÜ 65/26 (F 193) Nr. 342.; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Zentralkomitee der KPD, Sekretariat. Rundschreiben Nr. 30. An alle Bezirksleitungen und Redaktionen."[1]

Anweisungen des Sekretariats

Inhaltsverzeichnis:

Betr.: Arbeiterschutzorganisationen

In den letzten Wochen sind durch Selbstinitiative revolutionärer Arbeiter in den verschiedensten Gebieten des Reiches betriebliche, örtliche und gebietliche Arbeiterschutz- und Abwehrorganisationen gegen Faschismus und Kriegsgefahr entstanden.[2]

Wie uns bekannt wird, plant eine dieser Organisationen in den nächsten Tagen einen Aufruf zu erlassen, in welchem die Werktätigen in Stadt und Land aufgefordert werden, ihrem Beispiel zu folgen und gleichfalls in allen Betrieben und Orten solche Organisationen und Vereine zu schaffen.

Diese Bewegung ist ein neues Zeichen für die rasche Linksentwicklung der Arbeiterklasse und ein Kennzeichen dafür, daß immer breitere Arbeitermassen bereit sind, aktiv den Kampf gegen die Gefahr des Faschismus und imperialistischen Krieges zu führen. Angesichts der verschärften imperialistischen Offensive gegen die Sowjetunion, der zunehmenden Aktivität von Stahlhelm und Nationalsozialisten und der Verschärfung der Methoden der Sozialfaschisten gegen die klassenbewußten Arbeiter kann die Tatsache der Gründung solcher Antifaschistischen Organisationen von uns nur auf das Freudigste begrüßt werden.

Die Gesamtpartei wird deshalb diese Bewegung und Selbstinitiative der revolutionären Arbeiterschaft nach Kräften fördern und tatkräftig helfen, um die in dem Aufruf gemachten Vorschläge in die Tat umzusetzen. Die Bezirksleitungen sind verpflichtet, alle Bestrebungen auf diesem Gebiet zu unterstützen und insbesondere diesen Arbeitergruppen mit politischen und organisatorischen Ratschlägen zur Seite zu stehen. Selbstverständlich ist in allen diesen Organisationen ebenfalls sofort die kommunistische Fraktion aufzubauen und auf das strengste darauf zu achten, daß in die Führung nur zuverlässige, revolutionäre Arbeiter gewählt werden. Dieser Hinweis ist notwendig, weil in einer ganzen Anzahl von Fällen Polizeiagenten bei der Bildung versucht haben, in den Apparat einzudringen.

Das Zentralkomitee erwartet, daß sich die Bezirksleitungen von der Initiative der Arbeiter von unten nicht überraschen lassen und ihrerseits alles tun, um diese zu steigern, und die notwendigen Kräfte freizustellen, damit in kürzester

1 Das Rundschreiben ist auch abgedruckt in Dokumente und Materialien S. 876–877.

2 Entgegen den vorliegenden Äußerungen entstanden die „Selbstschutzorganisationen" nach dem Verbot des RFB (s. unten Anm. 4) nicht spontan, sondern wurden zentral vorbereitet und veranlaßt. Das geht z. B. aus dem Rundbrief Nr. 22 der Berliner Bezirksleitung vom 6. 7. 1929 hervor, der „Richtlinien für den proletarischen Selbstschutz" enthält (Records T-175, 315).

Frist kein einziger Großbetrieb und kein Ort des Reiches ohne eine solche proletarische Abwehrorganisation ist.

Mit kommunistischem Gruß
Zentralkomitee der KPD
Sekretariat

N. B. Wie uns vom „verbotenen" RFB[3] mitgeteilt wird, sind alle Gerüchte über eine Auflösung des RFB zu Gunsten solcher neuen Organisationen falsch. Der RFB führt unter den neuen Formen, die er sich nach dem Verbot schuf, seine Arbeit als selbständige Wehrorganisation verstärkt fort und organisiert gerade in diesen Wochen einen energischen Kampf um die Aufhebung des Verbotes.[4]

3 Auf Grund der blutigen Demonstrationen am 1. Mai 1929 in Berlin wurde der RFB in Preußen am 3. Mai 1929 verboten. Das Verbot wurde am 10. Mai auf das ganze Reich ausgedehnt. An zeitgenössischen Schriften zum 1. Mai 1929 siehe: Anklage gegen Zörgiebel. Dokumente über den Blutmai. O. O. u. J. (Berlin 1929); Paul Frölich. Der Berliner Blutmai. Berlin o. J. (1929); Werner Hirsch. Blutige Maitage in Berlin. Berlin o. J. (1929). Als Folge der Maiunruhen wurde *Die Rote Fahne* am 3. Mai für 3 Wochen verboten. Vgl. *RF* Nr. 102 vom 3. 5. 1929. Als sie am 24. Mai wieder erschien, begann sie eine Artikelserie über die Hintergründe der Maiunruhen zu veröffentlichen, auf Grund dessen das Zentralorgan der KPD am 26. 5. erneut für 4 Wochen bis zum 23. Juni 1929 verboten wurde. Vgl. *RF* Nr. 105 vom 26. 5. 1929. Die Thesen des ZK wurden daher in der Provinz-Parteipresse veröffentlicht. Vgl. *Bergische Arbeiterstimme*. Solingen. Nr. 105 vom 6. 5. 1929. Am 7. Mai hatte das ZK einen Aufruf „An die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. An die Partei" erlassen, in dem die Ereignisse des 1. Mai in Zusammenhang gestellt wurden mit der Rüstung Deutschlands „zum Raubkrieg gegen die Sowjetunion". (*Freiheit*. Düsseldorf. Nr. 108 vom 10. Mai 1929).

4 Nach dem Verbot bestand der RFB in den verschiedenen Organisationsformen fort, die u. a. die Deckbezeichnungen „Einheit", „Rote Wehrfront", „Sozialistische Freiheitsarmee" führten. Gegen das Verbot organisierte die Partei lokale „Kampfkomitees gegen das RFB-Verbot". Diese wurden als verbotene Nachfolgeorganisationen des RFB durch eine Verfügung des Polizeipräsidenten Berlins vom 8. Mai 1930 aufgelöst.

9.

24. 8. 1929: Rundschreiben an alle Bezirksleitungen und Redaktionen

BA R 45/IV – 24, 235; Hektographiertes Rundschreiben. Überschrift: „Zentralkomitee der KPD. Rundschreiben Nr. 32. An alle Bezirksleitungen und Redaktionen."

Inhaltsverzeichnis:

Sekretariat
1. Internationale Politik
2. Innenpolitik
3. Die Erwerbslosenbewegung
4. Kommunalwahlen
5. Die Organisierung des Kampfes gegen den Faschismus
6. Grundlinie des zentralen Arbeitsplanes

7. Zum Internationalen Jugendtag
8. Verschiedenes

Frauen-Abtl.
Arbeit unter den erwerbslosen Arbeiterinnen[1]

Gewerkschaft
Anlage Fraktionsmaterial

Jugend
Anlage

Anweisungen des Sekretariats

Inhaltsverzeichnis:
1. Internationale Politik
2. Innenpolitik
3. Die Erwerbslosenbewegung
4. Zur Vorbereitung der Kommunalwahlen
5. Organisierung des Kampfes gegen den Faschismus
6. Zur Grundlinie des zentralen Arbeitsplanes
7. Zum Internationalen Jugendtag
8. Verschiedenes

1. Internationale Politik

Die letzten Wochen, insbesondere die Zeit seit dem X. Plenum des EKKI,[2] sind durch eine Reihe außerordentlich wichtiger Vorgänge auf dem Gebiete der internationalen Politik gekennzeichnet. Im Brennpunkt der Ereignisse steht nach wie vor der

Konflikt im Fernen Osten,

der gegenwärtig eine neue, äußerst starke Zuspitzung erfährt. Während es sich anfangs nur um den Raub der Ostchinesischen Eisenbahn, um die Verhaftung und Ausweisung von Sowjetstaatsangehörigen, um den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Einstellung des sibirischen Transitverkehrs handelte, schreiten die chinesischen Militaristen jetzt zu direkten bewaffneten Aktionen gegen die Sowjetunion. Gegen die verhafteten Sowjetbürger werden Foltermethoden angewandt, die bereits Todesopfer forderten. Die Nankingregierung sendet 16000 Soldaten in das Grenzgebiet. Besonders gefährlich ist die Aufstellung von Stoßtrupps und Formationen der russischen weißen Emigranten. Es haben eine Reihe von Grenzüberschreitungen, – Überfällen und bewaffneten Operationen auf Sowjetterritorium stattgefunden. Die Sowjetregierung hat daher entschlossene Gegenmaßnahmen eingeleitet: Die Streitkräfte an der chinesischen Front wurden als Besondere Rote Armee des Fernen Ostens unter dem Kommando des Genossen *Blücher*,[3] eines Metallarbeiters aus dem Ural, zusammengefaßt. Die Überfälle

1 Liegt nicht vor.

2 Die X. Plenartagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale fand vom 3. bis 19. Juli 1929 in Moskau statt. Vgl. Protokoll, X. Plenum des EKKI, Moskau 3. bis 19. Juli 1929. Hamburg-Berlin o. J. (1929).

3 Wassilij Konstantinowitsch *Blücher* (1889–1938), Sowjetmarschall. 1924–1927 arbeitete er unter dem Namen *Galen* als militärischer Berater der Kuomintang-Regierung in China. Nach deren Bruch mit der UdSSR führte *Blücher* seit 1927 die „Besondere Fernöstliche Armee" der Sowjetunion, er wurde 1938 Opfer der *Stalin*schen Säuberung.

wurden bewaffnet abgewehrt. Es ist klar, daß im Falle eines Angriffs größerer Verbände sich die Rote Armee nicht mit ihrer Zurückweisung begnügen kann, sondern die Verfolgung bis zu ihrer Vernichtung fortsetzen wird. Auf derartige Provokationen ist offensichtlich die Politik der Nankinger und Mukdener Machthaber[4] eingestellt. Dahinter stehen die Imperialisten, in erster Linie Amerika (nicht Japan, wie vielfach irrtümlich in unserer Presse angenommen wird), sowie Frankreich und England.

Die Parteiorganisationen müssen angesichts dieser Lage die Mitgliedschaft und die gesamte Arbeiterschaft auf die gegenwärtige bedrohliche Zuspitzung der Situation im Fernen Osten hinweisen. Die Chinakampagne, die in den letzten Wochen nachgelassen hat, muß mit allen Kräften belebt werden. Es muß Alarm geschlagen und auf die drohende imperialistische Gefahr hingewiesen werden. Gegenüber der sozialdemokratischen Verleumdungskampagne („Roter Imperialismus")[5] muß die Arbeiterschaft an Hand des veröffentlichten Materials (*Pressedienst* und *Rote Fahne*) aufgeklärt und zur restlosen Solidarität mit der Roten Armee aufgerufen werden. (Solidaritätstelegramme an die Sowjetregierung, Begrüßungstelegramme an die Besondere Rote Armee des Fernen Ostens, an die Genossen *Woroschilow*[6] und *Blücher*, Massenversammlungen, Antikriegskomitees, Vorbereitung des Antikriegskongresses.)[7]

Die Haager Konferenz[8]

steht vor dem Abbruch. Die Reparationsverhandlungen haben erneut bewiesen, daß der *Young*-Plan nicht eine „Abschwächung der imperialistischen Gegensätze" (wie die Sozialdemokraten und *Varga*[9] behaupten), sondern ihre stärkere Zuspitzung bedeutet. Der Vertreter der englischen Arbeiterregierung, der Sozialdemokrat *Snowden*, vertritt im Haag in brutalster und aggressivster Form die Interessen des englischen Imperialismus,[10] der gegen den Block der europäischen Mächte und gegen versteckte Sabotage der Vereinigten Staaten, die sich im Hintergrund halten, einen verzweifelten Kampf führt. Im Haag vollzieht sich eine der Episoden der unaufhaltsamen Verdrängung des englischen Imperialismus

4 Gemeint ist die chinesische republikanische Nationalregierung unter *Tschiang Kai-schek* in Nanking sowie die Regierung der halbautonomen Mandschurei in Mukden.

5 Vgl. etwa den Artikel im *Vorwärts* Nr. 391 vom 22. 8. 1929, „Weder Krieg noch Frieden", in dem Peter *Garwy* die „Kanonenpolitik der Sowjetregierung" in China mit dem Imperialismus Japans verglich.

6 Kliment J. *Woroschilow* (1881–1969) war 1925 bis 1940 Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR.

7 Es erscheint unklar, welcher Kongreß gemeint ist.

8 I. Haager Konferenz vom 6.–31. August 1929. Vgl. dazu: Die Entstehung des Youngplans, dargestellt vom Reichsarchiv 1931–1933, durchgesehen und eingeleitet von Martin Vogt, Schriften des Bundesarchivs, Bd. 15. Boppard am Rhein 1970.

9 Eugen *Varga* (1879–1964), ungarischer kommunistischer Wirtschaftstheoretiker beim EKKI in Moskau. *Varga* veröffentlichte in der *Inprekorr* vierteljährlich (in Sondernummern) den Überblick „Wirtschaft und Wirtschaftspolitik". Vgl. jetzt auch: E. S. Varga. Ausgewählte Schriften 1918–1964, Bd. 1–3. Berlin (Ost) 1979.

10 Der englische Schatzkanzler Philipp *Snowdon* setzte sich am 17. August in einer Pressekonferenz in Haag in scharfer Weise mit den Reparationswünschen Frankreichs und Italiens auseinander. Vgl. *Vorwärts* Nr. 385 vom 18. 8. 1929.

aus allen seinen Positionen. Eine Niederlage Englands in der Frage des Verteilungsschlüssels der deutschen Zahlungen würde eine Niederlage Englands im Kampf um die internationale Reparationsbank, eine weltpolitische Niederlage des englischen Imperialismus bedeuten.

Besonders notwendig in diesem Zusammenhang ist die Ausnutzung der schroffen imperialistischen Gegensätze im Lager der 2. Internationale: Die englische Arbeiterpartei vertritt, noch skrupelloser als *Chamberlain*, die extremsten Interessen des englischen Imperialismus, die belgischen und französischen Sozialisten beschimpfen in einer öffentlichen Pressekampagne ihre englischen „Parteigenossen" und beschuldigen sie, daß sie „die Beschlüsse der 2. Internationale verletzen". Die österreichischen Sozialdemokraten unterstützen den englischen Imperialismus, weil sie an den Reparationszahlungen nicht unmittelbar interessiert sind. Die deutschen Sozialfaschisten versuchen, entsprechend der Politik der deutschen Bourgeoisie und ihrer Koalitionsregierung zwischen beiden Lagern zu manövrieren. (Näheres Informationsmaterial hierüber im Leitartikel der *Roten Fahne* vom 23. August „Der Zwiespalt im Haag, ein Kapital sozialimperialistischer Außenpolitik").[11]

Charakteristisch für die Gruppierung der imperialistischen Weltkräfte ist im Haag die Lockerung und ernsthafte Gefährdung der englisch-französischen Entente, der versteckte, aber hartnäckige Kampf zwischen Amerika und England (Kampf um Sitz und Einfluß in der Weltreparationsbank, Herabsetzung des amerikanischen Diskontsatzes, die den englischen Finanzmarkt bedroht), die wachsende Isolierung Englands, der Kampf zwischen Deutschland und Frankreich um die Räumung der dritten Rheinlandzone.

Die Austragung dieser Gegensätze beschleunigt die Vorbereitung des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion. Die Weltreparationsbank dient der gewaltsamen „Erschließung des russischen Marktes". Außerordentlich bedeutungsvoll ist die aktive Rolle, die Amerika seit den letzten Monaten mehr und mehr in der Herausbildung eines erweiterten Antisowjetblocks, der die ganze imperialistische Welt umfaßt, zu spielen beginnt. Amerika besitzt die Führung der sowjet-feindlichen Politik bereits an zwei Brennpunkten der internationalen Verwicklungen: im Kampf um die Ostchinesische Eisenbahn und im Kampf um die Weltreparationsbank.

Die Auswirkung der gescheiterten Reparationskonferenzen und des verschärften Kampfes um den *Young*-Plan für die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland wird eine Verschlechterung der Wirtschaftslage, eine gewaltige Mehrbelastung der Arbeiterschaft, eine brutale Offensive des Kapitals und der Staatsorgane, eine außerordentliche Zuspitzung des Klassenkampfes sein. In der Presse und Agitation muß unsere Stellungnahme zur Haager Konferenz von der grundsätzlichen Richtlinie des X. Plenums zum „deutschen Problem" ausgehen:

„Die Reparationslasten führen innerhalb Deutschlands zur raschen Verstärkung des Klassenkampfes, der einerseits in der rücksichtslosen Offensive des Unterneh-

11 Vgl. *RF* Nr. 160 vom 23. 8. 1929. Der Artikel kommt nach Darstellung der hier erwähnten Schwierigkeiten der Konferenz zum Schluß, daß „das Ergebnis des Haager Konflikts [...] die unvermeidliche und rasche Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland sein" werde.

mertums, andererseits in großen Massenaktionen des Proletariats zum Ausdruck kommt. Die doppelte Belastung des deutschen Proletariats durch die Reparationszahlungen und durch den Druck der eigenen Bourgeoisie beschleunigt das Heranreifen einer revolutionären Krise in Deutschland."

(§ 6 der Thesen des X. Plenums des EKKI, wörtlich aufgenommen in die Resolution des August-Plenums des ZK der KPD)[12]

Internationaler Faschismus

In Verbindung mit der Verschärfung der imperialistischen Gegensätze ist besonders auf die wachsenden Vorstöße des internationalen Faschismus und auf die Zunahme des weißen Terrors hinzuweisen. Das blutige Gemetzel an den rumänischen Arbeitern in den Bergwerken von Lupeni,[13] ein Ereignis, das in der revolutionären Arbeiterbewegung dieses Landes dieselbe politische Bedeutung gewinnen wird, wie das zaristische Blutbad an der Lena 1912,[14] ist von uns bisher nicht in seiner vollen Bedeutung der deutschen Arbeiterklasse zum Bewußtsein gebracht worden. In solchen Fällen müssen die Bezirkssekretariate und die Redaktionen schneller und selbständiger reagieren, d.h. sofort kurze Direktiven an die Zellen, Ortsgruppen, Referenten, Arbeiterkorrespondenten geben, damit außer in der Tagespresse in öffentlichen und Betriebsversammlungen Resolutionen und Telegramme angenommen werden, die Betriebszeitung kurz berichtet usw. Natürlich kommt es dabei nicht auf eine schematische papierne Anweisung an, sondern die BL muß aufgrund ihrer Kenntnis der Lage in den Betrieben und Massenorganisationen konkret feststellen, wo sofort solche Resolutionen und Telegramme in Betriebsversammlungen und in Organisationen angenommen werden können. Zur besonderen Führung einer Versammlungskampagne ist in dem Fall Lupeni sofort die RH-Fraktion zu mobilisieren, wenn das noch nicht geschehen sein sollte. Überall hätten vor und zu den rumänischen Konsulaten Protestkundgebungen, Delegationen stattfinden müssen, um die Öffentlichkeit auf die blutigen Arbeitermorde aufmerksam zu machen.

Von drohender Aktualität ist der faschistische Vormarsch in Österreich. Es ist damit zu rechnen, daß es in den nächsten Tagen zu neuen blutigen Zusammenstößen zwischen den Heimwehrbanden und der Arbeiterschaft kommt, da selbst sozialdemokratische Schutzbündler sich nicht mehr an die defaitistischen

12 Vgl. Protokoll des X. Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Moskau 3. bis 19. Juli 1929. Hamburg-Berlin o. J. (1929), S. 895 f. Resolution über das X. Plenum des EKKI und die neuen Aufgaben der KPD, beschlossen vom Plenum des ZK der KPD am 14. August 1929. *RF* Nr. 154 vom 16. 8. 1929.

13 Bei einem Streik von Bergwerksarbeitern in Lupeni/Siebenbürgen am 5./6. August 1929 wurden 16 Arbeiter getötet, als Polizei und Militär das von den Arbeitern besetzte Elektrizitätswerk räumten. Vgl. *Vorwärts* Nr. 379 vom 15. 8. 1929; *RF* Nr. 144 vom 7. 8. 1929. *Die Rote Fahne* benutzte den Vorgang zu einer heftigen Kampagne gegen die SPD-Führung und den ADGB. Vgl. *RF* Nr. 156 vom 18. 8. 1929.

14 Am 17. April 1912 streikten die Arbeiter der Goldbergwerke an der Lena in Sibirien. Dieser Streik war der erste größere Streik nach der russischen Revolution von 1905. Gegen die Streikenden ging die zaristische Regierung gewaltsam unter Einsatz von bewaffnetem Militär vor. Die Folge war ein Blutbad unter den Streikenden, das rund 250 Tote und mehrere hundert Verletzte kostete. Für die Arbeiterbewegung Rußlands erlangte dieser Streik historische Bedeutung.

Anweisungen ihrer Führer halten.[15] Auf jeden Fall ist die Aufmerksamkeit der deutschen Arbeiter auf die Entwicklung in Österreich sehr scharf einzustellen, alles vorzubereiten, um sofort große Kundgebungen gegen den eigenen Faschismus durchzuführen, wenn sich dort die Situation verschärft. *Pressedienst* und *Rote Fahne* veröffentlichen genügend Tatsachenmaterial über die Zusammenhänge zwischen deutschem und österreichischem Faschismus. Die Lehre ist, daß die Partei alle Versuche der Stahlhelmer, Nazis, Reichsbannerrollkommandos, die Arbeiterschaft zu terrorisieren, bereits im Keime niederschlagen muß. In Berlin haben die Reichsbannerrollkommandos, nachdem ihnen die Arbeiter ihr Auftreten vor dem 11. August[16] heimgezahlt haben, bisher nicht wieder riskiert, mit Stoßtrupps in den Straßen zu erscheinen. Je rascher und energischer auf faschistische Vorstöße reagiert wird, desto erfolgreicher ist die Abwehr. Da die Offensive der Heimwehren sicherlich eine erneute Aktivität der deutschen Faschisten bewirken wird, ist in den nächsten Tagen und Wochen steigende Aktivität gegen den Faschismus, rascher Ausbau der antifaschistischen Organisationen, besonders in den Betrieben nötig. Resolutionen und Telegramme der Solidarität für die österreichische Partei und Arbeiterschaft sind an folgende Adresse zu richten: *Rote Fahne*, Wien IX, Pramer Gasse 6. Wir verweisen auf das Beispiel der russischen Arbeiter, die sofort in Betriebsversammlungen sowohl zu Lupeni als auch zu dem faschistischen Überfall in St. Lorenzen Stellung genommen haben. Bei allen wichtigen internationalen Ereignissen muß der internationale Charakter unserer Arbeit, die in dieser Beziehung noch zu sehr in nationalem Maßstabe verläuft, immer stärker zum Ausdruck gebracht werden.

2. Innenpolitik

Die deutsche Innenpolitik steht im Zeichen einer wütenden Attacke der Bourgeoisie auf alle Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung, im Zeichen der ungeheuren Senkung der proletarischen Lebenshaltung als Konsequenz der Abwälzung der Reparationslasten und des verschärften deutschen Imperialismus, im Zeichen der beschleunigten Kriegsvorbereitung, der Reorganisation der Staatsmacht und des Vorstoßes aller schwarz-weiß-roten reaktionären Organisationen und des Sozialfaschismus zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur.

Gleichzeitig ist eine erhöhte Aktivität der proletarischen Massen (1. und 11. August)[17], die Häufung einer Reihe wirtschaftlicher Teilkämpfe und Lohnkonflikte im Betrieb, der erbitterte Kampf zwischen Sozialfaschisten und Kommunisten um die

15 In Österreich kam es im Sommer 1929 zunehmend zu Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der nationalistischen Heimwehren und dem republikanischen Schutzbund sowie anderen Arbeitern. Bei einem der schwersten Zwischenfälle am 18. August 1929 in St. Lorenzen bei Graz gab es 5 Tote und über 200 Verletzte. Vgl. *Vorwärts* Nr. 386 *(Der Abend)* vom 19. 8. 1929; *RF* Nr. 157 vom 20. 8. 1929.

16 Bei Kundgebungen und Gegenkundgebungen zum Verfassungstag am 11. August kam es in Berlin zu zahlreichen Zusammenstößen und Prügeleien zwischen Reichsbanner-Angehörigen und Kommunisten. Vgl. *RF* Nr. 144 vom 7. 8. 1929, Nr. 146–148 vom 9.–11. 8. 1929.

17 Gemeint sind die Demonstrationen und Kundgebungen der KPD am internationalen Antikriegstag, dem 1. August und am Verfassungstag. Vgl. *RF* Nr. 140 vom 2. 8. 1929, Nr. 148 vom 11. 8. 1929. Der *Vorwärts* (Nr. 361 vom 4. August 1939) hatte von einem Rundschreiben der KPD berichtet (vermutlich der Bezirksleitung Berlin), in dem zur Störung der Verfassungsfeiern des Reichsbanner aufgerufen wurde.

Mehrheit des Proletariats zu verzeichnen. Alle diese Erscheinungen stehen im engsten Zusammenhang mit der Zuspitzung der internationalen Kriegsgefahr und der Reparationsfrage. In der Agitation und der praktischen Arbeit unserer Parteiorganisationen muß auf die Herausarbeitung dieses engen Zusammenhanges das Hauptaugenmerk gelegt werden.

Im Vordergrund der jetzigen Arbeit steht:

Die Erwerbslosenbewegung auf Grund der ungeheuren Verschlechterung der Lage der Erwerbslosen durch die sozialdemokratische Koalitionsregierung,

neue Lohn- und Wirtschaftskämpfe, die von der revolutionären Gewerkschaftsopposition und den Kommunisten gegen das Unternehmertum und den Reformismus geführt werden müssen,

die Stärkung der proletarischen Wehrhaftigkeit gegen den Faschismus und Sozialfaschismus: Aufrechterhaltung der bestehenden Roten Schutz- und Wehrorganisation bis in die kleinsten Einheiten, Verstärkung der Arbeit und Erhöhung der Aktivität dieser bestehenden Roten Wehrorganisationen, Aufbau des Selbstschutzes in den Betrieben und im Wohngebiet, Gründung und Erweiterung der legalen, parteilosen antifaschistischen Abwehrorganisationen unter Initiative der Partei (wobei ganz ausführlich in der Parteimitgliedschaft der Unterschied zwischen Selbstschutz, „verbotenem" RFB und legalen antifaschistischen Verbänden zu klären ist).[18]

Von dringender Wichtigkeit ist die praktische Zusammenfassung der roten Betriebsräte (Auskunftsstellen, Beratungsstellen, Ausstellung roter Betriebsräteausweise, Zusammenfassung, Einberufung von Betriebsrätekonferenzen, Aufbau örtlicher roter Betriebsrätezentralen) und die Schaffung des revolutionären Vertrauensmännerkörpers. (Die Durchführung dieser Aufgabe, die vom Weddinger Parteitag, vom X. Plenum des EKKI und vom August-Plenum des ZK der KPD kategorisch gefordert wird,[19] wird von den Parteiorganisationen viel zu langsam und nachlässig vorgenommen.)

Parallel mit diesen wichtigsten Aufgaben läuft die Vorbereitung zu den Kommunalwahlen im November[20] und zu den Betriebsräte- und Gewerkschaftswahlen im Frühjahr.

3. Zur Erwerbslosenbewegung

In diesen Tagen erscheint ein Aufruf des Zentralkomitees an die Belegschaften und Erwerbslosen.[21] Er muß der Ausgangspunkt einer großen Initiative der

18 Siehe hierzu oben Dok. 8.

19 Zum Weddinger Parteitag vgl. Protokoll 12. Parteitag, Waffen für den Klassenkampf, Beschlüsse des XII. Parteitages der KPD. Berlin o. J. (1929); Protokoll des X. Plenums des EKKI. Hamburg-Berlin o. J. (1929); Resolution über das X. Plenum des EKKI und die neuen Aufgaben der KPD, beschlossen vom Plenum des ZK am 14. August 1929, *RF* Nr. 154 vom 16. 8. 1929.

20 In Preußen fanden am 17. November 1929 Kommunal- und Provinziallandtagswahlen statt.

21 Der Aufruf erschien in der *Roten Fahne* Nr. 169 vom 3. 9. 1929 unter der Überschrift: „Kampffront gegen *Wissels* Raubzug! Rüstet zum politischen Massenstreik gegen den Anschlag auf die Erwerbslosen." Zur kommunistischen Erwerbslosenbewegung vgl. Rose-Marie Huber-Koller, Die kommunistische Erwerbslosenbewegung in der Endphase der Weimarer Republik, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 10. Frankfurt/M. 1977, S. 89 ff.

ganzen Partei zur Mobilisierung der Betriebe und zur Aufrüttelung, Zusammenfassung und Führung der Massen der Erwerbslosen werden. Die in Vorbereitung befindlichen Verschlechterungen sind so ungeheuerlich und so einschneidend für die Existenz von Millionen, daß wachsende Erbitterung und revolutionärer Haß die Massen ergreifen wird, wenn es uns gelingt, ihnen den sachlichen Inhalt und die katastrophalen Folgen des neuen Gesetzentwurfes zur Arbeitslosenversicherung zum Bewußtsein zu bringen. Die Stellung der Sozialdemokratie in dieser Frage gibt uns die Möglichkeit, einen neuen vernichtenden Schlag gegen den Sozialfaschismus zu führen und ihn immer mehr zu isolieren.

In jedem Sekretariat, in jeder nächsten BL-Sitzung, in jeder Redaktion muß der bezirkliche Stand der Erwerbslosenbewegung auf der Tagesordnung stehen, Maßnahmen beschlossen werden. Die BL ist verantwortlich, es darf nicht mehr so bleiben, daß diese Millionenbewegung Ressortangelegenheit bleibt und einem Ausschuß überlassen bleibt.

Der Aufruf des ZK, die Beratung der Wissell-Vorlage im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages[22] müssen Veranlassung geben, sofort in allen Städten und auf dem Lande Versammlungen und Demonstrationen der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter zu veranstalten. Die Parteizeitungen sind anzuhalten, täglich Berichte über die Verhandlungen, sowie die Artikel des Pressedienstes abzudrucken. Außerdem sind örtliche Angelegenheiten, Vorgänge auf den Stempelstellen, den Arbeitsnachweisen, Zahlstellen, sowie der Verlauf der Versammlungen im Bezirk in der Presse zu bringen.

Aus einigen Organisationen kam der Vorschlag, am Tage der Reichstagseröffnung einen Marsch nach Berlin zu organisieren. Wir sind der Meinung, daß dazu die organisatorischen Vorarbeiten in den Bezirken nicht geleistet worden sind und nicht so rasch durchgeführt werden können. Wichtiger ist es zunächst, am Tage der Reichstagseröffnung einen Marsch nach den Landesarbeitsämtern in den Bezirken oder Unterbezirken zu organisieren. Wir ersuchen um sofortige Mitteilung, was für Euer Gebiet das Zweckmäßigste ist.[23]

Besondere Erwerbslosenzeitungen erscheinen z.Z. nur in fünf Bezirken (Berlin, Sachsen, Wasserkante, Rheinland, Westfalen). Um die Bewegung zu steigern, ist es unbedingt notwendig, daß auch die übrigen Bezirke sofort wieder dazu übergehen, selbständige Erwerbslosenzeitungen herauszubringen. Teilt uns umgehend mit, welche Voraussetzungen dazu gegeben sind. Der Ausbau der Erwerbslosenausschüsse muß beschleunigt werden, ebenso die Berichterstattung. Wir haben bisher von den Bezirkserwerbslosenausschüssen keinerlei Berichte über vorbereitete Maßnahmen erhalten, so daß

22 Der Gesetzentwurf zur Reform der Arbeitslosenversicherung wurde vom Reichskabinett am 19. August 1929 gebilligt. Die Beratungen im sozialpolitischen Ausschuß begannen am 20. August 1929. Vgl. *Vorwärts* Nr. 288 *(Der Abend)* vom 20. 8. 1929. Die KPD reagierte auf die Verabschiedung des Entwurfs mit einer heftigen Pressekampagne. Vgl. *RF* Nr. 157 und 158 vom 20./21. 8. 1929.

23 Am Tag der Reichstagseröffnung, dem 30. September 1929, kam es zu einer Massenkundgebung im Berliner Lustgarten sowie Demonstrationen der KPD in Essen, Chemnitz, Halle, Hamburg, Mannheim, Leipzig und anderen Orten. Vgl. *RF* Nr. 193 vom 1. 10. 1929.

ein Gesamtüberblick fehlt. Die Bezirksleitungen sind verpflichtet, für Abhilfe zu sorgen und sofort das Nötige zu veranlassen.

Abrechnung der erscheinenden Zeitungen ist seit Monaten nicht erfolgt. Wir erinnern an den Beschluß, daß für jedes verkaufte Exemplar ⅓-Pfennig an den Reichsausschuß und abzuliefern ist. Die Materialbelieferung, die in letzter Zeit erfolgt ist, kann nur fortgesetzt werden, wenn die Mittel dazu durch die Bezirke aufgebracht werden. Es ist bekannt, daß der Reichsausschuß eigene Mittel nicht zur Verfügung hat.

Zur Steigerung der gesamte Erwerbslosenbewegung ist es notwendig, die Frage der Finanzierung nicht nur von dem Zeitungsverkauf abhängig zu machen. Wir halten es für notwendig, daß überall da, wo die Bewegung durch zweckentsprechende Ergänzung der Erwerbslosenausschüsse bereits eine gewisse Festigung erreicht hat, (einige Genossen, die dauernd die leitende Arbeit durchführen, müssen in den Ausschüssen sein) eine regelmäßige Beitragserhebung von 5 Pfg. pro Woche durchgeführt wird.

Im Spätherbst werden wir höchstwahrscheinlich einen Reichserwerbslosenkongreß organisieren.[24] Das ist natürlich nur unter der Voraussetzung möglich, wenn die Bewegung in allen Bezirken in den nächsten Wochen soweit gesteigert und aktiviert wird, daß dieser Kongreß der Ausdruck einer starken Massenbewegung ist. Auch dazu müßte notwendigerweise die vorgeschlagene Beitragserhebung durchgeführt werden.

4. Zur Vorbereitung der Kommunalwahlen

Als erstes allgemeines Material gingen die gedruckten Anweisungen „Kommunalwahlen 1929" (Serie „Kampf um die Massen" Nr. 1)[25] den Bezirken zu. In Kürze erscheint das Referat des Gen. *Koenen*, auf der Reichskommunalkonferenz, zusammen mit allgemeinen organisatorischen und Agitpropanweisungen, ergänzt durch einige neue Momente, die sich bei der Besprechung dieser Wahlen im letzten Plenum des ZK ergaben,[26] gedruckt in Massenauflage zur Verteilung an die wichtigsten Parteiarbeiter.

Auf eine finanzielle Unterstützung der Bezirke seitens des Zentralkomitees ist bei den Kommunalwahlen nicht zu rechnen. Die Bezirke müssen sich von vornherein dementsprechend einstellen. Das ganze Sammelergebnis (bis auf einen kleinen Bruchteil zur Deckung der Unkosten und als Kontrollmittel) bleibt unten in den Organisationen. Entsprechend den Erfahrungen bei den letzten Gemeindewahlen, insbesondere den Bürgerschaftswahlen in Hamburg, muß das ganze Schwergewicht der Materialherstellung und der Finanzierung der Wahlpropaganda auf den Betriebszellen,

24 Dieser Reichserwerbslosenkongreß wurde im Jahre 1929 nicht mehr durchgeführt. Der 1. Internationale Erwerbslosentag der KPD fand am 6. März 1930 in Berlin statt. Vgl. *RF* Nr. 56 vom 7. 3. 1930. Siehe auch unten Dok. 15.

25 Konnte nicht ermittelt werden.

26 Das Plenum des ZK tagte am 13. und 14. August 1929. Im Mittelpunkt standen die Beschlüsse der X. Tagung des EKKI (Referat Hermann *Remmele*). Diskutiert wurde über den Aufbau des „proletarischen Selbstschutzes" (Referat Fritz *Heckert*) und über die bevorstehenden Gemeindewahlen (Referat Wilhelm *Koenen*). Vgl. *Inprekorr* Nr. 81 vom 23. 8. 1929, S. 1914 f. Chronik, S. 244.

Straßenzellen und auf den Fraktionen der vielerlei einzelnen Arbeiterorganisationen liegen.

Die Kommunalwahlen sind durchzuführen im Zeichen der großen Wendung unserer ganzen Politik zu den Betrieben, zu den großen Massen der Fabrikarbeiterinnen, zur Massenarbeit überhaupt, zur Heranbildung neuer Funktionärkaders, zur Ausmerzung aller verkalkten und unzuverlässigen Elemente aus der Führung, wie es in der Orgresolution des Parteitages umrissen ist.

Wir weisen deshalb erneut darauf hin, daß der Auswahl der Kandidaten die größte Sorgfalt zugewendet werden muß. Alle parlamentarischen Instinkte, alle persönlichen Ansprüche, alle Versuche der Aufrechterhaltung der „Domänen", „Monopole" bestimmter „Spezialisten" usw. müssen rücksichtslos niedergeschlagen werden. Zuverlässige, erprobte, politische Genossen, vor allem Betriebsarbeiter und Fabrikarbeiterinnen müssen auf diese Posten.

Ein Drittel werktätiger Frauen als Kandidaten – das muß die Regel sein. Dann zuverlässige, erprobte Funktionäre, die auf bestimmten Gebieten der Massenarbeit das Vertrauen der Arbeiter haben. Heraus mit allen rechten und versöhnlerischen Elementen[27] aus diesen Körperschaften. Andere Listenzusammensetzung dürfen die BL nicht bestätigen. Kandidatenlisten, die diesen Anforderungen nicht genügen und die voreilig bereits jetzt aufgestellt wurden, sind zu annullieren.

Die Kandidaten sind in den Mitgliederversammlungen der Zellen und Ortsgruppen (nicht wie irrtümlicherweise in dem gedruckten Material angegeben wurde, in Funktionärversammlungen) vorzuschlagen und von der Parteileitung zu bestätigen. Den Bezirksleitungen wird in diesen Tagen eine Liste jener ausschlaggebenden Ortsgruppen zugehen, von denen die aufgestellten Kandidatenlisten dem ZK zur Prüfung und Bestätigung einzureichen sind.

Die Kommunalwahlen selbst bilden nur ein Glied unserer gesamten Massenmobilisierungen gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion, gegen die Kapitaloffensive auf die Arbeitsbedingungen und politischen Rechte der Arbeiter, gegen schwarz-weiß-roten und schwarz-rot-goldenen Faschismus. Dementsprechend ist der spezielle bezirkliche Plan zu den Kommunalwahlen aufzubauen. Es muß verhindert werden, daß eine einseitige Wahlkampagne nach alter sozialdemokratisch-parlamentarischer Methode zustande kommt. Die Hauptkräfte sind, bei der planmäßigen und energischen Stellungnahme zu den Kommunalfragen in den Betrieben und Massenorganisationen, auf die Organisierung von Streiks, auf den Aufbau unseres organisatorischen Betriebssystems usw. (siehe Weddinger Beschlüsse und Resolution des ZK zum X. EKKI-Plenum)[28] zu konzentrieren.

Das muß möglichst scharf in allen Anweisungen an die Zellen, Ortsgruppen und Fraktionen unterstrichen werden.

---

27 Eine Folge der politischen Wendung der KPD von 1928/29 war der Ausschluß der „Rechten" und die Ausschaltung der „Versöhnler" aus der KPD. Vgl. dazu K.-H. Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition" (KPO). Meisenheim am Glan 1964. Weber I S. 186 ff., 219 ff.; GdA S. 182 f. Vgl. auch oben, Dok. 5, Anm. 3.

28 Waffen für den Klassenkampf. Beschlüsse des XII. Parteitages der KPD. Berlin o. J. (1929), S. 85. *Inprekorr* Nr. 82 vom 27. 8. 1929, S. 1944 ff.

Die Anlage des konkreten bezirklichen Planes für den Kommunalwahlkampf muß daher wie folgt geschehen:

Politische Grundlinie

Grundsätzlicher Kampf gegen kapitalistischen Staat und Wirtschaft, gegen offene (faschistische) oder verkappte (demokratische) Diktatur des Trustkapitals. Hauptlosung: „Wir kämpfen für die Diktatur des Proletariats – für die Räterepublik". Teillosungen ergeben sich aus den einzelnen Abschnitten des allgemeinen Arbeitsplanes und den speziellen kommunalpolitischen Forderungen. Die revolutionäre bolschewistische Grundlinie darf nicht untergehen in örtlichen Angelegenheiten und dem Wust örtlicher, kreismäßiger oder provinzieller kleiner praktischer, den Tagesfragen und Tagesnöten gewidmeten Anträgen. Natürlich alles derartige Material in Versammlungen, Presse und Flugblättern, vor allem Betriebs- und Häuserblockzeitungen als Beweisführung für unsere Politik entsprechend auswerten.

Organisatorische Grundlinie

Die Vorbereitung der Kommunalwahlen geschieht in erster Linie durch die Betriebszellen in den Großbetrieben. Das Wichtigste sind Belegschaftsversammlungen, die zu den Wahlen Stellung nehmen, der Partei das Vertrauen aussprechen, die besten Kommunisten im Betriebe der Partei als Kandidaten vorschlagen und Beschluß gegen faschistische, bürgerliche und sozialfaschistische Kandidaten und Listen fassen. Die wichtigste Waffe in unserem Kommunalwahlkampf sind die Betriebszeitungen.

In zweiter Linie werden die Wahlen vorbereitet durch die Fraktionen in den Massenorganisationen. Wo wir Einfluß haben, Mitgliederversammlungen, wo nicht, Oppositionsversammlungen einberufen. Fraktionen müssen bei allen Veranstaltungen der Massenorganisationen werbend für die Partei, für die Listen der Partei und kämpferisch gegen alle arbeiterfeindlichen Listen auftreten, entsprechende Resolutionen einbringen, Arbeiterkorrespondenzen für die Tagespresse schreiben usw.

In dritter Linie erst steht die Frage allgemeiner öffentlicher Wählerversammlungen, für deren Organisierung die Gesamtpartei am Orte, in erster Linie die Straßenzellen, verantwortlich sind. Die Hauptwaffen für die Mobilisierung der örtlichen Öffentlichkeit sind Häuserblock-, Straßen-, Dorf- und Wandzeitungen, kommunale Wählerzeitungen, besondere selbst herzustellende Zeitungen für Hausfrauen, Erwerbslose, Sozialrentner und andere Schichten der Bevölkerung.

Der gesamte Wahlkampf wird – wir wiederholen – in engster Verbindung mit dem Kampf gegen Kriegsgefahr, Verteidigung der Sowjetunion, mit dem Kampf für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß geführt und mit der Kampagne zum 7. November[29] verbunden. Die Kommunalwahlen sind nur ein Teil unseres Kampfes für die Sowjetunion, ein Teil unserer Massenmobilisierung für die Wirtschaftskämpfe, gegen die Spaltungsoffensive der Reformisten in den gesamten Arbeiterorganisationen. Bei den

29 Am 7. November 1929 feierte die kommunistische Bewegung den 12. Jahrestag der bolschewistischen Oktoberrevolution. Vgl. dazu unten, Dok. 11.

Kommunalwahlen wird örtlich die Generallinie der Partei, der Kampf um die Mehrheit des Proletariats und um die Hegemonie des Proletariats gegenüber den Mittelschichten und der Bauernschaft besonders scharf ihren Ausdruck finden. (Genauer Plan mit konkreten Parolen, Angabe der Agitations- und Propagandamaterialien, der notwendigen Konferenzen muß sofort von der Agitpropabteilung der BL vorgelegt werden.)

5. Organisierung des Kampfes gegen den Faschismus

Das letzte Plenum des ZK beschloß in Durchführung der Parteitagsbeschlüsse eine tiefgehende, energische Kampagne gegen die faschistischen Kräfte zu führen, die sich im ganzen Reich, unterstützt von Schwerindustrie und Staatsgewalt wieder stärker hervorwagen. Im Apparat des ZK selbst wird außer den bereits bestehenden Abwehr- und Erkundungsorganen eine Stelle geschaffen, die die ausschließliche Aufgabe hat, die Entwicklung des offeneren Faschismus und des Sozialfaschismus sorgfältig zu beobachten, das Material aus dem ganzen Reich zu sammeln, auszuwerten und die Erfahrungen den Bezirksleitungen und der Gesamtpartei zu übermitteln.

Den Bezirken ging bereits ein erstes Referentenmaterial „Kampf dem Faschismus" zu.[30] Dieses Material hat noch den Mangel, daß zu wenig konkrete Angaben in ihm enthalten sind. Das kann und muß dadurch geändert werden, daß von nun an jedes Beispiel des Auftretens der Nationalsozialisten, des Stahlhelm, des Jungdo, anderer offen faschistischer Verbände, des Reichsbanners, der SPD-Funktionäre sofort an das Sekretariat des ZK gemeldet wird. Jede BL muß sich einen genauen Überblick über die faschistischen Kräfte und über deren Entwicklung, Parolen, Organisation, Methoden in den Betrieben, Großstädten, mittleren Orten und auf dem Dorfe machen. Jeder Fall des Sozialfaschismus: Denunziation revolutionärer Arbeiter an die Fabrikdirektion oder an die Polizei, Zusammenarbeit von SPD-Betriebsfunktionären mit den Werksleitungen und der Staatsgewalt, Niederzwingung von Lohnbewegungen, Angriffen auf Streikleitungen, Streikposten usw. mit faschistischen Methoden ist sofort mitzuteilen, damit die gesamte Arbeiteröffentlichkeit alarmiert werden kann.

Die Schlappe, welche die Partei bei den Krankenkassenwahlen in der Berliner-Verkehrs-AG. erlitten hat, die planmäßige, brutale und raffinierte Offensive des Sozialfaschismus in diesem Betriebe, beweisen die Gefahr des Sozialfaschismus im Betrieb und die Notwendigkeit, unsere Gegenmaßnahmen dementsprechend einzustellen.

Es empfiehlt sich, für die Sammlung und Verarbeitung des aus den Zellen und Ortsgruppen einlaufenden Materials einen Gegnerobmann zu bestimmen, der das Sekretariat der BL, das natürlich die Verantwortung hat, laufend orientieren und die Berichtsmaterialien für das ZK fertigstellen kann.

Bis zum 15. September muß der erste bezirkliche Überblick über den Stand der faschistischen Bewegung und die Rolle des Sozialfaschismus beim Sekretariat des ZK einlaufen.

30 War nicht zu ermitteln.

Unter Punkt 2 verwiesen wir bereits auf die große Bedeutung, die im Kampf gegen den internationalen und nationalen Faschismus, der Aufbau des Selbstschutzes der Partei, die Organisierung der antifaschistischen Schutzorganisationen, die Unterstützung des verbotenen RFB spielt. Es muß jeder Anlaß des Auftretens des Faschismus, jeder Angriff auf die Arbeiter, jede Verwundung und Ermordung von Proletariern durch Faschisten unbedingt ausgenutzt werden, um [für] die Legalität des RFB zu kämpfen. In dieser Beziehung herrscht sowohl in der Parteipresse wie in unserer gesamten öffentlichen Agitation eine sträfliche Nachlässigkeit. Diese rührt z.T. daher, daß diese Fragen innerparteilich nicht genügend geklärt sind und daß Stimmungen der Passivität nachgegeben wird. – In oben erwähntem Bericht über den Stand des Faschismus muß ebenfalls ein Überblick über die Entwicklung der antifaschistischen Schutzorganisation, der Selbstschutzkaders der Betriebs- und Straßenzellen gegeben werden.[31]

31 Textvorlage bricht hier ab.

9 a.

24. 8. 1929: Anweisungen der Gewerkschaftsabteilung

Anlage zu Nr. 9. Überschrift: „Zentral-Komitee der KPD. Sekretariat (Gewerkschaften). Anweisungen der Gewerkschaftsabteilung zum Rundschreiben Nr. 32/29."

Inhalt:

1. Oppositionszeitung der revolutionären Holzarbeiter
2. Rundschreiben zur Schaffung einer Oppositionszeitung der revolutionären Lederarbeiter
3. Dem Rundschreiben liegen Anweisungen an die Fraktionen im Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband bei.

1. Industriegruppe Holz. Wir verpflichten die Bezirksleitungen nochmals, dafür zu sorgen, daß die Berliner Oppositionszeitung[1] sofort abgerechnet wird. Anfang September soll aus Anlaß des Verbandstages eine neue Nummer erscheinen. Dazu werden unbedingt die Beträge für die bereits versandten Zeitungen benötigt. Postscheckkonto Berlin NW 7, *Hermann Trenn*, Nr. 98331. – Die Zeitung soll durch Bezirksberichte ausgestaltet werden. Dazu ist notwendig, daß seitens der Bezirksfraktionen Arbeiterkorrespondenzen über Betriebsangelegenheiten an uns eingeschickt werden. Wir werden diese Berichte dann der Redaktionskommission der Berliner Fraktion übermitteln.

2. Industriegruppe Leder. Wir versandten unterm 27. Juni d. Jhrs. an alle Bezirksleitungen eine Anzahl Rundschreiben[2] zur Verteilung an alle Fraktionen der

1 Das Organ der Industriegruppe Holz in der RGO war *Der Holzarbeiter*.

2 Die Rundschreiben konnten nicht ermittelt werden.

drei Verbände der Industriegruppe Leder betreffs Schaffung einer eigenen oppositionellen Zeitung,[3] Bestellung derselben und Namhaftmachung von Arbeiterkorrespondenten. Bis heute haben nur einzelne Bezirke und auch diese sehr mangelhaft geantwortet. Wir bitten, in den Bezirken auf schnellste Beantwortung der Rundschreiben zu dringen und die Fraktionen und Betriebszellen, die die Fragen noch nicht beantwortet haben, zur sofortigen Stellungnahme zu veranlassen.

3. Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die dem Rundschreiben beiliegenden Anweisungen an die Gemeinde- und Staatsarbeiter sind von den Bezirksleitungen schnellstens weiterzuleiten.

Mit kommunistischem Gruß!
Zentralkomitee der KPD
Sekretariat (Gewerkschaften)

3 Die neugeschaffene Zeitung der Industriegruppe Leder in der RGO trug den Namen *Der Lederarbeiter*.

9 b.

24. 8. 1929: Mitteilungen an die Bezirksleitungen zum 15. Internationalen Jugendtag

Anlage zu Nr. 9. Überschrift: „Anlage zum Sekretariatsrundschreiben Nr. 32. An alle Bezirksleitungen der Partei, betr. 15. Internationaler Jugendtag."

W. G.!

Wie alle Jahre findet auch dieses Jahr am 1. September der Internationale Jugendtag statt.[1] Dem diesjährigen Aufmarsch kommt eine besondere Bedeutung zu. Er muß zeigen, inwieweit die KPD den Kampf um die proletarische Jugend führt und was für Resultate sich schon zeigen. In Anbetracht der verstärkten Kriegsrüstungen der Bourgeoisie und des gewaltigen und vielseitigen Kampfes um die Jugend seitens der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie ist es von größter Wichtigkeit, am 1. September breite Massen der Jungarbeiter in unseren Reihen mustern zu können. Die Sozialdemokratie macht krampfhafte Anstrengungen und scheut keine Mühe, die Lücke in ihren Reihen, nämlich das Fehlen der jüngeren Jahrgänge, auszufüllen. Neben großer finanzieller Unterstützung, auch durch den Staat und die Kommunen, strengt die sozialdemokratische Partei selbst alle Kräfte an und es ist ihr möglich gewesen, einen bestimmten Aufschwung der SAJ zahlenmäßig zu erreichen. Unser Jugendverband zeigt dagegen zahlenmäßig eine völlig unbefriedigende Entwicklung.[2] Auf dem Weddinger Parteitag wurde der Partei zur Pflicht gemacht, der

1 Der 15. internationale Jugendtag der KPD fand am 1. September 1929 mit einer Kundgebung des KJVD in Berlin statt. Vgl. *RF* Nr. 169 vom 3. 9. 1929. Entgegen den vorliegenden Anweisungen fand der Jugendtag jedoch nicht die gewünschte Beachtung in der kommunistischen Tagespresse. *Die Rote Fahne* ging nur am 30. August (Nr. 166) 1929 und 1. September 1929 auf den Jugendtag ein, als sie ein Geleitwort von Hermann *Remmele* abdruckte. Vgl. *RF* Nr. 168 vom 1. 9. 1929.

2 Der KJV zählte im Mai 1929 nur 21 479 Mitglieder. Vgl. Weber I S. 365.

Entwicklung des KJV erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, alle Kräfte anzustrengen und alle Möglichkeiten auszunutzen, um eine Massenorganisation der Arbeiterjugend aus dem KJV zu machen.

Der Parteitag beschloß einstimmig, die Woche vor dem Internationalen Jugendtag als „Jugendwoche" zu benutzen, wo die ganze Kraft der Partei zur Erfassung und Mobilisierung der Jugend verwandt werden soll[3]. Diesen Beschluß gilt es jetzt in die Tat umzusetzen. Der 15. Internationale Jugendtag steht im Zeichen des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, gegen Faschismus, Sozialfaschismus, für die Wehrhaftigkeit des Jungproletariats, für die wirtschaftlichen Forderungen des KJV.

Was kann und muß die Partei in dieser Woche und natürlich auch nachdem zur Auswertung des Internationalen Jugendtages tun? Die wichtigste Aufgabe muß sein, während dieser Woche alles anzustrengen, um die Jugendorganisation im Betrieb zu verwurzeln. Den einzelnen Zellen der Partei in solchen Betrieben, wo eine bestimmte Zahl Jugendlicher arbeitet, muß die Aufgabe gestellt werden, dem KJV zu helfen, dort eine Zelle zu schaffen.

An die Betriebsräte sind Anweisungen zu geben, daß diese entweder gemeinsam mit dem KJV, oder wo solcher nicht besteht, von sich aus Jugendbelegschaftsversammlungen abzuhalten. Dort muß der Internationale Jugendtag und seine besondere Bedeutung behandelt werden und die Teilnahme der Jugendlichen am Aufmarsch propagiert werden. Es muß mindestens erreicht werden, daß eine Delegation des Betriebes zum Jugendaufmarsch geht. Ebenfalls ist die Wahl der Jugendvertrauensleute verstärkt zu stellen. (Erst aus Oberschlesien und Württemberg ist uns bekannt, daß dort diese Frage genügend beachtet wurde.)

In dieser Zeit muß die Parole sein: In jedem Betrieb, zum Internationalen Jugendtag eine Jugend-Betriebszeitung! Wo nicht eine selbständige erscheint, muß eine gemeinsam mit der Partei herausgebracht werden, doch auch da muß der Internationale Jugendtag und seine politischen Losungen im Vordergrund stehen. Auch in den Straßenzellen und Ortsgruppen muß alles auf die Gewinnung der Jugend eingestellt sein. Es gibt heute noch eine Menge großer und wichtiger Orte, wo zwar die Partei ganz gut verankert ist, aber keine Gruppe des KJV besteht. Keine Parteigruppe ohne Ortsgruppe des KJV muß die Parole sein. Öffentliche Jugendversammlungen sind in diesen Orten abzuhalten und die Gründung von Ortsgruppen vorzunehmen. Am Aufmarsch selbst muß möglich sein, auch die Jugendmitglieder der Massenorganisationen zur Teilnahme zu gewinnen. An unsere Sportfraktionen müssen sofort dementsprechende Informationen ergehen. 1. September spielfrei! Teilnahme am Internationalen Jugendtag muß unter den jungen Sportlern propagiert werden. Die Tagespresse ist stärkstens auf diese ganzen Dinge einzustellen. Es genügt nicht, einfach einige Tage vor dem 1. September eine Jugendbeilage zu bringen. Laufend müssen jetzt Betriebsjugendkorrespondenzen erscheinen, des weiteren Kästen und anderes, kurze Hinweise auf den 15. Internationalen Jugendtag. Kurze Erinnerungen an vergangene Aufmärsche in Verbindung mit den aktuellen Fragen müssen in der Presse erscheinen. Die Redaktionen sind

3 Der Beschluß wurde – wie die meisten vom Parteitag behandelten Anträge – nicht veröffentlicht. Vgl. Protokoll 12. Parteitag, S. 520 ff. Vgl. auch: Waffen für den Klassenkampf, S. 91.

besonders dazu zu verpflichten, da in einigen Zeitungen die Jugend völlig ungenügende Beachtung findet.

Bei einer Vorbereitung in dieser Form, daß die Gesamtpartei und ihre Arbeit auf den Internationalen Jugendtag eingestellt wird, werden wir einen Teil der Beschlüsse von Wedding in die Tat umsetzen, werden wir wirklich an allen Fronten den Kampf um die Gewinnung der arbeitenden Jugend und um ihre Organisierung im KJV führen. Die Bezirksleitungen sollen nach dem 1. September berichten, was die Partei in dieser Frage getan hat. Wieviel Zellen des KJV konnten wir schaffen. Wieviel Ortsgruppen, wo und wieviel Betriebsvertrauensleute, wo und wieviel Betriebszeitungen, wo und wieviel Betriebsjugendversammlungen oder sonstige öffentliche Jugendversammlungen. Wo beteiligten sich die Sportler am Aufmarsch. Auf dem Verbandskongreß des KJV Ende September werden diese Fragen auch eine Rolle mitspielen. Die Kampagne zum 15. Internationalen Jugendtag ist nicht nur eine Arbeit der Jugend, sondern ebenfalls der Partei. Setzt sofort eine Besprechung mit der BL des KJV an und sprecht mit ihr gemeinsam alle zu treffenden Maßnahmen durch.

10.

31. 8. 1929: Anweisungen der Agitpropabteilung über die Gründung der Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur (IFA)

Records...T-175, 377, 2892638-2892639; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 33. Anweisungen Agitprop."

Inhaltsverzeichnis:
Gründung der Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur (IFA)

Betr.: IFA

Wir weisen hin auf die Beschlüsse des Parteitages über „Die wichtigsten Orgaufgaben der Partei" unter V., Absatz e, Seite 93[1] und beziehen uns auf unsere Rundschreiben vom 26. Juni, 28. Juni und 19. Juli d. Js.[2]

Die Gründung der IFA ist inzwischen durch eine Anzahl Berliner Arbeiterkulturorganisationen erfolgt.[3] Die Statuten sind mit einigen unwesentlichen Änderungen so beschlossen, wie sie Euch im Entwurf zugegangen sind. Der Vorstand ist gewählt.

1 Vgl. Waffen für den Klassenkampf. Beschlüsse des XII. Parteitages der KPD. Berlin o. J. (1929), S. 93.

2 Diese Rundschreiben liegen nicht vor.

3 Das genaue Datum der Gründung der IFA scheint unklar. Entgegen der vorliegenden Angabe wird im „Sachwörterbuch der Geschichte" als Gründungstag der 13. Oktober angegeben. Vgl. Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin (Ost) 1969, Bd. I, S. 837. Vgl. auch Chronik S. 245. Die kommunistische Tagespresse berichtete nicht über die Gründung der IFA. Eine wissenschaftliche Darstellung zur Geschichte der IFA steht bisher noch aus.

Sollen die Parteitagsbeschlüsse nicht nur auf dem Papier stehen, so muß jetzt mit aller Energie in allen Bezirken an die Organisierung der Kampffront gegen die Kulturreaktion herangegangen werden.

1. Sofortige Schaffung einer kulturpolitischen Abteilung in jeder BL, soweit dieses nicht schon geschehen (siehe Rundschreiben vom 19. Juli 1929). Adresse des verantwortlichen Genossen mitteilen.

2. Feststellung und Registrierung aller kulturpolitischen Arbeiterorganisationen in allen Orten.

In Frage kommen: Arbeiter-Radio-Bund, Volksfilmverband, Arbeitermusikverein, Arbeitersänger, Arbeiterfotografen, Arbeiter-Theater-Bund, unsere Agitproptruppen, Volksbühnenopposition, Bund proletarischer Schriftsteller, Association revolutionärer bildender Künstler, oppositionelle Ortsgruppen des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung, Opposition der Freien Schulgesellschaft, Naturfreunde, Abstinenten-Bund, Arbeiter-Schachbund, Jüdischer Arbeiter-Kultur-Verein, Elternbeiratsorganisationen, Universum Buchgemeinschaft, Esperanto, Ido, Arbeiter-Stenografenverein und andere vorhandene Arbeiterkulturvereine.

3. In allen größeren Orten Einberufung einer Sitzung unserer Fraktionen in obengenannten Organisationen und eingehende Besprechung über die Möglichkeit der Zusammenfassung in örtlichen Kartellen und des Anschlusses an die IFA.

4. Soweit Vereine dem sozialdemokratischen Kulturkartell (Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit) angeschlossen sind, sollen sie auf Grund von Mehrheitsbeschlüssen der Mitglieder von dieser Organisation losgelöst werden.

5. Soweit Vereine den bereits bestehenden örtlichen „Arbeitersport"- und „Kulturkartellen" angehören, sollen sie vorläufig darin verbleiben. Mit den in diesen Kartellen nicht angeschlossenen Arbeiterkulturvereinen ist das örtliche IFA-Kartell zu schaffen, zu dem die Fraktionen bzw. Leitungen der dem bestehenden Arbeitersport- und Kulturkartell angehörigen Vereine die engsten Beziehungen zu halten haben. Wie endgültig das Verhältnis Sportkartell und Kulturkartell geregelt wird, muß bestimmt werden entsprechend den örtlichen Verhältnissen, Tradition etc. in Vereinbarung mit der BL Agitprop.

6. Für kleinere Orte, in denen ein Kartell nicht besteht, jedoch kulturpolitische Arbeitervereine vorhanden sind, muß versucht werden, diese in einem IFA-Kartell zusammenzuschließen oder sie einzeln an die IFA anzugliedern.

7. Ein Aufruf der IFA geht den Redaktionen unserer Zeitungen in den nächsten Tagen zu. Pflichtabdruck.[4] Zweispaltig in Kastenform zu bringen. In dem Aufruf sind die politischen Aufgaben der IFA skizziert.

8. Über die Stellungnahme der BL zu vorstehenden Punkten ist von allen Bezirksleitungen bis zum 20. September 1929 Bericht zu erstatten. Eine Abschrift des Berichtes muß an die IFA geschickt werden.

9. In Aussicht genommen ist eine Reichskonferenz aller Arbeiterkultur-

4 Der Aufruf ist abgedruckt in der *Roten Fahne* Nr. 177 vom 12. 9. 1929. Er fordert „alle deutsch-proletarischen Kultur-, Kunst-, Bildungsorganisationen und -institutionen" zur „Solidarität im proletarischen Kulturkampf" und zum „organisierten Widerstand gegen die Kulturreaktion" auf.

vereine, verbunden mit einer Arbeiterkulturwoche in Berlin. Sie soll Ende des Jahres, evtl. 24. November, stattfinden.[5] Nähere Anweisungen hierzu folgen.

10. Über die Finanzierung der IFA erfolgen noch besondere Anweisungen. Vorgesehen ist ein minimaler Beitrag der angeschlossenen Organisationen.

11. Die Adresse der IFA ist: IFA, z.H. J. *Miller*, M.d.R.[6]
Berlin NW. 48
Friedrichstr. 235
Telefon: Bergmann 8199

Mit kommunistischem Gruß
Zentralkomitee der KPD
Sekretariat (Agitprop)

5 Die erste Reichskonferenz der IFA fand erst am 15./16. März 1930 in Berlin statt. Auf ihr waren 129 Delegierte aus 20 Organisationen vertreten, die die 1. Reichsleitung der IFA wählten, der u. a. Johannes R. *Becher*, Hanns *Eisler* und Gustav *von Wangenheim* angehörten. Der erste Reichskulturkongreß der IFA fand am 15. März 1931 in Leipzig statt. Vgl. Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. I, S. 837; Chronik S. 251.

6 Joseph *Miller* (1883–1964) 1928–1930 MdR, „Versöhnler", war später in der Roten Hilfe tätig. Vgl. Weber II S. 223 f.

11.

20. 9. 1929: Anweisungen des Sekretariats über die Aufgaben im Herbst

BA R 45/IV – 24, 237; Hektographiertes Rundschreiben. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 34. Anweisungen des Sekretariats."

Inhaltsverzeichnis:
Die Lage und unsere Aufgaben im Herbst

Die Unternehmeroffensive, die wachsende Gewaltpolitik der Regierung gegen die Arbeiter, der faschistische Aufmarsch, die Kriegsrüstungen und die Kriegsgefahr sind nach wie vor die charakteristischen Merkmale der gegenwärtigen Situation. Die gesamte Parteitätigkeit muß sich in allen ihren Teilen auf die offensive Bekämpfung dieser, das Proletariat und alle Werktätigen bedrohenden Gefahren einstellen. Dabei muß die Gesamtmitgliedschaft dessen eingedenk sein, daß auf der Kommunistischen Partei die gesamte Verantwortung für den Kampf liegt. Denn keine andere Kraft als die Partei kann Führerin und Leiterin in diesen Kämpfen sein. Nur sie ist imstande, alle kampfwilligen und ehrlichen Elemente des Proletariats um sich zu sammeln.

Der Bürgerkrieg in Österreich

Wie groß die faschistische Gefahr ist, das leuchtet nicht nur hervor aus dem aktiven Auftreten der Nationalsozialisten, des Stahlhelms und der ganzen *Hugenberg*-Garde in Deutschland. Das ist in den letzten Tagen noch viel klarer geworden durch die

Vorgänge, die sich in Österreich entwickeln.[1] Die österreichische Heimwehr droht offen mit dem Staatsumsturz. Die allgemeine ökonomische und politische Lage in Österreich ist eine solche, daß der von der Heimwehr angedrohte Putsch nicht nur die Drohung einer aktivistischen nationalistischen Clique ist. Hinter der Heimwehr steht die vereinigte österreichische Bourgeoisie. Die Heimwehr findet für ihre Ziele außerdem die Unterstützung einer Reihe imperialistischer und faschistischer Kräfte des Auslandes, darunter auch aus Deutschland. Es wäre töricht, anzunehmen, daß die österreichische Sozialdemokratie und die Gewerkschaften der wachsenden faschistischen Bewegung ernsten Widerstand leisten werden. Solchen Widerstand können und werden nur die österreichischen Arbeiter gegen den Willen der sozialfaschistischen Führer der österreichischen Arbeiterbewegung unter Führung der KPÖ leisten. Sozialfaschismus (denn etwas anderes ist auch der Austromarxismus nicht) und Faschismus sind nicht zwei Kräfte, die sich auf „Leben und Tod bekämpfen", wie die „Wiener Arbeiterzeitung" schreibt, sie nähern sich vielmehr rasch und gleichen ihre noch vorhandenen Gegensätze aus. Sie werden eins im Kampfe gegen das revolutionäre Proletariat. Der Gegensatz zwischen Heimwehr und Sozialdemokratischer Partei in Österreich ist nur der Gegensatz zwischen zwei Gruppen desselben Lagers – der bürgerlich-kapitalistischen Welt und nicht der Gegensatz zwischen zwei sich auf Tod und Leben bekämpfenden Klassen. Nur unter diesem Gesichtswinkel können wir die Lage in Österreich richtig beurteilen und entsprechende taktische Maßnahmen durchführen. (Wir verweisen auf die Berichte und die Beschlüsse der Konstanzer Konferenz, die dieser Tage in der Parteipresse Abdruck fanden.)[2]

Die Kommunistische Internationale fordert von uns, daß wir die österreichischen Arbeiter und besonders unsere Partei, die KPÖ moralisch, politisch und materiell in ihrem Kampfe gegen den Faschismus unterstützen. Das geschieht am besten durch die größte antifaschistische Tätigkeit unserer Organisationen gegen den deutschen Faschismus und Sozialfaschismus. Alle Arbeiter müssen zu diesem Kampfe alarmiert und zur Bildung antifaschistischer Wehrorganisationen aufgefordert werden. In den nächsten Wochen muß angesichts dieser faschistischen Bedrohung die Arbeiterschaft wie durch einen Bergsturz aufgewühlt werden, um im Reichsmaßstabe Hunderte und Tausende von neuen Abwehrorganisationen in den Betrieben, in den

1 In Österreich verschärfte sich die innenpolitische Lage im Herbst 1929 zusehends durch Aufmärsche und Zusammenstöße zwischen den nationalistischen Heimwehren, dem republikanischen Schutzbund und der KPÖ. Vgl. dazu oben Dok. 9.

2 Am 17./18. September 1929 tagte in Konstanz eine vom westeuropäischen Büro der Komintern einberufene Konferenz, an der insgesamt 47 Vertreter der kommunistischen Parteien Deutschlands, Österreichs, der Tschechoslowakei, Italiens, Jugoslawiens, Ungarns und der Schweiz teilnahmen. Die Konferenz befaßte sich mit der Lage in Österreich und beschloß in einem Aufruf den „gemeinsamen Kampf mit dem österreichischen Proletariat" gegen „die faschistische Diktatur". Für die „weitgehendste ideelle und materielle Unterstützung der österreichischen Arbeiterschaft" wurde ein „internationaler Fonds" eingerichtet. Vgl. *RF* Nr. 184 vom 20. 9. 1929. Vgl. H. Remmele, Der Bürgerkrieg in Österreich; Zur Konstanzer internationalen Konferenz der kommunistischen Parteien; *Die Internationale* Jg. 12, Heft 18 vom 15. 9. 1929, S. 565–572. Der Aufruf „Erkämpft den roten Oktober Österreichs!" erschien in *RF* Nr. 186 vom 22. 9. 1929. Vgl. auch *Inprekorr* Nr. 92 vom 27. 9. 1929, S. 2225 ff.

Wohngebieten und Orten zu schaffen. Wie Pilze müssen jetzt allerorts die antifaschistischen Organisationen emporwachsen. Der 29. September, der Tag, an dem die Heimwehren ihre großen Aufmärsche rings um Wien durchführen, ist ein sehr kritischer Moment. Wir müssen sofort die Parole des politischen Sympathiestreiks propagieren, in öffentlichen Betriebs- und Wohngebietsversammlungen Sympathieerklärungen und Kampfbeschlüsse gegen den Faschismus beschließen, bei der Gelegenheit die antifaschistischen Wehrorganisationen gründen bzw. auffüllen. Sollte es in Wien, wie beim blutigen 15. Juli 1927[3] zum allgemeinen politischen Massenstreik der Arbeiterschaft kommen, so muß durch Solidaritätsstreiks den österreichischen Klassengenossen zu Hilfe geeilt, die faschistischen Kräfte in Deutschland gebunden und eine breite Mobilisierung gegen die eigene faschistische Gefahr durchgeführt werden. Wo es irgendwie möglich ist, sollen schon vor dem 29. September öffentliche Versammlungen und Demonstrationen zur Lage in Österreich Stellung nehmen.[4] Alle laufenden Versammlungen und Demonstrationen gegen den Angriff auf die Erwerbslosenfürsorge sind dazu auszunutzen.

Wir schlagen außerdem vor, daß den Großbetrieben vorgeschlagen wird, kleine Delegationen zur Prüfung der Lage und zur Berichterstattung nach Österreich zu schicken, z. B. Delegationen des Ruhrgebiets nach Steiermark, Berliner Betriebe nach Wien, Graz etc. Auf jeden Fall soll sofort ein dementsprechender Briefwechsel der Betriebe untereinander organisiert, evtl. österreichische Betriebe zur Hersendung von Delegationen nach Deutschland aufgefordert werden.

Neben diesen politischen und organisatorischen Aufgaben gegen den faschistischen Vorstoß in Österreich müssen wir in Deutschland auch durch Geldsammlungen die Kommunisten und die revolutionären Arbeiter in Österreich direkt unterstützen. Durch einen solchen Akt wahrer internationaler Solidarität wecken wir den Mut und das Kraftbewußtsein unter den österreichischen Arbeitern und geben eine ernste Warnung an die faschistischen Kräfte. Die deutsche Schwerindustrie finanziert die faschistischen Banden in Österreich, die revolutionäre Arbeiterschaft Deutschlands gibt den österreichischen Arbeitern auch finanziell die Möglichkeit zum Kampf gegen die Heimwehren.

Betr. Sammlungen: Im Verein mit dem Betriebsrat im zentralen Betrieb und dem Betriebsrat der Friedrichstadtdruckerei hat das Sekretariat des ZK beschlossen, für den österreichischen antifaschistischen Solidaritätsfonds von allen in Parteibetrieben und in den Betrieben sympathisierender Organisationen Beschäftigten einen Beitrag zu erheben. Die politischen Angestellten sollen 3.– Mk., die technischen 2.– Mk. und das Druckereipersonal mindestens 1.– Mk. in diesen Fonds zahlen. Die Sammlung muß sofort durchgeführt werden. Die Beträge sind bis spätestens 3. Oktober der zentralen Parteikasse zur

3 In Wien kam es am 15. Juli 1927 zu Streiks und blutigen Unruhen unter der Arbeiterschaft, als mehrere Angehörige der Heimwehren von einem Wiener Gericht von der Anklage des Mordes an einem Arbeiter freigesprochen wurden. Die KPD sah in den Unruhen den Beginn einer Erhebung der Arbeiter, die auch auf das Reich übergreifen könnte. Vgl. *RF* Nr. 185 vom 16. 7. 1927.

4 Entgegen der vorliegenden Anweisung fand das Heimwehrtreffen in Wien nicht die gewünschte Beachtung in der KPD-Presse. Zwar erschien ein Streikaufruf zum 29. September in der *Roten Fahne* Nr. 188 vom 25. 9. 1929. Am 29. und 30. September jedoch befaßte sich *Die Rote Fahne* überwiegend mit den Demonstrationen zur Reichstagseröffnung am 30. September 1929. Vgl. *RF* Nr. 193 vom 1. 10. 1929. Siehe oben Dok. 9, Anm. 23.

Weiterleitung zu übersenden. Wo es irgend möglich ist, soll die Sammlung sofort stattfinden und umgehend der gesammelte Betrag übermittelt werden. Für die rasche Ablieferung der Beiträge ist das Sekretariat der BL verantwortlich. Die Sammelergebnisse sollen in den einzelnen Parteizeitungen veröffentlicht und zum Anlaß genommen werden, Sammlungen für den gleichen Zweck in den Betrieben durchzuführen. (Im Zusammenhang damit sollen in den Betrieben Referate über die Vorgänge in Österreich gehalten werden. Das Material ist der Parteipresse zu entnehmen. Die Partei wird laufend unterrichtet werden.)

Regierungswechsel in Litauen

Der plötzliche Rücktritt der Regierung *Woldemaras* in Litauen[5] kann nicht gewertet werden als eine Linderung der faschistischen Diktatur in diesem Lande und als erste Etappe zur Rückkehr zu demokratischen Methoden. Wahrscheinlich soll dieser Rücktritt der Verständigung mit *Pilsudski* und der faschistischen Reaktion in Polen den Weg ebnen, was die Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion wesentlich erhöhen würde. Der faschistische Vormarsch in Österreich und die Vorgänge in Litauen stehen im engen Zusammenhang mit dem chinesisch-russischen Konflikt in Ostasien.[6] Der Imperialismus bereitet die Angriffsfront gegen die USSR, wie im Osten so jetzt auch verstärkt im Westen vor. Der offene Antisowjetische Block wird vergrößert. Unter diesem Gesichtswinkel sind auch die verschärften Terrormaßnahmen gegen die Arbeiterschaft und die armen Bauern in den Balkanländern zu betrachten, wie auch das rücksichtslose Vorgehen gegen die französischen Kommunisten. Auch der faschistische Aktivismus in Deutschland, die Bombenattentate, das tatenlose Zusehen der Sozialdemokratischen Partei, ebenso wie in Österreich, die Absicht des Sozialfaschisten *Severing*, im Reichstag das neue Republikschutzgesetz und ein neues Vereinsgesetz durchzubringen,[7] liegen in dieser Richtung.

Arbeitsplan:

1. Mobilisierung gegen die Verschlechterungen der Arbeitslosenfürsorge

Beim Zusammentritt des Reichstages (Tagung vom 30. September bis 3. Oktober) Organisierung und Durchführung gemeinsamer Demonstrationen der Erwerbslosen und Betriebstätigen gegen den Raub an den Erwerbslosen. Wo es irgend möglich ist, muß am 30. September ein Proteststreik gegen diesen Raubzug organisiert werden. Dabei ist in der Arbeiterschaft die Frage des politischen Massenstreiks als eines der wichtigsten Kampfmittel gegen die sozialreaktionäre Bedrückung der Arbeiterklasse zu stellen.[8]

---

5 Ministerpräsident *Woldemaras* wurde am 19. September 1929 von seiner eigenen Partei, dem nationalistischen Sammelbund Tautinikai, wegen Differenzen in der Frage des Grenzkonflikts mit Polen gestürzt. Der Tautinikai stellte jedoch weiterhin die Regierung unter Ministerpräsident *Tubelis*.

6 Siehe dazu oben Dok. 9.

7 Der Entwurf für das neue Republikschutzgesetz stieß von Anfang an auf den heftigsten Widerstand der KPD innerhalb und außerhalb des Reichstages. Vgl. dazu den Artikel in der *Roten Fahne* Nr. 192 vom 29. 9. 1929: „*Severings* Gesetz zum Verbot der KPD".

8 Am 30. September 1929 fanden wie hier gefordert Demonstrationen kommunistischer Arbeiter und Erwerbslosen in allen größeren Städten Deutschlands statt. Vgl. *RF* Nr. 193 vom 1. 10. 1929.

2. Kongreß des Kommunistischen Jugendverbandes

In den Tagen vom 26. bis 29. September findet der Kongreß des Jugendverbandes statt. Eine hervorragende Gelegenheit, um der Partei und auch den revolutionären Arbeitermassen die politische Bedeutung der Wendung zum Bewußtsein zu bringen, die der VI. Weltkongreß und unser Weddinger Parteitag in der Behandlung der Jugendfragen beschlossen haben.[9] Der Jugendverband muß eine Massenorganisation werden. Die politisch wieder sehr aktiv werdende Jugend ist an die Partei heranzubringen. Die Kluft zwischen den Alten und den Jungen muß man endlich niederbrechen. Die Heranziehung der jugendlichen Arbeiter zu allen Arbeiten der Partei, auch zur leitenden Arbeit, und die Verjüngung unseres Parteikaders kann viel zur Lösung dieser Aufgabe beitragen. Die Partei muß der Jugend helfen, die Bildung von Zellen der jugendlichen Arbeiter in den Betrieben rasch zu fördern. Insbesondere sind die Jugendlichen für die ökonomischen Kämpfe und die antifaschistischen Organisationen zu gewinnen. (Auf den Bezirksleitungen der Partei liegt die Hauptverantwortung für eine rasche und gesunde Entwicklung des Kommunistischen Jugendverbandes, sowie für die Mobilisierung der jugendlichen Arbeiter für den Klassenkampf überhaupt.)

3. Kongreß der Roten Hilfe

Vom 12. bis 14. Oktober findet der Reichskongreß der Roten Hilfe statt. Die Bedeutung dieser Tagung ist in die breiteste Öffentlichkeit zu rücken.[10] In allen Versammlungen, die bis zum 14. Oktober stattfinden, muß nicht nur auf die Rote Hilfe und ihre bisherige Arbeit aufmerksam gemacht werden, sondern muß die Notwendigkeit einer raschen und bedeutenden Vergrößerung dieser Organisation als eines Hilfsorganes im proletarischen Klassenkampf aufgezeigt werden. Die Rote Hilfe muß das Massenorgan des Proletariats zum Kampf gegen Justiz und Terror werden. Eine neue Terrorwelle geht durch die ganze Welt. Es sei nur an die Vorgänge in Gastonia, Lupeni, in Jugoslawien, an den Prozeß in Meruth (Indien) etc. erinnert.[11] Die Redaktionen müssen viel mehr Verständnis für die Fragen des internationalen

---

9 Vgl. dazu den Artikel in der *Roten Fahne* Nr. 190 vom 27. 9. 1929: „Zum bolschewistischen Kongreß des KJVD". Darin wird betont, daß der KJVD „in beschleunigter Weise die Wendung zur bolschewistischen Massenarbeit durchführen" müsse. „Zentrale Aufgabe" für den KJVD sei „der Kampf um die bolschewistische Parteilinie", d. h. die Unterstützung der Partei „in ihrem Kampf gegen die Rechten und Versöhnler sowie gegen die ultralinke Abweichung". Über den Kongreß des KJVD vgl. den Bericht in *Inprekorr* Nr. 93 vom 1. 10. 1929, S. 2255 f. Vorsitzender des KJV wurde Kurt *Müller*. Chronik S. 245; Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung 1904–1945. Berlin (Ost) 1973, S. 405.

10 Vgl. das Grußwort des Vorsitzenden der Roten Hilfe, Wilhelm *Pieck*, in *RF* Nr. 203 vom 12. 10. 1929. Darin bezeichnet *Pieck* als Hauptaufgaben der RH den „Kampf gegen den wachsenden weißen Terror", gegen die „Verschärfung der bürgerlichen Klassenjustiz" und gegen den „Vormarsch des Faschismus". Über den Verlauf des Kongresses siehe den Bericht in *RF* Nr. 205 vom 15. 10. 1929. Vorsitzender der RH wurde wieder Wilhelm *Pieck*. Chronik S. 246.

11 Gemeint ist der gewaltsam unterdrückte Textilarbeiterstreik in Gastonia/North Carolina, USA. Vgl. *RF* Nr. 182 vom 18. 9. 1929. Zum Streik der Bergwerksarbeiter in Lupeni in Rumänien vgl. oben Dok. 9, Anm. 13. In Jugoslawien wurde die KP nach der Machtübernahme durch König *Alexander* von den staatlichen Organen offen verfolgt. Vgl. dazu *RF* Nr. 179 vom 14. 9. 1929. In Meruth wurden in einem Prozeß Kommunisten und Gewerkschaftsführer wegen Unruhen in Bombay verantwortlich gemacht. Vgl. *RF* Nr. 182 vom 18. 9. 1929.

Terrors und der Klassenjustiz als bisher aufbringen und alle Terrormaßnahmen in irgend einem Lande ausnutzen, um das internationale Solidaritätsgefühl zu wecken. Die Strafrechtsreform, die der Reichstag berät, die Klassenjustiz der Arbeitsgerichte gegen die revolutionären Arbeiter, das neue Republikschutzgesetz und das angekündigte Vereinsgesetz zur Fesselung der Arbeiterbewegung bieten ausgezeichnetes Illustrationsmaterial für die Kampagne zum Kongreß der Roten Hilfe.

4. Reichskongreß der werktätigen Frauen

Dieser Kongreß tagt am 20. Oktober in Berlin.[12] Die Agitation und Propaganda für diesen Kongreß darf nicht allein den Frauen überlassen werden. Auch hier gilt es, was über die Wendung bei den Jugendlichen gesagt wurde. Die Partei muß sich fest einprägen, daß 52% der Bevölkerung weiblichen Geschlechts sind und daß 37% der Arbeiterschaft aus Betriebsarbeiterinnen bestehen. Es gibt darum keinen ernsten Kampf des Proletariats weder gegen den Krieg, noch gegen das Unternehmertum, noch gegen den Faschismus, den Sozialfaschismus oder die Kulturreaktion ohne die Mobilisierung der breiten Massen der Arbeiterinnen. Nächst der Wendung zu den Unorganisierten ist die Wendung zu den Arbeiterinnen der bedeutendste taktische Beschluß, den die Kommunistische Internationale gefaßt hat. Deshalb fordert die Partei auch kategorisch, daß bei den Gemeindewahlen ⅓ aller aussichtsreichen Kandidaten Arbeiterinnen sein müssen. Der Kongreß der werktätigen Frauen gibt der Partei die Möglichkeit, unter Hinweis auf die konkrete Angelegenheit der Entsendung von Delegationen zum Kongreß die Arbeiterinnen viel lebhafter als bisher an allen politischen und ökonomischen Fragen zu interessieren. Je besser es gelingt, durch Frauendelegiertenversammlungen Leben in die Arbeiterinnenmassen zu tragen, um so besser werden wir auch das Verständnis der männlichen Arbeiter für das Arbeiterinnenproblem wecken: die Frau als Kamerad des Mannes in seinem Kampfe gegen die Reaktion, die Frau als Mitkämpferin an seiner Seite im Produktionsprozeß, im ökonomischen und politischen Kampf, das muß der Inhalt unserer Arbeit unter den Arbeiterinnenmassen und unter den Arbeitern sein.

5. Kampf gegen die Teuerung

Die Popularisierung des Kongresses der werktätigen Frauen gibt auch die beste Möglichkeit zur Mobilisierung gegen die Teuerung. Rasch steigen die Preise für die Massenverbrauchsartikel. Zur Durchführung des *Young*planes und zur Erfüllung der Interessen der Großindustrie und der Agrarier werden im kommenden Winter neue Zölle und Steuern beschlossen werden. (Wir werden zu diesem Zwecke eingehendes Material an die Mitgliedschaft bringen.) Mit der Annahme des *Young*planes und der Erneuerung der Zolltarife am Jahresabschluß sollen den Besitzenden Geschenke in der Höhe einer Milliarde zugeschanzt werden, während gleichzeitig ein neuer Steuerraubzug auf den Massenkonsum stattfinden wird. Diese Steuer- und Zollpoli-

12 Zum Reichskongreß werktätiger Frauen vgl. den Artikel von Helene *Overlach* in *RF* Nr. 180 vom 15. 9. 1929: „Was will der Reichskongreß werktätiger Frauen?" Siehe auch unten Dok. 11a „Anweisungen der Frauenabteilung", Pkt. I des vorliegenden Rundschreibens. Das vom Kongreß verabschiedete „Kampfprogramm der werktätigen Frauen" ist abgedruckt in *RF* Nr. 185 vom 21. 9. 1929. Zum Kongreß vgl. *Inprekorr* Nr. 99 vom 22. 10. 1929, S. 2371 f.

tik wird zu einem weiteren raschen Fallen der Reallöhne führen. Schon jetzt muß die Gewerkschaftsbürokratie zugeben, daß das Jahr 1929 eine Senkung des Reallohnes gebracht hat. Die Teuerung wird diesen Prozeß rasch beschleunigen und die größte Beunruhigung in den Massen hervorrufen. (Die Redaktionen müssen konkrete Darstellungen über das Wachsen der Teuerung, detaillierte Angaben über die Verschlechterung des Lebensniveaus bringen, bildliche und graphische Darstellungen, die das gut veranschaulichen. Nur durch eine eindrucksame Darstellung in der Parteipresse geben wir unseren Genossen Möglichkeit für eine populäre, die Massen aufrüttelnde Agitation. Allgemeines Geschreibsel über Rationalisierung, Unternehmerterror, Teuerung usw. ist wirkungslos. Man muß Tag für Tag den Genossen konkrete und neue Argumente geben.)

6. Gedenktag der bolschewistischen Revolution:

Am 7. November feiern wir den 12. Jahrestag der siegreichen Oktoberrevolution. Die Kampagne zu diesem Tag hat eine besondere Bedeutung, nicht nur deshalb, weil der siegreiche proletarische Staat nun schon 12 Jahre existiert, was schon an und für sich ein unerhörtes geschichtliches Ereignis darstellt und zu Vergleichen mit den „Erfolgen der reformistischen Politik" herausfordert, sondern noch aus zwei anderen Umständen. Erstens wegen der ständig wachsenden Kriegsgefahr, dem Aufrüsten der kapitalistischen Mächte, um die Sowjetunion zu erdrosseln, was natürlich das gesamte Proletariat auf den Plan rufen muß, um die USSR zu verteidigen. Darum Steigerung unserer Antikriegskampagne und Bildung und Festigung der Antikriegskomitees, zweitens wegen der Vollendung des ersten Jahres des Fünfjahresplanes. Dieses Jahr hat im weitesten Umfang bestätigt, daß das siegreiche Proletariat zu den gewaltigsten Leistungen fähig ist, die die menschliche Gesellschaft jemals erlebt hat. Gerade die Vollbringung dieses Wunders macht die Kapitalisten aller Länder und ihre sozialfaschistischen Bundesgenossen so wild und kriegslüstern. Die Schilderung des Fünfjahresplanes und der glücklichen Durchführung seiner ersten Etappe ist ein mächtiges Element zur Revolutionierung breiter Massen und zur Zurückdrängung des reformistischen Einflusses. (Die Partei gibt in den nächsten Wochen anschauliches Material in Broschüren und Rededispositionen über den Fünfjahresplan und seine Durchführung heraus. Auch das Material aus der *Inprekorr* muß in der Parteipresse gründlichst zur Massenaufklärung Verwendung finden.) Die Kampagne für die Entsendung einer neuen Rußlanddelegation aus Betriebsdelegierten zum 7. November erleichtert uns die Entwicklung und Durchführung einer mächtigen revolutionären Aufklärungs- und Antikriegsarbeit, die in den Novemberfeiern einen Gipfelpunkt finden soll.[13]

7. Kongreß der antifaschistischen und Antikriegsorganisationen:

Eine weitere Steigerung dieser Arbeit, wie der Zusammenfassung der Arbeiter in einer geschlossenen antifaschistischen Front bringen uns die Tage vom 9. und 10.

13 Vgl. die umfangreiche Berichterstattung in *RF* und *Inprekorr* zum sowjetischen Fünfjahrplan. Die Arbeiterdelegationen hatten bereits 1925/26 eine wichtige Rolle in der Konzeption der KPD gespielt. Vgl. Die Arbeiterdelegationen in der Sowjetunion. Hamburg-Berlin 1926; Claus Remer, Deutsche Arbeiterdelegation in der Sowjetunion. Berlin (Ost) 1963.

November bzw. ihre Vorbereitung in den Massen. An diesen beiden Tagen findet der Reichskongreß der antifaschistischen und Antikriegsorganisationen Deutschlands statt.[14] Hier gilt es, eine feste, geschlossene, ideologisch einheitliche, wenn auch auf förderalistischem Prinzip aufgebaute proletarische Wehrorganisation zu schaffen. Kriegsgefahr und faschistische Gefahr müssen alle aktiven proletarischen Elemente zu einer eisernen Phalanx zusammenschweißen. Schon sind viele solcher Abwehrorganisationen gebildet. Bis zum 9. November gilt es aber noch Hunderte und Hunderte ins Leben zu rufen. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Abwehrorganisationen dann am besten wirken können, wenn sie eine Betriebsbasis haben. In einer solchen Form sind sie ein gewaltiger Faktor zur Organisierung eines geschlossenen Auftretens der Betriebe bei Demonstrationen, ein ausgezeichneter proletarischer Streikschutz, und vor allem Kampftruppen zur Liquidierung des Betriebsfaschismus. (Ungeachtet dessen, daß der Betrieb die beste Basis für die Antifaschistische Abwehrorganisation ist, darf jetzt keine Zeit verloren werden und darf man keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um auch örtlich und wohngebietsweise solche antifaschistischen Organisationen zu bilden.) Das aktive Auftreten des Faschismus fordert kategorisch von uns die Verzehnfachung unserer Kraft bei der Bildung dieser antifaschistischen Organisationen.

Die Tage, an denen der Kongreß der Abwehrorganisationen in Berlin beratet, müssen ausgenutzt werden zu gewaltigen Aufmärschen des Proletariats in allen Orten gegen Kriegsgefahr und Faschismus und gegen das RFB-Verbot.

8. Gemeindewahlen[15]

Die Organisierung und Durchführung der vorgenannten Kampagnen durch die Gesamtpartei und der mit ihr sympathisierenden Organisationen erleichtert uns nicht nur die Sammlung der proletarischen Massen für die kommunistischen Ziele im allgemeinen, sondern sie schafft uns geradezu eine ideale Basis für die Führung des Gemeindewahlkampfes. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten: Ohne die breite Mobilisierung der Massen zu aktuellen Fragen der großen Politik, ohne das glückliche Zusammentreffen einer ganzen Anzahl wichtiger Kampagnen und Kongresse würde der Gemeindewahlkampf eine gewöhnliche und oft sehr öde parlamentarische Schwätzerei werden. Erst die Durchführung der anderen großen politischen Aufgaben gibt der Partei die Möglichkeit, die Gemeindewahlen aus dem Gesichtsfeld des Kirchturmhorizontes zu einer großen politischen Auseinandersetzung mit allen Feinden der Arbeiterklasse in ganz Deutschland zu machen. Der 17. November wird uns zeigen, ob wir durch unsere andere Arbeit es verstanden haben, die werktätigen Massen aufzurütteln und mit uns zu

14 Dieser Kongreß fand offensichtlich nicht statt. In der KPD-Presse sowie in der wissenschaftlichen Literatur wird der Kongreß nicht erwähnt. Die geforderten Demonstrationen blieben aus. Stattdessen befaßte sich *Die Rote Fahne* ausgiebig mit der Kampagne zu den preußischen Gemeindewahlen am 17. November 1929. (Siehe unten Punkt 8 des vorliegenden Rundschreibens).

15 Die KPD führte die Kampagne zu den Gemeinde- und Provinziallandtagswahlen in Preußen mit einer heftigen Presse-Kampagne gegen die SPD, verbunden mit der Propaganda für den „sozialistischen Aufbau" in der Sowjetunion. Vgl. *RF* Nr. 226 vom 8. 11. 1929, Nr. 228 vom 10. 11., Nr. 230 vom 13. 11., Nr. 233 vom 16. 11. 1929. Anweisungen des Sekretariats des ZK zur Kandidatenaufstellung erfolgten am 19. Oktober 1929. Vgl. *RF* Nr. 209 vom 19. 10. 1929 und Dokumente und Materialien S. 901 f.

verbinden. Aber noch mehr, die Kommunisten müssen den 17. November zu einem politischen Tag ersten Ranges machen. Dazu gehört, daß wir bei unserer Massenarbeit auf allen Gebieten den Arbeitern, insbesondere in den Betrieben, auch die Bedeutung der diesjährigen Gemeindewahlen aufzeigen. Unsere Kandidaten müssen den Betriebsbelegschaften zur Stellungnahme vorgestellt werden. Die Betriebe und die Arbeiterorganisationen müssen zu den Wahlkomitees herangezogen werden. (Siehe Beispiel Berlin.) Die Frauen und die Jugend müssen gewonnen werden, indem wir die tüchtigsten Arbeiterinnen und die tüchtigsten Jugendgenossen in einer möglichst großen Zahl (mindestens ⅓) auf die Kandidatenlisten nehmen. Müde Elemente oder solche, die in den letzten Kämpfen versagt haben, dürfen auf keinen Fall als Kandidaten zurückkehren.

Wir sind überzeugt, daß der 17. November der Partei die größten Erfolge bringen wird. Die Wahlkampagne muß mit dem Geist größter Siegeszuversicht geführt werden.[16] Wir dürfen nirgends einen Zweifel aufkommen lassen, daß wir die Sozialdemokraten gründlich schlagen. Nach dem Beispiel der Berliner Organisation muß der Wahlkampf durch großzügige Handlungen eröffnet werden. (Gemeinsame Versammlung aller Funktionäre aller Massenorganisationen, Stellungnahme aller Mitgliedschaften der Betriebs- und Straßenzellen an einem Tag, vorherige Zusammenfassung und einheitliche Instruktion der Referenten, Organisierung des ersten Großwerbe- und Sammeltages, Demonstrationen usw.)

9. Reichskongreß der revolutionären Opposition

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat aufgerufen, Delegierte zu einem am 30. November und 1. Dezember d. J. in Berlin abzuhaltenden Gewerkschaftskongresses zu wählen.[17] Dieser Kongreß soll Stellung nehmen zu den Lehren der ökonomischen Kämpfe in der Vergangenheit und Gegenwart, zu der sozialfaschistischen Praxis, er wird Beschlüsse fassen über eine Reihe wichtigster Aufgaben, die vor der revolutionären Gewerkschaftsopposition, vor dem ganzen Proletariat stehen. Es handelt sich erstens um die Vorbereitung von Wirtschaftskämpfen, die mit der wachsenden Teuerung immer unvermeidlicher werden, zweitens um die Durchführung der Wahlen zu den Gewerkschaftsfunktionärsposten, um die durch Ausschlüsse geschaffenen Lücken auszufüllen und neue Positionen zu erobern, drittens um die politische Plattform und die Taktik bei den kommenden Betriebsrätewahlen, viertens um die Verlebendigung und Festigung der selbständigen Betriebsrätebewegung, fünftens um die raschere Herausbil-

16 Obwohl die KPD besonders in einigen ihrer Hochburgen (Halle, Merseburg) empfindliche Stimmenverluste erlitt, feierte die KPD das Wahlergebnis vom 17. November als Erfolg ihrer neuen Politik. Vgl. *RF* Nr. 235 vom 19. 11. 1929: „Die Mehrheit der Berliner Arbeiter steht zur KPD." In Berlin sank die Stimmenzahl der KPD gegenüber der Reichstagswahl von 1928 von 611 317 auf 565 595. Die SPD erreichte mit 651 735 Stimmen die höchste Stimmenzahl. Vgl. zu den Einzelergebnissen *Vorwärts* Nr. 543 vom 19. 11. 1929. Die Resolution des ZK zu den Kommunalwahlen in *Inprekorr* Nr. 112 vom 3. 12. 1929, S. 2640.

17 Dieser 1. Reichskongreß der RGO stand unter der Losung: „Vom betrieblichen Lohnkampf zum politischen Massenstreik." Er wurde begleitet von mehreren Kundgebungen. Vgl. *RF* Nr. 244–245 vom 30. 11. und 1. 12. 1929. Über den Kongreß siehe Protokoll des 1. Reichskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands, abgehalten am 30. November und 1. Dezember 1929 in Berlin, Berlin 1930.

dung und Zusammenfassung des revolutionären Vertrauensmännerkörpers in den Betrieben, sechstens um eine festere Organisation und zielsicherere Arbeit der Erwerbslosen und siebentens um die enge Verbindung der betriebstätigen und erwerbslosen Arbeiter zum gemeinsamen Auftretens in allen ökonomischen Kämpfen.

Der kommende Winter bringt nicht nur eine rasch wachsende Teuerung, er bringt den sozialpolitischen Raub durch die vereinten Kapitalisten und Sozialfaschisten in Gestalt des Abbaues der Erwerbslosenversicherung und der Minderung der Krankenversicherungsleistungen. Er bringt ferner eine starke Zunahme der Erwerbslosen in der Hauptsache als Folge neuer Rationalisierungsmethoden und der verstärkten Ausplünderungsmöglichkeit, die durch den Abbau der Erwerbslosenfürsorge gefördert wird. Die Kommunisten müssen, um den Kampf gegen dieses Übel führen zu können, der ein Kampf gegen den Dreibund Unternehmertum, Staatsgewalt und sozialfaschistische Bürokratie ist, die größte organisatorische und Aufklärungsarbeit leisten. An der Spitze unserer Forderungen steht der Kampf um den Siebenstundentag, die Vorbereitung und Durchführung des Gewerkschaftskongresses. Beginn der Sammlung der Massen um die Kommunistische Partei und der Klärung der wichtigsten Probleme im Klassenkampf, damit der Kampf mit größtem Erfolg aufgenommen werden kann. Je besser wir alle Kampagnen durchführen und je größer unser Erfolg bei den Gemeindewahlen sein wird, desto größer auch der Erfolg dieses Kongresses, der sozusagen die Krönung unserer Herbstarbeit bildet.

10. Werbearbeit:

In Verbindung mit diesen Kampagnen ist die intensivste Werbearbeit für die Vergrößerung unserer Partei, für die Bildung neuer Ortsgruppen und insbesondere neuer Betriebszellen zu führen. Die unerhörten Aufgaben, die vor der Partei stehen, erlauben es nicht, daß die Partei bei ihrer gegenwärtigen Mitgliedsziffer beharrt. Die objektiven Bedingungen sind auch so außerordentlich günstige, daß es direkt ein Verbrechen wäre, wenn wir die Zeit nicht ausnützen für eine rasche Vergrößerung unserer Partei. Alle Kampagnen und insbesondere die Gemeindewahlkampagne geben uns die Möglichkeit, zu Hunderttausenden von Arbeitern zu sprechen. Die ungeheure Not, in der sich die Arbeiter und andere werktätige Schichten befinden, und der rasche Übergang des Reformismus zum Sozialfaschismus haben Hunderttausende von Arbeitern der kommunistischen Bewegung näher gebracht. Die einzelnen Parteiorganisationen, Bezirksleitungen, Unterbezirksleitungen, Arbeitsgebietsleitungen, Leitungen der Ortsgruppen und Zellen müssen sich darum ganz konkrete Ziele für die Vergrößerung der Partei stellen.

Nach den Gemeindewahlen darf es in Deutschland keinen Ort mit über 5000 Einwohnern mehr geben, in dem die Kommunistische Partei keine Ortsgruppe hat!

Jeder Großbetrieb mit über 500 Arbeitern muß gleichfalls eine arbeitsfähige Zelle besitzen!

Die neugewonnenen Parteimitglieder, wie auch die alten Mitglieder der Partei müssen durch eine intensive Schulungsarbeit auf ein höheres politisches Niveau gehoben werden, ihre organisatorischen und zur Kampfführung notwendigen

Fähigkeiten sind bedeutend zu verbessern. Um die noch immer vorhandene große Fluktuation einzudämmen, muß der Aufbau des Schulungssystems parallel mit der Werbearbeit gehen.

Die größte Aufmerksamkeit verdient aber die systematische Ausbreitung unserer Parteiorgane. Die Leser-, d.h. die Abonnementsziffern der Parteiorgane müssen gewaltig gesteigert werden. Wir brauchen eine solche Steigerung der Leser- und Abonnementsziffern nicht nur, um an größere Massen heranzukommen, sondern auch um die Unternehmungen der Partei finanziell zu sichern und die Parteiorgane durch die Schaffung einer besseren finanziellen Grundlage auszubauen. Die Werbearbeit muß sofort in Verbindung mit der Vorbereitung des Gewerkschaftskongresses und der Kommunalwahlen beginnen. Sie darf nicht erst am Schluß unserer Kampagnen durchgeführt werden. Sie ist ein untrennbarer Bestandteil der richtigen und erfolgreichen Durchführung der laufenden Arbeit.

11. Generalkontrolle

Sofort nach Abschluß des Gewerkschaftskongresses findet die Generalkontrolle der Partei statt.[18] Für ihre Durchführung sind die Monate Dezember und Anfang Januar in Aussicht genommen. Die Generalkontrolle soll neue Kräfte in die Kaders einfügen, die Struktur der Organisation verbessern, die Bilanz über unsere Arbeit statistisch niederlegen, der Partei einen klaren Überblick über die soziale Zusammensetzung, vor allem über die betriebliche Verankerung der Partei bringen. Sie soll es allen Parteiorganen ermöglichen, sich einen klaren Überblick über den Besitzstand an Parteikräften zu verschaffen, damit der Parteiapparat in Zukunft eine bessere Zusammensetzung erhalten, die Arbeit zweckmäßiger verteilt werden kann, um die Aufgaben zu erfüllen, die der Parteitag gestellt hat: Stärkste Aktivisierung und Verjüngung der Parteikaders.

12. Bezirksparteitage

Sobald die Resultate der Generalkontrolle vorliegen, müssen die Bezirksparteitage durchgeführt werden.[19] Auf ihnen ist die politische und organisatorische Bilanz der geleisteten Arbeit des verflossenen Jahres zu ziehen, auf ihnen werden neue Aufgaben gestellt. Sie sollen zur Zusammenschweißung der Partei dienen, um die ganze Kraft der Partei und der mit ihr sympathisierenden Massen in den kommenden Wirtschaftskämpfen und bei den Betriebsrätewahlen einsetzen zu können.

Schlußbemerkungen:

Die rote Linie, die durch alle unsere Kampagnen gehen muß, ist die Organisierung der Massen für die Wirtschaftskämpfe und die Fundierung der Partei in den Betrieben durch die Aufrichtung des revolutionären Vertrauensmännerkörpers. Deswegen muß der Gewerkschaftskongreß Ende November im Mittelpunkt aller Parteiaufgaben

---

18 Nach der Reichskontrolle vom Frühjahr 1929 war dies die zweite Generalkontrolle der Partei im Jahre 1929. Zur Reichskontrolle vgl. oben Dok. 1, Anm. 8 und Dok. 7.

19 Die einzelnen Bezirksparteitage der KPD fanden in den Monaten April und Mai 1930 statt. Vgl. unten Dok. 17.

stehen! In diesem Zentrum müssen sich alle Kräfte vereinen, die wir durch alle Kampagnen auszulösen verstehen. Jede Kampagne ist ein Stein, der zu dem anderen gelegt wird für den ganzen Bau. Die Kampagnen fließen zusammen. Sie ergänzen und stützen sich gegenseitig. Sie erleichtern die Lösung der Hauptaufgabe, die vor der Partei konkret steht: die Eroberung der Mehrheit des Proletariats. Durch alle diese einzelnen „Kampagnen" arbeiten wir uns nicht nur in immer breitere Schichten der werktätigen Massen hinein, durch sie reißen wir die Peripherie enger an die Partei heran. Deswegen ergibt sich in allen Kampagnen auch die engste Zusammenarbeit mit allen Massenorganisationen. Durch die verstärkte Arbeit in und mit den Massenorganisationen, besonders auch auf den wichtigen Gebieten des Arbeitersports, der Kultur-, der sozialpolitischen Organisationen geben wir der Partei neue Hebel in der Massenarbeit. Die revolutionären Sportverbände, die Freidenkeropposition, die IFA, die Arso-Organisationen, die neugegründete rote Wohlfahrt, das sind neue Gefäße, in denen sich die Massen sammeln, die von der Partei erfaßt werden und sie sind gleichzeitig die Greifarme, mit denen wir immer neue Massen, Hunderttausende und Millionen an die Partei heranziehen.

Verschiedenes:

a) Rundfrage über die Aktivität der Rechten und Versöhnler in den Bezirken:

Es macht sich notwendig, wieder einmal im Reichsmaßstabe eine Zusammenstellung über die Aktivität sowohl der Rechten wie der Versöhnler[20] zu machen. Teilt uns deswegen in einem kurzen Sonderbericht mit, in welcher Form diese Kreise in Eurem Bezirk sich noch bemerkbar machen. Wir erwarten den Bericht bis zum 1. Oktober.

b) Betr. Veranstaltungen der Partei, Kongresse von Massenorganisationen usw., die für 1929/30 im Bezirk vorgesehen sind:

Wir brauchen eine solche Übersicht, weil wir für das Jahr 1930 den Versuch unternehmen wollen, eine Reihe von großen zentralen Veranstaltungen (Reichstreffen antifaschistischer Organisationen, Sportfeste, Kulturtage im Reichsmaßstabe, evtl. einen allgemeinen Arbeiterkongreß usw.) festzulegen, ohne dabei in die Dispositionen der Bezirke einzugreifen. Zu melden sind Veranstaltungen, die z. B. von den Gewerkschaften, Massenorganisationen, vom Gegner vorgesehen sind und die von den BL's und den sympathisierenden Organisationen vorgesehenen bezirklichen Kundgebungen.

c) Zur Frage der Sammlungen:

Auf dem Gebiete der Sammlungen ist durch das eigenmächtige Ansetzen von zentralen und bezirklichen Sammlungen wieder ein gewisses Durcheinander eingetreten. Soweit es sich um zentrale Sammlungen handelt, werden wir durch Verhandlungen mit den Reichsfraktionen für Abhilfe sorgen. Wir ersuchen, es ebenso im bezirklichen Maßstabe zu tun.

d) Rundfrage betr. zentral auszubildender Funktionäre:

Es läßt sich jetzt schon voraussehen, daß wir in der nächsten Zeit neue große

20 Zum Kampf gegen die „Rechten" und „Versöhnler" innerhalb der KPD vgl. oben Dok. 9, Anm. 27.

Anforderungen an die Bezirke betr. Zurverfügungstellung von qualifizierten Arbeitern und Arbeiterinnen richten werden. Bei der Linie des ZK auf Verjüngung des leitenden Apparates der Partei und der Massenorganisationen durch frische Kräfte ersuchen wir Euch schon jetzt, eine Liste derjenigen Genossen und Genossinnen aufzustellen, die für die Ausbildung als Sekretäre, Redakteure in der Partei und in Massenorganisationen in Frage kommen.

Wir brauchen sofort je einen Genossen und eine Genossin mit bezirklichen Erfahrungen in der Betriebs- und Massenarbeit, die als Praktikanten in die Orgabteilung des EKKI gehen sollen. Wir ersuchen um Meldung.

e) Hinzuziehung der Agitpropleiter zu den wichtigen Sekretariatssitzungen:

Wir erfahren, daß einzelne Bezirksleitungen zu den wichtigen Sekretariatssitzungen nur die besoldeten Sekretäre einladen und davon absehen, z. B. den ehrenamtlichen Agitpropleiter hinzuzuziehen. Ein Agitpropleiter kann natürlich eine solche Funktion nur verantwortlich leiten, wenn er zum mindesten bei den wichtigen Sekretariatssitzungen mit zu Rate gezogen wird. Wir ersuchen also, dementsprechend zu verfahren.

f) Betr. Umzug von Parteigenossen von einem Bezirk in den anderen:

Um unnötige Rückfragen bei den BL zu ersparen, schlagen wir vor, daß die Ummeldescheine derjenigen Genossen, die aus einem Bezirk in den anderen verziehen, über das Sekretariat des ZK an die in Frage kommende Bezirksleitung weitergeleitet werden. Auf diesen Ummeldescheinen soll der Vermerk enthalten sein, ob der Genosse im neuen Bezirk aufgenommen werden soll oder nicht und welche Funktion er ausgeübt hat.

g) Betr. Einsendung von konkretem Material über den Sozialfaschismus und über das Auftreten des Sozialfaschismus:

Gelegentliche persönliche Rücksprachen mit Genossen aus den Bezirken haben ergeben, daß es fast überall zahlreiche Beispiele neuer unerhörter sozialfaschistischer Methoden der SPD in den Betrieben, Gewerkschaften, Kommunen usw. gibt, die es verdienten, im Reichsmaßstabe ausgewertet zu werden. Wir ersuchen Euch, derartige typische Beispiele immer sofort dem Sekretariat des ZK zuzusenden.

Ebenso drängen wir darauf, daß der bereits für den 15. ds. Ms. fällige Bericht über den Stand des Faschismus im Bezirk von jenen BL's eingeschickt wird, die das bisher noch nicht getan haben.

Mit kommunistischem Gruß
Zentralkomitee der KPD
Sekretariat

11 a.

21. 9. 1929: Anweisungen der Frauenabteilung über die Aufgaben im IV. Quartal 1929

Anlage zu Nr. 11. Überschrift: „Zentralkomitee der KPD. Sekretariat (Abteilung Frauen). Anweisungen der Frauenabteilung."

Inhaltsverzeichnis:
Aufgaben im 4. Quartal 1929

Eine Vorbedingung für die erfolgreiche Arbeit der Frauenabteilungen ist die genaue Information über die allgemeinen politischen Aufgaben der Partei. In den allgemeinen Arbeitsplänen der Partei muß bei allen gestellten Aufgaben besonders auch die Mobilisierung der Frauenmassen hervorgehoben werden. Es sind die Forderungen der Frauen einzugliedern. Es ist in jedem Referentenmaterial auch die Lage der Frauen zu behandeln.

I. Organisierung des Reichskongresses werktätiger Frauen, 20. Oktober, Berlin.[1]

Hierzu sind am 31. August eingehende Anweisungen herausgekommen, auf die wir nochmals verweisen.[2] Um die breitesten Arbeiterinnenschichten und darüber hinaus breitere Teile der Arbeiterschaft auf den Kongreß hinzuweisen, um die Forderungen des weiblichen Proletariats zusammenzufassen und die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen anzuregen, an der Aufstellung ihrer Forderungen selbst mitzuarbeiten, erscheint in der nächsten Woche ein „Kampfruf der Frauen",[3] der die Kampfesaufgaben und -methoden umfaßt. Dieser Kampfruf soll von der BL an die Betriebsräte gesandt werden mit der Aufforderung, ihn in den Belegschaftsversammlungen vorzulegen und zu besprechen. Für dieses Versammlungen sollen die Betriebsräte Referenten beim Bezirkskomitee werktätiger Frauen anfordern. Mit der Kampagne ist die Werbung neuer Arbeiterinnen-Mitglieder für die Partei zu verbinden.

II. Arbeiterinnen-Delegation nach der Sowjetunion

Mit der großen Arbeiter-Delegation Anfang November sollen auch 20 Arbeiterinnen fahren.[4] Für sie gelten die gleichen Richtlinien wie für die übrigen Teilnehmer der Delegation. Es sollen möglichst parteilose Arbeiterinnen sein, die in den letzten Wirtschaftskämpfen aktiv im Kampf gestanden haben. Sie müssen von den Belegschaften gewählt werden. Die Finanzierung muß durch Sammlungen erfolgen. In allen stattfindenden Versammlungen zum Reichskongreß muß die Frage der Delegation gestellt werden. Die Agitation und Propaganda muß durch die Bezirksko-

1 Siehe oben Dok. 11, Anm. 12.

2 Konnte nicht ermittelt werden.

3 Vgl. „Kampfprogramm der werktätigen Frauen", *RF* Nr. 185 vom 21. 9. 1929.

4 Hierbei handelt es sich um die Delegation zur Feier des 12. Jahrestages der Oktoberrevolution in Moskau. Zur ideologischen Bedeutung siehe den Artikel in *RF* Nr. 200 vom 9. 10. 1929: „Die neue Arbeiterdelegation nach der Sowjetunion!"

mitees werktätiger Frauen unterstützt werden. Es ist den Bezirken bereits eine Aufstellung zugegangen, ob für sie eine Arbeiterinnen-Delegierte in Frage kommt.

III. Verstärkte Arbeit unter den Erwerbslosen

Trotz unserer eingehenden Anweisungen ist uns noch nichts bekannt von einer systematischen Arbeit unter den erwerbslosen Frauen und den Frauen der Erwerbslosen im Bezirk. Es müssen unbedingt Frauen-Erwerbslosen-Versammlungen durchgeführt werden, trifft doch der Abbau der Unterstützungen und die Verschärfung aller Bestimmungen die Frauen besonders hart. Auf diesen Versammlungen soll auch zum Reichskongreß Stellung genommen werden und, soweit finanziell tragbar, eine Delegierte gewählt werden.

IV. Kongreß der revolutionären Gewerkschafts-Opposition

Ende November findet obiger Kongreß in Berlin statt (siehe Anweisungen der Gewerkschaftsabteilung). Auf diesen Kongreß muß schon jetzt in unseren Versammlungen hingewiesen werden. Die Delegierung von Arbeiterinnen in der von der Gewerkschaftsabteilung angegebenen Zahl ist vorzubereiten. Bei der politischen Vorbereitung des Kongresses sollen besonders die Fragen der bisherigen Mängel in der Einbeziehung der Arbeiterinnen sowie die Methoden der Mobilisierung der Arbeiterinnen zu den Wirtschaftskämpfen diskutiert werden.

V. Einreihung der Arbeiterinnen in die Wehrorganisation des Proletariats

In die Arbeiterwehren und antifaschistischen Jungen Garden[5] sollen überall Arbeiterinnen und Jungarbeiterinnen aufgenommen werden, die mit gleichen Rechten an allen Arbeiten, Übungen und Kampagnen der Organisationen teilnehmen. (Keine gesonderte Zusammenfassung der Frauen.) Es muß eine grundsätzliche Aufklärungsarbeit über die Notwendigkeit der Einreihung der proletarischen Frauen in die Abwehrorganisationen erfolgen. Es muß die Wehrhaftmachung der Frauen überall praktisch durchgeführt werden. Es ist nicht zu befürchten, daß dadurch der RFMB in seiner Arbeit gehemmt wird. Der Reichskongreß des RFMB[6] hat ausdrücklich diesen Schritt der Aufnahme von Arbeiterinnen in die Abwehrorganisationen begrüßt. Es wird einen wesentlichen politischen Fortschritt in der Massenmobilisation der Arbeiterinnen für die revolutionären Kämpfe bedeuten und wird eine Bresche schlagen in die kleinbürgerlich-reaktionäre Einstellung gegenüber der Frau, die heute noch im Proletariat herrscht und leider auch noch in der Partei zu finden ist.

VI. 7.-November-Kampagne

Die Frauen sind mit dem Fünfjahres-Plan, seinen gewaltigen Anfangserfolgen, der

5 Nach dem Verbot des RFB und der Roten Jungfront im Mai 1929 gründete die KPD am 26. Juli 1929 in Berlin die sog. „Antifaschistische Junge Garde", die als Nachfolgeorganisation der Roten Jungfront zu werten ist. Vgl. zur Gründung *RF* Nr. 135 vom 27. 7. 1929. Zur Entstehung der „Arbeiterwehren" siehe oben Dok. 8.

6 Gemeint ist der 3. Reichskongreß des Roten Frauen- und Mädchenbundes am 17. August 1929 in Erfurt. Vgl. *Inprekorr* Nr. 81 vom 23. 8. 1929, S. 1931 f.

Rolle der Frauen in der Durchführung dieses Planes bekannt zu machen. Zu den 7.-November-Feiern sind die Frauen weitgehend zu mobilisieren.

VII. Kommunalwahlen

In der Kampagne zum Reichskongreß ist bereits mit der Wahlpropaganda zu beginnen. Dies ist um so leichter, als das Schwergewicht der Wahlarbeit in den Betrieben liegen soll. Alle Fragen der Kommunalpolitik interessieren die Frauen ganz besonders. Darum muß auch das allgemeine Wahlmaterial der Partei sich besonders stark an die Frauen wenden. Die Frauen, die gerade in den Kommunalfragen bisher noch stark hinter der SPD standen, werden bei den Kommunalwahlen den Ausschlag geben. Im weiteren Verlauf der Kampagne (Oktober–November) sind Arbeiterinnen- und öffentliche Frauenversammlungen zu organisieren, die durch Lichtbild-, Filmvorträge und Theaterszenen ausgestaltet werden müssen. Die Frauen müssen mit besonderen Demonstrationen vor den Betrieben, Umzügen mit Transparenten, Sprechchören usw. stark hervortreten.

VIII. Organisationskontrolle der Partei

Die im Dezember geplante Organisationskontrolle der Partei muß sich auch auf die Kontrolle des Apparats zur Arbeit unter den Frauen, wie auf die Kontrolle der Arbeit der Zellen unter den Arbeiterinnen erstrecken. Diese Kontrolle, die mit Besprechungen über die Verbesserung der Arbeit verbunden sein muß, dient gleichzeitig der Vorbereitung des internationalen Frauentages.

IX. Vorbereitung des internationalen Frauentages 1930[7]

Aufstellung des Arbeitsplanes hierzu im Dezember. Referate innerhalb der Parteiorganisation über Bedeutung und Aufgaben des internationalen Frauentages. Der kommende internationale Frauentag muß zu einer gewaltigen Massenmobilisation der Arbeiterinnen und werktätigen Frauen durch die Partei werden.

X. Mitgliederwerbung

Im Verlaufe obiger Kampagnen muß eine systematische Mitgliederwerbung unter den Arbeiterinnen erfolgen, die gegenwärtig fast vollständig fehlt. Unterstützung durch die Presse. Registrierung der Erfolge.

XI. Fraktionsarbeit im RFMB

In allen Bezirks- und Ortsleitungen muß zu den Richtlinien des 3. Reichskongresses Stellung genommen werden zwecks wesentlicher Verbesserung der Arbeit der Partei im RFMB. Es muß jeweils ein Vertreter zur Überwachung der Fraktionsarbeit im RFMB bestimmt werden. Es sind Beschlüsse zu fassen über die nächsten notwendigen Schritte zur Verbesserung der Arbeit.

Nach den Anregungen dieses Arbeitsplans ist im Bezirk ein Arbeitsplan aufzustellen und an die Frauenabteilung des ZK einzureichen.

---

7 Der internationale Frauentag wurde von der KPD am 8. März 1930 mit Kundgebungen und Konferenzen begangen. Vgl. *RF* Nr. 57–58 vom 8. und 9. März 1930.

Wir erwarten laufend Bericht über die Mobilisierungsarbeiten zum Reichskongreß werktätiger Frauen.

Mit kommunistischem Gruß
Zentralkomitee der KPD
Sekretariat
(Abteilung Frauen)

11 b.

21. 9. 1929: Anweisungen der Agitpropabteilung

Anlage zur Nr. 11. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 34. Anweisungen der Agitpropabteilung."

Die unten aufgeführten Materialien werden vom Zentralkomitee herausgegeben. Gemäß den bisherigen Anweisungen muß größtes Gewicht darauf gelegt werden, daß die Initiative und Selbständigkeit der unteren Organisationen durch Selbstherstellung von Material geweckt wird. Außerdem liegen die Verhältnisse in den verschiedenen Ländern und Kommunen verschieden und es kommt gerade bei den Kommunalwahlen darauf an, konkretes bezirkliches und örtliches Material auszuwerten (siehe auch den Plan der Agitpropabteilung des ZK).

1. Informationsmaterial über die Kommunalwahlen 1929 (bereits herausgegeben)
2. Politisch-organisatorische Anweisungen für Durchführung der Herbstwahlkämpfe
3. Rededisposition über die grundsätzlichen Fragen des Wahlkampfes und der Kommunalpolitik.
4. Referentenmaterial:
a) über den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion und die Bedeutung des Fünfjahresplanes für die Sowjetkommune;
b) Wohnungs- und Mieterpolitik;
c) Kleinbauern und Steuern (Broschüre);
d) Landarbeiter;
e) werktätige Frauen (Betriebsarbeiterinnen – Hausfrauen);
f) Arbeitslosenfragen und die Kommunen;
g) allgemeine Sozialpolitik und die Massenorganisationen;
h) Gesundheitswesen und kommunale Hygiene;
i) Schulpolitik in der Gemeinde;
k) kommunale Steuern und Werkspolitik;
l) Gemeindearbeiter- und Gemeindebeamtenfragen;
m) Jugendfragen.
5. Zentrale Drucksachen:
a) zentrale Versammlungsplakate (mit freiem Raum für Ort und Zeit)
b) 6mal eine Million Klebestreifen mit den 6 wichtigsten Kommunalwahllosungen (noch nicht endgültig beschlossen)
c) Flugblattentwurf (zur Weiterleitung an die Bezirksleitungen und Ergänzung entsprechend den konkreten bezirklichen Verhältnissen) Quart. 2S

d) 6–8 ganzseitige Zeitungsmatern über aktuelle Probleme der Kommunalpolitik.

6. Sonstige Wahlliteratur:

a) Illustrationsvorlage für Betriebs-, Häuserblock- und Dorfzeitungen;
b) zentrale Korrespondenz für Betriebszeitungen und Arbeiterkorrespondenten
c) *Das Rote Sprachrohr* für Agitprop-Truppen;
d) 2 Nummern des *Roten Stern*[1]
e) Werbetraktätchen für verschiedene Industriegruppen (Bau, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bergbau, Verkehr)
f) Werbetraktätchen für Frauen.

7. Material der Bezirksleitungen:

a) Bezirkliche und örtliche Rededispositionen;
b) Kommunalwahlzeitungen (durch Inserate und Verkauf finanzieren);
c) Flugblätter für Städte und Kreise und für entscheidende Berufsgruppen;
d) örtliche Bild- und Schriftplakate.

1 Der *Rote Stern* erschien unregelmäßig als illustrierte Sonderbeilage zum Zentralorgan der KPD, der *Roten Fahne*.

11 c.

20. 9. 1929: Anweisungen der Gewerkschaftsabteilung

Anlage zu Nr. 11. Überschrift: „Zentralkomitee der KPD, Sekretariat (Gewerkschaften). Anweisungen der Gewerkschaftsabteilung zum Wochenrundschreiben."

Inhaltsverzeichnis:

1. Reichskonferenz der Betriebs- und Beamtenräte der Reichsbahn am 14. und 15. Dezember 29 in Berlin.
2. Betrifft: Feststellungen Industriegruppe Bau.
3. Verschmelzungsverbandstag des Verkehrsbundes und Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes.
4. Betriebsräte.

Dem Rundschreiben liegen ferner bei:

5. Anweisungen an die Fraktionen des Lederarbeiter-Verbandes.

1. Reichskonferenz der Betriebs- und Beamtenräte der Reichsbahn am 14. und 15. Dezember in Berlin.

In der Nr. 36 *Der deutsche Eisenbahner* macht der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner bekannt, daß am 14. und 15. Dezember d. Jhrs. in Berlin eine Reichskonferenz der Betriebs- und Beamtenräte stattfindet. Die Delegation zu dieser Konferenz regelt sich nach § 11 der Rätesatzungen, welcher folgenden Wortlaut hat:

„Teilnehmer der ordentlichen Reichskonferenzen sind:

1. Je ein Vertreter der Bezirksbetriebs- und Beamtenräte, dazu noch ein Vertreter der Werkstättenarbeiter aus den Bezirksbetriebsräten, die die Werkstättenarbeiter mehrerer RBD bei der Werksdirektion vertreten.

2. Die dem Einheitsverband angehörigen Mitglieder des Hauptbetriebs- und Beamtenrats.

3. Die Mitglieder des Haupträteausschusses.

4. Die Reichsobleute des Einheitsverbandes für Betriebs- und Verbandskranken- und Pensionskassen, sowie ein Vertreter unseres Verbandes vom Vorstand der Reichsbahnbeamten-Krankenversorgung.

5. Der Vorstand und je ein Vertreter der Bezirksleitungen.

6. Die Sachbearbeiter des Hauptbüros für Betriebs- und Beamtenfragen, Tarifvertrag und Sozialpolitik."

Außerdem haben noch folgende Richtlinien für die Wahlen Gültigkeit:

„B. Die gemäß § 11 Ziffer 1 der Rätesatzungen zu wählenden Vertreter der Bezirksbetriebs- und Beamtenräte zur Reichskonferenz werden von den Mitgliedern des Einheitsverbandes in diesen Körperschaften im Benehmen mit der Bezirksleitung gewählt. Aus Zweckmäßigkeitsgründen empfiehlt es sich, diese Delegierten möglichst aus den Kreisen der freigestellten Mitglieder der Bezirksbetriebs- und Beamtenräte zu nehmen."

Die zu dieser Konferenz gestellten Anträge müssen bis spätestens 20. Oktober den Bezirksleitungen des Einheitsverbandes übermittelt und von diesen bis spätestens 1. November 1929 an den Hauptvorstand weitergeleitet werden.

Wir ersuchen die Bezirksleitungen, sofort mit den Bezirksfraktionsleitungen zu prüfen, ob es uns evtl. gelingt, Delegierte auf diese Konferenz zu schicken und ob es weiter möglich ist, entsprechend der Bekanntmachung des Vorstandes von den von uns beherrschten Ortsverwaltungen Gastdelegierte zu schicken. Die Verteilung der Gastdelegierten auf die einzelnen Bezirke ist von der Bezirksleitung des Einheitsverbandes zu regeln. Die Ortsverwaltungen, die solche Delegierte entsenden wollen, müssen sich mit den zuständigen BL verständigen. Alle übrigen Einzelheiten gehen ebenfalls aus der Bekanntmachung hervor. Da es der Opposition auf Grund der Satzungen nicht so leicht möglich ist, einen Delegierten zu schicken, müssen unsere Fraktionen in den Gewerkschaftsversammlungen und in den Betrieben Stellung zu dieser Konferenz nehmen und dort Anträge einreichen. Die Bezirksfraktionsleitung muß sich also sofort mit dieser Konferenz beschäftigen und uns umgehend Nachricht übermitteln, ob die Voraussetzungen dafür gegeben sind, einen Vertreter zu dieser Konferenz zu delegieren.[1]

2. Betrifft: Industriegruppe Bau

Zur Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsarbeit innerhalb des Baugewerbes ist es notwendig, der Betriebsrätebewegung mehr als bisher Beachtung zu schenken. Der

1 Angaben darüber, ob es der KPD gelang, einen eigenen oppositionellen Vertreter zu dieser Konferenz zu schicken, ließen sich nicht ermitteln. Dies ist jedoch unwahrscheinlich, ein Erfolg wäre in der KPD-Presse erwähnt worden. Dort jedoch findet sich kein Hinweis auf die Eisenbahnerkonferenz. Dagegen hielt die KPD im Februar 1930 eine Reichskonferenz der oppositionellen Eisenbahner ab. Vgl. dazu unten Dok. 14.

besonderen Lage in der Bauindustrie entsprechend können wir nur an breitere Schichten des Bauproletariats herankommen durch die Baudelegiertenbewegung. Momentan ist es so, daß wir in Berlin eine Reihe der wichtigsten und größten Firmen durch die oppositionellen Baudelegierten beherrschen, sie aber keine Verbindung mit den vielen großen Filialen und Niederlassungen im Reich haben. Fast überall sitzen Genossen in wichtigen Betriebsfunktionen und arbeiten dort ohne Verbindung mit der Reichsleitung und ihren eigenen Genossen in den verschiedenen Bezirken. Dieser Zustand muß beseitigt werden, um die kommenden Betriebsrätewahlen und die Organisierung der selbständigen Baudelegiertenbewegung im Reich ernsthaft zu beschleunigen, um bei Einsetzen der Konjunktur über einen Funktionärkader im Baugewerbe zu verfügen. Die Bezirksleitungen haben die Aufgabe, durch Hilfe der Bezirksfraktionsleitungen folgende Feststellungen bis zum 1. November an uns einzusenden:

1. Alle im Parteibezirk vorhandenen wichtigen Firmen und Aktiengesellschaften des Baugewerbes zu registrieren, wenn möglich unter Angabe der beschäftigten Bauarbeiter.
2. Feststellen, wo im Betriebsausschuß, im Aufsichtsrat Genossen der Partei vorhanden sind. Ihre genauen Adressen an uns einsenden.

An Hand dieses Materials wird durch die Reichsleitung die Verbindung aller KPD-Betriebsräte der einzelnen Firmen und Gesellschaften organisiert werden.

Betrifft: Gemeinde-, Staats-, Verkehrs- und Gärtnereiarbeiter

1. Reichsfraktionsleitung der KPD-Verbandstagsdelegierten.
2. Material über die Wahlschiebungen der Reformisten.
3. a) Auswertung des Verbandstages.[2]
   b) Forderungen der Gemeindebetriebe an das Gemeindeparlament.
   c) Kampfkundgebungen der Berliner am 8. Oktober 1929.
4. Mitteilungen.

1. Reichsfraktionssitzung

Sämtliche Verbandstags-Delegierte zu den Tagungen des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes des Deutschen Verkehrsbundes und des Gärtner-Verbandes, die Mitglieder der Partei sind, treten am Vorabend der ersten Verbandssitzung am 7. Oktober 1929 zu einer

Reichsfraktionssitzung

zusammen.

Tagesordnung:

1. Unsere Anträge und unsere Stellung auf den Verbandstagen.

---

2 Die Verbandstagung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, des Gärtnerverbandes und des Deutschen Verkehrsbundes fand am 8. und 9. Oktober 1929 in Berlin statt. Über Verlauf und Ergebnis der Verbandstagung sowie die weiteren Aufgaben der kommunistischen Fraktionen orientierte ein Rundschreiben des Sekretariats (Gewerkschaften) vom 2. 11. 1929 an die Fraktionen der Gemeinde-, Staats- und Verkehrsarbeiter. Vgl. HStA Düsseldorf 30-642 a. S. 288–299.

2. Wahl der Reichsfraktionsleitung und Auswertung des Verschmelzungsverbandstages.[3]

Die Delegierten haben sich spätestens am 7. Oktober 1929 bis 18 Uhr im *Karl-Liebknecht*-Haus (Portier) Kl. Alexanderstr. 28 in Berlin zu melden, wo sie nähere Auskunft über Tagungslokal der Fraktion und evtl. Material erhalten. Die Delegierten müssen mit einem Ausweis der BL versehen und im Besitz des Parteimitgliedsbuches sein. Irgendwelche Finanzierungen durch das ZK erfolgen nicht. Die Bezirksleitungen sind verpflichtet, die Teilnahme eines jeden KPD-Delegierten an der Fraktionssitzung zu veranlassen. Name, genaue Adresse, Verbandszugehörigkeit und Betrieb des Delegierten ist von der BL dem ZK bis spätestens den 2. Oktober 1929 zu benennen.

2. Wahlschiebungen

Bei der Wahl der Verbandstagsdelegierten sind in Berlin und Thüringen Schiebungen festgestellt worden, wonach die Reformisten die Stimmen der Opposition unterschlagen und sie den reformistischen Kandidaten zugezählt haben. Die selben Feststellungen werden in anderen Orten bestimmt auch gemacht worden sein. Die Bezirksleitungen sind verpflichtet, von dort, wo Wahlschiebungen vorgekommen sind, dem ZK unverzüglich Material zu übersenden unter Angabe des Namens des Wahlschiebers, des Namens des durch die Schiebung gewählten Kandidaten, des geschädigten oppositionellen Kandidaten, der Ortsgruppe des Verbandes und die Stimmenzahl, die mit der Wahlschiebung zusammenhängt. Dieses Material muß spätestens am 2. Oktober d.Jhrs. im Besitze des ZK sein, da es noch vor dem Verbandstag verarbeitet und dem *Pressedienst* übergeben werden muß.

3. Auswertung des Verbandstages

a) Es müssen jetzt schon die Betriebszellen in den Gemeinde-, Staats- und Verkehrs-Betrieben in Sitzungen mit Sympathisierenden Vorbereitungen treffen, um in Belegschaftsversammlungen der Gemeindebetriebe nach dem Verbandstag über den Verbandstag und seine Beschlüsse sowie über unsere Stellungnahme zu berichten. Diese Kampagne muß unbedingt verbunden sein mit der Stärkung der Zelle (neue Mitglieder gewinnen), mit dem Aufbau der Fraktion in der neuen Großorganisation, wobei insbesondere darauf zu achten ist, daß die Grundlage für die Fraktion die Betriebszelle bildet. Gleichzeitig muß in dieser Auswertungskampagne die Bezirksfraktionsleitung auch die Voraussetzungen dafür schaffen, daß demnächst die Herausgabe eines oppositionellen Bezirksorgans für die Gemeinde-, Staats- und Verkehrs-Betriebe ermöglicht wird.

b) Die Belegschaftsversammlungen, auf die wir schon in unserem Sonderrundschreiben vom 8. 8. verwiesen haben, haben Beschlüsse zu fassen über unsere Forderungen. Diese Forderungen sind an das Gemeindeparlament zu stellen. Unbedingt notwendig ist, daß die kommunistischen Gemeindeverordneten bzw. die kommunistischen Kandidaten zum Gemeindeparlament in diesen Versammlungen über das

3 Auf dem Verbandstag wurde der Zusammenschluß des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, des Gärtnerverbandes und des Deutschen Verkehrsbundes zum Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs beschlossen.

kommunistische Kommunalprogramm sprechen und die Forderungen der Betriebe im Einverständnis mit der verantwortlichen Parteileitung an das Kommunalparlament stellen. Die parlamentarische Aktion muß unbedingt noch im Oktober einsetzen und verbunden sein mit der außenparlamentarischen Aktion der Gemeinde- und Notstandsarbeiter. (Kundgebung, Demonstrationen vor, während und nach der Gemeindeverordneten-Versammlung.)[4] Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat die Belegschaftsversammlungen zu benutzen, um die Wahl von revolutionären Funktionären in den Betriebsabteilungen und, wenn die Forderungen von der Belegschaft beschlossen sind, von Betriebskampfleitungen durchzusetzen. Sollten im Bereiche eines Bezirkes mehrere Gemeindebetriebe für unsere Forderungen gewonnen werden, dann hat die revolutionäre Gewerkschaftsopposition bzw. die Bezirksfraktionsleitung für die Zusammenfassung der Kampfbewegung im Bezirksmaßstabe durch eine Bezirks-Delegiertenkonferenz zu sorgen. Unsere Forderungen sind folgende:

Lohnerhöhung pro Stunde von 10 Pfennig.

Siebenstündiger Arbeitstag bzw. 40stündige Arbeitswoche.

Einbeziehung der Arbeiter und Angestellten in die Ruhegehaltsordnung der Beamten.

Alljährlicher Urlaub von 4 Wochen unter 45 Jahren und von 5 Wochen über 45 Jahren.

Diesen Forderungen können noch entsprechend den Betriebsverhältnissen im einzelnen Falle andere Forderungen beigefügt werden.

c) Die Berliner Gemeinde-, Staats-, Verkehrs- und Gärtnerei-Betriebe-Arbeiter führen gegenwärtig eine Vorbereitungskampagne für Belegschaftsversammlungen durch, um die Forderungen, die oben schon genannt, zu beschließen und einen Lohn- und Arbeitszeitkampf zu organisieren. Am 8. Oktober marschieren die Berliner Arbeiter anläßlich des Verbandstages zu einer Kundgebung auf, um einheitlich und geschlossen ihren Kampfeswillen für die Durchsetzung ihrer Forderungen zum Ausdruck zu bringen. Diese Bewegung in Berlin muß im Zusammenhang stehen mit der Bewegung im Reiche in den Gemeindebetrieben. Es ist deshalb aus den größten Gemeindebetrieben des Bezirks an die Berliner Arbeiter eine Begrüßungs- und Solidaritätsadresse zu senden, in der die betreffende Belegschaft den Kampfeswillen für die Durchsetzung der Forderungen und gegen die Konzentration der sozialimperialistischen Kräfte (d.h. die Verschmelzung der drei Verbände im Interesse der Trustbourgeoisie und des kapitalistischen Staates) zum Ausdruck bringt. Solche Begrüßungs- und Solidaritätskundgebungen sind an größere Betriebe in Berlin, wie Gaswerke AG., Elektrizitätswerke A.G., Verkehrs-A.G. und an die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu senden. Zuschriften an Betriebe sind an den Betriebsrat des Werkes und solche an die revolutionäre Opposition an die

4 Während der Verbandstagung führte die KPD eine Parallel-„Kundgebung der revolutionären Opposition" durch, an der über 800 Arbeiter teilnahmen. Die Opposition trug hier ihre unten genannten Forderungen vor. Vgl. den Bericht in *RF* Nr. 200 vom 9. 10. 1929. Auf der Konferenz selbst kamen die Vertreter der Opposition nicht zu Wort. Vgl. *RF* Nr. 201 vom 10. 10. 1929: „Die ‚Vereinigungs'-Komödie beendet".

Adresse des Genossen *Willy Kasper*,[5] Berlin Kl. Alexanderstr. 28 zu senden. Von den Begrüßungsadressen an Betriebe sind in jedem Falle dem Genossen *Willy Kasper* Abschriften zu übermitteln.

4. Mitteilungen

Mit dem Rundschreiben vom 8. August[6] haben wir auch ein Berichtsbogen-Formular den Bezirken zugestellt, mit der Aufforderung, dieses ausgefüllt am 1. September dem ZK zu übersenden. Erst 7 Bezirke haben ihrer diesbezüglichen Pflicht genügt. Wir fordern alle säumigen Bezirksleitungen auf, uns diese Berichtsbogenformulare bis spätestens den 1. Oktober zuzustellen.

Betrifft: Reichskonferenz der Textilarbeiter

Infolge der Einberufung des Reichsgewerkschaftskongresses der revolutionären Opposition[7] findet die für Oktober vorgesehene Reichskonferenz der Textilarbeiter nicht statt. Da aber die Textilarbeiter zum Reichskongreß der Opposition ca. 80 Delegierte entsenden sollen, bitten wir die Mobilisierungsarbeiten unter den Textilarbeitern weiter fortzusetzen. Auf einer Sonderkonferenz der Industriegruppe Textil werden während der Tagung des Reichskongresses die wichtigsten organisatorischen und politischen Aufgaben der Textilarbeiter-Opposition behandelt werden.

Betrifft: Material gegen SPD-Betriebsräte

In der letzten Zeit wurden sehr richtig in der Parteipresse eine Anzahl Fälle selbstkritisch aufgerollt, in denen unsere roten Betriebsräte grobe opportunistische Fehler gemacht haben. Eine solche Behandlung der Fälle ist absolut notwendig und bildet die Voraussetzung, uns das Vertrauen der Arbeitermassen zu bewahren. Die SPD-Presse hat sich unserer Selbstkritik als eines fetten Happens bemächtigt. Wir weisen deshalb die Bezirksleitungen und Redaktionen darauf hin, bei der Behandlung der Fehler unserer Betriebsräte zu gleicher Zeit einzugehen auf die verräterische Haltung der SPD-Betriebsräte. Insbesondere ist es jetzt notwendig, daß Material aus den Betrieben und Industrien veröffentlicht wird, über die Praxis der SPD-Betriebsräte. Im Hinblick auf die Kommunalwahlen ist besonders notwendig, daß die Betriebsvertretungen der kommunalen Betriebe unter die Lupe genommen werden.

Zentralkomitee der KPD
Sekretariat (Gewerkschaften)

---

5 Willy *Kasper* (geb. 1892), MdL Preußen, 1929–1933 Kandidat des Polbüro. Vgl. Weber II S. 176.

6 Das Rundschreiben war nicht zu ermitteln.

7 Vgl. oben, Dok. 11, Anm. 17.

12.

15. 10. 1929: Mitteilungen des Sekretariats zur Kommunalwahlkampagne

Records...T-175, 350, 2858389; Hektographiertes Rundschreiben. Überschrift: „KPD-Kommunistische Partei Deutschlands. An alle Bezirksleitungen!"

Werte Genossen!

Auf verschiedene Anfragen und Anforderungen, die in den letzten Tagen von den Bezirken eingegangen sind, teilen wir mit, daß Anforderungen für die kommende Kommunalwahlkampagne der einzelnen Bezirke[1] vorläufig nicht berücksichtigt [werden] können. Das Zentralkomitee wird nach Abschluß der badischen Wahlen[2] sofort einen zentralen Referentenverteilungsplan ausarbeiten und wird derselbe dann den Bezirken zugehen.

Wir weisen schon heute darauf hin, daß dadurch, daß in fast allen Bezirken Wahlen stattfinden, eine so weitgehende Unterstützung der Bezirke durch Referenten, wie sie von einzelnen Bezirksleitungen bereits angefordert wurden, nicht möglich sein wird. Im wesentlichen werden die Bezirke die Wahlarbeit mit eigenen Kräften bestreiten müssen und wird es nur möglich sein, für einzelne größere Kundgebungen und Versammlungen zentrale Referenten zu vermitteln.

Wir bitten die Bezirke, dies schon heute bei ihren Vorbereitungsarbeiten zu berücksichtigen.

Mit kommunistischem Gruß
Zentralkomitee der KPD
Sekretariat

1 Am 17. November 1929 fanden Kommunal- und Provinziallandtagswahlen in Preußen, Hessen, Kiel, Lübeck und im Saargebiet statt. Vgl. auch Dok. 11, Anm. 16.

2 Landtagswahlen in Baden am 27. Oktober 1929. Die KPD erhielt 55 169 Stimmen gegenüber 66 808 bei der Reichstagswahl von 1928. Gegenüber der Landtagswahl von 1925 vermehrte sie die Zahl ihrer Mandate von 3 auf 5. Vgl. *Vorwärts* Nr. 506 *(Der Abend)* vom 28. 10. 1929.

13.

2. 11. 1929: Aus einem Rundschreiben über Schwächen und Mängel der Parteiarbeit

StA Bremen 4, 65 – II A 12a, Bd. 25 und Bremen 4, 65 – IV, 13 i. Bd. 2; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: [Aus einem Rundschreiben des ZK].

Im ZK hat eine ausgiebige Aussprache über eine Reihe von Schwächen und Mängeln in der Arbeit und in den Methoden der Partei stattgefunden.[1] Insbesondere handelt es sich um die mangelhafte Initiative der Gesamtpartei im Kampf gegen den *Young*-

1 Das ZK der KPD tagte am 24. und 25. Oktober 1929. Hauptreferenten waren Ernst *Thälmann* (Unser Kampf gegen den *Young*-Plan) und Heinz *Neumann* (Der Fünfjahrplan der Sowjetunion). Vgl. Chronik, S. 246; *Inprekorr* Nr. 102 vom 1. November 1929, S. 2419 ff.

Plan, um die nicht genügende Popularisierung des Fünfjahresplanes der Sowjetunion, um die an vielen Stellen sich zeigende Stagnation der revolutionären Arbeit in den Gewerkschaften und den nicht genügenden Kampf der Parteileitungen gegen auftretende Tendenzen der Zwecklosigkeit der revolutionären Oppositionsarbeit [sic!] bzw. der Illusionen auf Bildung neuer Verbände; um die Tatsache des fehlenden ideologischen Kampfes gegen die Nationalsozialisten und die nicht genügende Aggressivität in der Niederschlagung der faschistischen Gefahr [sic!] (siehe z.B. Versagen bei der Bildung der antifaschistischen [Wehren]), um die Widerstände bei der Wendung der Partei zu den Arbeitermassen usw.

Die Stellungnahme zu diesen Dingen auf Grund einer scharfen Selbstkritik zeigte, daß ohne eine grundlegende Änderung des augenblicklichen Zustandes in vielen Parteileitungen, ohne eine radikale Umstellung der leitenden Funktionärkaders, die Partei ihre großen, aktuellen Aufgaben nur mit großen Hemmungen und Schwankungen durchführen kann. Die augenblickliche Situation erfordert aber die volle, ungehemmte Stoßkraft aller Parteiorganisationen, einen rücksichtslosen, leidenschaftlichen Angriff auf den Klassengegner.

In der Partei gibt es z.Zt. bestimmte Schichten der Funktionäre, die auf Grund ihres Pessimismus und ihrer inneren Hemmungen die Entwicklung der Partei aufhalten, das Emporkommen frischer, lebendiger Kräfte aus der Mitgliedschaft in die leitende Arbeit hindern. Andererseits stehen große Massen sympathisierender Parteiloser vor den Toren der Partei, Massen, die in vielen Fällen bereits offensiver in den Wirtschaftskämpfen, in den Massenorganisationen und auf der Straße gegen den Klassenfeind auftreten und kämpfen als bestimmte Schichten von Parteifunktionären. Vor der Gesamtpartei steht also das Problem, das gesamte Funktionärkader durch neue, offensive Kräfte aufzufrischen und zu ergänzen und durch eine zweckentsprechende Werbemethode die aktiven, mit der Partei sympathisierenden Parteilosen als Mitglieder zu gewinnen.

Das Polbüro wird in Auswertung der ZK-Sitzung in den nächsten Tagen eine Reihe von Maßnahmen beschließen, die zu einer Mobilisierung der Partei nach innen und außen führen sollen.

14.

18. 1. 1930: Anweisungen des Sekretariats zur Reichskonferenz revolutionärer Eisenbahner

BA R 26, Bd. 1403; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Zentralkomitee der KPD, Sekretariat (Gewerkschaften). An die Bezirksleitungen! An die Eisenbahnerfraktionen!"

Werte Genossen!

Betr.: Reichskonferenz der revolutionären Eisenbahner.

Wir haben den Bezirken bereits durch Rundschreiben mitgeteilt, daß die Reichskonferenz der revolutionären Eisenbahner am 22. und 23. Februar dieses Jahres in

Dresden stattfindet.[1] Die Konferenz wird sich in erster Linie mit den nächsten Aufgaben der revolutionären Opposition im Reichsbahnbetrieb beschäftigen. Außer den Fragen, die sich aus dem *Young*plan für die Eisenbahner ergeben, ist die des Manteltarifs akut geworden.

Wir schlagen aus diesem Grund folgende Tagesordnung vor:

1. Der *Young*plan und die Aufgaben der Eisenbahner
2. Die bevorstehenden Betriebsrätewahlen
3. Stellungnahme zum Manteltarif
4. Wahl der Reichsleitung

Wir ersuchen die Bezirksleitungen überall dort, wo das noch nicht geschehen ist, sofort zu der Konferenz Stellung zu nehmen und gleichzeitig eine diesbezügliche Aufforderung an alle Zellen zu geben.

Anträge an die Konferenz müssen bis spätestens zum 15. Februar an die Reichsleitung abgeschickt werden.

Delegationsmodus.

Die Reichskonferenz soll, wie alle oppositionellen Tagungen der letzten Zeit, eine breite Basis haben. Daraus ergibt sich, daß die Wahl der Delegierten in den Betrieben vorgenommen werden muß und Sympathisierende, die allerdings das Vertrauen unserer Genossen besitzen müssen, gewählt werden können. Jeder Bezirk ist verpflichtet, mindestens 2 Delegierte zu schicken. Kommt jedoch eine stärkere Delegation, was in verschiedenen Bezirken durchaus der Fall sein wird, zustande, dann muß das der Reichsleitung bis spätestens 8. Februar 1930 mitgeteilt werden. Jeder Delegierte muß im Besitz eines Mandats sein, das von der Bezirksgewerkschaftsabteilung auszustellen ist.

Bis zum Sonnabend, den 15. Februar, müssen die Namen und Adressen aller Delegierten der Reichsleitung mitgeteilt werden.

Finanzierung.

Die Delegationskosten müssen durch Sammlungen, deren Form wir den Bezirken überlassen, von den Eisenbahnern aufgebracht werden. Es ist deshalb erforderlich, daß sich sofort jede Zelle mit der Konferenz beschäftigt und alles unternimmt, um die Reichskonferenz unter den Eisenbahnern bekannt zu machen.

Propaganda.

Jede Zelle muß spätestens Anfang Februar eine Zellenzeitung herstellen, in welcher die Eisenbahnerfragen in Verbindung mit der Reichskonferenz gebracht werden. Von den Reichsfraktionsleitungen bzw. Bezirksgewerkschaftsabteilungen sind Genossen bzw. Sympathisierende zu beauftragen, Arbeiterkorrespondenzen für die

1 Wie in den anderen Gewerkschaften begann die KPD im Zuge der neuen Gewerkschaftspolitik nach 1928/29 auch im Verband der Eisenbahner mit verstärkter Fraktionstätigkeit. Die hier einberufene Konferenz der revolutionären Eisenbahner fand als Gegenaktion zur Reichskonferenz der Betriebs- und Beamtenräte der Reichsbahn, die am 14. und 15. Dezember 1929 abgehalten worden war, statt. Zu dieser Konferenz vgl. Dok. 11, Anweisungen der Gewerkschaftsabteilung. Nachdem es den oppositionellen Eisenbahnern offensichtlich nicht gelungen war, zur Reichskonferenz der Betriebs- und Beamtenräte eigene Delegierte zu entsenden, wurde für die kommunistischen Fraktionen die Reichskonferenz der revolutionären Eisenbahner einberufen.

Partei- und oppositionellen Eisenbahnerzeitungen zu schreiben. Wo es möglich ist, muß in einem Flugblatt, welches zur Konferenz Stellung nimmt, die Belegschaft eines Werkes oder einer Betriebszelle von dem Stattfinden der Reichskonferenz unterrichtet werden. Überall dort, wo wir Einfluß besitzen, sind Betriebsversammlungen zu veranstalten, wo neben den speziellen Eisenbahnerfragen gleichzeitig auch die politischen Tagesfragen mit behandelt werden.

Weitere Anweisungen gehen den Bezirken noch zu.[2]

Zentralkomitee der KPD
Sekretariat (Gewerkschaften)

2 Über den Verlauf der Konferenz berichtete *Die Rote Fahne* ausführlich in einem Artikel von Paul *Bertz* (*RF* Nr. 50 vom 28. 2. 1930). Danach wurde die Konferenz von 59 Delegierten aus dem ganzen Reich besucht. Im Mittelpunkt der Referate stand der Kampf gegen „Renegaten und Versöhnler" sowie gegen die „sozialfaschistischen Führer" der Eisenbahnergewerkschaft. Die Konferenz habe gezeigt, „daß auch bei den revolutionären Eisenbahnern dort, wo der Gewerkschaftslegalismus noch vorhanden war, im Laufe des verflossenen Jahres damit aufgeräumt worden ist". Die Delegierten hätten „die Konferenz mit der Überzeugung verlassen [. . .], daß im Reichsbahnbetrieb noch viel zu tun ist, um den Sozialfaschisten einen entscheidenden Schlag versetzen zu können. Aber der Wille ist vorhanden, dieses Ziel zu erreichen". Vgl. *RF* Nr. 50 vom 28. 2. 1930: „Die Eisenbahnerkonferenz in Dresden. Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn."

15.

25. 1. 1930: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen

BA R 134, Bd. 60, S. 54–85 und StA Bremen, 4, 65 – II A 12a, Bd. 26; Hektographiertes Rundschreiben. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 1. Anweisungen des Sekretariats."[1]

Inhaltsverzeichnis:

1. Zur internationalen Lage und zur Lage in Deutschland.
2. Einige Anweisungen zum Demonstrationsverbot und gegen das drohende Parteiverbot.
(In der Anlage einige Losungen, die sich für Sprechchöre, Klebezettel usw. eignen).
3. Zum Halbjahresplan.
4. Sofort ganze Partei schärfer auf großzügigere und politischere Führung der Wahlen zu den Betriebsräten einstellen.
5. Steigerung der Erwerbslosenbewegung, bis zum internationalen Erwerbslosentag.
6. Internationaler Frauentag.
7. Verschiebung der Bezirksparteitage um 3–4 Wochen.
8. Mitteilungen:
a) Raschere Orientierung des ZK.
b) Schärfere Kontrolle des Gegners.

1 Über dieses Rundschreiben berichtete der sozialdemokratische *Vorwärts* (*Der Abend*, Spätausgabe des *Vorwärts*, Nr. 50 vom 30. Januar 1930, S. 1) ausführlich. Die Zeitung gab einen Überblick über das umfangreiche Rundschreiben und druckte aus 2.a. (Einige Anweisungen zum Demonstrationsverbot, . . ., Unmittelbare Maßnahmen) die Absätze 3. und 4. wörtlich ab, ebenso den Punkt 2 unter „3. Zum Halbjahresplan".

c) Achtung auf antibolschewistische Zentralen.
d) Brief an alle neuen Parteimitglieder.
e) Betr. verantwortliche Zeichnung von Betriebszeitungen.
f) Bei Berichterstattung und Korrespondenz zu beachten.

1. Zur internationalen Lage und zur Lage in Deutschland

Die wichtigsten Erscheinungen der internationalen Lage sind im gegenwärtigen Moment: die beschleunigte Durchführung des 5-Jahresplanes in der Sowjetunion, der Beginn der amerikanischen Wirtschaftskrise, die in eine Weltwirtschaftskrise umschlägt, die Durchführung des *Young*-Plans, wie sie eben erst auf der zweiten Haager-Konferenz[2] festgelegt wurde und der stürmische Aufschwung der internationalen Arbeiterbewegung in einer Reihe von Ländern innerhalb und außerhalb Europas.

Die Lage der Sowjetunion hat sich nach dem vollen Sieg über die chinesischen Weißgardisten[3] und der Annahme der erheblich über den Planentwurf gesteigerten Kontrollziffern für das zweite Jahr des 5-Jahresplans, nach den mächtigen Erfolgen des sozialistischen Wettbewerbs und dem Sieg über die *Bucharin*'sche Rechtsopposition[4] außerordentlich gefestigt. Die KPSU stellt sich bereits jetzt praktisch die Aufgabe, den 5-Jahresplan im wesentlichen in 4 Jahren, vom jetzigen Zeitpunkt an gerechnet also in 3 Jahren durchzuführen. Die Wiederaufnahme des Getreideexports nach Europa (zunächst Lettland und Norwegen), die Überwindung der Lebensmittelschwierigkeiten in diesem Winter, die fortschreitende Verwirklichung des Siebenstundentages, die vollständige Einführung der ununterbrochenen 4-tägigen Arbeitswoche sind sichtbare Symptome dieses Aufstieges.

Die Wirtschaftskrise in Amerika, deren Beginn von unserer Partei hinter dem äußeren Schein des Börsenkrachs sofort erkannt wurde, entwickelt sich mit großer Stärke. In den wichtigsten Produktionszweigen – Eisen, Stahl, Baumwolle, Kohle, Automobile – sind scharfe Rückgänge zu verzeichnen. Der Güterverkehr geht zurück, die Bankrotte häufen sich. Betriebseinschränkungen, offener und versteckter Lohnabbau, Wachstum der Erwerbslosigkeit kündigen die Einbeziehung Amerikas in die Krisenerscheinungen der europäischen Länder an. Die amerikanische Krise überschreitet schon jetzt den Rahmen der Vereinigten Staaten, erfaßt ganz Kanada und Südamerika und wird unvermeidlich nach Europa zurückschlagen. Die amerikanische Krise ist die Einleitung einer Weltwirtschaftskrise von nicht dagewesenem

2 Zur Zweiten Haager Konferenz und zur Geschichte des *Young*-Planes vgl. Hjalmar Schacht, Das Ende der Reparationen, Oldenburg 1931. Ferner: Die Entstehung des *Young*plans, dargestellt vom Reichsarchiv 1931–1933, durchgesehen und eingeleitet von Martin Vogt, Schriften des Bundesarchivs Bd. 15, Boppard am Rhein 1970.

3 Gemeint ist damit die Beilegung des chinesisch-russischen Konflikts um die Ostchinabahn durch das Protokoll von Chabarowsk am 22. Dezember 1929, das die Wiederherstellung des Status quo vorsah. Am 29. Dezember begann die Sowjetunion mit der Räumung der besetzten chinesischen Gebiete. Vgl. Schulthess 1929, S. 470 f. Zum chinesisch-russischen Konflikt siehe oben Dok. 9.

4 N.I. *Bucharin* (1888–1938), Mitglied des Politbüros der KPdSU und als Nachfolger *Sinowjews* Führer der Komintern, wurde vom X. Plenum des EKKI (3.–19. Juli 1929) als „rechter Abweichler" aus dem Präsidium der Komintern ausgeschlossen, im November 1929 auch aus dem Politbüro der KPdSU entfernt. Vgl. *RF* Nr. 190 vom 27. 9. 1929: „Die Fehler und Abweichungen des Genossen *Bucharin*". Zu *Bucharin* siehe A.G. Löwy, Die Weltgeschichte ist das Weltgericht, Wien 1969.

Ausmaß. Sie wird besonders tiefgehende Auswirkungen für Deutschland haben, das durch hohe Milliardenzuschüsse, weitgehende Konzernverflechtung, durch stärkste Exportkonkurrenz auf allen Märkten, durch den ganzen Mechanismus des *Young*planes und der Weltreparationsbank eng an die wirtschaftliche Entwicklung Amerikas gekettet ist.

Besonders wichtig ist für unsere Massenarbeit die Gegenüberstellung der Entwicklung in Amerika und der Sowjetunion. Mit der Krise des amerikanischen Kapitalismus fällt eines der wichtigsten Mittel der reformistischen Massenbeeinflussung: die Legende vom amerikanischen Arbeiterparadies und dem kapitalistischen Aufstieg in den Vereinigten Staaten. Die Entwicklung der Nachkriegskrise des Weltkapitalismus, die seit 1918 durch ihren uneinheitlichen Charakter gekennzeichnet war, erfaßt zum ersten Male gleichzeitig alle kapitalistischen Hauptländer.

Im schroffsten Gegensatz dazu steht die Sowjetunion, die einen gigantischen Aufschwung der Wirtschaft, unerhörte Erfolge des sozialistischen Aufbaues aufzuweisen hat. Damit werden alle opportunistischen Theorien, sowohl die trotzkistische Behauptung von der Unmöglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande, als auch die *Bucharin*'sche Behauptung vom „organisierten Kapitalismus" und dem „Absterben der inneren Widersprüche" schlagend widerlegt. Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise endet buchstäblich an den Grenzen der Sowjetunion. Bis zu den Grenzpfählen der proletarischen Diktatur herrscht die Agrarkrise in ganz Osteuropa, die Industriekrise, die Erwerbslosigkeit, die Lohnsenkung, das Massenelend. Hinter den Grenzpfählen der Sowjetunion vollzieht sich der beispiellose Aufstieg der Landwirtschaft, ihre Kollektivisierung, die sozialistische Industrialisierung des Landes, die Verminderung der Erwerbslosigkeit durch Siebenstundentag und 5-Tage-Woche der materielle Aufstieg der Arbeiterklasse.

Es ist eine grundlegende Aufgabe unserer gesamten Propaganda und Agitation, unaufhörlich an immer neuen Beispielen den Arbeitermassen diesen Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen Aufbau und Krise, zwischen Diktatur des Proletariats und Diktatur des Finanzkapitals mit ihren schroff entgegengesetzten Konsequenzen für die Lage der Arbeiterschaft klar zu machen.

Die Weltwirtschaftskrise gibt einen mächtigen Anstoß zur Verschärfung des Klassenkampfes in allen kapitalistischen und kolonialen Ländern. Das Finanzkapital versucht den wachsenden Widerstand der ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen gegen seine Kriegs- und Hungerpolitik überall durch die reaktionärsten Maßnahmen, durch die Aufrichtung faschistischer Diktaturen niederzuschlagen. Die Sowjetunion ist das einzige Land der Welt, in dem es keinen Faschismus gibt. Überall sind die Sozialfaschisten die direkten Agenten, die bewußten Helfer und Bahnbrecher der faschistischen Diktatur. Das zeigt sich in Österreich, Polen und Deutschland. Ganz besonders die „linke" Sozialdemokratie, der „linke" Sozialfaschismus erweist sich als besonders brauchbares Werkzeug für den Faschismus. Das ist die wichtigste internationale Lehre der österreichischen Ereignisse.[5]

5 Vgl. zu den Ereignissen in Österreich oben Dok. 9 und 11. Dort war am 25. September die Regierung *Streeruwitz* vom Kabinett *Schober* abgelöst worden, das sich hauptsächlich auf die konservativen Parteien und die Heimwehrverbände stützte. Die Sozialistische Arbeiterpartei Österreichs verhielt sich zunächst abwartend gegenüber der neuen Regierung. Vgl. Schulthess 1929, S. 245 ff.

Das bedeutsamste Kennzeichen der gegenwärtigen Situation im internationalen Klassenkampf ist jedoch nicht der Vorstoß des Unternehmertums, sondern der Gegenangriff des Weltproletariats. Eine mächtige Streikwelle erhebt sich gleichzeitig in vielen Ländern, nicht nur in Europa, sondern auch in Amerika, Australien, Indien, China und in der ganzen kolonialen Welt. Immer mehr häufen sich kleinere und größere politische Massenstreiks. (Finnland, Lettland, Griechenland, Australien und Kolonien.) In Verbindung mit dem Triumph des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion, mit dem gewaltigen Anwachsen der kolonialen Revolution in allen Erdteilen beginnt eine Weltoffensive des Proletariats gegen die Herrschaft des Finanzkapitals, die an Tiefe, Größe und Breite seit den revolutionären Erhebungen nach dem Weltkrieg kein Gegenstück findet. Die Weltoffensive des Proletariats, im Moment der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise, wird in ihrem weiteren Verlauf nicht nur in einem Land, sondern in mehreren Ländern revolutionäre Situationen erzeugen, welche die Arbeiterklasse und die Kommunistischen Parteien vor die praktische Aufgabe der Machtergreifung stellen. Unsere Parteiorganisationen haben die dringende Aufgabe, in der Presse, der Agitation, und ihrer gesamten Tätigkeit diesen revolutionären Charakter der gegenwärtigen Weltentwicklung – die die Perspektiven des Weddinger Parteitages und des X. Plenums der EKKI[6] vollständig bestätigt und uns vernichtende Waffen gegen die sozialdemokratische Ideologie in die Hand gibt – klar, überzeugend und populär zu erläutern.

Die Entwicklung in Deutschland steht unter dem Zeichen des *Young*-Planes; wie er auf der zweiten Haager-Konferenz endgültig beschlossen und in den darauffolgenden Reichstagssitzungen ratifiziert wurde. Durch den Ausbruch der Krise in Amerika, den Beginn der Weltwirtschaftskrise, die beispiellose Zuspitzung des Kampfes um die Exportmärkte wird der reaktionäre, ausbeuterische Inhalt des *Young*planes noch gesteigert, seine katastrophalen Auswirkungen auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse und aller werktätigen Schichten Deutschlands noch vergrößert.

Die bisherige Depression der deutschen Wirtschaft schlägt in eine offene Wirtschaftskrise um. Die Krise ist von der Fertigindustrie bereits in die Produktionsmittel- und Rohstoffindustrien eingedrungen, was in dem, zunächst geringfügigen Rückgang der Produktionsziffern für Stahl und Eisen zum Ausdruck kommt. Der Außenhandel, auf dessen Steigerung die deutsche Bourgeoisie ihre Hoffnung setzte, ist zurückgegangen und steht mit dem lächerlich geringen Jahresergebnis von 25 Millionen Mark Überschuß für 1929 an der Grenze des Defizits. Die Bankrotte und Zahlungseinstellungen nähern sich den riesenhaften Ziffern der ersten Deflationsmonate, wobei diesmal nicht nur Inflationsschöpfungen, sondern „alte, solide Firmen" zusammenbrechen. Die Kreditkrise, der Kapitalmangel wird immer drückender. Während die Reparationszahlungen des *Dawes*plans in dem Jahrfünft von 1924–1929 in Höhe von 8 Milliarden Mark mit Hilfe von 15–16 Milliarden Mark – also der doppelten Summe – ausländischer Kredite geleistet wurden, drosselt die Weltwirtschaftskrise und die Erschütterungen der deutschen Wirtschaft selbst den ausländischen Kreditzustrom nach Deutschland ab. Die internationale Agrarkrise reißt die deutsche

6 Zur Beurteilung der Weltlage auf dem XII. Parteitag der KPD und dem X. EKKI-Plenum siehe: Protokoll 12. Parteitag; Protokoll des X. Plenums des EKKI, Moskau 3.–19. Juli. Hamburg-Berlin o.J. (1929).

Landwirtschaft immer tiefer in den Niedergang. Der krasseste Ausdruck der deutschen Wirtschaftskrise sind die Stillegungen in allen Industriezweigen, die Massenentlassungen, die Riesenarmee von bereits im Januar mehr als 3 Millionen Erwerbslosen, bei einem verhältnismäßig günstigem Winterklima.

Auf der Grundlage dieser schweren, sprunghaften Erschütterungen der kapitalistischen Wirtschaft vollzieht sich die schärfste Zuspitzung des Klassenkampfes seit dem Herbst 1923. In vollem Umfange bewahrheitet sich die Schlußfolgerung der *Prawda* aus dem Wahlergebnis vom 17. 11. 1929: „Deutschland geht rasch einem neuen 1923 entgegen".[7] Die vereinigte Offensive des Unternehmertums, der Staatsanwaltschaft, des Sozialfaschismus und des bewaffneten Faschismus gegen die Lebenshaltung der Arbeiterschaft und der werktätigen Mittelschichten nimmt die ungeheuerlichsten Formen an und überhäuft die arbeitende Bevölkerung nicht nur mit jeder neuen Woche, sondern geradezu mit jedem neuen Tage mit den schwersten Lasten.

Die *Hermann Müller*'sche Koalition wird durch die Stöße des Klassenkampfes erschüttert und befindet sich seit dem Auftreten *Schacht*'s und des Reichsverbandes der deutschen Industrie im Stadium der Regierungskrise. Der Sozialfaschismus sucht durch immer neue Brutalitäten, durch hemmungslose Plünderungsmaßnahmen, durch blutige Überfälle, durch die Einbringung des Verbotsgesetzes gegen die Kommunistische Partei[8] seine Regierungsposition zu festigen. Gleichgültig, ob und wann die Sozialdemokraten aus den Ministersesseln herausfliegen, gleichgültig in welchem Tempo sie ihren Masseneinfluß verlieren: der Sozialfaschismus bleibt das wichtigste Instrument des Finanzkapitals zur Niederschlagung der Arbeiterklasse, der wichtigste und gefährlichste Hebel zur Errichtung der faschistischen Diktatur. Unsere Partei muß von vornherein jede Illusion zerstören, als sei die Sozialdemokratie, gleichgültig ob innerhalb oder außerhalb der Regierung, gleichgültig ob mit rechten oder „linken" Methoden imstande, irgendeine Opposition gegen das Finanzkapital und gegen den Faschismus zu führen. Die Sozialdemokratie ist der Hauptagent des Finanzkapitals und des Faschismus. Ihre aktive und bewußte Henkerrolle zur blutigen Unterdrükkung der Arbeiterklasse mit allen Mitteln der Polizeigewalt und des Staatsapparates wird in dem Maße wie die revolutionären Kämpfe und Ereignisse heranreifen, nicht geringer, sondern nur noch größer. Je geringer die Manövrierfähigkeit der Sozialdemokratie unter dem Druck des zugespitzten Klassenkampfes wird, desto plumper, blutdürstiger, gewaltsamer tritt sie gegen das Proletariat auf.

Gleichzeitig, und im unmittelbaren Zusammenhang mit der bevorstehenden Ratifizierung des *Young*planes wird in der ersten Hälfte des Februar das Republikschutzgesetz im Reichstag angenommen.[9] Die *Severing*'sche Verfolgungs- und Verbotsof-

---

7 Zum Ausgang der preußischen Kommunalwahlen am 17. November 1929 vgl. oben Dok. 11, Anm. 16. Der *Prawda*-Leitartikel in: *Inprekorr*, Nr. 110 vom 26. 11. 1929, S. 2597 f.

8 Die KPD bezeichnete das von Reichsinnenminister *Severing* im Dezember 1929 im Reichstag eingebrachte 2. Republikschutzgesetz von Anfang an als „Gesetz vom Verbot der KPD". Vgl. zum Kampf der KPD gegen das Gesetz *RF* Nr. 192 vom 29. 9. 1929: „*Severings* Gesetz zum Verbot der KPD". *RF* Nr. 245 vom 1. 12. 1929: „Das Friedhofgesetz!".

9 Die Annahme des *Young*-Plan-Gesetzes im Reichstag erfolgte am 12. März 1930. Die 2. und 3. Lesung des Republikschutzgesetzes fand am 13. und 15. März 1930 statt. Die endgültige Annahme des Gesetzes erfolgte am 18. März mit 265 gegen 150 Stimmen. Vgl. Schulthess 1930, S. 76 f., S. 68 ff.

fensive gegen die Kommunistische Partei tritt in ihr entscheidendes Stadium. Der Belagerungszustand in Hamburg, der Polizeiterror im Ruhrgebiet, der *Zörgiebel*'sche Gewaltkurs in Berlin, die blutigen Ereignisse in Frankfurt, in Worms, in Hartmannsdorf, das Demonstrationsverbot in Hamburg und in ganz Preußen, die wütende, provokatorische Hetze der SPD-Zeitungen zeigen den großangelegten Provokationsplan der Sozialfaschisten.[10] Alle Vorkehrungen für überraschende Verbotsmaßnahmen müssen von allen Organisationen der Arbeiterschaft, insbesondere von der Partei bis aufs letzte getroffen werden. Der Kampf gegen das Demonstrationsverbot, um die Legalität darf keinen Augenblick ruhen. Der strategische Plan der bürgerlich-sozialfaschistischen Regierung läuft offensichtlich darauf hinaus, die proletarischen Industriezentren Berlin, Wasserkante, Ruhrgebiet, Niederrhein, Mitteldeutschland durch blutige Provokationen zu überrumpeln, um die Partei dort niederzuschlagen und zu verbieten. Parallel mit diesen Vorbereitungen führt die gesamte bürgerliche, sozialdemokratische und stärker als alle anderen, die linkssozialdemokratische Presse zusammen mit sämtlichen Renegatengruppen eine beispiellose, alles bisherige in den Schatten stellende Mordhetze gegen die Kommunistische Partei.

Das wichtigste Element der Entwicklung, den entscheidenden Faktor des weiteren Kampfes bilden gegenwärtig die Bewegungen in den Betrieben, die Eröffnung wirklicher und großer Wirtschaftskämpfe für Lohnerhöhung, Siebenstundentag und die übrigen Arbeiterforderungen. Die Betriebsbewegungen, die Wirtschaftskämpfe sind unlöslich verbunden mit der Herstellung einer geschlossenen, festorganisierten Einheitsfront zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen. Zahlreiche Ereignisse der letzten Zeit, ganz besonders die Kämpfe in Hartmannsdorf bei Chemnitz[11] sind bedeutsame Symptome dafür, daß diese Einheitsfront im Werden ist. Der weitere Ausgang des Kampfes, die Verteidigung unserer Partei gegen den konzentrierten Terror des Klassenfeindes, die Verwirklichung unserer kommunistischen Generallinie – alles das hängt jetzt zum größten Teil davon ab, ob es den Kommunisten überall gelingt, wuchtige Wirtschaftskämpfe zu entfesseln, nicht nur kleine Gruppen, sondern auch erdrückende Massen in diese Kämpfe einzubeziehen und die ansteigende Welle von Erwerbslosenkämpfen fest mit einer mächtigen Welle von wirtschaftlichen und politischen Massenstreiks zu verschmelzen. Die Organisierung dieser Kämpfe der Betriebsbelegschaften – das muß der Inhalt der Kampagne zu den Betriebsrätewahlen sein.

Im Vordergrund unserer Massenarbeit steht jetzt der Kampf gegen die Teuerung. Der Kampf gegen die Teuerung umfaßt und vereinigt die unmittelbaren Tagesinteressen ausnahmslos aller Teile der Arbeiterklasse, sowohl der Betriebs-

10 Im Herbst 1929 spitzte sich die innenpolitische Lage im Reichsgebiet erheblich zu. Anlaß waren häufig kommunistische Kundgebungen und Demonstrationen – so in den aufgezählten Orten – die vielfach in Gewalttätigkeiten ausarteten. Der preußische Innenminister *Grzesinski* verbot daraufhin am 16. Januar 1930 durch einen Erlaß gemäß Art. 123 RV alle Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel.

11 In Hartmannsdorf bei Chemnitz streikten vom 21. November 1929 bis 7. Februar 1930 die Arbeiter einer Textilfabrik für eine Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitigem Lohnausgleich. Bei einer von der UBL Chemnitz am 15. Januar in Hartmannsdorf organisierten Demonstration wurden von der Polizei 5 Arbeiter erschossen und ca. 20 verletzt. Vgl. GdA S. 225 f.

arbeiter, als auch der Erwerbslosen und – darüber hinaus – die brennenden Lebensinteressen der nicht-proletarischen Mittelschichten, um deren Gewinnung und Führung wir hundertmal tatkräftiger kämpfen müssen als bisher. Der Kampf gegen die Teuerung darf keinesfalls als ein rein ökonomischer Kampf aufgefaßt werden. Er muß offen und konsequent als politischer Kampf geführt werden. Der Kampf gegen die Teuerung ist ein Kampf gegen die faschistischen Terrorbanden, ein erbarmungsloser Kampf gegen die Sozialdemokratie in allen ihren Spielarten, ein bolschewistischer Kampf gegen die Regierung und die reaktionäre Staatsgewalt, ein revolutionärer Kampf für die proletarische Diktatur.

Der Kampf gegen die Teuerung ist ein politischer Massenkampf gegen den *Young*plan, gegen die Kriegsgefahr, ein Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion und für die Solidarität mit dem Weltproletariat. Diese politischen Hauptlosungen der Partei müssen klar und offen bei jeder Teuerungsdemonstration, in jeder Betriebsversammlung, in jedem Wirtschaftskampf proklamiert werden. Der Schwerpunkt unseres Einflusses, das Schwergewicht unseres Ringens um die Millionenmassen muß praktisch in den Betrieben liegen. Wir beschränken uns nicht auf die Straße, um deren Beherrschung wir gegen jede Drohung und Verfolgung wie bisher offensiv den Kampf führen, sondern jedes Parteimitglied, jede Ortsgruppe und Zelle muß jetzt in der Praxis beweisen, daß die Kommunisten es verstehen, unter ihren bolschewistischen Massenforderungen die Belegschaften in den Kampf zu führen. Mit bolschewistischer Hartnäckigkeit allen Schwierigkeiten von Massenentlassungen und Maßregelungen trotzen, muß die Parteileitung, Betrieb für Betrieb in Angriff nehmen und koste was es wolle, die Partei dort fundieren. Nur wer diese Arbeit durchführt und sich trotz noch so harter Rückschläge nur immer wieder zu verdoppelter Arbeit anspornen läßt, ist ein kommunistischer Führer.

2. Einige Anweisungen zum Demonstrationsverbot und gegen das drohende Parteiverbot. (Den Bezirksleitungen bereits zugegangen.)[12]

a) Unmittelbare Maßnahmen:

1. Mächtige Massendemonstrationen in allen nichtpreußischen Gebieten. Was Preußen anbetrifft, so ist es klar, daß die Arbeiterschaft sich das teuer erkämpfte Recht auf die Straße nicht nehmen läßt. Dabei darf die Partei sich keinesfalls durch Polizeimaßnahmen provozieren lassen. Wir sind Bolschewiki und lassen uns Zeit und Ort unserer Handlungen nicht durch die Polizei vorschreiben. Kaltblütige Entschlossenheit, furchtlose und nüchterne Energie, überlegene Kampfestaktik – das ist das Gebot der Stunde für alle Kommunisten.

2. Überall, besonders in ganz Preußen außerdem ständige Organisierung größter Massenversammlungen und Protestkundgebungen in geschlossenen Sälen. Enge Verbindung dieser Protestmaßnahmen mit unseren wirtschaftlichen Forderungen und mit den Propagandalosungen: Sowjetdeutschland und proletarische Diktatur.[13]

12 Zum Demonstrationsverbot siehe oben Anm. 10. Die erwähnten Anweisungen an die BL konnten nicht ermittelt werden.

13 Vgl. zur Propagandakampagne gegen das „drohende Verbot" *Rf* Nr. 19 vom 23. 1. 1930: „Wir sind nicht zu verbieten"; Nr. 20 vom 24. 1. 1930: „Die Diktatur rückt näher"; Nr. 28 vom 2. 2. 1930: „Nicht zu verbieten und nicht zu unterdrücken"; Nr. 42 vom 19. 2. 1930: „Der Überfall auf die kommunistische Partei".

3. Besondere Kampfmaßnahmen zur Losreißung der sozialdemokratischen Arbeiter von der SPD. Massenkampagne: „Heraus aus der SPD – Hinein in die KPD!" Organisierung des gruppenweisen Übertritts von sozialdemokratischen Arbeitern. Veröffentlichung von Austrittserklärungen sozialdemokratischer Arbeiter mit vollem Namen und Nummer des SPD-Mitgliedsbuches in unserer Presse. (Stärkste Hervorhebung auch in der äußeren Form.)[14] Besonders wichtig in Gebieten mit „linker" SPD! Austrittserklärungen müssen vor allem flammenden Protest gegen die Mord- und Verbotspolitik der sozialdemokratische Regierung enthalten. In allen Betrieben, Gewerkschaftsversammlungen, in den großen Sport- und Freidenkerorganisationen an die sozialdemokratischen Arbeiter herantreten, mit ihnen diskutieren, individuelle Bearbeitung, um sie zum Austritt aus der Gummiknüppelpartei zu veranlassen.

4. Weitgehendste Vorbereitung auf das angedrohte Verbot und seine Konsequenzen. Wir haben vielleicht nur noch wenige Wochen Zeit für die Durchführung bestimmter Maßnahmen. Sofortige Entsendung von Instrukteuren bis in die letzte Ortsgruppe, bis in die letzte Betriebs- und Straßenzelle. Sicherstellung des Erscheinens unserer Presse, unserer Betriebs-, Häuserblock- und Stempelstellenzeitungen unter allen Umständen und um jeden Preis. Absolute Sicherstellung der Parteigenossen, der führenden Parteiarbeiter und der Mitglieder sowie des Parteieigentums gegen jeden überraschenden Zugriff. Sicherstellung unseres Literaturvertriebs und des Erscheinens der erforderlichen Flugblätter, Handzettel, Klebestreifen und Klebezettel unter allen Umständen und in jeder Situation. Nähere Anweisungen über diese Fragen erfolgen mündlich.

Den Kampf gegen die Polizeiverfolgungen sofort und überall ausnutzen zu einer neuen, mächtigen Entfaltung unserer Werbeaktion zur Gewinnung neuer Parteimitglieder und neuer Zeitungsleser. „Schart Euch um die Kommunistische Partei!" Auf allen Arbeiterversammlungen, Massenveranstaltungen, Bezirkskongressen und Tagungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition im Sinne der obengenannten Aufgaben aktiv auftreten.

5. Überall, wo Arbeiter versammelt sind, Protestentschließungen und Protesttelegramme gegen Demonstrationsverbot, gegen Arbeitermord, gegen Vorbereitung des Parteiverbots, gegen Beschlagnahme der *Roten Fahne* unseres bolschewistischen Zentralorgane zur Annahme bringen.

6. Entsprechendes aktives Auftreten der Kommunisten in allen revolutionären und sympathisierenden Massenorganisationen.

7. Einsetzung aller Parteikräfte und Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft zum 12. Jahrestag der Gründung der Roten Armee,[15] zum Internationalen Frauentag am 8. März, zum Reichsjugendtag Ostern 1930 in Leipzig.

14 Diese organisierte Abwerbungskampagne gegen die SPD führte zu einer Fülle von Artikeln in der *Roten Fahne*. Vgl. Nr. 24 vom 29. 1. 1930: „Masseneintritt von SPD-Arbeitern in die KPD"; Nr. 28 vom 2. 2. 1930: „Ganze SPD-Ortsgruppe tritt zur KPD über"; Nr. 29 vom 4. 2. 1930: „Flucht aus der SPD", „SPD-Führer ruft zum Eintritt in die KPD auf"; Nr. 40 vom 16. 2. 1930: „Warum er die SPD verließ". Bereits am 9. 11. 1929 war die SPD-Reichstagsabgeordnete Maria *Reese* zur KPD übergetreten.

15 Den 12. Jahrestag der Gründung der Roten Armee feierte die KPD am 23. Februar 1930 mit Demonstrationen und Aufmärschen, Grußtelegrammen und Berichten über die Rote Armee in der Presse. Vgl. *RF* Nr. 46–47 vom 23. und 25. 2. 1930. Siehe unten, Anweisungen der Agitprop-Abteilung.

b) für die Agitproparbeit:

1. Fliegende Versammlungen. Solche Anlässe, bei denen größere Massen auf der Straße beisammen sind (Betriebsschluß, wichtige Verkehrsknotenpunkte an Haltestellen, Marktplätze usw.) sind dazu auszunutzen, daß kurze Ansprachen gehalten werden. Eine größere Zahl von Genossen müssen als Straßen-, Hof- und Verkehrsagitatoren ausgebildet werden. Solche fliegenden Versammlungen müssen durch Sprechchöre, Massengesang usw. unterstützt werden.

2. Betriebs- und Häuserblockzeitungen. Sofort müssen überall Betriebs-, Häuserblock- und Stempelstellenzeitungen zu den neuesten politischen Ereignissen in Verbindung mit Mieterhöhung, Tariferhöhungen, Zollwucher, Teuerung usw. Stellung nehmen. Da die legale Presse schwer verfolgt wird, müssen diese Organe der Massenorganisationen eine desto schärfere, kühnere, offenere, revolutionäre Sprache führen. Es ist streng verboten, diese Zeitungen durch Reichstag- oder Landtagsabgeordnete verantwortlich zeichnen zu lassen.[16]

3. Klebezettel, Häuser- und Straßenbeschriftung usw. Die Straßen müssen das Bild unserer kommunistischen Gegenaktion deutlich zeigen. Überall müssen unsere Losungen sichtbar sein. (Klebezettel, Transparente, Beschriftung des Straßenpflasters, der Häuser und Bauten durch unsere Losungen (Schablonenübertragung).)

In der Anlage einige Losungen, die sich für Sprechchöre, Klebezettel, Betriebszeitungen usw. eignen. Sie müssen nicht nur in den Straßen und Häusern, sondern vor allem innerhalb der Betriebe und Fabrikräume allenthalben sichtbar sein und ständig wieder erneuert werden.

3. Zum Halbjahresplan

Bei der gespannten Situation des Klassenkampfes kann es kein starres Festhalten an dem Schema eines Arbeitsplanes geben. Dieser muß entsprechend den Ereignissen schon in der Anlage beweglich sein. Nachfolgend sei die taktische und organisatorische Linie für den Inhalt der bezirklichen Pläne angedeutet.

Bei der Aufstellung der Arbeitspläne muß entsprechend den Beschlüssen des VI. Kongresses, XII. Parteitages, X. Plenums[17] und der Plenarzentralesitzungen die wachsende Zuspitzung der Klassengegensätze in Deutschland und die ständige Verschärfung der Methoden des Klassenkampfes beachtet werden. (Siehe Punkt 1 des heutigen Rundschreibens.)

Die konkreten politischen Aufgaben der Partei sind gegeben durch die Annahme des *Young*planes, die neue Rationalisierungswelle, Finanzreform und Zollvorlagen, die Drosselung des Sozialetats in den Kommunen, die Miet- und Tariferhöhungen. In unmittelbarem Zusammenhang damit steht das *Severing*'sche Republikschutzgesetz, Strafgesetzentwurf, Vereinsgesetz, Reichsschulgesetz, Filmnovelle und andere

16 Siehe unten 8.e.

17 Vgl. Protokoll des VI. Weltkongresses der Komintern, Moskau 17. Juli–1. September 1928, 4 Bde. Hamburg o.J. (1928–29). Protokoll des 12. Parteitags; Protokoll des X. Plenums des EKKI Moskau 3.–19. Juli 1929. Hamburg-Berlin o.J. (1929); Resolution über das X. Plenum des EKKI und die Aufgaben der KPD, beschlossen vom Plenum des ZK am 14. August 1929, *RF* Nr. 154 vom 16. 8. 1929.

Reichs- und Ländergesetze in der Richtung der Faschisierung und der Stärkung der politischen, sozialen und kulturpolitischen Reaktion.

Die Kriegshetze gegen die Sowjetunion geht Hand in Hand mit der Verbotshetze gegen die Kommunistische Partei. Die zentrale Aufgabe der Partei besteht in der Organisierung der Gegenoffensive der Arbeiterklasse auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Klassenkampfes. Die wichtigsten Fragen sind:

1. Durchführung der Betriebsräte- und Gewerkschaftswahlen, sowie der Bezirkskongresse der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Durchbrechung der Tariftreue, der Zwangsschiedssprüche. Auslösung und Führung von Streiks um Siebenstundentag und Lohnerhöhung bei Lohnausgleich, unbedingt bedeutende Verstärkung der Arbeit in den Großbetrieben und unter den Erwerbslosen, Ausbau der Großbetriebszellen, straffe Organisierung der Erwerbslosenbewegung, Durchführung von Erwerbslosenkonferenzen, Demonstrationen und Bezirkserwerbslosenaufmärschen, sowie des Reichserwerbslosentages,[18] Ausbau der Betriebszeitungen, Erwerbslosenzeitungen, oppositionellen Gewerkschaftszeitungen, Frauen-, Jugend- und Kinderzeitungen der Partei.

2. Wie der wirtschaftliche Massenstreik unter revolutionärer Führung, so steht auch der politische Massenstreik unter Führung der Partei nicht mehr rein propagandistisch, sondern als Aktionsaufgabe vor allen Parteiorganisationen, wobei keine mechanische Trennung zwischen den wirtschaftlichen und politischen Massenstreiks gemacht werden darf, da wirtschaftliche Streiks an sich nicht nur politische Bedeutung haben, sondern durch Einsatz der Staatsgewalt, Streikbrechertaktik der Sozial- und Nationalfaschisten und Unterdrückungsgesetze zu direkten, politischen Massenaktionen werden. Andererseits werden rein politische Massenstreiks von uns mit den aktuellen ökonomischen Lebensfragen des Proletariats verbunden und dadurch zur Steigerung der Aktionsfähigkeit der Massen und des Einflusses der Partei auf die Massen beitragen.

3. Verstärkte Propaganda des 5-Jahresplanes, größte Entfaltung des internationalen revolutionären Wettbewerbes von Belegschaft zu Belegschaft und Massenorganisation zu Massenorganisation.[19] Auswertung der Rußland-Delegation, verstärkte Verteidigung der Sowjetunion gegen alle Verleumdungen und Lügen der vereinigten Antibolschewistenfront. Stärkung des Bundes der Freunde der Sowjetunion.

4. Verstärkter ideologischer und politischer Kampf gegen den Sozialfaschismus im Betrieb, Massenorganisationen und Staatsapparat. Systematische und konkrete Kampagne gegen den „linken" Sozialfaschismus, einschließlich der *Brandler*ianer[20] und gegen den Nationalfaschismus. Einheitsfronttaktik von unten in den Betrieben und Arbeiterorganisationen zur Loslösung der SPD- und christlichen Arbeiter von ihren Parteien und Gewinnung für die KPD.

18 Dieser fand erstmals am 6. März 1930 in Berlin statt. Vgl. *RF* Nr. 56 vom 7. 3. 1930; Chronik S. 251.

19 Unter dem Schlagwort „Internationaler Wettbewerb" (auch: „Sozialistischer Wettbewerb") führte die KPD seit Herbst 1929 eine Propaganda-Kampagne zum Schutz der Sowjetunion durch. Hierzu wurden Patenschaften zwischen deutschen und russischen Betrieben gegründet. Erfahrungen ausgetauscht und Rußland-Delegationen entsandt.

20 Zum Kampf der KPD gegen die sog. „Rechten" um Heinrich *Brandler* vgl. oben Dok. 9, Anm. 27.

(Über die politisch-organisatorischen Formen, in denen der Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse gegen den Sozialfaschismus geführt werden soll, siehe Beschlüsse des XII. Parteitages, über die Formen und Methoden des organisatorischen Kampfes gegen Nationalfaschismus erfolgen besondere Instruktionen.)[21]

5. Endliche Durchführung der Wendung zu den Arbeiterinnen und Jungarbeitern, wie sie erst wieder vom letzten ZK-Plenum verlangt wurde. Sorgfältige Vorbereitung des Internationalen Frauentages am 8. März.

6. Verstärkung der Arbeit auf dem Lande. Ausbau der Patenschaften, Aufbau des Vertrauensleutekörpers unter den Landarbeitern, Bauerndelegiertenkonferenzen in den kleinbäuerlichen Bezirken.

7. Wendung in unserer praktischen Arbeit auch zu den großen Massen der Angestellten und unteren Beamten und Einleitung von Maßnahmen zur Beeinflussung des verelenden Mittelstandes (Kleingewerbetreibende, Kleinrentner usw.).

8. Eine entschiedene Verstärkung der Arbeit in den sozial- und kulturpolitischen Massenorganisationen und die Durchführung der in dieser Beziehung vom Weddinger Parteitag klar festgelegten, organisatorischen Maßnahmen. Besonderes Gewicht auf Freidenker-, Sport und Radioorganisationen verlegen. Endlich den sozialpolitischen und kulturpolitischen Apparat innerhalb und außerhalb der Partei ausbauen. (ARSO und Wohlfahrt, IFA).[22]

9. Entfaltung einer gründlichen Selbstkritik in der Partei, Heranziehung der Sympathisierenden und parteilosen Arbeiter zur positiven Kritik der Parteiarbeit, Verschärfung des Kampfes gegen den offenen Opportunismus, Beseitigung der feigen Opportunisten aus allen führenden Funktionen der Partei, Bekämpfung der radikalistischen „linken" Stimmungen, die dem Opportunismus in die Hände arbeiten.

10. Steigerung der Werbung für Partei und Presse durch neue großzügige Werbemethoden nach dem Beispiel Berlins, gründliche Auswertung der Reichskontrolle zur Vorbereitung der Bezirksparteitage,[23] entschiedene Wendung zum Großbetrieb, zum Ausbau der Betriebszellen. Aufbau des revolutionären Vertrauensleutekörpers, Verbreiterung und Verjüngung der Funktionärkader der Partei.

Schlußbemerkung: Der ganze Arbeitsplan muß unter dem Gesichtswinkel der Illegalität betrachtet und alle Maßnahmen zur Sicherung der Durchführung der notwendigen Aufgaben auch in der strengsten Illegalität getroffen werden. Die Sicherung des Parteiapparates, die Verstärkung des technischen Apparates, der uns die Verbindung mit den Massen sichert, die Wendung in der Finanzierung der revolutionären Aktionen der Partei durch die Massen, der Ausbau des Parteiappara-

21 Vgl. Waffen für den Klassenkampf: Beschlüsse des 12. Parteitages der KPD. Berlin o.J. (1929), S. 31. Zum Kampf gegen die NSDAP beschloß das Polbüro erst am 4. Juni eine Resolution: „Über den Kampf gegen den Faschismus. Resolution des Polbüros des ZK der KPD", *RF* Nr. 137 vom 15. 6. 1930. Abgedruckt in: Zur Geschichte der KPD. S. 274–279.

22 Zur Entstehung von ARSO und IFA siehe oben Dok. 3 und Dok. 10.

23 Zur Reichskontrolle im Dezember 1929 siehe Dok. 11, Anm. 18.

tes entsprechend den Bedingungen der Illegalität muß ohne Zeitverlust durchgeführt werden.

4. Sofort ganze Partei schärfer auf großzügigere und politischere Führung der Wahlen zu den Betriebsräten einstellen!

1. Die Behandlung der Organisierung von Streikkämpfen und gemeinsamen Aktionen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen für die Forderungen: Gegen Massenentlassungen, für Siebenstundentag, gegen jede Überstunde! Für Lohnerhöhung! wird zur Zeit fast vollständig durch die Artikel und Notizen über das voraussichtliche Parteiverbot etc. verdrängt. Die Verbindung der beiden aktuellen, entscheidenden Fragen, Kampf gegen die politische Unterdrückung mit dem ökonomischen Kampf in den Betrieben und auf den Arbeitsnachweisen ist vollständig mangelhaft. In ganz ungenügendem Maße wird zu den konkreten Maßnahmen zur Vorbereitung der Betriebsrätewahlen Stellung genommen, obwohl diese Wahlen von einer entscheidenderen Bedeutung sind, als die Parlamentswahlen und die nächste große Kraftprobe zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie darstellen. Es werden fast keine Artikel zur Lage in den einzelnen Betrieben, keine polemischen Auseinandersetzungen mit den Sozialfaschisten, Christen usw. veröffentlicht. Arbeiterkorrespondenzen fehlen in zahlreichen Parteizeitungen fast vollständig. Wir machen auf das eindringlichste auf diese schweren Mängel aufmerksam und erwarten, daß sofort auf Grund gemeinschaftlicher Besprechungen mit der Redaktion eine entscheidende Wendung in der Richtung einer großzügigen, politischen Führung des Wahlkampfes vor der breitesten Arbeiteröffentlichkeit durchgeführt wird.[24]

2. Anfang Februar werden wir in alle Bezirke Instrukteure des ZK zur Kontrolle und Unterstützung der Tätigkeit der Bezirkssekretariate bei den Durchführungen der Betriebsrätewahlen entsenden. Wir erwarten, daß bis dahin schon eine weitgehende Konzentrierung auf diese Arbeit eingeleitet wird, daß nicht nur die Bezirksleitungen, sondern auch die Unterbezirksleitungen der Partei sich vollständig Rechenschaft darüber gegeben haben, auf welche Betriebe sie sich in der Betriebsrätewahl konzentrieren, wo sofort mit der Konstituierung der Wahlkomitees begonnen werden muß, welche Methoden zur Vorbereitung der Betriebswahlen in jedem einzelnen Falle anzuwenden sind. Darüber hinaus erwarten wir, daß die Betriebsrätewahlen auch allgemein propagandistisch und agitatorisch ebenso großzügig organisiert werden, wie z. B. die letzten Kommunalwahlen.[25] Es ist notwendig, die Parteihäuser mit Transparenten, mit unseren Losungen zur Betriebsrätewahl auszustatten, die Autos unserer Parteizeitungen entsprechend aufzumachen, ständig Kolonnen mit Transparenten vor den Betrieben bei Betriebsschluß usw. zu organisieren, die Zahl der Betriebszeitungen und des sonstigen Materials wesentlich zu erhöhen.

---

24 1930 verschärfte die KPD ihre Forderung nach „roten Betriebsräten" (vgl. oben Dok. 1, Anm. 8). Ein Überblick über einige Ergebnisse findet sich in *Inprekorr* Nr. 34 vom 16. 4. 1930, S. 775 f. Interessanterweise veröffentlichte die *Prawda* am 25. Mai 1930 einen Leitartikel zu den Betriebsrätewahlen (nachgedruckt in *Inprekorr* Nr. 47 vom 3. 6. 1930, S. 1055 f).

25 Preußische Kommunalwahlen am 17. November 1929. Siehe dazu oben Dok. 11, Anm. 16.

3. Wir machen erneut darauf aufmerksam, daß durch eine Unachtsamkeit bei der Vervielfältigung der Richtlinien zur Betriebsrätewahl (durch nicht sorgfältige Überprüfung eines Textes aus den vorjährigen Betriebsratsrichtlinien) Formulierungen übernommen wurden, die der taktischen Linie in der Praxis der Partei direkt widersprechen. Diese Stellen sind zwar im gedruckten Bericht über den 1. Reichskongreß der revolutionären Opposition[26] gestrichen, aber Exemplare befinden sich noch in den Händen der Kongreßdelegierten und der BL. Es handelt sich besonders um folgende zwei Abschnitte:

„In solchen Betrieben, in denen die Belegschaft in ihrer Mehrheit freigewerkschaftlich organisiert ist, muß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition für die Verhältniswahl bei der Aufstellung der einheitlichen, freigewerkschaftlichen Kandidatenliste in den Belegschaftsversammlungen kämpfen. In keinem Fall dürfen sich die Kommunisten auf einen prinzipienlosen Mandatsschacher einlassen.

Die Einbringung des oppositionellen Vorschlages als selbständige Liste ist abhängig von den konkreten Verhältnissen in den Betrieben. Die Durchführung der Liste der Opposition erfordert eine genaue Abschätzung der Kräfteverhältnisse unseres Einflusses in der Gesamtbelegschaft, kein allgemeines Schema, sondern größte Beweglichkeit und entschiedenes Auftreten der revolutionären Gewerkschaftsopposition für die Anerkennung ihrer Forderungen in der Belegschaft."

Die Abschnitte sind angesichts der verschärften Gegensätze zwischen der revolutionären Gewerkschaftsopposition und den Sozialfaschisten absolut falsch und können von schwankenden opportunistischen Elementen der Partei ausgenutzt werden, um die konsequente Durchführung der von der Komintern beschlossenen Betriebsratswahltaktik zu umgehen. Ohne jede Ausnahme muß die Grundlage für die Aufstellung der revolutionären Betriebsrätelisten das Programm des 1. Reichskongresses der revolutionären Opposition sein. Siehe Linie in den Artikeln „Ein Wahlkampf" und „Zwei Fronten",[27] die in der Parteipresse erschienen sind. Nur in den Fällen, wo die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den Betrieben bei sehr stark gewerkschaftlich organisierter Belegschaft dieses Kampfprogramm akzeptieren, ist es möglich, eine gewerkschaftliche Liste der Opposition aufzustellen. Eine Verhältniswahl kommt auch in diesen Fällen nicht in Frage. Die Aufnahme von sozialdemokratischen Arbeitern auf die Liste ist abhängig von der Zustimmung oder Ablehnung des Programms des 1. Reichskongresses.

Eine Abschwächung des Abschnittes in dem Sinne, daß sich der Kampf um die Verhältniswahl nur auf solche Fälle beschränken soll, wo eine erdrückende Mehrheit der Organisierten und ein geringer Einfluß der Opposition vorhanden ist, wäre ebenfalls falsch. In solchen Fällen, wo der Einfluß der revolutionären Opposition ein so minimaler ist, daß die Aufstellung einer eigenen Liste als ausgeschlossen gelten

---

26 Vgl. Protokoll des 1. Reichskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands, abgehalten am 30. November und 1. Dezember 1929 in Berlin. Berlin 1930, S. 102 f.

27 „Ein Wahlkampf" von Paul *Merker* erschien in *RF* Nr. 264 vom 24. 12. 1929. *Merker* vergleicht darin die Situation des Jahres 1929/30 mit der von 1922/23. In dieser Situation gebe es „kein Paktieren zwischen Sozialfaschismus und RGO". Er forderte daher „auf der ganzen Linie rücksichtsloser Kampf um jede Funktion in der Gewerkschaft und um jeden Betriebsrat". In dem Artikel „Zwei Fronten", *RF* Nr. 18 vom 22. 1. 1930 wird diese Forderung ausgeweitet: „In jedem Betrieb eine revolutionäre Betriebsratsliste!".

kann, ist es nicht der Kampf um die Verhältniswahl, sondern der Kampf um die Popularisierung des revolutionären Kampfprogramms und unserer revolutionären Strategie und Taktik, der geführt werden muß.

5. Steigerung der Erwerbslosenbewegung bis zum internationalen Erwerbslosentag

Fortsetzung der Winterhilfskampagne. In den Gemeinde-, Kreistags- und Provinzialparlamenten liegen Anträge unserer Fraktionen auf Winterbeihilfe vor. Die Anträge werden im Laufe dieser Wochen behandelt. Dazu ist notwendig, die Mobilisierung der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter zum Besuch der Parlamente, Versammlungen, Kundgebungen und wo es möglich ist, Demonstrationen. Die am 30. November festgelegten Kundgebungen und Märsche sind entsprechend den lokalen Verhältnissen zu organisieren und zwar beginnend zu den Sitzungen der Provinziallandtage im Kreismaßstabe und zu den Bezirkskonferenzen der revolutionären Gewerkschaftsopposition.[28] Die organisatorischen Vorbereitungen dazu sind von den Erwerbslosenausschüssen und den Gewerkschaftsabteilungen durchzuführen. Gründliche Vorbereitung, Pressekampagne, Stempelstellenzeitungen, Bezirks-Erwerbslosenzeitungen sind dazu zu benutzen, und im verstärkten Maße herauszubringen. Ergänzung der Erwerbslosenausschüsse in jedem Ort, auf jeder Stempelstelle muß ein Ausschuß geschaffen werden!

Anfang des Monats Februar werden die kommunistischen Anträge zur Erwerbslosenunterstützung im Reichstag beraten. Sobald der Termin bekannt ist, wird er durch die Presse gemeldet. Auch an diesen Tagen Veranstaltung von Versammlungen und Kundgebungen.[29]

Voraussichtlich am 5. März findet ein internationaler Reichserwerbslosentag statt.[30] Die Arbeit in der gesamten Bewegung muß zu diesem Tage auf ein Höchstmaß gesteigert und zu einer wuchtigen gemeinsamen Aktion des Erwerbslosenheeres mit der Armee der Betriebsarbeiter gestaltet werden. Besondere Anweisungen hierzu werden noch erfolgen.

6. Betr. Internationaler Frauentag verweisen wir auf das ausführliche Rundschreiben der Frauenabteilung vom 14. Januar.[31] In den

28 Die Bezirkskonferenzen der RGO fanden in den Monaten Januar-Februar 1930 statt. Vgl. den Bericht der *Roten Fahne* über die Bezirkskongresse in Halle, Königsberg, Magdeburg und Breslau. *RF* Nr. 29 vom 4. 2. 1930. Der Bezirkskongreß Berlin-Brandenburg fand am 1./2. Februar 1930 in Berlin statt. Vgl. *RF* Nr. 27 vom 1. 2. 1930. Zu den dort gefaßten Beschlüssen siehe *RF* Nr. 35 vom 11. 2. 1930.

29 Die kommunistische Reichstagsfraktion stellte Ende Dezember im Reichstag zwei Anträge zur Verbesserung der Erwerbslosenunterstützung. Vgl. *RF* Nr. 265 vom 25. 12. 1929. Über die Behandlung dieser Anträge berichtete *Die Rote Fahne* nicht. Die geforderten „Versammlungen und Kundgebungen" fanden nicht statt. Statt dessen dominierte die Kampagne zum internationalen Erwerbslosentag: Vgl. auch: 21 Monate sozialdemokratische Koalitionspolitik. 1928–1930. Handbuch der kommunistischen Reichstagsfraktion. Berlin 1930. S. 352 ff.

30 Der internationale Erwerbslosentag fand am 6. März 1930 statt. An diesem Tag kam es in allen größeren Städten zu Demonstrationen der Erwerbslosen unter der Führung der KPD. Dabei wurden in Berlin und Halle/Saale zwei Demonstranten von der Polizei erschossen. Vgl. *RF* Nr. 56 vom 7. 3. 1930; Chronik S. 241.

31 Auf Beschluß der II. internationalen Konferenz sozialistischer Frauen in Kopenhagen 1910 wurde der 8. März zum „Internationalen Frauentag" erklärt. Die KPD griff diesen Tag 1930 wieder auf. In

nächsten Monaten muß es möglich sein, einen großen Schritt in der Durchführung der vom Parteitag beschlossenen Wendung in der Massenarbeit unter dem weiblichen Proletariat vorwärts zu tun. Die bezirklichen Kongresse der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die Aufmärsche der Erwerbslosen, der Massenkampf gegen Teuerung und politische Unterdrückung, der in allen Betrieben, auf den Straßen, in den Massenorganisationen entbrennt, die Vorbereitung der Betriebsrätewahlen (Frauen als Kandidaten auf die Listen), das sind die günstigsten Anlässe, die Frauen aktiv in die Kampffront einzugliedern. Die Auswertung der Generalkontrolle muß als Resultat die Eingliederung der besten Funktionärinnen in alle Leitungen der Partei und der Fraktionen entsprechend der Stärke und Rolle des weiblichen Proletariats im lokalen Maßstab haben. Der internationale Frauentag selbst muß ein Höhepunkt dieser Vorbereitungsarbeiten sein, eine mächtige Demonstration von den Betrieben, Stempelstellen und Wohnvierteln aus, ein Auftakt zur Mobilisierung der Frauenmassen Deutschlands auf der ganzen Linie.

7. Verschiebung der Bezirksparteitage um 3–4 Wochen[32]

Zur Konzentrierung aller Kräfte der Partei auf die Durchführung der obengenannten Aufgaben, um eine genügend gründliche innerparteiliche Durcharbeitung aller Parteiorganisationen und Fraktionen zu gewährleisten (politisch und organisatorische Auswertung der Generalkontrolle, insbesondere vollständige Einstellung des Parteiapparates auf die Möglichkeit raschen Übergangs in die Illegalität), um auf den Bezirksparteitagen selbst nach sorgfältiger Vorbereitung Stellung zu den Beschlüssen des ZK und des EKKI zur Lage und den Aufgaben zu nehmen, beschloß das Polbüro die Hinausschiebung der festgelegten Termine der Bezirke um 3–4 Wochen, d. h. die ersten Bezirksparteitage werden erst etwa am 23. März beginnen.

Dieser Verschiebung entspricht außerdem den bereits gestellten Anträgen einer ganzen Anzahl von Bezirksleitungen.

8. Mitteilungen

a) Raschere Orientierung des ZK. Bei der Fülle wichtiger Ereignisse genügt es nicht nur, daß sofort bei wichtigen Anlässen Eilbriefe mit kurzen Vorberichten nach Berlin geschickt werden, in solchen Fällen ist das ZK bzw. *Pressedienst* und *RF* telefonisch zu orientieren bzw. Sorge für eventuelle andere Nachrichtenübermittlung zu treffen.

b) Schärfere Kontrolle des Gegners. Um eine umfassende Übersicht über die Maßnahmen unserer Gegner gegen die Partei im Reichsmaßstabe zu bekommen, und die Taktik der zentralen Stellen schneller zu enthüllen, sind alle neuauftauchenden Verleumdungen, Fälschungen etc. sofort zu melden. Der Abwehrdienst ist aufs intensivste auszubauen. Alle wichtigen Bewegungen der Staatsgewalt, der Sozialfaschisten und der Nazis sind sofort auf zweckmäßigstem Wege zur Kenntnis des ZK zu bringen.

Berlin fand am 8. März 1930 daher ein von der KPD organisierter Demonstrationszug statt. Vgl. *RF* Nr. 58 vom 9. 3. 1930. Das genannte Rundschreiben vom 14. Januar 1930 liegt nicht vor. Vgl. jedoch unten Dok. 17b über die Schwächen des Frauentages.

32 Zu dem Bezirksparteitagen des Jahres 1930 vgl. unten Dok. 17a.

c) Achtung auf antibolschewistische Zentralen. An verschiedenen Stellen des Reiches arbeiten jetzt eine Anzahl antibolschewistischer Propagandazentralen, die in der letzten Zeit reichlichen finanziell subventioniert werden. Pressekorrespondenzen, besonders an die Provinzpresse, Flugblätter, Traktätchen enthalten die tollsten Verleumdungen und Märchen über die Sowjetunion, Erzählungen, die man in den Großstädten nicht mehr zu verbreiten wagt (z.B. Massenaufstände russischer Bauern, Hungertod von Millionen, die greulichsten Tschekageschichten, Sozialisierung der Frauen usw.). Alle diese Materialien sind von den Ortsgruppen und Zellen zu sammeln und von den Bezirksleitungen in einigen Exemplaren hierher einzusenden.

d) Brief an alle neuen Parteimitglieder. Wir erinnern daran, daß entsprechend dem Beispiel der Berliner Organisation ein sorgfältig abgefaßter Brief an jedes neue Parteimitglied geschickt werden muß. Die ZK-Instrukteure werden mit den BL besonders über die Frage der Eingliederung der neuen Mitglieder in die Parteiarbeit sprechen.

e) Betr. verantwortliche Zeichnung von Betriebszeitungen. An alle Zellen und Ortsgruppen ist nochmals kategorisch die Anweisung zu geben, daß die eigenmächtigen Zeichnungen der Namen von Abgeordneten als Verantwortliche unter Betriebs- und Häuserblockzeitungen unterbleiben müssen. Handelt es sich um illegale Schriften, so bedeutet das einen günstigen Vorwand für das Vorgehen der Klassenjustiz, handelt es sich um legale Zeitungen, so sollen bekannte Genossen am Orte, die dann wirklich die Kontrolle des Inhalts zu verantworten haben, zeichnen.

f) Bei Berichterstattung und Korrespondenz zu beachten: Alle Dokumente, Briefe, die auf legalem Wege nach Berlin oder in die Organisationen gehen, sind so abzufassen, daß der Gegner nichts mit ihnen anfangen kann. Die Protokollschreiberei ist auf das Äußerste einzuschränken, Namen vollständig wegzulassen. Nur wichtige Vorgänge sind zu protokollieren. In der Regel genügt es, wenn Beschlußprotokolle angefertigt werden.

Bei Korrespondenz ist streng auf die jeweiligen Aktenvermerke, Diktatzeichen, Abteilungszeichen etc. zu achten und darauf Bezug zu nehmen. Ebenso müssen außer den Briefen alle Materialien ein Abgangsdatum enthalten. Diese Kleinigkeiten haben jetzt eine besondere Bedeutung.

Mit kommunistischem Gruß
Zentralkomitee der KPD
Sekretariat

Dem Rundschreiben liegen bei:
Anweisungen der Agitpropabteilung
Anweisungen der Landabteilung
Anweisungen der Sportabteilung[33])
Anweisungen der Parlamentsabteilung

33 Liegt nicht vor.

Anhang

Losungen gegen Demonstrationsverbot und drohendes Parteiverbot

Arbeit den Erwerbslosen!
Brot den Hungernden!
Alle Macht der Arbeiterklasse!

Brecht die Fesseln des *Young*planes! Schlagt die Faschisten! Rechnet ab mit dem Sozialfaschismus! Kämpft für Brot und Macht! Heraus zum Massenstreik für Lohnerhöhung und Siebenstundentag! Nieder mit der Hungerregierung! Es lebe die Diktatur des Proletariats!

Der Kommunismus ist nicht zu verbieten!

Straße frei für die Kommunistische Partei!

Wir bleiben rot trotz *Grzesinskis* Verbot![34]

Nach oben: kriechen, nach unten: treten, das sind die SPD-Minister, die sozialfaschistischen Lakaien des Finanzkapitals!

Wer hat die Miete verteuert?

Die SPD-Minister, ihre bürgerlichen Koalitionsbrüder und ihre faschistischen Mordbanden!

Wer kämpft gegen den Mietwucher?

Allein die Kommunistische Partei!

Warum sind Demonstrationen verboten?

Damit die Not der Massen die Ruhe der Reichen nicht stört!

Wer hat die Demonstrationen verboten?

Der Vertreter der Auch-Arbeiterpartei, der SPD-Minister *Grzesinski*!

Warum wird dennoch demonstriert?

Weil die Kommunisten für die Arbeiterinteressen kämpfen, auch wenn es Sozialfaschisten und Faschisten verbieten!

Warum wurden am 1. Mai 1929 in Berlin 33 Männer und Frauen ermordet?[35] – Weil der Sozialdemokrat *Zörgiebel* das Demonstrieren verbot! Warum verbietet der Sozialdemokrat *Grzesinski* alle Arbeiterdemonstrationen? – Weil er noch mehr Arbeiterleichen aufs Pflaster legen will!

Warum lassen SPD-Minister demonstrierende Arbeiter niederschlagen? Damit die Arbeiter den Mut verlieren, für bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu kämpfen!

Was bekommen die SPD-Führer dafür, wenn ihnen das gelingt?

Fette Posten und hohe Gehälter als Minister, Direktoren, Aufsichtsräte, Präsidenten!

Wollt Ihr das dulden, ohne Widerstand, Proleten?

Nein! Kämpft mit der Kommunistischen Partei!

Arbeiter!

Hinein in die Kommunistische Partei!

---

34 Vgl. oben Dokument Nr. 1, Anm. 1.

35 Zu den Vorgängen am 1. Mai 1929 vgl. oben Dok. 8, Anm. 3.

Arbeiter!
Heraus aus der Sozialdemokratischen Mörderpartei!
Rüstet zum Internationalen Frauentag am 8. März!
Wählt rote Betriebsräte!
Keine Stimme den Sozialfaschisten!

15 a.

24. 1. 1930: Anweisungen der Agitpropabteilung des ZK

Anlage zu Nr. 15. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 1. Anweisungen der Agitprop-Abteilung."

Inhaltsverzeichnis:
1. Die wichtigsten Termine
2. Die nächsten Aufgaben
3. Anweisungen für die laufende Arbeit.

1. Die wichtigsten Termine:

Januar:	Konstituierung der neugewählten Kommunalfraktion
15.–21.	LLL *[Lenin-Liebknecht–Luxemburg]* Kampagne
15.–31.	Sammelkampagne der Antifa.
	Reichskontrolle des KJVD
Februar:	Werbeaktion des RFMB
1./2.	Internationales Wintersportfest der Opposition in Oberwiesenthal
7.	Oppositionelles Wintersportfest in Halle
9.	Oppositionelles Wintersportfest in Berlin
23.	12 Jahre Rote Armee (Massenveranstaltungen KPD, RFMB und Reichsleitung)
15.–15. 3.	Reichskulturschau der IFA in Berlin
März:	Reichserwerbslosentage
1./2.	Reichskonferenz der Opposition im ATSB. in Leipzig
2.	11 Jahre Komintern
8.	Internationaler Frauentag
13.	*Kapp*-Putsch (Anti-*Severing*-Kampagne bis zum 23. März, wo *Severing* Bielefelder Abkommen) [durchsetzte.]
14.	*Karl Marx* 1883 gestorben
15./16.	Reichs-IFA-Konferenz
15.–31.	Betriebswerbung der Antifa.
15.–31.	Werbekampagne der IAH
April:	
20./21. (Ostern)	Reichsjugendtag in Leipzig
20./21. (Ostern)	Reichskonferenz des DATB Dortmund

20./21. (Ostern)	Reichstreffen und Reichskonferenz Opposition Arbeiterradfahrer
20./21. (Ostern)	Osterschulen des RFMB
22.	*Lenin* Geburtstag 1870
Mai:	
1.	1. Mai
7.	Ein Jahr RFB-Verbot
Juni:	
8./9. (Pfingsten)	Aufmarsch der Reichsleitung
8./9. (Pfingsten)	Reichstreffen der Antifa.
8./9. (Pfingsten)	Reichstreffen und Reichskonferenz der gesamten Sportopposition in Erfurt
1.–9.	Reichskinderlager der IAH
15.	Reichs-ARSO-Tagung in Dresden
27.	1905 Potemkin-Aufstand
30.	Solidaritätstag der IAH (mit Sammlung und Plakettenverkauf)

2. Die nächsten Aufgaben

Über den politischen Inhalt der Agitproparbeit im nächsten halben Jahre verweisen wir auf die Anweisungen des Sekretariats.

In den nächsten Monaten ist besondere Aufbauarbeit zur Schaffung von Agitpropabteilungen in folgenden Bezirken notwendig: Pommern, Mecklenburg, Magdeburg, Thüringen, Hessen-Waldeck, Baden, Pfalz, Saargebiet, Nord- und Südbayern, Schlesien und Oberschlesien.

Die Verstärkung des Agitprop-Apparates, besonders in den unteren Organisationen, steht als Aufgabe vor folgenden Bezirken: Württemberg, Hessen-Frankfurt, Nordwest, Niedersachsen, Sachsen, Ostpreußen, Mittelrhein, Danzig.

Aufgaben der Propaganda:

In kürzester Zeit ist die Zusammenfassung der schon vorhandenen Mitarbeiter zu einer systematisch arbeitenden Propkommission durchzuführen. Die wichtigsten Aufgaben sind folgende:

a) Durchführung der Bezirksparteischule und Kontrolle aller im Jahre 1929 durch Reichspartei- und Bezirksparteischulen erfaßten Genossen.[1]

b) Entschiedene Wendung zur Massenschulung. Elementarkurse für die Masse der Parteimitglieder unter besonderer Erfassung der Neuaufgenommenen auf der Basis der Betriebs- und Straßenzellen, direkte Kontrolle der hundert wichtigsten Großbetriebe in jedem Bezirk über die Schulungsarbeit der Zellen.

c) Entfaltung der Selbstbildungsarbeit und Schaffung von Selbstbildungszirkeln, vor allem in den Großbetrieben, wo aus Mangel an Referenten oder technischen

1 Seit 1927 besaß die KPD eine zentrale Parteischule, zunächst in Dresden, ab Februar 1929 in Berlin-Fichtenau. Bis 1933 besuchten 680 Funktionäre die Kurse. Vgl. Hans Maur, Gedenk- und Bildungsstätten der Arbeiterbewegung in Schöneiche-Fichtenau. In: *Neue Museumskunde*, Berlin (Ost), Jg. 17, Nr. 4, 1974, S. 284 ff.

Schwierigkeiten Organisierung der Zellen-Elementarkurse nicht möglich ist. Allgemeine Entfaltung der Selbstbildung mit Hilfe der Tages- und Betriebspresse und mit Hilfe der Funktionärsorgane.

d) Ausbau der Marxistischen Arbeiterschule. Wendung zu den Großbetrieben. Organisierung von Provinzschulen der MASCH.[2] Aufbau eines Betriebsvertrauensleute-Apparates.

e) Zusammenfassung der Propleiter aller mit uns sympathisierenden Massenorganisationen. Durchführung eines Minimalprogramms der Schulungsarbeit mit Unterstützung der Propleiter der Partei.

f) Vorbereitung des am 1. April beginnenden Fernunterrichtes durch die Propabteilungen bzw. Leitungen der Bezirke und Massenorganisationen.

g) Monatlich erscheint ein Instruktionsmaterial für die in allen Bezirken zu schaffenden Propabteilungen und Propleiter der Bezirke und Unterbezirke. *Der Propagandist*[3] wird in der Art unserer Betriebszeitungskorrespondenz vervielfältigt und soll den Propleitern helfen, die Wendung zur Massenschulung durchzuführen.

Die Betriebszeitungen:

Der notwendigste Schritt ist die Bildung einer ehrenamtlichen Betriebszeitungskommission bei der Agitpropabteilung der BL, deren Aufgaben sich wie folgt gliedern:

a) Herausgabe eines *Betriebszeitunsredakteurs* für den Bezirk regelmäßig am Anfang eines jeden Monats, kollektive Zusammenstellung des Inhalts.

b) Genaue Registratur aller im Bezirk erscheinenden Betriebs-, Häuserblock- und Dorfzeitungen und Bericht an Zentralagitprop.

c) Briefliche Kritik aller eingehenden Zeitungen in bezug auf politischen Inhalt, technische Aufmachung, Finanzierung, Verbreitung.

d) Herausgabe und Verbreitung von Pressefondsmarken. Unterstützung der Zellen und Ortsgruppen bei der Beschaffung brauchbarer Apparate.

e) Durchführung der auf Vorschlag des 12. Parteitages vom ZK beschlossenen genauen Richtlinien, die in dem gedruckten Material „Kampf um die Massen" Nr. 3 „Betriebszeitungen und Arbeiterkorrespondentenbewegung" niedergelegt und für die Gesamtpartei bindend sind.[4]

Arbeiterkorrespondentenbewegung[5]

Voraussetzung für notwendige Arbeit ist die Bildung einer AK-Kommission bei der Agitpropabteilung der BL, die sich wie folgt gliedert:

2 Die Marxistische Arbeiterschule, die MASCH, entstand 1926/27 in Berlin – nach Angaben ihres ersten Leiters Johann *Lorenz Schmidt* (1900–1978) schon 1925 – als formal überparteiliche, tatsächlich kommunistische Bildungseinrichtung. Vgl. Gabriele Gerhard-Sonnenberg, Marxistische Arbeiterbildung in der Weimarer Zeit (MASCH), Köln 1976. 1931/32 erschien als Schulungszeitschrift der MASCH *Der Marxist* (Reprint: Erlangen 1971).

3 *Der Propagandist* war parteiinternes Funktionärsorgan für Fragen der Propaganda und Schulungsarbeit, ab 1930 monatlich von der Agitpropabteilung des ZK herausgegeben. Vgl. unten Dok. 41.

4 Dieses Material liegt nicht vor.

5 Vgl. oben Dok. 1, Anm. 5.

a) Regelmäßige Beilage zum *BZR. Der Arbeiterkorrespondent* mit praktischen Ratschlägen und Anregungen für die AK und für die Redaktionen der Tages- und Betriebszeitungen in bezug auf Ausbau der AK-Bewegung, Schulung, Organisierung von Kampagnen.

b) Monatliche Berichterstattung über Zahl und Art der in den Tageszeitungen etc. verwandten AK anhand von Fragebogen an Zentralagitprop.

c) Pressekontrolle und Kritik in bezug auf Zahl, Inhalt und Aufmachung der AK in der Tageszeitung.

Wendung zu den Massen im Litvertrieb

Folgende allgemein politisch-organisatorischen Maßnahmen sollen die Wendung zum Massen-Litvertrieb erleichtern:

a) Der ab 1. Januar erscheinende *Literaturobmann* soll als Hilfsmittel zum Aufbau eines ehrenamtlich tätigen Litobleute-Apparates in den Großbetriebszellen, bei den Fraktionen in den Massenorganisationen, in den Stadtteilen, Straßenzellen und Ortsgruppen dienen.

b) Regelmäßige monatliche Sitzungen einer bei der BL Agitprop zu schaffenden Literaturkommission, die geeignete Maßnahmen zur Förderung des Massenabsatzes in den Bezirken, Unterbezirken etc. vorschlägt und für ihre Durchführung sorgt.

c) Einrichtung von Literaturecken und Beilagen in allen Tageszeitungen und Bezirksfunktionärorganen. Ausnutzung der Betriebszeitungen zur Popularisierung unserer Literatur. Kontrolle der Tageszeitungen, Funktionärorgane, Betriebs-, Häuserblockzeitungen etc. in bezug auf Literatur-Propaganda.

Agitproparbeit in den Massenorganisationen

In den Bezirksleitungen der mit uns sympathisierenden Massenorganisationen müssen unter stärkster Unterstützung der Agitpropabteilung der Partei folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

a) In allen Bezirksinstanzen muß ein mindestens aus zwei Genossen (Agit und Prop) bestehendes Ressort geschaffen werden. Die Agitpropabteilung der BL macht mit allen Agitpropleitungen der sympathisierenden Massenorganisationen mindestens einmal, und zwar am Ende eines jeden Monats, eine Sitzung, in der der Arbeitsplan für den kommenden Monat, die Kampagnen, die Verteilung der Veranstaltungen und die Herausgabe der Materialien festgelegt werden.

b) Die Agitpropabteilung der BL macht im Laufe des Monats mit jeder Agitpropleitung der Massenorganisationen eine besondere Aussprache zur Verbesserung und Verstärkung der Agitproparbeit der betreffenden Massenorganisation in der Linie der Parteibeschlüsse und der Sicherung einer richtigen Massenpolitik der sympathisierenden Organisationen.

Kulturpolitische Aufgaben

Notwendig ist die Schaffung einer arbeitsfähigen kulturpolitischen Abteilung bei der Agitpropabteilung der BL sowie Aufbau arbeitsfähiger Fraktionsleitungen in allen kulturpolitischen Massenorganisationen. Die Hauptaufgaben sind folgende:

a) Wendung zur Massenarbeit der von der Fraktion geführten Opposition in allen

von der SPD geführten Kulturorganisationen. Massenarbeit in den von uns geleiteten Organisationen.

b) Entscheidendes Kettenglied für die nächsten Monate ist die Arbeit unter den Freidenkern, unorganisierten Dissidenten und proletarischen Massen, die noch Kirchensteuern bezahlen.[6] (Werbeaktion der oppositionellen selbständigen Verbände – Aufbau von strafferen Fraktionen und oppositionellen Funktionärkaders in den von der SPD geführten Bezirken – 50000 Kirchenaustritte im Reich bis Ende März – Versammlungen, Demonstrationen gegen Kulturreaktion und Regierungsmaßnahmen.)

c) Unterstützung des Aufbaues des Reichsorgans der proletarischen Freidenker, Steigerung der Auflage auf 100000 bis Ende März.

d) Schaffung von IFA-Kartellen in den wichtigsten Bezirksvororten des Reiches.[7] Zur Information erscheint monatlich die *IFA-Rundschau.*

e) In allen Bezirken Vorbereitung der Reichskulturkonferenz am Sonnabend, den 15. und Sonntag, den 16. März 30 zur Gründung der Reichsifa.[8] Dort Beschluß über ein allgemeines proletarisches Kulturkampfprogramm. Entgegennahme eines gründlichen Berichtes über den kulturellen Aufstieg der russischen Arbeiter und Bauern und den Fünfjahresplan und Behandlung der wichtigsten Einzelfragen des IFA-Kulturkampfes, verbunden mit einer großen kultur-kämpferischen Massendemonstration aller Berliner proletarischen Kulturorganisationen.

f) Führung einer Kampagne in allen Kulturorganisationen zum Besuch der IFA-Ausstellung vom 15. Februar bis 15. März und Einsendung von Material für diese Ausstellung.

g) Entfesselung des Klassenkampfes gegen Schulfaschismus, Vorbereitung der Elternbeiratswahlen, Zusammenfassung der revolutionären Freidenker, Elternbeiräte, Opposition im Bund freier Schulgesellschaften, revolutionären Lehrer und des JSB zu gemeinsamen Aktionen.

h) Schaffung von Massenorganisationen für proletarische Radiohörer. Genaue Instruktionen darüber werden den Bezirken noch zugestellt.

3. Anweisungen für die laufende Arbeit

Jahrestag der Gründung der Roten Armee. Am 23. Februar 1918 wurde das Dekret zur Gründung der Roten Armee erlassen. Dieser Tag muß zum Anlaß genommen werden, um Arbeiterkorrespondenzen und Begrüßungsschreiben zwischen der Arbeiterschaft und der Roten Armee der Sowjetunion einerseits und der Arbeiterschaft der kapitalistischen Länder andererseits auszutauschen.[9]

6 Im Frühjahr 1930 begann die KPD eine Kampagne um den von der SPD kontrollierten „Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung". Die Aktion war begleitet von einer groß angelegten Pressekampagne gegen die Kirchen mit der Forderung zum Kirchenaustritt. Als Folge wurden daraufhin kommunistische Oppositionsgruppen aus dem Freidenkerverband ausgeschlossen und gründeten selbständige oppositionelle Freidenkerverbände. 1931 schlossen sich diese zum „Verband proletarischer Freidenker" zusammen. Das Organ des VPF war die *Proletarische Freidenkerstimme.*

7 Zur Entstehung der IFA vgl. oben Dok. 10.

8 Vgl. oben Dok. 10, Anm. 5.

9 Siehe oben Dok. 15, Anm. 15.

Die Korrespondenzen und Begrüßungsschreiben (die an mit uns verbundene Betriebe, Regimenter, Organisationen oder allgemein an die Rote Armee zu richten sind) sollen nicht allgemeinen Inhalt haben, sondern konkret auf die gegenwärtigen politischen Aufgaben der Roten Armee (als der Schützerin des sozialistischen Aufbaues, der militärischen Garantie des Fünfjahresplanes, der Befreiung der Weltarbeiterschaft vom Kapitalismus) und der Arbeiterschaft der Sowjetunion (Fünfjahresplan, Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes) eingehen. Das Schwergewicht der Korrespondenzen und Begrüßungsschreiben ist zu legen auf die Aufgaben, die sich die deutsche Arbeiterschaft, und zwar konkret: der Betrieb, der Arbeitsnachweis, die Massenorganisation, die die Rote Armee begrüßt, zur Verteidigung des sozialistischen Aufbaues stellen muß (Aufklärung der Massen über die Sowjetunion, Stärkung der KPD, Organisierung und Führung des wirtschaftlichen Kampfes usw.)

Von der Bezirksleitung und Redaktion muß diese Kampagne organisiert werden mit dem Ziel, daß jeder Betrieb, jeder Nachweis, jede Massenorganisation, jede Partei- und KJV-Zelle in diese Solidaritätsaktion mit der USSR einbezogen wird. Für die schnelle Weiterleitung und Veröffentlichung der aus der Sowjetunion eintreffenden Korrespondenzen ist durch die Bezirksleitung und Redaktion zu sorgen.

Berichterstattung über Betriebszeitungen. Eine Reihe von Bezirken haben in den letzten Monaten die Fragebogen des ZK nicht beantwortet. Die an Zentralagitprop einlaufenden Zeitungen enthalten vielfach weder Nummer noch Datum noch Ort des Betriebes. Ab Januar müssen die Fragebogen monatlich regelmäßig ausgefüllt und spätestens bis zum 8. jeden Monats an Zentralagitprop eingesandt werden. Die Kontrolle der Bezirke über die erscheinenden Betriebszeitungen muß so organisiert werden, daß endlich alle Rubriken des Fragebogens den Tatsachen entsprechend ausgefüllt werden können.

Vertrieb des Parteitagsprotokolls. In jedem Bezirk muß eine gründliche Kampagne unter BL-Mitgliedern und allen Funktionären und Redakteuren zum Bezug des Protokolls geführt werden. Besonders dafür sorgen, daß das Protokoll für Zellen- und Ortsgruppenbibliotheken sowie für Bibliotheken der mit uns sympathisierenden Organisationen angeschafft wird.[10]

Marxistische Arbeiterschulen sind keine Parteischulen. Wiederholt veranstalten Bezirke Funktionärskurse oder Bezirksparteischulen unter dem Namen „Marxistische Arbeiterschule". Nach den Richtlinien des ZK ist die MASCH eine überparteiliche Massenschule,[11] die mit anderem Programm und anderen Methoden organisiert wird als unsere Parteischulungsarbeit, die den direkten und unmittelbaren Bedürfnissen der praktischen Parteiarbeit zu dienen hat. Die Bezirke müssen das scharf auseinanderhalten.

Arbeiterkorrespondenten-Bewegung. Der Förderung der AK-Bewegung muß größere Aufmerksamkeit zugewandt werden.

Wir machen darauf aufmerksam, daß lt. Beschluß des 12. Parteitages bei jeder Redaktion eine AK-Kommission, die ein verantwortlicher

10 Gemeint ist das Protokoll des 12. Parteitages.

11 Vgl. oben Anm. 3.

Genosse der Redaktion leitet, bestehen muß. Der Leiter der AK-Kommission muß Mitglied der Agitpropabteilung sein.

Um einen Überblick über die gesamte AK-Bewegung zu erhalten, wird die Agitpropabteilung des ZK ab jetzt regelmäßig Fragebogen für die Redaktionen über den Stand der AK-Bewegung herausgeben.

Unzulässige Agitationsmethoden. Der Rezitator *Weinert*[12] übergibt uns eine Reihe von Inseraten oder Kästen der Parteipresse, in denen er als Mitwirkender bei Veranstaltungen benannt wird, von denen er nichts weiß und keinerlei Benachrichtigung erhalten hat. Solche krampfhaften Methoden sind unzulässig.

Kulturpolitik: Die wachsende Kulturreaktion, die verschärfte Spaltungsoffensive der Reformisten auch in den proletarischen Kulturorganisationen, die drohende Illegalität zwingt die Partei, auf dem kulturpolitischen Gebiet eine energische Wendung zur Massenarbeit zu vollziehen und den schärfsten Kampf um die Mehrheit der Arbeiter in den proletarischen Kulturorganisationen zu führen.

Die wichtigsten Aufgaben zur Verwirklichung dieses Zieles sind: Engste Verbindung der kulturpolitischen Arbeit mit den politischen Kampagnen der Partei (Republikschutzgesetz, Kampf gegen *Young*-Plan, Kampf gegen imperialistische Kriegsgefahr), Verankerung der Kulturorganisationen in den Betrieben (Schaffung von Vertrauensleuten, Ausnutzung der Betriebs- und Häuserblockzeitungen, Durchführung von Sonderveranstaltungen der einzelnen kulturpolitischen Organisationen für Großbetriebe, z.B. Filmvorführungen, Sondervorträge der Marxistischen Arbeiterschule, betriebsweise Kirchenaustritte usw.).

Freidenker: Verschärfung des Kampfes gegen die Spaltungsmaßnahmen der *Sievers*-Bürokratie im Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung.[13] Die selbständige Weiterführung der Organisation und Anschluß an den Verband proletarischer Freidenker darf erst dann erfolgen, wenn die Voraussetzungen für die Erfassung der Mehrheit der Mitgliedschaft gegeben sind. In jedem Fall muß eine Verständigung mit der Parteibezirksleitung und dem Zentralkomitee herbeigeführt werden.

Offensivste Steigerung der Kirchenaustrittskampagne. Das bis Ende Februar gesteckte Ziel von 50000 Kirchenaustritten für das Reich muß weit überschritten werden. Organisierung betriebsweiser Kirchenaustritte nach Schluß der Arbeitszeit in Verbindung mit gut ausgestalteten Belegschaftsversammlungen. Erfassung der Erwerbslosen in den Stempelstellen zu geschlossenen Kirchenaustritten. Wir machen darauf aufmerksam, daß vom 27. bis 29. April die Reichsgeneralversammlung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung stattfindet, der in allen Bezirken

12 Erich *Weinert* (1890–1953), Arbeiter-Schriftsteller, Mitglied der KPD. Emigrierte 1933 aus Deutschland, von 1943–1945 Präsident des Nationalkomitees Freies Deutschland in Moskau. Nach 1945 führender Schriftsteller in der DDR.

13 Vgl. oben Anm. 6. Wegen der verstärkten kommunistischen Oppositionstätigkeit in dem vom Max *Sievers* geführten Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung beschloß die Verbandsführung für den 27.–29. April 1930 eine Generalversammlung, nach Berlin einzuberufen, die über die Neugründung eines eigenen „Deutschen Freidenker-Verbandes" entscheiden sollte. Vgl. *RF* Nr. 24 vom 29. 1. 1930. Hierzu fand am 9. März in der Berliner Organisation eine Urabstimmung statt. Vgl. *RF* Nr. 58 vom 9. 3. 1930. Als Folge wurde der Verband für Freidenkertum gespalten.

Bezirkskonferenzen vorangehen. Genaue Richtlinien für Vorbereitung dieser Bezirkskonferenzen gehen den Bezirken in den nächsten Tagen zu.[14]

Arbeiter-Theaterbund. Bundestag Ostern 1930 in Dortmund. SPD organisiert Vorstoß gegen kommunistische Bundesführung. Die Bezirksleitungen der Partei und des KJVD sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß sämtliche Agitproptruppen sich noch im Januar und Februar dem ATBD anschließen und zum Bundestag delegieren. Falls keine Delegation geschickt werden kann, müssen die Mandate der Bundesleitung übertragen werden, um ein besseres Stimmenverhältnis auf dem Bundestag zu erzielen.

In den nächsten Wochen werden vom ZK besondere Richtlinien[15] für die kulturpolitische Arbeit der Partei herausgegeben, in welchen zu den konkreten Aufgaben in den einzelnen proletarischen Kulturorganisationen Stellung genommen wird.

14 Diese Richtlinien liegen nicht vor.

15 Diese Richtlinien liegen nicht vor.

15 b.

25. 1. 1930: Anweisungen der ZK-Landabteilung

Anlage zu Nr. 15. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 1. Anweisungen der ZK-Landabteilung."

Inhaltsverzeichnis:

1. Tarifbewegungen der Landarbeiter
2. Zur Patenschaftsarbeit
3. Literaturvertrieb auf dem Lande
4. Die Grüne Woche 1930
5. Der Europäische Bauern-Kongreß

1. Tarifbewegungen der Landarbeiter

In den Tarifbezirken Provinz Ostpreußen wurde der Tarifvertrag von den Gutsbesitzern gekündigt, später aber vom DLV. In Pommern wurden ebenfalls sämtliche Kreistarife gekündigt. In Schleswig-Holstein und der Insel Fehmarn hat der DLV die Lohnbestimmungen zum Tarif gekündigt. In der Provinz Brandenburg und Grenzmark sind sämtliche Kreistarife gekündigt worden. In der Provinz Schlesien sowie im mitteldeutschen Tarifgebiet ist eine Tarifbewegung im Gange. Im Freistaat Mecklenburg-Schwerin ist der Tarif ebenfalls abgelaufen. Im Tarifgebiet Rhein-Hessen haben die Arbeitgeber den Mantel- und Lohntarif gekündigt. Im Tarifgebiet Kurhessen hat der DLV das Lohnabkommen gekündigt. Im Tarifgebiet Oberhessen-Starkenburg hat der DLV den Schlichtungsausschuß angerufen, weil die Gutsbesitzer Verhandlungen über Lohnerhöhungen ablehnen. Im Freistaat Württemberg mit dem Tarifgebiet Hohenzollern wurde der Tarifvertrag vom DLV gekündigt. Im Freistaat Danzig ist eine Bewegung bereits im Gange.

In allen Tarifgebieten fordern die Junker Lohnabbau. Die Kündigungsfristen der Tarife laufen meist am 31. März 1930 ab. Die BL haben sich unbedingt dieser Bewegung der Landarbeiter anzunehmen. Die Forderungen der Landarbeiter sind in der Entschließung auf dem Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition niedergelegt. Die Sekretariate sind im Besitz dieser Resolution.[1] Den Bezirken wird empfohlen, ihre ganzen Kräfte auf ein oder zwei Kreise mit großen Gütern zu konzentrieren. Ziel muß sein, während der Bestellzeit unbedingt einen Streik der Landarbeiter durchzuführen. Die BL sollen sich das Vorgehen der revolutionären Landarbeiteropposition in D a n z i g zum Vorbild nehmen.[2] Material ist den Bezirken bereits schon zugegangen.

2. Zur Patenschaftsarbeit. Sollen wir Ortsgruppen vom DLV gründen?

Der DLV ist die sozialdemokratische Parteiorganisation auf dem Lande. Die Bürokratie nahm als erste Kurs auf den Sozialfaschismus. Sie unterstützte die Gutsbesitzer aktiv in der Rationalisierung und Unterdrückung der Landarbeiter (siehe Statuten). Wo wir Ortsgruppen des DLV gründeten, zeigte sich bald, daß die Kreisleiter oftmals durch scheinradikale Phrasen die politisch ungeschulten Landarbeiter für die SPD einfingen. Unsere Genossen wurden dabei rücksichtslos ausgeschlossen. Die Fraktionsarbeit in den örtlichen Zahlstellen des DLV ist schwer, weil eine DLV-Zahlstelle sich oftmals auf 15–20 Güter erstreckt, und auf diesen nur ganz wenige Mitglieder vom DLV sind. 6 Prozent der Landarbeiter sind nur organisiert, so daß es 2¼ Millionen Unorganisierte gibt. Wo die Partei mit ihrem Einfluß erst in einem Dorfe vordringt, ist es das wichtigste, zuerst feste Stützpunkte zu schaffen, von denen aus wir an die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit herangehen können. Daher ist die Gründung von Parteiortsgruppen oder Gruppen der befreundeten Organisationen in den meisten Fällen die Voraussetzung zu der gewerkschaftlichen Arbeit. Deshalb: auf jedem Gut einen revolutionären Vertrauensmann. Bildung von Gutszellen. Gewinnung von Dorfkorrespondenten. Herstellung von Gutszeitungen. Gebt in den Bezirken Dorfzeitungen heraus, wie es Ostpreußen, Halle, Schlesien und Mecklenburg bereits tun. Im Frühjahr sind Landarbeitertreffen zu organisieren, in Verbindung mit Lohnbewegungen und Gutsrätewahlen. Kundgebungen in Kreisstädten, Agitproptruppen, Arbeitersportler, Dorfliteratur. In den Kreisstädten Bildung von Komitees der revolutionären Landarbeiteropposition und systematische Organisierung der Fraktionsarbeit.

B i s M i t t e F e b r u a r m ü s s e n d i e D o r f p a t e n s c h a f t e n f e r t i g s e i n. Keine Betriebs- oder Straßenzelle, keine Landortsgruppe ohne Dorfpatenschaft. Die Bezirke werden Anfang Februar auf diese Arbeit hin kontrolliert.

---

1 Vgl. Protokoll des 1. Reichskongresses der RGO, 30. November bis 1. Dezember 1929 in Berlin. Berlin 1930, S. 129 f. Die vom Kongreß verabschiedete Resolution ist auch abgedruckt in *RF* Nr. 252 vom 10. 12. 1929.

2 Am Sonntag, den 19. Januar 1930 tagte in Danzig eine Konferenz der Landarbeiter, die zur Tarifauseinandersetzung Stellung nahm. Die Konferenz beschloß entgegen dem Vorschlag der DLV-Funktionäre notfalls für höhere Löhne zu streiken. Vgl. „Kein Saatkorn in die Erde", *RF* Nr. 19 vom 23. 1. 1930.

Die gewählten Kreistagsabgeordneten sollen von den BL und UBL sofort angewiesen werden, an Sonntagen oder Sonnabenden Sprechstunden für Landarbeiter und Kleinbauern einzurichten. Auskünfte und Vertretungen vor Arbeitsgerichten übernehmen, sich beschäftigen mit Wohlfahrtsangelegenheiten, Erwerbslosenfragen, Siedler- und Pachtfragen, ihre Kreistagstätigkeit mit dieser Arbeit unter den Landarbeitern und Bauern verbinden. Die Kreistagsabgeordneten müssen das für die Partei werden, was die Kreisleiter vom DLV für die SPD sind. Die BL haben die Kreistagsabgeordneten und soweit möglich, Gemeindevertreter mit einschlägiger Literatur auszurüsten (Betriebsrätegesetz, Siedlergesetz, Pachtschutzordnung, Mieterrecht, Sozialversicherungsgesetzgebung, Erwerblosenversicherung usw.).

3. Literaturvertrieb auf dem Lande

An Landsonntagen und bei anderen Gelegenheiten wird allerlei Literatur mit aufs Land genommen, nicht nur die, die gebraucht wird. Es ist Unfug, den *Gottlosen*, *Die Junge Garde*, *Eulenspiegel*[3] und ähnliche Literatur bei den Bauern und auch Landarbeitern abzusetzen. Wir weisen hin auf die Broschüren: „Der Kampf gegen die Steuerlawine", die jeder Bauer kaufen wird. Ferner: „Die Flucht aus Rußland", „Wie verhält sich der Bauer bei Pfändungen", und die Landarbeiterbroschüre: „Einer für Alle – Alle für Einen", sowie die von den Bezirken herausgegebenen *Dorfzeitungen* in Massen abzusetzen.

4. Die Grüne Woche 1930

In der Zeit vom 1.–9. Februar findet in Berlin die Grüne Woche statt. In allen Provinzen des Reiches sollen Bauernaufmärsche organisiert vom Landbund und den christlichen Bauernvereinen sowie von der Deutschen Bauernschaft (Grüne Front) abgehalten werden. Bei der gegenwärtigen Lage der Kleinbauern ist es unsere Pflicht, mit Gegenaktionen zu antworten:[4] gegen den Zollwucher der Junker, gegen die Ausplünderung der Kleinbauern und Landarbeiter durch Staat, Großagrarier und Finanzkapital. Wo Landbund-Demonstrationen in Provinzstädten stattfinden, muß also die Partei Gegenaktionen organisieren. Sammellosung: gegen Lebensmittelwucher, Schutzzoll und kapitalistische Rationalisierung.

5. Der Europäische Bauern-Kongreß

findet Mitte März 1930 statt. Besondere Anweisungen und ausführliches Material dazu ist den Bezirken zugegangen.[5]

---

3 *Der Gottlose*, Zeitschrift der proletarischen Freidenkerbewegung.
Die Junge Garde, Zentralorgan des KJVD.
Der Eulenspiegel, satirische Zeitschrift, die in dem zum sog. *Münzenberg*-Konzern gehörenden Neuen Deutschen Verlag erschien. Herausgeber waren Otto *Nagel* und Heinrich *Zille*. 1931 hatte die Zeitschrift eine Auflage von 50 000 Exemplaren. Vgl. Babette Gross, Münzenberg. Eine politische Biographie. Stuttgart 1967, S. 178.

4 Vgl. zur Grünen Woche den Artikel von Edwin *Hoernle* in *RF* Nr. 28 vom 2. 2. 1930: „Hungerdiktatur bei übervollen Scheunen. Zur Grünen Woche der Junker in Berlin". Aufrufe zu Bauerndemonstrationen erschienen nicht in der *Roten Fahne*, die geforderten „Gegenaktionen" blieben aus.

5 Dieses Material liegt nicht vor. Zum Kongreß vgl. unten Dok. 16, 1.e. und *Inprekorr* Nr. 29 vom 28. 3. 1930, S. 700 f.

15 c.

24. 1. 1930: Anweisungen zur Kommunalarbeit

Anlage zu Nr. 15. Überschrift: „Zentralkomitee der KPD. Sekr. (Parlamente). Rundschreiben an alle Bezirksleitungen und deren Kompolabteilungen."

Inhaltsverzeichnis:

1. Ausbau der Kommunalabteilung
2. Konstituierung der Fraktion
3. Verbindung mit der Massenarbeit
4. Kommunalkonferenzen
5. Etatberatungen
6. Kampf gegen *Young*-Plan und Finanzdiktatur
7. Materiallieferung
8. Adressen
9. Pflichtbezug der *Kommune*

1. Ausbau der Kommunalabteilung

Die Sicherung für eine beschleunigte Durchführung der taktischen Wendung in der Kommunalarbeit (VI. Weltkongreß, XII. Reichsparteitag, X. EKKI-Plenum)[1] wird wesentlich verstärkt, wenn die BL und UBL nunmehr nach erfolgter Neuwahl der Kommunalfunktionäre an den Ausbau der Kompolabteilung herangehen. Bei der Erneuerung des Bestandes der Kompolabteilung müssen folgende Anforderungen an die Mitglieder gestellt werden:

1. absolut politisch gefestigte und erprobte Genossen.
2. in der Mehrzahl Betriebsproletarier aus Großbetrieben.
3. Beweis ihrer Befähigung zur Organisierung der Arbeit in den Zellen der Großbetriebe und in den Fraktionen der Massenorganisationen muß erbracht sein.
4. sie müssen bereit und fähig sein, die Schaffung leitender Kaders in den Massenorganisationen durchzuführen.

In der Zusammensetzung der Kompolabteilung muß die politische und organisatorische Gewähr für ein enges Zusammenarbeiten sowohl mit der BL bzw. UBL und den Kommunalfraktionen als auch mit der Parteimitgliedschaft und den außerparteilichen Hilfsorganisationen, Oppositionsgruppen, Betriebsbelegschaften unbedingt gesichert sein, keine mechanische Veränderung des Personenbestandes. Das Wichtigste ist: Die Erneuerung muß mit einer ideologisch konsequenten Selbstkritik der Fehler der Kommunalpolitik des Bezirks und mit dem ernsten Willen zur Behebung der Mängel verbunden sein.

Der Abschluß der Neubildung bzw. des Ausbaues der Kompolabteilung muß spätestens bis zum Bezirksparteitag durchgeführt sein, damit dort die endgültige Bestätigung erfolgt.

2. Konstituierung der Fraktionen

Für die neugewählten Kommunalvertreter muß nunmehr die Konstituierung ihrer

1 Vgl. oben Dok. 15, Anm. 17.

Fraktion (Mindestzahl 2) und die Zuteilung auf die einzelnen Arbeitsgebiete erfolgen. Die Kontrolle darüber muß von den BL sofort vorgenommen und an uns bis zum 10. Februar berichtet werden.

3. Verbindung mit der Massenarbeit

Eine enge Wechselverbindung haben die Kommunalfraktionen mit der Partei, den außerparteilichen Massenorganisationen, Interessenvereinen (Mieter, Siedler und Kleinbauern), Oppositionsgruppen, Gewerkschaftsfraktionen und Betriebsbelegschaften beschleunigt herzustellen. In diese Organisationen usw. sind Kommunalfunktionäre als Verbindungsmänner zu entsenden, damit sie dort als organisierende und politisch führende Kraft nicht nur politisch anregend, sondern vor allem zu Widerstands- und Offensivbewegungen aktivisierend wirken. Umgekehrt müssen von diesen überparteilichen Organisationen, Fraktionen, Gruppen und Betriebsbelegschaften in Versammlungen gewählte Vertreter in die Komunalfraktionen als Beiräte delegiert werden. Ebenso sind auf erweiterter Basis besondere Arbeitsgemeinschaften für Spezialgebiete (Wohlfahrt, Werke, Wohnungsbau usw.) herzustellen. Die BL und UBL muß nicht nur selber diese Arbeit unterstützen und fördern, sondern dafür die Parteimitgliedschaft interessieren unter Anwendung einer gesunden Selbstkritik. Abschlußtermin ist Ende Februar, Teilberichte müssen bis zum 5. Februar eingesandt werden.

4. Kommunalkonferenzen

müssen in allen Unterbezirken abgehalten werden. Zu behandeln wäre

die taktische Wendung in der Kommunalpolitik,

die unter 1–3 angedeuteten Aufgaben,

eine gesunde Selbstkritik der gemachten Fehler und Mängel unter Hinweis auf die politisch notwendige Aggressivtaktik der Partei gegenüber Staat und Gemeinde, gegenüber den Sozial- und Nationalfaschisten.

Abschluß der UB-Konferenzen Mitte Februar; Teilberichte bis zum 5. Februar einsenden.

Im unmittelbaren Anschluß an abgehaltene UB-Konferenzen sind örtliche Konferenzen der Kommunalvertreter gemeinsam mit Vertretern der Betriebe, Organisationen und Gruppen abzuhalten, in denen die vorher aufgezeigten Aufgaben konkretisiert auf die örtlichen Verhältnisse zu behandeln sind.

5. Etatberatungen

Wir verweisen hierfür auf das Rundschreiben vom 2. Januar d. J. an alle Kommunalfraktionen[2] und verpflichten alle BL und UBL, für die Durchführung der dort gegebenen Anweisungen bemüht zu sein und Kontrolle zu üben.

6. Kampf gegen *Young*-Plan und Finanzdiktatur.

Der Kampf gegen den *Young*-Plan und Finanzdiktatur wird durch die gewissenhafte

2 In diesem Sonderrundschreiben der Abteilung „Parlamente" des ZK an alle Kommunalfraktionen wurden Anweisungen für die Haushaltsberatungen gegeben. Diese sollten den „arbeiterfeindlichen" Charakter der Haushaltspläne enthüllen, die Öffentlichkeit herstellen, eng mit den Parteileitungen zusammenarbeiten, usw.

Durchführung der unter 1–5 aufgezeigten Aufgaben wesentlich gefördert, wenn dabei gleichzeitig deren Auswirkung auf die örtlichen Verhältnisse behandelt wird. (Steigerung der Miete, der Werktarife, der Gemeindesteuern.) Die dadurch wachsende Erregung ist für Versammlungen und Demonstrationen auszuwerten. Wichtig ist die Aufstellung von Lohnforderungen und die Auslösung von Wirtschaftskämpfen.

7. Materiallieferung

Die Lieferung von Material für Orts-, Stadtteil- und Dorfzeitungen wie die Schaffung von Kommunalkorrespondenten. Einstellung der Arbeiterkorrespondenten auf wichtige Kommunalvorgänge wird gleichzeitig eine Aufgabe der Kompolabteilung sein müssen. Hierbei ist die Mitarbeit der Redaktionen der Bezirkspresse zu sichern. Die Kompolabteilung muß durch Einwirkung auf die Redaktionen eine bessere politische Auswertung der Kommunalberichte sichern (keine langen protokollmäßigen Berichte). Mehr Selbstkritik auch in der Presse gegenüber gemachten Fehlern und Abweichungen in der kommunalpolitischen Arbeit muß geübt werden.

8. Adressen

Die Adressen der neugewählten Stadträte, Beigeordneten, Schöffen, Gemeindevorsteher, Amtsvorsteher und Bürgermeister – ob besoldet oder unbesoldet – sind uns sofort nach erfolgter Bestätigung zu melden.

9. Pflichtbezug der *Kommune*[3]

besteht für jeden Kommunalfunktionär. Die Ortsgruppen müssen eine Kontrolle darüber durchführen.

Wir empfehlen am Vorabend des Bezirksparteitages eine Konferenz für Kommunalfunktionäre zu organisieren.

Wir ersuchen, sofort festzustellen, wann in den einzelnen Bezirken regionale Tagungen der Kommunalen Spitzenverbände (Provinzstädtetage, Bezirkstage des Landgemeindeverbandes West usw.) stattfinden. Für diese Tagungen ist das volle Delegationsrecht auszunutzen und für geschlossenes Auftreten der kommunistischen Fraktion zu sorgen.

Mit kommunistischem Gruß
Zentralkomitee der KPD
Sekretariat (Parlamente)

3 *Die Kommune*, Zeitschrift für kommunistische Kommunalpolitik, hrsg. von der KPD (Sektion der Komm. Internationale), erschien vierzehntäglich.

16.

21. 2. 1930: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen

BA R 134, Bd. 60, S. 160–175 und StA Bremen, 4, 65 – II A 12a, Bd. 26; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/13.3. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 2 Anweisungen des Sekretariats."

Inhaltsverzeichnis:

1. Zur politischen Lage und den aktuellen Aufgaben.
2. Kampf gegen den Opportunismus.
3. Unterstützung des Kommunistischen Jugendverbandes.
4. Berichterstattung betr. Versöhnler. *Brandler*ianer. *Lenin*bund.

1. Zur politischen Lage und den aktuellen Aufgaben

Die allgemein politischen Fragen der internationalen Lage und der Lage in Deutschland wurden bereits im Rundschreiben Nr. 1 vom 25. Januar 1930 ausführlich behandelt. Es sind inzwischen keine prinzipiellen Änderungen der Situation eingetreten.

a) Verschärfte Moskauhetze

Die wichtigste neue Erscheinung der internationalen Lage ist im Zusammenhang mit der Verschärfung der imperialistischen Gegensätze (Mißerfolge der Londoner Flottenkonferenz)[1] und dem starken Aufstieg, sowie der breitesten Ausdehnung der revolutionären Arbeiterbewegung auf der ganzen Welt die Tatsache, daß eine neue Weltkampagne gegen die S.U., eine Anti-Moskau-Hetze, ein ideologischer Vorbereitungsfeldzug für den Interventionskrieg von nicht dagewesener Stärke eingesetzt hat. Die Überfälle in Mexiko und München,[2] die wahnwitzige sowjetfeindliche Kampagne in Paris („Verschwinden *Kutiepoffs*").[3] der drohende – in Einzelfällen direkt kriegerische – Ton des deutschen Presse, insbesondere des *Vorwärts* und der anderen sozialfaschistischen Blätter, die sowjetfeindlichen Anweisungen und Maßnahmen

1 Die am 21. Januar in London zusammengetretene Flottenabrüstungskonferenz wurde am 19. Februar wegen der französischen Regierungskrise (nach dem Sturz des Kabinetts *Tardieu*) auf den 26. Februar vertagt, trat jedoch erst am 7. März erneut zusammen. Vgl. Schulthess 1930, S. 479 ff. Zur Haltung der KPD vgl. den Kommentar der *RF* Nr. 7 vom 9. 1. 1930.

2 Aus Protest gegen kommunistische Demonstrationen vor den Botschaften Mexikos in Washington, Buenos Aires und Rio de Janeiro brach Mexiko am 23. Januar 1930 die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion ab. Vgl. *RF* Nr. 21 vom 25. 1.; Nr. 24 vom 29. 1.; Nr. 34 vom 9. 2. 1930. Am 11. Februar ließ die mexikanische Regierung die sowjetische Botschaft in Mexiko besetzen und von Polizei durchsuchen. Vgl. *RF* Nr. 36 vom 12. 2. 1930.
In München führte die Polizei am 11. März 1930 eine Haussuchung nach Sprengstoff in den Geschäftsräumen der sowjetischen Handelsvertretung durch. Vgl. *RF* Nr. 60 vom 12. 3. 1930.

3 Der russische Emigrant General *Kutiepoff (Kutipow)* sollte angeblich einen Überfall auf die sowjetische Botschaft in Paris vorbereitet haben. Vgl. *RF* Nr. 29–30 vom 4. und 5. 2. 1930. Wenige Tage nach Bekanntwerden dieses angeblichen Planes verschwand *Kutiepoff* spurlos. Möglicherweise wurde er von Angehörigen der Sowjetbotschaft in Paris entführt, wie französische Zeitungen vermuteten. Vgl. dazu die Stellungnahme der *RF* Nr. 35 vom 11. 2. 1930.

Grzesinskis,[4] zuletzt die Weltoffensive der katholischen Kirche gegen die Sowjetunion[5] zeigen den Ernst der Lage. Die Partei muß überall mit wuchtigen Massenaktionen zur Verteidigung der S.U. auf den Plan treten und den breitesten Massen des Proletariats und darüber hinaus aller werktätigen Mittelschichten zum Bewußtsein bringen, daß die Kriegsgefahr erneut mit ungeheurem Ernst auf der Tagesordnung steht. Dabei die besonders aktive Rolle, die Führung und Initiative der deutschen *Young*-Regierung und des Sozialfaschismus bei der Vorbereitung des Krieges kennzeichnen.

b) Umfassender Kampf gegen den *Young*plan

Die bevorstehende Annahme des *Young*plans und des Republikschutzgesetzes im Reichstag[6] reißt noch einmal vor der gesamten werktätigen Bevölkerung in schärfster Form den reaktionären Charakter dieses Raub-, Hunger- und Kriegspaktes auf, ist ein weiterer Schritt im Prozeß der ungeheuren Zuspitzung der Klassengegensätze in Deutschland. Die ideologisch-politische Grundlage unseres bolschewistischen Kampfes gegen den *Young*plan bildet die wegweisende Rede des Parteivorsitzenden, Genossen *Ernst Thälmann* in der Reichstagssitzung vom 11. Februar.[7] Diese Rede ist in einer Massenauflage von 2 Millionen Exemplaren als Flugblatt erschienen und muß in allen Betrieben, an den Stempelstellen, in den Arbeiterhäusern, in allen Versammlungen und Kundgebungen der Partei und der revolutionären Organisationen verbreitet werden. In jedes Dorf, in jedes große Gut muß dieses Flugblatt hineinkommen. Dieses Flugblatt hat nicht nur die Bedeutung eines gewöhnlichen Agitationsmaterials, sondern die *Thälmann*-Rede ist das politische Programm der Partei in der gegenwärtigen Situation, das jedem Arbeiter und jedem Werktätigen in allgemein verständlicher Massensprache die Ursachen von Not, Elend und Erwerbslosigkeit aufzeigt und mit der leninistischen Fragestellung: Sowjetdeutschland anstelle von *Young*deutschland zugleich den bolschewistischen Ausweg aus der Krise, die revolutionärproletarische Lösung der Reparationsfrage angibt. Wir verpflichten

4 Als der preußische Innenminister *Grzesinski* russischen Emigranten Aufenthaltserlaubnisse erteilte und ihnen in Berlin Wohnungen zuwies, wertete die KPD-Presse dies als Vorbereitungsmaßnahmen für einen Angriff auf die Sowjetunion und ihre Botschaft in Berlin. Vgl. *RF* Nr. 5 vom 7. 1. 1930; Nr. 38 vom 14. 2.; Nr. 39 vom 15. 2.; Nr. 42 vom 19. 2. 1930.

5 Am 8. Februar 1930 wies Papst *Pius XI.* in einem offenen Brief an den Generalvikar von Rom, Kardinal *Pompili*, auf die Verfolgung der Kirche in der Sowjetunion hin und kündigte die Bildung einer Kommission an, die die Vorgänge in der Sowjetunion beobachten sollte. Vgl. *RF* Nr. 34 vom 9. 2. 1930. Die KPD benutzte diesen Vorgang zu einer Kampagne gegen die katholische Kirche, die mit der Werbung für den Freidenkerverband verbunden war. Vgl. *RF* Nr. 38 vom 14. 2. 1930. Vgl. auch *Inprekorr* Nr. 17 vom 18. 2. 1930, S. 397 ff. sowie Nr. 27 vom 21. 3. 1930, S. 655 f. Zur Kirchenaustrittsbewegung des proletarischen Freidenkerverbandes siehe oben Dok. 15 a, Anweisungen der Agitprop-Abteilung.

6 Die Verabschiedung des *Young*plan-Gesetzes im Reichstag erfolgte am 12. März 1930, die des Republikschutzgesetzes am 18. März 1930.

7 Vgl. Ernst Thälmann, „Sowjetdeutschland gegen Young-Deutschland". *RF* Nr. 36 vom 12. 2. 1930. Verhandlungen des Reichstages, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 426, S. 3931 ff. *Thälmann* begründete in dieser Rede die Ablehnung des *Young*-Plans mit Ausführungen über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in Deutschland. Das deutsche Proletariat werde dem internationalen Kapitalismus keine Tribute zahlen. Stattdessen forderte *Thälmann* die Liquidation aller Kriegsschulden durch die Errichtung eines Sowjet-Deutschland. Die Rede ist abgedruckt in Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, Berlin (Ost) 1956, S. 278 ff.

die Bezirksleitungen, eine genaue Kontrolle über die erfolgte Verteilung durchzuführen, wir selbst werden durch Rückfragen Stichproben machen. Zum Kampf gegen *Young*plan und Republikschutzgesetz sollen in einzelnen Großstädten informatorische Versammlungen für Betriebsräte einberufen werden, in denen Abgeordnete referieren.

c) Energische Gegenoffensive gegen die Verleumdungs- und Verbotskampagne

Die Verbots- und Verfolgungsoffensive gegen die Partei, den Jugendverband und alle revolutionären Massenorganisationen wird seitens der sozialfaschistischen Regierungskoalition mit größter Konsequenz und Wucht fortgesetzt. Die Aufrechterhaltung des Demonstrationsverbots in Preußen,[8] die zügellose Verleumdungskampagne der bürgerlich-sozialfaschistischen Presse (schmutzige Verdächtigungen wie anläßlich des Auftretens des Lockspitzels *Ali Höhler*,[9] Lügen, wie über den Häuserverkauf,[10] die durch die öffentliche Erklärung des Sekretariats bereits widerlegt wurden), die Verhaftungen, Hochverratsprozesse und jahrelange Einkerkerung zahlreicher kommunistischer Redakteure,[11] die Auflösung der tapferen Berliner Antifaschistischen Jungen Garde durch *Zörgiebel*,[12] zuletzt die provokatorische Besetzung des *Karl Liebknecht*-Hauses[13] mit dem Versuch, der Partei Spitzelmaterial zu unterschieben, – alles das zeigt, wohin der Kurs geht. Die Partei muß den Kampf gegen die Verbots- und Verfolgungsoffensive mit viel größerer Kraft, mit viel stärkerem Massencharakter, mit viel kühnerem Angriffsgeist fortführen. Jede fatalistische Einstellung, das Parteiverbot als gegebene Tatsache zu betrachten, wie sie in einzelnen unserer Presseäußerungen enthalten war, ist ein grober politischer Fehler, der in seiner Konsequenz zum Kapitulantentum und zum Liquidatorentum

8 Vgl. oben Dok. 15, Anm. 10.

9 Albert *Höhler*, arbeitsloser Tischler, Mitglied der KPD erschoß am 14. Januar 1930 den nationalsozialistischen Studenten Horst *Wessel*. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse äußerte daraufhin den Verdacht, daß *Höhler* zu dieser Handlung von der KPD beauftragt worden sei, um gegenüber den Nationalsozialisten ein abschreckendes Exempel zu statuieren. Vgl. *Vorwärts* Nr. 59 vom 5. 2. 1930.

10 Anfang Februar 1930 erschien in der Presse die Nachricht, daß die KPD den Verkauf eines Teiles ihres Vermögens vorbereite. Vgl. *Vorwärts* Nr. 60 (*Der Abend*) vom 5. 2. 1930. Hierauf reagierte die KPD mit einer Stellungnahme des ZK, die sämtliche Verkaufsgerüchte bestritt. Vgl. *RF* Nr. 32 vom 7. 2. 1930.

11 Am 15. Februar 1930 berichtete *Die Rote Fahne*, daß zum angegebenen Zeitpunkt 22 KPD-Redakteure in Haft seien und über 50 weitere Hochverratsverfahren bevorstünden. Vgl. *RF* Nr. 39 vom 15. 2. 1930.

12 Die am 26. Juli 1929 in Berlin gegründete Antifaschistische Junge Garde wurde aufgrund einer Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten *Zörgiebel* am 13. Februar 1930 aufgelöst. Vgl. *RF* Nr. 38 vom 14. 2. 1930. Als Grund wurde angegeben, daß die Antifaschistische Junge Garde als Nachfolgeorganisation der zusammen mit dem RFB verbotenen Roten Jungfront anzusehen sei.

13 Am 18. Februar 1930 wurde auf Anordnung des Reichsgerichts das Haus der Parteizentrale in Berlin von der Polizei besetzt und durchsucht. Die Aktion galt der Suche nach vermeintlichen staatsgefährdenden Schriften. Bei der Durchsuchung wurde umfangreiches Aktenmaterial der KPD beschlagnahmt, das jedoch noch am selben Tag größtenteils zurückgegeben wurde. Vgl. *RF* Nr. 42–44 vom 19.–21. 2. 1930. Vgl. auch *AIZ* Heft 9, Nr. 9/1930, S. 163; *Inprekorr* Nr. 18 vom 21. 2. 1930, S. 433f.

führen muß. Wir weisen überall die gemeine Verleumdung, daß die Partei und ihre Führung die Illegalität selbst erstrebe, mit Entrüstung und Verachtung zurück. Wir kämpfen um jeden Fußbreit der legalen Möglichkeiten unserer Betätigung. Wir fürchten aber auch nicht die Illegalität, sondern die Partei trifft alle Vorkehrungen, um unter allen Umständen und um jeden Preis die Fortsetzung ihrer revolutionären Tätigkeit, was immer kommen möge, zu sichern. In diesem Geiste mobilisieren wir die Massen, rütteln wir die Betriebe und Arbeitsnachweise auf, wirken und kämpfen wir im gesamten deutschen Proletariat. Die Frage, in welchem Zeitpunkt es *Severing* und *Grzesinski* gelingt, die Partei zu verbieten, ist nicht das Entscheidende, es kommt darauf an, daß die Partei jede Möglichkeit legalen Arbeitens bis aufs Äußerste nutzt und gleichzeitig die volle Weiterführung der revolutionäten Tätigkeit bei eintretendem Verbot sichert. Die Kommunisten rechnen mit dem Verbot, das der Klassenfeind androht, aber zugleich tun sie alles, um den Erlaß dieses Verbots zu verhindern und das Verbot, falls es kommt, unwirksam zu machen. Diese Linie ist in der gesamten Organisation und in der Presse durchzusetzen.

d) Betriebsrätewahlen, Erwerbslosentag, Internationaler Frauentag

Der Kampf gegen den *Young*plan, gegen den Unterdrückungsfeldzug des Sozialfaschismus, gegen Parteiverbot und Belagerungszustand besteht in den nächsten Monaten in erster Linie in der energischsten Vorbereitung und Durchführung des internationalen Erwerbslosentages am 6. März, des internationalen Frauentages und in der Organisierung und Durchführung der Betriebsrätewahlen.[14] Diese Aktionen, die eine einheitliche, geschlossene und großzügige Kampagne darstellen, sind unter gewissenhaftester Beachtung der dazu herausgegebenen besonderen Direktiven und Richtlinien mit aller Kraft durchzuführen. Nachdem die Betriebsrätewahlkampagne eine günstige Entwicklung zu nehmen beginnt, muß gleichzeitig eine besondere Kontrolle über die Vorbereitung der Maßnahmen der Zellen, Ortsgruppen und Fraktionen zum 6. und 8. März von seiten der BL einsetzen. Wie die Forderungen der Belegschaften und Erwerbslosen und in diesem Zusammenhang des weiblichen Proletariats scharf in den Vordergrund der Agitation gestellt werden müssen, so muß auch die Frage der Betriebswahlausschüsse und Erwerbslosenausschüsse an konkreten Beispielen der Stellungnahme von Großbetrieben und Arbeitsnachweisen auf die erste Seite aller Zeitungen (Tagespresse, Betriebs- und Stempelstellenzeitungen) treten. (Wir verweisen auf die diesem Rundschreiben beiliegenden Richtlinien zum Internationalen Erwerbslosentag und Internationalen Frauentag.)[15]

In der nächsten Woche muß in öffentlichen Versammlungen, in allen Belegschafts- und Erwerbslosenversammlungen durch unsere Redner und Diskussionsredner in allen Massenorganisationen, Kommunalparlamenten etc. zum 6. März Stellung genommen werden.

Die bisherigen Berichte über den Verlauf der Wahlvorbereitung zu den Betriebsrätewahlen machen es notwendig, auf folgendes besonders noch hinzuweisen:

14 Vgl. zu diesen Kampagnen auch oben Dok. 15.

15 Diese Richtlinien liegen nicht vor.

Die Wahlbewegung in den Betrieben muß durch eine Belegschaftsversammlung eingeleitet werden, in der die Kampfforderungen für den betr. Betrieb beschlossen werden. Es ist in einigen Fällen vorgekommen, daß die betrieblichen Kampfforderungen nicht mit den politischen Losungen verbunden wurden. Es ist notwendig, solche Beschlüsse der Belegschaften dementsprechend zu ergänzen.

Bei der Betriebsrätewahl gilt es in den Belegschaften und in der Presse die Bilanz zu ziehen: kapitalistische Rationalisierungspolitik und Versprechungen des ADGB seit Jahren bei ständiger Senkung der Lebenshaltung der Arbeiter und Verschärfung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung. Im Gegensatz dazu: siegreiche, sozialistische Offensive bei gleichzeitiger Hebung der Lebensverhältnisse der werktätigen Massen in der Sowjetunion. Angesichts der heranreifenden kapitalistischen Weltwirtschaftskrise unter zunehmender Erschütterung besonders der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands, muß mehr denn je im Zusammenhang mit dem Kampf gegen das Hungerregime konkret der revolutionäre Ausweg des Kampfes um Sowjetdeutschland aufgezeigt werden.

In allen Betrieben, auch dort, wo keine Parteizellen bestehen, muß alles versucht werden, um möglichst breite rote Betriebswahlausschüsse zu bilden. Die Stärke und Zusammensetzung der roten Wahlausschüsse ist ein Maßstab für die wirkliche Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten. Ein Teil der Funktionäre leistet bei der Heranziehung parteiloser Arbeiter auf dem Wege der Wahlausschüsse offensichtlich Widerstand, weil sie die Aktivität mancher parteiloser Arbeit fürchten. Durch die Tagespresse, mit Hilfe der Betriebszeitungen, mit Hilfe von Flugzetteln usw. muß deshalb die Frage der Bedeutung der Zusammensetzung der roten Wahlausschüsse in den Belegschaften populär gemacht werden. Besonders notwendig ist es, in diese Wahlausschüsse, ebenso wie dann auf die Kandidatenlisten der Betriebsräte, eine möglichst große Anzahl der niedrig entlohnten Arbeiter, Arbeiterinnen und Jungarbeiter, die ja vorwiegend unorganisiert sind, aufzustellen. Sowohl die Wahl der Wahlausschüsse, wie die Festlegung der Kandidatenliste muß in öffentlicher Belegschaftsversammlung vor sich gehen. Diese öffentliche Stellungnahme und Befragung der Belegschaft über jeden einzelnen Kandidaten hat, wo sie bisher durchgeführt wurde, den stürmischen Beifall der Arbeiter gefunden und die Autorität der Partei gestärkt.

Vielfach erklären Genossen, daß man doch keinen der bisherigen Betriebsräte zurückstellen könne. Dieser Standpunkt bedeutet den Verzicht auf die Heranziehung jener neuen aktiven Arbeiterfunktionäre, die im letzten Jahr im Betrieb bewiesen haben, daß sie gute Kämpfer sind. Eine Auffrischung der roten Betriebsräte muß also unter allen Umständen geschehen, oft noch in radikalerem Maßstabe als bei den Kandidaten zu den Gemeindevertretungen. Den genannten Wahlausschüssen sollen auch Vertreter der Erwerbslosen angehören.

Wir weisen besonders darauf hin, daß die roten Wahlausschüsse verantwortlich sind für die organisierte Unterstützung der Vorbereitung der Wahlen roter Gutsräte auf dem Dorfe.

In den Gewerkschaftsveranstaltungen muß von unseren Genossen die Frage des Kampfes um die Betriebsräte auf Grund unserer konkreten Forderungen und des Kampfes gegen die Politik des ADGB gestellt werden. Insbesondere ist der Beschluß des Bundesausschusses des ADGB, der ein Notopfer von den Arbeitern verlangt, zur

breitesten Massenmobilisierung gegen die sozialfaschistischen Gewerkschaften politisch auszunutzen.[16]

Die Verschärfung des Kampfes um die roten Betriebsräte. Organisierung des Kampfes um die betrieblichen Forderungen bedeutet gleichzeitig eine Verschärfung der gemeinsamen Kampfmaßnahmen der Unternehmer, der Sozialfaschisten und Faschisten gegen die revolutionären Funktionäre im Betrieb. Die Verteidigung der Betriebsräte im Betrieb Opel, sowie in Meerane bei der Plüschweberei Matthes ist symptomatisch für die gegenwärtige Situation.[17] In allen Belegschaftsversammlungen müssen die Erfahrungen von Opel und Meerane ausführlich popularisiert werden, damit die Belegschaft rechtzeitig eingestellt wird auf die Durchführung des Kampfes zur Verteidigung der Betriebsräte mit Hilfe von Demonstrationsversammlungen während der Arbeitszeit und Streikbewegungen. (Aufklärende Artikel dazu erscheinen in der Parteipresse.)[18]

e) Betr. Europäischer Bauernkongreß

Wie wir erfahren, soll der Europäische Bauernkongreß nunmehr endgültig am 27./29. März in Berlin stattfinden.[19] Dieser Kongreß muß von der Partei sympathisch unterstützt werden, jedoch mit den politischen Abgrenzungen gegenüber einer Reihe von Bauerngruppen, die dort vertreten sein werden. (Siehe die bereits erfolgte, ausführliche Sonderinformation.)

f) Betr. Mobilisierung der Mieter

Diesem Rundschreiben liegt eine Anweisung zur Organisierung des Kampfes gegen den Mietwucher bei.[20] [Bei] der Notwendigkeit der Schaffung von Klarheit über die Mieterforderungen der Partei mit der Bildung von Mieterausschüssen ist es notwendig, die Anweisung an alle Ortsgruppen und Stadtteilleitungen weiterzugeben.[21]

---

16 Am 17. und 18. Februar tagte eine Bundesausschußsitzung des ADGB, die sich mit der Wirtschaftslage beschäftigte. In einer Resolution wurde dabei festgestellt, daß „zur Behebung der gegenwärtigen Finanznot des Reiches wie zur Sicherung der Mittel für seine sozialen Verpflichtungen [. . .] ein prozentual festzusetzender Anteil als Notopfer aller Steuerpflichtigen von Besitz und Einkommen erhoben werden soll". Vgl. *Vorwärts* Nr. 83 vom 19. 2. 1930.
RF Nr. 43 vom 20. 2. 1930. Vgl. zur Pressekampagne *RF* Nr. 50 vom 28. 2. 1930: „Das Notopfer der Sozialdemokratie".

17 Wegen Anstiftung der Arbeiter zu einer Betriebsbesetzung zwecks Durchsetzung von Lohnforderungen wurden von der Betriebsleitung Opel drei kommunistische Betriebsräte entlassen. Die Entlassung führte zu einem eintägigen Proteststreik der Belegschaft, um die Rücknahme der Entlassung zu erzwingen. Vgl. *RF* Nr. 37 vom 13. 2. 1930; *Vorwärts* Nr. 73 vom 13. 2. 1930; *RF* Nr. 42 vom 20. 2. 1930.
In Meerane erzwangen die Arbeiter der Weberei Matthes am 14. Februar 1930 durch einen Proteststreik die Zurücknahme einer Maßregelung eines kommunistischen Betriebsrates. Vgl. *RF* Nr. 42 vom 20. 2. 1930. Worin diese „Maßregelung" bestand, wird von der *Roten Fahne* nicht berichtet.

18 Vgl. *RF* Nr. 48 vom 26. 2. 1930: „Die Lehren des Kampfes bei Opel".

19 Vgl. oben Dok. 15b, Anweisungen der Landabteilung. Die erwähnte Sonderinformation liegt nicht vor.

20 Liegt nicht vor.

21 Der Text ist hier offensichtlich unvollständig. Über die Mieterforderungen der Partei vgl. *RF* Nr. 48 vom 26. 2. 1930: „Neuer Vorstoß der Mietwucherer".

g) Schnelleres Tempo in der oppositionellen Sportarbeit

Auf diesem Gebiet hat die Partei in den letzten Wochen große Fortschritte gemacht und doch werden die vorhandenen günstigen Möglichkeiten der selbständigen Organisierung der Sportopposition noch lange nicht genügend ausgenutzt. Es muß deshalb im Sekretariat und in der BL gründlich Stellung zu den Euch bereits zugegangenen speziellen Anweisungen betr. der Sportarbeit genommen werden.[22]

h) Oppositionelle Freidenkerarbeit

Im ganzen Reich stehen die Wahlen zur Generalversammlung des *Sievert*schen Verbandes[23] bevor, die ausgenutzt werden müssen, um in allen Bezirken die Oposition in den Vereinen straff zusammenzufassen. Der Angriff des Papstes gegen die Sowjetunion, die Festlegung des Bettages auf den 19. März gibt uns die günstige Gelegenheit, eine breite antikirchliche Kampagne in den Freidenkervereinen und in den Arbeitermassen zu entfalten, überall Solidaritätsresolutionen für die USSR zu beschließen,[24] eine breite Kirchenaustrittsbewegung zu organisieren, neue Massen in den oppositionellen Verbänden oder innerhalb der Freidenkeropposition zu sammeln und am 19. März selbst in ganz Deutschland, in allen Städten und großen Orten, großangelegte antikirchliche Kundgebungen mit Solidaritätsbeschlüssen für die Sowjetunion zu organisieren.

i) Starke Unterstützung der RH

Der steigende Polizei- und Justizterror, die zahlreichen Verhaftungen von Parteigenossen und revolutionären Arbeitern stellen immer größere Anforderungen an die Rote Hilfe. Es ist daher Aufgabe der Parteileitungen, durch Rücksprache mit den RH-Fraktionen dafür zu sorgen, daß alle Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der RH zu einer Massenorganisation im Bezirk gesichert werden und daß alle Parteimitglieder und die Parteipresse die RH aufs tatkräftigste unterstützen.

k) Betr. Sammelkampagne

In jedem Sekretariat und in jeder Redaktion muß ein Genosse für die tägliche Führung der Sammelaktion verantwortlich gemacht werden. Die speziellen Direktiven zu der Sammelkampagne sind betr. ihrer Durchführung im Bezirk von der BL wöchentlich zu kontrollieren und Bericht an das ZK zu erstatten.

2. Kampf gegen den Opportunismus

Bei Organisierung der Kämpfe in den Betrieben und Vorbereitung der Betriebsräte-

---

22 Vgl. zur Auswirkung der taktischen Wendung der KPD auf die Arbeitersportbewegung unten Dok. 18, Anm. 2.

23 Vgl. oben Dok. 15 a, Anm. 13.

24 Vgl. oben Anm. 5. Die von Papst *Pius XI.* eingesetzte Kommission zur Beobachtung der Kirchenverfolgung in der Sowjetunion setzte für den 19. März 1930 einen Welt-Sühnetag fest, an dem für die Opfer der Kirchenverfolgung gebetet werden sollte. Dagegen rief die KPD zu Gegenkundgebungen am selben Tag auf. Vgl. *RF* Nr. 38 vom 14. 2. 1930. Vgl. zu den geforderten Solidaritätsresolutionen den Aufruf in der *Roten Fahne* Nr. 47 vom 25. 2. 1930: „Verteidigt die UdSSR gegen die pfäffischen Kriegstreiber! Aufruf der proletarischen Freidenker an das deutsche Proletariat". Ferner *RF* Nr. 58 vom 9. 3. 1930; Nr. 60 vom 12. 3. 1930.

wahlen zeigen sich bei manchen Parteimitgliedern offen opportunistische Schwankungen oder Abweichungen in folgenden Hauptfragen:

a) Kampf gegen den Sozialfaschismus. Verzicht auf den Kampf gegen die sozialfaschistischen Betriebsfunktionäre.

b) Organisierung des Kampfes um die politischen und ökonomischen Forderungen im Betrieb. Manche Genossen wollen sich auf die Agitation beschränken und auf die Kampforganisierung verzichten. Andere Parteimitglieder stimmen Entlassungen zu oder treten noch für „Freigewerkschaftliche" Betriebsrätelisten ein.

c) Kampf gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie. Manche Parteimitglieder weichen vor dem Kampf gegen die sozialfaschistische Bürokratie zurück, schweigen in den Gewerkschaftsversammlungen oder verzichten auf die Vertretung der politischen und ökonomischen Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition in den Gewerkschaften. Sie erklären, daß die Beschlüsse der Gewerkschaft, d. h. die Diktate der sozialfaschistischen Bürokratie, für sie maßgebend seien.

d) Mobilisierung der Arbeiter für die politischen Losungen und Vorbereitung politischer Massenstreikbewegungen in den Betrieben. Manche Parteimitglieder unterlassen es oder weigern sich, die Tagesfragen im Betrieb mit den politischen Losungen zu verknüpfen, die betrieblichen Kämpfe als einen Teil des Klassenkampfes zu führen. Sie verzichten auf die politische Erziehung der Belegschaft.

Diese opportunistischen Gefahren haben im wesentlichen folgende Ursachen:

a) Die ungeheure Zuspitzung des Klassenkampfes, die völlige Übereinstimmung der Politik der sozialdemokratischen Betriebsfunktionäre mit der Politik der *Severing, Zörgiebel* + Co., die schärfere klassenmäßige Herausbildung der Kampffronten bis in die kleinste Betriebsabteilung, zwingt nicht nur jeden Arbeiter, sich klar zwischen den beiden Fronten zu entscheiden, sondern macht auch jede Blockpolitik zwischen oppositionellen und sozialdemokratischen Funktionären in der Betriebsabteilung unmöglich.

b) Bei der konkreten Organisierung des politisch-ökonomischen Kampfes in jedem Betrieb wird der Widerspruch zwischen der allgemeinen Agitation mancher Genossen und ihren Taten rücksichtslos entlarvt. Das zeigt sich besonders bei Aufstellung der Kampfforderungen zur Vorbereitung der Betriebsrätewahl und bei der Wahl zahlenmäßig starker roter Wahlausschüsse.

c) Der Umschichtungsprozeß innerhalb der Arbeiterbewegung, die zunehmende Aktivität der niedrig entlohnten Arbeiter, Arbeiterinnen und Jungarbeiter, die in höherem Maße unorganisiert sind, kommt jetzt auch in der Partei zum Durchbruch. [Bei den] Betriebsrätewahlen weigern sich oft Genossen, jenen niedrig entlohnten Arbeitern, Arbeiterinnen und Jungarbeitern einen bedeutend größeren Einfluß auf der Kandidatenliste zu geben, als das bisher der Fall war.

d) Die politische Erziehungsarbeit in den Betriebs- und Straßenzellen war äußerst mangelhaft und ist eine wesentliche Ursache opportunistischer Schwankungen in der Praxis. Die Organisierung der Offensive gegen den Klassenfeind, die Mobilisierung der breitesten Massen und ihre Erfassung mittels der Einheitsfrontorgane von unten, macht es notwendig, daß die ideologische Kampagne für unsere Strategie und Taktik, insbesondere für unsere Losungen und unsere Taktik bei den Betriebsrätewahlen in allen Arbeiterversammlungen, in den Betrieben, in den Gewerkschaften,

Sportorganisationen, Freidenkerorganisationen, in den öffentlichen Volksversammlungen usw. durchgeführt werden. Diese Überzeugungskampagne wird aber nur dann maximale Erfolge zeitigen, wenn sie verknüpft ist mit der Entfaltung der Selbstkritik auf breitester Massenbasis. Besonders die Vorbereitung der Betriebsrätewahl, die Berichte der Betriebsräte in den Belegschaftsversammlungen, die demokratische Wahl der roten Betriebsratswahlausschüsse auf der Grundlage der Kampfforderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition müssen unter der Kontrolle der Massen der oppositionellen Arbeiter durchgeführt werden. Revolutionäre Selbstkritik im Interesse der Überwindung bisheriger Fehler und Schwächen, der Entfaltung der maximalen Aktionskraft der Arbeitermassen, der Heranziehung neuer Arbeiterfunktionäre zur revolutionären Massenarbeit, der Stärkung der Autorität der revolutionären Gewerkschaftsopposition in den Massen.

Es wird zahlreiche Fälle geben, wo bisherige Parteimitglieder sich weigern, die Beschlüsse der Partei durchzuführen. In allen diesen Fällen sollen die Ausschlüsse aus der Partei das Ergebnis einer vorherigen gründlichen Diskussion in der betreffenden Zelle und der Isolierung der Opportunisten sein. Das bedeutet keineswegs, daß man unter allen Umständen mit dem Ausschluß warten muß, bis die Mehrheit der Zelle gewonnen ist. In verschiedenen Fällen hatten die Opportunisten die Taktik, die Entscheidung hinauszuzögern bis kurz vor der Betriebsrätewahl, damit es uns nicht mehr möglich ist, eine selbständige Liste aufzustellen. Diese Manöver müssen rechtzeitig zerschlagen werden.

Der Opportunismus in der Praxis, wie er sich jetzt offen zeigt, bei der Organisierung des Kampfes in den Betrieben, bei der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen, bei der Kommunalpolitik, in den Massenorganisationen, ist die praktische Anwendung der Theorien der *Brandler*ianer und der Anschauungen der Versöhnler.[25] Jene Versöhnler, die nach dem Parteitag nicht offen ihre Fehler anerkannten und nicht durch die Tat bewiesen, daß sie die Beschlüsse des Parteitages durchführen und den Kampf gegen das Versöhnlertum führen, sind die stärksten Stützen des Opportunismus in der Praxis. Das Schweigen der Versöhnler bedeutet Ermunterung und Unterstützung der opportunistischen Schwankungen und Abweichungen. Deshalb muß der Kampf gegen das Versöhnlertum schärfer geführt werden. Auf Grund der Beschlüsse des Weddinger Parteitages[26] ist für das Versöhnlertum in der Kommunistischen Partei kein Platz. Die Versöhnler stehen also vor der Frage: Entweder Anerkennung ihrer Fehler im einzelnen, vorbehaltlose Zustimmung zu den Beschlüssen des Parteitages, des Zentralkomitees und der Bezirksleitung und offene Anerkennung, daß ihr bisheriges Schweigen eine Unterstützung des Opportunismus bedeutet, oder die Partei muß die organisatorischen Konsequenzen ziehen. Einige Versöhnler haben Erklärungen abgegeben, die meist unzulänglich waren. In dem Fall, wo Versöhnler ausreichende Erklärungen abgaben, hat das Sekretariat des ZK die Erklärung zur Kenntnis genommen und sie darauf hingewiesen, daß es darauf ankommt, daß der betreffende Genosse in der Tat beweist, daß er die Beschlüsse des Zentralkomitees überzeugt und diszipliniert durchführt. Papierne Erklärungen allein haben in einer Situation, wo die Ereignisse die Auffassungen der Versöhnler (zur Analyse der Lage,

25 Zum Kampf der KPD gegen die sog. „Rechten" und „Versöhnler" vgl. oben Dok. 9, Anm. 27.

26 Vgl. Waffen für den Klassenkampf. Beschlüsse des 12. Parteitags der KPD Berlin o.J. (1929), S. 43.

in der Gewerkschaftsfrage, Betriebsrätetaktik, Sozialfaschismus usw.) restlos widerlegt haben, keine große Bedeutung.[27]

Gegen das Sektierertum

Sektiererische Abweichungen zeigen sich in der Parteiorganisation vor allem in der Vernachlässigung der Gewerkschaftsarbeit und in der Mißachtung der parteilosen oppositionellen Arbeiter. Unter „linken" Phrasen laufen manche Genossen vor dem Kampf gegen den Sozialfaschismus in den Gewerkschaften davon, sie verzichten auf ein bolschewistisches Auftreten in allen Veranstaltungen der Gewerkschaften und spielen sogar mit dem Gedanken des Austritts aus den Gewerkschaften. Ebenso energisch wie der Kampf gegen den „freigewerkschaftlichen" Opportunismus, gegen die Zusammenarbeit von Kommunisten und sozialfaschistischen Funktionären geführt werden muß, genau so energisch gilt es, gehen das feige Davonlaufen vor der Gewerkschaftsbürokratie zu kämpfen.

Am gefährlichsten kommt die sektiererische Angst vor den Massen zum Ausdruck in der Nichtheranziehung parteiloser revolutionärer Arbeiter zu den revolutionären roten Betriebsrätewahlausschüssen, zur Kandidatur bei den Betriebsrätewahlen, zur Selbstkritik, zur Agitation auf dem Lande usw. Die Mißachtung der niedrig entlohnten, gewerkschaftlich unorganisierten, parteilosen Arbeiter, Arbeiterinnen und Jungarbeiter, die in der Tat als ehrliche Klassenkämpfer ihre Pflicht erfüllen, bedeutet den Verzicht auf die Gewinnung neuer Arbeiter für die Partei, heißt Verzicht auf die Stärkung unseres Funktionärkaders.

Bei der Vorbereitung des Bezirksparteitages muß die bolschewistische Selbstkritik als Kritik unter der Kontrolle der Arbeiteröffentlichkeit und breitester Heranziehung der sympathisierenden parteilosen Massen im Vordergrund stehen. Nur bei Anwendung dieser Methode werden wir neue Initiativen der besten Parteikräfte wecken, opportunistische Widerstände rasch überwinden, die Kadres frisch auffüllen und die Wendung bis ins letzte Glied der Partei durchführen können.

3. Unterstützung des KJVD

Als Anlage geht der BL eine Resolution des EK der KJI zur Lage im KJVD zu.[28] Wir verpflichten das Sekretariat der BL in einer Aussprache mit der Jugend-BL, die konkreten Fragen der Arbeit des Jugendverbandes im Bezirk zu stellen und den Jugendgenossen bei der Durchführung der Beschlüsse des KJI-Plenums zu helfen. Die Beschlüsse des Weddinger Parteitages, betr. der Unterstützung seitens der Partei, sind auf ihre bisherige Durchführung zu kontrollieren und den Kampf gegen „linke" Phraseologie und versöhnlerische Einstellung ihr gegenüber, wie sie bei den Funktionären des KJVD vorhanden ist, dabei zu stellen.

4. Berichterstattung über *Brandler*gruppe, Versöhnler, *Leninbund*[29]

27 Zum weiteren Verhalten der „Versöhnler" vgl. Weber I S. 237.

28 Liegt nicht vor.

29 Vgl. Anm. 25, zur Gruppe der „Rechten" und „Versöhnler". Im Leninbund schloß sich am 8./9. April 1928 die 1926/27 aus der KPD ausgeschlossene linke Opposition um Ruth *Fischer*, Arkadij *Maslow* und Hugo *Urbahns* zusammen. Vgl. Weber I S. 178 ff.; GdA S. 139–140. Nun liegt über den Leninbund vor: Rüdiger Zimmermann, Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1978.

Wir brauchen sofort einen kurzen Bericht über den Stand dieser Aktivität dieser parteifeindlichen Gruppierungen in allen Bezirken. Bei den Versöhnlern scheint auf der ganzen Linie – mit einigen Ausnahmen – eine Kapitulationswelle bevorzustehen, ebenso bei den ehemaligen Ultralinken. (Siehe Erklärungen *Stephans* und *Westermanns* in Hamburg[30] und Erklärung von *Arthur Ewert*[31] und Anträge auf Wiederaufnahme ultralinker Gruppen in Hessen-Frankfurt.)

Sekretariat des Zentralkomitees

30 Vgl. zur Biographie von Hans *Westermann* (1890–1935) Weber II S. 340 f.

31 Die Erklärung *Ewerts*, in der er sich vollkommen der neuen Parteilinie unterwirft, ist abgedruckt in *RF* Nr. 46 vom 23. 2. 1930 unter der Überschrift: „Der Bankrott des Versöhnlertums".

17.

29. 3. 1930: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen

BA R 134, Bd. 60, S. 176–214 und BA R 45/IV – 24, 238; Hektographiertes Rundschreiben. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 4. Anweisungen des Sekretariats."

W.G.!

Folgende Anweisungen sind in den letzten Tagen an die Bezirksleitungen bzw. Redaktionen ergangen:

1. Direktiven des Sekretariats zur Regierungskrise.[1]
   (28. 3.)
2. Material über die Rolle der SPD beim Abbau der Arbeitslosenunterstützung.[2]
   (29. 3.)
3. Direktiven zur Vorbereitung der Maikampagne 1930.
   (22. 3.)
4. Direktiven zur Vorbereitung und Durchführung der Bezirksparteitage.
   (26. 3.)
5. Vierteljahres-Arbeitsplan für die Arbeit unter den Frauenmassen.
   (29. 3.)
6. Anweisungen zum Reichsjugendtag.
   (27. 3.)
7. Vorbereitung der Elternbeiratswahlen 1930.
   (29. 3.)

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Sekretariat

1 Dieser Teil des Rundschreibens liegt nicht vor.

2 Dieser umfangreiche Teil wurde nicht aufgenommen, da er im wesentlichen eine Zusammenstellung von sozialdemokratischen Zitaten (oft aus dem *Vorwärts*) ist, kommentiert mit den bekannten kommunistischen Ansichten.

Vorbereitung der Maikampagne 1930

1. Die politische Bedeutung der Maikampagne

Die Maikampagne 1930 hat noch mehr als im vergangenen Jahre die Bedeutung einer außerordentlichen Kraftprobe zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen Kommunismus und Sozialfaschismus.[3]

Die Erfahrungen lehren, daß die erste Voraussetzung zur Entfaltung einer breiten revolutionären Massenbewegung für den 1. Mai in einer klaren Einstellung der Partei auf die vor uns stehenden Kampfesaufgaben und in der Verbindung aller Kämpfe mit der Kampagne zum 1. Mai bestehen. Alle Fragen des aktuellen Kampfes, den die Partei auf den verschiedenen Gebieten führt, müssen deshalb im Vordergrund der Vorbereitung und Durchführung des 1. Mai stehen: der Kampf gegen die Hungerpolitik der *Hermann Müller*-Regierung, gegen ihren Unterdrückungsfeldzug gegen das Proletariat, und ihren Kriegskurs gegen die Sowjetunion, der Kampf, den Partei und revolutionäre Gewerkschaftsopposition täglich um Lohn und Arbeitszeit führen, der Kampf um die Forderungen der Erwerbslosen, gegen den Abbau auf sozialpolitischem Gebiet, der die verschiedensten Schichten der Werktätigen in neues und verschärftes Elend wirft. So müssen die Vorbereitungen zum Kampftag des 1. Mai mit der revolutionären Tagesarbeit verbunden sein, die die Zellen, Fraktionen, revolutionäre Organe auf allen Gebieten durchführen. Der 1. Mai muß zu einer großen, kombinierten Massenaktion aller dieser Kräfte führen.

Die Partei muß die größten Anstrengungen zur Entfaltung einer breiten revolutionären Einheitsfrontbewegung von unten, einer großzügigen Massenmobilisierung für die Durchführung des politischen Massenstreiks und gewaltiger Straßendemonstrationen am 1. Mai unter unseren revolutionären Losungen unternehmen.

Die beiden Hauptaufgaben:

Die erste Hauptaufgabe, die vor der Gesamtpartei, insbesondere aber vor den Betriebszellen steht, ist die Einleitung aller notwendigen propagandistischen, agitatorischen und organisatorischen Maßnahmen, die in diesem Jahre zum politischen Massenstreik in Form einer möglichst restlosen Stillegung aller Groß- und Mittelbetriebe führen. Die Partei muß auf die Erreichung dieses Zieles das allergrößte Gewicht legen, weil die Stillegung der Betriebe am 1. Mai 1930 im Bewußtsein der Massen eine entschiedene Kampfaktion gegen die Knute des Republikschutzgesetzes und gegen die brutale Durchführung des *Young*planes auf Kosten der Arbeitermassen und für die Verteidigung der Sowjetunion sein muß, weil der politische Massenstreik das Kettenglied ist, das den Übergang zu höheren Kampfformen vermittelt.

Die zweite Hauptaufgabe für den 1. Mai 1930 ist der Kampf um die Straße, die Durchführung mächtiger Demonstrationen der Arbeitenden und Arbeitslosen, der Männer, Frauen und Jugendlichen des Proletariats. In der Vorbereitung dieser Demonstrationen muß die Partei die wichtigsten Lehren berücksichtigen, die vom

3 Vgl. zur Vorbereitung der Maikampagne 1929 oben Dok. 2.

vorjährigen 1. Mai und 1. August, vom 1. Februar und 6. März gegeben sind.[4] Unsere Betriebszellen und Fraktionen müssen durch zielbewußte Einheitsfronttaktik von unten und unter Fortführung der besten Kampftraditionen des Proletariats verstehen, weit über den Rahmen der Parteigenossen, der Mitglieder der mit uns sympathisierenden Organisationen hinaus, neue Schichten sozialdemokratischer, christlicher und der parteilosen Arbeiter um die unter unserer Führung stehenden Einheitsfrontorgane zu sammeln und sowohl zum politischen Massenstreik, als auch zur Straßendemonstration für die Losungen der Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu führen. Die Straßen der Großstädte, auch diesmal wo irgendmöglich die Betriebe müssen unter dem Zeichen der roten Fahnen und unserer revolutionären Losungen stehen. Überall rote Fahnen heraus! Ausschmückung der Arbeiterlokale, Parteibüros, Häuser usw. mit unseren Transparenten und Fahnen. Dabei größte Entfaltung der selbständigen Initiative der Betriebszellen, Straßenzellen und der Fraktionen in den Massenorganisationen. Lebendige neue Methoden der Agitation und Propaganda, so daß wirklich auf Schritt und Tritt, überall der revolutionäre Charakter dieses 1. Mai der Masse zum Bewußtsein kommt. Breiteste Organisierung des Vertriebs der Maizeitung und der roten Rosetten.

1. Mai, Zusammenfassung und Steigerung aller Teilaktionen

Die Partei muß gegen wachsende Massenverelendung und verschärften Terror des kapitalistischen Staatsapparates, des Unternehmertums und der Sozialfaschisten und gesteigerte Kriegshetze gegen die Sowjetunion in den nächsten Wochen und Monaten eine Reihe organisatorischer Maßnahmen und eine Kette breiter Massenaktionen, Demonstrationen, Hungermärsche und Teilstreiks durchführen. Wo betriebliche Bewegungen sind, wo Tarifabläufe bevorstehen, muß die Frage des 1. Mai mit in den Mittelpunkt gestellt werden. Der 1. Mai ist die nächste Zusammenfassung und Steigerung aller dieser Einzelaktionen. Die allgemeinen zentralen Parolen und die konkreten betrieblichen und örtlichen Parolen, mit denen wir Tag für Tag die Massen mobilisieren und organisieren, müssen darum auch in den Hauptlosungen für die Maikampagne enthalten sein.

Die wichtigsten allgemeinen Parolen:

Durchführung des allgemeinen politischen Massenstreiks am 1. Mai 1930 in allen Betrieben, besonders in den Großbetrieben!

Nieder mit dem Demonstrationsverbot!

Straße frei für revolutionäre Maidemonstrationen!

Für Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und allgemeine Lohnerhöhung!

Arbeit und Brot für die Erwerbslosen!

Nieder mit dem räuberischen *Young*plan, der 60jährigen Ausplünderung des deutschen Proletariats – für den Fünfjahresplan des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion!

4 Zum 1. Mai des Jahres 1929 siehe oben Dok. 8, Anm. 3. Zu den Demonstrationen am „internationalen Antikriegstag", dem 1. August 1929 vgl. *RF* Nr. 140 vom 2. 8. 1929. Am 1. Februar 1930 führte die KPD trotz Verbot in Berlin und Hamburg sog. „Hungermärsche" der Erwerbslosen und Demonstrationen auf der Straße durch. Vgl. *RF* Nr. 27–28 vom 1. und 2. 2. 1930. Am 6. März 1930 fand der 1. Reichserwerbslosentag in Berlin statt. Vgl. *RF* Nr. 56 vom 7. 3. 1930.

Nieder mit den faschistischen Arbeitermördern!

Nieder mit dem Sozialfaschismus!

Nieder mit dem Republikschutzgesetz!

Fort mit der Regierung des Hungers, des Terrors und der Kriegsrüstungen gegen die Sowjetunion!

Sowjetdeutschland statt *Young*deutschland!

Es lebe die revolutionäre Gewerkschaftsopposition!

Es lebe die Kommunistische Partei!

Für die revolutionäre Verteidigung der Sowjetunion!

Für die Diktatur des Proletariats!

Diese Losungen müssen entsprechend der sich entwickelnden Lage konkretisiert werden. Insbesondere bei den Kampflosungen gegen die sozialdemokratische *Müller*-Regierung, gegen den Sozialfaschismus und gegen die imperialistische Kriegshetze müssen die jeweils aktuellen Fragen in den Vordergrund gestellt werden.

2. Die organisatorische Vorbereitung und Durchführung

a) Maikampfkomitees in den Betrieben, bei den Erwerbslosen und in den Massenorganisationen.

In viel höherem Maße als im vorigen Jahr müssen Maikomitees auf betrieblicher und örtlicher Grundlage das organisatorische Fundament einer breiten revolutionären Einheitsfront von unten für die restlose Durchführung des politischen Massenstreiks unter unseren revolutionären Losungen am 1. Mai und für die Durchführung der Maikundgebungen werden. Deshalb muß jetzt schon mit der Massenmobilisierung auf breitester Grundlage in jedem Betrieb und in allen Schichten der werktätigen Bevölkerung begonnen werden.

Im Zusammenhang mit der Behandlung der stehenden politischen und organisatorischen Fragen (Kampf gegen die Durchführung des *Young*planes, Kampf gegen das Republikschutzgesetz, Kampf für Lohnerhöhung und Siebenstundentag, Betriebsrätewahlen usw.) müssen in allen Belegschafts-, Erwerbslosen-Gewerkschaftsversammlungen oder Versammlungen der übrigen Massenorganisationen Resolutionen eingebracht werden, die sich für Massenstreik und Massendemonstrationen am 1. Mai unter unseren Parolen aussprechen. Dabei darf niemals die Frage des Maikampftages formell, nur mit Berufung auf die Tradition der Arbeiterbewegung gestellt werden, sondern immer müssen die aktuellen politischen Kampffragen im Vordergrund stehen. (Mit den einzelnen Fraktionen ist daher vorher zu sprechen.)

Nur, wenn wir klar schon in der Vorbereitung unsere politischen Parolen hervorheben, für die demonstriert werden soll, werden wir von vornherein die schärfste Abgrenzung gegen den Sozialfaschismus, insbesondere auch gegen seine linke Schattierung durchsetzen und alle „linken" demagogischen Manöver durchkreuzen können.

Auf Grund der in den Betrieben, Gewerkschaften, den übrigen proletarischen Massenorganisationen, unter den Erwerbslosen und im Wohngebiet gefaßten Beschlüsse zur Durchführung des 1. Mai werden auf möglichst breiter

Grundlage Kampfkomitees gewählt, die die Propaganda und die Organisierung des politischen Massenstreiks und der Maikundgebungen in ihrem Arbeitsbereich zu leisten haben. In den Großbetrieben müssen sich die Maikomitees insbesondere die Aufgabe stellen, in engster Zusammenarbeit mit den roten Betriebsräten, dem revolutionären Vertrauensleutekörper, oder den vorbereitenden Kampfleitungen, wo solche bestehen, in jeder Abteilung den vollständigen politischen Massenstreik durchzuführen und die geschlossene Teilnahme an der Demonstration zu organisieren. (Das Schwergewicht der Kräfte der Partei muß unbedingt auf die Mobilisierung der Betriebe gelegt werden.)

Auch die Straßenzellen, sowie die an den einzelnen Stempelstellen gewählten Maikampfkomitees der Erwerbslosen und die in den Massenorganisationen gewählten Komitees dürfen ihre Arbeit nicht auf die Wohngebiete beschränken, sondern müssen vor allem die Mobilisierung der Betriebe von außen auf das Tatkräftigste unterstützen. Zu diesem Zweck ist notwendig, daß die Erwerbslosen in den Betriebs-Mai-Komitees und umgekehrt die Betriebsarbeiter in den Stempelstellen-Mai-Komitees vertreten sind.

Bei allen Komitees ist besonders auf die Vertretung der Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen und Jungarbeiter zu achten.

Zur Einleitung der umfassenden Mobilisierung aller Schichten des Proletariats zum 1. Mai und um die revolutionäre Einheitsfront auf einer möglichst breiten Grundlage zu schaffen, ist es zweckmäßig, sofort eine örtliche, breite Vollversammlung aller bestehenden Einheitsfrontorgane und oppositionellen Leitungen der Massenorganisationen einzuberufen, dort einen gründlichen örtlichen Arbeitsplan zu beschließen und ein provisorisches örtliches Maikomitee zu wählen. Von dieser einleitenden Konferenz muß eine direkte große Initiative in allen Betrieben, Stempelstellen, in den Massenorganisationen ausgehen. Alle Organisationsleitungen, alle in diesen Tagen und Wochen stattfindenden Tagungen, Versammlungen, Konferenzen müssen zum 1. Mai Stellung nehmen, z. B.: Tagungen der roten Betriebsräte, der revolutionären Vertrauensleute, der betrieblichen Wahlausschüsse, der Gewerkschaftsoppositionskomitees und ausgeschlossenen Zahlstellen, der Erwerbslosenausschüsse, der Frauendelegiertinnen, der Antikriegs- und anderen Komitees, der örtlichen oppositionellen Sport- und Kulturkartelle und der oppositionellen Organisations- oder Fraktionsleitungen aller überparteilichen proletarischen Massenorganisationen, die kommunistischen Kommunalfraktionen usw.

b) Örtliche Gesamttagung des Maikampfkomitees und Wahl einer zentralen örtlichen Maikampfleitung

Wenn die Massenmobilisierung eine höhere Stufe erlangt hat, wenn also etwa Mitte April die Betriebe, Stempelstellen, Arbeiterorganisationen Stellung genommen haben, organisiert der in der örtlichen Vollversammlung gewählte provisorische Arbeitsausschuß eine Konferenz aller bis dahin gebildeten Maikampfkomitees.

Diese Konferenz nimmt zu den letzten politischen und organisatorischen Vorbereitungen der Maikundgebungen Stellung und konstituiert sich als zentrales

örtliches Maikampfkomitee, das zur Leitung einen Arbeitsausschuß wählt.

Dort, wo irgend möglich, sollen im Rahmen des örtlichen Maikomitees für Teilaufgabengebiete, z. B. für den Vertrieb der Maizeitung und der Plaketten, für die Kontrolle der Herausgabe von Betriebs- und Häuserblockzeitungen, für die Herausgabe besonderer Zeitungen für die Massenorganisationen, für die Aufstellung des Demonstrationsplanes, für besondere Kampfesmaßnahmen usw. Unterkommissionen gebildet werden. So wird es möglich, alle Mitglieder der Maikomitees zur regen Mitarbeit heranzuziehen, ihren Gesichtskreis zu erweitern und sie für weitere Kampfesmaßnahmen zu befähigen.

c) Organisierung der Demonstrationen

Die Organisierung der Maidemonstration muß auf Betriebsgrundlage erfolgen. Dazu ist es notwendig, betriebsweise Sammelpunkte, für Großbetriebe auch mehrere anzugeben, wo sich die Arbeiter betriebs- oder abteilungsweise sammeln, wo sich ihnen die Erwerbslosen, Angehörigen usw. anschließen.

Eine große Zahl von Straßenrednern muß bestimmt werden, überall dort, wo sich die Massen ansammeln, kurze, zündende Ansprachen zu halten. Diese Redner müssen ständig von einem Trupp zuverlässiger Genossen (Kaders) zu ihrer Sicherung umgeben sein. Die Vorbereitung der Maidemonstration muß zum Ausbau der Abwehrorganisationen, besonders auf Betriebsgrundlage, ausgenutzt werden.

d) Boykott der reformistischen Veranstaltungen

Die Linie der Sozialdemokratie und der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie ist jetzt schon klar. Sie werden in vielen Fällen die Straßendemonstrationen, ja sogar in den entscheidenden Großbetrieben den Streik, ja selbst die Arbeitsruhe ablehnen und versuchen, in Gewerkschaftsversammlungen oder in den Sitzungen der Gewerkschafts-, Sport- und Kulturkartelle Beschlüsse auf Saalveranstaltungen fassen zu lassen. Unsere Parole lautet: kein revolutionärer Arbeiter geht zu den von den Sozialfaschisten organisierten Veranstaltungen!

Wo „linke" Sozialdemokraten und ebenfalls sozialdemokratische Arbeiter an unsere Organisation zwecks gemeinsamer Kundgebung herantreten sollten – was nur in den allerseltensten Fällen, unter starkem Druck der sozialdemokratischen Mitgliedschaft denkbar ist, – müssen wir den politischen Charakter der Maikundgebungen prinzipiell in den Vordergrund stellen. Nur mit der KPD und der revolutionären Gewerkschaftsopposition unter unseren Losungen wird demonstriert, nur für unsere Losungen, nur für schärfste Linie der Durchführung des politischen Massenstreiks wird gesprochen. Dort, wo eine stärkere oppositionelle Strömung in den SPD-Organisationen vorhanden ist, müssen die größten Anstrengungen gemacht werden, um die SPD-Arbeiter in die Vorbereitung und Durchführung der revolutionären Maiaufgaben und Maiaktionen unter unseren Parolen hineinzuziehen.

Der Boykott der sozialdemokratischen Veranstaltungen darf natürlich nicht verhindern, daß unser Material an die Besucher dieser Veranstaltungen vertrieben wird, im Gegenteil: unsere Parteiorganisationen müssen dafür sorgen, daß überall geeignetes Material zur Stelle ist, um der schamlosen Hetze gegen die KPD und gegen die Sowjetunion entgegenzuwirken.

e) Beherrschung der Straßen durch die Maidemonstranten während des ganzen Tages

Der diesjährige 1.-Mai-Kampftag muß so durchgeführt werden, daß den ganzen Tag über die Massen die Straßen beherrschen. Die Maikomitees müssen deshalb, – entsprechend den örtlichen Verhältnissen – solche organisatorischen Maßnahmen treffen, die dies gewährleisten. Daher soll von den traditionellen abendlichen „Feiern" abgesehen und an deren Stelle Kundgebungen auf bestimmten Plätzen, Straßen organisiert werden. Wo abendliche Veranstaltungen organisiert werden, müssen sie einen revolutionären Charakter tragen, was in dem ganzen Inhalt der Veranstaltung zum Ausdruck kommen muß. Die Programme sind in der Richtung vorher zu überprüfen.

f) Rasche Berichterstattung

Die Parteileitung muß rechtzeitig dafür sorgen, daß noch am Abend des 1. Mai eine rasche, genaue Berichterstattung über den Verlauf der Mai-Kundgebungen, über den Umfang des Streiks im ganzen Bezirk stattfindet und das Zentralkomitee sofort eine Übersicht über den Verlauf im ganzen Reich bekommt.[5]

ZK-Sekretariat

5 Zur Vorbereitung des 1. Mai brachte *Die Rote Fahne* bereits Tage zuvor Maiappelle und Demonstrationsaufrufe an die Partei. Dabei wurde vor allem versucht, durch Hinweise auf den 1. Mai 1929 eine Stimmung gegen die SPD zu erzeugen. Vgl. *RF* Nr. 101 vom 1. 5. 1930: „33 Maitote rufen euch zum Kampf!". Am 1. Mai kam es zu Kundgebungen der KPD in allen größeren Städten des Reiches. Vgl. *RF* Nr. 102 vom 3. 5. 1930. In Berlin nahmen nach der Angabe der *Roten Fahne* 200000 Menschen an der Kundgebung teil. Die „Beherrschung der Straßen" gelang jedoch nicht. Vielmehr bestimmten auch sozialdemokratische Kundgebungen das Stadtbild. Vgl. *Vorwärts* Nr. 203 (*Der Abend*) vom 2. 5. 1930. Daß die Vorbereitung und Durchführung der Maikampagne nicht in allen KPD-Bezirken gleich war, geht aus dem Rundschreiben Nr. 4 der Bezirksleitung Südbayern vom Juni 1930 hervor, in dem kritisiert wird, daß wegen der „Inaktivität der Ortsgruppen" die „Mainelken und Maizeitungen" größtenteils nicht verkauft wurden. Kundgebungen waren „im ganzen Bezirk verboten" und fanden deshalb nur in München und Nürnberg statt. (Vgl. Records T 175, 312, 2811547–2811562).

17 a.

26. 3. 1930: Anweisung des Sekretariats zur Vorbereitung der Bezirksparteitage

Anlage zur Nr. 17. Überschrift: „Vorbereitung und Durchführung der Bezirksparteitage."

An die Bezirksleitungen!

Werte Genossen!

In Ergänzung unseres Rundschreibens über die Vorbereitung der Bezirksparteitage von Mitte Januar[1] sind noch nachfolgende Richtlinien über die Vorbereitung und Durchführung der Bezirksparteitage genau zu beachten.

1 Dieses Rundschreiben liegt nicht vor. Vgl. jedoch die Anweisungen in Dok. 11 und Dok. 15. Die Parteitage wurden in den Monaten April und Mai 1930 abgehalten.

1. Termine

Als Termin für das Stattfinden der Bezirksparteitage gelten die vom Sekretariat des ZK für die einzelnen Bezirke festgelegten Tage. Die Bezirke, die bisher den Termin des Stattfindens ihres Bezirksparteitages noch nicht bestätigt haben, müssen das beschleunigt nachholen.

2. Politische Plattform

Als politische Plattform für die Vorbereitung und Durchführung der Bezirksparteitage dienen: die Polbüroresolution vom 14. Februar,[2] die Beschlüsse der Sitzung des Erweiterten Präsidiums des EKKI[3] und die Resolution der März-Plenarsitzung des ZK über „Lage und die Aufgaben der Partei", veröffentlicht in der *Roten Fahne* vom 25. März.[4] Die gesamte Parteipresse ist zum Abdruck der Resolution und des Begleitartikels verpflichtet.

Außerdem die Rede des Genossen *Thälmann* auf dieser ZK-Sitzung, die in kürzester Zeit als Broschüre herauskommt.[5]

3. Innerparteiliche Vorbereitung

Umbekümmert darum, wie weit in den einzelnen Bezirken auf Grund der früheren Anweisungen die politischen und organisatorischen Vorbereitungen zu den Bezirksparteitagen bereits gediehen sind, sind umgehend nachfolgende Maßnahmen durchzuführen:

---

2 Diese Resolution des Polbüros der KPD wurde weder in der *Roten Fahne* noch in anderen Parteizeitungen abgedruckt, auch nicht in der *Inprekorr*. In der Literatur zur Geschichte der KPD wird sie nicht erwähnt, auch nicht in der Thälmann-Biographie von 1979.

3 Auf der Tagung des Erweiterten Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern vom 18.–28. Februar 1930 standen die verschärfte Wirtschaftskrise und ihre Folgen, die Aufgaben der einzelnen Sektionen der Komintern und die Vorbereitung des V. RGI-Kongresses im Mittelpunkt. Vgl. den Bericht in *RF* Nr. 54 vom 5. 3. 1930: „Die Ergebnisse der EKKI-Tagung. Beschleunigtes Tempo des revolutionären Aufschwungs – und unversöhnlicher Kampf gegen alle rechten und linken opportunistischen Abweichungen". Ferner *RF* Nr. 60 vom 12. 3. 1930: „Die heranreifende Weltwirtschaftskrise, die Massenerwerbslosigkeit und der Streikkampf". Resolution angenommen vom Erweiterten Präsidium des EKKI. Vgl. auch *Inprekorr* Nr. 23 vom 7. 3. 1930, S. 547 ff. Die Beschlüsse sind zusammengefaßt in: Erweitertes Präsidium des EKKI, Februar 1930, Thesen und Resolutionen. Hamburg-Berlin o.J. (1930). Vgl. auch Chronik S. 251.

4 Am 20. und 21. März 1930 befaßte sich das ZK der KPD mit den Ergebnissen der Sitzung des Erweiterten Präsidiums des EKKI. Das ZK forderte unter Hinweis auf das „weitere Anwachsen des revolutionären Aufschwungs" alle Parteiinstanzen und Massenorganisationen zum Kampf um die „Eroberung der Mehrheit des Proletariats" auf. Ferner wurde die „Auslösung und Führung von Kämpfen und Massenaktionen durch die Kommunistische Partei" und die „unversöhnliche Bekämpfung des linken Sektierertums[. . .]" und der „rechten Opportunisten" zur Aufgabe gemacht. Vgl. den Bericht über die Plenartagung des ZK der KPD in *RF* Nr. 71 vom 25. 3. 1930, S. 1–2; *Inprekorr* Nr. 28 vom 25. 3. 1930, S. 687 f. Ferner: „Die Tagung des Präsidiums des EKKI und die Aufgabe der KPD", Resolution des ZK, beschlossen in der Sitzung vom 20. und 21. März 1930. *Inprekorr* Nr. 29 vom 28. 3. 1930, S. 713 f.

5 Ernst Thälmann, Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Gegen Rechtsopportunismus und Sektierertum. Für bolschewistische Massenarbeit. Bericht des Genossen Thälmann über die Tagung des Erweiterten Präsidiums, gehalten im Zentralkomitee der KPD am 20. März 1930, Berlin 1930. Die Rede erschien nicht in der *Roten Fahne*.

a) In allen Bezirken muß umgehend eine Sitzung der Plenar-BL stattfinden, in der ausführlich über die Sitzung des Erweiterten Präsidiums des EKKI und die Sitzung der Plenarzentrale vom 21./22. 3. 30 Bericht erstattet, und die dort gefaßten Beschlüsse angewandt auf die bezirkliche Durchführung der Aufgaben und die in der Bezirksarbeit zu korrigierenden Schwächen und Fehler gründlich erörtert werden. Soweit die Bezirksleitungen nicht selbst geeignete Referenten zur Verfügung haben, sind dieselben umgehend beim Sekretariat des ZK anzufordern. Auf der Plenar-BL sind nur kurze politische Entschließungen, die sich zustimmend zu den Beschlüssen des ZK äußern, vorzulegen.

b) Im Anschluß an die Plenar-BL-Sitzungen muß die Entschließung der Plenarzentrale sowie die Rede des Genossen *Thälmann* in allen Betriebs- und Straßenzellen sowie Ortsgruppen ohne Zellen zum Gegenstand einer gründlichen Diskussion und Aussprache gemacht werden, wobei konkrete Schlußfolgerungen für die Arbeit der Zellen zu ziehen sind. Auch hier sind nur kurze zustimmende Entschließungen zur Abstimmung zu bringen.

c) Im Anschluß an die durchgeführte Diskussion und Abstimmung erfolgt die Wahl der Delegierten zu den Unterbezirks- bzw. Stadtdelegiertenkonferenzen.

d) Auf den Unterbezirks- bzw. Stadtdelegiertenkonferenzen müssen Vertreter der Bezirksleitung ein gründliches selbstkritisches in der Hauptsache auf bezirkliches Tatsachenmaterial aufgebautes Referat, entsprechend den Beschlüssen der Plenarzentrale halten und eine gründliche Diskussion auslösen. Auch hier sollen kurze zustimmende Resolutionen zur Abstimmung gebracht werden. Im Anschluß daran erfolgt die Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag.

e) Auf der Grundlage der zentralen und bezirklichen Resolutionen muß die BL zu den wichtigsten aktuellen Problemen der Parteiarbeit im Bezirk in kurzen, selbständigen Artikeln der Parteipresse Stellung nehmen. Die Methode einer bolschewistischen Selbstkritik bei Überprüfung der Durchführung der revolutionären Massenarbeit, die offene Stellung der Aufgaben, wie sie in der ZK-Resolution festgelegt sind, wird der Parteileitung nicht nur das Vertrauen der Gesamtmitgliedschaft, sondern auch der Arbeiterschaft, die interessiert die Diskussion in der Partei verfolgt, erwerben.

4. Delegationsmodus

Der Delegationsmodus zu den Stadtdelegierten- und Unterbezirkskonferenzen sowie zum Bezirksparteitag soll nach der jeweiligen Struktur des Bezirks und der Stärke der Parteimitgliedschaft festgelegt werden. Es sollen möglichst breite Delegiertenkonferenzen sein. Je mehr Delegierte auf den Konferenzen anwesend sein können – hier kann nur die Finanzierung eine Grenze setzen – desto günstiger wird das für die Durchsetzung der Parteilinie nach unten sein. Deshalb soll der Wahlmodus so festgelegt werden, daß möglichst jede Ortsgruppe und jede Straßenzelle mehrere Vertreter zu den Stadt- und UB-Konferenzen entsendet, von den Betriebszellen ist es selbstverständlich. Dasselbe gilt betr. breiter Delegationen für den Bezirksparteitag. Bei der Zusammensetzung der Delegation ist streng darauf zu achten, daß die Frauen mit 1/3 (in der Regel) der Mandate bedacht werden und auch die Jugendlichen ihre Vertretung haben. Das ist besonders wichtig, weil in die neuen Leitungen unbedingt Arbeiterinnen und Jugendliche in diesem Proporz unbedingt

hineinkommen müssen. Soweit besonders wichtige Betriebszellen und besonders wichtige Massenorganisationen nicht genügend in den Delegationen berücksichtigt werden können, sollen sie aufgefordert werden, als Gäste an den Tagungen teilzunehmen.

Für die Errechnung des Delegationsmodus sollen die abgerechneten Durchschnittsmitgliederzahlen der Monate Dezember, Januar und Februar zugrunde gelegt werden.

5. Tagesordnung des Bezirksparteitages

Von der Gepflogenheit der vergangenen Jahre, als 1. Punkt der Tagesordnung den Bericht der BL zu behandeln, soll abgegangen werden. Der Bericht der BL soll in möglichst prägnanten Sätzen niedergelegt und vervielfältigt an die Delegierten verteilt werden.[6]

Im allgemeinen soll als einziger Tagesordnungspunkt auf den öffentlichen Bezirksparteitagen behandelt werden: Die politische Lage und die Aufgaben der Partei. Besondere Referate über spezielle Fragen der Arbeit oder des Bezirks sollten in ganz dringenden Fällen auf die Tagesordnung gesetzt werden. Über den Referenten zum politischen Referat erfolgt eine Vereinbarung mit dem Sekretariat des ZK.

6. Resolution zum Bezirksparteitag

Die dem Bezirksparteitag vorzulegende Resolution soll in ihrem ersten Teil nur eine kurze Zustimmung zu den Beschlüssen des Erweiterten Präsidiums des EKKI und der Plenarzentrale enthalten, also keine neue wiederholende allgemeine wirtschaftliche und politische Analyse bringen. Dagegen müssen die Verhältnisse im Bezirk und die Aufgaben, die sich daraus ergeben, besonders instruktiv behandelt werden.[7]

7. Wahl der neuen Leitungen

Die Wahl der neuen Leitungen erfolgt in einer geschlossenen Sitzung, die sich unmittelbar der öffentlichen Sitzung anschließt.

Die Vorschläge für die neuen Leitungen sind von der BL gründlich vorzubereiten. Sie müssen unter allen Umständen entsprechend den politischen und taktischen Beschlüssen zusammengesetzt werden, d. h. Heranziehung neuer aktiver Kräfte aus den Betrieben, besonders von Genossinnen und jugendlichen Arbeitern, genügende Berücksichtigung der besten Kräfte in den überparteilichen Massenorganisationen. Die Kandidatenlisten müssen vorher mit dem Sekretariat des ZK bzw. mit der Vertretung des ZK besprochen werden.

Im Anschluß an die Wahl der Leitungen soll sofort die erste konstituierende Sitzung stattfinden.

---

6 Die Berichte der Bezirksleitungen an die Bezirksparteitage finden sich größtenteils in den Records of the Reich Leader of the SS and Chief of the German Police (*Himmler*-Nachlaß) im National Archives Washington Nr. T 175. Siehe die Berichte der BL Nordbayern, Südbayern und Saargebiet in T 175, 312. Berichte der BL Ostpreußen, Nordwest, Magdeburg-Anhalt, Niederrhein und Württemberg in T 175, 313. Berichte der BL Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark, Hessen und Baden in T 175, 315.

7 Vgl. etwa die dem Bezirksparteitag Magdeburg-Anhalt von der BL vorgelegte „Resolution des 14. Parteitages, Bezirk Magdeburg-Anhalt". Records T 175, 313, 2812423–2812432.

8. Entsprechend der politischen Bedeutung gerade dieser Bezirksparteitage muß der größte Wert darauf gelegt werden, vor der Gesamtarbeiterklasse die feste Verbundenheit unserer Partei mit allen Schichten des Proletariats, besonders den Betriebsarbeitern zu dokumentieren. Es müssen deshalb in allen Bezirken eine Anzahl Betriebsdelegationen, möglichst mit sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern organisiert werden, die den Bezirksparteitagen selbst ihre Verbindung und Kampfverbundenheit mit der Vorhut des Proletariats dokumentieren. So müssen die Bezirksparteitage zu einem wirklichen Auftakt einer breiten Einheitsfrontbewegung von unten für den revolutionären Klassenkampf werden.

ZK-Sekretariat

17 b.

März 1930: Arbeitsplan für die Frauenarbeit

Anlage zu Nr. 17. Überschrift: „Zentralkomitee der KPD. Sekretariat/Frauen. Anweisungen zur Arbeit der Partei unter den Frauen. Arbeitsplan für April und Mai 1930."

Bei der Stellungnahme zu den vom ZK gefaßten Beschlüssen betr. der aktuellen Aufgaben und der verstärkten Wendung der Gesamtpartei zur Massenarbeit sind folgende für die Mobilisierung der arbeitenden Frauen wichtige spezielle Fragen zu berücksichtigen:

Lehren des 6. und 8. März:[1]

Erfolge: Im allgemeinen starke Beteiligung der Frauen an den Demonstrationen, Stempelstellen- und Betriebsversammlungen am Welterwerbslosentag. In ihren Vorbereitungen wurden die Losungen des Internationalen Frauentages in einer Anzahl von Bezirken vor der Arbeiterschaft gestellt. Am Internationalen Frauentag Durchführung guter Demonstrationen in Berlin, Hamburg, Dudweiler, Gera usw. Eine große Zahl öffentlicher gut besuchter Kundgebungen in allen Bezirken. In der Presse viele Beiträge zum Frauentag.

Mängel und Schwächen:

Unterschätzung der Aktionskraft der Massen. Darum im allgemeinen keine Ansetzung von Demonstrationen für den 8. März. Ungenügende Bearbeitung der Arbeiterinnen-Betriebe. Keine Demonstrationen vor den Betrieben. Ungenügende Mobilisierung der erwerbslosen Frauen.

Mangelhafte Verbindungen des 6. und 8. März. Die Presse trennte fast überall die Losungen und Aufgaben beider Tage vollständig voneinander. Am 7. März wurde bei der politischen Wertung des Welterwerbslosentages unter weiterer Aufgabenstellung im allgemeinen der Frauentag nicht eingegliedert.

1 Gemeint sind der Reichserwerbslosentag am 6. März 1930 und der internationale Frauentag am 8. März 1930.

Verschleppung der Durchführung des Int. Frauentages, trotz Anweisung keine Konzentrierung auf den 8. März als den internationalen Kampftag, sondern Kundgebungen im Verlaufe von acht Tagen.

Lehren und Aufgaben für die Bezirke:

Feststellung der Schwächen in jedem Bezirk und ihre Überwindung durch restlose Eingliederung der Aufgaben zur Mobilisierung der Frauen in den allgemeinen Arbeitsplan der Partei, ihre Durchführung durch alle Parteiorgane.

Unsere nächsten Aufgaben:

Kampf gegen den *Young*plan und seine Auswirkungen, gegen kapitalistische Rationalisierung, Lohnabbau, Massenentlassungen, gegen Zölle, Steuern, Teuerung, gegen Abbau der sozialen Fürsorge. Systematische Entlarvung des Sozialfaschismus, Gewinnung sozialdemokratischer Arbeiterinnen und Anhängerinnen der SPD in der Durchführung der revolutionären Einheitsfronttaktik von unten. Kampf gegen verschärfte Kriegsgefahr, für den Schutz der Sowjetunion.

Vorbereitung des 1. Mai:

Aufgabe: Mobilisierung der proletarischen Frauenmassen zur Durchführung des politischen Massenstreiks – auch in den Arbeiterinnenbetrieben – und zur Beteiligung an den Demonstrationen. Die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen müssen ein vorwärtstreibendes Element in der Vorbereitung des 1. Mai werden.

Da aber die Frauen – mit Ausnahme einer revolutionären Vorhut – noch die politisch rückständigste Schicht des Proletariats sind, sind nach wie vor besondere Anstrengungen für ihre Mobilisierung und Eingliederung in die revolutionäre Front seitens der Partei zu machen. In

Konferenzen werktätiger Frauen

Mitte April, die diesmal nicht bezirklich, sondern örtlich, d.h. für wichtige Industrieorte und wo möglich auch für wichtige Landkreise organisiert werden sollen, soll Stellung genommen werden zur politischen Situation und zu den Losungen und Aufgaben des 1. Mai. Die vor und nach der Konferenz durchzuführende Versammlungskampagne (Betriebs- und Arbeiterinnen-, Erwerbslosen-, Angestellten- wie öffentlichen Frauenversammlungen, auf denen die Delegierten in möglichst breitem Umfange gewählt werden sollen), sowie die Arbeiterinnendelegierten selbst nach der Konferenz müssen zur Aufrüttelung breitester Frauenschichten und zu ihrer Hereinziehung in die revolutionären Aktionen des Proletariats dienen. Es empfiehlt sich die Abhaltung von Massenversammlungen, Arbeiterinnenversammlungen mehrerer zusammenliegender Betriebe, um wirklich vor einem breiten Forum die Aufgaben des 1. Mai aufzurollen.

Aufgabe der Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist es, die so mobilisierten Frauenmassen fest in die revolutionäre Kampffront einzugliedern, Sorge zu tragen, daß die Forderungen für die Frauen einen Bestandteil der Losungen zum 1. Mai ausmachen, für die die gesamte Arbeiterschaft zu kämpfen hat. Die sympathisierenden Organisationen (RFMB, IAH, IB, RH usw.) entsenden zur Konferenz werktätiger Frauen in jedem Ort bis zu 10 Delegierte. Das schließt nicht

aus, daß außerdem Mitglieder dieser Organisationen von ihren Betrieben delegiert werden.

Besondere Anstrengungen (mit Hilfe der Zellenzeitungen und Flugblätter) sind zu machen zur Heranholung der Arbeiterinnen in die allgemeinen Belegschaftsversammlungen, der Arbeiterfrauen zu den Betriebsversammlungen ihrer Männer. Starke Vertretung der Arbeiterinnen und auch einiger Arbeiterfrauen in den Maikomitees. Heranziehung von Vertretern der Massenorganisationen zu den Maikomitees.

Aufbau und Ausbau der Arbeiterinnen-Delegiertenversammlungen: Endliche Durchführung dieser wichtigen Aufgabe, in den Betrieben ständige Arbeiterinnen-Delegiertenversammlungen, und in den Bezirken mit vorwiegend Arbeiterfrauen Delegiertenversammlungen der Arbeiterfrauen zu schaffen. In vielen Orten können die Delegierten zur Konferenz werktätiger Frauen die Basis abgeben für die Schaffung solcher Versammlungen.

Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsopposition:

Die Gewerkschaftsopposition muß viel stärker als bisher als die Führerin ins Bewußtsein der Arbeiterinnen treten. Nach gemeinsamer Besprechung von Gewerkschafts- und Frauenabteilung Eingliederung der Aufgaben unter den Arbeiterinnen in den Arbeitsplan der Gewerkschaftsabteilung, für eine stärkere Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen, organisierte und unorganisierte (christliche Arbeiterinnen nicht vergessen!), ihrer Führung in den Wirtschaftskämpfen durch die Opposition, planmäßige Organisierung und Auslösung von Kämpfen in Arbeiterinnenbetrieben und Einbeziehung der Arbeiterinnen in die allgemeinen Lohnkämpfe; Mobilisierung zu den Betriebsrätewahlen.

Festlegung konkreter Forderungen, die durch die Arbeiterinnen selbst auf Arbeiterinnenkonferenzen diskutiert werden. Solche Arbeiterinnenkonferenzen werden von der Opposition zum Zwecke der stärkeren Mobilisierung der Arbeiterinnen, der Vorbereitung von Wirtschaftskämpfen mit dem Ziel der Eingliederung der Arbeiterinnen in die revolutionäre Kampffront und in die Reihen der Opposition abgehalten.

Die Forderung – gleicher Lohn für gleiche Arbeit – muß konkretisiert werden, indem die Opposition bei der selbständigen Einreichung der Forderungen die besondere Lohngruppe für Arbeiterinnen völlig streicht und die Arbeiterinnen in die ihrer Arbeit entsprechenden Lohngruppen einreiht.

Durchführung von Umfragen in den Arbeiterinnenbetrieben zur Feststellung grober Mißstände in den Betrieben, der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen, krasser Beispiele des Antreibersystems, des mangelnden Arbeiterinnenschutzgesetzes, des Verrates der Arbeiterinnen durch die sozialfaschistischen Funktionäre, Benutzung dieses Materials für Kampagnen.

Stärkere Einbeziehung von Arbeiterinnen in die Ausschüsse der revolutionären Gewerkschaftsopposition, in jede Industriegruppenleitung. Schaffung von Kommissionen für die Arbeit unter den Arbeiterinnen bei den Leitungen. Stellung der Arbeiterinnenfragen in den Kampforganen der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

In Verbindung mit diesen Aufgaben:

Vorbereitung des V. RGI-Kongresses:[2]

und der anschließend stattfindenden Internationalen Arbeiterinnenkonferenz. Nach den Beschlüssen der Sitzung des Zentralrates der RGI sollen von den Delegierten ein Drittel Arbeiterinnen sein. (Siehe die Anweisungen des Reichskomitees in *Betrieb und Gewerkschaft* Nr. 4/1930.)[3] Die internationale Arbeiterinnenkonferenz findet im Anschluß an den RGI-Kongreß statt und setzt sich aus den weiblichen Delegierten dieses Kongresses zusammen. Die Tagesordnung lautet:

1. Die Arbeiterinnen in der Produktion und im Klassenkampf.
2. Organisationsformen und Methoden der Arbeit unter den Arbeiterinnen.
3. Frauenarbeit und Fragen des Lebensaufbaus in der USSR.
4. Wahl des Internationalen Arbeiterinnenkomitees.

Der Hauptzweck der Konferenz soll sein, zu erreichen, daß breite proletarische Frauenmassen zu aktiver Teilnahme an den künftigen politischen und Wirtschaftskämpfen des Proletariats mobilisiert werden. Die Aufmerksamkeit aller revolutionären Gewerkschaftsorganisationen und der revolutionären Gewerkschaftsopposition soll auf diese Arbeit gelenkt werden.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition soll zur Vorbereitung dieser Konferenz und in engster Verbindung mit der allgemeinen Kampagne zum RGI-Kongreß Arbeiterinnenversammlungen und Konferenzen abhalten. Auf diesen sollen die Arbeiterinnen mit den Beschlüssen des 4. Kongresses und der 6. Sitzung des Zentralrates[4], mit den Aufgaben und der Arbeit des Gewerkschaftskomitees der Arbeiterinnen bei der RGI bekannt gemacht werden. Weiter soll über die Tagesordnung des V. Kongresses und die Grundprobleme der internationalen Gewerkschaftsbewegung in Verbindung mit den Arbeiterinnenfragen gesprochen [werden] und eine entschiedene Selbstkritik über die Mängel der Arbeit der Opposition unter den Arbeiterinnen erfolgen. Selbstverständlich sollen die Arbeiterinnenfragen auf diesen Konferenzen nur vorberaten, aber auf den allgemeinen Versammlungen und Konferenzen der Opposition vor der revolutionären Arbeiterschaft ebenfalls zur Beratung gestellt werden.

In den Flugblättern zum RGI-Kongreß müssen ebenfalls die Arbeiterinnenfragen berücksichtigt werden. Auch in der oppositionellen Gewerkschaftspresse müssen viel stärker als bisher die Arbeiterinnenfragen erörtert werden.

Verschärfter Kampf gegen Sozialfaschismus – Gewinnung sozialdemokratischer Arbeiterinnen:

Die SPD ruft vom 16. Mai bis 1. Juni zur Internationalen Frauenwerbewoche auf. Ihr geht voraussichtlich im April der Internationale Frauentag

2 Der V. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale fand vom 15. bis 30. August 1930 in Moskau statt. Zur allgemeinen Vorbereitung der Partei auf den Kongreß siehe unten Dok. 19.

3 *Betrieb und Gewerkschaft*, das Organ des Reichskomitees der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, erschien vierzehntäglich in Berlin.

4 Vgl. dazu Protokoll über den 4. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale, abgehalten in Moskau vom 17. März bis 3. April 1928. Moskau 1928. Protokoll der VI. Session des Zentralrates der Roten Gewerkschaftsinternationale, abgehalten in Moskau vom 15. bis 24. Dezember 1929. Moskau 1930.

voraus. Die SPD verstärkt gerade im Hinblick auf die starke Gärung in ihren Reihen und auf den raschen Radikalisierungsprozeß unter den Frauen ihre Versuche zur Einfangung großer Frauenmassen.

Vorbildliche Vertretung der Interessen der proletarischen Frauen durch energische Führung ihrer Kämpfe ist die beste und erfolgreichste Antwort der Partei. Wir setzen in diesen Tagen mit einer besonderen Werbung unter den Frauen für Partei und *Kämpferin*[5] ein. Revolutionärer Wettbewerb zwischen Arbeiterinnenbetrieben und Bezirken. Durchführung von gut vorbereiteten Arbeiterinnen-, öffentlichen Frauenversammlungen und Diskussionsabenden mit besonderer Einladung der sozialdemokratischen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen. Hausagitation durch die Partei. Verbindung dieser Kampagne mit der Vorbereitung des RGI-Kongresses.

Entlarvung der sozialfaschistischen Funktionäre in den Betrieben an konkreten Beispielen ihres Arbeiterverrates. Geschickte, bewegliche revolutionäre Einheitsfront von unten. Einbeziehung sozialdemokratischer Arbeiterinnen in die Maikomitees, in den revolutionären Vertrauensmännerkörper. Wahl sozialdemokratischer Arbeiterinnen zu den Konferenzen werktätiger Frauen.

Stärkere Ausnützung des Verrates der SPD in den Parlamenten durch Presse und Betriebszeitungen. Ständige geschickte Polemiken gegen Artikel der sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Tagespresse. Für eine verstärkte Pressepropaganda während der Werbewoche muß sofort Material gesammelt werden.

Kampf gegen Papsthetze und verschärfte Kriegsgefahr:

Die Kirchenhetze[6] wirkt besonders scharf auf die noch religiös eingestellten Frauen. Darum Aufklärung der Frauen in öffentlichen Versammlungen und Diskussionsabenden – Heranziehung von Rußlanddelegierten als Referenten. Kampf den evangelischen und katholischen Frauen- und Jungfrauenverbänden, besonders auch durch den RFMB. Keine Religionsauseinandersetzungen, sondern Hervorkehrung der wirtschaftlichen Fragen. Entlarvung des Zentrums als Partei des Schwerkapitals. Gegenüberstellung: Massenverelendung in Deutschland und Aufstieg in der Sowjetunion.

Reichsjugendtag 1930 in Leipzig:[7]

Zur Vorbereitung des Reichsjugendtages organisiert der KJVD überall Betriebsversammlungen, besonders auch in Betrieben mit vorwiegend weiblicher Belegschaft. In einigen Bezirken, besonders in Berlin, sollen Ende März – Anfang April Jungarbeiterinnen-Delegiertenkonferenzen stattfinden. Auch die Sportorganisationen müssen zum Reichsjugendtag gewonnen werden. Zersetzungsarbeit in den gegnerischen Mädchenorganisationen. Vertrieb der Broschüre: „Jungarbeiterinnen marschieren!".

5 *Die Kämpferin*, zentrales Frauenorgan der KPD. Siehe auch weiter unten.

6 Siehe dazu oben Dok. 16, Anm. 5 und Anm. 24.

7 Siehe dazu unten die besonderen Anweisungen in Teil 6 des Rundschreibens.

Aufgaben der Fraktionen in den Massenorganisationen:

RFMB: Politische und organisatorische Kontrolle der Organisation im Monat April – Kontrolle der Fraktionsarbeit. Fassung konkreter Beschlüsse zur Verbesserung der Fraktionsarbeit im RFMB.

Mobilisierung zum 1. Mai – Verstärkung der Betriebsarbeit. Zweite Maihälfte Gegnerwoche gegen sozialdemokratische Frauengruppen – Werbung für den RFMB.

RH: Mobilisierung der Frauen zum 1. Mai und zu den vorbereitenden Konferenzen werktätiger Frauen. Aktive Hilfe bei der Verteidigung der Kampforganisationen der Arbeiterklasse. Stärkung des Verteidigungsfonds der Roten Hilfe. (Beispiele des revolutionären Auftretens der Genossin *Knoth*-Chemnitz ausnutzen.)[8]

IAH: Fortsetzung der Mobilisierungsarbeit unter den Frauen für die Solidaritätsaktionen bei den Wirtschaftskämpfen. Mobilisierung zum 1. Mai. In der Werbewoche der SPD Kampf besonders gegen die Arbeiterwohlfahrt. Bildung von Frauenabteilungen bei den Leitungen zwecks Anweisung und Überwachung der Arbeit der IAH unter den Frauen. Unter keinen Umständen Isolierung der Frauen durch Frauengruppen.

Freidenker: Mobilisierung der Frauen gegen Papsthetze – für Schutz der SU. Abhaltung von Diskussionsabenden in den Kassierergruppen: „Warum ich aus der Kirche austrat" – schriftliche Einladung der neu ausgetretenen Frauen. Öffentliche Frauenkundgebungen mit Bericht von Rußlanddelegierten.

I-Bund: Im April besondere Werbeaktion unter den Rentenempfängerinnen. An den Rentenzahlstellen werden Flugblätter mit Einladung der Frauen zu einer Besprechung ihrer Rentenangelegenheiten verteilt. Bei diesen Besprechungen politische Schulung und Werbung für den Bund und die Partei.

Zum 1. Mai besondere Agitation zur Beteiligung am politischen Massenstreik am 1. Mai. Beteiligung an den Maikommitees. Keine gesonderten Veranstaltungen.

Arbeitersport: Mobilisierung zum 1. Mai. Zum Reichsarbeitersportfest,[9] systematische Arbeit unter den jungen Sportlerinnen – Heranziehung bekannter Rednerinnen zu politischen Vortragsabenden.

Zur Vorbereitung der Bezirksparteitage:

Ernste Kritik an der bisherigen Arbeit des Bezirks unter den Frauen und konkrete Vorschläge für die Verbesserung der Arbeit (auch in den Resolutionen und Referaten). Energische Heranziehung der weiblichen Mitglieder zur politischen Diskussion in den Zellen, starke Berücksichtigung bei der Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag. Übertragung politischer Funktionen an Genossinnen.

---

8 Nach dem Streik und der von der KPD organisierten Demonstration in Hartmannsdorf bei Chemnitz, bei der 5 Demonstranten von der Polizei erschossen und zahlreiche andere verletzt wurden (siehe oben Dok. 15, Anm. 11), erhob die Polizei Anklage gegen 5 verhaftete Demonstranten, darunter auch gegen das Mitglied der KPD Erna *Knoth*. Als Hauptschuldige wurde sie zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Vgl. *RF* Nr. 66–68 vom 19.–21. 3. 1930. Die Rote Hilfe leistete in allen Fällen Rechtshilfe.

9 Das Reichssportfest der Roten Sportopposition fand vom 7.–9. Juni 1930 (Pfingsten) in Erfurt statt. Vgl. dazu unten Dok. 18. Zur „oppositionellen Sportarbeit" der KPD im Arbeiter-Turn-und-Sportbund (ATSB) vgl. unten Dok. 18, Anm. 2.

Abonnentenwerbung für *Die Kämpferin* – Erzielung eines Massenumsatzes:

Die Kämpferin, die jetzt 14-tägig erscheint, muß das Organ der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen werden. Ziel für die Bezirke: Verdoppelung der Auflage in den nächsten zwei Monaten. Ständige Mitarbeit durch Korrespondenzen – Ausbau der Arbeiterinnenkorrespondenten-Bewegung. Kritik an der Zeitschrift. Sorge tragen für Ausbau und Kontrolle des Vertriebsapparates besonders der Zellen.

ZK – Frauen

17 c.

27. 3. 1930: Anweisungen des Sekretariats zum Reichsjugendtag

Anlage zu Nr. 17. Überschrift: „Anweisungen zum Reichsjugendtag. An alle Bezirksleitungen!"

Werte Genossen!

Der 5. Reichsjugendtag des KJVD, der Ostern in Leipzig stattfindet,[1] muß in verstärktem Maße die Frage des Kampfes um die Massen der proletarischen Jugend stellen. Er muß ein Konzentrationspunkt werden für die Kämpfe, die jetzt um Lohn, Arbeitszeit und Macht in den Betrieben geführt werden und hat bei der Vorbereitung des 1. Mai große Bedeutung. Nach der starken Beteiligung des Jungproletariats am Demonstrationstag, dem 6. März, muß der Jugendtag eine weitere Etappe im Kampf um die Betriebe und die Straße werden. Das Stattfinden des Jugendtages in Leipzig, dem Sitze des Reichsgerichts, das jetzt täglich Revolutionäre verurteilt, muß eine Kampfansage gegen das drohende Verbot des KJVD und der KPD werden. Der Jugendtag muß ein flammender Protest gegen das Verbot der Antifa und RJ[2] sein und die proletarische Jugend für die Wehrhaftigkeit und neue Wehrorganisationen auf der Basis der Betriebe gewinnen. Der Jugendtag soll junge Arbeiterinnen und Arbeiter aus Stadt und Land zu einer eisernen Front im Kampfe gegen den National- und Sozialfaschismus zusammenschmieden, sein Stattfinden in Leipzig stellt die Aufgabe eines verstärkten Kampfes gegen die „Linken", die gefährlichsten Sozialfaschisten. Durch den Jugendtag müssen wir vorstoßen in die Reihen der reformistischen Gewerkschaftsjugendsektion und müssen für den Aufmarsch für die Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition die Jugendlichen in den Gewerkschaften mobilisieren, wir müssen gleichfalls in die Reihen des Gegners, besonders die Mitglieder der Jungkatholiken, die durch die Bannbulle des Papstes gegen die USSR aufgehetzt werden sollen, die Mitglieder der SAJ, die gegen den sozialfaschisti-

1 Der 5. Reichsjugendtag des KJVD fand vom 18.–21. April 1930 – wie angegeben – in Leipzig statt. Vgl. die Berichte in *RF* Nr. 93 vom 20. 4. und Nr. 94 vom 23. 4. 1930.

2 Die Rote Jungfront (RJ) wurde zusammen mit dem RFB nach den blutigen Maiereignissen 1929 verboten. Die am 26. Juli 1929 in Berlin gegründete Antifaschistische Junge Garde wurde durch eine Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten *Zörgiebel* vom 13. Februar 1930 als Nachfolgeorganisation der RJ ebenfalls aufgelöst. Dies führte zu heftigen Protestreaktionen der KPD und ihrer Presse. Vgl. *RF* Nr. 38 vom 14. 2. 1930.

schen Kurs ihrer Organisation zu rebellieren beginnen und von den „linken" Phraseuren noch vom Übertritt in den KJVD zurückgehalten werden, vorstoßen und die Jugend aus diesen Organisationen für einen einheitlichen Kampfaufmarsch gewinnen. Der Jugendtag muß ein mächtiger Aufmarsch für die Verteidigung der USSR gegen alle Angriffe werden und im Zeichen des revolutionären und antimilitaristischen Kampfes stehen. Der Jugendtag muß von großer Kampfbegeisterung getragen sein und ein Bekenntnis der proletarischen Jugend zum KJVD und der KJI werden. Auf diesem Jugendtag muß klar zu erkennen sein, ob der KJVD seine Wendung zur Massenarbeit vollzog. Dieser Jugendtag darf kein Treffen der Mitglieder des KJVD werden, sondern ein Treffen der revolutionären Jugend. Daher ist es notwendig, daß die Partei auch bei der Vorbereitung dieses Jugendtages beweist, daß sie eine Wendung zur Gewinnung der jugendlichen Arbeiter unter Führung des KJVD durchführte.

Wie kann die Partei die Vorbereitungen des Reichsjugendtages unterstützen?

1. Im Kampf um die Betriebsjugend

Durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition werden laufend Hunderte von Betriebsversammlungen (zu Betriebsfragen, Betriebsratswahlen, Vorbereitung des 1. Mai usw.) organisiert. Jede dieser Versammlungen muß auf die Beteiligung der Jugendbelegschaft, auf ihre Eingliederung in Kampfleitungen, auf die Aufstellung von Jugendkampfprogrammen, auf die Einbeziehung der Jugendlichen in die Wahlausschüsse, auf die Aufstellung von Jugendkandidaten, auf die Einbeziehung Jugendlicher in die Maikomitees größten Wert legen. Auf diesen Versammlungen muß ebenfalls die Entsendung einer Betriebsjugenddelegation nach Leipzig zum 5. Reichsjugendtag beschlossen und die Sammlung hierzu für den Betrieb eingeleitet werden. Hier ist besonders auf die Teilnahme der jungen Arbeiterinnen Wert zu legen.

2. Die erwerbslose Jugend Mitteldeutschlands

bereitet zum Jugendtag einen Hungermarsch der Erwerbslosen nach Leipzig vor. In den Bezirken Halle-Merseburg, Magdeburg-Anhalt, Thüringen, Sachsen und Berlin müssen die Bezirkserwerbslosenausschüsse diesen Hungermarsch organisieren und gemeinsam mit dem KJVD und der KPD die Unterbringung der Marschierenden, die Unterstützung und Agitation für diesen Hungermarsch durchführen.[3] Auf allen Stempelstellen, in den Jugendheimen der Erwerbslosen, in den Lehrwerkstätten, müssen Delegationen zum Jugendtag gewählt und die Sammlung für diese Delegation organisiert werden.

3. Die Berufsschüler

müssen in Verbindung mit der parlamentarischen Aktion den Kampf um die

3 Im Bericht der *Roten Fahne* Nr. 93 vom 20. 4. 1930 wird dieser „Hungermarsch" nicht erwähnt. Danach kamen die ca. 25 000 jugendlichen Teilnehmer mit Bussen, Lastwagen und Sonderzügen nach Leipzig.

Berufsschulforderungen aufnehmen und auch in den Berufsschulen Kollektivteilnahme am Jugendtag, mindestens Delegationen formieren.

4. Besondere Unterstützung durch die Organe der Partei

muß bei der Mobilisierung der Massenorganisationen erfolgen: Durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition müssen die Junggewerkschaftler auf den Jugendtag aufmerksam gemacht und mobilisiert werden. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition muß in den Verbänden vorstoßen und durch Einbringung entsprechender Anträge und Resolutionen die Beteiligung der Jugendlichen, die Wahl von Delegationen, die Einleitung von Sammlungen, die Durchführung von Kundgebungen organisieren.

Die Jungsportler müssen für die Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport besonders darauf eingestellt werden, in Leipzig, dem Sitze der Spalter des ATSB, des Bundesvorstandes, gemeinsam mit den Jungkommunisten zu demonstrieren.

Die Jugendlichen in den Freidenker- und Kulturorganisationen, die meist nicht als Jugendliche gesondert zusammengefaßt sind, müssen durch die revolutionäre Opposition für die Beteiligung gewonnen und durch die Organisation zum Treffen delegiert werden.

5. Von besonderer Bedeutung wird die Entsendung starker Delegationen der Landarbeiter- und Kleinbauernjugend zum Reichsjugendtag sein. Diese Schichten, die am stärksten dem Druck des Nationalfaschismus ausgesetzt sind, müssen auf dem Jugendtag die engste Kampfverbundenheit mit dem Jungproletariat der Industrie erleben und beschließen. Hier muß die Partei auf Grund der schwachen Position des Jugendverbandes die stärkste Unterstützung geben.

6. Die Arbeiterkinder

werden gleichfalls in den Schulen ihre Delegationen zum Jugendtag des KJVD wählen und bedürfen der Unterstützung der erwachsenen Arbeiterschaft. Hierbei ist es wichtig, daß besonders der Einfluß der revolutionären Organisationen auf die zur Schulentlassung kommenden Kinder durch die Jugendweihekurse dahingehend geltend gemacht wird, daß diese Genossen zur Beteiligung des Jugendtages gewonnen werden. Gerade diese Schulentlassenen, die jetzt in die Betriebe kommen, werden bei den nächsten Kämpfen eine große Rolle spielen. Sie können auf dem Jugendtag, besser als durch alle Berichte, von der Kraft des Kommunistischen Jugendverbandes überzeugt werden.

7. Einer besonderen Arbeit bedarf die Vorbereitung unseres Jugendtages in den Reihen des Gegners. Hier muß es uns gelingen, auf der Grundlage unserer Forderungen und einer guten Einheitsfrontpolitik von unten, starke Delegationen proletarischer SAJ-Mitglieder und Mitglieder der christlichen Jugend zu gewinnen. In diesen Organisationen gibt es einmal in Verbindung mit der Regierungspolitik der *Hermann Müller*-Regierung und der Haltung der „linken" SPD in Sachsen in Verbindung mit dem Papstbrief u. a. m. starke Diskussionen und Zersetzungserscheinungen, an die von uns geschickt angeknüpft werden und eine breite Einheitsfrontbewegung von unten formiert werden muß.

Die bis jetzt getroffenen Vorbereitungen des Jugendtages sind noch ungenügend und lassen im KJVD an einigen Stellen Stimmungen aufkommen, die einerseits zu einer

Unterschätzung der Bedeutung eines solchen Kampfaufmarsches und andererseits zur Kapitulation vor dem Klassenfeind (versteckt hinter drohendem Verbot) führen. Es ist notwendig, daß jetzt in allen Organen der Partei, in der gesamten Arbeiteröffentlichkeit die Frage des Jugendtages gestellt wird.

ZK-Sekretariat

17 d.

26. 3. 1930: Anweisungen der Agitpropabteilung zu den Elternbeiratswahlen

Anlage zu Nr. 17. Überschrift: „Rundschreiben an alle Bezirksleitungen!"

Betrifft: Elternbeiratswahlen 1930

Werte Genossen,

1. die im Mai d. J. in den meisten Bezirken stattfindenden Elternbeiratswahlen fallen in eine für den proletarisch-revolutionären Schulkampf günstige Situation.

Die Sparmaßnahmen, die in allen Gemeinden und auch im Ländermaßstab nach dem Willen des Finanzkapitals auf lange Sicht durchgeführt werden, haben eine große Erregung der Elternschaft, auch der kleinbürgerlichen Schichten hervorgerufen. Die reformistischen Illusionen – Schulreformen, „Begabtenauslese" – zerplatzen angesichts dieser Drosselung aller sozialen und pädagogischen Ausgaben. Gleichzeitig ist durch Konkordat und Unterstützung der päpstlichen Hetzkampagne gegen die Sowjetunion[1] die Rolle der Sozialdemokratie als Helferin der kirchlichen Reaktion völlig klar geworden. Endlich verschärfen sich überall in Parallele mit dem Polizei- und Justizkurs gegen die Arbeiterklasse die schulfaschistischen Tendenzen. (Gesinnungsdrill, Verfolgung der proletarischen Kinder- und Schülerorganisationen, Polizei gegen Schulstreiks usw.)

Es muß durch gründliche politische und organisatorische Arbeit erreicht werden, daß nicht wieder die Elternbeiratswahlen genau das umgekehrte Bild bieten, wie die politischen Wahlen: Ein völliges Übergewicht der christlichen Listen gegenüber der Liste „Proletarischer Schulkampf", die auch hinter der sozialdemokratischen Liste „Schulaufbau" ganz unverhältnismäßig stark zurückblieb. Die politische und organisatorische Schwäche unserer Schularbeit waren die Gründe dieser Niederlage. Nur durch Zusammenarbeit aller auf dem Schulgebiet arbeitenden Funktionäre und durch Entfesselung von Schulkämpfen schon vor den Elternbeiratswahlen und durch gründliche organisatorische Vorbereitung der Listenwahl kann ein Erfolg erzielt werden.

1 Gemeint ist vermutlich das Konkordat zwischen dem Land Preußen und dem Vatikan vom 14. Juni 1929, das inbesondere die Diözesanorganisation und die Ausbildung der Geistlichen an kirchlichen Hochschulen regelte. Zur Papst-Kampagne vgl. oben Dok. 16, Anm. 5 und Anm. 24.

2. Zur Entfesselung von Schulkämpfen geben die unerhörten Sparmaßnahmen in jeder Gemeinde zwingenden Anlaß. Diese Gelegenheit ist bisher viel zu wenig ausgenutzt worden. Elternversammlungen, deren Protest gegebenenfalls bis zum Schulstreik zu steigern ist – wie das in Berlin-Neukölln geschehen ist[2] – müssen überall in Verbindung mit den übrigen Kämpfen der Arbeiterschaft gegen die Abdrosselung der Wohlfahrts- und Gesundheitsausgaben, gegen Zoll- und Steuerwucher, Mietsteigerung, etc. geführt werden. Hierher gehören unsere Forderungen hinsichtlich Schulspeisung, freie Lehrmittel, Ausbau des Schularztwesens, gegen Kinderarbeit, Beschneidung der Mittel für Schülerwandern, Erhöhung der Klassenfrequenzen, Erhöhung der Schulgelder, Beschneidung der Erziehungsbeihilfen, Einstellung der Schulbauten. Damit in Verbindung muß eine Kampagne gegen die Prügelstrafe, und zwar gegen konkrete Prügelfälle sofort eingeleitet werden. Ferner soll eine allgemeine Weigerung der Eltern, Lehrmittel zu kaufen, auf Grund der in der Reichsverfassung gewährleisteten Kostenlosigkeit der Lehrmittel zum Ostertermin durchgeführt werden. Endlich muß eine umfassende Kampagne für Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht durchgeführt werden. Dringend empfohlen wird die Durchführung von Schulausstellungen (Darstellung der Sparmaßnahmen, schulische Mißstände, bildliche Darstellung über das Gesundheitswesen etc.) in den einzelnen Gemeinden. Alle diese Aktionen erfordern die engste Zusammenarbeit der Elternräte mit dem Jungspartakusbund,[3] den Kommunalvertretern, den parteigenössischen und sympathisierenden Lehrern, Ärzten, Schulschwestern usw., den oppositionellen Freidenkern und den übrigen der IFA angeschlossenen Organisationen. Neben Handzetteln, Flugblättern, Versammlungen ist auch die Herausgabe von Schulzeitungen in der Art der Betriebs- und Straßenzeitungen durchzuführen. Wegen des Bezugs der in Essen erscheinenden oppositionellen Schulzeitschrift *Proletarische Schulpolitik*, deren Ausbau im Reichsmaßstabe erstrebt wird, setzt Euch mit der BL Essen in Verbindung.

3. Die Partei führt den Wahlkampf unter der Parole: „Wählt rote Elternräte!" Es ist dafür zu sorgen, daß überall einheitlich die Listen die Bezeichnung „Liste proletarischer Schulkampf" (gegen Sparmaßnahmen, Kulturreaktion und Schulfaschismus) tragen. Aufgrund der örtlichen Verhältnisse und in Verbindung mit der prinzipiellen Linie unserer Arbeit (siehe beiliegenden Gegenentwurf[4] für das Programm der Freien Schulgesellschaft) muß ein konkretes Kampfprogramm aufgestellt werden.

Bei der Aufstellung der Kandidaten muß in stärkster Weise die Einheitsfront von unten organisiert werden. Als Kandidaten müßten zuverlässige parteilose, sozialdemokratische und christliche Arbeiter gewonnen werden. Die Kandidaten

2 Bereits im Oktober 1929 kam es in Neukölln zu einem Schulstreik, als nach dem Tod von drei Kindern an Diphterie sich die Eltern weigerten, ihre Kinder weiter zur Schule zu schicken. Vgl. *RF* Nr. 203 vom 12. 10. 1929. Anfang April 1930 versuchte die KPD, an einigen Schulen in Neukölln erneut Schulstreiks zu organisieren. Vgl. *Vorwärts* Nr. 156 (*Der Abend*) vom 2. 4. 1930: „Schulkinder an die rote Front!" Wegen fehlender Unterstützung durch die Mehrzahl der Eltern brach dieser Streikversuch jedoch nach zwei Tagen bereits zusammen. Vgl. *Vorwärts* Nr. 158 (*Der Abend*) vom 3. 4. 1930.

3 Jungspartakusbund (JSB) war die kommunistische Kinderorganisation der 10- bis 14jährigen, im Herbst 1930 in „Rote Jungpioniere" umgewandelt. Organ war seit 1926 *Die Trommel*.

4 Liegt nicht vor.

müssen sich unterschriftlich verpflichten, für das aufgestellte Kampfprogramm zu kämpfen. Die Forderungen der Liste Proletarischer Schulkampf für die Gesundheit und Ernährung der proletarischen Kinder, für den pädagogischen Ausbau der Schulen, für den Kampf gegen Kulturreaktion, die Kirche und den republikanischen Gesinnungsdrill, für das Mitbestimmungsrecht der proletarischen Schulorganisationen und insbesondere für die freie Betätigung des Jungspartakusbundes in den Schulen – diese Forderungen müssen auf die konkreten Verhältnisse der einzelnen Gemeinden und Schulen abgestellt werden, da nur so eine Einwirkung auf unorganisierte Elternkreise möglich ist.

Auch Sympathisierende sind auf diese Listen zu setzen. Da für jede Liste (z. B. in Preußen) 10 Antragsteller und 10 Kandidaten notwendig sind, muß sofort mit der Gewinnung von je 20 Genossen an jeder Schule begonnen werden. Für diese Arbeit wird dringend die Anlage einer Kartothek empfohlen, die dann weiterhin die Grundlage der organisatorischen Arbeit bildet. Die Sammlung der Namen, Adressen, (Bezeichnung der Schule, Angabe der Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht) wird am besten in den Straßenzellen und für die Sympathisierenden in den überparteilichen Organisationen (IAH, RH, IFA-Organisationen, Sportorganisationen) durchgeführt. Die Aufstellung der Kandidaten soll in Elternversammlungen vorgenommen werden. Auf enge Zusammenarbeit mit den Schulvertrauensleuten des JSB ist besonderer Wert zu legen.

Abzulehnen sind selbstverständlich alle Arten von neutralen, überparteilichen oder sonstigen Listen. Insbesondere auch Klassen-Elternlisten der Freien Schulgesellschaften (siehe Punkt 4). Kein Kommunist darf auf solchen Listen kandidieren.

4. In den sogenannten „weltlichen" Schulen muß die Zeit bis zu den Wahlen ausgenutzt werden, um das wahre Gesicht der Sozialfaschisten auch auf dem Schulgebiet aufzuzeigen (Konkordat, Nichtanstellung dissidenter Lehrer, Hinarbeit auf ein reaktionäres Reichsschulgesetz), ihren Charakter als Stützpunkte des Sozialfaschismus nachzuweisen und vor allem den Eltern klarzumachen, daß die Schulsparmaßnahmen auch vor den „weltlichen" Schulen nicht haltmachen. Anweisungen für den Pfingsten in Erfurt stattfindenden Bundestag der Freien Schulgesellschaften und die Arbeit der Opposition namentlich gegen das zur Debatte stehende reaktionäre Bundesprogramm gehen gleichzeitig mit diesem Rundschreiben heraus.

Da aber die Opposition im Bund der Freien Schulgesellschaften voraussichtlich auf der Bundestagung sehr schwach vertreten sein wird, muß alle Kraft auf die Elternbeiratswahlen konzentriert werden, um hier die Reformisten zu schlagen, die mit eigenen Listen der Freien Schulgesellschaften auftreten wollen. Dieses Manöver soll den Sozialdemokraten, deren Parole „Schulaufbau" keine Zugkraft mehr hat, dazu dienen, unter der Maske der Überparteilichkeit [Eltern] einzufangen und die Opposition im Bunde, wenn sie mit eigenen Listen auftritt, abzuspalten. Wir wissen noch nicht, welchen Namen diese Listen führen werden. Überall da, wo unsere Genossen in der Minderheit sind, treten wir mit Oppositionslisten „Proletarischer Schulkampf" (siehe oben) auf, auch da, wo wir die Ortsgruppe in der Hand haben, sind Listenbezeichnungen wie „Freie Schule", „Weltliche Schule", „Freie weltliche Schule", „Schulfortschritt" abzulehnen. In solchen Fällen kommt nur die Bezeichnung „Proletarischer Schulkampf" in Frage.

5. Diese gesamte Arbeit erfordert in jedem Unterbezirk und den größeren Ortsgruppen die Bildung von Schulkommissionen, die noch immer nicht überall durchgeführt sind. In diesen Schulkommissionen sind die Vertreter der Elternräte, Lehrer, JSB, Freidenker, Kommunalfunktionäre etc. zusammenzufassen. In gemeinsamer Sitzung muß die schulpolitische und organisatorische Lage festgestellt und ein Arbeitsplan entworfen werden. Es empfiehlt sich, durch den Unterbezirk einen Wahlleiter zu bestimmen, der der Partei gegenüber für die Durchführung aller Wahlarbeiten verantwortlich ist und von der Partei nachdrücklichst unterstützt wird.

Die besonderen Bedingungen des gegenwärtigen Kampfes gegen die Kulturreaktion erfordern, daß mehr als in früheren Jahren mit allem Nachdruck die Elternbeiratswahlen zu einer Aktion der Gesamtpartei und der von ihr erfaßten Arbeiterschichten gemacht wird. Referate in Parteiversammlungen über die schulpolitische Lage und die Bedeutung der Elternbeiratswahlen müssen überall in nächster Zeit durchgeführt werden.

Bericht über die Lage im Bezirk und die eingeleiteten Maßnahmen ist bis zum 15. April an das ZK (Agitprop) zu erstatten.

Mit kommunistischem Gruß
ZK (Agitprop)

18.

6. 5. 1930: Anweisungen des Sekretariats zum Reichstreffen der roten Sportler

BA R 134, Bd. 70, S. 56–62 und StA Oldenburg, Bestand 136, Nr. 2887, fol. 331–333 v. j. Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/16. 5. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 5. Anweisungen des Sekretariats. Reichstreffen der roten Sportler in Erfurt zu Pfingsten."

Bereits im Jahresarbeitsplan des ZK für das Jahr 1930 wurde darauf hingewiesen, daß als eine der wichtigsten Veranstaltungen des Jahres zu Pfingsten in Erfurt ein Reichstreffen der roten Sportler stattfindet.[1] Da uns jetzt nur noch einige Wochen von dieser Veranstaltung trennen und die Vorbereitungen in den einzelnen Bezirken noch keineswegs in genügendem Maße getroffen sind, lenken wir Eure ernste Aufmerksamkeit auf diese Aufgabe.

Das Reichstreffen der roten Sportler ist in zweierlei Hinsicht von großer politischer Bedeutung.

1. muß es angesichts des verschärften faschistischen Kurses der *Brüning*-Regierung und der verschärften Offensive der Unternehmer gegen die Arbeiterklasse, zu einer gewaltigen Demonstration gegen den Hungerkurs, für Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und höhere Löhne, sowie gegen die wachsenden imperialistischen Kriegsgefahren, für den Schutz der Sowjetunion werden.

1 Vgl. oben Dok. 15. Das Reichstreffen fand vom 7.–9. Juni 1930 in Erfurt statt.

2. angesichts der fortgesetzten verschärften Spaltungspolitik der sozialfaschistischen Sportbürokratie zu einem Fanal für die revolutionäre Einheit im Arbeitersport und der gesamten Arbeiterklasse [werden].[2]

Gleichzeitig müssen die Vorbereitungen so getroffen werden, daß von dieser Tagung ausgeht eine gewaltige Initiative für eine breite Einheitsfrontpolitik von unten zur Eroberung der Millionenmassen im Arbeitersport und zum Kampfe gegen den bürgerlichen Sport. Das ist aber nur möglich, wenn sofort in allen Bezirken die Gesamtpartei in Verbindung mit den übrigen sympathisierenden Massenorganisationen die Mobilisierungsarbeiten der roten Sportler für dieses Treffen in der gesamten Arbeiterschaft auf das tatkräftigste unterstützt.

Dazu ist erforderlich:

a) daß keine Veranstaltung und keine Versammlung des Proletariats stattfindet, in der nicht auf die Bedeutung des Reichstreffens der roten Sportler hingewiesen wird.

b) Neben starken Sportdelegationen, die selbstverständlich auf das Tatkräftigste von uns unterstützt werden müssen, müssen in den Betrieben und Massenorganisationen möglichst breite Delegationen für Erfurt gewählt werden, damit sie dort ihre enge Verbundenheit mit den roten Sportlern bekunden. Ihre Finanzierung muß sichergestellt werden. Dies gilt besonders für die Bezirke Magdeburg-Anhalt, Hessen-Frankfurt, Hessen-Waldeck, Thüringen, Sachsen, Halle-Merseburg.

c) Unsere Tageszeitungen müssen angewiesen werden, täglich Artikel und Notizen über das Treffen der roten Sportler zu bringen. Die Agitpropabteilungen der Bezirke müssen eine Anweisung herausgeben, daß dieses Treffen ebenfalls in den Betriebs- und Häuserblockzeitungen in genügendem Maße behandelt wird. Es dürfte zweckmäßig sein, in Verbindung mit den verantwortlichen Parteiarbeitern in der Sportbewegung eine Pressekorrespondenz für diese Zeitungen über die Bedeutung dieser Veranstaltung herauszubringen. Die Gewerkschaftsabteilungen der Bezirke müssen angewiesen werden, gleichfalls in der oppositionellen Gewerkschaftspresse fortlaufend auf die Bedeutung dieses Treffens hinzuweisen.[3]

---

2 Im Zuge der Wendung von 1928/29 versuchte die KPD auch im Arbeiter-Turn- und Sport-Bund (ATSB) eine linke Oppositionsbewegung gegen die sozialdemokratische Bundesleitung aufzubauen. Dies führte zum Ausschluß der ultralinken Gruppen und zur Spaltung des ATSB. Erste Ausschlüsse gab es auf dem 16. Bundestag vom 13.–16. Juni 1928. Die KPD gründete am 26. Mai 1929 in Berlin die „Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport", die am 6./7. Dezember 1930 in die „Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit" (KG) umgewandelt wurde. Erster Leiter der Kampfgemeinschaft war das ZK-Mitglied Ernst *Grube* (1890–1945). Diese Umwandlung war von Ernst *Thälmann* auf dem Reichskongreß zu Pfingsten 1930 angeregt worden. Die Kampfgemeinschaft wurde Mitglied der Roten Sport-Internationale (RSI). 1933 verboten, versuchte sie in der Illegalität weiterzuarbeiten.
Vgl. zur Politik der KPD im Arbeitersport die DDR-Arbeiten von H. Westphal, Die proletarische Wehrsportbewegung in der Zeit der großen Weltwirtschaftskrise (1929–1933), phil. Diss. Leipzig 1957; G. Wonneberger, Deutsche Arbeitersportler gegen Faschisten und Militaristen 1929–1933. Zur historischen Bedeutung des revolutionären Arbeitersports. Berlin (Ost) 1959. Vgl. auch: Horst Überhorst, Frisch, Frei, Stark und Treu. Die Arbeitersportbewegung in Deutschland 1893–1933. Düsseldorf 1973.

3 Vgl. in *RF* Nr. 132 vom 8. 6. 1930 die Grußadresse Wilhelm *Florins* (1894–1944) an den Sportkongreß, den er als „starke politische Kampfgemeinschaft[...] gegen die Hauptfeinde des Proletariats, gegen den Faschismus und den Sozialfaschismus" bezeichnete. Die Nr. 133 der *Roten Fahne* vom 11. 6. 1930 war fast ausschließlich dem Sporttreffen gewidmet.

d) Die Abreise der Delegationen vor Pfingsten nach Erfurt muß zu großen Kundgebungen und Veranstaltungen (Abschiedskundgebungen usw.) zur Verstärkung unserer Arbeiten im Arbeitersport ausgenutzt werden.

e) Mindestens zwei Genossen der Bezirksleitung, und zwar der für die Sportarbeit verantwortliche Genosse und ein Genosse des Sekretariats (Pol-, Org-, Gewerkschaftsleiter etc.) sollen zum Reichstreffen nach Erfurt fahren. Von den Unterbezirksleitungen und den Ortsgruppen sollen möglichst alle für die Arbeit im Sport verantwortlichen Genossen in Erfurt anwesend sein. Je mehr Parteiarbeiter den zweifelsohne grandiosen Aufmarsch der roten Sportbataillone in Erfurt miterleben werden, desto intensiver wird die Arbeit nach dem Reichstreffen in den Sportorganisationen durchgeführt werden.[4]

Nach dem Reichstreffen der roten Sportler muß die revolutionäre Arbeit in den Sportorganisationen viel aktiver und organisierter durchgeführt werden. Diese Arbeit muß nach folgenden Hauptgesichtspunkten aufgebaut werden:

1. Jede BL, UBL und nach Möglichkeit auch die Ortsgruppenleitungen, müssen einen verantwortlichen Genossen für die Sportarbeit bestimmen. Diese Genossen dürfen keinesfalls noch eine Reihe anderer Funktionen haben, sondern müssen diese Arbeit als ihre Hauptarbeit betrachten. Vom Sekretariat der BL, resp. der UBL muß ein Sekretär zur Kontrolle der Arbeit im Sport verantwortlich gemacht werden. Die Meldung der verantwortlichen Genossen der BL für die Sportarbeit muß bis zum 20. Mai an das ZK erfolgen.

2. Die Fraktionsarbeit im Bezirks-, Unterbezirks-, Ortsgruppen- und Vereinsmaßstabe muß viel planmäßiger erfolgen, insbesondere müssen die Fraktionen in den sogenannten „bundestreuen" Vereinen aufgebaut werden. Die regelmäßige Berichterstattung über die gesamte Arbeit im Bezirk an das ZK wird zur Pflicht gemacht.

3. In den Bezirken, in denen die Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport bereits Landesleitungen besitzt, muß dafür Sorge getragen werden, daß die Fraktionsführung in Händen zuverlässiger Parteigenossen liegt. Gleichzeitig muß aber die Arbeit in den sogenannten „bundestreuen" Vereinen systematisch forciert werden. In den Bezirken, wo die Opposition zahlenmäßig stark ist, ist die Gefahr vorhanden, daß wir uns nur auf die oppositionellen Vereine konzentrieren und dabei die „bundestreuen" Vereine vernachlässigen, d.h. uns von einem gewaltigen Teile der Mitgliedschaft abkapseln.

4. Die Parteimitgliedschaft, besonders aber die Jugend, muß in größerem Umfange als bisher Mitglied in den Arbeitersportorganisationen werden. Bei dem Eintritt der Parteigenossen in den Arbeitersport muß taktisch klug vorgegangen werden. Die Parteimitgliedschaft liebt es zu sehr, den Weg des geringsten Widerstandes zu beschreiten und in die bereits oppositionellen, am liebsten ausgeschlossenen Vereine einzutreten. Wenn auch in manchen Bezirken die Unterstützung der Opposition, resp. der ausgeschlossenen Vereine durch Eintritt von Parteimitgliedern nötig ist, muß man in der Regel die besten Parteikräfte in die unter reformistischem Einfluß stehenden Vereine schicken. In Bezirken, wo wir stark genug sind, muß man sogar an die Arbeit der Zellenbildung in den bürgerlichen Sportvereinen herangehen.

---

4 Auf dem Reichskongreß waren 600 Delegierte, zum Reichstreffen sollen etwa 40 000 Personen gekommen sein. Vgl. Chronik S. 255; Wonneberger, Deutsche Arbeitersportler, S. 51.

Die Werksportvereine müssen durch unsere Betriebszellen mit Hilfe der Arbeitersportler im Betriebe stärker als bisher bekämpft werden. Diesem Zweck und zur Hebung des Einflusses der Partei sollen die Betriebsgruppen der Arbeitersportler dienen, deren Gründung mehr als bisher propagiert werden muß.

5. Die sportlichen und sonstigen Veranstaltungen der Arbeitersportler (selbstverständlich der oppositionellen) müssen von der Partei in jeder Hinsicht unterstützt werden. Die Parteipresse muß einen größeren Wert auf den Ausbau des Arbeitersport-Teils legen. Wenn auch deren sportliche Berichterstattung als Grundlage des Sportteils betrachtet werden muß, dürfen die sport-politischen Veröffentlichungen keineswegs vernachlässigt werden. Der Sportteil in der Parteipresse muß ein starker Faktor im Kampf gegen die Reformisten sein.

6. Zu allen Aktionen und Veranstaltungen der Partei müssen die Sportler hinzugezogen werden. Bei öffentlichen Versammlungen allgemeiner Art muß entweder der Referent oder ein Diskussionsredner auf die Bedeutung der Arbeitersportopposition hinweisen. Bei allen Konferenzen der Sportler müssen Parteivertreter das Wort ergreifen.

Auf den Bezirksparteitagen, Parteiarbeiter- und sonstigen Parteikonferenzen muß die Frage der Sportarbeit konkret gestellt und diskutiert werden.

Wir erwarten von Euch, daß Ihr die von uns vorgeschlagene Arbeit sofort in Angriff nehmen werdet. Wir sind überzeugt, daß eine gute Arbeit in der Sportbewegung der Partei in Eurem Bezirk beachtenswerte Erfolge bringen wird.

Mit kommunistischem Gruß!
ZK-Sekretariat

19.

16. 5. 1930: Anweisungen des Sekretariats zum V. RGI-Kongreß

BA R 45/IV – 33, 106: Hektographiertes Rundschreiben. Überschrift: „Sonderrundschreiben. Anweisungen des Sekretariats."

Inhaltsverzeichnis:
Vorbereitungen zum V. RGI-Kongreß[1]

W. G.!

Die Vorbereitungen des V. RGI-Kongresses, der zum 15. Juli nach Moskau einberufen wurde, ist eine der zentralen und ernstesten Aufgaben der Partei in den nächsten Wochen. Die Probleme, die auf dem V. RGI-Kongreß zur Entscheidung stehen, sind nicht nur Gewerkschaftsfragen, sondern für die weitere Tätigkeit der Partei in ihrer gesamten politischen Massenarbeit von größter Bedeutung. Die

1 Der V. Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale tagte vom 15. bis 30. August 1930 in Moskau. Vgl. dazu Protokoll des V. Kongresses der Roten Gewerkschafts-Internationale, abgehalten in Moskau vom 15. bis 30. August 1930. 2 Bde. Berlin 1930.

Wahrnehmung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterschaft sind einer der wichtigsten Hebel zur Gewinnung und Mobilisierung der Massen für den revolutionären Klassenkampf.

Der Hauptgesichtspunkt für die Vorbereitung des V. RGI-Kongresses ist die Ausgestaltung der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu einer wirklichen Massenbewegung weit über den Rahmen der Partei. Ausbau der RGO zu einem organisatorischen Zentrum der revolutionären Klassenkräfte, das auf alle entscheidenden ökonomischen Fragen der Arbeiterklasse eine revolutionäre Antwort gibt und die selbständig die Führung der proletarischen Wirtschaftskämpfe in die Hand nimmt.[2]

Die Probleme zum RGI-Kongreß müssen aus der Praxis heraus und in Verbindung mit der täglichen Arbeit der RGO von der Partei vor der gesamten Arbeiterklasse gestellt [werden].

Die Wahl und Entsendung der Delegierten der RGO zum V. Kongreß soll geschehen unter größter Beteiligung und Heranziehung der Massen. Diese politische Kampagne muß ein starker Hebel zur Verbreiterung der proletarischen Einheitsfront von unten werden. Die Vorbereitung und Auswertung des V. RGI-Kongresses soll nicht nur eine Sache der Kommunisten, sondern auch der parteilosen bzw. sozialdemokratischen und christlichen Arbeitermassen in den Betrieben und Arbeitsnachweisen sein. Zu diesem Zwecke sollen in allen Bezirken Delegiertenkonferenzen der RGO organisiert werden und stattfinden. Die Tagesordnung für diese Konferenzen wird wie folgt festgesetzt:

1. Stellungnahme zum V. RGI-Kongreß und Wahl der Delegierten in den dazu festgelegten Bezirken.

2. Die Lehren der Betriebsrätewahlen.

Als Termine für die einzelnen Bezirkskonferenzen werden für die einzelnen Bezirke vorgesehen:

am Sonntag, dem 22. Juni 1930

Oberschlesien	Königsberg	Nordwest
Hessen-Waldeck	Danzig	Pfalz

am Sonntag, dem 29. Juni 1930:

Mittelrhein	Hessen-Frankfurt	Baden
Saargebiet	Bayern	Thüringen
Schlesien	Mecklenburg	Pommern

am Sonntag, dem 6. Juli 1930:

Berlin-Brandenburg	Sachsen	Ruhrgebiet
Hamburg	Niederrhein	Halle-Merseburg
Magdeburg	Niedersachsen	Württemberg

2 Entscheidender Beschluß des V. RGI-Kongresses war die Entschließung zur Gründung selbständiger revolutionärer Gewerkschaftsverbände neben den bereits bestehenden Gewerkschaften. Für die KPD bedeutete dies die Umwandlung der RGO in selbständige Organisationen und Verbände. So entstand als erster dieser Verbände im November 1930 der Einheitsverband der Metallarbeiter Berlin (EVMB), am 11. Januar 1931 der Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands (EVBD), am 29. März 1931 der Einheitsverband für das Baugewerbe (EVfdB).

Delegierte zu den Bezirkskonferenzen der RGO sollen entsenden die Betriebe, Erwerbslosen und die Industriegruppen der RGO.

Die Delegierten zu den Bezirkskonferenzen müssen in entsprechenden Versammlungen in den Betrieben, auf den Arbeitsnachweisen, in Industriegruppen-Versammlungen und Versammlungen der RGO gewählt werden.

Der Delegationsmodus soll von den Bezirkskomitees der RGO festgesetzt werden in der Weise, daß eine Liste aufgestellt wird der Betriebe, Arbeitsnachweise, Gewerkschaftsfraktionen, ausgeschlossenen Zahlstellen und oppositionellen Zahlstellen, die zur Bezirkskonferenz Delegierte zu entsenden haben mit der Angabe, auf welche Zahl Arbeiter ein Delegierter entfällt.

Zusammensetzung der Delegation zum V. RGI-Kongreß

Die Gesamtzahl der Delegation beträgt 40 Genossen. Auf die Bezirke und Industriegruppen werden 35 Delegierte verteilt. Fünf Genossen werden vom Reichsausschuß der RGO zur politischen Leitung der Delegation bestimmt.

Die Aufteilung der Delegation zum V. RGI-Kongreß auf die Bezirke wurde vom Zentralkomitee wie folgt geregelt:

Berlin-Brandenburg	5 Delegierte	1 Angestellter 1 Bauarbeiter 2 Metallarbeiter 1 Holzarbeiter
Ostpreußen	1 Delegierter	1 Landarbeiter
Danzig	1 Delegierter	1 Hafenarbeiter
Oberschlesien	1 Delegierter	1 Eisenbahner
Schlesien	1 Delegierter	1 Textilarbeiterin
Sachsen	4 Delegierte	1 Metallarbeiter 1 Verkehrsarbeiter 1 Textilarbeiterin 1 Tabakarbeiterin
Halle-Merseburg	3 Delegierte	1 Chemiearbeiter 1 Bergarbeiter 1 jugendlicher Bauarbeiter
Thüringen	1 Delegierter	1 Textilarbeiterin
Niedersachsen	1 Delegierter	1 Chemiearbeiter
Wasserkante	3 Delegierte	1 Werftarbeiter 1 Hafenarbeiter 1 jugendlicher Werftarbeiter
Ruhrgebiet	4 Delegierte	1 Metallarbeiter 1 Bergarbeiter 1 Verkehrsarbeiter 1 jugendlicher Bergarbeiter
Niederrhein	3 Delegierte	1 Metallarbeiter 1 Eisenbahner 1 Textilarbeiterin

Mittelrhein	1 Delegierter	1 Bergarbeiter
Hessen-Frankfurt	2 Delegierte	1 Chemiearbeiter 1 Lederarbeiter
Saargebiet	1 Delegierter	1 Bergarbeiter
Baden	1 Delegierter	1 Arbeiterin aus der Nahrungs- u. Genußmittelindustrie
Württemberg	1 Delegierter	1 Metallarbeiter
Nord- u. Südbayern	1 Delegierter	1 Buchdrucker[3]

Innerhalb der Delegation sollen 8 parteilose Delegierte enthalten sein, und zwar: 2 von Berlin-Brandenburg, 1 von Halle-Merseburg, 1 von Sachsen, 1 von der Wasserkante, 1 vom Ruhrgebiet, 1 vom Niederrhein, 1 von Hessen-Frankfurt.

Die Finanzierung der Delegierten muß restlos durch die Bezirke selbst geschehen. Zu diesem Zwecke werden vom Reichskomitee der RGO Sammellisten und Marken zu 20 Pfg. herausgegeben. 5% der gesammelten Gelder müssen an das Reichskomitee abgeführt werden.

Für jeden Delegierten sind aufzubringen:

Für Fahrgeld und Spesen von Berlin bis zur russischen Grenze	140.– Mk.
Fahrgeld von Heimatort bis Berlin und zurück	?
Familienunterstützung für verheiratete Delegierte im Bedarfsfalle pro Woche 60.– Mk. voraussichtlich für 6 Wochen	360.– Mk.

Außerdem fährt am 13. Juli eine neue Arbeiterdelegation auf Einladung der russischen Gewerkschaften in die Sowjetunion, die Gelegenheit haben wird, vorübergehend am RGI-Kongreß teilzunehmen. Da die Zahl der Delegierten zum RGI-Kongreß beschränkt ist und nicht alle Bezirke berücksichtigt werden konnten, sind diejenigen Bezirke, die in der RGI-Delegation schwach oder überhaupt nicht vertreten sind, bei der Arbeiterdelegation berücksichtigt worden. Über die Entsendung und Aufteilung der Arbeiterdelegation, die 45 Mann stark sein soll, auf die Bezirke, liegen besondere Anweisungen bei.[4]

Ende Juli soll weiterhin eine christliche Arbeiterdelegation von 15 Mann nach der Sowjetunion fahren, deren Organisierung ebenfalls im Zusammenhang gebracht werden muß mit den Vorbereitungen zum V. RGI-Kongreß.

Die Kampagne zum V. RGI-Kongreß soll eingeleitet werden durch große Vollversammlungen der roten Betriebsräte, revolutionären Betriebsvertrauensleute, Vertreter der Erwerbslosenausschüsse, der Frauendelegiertinnen und Jungarbeiter-Versammlungen. Danach sollen stattfinden die Betriebsversammlungen, die Versammlungen der Erwerbslosen, die Stellungnahme der Industriegruppen, der Fraktionen, der ausgeschlossenen Zahlstellen usw. Die Tagespresse der Partei und die Organe der Gewerkschaftsopposition müssen sofort auf die Vorbereitung des RGI-Kongresses eingestellt werden. Besonders notwendig ist auch die Behandlung des RGI-Kongres-

3 Danach entsandten folgende Bezirke keine Delegierten: Hessen-Waldeck, Nordwest, Mecklenburg, Pommern und Magdeburg, also kleinere KPD-Bezirke.

4 Vgl. unten Dok. 20.

ses in den Betriebszeitungen.[5] In den Oppositionsorganen sollen Diskussionen entfaltet werden über die aktuellen Probleme der Arbeit der RGO und RGI. Die Mobilisierung der Arbeiterkorrespondenten muß von den Redaktionen sofort in die Wege geleitet werden. Es muß im Verlauf der ganzen Kampagne ferner versucht werden, in allen Gewerkschaftsversammlungen die Aussprache über die Probleme des V. Kongresses der RGI zu erzwingen. Entschließungen und Sympathietelegramme müssen von uns eingebracht und zur Abstimmung gestellt werden. Angenommene Resolutionen und Sympathietelegramme müssen in der Presse restlos ausgenutzt und an den Reichsausschuß der RGO zur Weiterleitung an den Generalrat der RGI gesandt werden.

Für die gesamte Kampagne müssen die Bezirkskomitees der RGO mit Hilfe des Sekretariats der Bezirksleitung sofort einen ausführlichen Arbeitsplan aufstellen. Wir erinnern die Bezirksleitungen nochmals daran, daß bereits im Rundschreiben vom 8. Mai 1930[6] ein Bericht verlangt wurde über das, was bisher getan wurde zur Vorbereitung des V. RGI-Kongresses. Diese Berichte sind sofort einzusenden.

In nächster Zeit werden Instrukteure in die Bezirke entsandt werden, die den gesamten Stand der RGO überprüfen sowie die Vorbereitungsarbeiten zum V. RGI-Kongreß fördern sollen. Besondere Mitteilungen über das Eintreffen der Instrukteure gehen den Bezirksleitungen noch zu.[6]

Der V. RGI-Kongreß und seine sorgfältige Vorbereitung ist ein günstiger Anlaß, um der Arbeit der RGO und der Arbeit in den reformistischen und christlichen Gewerkschaften einen mächtigen Stoß nach vorwärts zu geben.

Wir erwarten, daß Ihr restlos Eure volle Pflicht erfüllt!

Mit kommunistischem Gruß!
ZK. Sekretariat

---

5 Die Vorbereitung des V. RGI-Kongresses nahm in der kommunistischen Presse nicht den breiten Raum ein, der im vorliegenden Rundschreiben gefordert wird. In der *Roten Fahne* erschienen entsprechende Artikel u. a. in Nr. 156 vom 8. 7. („Die Bedeutung des 5. Kongresses der RGI für die Arbeiterinnen"); Nr. 162 vom 15. 7. („Zehn Jahre RGI"); Nr. 172 vom 26. 7. („Lehren und Erfahrungen der RGO"); Nr. 175 vom 30. 7. („Tragt die RGO-Beschlüsse in die Betriebe"); Nr. 184 vom 9. 8. („Zwei Kongresse: Stockholm und Moskau"). Während der Tagung des Kongresses bestimmte bereits der Reichstagswahlkampf die Themen der *Roten Fahne*.

6 War nicht zu ermitteln.

20.

17. 5. 1930: Anweisungen des Sekretariats zur Entsendung einer Arbeiterdelegation in die UdSSR

BA R 45/IV – 33, 102: Hektographiertes Rundschreiben. Überschrift: „Sonderrundschreiben. Anweisungen des Sekretariats."

Inhaltsverzeichnis:
Vorbereitungen zur Entsendung einer Arbeiterdelegation in die Sowjetunion.

W. G.!

Die Gewerkschaften in der Sowjetunion haben in diesem Jahre wieder Delegationen und zwar eine 45 Mann starke Arbeiterdelegation zum 15. Juli und eine christliche Arbeiterdelegation aus 15 Mann zum 1. August eingeladen. Diese, von dem Gedanken internationaler Solidarität geleitete Einladung ist die beste Antwort auf die unzähligen Verleumdungen und Lügen, die besonders stark in den letzten Monaten in der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse verbreitet wurden und die unerhörten Provokationen gegen den einzigen proletarischen Staat – die Sowjetunion.

Die Entsendung der Arbeiterdelegationen ist eines der besten Mittel im Kampfe gegen die Verleumdungen der sowjetfeindlichen Presse, sie geben auch die Möglichkeit, stärker das Interesse der Arbeiter auf die heroische Arbeit des Proletariats der Sowjetunion am Aufbau des Sozialismus zu lenken und die Arbeiter für die Verteidigung der Sowjetunion zu mobilisieren. Durch die Verwirklichung des Fünfjahresplanes wird die Frage: Aufbau des Sozialismus oder kapitalistischer Ausbeuterstaat vor den Augen der Werktätigen der ganzen Welt zu Gunsten des Sozialismus entschieden. Die bisherigen grandiosen Erfolge bei dem gewaltigen sozialistischen Aufbauwerke in der Sowjetunion geben der revolutionären Arbeiterschaft gute Möglichkeiten, breite Massen der Werktätigen für die revolutionäre Klassenfront zu gewinnen.

Die Entsendung von Arbeiterdelegationen aus allen Ländern wird diese Entwicklung des Abmarsches breiter Schichten der Arbeiter zur revolutionären Front erleichtern und weitere Massen für den Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr mobilisieren. Es kommt deshalb alles darauf an, die Entsendung der Delegation in die Sowjetunion gut vorzubereiten.

Aufteilung der Arbeiterdelegationen auf die Bezirke und Industriegruppen:

Berlin-Brandenburg	7 Delegierte	2 Metallarbeiter 1 Bauarbeiter 1 Textilarbeiter 1 Angestellter 1 Buchdrucker 1 Tabakarbeiter (Davon sollen 2 Frauen und 1 Jugendlicher sein.)
Pommern	1 Delegierter	1 Landarbeiter
Ostpreußen	1 Delegierter	1 Bauarbeiter
Danzig	1 Delegierter	1 Landarbeiter
Oberschlesien	1 Delegierter	1 Bergarbeiter
Schlesien	2 Delegierte	1 graphischer Arbeiter 1 Textilarbeiterin
Sachsen	5 Delegierte	1 Tabakarbeiterin 1 Textilarbeiterin 1 Metallarbeiter

		1 Bauarbeiter
		1 Verkehrsarbeiter
Halle-Merseburg	2 Delegierte	1 Bergarbeiter
		1 Metallarbeiterin
Magdeburg-Anhalt	1 Delegierter	1 Metallarbeiter
Thüringen	1 Delegierter	1 Glasarbeiter
Niedersachsen	1 Delegierter	1 Chemiearbeiter
Mecklenburg	1 Delegierter	1 Landarbeiter
Wasserkante	4 Delegierte	2 Werftarbeiter
		1 Hafenarbeiter
		1 Verkehrsarbeiter
Nordwest	1 Delegierter	1 Hochseefischer
Ruhrgebiet	4 Delegierte	2 Bergarbeiter
		1 Metallarbeiterin
		1 Verkehrsarbeiter
Niederrhein	2 Delegierte	1 Textilarbeiterin
		1 Chemiearbeiter
Mittelrhein	1 Delegierter	1 Bergarbeiter
Hessen-Frankfurt	2 Delegierte	1 Chemiearbeiterin
		1 Metallarbeiter
Pfalz	1 Delegierter	1 Chemiearbeiter
Saargebiet	1 Delegierter	1 Bergarbeiter
Baden	2 Delegierte	1 Metallarbeiter
		1 Textilarbeiter
Württemberg	1 Delegierter	1 Metallarbeiter
Nordbayern	1 Delegierter	1 Glasarbeiter
Südbayern	1 Delegierter	1 Brauereiarbeiter

Die Delegierten sollen in der Hauptsache parteilose, freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter bzw. sozialdemokratische Arbeiter sein. In der 45 Mann starken Arbeiterdelegation sollen nicht mehr wie fünf Mitglieder der Kommunistischen Partei sich befinden, und zwar kann je ein kommunistisches Parteimitglied in der Delegation aus dem Bezirk Berlin, Sachsen, Ruhrgebiet, Niederrhein und Wasserkante mitgeschickt werden. Von den Delegierten sollen neben 11 Frauen 6 Jungarbeiter sein, und zwar je ein Jungarbeiter aus Sachsen, Berlin 2, Hamburg, Halle und Ruhrgebiet wieder je einen.

Einteilung der christlichen Delegation:

Die christliche Delegation fährt 14 Tage später zum 1. August und verteilt sich folgendermaßen: 4 Mann aus dem Niederrhein, 6 Mann aus dem Ruhrgebiet, 2 Mann vom Mittelrhein und 3 Mann aus Oberschlesien.

Die Vorbereitung der Delegation geschieht vom Bund der Freunde der Sowjetunion[1] gemeinsam mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition. In diesem Zusammen-

1 Vgl. oben Dok. 1, Anm. 9.

hang muß die Bildung von Komitees des Bundes der Freunde der Sowjetunion in allen Bezirken vorgenommen werden, in denen diese noch nicht bestehen. Wo Bezirkskomitees bestehen, führt die revolutionäre Gewerkschaftsopposition mit Unterstützung der Partei mit diesen Komitees gemeinsam die Vorbereitungsarbeiten durch.

Finanzierung:

Zur Finanzierung der Delegation werden an die Betriebe Sammellisten vom Bund der Freunde der SU herausgegeben. Jeder Betrieb und [jede] Organisation, die einen Delegierten entsenden, haben die vollen Kosten für den Delegierten aufzubringen. Die Sammlung geht auf den Listen des Bundes der Freunde der SU vor sich. Von einem evtl. Überschuß der Sammlungen, die auch in den Betrieben vorgenommen werden, die keinen Delegierten entsenden, um so die Delegation zu einer Angelegenheit der gesamten Arbeiterschaft zu machen, werden die Kundgebungen der Arbeiterdelegierten vor ihrer Abreise und nach ihrer Rückkehr finanziert. Zu diesem Zweck bleiben von dem Überschuß der Sammlungen bei den zu bildenden Bezirkskomitees 50%. Die restlichen 50% des Überschusses werden an das Reichskomitee des Bundes der Freunde der SU abgeführt.

Die Kosten der Delegierten betragen:

RM 110.– Fahrgeld und Visa bis zur sowjetischen Grenze von Berlin und zurück.

Fahrgeld vom Wohnort nach Berlin und zurück, wobei das Fahrgeld für die Rückfahrt von Berlin nach dem Wohnort mit dem Fahrgeld nach der SU zusammen eingezahlt werden muß.

Für Verpflegung bis zur Grenze müssen die Delegierten selbst sorgen.

In dem obigen Betrag sind keine Spesen für Verpflegung eingerechnet.

Familienunterstützung: für die verheirateten Delegierten muß der Betrieb bzw. Organisation außerdem die Unterstützung der Familie aufbringen. Die Unterstützungssätze sind von den Bezirken selbst zu regeln.

Wahl der Delegierten:

Als Delegierte werden nur solche anerkannt, die in Betriebs, Gewerkschafts- und Erwerbslosenversammlungen gewählt wurden und die die Mittel der Finanzierung für den Delegierten durch Sammlungen aufbringen. Arbeiter, die durch kleine Beiträge für die Entsendung ihres Delegierten gesammelt haben, werden ein bedeutend größeres Interesse für die Berichte des Delegierten aufbringen und enger mit ihm verbunden sein, als wenn irgend jemand in der Delegation mitfährt, der keinerlei Basis für seine Berichterstattung geschaffen hat. Gemeldete Delegierte, für deren Reise nicht gesammelt wurde, werden nicht anerkannt. Die Wahl der Delegierten soll verbunden werden mit den Vorbereitungsarbeiten zum V. Kongreß der RGI.[2] Die Delegierten der einzelnen Betriebe sollen nochmals von den Oppositionsversammlungen bestätigt werden.

Nach der Wahl des Delegierten soll der Delegierte ein von ihm unterzeichnetes Flugblatt (ein Rotaprint-Abzug) an die Wähler herausgeben, worin er sie auffordert,

2 Vgl. oben Dok. 19.

schon vor seiner Abreise Fragen an ihn zu richten, die er nach seiner Rückkehr in öffentlichen Versammlungen beantworten wird.

Abreise der Delegation:

Die Anmeldung der Delegierten muß bis zum 20. Juni an das Reichskomitee des Bundes der Freunde der Sowjetunion vollzogen sein. Die Wahl in den Versammlungen muß sofort und nicht später bis 1. Juli vorgenommen werden, damit die Sammlungen erfolgreich durchgeführt werden können bis zur Abreise der Delegation. Bis zum 5. Juli ist der beiliegende Fragebogen ausgefüllt unter Beifügung des Reisepasses und drei Photographien per Einschreiben an die Adresse: *Theo Beutling*,[3] Berlin SW 68, Zimmerstr. 77, eingesandt werden. Gleichzeitig müssen für jeden Delegierten drei Fragebogen der sowjetrussischen Botschaft ausgefüllt werden, die dem gemeldeten Delegierten rechtzeitig durch den Bund zugestellt werden.

Das Geld zur Finanzierung der Delegierten muß bis spätestens 5. Juli auf das Postscheckkonto des Bundes der Freunde der SU, Berlin, Nr. 49238 eingezahlt sein. Nur wenn diese Termine innegehalten werden, kann für die Teilnahme der Delegierten an der Delegation garantiert werden. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Delegierten erst zugelassen sind, wenn sie ein Mandat des Bundes in ihrer Hand haben. Sodann haben die Delegierten ihre Reise so einzurichten, daß sie am Sonnabend, dem 12. Juli in Berlin sind, um an der Sitzung der Gesamtdelegation zwecks Wahl der Delegationsleitung sowie an der Abschiedskundgebung teilnehmen können. Nachzügler werden nicht zugelassen.

Abfahrt der Delegation am Sonntag, dem 13. Juli.
Ankunft in Moskau am 15. Juli.
Abfahrt aus Moskau am Freitag, dem 1. August.
Ankunft in Berlin am Sonntag, dem 3. August.
Empfangskundgebung in Berlin vormittags, mittags Abreise der Provinzdelegierten.

Die christliche Delegation fährt am Mittwoch, dem 30. Juli von Berlin ab. Sie muß am 29. Juli mittags 1 Uhr in Berlin sein, wo sie an der Abschiedskundgebung teilnimmt. Sie trifft am 1. August in Moskau ein. Abfahrt aus Moskau nach Berlin am 22. August. Ankunft in Berlin am 24. August. Wir erwarten, daß auch diese Arbeiterdelegation entsprechend der Bedeutung vorbereitet wird.

Mit kommunistischem Gruß
ZK Sekretariat

3 Theodor *Beutling* (1898–1937). Vgl. Weber II S. 74 f. Der erwähnte Fragebogen ist in den Akten nicht vorhanden.

21.

17. 5. 1930: Anweisungen des Sekretariats zur Werbung für die Rote Hilfe

Records . . . T–175, 295, 2791637–2791639 und StA Detmold, M1 I P, Nr. 584, Bd. 1; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 6. Anweisungen des Sekretariats."

Inhaltsverzeichnis:
Werbe- und Sammelkampagne im Juni für die Rote Hilfe

Sehr dringlich!
Sofort organisieren
W. G.!

Das *Severing*'sche Republikschutzgesetz[1] fordert fast täglich neue Opfer aus den Reihen der kämpfenden Arbeiterschaft. Durch die von den Polizei- und Justizbehörden durchgeführten Verfolgungen sollen die werktätigen Massen von dem Kampfe gegen die Hungeroffensive des Kapitals abgeschreckt werden. Vor allem richtet sich diese Verfolgung gegen die Funktionäre der Kommunistischen Partei und der übrigen revolutionären Massenorganisationen, um damit den werktätigen Massen die Führung in ihren Kämpfen zu nehmen.

Mit der Befreiung des Rheinlandes von den Besatzungstruppen ist von den Rechtsparteien die Forderung der Amnestie für die unter der Besatzung verhängten Urteile erhoben worden. Während die Sozialdemokraten diese Forderung ablehnen, müssen wir uns mit aller Kraft für eine erneute Amnestie aller proletarischen politischen Gefangenen einsetzen und den Amnestiebetrug aufzeigen, der bei der letzten Amnestie im Sommer 1928 von den Sozialdemokraten betrieben worden ist.[2]

Für den Rechtsschutz und die Unterstützung der proletarischen politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen hat die Rote Hilfe Sorge zu tragen. Die dadurch entstehenden Ausgaben sind aber infolge des gesteigerten Justizterrors in weitaus größerem Umfange gewachsen, als die Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen und Sammlungen. Den gesteigerten Anforderungen an die Finanzkraft, für den Rechtsschutz und die Unterstützung für die politischen Gefangenen, kann die RHD nur dann weiter gerecht werden, wenn schnellstens durch die Partei, gemeinsam mit den übrigen Massenorganisationen eine umfassende Hilfsaktion eingeleitet und durchgeführt wird.

---

1 Gesetz zum Schutze der Republik und zur Befriedung des politischen Lebens vom März 1930, RGBl. Teil I, S. 91.

2 Das vom Reichstag am 13. Juli 1928 verabschiedete Amnestiegesetz gewährte Straferlaß für Straftaten, die aus politischen Beweggründen begangen wurden. Nicht begnadigt wurden solche Personen, deren Straftaten aus sozialer Not verübt wurden. Vgl. *Frankfurter Zeitung* Nr. 514 vom 12. 7. 1930; Nr. 520 vom 14. 7. 1930. Bereits am 16. Mai 1930 forderte der deutschnationale Abgeordnete Dr. *Everling* bei der Etatsdebatte im Reichstag eine Vollamnestie für alle während der französischen Besatzungszeit Verurteilten. Dem stellte die KPD den Antrag auf Amnestierung aller politischen Gefangenen, die bis zum 15. Juli 1929 verurteilt wurden, gegenüber. Vgl. *RF* Nr. 114 vom 17. 5. 1930; Nr. 121 vom 25. 5. 1930.

Aus diesem Grund hat das ZK beschlossen, daß eine Werbe- und Sammelkampagne für die Rote Hilfe während des ganzen Monats Juni durchgeführt wird.

Diese Kampagne muß erfolgen unter den politischen Losungen:

1. Gegen den Polizei- und Justizterror und gegen das *Severing*'sche Republikschutzgesetz,
2. für die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen (Amnestie),
3. gegen die Verbote des RFB und der Antifaschistischen Jugendorganisationen[3] (das Verbot der letzteren besteht in einzelnen Teilen des Reichs),
4. gegen den internationalen weißen Terror,
5. für die internationale proletarische Solidarität.

Unter diesen Losungen muß die Kampagne zu einer wirklichen Massenbewegung gegen den Polizei- und Justizterror und für die Unterstützung der politischen Gefangenen gestaltet werden. Es sind öffentliche Versammlungen und Demonstrationen sowie Belegschafts- und Häuserblockversammlungen abzuhalten. Vor allem muß eine intensive Betriebs- und Hausagitation durchgeführt werden. Zur Unterstützung dieser Arbeit sind Zellen- und Häuserblockzeitungen herauszugeben, wie auch die übrige Agitproparbeit in umfassender Weise in den Dienst dieser Kampagne gestellt werden muß.

Auch die illustrierte Rote Hilfe Zeitung *Das Tribunal*, die vom 1. Juni ab vierzehntägig erscheint, muß im größten Umfange unter den Massen verbreitet werden.

Neben der Steigerung der Roten Hilfe zu einer breiten Massenbewegung ist eine umfassende Mitgliederwerbung für die Rote Hilfe dringend erforderlich, um in der Gesamtarbeiterschaft eine stabile organisatorische Grundlage für die Rote Hilfe Arbeit zu schaffen. Wir verweisen dabei auch auf die Beschlüsse der internationalen Kongresse und unserer Parteitage, wonach es für jeden Kommunisten eine moralische Pflicht ist, Mitglied der Roten Hilfe zu sein.

Auch in den der Roten Hilfe kollektiv angeschlossenen Organisationen[4] ist die Werbung für die Einzelmitgliedschaft in energischer Weise durchzuführen, wie auch die Mitglieder dieser Organisationen viel mehr als bisher zur Roten Hilfe-Arbeit verpflichtet werden müssen.

---

3 Vgl. dazu Dok. 17 b, Anm. 2.

4 Der Roten Hilfe waren außer den ordentlichen Mitgliedern zahlreiche der KPD nahestehende Organisationen kollektiv angeschlossen. Nach dem Bericht der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg waren es im Bezirk Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark im Jahre 1930 42 verschiedene Organisationen mit insgesamt 15 425 Mitgliedern. Vgl. Bericht der Bezirksleitung zum 18. Bezirksparteitag der KPD Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark, Mai 1930, in: Records T 175, 315, 2814651 ff. Ende 1931 waren der RHD auf Reichsebene insgesamt 2 164 Organisationen angeschlossen. Darunter waren 27 Betriebsbelegschaften, 10 Gewerkschaften, 786 Sportvereine, 534 Kulturvereine, 2 Genossenschaften, 185 Wirtschaftsorganisationen, 471 politische Organisationen und 57 sonstige Organisationen. Vgl. Günter König, Der Kampf der Roten Hilfe Deutschlands gegen die Klassenjustiz der Weimarer Republik und für die Freilassung der proletarisch-politischen Gefangenen in der Periode der Weltwirtschaftskrise (1929–1932), phil. Diss. Leipzig 1967, S. 172.

In der Werbe- und Sammelkampagne im Monat Juni muß aber vor allem eine große Geldsammlung für den Verteidigungsfonds zur Beschaffung der Geldmittel für den Rechtsschutz und die Unterstützung für die proletarischen politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen durchgeführt werden. Es sind dazu von der Roten Hilfe Marken für den Verteidigungsfonds im Werte von 25 und 10 Pfg., Sammellisten und Sammelbüchsen herausgegeben worden. Es muß ein selbstverständlicher Akt proletarischer Klassensolidarität sein, daß jeder Parteigenosse die Sammelmarken der Roten Hilfe sich in das Parteibuch klebt und so zum Aufbau des Verteidigungsfonds der RHD beiträgt. Darüber hinaus ist es Pflicht aller Parteigenossen, sich aktiv an der Werbe- und Sammelkampagne selbst zu beteiligen. Die Bezirksvorstände der RHD sind von ihrer Zentralleitung angewiesen worden, das Markenmaterial und die Sammellisten und Sammelbüchsen der Partei und den übrigen Massenorganisationen zu übermitteln. Die Verrechnung der gesammelten Gelder erfolgt mit den Bezirksvorständen der RHD.

Wir verpflichten alle Ortsleitungen, sofort die Organisierung dieser Kampagne vorzunehmen.

Mit den Ortsvorständen der Massenorganisationen ist sofort eine gemeinsame Sitzung zur Organisierung der Kampagne einzuberufen. Die Massenorganisationen sind verpflichtet, in ihren Reihen die Werbe- und Sammelkampagne mit allem Nachdruck durchzuführen.

Es darf keine Veranstaltung vorübergehen, wo nicht auf die Notwendigkeit der Unterstützung der RH und der politischen Gefangenen hingewiesen und für sie gesammelt wird. Die Rote Hilfe-Kampagne muß in allen von den Organisationen für den Monat Juli vorgesehenen Veranstaltungen eingeschaltet werden.

Von der aus der Roten Hilfe ausgestoßenen *Schloer*-Gruppe[5] wird der Schwindel verbreitet, das die RH das Kinderheim Barkenhof schließen und es zugunsten der Parteikasse veräußern wolle.[6] Wenn es auch der Roten Hilfe infolge der wachsenden Ausgaben für den Rechtsschutz und die Unterstützung der politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen und den diesen Ausgaben nicht entsprechenden Einnahmen sehr schwer fällt das Kinderheim aufrecht zu erhalten, so besteht doch keineswegs die Absicht seiner Schließung. Es waren dort bisher Kinder untergebracht und auch gegenwärtig ist das Kinderheim belegt. Aber auch für die Erhaltung der Kinderheime ist die Durchführung dieser Sammelkampagne dringend erforderlich. Die *Schloer*-Gruppe unternimmt diesen Schwindel, um vor allen Dingen die mit der Roten Hilfe sympathisierenden Intellektuellen von der RH loszulösen und um für

5 Jakob *Schloer* (1888–1956), einer der Mitbegründer der Roten Hilfe und von 1926–1929 ihr Generalsekretär, wurde als Anhänger der „Rechten" im Mai 1929 seiner Funktion enthoben. Mit ihm wurden noch zahlreiche andere Sekretäre der Roten Hilfe wie *Altwein*, *Ehlers* und *Deisen* von ihren Ämtern entfernt, worauf sie sich zu einer oppositionellen Gruppe zusammenschlossen. Vgl. Weber II S. 277 f.; Günter König, Der Kampf der Roten Hilfe, S. 29 ff.

6 Der Barkenhof, das ehemalige Haus des Malers *Vogeler* in Worpswede bei Bremen, war eines von zwei Kinderheimen der KPD, die vornehmlich durch Spenden finanziert wurden und der Versorgung/Unterbringung von Kindern politischer Gefangener oder verwaister Arbeiterkinder dienten. Diese Kinderfürsorge fand die Unterstützung zahlreicher Intellektueller wie A. *Einstein*, G.*Kolbe*, Heinrich und Thomas *Mann*, K. *Tucholsky* u. a.

ihre Partei- und Rote Hilfe-feindliche Tätigkeit Anhänger zu gewinnen. Damit zeigt sich diese Gesellschaft als der offene Verbündete des Polizei- und Justizterrors.

Genossen, Genossinnen! Geht sofort heran an die Organisierung der Werbe- und Sammelkampagne für die Rote Hilfe, führt sie mit den besten Erfolgen durch![7]

Mit kommunistischem Gruß!
ZK Sekretariat

7 Zur offensichtlich mangelhaften Durchführung dieser Kampagne vgl. unten die Kritik des ZK-Sekretariats in Dok. 22.

22.

21. 6. 1930: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen

BA R 134, Bd. 60, S. 218–232 und BA, R 45/IV – 24, 211 und StA Bremen, 4, 65 – II A 12a, Bd. 26; Hektographiertes Rundschreiben. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 7. Anweisungen des Sekretariats."

Inhaltsverzeichnis:

I. Unsere Massenmobilisierung zur Arbeiteroffensive gegen die Lohnabbauoffensive der Bourgeoisie, gegen Unterstützungsraub, Arbeitsgemeinschaft und Steuerwucher.
1. Der innere *Young*plan.
2. Der Versuch eines „kapitalistischen Auswegs" aus der Krise.
3. Der Generalangriff auf die deutschen Werktätigen.
4. Die Hilfstruppen der Bourgeoisie gegen die Werktätigen.
5. Der Verrat der Gewerkschaftsbürokratie.
6. Arbeiteroffensive gegen Kapitaloffensive.
   a) Die große strategische Front der Werktätigen.
   b) Mobilisierung der Betriebe zum Kampf.
   c) Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front.
   d) gemeinsame Kampffront der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter.
   e) Frauen und Arbeiterjugend.
   f) Beamte und Angestellte.
   g) Rote Betriebsräte.
   h) Kampf gegen den Faschismus.
   i) die Massenorganisationen.
7. Internationale Kampffront gegen internationalen Kapitalsangriff.
8. Die zentralen Losungen.

II. Mitteilungen des Sekretariats.

I. Unsere Massenmobilisierung zur Arbeiteroffensive gegen die Lohnabbauoffensive der Bourgeoisie, gegen Unterstützungsraub, Arbeitsgemeinschaft und Steuerwucher.

1. Der innere *Young*plan:

Bei der Annahme des *Young*planes[1] entfaltete die Sozialdemokratie und liberale Bourgeoisie in Deutschland eine großzügige Propaganda für den *Young*plan, deren Hauptschlagwort die Behauptung von den angeblichen „Erleichterungen" war, die der *Young*plan gegenüber der bisherigen Situation bringe. Demgegenüber signalisierte die KPD von vornherein den *Young*plan in seiner außenpolitischen Bedeutung als Kriegspakt gegen die Sowjetunion, in seiner innenpolitischen Auswirkung für die deutschen Werktätigen als ein Instrument der maßlosesten Ausplünderung der breiten Massen durch das vereinigte internationale Finanzkapital und die deutsche Bourgeoisie. Die gesamte tatsächliche Entwicklung seit Annahme des *Young*planes bestätigt vollkommen die Feststellungen der Partei. Die letzten innenpolitischen Ereignisse, das Programm der *Brüning*regierung, die Unternehmeroffensive, die Anschläge auf Erwerbslose, auf Angestellte und Beamte, kurz der beginnende, umfassende Generalangriff des deutschen Kapitals, liefert den schlüssigen Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie und alle auf dem Boden des *Young*planes stehenden Parteien mit ihren Phrasen über Erleichterungen des *Young*planes die Massen aufs Schändlichste betrogen und daß allein die Kommunistische Partei den Massen die Wahrheit gesagt hat.

Es ist eine der wichtigsten und entscheidenden Aufgaben der Partei, sowohl in der Presse als auch in der gesamten Agitation, diese Tatsachen besonders eindringlich und klar ins Bewußtsein der Massen zu hämmern, um dadurch die Autorität der Partei in der Arbeiterklasse und den übrigen werktätigen Schichten zu stärken und das Vertrauen der Massen zur Partei zu vertiefen.

2. Der Vesuch eines „kapitalistischen Auswegs" aus der Krise

Der Gesamtplan der deutsche Bourgeoisie ist durch verschiedene Faktoren bedingt. Die wichtigste Grundtatsache, die das Vorgehen der deutschen Bourgeoisie verursacht, ist die steigende Krise des Kapitalismus. Die gesamten politischen und ökonomischen Maßnahmen der Bourgeoisie im gegenwärtigen Augenblick stellen den verzweifelten Versuch dar, noch einmal einen kapitalistischen „Ausweg" aus der Krise, eine kapitalistische „Lösung" der bestehenden und ständig wachsenden Schwierigkeiten zu erzwingen. Mit der beginnenden Weltwirtschaftskrise verschärft sich der Kampf um die Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt in außerordentlich heftigen Formen. Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Bourgeoisie ist durch eine Reihe von Faktoren stark eingeengt.

3. Der Generalangriff auf die deutschen Werktätigen

Der Hungerfeldzug, den die deutsche Bourgeoisie zur Durchpeitschung des inneren

1 Zur Entstehung des *Young*plans vgl. oben Dok. 15, Anm. 2 und Anm. 9.

*Young*planes eingeleitet hat, stellt ein großzügiges System verschiedenartiger Maßnahmen auf allen Gebieten dar. Das Rückgrat dieses Systems, die wichtigste und entscheidende Form des Generalangriffs ist die Lohnabbauoffensive gegen die Betriebsarbeiter. In Mansfeld erfolgte der erste Schlag des Unternehmertums. Auf sein Lohnraubdiktat antwortete der Streik der Arbeiter.[2] Wie im Herbst 1928 setzte dann auch diesmal der Angriff des Unternehmertums mit besonderer Wucht in der Metallindustrie von Nordwest ein, wo die Konzentration der kapitalistischen Kräfte eine besonders hohe Stufe erreicht hat. Der Schiedsspruch von Oeynhausen,[3] der praktisch einen Lohnabbau um einen vollen Monatslohn pro Jahr für die Metallarbeiter der Gruppe Nordwest darstellt, ist deshalb eine Tatsache von überragender prinzipieller Bedeutung für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. Die Verbindlichkeitserklärung dieses Schiedsspruches und die ausdrückliche Darlegung in der Regierungserklärung vom 13. Juni, daß es sich bei dieser Verbindlichkeitserklärung durch den Reichsarbeitsminister *Stegerwald* um eine programmatische Aktion der Regierung handelt, zeigt eindeutig, daß die gesamte Lohnabbauoffensive des Unternehmertums unter voller Einsetzung des kapitalistischen Staatsapparates und der Regierung zu Gunsten des kapitalistischen Angriffs auf die Arbeiterschaft erfolgt und auch in allen übrigen Industrien und Gruppen weiter erfolgen wird. Auf Mansfeld und Nordwest folgt heute schon die Lohnraubforderung der Werftindustrie.

Zu der Lohnabbauoffensive in den Betrieben gesellt sich der neue *Stegerwald*'sche Raubzug gegen die Erwerbslosen. Die verschiedenen ungeheuerlichen Verschlechterungsmaßnahmen in der Arbeitslosenversicherung, die eine Fortsetzung der von dem seinerzeitigen Reichsarbeitsminister *Wissell* begonnenen Abbaumaßnahmen im September 1929 darstellen, stehen auch insofern mit den Angriffen auf die Betriebsarbeiter in engster Verbindung, als die völlige Aussteuerung breiter Schichten der Erwerbslosen dazu dienen soll, diese durch planmäßige Aushungerung zu zermürben und für die Zwecke des Lohndruckes gegen die Betriebsarbeiter auszuspielen.

Die übrigen Maßnahmen des kapitalistischen Sanierungsprogrammes, der Raubzug an den Kranken, das von dem Reichsfinanzminister *Moldenhauer* geplante „Notopfer" der Beamten und Angestellten und sämtliche neuen steuerlichen Pläne, über deren Einzelheiten eine Einigung im Lager der Bourgeoisie noch nicht vorliegt, runden lediglich das Gesamtbild ab.[4] Wenn dabei *Moldenhauers* Plan

2 Vom 1. Juni bis 25. Juli 1930 streikten im Mansfelder Industriegebiet 13 000 Arbeiter. Vgl. Chronik S. 254. Als ausführliche Darstellung dieser Streiks aus DDR-Sicht siehe W. Imig. Streik bei Mansfeld 1930. Der Streik der Mansfeld-Arbeiter im Jahre 1930 und seine Unterdrückung mit Hilfe des Staatsapparates der Weimarer Republik. Berlin (Ost) 1958.

3 Der am 26. Mai 1930 in Oeynhausen durch Schiedsspruch errungene Tarifvertrag für die nordwestdeutsche Metallindustrie wurde von Reichsarbeitsminister *Stegerwald* am 10. Juni für verbindlich erklärt. Er sah Lohn- und Gehaltsabbau von 7½% gegenüber ursprünglich von den Arbeitgebern geforderten 10% vor. Gleichzeitig beschlossene Preissenkungen für Metallwaren sollten höher sein als der Lohnabbau. Zur Stellungnahme der KPD vgl. *RF* Nr. 123 vom 28. 5. 1930; Nr. 133 vom 11. 6. 1930.

4 Am 13. Juni 1930 verabschiedete das Kabinett *Brüning* mehrere Gesetzesentwürfe zur Sanierung der Finanzen des Reiches. Sie sahen u. a. eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3½% auf 4½% bei weiterem Leistungsabbau vor, ferner eine Erhöhung der Beiträge zur

einer „Reichshilfe der Festbesoldeten" den 4%igen Gehaltsabbau für staatliche, kommunale und private Angestellte und Beamte als Begründung für die ungeheuerliche Sonderbesteuerung die angebliche „Sanierung der Erwerbslosenversicherung" vorgibt, so soll das vom Standpunkt der Bourgeoisie dazu dienen, die ausgeplünderten Angestellten und Beamten in Gegensatz zu den erwerbslosen Proletariern zu bringen. Charakteristisch für den Grad des Zynismus, mit dem der Hungerfeldzug der Bourgeoisie zu Gunsten des Kapitals gegen alle Werktätigen durchgeführt wird, ist die Bestimmung, die ausdrücklich die Unternehmer von dieser Sondersteuer ausnehmen wollte. (Die Tantiemen der Aufsichtsratsmitglieder sollen nur insoweit besteuert werden, als „die Beitragspflichtigen nicht als Unternehmer oder als Mitunternehmer anzusehen sind". Unabhängig davon, ob das geplante „Notopfer" der Beamten und Angestellten zustande kommt, oder eine andere Form dafür gewählt wird, ergibt sich doch die entscheidende Tatsache, daß die Bourgeoisie bei ihrem großzügigen Generalangriff sich nicht darauf beschränkt, nur einzelne Schichten der arbeitenden Bevölkerung, z. B. nur die Betriebsarbeiter auf die Erwerbslosen auszuplündern, sondern ihren Raubzug auf die Gesamtheit aller Werktätigen ausdehnt.

Das gilt insbesondere auch für das arbeitende Landvolk hinsichtlich des sogenannten „Osthilfeprogramms".[5] Es ist selbstverständlich, daß die in der Osthilfe vorgesehenen Riesensubventionen für die Landwirtschaft ausschließlich den ostelbischen Großagrariern zugute kommen, während die große Masse der Klein- und Mittelbauern, die die wirklichen Opfer der Agrarkrise sind, nicht nur leer ausgehen, sondern durch die gesamte Zoll- und Steuerpolitik der *Brüning*regierung noch mehr in ihrer Existenz bedroht werden. Das gleiche trifft für den erwerbstätigen Mittelstand, für die Kleingewerbetreibenden usw. zu. Mit der Ausplünderung der proletarischen Massen, mit der künstlichen Verminderung der Konsumkraft der Arbeiterschaft wird auch für diese Mittelschichten ihre gesamte Existenz beeinträchtigt und gefährdet. Der Steuerwucher der *Brüning*regierung vermehrt ihr Elend.

Die Tatsache des Generalangriffs des Kapitals gegen alle Schichten der Werktätigen – wobei sich der Hauptstoß selbstverständlich gegen das Industrieproletariat richtet – eröffnet der Partei große Möglichkeiten.

Die Partei muß bei der Organisierung des Kampfes der Massen gegen den Hungerfeldzug des Kapitals die Verwirklichung der proletarischen Hegemonie innerhalb der werktätigen Massen in Stadt und Land aktiv in Angriff nehmen.

4. Die Hilfstruppen der Bourgeoisie gegen die Werktätigen

Die Borgeoisie ist sich selbstverständlich darüber klar, daß die Durchsetzung ihres riesigen Ausplünderungsfeldzuges auf den schärfsten Widerstand der Massen

---

Krankenversicherung. Das geplante „Notopfer" der Beamten und Angestellten führte sofort zu heftiger Kritik in der Öffentlichkeit, worauf *Moldenhauer* am 18. Juni zurücktrat. Vgl. Schulthess 1930 S. 135 ff.; *Vorwärts* Nr. 281 vom 19. 6. 1930.

5 Das vom Kabinett bereits am 7. April 1930 gebilligte Agrarprogramm des Ernährungs- und Landwirtschaftsministers *Schiele* sah umfangreiche Zollerhöhungen zum Schutz der Landwirtschaft vor. Vgl. Schulthess 1930 S. 103.

stoßen muß. Einerseits ist ihre Lage so verzweifelt, daß sie durch die Ausdehnung ihres Raubzuges auch auf die Beamten eine der wichtigsten Stützen der kapitalistischen Klassenherrschaft selbst gefährden muß, indem sie den Radikalisierungsprozeß der unteren und mittleren Beamten beschleunigt. Andererseits zeigt schon der heroische Kampf der Mansfelder Hütten- und Bergarbeiter und die Vorbereitung des Kampfes in Nordwest und bei den Werftarbeitern den wachsenden Kampfwillen der Arbeiterschaft, den herannahenden neuen revolutionären Aufschwung. Zur Durchsetzung ihrer Pläne mobilisiert die Bourgeoisie deshalb alle ihre Hilfstruppen.

a) Die verstärkte Aktivität der Nationalsozialisten, die fortgesetzten systematischen Überfälle der Sturmabteilungen auf vereinzelte revolutionäre Arbeiter- und Verkehrslokale der Arbeiterschaft, die Kette nationalsozialistischer Mordtaten stellt in diesem Zusammenhang eine unmittelbare Hilfsaktion für die Lohnabbauoffensive und den Generalangriff des Kapitals dar. Unser Kampf gegen den Faschismus, wie er in der Resolution des Polbüros dargelegt wird,[6] ist deshalb zugleich ein Teil des Gesamtkampfes der Partei gegen den Hungerfeldzug der Bourgeoisie.

b) Die wichtigste Hilfstruppe des Kapitals bei der Durchsetzung der Lohnabbauoffensive und der übrigen Angriffe auf die Werktätigen stellt der Sozialfaschismus dar. Deshalb setzt sich das Unternehmertum in dem gleichen Augenblick, indem es die nationalsozialistischen Mordbanden gegen die Arbeiterschaft vorschickt, mit der sozialfaschistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie an den Verhandlungstisch zum Abschluß der neuen Arbeitsgemeinschaft für die Zwecke des Lohnabbaues und der Kapitaloffensive.

5. Der Verrat der Gewerkschaftsbürokratie

Die Verhandlungen zwischen den Spitzen der Unternehmerverbände und der sozialfaschistischen, christlichen und *Hirsch-Duncker*'schen Gewerkschaftsbürokratie haben noch zu keiner formellen Einigung geführt.[7] Aber die bloße Tatsache dieser Verhandlungen, die bekanntlich von Seiten der Reformisten angeregt wurden und die prinzipielle Stellungnahme des ADGB, wie der Christen, enthüllt zur Genüge ihre Rolle. Gegenüber dem Schiedsspruch von Oeynhausen, der den skrupellosen Lohnabbau durch eine angebliche Verquickung mit einer gewissen Preissenkung vor den Massen verschleiert und schmackhafter zu machen versucht, bezog der Reformismus, ebenso wie die sozialdemokratische Parteipresse die verlogene und irreführende Position, lediglich gegen die ungenügende Höhe der Preissenkung

6 Am 4. Juni 1930 nahm das Polbüro erstmals ausführlich zur NS-Bewegung Stellung, wobei auch die vorher verkündete Losung „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!" revidiert wurde. *RF* Nr. 137 vom 15. 6. 1930. Vgl. „Über den Kampf gegen den Faschismus", Resolution des Polbüros des ZK der KPD, 4. Juni 1930, in: Zur Geschichte der KPD. S. 274–279. Vgl. unten Punkt II.a.

7 In den Monaten Mai und Juni 1930 fanden vertrauliche Gespräche zwischen Vertretern der Gewerkschaften, des Reichsverbandes der Industrie und der Vereinigung der Arbeitgeberverbände über Fragen der Wirtschaftskrise und eines möglichen Ausweges statt. Vgl. *Vorwärts* Nr. 273 vom 14. 6. 1930.

zu polemisieren, sich dagegen prinzipiell mit einer Verbindung von Lohnabbau und Preissenkung einverstanden zu erklären.[8]

Der ADGB propagiert damit eine Herabsetzung der Löhne entsprechend der geforderten Preissenkung und nennt das „Erhaltung des Reallohnes". In Wirklichkeit ist es klar, daß die ganze Preissenkung lediglich ein Betrugsmanöver darstellt und nicht im mindesten einen Ausgleich für den geplanten Lohnraub schaffen kann. Der amtliche Lebenshaltungsindex, der vom Mai 1929 bis zum Mai 1930 einen Rückgang um etwa 4% aufweist, berücksichtigt weder die Steigerung der Mieten, noch die Erhöhung der städtischen Preise, noch die Hochhaltung der Lebensmittelpreise durch Zölle und indirekte Steuern. Die gewaltige Steigerung der Arbeitsintensität durch die neue Welle der kapitalistischen Rationalisierung, die eine ungeheure Verminderung des Lohnanteils am Gesamtprodukt bewirkt hat, ist durch keinerlei Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzung wettgemacht worden. Nach alledem stellt die Parole „Erhaltung des Reallohnes" als solche schon eine bloße Verschleierung des Lohnraubes und der sozialfaschistisch-reformistischen Zustimmung zum Lohnraub dar. Darüber hinaus soll diese Parole nur dazu dienen, die Massen vom wirklichen Kampf gegen die Lohnabbauoffensive, vom Kampf für höhere Löhne und den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, auch gegen verbindlich erklärte Schiedssprüche, abzuhalten.

Die neuen Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen in dieser Situation stellen die Krönung der Kette von klassenverräterischen Diensten des Sozialfaschismus auch außerhalb der Regierung für den Kapitalismus, für das Unternehmertum und den Bürgerblock dar.

6. Arbeiteroffensive gegen Kapitaloffensive

Gegenüber der einheitlichen Kapitaloffensive auf allen Gebieten erwächst der Kommunistischen Partei und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition die zentrale Aufgabe, den einheitlichen Angriff der werktätigen Massen als Antwort auf den Hungerfeldzug des Kapitals zu organisieren. Die gesamte Politik der Partei und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition auf allen Gebieten muß in den Dienst dieser Aufgabe gestellt werden.

a) Das wichtigste Erfordernis hierbei ist, ausgehend von der klaren Erkenntnis der großen strategischen Front der Bourgeoisie und ihrer Hilfstruppen, daß wir unsererseits die große strategische Front der Werktätigen aufzurollen verstehen. Unsere erste (innerparteiliche) Aufgabe besteht deshalb darin, unter den Funktionären und Mitgliedern der Partei, darüber hinaus unter den Sympathisierenden und schließlich unter den Massen selbst das Verständnis für den einheitlichen Charakter unserer gesamten Politik zu schaffen. Es gibt keine einzelnen Kampagnen, die von einander losgelöst, getrennt und selbständig auf bestimmten Gebieten und für bestimmte Fragen geführt werden dürfen. Vielmehr leistet die Partei auf allen Gebieten ihre Arbeit unter dem zentralen Gesichtspunkt

8 Entgegen dieser Behauptung bezeichnete der *Vorwärts* den Schiedsspruch (siehe Anm. 3) als „größte Ungerechtigkeit", als „Attentat auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft" und als „wirtschafts- und arbeiterfeindlich". Vgl. *Vorwärts* Nr. 266 (*Der Abend*) vom 10. 6. 1930.

der Hauptaufgabe: Herstellung der großen Kampffront für die proletarische Offensive gegen den Generalangriff des Kapitals.

b) Das Schwergewicht muß hierbei selbstverständlich in der Mobilisierung der Betriebe zum Kampf liegen. Das beste Beispiel für die Anwendung der revolutionären Kampfstrategie liefert dabei die Vorbereitung des Kampfes in der Metallindustrie von Nordwest sowie der Mansfelder Streik.[9] Es gilt jedoch in ganz Deutschland in der Gesamtarbeiterschaft, in allen Industrien die konkreten Vorbereitungen für die bevorstehenden Kämpfe zu treffen. Die ausschlaggebenden Maßnahmen dabei sind:

1. Popularisierung der Forderungen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, sowie der Methoden und Kampfformen unserer Mobilisation in den Belegschaften durch Werkstättenversammlungen, freigewerkschaftliche Betriebsversammlungen und Gesamtbelegschaftsversammlungen.

2. Wahl von vorbereitenden Kampfausschüssen, später Zusammenfassung und Schaffung einer zentralen, vorbereitenden Kampfleitung für bestimmte Industriegebiete, die im entsprechenden Zeitraum in Streikleitungen resp. eine zentrale Streikleitung umzuwandeln sind. Bei der Schaffung der selbständigen Kampforgane gilt es, die proletarische Einheitsfront im breitesten Sinne zu verwirklichen.

3. Entsprechende Unterstützung dieser Kampagne durch die Parteipresse, die revolutionäre Gewerkschaftspresse und vor allem durch Betriebszeitungen.

4. Verbindung der Betriebsmobilisierung mit der öffentlichen Agitation durch öffentliche Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen.

c) Die gesamten Erfahrungen der Wirtschaftskämpfe, ganz besonders die Erfahrungen des Mansfelder Streiks zeigen die Notwendigkeit einer außerordentlichen Verstärkung unserer

Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front!

Die Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen der Reformisten müssen zum Anlaß und zum Hebel werden, um mit einem großen Ruck die bestehenden Schwächen unserer innergewerkschaftlichen Arbeit zu liquidieren und eine neue Welle der Aktivität in der Arbeit der Revolutionären Opposition innerhalb der Gewerkschaften zu entfalten. Hierbei gilt es, in den freien Gewerkschaften, aber auch in den christlichen Organisationen die Losungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition, z.B. die eigenen Tarifvertragsentwürfe der revolutionären Arbeiterschaft usw. zu popularisieren. Darüber hinaus müssen wir bei der Vorbereitung der Wirtschaftskämpfe schon in der Periode vor Beginn des Kampfes neben der allgemeinen Mobilisierung der Betriebe eine entsprechende Offensive innerhalb der Gewerkschaften entfachen. Aus diesem Grunde steht die Aufgabe neben der Vorbereitung allgemeiner Belegschaftsversammlungen die Forderung nach freigewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen der Betriebe, in denen die revolutionäre Opposition ihren Standpunkt zu vertreten hat. Wo die Bürokratie diese freigewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen zu verhin-

9 Vgl. oben Anm. 2. Der sog. Nordweststreik war ein Lohnstreik von 50 000 Arbeitern in Rheinland-Westfalen im Juli 1930.

dern versucht, müssen wir die Versammlungen durch die revolutionäre Opposition selbständig abhalten. Selbstverständlich ist es die Aufgabe der RGO, innerhalb der Gewerkschaften den Kampf um die Herstellung der Betriebseinheit, d.h. das enge Kampfbündnis der organisierten und unorganisierten Arbeiter unter selbstgewählter Leitung zu führen.

d) Angesichts der gleichzeitigen Lohnabbau-Offensive des Unternehmertums und des Unterstützungsraubzuges der Bürgerblockregierung gegen die Erwerbslosen steht als weitere entscheidende Aufgabe noch stärker als bislang die Herstellung der gemeinsamen Kampffront der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter. Unsere Mobilisierungsarbeit auf den Stempelstellen, die Schaffung der Erwerbslosenausschüsse, die gemeinsamen Demonstrationen von Erwerbslosen und Betriebsarbeitern, diese gesamte Arbeit muß gesteigert werden. Darüber hinaus gilt es, neue Formen dieser Zusammenarbeit zu finden. Hierher gehört die Teilnahme der Erwerbslosen beim Streikschutz, bei Streikpostenstehen der Betriebe, die Vertretung der Erwerbslosen in den Kampf- und Streikleitungen usw.

e) Angesichts der Tatsache, daß sich der gesamte Raubzug des Kapitals vor allem gegen die am meisten ausgebeuteten Teile der Arbeiterklasse, sowohl in den Betrieben wie unter den Erwerbslosen, d.h. gegen Frauen und Arbeiterjugend richtet, steht als wichtige Aufgabe die verstärkte Anwendung der Linie des Weddinger Parteitages,[10] hinsichtlich des aktiven Kurses auf die Arbeiterinnen und Jugend. Dieser Kurs muß bei der Zusammensetzung der Kampfleitungen, der Erwerbslosenausschüsse und bei der gesamten Agitation seinen Ausdruck finden. Für die Arbeiterinnen steht im Mittelpunkt die Losung: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!" Hinsichtlich der Arbeiterjugend gilt es, vor allem auch aktiv die Frage der sofortigen Einbeziehung der Lehrlinge in die Streikfront unter Führung der RGO zu lösen.

Darüber hinaus richtet sich der Angriff des Kapitals auf die Sozialpolitik mit besonderer Härte gegen die Frauen und Jugend. Das gilt nicht nur für die Verschlechterungen in der Arbeitslosenversicherung, sondern auch für die verschiedenen Abbaumaßnahmen beim Mutterschutz, in der Frage der Speisungen für Jugendliche und Kinder, Entziehung der Jugendheime und sonstigen Vergünstigungen. Auf allen diesen Gebieten muß die Partei, die RGO und vor allem die ARSO[11] stärkste Initiative entfalten und neue Methoden der Massenmobilisierung anwenden.

f) Der Angriff des Bürgerblocks auf Grund der Pläne des Reichsfinanzministers *Moldenhauer* gegen die Beamten und Angestellten gibt der Partei die stärkste Möglichkeit, einen ernsten Durchbruch in ihrer Arbeit unter den Schichten der unteren und mittleren Beamten sowie unter den Angestellten zu erzielen. Von ausschlaggebender Bedeutung ist dabei, wie auf allen Gebieten, auch bei dieser Arbeit einen wirklichen Massenkurs einzuschlagen, d.h., diese Arbeit nicht mehr ressortmäßig, sondern als eine Arbeit der Gesamtpartei

10 Weddinger Parteitag der KPD 1929. Vgl. Protokoll 12. Parteitag.

11 Vgl. zur Entstehung und Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Organisationen (ARSO) oben Dok. 3.

und der RGO zu betreiben. Bei der Reichsbahn, in den Postanstalten, in den Warenhäusern und in Großbetrieben müssen die roten Betriebsräte und die RGO ihrerseits die Initiative für Protestkundgebungen und Kampfbeschlüsse der Angestellten und Beamten ergreifen. Gegen die geplante Sondersteuer muß eine Bewegung für Gehaltserhöhung der Beamten und Angestellten ausgelöst werden. In der Industrie, bei der Reichsbahn usw. kann dabei als mobilisierende Parole der Kampf der unteren Angestellten und Beamten mit dem Kampf gegen die Riesengehälter der oberen Bürokratie, Generaldirektoren usw. verbunden werden.

g) Eine besonders wichtige Rolle bei der Vorbereitung der Wirtschaftskämpfe, bei der Herstellung der einheitlichen Kampffront fällt den roten Betriebsräten zu. Bei der Ausnutzung und dem Einsatz der roten Betriebsräte als Organe der proletarischen Einheitsfront müssen entsprechend der Resolution des Polbüros zu den Betriebsrätewahlen[12] die Betriebsvertrauensleutekörper überprüft, verstärkt, mit der Parteizelle im Betrieb einerseits und den roten Betriebsräten andererseits in enge Verbindung gebracht werden. Gleichzeitig gilt es, die roten Betriebsräte zusammenzufassen, zu schulen, sie gemeinsam mit den Vertrauensleuten kollektiv an die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition anzuschließen und den kollektiven Anschluß der Gesamtbelegschaften an die RGO in die Wege zu leiten. Schließlich steht als weitere Aufgabe die örtliche Zusammenfassung der roten Betriebsräte und der revolutionären Vertrauensleute zu Vollversammlungen, an denen die Delegierten der Erwerbslosen sowie Vertreter aus örtlichen, Frauen- und Jugendkonferenzen teilnehmen. Die Organisierung der roten Betriebsräte muß Hand in Hand gehen mit der Entlarvung der reformistischen und christlichen Betriebsräte, die den Lohnabbau dulden oder offen billigen.

h) In der Erkenntnis, daß die verstärkte Aktivität der Faschisten ein Teilmanöver im Rahmen der Gesamtstrategie der Bourgeoisie darstellt und zur Unterstützung der Kapitaloffensive dient, ja angesichts der mit Phrasen verhüllten Streikbruchpropaganda der Nazis, z.B. im Mansfelder Kampf, müssen wir unseren Kampf gegen den Faschismus gleichfalls gemäß der Resolution des Polbüros[13] in die Gesamtstrategie unserer Arbeit für die proletarische Offensive gegen Kapital, Faschismus und Sozialfaschismus angliedern. Das Schwergewicht des wehrhaften Kampfes gegen den Faschismus, der als Massenkampf durchgeführt werden muß, liegt in den Betrieben, wo es – bei gleichzeitigem Ausbau aller antifaschistischen Wehrorganisationen – Betriebswehren unter breitester Anwendung der Einheitsfrontpolitik zu schaffen gilt. Dieser wehrhafte Kampf hat zur unbedingten Voraussetzung die stärkste Entfaltung unserer ideologischen Kampagne zur Gewinnung der irregeführten nationalsozialistischen Arbeiteranhänger. Der gesamte Kampf gegen den Faschismus im Betrieb ist zugleich ein Teil der Vorbereitung für die Wirtschaftskämpfe im Hinblick auf die

12 Auf der Sitzung am 4. Juni 1930 befaßte sich das Polbüro auch mit den Ergebnissen der Betriebsrätewahlen vom Frühjahr 1930 und verabschiedete dazu die „Resolution zu den Ergebnissen der Betriebsrätewahlen". Sie ist abgedruckt in *RF* Nr. 143 vom 22. 6. 1930. Vgl. dazu auch den Artikel von Erich *Auer*. „Rote Betriebsräte vor die Front", in derselben Ausgabe. Siehe unten Teil II. b.

13 Siehe Anm. 6.

Vorkehrungen gegen Streikbrecher und die Vorbereitung des Streikschutzes.

i) Für die Durchführung der gesamten Aufgaben ergibt sich weiter die Notwendigkeit, die Massenorganisationen mit in den Dienst der Mobilisierungsarbeit für die proletarische Offensive einzubeziehen. Hierbei erwächst neben der IAH, die eine besonders wichtige Rolle spielen wird, neben RH usw., vor allem auch bei den Arbeitersportlern ein neues Gebiet unserer Vorbereitungsarbeit für die Wirtschaftskämpfe.

7. Internationale Kampffront gegen internationalen Kapitalangriff.

Bei der gesamten Auseinandersetzung zwischen dem deutschen Proletariat und der deutschen Bourgeoisie steht vor der Partei die Aufgabe, die internationale Bedeutung dieses Kampfes herauszuarbeiten und in Verbindung mit der Vorbereitung des 5. RGI-Kongresses[14] anzubahnen. Indem Deutschland unter dem Druck des *Young*planes bei der Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft und aller Werktätigen den übrigen kapitalistischen Ländern vorangeht, wird die Hungeroffensive der deutschen Bourgeoisie zugleich als Signal für die Kapitalisten der übrigen Länder auch ihrerseits zum verschärften Kapitalsangriff überzugehen. In England stehen die Textilarbeiter seit zwei Monaten bereits im Kampf gegen den Lohnabbau. Die proletarische Offensive gegen den Kapitalsangriff ist also eine internationale Frage.

Für die reformistisch-sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie steht angesichts ihrer sozialimperialistischen Verbundenheit mit der Bourgeoisie des eigenen Landes nur die Frage der Unterstützung der Konkurrenzfähigkeit des eigenen Kapitalismus. Auf dem Stockholmer Kongreß der Amsterdamer[15] wird deshalb die Unterstützung der internationalen Kapitaloffensive und gleichzeitig der gegenseitige Kampf der Reformisten für die Interessen des Kapitalismus und der Bourgeoisie ihres eigenen Landes in Erscheinung treten.

Demgegenüber ist es die Aufgabe der Kommunisten und der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die Frage des Kampfbündnisses der Arbeiter aller kapitalistischen Länder konkret aufzurollen. Dabei steht zugleich mit der Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt das Problem der wachsenden Gefahr des imperialistischen Kriegs, vor allem des Krieges der Imperialisten gegen die Sowjetunion.

Aus allen diesen Gründen muß sowohl die Vorbereitung für den 1. August, als dem Weltkampftag des Proletariats gegen den imperialistischen Krieg, als auch die Vorbereitung des 5. RGI-Kongresses eingegliedert werden in die Gesamtkampagne für den Kampf der Arbeiterklasse Deutschlands gegen den Klassenfeind im eigenen Lande.

---

14 Zur Vorbereitung des V. RGI-Kongresses, der vom 15.–30. August 1930 in Moskau stattfand, vgl. oben Dok. 19.

15 Der V. Kongreß des IGB vom 7.–11. Juli 1930 in Stockholm befaßte sich mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Vgl. *Vorwärts* Nr. 321 vom 11. 7. 1930. Zur Haltung der KPD vgl. den Artikel in *RF* Nr. 184 vom 9. 8. 1930: „Zwei Kongresse: Stockholm und Moskau".

8. Die zentralen Losungen

Die Entfesselung der proletarischen Offensive gegen die Kapitaloffensive, die mit der Vorbereitung der Streiks und Wirtschaftskämpfe einzelner Betriebe, ganzer Industriezweige, oder miteinander verbundener Industrien beginnt, richtet sich gegen den inneren *Young*plan, d. h. gegen den Versuch der Bourgeoisie zu einer kapitalistischen Lösung der Krise. Damit ergibt sich zugleich die Aufgabe der Politisierung und Vertiefung der bevorstehenden Wirtschaftskämpfe mit dem Ziel, sie zu politischen Massenstreiks für die allgemeinen Losungen des Gesamtproletariats und schließlich zum Kampf für die proletarische Lösung der Krise, für ein sozialistisches Deutschland, das die Ketten des *Young*planes zerbricht, zu steigern. Die gesamte Kampage muß unter folgenden zentralen Parolen erfolgen:

Arbeiteroffensive gegen Kapitaloffensive!
Gegen den inneren *Young*plan,
gegen die Lohnabbaugemeinschaft der Unternehmer und der Gewerkschaftsbürokratie!
Gegen Unterstützungsraub und Steuerwucher!
Für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, für Lohn- und Gehaltserhöhung der Arbeiter, unteren Angestellten und Beamten!
Brot und Arbeit für die Erwerbslosen!
Gegen die internationale Kapitaloffensive den internationalen Gegenangriff des Proletariats!
Für die Rote Gewerkschaftsinternationale des Klassenkampfes, gegen die Amsterdamer Internationale der Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital!
Gegen Faschismus und Sozialfaschismus!
Heraus mit den faschistischen Mordbanditen und Kapitalslakaien aus den Betrieben und Arbeitervierteln!
Für den politischen und wehrhaften Massenkampf gegen den Faschismus!
Revolutionärer Massenkampf um Brot und Macht, für die Verteidigung der Sowjetunion, für den Sieg des Sozialismus in Deutschland!

II. Mitteilungen des Sekretariats:

a) Resolution über den Kampf gegen den Faschismus:

Die im vorliegenden Rundschreiben erwähnte Resolution des Polbüros vom 4. Juni 1930 ist in der *Roten Fahne* vom 15. 6. 1930 erstmalig zum Abdruck gelangt. Soweit das noch nicht geschehen ist, müssen die Parteizeitungen diese Resolution unbedingt bringen.

b) Resolution zu den Ergebnissen der Betriebsrätewahlen:

Die Polbürositzung vom 4. Juni 1930 hat sich gleichfalls mit den Ergebnissen der Betriebsrätewahlen beschäftigt und eine Resolution angenommen, die in der *Roten Fahne* am 22. 6. 1930 abgedruckt ist. Auch diese Resolution, sowie der dazu gehörige Artikel der gleichen Nummer, sind in der Parteipresse zu veröffentlichen.

c) Antikriegstag 1. August:

Zu der diesjährigen 1. August-Kampagne ist ein besonderes Rundschreiben erschienen, das am 19. 6. 1930 zum Versand gelangt ist.[16]

d) Verlängerung der Rote-Hilfe-Kampagne bis zum 12. Juli[17]

Die von der Partei in Gemeinschaft mit den übrigen Massenorganisationen für den Monat Juni beschlossene Hilfsaktion für die proletarischen politischen Gefangenen durch Geldsammlungen für den Verteidigungsfonds und Stärkung der Roten Hilfe durch eine umfassende Mitgliederwerbung ist in den meisten Bezirken leider nicht sofort zu Beginn des Monats mit allem Nachdruck eingeleitet worden. Die schwierige Finanzlage der Roten Hilfe erforderte schnellstes Handeln und ließ keine Zeit zu einer längeren Vorbereitung dieser Hilfsaktion. Sie ist aber in den meisten Bezirken erst Mitte Juni einigermaßen in Gang gekommen.

In einigen Bezirken scheinen trotz unserer eingehenden Darlegungen des Ernstes der Situation die Bezirksleitungen die Bedeutung und Notwendigkeit dieser Hilfsaktion nicht begriffen zu haben, weil sie ihrer Durchführung erhebliche Schwierigkeiten bereiteten, sei es unter Berufung auf bereits festgesetzte Arbeiten (Pressewerbung, RGI-Kongreß, etc.), sei es, daß man zunächst überhaupt nichts unternahm, oder sich damit begnügte, nur einige Werbe- und Sammeltage im Monat anzusetzen. Wir haben in allen diesen Fällen eingegriffen und die Bezirksleitungen für die energische Durchführung der Hilfsaktion verpflichtet.

In den meisten Bezirken wurde ferner versäumt, für diese Hilfsaktion sofort alle übrigen Massenorganisationen zu verpflichten und genaue Arbeitspläne dafür zu vereinbaren. Die Anweisungen waren durchweg viel zu allgemein gehalten und sind auch in die untersten Parteieinheiten kaum durchgedrungen. Es ist notwendig, daß die Betriebs- und Straßenzellen verpflichtet werden, sich mit der Durchführung dieser Hilfsaktion in allen Einzelheiten zu beschäftigen. Auch die Fraktionen in den Massenorganisationen müssen verpflichtet werden, für die Durchführung der Hilfsaktion in diesen Organisationen Sorge zu tragen. Der Reichsausschuß der RGO hat sich noch mit einer besonderen Aufforderung an ihre Anhänger und an alle Betriebsräte und Belegschaften zur Unterstützung der Hilfsaktion gewandt.

Von einigen Bezirken und auch vom ZV der RHD ist infolge dieser Mängel beantragt worden, die Hilfsaktion bis zum 12. Juli zu verlängern, damit ein einigermaßen befriedigendes Ergebnis herbeigeführt wird. Wir haben diesen Anträgen zugestimmt und verpflichten alle Bezirke, die Werbe- und Sammelkampagne bis zum 12. Juli mit aller Kraft fortzuführen. Nach Abschluß muß für schnellste Abrechnung und Ablieferung der gesammelten Gelder für den Verteidigungsfonds durch die Bezirksleitungen an die Bezirksvorstände der Roten Hilfe Sorge getragen werden. Aber schon vorher sollen Anzahlungen von den gesammelten Geldern an die Rote Hilfe geleistet werden.

Mit der außerordentlichen Verschärfung des Polizei- und Justizterrors und der vielen Verhaftungen und Verurteilungen hat die Rote-Hilfe-Arbeit wieder eine sehr hohe aktive Bedeutung erhalten. Es muß deshalb auch nach Abschluß dieser Hilfsaktion

16 Das umfangreiche Sonder-Rundschreiben ging an „alle Organisationen und Mitglieder der KPD" und gab Anweisungen und Losungen zur 1. August-Kampagne aus. Vgl. Records T 175-356-865513.

17 Vgl. Dok. 21.

für eine weitgehendste Unterstützung der Roten Hilfe durch die Partei gesorgt werden.

Vor allem ist der Kampf gegen die Klassenjustiz und für die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen mit gesteigerter Kraft zu führen. Unsere Fraktionen in der RHD müssen die Rote-Hilfe-Arbeit zu einer breiten Massenarbeit von stärkster Initiative gestalten, besonders auch durch die Schaffung von Betriebsgruppen der RHD. Unsere Presse muß diese Arbeit auf das tatkräftigste unterstützen. Die Ortsgruppen sind anzuweisen, daß sie die Mitglieder der Partei zum Beitritt in die Rote Hilfe anhalten, wie das in den Beschlüssen der Weltkongresse wiederholt zum Ausdruck gebracht wurde. Bei der nächsten Kontrolle über die Beitragsleistung ist auch eine Kontrolle über die Mitgliedschaft in der RHD vorzunehmen.

Wir verpflichten noch einmal alle Bezirksleitungen, die Hilfsaktionen bis zum 12. Juli mit aller Kraft zu führen und zum stärksten Ergebnis zu steigern.

Mit kommunistischem Gruß!
ZK, Sekretariat

23.

4. 7. 1930: Anweisungen der Orgabteilung

BA R 134, Bd. 60, S. 252–272 und BA R 45/IV–24, 206; Hektographiertes Rundschreiben. Überschrift: „Zentralkomitee der KPD, Sekretariat. Rundschreiben Nr. 8."

Inhaltsverzeichnis

Orgabteilung
1. Vorbereitung zum 1. August
2. Betriebswerbung
3. Bildung der Abteilungen bei den BL
4. Verbesserung des Kassiererapparates

Agitpropabteilung
1. Antikriegskampagne
2. Literaturvertrieb
3. IfA
4. Verstärkung des Agitpropapparates
5. Funktionärschule für Massenorganisationen

Landabteilung
1. Bedeutung und Notwendigkeit der Mobilisierung der Landarbeiter und armen Bauernmassen gegen Faschismus und imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion.
2. Zielstellung und Hauptinhalt der Antikriegskampagne auf dem Lande.
3. Richtlinien und Maßnahmen für die Vorbereitung und Durchführung der Antikriegskampagne auf dem Lande.

Anweisungen der Orgabteilung

Inhaltsverzeichnis:

1. Vorbereitung zum 1. August
2. Betriebswerbung
3. Bildung der Abteilungen bei den Bezirksleitungen
4. Verbesserung des Kassiererapparates

1. Vorbereitung zum 1. August

Nachdem bereits in dem Brief des Sekretariats an alle Betriebszellen, der Anfang Juni allen Zellen zuging,[1] mitgeteilt wurde, daß neben der Organisierung und Führung der Wirtschaftskämpfe eine der wichtigsten Aufgaben der Betriebszellen die Vorbereitung des Antikriegstages zum 1. August ist, hat das Sekretariat in seinem Rundschreiben zur Vorbereitung des 1. August[2] erneut die Notwendigkeit der verstärkten Antikriegsarbeit in den Betrieben dadurch betont, daß neben den Massendemonstrationen, die am 1. August in allen Orten vom Betrieb aus durchgeführt werden sollen, am 2. und 3. August eine besondere Antikriegskonferenz aller kriegswichtigen und aller Großbetriebe stattfinden soll.

Die Träger der Vorbereitung und Durchführung der Antikriegskampagne sind in erster Linie die Partei- und Jugendzellen in den Betrieben, die Betriebsgruppen der RGO, die roten Betriebsräte, die roten Vertrauensleute, die Betriebsgruppen der Wehrorganisationen und die sonstigen Einheitsfrontorgane.

Sie müssen sich kartellartig zu Antikriegskomitees zusammenschließen als organisatorische Massenbasis im Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr.

In sofort einzuberufenden Belegschaftsversammlungen muß Stellung genommen werden zur Vorbereitung und Durchführung des 1. August, müssen Beschlüsse gefaßt werden zur Beteiligung der Betriebe an den Antikriegsdemonstrationen. Der Demonstrationsschutz ist unmittelbar zu organisieren. In allen kriegswichtigen und Großbetrieben müssen außerdem sofort Delegierte zur Antikriegskonferenz gewählt werden. Unverzüglich müssen die finanziellen Voraussetzungen durch Sammlungen innerhalb des Betriebes geschaffen werden, damit die Delegation nicht an Mangel von Geldmitteln scheitert. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf den besonderen Brief, der an die Zellen, die für die Antikriegskonferenz in Frage kommen, geschickt wird.[3]

2. Betriebswerbung:

Die soziale Zusammensetzung der Partei verschiebt sich infolge der Auswirkungen der Wirtschaftskrise immer mehr zugunsten der Erwerbslosen. Wir müssen alle Anstrengungen machen, um das betriebstätige Element in der Partei zu verstärken, wobei auf die Gewinnung von Arbeiterinnen und Jungarbeitern besonderer Wert zu legen ist.

---

1 Der umfangreiche Brief wiederholte die Grundzüge der in den Rundschreiben des Sekretariats gegebenen Einschätzungen und Anleitungen. HStA Düsseldorf, Reg., Düsseldorf, Nr. 30642 b, S. 124–133.

2 Vgl. oben Dok. 22, Anm. 16.

3 Dieser Brief liegt nicht vor.

Aus diesem Grunde haben wir von den Bezirken verlangt, im Verlaufe der nächsten Monate eine großzügige gründliche Werbekampagne der Partei in den wichtigsten Betrieben Eures Bezirks einzuleiten. Die gesamte politische Arbeit der Betriebszellen muß verbunden werden mit dieser Aufgabe. Die jetzigen Wirtschaftskämpfe in Mitteldeutschland, im Ruhrgebiet, an der Wasserkante usw. sowie die Antikriegskampagne geben uns die Möglichkeit, eine breite und tiefschürfende Werbearbeit bei den entscheidenden Schichten des Proletariats durchzuführen. Es darf keine Belegschaftsversammlung und keine Zellenversammlung vorbeigehen, wo nicht die Frage der Betriebswerbung gestellt wird. Die Betriebszellen müssen angehalten werden, die Frage der Werbung von Arbeitern auch in der Betriebszeitung zu stellen. Es darf keinen größeren Betrieb mehr geben, in dem nicht eine solche Zeitung erscheint. Gemeinsam mit den roten Betriebsräten und Vertrauensleuten müssen alle notwendigen Maßnahmen besprochen und beschlossen werden. In Verbindung damit steht natürlich die sofortige Erfassung der neugewonnenen Genossen in der Zelle, ihre Einreihung in die Zellenarbeit in Verbindung mit der notwendigen Schulung in den Elementarfragen der Partei.

Zum Zwecke der Kontrolle der Durchführung der Werbearbeit in den Großbetrieben wurde von uns schon vor mehreren Wochen und wiederholt eine Abschrift der Betriebskartothek angefordert. Nur ein Teil der Bezirke hat bisher darauf reagiert. Wir ersuchen die säumigen Bezirke dringend, diese Arbeit nachzuholen. Wie wollt Ihr eine ernste Betriebsarbeit leisten, wenn Euch die statistischen Unterlagen fehlen?

Betr.: Bildung der Abteilungen bei den Bezirksleitungen:

In allen Bezirken sind durch die Bezirksparteitage[4] und die Delegiertenkonferenzen die Leitungen neu gewählt worden. Festgestellt muß aber werden, daß in Bezug auf die Zusammensetzung bzw. die Bildung der Abteilungen bei den BL und UBL ein ziemlicher Tempoverlust zu verzeichnen ist. Wir halten es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß unverzüglich alle Maßnahmen getroffen werden müssen, um wirklich arbeitsfähige Leitungen zu schaffen. Die Zusammensetzung der Org.-Abteilung ist zu ersehen aus den Richtlinien zur Durchführung der 3. Reichskontrolle, deren Studium und praktische Anwendung wir wiederholt dringend empfehlen.[5] Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß auch bei der Bildung der Abteilungen das Prinzip der Vertretung der Frauen und der Jungarbeiter unbedingt gewahrt werden muß. Auch dort, wo die Leitungen trotz unserer wiederholten Hinweise noch zu wenig Frauen und Jungarbeiter enthalten, muß danach gestrebt werden, dieses Verhältnis zu ändern.

Betr.: Verbesserung des Kassierer-Apparates:

Die Untersuchungen über die Fluktuation in der Partei[6] haben deutlich gezeigt, daß eine der Hauptursachen derselben der mangelhafte Kassiererapparat und die Fluktuation in demselben ist. Wir weisen die Bezirke noch einmal darauf hin, daß sie

4 Vgl. oben Dok. 17.

5 Diese Richtlinien liegen nicht vor. Die 3. Reichskontrolle der Partei wurde in den Monaten Dezember 1929–Januar 1930 durchgeführt. Die Ergebnisse sind teilweise aus den Berichten der Bezirksleitungen zu den Bezirksparteitagen im Frühjahr 1930 zu ersehen. Vgl. hierzu oben Dok. 17a, Anm. 6.

6 Vgl. Weber I S. 287.

alle Maßnahmen treffen müssen, um einen wirklichen politischen Kassiererapparat aufzubauen, so daß die Voraussetzung der restlosen Erfassung der Gesamtmitgliedschaft durch die Kassierung in möglichst kurzer Zeit gegeben ist. Die augenblicklich laufenden Buchkontrollen[7] in den Bezirken sind ein Hebel zur Verbesserung der Kassierung. Sie zeigen die schwachen Punkte auf, an denen sofort eingesetzt werden muß. Über die Erfahrungen der Buchkontrolle müssen die Bezirke ebenfalls berichten. Im Zusammenhang damit steht auch die Befragung der im Verlauf des letzten Jahres ausgeschiedenen Mitglieder, d.h. der Mitglieder, die ihre Mitgliedskarte nicht in ein Buch umgetauscht haben. Auch hier werden die Bezirke manche wichtige Erfahrung machen, so daß wohl die Möglichkeit gegeben ist, mit einem Ruck eine Besserung in der Mitgliederbewegung herbeizuführen. Wir weisen an dieser Stelle noch darauf hin, daß die Erfahrungen der Bezirke selbstverständlich auch im *Parteiarbeiter*[8] ausgewertet werden müssen. Die Genossen der Betriebs- und Straßenzellen sollen viel mehr als bisher dazu angehalten werden, im *P.A.* zu schreiben.

Mit kommunistischem Gruß!
ZK, Org.-Abteilung

7 Während die Reichskontrollen der Partei einen Überblick über die gesamte Organisation gaben, diente die Parteibuchkontrolle der Überprüfung des Mitgliederstandes, der Beitragszahlungen und der Fluktuation innerhalb der Partei.
Zur Fragestellung bei der Buchkontrolle vgl. unten Dok. 25a.

8 *Der Parteiarbeiter* wurde vom ZK als zentrales Funktionärsorgan herausgegeben. Es sollte „alle laufenden Fragen" der „täglichen Massenarbeit in Betrieben, Häuserblocks, Massenorganisationen usw." bearbeiten und der Partei „die wichtigsten Erfahrungen auf den verschiedensten Gebieten der Parteiarbeit" vermitteln. Vgl. zu den Funktionärsorganen unten Dok. 41.

23 a.

4. 7. 1930: Anweisungen der Agitpropabteilung

Anlage zu Nr. 23. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 8. Anweisungen der Agitpropabteilung."

Inhaltsverzeichnis:

1. Antikriegskampagne
2. Literaturvertrieb
3. IfA
4. Verstärkung des Agitpropapparates
5. Funktionärschule für Massenorganisationen

1. Antikriegskampagne

In den Anweisungen des Sekretariats des ZK über die Kampagne zum 1. August wird festgestellt, daß der Mangel der vorjährigen Antikriegskampagne darin bestand, daß sie auf einer zu engen, parteimäßigen Basis durchgeführt wurde und nicht genügend Massencharakter besaß. Die Agitpropabteilungen müssen alle Anstrengungen

machen, um in diesem Jahre die Bewegung auszuweiten und wirklich die breitesten Massen in den Kampf einzubeziehen. Dabei liegt das Schwergewicht der Mobilisierungsarbeiten in den Betrieben.

Betriebszeitungen heraus!

Bei der Herausgabe von Betriebs-, Häuserblock-, Dorfzeitungen zu allen wichtigen Kampagnen haben sich bisher zwei grundlegende Mängel gezeigt. Die Agitpropabteilungen müssen bei der Vorbereitung der Antikriegskampagne den Kurs darauf nehmen, diese Mängel zu beseitigen.

1. Wir haben noch nicht gelernt, in den Betriebszeitungen vom Betrieb aus unsere Kampagnen zu führen. Streng getrennt sind in den meisten Zeitungen vorn der politische Teil, hinten der Betriebsteil. Wir weisen die Agitpropabteilungen auf diesen Punkt besonders hin, damit schärfer als bisher von Eurer Seite hier eine Kontrolle ausgeübt und eine Änderung des Zustandes erreicht wird. Von den Kriegsvorbereitungen im Betriebe ausgehend, müssen die Betriebszeitungen die allgemeinen Fragen des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg stellen. Besonders wertvoll sind auch die Berichte über die revolutionäre Arbeit, die 1914/18 in dem Betriebe durchgeführt wurde.

2. Unsere Betriebszeitungen erscheinen zu unregelmäßig. Wenn die Partei eine Kampagne führt, so wird regelmäßig von neuem die Frage gestellt, Betriebszeitungen herauszugeben. Eine ganze Reihe Zellen gehen dann auch dazu über, Zeitungen herauszugeben, die aber nach der Kampagne wieder verschwinden. Dieser Zustand muß schnellstens beseitigt werden, damit wir endlich die Fluktuation im Erscheinen der Betriebszeitungen überwinden.

Bei der „Politisierung" unserer Betriebszeitungen muß schärfer in den Vordergrund gestellt werden, daß in der heutigen Periode ein Massenstreik ein direkter Schlag gegen die Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie ist. Das muß den Betriebszeitungsredakteuren sowie überhaupt unseren Zellen klargemacht werden. In allen Anweisungen der Agitpropabteilungen an die Zellen muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß in den Zeitungen der offensive Kampf gegen die Lohnabbauoffensive des Unternehmertums mehr zum Ausdruck kommen muß. Das trifft besonders zu auf die großen entscheidenden Betriebe, die ja auch in den meisten Fällen Rüstungsbetriebe sind.

Der Kampf gegen den Faschismus, insbesondere gegen die Nationalsozialisten, wird in unseren Betriebszeitungen absolut ungenügend geführt. In allen Bezirken nehmen die meisten Betriebszeitungen von den Nationalsozialisten überhaupt keine Kenntnis. Die Agitpropabteilungen müssen durch eine schärfere Kontrolle darauf achten, daß die zentralen Anweisungen, die wir für die Betriebszeitungen in der *Korrespondenz für Betriebszeitungsredakteure und AK*[1] herausgeben, von allen Betriebszeitungen beachtet werden. Wir müssen den Genossen die Not begreiflich machen, um auch da, wo die Nazis mit ihrem Terror noch nicht öffentlich hervorgetreten sind, die Arbeiterschaft gegen sie zu mobilisieren. In allen Betriebs-, Häuserblock-, Dorfzeitungen usw. muß deshalb sofort diese Offensive entfaltet werden. In allen diesen Zeitungen muß gegen den Faschismus Stellung genommen werden, wobei es nicht genügt, hier und da eine Parole einzuflechten, sondern es

1 Vgl. oben Dok. 2, Anm. 2.

darauf ankommt, sich mit den demagogischen Schlagworten der Nationalsozialisten auseinanderzusetzen. (Siehe die letzte Nummer der *Korrespondenz für BZR.*)

Antikriegskonferenz am 2. und 3. August

Die Betriebszeitungen müssen sich zur Aufgabe stellen, diese Konferenz unter den breiten Massen der sozialdemokratischen, christlichen, parteilosen, der organisierten und unorganisierten Arbeiter, Arbeiterinnen und Jugendlichen zu popularisieren. Das gilt nicht nur für die Zeitungen, deren Betrieb einen Delegierten entsenden soll, sondern diese Konferenz muß unter allen Arbeitern als ihre Sache bekannt gemacht werden. Alle Betriebs- und Häuserblockzeitungen müssen über diese Konferenz schreiben, damit sie wirklich der Ausdruck einer breiten Massenmobilisierung ist.

Die Einbeziehung neuer Schichten in die Antikriegsfront in den Betrieben muß durch die Zeitungen kräftig unterstützt werden. Wenn in den vergangenen Jahren die Antikriegskomitees in vielen Betrieben nicht zustande kamen, so oft deshalb, weil in den Betriebszeitungen den Arbeitern nicht gesagt wurde, was Sinn und Aufgabe dieser Antikriegskomitees ist. Viel zu wenig haben wir uns in den Betriebszeitungen an christliche und unorganisierte Arbeiter gewandt, sondern [uns] meist darauf beschränkt, auf die Anhänger der Sozialdemokratie einzuwirken. Fast nirgends war auch die Betriebszeitung das Sprachrohr der Antikriegskomitees, in der diese Mitteilungen, Berichte von Sitzungen usw. veröffentlichten, um dadurch das Interesse der Arbeiter an den Komitees wachzuhalten. Dort, wo die Streikbewegung gegen die Lohnabbauoffensive organisiert wird, müssen die vorbereitenden Kampfleitungen, bzw. die Streikleitungen zugleich die Aufgaben der Antikriegskomitees übernehmen.

Die Partei hat die Losung der Bildung von Betriebswehren zum politischen und wehrhaften Massenkampf gegen den Faschismus herausgegeben.[2] Ohne die aktive Unterstützung durch die Betriebszeitungen werden diese Wehren nur sehr schwer oder gar nicht gebildet werden können. Und wir werden die Arbeiter für diese Wehren um so eher gewinnen, je besser wir es in der Betriebszeitung verstehen, ihre Notwendigkeit klarzumachen. Die Propagierung der Betriebswehren muß verbunden werden mit einer Propagierung der Erwerbslosenstaffeln bei den Betriebswehren. Wenn wir in den Stempelstellenzeitungen auch den Erwerbslosen die Notwendigkeit des organisierten Kampfes gegen die Nazis klar machen, müssen wir darauf hinweisen, daß dieser Kampf nur in engster Gemeinschaft mit den Betriebsarbeitern geführt werden kann und deshalb die Erwerbslosenwehren nicht selbständige, losgelöste Organe sein sollen, sondern Teile der Betriebswehren darstellen müssen.

Arbeiterkorrespondenten mobilisieren!

Die Berichte der Redaktionen zeigen, daß noch verhältnismäßig wenige AK aus den Großbetrieben kommen. Die Antikriegskampagne muß ausgenutzt werden, um hier eine Belebung zu erzielen, die über die Kampagne hinaus reicht. Das Schwergewicht der AK-Bewegung liegt heute bei den meisten Zeitungen im lokalen Teil. Dieses Verhältnis muß auf dem schnellsten Wege geändert werden und die

2 Vgl. oben Dokument 22, Teil 6.

Redaktionen müssen in Verbindung mit den Agitpropabteilungen konkrete Maßnahmen einleiten, um aus der Antikriegskampagne mit einem größeren Stab von AK aus den Großbetrieben hervorzugehen. Wir verweisen auf unsere *Korrespondenz für BZR und AK*, in denen Anweisungen gegeben werden, worauf es bei der Berichterstattung durch die AK ankommt.

Versammlungskampagne!

Wie bereits im Zellenbrief, in Anweisungen des Sekretariats und der Orgabteilung betont, soll das Schwergewicht während der Antikriegskampagne auf die Betriebe gelegt werden. Gerade weil es sich darum handelt, zur Unterstützung der Kämpfe in Mansfeld und Nordwest[3] in allen Betrieben Kämpfe auszulösen, dürfen wir in diesen Versammlungen nicht einfach mit dem Thema: 1. August auftreten, sondern die Mobilisierung für den Kampf um höheren Arbeitslohn und kürzere Arbeitszeit mit der Mobilisierung gegen den imperialistischen Krieg verbinden. Schluß mit den Wald- und Wiesenreferaten! Aber Ausnutzung der Agitproptruppen, Ausnutzung von Filmen, Lichtbildern, Grammophonen etc.

Sehr gut bewährt haben sich kurze fliegende Versammlungen vor den Fabriktoren oder auch auf Wochenmärkten etc., in denen in kurzen, 5–10 Minuten langen Ansprachen die Arbeiter mit unseren Forderungen bekannt gemacht werden können.

In den Gebieten, in denen Lohnkämpfe stattfinden, ist es von besonderer Bedeutung, die Frauen der kämpfenden Arbeiter zusammenzufassen und ihnen für den Kampf den Rücken zu stärken. Es gibt Hunderte von Fällen, in denen die Frauen dann, wenn wir ihnen klar gemacht haben, worauf es ankommt, ein aktiveres Element wurden, als die Männer selbst.

Die Demonstrationen am 1. August müssen gut ausgestaltet werden. Nicht nur mit einfachen Transparenten mit unseren Losungen, sondern mit figürlichen Darstellungen, deren Herstellung zwar eine längere Zeit erfordert, deren Wirkung aber dafür um so nachhaltiger ist. Die Herstellung macht die Einrichtung von Bastelstuben nötig, die gleichzeitig eine Gelegenheit sein können, neue Kräfte, insbesondere auch Arbeiterinnen und Jungarbeiter heranzuziehen und Genossen, die bisher keine Funktion in der Partei hatten, insbesondere neue Mitglieder, mit einer verantwortlichen Arbeit und sei sie noch so klein, zu betrauen.

2. Literaturvertrieb:

Die Kampagne muß von den Agitpropabteilungen ausgenutzt werden, um mit den alten Methoden des Literaturvertriebes Schluß zu machen. Der Litobmann der Zelle oder Ortsgruppe ist nicht dazu da, die Literatur selbst zu verkaufen, sondern er muß den Verkauf unserer Massenliteratur durch die gesamte Mitgliedschaft organisieren. Es ist nicht zu viel verlangt, wenn jedes Parteimitglied ohne Funktionen im Verlaufe der Kampagne 5 Broschüren oder 5 Exemplare unserer Bilderzeitung zum 1. August verkauft. Der Umsatz unserer Literatur kann nur so um Vielfaches gesteigert werden. Wir haben dadurch auch eine Möglichkeit, besonders die

3 Zu den Streiks in Mansfeld und in der nordwestdeutschen Metallindustrie siehe oben Dok. 22, Anm. 2 und 9.

neuaufgenommenen Mitglieder durch diese kleine, aber verantwortliche Tätigkeit an die Partei zu binden.

3. IfA[4]

Kulturfraktionen aktivieren!

Die Antikriegskampagne gibt uns auch eine gute Gelegenheit, alle unsere Fraktionen in den Kulturorganisationen zu mobilisieren und die Arbeit auf diesem Gebiet bedeutend zu verstärken. Da, wo die IfA besteht, bietet sich eine Möglichkeit zur Verbreiterung, die ausgenutzt werden muß, da, wo sie nicht besteht, ist Gelegenheit gegeben, sie ins Leben zu rufen.

4. Verstärkung des Agitpropapparates

Die Reichskontrolle im vergangenen Jahre[5] hat gezeigt, daß der Agitpropapparat in den unteren Organisationen noch sehr schwach ist. Die Mobilisierung der gesamten Partei muß von Agitprop ausgenutzt werden, um seine Kader auch in den unteren Organisationen zu schaffen. In den Anweisungen der Bezirksleitungen muß Agitprop dafür sorgen, daß die Verantwortlichkeit der gesamten Leitung für die Schaffung eines Agitpropapparates zum Ausdruck kommt.

5. Funktionärschule für Massenorganisationen

Wir machen bereits zum dritten Male die Bezirksleitungen darauf aufmerksam, daß am 22. des Monats die Reichsfunktionärschule für Massenorganisationen beginnt. Der Termin zur Meldung der Teilnehmer aus den Bezirken ist bereits abgelaufen. Von einem großen Teil der Bezirke liegen jedoch noch immer keine konkreten Meldungen vor. Die Agitpropabteilung muß sich schleunigst mit den Fraktionsleitungen der Massenorganisationen in Verbindung setzen, damit die Schule entsprechend den Anweisungen des ZK zusammengesetzt wird. (Vergl. Rundschreiben vom 23. 5. 30, 12. und 20. Juni.)[6]

ZK-Agitprop

NB

Die auf Seite 2 erwähnte Konferenz am 2. und 3. August trägt den Charakter einer Konferenz der Rüstungs- und Chemiebetriebe und soll nicht als eine allgemeine Antikriegskonferenz bezeichnet werden.

Die Tagesordnung dieser Konferenz, über die noch besondere Mitteilungen an die Organisationen ergehen, lautet:

1. Die Bedeutung der Antikriegsarbeit für die Rüstungs- und Chemieindustrie
2. Die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion.

ZK-Sekretariat

---

4 Zur Entstehung und Bedeutung der Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur (IfA) vgl. oben Dok. 10.

5 Gemeint ist damit wohl die 2. Reichskontrolle, die im Frühjahr 1929 durchgeführt wurde. Zu ihren Ergebnissen vgl. oben Dok. 7. Zur 3. Reichskontrolle siehe Dok. 23, Anm. 5.

6 Diese Rundschreiben liegen nicht vor.

23 b.

3. 7. 1930: Anweisungen der Landabteilung

Anlage zu Nr. 23. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 8. Anweisungen der ZK-Landabteilung."

Inhaltsverzeichnis:

A. Bedeutung und Notwendigkeit der Mobilisierung der Landarbeiter und armen Bauernmassen gegen Faschismus und imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion.
B. Zielstellung und Hauptinhalt der Antikriegskampagne auf dem Lande.
C. Richtlinien und Maßnahmen für die Vorbereitung und Durchführung der Antikriegskampagne auf dem Lande.

A. Bedeutung und Notwendigkeit der Mobilisierung der Landarbeiter und armen Bauernmassen gegen Faschismus und imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion.

Die Anweisungen des ZK-Sekretariats zur Antikriegskampagne vom 19. 6. weisen insbesondere auf die notwendige Einbeziehung der Landarbeiter, der zwerg- und kleinbäuerlichen Massen und der sonstigen werktätigen Schichten der Landbevölkerung in die antiimperialistische Kampffront hin.

Die internationale Bedeutung und Notwendigkeit der Mobilisierung der Arbeiter, Landarbeiter und Bauernmassen aller kapitalistischen Länder zum 1. August wird außer den bekannten großen Ereignissen und Tatsachen der weltpolitischen Lage und Entwicklung insbesondere durch die Verschärfung der Weltagrarkrise als ausgesprochene Krise der Bauernwirtschaft in den kapitalistischen Ländern einerseits und durch die gewaltigen Erfolge der sozialistischen Organisation der Landwirtschaft in Sowjetrußland andererseits gekennzeichnet. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Deutschland (Faschismus, Faschisierung, Generaloffensive der Unternehmer, Massenerwerbslosigkeit, Raubpolitik der *Brüning*-Regierung, Wirtschaftskämpfe, Kampf der Kommunisten um die Eroberung der Mehrheit des Proletariats) hat auch auf dem Lande günstige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Mobilisierung der Landarbeiter und armen Bauernmassen für die Landarbeiter- und Bauernforderungen der Partei geschaffen. Die Verschärfung der Agrarkrise in Deutschland äußert sich in der fortschreitenden, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Differenzierung der verschiedenen Schichten der Landwirtschaft. Diese zunehmenden politischen Differenzierungen auf dem Lande müssen weit mehr als bisher von uns beachtet und planmäßig ausgenutzt werden.

B. Zielstellung und Hauptinhalt der Antikriegskampagne auf dem Lande

Es kommt in der Antikriegskampagne auf dem Lande darauf an,
a) daß die gegenwärtigen Hauptaufgaben der Partei auf dem Lande ihre Zusammenfassung finden. Diese sind:

der Kampf der Partei gegen *Young*plan, Kriegsvorbereitungen und Faschismus, gegen Terror der Junker und Großbauern, gegen kapitalistische Rationalisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft, gegen Agrarprogramm und Osthilfe-Gesetz der Bürgerblockregierung, gegen reaktionäre Reichsbauernfront („Grüne Front"),[1] gegen Reformismus, Sozialfaschismus, Sozialdemokratie auf dem Lande, der Kampf der Partei für Tagesforderungen der Landarbeiter und Forstarbeiter, der armen Bauern, Bäuerinnen und Bauernjugend, der Winzer und Fischer, für das revolutionäre Bündnis der Arbeiter und Bauern, für die Verteidigung der Sowjetunion;

b) daß die Gesamtpartei mit Unterstützung der RGO, der überparteilichen Organisationen und der sympathisierenden Bauernorganisationen planmäßig die breiten Massen der werktätigen Landbevölkerung in die Antikriegskampagne einbezieht und die Kampagne auf dem Lande mit der Antikriegsbewegung in den Städten und Industriegebieten verbindet;

c) daß vor den Bauern und Landarbeitermassen die KPD sich als einzige proletarische, revolutionäre Organisation und Führerin des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg zeigt;

d) daß die Partei die Losreißung der werktätigen Bauern von der Konterrevolution und ihre Gewinnung für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg als Frage und Aufgabe von außerordentlicher Bedeutung erkennt und sie praktisch mittels verstärkter Anwendung der Losung und Taktik des revolutionären Bündnisses der Arbeiter und Bauern zu lösen beginnt;

e) daß als beste und wirksamste Methode des Kampfes der Landarbeiter (Forstarbeiter) gegen den imperialistischen Krieg die Vorbereitung, Auslösung und Führung von Wirtschaftskämpfen der Landarbeiter vor und während der Erntezeit durch Partei und RGO planmäßig und organisiert Anwendung findet. Auch sind die polnischen Wanderarbeiter in die Antikriegsfront einzureihen;

f) daß der Kampf gegen den imperialistischen Krieg auch auf dem Lande im wesentlichen als Kampf gegen den National- und Sozialfaschismus und Reformismus geführt wird.

Die Durchführung der Antikriegskampagne muß unter folgenden Hauptlosungen stehen (weitere Losungen sind den bekannten Tagesforderungen der Partei für die Bauern und Landarbeiter zu entnehmen):

Krieg dem imperialistischen Kriege!

Für die sozialistische Organisation der Landwirtschaft der Sowjetunion!

Für die Verteidigung der Sowjetunion – durch das revolutionäre Bündnis der Arbeiter und Bauern aller Länder!

Für die Verteidigung der indischen und chinesischen Arbeiter- und Bauernrevolution – Für die Befreiung der Bauern in den kolonialen Ländern der ganzen Welt!

Fort mit der Regierung *Brüning*, der Regierung der Kriegsrüstungen, der Kapitaloffensive, des Terrors gegen die Werktätigen in Stadt und Land!

Fort mit der *Brüning-Schiele-Dietrich*-Regierung, der Regierung der Industriekapitalisten, der Junker und Großbauern!

1 In der „Grünen Front" schlossen sich Anfang [März] 1929 die landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen (Reichslandbund, katholische Bauernvereine, Deutsche Bauernschaft, Deutscher Landwirtschaftsrat) zu einem Interessenkartell zusammen.

Faschismus und Krieg sind die Todfeinde der werktätigen Bauern. – Klärt die Werktätigen und die werktätige Jugend des Dorfes über das wahre Gesicht des Faschismus auf!

Fort mit den Kriegstreibern und faschistischen Mordhetzern! Arbeiter, Landarbeiter, Bauern, verbündet Euch im Kampfe gegen den Faschismus! Bildet rote Gutswehren auf den Gütern, antifaschistische Selbstschutz- und Abwehrorganisationen in den Dörfern!

Für die Solidarität der werktätigen Bauern mit den Land- und Industriearbeitern im Kampfe um Lohn und Brot!

Alles Land den landlosen und landarmen Bauern und Bauernsöhnen durch die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes!

Alles Pachtland in die Hände der werktätigen Bauern, die es bearbeiten! Für das Bündnis der Arbeiter und Bauern im Kampfe gegen Kapital und Großgrundbesitz!

Alle Macht in die Hände der Arbeiter und Bauern! – Für ein Sowjet-Deutschland der Arbeiter und Bauern!

C. Richtlinien und Maßnahmen für die Vorbereitung und Durchführung der Antikriegskampagne auf dem Lande

a) Bei der innerparteilichen Vorbereitung der Antikriegskampagne ist seitens der BL, UBL, Zellen und aller Ortsgruppen der Partei, wie auch durch die Leitungen der überparteilichen Organisationen auf die Führung dieser Kampagne auch auf dem Lande hinzuweisen (durch Landabteilungen entsprechende Anweisungen!). Dabei ist besonders die Antikriegsarbeit der Ortsgruppen sympathisierender Bauernorganisationen durch die Parteiortsgruppen zu unterstützen.

b) Bei allen vorbereitenden Konferenzen, Versammlungen und Kundgebungen unserer städtischen Organisationen muß vor dem städtischen und industriellen Proletariat stärkstens auf die Verbreiterung der Kampffront gegen den imperialistischen Krieg durch das Landproletariat sowie auf die Rolle der Bauernschaft im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg hingewiesen werden. Landabteilungen müssen durch Organisierung einzelner Maßnahmen Garantien hierfür schaffen. Zu solchen Kundgebungen sind wechselseitig Landarbeiter und Bauern als Sprecher hinzuzuziehen.

c) In die auf überparteilicher Grundlage zu bildenden Antikriegs-Komitees in den Städten und Ortsgruppen sind auch Vertreter von bezirklichen oder örtlichen sympathisierenden Bauernorganisationen zur Verbesserung der Zusammenarbeit aufzunehmen.

d) Insbesondere sind die ländlichen Parteiortsgruppen durch BL, UBL, Landabteilungen und Landobleute anzuweisen, zur Vorbereitung des 1. August auf dem Lande Güter- und Dorfversammlungen mit entsprechenden Themen unter Ausnutzung aller geeigneten Anknüpfungspunkte zu organisieren. Das gilt insbesondere für die Patenschaftsorte und Patenschaftsgebiete. Die Mobilisierung der Landarbeiter und werktätigen Bauern zum Kampfe gegen den imperialistischen Krieg muß trotz mannigfacher Behinderung durch die Feld- und Erntearbeit in dieser Zeit geschehen.

e) In den Parteiorganen, besonders in den Landbeilagen in den Dorf- und Bauernzeitungen, ist unter der Leitung und Kontrolle der Landabteilungen eine Pressekampagne unter der Landbevölkerung im Sinne der Losungen der Partei zu führen. Auch müssen die ländlichen Gemeindefraktionen wie auch die Fraktionen der Arbeiter- und Bauernlisten usw. in ihrer Arbeit die Linie des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg beziehen.

f) Das Auftreten von Landarbeitern und werktätigen Bauern als Redner ist in besonderem Maße gelegentlich der internationalen Grenztreffen[2] durch rechtzeitige Vorarbeit seitens der zuständigen BL-Sekretariate und Landabteilungen sicherzustellen. Auch ist die Entsendung von Landarbeiter- und Bauerndelegierten zu der in Berlin am 1. und 2. August stattfindenden Antikriegs-Konferenz vorzubereiten und durchzuführen.

g) Soweit Rote Landtreffen nicht am 1. August selbst durchgeführt werden können, sollen diese am Sonntag, den 3. August, unter der Anteilnahme der Parteiorganisationen und der Arbeiterschaft benachbarter Städte und Orte stattfinden.[3] Diese müssen insbesondere im Zeichen des politischen und wehrhaften Massenkampfes gegen den Faschismus auf dem Lande stehen. Diese Roten Landtreffen müssen demonstrativen Charakter tragen, d.h. in der Form von Kundgebungen und anschließenden Demonstrationen unter Führung der roten Gutswehren und der antifaschistischen Dorforganisationen durchgeführt werden.

h) Bei der Herausgabe des bezirklichen Antikriegsmaterials insbesondere im bezirklichen Flugblatt ist, wenn auch kurz, auf die Bedeutung und Rolle der Landarbeiter und armen Bauern im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg einzugehen. Bei allen Veranstaltungen auf dem Lande müssen die letzthin herausgegebenen Bauernbroschüren der Partei für den organisierten Massenabsatz verfügbar sein. Entsprechende Anweisungen durch Bezirkslandabteilungen und Literaturstellen.

Landabteilung ZK

2 Solche Grenztreffen fanden am 1. August und unmittelbar danach in Emden, Flensburg, Gronau, Heidelberg, Kalthof, Lauenburg, Liesau, Schneidemühl, Sebnitz, Seiffen/Erzgebirge, Singen, Sonderburg und Stolberg bei Aachen statt. Vgl. *RF* Nr. 180 vom 5. 8. 1930. Klaus Mammach, Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse im August 1930 gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg, Berlin (Ost) 1956, S. 22 f.

3 Während *Die Rote Fahne* ausführlich über Straßendemonstrationen und Grenztreffen am 1. August berichtete, werden rote Landtreffen nicht erwähnt. Vgl. *RF* Nr. 178 vom 2. 8.; Nr. 180 vom 5. 8. 1930. Es ist daher nicht sicher, ob es zu solchen Landtreffen kam.

24.

10. 7. 1930: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen

BA R 134, Bd. 61, S. 20–40 und BA R 45/IV–24, 207 und StA Bremen, 4, 65 – II A 12a, Bd. 27; Hektographiertes Rundschreiben. Überschrift: „Zentralkomitee der KPD, Sekretariat. Rundschreiben Nr. 9."

Inhaltsverzeichnis:

Sekretariat:

1. Die Protestbewegung gegen die Antikommunistenerlasse der Preußenregierung.
2. Osthilfegesetz, KPD-Kampfprogramm der Arbeiter, Landarbeiter, armen Bauern und Fischer des Ostens.
3. Mitteilungen des Sekretariats.

Orgabteilung:

1. Berichterstattung der Bezirke
2. Protokolle der Orgabteilungen
3. Berichte über Werbung
4. Artikel *Pjatnizki*
5. Bezirksstatistik
6. Zusammensetzung der statistischen Unterabteilung

Landabteilung

1. Agrarpolitische Gesetzgebung der Bürgerblockregierung
2. Bündnis der Arbeiter und Bauern und die gegenwärtigen Wirtschaftskämpfe
3. Die Unterstützung des Streiks der Mansfelder Arbeiter und der Torgauer Landarbeiter durch die gesamte Partei

Anweisungen des Sekretariats

Inhaltsverzeichnis:

1. Zur Protestbewegung gegen die Antikommunistenerlasse der Preußenregierung
2. Osthilfegesetz und KPD-Kampfprogramm der Arbeiter, Landarbeiter, armen Bauern und Fischer des Ostens
3. Mitteilungen des Sekretariats

1. Zur Protestbewegung gegen die Antikommunistenerlasse der Preußenregierung

1. Die Preußenregierung hat unter Führung der SPD-Minister *Braun* und *Waentig* durch Beschluß vom 25. 6. 1930 allen preußischen Beamten in Staat und Gemeinde einschließlich den Lehrern die Zugehörigkeit zur Kommunistischen und Nationalsozialistischen Partei verboten.[1] Die Regierung droht mit der Einleitung von

1 Der unter dem preußischen Innenminister Dr. *Waentig*, der am 28. Februar 1930 als Nachfolger von Albert *Grzesinski* dieses Amt angetreten hatte, vom preußischen Kabinett gefaßte Beschluß stellte fest, daß NSDAP und KPD als Organisationen anzusehen seien, „deren Ziel der gewaltsame Umsturz der bestehenden Staatsordnung ist. Die Zugehörigkeit eines Beamten zu einer solchen Organisation verletzt dadurch die [...] besondere Treueverpflichtung gegenüber dem Staate". Beschluß des Staatsministeriums, STM I, Nr. 7683, Vgl. Records T 175, 312, 2810575.

Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung. Es darf natürlich kein Zweifel darüber bestehen, daß sich diese Verfügung der sozialfaschistischen Minister ausschließlich gegen Komunisten richten wird.

2. In der gleichen Linie liegt ein neuerlicher Runderlaß des preußischen Innenministers *Waentig* vom 3. Juli 1930.[2]

Nach diesem Erlaß wird grundsätzlich allen Mitgliedern der Kommunistischen Partei, die für ein kommunales Amt gewählt werden (Stadträte, Beigeordnete, Schöffen, Gemeindevorsteher usw.), künftig die Bestätigung versagt.

3. In der gleichen Linie liegt ein neuerlicher Erlaß des Reichspostministers *Schätzel*, der bestimmt, daß Beamte, die in Uniform oder in Dienstmütze sich an kommunistischen Demonstrationen oder Versammlungen beteiligen, aus dem Dienste zu entlassen sind.[3]

Alle diese Erlasse liegen in der Linie der weiteren Faschisierung der Kommunen, der Staaten und des Reiches.

Gegen die Anwendung des Erlasses ist sofort überall die schärfste Protestaktion einzuleiten. Dazu ist erforderlich:

a) daß die Bezirksleitungen und die Bezirksausschüsse der RGO sofort Anweisungen an alle Fraktionsleitungen in den reformistischen Gewerkschaften und den Massenorganisationen, vor allem aber an den Lehrerfraktionen, die Fraktion im ZdA und die Fraktionen in den Beamtengewerkschaften ergehen lassen, daß sie in allen Organisationen sofort in aller Schärfe die Frage der Erlasse stellen sollen. Entsprechende Protestentschließungen sind einzubringen.

b) Außerdem ist erforderlich, daß sofort alle Kommunalfraktionen Anweisungen erhalten, in den Kommunalparlamenten die Behandlung dieser Frage zu fordern und daß sie verpflichtet werden, entsprechende Anträge, die etwa folgenden Wortlaut haben müssen, einzubringen:

„Die preußische Regierung hat unter Führung der SPD-Minister *Braun* und *Waentig* durch Staatsministerialbeschluß vom 25. 6. 1930 allen Beamten in Stadt und Gemeinde und Lehrern die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei verboten. Bei Nichtbefolgung dieses Beschlusses ist allen Beamten die Einleitung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung angedroht.

Desgleichen hat der preußische Innenminister *Waentig* in einem Runderlaß vom 3. 7. 1930 angekündigt, daß in Zukunft allen Mitgliedern der Kommunistischen Partei, die für ein kommunales Amt gewählt werden, grundsätzlich die Bestätigung versagt werden soll.

Durch diese Handlungsweise bekundet die Preußenregierung erneut, daß sie wiederum nicht nur als Schrittmacher der finstersten Reaktion, und des Scharfmachertums auftritt, sondern die Bestimmungen des Artikels 130 der Reichsverfassung, der allen Beamten die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Koalitionsfreiheit

2 Vgl. *RF* Nr. 153 vom 4. 7. 1930.

3 Reichspostminister Dr. *Schätzel* verbot in einem Rundbrief an alle Dienststellen der Reichspost vom 5. Juni 1930 allen Angehörigen der Deutschen Reichspost die Teilnahme an „öffentlichen Umzügen und Versammlungen mit staatsfeindlicher Tendenz". Der Text des Rundbriefes erschien in *RF* Nr. 146 vom 26. 6. 1930.

gewährleistet, durch einen glatten Verfassungsbruch außer Kraft zu setzen versucht. Durch diese Maßnahmen soll ein Gesinnungsterror ausgeübt werden, wie er selbst im kaiserlichen Deutschland nicht üblich war.

Dieser Staatsministerialbeschluß soll die durch das „Notopfer"[4] und andere Maßnahmen in ihrer materiellen und rechtlichen Existenz gefährdeten Beamten davon abhalten, unter Führung der Kommunistischen Partei einen rücksichtslosen Kampf gegen die gegenwärtige Aushungerungspolitik aufzunehmen und vorzubereiten.

Die Stadtverordnetenversammlung (Gemeindevertretung, Kreistag usw.) wolle daher beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung (Gemeindevertretung, Kreistag usw.) fordert von der preußischen Staatsregierung die sofortige Aufhebung ihres Beschlusses und Einstellung aller bisher wegen dieses Beschlusses eingeleiteten Disziplinarverfahren.

Die Stadtverordnetenversammlung (Gemeindevertretung usw.) fordert vom Magistrat (Bürgermeister, Kreisausschuß, Gemeindevorsteher), daß er die durch diesen Staatsministerialbeschluß angeordneten Schnüffel- und Denunziationsmethoden innerhalb des städtischen Bereichs nicht zur Anwendung bringt und den schärfsten Protest gegen jede Nichtbestätigung einlegt."

c) Neben diesen Vorstößen in den Kommunalparlamenten und in den reformistischen Gewerkschaften und Massenorganisationen müssen diese Erlasse in Verbindung mit dem geplanten „Notopfer" zum Mittelpunkt einer breiten öffentlichen Kampagne unter den Beamten und Angestellten ausgenutzt werden. Eine breite öffentliche Versammlungskampagne ist zu organisieren. In diesen Versammlungen muß neben der Annahme von Protestentschließungen, die fortlaufend in der Presse zu veröffentlichen sind, der Hauptwert darauf gelegt werden, daß die bestehenden Verbindungen zu den Beamten oder Angestelltenschichten gefestigt und neue Verbindungen angeknüpft werden. Die Beamten und Angestellten müssen aufgefordert werden, sich bei allen Vorstößen der staatlichen und kommunalen Bürokratie gegen die Beamtenrechte sowie bei allen wichtigen Vorkommnissen an die kommunistische Reichstagsfraktion, Landtagsfraktionen sowie an die Bezirksleitungen der Partei und an die Kommunalfraktionen zu wenden. Damit die Beamten wissen, an wen sie sich wenden sollen, muß die BL sofort dafür Sorge tragen, daß sowohl der Bezirksausschuß der RGO, wie jede Provinziallandtags-, Kreistags- und Kommunalfraktion einen Genossen mit der Bearbeitung der Beamten- und Angestelltenfragen beauftragt. Die Adressen dieser Genossen sind so rasch wie möglich und später von Zeit zu Zeit in der Presse zu veröffentlichen, damit die Beamten und Angestellten jederzeit wissen, an wen sie sich um Rat und Auskunft zu wenden haben.

d) Unsere Beamten- und Lehrergenossen müssen sofort zu besonderen Aussprachen zusammengeholt werden, um mit ihnen ihre taktische Haltung bei Vorlegung von Reversen und der Einleitung von Disziplinarverfahren zu besprechen. Hierbei sollen im allgemeinen folgende Regeln eingehalten werden.

1. Handelt es sich um öffentliche Ämter (Wahlämter, Beigeordnete, Gemeindevorsteher, Bürgermeister etc.), darf es kein Nachgeben oder Verstecken geben. Diese

4 Zum sog. „Notopfer" der Beamten und Angestellten vgl. oben Dok. 22, Anm. 4 und unten, Dok. 25, Anm. 1.

Genossen müssen sich als Kommunisten bekennen. Die Partei muß aber sofort die breiteste Massenkampagne gegen die Terrormaßnahmen der sozialfaschistischen Regierungs- und Verwaltungsbehörden aufnehmen. Jeder einzelne Vorstoß der Verwaltungsbehörde gegen einen gewählten Kommunalbeamten und andere öffentliche Staats- und Gemeindefunktionen bekleidende Beamte muß beantwortet werden mit einer breiten, außerparlamentarischen Massenmobilisation.

2. Handelt es sich um Berufsbeamte und Lehrer, die öffentliche Ämter bekleiden (Stadtverordnete, Kreistagsabgeordnete etc.), die also in der Öffentlichkeit als Kommunisten bekannt sind, so müssen sich diese ebenfalls als Kommunisten bekennen und die Partei ist verpflichtet, um diese Genossen ebenso den Kampf zu führen wie unter Punkt 1.

3. Handelt es sich dagegen um Berufsbeamte, Lehrer etc., die öffentlich als Kommunisten nicht weiter bekannt sind, dann ist es ratsam, durch Verschweigen ihrer politischen Zugehörigkeit ihre Positionen zu halten und unter allen Umständen zu verteidigen. Im Vordergrund steht bei diesen Fällen immer die Verbindung der Partei zur Beamtenschaft und zu den Angestellten und erst in zweiter Linie die Frage der direkten Zugehörigkeit zur Partei.

4. Bei den uniformierten Beamten (Post, Telegrafen, Eisenbahner, freiwillige Feuerwehr etc.) ist es ratsam, in der gegenwärtigen Periode, in der unter diesen Beamten noch kein überwiegender Massenanhang besteht, daß diese bei Demonstrationen, öffentlichen Kundgebungen etc. nicht in Uniform und Dienstmützen sich beteiligen, sondern in Zivilkleidung.

Diese Regeln gelten nur als allgemeine und es kann davon abgewichen werden in solchen Fällen, wo unsere Positionen durch Massenanhang unter der Beamten- und Angestelltenschaft so stark sind, daß durch den Druck der Beamtenschaft selbst die Durchführung der Terrormaßnahmen in Zweifel gestellt, oder sogar unmöglich gemacht werden kann. Jedem Beamten-, Angestellten- oder Lehrergenossen muß klar gemacht werden, daß keinerlei Grund zur Beunruhigung vorliegt, wenn er nur versteht, taktisch geschickt die Lehre *Lenins* bei seinem Auftreten und seiner Betätigung als Kommunist anzuwenden. Es gibt hunderte von Möglichkeiten, die selbstverständlich von Fall zu Fall geprüft werden, um die terroristischen Maßnahmen des Gegners unmöglich zu machen.

Alle Genossen, die Beamte, Lehrer etc. sind, gegen die sich der sozialfaschistische Antrag richtet, müssen sofort diesbezüglich instruiert werden.

Unsere Stellungnahme zu den Reversen muß dahin modifiziert werden, daß es sich bei den Beamten in allererster Linie darum handelt, ihre Positionen und Stellungen zu erhalten und nicht dem Terror des Sozialfaschismus Rechnung tragend, einen falsch verstandenen „offenen Bekennermut" an den Tag zu legen.

Um Fehler zu vermeiden, müssen die Genossen darauf hingewiesen werden, daß sie, sobald gegen sie ein Disziplinarverfahren anhängig gemacht wird, sich sofort mit der Bezirksleitung der Partei in Verbindung setzen sollen, die dann auf kürzestem Wege über ihr Verhalten eine Entscheidung treffen muß. Die Bezirksleitungen müssen dabei immer von dem Gedanken ausgehen, daß in erster Linie für die Partei entscheidend ist die Verstärkung und die Verbindung zu den Beamten und Angestellten.

e) Die Bezirksleitungen sind verpflichtet, unverzüglich eine breit angelegte und intensive Agitation unter der Beamtenschaft gegen die Antikommunistenerlasse auszulösen und in stärkster Protestbewegung die Terrormaßnahmen des Sozialfaschismus der Regierungen für die breitesten Sympathien für die kommunistische Bewegung auszuwerten. Alle Bewegungen der Beamtenorganisationen gegen die Terrormaßnahmen sind bei schärfster Betonung unserer Grundsätze und selbständigen Stellungnahme zu unterstützen.

Wir erwarten, daß alle Bezirksleitungen sofort zu diesen Fragen Stellung nehmen und die notwendigen Maßnahmen schnellstens einleiten und durchführen.[5]

2. Osthilfegesetz und KPD-Kampfprogramm der Arbeiter, Landarbeiter, armen Bauern und Fischer des Ostens[6]

Bei der Lösung der zentralen Aufgabe: der Herstellung der großen strategischen Front der Werktätigen gegen die Kapitaloffensive, lenken wir erneut die Aufmerksamkeit der Partei, insbesondere der Bezirke Ostpreußen, Oberschlesien, Schlesien, Pommern, Berlin-Brandenburg, Nordbayern auf das Ostprogramm der *Brüning*-Regierung, das nach Annahme im Haushaltsausschuß in den nächsten Tagen vom Reichstage verabschiedet wird.[7]

Die Partei muß aus Anlaß der Verabschiedung und der beginnenden Durchführung des Osthilfegesetzes, namentlich in den Ostgebieten Deutschlands, mit entsprechender Unterstützung der übrigen Bezirke in demonstrativsten Formen mit dem KPD-Kampfprogramm der Arbeiter, Landarbeiter, der armen Bauern und Fischer des Ostens vor die werktätigen Massen treten. Sie muß in stärkstem Maße die Forderungen dieses Kampfprogramms in den Ausgangs- und Mittelpunkt ihrer gesamten Arbeit bei der Herstellung der Kampffront für die proletarische Offensive stellen. Die Gegenoffensive der Partei als Antwort auf das Ostprogramm muß und kann nur unter folgenden, unerläßlichen Bedingungen erfolgreich geführt werden.

Mobilisierung der Industrie-, Land- und Forstarbeiter, der armen Bauern und Fischer des Ostens nicht im Sinne einer losgelösten, einzelnen Kampagne, sondern im Rahmen der Herstellung der großen Kampffront für die proletarische Offensive gegen die Hunger-, Kriegs- und Diktaturpolitik der Bourgeoisie mittels breitester, außerparlamentarischer, revolutionärer Massenarbeit und Massenmobilisierung für die Tagesforderungen des KPD-Kampfprogramms. Das ist nur bei Entfaltung der größten Initiative in der Einheitsfronttaktik gegenüber den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern, in der Einbeziehung der übrigen werktätigen Schichten, vor allem des Landproletariats, sowie durch die praktische Anwendung auch der Losung und Taktik des revolutionären Bündnisses der Arbeiter und Bauern möglich.

Schärfste Bekämpfung und Entlarvung der am kapitalistischen Ostprogramm

5 Weitere Anweisungen zum sog. Beamtenerlaß gab ein Rundschreiben der ZK-Parlamente vom 15. 8. 1930 an alle Fraktionen der Landes- und Kommunalparlamente. Vgl. HStA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf Nr. 30642 b, S. 164–169.

6 Vgl. dazu bereits oben Dok. 22.

7 Das Osthilfegesetz, dessen 2. Lesung am 16. Juli im Reichstag begann, kam wegen der Auflösung des Reichstages am 18. Juli nicht mehr zur Verabschiedung. Es wurde daraufhin mit der Verordnung zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 in Kraft gesetzt.

führend und unterstützend beteiligten Parteien, Organisationen und Verbände: Deutschnationale, Volkspartei, Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten,[8] Nationalsozialisten, Stahlhelm, Reichslandbund, christliche Bauernvereine, Deutsche Bauernschaft, Grüne Front usw. unter stetiger Betonung der Unmöglichkeit der Beseitigung dieser Notlage der Werktätigen in den Ostgebieten innerhalb des kapitalistischen Systems und unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Organisierung des Kampfes aller Werktätigen unter der Führung der KPD und auf die proletarische Revolution, als dem einzig möglichen Ausweg.

Planmäßige, innerparteiliche Einstellung und Vorbereitung der gesamten Partei in den Bezirken, wie auch der überparteilichen Massenorganisationen und ihrer Organe im Sinne der Sonderanweisungen. Darum Eingliederung der Aufgaben dieser Kampagne in die allgemeinen bezirklichen, unterbezirklichen und lokalen Arbeitspläne der Partei und der übrigen Organisationen.

Wir ersuchen um sofortige Stellungnahme in der nächsten BL-Sekretariatssitzung wie auch in den nächsten BL-Sitzung und bemerken, daß in diesen Tagen ein eingehendes Informationsmaterial erscheint, das zugleich entsprechende, instruktive Anweisungen enthält.[9]

3. Mitteilungen des Sekretariats

Durch die Post erhaltet Ihr ein Informationsmaterial zum 1. August.[10] Dieses Material ist speziell für die Mitglieder der Bezirksleitung und wichtigsten Instrukteure gedacht. Es hat nicht den Charakter eines Referentenmaterials, sondern dient mehr als Informationsmaterial für die obengenannten Genossen.

Wir ersuchen die Bezirksleitungen bei Antworten auf Anfragen des Zentralkomitees immer die betreffende Abteilung anzugeben, ebenfalls auf allen Briefen die an das Zentralkomitee gerichtet werden, gleich die Abteilung zu nennen, für die der betreffende Brief bestimmt ist.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Sekretariat

8 Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnte das Osthilfegesetz in der 2. Lesung am 17. Juli zusammen mit der KPD ab.

9 Liegt nicht vor.

10 Dieses Informationsmaterial liegt nicht vor. Zur Vorbereitung des Antikriegstages am 1. August vgl. Dok. 23a.

24 a.

10. 7. 1930: Anweisungen der Orgabteilung

Anlage zu Nr. 24. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 9. Anweisungen der Orgabteilung."

Inhaltsverzeichnis:

1. Berichterstattung der Bezirke
2. Protokolle der Orgabteilungen

3. Berichte über Werbung
4. Artikel *Pjatnizki*
5. Bezirksstatistik
6. Zusammensetzung der statistischen Unterabteilung

1. Berichterstattung der Bezirke

Auf Grund der Erfahrungen der letzten Monate müssen wir erneut feststellen, daß manche Bezirke die Berichterstattung nicht so durchführen, wie das nicht nur für eine ordnungsgemäße Arbeit des ZK, sondern auch für die Arbeit der BL notwendig ist.

Bei der Berichterstattung über die Ergebnisse der Reichskontrolle[1] haben sich verschiedene Bezirke darauf beschränkt, nur die Berichtsbogen über die Ergebnisse der Kontrolle einzusenden. Wir hatten betont, daß jeder Bezirk auch einen politischen Gesamtbericht abliefern müsse. Die Disposition zu demselben war genau mitgeteilt worden. Trotzdem findet es ein Teil der Bezirke nicht für notwendig, diesen Bericht zu machen. Die Ergebnisse der Reichskontrolle sind so wichtig, nicht nur für den Bezirk und die Gesamtpartei, sondern auch für die Komintern, daß sie unter allen Umständen politisch und berichtsmäßig ausgenutzt werden müssen. Wir betonen an dieser Stelle noch einmal, daß keinem die Abfassung des politischen Gesamtberichts zur Reichskontrolle erlassen wird. Nachfolgend teilen wir nochmals kurz mit, was insgesamt eingesandt werden muß, damit das fehlende Material noch herbeigeschafft werden kann:

1. der rote, der grüne und der gelbe Berichtsbogen über die Kontrolle der Leitungen,
2. der Berichtsbogen über die Mitgliederkontrolle,
3. der Fragebogen der Betriebszellenleitungen,
4. der politische Gesamtbericht.

Außerdem fehlt noch von einem Teil der Bezirke der Bericht über die Zusammensetzung und die Verbesserung des Apparates der Leitungen.

2. Protokolle der Orgabteilungen:

Die Einsendung der Protokolle der Orgabteilungssitzungen läßt ebenfalls zu wünschen übrig. Wir müssen darauf bestehen, von jeder Sitzung der Orgabteilung des Bezirks ein Beschlußprotokoll in mindestens 5 Exemplaren zu erhalten.

3. Berichte über Werbung

Eine genaue Beobachtung der Ergebnisse der Werbearbeit nicht nur in zahlenmäßiger, sondern auch in sozialer Hinsicht ist unbedingt notwendig, um den richtigen Verlauf der Werbearbeit zu kontrollieren und beeinflussen zu können. Die Ergebnisse der Werbearbeit müssen in den Zellen und in der Presse des Bezirks kritisch bewertet, erfolgreiche Methoden in der Werbung zum Gesamtgut der Partei

1 Gemeint ist die 3. Reichskontrolle vom Dezember 1929 bis Januar 1930. Die Ergebnisse sind teilweise aus den Berichten der Bezirksleitungen zu den Bezirksparteitagen im Frühjahr 1930 zu ersehen. Siehe hierzu oben Dok. 17, Anm. 11 und Dok. 23, Anm. 5.

gemacht werden. Es kommt darauf an, Beispiele der Betriebswerbung, besonders in den Kampfgebieten zu schaffen, da gerade auf diesem Gebiete bisher wenig Erfahrung vorliegt. Man muß sich darüber klar sein, daß diese Betriebswerbung eine zähe, langandauernde Arbeit ist, so daß nur eine systematische Beobachtung der Mitgliederbewegung in den Zellen eine allgemeine Übersicht über unsere Erfolge in den Betrieben ermöglicht.

Die jeden Monat getätigten Aufnahmen müssen regelmäßig in der Kassenabrechnung des Bezirks an das ZK zum Ausdruck kommen. Die ausgestellten Mitgliedskarten, bzw. die verkauften Beitrittsmarken ergeben einwandfreie Unterlagen für diese Zahlen.

Wir weisen noch einmal mit Nachdruck darauf hin, daß die Betriebskartothek der Betriebe, in denen die Betriebswerbung besonders intensiv durchgeführt werden soll, abschriftlich an das ZK einzusenden ist. Außerdem warten wir bis heute noch auf den Betriebswerbeplan mit Angabe der zur Schaffung neuer Zellen vorgesehenen Betriebe und der für diese Betriebe bestimmten Instrukteure, der bereits am 28. April angefordert wurde.

4. Artikel Pjatnizki

In Nr. 24 und 25 der *KI* erscheint ein Artikel des Genossen *Pjatnizki* über „Konsolidierung der Kommunistischen Parteien und die Ursachen der ungenügenden Verankerung des wachsenden politischen Einflusses der KI-Sektionen".[2] Wir machen schon heute die Bezirksleitungen auf diesen Artikel aufmerksam und bitten, dafür zu sorgen, daß die genannten Nummern der *KI* in möglichst großem Umfange im Bezirk vertrieben werden. Der Artikel enthält viel interessantes Material und ist für die Arbeit der Bezirke von besonderer Wichtigkeit.

5. Anlegung einer Bezirksstatistik

Vielfach hat sich herausgestellt, daß in den Bezirken die wichtigsten Unterlagen für eine richtige Durchführung ihrer Aufgaben nicht oder nur in einer solchen Form vorhanden sind, daß sie nicht benutzt werden können. Eine genaue Übersicht über die geographischen, wirtschaftlichen, sozialen, allgemeinpolitischen, parteipolitischen und militärpolitischen Verhältnisse ermöglicht erst die richtige Einsetzung der Kräfte der Partei an den entscheidenden Punkten. Auch beim ZK wird eine derartige Statistik geschaffen.

Bei der Zusammenstellung der notwendigen Unterlagen und der Beschaffung derselben ist Eure ständige Mitarbeit nötig. Die bei den Orgabteilungen bestehenden bzw. zu schaffenden statistischen Unterabteilungen sind für dieses Aufgabengebiet mitverantwortlich. Zu diesem Zweck ist eine enge Zusammenarbeit mit der Orgabteilung des ZK notwendig. Wir werden uns von Fall zu Fall mit konkreten Anforderungen an die Bezirke wenden.

---

2 Ossip *(Pjatnizki* 1882–1939) war bis 1937 Organisationsleiter der Komintern. Der Artikel in der *Kommunistischen Internationale*, der Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, erschien auch als Broschüre mit dem Titel: O. Pjatnizki, Die Kommunistischen Parteien in Aktion. Die Konsolidierung der Kommunistischen Parteien und die Ursachen der ungenügenden Verankerung des wachsenden Einflusses der Kommunistischen Internationale-Sektionen. Hamburg-Berlin 1930.

6. Zusammensetzung der statistischen Unterabteilung

Teilt uns umgehend mit, aus wieviel Genossen sich diese Unterabteilung zusammensetzt, was für eine Arbeitsteilung getroffen wurde und was für Arbeiten in den nächsten Monaten durchgeführt werden sollen.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Orgabteilung

24 b.

10. 7. 1930: Anweisungen der Landabteilung

Anlage zu Nr. 24. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 9. Anweisung der ZK-Landabteilung."

Inhaltsverzeichnis:

a) Agrarpolitische Gesetzgebung der Bürgerblockregierung
b) Bündnis der Arbeiter und Bauern und die gegenwärtigen Wirtschaftskämpfe
c) Die Unterstützung des Streiks der Mansfelder Arbeiter und der Torgauer Landarbeiter durch die gesamte Partei

a) Agrarpolitische Gesetzgebung der Bürgerblockregierung

Die *Brüning-Schiele*-Regierung hat in den letzten Monaten in verstärkter Form die Agrarpolitik der *Müller-Dietrich*-Koalition d. h. die allein auf die finanzielle und wirtschaftliche Stärkung der Agrarier und Großbauern gerichtete Agrarpolitik fortgeführt. Das zeigt nicht nur allein der Reichsetat für Ernährung und Landwirtschaft 1930/31 sondern auch der gesamte Kurs ihrer Agrarpolitik, die verschiedenen Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft wie auch die bereits verabschiedeten und zur Zeit noch beratenen Agrargesetze im einzelnen.

Die Agrarpolitik der *Brüning-Schiele*-Regierung strebt den lückenlosen Zollschutz an und zeigt ausgesprochen imperialistischen Hochschutzzollcharakter. Sie erhöht die imperialistische Kriegsgefahr mit entsprechenden Auswirkungen auf die imperialistischen Kriegsvorbereitungen. Die immer höher errichteten Mauern der Agrarschutzzölle sollen als Dämme gegen die Agrarkrise wirken und die Anpassung der Lebensmittelpreise in Deutschland an die weit tiefere Preislage des Auslandes verhindern. Um in den Besitz der vollen Zollautonomie zu gelangen, wird die Änderung der Handelsverträge auch mit den weiteren hauptsächlich in Betracht kommenden Ländern z. B. Frankreich, Italien, Holland, Belgien, Jugoslawien, Litauen und Finnland und anderen vorbereitet. Die so geschaffene künstliche Hochhaltung der Preise liegt im alleinigen Interesse der Großagrarier und Großbauern. Es zeigt sich wie die Agrarschutzzollpolitik die Entwicklung der großen Agrarmonopole auf dem Gebiete der Erzeugung und des Absatzes außerordentlich begünstigt. Die von der *Müller*koalition festgesetzten Zollsätze für Lebensmittel, Brotgetreide und Futtermittel wurden von der *Brüning-Schiele*-Regierung weiterhin erhöht. Dies hatte einerseits eine Unterbindung der Einfuhr billiger Futtermittel für die Bauernwirtschaft, die nunmehr zwangsweise teuere Preise für schlechtere

einheimische Futtermittel vom Großerzeuger kaufen mußte, andererseits eine Preishochhaltung für Lebensmittel auf dem Inlandsmarkt zur Folge. Die Sozialdemokratie hat den Agrarzollwucher positiv unterstützt. In der Zollfrage setzt die *Brüning*-Regierung die Politik der Irreführung der werktätigen Bauernmassen mit dem Hinweis fort, daß auch ihnen durch die ständig erhöhten Agrarzölle geholfen werden könne.

In gleicher Linie liegen die Maßnahmen zur Behebung der Roggenkrise: z.B. Ankauf von 400000 Tonnen Roggen durch die Deutsche Getreide-Handels-Gesellschaft im Frühjahr d.J., Hinauftreibung des Roggenpreises, Ausbau des Verfütterungsanreizes für Roggen unter Bereitstellung von 10 Millionen Mark zur Verbilligung des Roggens in den Etat, Steigerung des Vermahlungszwanges, Brotgesetz mit der Zwangsbestimmung zum Beibacken von Roggenmehl zum Weizenmehl, Roggenbrotpropaganda usw. Bei etwa 8½ Prozent Anteil der Roggenerzeugung an der gesamten landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland, die als solche für die Marktbelieferung ausschließlich in großagrarischen Händen liegt, erweisen sich alle Maßnahmen zur Stützung des Roggens als Hilfe ausschließlich für die Großagrarier.

Inzwischen wurde das *Schiele*-Agrarprogramm vom April d.J., das unter der demagogischen Losung „Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft" hauptsächlich die Bestimmungen zur Erhöhung der Agrarzölle und die Reform des Einfuhrscheinsystems im Interesse der Agrarier und des landwirtschaftlichen Großhandels enthielt, durch einige weitere Agrargesetze, z.B. Osthilfe-Gesetz, Reichsmilchgesetz, Weingesetz zum Schutze und Absatz deutscher Weine Landwirtschaftskammergesetz in Preußen und vor allem durch das angekündigte Standardisierungsgesetz ergänzt. – Demgegenüber sind die bäuerlichen Tagesforderungen der Partei unter besonderer Berücksichtigung der von der kommunistischen Reichstagsfraktion eingebrachten und abgelehnten Anträge bei gleichzeitiger Aufzeigung der Entwicklung der Landwirtschaft sowie der Begründung des revolutionären Bündnisses der Arbeiter und Bauern durch gesteigerte Propaganda und Agitation unter die werktätige Bauernschaft zu tragen.

b) Bündnis der Arbeiter und Bauern und die gegenwärtigen Wirtschaftskämpfe

Die Streiks in Mansfeld und Nordwest[1], wie auch die kommenden Bewegungen werfen die äußerst wichtige Frage der Stellung der werktätigen Bauernschaft zu den Wirtschaftskämpfen des Industrieproletariats auf. Die Partei muß bei der Lösung dieser Frage alles daran setzen, daß die Bündnislosung nicht nur als Ausdruck allgemeiner Sympathie, nicht als abstrakte Losung, sondern in möglichst sichtbarer Form und mit konkretem Inhalt praktische Anwendung findet. Dabei darf die Tätigkeit der Partei im Dorfe sich nicht allein auf die Aufzeigung und Begründung der gemeinsamen Interessen der Industriearbeiter, Landarbeiter und der werktätigen Bauern sowie auf die Beweisführung, daß die Streiks der Industriearbeiter um höhere Löhne auch im bäuerlichen Interesse liegen, beschränken, sondern sie muß die einzelnen Maßnahmen der Solidaritätsaktion

1 Vgl. Dokument 22, Anm. 2 und 9.

sorgfältig und planmäßig organisieren. Sowohl in den Streikversammlungen wie auch in den Dorfkundgebungen sind durch die Redner der Partei, der RGO, der Kampfleitungen usw. die gemeinsamen Interessen und die Notwendigkeit der gegenseitigen Unterstützung immer wieder zu betonen. In kurzen Solidaritätsresolutionen soll der Wille zum gemeinsamen Kampf Ausdruck finden. Bei der Durchführung aller dieser Aufgaben, insbesondere der Sammlung von Lebensmitteln im Dorfe, sind auch die sympathisierenden bäuerlichen Organisationen hinzuzuziehen.

c) Die Unterstützung der Streiks der Mansfelder Arbeiter und der Torgauer Landarbeiter[2] durch die gesamte Partei

Die Verstärkung und Verbreiterung des Mansfelder Kampfes durch die Einbeziehung der Landarbeiter einer größeren Anzahl Güter des Kreises Torgau und der Nachbargebiete ist eine von allen Parteibezirken, namentlich von den Gewerkschafts- und Landabteilungen äußerst ernst zu beachtende Tatsache. Partei und RGO haben in allen Landarbeitergebieten sofort zu den ergreifenden Solidaritätsmaßnahmen zur Unterstützung dieses gemeinsamen Kampfes der Industrie- und Landarbeiter Stellung zu nehmen und konkrete Beschlüsse zu fassen. Aus dem Landarbeiterstreikgebiet wird über eine starke Kampfstimmung der Landarbeiterschaft berichtet. Auch haben die verschiedenen Teilkämpfe in letzter Zeit unter den polnischen Schnittern die Kampfstimmung dieser polnischen Landarbeitergruppen allgemein erhöht. Die Versuche der Agrarunternehmer im dortigen Streikgebiet, die polnischen Arbeiter als Streikbrecher zu mobilisieren, scheiterten an ihrem entschlossenen Widerstand. Als Hebel der Auslösung des Kampfes der Landarbeiter von Torgau und Merseburg haben sich die bekannten allgemeinen Forderungen der Partei und RGO für die Landarbeiter in außerordentlichem Maße bewährt. Die Landarbeiterstreikbewegung steht vollkommen unter der Führung der Partei und RGO bzw. ihrer örtlichen Kampfleitungen auf den Gütern und Dörfern, die in ihrer Zusammensetzung durchaus dem Charakter von Kampforganen der proletarischen Einheitsfront entsprechen. Auch sind die Frauen der Landarbeiter in den örtlichen Kampfleitungen vertreten. Inzwischen setzt bereits im dortigen Gebiet die Streikbruchaktion des Stahlhelms zur Unterstützung der Streikbruchtaktik des DLV und des Streikbruchschutzes seitens der von den sozialdemokratischen Regierungsstellen eingesetzten Polizeikräfte ein. Die BL bzw. Gewerkschafts- und Landabteilungen sowie die Leitungen der RGO in den Bezirken berichten umgehend an die ZK-Landabteilung, wie weit in ihrem Gebiete die Vorbereitung der Erntestreiks entwickelt ist und wo in allerkürzester Frist mit einem Ausbruch von Landarbeiterstreikbewegungen als Unterstützungsaktion sowohl des Mansfelder Kampfes als auch des Torgauer Landarbeiterstreiks zu rechnen ist. Seitens dieser Stellen, namentlich in den Agrarbezirken Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, Wasserkante, sind alle Kräfte auf die Auslösung von Wirtschaftskämpfen der Landarbeiter ihres Gebietes zu konzentrieren. Insbesondere werden die Bezirke Magdeburg-Anhalt, Berlin-Bran-

2 Im Juli 1930 weitete sich der Streik der Hüttenarbeiter im Mansfelder Revier auf die umliegenden Landgemeinden Torgau und Merseburg aus. Vgl. GdA S. 246.

denburg, Sachsen (UB Westsachsen), Niedersachsen als Nachbargebiete verpflichtet, diese Bewegung auf das aktivste zu unterstützen.

Den BL-Sekretariaten geht in nächster Woche eine gedruckte Information bzw. Instruktion betreffend Kampfprogramm der KPD für die Arbeiter, Landarbeiter, armen Bauern und Fischer des Ostens gegen das Osthilfeprogramm des Bürgerblocks zu. Des weiteren folgt in nächster Woche ein gedrucktes Material: Die Wendung der Partei zur bolschewistischen Agrarpolitik und Massenarbeit im Dorfe[3], bestimmt für alle Parteifunktionäre, insbesondere für die Landabteilungsmitglieder, Landobleute, Ortsgruppen-, Dorf- und Gutszellen-Leiter als Hilfsmaterial für die Aufstellung der bezirklichen, unterbezirklichen und örtlichen Landarbeitspläne. Die Bezirkssekretariate melden umgehend, wieviel Exemplare obiger Materialien für die Belieferung der Hauptfunktionäre im Bezirksmaßstabe zuzustellen sind. Das KPD-Ostprogramm kommt nur für die östlichen Bezirke für Ausgabe an die Funktionäre in Frage.

Wir machen insbesondere die Landabteilungen auf die Berücksichtigung des internationalen Welttreffens der Arbeiter- und Bauernkinder, Slot, Ende Juni d. J. in Berlin[4] für die entsprechende Berücksichtigung in der Agitation und Propaganda auf dem Lande aufmerksam.

ZK-Landabteilung

3 Diese Materialien liegen nicht vor.

4 Das II. Welttreffen der Arbeiter- und Bauernkinder „Slot" fand vom 23.–27. Juli 1930 in Berlin statt. Die ursprünglich in Halle geplante Veranstaltung wurde vom dortigen Polizeipräsidenten mit der Begründung verboten, daß die hygienischen Voraussetzungen für die Unterbringung von ca. 20 000 Kindern nicht gegeben seien und somit für die Gesundheit der Kinder keine ausreichende Vorsorge getroffen sei. Vgl. *RF* Nr. 150 vom 1. 7. 1930. Daraufhin wurde das Welttreffen nach Berlin verlegt. Die Parteipresse berichtete ausführlich über die Vorbereitung. *Die Rote Fahne* brachte beinahe täglich entsprechende Artikel, Korrespondenzen, Resolutionen von Roten Sportverbänden und sonstige Aufrufe. Vgl. Nr. 154–159 vom 5. 7.–11. 7.; Nr. 161 vom 13. 7.; Nr. 165 vom 18. 7. 1930; *Inprekorr*, Nr. 59 vom 15. 7. 1930, S. 1372; Nr. 62 vom 25. 7. 1930, S. 1473 f. Vgl. auch Neues Deutschland Nr. 169 vom 19./20. Juli 1980, S. 13.

25.

17. 7. 1930: Anweisungen des Sekretariats zum Kampf gegen „Unternehmeroffensive und die *Hindenburg-Brüning*-Diktatur"

BA R 134, Bd. 61, S. 1–14 und BA R 45/IV-33, 123 und StA Bremen, 4,65–IIA 12a, Bd. 26; Hektographiertes Rundschreiben. Überschrift: „Zentralkomitee der KPD, Sekretariat. Rundschreiben Nr. 10."

Inhaltsverzeichnis:

Sekretariat:
Verstärkung des Kampfes gegen Unternehmeroffensive und die *Hindenburg-Brüning*-Diktatur
1. Einen Schritt weiter zur faschistischen Diktatur

2. Stärkste Massenmobilisierung tut not
3. BL-Anweisungen für die Kommunalfraktionen
4. Alle Möglichkeiten der Massenmobilisierung ausnutzen
5. Organisatorische Maßnahmen

Orgabteilung:
1. Über den ideologischen Massenkampf gegen den Faschismus
2. Ausbau der Funktionärsorgane zu Mitteilungsblättern
3. Selbstkritik der Zellen
4. Methode der Berichterstattung
5. Berichte über die Buchkontrolle

Agitpropabteilung:
Betr. Bezirks-Broschüren

Anweisungen des Sekretariats für Verstärkung des Kampfes gegen Unternehmeroffensive und die *Hindenburg-Brüning*-Diktatur

Inhaltsverzeichnis:
1. Einen Schritt weiter zur faschistischen Diktatur
2. Stärkste Massenmobilisierung tut not
3. BL-Anweisungen für Kommunalfraktionen
4. Alle Möglichkeiten der Massenmobilisierung ausnutzen
5. Organisatorische Maßnahmen

Werte Genossen!

1. Einen Schritt weiter zur faschistischen Diktatur

Wie bereits durch die Presse bekannt, hat die *Hindenburg-Brüning*-Regierung noch am Mittwoch Abend nach Ablehnung des Art. 2 ihres Finanzprogrammes durch den Reichstag auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung durch Notverordnung ihr Raubprogramm gegen die Werktätigen in Stadt und Land in Kraft gesetzt.[1]

Diese Tatsache bedeutet nicht nur, daß die deutsche Bourgeoisie ihren Raubzug gegen das Proletariat mit diktatorischen Mitteln durchführen will, sondern gleichzeitig einen weiteren großen Schritt zur Faschisierung des Staatsapparates unter Führung des Zentrums und unter aktiver Unterstützung der bürgerlichen Parteien einschließlich der Nationalsozialisten und der Sozialdemokratie.

Neben der Haltung der Sozialdemokratie im Reichstag (Stimmenthaltung beim entscheidenden Art. 1 des *Brüning*schen Raubprogramms, Bündnisangebot des Sozialfaschisten *Keil* an *Brüning*, Verhandlungen *Hermann Müllers* und *Breitscheids* mit *Brüning* und *Dietrich*,, Stimmenthaltung bei der Abstimmung über das

1 Bei der 2. Lesung des Ergänzungshaushaltes am 15. und 16. Juli 1930 lehnte der Reichstag, nach Annahme des Artikels 1 der Vorlage, den Artikel 2 (Reichshilfe der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes, sog. Notopfer) mit 156 Ja- gegen 193 Nein-Stimmen ab. Gegen die Vorlage stimmten KPD, SPD, DNVP, NSDAP und die Volksrechtspartei. Nach der Ablehnung beschloß das Kabinett, die Vorlage noch am selben Tage auf dem Wege der Notverordnung in Kraft zu setzen. Vgl. Schulthess 1930 S. 168 ff. Zur unmittelbaren Reaktion der KPD auf diese Entwicklung siehe *RF* Nr. 164 vom 17. 7. 1930: „Artikel 48-Diktatur!".

kommunistische Mißtrauensvotum gegen die *Brüning*-Regierung), wird die Rolle der Sozialdemokratie noch besonders unterstrichen durch die gleichzeitige Aufhebung des Stahlhelmverbots durch den preußischen Ministerpräsident *Braun*, nachdem *Hindenburg* mit der Sprengung der Preußenkoalition drohte.[2]

Gleichzeitig hat sich die *Hitler*partei, die im Reichstag zum Hungerprogramm der *Brüning*-Regierung vollständig schwieg, als getreue aktive Knüppelgarde der Artikel-48-Diktatur erwiesen.

Das wird diese schlimmsten Feinde des Proletariats – die Nationalfaschisten, wie auch die sozialfaschistischen Führer und die sozialfaschistische und christliche Gewerkschaftsbürokratie – nicht hindern, weitere scheinradikale demagogische Manöver zur Irreführung der Arbeiterklasse und werktätigen Schichten zu machen. Im Gegenteil, sie werden in den nächsten Tagen und Wochen diese noch wesentlich zu steigern versuchen.

Diese parlamentarische Entwicklung und die anderen bekannten Tatsachen widerspiegeln eindeutig die gewaltige Zuspitzung der Krise der kapitalistischen Wirtschaft. Die Ausweglosigkeit des Kapitalismus kennzeichnet das Umschlagen der ökonomischen Krise in die politische und beschleunigt bei entsprechender Stärkung des subjektiven Faktors die revolutionäre Krise.

Diese Situation stellt die Partei vor außerordentlich schwierige Aufgaben, gibt ihr aber gleichzeitig die größten Möglichkeiten, breite Arbeiterschichten von der Sozialdemokratie und proletarische Elemente von der NSDAP zu reißen.

2. Stärkste Massenmobilisierung tut not

Die gesamte Partei und alle revolutionären Kräfte müssen sofort mobilisiert werden, um diese Arbeit in Verbindung mit der Massenmobilisierung für die Wirtschaftskämpfe, in Verbindung mit den Vorbereitungen zum Antikriegstag am 1. August[3] mit kühner Entschlossenheit in Angriff zu nehmen.

Unsere Hauptlosungen in diesem Kampfe sind:

Gegen die Unternehmeroffensive und die diktatorische Raubpolitik der *Brüning*-Regierung.

Sabotage und keinen Pfennig Steuern zur Erfüllung dieses – selbst auf Grund der Reichsverfassung ungesetzlichen – Ausplünderungsprogramms.

Gegen Lohnabbau und Unterstützungsraub.

Gegen Faschismus und faschistische Diktatur.

Gegen die verschärfte imperialistische Kriegsgefahr.

Für Wegsteuerung der großen Vermögen und Rieseneinkommen.

---

2 Am 16. Juni hob die preußische Regierung das Verbot des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in Westfalen vom 9. Oktober 1929 wieder auf, nachdem in Verhandlungen mit den Bundesführern *Seldte* und *Düsterberg* sichergestellt wurde, daß bei der Neubildung des Stahlhelms in den beiden Provinzen künftig militärische Übungen und Waffenausbildung unterbleiben würden. Vgl. Volker Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten (1918–1935). Düsseldorf 1966, S. 131 ff.
Die Rote Fahne Nr. 164 vom 17. 7. 1930 erklärte hierzu, durch die Aufhebung des Stahlhelmverbots habe sich die Sozialdemokratie „als unverhüllte Wegbereiterin des Faschismus!" erwiesen.

3 Vgl. dazu Dok. 23.

Für die restlose Beseitigung der staatlichen Pensionen für Minister, Offiziere und höhere Beamte.

Für die proletarische Einheitsfront zum entschiedenen Kampf gegen Lohnabbau und Unterstützungsraub.

Für höhere Löhne und Siebenstundentag und ausreichend Unterstützungen für die Kranken, Invaliden, Kriegsbeschädigten und Arbeit für die Erwerbslosen.

Für den politischen Massenkampf und Massenstreik gegen die *Hindenburg-Brüning*-Diktatur.

Gegen die faschistische Diktatur – [für] die Diktatur des Proletariats!

3. BL-Anweisungen für die Kommunalfraktionen

Die Losung „Keinen Pfennig Steuern zur Erfüllung dieses Raubprogramms" erfordert unmittelbare Anweisungen der BL an die Kommunalfraktionen, in allen Kommunalparlamenten Anträge einzubringen, die der kommunalen Steuerbehörde verbieten, ihren Apparat zur Einziehung dieser „ungesetzlichen" Steuern einzustellen.

Gleichzeitig müssen große öffentliche Einwohnerversammlungen einberufen werden, in denen die gleichen Anträge zur Verhandlung und zur Abstimmung gestellt werden. Halten sich die Kommunalbehörden an diese angenommenen Anträge nicht, muß gleichfalls die breiteste Massenmobilisierung für ihre Absetzung in weiteren Einwohner- und Massenversammlungen, in denen ihre Abberufung zu beschließen ist, durchgeführt werden.

Stärkste Mobilisierung der Kleinbauern, Landarbeiter, Angestellten, Beamten und des Mittelstandes für diese Forderungen in allen Kommunen.

4. Alle Möglichkeiten der Massenmobilisierung sind auszunutzen

a) Die gesamte Presse muß sofort restlos auf diese wichtige Kampagne eingestellt werden.

b) In allen Betrieben und Häuserblocks und Orten müssen sofort Betriebs-, Häuserblock- und Ortszeitungen erscheinen.

c) Die Bezirksleitungen und Ortsgruppen sollen möglichst Flugblätter und Handzettel, die sich besonders an die sozialdemokratischen, christlichen Arbeiter, und auch an die proletarischen Anhänger der Nazis wenden, in großer Zahl herstellen und zur Verteilung bringen.

d) In allen Orten sind sofort die roten Betriebsräte, Vertrauensleute, Kampfleitungen oder andere Einheitsfrontorgane zu Vollversammlungen zusammenzurufen, in denen die Kampagne gründlich zu besprechen ist.

e) In den Betrieben sind sofort Belegschaftsversammlungen, an den Stempelstellen Erwerbslosenversammlungen und möglichst in allen Orten öffentliche Massenversammlungen abzuhalten.

f) Von den Betrieben und Stempelstellen aus sind Demonstrationen zu organisieren, die fortlaufend bis zum 1. August zu steigern und örtlich zusammenzufassen sind.

g) In der Kampage müssen nicht nur unsere Endlosungen, sondern vor allem der politische Massenstreik als das nächsthöhere Kampfmittel auf das stärkste propagiert werden.

5. Organisatorische Maßnahmen

a) Zur Verstärkung der ganzen Kampagne und zur evtl. Steigerung bis zum politischen Massenkampf muß die Bildung von antifaschistischen Kampfkomitees in den Orten und vorbereitenden Kampfausschüssen in den Betrieben wesentlich beschleunigt werden. Eine große Initiative zur Bildung dieser Komitees muß von allen Parteizellen, Anhängern der RGO, den Betriebs- und Ortsgruppen der Massenorganisationen ausgehen.

b) In den Betrieben müssen die roten Betriebsräte und revolutionären Vertrauensleute gemeinsam mit den Betriebsgruppen der sympathisierenden Massenorganisationen sofort zusammentreten, um in Verbindung mit der Aufstellung betrieblicher Kampfprogramme gleichzeitig die Vorbereitungen für die Bildung dieser vorbereitenden Kampfausschüsse und der Roten Betriebswehren zu treffen.

Wir richten an die BL das Ersuchen, sofort alle innerpolitischen und organisatorischen Vorbereitungen für die schlagkräftige Durchführung und Steigerung dieser Kampagne zu treffen.[4]

Mit kommunistischem Gruß!
ZK-Sekretariat

4 Die geforderte Pressekampagne wurde am 19. Juli nach der Reichstagsauflösung mit dem Manifest des ZK zur Reichstagsauflösung begonnen. In dem Manifest, das u. a. an die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter gerichtet war, stellte das ZK fest, daß nur die KPD mit der „Errichtung der Herrschaft der Arbeiter und Bauern in einem freien sozialistischen Deutschland" einen Ausweg aus der Krise zeige. Vgl. *RF* Nr. 166 vom 19. 7. 1930. Auch in den Tagen nach dem 19. Juli veröffentlichte *Die Rote Fahne* täglich Berichte zur Notverordnung und zur Reichstagsauflösung. Über die geforderten „Massenversammlungen" und Demonstrationen finden sich dort jedoch keine Berichte.

25 a.

17. 7. 1930: Anweisungen der Orgabteilung

Anlage zu Nr. 25. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 10. Anweisungen der Orgabteilung."

Inhaltsverzeichnis:

1. Über den ideologischen Massenkampf gegen den Faschismus
2. Ausbau der Funktionärsorgane zu Mitteilungsblättern
3. Selbstkritik der Zellen
4. Methode der Berichterstattung
5. Berichte über die Buchkontrolle

1. Über den ideologischen Massenkampf gegen den Faschismus

Die Bedeutung des ideologischen Massenkampfes gegen den Faschismus bei gleichzeitiger Organisierung des wehrhaften Schutzes gegen faschistischen Terror durch die revolutionäre Arbeiterschaft wird vielfach von der Parteiorganisation noch nicht richtig erkannt. Meist glaubt man, daß die Verwirklichung dieser Aufgabe nur im

Auftreten kommunistischer Diskussionsredner in nationalsozialistischen Versammlungen bestehen kann. Da in den meisten Fällen die Nationalsozialisten eine Diskussion verhindern, ist die Folge, daß bei einer solchen Einstellung der ideologische Kampf unterbleibt.

Das Schwergewicht des ideologischen Kampfes gegen den Nationalfaschismus muß in der Massenagitation der Partei und der sympathisierenden Organisationen liegen. Die größte Bedeutung kommt dabei dem betrieblichen und örtlichen Agitationsmaterial, den Betriebs- und Häuserblockzeitungen zu. Sie müssen in jeder Nummer konkretes Tatsachenmaterial bringen, das die nationalsozialistischen Phrasen zerpflückt, ihre Politik vor den Massen entlarvt und gleichzeitig dazu dient, die Arbeiteranhänger von den nationalsozialistischen Organisationen zu lösen. Aufgabe der Bezirksleitungen ist es, den unteren Organisationen durch die Zusammenstellung solcher Tatsachenmaterialien behilflich zu sein.

Unbedingt notwendig ist auch, daß die Partei nicht nur auf nationalsozialistische Versammlungen reagiert, sondern auch von sich aus die Initiative für die ideologische Auseinandersetzung mit dem Faschismus in Betriebs- und Massenversammlungen ergreift. Gute Erfolge wurden in dieser Beziehung u.a. in den Bezirken Berlin und Wasserkante erzielt, wo große Massenversammlungen mit den Themen: „Kommunismus und Nationalsozialismus", „Der Verrat *Hitlers* an den Arbeitern und Angestellten der NSDAP" usw. durchgeführt wurden. Diese Versammlungen wurden durch eine gute Presse-, Plakat- und Handzettel-Agitation vorbereitet, wobei die nationalsozialistischen Führer öffentlich aufgefordert wurden, sich in der Diskussion für ihre arbeiterfeindliche Politik zu verantworten.

Die Versuche der Naziführerschaft, in ihren eigenen Versammlungen eine Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zu unterbinden, können bei genügender Massenmobilisierung zur Besetzung der Versammlungsräume sicherlich mancherorts durchbrochen werden. Dabei empfiehlt es sich, nicht nur darauf hinzuarbeiten, daß ein kommunistischer Diskussionsredner in der Versammlung sprechen kann, sondern die Versammlung von vornherein in der Weise zu beeinflussen, daß in der Form von abgezogenen Flugblättern wirksame Tatsachen über die arbeiterverräterische Politik der nationalsozialistischen Führer mitgeteilt und bestimmte Fragen an die proletarischen Versammlungsbesucher gerichtet werden.

Die Parteiorganisationen müssen auch angewiesen werden zur systematischen Sammlung von Adressen von nationalsozialistischen Arbeitern, damit das antifaschistische Agitationsmaterial der Partei direkt denselben zugeleitet werden kann und dieselben zu Ausspracheabenden herangezogen werden können. Besonders notwendig und im Moment besonders erfolgreich wird das gegenüber den Arbeiteranhängern der abgesplitterten *Strasser*-Richtung[1] sein.

Für den Aufbau der Roten Betriebswehren folgen in den nächsten Tagen ausführliche Anweisungen.

1 Gemeint ist die 1930 von der NSDAP abgesplitterte „Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" unter Otto *Strasser*.

2. Ausbau der Funktionärsorgane zu Mitteilungsblättern

Erst wenige Bezirke sind dazu übergegangen, das Funktionärsorgan, das regelmäßig monatlich herauskommen muß, zu einem Mitteilungs- und Diskussionsblatt für die gesamte Mitgliedschaft auszubauen. Es kann sich aber nicht darum handeln, einen Rundschreiben-Ersatz zu schaffen und nur allgemeine Fragen in diesem Blatte zu bringen. Das Mitteilungsblatt soll eine Art *Parteiarbeiter*[2] im Bezirksmaßstabe sein und auf alle praktischen Fragen, die für den Bezirk [an]stehen, soll darin anschaulich eingegangen werden. Sämtliche Gebiete der Parteiarbeit müssen regelmäßig an Hand von praktischen Beispielen beleuchtet werden und es kommt besonders darauf an, daß die Arbeit bestimmter Zellen, oder Fraktionen, oder Massenorganisationen selbstkritisch beleuchtet wird. Dabei ist darauf zu sehen, daß die Zellengenossen selbst mehr als bisher Beiträge für das Mitteilungsblatt liefern. Jedem Parteifunktionär und jedem Mitglied muß Gelegenheit gegeben werden, seine Erfahrungen im Bezirksorgan auszutauschen.

Die Bezirke werden, wenn die Mitteilungsblätter regelmäßig erscheinen, besonders wichtige Fragen allgemein politisch-organisatorischen Inhalts behandeln müssen. Zu diesem Zwecke wird die Orgabteilung regelmäßig eine Maternseite übermitteln.[3]

3. Selbstkritik der Zellen

Die Selbstkritik der Parteizellen, besonders in den Betrieben, ist in der letzten Zeit besser geworden. Sie geschieht jedoch noch nicht in dem Maße, wie es eine gründliche Arbeit der Partei verlangt. Eine große Anzahl von Zellen nimmt nach der Durchführung von Kampagnen noch nicht oder ungenügend zu den jeweiligen Erfahrungen in selbstkritischer Weise Stellung.

Es ist notwendig, nicht nur in den Zellensitzungen zu den Erfolgen, Fehlern und Mängeln der Zelle Stellung zu nehmen, sondern auch vor der Gesamtarbeiterschaft in Belegschafts- und öffentlichen Versammlungen. Ferner müssen die Betriebszeitung, das Bezirks-Mitteilungsblatt, Parteiarbeiter- bzw. Funktionärskonferenzen und die Tagespresse zu diesem Zwecke mehr als bisher ausgenutzt werden. Jede größere Zelle im Bezirk ist verpflichtet, zu den einzelnen Kampagnen Resolutionen vorzulegen, die dann auch in den genannten Mitteilungsblättern veröffentlicht und kommentiert werden müssen.

In Verbindung mit dem Ausbau des Instrukteurstabes für alle Betriebe muß also die Frage der ständigen Kontrolle der Arbeit der Zellen von den Bezirks- und Unterbezirksleitungen ins Auge gefaßt werden. Die Instrukteure müssen dafür Sorge tragen, daß nach jeder Kampagne die Schwächen und Mängel, die sich gezeigt haben, gründlich erörtert, die notwendigen Maßnahmen zu ihrer Behebung beschlossen und die Erfahrungen in der gesamten Parteipresse ausgewertet werden.

---

2 *Der Parteiarbeiter*, zentrales Funktionärsorgan der KPD; vgl. Dok. 23, Anm. 8.

3 Die meisten Bezirks-Mitteilungsblätter erschienen offenbar nicht regelmäßig, doch gaben viele Bezirke solche Blätter heraus, z. B. erschienen: *Der Revolutionär* (Niederrhein), *Pionier des Bolschewismus* (Ruhr), *Der Bolschewik* (Sachsen), *Lenins Weg* (Niedersachsen), *Der Vortrupp* (Baden-Pfalz), *Der Organisator der Revolution* (Ostpreußen), *Die rote Offensive* (Südbayern), *Hammer und Sichel* (Nordbayern).

Wir legen darauf Wert, regelmäßig solche selbstkritischen Stellungnahmen der Zellen abschriftlich zu erhalten, auch dann, wenn es sich um weniger wichtige Fragen handelt. Dieses Material ist für uns von großem Wert.

4. Methode der Berichterstattung

Immer wieder machen wir die Erfahrung, daß sich die Bezirke bei der Abfassung von Berichten nicht an die gestellten Fragen halten, sondern sie so beantworten, wie es ihnen gerade paßt. Dadurch wird die Zusammenstellung der Berichte im Reichsmaßstabe erschwert und kostet überflüssige Zeit.

Bei der kürzlich erfolgten Anforderung der Instrukteure und Referenten in den Bezirken und Unterbezirken melden verschiedene Bezirke nicht die angeforderten Zahlen, sondern führen alle Instrukteure und Referenten namentlich an. Abgesehen davon, daß es eine unnütze Gefährdung der Genossen ist, wenn sie alle namentlich genannt werden, bedeutet das eine überflüssige Belastung der Schreibkräfte. Auch in diesem Falle haben sich die meisten Bezirke nicht an die Fragestellung gehalten. Sie verwechseln einerseits die Instrukteure mit den Referenten, andererseits die Instrukteure und Referenten der Bezirksleitung mit denen der Unterbezirksleitung, so daß ein einheitlicher Überblick beim besten Willen nicht möglich ist.

Wir bitten Euch deshalb, künftig bei der Berichterstattung die gestellten Fragen genau zu beachten und nicht nach eigenem Schema zu berichten.

5. Berichte über die Buchkontrolle[4]

Die Berichte über die Buchkontrolle sollen nach folgender Disposition gegeben werden:

a) allgemein-politische Erfahrungen der Buchkontrolle,

b) die festgestellten organisatorischen Schwächen,

c) der Zustand des Kassiererapparates,

d) wieviel Genossen sind mit den Beiträgen rückständig und wie lange (über 6 Wochen, über 3 Monate, über 6 Monate)?

e) werden die richtigen Beitragsklassen im allgemeinen geklebt?

f) wieviel von den kontrollierten Genossen sind faktisch aus der Partei ausgeschieden, d.h. wieviel Genossen haben weder eine politische, noch organisatorische Bindung mit der Partei?

g) sonstige Erfahrungen.

Den Bericht erbitten wir in 4 Exemplaren. Bei der Beantwortung der Frage d) genügt es, wenn einige Beispiele aus Ortsgruppen, Betriebs- und Straßenzellen gebracht werden, aus denen sich die allgemeine Linie ergibt. Einsendetermin des Berichtes: 1. August.

Mit kommunistischem Gruß!
ZK-Org.

4 Vgl. Dok. 23, Anm. 7.

25 b.

17. 7. 1930: Anweisungen der Agitpropabteilung zu Bezirksbroschüren

Anlage zu Nr. 25. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 10. Anweisungen der Agitpropabteilung."

Inhaltsverzeichnis:
Betr.: Bezirksbroschüren

Betr.: Bezirksbroschüren

In letzter Zeit ist es mehrfach vorgekommen, daß von Bezirksleitungen ohne Genehmigung des ZK Broschüren herausgegeben worden sind. Wir machen darauf aufmerksam, daß diese eigene unkontrollierte Verlagstätigkeit seit jeher in der Partei verboten ist. Zentralagitprop und der Parteiverlag sind nicht imstande, die zentrale Verlagstätigkeit korrekt zu führen und zu regulieren, wenn von den Bezirken eigenmächtig Broschüren herausgegeben werden.

Anlaß zu dieser Erinnerung bietet ein Vorfall der letzten Tage. Die Litstelle Königsberg lehnte die Abnahme von Literatur für den 1. August ab, weil eine Bezirksbroschüre vertrieben werden mußte. Erst dadurch erfuhr das Sekretariat von der Broschüre „Nazi-Pest". Die Broschüre ist aus bereits erschienenen Parteibroschüren oder sonstigen Veröffentlichungen zusammengestellt. Auf ostpreußische Verhältnisse ist mit nur einem Beispiel Bezug genommen (obwohl vom *Echo*[1] mehr Material veröffentlicht war). Das Sekretariat hätte die Veröffentlichung dieser Broschüre nicht genehmigt, umsoweniger, als die Partei eine neue Nazi-Broschüre in Vorbereitung hat.

Um solche Eigenmächtigkeiten zu unterbinden, haben wir gleichzeitig die Geschäftskommissionen und Druckereileiter in Kenntnis gesetzt, daß für Bezirks-Broschüren die Genehmigung des ZK vorliegen muß. Das gilt auch für die Kalender, die alljährlich von einzelnen Bezirken herausgegeben werden.

Mit kommunistischen Gruß!
ZK-Agitprop

1 Gemeint ist das *Echo des Ostens*, Organ der KPD im Bezirk Ostpreußen. Die Zeitung erschien in Königsberg.

26.

31. 7. 1930: Instruktion des Sekretariats zur „Arbeit roter Wahlausschüsse"

HStA Düsseldorf, Reg. Düss. Nr. 30642b, S. 148–149; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Zentralkomitee der KPD, Sekretariat. Instruktion."

Für die Organisierung und Arbeit roter Wahlausschüsse, der roten Wahlhelfergruppen und der Errichtung von Agitationslokalen.[1]

1 Vorliegende Anweisungen dienten der Vorbereitung der KPD auf den Wahlkampf für die Reichstagswahlen am 14. September 1930. In diesen Wahlen führte die Liste der KPD die Nummer 4. Vgl. unten

1. Die roten Wahlausschüsse sind Einheitsfrontorgane des revolutionären Proletariats zur Organisierung des politischen Massenkampfes gegen Unternehmeroffensive, Sozial- und Kulturreaktion, gegen faschistische Diktatur, gegen die bürgerlichen Parteien, einschließlich der Nazis und gegen die Sozialfaschisten, für die revolutionären Kandidaten der Arbeiterklasse, für die Liste 4, für die Kommunistische Partei Deutschlands.

2. Die roten Wahlausschüsse werden gebildet unter Führung der Kommunistischen Partei im Verlaufe der Massenmobilisierung zu den Reichstagswahlen zum Zwecke der Einbeziehung neuer revolutionärer und radikalisierter Schichten in die aktive Arbeit zur Popularisierung der wirtschaftlichen und politischen Tages- und Endforderungen der verschiedensten Schichten der Werktätigen unter Führung der Partei und zur Unterstützung aller während der Wahl durchzuführenden politischen, organisatorischen und agitatorischen, propagandistischen Arbeiten für die Liste 4.

3. Die roten Wahlausschüsse sollen gebildet werden in Stadtteilen, Häuserblocks, Massenorganisationen, von der Jugend und von den Berufsgruppen, die in anderen Einheitsfrontorganen (Kampfleitungen, Tarifausschüssen, Erwerbslosenausschüssen, Frauen- und Antikriegskomitees usw.) bisher nicht vertreten sind, oder die auf Grund der besonderen Struktur ihres Berufes in diese nicht einbezogen werden können.

4. In den Betrieben ist die stärkste Propaganda für die Schaffung vorbereitender Kampfleitungen und an den Stempelstellen für die Schaffung und Verstärkung der Erwerbslosenausschüsse, sowie unter den werktätigen Frauen zur Bildung und Verstärkung der Komitees werktätiger Frauen zu entfalten. Sie üben während des Wahlkampfes gleichzeitig die Funktion der Wahlausschüsse aus und entsenden Delegierte in die Stadtteile oder örtlichen Ausschüsse.

5. Die roten Wahlausschüsse sollen auf möglichst breiter Basis unter Einbeziehung aller aktiven Kräfte, die bereit sind, die Liste 4 zu unterstützen und für sie zu arbeiten, gebildet werden. Besonders muß versucht werden, neben parteilosen Arbeitern und Arbeiterinnen sozialdemokratische und christliche Arbeiter und Angestellte sowie Beamte einzubeziehen. Die Jugend soll möglichst eigene Wahlausschüsse bilden, wo dies unmöglich ist, müssen die jugendlichen Arbeiter in die übrigen Wahlausschüsse einbezogen werden.

6. Sind mehrere solche Wahlausschüsse entstanden, müssen sie unter Einbeziehung von Delegierten der übrigen bestehenden Einheitsfrontorgane (Betriebsräten, revolutionäre Vertrauensleutekörpern, vorbereitenden Betriebskampfleitungen, Erwerbslosenausschüssen, Antikriegskomitees und Frauenkomitees, sowie Mieterausschüssen und antifaschistischen Kartellen) im Ortsmaßstabe, in den größeren Städten stadtteilweise und darüber hinaus zentral zusammengefaßt werden. Sie bilden zusammen dann den Orts- und Stadtwahlausschuß. Die einzelnen Angehörigen der roten Wahlausschüsse werden in kleine Arbeitskommissionen für die verschiedensten Aufgabengebiete eingeteilt. (Sammlung von Material zum Kampf gegen den Gegner,

---

die ähnlichen Anweisungen zur Reichstagswahl vom 6. November 1932, Dok. 78. Beide Dokumente zeigen deutlich den Versuch der Partei, sämtliche Parteimitglieder aktiv für die Vorbereitung der Wahlen einzusetzen und aus dem Wahlkampf eine Massenbewegung für die Partei zu gestalten, zugleich aber durch Bildung neuer Organe (Wahlausschüsse) eine sog. „Einheitsfront" zu demonstrieren.

Verteilung des eigenen Materials, Kontrolle der Propaganda und Agitation, Vorbereitung von Versammlungen, für Versammlungsschutz, für Kurierapparate, Errichtung von Bastelstuben, Herstellung von eigenem Agitpropmaterial usw.) Für jede Kommission wird ein Obmann bestimmt, der die Kommissionsarbeit verantwortlich leitet und in der Ausschußsitzung Bericht erstattet.

7. Die Wahlausschüsse richten unter Führung der Partei sofort als Voraussetzung für die Schaffung und Zusammenfassung breiter roter Wahlhelfergruppen in allen Stadt- und Ortsteilen Agitationslokale ein, möglichst in der Nähe von Betrieben, Stempelstellen, an wichtigen Plätzen und Verkehrspunkten. Für die jugendlichen Arbeiter und antifaschistischen Kartelle sind besondere Agitationslokale einzurichten.

Die Agitationslokale sind sofort mit Transparenten, Fahnen, Plakaten, mit unseren Losungen auszuschmücken, auffällig kenntlich zu machen und fortlaufend in der Presse zu veröffentlichen.

In den Agitationslokalen müssen ständig einige zuverlässige Genossinnen, Genossen oder sympathisierende Arbeiter anwesend sein, die Auskünfte geben, die sich meldenden roten Wahlhelfer sorgfältig registrieren und ihnen bestimmte Wahlarbeiten zuweisen. Außerdem muß in jeder Stadt und in jedem Ort ein zentrales, örtliches Agitationslokal, in den Unterbezirksvororten ein Unterbezirks- und in den Bezirksvororten ein Bezirksagitationslokal errichtet werden. In diesen müssen neben der verantwortlichen Leitung ständig Motorradfahrer, Radfahrer oder Läufer als Kuriere zu den übrigen Agitationslokalen zur Überbringung von Mitteilungen, Meldungen und zur Kontrolle anwesend sein.

8. Sämtliche roten Wahlausschüsse müssen ständig bestrebt sein, sympathisierende Arbeiter als rote Wahlhelfer zu gewinnen. Alle Versammlungen und Veranstaltungen müssen ausgenutzt werden, um breite rote Wahlhelfergruppen zu schaffen. Sie sind sorgfältig zu registrieren und den einzelnen Agitationslokalen zwecks Zuweisung von bestimmten Wahlarbeiten zu überweisen.

9. Die roten Wahlhelfer erhalten eine rote Armbinde mit der Inschrift „Roter Wahlhelfer für die Liste 4 – KPD". Diese roten Armbinden sind bei besonderen Anlässen, Versammlungen, Demonstrationen, Landpropaganda usw. zu tragen.

10. Den verschiedenen Gruppen der roten Wahlhelfer werden bestimmte Aufgaben übertragen. (Ausschmückung der Agitationslokale, Haus- Hof- und Landpropaganda, Agitation vor den Betrieben und an den Stempelstellen, Verteilung und Kleben des Wahlmaterials, Unterstützung der Sammlung für den Wahlfonds, Schablonieren, Verkauf von Literatur, Abschreiben von Wählerlisten und Schlepperdienst.) Selbstverständlich verrichten die roten Wahlhelfer ihre Arbeiten in engster Verbindung mit den Betriebs- und Straßenzellen und mit den Mitgliedern der mit uns sympathisierenden Massenorganisationen. Wo irgend möglich, sollen rote Wahlausschüsse und rote Helfer gemeinsam kleine Aufrufe an die Massen veröffentlichen. Die roten Wahlhelfer werden ferner in engster Verbindung mit den roten Betriebswehren von dem antifaschistischen Ortskartell zum Schutze der Agitationslokale, der Transparente, Plakate und den Versammlungen, Demonstrationen und den sonstigen Wahleinrichtungen herangezogen.

11. Für besonders gute Arbeit roter Wahlausschüsse oder roter Wahlhelfer sollen Bücherpreise zur Förderung eines gewissen revolutionären Wettbewerbs gestiftet

werden. Ferner sollen diese guten Beispiele fortgesetzt als weiterer Ansporn in unserer Presse veröffentlicht werden. Das Ziel bei der Durchführung dieser Aufgaben muß sein: hunderte rote Agitationslokale, tausende rote Wahlausschüsse und zehntausende rote Wahlhelfer für die Liste des revolutionären Massenkampfes für die Liste 4!, für die KPD!

27.

18. 9. 1930: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen

BA R 134, Bd. 61, S. 43–72 und StA Bremen, 4, 65 – II A 12a, Bd. 27; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/6. 10. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 12 Anweisungen des Sekretariats."

Inhaltsverzeichnis:

Analyse des Wahlergebnisses
Praktische Aufgaben nach der Wahl
Überprüfung der Kadres – Werbekampagne (Antifaschistenaufgebot)
Erfassung und Schulung der Neuaufgenommenen
Berichterstattung

W. G.!

Zu dem Ergebnis der Reichstagswahlen.[1] zu der durch die Wahlen geschaffenen Lage, zu den Aufgaben der Partei, müssen sofort breite Parteiarbeiterkonferenzen sowie sämtliche Parteizellen Stellung nehmen. Ebenso muß in öffentlichen Massenversammlungen, in Belegschaftsversammlungen, in den Gewerkschafts- und Massenorganisationen die Frage des kommunistischen Wahlsieges, der Einheitsfront des Proletariats gegen Kapitalismus, Faschismus und Sozialfaschismus unter der Führung der KPD gestellt werden. Die Bezirksleitungen müssen das Wahlergebnis ihres Bezirks einer genauen, konkreten Analyse unterziehen und die Auswertung im engsten Zusammenhang mit den aktuellen politischen Aufgaben bringen: der Stärkung der Parteiorganisation, der Organisierung der Wirtschaftskämpfe, des Aufbaues der Organisation der RGO, der Vorbereitung des politischen Massenstreiks, der Schaffung roter Betriebswehren, der ideologischen Arbeit zur Gewinnung der SPD-Arbeiter, der Brechung des Masseneinflusses des Faschismus. Aufs engste ist damit die Berichterstattung über die Beschlüsse des V. RGI-Kongresses[2] und die

1 Bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 erzielte die KPD merkliche Stimmengewinne, sie schrieb daher auch „Der Kommunismus im Vormarsch" (*Inprekorr* Nr. 78 vom 16. 9. 1930, S. 1929f.). Der eigentliche Sieger der Wahl war jedoch die NSDAP. Gegenüber der Reichstagswahl von 1928 (54 Mandate und 3 263 354 Stimmen) errang die KPD mit 4 587 708 Stimmen 77 Reichstagsmandate und 13,1%. Vgl. Schulthess 1930 S. 194. Vgl. *Inprekorr* Nr. 78 vom 16. 9. 1930, S. 1939. Vgl. zu den Wahlen auch: Alfred Milatz, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik. Bonn 1965.

2 Vgl. Protokoll des V. Kongresses der Roten Gewerkschafts-Internationale, abgehalten in Moskau vom 15. bis 30. August 1930. 2 Bde., Berlin 1930. Vgl. auch „Das Echo des V. RGI-Kongresses in Deutschland". *Inprekorr* Nr. 86 vom 14. 10. 1930, S. 2109.

Diskussion über die praktischen Wege zu ihrer Durchführung zu verbinden. (Wir verweisen auf den Artikel der *Roten Fahne* vom 16. 9., auf den Appell des ZK vom 17. 9., auf die Rede des Genossen *Thälmann* vor den Berliner Parteiarbeitern, *RF* vom 19. 9., auf den Artikel der *Prawda-RF* vom 17. 9.)[3]

I. Analyse des Wahlergebnisses

Das entscheidende Merkmal des Wahlergebnisses ist der gewaltige Wahlsieg der KPD. 1300000 neue Kämpfer wurden in die Front des revolutionären Klassenkampfes eingereiht. Diesem Ergebnis gegenüber sind alle anderen Erscheinungen als Umgruppierung innerhalb des bürgerlichen konterrevolutionären Lagers von zweitrangiger Bedeutung. Mit der größten Entschiedenheit muß jeder Panikmacherei in bestimmten Teilen der Arbeiterschaft wegen des nationalsozialistischen Wahlerfolges entgegengetreten werden. Es ist den Nationalsozialisten keineswegs gelungen, in die proletarisch-marxistische Front einzudringen, denn diese Front steht allein im Lager der KPD. Gewinne der Nationalsozialisten auf Kosten der bürgerlichen Mittelparteien und der SPD sind zwar ein wesentliches Zeichen der allgemeinen Verschärfung der Lage, der Faschisierung, aber nicht vergleichbar mit dem Fortschreiten der proletarischen revolutionären Massenbewegungen unter der Fahne des Kommunismus.

Der gewaltige Vormarsch der KPD und der in diesem Maße unerwartete Erfolg der Nationalsozialisten, die Dezimierung der bürgerlichen Mittelparteien, die schweren Verluste der SPD, diese Tatsachen zeigen, daß die politische Krise in Deutschland bereits viel weiter fortgeschritten ist, als allgemein selbst in unseren Reihen angenommen wurde. Die äußerliche parlamentarische Tatsache, daß die Parteien, die sich offen zum Kapitalismus bekennen, im kommenden Reichstag in der Minderheit sind, signalisiert die Tatsache, daß das herrschende kapitalistische System im raschen Tempo seine Massenbasis verliert, daß die Mehrheit des werktätigen Volkes von der Unhaltbarkeit der bestehenden Verhältnisse immer mehr überzeugt wird. Dabei ist zu bedenken, daß die Wahlen mitten in der Zeit einer entscheidenden Krise des revolutionären Aufschwunges fallen, daß der Prozeß der Zersetzung der Bourgeoisie, der Radikalisierung der Massen weitergeh[illegible]nd in noch rascherem Tempo vorwärtsschreiten wird.

Von der größten Bedeutung für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland ist die Tatsache der ernsten Erschütterung der Massenbasis der Sozialdemokratie. Dem Verlust von 6% entspricht bei Berücksichtigung der stärkeren Wahlbeteiligung ein tatsächlicher Verlust der SPD von etwa 18%. Wenn man dazu bedenkt, daß infolge der Zersetzung der demokratischen Partei zweifellos ein

3 Der Artikel in *RF* Nr. 216 vom 16. 9. 1930 forderte: „Jeder KPD-Wähler ein RGO-Kämpfer!". Der „Appell an die deutsche Arbeiterschaft", *RF* Nr. 217 vom 17. 9. 1930 forderte alle KPD-Wähler auf, sich „unter den roten Fahnen" „für die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes" zu sammeln. Der Appell endete mit: „Es lebe der Kampf für ein freies, sozialistisches Sowjetdeutschland!" In seiner Rede „Unser Wahlsieg und die nächsten Kampfaufgaben unserer Partei", *RF* Nr. 220 vom 20. 9.; *Inprekorr* Nr. 80 vom 23. 9. 1930, S. 1980 ff. bezeichnete *Thälmann* das Wahlergebnis als „Ausdruck des Bankrotts des parlamentarischen Systems und der bürgerlichen Demokratie". Die *Prawda* wertete die Wahlen am 16. 9. 1930 als „starken Impuls der weiteren Zerrüttung der kapitalistischen Stabilisierung in Europa", als Ankündigung der „heraufziehenden Klassenkämpfe in Deutschland". Vgl. *RF* Nr. 217 vom 17. 9. 1930; *Inprekorr* Nr. 79 vom 19. 9. 1930, S. 1959 f.

größerer Teil bürgerlicher Anhänger der demokratischen Partei abgeschwenkt ist, kann man den Verlust an proletarischen Stimmen auf über 1 Million schätzen. Dieser Verlust ist für die SPD desto schwerer, als er besonders groß ist in den entscheidenden industriellen Zentren. Wir dürfen aber nicht verkennen, daß die SPD in den meisten Bezirken noch einen stärkeren Anhang hat als wir, daß auch in solchen Bezirken, wo wir die SPD zurückgedrängt haben, ihr Einfluß auf die Arbeiterschaft das schwerste Hemmnis der Massenmobilisierung bleibt. Die SPD ist nach wie vor der Hauptfeind der Arbeiterklasse, dessen Einfluß gebrochen werden muß, um mit Aussicht auf Erfolg den entscheidenden Schlag gegen Bourgeoisie und Faschismus führen zu können. Die Schaffung der Einheitsfront des proletarischen Klassenkampfes gegen Faschismus und Kapitaloffensive ist das wichtigste Mittel zur Gewinnung der Anhänger der Sozialdemokratie, zur Zerschlagung der Massenbasis des Sozialfaschismus.[4] Die innere Krisis der SPD, die Dezimierung der sozialdemokratischen Arbeiter, ihr steigendes Mißtrauen auf Grund der letzten Anbiederung der Führer an *Brüning*, müssen täglich von uns in Wort und Schrift ausgenutzt werden.

Wie schon betont, ist es den Nazis nicht gelungen, neuen Anhang innerhalb des revolutionären Proletariats zu gewinnen. Dagegen besteht die ungeheure Gefahr der nationalsozialistischen Bewegung darin, daß es ihr gelungen ist, fast restlos die mit der Politik der Bourgeoisie unzufriedenen, verzweifelten werktätigen Massen, die bisher die Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien (und zum Teil der Sozialdemokratie) waren, für sich einzufangen. Zweifellos überwiegen in dem Millionenanhang der Nationalsozialisten solche Schichten, die ihrer Klassenlage nach zum Proletariat gehören, dem Proletariat nahestehen, oder als Verbündete für das revolutionäre Proletariat gewonnen werden können: Angestellte, Beamte, Mittelstand, Bauern usw. Zwischen der KPD und den Nationalsozialisten spielt sich in erster Linie der Kampf um die Hegemonie über die werktätigen nichtproletarischen Schichten ab. Die Bedeutung unseres Programms der sozialen und nationalen Befreiung der werktätigen Massen durch den proletarischen Befreiungskampf[5] liegt in erster Linie darin, daß es diesen Massen den einzigen Ausweg zeigt. Das Wahlergebnis beweist jedoch, daß wir an diese Schichten noch viel zu wenig herangekommen sind. Der Gewinn der Nazis bedeutet zunächst eine Massenmobilisierung für die faschistische Konterrevolution. Nicht von selbst werden diese irregeführten Massen sich vom Faschismus abwenden und zur roten Klassenfront stoßen, sondern nur auf Grund der energischsten Verstärkung des politischen und wehrhaften Massenkampfes gegen den Faschismus und der systematischen Arbeit unter diesen von uns bisher nicht genügend erfaßten und beeinflußten Mittelschichten. Kampf gegen den Faschismus, gegen die faschistische Bourgeoisie, unseren Hauptfeind, bedeutet keineswegs bloß Kampf gegen die Nazis. Die Nazis sind der aktive konterrevolutionäre Kampftrupp, aber die gesamte Bourgeoisie und alle bürgerlichen Parteien, einschließlich der SPD,

4 Im Text irrtümlich „Antifaschismus".

5 Die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" erschien am 24. 8. 1930 als Wahlkampf-Programm in der *Roten Fahne* (Nr. 197) und in *Inprekorr* Nr. 72 vom 26. 8. 1930, S. 1755 ff. Sie erlangte jedoch allgemein programmatische Bedeutung in der Politik der KPD. Vgl. Lothar Berthold-Ernst Diehl, Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus. Berlin (Ost) 1964, S. 119 ff.; Zur Geschichte der KPD, S. 285–291; Weber, Dokumente S. 58–65. Vgl. auch Lothar Berthold: Das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom August 1930. Berlin (Ost) 1956.

z. Zt. unter der Führung des Zentrums, marschieren den Weg zum Faschismus im beschleunigten Tempo.

Die Behauptung der Zentrumsführer, daß sie ihre Position gehalten haben, entspricht nicht den Tatsachen. Prozentual ist der Anteil von Stimmen vom Zentrum und der Bayerischen Volkspartei im Vergleich zu 1928 von 11,9 auf 11,7% gefallen. Man muß außerdem bedenken, daß das Zentrum als die festeste und zuverlässigste Partei der Bourgeoisie, die in der Faschisierung eine führende Rolle spielte, in diesem Wahlkampf beträchtlichen Zulauf aus bürgerlichen Kreisen bekommen hat, die sonst aus konfessionellen Gründen nicht für das Zentrum gestimmt haben. Eine Betrachtung des Wahlergebnisses in den einzelnen Gebieten, insbesondere in Niederrhein und Oberschlesien zeigt deutlich, daß es uns gelungen ist, Arbeiteranhänger des Zentrums für uns zu gewinnen. So wenig befriedigend das Ergebnis unserer Arbeit auf diesem Gebiete auch bisher ist, so müssen doch die ersten Anfänge des Erfolges sorgfältig ausgewertet werden, um hier weiter vorzustoßen. Die Bezirke mit starker katholischer Arbeiterbevölkerung müssen endlich besondere Maßnahmen für die revolutionäre Arbeit unter den christlichen Arbeitern durchführen.

Bei einer allgemeinen Betrachtung des Erfolges unserer revolutionären Massenmobilisierung im Vergleich zum Vormarsch des Faschismus müssen wir als größte Schwäche unserer Arbeit feststellen, daß die Verbindung des Wahlkampfes mit der außerparlamentarischen Massenmobilisierung absolut ungenügend war. Während des Wahlkampfes ist es nicht gelungen, einen größeren tariflichen oder außertariflichen Wirtschaftskampf auszulösen, Steuerstreiks zu führen, eine Massenaktion gegen den Faschismus in den Betrieben auszulösen, den Aufbau der roten Betriebswehren, den Ausbau der RGO. in den Betrieben wesentlich zu fördern. Da die Organisierung der Massenstreiks der politische Angelpunkt [in] der weiteren Entwicklung das entscheidende Kettenglied ist, müssen wir die Aufmerksamkeit der Organisationen auf diese schwächsten Stellen unserer Arbeit konzentrieren. Der ungenügende Erfolg gegenüber dem Faschismus ist nicht allein darauf zurückzuführen, daß die Agitation und Propaganda für unsere Programmerklärung noch nicht genügend an die breitesten Schichten herangebracht wurde – es gibt heute noch Tausende Dörfer, viele Fabriken, wo sie unbekannt ist – sondern auch darauf, daß die praktischen Kampfmaßnahmen, die gerade der Mobilisierung der Schichten dienen, die diesmal für die Nationalsozialisten gestimmt haben (Bewegung der Angestellten und Beamten für Gehaltsforderungen, gegen Massenentlassungen, Steuerstreik, Mieterstreik, Massenwiderstand der Bauern gegen Steuerexekutionen usw.) nicht genügend von uns organisiert wurden. Die Wahlagitation vollzog sich fast ausschließlich im Wohngebiet. Fast alle Leitungen haben durch die geringe Anzahl von Belegschaftsversammlungen, die zum Wahlkampf Stellung nahmen, bewiesen, daß der Betrieb noch nicht im Brennpunkt ihrer Politik liegt. Hier liegt der schwerste Mangel bei der Führung dieses Wahlkampfes.

Das Wahlergebnis ist nicht nur ein Anzeichen der äußersten Verschärfung der politischen Krise in Deutschland, des Herannahens der revolutionären Krise, sondern zugleich selbst ein Anlaß zur Verschärfung der Klassengegensätze und des Klassenkampfes, zur Beschleunigung des Herannahens der revolutionären Situation. Ganz gleichgültig, wie die kommende Regierung aussehen wird (ob Minderheitsregierung der jetzigen Koalition, gestützt auf die SPD oder irgendwelche Kombination mit den

Nationalsozialisten), unter allen Umständen wird die Bourgeoisie ihre Maßnahmen zur Ausplünderung der werktätigen Massen, des verschärften faschistischen Kurses und der Unterdrückung der revolutionären Bewegung beschleunigen und verstärken. Die Partei muß darauf vorbereitet sein, auch unter den Bedingungen schärferer Verbote die Agitation und Massenmobilisierung durchführen zu können. Die Vorbereitung des politischen Massenstreiks gegen die drohenden Angriffe der faschistischen Bourgeoisie muß scharf in den Vordergrund gestellt werden.

Viereinhalb Millionen Wähler der KPD bedeuten eine ungeheure revolutionäre Kraft, aber 4½ Millionen Wähler sind noch nicht 4½ Millionen organisierte Klassenkämpfer. Die Stärkung der Parteiorganisation, der Ausbau der RGO zu einer Massenorganisation, die Schaffung roter Betriebswehren, die Schaffung neuer und festerer Verbindungen der Partei mit den Massen durch ein System von Einheitsfrontorganen ist eine grundlegende Aufgabe, die uns durch den Wahlerfolg gestellt ist.

II. Praktische Aufgaben nach der Wahl

1. Die wichtigste, unmittelbare Aufgabe, auf die die Hauptkräfte der Partei und die jetzt noch nachwirkende Begeisterung und Aktivität der Parteimitglieder auf Grund des Wahlsieges überzuleiten ist, ist die Vorbereitung und Organisierung der Lohnkämpfe, die fast in allen Bezirken auf der Tagesordnung stehen. Die Partei muß eine wirkliche Wendung zu den Betrieben durchführen und, koste es, was es wolle, dort unsere Positionen festigen bzw. neue schaffen. Die steigende Erwerbslosigkeit, die Maßregelungen der Unternehmer, die Denunziationen der Sozialfaschisten, der Versuch der Nationalsozialisten, mit Hilfe der Unternehmer in die Betriebe einzudringen – all dies macht diese Aufgabe zu der wichtigsten, die vor jeder Parteileitung steht. Nichtverlegung des Schwergewichts unserer Politik auf die Betriebe ist in der jetzigen Situation Zeichen entweder eines mangelnden politischen Sinnes und absoluter Unfähigkeit eines Funktionärs, oder verbrecherischer Leichtfertigkeit, weil dieser Fehler zur Isolierung von den entscheidenden Schichten des Proletariats und zur Ohnmacht in der Frage der selbständigen Führung der Arbeiterkämpfe um Lohn und Brot führt. Die Stärkung der Betriebszellen, die Schaffung neuer Zellen, insbesondere in den Großbetrieben, die energische dauernde Werbung von Betriebsarbeitern für die Partei ist eine lebenswichtige Aufgabe, die man keinen Augenblick vergessen darf.

Die politische Aktivität der Betriebszellen ist auch die Voraussetzung für die Entwicklung der RGO zu einer mächtigen Kampforganisation entsprechend den Beschlüssen des V. RGI-Kongresses. Nur wenn die Parteileitungen sich auf starke Betriebszellen stützen können, wird es möglich sein, die RGO-Betriebsgruppen, die roten Vertrauensmännerkörper, die Kampfausschüsse und die Streikleitungen so aufzubauen, daß wir in der Tat (und nicht nur in der Phrase) die Wirtschaftskämpfe selbständig führen können. Die Berichterstattung über die Beschlüsse des V. RGI-Kongresses, die konkrete Stellungnahme zu ihrer Durchführung im Bezirk, in jedem Betrieb, gehört daher an die Spitze aller durchzuführenden Aufgaben. Die entscheidende politische Resolution des V. RGI-Kongresses ist jetzt in der Nr. 57/58 des *Roten Gewerkschaftsbulletins* veröffentlicht worden.[6] (Die konkrete Orgresolution

6 Vgl. die Kampfbeschlüsse des V. Kongresses der Roten Gewerkschafts-Internationale. Moskau 1930. Das *Rote Gewerkschaftsbulletin* war das offizielle Mitteilungsblatt für Funktionäre der RGO. Die

folgt noch.) Bei der außerordentlichen Bedeutung des Beschlusses betreffs des Ausbaues der RGO in Deutschland muß jeder leitende Genosse die Resolution genau durcharbeiten (s. dazu die Artikel der Gen. *Heckert* und *Dahlem* in der *RF*).[7] Da damit zu rechnen ist, daß die reformistische Bürokratie und die SPD-Presse eine große Gegenaktion machen werden, ist dafür zu sorgen, daß wir in den Betrieben, Gewerkschaften, insbesondere in unserer Tages- und Betriebspresse von vornherein in der Offensive sind. Wir müssen in der Durchführung dieser RGI-Beschlüsse die Reformisten überrumpeln und energisch ohne jedes Zögern, sofort an die Bildung der Betriebsgruppen, Erwerbslosengruppen, Oppositionsfraktionen in den Verbänden herangehen. Keine Details von oben abwarten, sondern auf Grund der konkreten Verhältnisse in Euren Betrieben und Gewerkschaften unverzüglich an die Durchführung gehen! (Teilt mit, wann am günstigsten Instrukteure des ZK zur Behandlung der Fragen des RGI-Kongresses zu Euch in die Bezirke kommen können.)

2. Der Massenkampf gegen den Faschismus erfordert, wie schon oben begründet, eine bessere Arbeit unter den werktätigen Schichten außerhalb des industriellen Proletariats. Innerhalb der RGO ist besondere Aufmerksamkeit auf die Arbeit unter den Angestellten und unteren Beamten zu legen. Die Methoden zur Bearbeitung der Arbeiter [in] Banken, Verkehrsbetriebe usw. sind auszubauen. Die revolutionäre Arbeit muß auch innerhalb der bürgerlichen Angestellten- und Beamtenorganisationen (z.B. Deutscher Handlungsgehilfenverband) eingeleitet werden. Die Arbeiterräte, Betriebsvertrauensleute der RGO dürfen sich nicht ausschließlich auf die Fragen der Arbeiterschaft im engeren Sinne beschränken. Wenn Gehaltsabbau, Massenentlassungen der Angestellten usw. auf der Tagesordnung stehen, muß der Arbeiterrat dazu Stellung nehmen und die Mobilisierung der gesamten Belegschaft einleiten.

Ebenso muß unsere Landarbeit einer Überprüfung unterzogen werden. In Verbindung mit der Landabteilung muß bei der Agitpropabteilung eine besondere Kommission zur Ausarbeitung der Agitationsmethoden auf dem Lande geschaffen werden. Ebenso ist es notwendig, eine Kommission zur besonderen Bearbeitung der Fragen des werktätigen Mittelstandes zu bilden.

In einer Reihe von Städten wurden, meist vom Verband proletarischer Schriftsteller, Massenkundgebungen der Intellektuellen organisiert. Sie wiesen durchweg großen Besuch und reges Interesse auf. Es zeigt sich neben dem Abgang charakterloser Elemente, die früher mit uns gegangen sind, die Zuwendung neuer brauchbarer, ehrlicher Intellektueller, die sich jetzt der Bewegung anschließen. Die Bezirksleitungen müssen sich auch mehr als bisher um die Organisierung der Agitation und

---

Resolution ist abgedruckt in *RF* Nr. 200 vom 28. 8. 1930: „Die RGI – Organisator revolutionärer Kämpfe. Resolution des V. RGI-Kongresses zum Bericht des Zentralrats".

7 In seinem Artikel „Schafft eine Kampforganisation!" erläuterte Fritz *Heckert*, Mitglied des Vollzugsrates der RGI, die Beschlüsse des V. RGI-Kongresses. Im Mittelpunkt stand dabei der Beschluß zur Vorbereitung und Führung selbständiger Wirtschaftskämpfe durch die RGO.
In dem Artikel „Was hat der V. RGI-Kongreß beschlossen? Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition – die Kampforganisation zur Führung der Wirtschaftskämpfe", *RF* Nr. 218 vom 18. 9. 1930, behandelt Franz *Dahlem* die Frage der Gründung selbständiger kommunistischer Gewerkschaften. Als „Beschluß von historischer Bedeutung" bezeichnet er die Entschließung des V. RGI-Kongresses „auf die Organisierung und Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung [. . .] hin[zu]arbeiten".

Propaganda unter den Intellektuellen bekümmern. Notwendig ist es, zu diesem Zweck eine besondere Kommission zu schaffen aus Vertretern der proletarischen Schriftsteller, der kommunistischen Studenten und Schüler, der kommunistischen Ärzte, Lehrer usw.

3. Die Vorgänge im Reichstag werden auf Grund der gespannten politischen Lage, der eigenartigen Zusammensetzung des Reichstags, in dem KPD, SPD und Nazis zusammen eine Mehrheit haben, bei den werktätigen Massen ein größeres Interesse erwecken. In der Wahlkampagne zeigte es sich, daß Sozialdemokraten und Nazis mit der größten Frechheit alle ihre Taten ableugneten, im Vertrauen darauf, daß die Massen über die Vorgänge in Regierung und Parlament nicht unterrichtet sind. Das verpflichtet uns, für die Zukunft eine viel engere Verbindung zwischen der parlamentarischen Arbeit und der außerparlamentarischen Agitation und Massenaktion herzustellen. Also die neuen täglichen arbeiterfeindlichen Handlungen der SPD und Nazis sorgfältig registrieren, bekanntmachen und den *Roten Wähler*[8] in Massen vertreiben.

Unsere Fraktion im Reichstag bereitet eine Reihe von Anträgen vor (Mißtrauen gegen *Brüning*, Aufhebung der Notverordnung mit rückwirkender Kraft, Siebenstundentag, Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Millionärssteuer), die von größtem Interesse für die werktätigen Massen sind. Wir müssen diese Anträge in den Betrieben und an den Stempelstellen schon vor ihrer Beratung so popularisieren, daß die Millionenmassen gespannt darauf warten, wie sich SPD und Nazis zu unseren Anträgen stellen werden. Neben den Betriebs- und Häuserblockzeitungen müssen wir in viel größerem Maße als bisher kleine Agitationsflugblätter, Flugzettel, Betriebstelegramme herstellen, damit die Arbeitermassen sofort von wichtigen politischen Vorgängen unterrichtet werden.

III. Überprüfung der Kadres – Werbekampagne (Antifaschistenaufgebot)

1. Auf Grund des Wahlergebnisses und der Berichte der Instrukteure und Referenten ist eine sorgfältige Überprüfung der Zusammensetzung des gesamten Parteiapparates von oben bis unten notwendig. Alle Schwächen und Mängel müssen rücksichtslos bloßgelegt und ausgemerzt werden. Aus der Masse der roten Wahlhelfer können neue Kräfte herangezogen werden, die diejenigen ersetzen, die in diesem Wahlkampf versagt haben. Rücksichtslos muß gegen opportunistische und sektiererische Stimmungen vorgegangen werden, die sich häufig als schwerste Hemmnisse unserer Massenarbeit erwiesen. Selbst die kleinsten Ortsgruppen und Zellen waren und sind in der Lage, breite Massen zu mobilisieren, wenn sie mit Mut und Selbstvertrauen an die Aufgaben herantreten. Wo das Ergebnis unbefriedigend ist, wird man neben subjektiven, innerparteilichen Gründen, nicht genügender Durchführung der politischen Linie der Partei, überall die Ursache in Schwächen unserer Organisation finden müssen. Der starke, gleichmäßige Vormarsch der Partei in allen Teilen Deutschlands beweist, daß überall die objektiven Bedingungen für einen starken Gewinn vorhanden sind. Die Werbung für Partei, Jugendverband und Presse, die im Anschluß an die Wahl ununterbrochen weitergeht, soll einen gewissen Höhepunkt

8 *Der Rote Wähler*, Mitteilungsblatt der kommunistischen Reichstagsfraktion.

finden in der ersten Oktoberwoche mit einem Antifaschistenaufgebot. Wir müssen die Stimmung des Triumphes der Kommunistischen Liste, den Kampfwillen gegen die waschsende faschistische Gefahr zur Werbung von Tausenden neuer Parteimitglieder ausnutzen, insbesondere können wir einen breiten Kreis roter Wahlhelfer in die Partei hineinziehen. Die Werbearbeit – das sei nochmals unterstrichen – ist in erster Linie auf die Betriebe zu konzentrieren. Insbesondere müssen wir auch an die bisherigen Anhänger der SPD appellieren, die schamlosen sozialfaschistischen Koalitionsangebote brandmarken, den Massen der SPD-Anhänger beweisen, daß die proletarische Einheitsfront nur auf der Basis des Kommunismus möglich ist. Jede Bezirksleitung muß auf Grund der konkreten Verhältnisse ein ganzes System von Maßnahmen durchführen, um eine breite ideologische Auseinandersetzung aller Parteimitglieder mit den SPD-Arbeitern einzuleiten, Verbindungen mit diesen herzustellen und schließlich ganze Teile herüberzuziehen.

Ebenso müssen wir das wachsende politische Interesse der breitesten Massen zur systematischen Abonnentenwerbung für die Parteizeitung ausnutzen.

Die Sammlung für den Kampffonds geht weiter. Die Massen müssen begreifen, daß unser Kampf nicht zu Ende ist, daß nach den Wahlen die Kampfaufgaben steigen und noch mehr Mittel als bisher erfordern.

Zur Werbekampagne wird folgendes Material erscheinen: 1 großes Schriftplakat, Größe 4 und 5 und eine Werbebroschüre. Die Bezirke selbst müssen eigenes Werbematerial, auf die örtlichen Verhältnisse zugeschnitten, herausbringen.

IV. Erfassung und Schulung der Neuaufgenommenen

Eine der wichtigsten Aufgaben in Verbindung mit den zahlreichen Neuaufnahmen, die bereits gemacht worden sind, und mit der angesetzten Werbekampagne ist die Erfassung der neuaufgenommenen Mitglieder, ihre feste Bindung und Eingliederung in die Parteiorganisation.

Die Tatsache der Stagnation unserer Parteiorganisation in den meisten Bezirken trotz zahlreicher Neuaufnahmen ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß es uns nicht gelingt, die neuaufgenommenen Parteimitglieder in der Partei zu halten. Um diesem Schaden abzuhelfen, sind folgende Maßnahmen notwendig:

1. Die neuaufgenommenen Mitglieder müssen schleunigst – ohne lange bürokratische Formalitäten – in den Besitz ihrer Mitgliedskarte kommen und einer Zelle zugeteilt werden. Gegen jede bürokratische Nachlässigkeit auf diesem Gebiet muß mit den schärfsten Mitteln durchgegriffen werden. Tausende Mitglieder gehen uns verloren, weil sie nach ihrer Anmeldung zur Partei monatelang vergeblich auf die Erfassung durch die Organisation warten.

2. Sobald eine größere Zahl von Neuaufgenommenen gemacht worden ist, sind feierliche Einführungsabende zu veranstalten mit Ansprachen, mit Rezitationen, Spiel einer Agitationstruppe, Überreichung des Mitgliedsbuches. Programme für solche Veranstaltungen werden wir herausgeben.

3. Die rasche Eingliederung in die Zelle und Zellenarbeit ist die grundlegende Voraussetzung für die Festhaltung der neugeworbenen Mitglieder. Aber auch das wird nicht genügen, wenn wir nicht das innere geistige Leben der Organisationen auf ein höheres politisches Niveau heben. Neue Mitglieder, die statt ernster politischer

Diskussionen und Organisierung des Klassenkampfes organisatorische und persönliche Streitereien erleben, werden bald der Partei den Rücken kehren. Ebenso ist es nicht möglich, neu geworbene Mitglieder festzuhalten, wenn infolge der falschen Organisierung der Arbeit einer kleinen Gruppe überlasteter Funktionäre eine Masse von passiven Mitgliedern gegenübersteht. Rationalisierung der Parteiarbeit, Verteilung der Funktionen auf möglichst viele Genossen, eine Disziplin, die jede unpolitische Meckerei sofort zum Schweigen bringt, ist daher eine notwendige Voraussetzung für die erfolgreiche Bekämpfung der Fluktuation.

4. Alle neuaufgenommenen Mitglieder müssen spätestens nach ihrem Beitritt zur Partei durch einen Elementar- bzw. Einführungskurs für Neuaufgenommene, [..][9] sind nur dort entbehrlich, wo innerhalb dieser Frist Elementarkurse, die die ganze Zelle erfassen, und an denen die Neuaufgenommenen selbstverständlich teilnehmen, stattfinden. Soweit das nicht der Fall ist, müssen unbedingt besondere Neuaufgenommenenkurse auf der Grundlage der Betriebs- und Straßenzellen organisiert werden. Material dazu und nähere Anweisungen werden noch herausgegeben.[10]

V. Berichterstattung

Zur Konkretisierung unserer Aufgaben, zur systematischen Auswertung des Wahlergebnisses und unserer Wahlarbeit insbesondere zur Vervollkommnung unserer Agitpropmethoden ist eine sorgfältige Berichterstattung notwendig. In Ergänzung des Schemas für den Vorbericht erhaltet Ihr noch den Fragebogen für den endgültigen Bericht des Bezirks an das ZK.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Sekretariat

Anlagen zum Rundschreiben Nr. 12:
Anweisungen der Orgabteilung.
Anweisungen der Frauenabteilung.

9 Lücke im Text.

10 Diese Anweisungen waren nicht zu ermitteln. Zum Ergebnis der Werbekampagne siehe Dok. 38.

27 a.

18. 9. 1930: Anweisungen der Orgabteilung

Anlage zu Nr. 27. Überschrift: „ZK Org. Zum Rundschreiben des ZK Nr. 12. Anweisungen der Orgabteilung."

Betrifft: Übertritte von SPD- und Reichsbannerarbeitern.

Im Verlaufe der Wahlkampagne haben sich die Übertritte von SPD- und Reichsbannerarbeitern zur KPD bzw. KJVD vermehrt. Wir verpflichten die Bezirksleitungen, uns sofort einen zusammenfassenden Bericht darüber einzusenden, der alle notwendigen konkreten Unterlagen enthalten soll, und zwar: Ort, Zahl der Übertritte,

soziale Zusammensetzung, wie lange in der SPD bzw. im Reichsbanner, frühere und gegenwärtige Funktionen in SPD, Betrieb und Massenorganisationen, spezieller Grund des Übertritts usw.

Termin für die Einsendung der Berichte: 22. September.

Betr.: Soziale Zusammensetzung der neuen SPD- und der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion.

Wir benötigen von den Bezirken dringend konkrete Unterlagen über die soziale Herkunft und die gegenwärtige Lage der sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten. Auch über ihre politische Herkunft, ihr politisches Wirken in der Vergangenheit und Gegenwart, ihre Funktionen und Ämter und sonstige, ihre Person charakterisierenden Tatsachen sollen in dem Bericht Angaben enthalten sein.

Einsendungstermin: 25. September

Betr.: Einsendung von Adressen oppositioneller SPD-Arbeiter.

Obwohl wir bereits mehrmals die Bezirke aufgefordert haben, Adressen oppositioneller SPD-Arbeiter an uns einzusenden, die mit dem von uns geplanten Mitteilungsblatt[1] beliefert werden sollen, ist bisher nur der Bezirk Thüringen dieser Aufforderung nachgekommen. Wir ermahnen die übrigen Bezirke das Versäumte nachzuholen, damit die Herausgabe des Mitteilungsblattes keinerlei Verzögerung erleidet.

ZK Org.

1 Um welches Mitteilungsblatt es sich hier handelt, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

27 b.

18. 9. 1930: Anweisungen der Frauenabteilung

Anlage zu Nr. 27. Überschrift: „Zentralkomitee der KPD, Sekretariat/Frauen. An alle Bezirksleitungen, Abtlg. Frauen."

W.G.!

Nach Abschluß der Reichstagswahlen muß sofort mit aller Kraft die Vorbereitung des 2. Reichskongresses werktätiger Frauen begonnen werden. Eine Reihe Bezirke haben es recht gut verstanden, durch Konferenzen werktätiger Frauen die Wahlarbeit unter den Frauen zu steigern und gleichzeitig damit die Kampagne zum 2. Reichskongreß in Angriff genommen. Jetzt heißt es, sofort in allen Bezirken mit aller Kraft vorwärtsstoßen. Dies darf nicht nur als Aufgabe der Frauenabteilungen betrachtet werden, vielmehr muß die gesamte Parteiorganisation auf die Vorbereitung des 2. Reichskongresses eingestellt werden.

1. Die Vorbereitung des 2. Reichskongresses fällt in eine Zeit der verschärften Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern und weiterer politischer Zuspitzung und Erschütterung des kapitalistischen Systems. Die Arbeitslosigkeit steigt beständig weiter. Der Druck auf die Massen durch die neuen Steuern und anderen Gesetze und Maßnahmen zur Durchführung des *Young*planes wird immer fühlbarer und hat zur

Folge eine wachsende Radikalisierung aller werktätigen Schichten. Das außerordentliche Anwachsen der Stimmen für die KPD zeigt, daß die Massen immer mehr erkennen, daß nur der Weg der proletarischen Revolution, den die KPD führt, aus der Not heraushelfen kann. Die Wahl der Liste der KPD ist gleichzeitig als ein Bekenntnis zur Sowjetunion zu betrachten, die im Gegensatz zur Verschlechterung der Lage der Arbeitenden in *Young*deutschland einen schnellen Aufstieg der Arbeiterklasse bringt.

Auch Millionen der Arbeiter der NSDAP gaben ihre Stimme dieser Partei aus dem Gefühl heraus, daß eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse der einzige Ausweg für sie ist, ohne allerdings schon den richtigen Weg zu erkennen und ohne die verlogenen Phrasen der Nationalsozialisten zu durchschauen. So ist der Wahlerfolg der Nazi in diesem Sinne auch ein Zeichen der wachsenden Radikalisierung, besonders bestimmter Schichten des werktätigen Mittelstandes, und ein Zeichen der gewaltigen politischen Krise, in der wir leben.

Gleichzeitig signalisiert der Wahlausgang, – die Konzentration der Massen der bürgerlichen Wähler[1] im Lager der Nationalsozialisten, das Erstarken des immer eine offenere faschistische Diktaturpolitik betreibenden Zentrums, – die wachsende faschistische Entwicklung in Deutschland. Das bedeutet gleichzeitig eine Erhöhung der Kriegsgefahr, die in Verbindung mit der sich verschärfenden Weltwirtschaftskrise des Kapitalismus und den dauernden Erfolgen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion in immer bedrohlichere Nähe rückt.

So ist das Kennzeichnende der gegenwärtigen Situation die Vergrößerung der Gefahr der offenen faschistischen Diktatur einerseits und die wachsende Radikalisierung und Politisierung der proletarischen Massen andererseits. In diesem Herbst und Winter stehen wir in Deutschland vor großen Wirtschaftskämpfen. Zum 1. Oktober laufen die Tarifverträge für den Bergbau im Ruhrgebiet und Oberschlesien ab. Die Unternehmer haben den Lohntarif in den Berliner Metallbetrieben zum 6. Oktober gekündigt, auch die Metallarbeiter Mitteldeutschlands stehen vor Kämpfen.

Vor der Partei, die das Vertrauen von Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen besitzt, steht die Aufgabe, das Proletariat selbständig in den Kampf gegen den Hungerfeldzug der Unternehmer zu führen. Gewaltige Aufgaben stehen vor uns, große Verantwortung ruht auf der KPD, der Millionenpartei des Proletariats. Die Partei kann ihre Aufgabe nicht erfüllen ohne Gewinnung der proletarischen Frauen für den Kampf.

2. Die Wahlergebnisse bedeuten für die Partei eine ernste Mahnung in bezug auf die Arbeit unter den werktätigen Frauen. Zwar hat uns diese Wahl auch eine große Zahl neuer Frauenstimmen gebracht. Soweit aber Zahlen über das Verhältnis der Stimmen der Frauen zu denen der Männer vorliegen, zeigt sich vorläufig für die Partei gegenüber früheren Zahlen eher eine Verschlechterung als Verbesserung im Anteil der Frauenstimmen. Wir werden nach Bekanntgabe weiterer Zahlen noch einmal konkret zu dieser Frage Stellung nehmen und auch dann erst abschließend Stellung nehmen können. Sicher wird auch das Ergebnis in den verschiedensten Bezirken unterschiedlich sein, je nach der Struktur der weiblichen werktätigen Bevölkerung und der Stärke unserer Arbeit. Jedoch läßt sich jetzt schon sagen, daß

1 Im Text hier fälschlich: Leser.

beim Zentrum der Anteil der Frauenstimmen noch größer geworden ist als früher, daß nach wie vor bei den reaktionären Parteien die Frauenstimmen überwiegen. Auch die Nazis haben offensichtlich auch prozentual eine außerordentlich starke Vermehrung der Frauenstimmen. Solche Ergebnisse wie in Köln, wo die KPD nur 39% Frauenstimmen gegenüber 61% Männerstimmen [erzielte] und in Oberschlesien, wo der Anteil der Frauenstimmen noch geringer ist, sind eine außerordentlich ernst zu nehmende Tatsache.

So steht vor der Partei als Ganzes die Aufgabe einer erhöhten Aufmerksamkeit, Aktivität in der Arbeit unter den werktätigen Frauen. Die Bezirksleitungen müssen ernsthaft diese Arbeit durchberaten, das Wahlergebnis in ihrem Bezirk zur Grundlage einer ernsten Selbstkritik machen und im Zusammenhang mit der Vorbereitung des 2. Reichskongresses werktätiger Frauen die gesamte Parteiorganisation auf die Arbeit unter den Frauen einstellen.

3. Das Ergebnis der Reichstagswahlen stellt uns für die Kampagne zum 2. Reichskongreß bestimmte Aufgaben, die in der bisherigen Arbeit noch immer zu kurz kamen, und darum im Zusammenhang mit den Aufgaben, die wir in den bisherigen Rundschreiben zum 2. Reichskongreß[2] den Bezirken gestellt haben, besonders berücksichtigt werden müssen.

a) Die Reichstagswahlen haben der KPD einen außerordentlich großen Erfolg gebracht, aber gewaltige Kreise unserer Wähler und Wählerinnen sind bisher in keiner Weise organisatorisch unter Führung der KPD erfaßt. Unsere erste Aufgabe ist es daher, durch die Delegiertinnenbewegung ein organisatorisches Bindeglied zu diesen breiten symphatisierenden Frauenschichten zu bekommen.

Darum ist besonders großer Wert darauf zu legen, in allen wichtigen Betrieben, die bisher unbearbeitet waren, Versammlungen durchzuführen, in den Orten, besonders auch ländlichen Gebieten, wo die Partei organisatorisch schlecht verwurzelt ist, mit den Versammlungen und der Delegiertinnenwahl vorzustoßen. Hierfür gibt das Wahlergebnis eine gute Handhabe. Die Frauenabteilung muß feststellen, in welchen Orten wir ein günstiges Wahlergebnis hatten und hier, selbst wenn keine Parteizelle besteht, Versammlungen durchführen, Gebietskonferenzen organisieren, Delegierte zum Reichskongreß wählen.

Versammlungen in solch wenig bearbeiteten Gebieten können gut als Versammlungen der Wählerinnen der KPD durchgeführt werden. Mit der Tagesordnung „Was erwarten wir von der KPD nach der Wahl?"

So gilt es, mit den Schichten, die uns ihre Stimme und damit ihr Vertrauen gegeben haben, in ständiger Verbindung zu bleiben und sie in Betrieb und Wohngebiet unter unserer ständigen Führung zu halten.

b) Die Wahlen haben aber auch gezeigt, daß noch breite Schichten Werktätiger, und besonders auch werktätiger Frauen, dem Einfluß anderer, arbeiterfeindlicher Parteien erlegen sind. Noch hat die SPD eine große Zahl Arbeiterwähler. Vor allem

---

2 Der 2. Reichskongreß werktätiger Frauen fand vom 22.–23. November 1930 in Berlin statt, dazu war vom ZK am 14. 7. 1930 ein Rundschreiben mit detaillierten Anweisungen herausgegeben worden, dieses Schreiben wurde nicht in unsere Dokumentation aufgenommen. Vgl. *RF* Nr. 273–274 vom 22. und 23. 11. 1930. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, S. 284f. Zum 1. Reichskongreß am 20. Oktober 1929 vgl. oben Dok. 11.

sind bei dieser Wahl neue kleinbürgerliche Wähler zur SPD gestoßen, vor allem dort, wo die Partei schwach gearbeitet hat. – Dem Zentrum ist es gelungen, seine Stimmenzahl zu vergrößern. Zwar sind, wo die KPD aktiv gearbeitet hat, viele Arbeiterwähler vom Zentrum abgewandert, aber noch wählen Millionen, besonders der Frauen, diese Partei. – Vor allem ist es den Nationalsozialisten gelungen, viele der von den bürgerlichen Parteien abwandernden, enttäuschten, sich radikalisierenden Kleinbürger- und auch Arbeiterschichten und einen großen Teil der Nichtwähler mit ihren radikalen Phrasen einzufangen.

Sehr viele der werktätigen Klassen angehörenden Wähler und Wählerinnen dieser Parteien wollen heraus aus dem Elend, sind sogar bereit, gegen ihre Notlage anzukämpfen, haben nur noch nicht den richtigen Weg gefunden. Sie werden von dem Lohnabbau, der Teuerung, den neuen Steuern und Zöllen schwer getroffen, genau so wie die Arbeiter, die schon in der roten Klassenfront stehen. Und hier müssen wir anknüpfen. Wir müssen sie für die proletarische Einheitsfront gewinnen, für den Kampf um ihre Tagesforderungen.

So ist die 2. wichtige Aufgabe, die uns das Wahlergebnis stellt: Durchführung der Vorbereitung des 2. Reichskongresses als wirkliche Einheitsfrontbewegung. Erfassung einer großen Zahl sozialdemokratischer und parteiloser Frauen, von Anhängerinnen des Zentrums. Im Kampf gegen den Faschismus muß es uns auch gelingen, die von den Nationalsozialisten irregeleiteten Arbeiter und insbesondere auch Arbeiterinnen von dieser Partei loszulösen und für die Einheitsfront im Kampfe um Arbeit und Brot zu gewinnen, und für das Befreiungsprogramm der KPD. Die Delegierten zum 2. Reichskongreß sollen keine KPD-Mitglieder sein, sondern sich aus diesen erst neu zur proletarischen Kampffront stoßenden Schichten zusammensetzen.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine sehr intensive Arbeit notwendig. Neben den Betriebs- und öffentlichen Frauenversammlungen, die direkt von den Fragen des Wirtschaftskampfes und allgemeinen Kampfes der Arbeiterklasse ausgehen, müssen überall Versammlungen stattfinden, die sich an ganz bestimmt eingestellte Schichten der Frauen wenden und an ihre besondere Ideologie anknüpfen. An die Wählerinnen und Mitglieder der SPD (z.B. durch Themen: Wie erkämpfen wir die wirkliche Gleichberechtigung der Frauen? Hat die deutsche Republik uns die Befreiung und Gleichberechtigung gebracht? Die SPD und der Abbau der Sozialversicherung, Wahlversprechungen und was folgt jetzt?, usw. usw.), an die Zentrumsfrauen mit entsprechenden Themen, an die Anhängerinnen der NSDAP mit Themen wie: „Die Folgen des *Young*planes für die werktätigen Frauen. – Die werktätigen Frauen und die Befreiung Deutschlands von den Auslandstributen. – Wer versklavt unsere Kinder?, usw." All diese Themen müssen natürlich auslaufen in die Frage der Organisierung des Wirtschaftskampfes und den Ausweg, den die KPD zeigt.

Zu diesen Versammlungen, die auch als Diskussionsabende angesetzt werden können, sollen die Anhänger der betreffenden Partei besonders eingeladen werden, wenn Adressen von ihnen festzustellen sind, dann direkt persönlich. (Gut arbeitende Betriebs- und Straßenzellen werden das, wenn sie dieser Frage genügend Aufmerksamkeit zuwenden, mit gutem Erfolge durchführen können.) Von all diesen Versammlungen sind Delegierte zu den Frauenkonferenzen zu wählen. Wichtig ist, daß sie nachher in ähnlichen Versammlungen Bericht erstatten.

Das ist also der Leitgedanke, der all unserer Arbeit zugrunde liegen muß:

Organisatorische Erfassung der Anhänger und Sympathisierenden der KPD durch die Delegiertinnenbewegung, (mit dem Ziel der Gewinnung der Besten für die KPD) und

Entfaltung einer breiten Einheitsfrontbewegung unter allen Schichten werktätiger Frauen, gleich, wie sie heute politisch stehen, durch Aufrollung der Fragen des Kampfes gegen die Ausbeutung, Entrechtung und doppelte Unterdrückung, des Kampfes im Betrieb gegen Lohnabbau und Entlassungen, für Lohnerhöhung, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, – des Kampfes gegen Mietssteigerung, Steuerdruck, Pfändung usw. im Häuserblock und auf dem Dorfe.

Bei all dieser Arbeit ist es wichtig, an die von uns noch zu sehr vernachlässigten Schichten der Landarbeiterinnen, Angestellten und auch der Jungarbeiterinnen heranzukommen. Wir weisen hier noch besonders auf die Anweisungen im letzten Rundschreiben hin.[3]

Das Ergebnis der Arbeit muß sein, daß wir unser Ziel: Verdoppelung der Zahl der Delegierten gegenüber dem 1. Reichskongreß, bestimmt erreichen und wenn möglich übertreffen, im Verlauf der Kampagne wirklich arbeitende Bezirks- und Ortskomitees werktätiger Frauen schaffen, eine gute Delegiertinnenbewegung aufbauen und die Organe der RGO in den Betrieben und Bezirken zur Arbeit unter den Arbeiterinnen schaffen.

Engste Verbindung mit der Arbeit der RGO ist gerade in der gegenwärtigen Situation der bevorstehenden großen Wirtschaftskämpfe unbedingt notwendig. Wir weisen dabei nochmals auf unsere letzten Rundschreiben (auch zum RGI-Kongreß) hin, die dieses Gebiet der Arbeit ausführlich behandeln.

Zur Finanzierung der Konferenzen muß der Vertrieb der Postkarte energisch angekurbelt werden. Eine Reihe Bezirke haben uns schon Nachbestellungen zugestellt. Alle Bezirke müssen sofort feststellen, wieviel Postkarten sie noch brauchen, und dann sogleich nachbestellen, da die Auflage vergriffen ist und wir zum Nachdruck die genaue Übersicht brauchen.[4]

Wir teilen den Frauenabteilungen heute schon mit, daß Anfang November die Reichsfunktionärinnenschule[5] stattfindet. Ihr müßt heute schon geeignete Vorschläge überlegen. Besonders berücksichtigen: Betriebsarbeiterinnen. Die Teilnehmer müssen eine Elementarschulung besitzen und in der Regel 2 Jahre Parteimitglied sein. Genaue Anweisungen gehen in den nächsten Tagen an die Agitprop-Abteilungen.

Wir erwarten schnellstens von allen Bezirken die Berichte über die Arbeit unter den Frauen zur Reichstagswahl.

Mit kommunistischem Gruß!
ZK der KPD Sekretariat/Frauen

3 Rundschreiben Nr. 11 liegt nicht vor. Vgl. jedoch Anm. 2.

4 Offenbar finanzierte die KPD den Kongreß durch Verkauf von Postkarten mit Propagandalosungen.

5 Der Kurs fand in der Schule Berlin-Fichtenau statt, wo bereits im Oktober 1929 ein erster Frauenkurs mit 32 Teilnehmerinnen stattgefunden hatte. Vgl. Records 312, 811738.

28.
6. 10. 1930: Anweisungen des Sekretariats zur Kampagne gegen die *Brüning*-Regierung

BA R 134, Bd. 61, S. 73–87 und StA Bremen, 4, 65 – II A 12a, Bd. 28; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/29.10. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 14. Anweisungen des Sekretariats."

Inhaltsverzeichnis:

Führung der Kampagne gegen das faschistische Raubprogramm der *Brüning*-Regierung

I. Die Bedeutung des *Brüning*-Programms:[1]

II. Die Aufgaben der Partei:

Die Partei muß mit aller Entschiedenheit und unter Mobilisierung aller ihrer Kräfte und der Mobilisierung breiter Schichten der parteilosen Arbeiter weit über den Rahmen der Partei hinaus einen entschiedenen außerparlamentarischen Massenkampf gegen das Hunger-Programm der *Brüning*-Regierung führen. In diesem Kampfe steht vor der Partei die Aufgabe, nicht nur die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern, sondern auch die Massen der unteren Angestellten und Kleinbauern, gegen die Rauboffensive der Bourgeoisie zu führen.

Es muß sofort eine breite Volkskampagne eingeleitet werden, die ähnlich wie der Wahlkampf geführt werden muß. Dem Hunger-Programm der *Brüning*-Regierung ist unser Programm der sozialen und nationalen Befreiung, der proletarische Ausweg aus der Krise, entgegenzustellen.[1a] Es muß uns gelingen, alle Schichten der werktätigen Massen gegen die *Brüning*-Regierung und gegen das gesamte kapitalistische System für den Kampf um Sowjetdeutschland in Bewegung zu setzen.

Die Bezirksleitungen müssen sofort einen Plan für die Organisierung von Massenversammlungen aufstellen. Das Schwergewicht ist auf die Organisierung von Betriebsversammlungen zu legen, wobei auch für solche Betriebe Versammlungen organisiert werden müssen, wo wir keinen organisatorischen Einfluß haben. Hierbei ist in den Mittelpunkt unserer Agitation die ungeheure Lohnoffensive, die Produktionssabotage der Unternehmer, die faschistische Schlichtungspraxis sowie die Streikbrecherdienste der reformistischen Gewerkschaften zu stellen. Bei der Organisierung der Betriebsversammlungen, sowohl als auch bei den öffentlichen Versammlungen muß Wert darauf gelegt werden, die Angestellten und Beamten (durch besondere Einladungen usw.) zu erfassen. Ferner sind spezielle Angestellten- und Beamtenversammlungen, Versammlungen von Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern durchzuführen.

---

1 In der polizeilichen Abschrift sind nach Punkt I nur Striche (– – –) gemacht, vermutlich wurde dieser Teil in der Abschrift weggelassen.

1a Die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes", die am 24. 8. 1930 als Wahlkampfplattform verkündet wurde, diente auch nach den Septemberwahlen als allgemeines Aktionsprogramm der KPD. Vgl. dazu oben Dok. 27, zur Programmerklärung Anm. 5.

Die Steuerstreik-Aktion[2] ist mit aller Energie weiter zu führen. Die kommunistischen Stadtverordneten- und Gemeindefraktionen dürfen sich nicht auf die Einbringung von entsprechenden Anträgen beschränken, sondern müssen in Massenversammlungen über ihre Tätigkeit im Parlament berichten, gleichzeitig müssen in Massenversammlungen Beschlüsse für den Steuerstreik gefaßt werden.

Zur Unterstützung der Kampagne und für die Arbeit der Partei unter den Angestellten und Beamten sind von unseren Fraktionen in den Parlamenten sofort Anträge auf Erhöhung der Gehälter der unteren Angestellten und Beamten und Erhöhung der Löhne der Arbeiter zu stellen. In Gemeindeparlamenten sind von unseren Fraktionen neben Anträgen für Unterstützung der Erwerbslosen, Arbeitsbeschaffung, Herabsetzung der hohen Gehälter der Beamten und Angestellten auf 8000 Mark usw. Anträge für die Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern, wie Befreiung der Gewerbesteuer bei einem Gewerbeertrag bis zu 5000 Mark pro Jahr, zinslose Kreditgewährung und Steuernachlaß usw. zu stellen. Alle diese Anträge müssen verbunden werden zur Mobilisierung dieser Schichten zu außerparlamentarischen Massenaktionen unter Führung der Kommunistischen Partei, wie das die Hamburger Parteiorganisation mit Erfolg bei Beratung ihrer Anträge im Parlament getan hat.

Im Zusammenhang mit der Lohnabbau-Offensive der Unternehmer muß die Organisierung von Streiks mit Energie durchgeführt werden. Die Schaffung eines roten Vertrauensmännerkörpers, die Bildung von vorbereitenden Kampfleitungen, die Schaffung von RGO-Betriebsgruppen und Betriebswehren ist eine unerläßliche notwendige Voraussetzung für die Führung von Streiks und der Aktion gegen das *Brüning*-Programm. Dabei müssen die Bezirksleitungen mit aller Entschiedenheit darauf achten, daß die Vertrauensmännerkörper, vorbereitenden Kampfleitungen usw. Organe der Einheitsfront sind, die zusammen mit den roten Betriebsräten die Führer der Arbeiter in den Betrieben darstellen. In allen Betrieben ist jetzt eine große Werbekampagne mit Aufnahmescheinen und Ausgabe der Mitgliedskarten der RGO einzuleiten. Wir können jetzt Zehntausende neuer Mitglieder für die RGO gewinnen.

Angesichts der immer klarer zutage tretenden streikbrecherischen Tätigkeit der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie muß die Partei in viel schnellerem Tempo als bisher RGO-Betriebsgruppen schaffen und die Frage nicht nur der Führung der Lohnkämpfe der Arbeiter durch die RGO, sondern auch den Abschluß von Tarifverträgen durch die RGO als Tarifkontrahent in den Arbeitermassen stellen. Dabei sind die Beispiele, wo die RGO erfolgreich Kämpfe führte und das Monopol der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, Tarifverträge abzuschließen, [durchbrach], durch die Zeitungen der RGO und durch die Betriebszeitungen in den Massen zu popularisieren.

Besonders verstärkt muß die Arbeit unter den Landarbeitern werden, wo es gelingen muß, durch Schaffung von RGO-Gruppen unsere Stützpunkte auf dem Lande auszubauen und die Führung der Landarbeiter zu übernehmen.

Die wachsende Empörung der Gewerkschaftsmitglieder auf Grund der streikbrecherischen Tätigkeit der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie einerseits und der Lohnrauboffensive der Unternehmer andererseits, schafft für unsere Arbeit in den

2 Gegen die von der Regierung *Brüning* verordneten Steuererhöhungen rief die KPD zu einem allgemeinen Steuerstreik auf. Vgl. dazu oben Dok. 25.

reformistischen Gewerkschaften günstige Bedingungen, die müssen durch verstärkte Arbeit der Gewerkschaftsfraktionen ausgenützt werden, um weitere Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter unter Führung der RGO zu sammeln. Überall dort, wo unsere Funktionäre durch den Spaltungskurs der Gewerkschaftsbürokratie hinausgeworfen wurden, muß die RGO dazu übergehen, von sich aus Gewerkschaftsmitgliederversammlungen auf der Grundlage der Betriebe und im Ortsmaßstabe zu organisieren. Überall, wo wir Positionen in den reformistischen Gewerkschaften haben, müssen diese zur Unterstützung des Kampfes und Mobilisierung der Arbeiter durch Beschlüsse für unsere Forderungen durch Organisierung der Unterstützung kämpfender Arbeiter voll ausgenutzt werden. Mit Hilfe der rebellierenden parteilosen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder sind überall Oppositionsfraktionen in den Verbänden zu schaffen.

Die Erwerbslosen sind ebenfalls systematisch zu mobilisieren durch Erwerbslosenversammlungen, Bildung von Erwerbslosenausschüssen und Erwerbslosengruppen der RGO, muß die Führung der Erwerbslosen fest in der Hand der Partei liegen, wobei von der Partei scharf die Linie der Zusammenarbeit zwischen den Erwerbslosen und den Arbeitern in den Betrieben herausgearbeitet werden muß (Organisierung der Vertretung der Erwerbslosen in Betriebsversammlungen, Organisierung fliegender Betriebsversammlungen mit Hilfe der Erwerbslosen und Organisierung des Auftretens von Betriebsarbeitern in Erwerbslosenversammlungen und Durchführung von Demonstrationen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen, wobei die Demonstrationen unmittelbar bei Betriebsschluß von den Betrieben aus mit Hilfe der Erwerbslosen organisiert werden müssen). (Dabei solche Taktik anwenden, daß Betriebsversammlungen, die außerhalb der Betriebe stattfinden, nicht von Erwerbslosen organisiert werden.)

In den proletarischen Massenorganisationen, wie Sportlerverbänden, Schwestervereinen, Freidenker, Arbeiterwohlfahrt, Kriegsbeschädigten und Invaliden- und Rentnerorganisationen usw. muß von den Kommunisten eine planmäßige Arbeit durchgeführt werden zur Herbeiführung von Beschlüssen für unserer Forderungen. Die Arbeit unter den Frauen muß entschieden verstärkt werden. Das Wahlergebnis hat dort, wo eine getrennte Abstimmung nach Geschlechtern durchgeführt wurde, ganz klar gezeigt, daß der Einfluß der Partei auf die proletarischen Frauenmassen noch relativ gering ist.[3] Diese Schwäche muß überwunden werden. Zur Mobilisierung und Organisierung der Arbeiterinnen im Betrieb müssen in Verbindung mit dem Aufbau der RGO Arbeiterinnenkommissionen gebildet werden, die Linie der Heranziehung der Arbeiterinnen in die Leitungen der RGO-Gruppen, der Kampf- und Streikleitungen, in die Betriebswehren, zu Streikposten usw. muß mit aller Entschiedenheit durchgeführt werden.

Bei allen Bewegungen, an denen Arbeiterinnen beteiligt sind, müssen die Forderungen der Arbeiterinnen in hervorragender Weise durch unsere Presse, Betriebszeitungen, Flugblätter usw. propagiert und von der Partei und RGO vertreten werden. Zu allen von uns organisierten Betriebsversammlungen müssen gleichzeitig auch die Frauen der im Betrieb beschäftigten Arbeiter und für Betriebe, wo die Frage der Streiks steht, auch die Arbeiterfrauen des umliegenden Wohngebiets hinzugezogen

3 Vgl. dazu Dok. 27 b.

werden. Die Vorbereitung des 2. Reichskongresses werktätiger Frauen[4] darf nicht losgelöst von unserer gesamten Arbeit geführt, sondern muß aufs engste mit ihr verbunden werden. Zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen müssen durch diese Aktion für den Kampfbund gegen den Faschismus[5] und tausende für die Partei als Mitglieder gewonnen werden.

Verstärkte Arbeit unter dem Jungproletariat. Der Prozeß der Radikalisierung ist besonders stark unter dem Jungproletariat. Wenn auch der KJVD in letzter Zeit gute Erfolge der Arbeit in der Gewinnung tausender neuer Mitglieder zu verzeichnen hat, so muß doch die Partei ihre Anstrengungen, die aktiv werdenden Massen der Jungarbeiter und Arbeiterinnen für den revolutionären Klassenkampf zu gewinnen, verdoppeln. Die Bourgeoisie erkennt sehr wohl die Gefahr, wenn das Jungproletariat im Lager des Kommunismus steht und versucht deshalb, sie in das Lager der faschistischen Verbände, faschistischen Werksportvereine zu ziehen. Die Gewinnung der Jungarbeiter ist deshalb nicht allein Aufgabe des Jugendverbandes, sondern gleichzeitig eine Aufgabe der Partei. Gemeinsam mit dem Jugendverband müssen Partei und RGO die Forderungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen im Betrieb, der jugendlichen Angestellten, Berufsschüler und Erwerbslosen vertreten und die Massen der Jugendlichen mobilisieren und große Teile davon im Jugendverband organisieren. Jede Betriebszelle der Partei hat die Pflicht, dort, wo noch keine Betriebszelle des Jugendverbandes besteht, eine solche zu schaffen. Dasselbe gilt für die Ortsgruppen der Partei.

Die Führung des Kampfes gegen die Hunger-Diktatur der *Brüning*-Regierung muß uns an breite Massen der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter heranbringen. Wir dürfen auch nicht darauf verzichten, an die verirrten nationalsozialistisch-verseuchten Schichten der Angestellten und unteren Beamten heranzukommen.

Der Kampf muß von uns viel offensiver gegen die Politik der Sozialdemokratie wie auch der Nazis und gegen das Zentrum geführt werden unter gleichzeitiger verstärkter Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten, d. h., der Gewinnung aller dieser Arbeiter, besonders der sozialdemokratischen Arbeiter und Angestellten. Je entschiedener und kühner die Partei diesen Kampf führt, umso besser wird es uns gelingen, die Massen von der Sozialdemokratie, dem Zentrum und den Nazis zu lösen. Wir verweisen auf die gute Methode, wie die *Rote Fahne* die Einheitsfrontpolitik mit den SPD-Arbeitern durchführt.[6]

Der Kampf gegen das Finanzprogramm der *Brüning*-Regierung ist zugleich ein Kampf gegen die faschistische Gefahr. Durch die Mobilisierung breiter Massen gegen das *Brüning*-Programm muß es uns gelingen, den Kampfbund gegen den Faschismus zu einer breiten proletarischen Massenorganisation auszubauen und neue aktiv gewordene Schichten des Proletariats als Mitglieder für die kommunistische Partei, für den Jugendverband und als Leser für die Kommunistische Presse zu gewinnen.

---

4 Zur Vorbereitung des Kongresses, der vom 22.–23. November 1930 in Berlin stattfand, vgl. oben Dok. 27 b.

5 Auf Initiative der KPD-Parteileitung wurde am 28. September 1930 in Berlin der „Kampfbund gegen den Faschismus" als sog. „überparteiliche Massenorganisation" gegründet. Vgl. dazu unten Dok. 34.

6 Vgl. etwa die Artikel in der *Roten Fahne* Nr. 222 vom 23. 9. 1930: „Begeistert schaut die Arbeiterklasse auf die eiserne KPD". *RF* Nr. 223 vom 24. 9. 1930: „Klassenbewußte SPD-Arbeiter kommen zu uns."

Alle Versammlungen müssen gleichzeitig Werbeversammlungen für die Partei, Jugendverband und Presse sein, das setzt eine gründliche Organisierung der Werbearbeit in diesen Versammlungen voraus.

Die Partei muß ihre ganze Kraft darauf konzentrieren, gewaltige Massenbewegungen auszulösen und diese Bewegungen zu Aktionen, zu Streiks der Betriebsarbeiter, der Angestellten und der Beamten zu steigern. Die Partei muß sich zum Ziel setzen, bei Behandlung des Raubprogramms der *Brüning*-Regierung im Reichstag, in allen Orten des Reichs große Demonstrationen und Massenkundgebungen, sowie Demonstrationen der Erwerbslosen vor den Rathäusern, Landratsämtern, Bürgermeistereien usw. durchzuführen.

Der politische Massenstreik als eine mächtige Waffe des Proletariats gegen das Raubprogramm der *Brüning*-Regierung und gegen die faschistischen Vorstöße der Bourgeoisie muß systematisch von der Partei auch unter Anknüpfung an lokale Ereignisse, wie Ermordung von Arbeitern durch die Faschisten, propagiert werden. Um im gegebenen Augenblick politische Streiks auch tatsächlich durchführen zu können, müssen die Massen auf den politischen Massenstreik vorbereitet werden. In jedem Falle, wo die Bezirksleitungen die Arbeiter eines Ortes zu politischen Streiks aufrufen, muß die gesamte Kraft der Partei, des Jugendverbandes, der RGO und der unter unserem Einfluß stehenden proletarischen Massenorganisationen zur Vorbereitung und Durchführung des Streiks eingesetzt werden. In der Propaganda des politischen Massenstreiks in unserer Presse, Betriebszeitungen usw. muß ein besonderer Nachdruck darauf gelegt werden, daß erst durch die Anwendung der Waffe des politischen Massenstreiks die Massen dazu geschult werden, in Aktionen einzutreten, die gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem als Ganzes und gegen die faschistische Diktatur gerichtet sind. Ohne eine massenhafte Durchführung von politischen Streiks kann es uns nicht gelingen, die kampfwilligen Massen der Ausgebeuteten zum Kampf um die Macht, um die proletarische Diktatur zu mobilisieren.

III. Die Mobilisierung der Partei und der proletarischen Massenorganisationen

Die Durchführung dieser Aufgaben macht die Mobilisierung der gesamten Mitgliedschaft der Partei und der mit uns sympathisierenden Arbeiter und der unter unserem Einfluß stehenden Massenorganisationen notwendig. Es müssen sofort in allen größeren Orten Funktionärversammlungen der Partei und der proletarischen Massenorganisationen durchgeführt werden, wo konkret die Aufgaben am Ort zu stellen sind. Desgl. sind Mitgliederversammlungen mit Sympathisierenden durchzuführen, wobei besonders die bei der Wahlarbeit gewonnenen parteilosen roten Wahlhelfer herangezogen werden müssen.

Darüber hinaus muß eine ernstere Mobilisierung der Partei durchgeführt werden. Jeder Kommunist muß in dieser Aktion, ganz gleich, an welchem Platze er steht, als ein aktiver Kämpfer auftreten, der durch seine Aktivität die Massen mitreißt. In der gegenwärtigen Situation ist die Aktivität der Kommunistischen Partei und jedes einzelnen Kommunisten von entscheidender Bedeutung. Ohne die Entfaltung der größten Aktivität wird es uns nicht gelingen, die Massen gegen das faschistische

Regierungsprogramm zu Aktionen in Bewegung zu setzen und den faschistischen Vorstoß zurückzuschlagen. Deshalb ist eine gründliche innerparteiliche Durcharbeitung der Partei eine absolute Notwendigkeit.

Bei der weiteren Verschärfung und Zuspitzung der Lage in Deutschland ist klar, daß sich die faschistische Bourgeoisie nicht auf „gesetzliche Aktionen gegen das Proletariat" beschränkt, sondern auch andere ernstliche Vorstöße gegen das Proletariat durchführen wird, wobei sie sich in der Hauptsache der nationalsozialistischen Stoßtrupps bedienen wird. (Systematischer, planmäßiger Überfälle der Nazis unter dem Schutze der Polizei auf Arbeiterversammlungen, Überfälle auf Arbeiter und Arbeiterführer, Zerstörung von Arbeiterlokalen, Entsendung von faschistischen Stoßtrupps in proletarische Wohnquartiere usw.). Gleichzeitig wird der Terror der Polizei und Justiz gegen die Kommunistische Partei und gegen die proletarischen Massenorganisationen schärfere Formen annehmen (Überfälle auf Mitgliederversammlungen der Kommunistischen Partei und der proletarischen Massenorganisationen durch die Polizei, Verbot und Sprengung von öffentlichen Versammlungen, Verhaftungen von kommunistischen Funktionären und Funktionären der Massenorganisationen, Verbot der kommunistischen Presse usw.).

Gegen diese faschistischen Vorstöße gilt es die gesamte Partei und die proletarischen Massenorganisationen einzustellen und zu mobilisieren und darüber hinaus in den breiten Arbeitermassen die Frage der leidenschaftlichen Verteidigung der Partei, des Jugendverbandes und der proletarischen Massenorganisationen zu stellen und den Kampf gegen jeden einzelnen dieser Vorstöße des Faschismus als einen Massenkampf zu organisieren.

Gleichzeitig müssen die Parteileitungen alle Maßnahmen treffen, um im Falle eines überraschenden Vorstoßes der Bourgeoisie, eines plötzlichen Verbotes der Partei auch unter illegalen Bedingungen [die Arbeit] ohne Unterbrechung fortsetzen zu können.

Eine Lösung dieser gewaltigen Aufgaben hat aber als erste Voraussetzung, eine rücksichtslose und radikale Wendung unserer gesamten Arbeit auf den Betrieb, Schaffung neuer Betriebszellen. Endlich rücksichtslose Säuberung aller Straßenzellen. Ein Phraseur derjenige, der wohl die der Partei gestellten Aufgaben aufzeigt, praktisch aber nichts unternimmt, um die notwendigen Organisationseinheiten der Partei in den Produktionsstätten zu schaffen, die wir brauchen, um den Kampf wirksam organisieren und führen zu können. Die Betriebszelle ist die erste Voraussetzung zur Organisierung von Wirtschaftskämpfen, sie ist das wichtigste Instrument zur Vorbereitung und Organisierung des politischen Massenstreiks. Sie ist die Organisationsform der Partei, die während einer Illegalität am wenigsten betroffen werden kann.

Die Betriebszelle ist aber auch die Voraussetzung zur Schaffung aller Voraussetzungen zur Führung der Streiks (RGO-Gruppen). Sie ist der wichtigste Teil in allen kommenden Kämpfen. In den Betrieben der Bourgeoisie haben die Arbeiter eine ungeheure Macht, wenn sie sich dessen bewußt werden. Die Voraussetzungen zu schaffen, ist die Aufgabe unserer Partei. Deshalb überall Neugründungen von Betriebszellen, Ausbau unserer bestehenden Zellen, rücksichtslose Reinigung unserer Straßenzellen von allen Betriebsgenossen und Überweisung in die Betriebszellen.

Schaffen wir als Partei diese Voraussetzungen, dann lösen wir ohne allen Zweifel unsere geschichtliche Aufgabe: Errichtung eines Sowjetdeutschlands!

Mit kommunistischem Gruß!
ZK – Sekretariat

29.

21. 10. 1930: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen

BA R 134, Bd. 61, S. 107–121 und StA Bremen, 4, 65 – II A 12a, Bd. 28; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/26.11. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 15. Anweisungen des Sekretariats."

Die wichtigsten Aufgaben in der gegenwärtigen Situation sind:

1. Stärkste Aufrüttelung der Massen gegen den neuen ungeheuerlichen Verrat der Sozialdemokratie (Vertrauensvotum für *Brüning* und praktische Zustimmung zu den Notverordnungen).[1] Die Sozialdemokratie hat damit ihre eigenen Versprechungen während des Wahlkampfes, die Hauptlosungen, mit denen sie vor dem 14. September in die Massen ging, die Forderungen ihrer rebellierenden Mitglieder nach dem 14. September offen mit Füßen getreten. Sie hat sich offen an die Seite der halbfaschistischen Regierung *Brüning* gestellt. Sie muß überall als Bahnbrecherin der faschistischen Diktatur in Deutschland entlarvt werden. Stärkstes direktes Herantreten an die sozialdemokratischen Arbeiter-Parteimitglieder und Wählermassen, Reichsbanner und SAJ-Arbeiter. Täglich in der Presse Argumente geben. Berichte über SPD-Mitgliederversammlungen veröffentlichen (s. z. B. *Rote Fahne*).[2] Bezirksweise und örtlich SPD-Abgeordnete, die ausnahmslos für Notverordnungen und *Brüning* stimmten, namhaft machen, in Presse und in öffentlichen Versammlungen stellen. Rechenschaft fordern. Die einzelnen Abgeordneten diskreditieren auf Grund ihrer verräterischen Haltung. Besonderes Trommelfeuer gegen die „linken" SPD-Abgeordneten und -Führer. Bezirksweise bzw. ortsweise Briefe an die sozialdemokratischen Arbeiter richten. Reaktionären, ausbeuterischen Inhalt der Notverordnungen mit dieser Kampagne verbinden und an Interessen einzelner proletarischer und werktätiger Schichten appellieren (Kranke, Erwerbslose usw.).

1 Bei der Reichstagsdebatte über das Regierungsprogramm *Brünings* vom 16.–18. Oktober 1930 stimmte die SPD für einen Antrag, über die eingebrachten Mißtrauensanträge zur Tagesordnung überzugehen. Auf diese Weise wurde der Sturz *Brünings* verhindert, ohne daß es jedoch zu einem Vertrauensvotum für seine Regierung kam. Die Anträge zur Änderung und Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 wurden ebenfalls mit den Stimmen der SPD an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Vgl. Schulthess 1930, S. 204 ff.; *Frankfurter Zeitung* Nr. 781 vom 19. 10. 1930; *RF* Nr. 245 vom 19. 10. 1930; *Inprekorr* Nr. 88 vom 21. 10. 1930, S. 2133 f.

2 Am 18. 10. 1930 veröffentlichte *Die Rote Fahne* einen Bericht über eine sozialdemokratische Parteiversammlung in Köln, auf der nach heftiger Kritik an der Parteiführung von den Mitgliedern die „Bildung der proletarischen Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern" gefordert worden sein soll. Vgl. *RF* Nr. 244 vom 18. 10. 1930.

2. Fortführung der Stoßkampagne gegen den Hauptfeind des Proletariats, den Faschismus, besonders die Nationalsozialisten. Auch die Nationalsozialisten haben sich im Reichstag und außerhalb des Parlaments in der kurzen Zeit seit dem 14. September sehr stark kompromittiert (Uniformrummel im Reichstag, Einschlagen von Fensterscheiben, Dinner *Hitlers* bei dem Bankfürsten *Stauss*, Kriecherei der Naziführer in der englisch-amerikanischen Presse vor dem Auslandskapital, Ablehnung unseres Antrags auf Einstellung der *Young*zahlungen im Preußischen Landtag, Passivität und Bruch ihrer demagogischen sozialen und nationalen Versprechungen während des Wahlkampfes, neue Bluttaten gegen die Arbeiterschaft). Sofort mit einer breiten Entlarvungs- und Diskreditierungsaktion gegen die Nazis einsetzen. Verbinden mit Kampf gegen SPD, die den Faschisten bewußt das Handwerk erleichtert. Ebenfalls einzelne Abgeordnete namhaft machen und vor den Massen diskreditieren. Jedes Sympton der Unzufriedenheit und Enttäuschung, jeden Riß und jede Differenz, jede Oppositionsregung der Anhängermassen sofort mit starkem ideologischen Eingriff ausnutzen und verschärfen. Spezielle Versammlungen (für Mittelstand, Angestellte, Bauern) einberufen und in allgemeinen Versammlungen [Fragen] stellen. Neben dem Nazifaschismus und dem Stahlhelm nicht den Regierungsfaschismus, die faschistische Gefahr in Gestalt der *Brüning*-Regierung außer Acht lassen. Die Nazis als künftige Koalitionspartei, als salonfähige Regierungspartei, als Anwärter der 300 000 zu vergebenden Posten,[3] als neuen Bestandteil des verfaulenden *Young*systems bloßstellen.

3. In ganz Deutschland während der nächsten Wochen 10 000 Versammlungen (öffentliche, Belegschafts-, Erwerbslosen-, Mittelstands-, Bauern-, Parteiversammlungen mit Sympathisierenden und Versammlungen der Massenorganisationen) einberufen, in denen der Kampf gegen Nazis und SPD ideologisch vertieft und unser Freiheitsprogramm[4] auf Grund der neuen Ereignisse verkündet wird. In diesen Versammlungen müssen mindestens 10 000 neue Mitglieder geworben werden. Die Partei stellt sich die Aufgabe der Verdoppelung ihrer Mitgliederzahl bis zum Frühjahr. In den Versammlungen müssen besonders die Vorgänge im Reichstag ausgewertet werden. Die Eigenart der gegenwärtigen Entwicklung bringt es mit sich, daß in einer Situation, wo der Parlamentarismus verfault und niedergeht, die Massen größere Aufmerksamkeit als jemals zuvor auf das Parlament richten. Wir benutzen es als revolutionäre Tribüne, um das bürgerliche System zu untergraben und zu zersetzen, ebenso wie den Reichstag, die Landes- und Kommunalparlamente.

4. Von größter Bedeutung ist der Berliner Metallarbeiterstreik.[5] Er ist von weit höherer Wichtigkeit als Mansfeld und Nordwest.[6] Er ist der größte wirtschaftliche Massenkampf in Deutschland seit den ersten Stabilisierungsmonaten, eine Vorpostenschlacht für das Gesamtproletariat, die größte bisherige Feuerprobe für die RGO.

---

3 Hiermit sind vermutlich Beamtenposten im Staatsapparat gemeint.

4 Gemeint ist die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" vom 24. 8. 1930. Vgl. dazu Dok. 27, Anm. 5.

5 Vom 14.–31. Oktober 1930 streikten in Berlin ca. 100 000 Metallarbeiter gegen einen Tarifschiedsspruch vom 10. Oktober, der Lohn- und Gehaltskürzungen von 6%–8% vorsah. Vgl. *Inprekorr* Nr. 87 vom 17. 10. 1930, S. 2113 f.; GdA S. 268 ff.; Chronik S. 261.

6 Zu den Streiks im Mansfelder Industrierevier und in der nordwestdeutschen Metallindustrie im Juni und Juli 1930 vgl. Dok. 22.

Der Berliner Metallarbeiterstreik ist der Beginn eines Umschwungs der gesamten politischen Entwicklung, der stärkste Vorstoß zur Gegenoffensive gegen Unternehmertum und Faschismus. Die gesamte Partei in ganz Deutschland muß zu seiner Unterstützung mobilisiert werden. Überall Sammelaktionen, nicht nur als finanzielle, sondern als politische Maßnahme durchführen. Kein Metallbetrieb in Deutschland ohne Belegschaftsversammlung für die Solidarität mit den Berliner Metallarbeitern. Ebenfalls alle Gewerkschaftsversammlungen dafür ausnutzen. Überall, und in Betrieben der anderen Industrien Solidaritätsausschüsse als Organe für die Sammelaktion bilden. Eine große Kundgebung der Metallbetriebe, Delegierte bei der Zentralen Streikleitung, Berlin, Elisabethstr. 30, Lokal *Schulz*, anfordern und von dort Finanzierung beschließen, da hier in Berlin jeder Pfennig gebraucht wird, Sympathietelegramme dorthin senden, den politischen Charakter des Streiks als Kampf gegen gesamtes Unternehmertum, *Brüning* und Faschismus, gegen die verräterische reformistische Bürokratie unterstreichen, die führende Rolle der RGO in Verbindung mit den RGI-Beschlüssen und die künftige Herausbildung selbständiger roter Gewerkschaften bei gleichzeitiger verstärkter Massenarbeit innerhalb des ADGB klar herausarbeiten. Die neuen Erfahrungen, die Strategie und Taktik des Berliner Metallarbeiterkampfes zum Aufbau der RGO verwerten.[7]

5. Den Kampfbund gegen den Faschismus[8] bis in die letzte Ortsgruppe, bis in das entlegendste Dorf hinein gründen, aufbauen, im Sturmtempo ausbauen. Der Kampfbund muß zu einer gewaltigen Massenorganisation werden.

SPD-Arbeiter und Reichsbannerproleten herüber ziehen. Rebellierende Naziarbeiter für den Kampfbund zu gewinnen suchen. Christliche Arbeiter nach Möglichkeit einbeziehen. Überall Gründungsversammlungen und Massenaufmärsche in Verbindung mit der allgemeinen politischen Kampagne. Den Gedanken des Kampfbundes in die Betriebe und in die Stempelstellen tragen.

6. Stärkste Belebung und Organisierung der Erwerbslosenbewegung, die in diesem Winter zur zentralen Frage wird. Unter Fortführung der bisherigen Aufgaben – Erwerbslosenpresse, Erwerbslosengruppen der RGO, Erwerbslosenstaffel, Bündnis mit den Betriebsarbeitern, Demonstrationen vor Rathäusern, Gemeindevertretern, Arbeitsämtern u.a. – sind vor allem folgende neue Kampfesmethoden anzuwenden: Überall Aufstellung eines örtlichen und bezirklichen Arbeitsbeschaffungsprogramms nach dem ausgezeichneten Vorbild der Bezirksleitung Wasserkante, deren Arbeitsbeschaffungsprogramm allen Organisationen als Musterbeispiel zugesandt wird.[9] Kampf für dieses Programm in der Erwerbslosenbewegung in Verbindung mit der Forderung des 7-Stundentages bei vollem Lohnausgleich.

Organisierung von bezirks- und gebietsweisen Hungermärschen der Erwerbslosen unter konkreten wirtschaftlichen und politischen Forderungen nach guter, umfassender, wochenlanger Vorbereitung bei Erwerbslosen, Betriebsarbeitern und der gesamten werktätigen Bevölkerung nach dem ausgezeichneten Vorbild des von der

7 Während des Berliner Metallarbeiterstreiks brachte *Die Rote Fahne* täglich Berichte über den Streikverlauf, Anweisungen des Streikkomitees der RGO, Kampfartikel gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, Sympathieresolutionen, Sammelaufrufe und -ergebnisse. Für diesen Zweck wurde die Seite 3 der *Roten Fahne* mit der Überschrift „Streikzeitung der Metallarbeiter" versehen.

8 Vgl. zur Entstehung und Aufgabe des Kampfbundes Dok. 34.

9 Siehe Anlage zum vorliegenden Rundschreiben, Dok. 29a.

Bezirksleitung Ruhrgebiet organisierten Hungermarsches nach Dortmund, dessen Methoden und Lehren alle Parteileitungen eingehend kennen lernen müssen.[10] Überall sofort Forderungen nach Winterbeihilfe aufstellen.

7. In Verbindung mit der Roten Hilfe überall Kundgebungen gegen Klassenjustiz und für Vollamnestie anläßlich der unmittelbar bevorstehenden Freilassung von *Margies* und anderen eingekerkerten Klassenkämpfern durchführen.[11]

8. Anläßlich der furchtbaren Bergwerkskatastrophe bei Aachen[12] überall politische Kundgebungen gegen das mörderische Rationalisierungssystem, Ausbeutung und Scharfmachertum durchführen. Ganz besonders wichtig in allen Bergbaugebieten (Ruhrgebiet, Oberschlesien, Wurmrevier, Mitteldeutschland, Lausitz), verbinden mit bezirklichen, örtlichen, vor allem betrieblichen Forderungen gegen Rationalisierung, für Arbeiterschutz. Hauptlosung: Sofortiger bedingungsloser 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich im Bergbau, für die Wiedereinstellung der Erwerbslosen und Verhütung weiterer Katastrophen infolge mörderischem Rationalisierungstempo. Kuhhandel der Reformisten und demagogische Scheinmanöver des Bergarbeiterverbandes entlarven, dabei betonen, daß auch 7-Stundentag keineswegs ausreicht, sondern Forderung der RGO bleibt 6-Stundentag unter Tage, wie in der Sowjetunion.

9. Stärkere Unterstützung des Jugendverbandes, der während und nach den Wahlen einen erfreulichen Aufschwung nahm. Popularisierung der äußerst wichtigen und erfreulichen Lehrlingsstreiks in Berlin.[13] Breite Propaganda für die in unserer Presse und in der *Jungen Garde* veröffentlichten Jungarbeiterforderungen der Kommunistischen Reichstagsfraktion.[14] Überall Abhaltung von Jugendversammlungen mit größter Unterstützung der Partei.

Das sind die wichtigsten praktischen Aufgaben im gegenwärtigen Moment.

ZK Sekretariat

---

10 Der von der Bezirksleitung Ruhrgebiet vorbereitete Hungermarsch der Erwerbslosen (24. und 25. Oktober 1930) nach Dortmund wurde vom dortigen Polizeipräsidenten *Lübbering* verboten. Die KPD versuchte dennoch ihn durchzuführen, was mit einigem Erfolg gelang. Vgl. *RF* Nr. 247 vom 22. 10.; Nr. 251 vom 26. 10. 1930.

11 Rudolf *Margies*, geb. 1884, im Jahre 1925 im sog. „Tscheka-Prozeß" wegen Beihilfe zum Mord an drei Polizeibeamten zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde nach siebenjähriger Haft im Zusammenhang mit dem Amnestiegesetz von 1930 begnadigt und aus dem Zuchthaus entlassen. Er emigrierte in die UdSSR und wurde Opfer der *Stalin*schen Säuberung. Vgl. *Vorwärts* Nr. 519 vom 5. 11. 1930. *RF* Nr. 258 vom 4. 11. 1930. Zum Prozeß 1925 vgl. *RF* Nr. 91 vom 23. 4. 1925. Der Mopr-Verlag (Internationale Rote Hilfe) gab 1927 eine Broschüre heraus: Staatsanwalt höre: Heraus mit Margies! (32 Seiten). Vgl. auch Margarete Buber-Neumann, Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Stuttgart 1967, S. 184 ff.

12 Eine Schlagwetterexplosion in einer Kohlengrube bei Alsdorf in der Nähe von Aachen forderte am 21. 10. 1930 über 260 Tote und Hunderte von Verletzten. Vgl. *Vorwärts* Nr. 494 vom 21. 10.; Nr. 497 vom 23. 10.; Nr. 502 vom 25. 10. 1930. Zur Reaktion der kommunistischen Presse vgl. *RF* Nr. 247 vom 22. 10. 1930.

13 Während des Metallarbeiterstreiks organisierten KJVD und RGO in zahlreichen Berliner Betrieben Streiks der Lehrlinge, die nach dem Gesetz kein Streikrecht genossen. Vgl. *RF* Nr. 244 vom 18. 10. 1930, S. 4: „Polizeiattacken gegen streikende Lehrlinge."

14 Zur Reichstagseröffnung brachte die Kommunistische Fraktion am 13. und 14. Oktober neben dem Mißtrauensantrag gegen *Brüning* und den Anträgen zur Aufhebung der Notverordnung vom 26. Juli auch Anträge zur Aufhebung des RFB-Verbots, des Verbots der Roten Jungfront sowie der Antifaschistischen Jungen Garde ein. Vgl. *RF* Nr. 240 vom 14. 10. 1930.

29 a.

22. 10. 1930: Anträge zum Arbeitsbeschaffungsprogramm

Anlage zu Nr. 29. Überschrift: „Zum Rundschreiben Nr. 15, 21. Oktober 1930."

W.G.!

Nachstehend übersenden wir Euch die im Rundschreiben Nr. 15 v. 21. 10. unter Absatz 6 „Belebung und Organisierung der Erwerbslosenbewegung" erwähnten Anträge (Arbeitsbeschaffungsprogramm) unserer Bezirksleitung Hamburg zum Steuerprogramm des Hamburgischen Koalitionssenats sowie zur Frage der Arbeitsbeschaffung.

ZK Sekretariat

Die Anträge der Kommunisten

Die Kommunistische Bürgerschaftsfraktion hat für die heutige Bürgerschaftssitzung eine Reihe von Anträgen eingebracht, die alle von dem Grundsatz ausgehen: Die Reichen sollen zahlen!

Das *Hamburger Echo*[1] hat offen erklärt, daß die SPD einen solchen Grundsatz nicht für „durchführbar" hält. Die SPD bezeichnet ähnliche kommunistische Anträge im Reichstag als „irrsinnig" usw. Wir fordern alle sozialdemokratischen Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, sorgfältig zu prüfen, ob die kommunistischen Anträge durchführbar sind oder nicht. Wir fordern sie auf, genau darauf zu achten, wie sich die sozialdemokratische Fraktion und die anderen Fraktionen des Koalitionssenats zu diesen Anträgen verhalten werden.

Die kommunistischen Anträge, die gestellt wurden im Interesse der werktätigen Massen, denen jetzt neue Millionenlasten aufgebürdet werden sollen, haben folgenden Wortlaut:

Statt Raub an den Werktätigen – Belastung der Reichen.

Antrag

Die Bürgerschaft beschließt:

1. Die Ablehnung der im Senatsantrag Nr. 212 unter den Ziffern 2 und 3 als Deckungsvorschläge beantragten Steuergesetze und der Entnahme von 8,5 Millionen Mark Wohnungsbaumittel der Beleihungskasse.

2. Den Senat zu ersuchen, der Bürgerschaft unverzüglich Gesetzentwürfe vorzulegen, die folgendes vorsehen:

1. Eine Sondersteuer für Millionäre, die alle Vermögen über 500000 einer einmaligen Steuer in Höhe von 10% unterwirft.

2. Eine Besteuerung der Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen in Höhe von 10% der Ausschüttung.

3. Eine Sondersteuer auf die Aufsichtsratstantiemen und ähnliche Vergütungen in Höhe von 20%.

1 Sozialdemokratische Tageszeitung in Hamburg.

4. Eine Sondersteuer für die großen Einkommen über 50 000 Mark jährlich in Höhe von 5%.

5. Die Aufhebung der jährlichen 14 Millionen Mark Hauszinssteuerüberweisungen an die Hausbesitzer, die 1914 geringere Hypothekenbelastung als ortsüblich hatten.

6. Die Herabsetzung der 8000 Mark übersteigenden Gehälter der Beamten und Angestellten der Behörden, staatlichen Betriebe, öffentlichen Einrichtungen und gemischt-wirtschaftlichen Betriebe auf 8000 Mark, sowie die Festsetzung der Höchstpensionen auf 6000 Mark jährlich.

Antrag

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Beleihungskasse anzuweisen, die im Senatsantrag Nr. 212 unter Ziffer 3 bezeichneten 8,5 Millionen Mark aus den laufenden Einnahmen der Hamburgischen Beleihungskasse für die Herabsetzung der für Arbeiter, Angestellte und andere Beamte viel zu teuren Neubauwohnungsmieten zu verwenden.

Die gesamte Hauszinssteuer für Wohnungsbau!

Antrag

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, unter Berücksichtigung der großen Erwerbslosigkeit der Bauarbeiter sowie der 54 000 Wohnungssuchenden in Hamburg, das gesamte Aufkommen der Hauszinssteuer restlos für den Wohnungsbau zu verwenden.

Antrag

Die Bürgerschaft ersucht den Senat um die unverzügliche Vorlage eines Gesetzes, das die kleinen Gewerbetreibenden mit einem Gewerbeertrag bis zu 5000 Mark von der Gewerbesteuer befreit.

Hilfe für die Gemüsebauern und Kleinfischer!

Antrag

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, den Städten und Gemeinden im hamburgischen Staatsgebiet zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie zur zinslosen Kreditgewährung an kleine Gemüsebauern und Pächter, Kleingewerbetreibende und Kleinfischer das örtliche Steueraufkommen voll zu überweisen.

Arbeit genug – wenn man nur will!

Antrag

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr zur Behebung der ungeheuren Erwerbslosigkeit schnellstens Anträge vorzulegen, die die Durchführung folgender Arbeiten vorsehen:

1. Die Erweiterung des hamburgischen Verkehrsnetzes durch den Bau der Hoch- und Untergrundbahnlinien nach dem Freihafen, nach Hamm-Horn und der Verbindungsstrecke Schlump-Jungfernstieg.

2. Den Bau des Köhlbrand-Tunnels.

3. Auf 4 Jahre verteilt die Erstellung von 60000 Wohnungen zu Mieten bis zu 40 Mark monatlich.

4. Den Bau von weiteren 6 Volks- und Berufsschulen für die zum Unterricht nicht mehr brauchbaren Schulbauten in Hamburg, sowie den Ersatz der abgängigen Schulen im Landgebiet.

5. Den Bau von 5 Volkshäusern in den dichtbevölkerten Arbeiterstadtteilen Hamburgs.

6. Den Neubau der Straßen, die bei Durchführung des Wohnungsbauprogramms in den nächsten 5 Jahren erforderlich sind.

7. Den Bau eines neuen Krankenhauses.

8. Die Durchführung des Bauprogramms der Jungbehörde in Wulfdorf.

9. Den Bau eines Kanals von Tiefstak nach Bergedorf.

10. Den Bau einer Autostraße von Hamburg nach Bergedorf und Vierlanden.

11. Die Durchführung der Kanalisation in Geesthacht.

Zu dem Ertrag, der bei Annahme der kommunistischen Anträge aufkommen würde, nur folgende Erläuterungen:

Am 31. Dezember 1923 (also nach der Goldmarkstabilisierung) gab es nach der Vermögenssteuerstatistik von 1924 im Hamburger Staatsgebiet 481 Personen mit Vermögen von über 500000 Mark. Diese 481 Personen, unter denen sich 158 Millionäre befanden, besaßen ein Gesamtvermögen im Betrage von 537 Millionen Mark.

Nach dem Antrag der KPD-Fraktion würde der Ertrag der Millionärssteuer allein nach dem Stand von 1924 53,7 Millionen Mark betragen.

Inzwischen ist natürlich das Vermögen der Wenigen auf Kosten der Allgemeinheit weiter gewachsen.

Nach der Einkommenssteuerveranlagung von 1925 gab es 690 Personen mit einem Einkommen über 50000 Mark. Diese 690 Personen zahlten zusammen 20600000 Mark Steuern. Diese Steuersumme entspricht einem jährlichen Einkommen von mindestens 120 Millionen Mark.

Die fünfprozentige Sondersteuer nach dem Antrag der KPD würde also 6 Millionen Mark zu Gunsten der sozialen Ausgaben ergeben.

Ist das durchführbar oder nicht, werktätige Wähler Hamburgs? Wollt Ihr solche Maßnahmen oder wollt Ihr von Euren Hungerlöhnen und Hungergehältern noch mehr Abgaben und Steuern leisten? Prüft das Verhalten und Ihr seht, daß einzig und allein die Kommunistische Partei die Interessen aller Arbeiter und aller werktätigen Schichten vertritt. Jeder einzelne kommunistische Antrag ist der Beweis dafür. Die KPD wird die bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie zwingen, ihre Arbeiterfeindlichkeit erneut unter Beweis zu stellen.

Die KPD stellt also der Raubvorlage des Senats, die eine Belastung der werktätigen Massen um 27 Millionen Mark bedeutet, ein Programm zur Belastung der Besitzenden, der Reichen entgegen, das folgenden Ertrag bringen würde:

53,7 Millionen aus der Millionärssteuer
6 Millionen aus der Steuer für die großen Einkommen

14 Millionen aus der Streichung der Zuweisung von Hauszinssteuer an wohlhabende Grundbesitzer
2 Millionen mindestens durch den Abbau der riesigen Gehälter.

Insgesamt also 75,7 Millionen durch Belastung der Reichen, zur Vermeidung weiterer Massenbelastung, zur Sicherung der Wohlfahrts- und der Arbeitslosenunterstützung und zur Schonung der werktätigen Mittelschichten.

30.

30. 10. 1930: Anweisungen der Orgabteilung an die Bezirke

BA R 134, Bd. 61, S. 122–131 und StA Bremen, 4, 65 – II A 12a, Bd. 28; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/26. 11. Überschrift: „Anlage[1] zum Wochenrundschreiben des ZK. Anweisungen der Orgabteilung."

1. Sicherung der Parteiarbeit
2. Werbeaktion der Partei
3. Werbeaktion der Massenorganisationen
a) RGO
b) Kampfbund gegen Faschismus
c) übrige Massenorganisationen
4. Reichskongreß werktätiger Frauen
5. Bezirkskonferenz der ARSO
6. Resolutionen des Polbüros des ZK

Zu 1: Sicherung der Parteiarbeit

Die zunehmende Verschärfung der Wirtschaftskrise und die damit verbundene fortschreitende Zuspitzung der politischen Situation zwingt die Partei, mit der größten Beschleunigung und mit der größten Entschiedenheit alle Maßnahmen durchzuführen, die geeignet sind, die Schlagkraft der Partei unter allen Umständen zu gewährleisten und zu steigern.

Wenn auch das beste Mittel gegen das drohende Verbot der Partei und der mit uns sympathisierenden Massenorganisationen eine immer tiefere Verankerung der Partei und dieser Organisationen in den Massen und die Mobilisierung aller Werktätigen für Wirtschafts- und politische Massenkämpfe ist, sind wir doch gleichzeitig verpflichtet, alle Vorbereitungen zu treffen, die es uns ermöglichen, auch unter diesen schwierigen Bedingungen unsere politischen und organisatorischen Aufgaben restlos zu erfüllen. Dazu ist zunächst erforderlich eine tiefgehende ideologische Durcharbeitung der Partei und unserer Fraktionen in den überparteilichen Massenorganisationen, um alle Parteimitglieder ideologisch auf die Arbeit unter den schwersten Bedingungen vorzubereiten. Die Bezirksleitungen werden deshalb angewiesen, in der Woche vom 10. bis 17. November in allen Zellen und Fraktionen Versammlungen durchzufüh-

1 Vermutlich zum Rundschreiben Nr. 16 des Sekretariats mit gleichem Datum. Rundschreiben Nr. 15 (Dok. 29) ist vom 21. Oktober, Rundschreiben Nr. 17 (Dok. 31) ist datiert auf den 15. November 1930. Das dazwischen liegende Rundschreiben Nr. 16 konnte nicht ermittelt werden.

ren, die sich lediglich mit dieser Frage beschäftigen. Als Grundlage für die Referate, die in diesen Versammlungen gehalten werden sollen, geht den Bezirken in den nächsten Tagen ein Referentenmaterial zu, das von den Bezirksleitungen sofort allen Zellen und Fraktionen zugestellt werden muß.[2] Die Bezirksleitungen sind verpflichtet, das Stattfinden dieser Zellen- und Fraktionssitzungen genau zu kontrollieren. Bis spätestens zum 20. November muß die Orgabteilung der Bezirksleitungen einen ziffermäßigen Bericht an die Orgabteilung des ZK übermitteln, der enthalten muß:

a) die Anzahl der Zellen und Fraktionen, in denen diese Frage besprochen wurde;

b) wie groß die Teilnehmerzahl in diesen Versammlungen war;

c)welche neuen Vorschläge für diese Arbeiten in den einzelnen Versammlungen gemacht wurden.

Gleichzeitig sind die Bezirksleitungen verpflichtet, sofort mit sämtlichen Bezirksfraktionsleitungen der Massenorganisationen und mit den Redaktionen eine Aussprache über diese Fragen herbeizuführen. In dieser Aussprache sind alle Genossen zu verpflichten, fortlaufend in ihrer Presse (Parteipresse, Zeitungen der Massenorganisationen) und in ihren Materialien diese Frage zu behandeln. Alle schriftstellerisch befähigten Genossen und Genossinnen sollen zu dieser Arbeit herangezogen werden. Die Abfassung der Kurzartikel, Notizen und Feuilletons muß natürlich so geschehen, daß sie ohne Gefährdung der Presse veröffentlicht werden können. Sie müssen also vor der Veröffentlichung schärfstens kontrolliert werden. Es ist deshalb in jeder Bezirksleitung ein Genosse zu bestimmen, an den die Berichte zur Überprüfung abzuliefern sind. Von allen Berichten, gleichgültig, ob sie in der Presse veröffentlicht werden oder nicht, ist eine Abschrift an die Orgabteilung des ZK einzusenden, die ihrerseits für die Auswertung im Reichsmaßstabe Sorge tragen wird. Ferner müssen in allen Schulen und Kursen diese Fragen eingehend behandelt werden. Wir erwarten, daß diese Arbeiten sofort in Angriff genommen werden.

Zu 2: Werbeaktion der Partei

Leider muß festgestellt werden, daß die vom Zentralkomitee beschlossene umfassende Werbekampagne für die Partei und die Parteipresse zur Verdoppelung der Mitglieder und Abonnenten[3] keineswegs mit der notwendigen Energie und Tatkraft durchgeführt wird. Im besonderen ist die Unterstützung der Werbekampagne durch die Parteipresse absolut ungenügend. Wir machen die Bezirksleitungen erneut auf das gesteckte Ziel für die einzelnen Monate aufmerksam und fügen hinzu, daß das gesteckte Ziel unter allen Umständen erreicht werden muß. Sollte sich bei der Überprüfung der Abrechnungen der einzelnen Bezirke herausstellen, daß der Beschluß des ZK mißachtet wurde, oder, daß nicht alles geschah, um ihn durchzuführen, wird das Zentralkomitee gezwungen sein, die verantwortlichen Genossen zur Rechenschaft zu ziehen. Es geht nicht an, ernste Beschlüsse der Partei zu mißachten. Die objektiven Vorbedingungen für die Erreichung des gesteckten Zieles sind absolut gegeben, so daß es von jedem Bezirk ohne weiteres erreicht werden kann. Wir schlagen den Bezirksleitungen vor, sofort das bisherige Werbeergebnis zu überprüfen und es zum Gegenstand einer ausgiebigen Aussprache in einer gemeinsamen Sitzung des Sekretariats und der Redaktion zu machen. Selbstkritische

2 Dieses Referentenmaterial ließ sich nicht ermitteln.

3 Vgl. zu dieser Werbekampagne Dok. 27, zum Ergebnis Dok. 38.

Bemerkungen zum bisherigen Werbeergebnis müssen in der Parteipresse veröffentlicht und so die gesamte Partei angespornt werden, die Aktivität zu vergrößern. In den Redaktionen muß ein Genosse speziell mit der Führung der Werbekampagne in der Presse beauftragt werden. Dieser muß vor allem darauf achten, daß gute Werbebeispiele sowie neue Erfahrungen, die die einzelnen Genossen, Zellen oder auch Ortsgruppen in der Werbeaktion machten, fortlaufend veröffentlicht werden. Abschlüsse von Wettbewerben zwischen den einzelnen Zellen der Ortsgruppen, sowie Beispiele über gute Erfolge von Stoßkolonnen in der Werbeaktion, sind außerdem sofort zur Auswertung für das ganze Reich an die Orgabteilung des ZK einzusenden.

Zu 3: Werbeaktion der Massenorganisationen

Hand in Hand mit der Werbeaktion für Partei und Presse sind auch alle Massenorganisationen zentral verpflichtet worden, zur Auswertung des Wahlergebnisses eine intensive Werbeaktion durchzuführen. In erster Linie steht:

a) die Werbung zur Verstärkung der RGO

Es ist natürlich klar, daß eine umfassende Stärkung der RGO in den Betrieben und auf den Stempelstellen nur möglich ist, wenn die Betriebszellen und die Fraktionen an den Stempelstellen wirklich funktionieren. Es ist deshalb erforderlich, daß die bestehenden Betriebszellen und die Fraktionen an den Stempelstellen überprüft und aktiviert werden.

Darüber hinaus müssen auch in den übrigen Betrieben in Verbindung mit den bestehenden Lohn- und Arbeitszeitkämpfen, oder Kämpfen um betriebliche Forderungen, sowie in Verbindung mit der Massenmobilisierung zu den bevorstehenden Betriebsrätewahlen ernsthafte Maßnahmen eingeleitet werden, um Betriebszellen zu schaffen. Wir haben bereits im letzten Zellenbrief besonders auf diese wichtige Aufgabe hingewiesen.[4] Sowohl die Bezirksleitungen, wie die Leitungen der unteren Organisationen müssen hier einen klaren Plan aufstellen, an dessen Durchführung sofort heranzugehen ist. Es muß der Partei und den bestehenden RGO-Organisationseinheiten gelingen, in den nächsten Monaten die RGO zu einer wirklich breiten Massenbewegung auszubauen.

Gleichzeitig ist der Bestand unserer Fraktionen in den reformistischen Gewerkschaften zu überprüfen und zu ergänzen. Die Fraktionsorganisierung in den christlichen Gewerkschaften ist ernsthaft einzuleiten und die Arbeit in Angriff zu nehmen. Auf der ganzen Front muß der Kampf der RGO um die breiten Massen eingeleitet und von der Partei auf das Tatkräftigste unterstützt werden.

b) Kampfbund gegen den Faschismus

Die Organisierung des Kampfbundes gegen den Faschismus weist[5] gleichfalls noch große Mängel auf. Hier werden noch längst nicht alle Möglichkeiten ausgenützt. Es muß in den nächsten Wochen auch auf diesem Gebiet die größte Initiative entfaltet werden. Im besonderen sind die Bezirksleitungen verpflichtet, sofort die kommunistischen Fraktionen der provisorischen Bezirksverbandsleitungen zu überprüfen und so

4 Anfang Oktober verschickte das ZK einen Brief an „alle Betriebszellen und Ortsgruppen". Vgl. StA Bremen, 465-IIA 12a, Bd. 28.

5 Vgl. zu dem auf Initiative der KPD am 28. September 1930 in Berlin gegründeten Kampfbund gegen den Faschismus unten Dok. 34.

zu ergänzen, daß sie wirklich arbeitsfähig werden. Soweit aus den Bezirken noch keine Adressen an die Reichsleitung gemeldet sind, muß es sofort nachgeholt werden. Material (Mitgliedsbücher, Marken, Aufnahmescheine usw.) sind bei der Reichsleitung anzufordern.

Aufgrund der ungenügenden Kontrolle der Kommunistischen Fraktionen im Kampfbund gegen den Faschismus sind eine Anzahl falscher Maßnahmen durchgeführt worden, die den Bestand der Organisation gefährden. Wir verweisen deshalb erneut auf die Richtlinien und Statuten der Reichsleitung, in denen die Aufgaben des Kampfbundes gegen den Faschismus genau umrissen sind. Darüber hinaus müssen selbstverständlich die Bezirksleitungen darauf achten, daß die Bezirks-Verbandsfraktionsleitungen den unteren Organisationen fortlaufend Richtlinien über ihre politische Arbeit zugehen lassen. Nur dadurch, daß wir allen Fraktionen im Kampfbund gegen den Faschismus eine klare politische Direktive geben, lassen sich solche Vorkommnisse vermeiden.

c) Übrige Massenorganisationen

Die Werbekampagne der übrigen mit uns sympathisierenden proletarischen Massenorganisationen sind, soweit es irgend möglich ist, tatkräftig zu unterstützen, vor allem auch durch die Parteipresse. Die Bezirksleitungen müssen verstehen, durch ständige Aussprachen mit den Bezirksfraktionsleitungen Differenzen zwischen den einzelnen Organisationen zu vermeiden und einen Wettbewerb zwischen ihnen zu organisieren. Das gleiche trifft zu für die Sammelkampagne der einzelnen Organisationen. Auch hier müssen durch die Ausarbeitung gemeinsamer Richtlinien Differenzen von vornherein unterbunden werden. Die Bezirksleitungen müssen erreichen, daß auch die Massenorganisationen in ihrer Werbe- und Sammeltätigkeit die größte Aktivität entfalten.

Die Universum-Bücherei für alle,[6] die in den ersten Jahren ihres Bestehens mit ihren Büchern erfolgreich in weite Kreise parteiloser Massen vorgedrungen ist, wird im kommenden Jahre eine großzügige Erweiterung ihres Programms in politisch-theoretischer und wirtschaftlich-wissenschaftlicher Richtung vornehmen.

Diese programmatische kulturpolitische Wendung der Universum-Bücherei ist zu einer politischen Notwendigkeit geworden. Die „linken" Sozialdemokraten um die Zeitschrift *Klassenkampf*[7] gründen neben der SPD-Buchgemeinschaft „Bücherkreis", die sich nur mit literarischer Produktion befaßt, eine neue Buchgemeinschaft,

6 Die zum sog. *Münzenberg*-Konzern gehörende „Universum-Bücherei für Alle" wurde 1926 gegründet. Sie unterhielt in Berlin zahlreiche Lesestuben und Leihbibliotheken, in denen sie vor allem Literatur marxistischer Schriftsteller verbreitete. Mitglieder erhielten für einen Monatsbeitrag von 1 RM vierteljährlich ein Buch eigener Wahl und die Zeitschrift *Das Magazin für Alle*. Leiter der Universum-Bücherei war der kommunistische Schriftsteller Otto *Katz (Simone)*. Im Jahre 1931 hatte die Universum-Bücherei rund 40 000 Mitglieder. Vgl. Babette Gross, Willi Münzenberg. Eine politische Biographie. Stuttgart 1967, S. 226 f.

7 *Der Klassenkampf*, seit 1927 in Berlin erscheinende sozialdemokratische Halbmonatsschrift, herausgegeben von Max *Adler*, Kurt *Rosenfeld*, Max *Seydewitz* und Heinrich *Ströbel*. Im September 1928 erfolgte der Zusammenschluß mit Paul *Levis Sozialistische Politik und Wirtschaft*. *Levi* wurde bis zu seinem Tod 1930 Mitherausgeber der Zeitschrift, die als *Der Klassenkampf. Sozialistische Politik und Wirtschaft* Sprachrohr der linken Opposition in der SPD war. Nach Gründung der SAP 1931 wurde *Der Klassenkampf* Diskussionsorgan der neuen Partei, als Organ der restlichen Linken in der SPD kam ab November 1931 die *Marxistische Tribüne* heraus.

die speziell theoretische, politische und wirtschaftliche Werke herausgeben will.[8] Außerdem experimentiert die „Büchergilde Gutenberg"[9] in derselben Richtung. Sie hat als ersten Versuch „*Pokrowski*, Geschichte Rußlands"[10] herausgebracht und wird ihr bisher rein literarisches Programm erweitern, wenn dieser Band einschlägt.

Die Aufgabe der Partei besteht darin, die Beeinflussung der Arbeitermassen mit pseudomarxistischer Literatur abzuwehren und die Herausgabe der politisch-theoretischen und politisch-wissenschaftlichen Werke durch die Universum-Bücherei mit allen Kräften zu unterstützen. Die Universum-Bücherei ist die einzige proletarische Buchgemeinschaft, für die auch in den Kreisen der Parteigenossen eine rege Propaganda entfaltet werden muß. Neben den zahlreichen, bisher fast ausschließlich literarischen Werken sind bisher bereits 4 Bände der gesamten Werke *Franz Mehrings* in der Universum-Bücherei erschienen[11] und das populär geschichtliche Werk von *Beer* „Allgemeine Geschichte des Sozialismus"[12] soll im ersten Quartal des Jahres 1931 die Reihe dieser politisch-theoretischen Werke fortsetzen.

Für das Jahr 1931 wird die Herausgabe einer *Marx-Engels*-Volksausgabe vorbereitet, die voraussichtlich 20 Bände umfassen wird und die an die Mitglieder der Universum-Bücherei zum Preise von je 3.– Mark abgegeben werden sollen.

Wir ersuchen die Bezirksleitungen, in den Orten, wo bereits Zahlstellen der Universum-Bücherei bestehen, mit diesen Zahlstellenleitern, soweit sie Parteigenossen sind, direkt, sonst über die Kulturorganisationen Verbindung aufzunehmen und eine Aussprache über den Ausbau dieser Zahlstellen mit den zuständigen Zahlstellenleitern der Universum-Bücherei herbeizuführen.

Zu 4: Reichskongreß werktätiger Frauen

Die Vorbereitung für den Reichskongreß werktätiger Frauen, der am 22. und 23. November stattfindet,[13] sind keineswegs so durchgeführt, wie das auf Grund der objektiv günstigen Situation möglich ist. Die Bezirksleitungen müssen deshalb noch alle Anstrengungen machen, um möglichst viele Delegiertinnen, insbesonders in den Betrieben und in neuen Frauenschichten (Angestellte usw.) wählen und von ihnen finanzieren zu lassen. Mit den Bezirksfraktionsleitungen der überparteilichen Massenorganisationen soll verhandelt werden, so daß auch sie eine gewisse Anzahl Delegiertinnen zum Reichskongreß entsenden und finanzieren. Der Reichskongreß

8 Gemeint ist die „Marxistische Büchergemeinde", die ab Anfang 1931 die „Roten Bücher" herausgab, u. a. „Das rote Gewerkschaftsbuch", „Die Krise des Kapitalismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse" und „Unsere Stellung zu Sowjet-Rußland".

9 Die „Büchergilde Gutenberg" wurde 1924 auf Initiative des Bildungsverbandes der deutschen Buchdrucker gegründet. Ziel war die Herstellung preiswerter Bücher für die arbeitende Bevölkerung.

10 In der Vorlage steht „Petrowski", offensichtlich ist aber das sowjetische Standardwerk M. Pokrowski, Geschichte Rußlands, gemeint, das 1929 im Verlag Hirschfeld, Leipzig, herausgekommen war. Vgl. Klaus Mehnert (Bearb.), Die Sovet-Union. 1917–1932. Systematische mit Kommentaren versehene Bibliographie. Königsberg 1933, S. 18.

11 Von Franz *Mehring* erschienen in der Universum-Bücherei bis Oktober 1930: Band 1: Von Calderon bis Heine. Band 2: Von Hebbel bis Gorki. Band 3: Preußische Geschichte bis Jena. Jeder Band kostete 5 RM (vgl. *Magazin für Alle* 5. Jg. Heft 10, Oktober 1930, S. 31).

12 Max Beer, Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe. Mit Ergänzungen von Hermann Duncker. Berlin 1931 (Neudruck Erlangen 1971).

13 Vgl. zur Vorbereitung des Kongresses oben Dok. 27 b, Anm. 2.

werktätiger Frauen kann nur dann seine Aufgabe erfüllen, wenn er wirklich breite Frauenmassen, vor allem Arbeiterinnen und Delegiertinnen aus neuen Frauenschichten umfaßt. Die Sekretariate der Bezirksleitungen müssen energischer als bisher die Arbeiten der Frauenabteilung kontrollieren und ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Wir erwarten, daß dieser Hinweis genügt, um die BL zu veranlassen, auf diesem Gebiete Versäumtes nachzuholen.

Zu 5: Bezirkskonferenzen der ARSO

Bereits vor Wochen haben wir in einem Sonderrundschreiben darauf hingewiesen, daß in der zweiten Hälfte des Monats November in allen Bezirken ARSO-Konferenzen stattfinden sollen.[14] Die Materialien zur Vorbereitung sind den Bezirksausschüssen der ARSO vom Reichsausschuß übermittelt worden. Da aber in einzelnen Bezirken die Bezirksausschüsse noch außerordentlich schwach arbeiten, werden wir nur dann zu wirklich guten ARSO-Konferenzen kommen, wenn sich die Bezirksleitung der Partei ernsthaft darum kümmert. Wir ersuchen Euch deshalb dringend, sofort eine Aussprache mit dem Bezirksausschuß oder – falls ein solcher nicht besteht – mit den Genossen, die in den der ARSO angeschlossenen Organisationen an verantwortlicher Stelle arbeiten, herbeizuführen und die Organisierung der ARSO-Konferenz gründlich mit ihnen zu besprechen. Die Bezirkskonferenzen werden nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn alle sozial-politischen Organisationen: Krankenkassen usw. sowie eine große Anzahl von Betriebsräten, RGO-Anhängern usw. auf ihnen vertreten sind. Angesichts der ständig wachsenden sozialpolitischen Reaktion ersuchen wir, den Vorbereitungsarbeiten, sowie der Durchführung der ARSO-Konferenz die größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Zu 6: Resolution des Polbüros des ZK

In diesen Tagen gehen allen Bezirksleitungen die gedruckten Resolutionen des Polbüros des ZK zu, die als Beilage für die Bezirks-Mitteilungsblätter gedruckt worden sind.[15] Ursprünglich war beabsichtigt, den Bezirken Matern zur Verfügung zu stellen. Aus Ersparnisgründen sind jetzt die Resolutionen zentral gedruckt worden, so daß sie den Bezirks-Mitteilungsblättern beigelegt werden müssen. Die Bezirke, in denen ein Mitteilungsblatt bisher noch nicht erscheint, müssen die Resolutionen direkt an die Mitglieder zur Verteilung bringen. Die Höhe der Auflage ist so bemessen, daß restlos allen Mitgliedern der Partei die Resolutionen ausgehändigt werden können.

Mit kommunistischem Gruß!
ZK. Org.

14 Dieses Sonderrundschreiben zu den Bezirkskonferenzen der Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Organisationen (ARSO) liegt nicht vor. Zur ARSO vgl. Dokument Nr. 3, Anm. 1.

15 Es ließ sich nicht ermitteln, welche Resolutionen des Polbüros gemeint sind. Vielleicht handelt es sich um die Resolution „Zum V. Weltkongreß der RGI" (August 1930), unbekannten Datums. Sie ist zu finden in Records T 175, 322, 2824761–2824766. Vgl. auch Dok. 31, Anm. 9.

31.

15. 11. 1930: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen

BA R 134, Bd. 81, S. 38–77 und StA Oldenburg, Bestand 136, Nr. 2888, fol. 508–526v; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/4. 12. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 17. Anweisungen des Sekretariats. An die Bezirksleitungen!"

An der im Rundschreiben des Sekretariats vom 21. Oktober 1930 gekennzeichneten politischen Gesamtlage und den wichtigsten Aufgaben der Partei hat sich in der Zwischenzeit prinzipiell nichts geändert.[1] Der Faschismus bleibt der Hauptfeind der Partei im Klassenkampf, die Sozialdemokratie der Hauptfeind innerhalb des Proletariats.

Es muß mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß die Aktivität der Gesamtpartei nicht den ungeheuer großen Anforderungen entspricht, die von der heutigen Situation an sie gestellt werden. Wenn man die Frage stellt: „Ist uns der Wahlsieg vom 14. September gut bekommen?", so muß man darauf erwidern, daß erst die jetzige und künftige Arbeit der Partei hierauf die Antwort erteilen soll. Jede Tendenz der Erlahmung, des selbstzufriedenen Sichausruhens auf den „Lorbeeren" des 14. September oder des fatalistischen Sichabfindens mit der faschistischen Diktatur als unvermeidliche Tatsache muß rücksichtslos bekämpft werden. Die völlig unzureichende Werbearbeit für Partei und Presse muß sofort auf das Höchstmaß gesteigert werden.

Die wichtigste Aufgabe ist gegenwärtig die Eröffnung eines ideologisch-politischen Trommelfeuers gegen den deutschen Faschismus, vor allem gegen die nationalsozialistische Bewegung. Den Nazis darf keine Zeit zur Umgruppierung ihrer Kräfte, zum Atemholen, zur Einstellung auf ihre neuen Aufgaben als künftige Regierungspartei gelassen werden. Was uns fehlt, sind weniger „neue Losungen" als vielmehr die Entlarvung der Nazis an konkreten Tatsachen, an jeder einzigen Verräterei gegen die nationalen und sozialen Interessen des arbeitenden Volkes, die sie täglich innerhalb und außerhalb des Parlaments begehen. Alle Organisationen müssen die außerparlamentarischen Vorbereitungen zu einer riesigen Massenkampagne gegen das *Brüning*- und *Young*system anläßlich der bevorstehenden Dezembertagung des Reichstags[2] treffen. Die endgültige Annahme der Notverordnung, die Durchführung der Raub- und Elendsmaßnahmen gegen das werktätige Volk steht jetzt auf der Tagesordnung. Im Reichstag und außerhalb des Parlaments werden sowohl die Sozialdemokraten als auch die Nationalsozialisten im Dienste der Regierung *Brüning*, im Dienste des *Young*plans den Hungerkurs unterstützen. Unsere Aufgabe ist es, die Tatsache vor der ganzen Masse der Werktätigen in Tausenden von Versammlungen, in jeder einzigen Nummer jeder kommunistischen Zeitung aufzudecken. Unsere Aufgabe ist es, die „oppositionelle" Maske herunterzureißen, unter der sowohl Sozialdemokraten als [auch] Nationalsozialisten ihren neuen Verrat verdecken werden.

Im Kampf gegen die Nationalsozialisten ist es besonders wichtig, alle Argumente der internationalen Politik einzusetzen, die unseren Feldzug erleichtern. Besondere Aufmerksamkeit ist auf den Niedergang des italienischen Faschismus, die Wirt-

1 Vgl. oben, Dok. 29.

2 Der Reichstag trat vom 3.–6. Dezember 1930 zusammen. Vgl. Horkenbach 1930, S. 340 f.

schaftskrise, den Lohnabbau, die Erwerbslosigkeit im „dritten Reich" *Mussolinis* zu richten. Soweit wir nicht über eigenes Informationsmaterial aus Italien verfügen, sind die Mitteilungen der sozialdemokratischen und linksbürgerlichen Presse zu übernehmen und entsprechend auszuwerten. Auch die österreichischen Erfahrungen, welche die Schwäche des Masseneinflusses der Faschisten bei einer gleichzeitigen Stärkung ihrer reaktionären Gewaltmaßnahmen zeigen, müssen ausgenutzt werden.

Gleichzeitig müssen wir in Tausenden Versammlungen und in jeder einzigen Nummer jeder kommunistischen Zeitung mit größter Kraft eine umfassende, wirksame, zündende Massenpropaganda für die Sowjetunion, für die Erfolge des Sozialismus, für den Aufstieg der Arbeiterklasse unter der proletarischen Diktatur entfalten, die vorhandenen Schwierigkeiten schildern und erklären, aber vor allem auf die grandiosen Erfolge des sozialistischen Aufbaues hinweisen (Siebenstundentag, Beseitigung der Erwerbslosigkeit, Getreideüberfluß, Neubauten von Großbetrieben, Fehlen jeder Stillegung und Massenentlassung, Wohnungsbau, Steigerung des Reallohnes, Kollektivierung des Dorfes, Hebung der Bauernschaft).

Die Sowjetunion ist das einzige Land der Welt ohne faschistische Gefahr, ohne Faschismus, ohne Faschisten. Die entschlossenen Maßnahmen der GPU[3] gegen die kapitalistischen Agenten, Schädlinge und Saboteure gegenüber dem bürgerlichen Terrorgeschrei müssen wir freudig verteidigen und popularisieren. Die Erfolge der Sowjetunion sind nur denkbar infolge der streng, unerbitterlich durchgeführten leninistischen Parteilinie unter Führung des Genossen *Stalin*. Die Opportunisten aller Schattierungen in der KPdSU, sowohl die rechten *Bucharin*-Anhänger als auch die konterrevolutionären „linken" Trotzkisten haben sich zu einer gemeinsamen antibolschewistischen Opposition, dem sogenannten „rechtslinken" Block gegen die Parteilinie zusammengeschlossen. Zu diesem prinzipienlosen Block gehört seit letzter Zeit auch die ultralinke Gruppe *Lominadse-Schatzkin*[4] die in ihrer Plattform am Erfolg des sozialistischen Aufbaues zweifelt, Fünfjahresplan und Kollektivisierung als „überstürzt" erklärt und gegen die Parteiführung die trotzkistische Beschuldigung des „Bürokratismus" erhebt.

Die Sowjetunion ist das einzige Land, das infolge der sozialistischen Wirtschaftsstruktur und der proletarischen Staatsordnung von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, vom Niedergangsprozeß des Kapitalismus, von der Erschütterung der Staatsmacht in allen Ländern der Bourgeoisie und der politischen Krise in diesen Ländern verschont bleibt. Um so größer wird die Kriegsgefahr, die Interventionspolitik der Imperialisten (Kirchenhetze, „Blockade, Verleumdungskampagne der Sozialdemokratie").

---

3 GPU, Gossudarstwennoje Polititscheskoje Uprawlenije = Staatliche Politische Verwaltung, Name der sowjetischen politischen Geheimpolizei 1922–1934.

4 Nach der Ausschaltung der Rechten Opposition unter *Bucharin* 1929 gab es 1930 neue, gegen die *Stalin*-Führung gerichtete, geheim organisierte Fraktionen unter *Syrzow* sowie der früheren kommunistischen Jugendführer *Lominadse* und *Schatzkin*. Am 1. Dezember 1930 wurden *Syrzow* und *Lominadse* aus dem ZK der KPdSU und *Schatzkin* aus der Kontrollkommission ausgeschlossen. Vgl. *Inprekorr* Nr. 103 vom 2. 12. 1930, S. 2545 f. *Bucharin* hatte bereits am 20. November 1930 eine Erklärung gegen alle Abweichungen abgegeben (*Inprekorr* Nr. 99 vom 21. 11. 1930, S. 2437), die von einigen sowjetischen Zeitungen (ähnlich der Tendenz im vorliegenden Rundschreiben) angegriffen wurde, doch mißbilligte das ZK der KPdSU diese Kritik (*Inprekorr* Nr. 101 vom 28. 11. 1930, S. 2498).

Indessen schreitet die Krise in den kapitalistischen Ländern unausgesetzt fort. In Amerika sind alle Versuche *Hoovers* und der Unternehmer, die Krise aufzuhalten, gescheitert. Produktionsrückgang und Erwerbslosigkeit nehmen zu. Nicht anders steht es in Europa. Das kapitalistische Frankreich, das noch bis vor kurzem „immun" gegenüber den tieferen Krisenerscheinungen dastand, wird in den allgemeinen Strudel hineingerissen, wie die ersten großen Bankzusammenbrüche in Paris zeigen.

In Deutschland nimmt die wirtschaftliche und politische Krise immer schärfere Formen an. Die „Notstandsaktion" der Regierung *Brüning* ist schon jetzt als völlig gescheitert zu betrachten. Die Erwerbslosenzahl steigt, die gänzlichen oder teilweisen Stillegungen nehmen zu. Die Agrarkrise wächst bis ins Unerträgliche. Die Produktionsziffern gehen zurück. Der Großhandelsindex ist im letzten Monat noch gestiegen. Damit wird der Schwindel von der Preissenkungsaktion widerlegt. Unsere Presse, unsere Redner, unsere Organisationen müssen gegen den Preissenkungsschwindel, der in schönster Eintracht von den Kapitalisten, SPD- und Gewerkschaftsführern verbreitet wird, den schärfsten Entlarvungskampf führen. Die geringfügige Senkung einiger Rohstoffe, Markenartikel und Lebensmittel um ein paar Pfennig, die den Kapitalisten durch den schroffen Preissturz auf dem Weltmarkt einfach aufgezwungen wird, ist längst wettgemacht durch die Verteuerung des Lebensunterhalts der arbeitenden Massen, durch die beispiellosen Schutzzölle, die Mietsteigerung, die räuberischen *Brüning*steuern, die Wuchertarife in allen Kommunen. Zu dieser Steigerung der Ausgaben für alle Werktätigen kommt noch die direkte Senkung ihrer schon heute jämmerlich geringen Einnahmen durch den Lohnabbau für Arbeiter, den Gehaltsabbau für Angestellte, das Notopfer für Beamte, durch die Erwerbslosigkeit, die Kurzarbeit, die Exmissionen, den Abbau aller sozialen Ausgaben.

Der Kampf gegen den Preisabbauschwindel ist besonders wichtig, weil die angebliche Preissenkung die Ideologie für den Lohnabbau durch die Unternehmer, für die Schandsprüche durch den Schlichter, für den Streikbruch durch die Reformisten liefert. Im Kampf gegen den Preisabbauschwindel muß das Bündnis zwischen revolutionärem Proletariat und Mittelstand gefestigt werden.

Die Sozialdemokratie hat auf dem Wege des Verrats, den sie seit dem 18. Oktober mit neuen Methoden eingeschlagen hat (vgl. Rundschreiben Nr. 15 vom 21. Oktober 1930)[5] erhebliche weitere Schritte vorwärts getan. Die Ernennung *Severings* und *Grzesinskis*[6] ist der offensichtliche Ausdruck für feste Geheimvereinbarungen zwischen *Brüning* und dem Parteivorstand der SPD. Der Sozialfaschismus in Deutschland hat damit eine neue, die bisher höchste Stufe seiner Entwicklung erreicht. Die sozialdemokratische Führerschaft hat jede Schwankung in ihren eigenen Reihen, jedes Spielen mit dem Gedanken einer Opposition gegen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland beseitigt. Sie ist fest entschlossen, aktiv an der Aufrichtung der faschistischen Diktatur mitzuarbeiten. Sie

5 Vgl. oben, Dok. 29.

6 Am 21. Oktober 1930 wurde Carl *Severing* (SPD) wieder preußischer Innenminister (unter der Regierung Hermann *Müller* war er Reichsinnenminister gewesen). Am 4. November 1930 wurde Albert *Grzesinski* anstelle von Karl *Zörgiebel* Polizeipräsident von Berlin. Vgl. Osterroth/Schuster, S. 223.

ist fest entschlossen, alle, auch die schwersten, furchtbarsten Lasten auf das Proletariat zu wälzen. Sie betrachtet ihre besondere „historische Mission" darin, den *Severing-Grzesinski*schen Polizeiapparat mit rücksichtsloser Wucht und Schärfe gegen das revolutionäre Proletariat, gegen die hungernden Erwerbslosen, gegen die streikenden Arbeitermassen, gegen die kommunistische Partei, gegen alle revolutionären Massenorganisationen einzusetzen. Das Verbot der *Roten Fahne* und der *Jungen Garde*,[7] der Zentralorgane unserer Partei und unseres Jugendverbandes, die Stellung aller kommunistischen Versammlungen unter Polizeiaufsicht, das fortgesetzte Auseinanderschlagen von Demonstrationen, die offene, faschistische Durchbrechung aller in der Weimarer Verfassung „garantierten Freiheiten" sollen den Auftakt zum Demonstrationsverbot für Berlin und ganz Preußen, zur Provokation blutiger Zusammenstöße und – früher oder später – zum Verbot, zur gewaltsamen Unterdrückung der kommunistischen Partei bilden. Mit der Durchführung dieses sozialfaschistischen Verfolgungsplanes gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung soll das größte und letzte Hemmnis beseitigt werden, das der vollständigen Diktatur entgegensteht.

Die gesamte Partei muß sich darüber klar sein, daß in dem jetzt begonnenen Zeitabschnitt der Entscheidungskampf zwischen Bolschewismus und Faschismus ausgefochten wird. Wir werden alles tun, wir werden die Millionenmassen an allen Fronten des wirtschaftlichen und politischen Kampfes aufrütteln und mobilisieren. Wir werden die ganze konzentrierte Kraft unserer Partei einsetzen, wir werden in den Tageskämpfen um die wirtschaftlichen Existenzforderungen aller Werktätigen in einem stürmischen, groß angelegten Angriffsfeldzug gegen den Faschismus und gegen die sozialdemokratische Führerschaft die Volksrevolution für Sowjetdeutschland organisieren.

Die drei großen entscheidenden Kettenglieder der proletarischen Revolution in der gegenwärtigen Etappe sind:

1. Ideologischer, politischer und wehrhafter Massenkampf gegen den Faschismus.

2. Entfesselung von Wirtschaftskämpfen in allen Industrien und Gebieten Deutschlands. Fester Aufbau der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition. Fortsetzung des Weges, der mit den Beschlüssen des 5. RGI-Kongresses und der Gründung des „Roten Metallarbeiter-Verbandes" in Berlin eingeschlagen wurde,[8] bei unbedingter Fortsetzung der Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front und genauer Berücksichtigung der konkreten Bedingungen ohne jede Überstürzung beim Übergang zur Schaffung selbständiger Roter Gewerkschaftsorganisationen.

3. Stärkste Entfachung des Kampfes der Erwerbslosen, feste Führung der Erwerbslosenbewegung als Ganzes, Organisierung der Erwerbslosen unter der Fahne der RGO, enges Kampfbündnis der Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern durch ständige gemeinsame Aktionen.

Alle drei Aufgaben setzen die Bekämpfung und Entlarvung der Sozialdemokratie, besonders ihres scheinradikalen „linken Flügels" bis zur Liquidierung des reformi-

7 *Die Rote Fahne* war verboten vom 9. bis 16. 11. 1930, sie erschien wieder am 18. 11. 1930.

8 Am 4./5. November 1930 wurde der Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins gegründet, ein weiterer Schritt zur Schaffung der RGO als selbständige kommunistische Mitgliedergewerkschaft. Vgl. *Inprekorr* Nr. 93 vom 7. 11. 1930, S. 2273 f.; Wieszt S. 427 f.

stischen Masseneinflusses, bis zur Zerschlagung der Sozialdemokratie als Partei voraus. Das bedeutet als Grundlinie unserer Partei die stärkste Anwendung der Einheitsfronttaktik, ein viel kühneres und breiteres Herantreten an die sozialdemokratischen Arbeitermassen, ebenso wie die bewußte, planmäßige Loslösung der christlichen Arbeiter und der proletarischen Anhänger der Nazis von ihren Führern und Parteien.

Über die Lehren des Berliner Metallarbeiterstreiks, die Organisierung des weiteren Kampfes gegen Schiedssprüche, Lohnabbau und Unternehmeroffensive und die Bedeutung der Gründung des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins gilt das, was in der beiliegenden Resolution des Polbüros vom 6. November 1930 über die Lehren des Berliner Metallarbeiterstreiks und in dem gleichfalls beiliegenden Rundschreiben an alle Bezirkskomitees der RGO vom 11. November 1930 gesagt ist.

Mit kommunistischem Gruß!
ZK-Sekretariat

2 Anlagen[9]

9 Die beiden Anlagen wurden in diese Edition aufgenommen; vgl. Dok. 31a und 31b; vgl. auch StA Oldenburg, Bestand 136, Nr. 2888. Die Resolution des Polbüros war seinerzeit bereits abgedruckt in *RF* Nr. 260 vom 6. 11. 1930.

31 a.

15. 11. 1930: Resolution des Polbüros zum Berliner Metallarbeiterstreik

Anlage zu Nr. 31. Überschrift: „Anlage Nr. 1 zum Rundschreiben Nr. 17 des Sekretariats vom 15. 11. 1930. Die Lehren des Berliner Metallarbeiterstreiks. Resolution des Polbüros des ZK der KPD."

I. Die politische Bedeutung des Berliner Metallarbeiterstreiks

Der größte Streik der 130000 Berliner Metallarbeiter, der seinem Umfang und seiner Bedeutung nach weit über die heldenhaften Vorpostenkämpfe von Mansfeld und Nordwest hinausgeht, bildet die Einleitung einer neuen revolutionären Welle von ökonomischen und politischen Massenkämpfen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen in ganz Deutschland. Er gab der gesamten Arbeiterklasse einen Anstoß für die Organisierung des Massenkampfes gegen die kapitalistische Offensive auf die Existenzbedingungen der Arbeiter, er entwickelte sich rasch zu einer Gegenoffensive gegen die Hunger- und Unterdrückungspolitik der *Brüning*-Regierung, er entlarvte vor den breitesten Massen die Rolle der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie als Streikbrecher und Wegbereiter des Faschismus.

Der Berliner Metallarbeiterstreik, dessen Erfahrungen und Lehren wegweisend für die weiteren Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse sind, hatte von Beginn an einen ausgeprägten politischen Charakter. Er richtete sich nicht nur gegen den frechen Versuch des direkten Lohnraubes durch die Berliner Metallindustriellen, die mit dem Vorstoß in Berlin die verstärkte Lohnabbauoffensive im ganzen Reich

einleiten wollen, sondern war gleichzeitig der kraftvolle Beginn der proletarischen Gegenoffensive unter Führung der KPD und RGO gegen die *Young*planpolitik, gegen das ganze arbeiterfeindliche Regierungsprogramm der halbfaschistischen Regierung *Brüning*, ihre sozialdemokratischen Retter vom 18. Oktober und die nationalfaschistischen Kettenhunde des Trustkapitals.

Die große politische Bedeutung des Kampfes zeigt sich in folgendem:

1. Die Wucht und Entschlossenheit, mit der der Massenstreik der Metallarbeiter einsetzte, bildet ein sicheres Kennzeichen der tiefen und sich weiter verschärfenden Krise des deutschen Kapitalismus, der rasch wachsenden Radikalisierung der Massen und der Zuspitzung der Klassengegensätze. Durch die fortschreitende Krise werden weit über den Rahmen der 4.6 Millionen KPD-Wähler hinaus neue Millionenmassen des Proletariats in den Klassenkampf um ihre Interessen einbezogen. Millionenmassen, die sich im verschärften Klassenkampf von der Ausweglosigkeit ihrer Lage innerhalb der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung, von der Richtigkeit der Politik der kommunistischen Partei und der RGO überzeugen und in die revolutionäre Klassenfront einrücken werden. Obwohl dieser Streik noch keine größeren aktiven Solidaritätskämpfe, sondern nur die breite moralische und materielle Unterstützungsbewegung auslöste, zeigte seine Entwicklung die Notwendigkeit der Verbreiterung zu Solidaritätsstreiks in den anderen Industrien und bei wachsender Verschärfung die Mobilisierung zum politischen Massenstreik als dem wirkungsvollsten Kampfmittel der Arbeiterklasse in der jetzigen Periode.

2. Der Angriff der Metallindustriellen und staatlichen Schlichtungsinstanzen zur Niederdrückung der Löhne der Metallarbeiter, die Haltung der Reformisten und Nationalsozialisten im Verlaufe des Kampfes, der mit der Stimme des Gewerkschaftsvertreters gefaßte einstimmige Beschluß der sogenannten Schiedskommission auf 8% Lohnraub zeigte die Richtigkeit der Voraussage der KPD und RGO, daß Trustkapitalisten, *Brüning*-Regierung, sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie und Nationalsozialisten entschlossen sind, alle Lasten der kapitalistischen Krise und der *Young*planpolitik auf die werktätigen Massen abzuwälzen und die Existenz der bankerotten, kapitalistischen Ausbeutergesellschaft mit den brutalsten, faschistischen Diktaturmethoden und mit dem direkten sozialfaschistischen Streikbruch gegen den Ansturm des revolutionären Proletariats und die tiefe Unzufriedenheit der ausgeplünderten Mittelschichten und armen Bauern zu schützen. Das kapitalistische System und die herrschende Klasse mitsamt ihren Lakaien treiben die werktätigen Massen Deutschlands immer mehr in eine Hungerkatastrophe hinein. Nur der Kommunismus, nur ein Sowjetdeutschland kann die werktätigen Massen aus der Katastrophe und der Knechtung retten. Diese Losung wird immer mehr zum Kampfziel von Millionen. Die Richtigkeit der Programmerklärung des ZK der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des werktätigen deutschen Volkes erfährt eine glänzende Bestätigung.

3. Mit seltener Klarheit und Schärfe zeigte sich im Verlauf dieses Streiks der unaufhaltsame Bankerott und die ungeheuerliche Arbeiterfeindlichkeit der ganzen Politik der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie. Die Veröffentlichung des Lohnraub-Schiedsspruchs, ausgerechnet am 9. November, dem Jahrestag der deutschen Revolution, gab der Arbeiterklasse

Gelegenheit, eine Bilanz der Entwicklung der letzten 12 Jahre kapitalistischer Republik in Deutschland aufzustellen und eine Parallele mit dem siegreichen Vormarsch des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion zu ziehen.
Breiteste Massen erkennen immer deutlicher, daß die blutige Niedermetzelung der proletarischen Revolution unmittelbar nach dem imperialistischen Kriege in Deutschland, der Meuchelmord an *Liebknecht* und *Luxemburg*, die Beseitigung der Arbeiter- und Soldatenräte, die Unterzeichnung des Versailler Vertrages, die bedingungslose Unterstützung des kapitalistischen Wiederaufbaues, das Gerede vom „Silberstreifen" und der „Dollarsonne" des *Dawes*vertrages, die Behauptung, daß der *Young*plan Brot und Arbeit bringt, die schamlose Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierung und der trustkapitalistischen Zoll- und Steuerpolitik Betrug und Verrat an den Lebensinteressen des Proletariats und aller Werktätigen waren und daß Koalitionspolitik, Wirtschaftsdemokratie und Zwangsschlichtungswesen dem Faschismus direkt den Weg bereiten. Die Sprengung der Streikfront durch den offenen Streikbruch der Gewerkschaftsbürokratie war die logische Konsequenz, die sich aus der Rettung des *Brüning*-Kabinetts und seines gesamten Finanz- und Wirtschaftsprogrammes durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 18. Oktober ergab. Der *Vorwärts* hat eingestanden, daß der Streik zur Rettung der *Brüning*-Regierung und der Preußenkoalition abgebrochen werden mußte. („*Abend* vom 30. Oktober".) Die Führer des Metallarbeiterverbandes haben durch ihren zynischen Verrat die Durchführung des faschistischen Programms *Brünings* unterstützt, sie haben offen den Gewerkschaftsapparat in eine Organisation des Streikbruchs verwandelt, sie haben durch die offizielle Zustimmung ihres Vertreters in der Schiedskommission angezeigt, daß sie den Gewerkschaftsapparat noch planmäßiger als bisher in den Dienst der Rettung der kapitalistischen Wirtschaft und damit der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter, der Spaltung, der Verhinderung von Kämpfen, des Streikbruchs, des Mißbrauchs der organisierten Arbeiter einsetzen werden. Der Polizeiterror *Grzesinskis* in Berlin, die Maßregelungen revolutionärer Arbeiter mit Hilfe von SPD-Betriebsräten sind die ersten Beweise dafür.
4. Die Nationalsozialistische Partei hat sich trotz aller unverschämten und beispiellosen Demagogie als eine Partei entlarvt, die sich bedingungslos den Anordnungen der Unternehmer und der *Brüning*-Regierung unterwirft, bei jeder Gelegenheit gemeinsam mit dem Stahlhelm den Streikbruch organisiert, eine schamlose Hetze und Terroraktionen gegen das revolutionäre Proletariat durchführt, nach Ministersesseln und Machtpositionen im kapitalistischen Staat giert, um den Kapitalismus vor dem Untergang zu retten und die werktätigen, hungernden Massen blutig zu knechten. Die Parole der Nationalsozialisten auf Teilnahme am Streik erwies sich als ein demagogisches Manöver zur Täuschung der Massen über ihren arbeiterfeindlichen Charakter, als ein Mittel, wie es die Leitung der NSDAP gegenüber den sächsischen Industriellen erläutert, um Einfluß unter den Arbeitern zu bekommen. Während des Streiks waren die Nazis in Wirklichkeit nur ein Anhängsel der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, sie stimmten der Streikparole erst zu, als sie offiziell vom DMV herausgegeben wurde, beim Streikbruch *Urichs* gaben die *Goebbels* und Cie die Weisung an ihre Leute, sofort in die Betriebe zu gehen, und die Nationalsozialisten soweit sie nicht mit dem Stahlhelm bereits Streikbrecher waren, liefen als erste in die Betriebe.

II. Die wichtigsten Lehren des Metallarbeiterstreiks

1. Millionen werktätiger Massen, die jetzt schon unter Hungerlöhnen, Massenarbeitslosigkeit, riesigen Zoll- und Steuerlasten und wachsender politischer Entrechtung unsäglich leiden, können und wollen auf die Dauer unter dem kapitalistischen Profitsystem nicht mehr leben. Der vierzehntägige geschlossene Kampf der 130000 zeigt den Kampfwillen und die Energie, mit der das Industrieproletariat sich einen Ausweg aus den jetzigen immer katastrophaler werdenden Lebensverhältnissen erkämpfen und erzwingen will. Die Partei muß unverzüglich die zum Kampf bereiten Massen zu ihren wirtschaftlichen und politischen Kämpfen organisieren und mit einer großen, die Millionenmassen in Betrieb, Kontor und Stempelstelle in Stadt und Land erfassenden Kampagne beginnen, die die Generallinie unserer Politik, wie sie am klarsten in der Massenmobilisierung anläßlich der Reichstagswahlkampagne zum Ausdruck kam, konkretisiert und popularisiert. Die umfassende Propagierung der grandiosen Tatsachen des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion, der Durchführung des Fünfjahresplanes in vier Jahren wird uns in stärkstem Maße helfen, die Massen zu überzeugen, daß der Kommunismus die einzige Rettung, der einzige Ausweg aus der drohenden Katastrophe ist.

2. Der Berliner Metallarbeiterkampf bedeutet einen entscheidenden Wendepunkt in der Entwicklung der RGO zur gewerkschaftlichen Kampforganisation des Proletariats in Deutschland. Die entsprechend den Beschlüssen des 5. RGI-Kongresses von der RGO durchgeführte Streikstrategie und das selbständige Auftreten der RGO engt die Manövrierfähigkeit der sozialfaschistischen Streikbrecher außerordentlich ein, macht eine ganze Reihe ihrer in den vorherigen Kämpfen noch wirksamen Manöver zuschanden und isoliert sie von den Massen ihrer bisherigen Anhänger und Mitglieder (Rechtzeitige Aufstellung eines Kampfprogramms, monatelange, ideologische und organisatorische Vorbereitung der Bewegung, feste Organisierung der Anhänger der RGO auf der Basis der Einheitsfront zwischen gewerkschaftlich Organisierten und Unorganisierten, Männern, Frauen, Jugendlichen und Lehrlingen, Wahl vorbereitender Kampfausschüsse, richtige Auswahl des Zeitpunktes der Proklamierung des Streiks, Kampf um die Führung aller Streikenden durch revolutionäre Streikleitungen und Verjagung der Verteidiger der verräterischen Bürokratie und der Faschisten aus den Streikleitungen, Weckung der Masseninitiative, Organisierung des Massenstreikpostenstehens gemeinsam mit den Erwerblosen, engste Verbindung mit den breiten organisierten und unorganisierten Massen bei Beginn, im Verlauf und bei Abbruch des Kampfes, Zusammenfassung der Massen, Bildung und Schulung breitester parteiloser Funktionärkader für die RGO, rücksichtsloseste Entlarvung aller Verräter des Massenstreiks, entschlossene Durchführung organisatorischer Konsequenzen, die sich aus der Gesamtlage des Kampfes und dem Reifegrad, der Erkenntnis der Massen ergeben).

Die Lehren der in Berlin durchgeführten Strategie und Taktik wird die RGO in allen Teilen Deutschlands befähigen, die Massen der Arbeiter und Erwerbslosen in den bevorstehenden Massenstreiks und Massenaktionen zu führen und entsprechend den Beschlüssen des 5. RGI-Kongresses im Massenkampf jene Bedingungen zu schaffen, unter denen sich die breitesten Massen empört von den sozialfaschistischen Streikbrechern abwenden, offen Stellung gegen die Streikbruch-

organisationen nehmen und in gemeinsamer Einheitsfront der bisher unorganisierten Arbeiter mit den freigewerkschaftlichen und christlichen Gewerkschaftsmitgliedern die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung aufbauen.

3. Die Schaffung des Roten Metallarbeiter-Verbandes in Berlin, der im Feuer des Kampfes und getragen vom Willen der kämpfenden Massen entstand, wird die RGO im ganzen Reiche zu einem schnelleren Tempo der Organisierung der Streiks, zum straffen Ausbau der RGO zu einer gewerkschaftlichen Kampforganisation und im Verlauf großer Kämpfe zur Entwicklung wirklicher Kampfgewerkschaften vorwärts bringen.

Die Umwandlung der RGO (Industriegruppe Metall) im Berliner Metallarbeiterstreik zu einem Roten Verband hat die Richtigkeit der vom 5. RGI-Kongreß für Deutschland festgesetzten Linie der Entwicklung der RGO zur selbständigen revolutionären gewerkschaftlichen Kampforganisation vollständig bestätigt. Für die RGO in Berlin und im Reich steht die Aufgabe: „Die zum Kurs auf die Schaffung von oben bis unten selbständiger Organe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung ist die ganze Arbeit der organisatorischen Zusammenfassung der Organisierten und Unorganisierten – insbesondere zu Zeiten von Streikkämpfen – zur Aktivisierung und Entwicklung der Gewerkschaftsopposition und der revolutionären Betriebsräte wie auch die ganze Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften unterzuordnen, wobei es gilt, zu diesem Zwecke von allen organisatorischen Möglichkeiten in den Unterorganisationen der reformistischen Gewerkschaften Gebrauch zu machen."

Entsprechend dieser Direktive des 5. Kongresses muß die Entwicklung der RGO zu einer festen gewerkschaftlichen Kampforganisation in beschleunigtem Tempo vor sich gehen. Es gilt jetzt in allen Betrieben und Gewerkschaften das Programm der RGI und der RGO, die Stellung der RGO zu den Lebensfragen der Arbeiterklasse und zur Strategie und Taktik der revolutionären Gewerkschaftsbewegung zu popularisieren und die Massen um dieses Programm zu sammeln. In jedem Betrieb und in jeder Stempelstelle Schaffung starker Betriebs- und Erwerbslosengruppen der RGO, aber parallel damit energische innergewerkschaftliche Arbeit aller Anhänger der RGO und Organisierung starker Oppositionsfraktionen. Nur so wird die breite Einheitsfront aller kampfgewillten Arbeiter, die Massenbasis für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung geschaffen.

4. Im rücksichtslosen Kampf gegen jeden rechten Opportunismus, insbesondere den Gewerkschaftslegalismus, der sich gegen die selbständige Kampfführung wie gegen die Schaffung selbständiger Kampforgane und Organisationen der revolutionären Gewerkschaftsopposition wendet, wie in der schärfsten Liquidierung aller sektiererischen Tendenzen, die unter Verzicht auf die Politik der Einheitsfront in mechanischer, überstürzter Weise auf die Gründung neuer Gewerkschaften ohne Zusammenhang mit ernsten Massenkämpfen hinzielen, muß der vom 5. RGI-Kongreß beschlossene Kurs durchgeführt werden.

Der 5. RGI-Kongreß hat die gegenüber beiden Abweichungen innezuhaltende Linie klar vorgezeichnet:

„Doch gilt es zu gleicher Zeit mit aller Entschiedenheit die Ansichten derjenigen zu widerlegen, die die Notwendigkeit des Aufbaues selbständiger Gewerkschaften nicht einsehen wollen, selbst in Fällen, wo ein Verzicht der Revolutionäre auf die Spaltung

Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung. Verzicht auf die Organisierung des am meisten ausgebeuteten Teiles des Proletariats bedeuten würde."

Die Schaffung des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins ergab sich als dringende Notwendigkeit aus der Kampfsituation. Alle Bedingungen, wie sie für die Schaffung revolutionärer Gewerkschaften notwendig sind, waren gegeben. Im Streik hatten sich die Metallarbeiter einen Kampfapparat in den Betrieben geschaffen. Tausende RGO-Mitglieder in den Betriebsgruppen erfaßt, die streikbrecherische Rolle der Gewerkschaftsbürokratie in einem großen Maße entlarvt. Einfluß auch unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gewonnen. Im Kampfe selbst erkannten die Arbeiter gegenüber dem Unternehmerangriff die Notwendigkeit der Schaffung einer zuverlässigen Kampforganisation zur Führung ihrer Streiks und zum Kampf gegen die verräterische Gewerkschaftsbürokratie und den streikbrecherischen Faschismus. Die Gründung des Roten Metallarbeiterverbandes war getragen vom stürmischen Verlangen der Streikenden, sie bedeutet eine große Stärkung der Kampfkraft der Metallarbeiter für die neuen Kämpfe gegen den Block der Unternehmer und ihrer Agenten.

Die Gründung des Roten Verbandes in Berlin wird beispielgebend für die Entwicklung der RGO in anderen Industrien sein, wenn in Kampfsituationen ähnliche Bedingungen sich entwickeln, wie beim Berliner Streik. Keinesfalls darf eine mechanische Übertragung der Gründung des Berliner Roten Verbandes auf andere Industrien erfolgen.

Auch hier gilt es, die Beschlüsse des RGI-Kongresses anzuwenden:

„Es darf keine Rede sein von einer mechanischen Schaffung neuer Gewerkschaften, die den klassenbewußten Teil der Arbeiterklasse von der breiten Arbeitermasse trennen würde. Der Aufbau neuer Gewerkschaften ist nur möglich, wenn die Streikwelle im Steigen begriffen ist, nur dort, wo der Klassenkampf eine große Schärfe angenommen hat, wo bedeutende Massen des Proletariats die verräterische Rolle der Gewerkschaftsbürokratie bereits eingesehen haben und die Schaffung eines neuen Verbandes aktiv unterstützen. Aber auch wenn alle diese Voraussetzungen vorhanden sind, hat der Aufbau neuer Gewerkschaften in Ländern, wo rote Gewerkschaftszentralen noch nicht bestehen, sich in jedem Falle nach der objektiven Gesamtsituation zu richten."

5. Die ungeheure Bedeutung einer richtigen, zielbewußten Einheitsfronttaktik und der Verteidigung der Einheitsfront des kämpfenden Proletariats wurde im Metallarbeiterstreik allen Kommunisten und Anhängern der RGO deutlich in das Bewußtsein gerufen. Die Versuche der Gewerkschaftsbürokratie, die Erwerbslosen gegen die Streikenden auszuspielen, die Unorganisierten durch Aushungerung zum Streikbruch zu zwingen, die Arbeiterinnen zur raschen Abwürgung des Kampfes zu mißbrauchen, den heroischen Widerstand der Lehrlinge gegen die freche Zumutung des Streikbruches zu brechen, sind an dem Willen der von der RGO geführten Massen gescheitert. Die Kommunisten und die RGO verteidigten die Einheit der kämpfenden Arbeiter, die sozialfaschistischen Bürokraten entlarvten sich als kaltblütige und bewußte Spalter und bewiesen den breiten Massen, daß die Einheitsfront der parteilosen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter nur unter Führung der RGO herzustellen war. Die

Empörung über den Streikbruch in den breitesten Mitgliedermassen des DMV, der Widerstand, den *Urichs* streikbrecherisches Manöver selbst bei seinen DMV-Funktionären fanden, widerlegt die sektiererische Auffassung, welche die Mitglieder und unteren Funktionäre der reformistischen Organisationen, den sozialfaschistischen Führern gleichsetzte und bestätigt die Notwendigkeit, die Arbeit innerhalb der reformistischen Verbände zu verstärken.

6. Die durch die wachsende Masseninitiative der Streikenden und Erwerbslosen sowie der Hausfrauen durchgeführte Solidaritätsaktion der RGO und der IAH führte zu einer Festigung der Streikfront, machte die Hoffnungen der Streikbruchorganisatoren und Spalter zuschanden, mobilisierte das rote Berlin und die Arbeiter in Deutschland, in Teilen des kapitalistischen Auslandes und ganz besonders in der Sowjetunion zu politischer und finanzieller Unterstützung der Metallarbeiter, die an vorderster Front für die ganze deutsche Arbeiterklasse kämpften.

Die Ausdehnung der Solidaritätsaktion auf die Berliner Kleingewerbetreibenden und auf die kleinen Bauern in der Provinz zeigte, wie das revolutionäre Proletariat, das der einzige und machtvolle Bundesgenosse dieser Mittelklassen im Kampfe gegen Trustkapitalismus und Faschismus ist, es verstehen muß, für den revolutionären Klassenkampf diese Mittelschichten als Reserven und Bundesgenossen heranzuziehen.

III. Die Fehler und Mängel der Bewegung

1. Es gelang der KPD und RGO nicht, den proletarischen Massen in Berlin und im Reiche die ganze Bedeutung des Streiks der 130000 Metallarbeiter und seiner Konsequenzen für ihre eigene Lebenslage zum Bewußtsein zu bringen. Deshalb gelang die Verbreiterung des Streiks auf die übrigen nicht dem VBMI angeschlossenen Berliner Metallbetriebe, auf die vom Gehaltsraub bedrohten Metallangestellten, auf die zu den Berliner Konzernen gehörenden Reichsbetriebe und die gesamte deutsche Metallindustrie sowie auf die Arbeiter der übrigen Industriegruppen in Berlin und im Reich nicht. Infolge der politischen und organisatorischen Schwäche der RGO konnte selbst in jenen Industriegruppen und Tarifgebieten, wo tariflose Zustände herrschten, Tarife eben abgelaufen waren oder kurz vor dem Ablauf standen, die rechtzeitige Mobilisierung der Massen für konkrete Forderungen, die Wahl von vorbereitenden Kampfleitungen und die Auflösung des Solidaritätsstreiks für die eigenen Forderungen nicht durchgesetzt werden.

Angesichts der großen politischen Bedeutung des Metallarbeiterstreiks für die Entwicklung in der gesamten Industrie Berlins und des Reichs lag die Hauptschwäche der Bewegung darin, daß es nicht gelang, diese Verbreiterung in der Form des Solidaritätsstreiks in den übrigen Metallbetrieben und in anderen Industrien auszulösen. Nur in einer kleinen Anzahl von Metallbetrieben, die nicht dem Verband Berliner Metallindustrieller angehörten, führten die Arbeiter den Solidaritätsstreik durch. Diese Feststellung beweist, daß die Parteileitungen und insbesondere die Betriebszellen noch sehr ungenügend auf die Vorbereitung und Organisierung der Wirtschaftskämpfe eingestellt sind und daß die politische und organisatorische Stärkung der Parteizellen und der RGO-Gruppen in den Betrieben zu den dringendsten Aufgaben gehören. Ein ernsthaftes Versäumnis bedeutet es auch, daß es nicht gelang, entsprechend dem Beispiel bei den Reichstagswahlen auch in der Straßen-

und Hausagitation dem Berliner Stadtbild den Stempel des Metallarbeiterstreiks aufzudrücken. Hier versagten die Straßenzellen. Die Forderungen der kommunistischen Stadt- und Bezirksverordneten für die Streikenden blieben im Parlamentarischen stecken und wurden nur in ungenügendem Maße zu einer Angelegenheit der demonstrierenden Massen. Auch in den Massenorganisationen (insbesondere den Genossenschaften), wo unsere Fraktionen vollständig versagten, wurde nicht alles an Unterstützung geleistet, was notwendig und möglich gewesen wäre.

Die Selbstkritik an den Schwächen und Mängeln der Bewegung, wie sie in den Veröffentlichungen der Parteipresse unter „Kontrolle der Massen" einsetzte, war noch ungenügend.

2. Die revolutionäre Streikführung zeigte noch große Mängel. Wenn auch in fast allen Groß- und Mittelbetrieben selbständige, und in Massen der Belegschaften selbständige revolutionäre Streikleitungen bestanden, so ist es nicht gelungen, in 50% der bestreikten kleineren Betriebe RGO-Streikleitungen zu bilden. In einigen Streikleitungen, in denen neben den Vertretern der RGO ausgesprochene Anhänger und Verteidiger der *Urich*-Bürokratie saßen, wurde durch die Initiative der Zentralstreikleitung und die Entscheidung der Belegschaften die Entfernung der verräterischen Elemente durchgeführt. In einigen Streikleitungen konnten diese Beauftragten der Bürokratie bis zum Schluß verbleiben und dann die Initiative zum Streikbruch entfalten. Hier war eine opportunistische Entstellung der Einheitsfronttaktik seitens einiger RGO-Anhänger zu verzeichnen. Diese Genossen haben nicht erkannt, daß die konsequente Durchführung der Losungen und der Taktik der RGO die Voraussetzungen für die Gewinnung der Belegschaften sind. Ebenso zeigten sich bei einzelnen RGO-Funktionären Schwankungen in der Frage der Einbeziehung der Lehrlinge in die Streikfront.

In den Streikleitungen waren zwar überall parteilose Arbeiter, aber fast keine sozialdemokratischen Arbeiter und DMV-Mitglieder vorhanden, die mit der RGO zusammenkämpften. Hier war eine sektiererische Abweichung von der Einheitsfronttaktik zu verzeichnen, die auch ihren Ausdruck in einer ungenügenden Aufklärungsarbeit vor und in den DMV-Streiklokalen und unter den DMV-Streikposten fand.

Viele Streikleitungen zeigten noch ein großes Unvermögen, ihre Massenbasis in der Belegschaft zu verbreitern, schnell neue Funktionäre heranzuziehen, sich in eine diszipliniert arbeitende Körperschaft umzuwandeln, die tagelang sich selbst überlassenen Massen der Streikenden organisatorisch zusammenzufassen, politisch aufzuklären, zu aktivisieren und im Sinne der RGO zu schulen. Deshalb machte sich vor den meisten Betrieben gerade in den kritischen Tagen der Mangel an Massenstreikposten und das Fehlen eines wirklichen Massenstreikschutzes zum großen Nachteil des Kampfes bemerkbar.

3. Die Vorbereitung des Metallarbeiterstreiks zeigte gleichfalls eine Reihe von Mängeln. Die zweimalige Terminsetzung (6. Oktober–3. November) erwies sich als ein taktischer Fehler. Die Festsetzung des 6. Oktober als Streikbeginn war angesichts des ungenügend aufgebauten Kampfapparates der RGO falsch, schränkte die eigene Manövrierfähigkeit ein und rechnete nicht mit den möglichen Manövern der Gewerkschaftsbürokratie und der Unternehmer. Die

Terminsetzung zum 3. November war eine Unterschätzung des inzwischen gesteigerten politischen und organisatorischen Einflusses der RGO des sehr schnell wachsenden Kampfwillens der Metallarbeiter und der Wirkung des provokatorischen Schiedsspruches als ungenügender Anlaß für rascheste Auslösung des Streiks. Dementsprechend waren die Forderungen noch zu sehr auf Abwehr gerichtet, anstatt rechtzeitig den Kampf für die positiven Forderungen der RGO gegen Schlichtungssystem und Schiedsspruch mit in den Vordergrund zu rücken. Die RGO beteiligte sich an der ersten Urabstimmung, die vom DMV in den Betrieben über die Frage der Ablehnung des Schiedsspruchs oder Streik durchgeführt wurde. Das war noch der Ausdruck ihrer organisatorischen Schwäche.

Die RGO muß in jeder Beziehung als selbständig handelnder Faktor auftreten. Entsprechend ihrer Erklärung, daß die RGO keine Vereinbarung zwischen Regierung, Unternehmer und Reformisten anerkennt, sondern daß nur die Belegschaften und ihre selbstgewählten Streikorgane entscheidende Beschlüsse fassen können, war die Beteiligung an der zweiten Urabstimmung über Ablehnung oder Annahme der sogenannten Vereinbarung falsch. Diese Urabstimmung, welche von der RGO mit Recht als ein besonders gemeines Manöver zur Täuschung der Arbeiter über den bereits vollzogenen Verrat der Reformisten denunziert wurde, die Tatsache, daß die DMV-Bürokratie in entscheidenden Betrieben des Siemens- und AEG-Konzerns die Parole zur sofortigen Arbeitsaufnahme gab, der in den meisten Betrieben stark gewachsene Einfluß der RGO, mußte zur Konsequenz die Ablehnung der Teilnahme und die schärfste Frontstellung gegen das Manöver der Urabstimmung haben. Die RGO mußte die Frage der Weiterführung des Streiks in allen Belegschaftsversammlungen auf Grund eingehender Aussprache zur offenen Abstimmung stellen.

Durchaus ungenügend war auch die Vorbereitung des Metallarbeiterstreiks durch die oppositionellen Fraktionen im DMV, deren Arbeit gerade in den Wochen vor dem Kampf von größter Bedeutung gewesen wäre. Der Verzicht auf das organisierte Auftreten der RGO-Anhänger in den Branchenversammlungen und in den betrieblichen Wahlkörperversammlungen zeigt, daß die innergewerkschaftliche Arbeit unverzüglich auf das stärkste organisiert werden muß.

IV. Die nächsten Aufgaben

1. Der Kampf der Berliner Metallarbeiter ist nicht zu Ende. In allen Berliner Metallbetrieben muß die stärkste Mobilisierung aller Metallarbeiter gegen den 8%igen Lohnraubschiedsspruch, gegen die von der SPD geretteten Notverordnungen der *Brüning*-Regierung, gegen die neuen Pläne auf Massenbelastung und gegen den unerhörten Preisabbau-Schwindel durchgeführt werden. Der im Kampfe geborene Einheitsverband der Berliner Metallarbeiter muß die Führung in der Rüstung zum Streik als der einzigen wirksamen Waffe gegen die Offensive der Berliner Metallindustriellen übernehmen. Er muß die Solidaritätsaktion für die Gemaßregelten weiterführen. In Berlin steht nach wie vor die Aufgabe der Organisierung des neuen Metallarbeiterstreiks gegen die Offensive der Metallindustriellen und gegen das Hungerprogramm der *Young*planregierung. Es ist klar, daß die Gewerkschaftsbürokratie im Bündnis mit *Siemens*, *Brüning*, *Severing* und *Grzesinski* den DMV rücksichtslos als Organisation zum Streikbruch und zur Durchführung der Regie-

rungs- und Unternehmerpolitik einsetzen wird. Der Rote Einheitsverband wird seine Aufgabe lösen, wenn alle Kommunisten und RGO-Anhänger verstehen, rasch und gründlich unter Anwendung der revolutionären Einheitsfronttaktik und einer kameradschaftlichen überzeugenden Agitation und Propaganda unter allen ehrlichen und erbitterten Arbeitern, die bisher noch irgendwelche Hoffnungen auf die verräterische Gewerkschaftsbürokratie setzten, den Einfluß dieser Streikbrecher in allen Betrieben und bei allen Gewerkschaftsmitgliedern zu brechen, im EVM und durch den EVM die kämpfende Einheit der Metallarbeiter Berlins wieder herzustellen und die Arbeiter in den Kampf zu führen.

2. Unmittelbar akut ist die Streikrüstung in allen Metallbetrieben des Reichs, insbesondere in jenen, wo Tarife abgelaufen sind und ablaufen und Zwangsschiedssprüche bevorstehen. Für alle Industriegruppen in Berlin und im Reich, besonders jene, die in Tarifbewegungen stehen, muß der Lohnraubschiedsspruch das Signal zur Massenmobilisierung für die unmittelbare Vorbereitung zum Streik und zum stärksten Ausbau der RGO bilden.

In allen Betrieben, in allen reformistischen Gewerkschaften, auf allen Stempelstellen, in der gesamten Arbeiterbewegung muß jetzt der Kampf gegen die sozialfaschistischen Streikbruchorganisatoren umfassend durchgeführt, die sozialfaschistische Rolle der *Brandes*, *Urich* und Cie. der Arbeiterklasse zum Bewußtsein gebracht, jeder Versuch neuen Verrates vor den breiten Massen entlarvt und im Keime erstickt werden. In jedem Betrieb muß der Kampf zur Absetzung aller reformistischen Vertrauensleute, zur Wahl roter Vertrauensmänner mit der größten Entschiedenheit geführt werden. Das ist auch notwendig zur Vorbereitung der Betriebsrätewahlen. Entsprechend der fortschreitenden Krise des kapitalistischen Systems in Deutschland, des politischen Charakters und der revolutionären Bedeutung jedes großen Wirtschaftskampfes muß die Frage des Solidaritätsstreiks und darüber hinaus des politischen Massenstreiks in der gesamten Propaganda der Partei immer mehr in den Vordergrund gerückt werden.

3. Die Kommunisten und die Anhänger der RGO müssen alle Kräfte für die revolutionäre Massenarbeit einsetzen. Sie müssen sich die Aufgabe stellen, als Verteidiger der Lebensinteressen aller Werktätigen in der Vorbereitung und Führung der Massenkämpfe, die Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, die Millionen der Erwerbslosen, die Millionen der Angestellten und Beamten, das ganze Millionenheer der bisher Unorganisierten für den revolutionären Klassenkampf, für den Kommunismus zu gewinnen, den Einfluß der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsbürokratie in diesen Massen zu vernichten, die vom Faschismus irregeführten und betrogenen Arbeiter, Angestellten und Beamten in die rote Klassenfront einzureihen und so die Voraussetzungen für die Verhinderung und Niederschlagung der faschistischen Diktatur, für die Abschaffung des kapitalistischen Lohnsystems durch den Sieg der proletarischen Diktatur schaffen.

Das Zentralkomitee begrüßt die Einberufung der Reichskonferenz der RGO für den 15. und 16. November auf der und von der eine gründliche Auswertung der bedeutsamen Lehren des Berliner Metallarbeiterkampfes im Zusammenhang mit den Beschlüssen des 5. RGI-Kongresses durchgeführt werden sollen mit dem Ziel, im ganzen Reiche die RGO zu einer straffen Massenorganisation raschestens auszubauen, damit die RGO imstande ist, die Massen in den großen

ökonomischen Kämpfen erfolgreich zu führen und auf die politischen Massenkämpfe vorzubereiten. Der im Massenstreik der 130000 geborene EVM aber muß dem ganzen deutschen Proletariat zeigen, wie eine rote Kampfgewerkschaft, die sich auf dem Vertrauen und dem vollen Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedermassen aufbaut, Tag für Tag und überall die Interessen der Metallarbeiter und der ganzen Arbeiterklasse im Kampfe verteidigt.

31 b.

11. 11. 1930: Reichskomitee der RGO an die Bezirkskomitees der RGO

Anlage zu Nr. 31. Überschrift: „Reichskomitee der RGO. Anlage 2 zum Rundschreiben Nr. 17 vom 15. November 1930. An alle Bezirkskomitees der RGO!"

1. Betr. Umfassende Organisierung des Kampfes gegen den Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie und seine Folgen auf alle Industrien

Unmittelbar nach Bekanntwerden des ungeheuerlichen Schiedsspruchs gegen die Berliner Metallarbeiter hat das Reichskomitee der RGO in einem Aufruf die Linie angegeben, nach der in Berlin und im Reich die Metallarbeiter den Lohnraub beantworten müssen. In Berlin, wo in den Betrieben eine ungeheure Erbitterung der Arbeiter herrscht, heißt die Parole: „Mobilisierung aller Kräfte zu neuen Streikbewegungen in den Betrieben und schnellster Ausbau des Roten Metallarbeiterverbandes", für das Reich bedeutet der Berliner Schiedsspruch, mit dessen Verallgemeinerung in allen Bezirken die Unternehmer, die Gewerkschaftsbürokratie und die staatlichen Schlichtungsinstanzen nicht lange auf sich warten lassen werden, die verstärkte unmittelbare Rüstung zum Streik. Bereits haben die Bielefelder Metallindustriellen den Streik bei Anker mit der Aussperrung von 9000 Metallarbeitern beantwortet.

In dem Rundschreiben des Reichskomitees vom 23. Oktober an alle Bezirkskomitees der RGO (Industriegruppe Metall) sind alle jene Gebiete aufgezählt, in denen der Tarif entweder abgelaufen ist oder kurzfristig gekündigt werden kann. Dort steht mehr denn bisher ganz dringend und aktuell die Frage vor der RGO, sofort die äußerste Energie anzusetzen, um Belegschaftsversammlungen abzuhalten, den Arbeitern die unmittelbare Gefahr des überraschenden Lohnraubes klar zu machen, Kampfausschüsse auf breiter Grundlage zu wählen und alle Betriebe streikfertig zu machen. Im örtlichen und Gebietsmaßstabe muß in diesen Tarifgebieten sofort eine Konferenz der Delegierten der Kampfausschüsse zusammentreten und einen zentralen Kampfausschuß der Betriebe, des Ortes bzw. des betreffenen Gebiets wählen. Das Beispiel vom Berliner Metallarbeiterstreik zeigt, daß nur bei vorbereiteter Streikrüstung, wenn das Bekanntwerden des Lohnabbaues die Massen aufrüttelt und ihre Erbitterung in Kampfentschlossenheit umschlägt, der

Streik auf der ganzen Linie mit Erfolg ausgelöst werden kann. Von jeder Stunde Mobilisierungsarbeit der RGO in den Metallbetrieben hängt es ab, daß die Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer und Schlichter mit sofortigem Streik beantwortet werden, daß die Arbeiterschaft nicht unvorbereitet von den Schiedssprüchen und der Verratspolitik der Reformisten überrumpelt werden.

Allgemeine Direktiven der RGO-Bezirkskomitees an die Betriebe genügen nicht, sondern Betrieb für Betrieb muß von der RGO-Leitung bearbeitet, ganz konkrete Maßnahmen getroffen werden, damit Aufklärungsmaterial in die Betriebe hineingeworfen wird, damit Betriebsversammlungen unter allen Umständen organisiert und zu den allgemeinen Forderungen (siehe Aufruf) betriebliche Forderungen ausgearbeitet werden. In der Bezirkspresse ist bisher von einer solchen konkreten Stellungnahme zur Lage in der Metallindustrie im eigenen Bezirk mit einigen Ausnahmen – wir erwähnen das gute Beispiel des Niederrheins – kaum etwas zu merken. Im *Kämpfer* sucht man vergebens die Stellungnahme der entscheidenden Metallbetriebe Sachsens, ebenso gilt das für Schlesien, um nur zwei Beispiele zu nehmen. Es genügt nicht, die Aufrufe der RGO-Reichsleitung abzudrucken, sondern die in ihnen enthaltenen Direktiven müssen sofort praktisch im eigenen Industriegebiet durchgeführt werden. Alle verfügbaren Kräfte sind also jetzt anzusetzen, wenn die Arbeiterschaft nicht unversehens vom Lohnraub überrumpelt werden soll. Nur wenn die RGO-Leitungen rechtzeitig die Arbeiterschaft alarmiert und selbst konkrete Kampfmaßnahmen in jedem Betrieb organisiert haben, wird ihnen die Arbeiterschaft auch beim Kampf gegen den Lohnraub Vertrauen entgegenbringen und unter der Führung der RGO streiken.

Bei Vorbereitung und Durchführung der Streikbewegung, Bildung und Arbeit der Kampfausschüsse, der Streikleitungen und ihrer Arbeit usw., sind die letzten Erfahrungen und Lehren des Berliner Metallarbeiterkampfes auf die konkreten bezirklichen Verhältnisse anzuwenden. Wir verweisen auf die bereits über die Lehren des Berliner Metallarbeiterstreiks veröffentlichten Materialien, insbesondere die Entschließung der Gründungskonferenz des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlin (*Rote Fahne* vom 6. 11.) und auf die Veröffentlichungen in der Presse der KPD, ebenso verweisen wir auf die bereits erschienene Broschüre „Kapital, Bonzen, Metallarbeiter" und besonders auf eine in diesen Tagen herauskommende Broschüre „Der Berliner Metallarbeiterstreik".

Entsprechend der Programmerklärung *Brünings* (Lohn- und Gehaltsabbau) und der Erklärung im Berliner Schiedsspruch, daß dieser „eine über die Beilegung des vorliegenden Streitfalles hinausgehende grundsätzliche Bedeutung hat", wird jetzt die Unternehmeroffensive auf Lohnabbau in allen Industrien verschärft einsetzen. Kaum ist der Lohnabbau für die Berliner Metallindustrie bekanntgegeben, verkündet auch schon der Direktor der Berliner Verkehrs A.G., *Brolat*, die Notwendigkeit, eine entsprechende Lohnsenkung bei den Berliner Verkehrsarbeitern durchzuführen. Dasselbe wird jetzt von seiten der Unternehmer in allen Industrien und in allen Städten der Fall sein. Es steht also die Frage der Rüstung zum Streik auf der gesamten Front, in allen Industriegruppen, als aktuelle Aufgabe der RGO-Gruppen und Leitungen. Neben der Mobilisierung der Betriebsarbeiterschaft steht die Führung der Erwerbslosenarmee um ihre unmittelbaren Forderungen: Winterbeihilfe und Arbeitsbeschaffungsprogramme (siehe Aufruf und Sonderanweisungen).

2. Umfassende Aufklärungskampagne gegen die streikbrecherische Rolle der Sozialfaschisten in den Wirtschaftskämpfen.

Durch die Tagespresse wird täglich Material über die Rolle veröffentlicht, welche die DMV-Bürokratie im Berliner Metallarbeiterstreik gespielt hat. Der diesmalige Verrat der DMV-Bürokratie ist so offensichtlich und schamlos, er ist so typisch und richtungsgebend für die Politik des ADGB im ganzen Reich, daß uns die Aufgabe gelingen muß, an Hand des Berliner Beispiels die ganze wirtschaftsfriedliche und streikbrecherische Politik der Reformisten zu enthüllen. In allen Versammlungen der Betriebe, Gewerkschaften, Massenorganisationen und in öffentlichen Versammlungen, wo irgendeine Gelegenheit dazu vorhanden ist, muß der sozialdemokratische Verrat in Berlin an Hand von Beispielen enthüllt und eine breite Stimmung des Mißtrauens und der Verachtung in der gesamten Arbeiterschaft gegen die sozialdemokratische Führerschaft geschaffen werden.

Wir wollen hier nur skizzieren, wie sich dieser Verrat vollzog: Vor dem Streik, unter dem Druck der Mobilisierung der Betriebe durch die revolutionäre Arbeit der RGO schlugen die *Urich* & Co. radikale Töne an. *Urich* sprach das Wort aus: „Der DMV wird keinen zehntel Pfennig Lohnraub abnehmen." Der Vorsitzende des DMV, *Brandes*, schrieb noch während des Streiks, am 23. Oktober, einen Leitartikel im *Vorwärts*, in dem er sogar scheinradikal eine Lohnerhöhung verlangte, in dem er gegenüber der Verteuerung der Lebenshaltung und der Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter demagogisch erklärte:

„Dazu jetzt noch ein unerhörter Lohnabbau, der die Lebenshaltung und die Massenkaufkraft noch mehr senkt, die Erwerbslosigkeit noch weiter steigern muß, das ist zu viel. Das ist unerträglich auch für geduldigste Menschen! Mögen das noch rechtzeitig diejenigen erkennen, die für den Schiedsspruch und seine weitere Behandlung verantwortlich sind. Dieser Schiedsspruch darf nicht Tarifrecht werden!"

Das schrieb dieser *Brandes* zu einer Zeit, wo bereits der DMV in Berlin durch eine Reihe streikbrecherischer Methoden auf den Abbruch des Kampfes hinzielte, wo bereits klar war, daß Regierung, Unternehmer und Sozialdemokratie einheitlich auf die Erledigung des Metallarbeiterstreiks hinarbeiteten. Und noch als der heimtückische Streich, jene „Vereinbarung" über den Streikabbruch mit den bekannten 4 Bedingungen erfolgte, suchte die Gewerkschaftsbürokratie dies als einen Erfolg der Metallarbeiter hinzustellen. Im *Abend-Vorwärts* vom 30. Oktober heißt [es] u.a.

„Die neue Vereinbarung bedeutet, daß die Unternehmer die Forderung nach Verbindlichkeitserklärung des letzten Schiedsspruches haben fallen lassen müssen. Es ist ihnen nicht gelungen, den von ihnen gewünschten Lohnabbau durchzuführen. Sie haben anerkennen müssen, daß ein Lohnabbau, dem ein Abbau der Preise noch nicht vorangegangen ist und der daher eine wesentliche Schmälerung des Reallohnes bedeuten würde, im Kampfe gegen eine geschlossene Arbeiterschaft und gegen einen großen Teil der öffentlichen Meinung nicht durchgesetzt werden kann."

„Nachdem die Verbindlichkeitserklärung des alten Schiedsspruches abgelehnt worden ist, ist in der neuen Regelung auf jeden Fall eine Verbesserung zu erblicken, weil der neue Schiedsspruch günstiger ausfallen muß, als der alte.

Auch die Bestimmung, daß die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen wird und daß der für den 3. November in Aussicht genommene Lohnabbau unterbleibt, ist ebenso ein Erfolg der Arbeiter, wie die weitere Bestimmung, daß Maßregelungen aus Anlaß dieses Streiks nicht vorgenommen werden dürfen."

Mit diesen schwindelhaften Argumenten wurde die einheitliche Front der Metallarbeiter gespalten, der Streikbruch mit Hilfe des DMV-Apparates durchgeführt. Alle diese Behauptungen der Gewerkschaftsbürokratie haben sich restlos als Betrug erwiesen: Über tausend aktive streikende Metallarbeiter wurden gemaßregelt, der 8%ige Schiedsspruch, der mit Zustimmung des gewerkschaftlichen Vertreters in der Schiedskommission des *Dr. Sinsheimer* einstimmig gefällt wurde, hat ganz klar bewiesen, daß die Sozialdemokratie im Interesse ihrer Regierungspolitik (Preußen) und ihrer wirtschaftsfriedlichen Politik offen jede Maske in solchen entscheidenden Situationen fallen läßt.

Die Sozialdemokratische Presse hat am ersten Tag des Bekanntwerdens des Schiedsspruches, als ihr vollständiger Bankrott klar wurde, noch eine gewisse demagogische Entrüstung zu heucheln versucht. Sie hat aber in brutaler Durchführung der Geheimabmachungen mit Regierung und Unternehmern von vornherein den Schiedsspruch als bindend für den DMV erklärt und zum Hohn der Metallarbeiter auf die Aufnahme des Kampfes – zum Ersten Juli 1931 – vertröstet. Sie konzentriert sich auf ein neues großes Täuschungsmanöver, in dem sie die Arbeiter mit der Hoffnung auf Preissenkung und Verbilligung der Lebensmittel ablenken und verwirren will. Dieses Manöver wird von dem erw. Beirat des DMV fortgesetzt, dessen ganze Aktion darin bestehen soll, sich an den ADGB zu wenden, um diesen zu veranlassen, „bei der Regierung vorstellig zu werden, daß dem Lohnabbau mindestens ein ebenso scharfer Preisabbau folgt."

Wir müssen es verstehen, diese ganze Demagogie der SPD, diesen folgenschweren Verrat an der ganzen Klasse der Arbeiterschaft in ganz Deutschland zum Bewußtsein zu bringen. Jede Handlung der lokalen Gewerkschaftsführer, die Taktik der Reformisten in den einzelnen Betrieben, Gewerkschaften, ihre Schreiberei in der Presse, alle ihre Schritte müssen wir in Parallele zu ihrem Verrat in Berlin stellen. Das wird uns überall helfen, den Arbeitern die Rolle der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer aufzuzeigen und damit eine Voraussetzung für die Loslösung der Arbeiter vom reformistischen Einfluß und ihre Sammlung unter Führung der RGO zu schaffen.

Wir müssen den Fall des Verrats an den Berliner Metallarbeitern darstellen als einen Bestandteil der gesamten verräterischen Politik der Sozialdemokratie. Wie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 18. Oktober *Brüning* rettete und seinen faschistischen Kurs gegen die Arbeiterschaft damit unterstützte, ebenso haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit ihrer Zustimmung zum Berliner Schiedsspruch die Durchführung des Lohnraubprogramms der *Brüning*-Regierung bewußt unterstützt. Das spricht die großkapitalistische Presse auch ganz offen aus. Die *DAZ* vom 9. November schreibt:

„Es liegt auf der Hand, was diese Einstimmigkeit des neuen Gerichtes für die Zukunft bedeutet. Die Reichsregierung, die durch ihr politisch aufgedrängten Verzicht auf die Verbindlichkeitserklärung des ersten Schiedsspruches eine gewisse

Linderung des Vertrauens erfahren hatte, kann nunmehr darauf hinweisen, daß ihr Programm der Preis- und Selbstkostensenkung eine Unterstützung gefunden hat, wie sie stärker nicht zu denken ist. Ein gerade in sozialpolitischen Dingen führender Sozialist hat sich davon überzeugen müssen, daß der Lohnsatz und die Begründung des ersten von seiner Partei bekämpften Schiedsspruches doch richtig war."

In dem Zusammenhang gilt es, die Ernennung *Severings* zum Preußischen Innenminister als Abschlagszahlung in den Handel zwischen *Brüning* und dem Sozialdemokratischen Parteivorstand und die Ernennung *Grzesinskis* an Stelle von *Zörgiebel* als Garantie an die *Brüning*-Regierung für die gewaltsame Durchführung des *Brüning*-programms aufzuzeigen. Das Verbot der *Roten Fahne*, die brutale Auseinanderschlagung der Demonstrationen der Metallarbeiter beweist, daß die sozialdemokratischen Minister, Polizeipräsidenten, Gewerkschaftsführer, die brutalsten Wegbereiter des Faschismus sind.

Jetzt beteiligt sich die gesamte SPD und Gewerkschaftspresse an dem großzügigen Manöver des Preissenkungsschwindels. Unsere Aufgabe ist es, durch konkrete Beweisführung diesen Schwindel zu durchkreuzen, aufzuzeigen, daß sich der Haushalt der Arbeiterfamilie ständig verschlechtert, den Widerstandsgeist und den Angriffswillen der Arbeiter zu stärken, ihnen zum Bewußtsein zu bringen, daß nur der Kampf, nur der Streik das Mittel ist, um der weiteren Verelendung zu entgehen. Dieser ganze Schwindel der Preissenkung wird sehr bald jämmerlich in sich zusammenfallen. Wenn die RGO jetzt auf dem Posten ist, ihre ganzen Kräfte in die Waagschale wirft, dann wird sie einen beispielslos stürmischen Vormarsch durchführen.

3. Ausbau der RGO zu einer kampffähigen gewerkschaftlichen Organisation

Der Berliner Metallarbeiterstreik hat erneut bewiesen, daß man die RGO am besten im Kampf selbst zu einer schlagkräftigen gewerkschaftlichen Organisation aufbauen kann. In den Tagen vor und während des Berliner Streiks war es möglich, in allen entscheidenden Betrieben eine mehr oder minder große Anzahl von Arbeitern als Mitglieder für die Betriebsgruppen der RGO zu gewinnen, Gruppenleitungen zu wählen und bereits zu einem Versammlungsleben, zu kursusmäßiger Erziehung der Funktionäre usw. überzugehen. Die Entwicklung führte im Berliner Fall sogar zur höchsten Form, zur Umwandlung der Betriebsgruppen in eine feste gewerkschaftliche Organisation auf der Basis der Betriebe zum Einheitsverband der Berliner Metallarbeiter. Innerhalb von 14 Tagen wies die organisatorische Entwicklung Erfolge auf, zu denen sonst eine monatelange Arbeit benötigt wurde.

Auch in allen anderen Industrien in Berlin und im Reich ist es in der jetzigen Lage im Zusammenhang mit den Lohn- und Arbeitszeitbewegungen möglich, in beschleunigtem Tempo der RGO wirklich eine feste organisatorische Basis und einen Massencharakter zu geben. Die Reichskonferenz der RGO, die am 15. und 16. d.M. in Berlin tagt, wird wichtige Beschlüsse über das ganze Aufgabengebiet der RGO (Arbeitsprogramm für die Betriebsarbeiter und Erwerbslosen, für die einzelnen Kategorien innerhalb des Proletariats) und für den organisatorischen Aufbau der RGO fassen, ebenso Beschlüsse zur Durchführung der Ortsverwaltungs- und Betriebsrätewahlen im kommenden Frühjahr. Die Entwürfe zu den Aufgaben zum organisatorischen

Aufbau sind Euch bereits zugegangen. Für die RGO ist jetzt eine neue Etappe angebrochen, wo sie rasch politisch und organisatorisch die Rolle eines selbständigen Gewerkschaftsapparates zur Führung der Arbeiterkämpfe spielen muß.

4. RGO und roter Metallarbeiterverband

Die Bildung des Einheitsverbandes der Metallarbeiter in Berlin hat eine große mobilisierende Wirkung in der ganzen revolutionären Arbeiterschaft ausgeübt. Die Tatsache, daß der rote Metallarbeiterverband sich aus der RGO herausentwickelte, hat im ganzen Reich Diskussionen über Perspektiven der RGO in den einzelnen Bezirken ausgelöst. Die Linie der Entwicklung der RGO zur selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung ist in den Beschlüssen des 5. RGI-Kongresses sehr klar und eindeutig umrissen. Wir verweisen auf den entscheidenden Absatz 3 c) in der Hauptresolution des RGI-Kongresses (Seite 113 der Broschüre „Die RGI im Angriff"). Dort sind auch schon die Bedingungen und Voraussetzungen genannt, unter denen sich die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung zu fester Form entwikkelt.

Gegenüber den Abweichungen nach der opportunistisch-gewerkschaftslegalistischen und nach der sektiererischen Seite hin, die sich hier und da bei diesen Diskussionen zeigen, sei noch einmal folgendes unterstrichen:

Der 5. RGI-Kongreß bestätigte die Beschlüsse der RGO in Deutschland auf Streichung der Parole „Hinein in die reformistischen Gewerkschaften", wobei der schärfste Kampf gegen alle Tendenzen auf Einstellung der Arbeit und freiwilligen Austritts der Anhänger der RGO aus den reformistischen Gewerkschaften zu führen ist.

Das bedeutet, daß die RGO alle Anstrengungen unternehmen muß, um das Heer der Unorganisierten in der RGO zu organisieren, parallel damit aber die innergewerkschaftliche Arbeit zur Gewinnung der freigewerkschaftlich und christlich organisierten Arbeiter für die RGO verstärkt in Angriff nehmen muß. Alle organisatorischen Maßnahmen bei der Entwicklung der Betriebs- und Erwerbslosengruppen der RGO und der Oppositionsfraktionen in den reaktionären Gewerkschaften sind aber „diesem Kurs auf die Schaffung von oben bis unten selbständiger Organe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung unterordnet". Sowohl gegenüber den Opportunisten, die gegen die Schaffung des selbständigen roten Verbandes in Berlin Stellung nehmen, wie gegenüber den Sektierern, die unter Verzicht auf die breiteste Einheitsfrontpolitik gegenüber den unorganisierten und organisierten Arbeitern in schematischer Weise neue Gewerkschaften bilden möchten, hat der 5. RGI-Kongreß die richtige Linie festgelegt. Es seien hier die zwei entscheidenden Absätze zitiert:

„Doch gilt es zu gleicher Zeit, mit aller Entschiedenheit die Ansichten derjenigen zu widerlegen, die die Notwendigkeit des Aufbaues selbständiger Gewerkschaften nicht einsehen wollen, selbst in Fällen, wo ein Verzicht der Revolutionäre auf die Spaltung, Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung, Verzicht auf die Organisierung des am meisten ausgebeuteten Teiles des Proletariats bedeuten würde."

„Es darf keine Rede sein von einer mechanischen Schaffung neuer Gewerkschaften, die den klassenbewußtesten Teil der Arbeiterklasse von der breiten Arbeitermasse trennen würde. Der Aufbau neuer Gewerkschaften ist nur möglich, wenn die Streikwelle im Steigen begriffen ist, nur dort, wo der Klassenkampf eine große Schärfe angenommen hat, wo bedeutende Massen des Proletariats die verräterische Rolle der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie bereits eingesehen haben und die Schaffung eines neuen Verbandes aktiv unterstützen. Aber auch wenn alle diese Voraussetzungen vorhanden sind, hat der Aufbau neuer Gewerkschaften in Ländern, wo „Rote Gewerkschaftszentralen" noch nicht bestehen, sich in jedem Falle nach der objektiven Gesamtsituation zu richten."

Das heißt ganz klar, daß jetzt überall das Schwergewicht liegen muß auf dem Ausbau der RGO zu einer wirklichen, von unten bis oben durchorganisierten gewerkschaftlichen Kampforganisation. Je besser und rascher das gelingt, um so aussichtsreicher wird es in den Zeiten großer Kämpfe, großer Erfahrungen der Massen und großer Entlarvung der Reformisten, wenn die zitierten Bedingungen erfüllt sind, möglich sein, den Schritt zur Umwandlung der RGO in rote Gewerkschaften durchzuführen. In keinem Fall kann irgendwo lokal oder bezirklich ohne eingehende Stellungnahme im Reichskomitee der RGO zur Bildung eines neuen Verbandes übergegangen werden.

Mit proletarischem Gruß
Reichskomitee der RGO

32.

29. 11. 1930: Anweisungen des Sekretariats zur „Auswertung des 2. Reichskongresses werktätiger Frauen"

BA R 134, Bd. 70, S. 155–163 und StA Bremen, 4, 65–II A 12a, Bd. 29; Polizeiliche Abschrift, I AN 2168b S/H. 1/22.1. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 18. Anweisungen des Sekretariats."

Inhaltsverzeichnis:
Auswertung des 2. Reichskongresses werktätiger Frauen

W.G.!

Der 2. Reichskongreß werktätiger Frauen[1] war von außerordentlicher, politischer Bedeutung. Die Partei muß auf Grund dieses Kongresses den Stand ihrer Arbeit unter den Frauen überprüfen und die nächsten Aufgaben festlegen. Der Kongreß mit seinen insgesamt 909 Delegierten, vorwiegend Parteilosen, bewies, daß es uns gelungen ist, mit Hilfe der Delegiertenmethoden eine Massenbewegung breiter

1 Der 2. Reichskongreß werktätiger Frauen fand vom 22.– 23. November 1930 in Berlin statt. Vgl. zur Vorbereitung und zu den Aufgaben oben Dok. 27 b. Zum Verlauf des Kongresses siehe *RF* Nr. 273–274 vom 22. und 23. 11. 1930; *Inprekorr* Nr. 100 vom 25. 11. 1930, S. 2455.

Schichten parteiloser Frauen zu entfalten und diese für die Tageskämpfe zu mobilisieren. Dies zeigt auch die Vorbereitungskampagne, in der auf 80 Landes- und Bezirkskonferenzen 5000 Frauendelegierte erfaßt wurden. Es fand das Dreifache an Konferenzen statt wie im Vorjahre.

Das politische Niveau des Kongresses war bereits ein viel höheres als im vergangenen Jahre. Die politische Klarheit der durch die vorangegangenen Versammlungen und Konferenzen bereits vorgeschulten parteilosen Delegierten, ihre scharfen Abrechnungen mit National- und Sozialfaschismus, ihr revolutionärer Elan, ihr starkes Vertrauen zur KPD und RGO zeigen uns die Fortschritte in unserer Arbeit, die außerordentlichen Möglichkeiten einer gewaltigen Ausbreitung und Vertiefung dieser Massenarbeit unter den werktätigen Frauen bei energischer, zielklarer Arbeit der Partei. Die Partei steht vor der Aufgabe, die erfaßten Kräfte restlos zu halten und zu entwickeln und mit ihrer Hilfe in immer breitere Schichten der werktätigen Frauen vorzudringen.

Wir haben jedoch erst die erste Etappe unserer Arbeit erreicht: Erfassung sympathisierender parteiloser Frauenschichten. Es gelang uns nicht, durch den Kongreß eine größere Anzahl von Frauen aus dem Lager der feindlichen Parteien, insbesondere der SPD und der bürgerlichen Frauenorganisationen, herauszuziehen und zu erfassen. Die zweite Etappe unserer Arbeit umschließt deswegen die entscheidende Aufgabe: Durchbruch zu den feindlichen Parteien und bürgerlichen Frauenorganisationen, die Millionen Proletarierinnen politisch beeinflussen und organisatorisch erfassen. Entfaltung einer breiten revolutionären Einheitsfrontbewegung unter den Frauen.

Neben dieser Hauptschwäche liegt die zweite sehr ernste Schwäche auf dem Gebiete unserer Arbeit unter den weiblichen Erwerbslosen. Sie zeigte sich auf dem Kongreß in der geringen Vertretung der erwerbslosen Frauen und demzufolge in der ungenügenden Aufrollung ihrer Fragen und Forderungen.

Die dritte Schwäche liegt auf dem Gebiete der Massenarbeit unter den weiblichen Jugendlichen. Auch diese stellten einen viel zu geringen Prozentsatz Delegierter auf dem Kongreß. Die Beteiligung des KJVD an den Vorbereitungsarbeiten war sehr schwach.

Weitere Mängel in der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses waren:

Ungenügende Vorbereitung des Kongresses durch Arbeiterinnen-Versammlungen – eine große Anzahl Delegierter wurde in öffentlichen Versammlungen gewählt.

Zu hoher Prozentsatz an Kommunistinnen bei den Delegationen einzelner Bezirke. Trotz ausdrücklicher Anweisungen schickten einige Bezirke bis 50% Kommunistinnen.

Völlig ungenügende Beteiligung von Landarbeiterinnen und Kleinbäuerinnen (7 Landarbeiterinnen, 1 Kleinbäuerin). Dies zeigt die große Schwäche unserer Arbeit auf dem Lande.

Ungenügende Mitarbeit der RGO, mit Ausnahme einiger Bezirke bei der Vorbereitung des Reichskongresses.

Es gilt nunmehr alle diese Mängel schnellstens auszumerzen.

Die nächsten politischen Aufgaben

Bei der Auswertung des Kongresses und der weiteren Entfaltung unserer Massenarbeit unter den Frauen stehen folgende Aufgaben im Vordergrund:

1. Mobilisierung der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen zu den Wirtschaftskämpfen und Vorbereitung der Betriebsräte- und Ortsverwaltungswahlen. Einbeziehung der erwerbslosen Frauen.

2. Winterhilfskampagne für die Erwerbslosen.

3. Kampf gegen Preisabbauschwindel und Teuerung.

4. Kampf gegen die Notverordnung – Konkretisierung der Forderungen für die Frauen, die durch die Notverordnung besonders hart getroffen werden.

5. Verstärkter Kampf gegen Faschismus (Nationalsozialisten), stärkere Einbeziehung der Frauen in den Kampfbund.[2]

6. Kampagne zum Industrieprozeß,[3] stärkere Mobilisierung der Frauen gegen die verschärfte Kriegsgefahr. Ausnutzung der Tatsache, daß 3 Arbeiterinnen-Delegierte zum Prozeß nach Moskau fahren.

Bei der Durchführung dieser Aufgaben sind die feindlichen Parteien zu entlarven und ist in die bürgerlichen Frauenorganisationen vorzustoßen.

Berichterstattung:

Die Berichterstattung erfolgt in den Bezirken, die vor dem Kongreß noch keine Bezirkskonferenzen abhalten konnten, zunächst auf einer Bezirkskonferenz werktätiger Frauen.

Das Schwergewicht der Berichterstattung muß im Betrieb liegen, wo Arbeiterinnen-Versammlungen abzuhalten sind. Organisierung von Erwerbslosen- und Hausfrauenversammlungen, auf denen die oben gestellten politischen Aufgaben je nach Zusammensetzung der Versammlung in den Vordergrund gedrückt werden. Für die weiblichen Erwerbslosen sollen Erwerbslosenkonferenzen im Monat Januar durchgeführt werden. Sie dienen auch der Vorbereitung des internationalen Erwerbslosentages.[4]

---

2 Zu dem am 28. September 1930 in Berlin gegründeten Kampfbund gegen den Faschismus siehe unten Dok. 34.

3 Im November/Dezember 1930 fand in Moskau ein Prozeß gegen die sog. „konterrevolutionäre Industriepartei" (*Ramsin* u. a.) im Verband der Ingenieurorganisationen statt. Den Beschuldigten wurde Vorbereitung der Konterrevolution und Unterstützung einer geplanten bewaffneten Intervention des Auslandes, besonders Frankreichs, gegen die Sowjetunion vorgeworfen. Der Prozeß gegen die „Industriepartei" war einer der ersten sowjetischen Schauprozesse. 5 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, aber begnadigt (10 Jahre Gefängnis). Vgl. *RF* Nr. 275 vom 25. 11. 1930; *Inprekorr* Nr. 97–106 vom 15. 11.–9. 12. 1930. 1931 veröffentlichte *Münzenbergs* Neuer Deutscher Verlag eine Art Protokoll des Prozesses: Spione und Saboteure vor dem Volksgericht in Moskau. Bericht über den Hochverratsprozeß gegen *Ramsin* und Genossen vom 25. November bis 7. Dezember 1930 im Gewerkschaftshaus in Moskau, von Andor Gabor auf Grund der stenographischen Protokolle zusammengestellt. Berlin 1931.

4 Der zweite Internationale Erwerbslosentag (auch „Weltkampftag gegen Arbeitslosigkeit") fand am 25. Februar 1931 statt.

Teuerungsdemonstrationen:
In breitestem Umfange müssen die Frauen zur Demonstration ihres Elends und ihrer Forderungen zur Wachrüttelung der noch abseits stehenden Frauenmassen auf die Straße gebracht werden. Es sind überall im Monat Dezember, besonders anläßlich der Beratung der Winterbeihilfeanträge in den Gemeindeparlamenten, Demonstrationen der Frauen mit ihren Kindern durchzuführen. Auf den Transparenten Hinweise auf die Beschlüsse des Reichskongresses. Zu den Weihnachtsdemonstrationen sind ebenfalls die Frauen zu mobilisieren, besonders bei den Frauen ist die Frage des „Weihnachtsfestes" ein sehr geeigneter Anknüpfungspunkt, um die Klassengegensätze aufzureißen.

Aufgaben der RGO:
Die RGO soll in Verbindung mit der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen Arbeiterinnen-Delegiertenkonferenzen, konzern- oder industriegruppenweise, im Orts- oder Unterbezirksmaßstabe, durchführen. Dabei ist das Schwergewicht auf die Industriegruppen zu legen, die vor Lohn- und Arbeitszeitkämpfen stehen. Auf diesen Konferenzen soll den Delegierten neben der Beratung der Maßnahmen für die Auslösung von Kämpfen die Bedeutung der Betriebsrätewahlen, Aufgaben der roten Betriebsräte, Verrat der Sozial- und Nationalfaschisten sowie Christen klargemacht werden. Die Arbeiterinnenforderungen zu den Betriebsrätewahlen sind zu beraten. Auf diesem Wege wird es gelingen, Tausende von Delegierten als rote Helfer für die Betriebsrätewahlen zu gewinnen, die Bildung von Arbeiterinnen-Kommissionen zu beschleunigen und die Werbearbeit für die RGO zu leisten. Die RGO muß sofort einen Plan festlegen, welche Konferenzen stattfinden sollen. Auf diesen ist die obige Aufgabenstellung mit der Berichterstattung vom Reichskongreß zu verbinden. Die Konferenzen sollen im Monat Januar stattfinden. (Siehe auch Rundschreiben der RGO.)[5]

Vorstoß auf das Land:
Organisierung von Landarbeiterinnen- und Kleinbäuerinnenkonferenzen vor Beginn der Frühjahrsarbeit. Vorbereitung dieser Konferenzen durch Versammlungen auf dem Lande, stärkere Verbreitung von Material für die Landfrauen. Konkrete Festlegung, wo Konferenzen stattfinden sollen.

Mittelstand:
Die Arbeit unter den Frauen des Mittelstandes, die auf der Konferenz zum ersten Male vertreten waren, muß aufgenommen werden.

Gegnerarbeit:
Zur Durchführung unserer Aufgabe der Gewinnung der Frauen aus dem feindlichen Lager gehört neben der Durchführung der obigen Aufgaben eine systematische Beobachtung der Tätigkeit der gegnerischen Parteien und Frauenorganisationen unter den Frauen. Kenntnisnahme von ihren Programmen und Veranstaltungen, regelmäßige Verfolgung ihrer Presse. Feststellung der Haltung der bekannten

5 Liegt nicht vor, vgl. aber Dok. 31b.

Frauenführerinnen bei Abstimmungen in den Parlamenten. Besuch der Gegnerversammlungen und dortselbst mündliche und schriftliche Beeinflussung der Frauen usw. Durchführung öffentlicher Diskussionsabende mit Einladung von Rednern des Gegners unter Spezialisierung auf bestimmte zugkräftige Themen, z. B. gegenwärtig die Frage nach der Stellung der Frauen zum Industrieprozeß in Moskau, Preisabbauschwindel, Todesstrafe für Abtreibung? (Auseinandersetzung mit den Nazis), Stellungnahme zu den Verschlechterungen der Lage der Frauen durch die Notverordnung z. B. Ledigensteuer, Krankenscheinverordnung, Abbau der Unterstützungen für verheiratete Frauen und unständig Beschäftigte usw.

Jugendarbeit:

Zur Verstärkung der Arbeit unter den weiblichen Jugendlichen ist eine enge Verbindung und Vertretung zwischen den Frauenabteilungen der Partei und dem KJVD zu schaffen. Im KJVD sollen ähnlich wie in der Partei bei den Leitungen besondere Jungmädchenabteilungen geschaffen werden. Es ist Sorge zu tragen für eine gute Berichterstattung vom Reichskongreß unter den weiblichen Jugendlichen.

Massenorganisationen:

Eine systematische Arbeit der Massenorganisationen unter den Frauen ist in vielen Bezirken noch nicht erreicht. Von ganz besonderer Bedeutung ist die Arbeit der IAH, RH, des Kampfbundes gegen den Faschismus und des Arbeitersports unter den Frauen. Auch hier ist die Berichterstattung durchzuführen.

Presseauswertung:

Verstärkung der Arbeiterinnenkorrespondentenbewegung, insbesondere durch Heranziehung der Delegierten zur Mitarbeit, Organisierung von Lesezirkeln der *Kämpferin* und *Frauenwacht*[6] in den Betrieben und Verbreitung dieser Zeitschriften mit Hilfe der Delegierten.

Bezirks- und Ortskomitees:

Mit dem Ausbau der Reichs-, Bezirks- und Ortskomitees werktätiger Frauen schaffen wir ein neues Zentrum für die Massenarbeit unter den werktätigen Frauen. Die Komitees, die bisher leider nur auf dem Papier standen, sind sofort neu zusammenzusetzen, in der Mehrzahl aus Parteilosen und Anhängerinnen feindlicher Parteien unter fester Führung von Kommunistinnen. Diese Komitees müssen zu wirklichen Arbeitsorganen der Delegiertenbewegung gemacht werden. Jedes seiner Mitglieder muß konkrete Aufgaben übernehmen. Außerdem sind Arbeitskommissionen für die verschiedenen Aufgabengebiete zu schaffen (Betrieb und Gewerkschaft, Jugend, Erwerbslose, Angestellte usw.). Damit erweitern wir unsere Kader und schaffen überhaupt erst die Möglichkeit, unsere sich rasch ausbreitende Massenarbeit zu bewältigen.

---

6 *Die Kämpferin* wurde als zentrales Reichsorgan der kommunistischen Frauenbewegung vom Reichskomitee der werktätigen Frauen in Berlin herausgegeben. *Frauenwacht* war seit Oktober 1930 die Frauenzeitschrift des Kampfbundes gegen den Faschismus.

Arbeit des Reichskomitees:

Aus diesem Grunde wurde auch das Reichskomitee als eine breite Körperschaft gewählt, das jetzt eine ständige enge Verbindung mit den Bezirkskomitees halten, regelmäßige Anweisungen und Material schicken wird. Die Mitglieder des Reichskomitees in den Bezirken müssen dort zu führender Arbeit unter den werktätigen Frauen eingesetzt werden.

Ständige Arbeiterinnen-Delegiertenversammlungen:

Die Delegierten des Reichskongresses eines Betriebes oder einer Gruppe von Betrieben sollen ständig (etwa 14tägig) zu einer Delegiertenversammlung zusammengefaßt werden, die ihnen die erste politische Schulung vermittelt und Anleitung für ihre praktische Arbeit im Betrieb gibt. In dem Maße, wie diese Delegierten zu Funktionären heranwachsen, soll der Bestand der Delegiertenversammlung durch Zuwahl von Delegierten in Abteilungsversammlungen des Betriebes ergänzt werden. Auch Delegierte der erwerbslosen Frauen und Hausfrauen sind an die Betriebs-Delegierten-Versammlungen anzuschließen.

Material:

Referentenmaterial erscheint Ende der Woche. Außerdem werden 2 Broschüren für 10 Pfg. in Massenauflage hergestellt, die besonders von den Delegierten selbst vertrieben werden sollen. Die nächste Nummer der *Kämpferin* bringt ausführliche Berichte und muß zur Umsatzsteigerung verwandt werden.

Auswertung durch die Parlamentsvertreter:

In den Landes- und Gemeindeparlamenten sollen im Monat Dezember Anträge für die werktätigen Frauen entsprechend der vom Kongreß aufgestellten Forderungen (siehe Resolution des Kongresses!)[7] gestellt und bei ihrer Begründung auf die Beschlüsse des 2. Reichskongresses werktätiger Frauen hingewiesen werden.

Hinweis auf Internationalen Frauentag:

Der 8. März wird in diesem Jahre[8] einheitlich mit großen Demonstrationen und Massenkundgebungen durchgeführt. In der Berichterstattungskampagne zum Reichskongreß ist bereits der 8. März zu propagieren in Verbindung mit der Vorbereitung eines Internationalen Kongresses werktätiger Frauen, dessen Termin noch nicht festgelegt worden ist.

Die Bezirke sollen sofort den Arbeitsplan für die Durchführung dieser Aufgaben beim ZK einreichen und laufend über die Durchführung Bericht erstatten.

Mit kommunistischem Gruß!
ZK-Sekretariat

7 Vgl. „Kampfappell des Reichskongresses werktätiger Frauen". *RF* Nr. 275 vom 25. 11. 1930.

8 Gemeint ist der internationale Frauentag am 8. März 1931. Der unten erwähnte Internationale Kongreß werktätiger Frauen wurde nicht durchgeführt.

33.

3. 12. 1930: Rundtelefonat des Sekretariats zur *Brüning*-Notverordnung

StA Bremen, 4,65-II A 12a, Bd. 28. Überschrift: [Rundtelefonat des ZK-Sekretariats].

Die *Brüning*-Regierung hat mit Notverordnungen durch Art. 48 [den] entscheidenden Schritt zur Errichtung der faschistischen Diktatur vollzogen. Bankrotter Kapitalismus bedroht werktätiges Volk mit unabsehbarer Katastrophe durch noch gesteigerte Ausplünderung. Bürgerkrieg gegen die arbeitenden Massen und große Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion.

Notwendig ist stärkste Mobilmachung in allen Massenorganisationen zwecks breitester Massenmobilisierung der Betriebsarbeiter, Erwerbslosen, Frauen, Jugendlichen, Angestellten, Beamten, städtischen Mittelschichten und Kleinbauern zu Versammlungen, Demonstrationen, zum wirtschaftlichen und politischen Massenstreik.

Politische Hauptlosungen sind:

Nieder mit der faschistischen Diktatur! Einheitsfront aller Arbeiter und Kampfbündnis mit Kleinbauern und Mittelstand gegen den Faschismus und *Young*sklaverei – Gegen Steuer und Zollwucher – gegen den Preisabbauschwindel – gegen die Kriegstreiber – für die Sowjetunion!

Gegen jeden Pfennig Lohnabbau – Herauf mit den Löhnen – Herunter mit den Wucherpreisen des Monopolkapitals – Her mit dem Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich – Brot und Arbeit für alle Arbeitslosen – Volksrevolution gegen die drohende Katastrophe – Für Freiheit und Sozialismus!

Hauptfeind ist der Faschismus von *Brüning* und *Hitler* bis *Severing*. Massenaktionen gegen Massenelend, Notverordnungen, *Young*plan und *Brüning*-Regierung auf das engste verbinden mit rücksichtsloser Entlarvung der Sozialdemokratie als Wegbereiter, Initiator und Teilhaber der faschistischen Hungerdiktatur *(Braun, Severing, Grzesinski)*.

Schwerpunkt bei Auswertung des Industrieprozesses[1] auf Nachweis direkter Kriegshetze, unmittelbarer Kriegsvorbereitungen und gesteigerter Kriegsgefahr legen. Grandiose Erfolge des sozialistischen Aufbaus [in der UdSSR] popularisieren.

Umfassende Einheitsfront von unten, kameradschaftliche Sprache mit sozialdemokratischen Arbeitern, besonders mit antifaschistisch eingestelltem Ordnerdienst, stärkster Kurs auf Dezimierung und Zerschlagung des Reichsbanners.

Schaffung von Kampfkomitees gegen den Faschismus, aber nur mit breitester Einbeziehung sozialdemokratischer, christlicher und parteiloser[2] Arbeiter. Schaffung von Diskussionsmöglichkeiten mit sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern im Betrieb, Stempelstelle und Ortsgruppe durch direktes Herantreten an diese Arbeiter. Durchführung örtlicher und bezirklicher Einheitsfrontaktionen gegen Faschismus (Thüringer Parteiorganisation führt aus eigener Initiative Volksbegehren

1 Vgl. Dok. 32, Anm. 3.

2 Im Text fälschlich: parteiischer.

gegen *Frick*-Regierung, für Landtagsauflösung mit dem Ziel breitester Massenmobilisierung durch).[3]

RGO wird entscheidende Einheitsfrontorganisation für Millionen von organisierten und unorganisierten Arbeitern im Kampf gegen Unternehmertum, -offensive, Notverordnung, faschistischer und Art. 48-Diktatur, Nationalsozialismus, Zentrumsfaschismus und Sozialfaschismus, zur Entfesselung von Streiks.

Partei muß für alle Schichten des werktätigen Volkes Aktionsprogramm mit konkreten Forderungen aufstellen und Einheitsfrontorgane zur Vorbereitung und Führung der notwendigen Kämpfe entwickeln (Betriebliche Kampfprogramme für Arbeiter, Angestellte und Beamte. Winterhilfe verbinden mit Lebens[mittel]forderungen für die Arbeitslosen. Forderungen für Frauen und Jugendliche, konkrete Losungen für Kleingewerbetreibende und Kleinbauern).

Die zielbewußte Politik zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse, der Hegemonie des Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei und das Kampfbündnis der Arbeiter mit den Kleinbauern und Gewerbetreibenden. Allgemeine Mobilisierung gegen Diktatursteuern, Wucherzölle und Preissenkungsschwindel. Auslösung von Teilkämpfen auf allen Gebieten (Mieter, Sportler, Freidenker, Sozialrentner usw.).

In allen Versammlungen, besonders gegnerischen, mutig auftreten, für Annahme von Protestresolutionen kämpfen. Versammlungen mit Demonstrationen verbinden. Das Recht auf die Straße, alle politischen Rechte der Arbeiterklasse gegen jeden Versuch der Einschränkung oder Beseitigung verteidigen. Alle noch uns gegnerischen Kräfte und Organisationen zu gemeinsamen, wirkungsvollen Maßnahmen heranziehen.

Parallel mit stärkster Entlarvung nationalsozialistischer Scheinopposition und Demagogie, stärkste Aufzeigung der arbeiterfeindlichen Rolle der Sozialdemokratie an Hand der Zustimmung zu den Notverordnungen und der faschistischen *Brüning*-Diktatur. Am Tage der Abstimmung überall gewaltige Massendemonstrationen.

Sprache der Presse sachlich scharf ohne leichtsinnige Herbeiführung von Verboten. Stärkster Einsatz von Betriebs-, Häuserblock- und Dorfzeitungen, kleiner Flugblätter und Handzettel.

Weckung breitester, schöpferischer Initiative der unteren Parteiorganisationen und der parteilosen Masse, verbunden mit bolschewistischer Selbstkritik.

3 Das Volksbegehren der KPD in Thüringen sollte vom 19. April bis 2. Mai 1931 stattfinden. Da *Frick* bereits am 1. April gestürzt wurde, kam es nicht zustande.
Vgl. Manfred Weissbecker, Gegen Faschismus und Kriegsgefahr. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD in Thüringen 1933–1935. Erfurt 1967, S. 13.

34.

19. 12. 1930: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen

StA Bremen, 4,65-II A 12a, Bd. 28; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/19. 1. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 19. Anweisungen des Sekretariats."

1. Unser Kampf gegen die faschistische Diktatur
2. betr. Kampfbund gegen den Faschismus und Antifa
3. Herausgabe der *Jungen Garde* als Tageszeitung.

Unser Kampf gegen die faschistische Diktatur

Das nachfolgende Rundschreiben gibt den Bezirksleitungen eine Übersicht über die auf Grund der politischen Veränderungen notwendig gewordene strategische Wendung der Partei und ihre Auswirkung auf die verschiedensten Gebiete der Parteiarbeit. Der Kampf zur Beseitigung der faschistischen Diktatur in ihrem Anfangsstadium, ohne sie zu den anderen Formen des Faschismus ausreifen zu lassen, wie er in dem Artikel des Genossen *Thälmann* aufgezeigt wurde,[1] die sich daraus ergebende Aufgabenstellung der Volksrevolution, macht eine großzügige Änderung unserer gesamten Parteiarbeit notwendig. Das folgende Rundschreiben ist deshalb von größter Bedeutung für die gesamte Basis der Partei und muß von den Bezirksleitungen ausführlich und gründlich durchgearbeitet und ausgewertet werden.

Das Rundschreiben gliedert sich in folgende Teile:

I. Unsere politischen Aufgaben:

1. Die politische Lage.
2. Die große strategische Wendung ist notwendig.
3. Die Volksrevolution und ihre Kampforgane.
4. Einigung der Arbeiterklasse unter Führung der KPD.
5. Unsere Bekämpfung der gegnerischen Parteien.
6. Politischer Massenstreik und die übrigen Formen und Methoden unseres Kampfes gegen die faschistische Diktatur.

II. Die neuen organisatorischen Aufgaben:

1. Innerparteiliche Mobilisierung.
2. Umstellung der Parteiorganisation.

a) bei den Leitungen.
b) in den Betriebszellen.
c) in den Straßenzellen.
d) Sonstige Maßnahmen.

3. Die neuen Einheitsfrontorgane

a) Die Delegiertenkonferenz der Arbeiter und der übrigen werktätigen Schichten.

1 Ernst *Thälmann*, „Wir führen das Volk zum Sieg über die faschistische Diktatur! Nur der Kommunismus rettet die werktätigen Massen vor der Hungerkatastrophe", *RF* Nr. 290 vom 12. 12. 1930. In dem Artikel behandelt *Thälmann* ausführlich die Ursachen der kapitalistischen Krise und die Gefahr des Faschismus in Deutschland. Den Hauptkampf gelte es gegen die SPD, als die soziale Stütze der faschistischen Diktatur, zu führen.

b) Die betrieblichen Aktionsausschüsse.
c) die örtlichen Aktionsausschüsse.
d) die Komiteebewegung unter den nichtproletarischen Schichten.
e) die Fraktionsarbeit in diesen Organen.

I. Unsere politischen Aufgaben:

1. Die politische Lage

Wir verweisen auf den letzten Artikel des Genossen *Thälmann* „Wir führen das Volk zum Sieg über die faschistische Diktatur", auf die Resolution des Polbüros vom 5. 12. und auf die Leitartikel in der *RF* Nr. 281 (Die Lage) und Nr. 294 (Unser Kampf gegen den Faschismus).[2]

Mit dem Fußtritt der Bourgeoisie für die Sozialdemokratie, ihrem Hinauswurf aus der Reichsregierung und der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die Bourgeoisie selbst, setzte im März 1930 die Faschisierung Deutschlands verstärkt ein. Die Regierung *Brüning* hat in den ersten 6 Monaten ihrer Existenz die Funktion einer halbfaschistischen Regierung, die ihre Politik vor allem mit der direkten und offenen Unterstützung der Sozialdemokratie durchführte. Die Vergangenheit zeigte, daß die *Brüning*-Regierung nicht imstande war, die Wirtschaftskrise einzudämmen, einen Ausweg für den Kapitalismus aus der Katastrophe zu erzwingen. Die Offensive des Unternehmertums, die Massenarbeitslosigkeit, die Krise im städtischen Mittelstand und die Agrarkrise entwickelten sich rasch weiter, vertieft und verbreitert durch die reaktionäre Zoll- und Steuerpolitik und den Abbau der Sozialgesetzgebung, die die *Brüning*-Regierung im Auftrage der Bourgeoisie durchführte. Die ökonomische Krise des deutschen Kapitalismus schlug in die politische Krise um. Die Radikalisierung der werktätigen Massen machte so schnell Fortschritte, der Zersetzungsprozeß in den traditionellen bürgerlichen Parteien nahm ein solches Tempo an, daß die bürgerliche Scheindemokratie und die bisherige halbfaschistische Herrschaftsform des kapitalistischen Staates nicht mehr ausreichte, um über den Winter hinweg die empörten werktätigen Massen niederzuhalten. So kam es zu jenem Wendepunkt Anfang Dezember, an dem aus der Funktion der halbfaschistischen *Brüning*-Regierung, die einer Regierung der – wenn auch noch keineswegs vollkommen – faschistischen Diktatur in Deutschland wurde,

2 Die Resolution des Polbüros zur gegenwärtigen Lage vom 5. Dezember wurde nicht in der Parteipresse abgedruckt. Der Inhalt ist jedoch wiedergegeben in: „Die neuen Aufgaben der Arbeiterklasse im Kampf gegen die faschistische Diktatur". Entschließung der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark vom 7. 12. 1930. *RF* Nr. 287 vom 9. 12. 1930 und *Inprekorr* Nr. 107 vom 12. 12. 1930, S. 2624 f. Danach erklärte Walter *Ulbricht* in einem Referat vor der BL Berlin, die *Brüning*-Regierung sei seit dem 1. 12. „zur ersten Regierung der faschistischen Diktatur geworden", die Deutschland „in eine faschistische Republik, in einen faschistischen Staat" umwandle. Daher sei eine „Volksrevolution im Sinne von *Marx*" notwendig. In dem Artikel „Die Lage", *RF* Nr. 281 vom 2. 12. 1930 heißt es zum Erlaß der Notverordnung vom 1. Dezember: „Wir haben eine faschistische Republik [. . .]. In dieser historischen Stunde ist es notwendig, die unauslöschliche, grenzenlose Schuld der Sozialdemokratie vor der gesamten Arbeiterklasse zu brandmarken. Die Politik der Sozialdemokratie [. . .] hat die faschistische Diktatur heraufbeschworen [. . .] Die nächste und übernächste Etappe wird die Militärdiktatur, der Eintritt *Hugenbergs* und *Hitlers* in die Regierung sein."
Der Artikel „Unser Kampf gegen den Faschismus", *RF* Nr. 294 vom 17. 12. 1930 stellt den Kampf gegen die SPD als den Wegbereiter des Faschismus in den Mittelpunkt.

wobei wiederum der Sozialfaschismus die Rolle des Geburtshelfers spielte[3] und den Massen vortäuschte, die Unterstützung der *Brüning*-Regierung durch die SPD ließe sich als ein Weg zur Vermeidung der *Hitler*-Diktatur beschönigen oder entschuldigen.

Wir [be]finden uns gegenwärtig zweifellos im Anfangsstadium der faschistischen Diktatur. Wer mit dem Sozialfaschismus diesen Beginn der faschistischen Diktatur leugnet, wer den Arbeitern vorlügt, die Unterstützung des *Brüning*-Faschismus sei eine „Abwehr" des *Hitler*-Faschismus, der hilft mit, die Weiterentwicklung der begonnenen faschistischen Diktatur zu höheren, grausameren, blutgierigeren Stufen vorzubereiten und zu fördern.

Das Lager des deutschen Faschismus besteht heute aus zwei Fraktionen. Während die eine Fraktion des deutschen Faschismus unter Führung *Brünings* mit Hilfe des Sozialfaschismus die faschistische Diktatur errichtet und der SPD die Teilnahme an der preußischen Regierung vorläufig noch erlaubt, bereitet die Volkspartei die Heranziehung der zweiten, von *Hitler* geführten Fraktion des Faschismus an die Regierung und zur Ausübung der Macht vor. Die Reden von *Dingeldey* und die Artikel der *DAZ*[4] werfen die Frage auf, daß „in den kommenden Wochen das Verhältnis zwischen Zentrum und Nationalsozialismus, zwischen *Brüning* und *Hitler* ... für die nächste Zukunft der deutschen Politik entscheidend ist". Die deutsche Trustbourgeoisie erklärt, es sei an der Zeit, „den Nationalsozialismus zu kanalisieren und in das richtige Flußbett zu leiten – es ist reaktionär und unklug, ihn zu provozieren".

Da die ökonomische Krise sich in den nächsten Monaten noch weiter verschärfen und die Unzufriedenheit der Massen weiter wachsen wird, während keine der beiden faschistischen Fraktionen einen Ausweg aus dieser Krise zeigen kann, zielen die Anstrengungen der Bourgeoisie darauf ab, die noch nicht ausgereifte faschistische Diktatur Schritt für Schritt zu verschärfen. Mit allen Kräften macht die Bourgeoisie den Versuch, die Avantgarde des Proletariats und seine revolutionären Kader immer schärfer zu knebeln, alle ökonomischen Kämpfe noch grausamer zu unterdrücken, die politischen Rechte der Arbeiterklasse immer mehr einzuengen, zu immer schärferen Formen der Diktatur überzugehen. Die Möglichkeiten verschiedener Zusammensetzung der Diktatur-Regierung (Koalition *Brüning*-Nazis, Generaldiktatur, Nazi-Regierung) lassen sich natürlich nicht prophezeien, sondern hängen von der außerparlamentarischen Kräftekonstellation ab, vor allem von dem Kampf des Proletariats unter Führung der KPD.

2. Die große strategische Wendung ist notwendig

Die Partei muß angesichts dieses Wendepunktes in der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung rasch und entschlossen eine entschiedene strategische Wendung in ihrer

3 Am 1. Dezember 1930 erließ der Reichspräsident die erste „Verordnung [...] zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen", die weitere erhebliche finanzielle Lasten für die Bevölkerung bedeutete. Gegen die Verordnung brachte die kommunistische Reichstagsfraktion am selben Tag den Antrag auf sofortige Aufhebung ein. Der Antrag wurde am 6. Dezember mit den Stimmen von SPD, Zentrum, BVP und DVP abgelehnt.

4 *Deutsche Allgemeine Zeitung*, hervorgegangen aus der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung*, nationalliberale Richtung.

gesamten Arbeit und Politik durchführen. Die Gesamtpartei muß klar die grundlegende Änderung der Situation erkennen: es geht nicht mehr um den Kampf zur Verhinderung der drohenden faschistischen Diktatur, sondern es handelt sich um die Entfaltung des Massenkampfes zum Sturz der bestehenden, wenn auch noch unausgereiften faschistischen Diktatur. Es handelt sich darum, zu verhindern, daß die im Anfangsstadium befindliche faschistische Diktatur mehr und mehr auswächst zu solchen Formen, die alle Grausamkeiten und Terrorakte der italienischen, polnischen und jugoslawischen Henker in den Schatten stellen und Millionenmassen der Werktätigen in die buchstäbliche Katastrophe, in den nackten Hungertod oder in den Krieg gegen die Sowjetunion treiben würden.

Aus der auswegslosen Krise des deutschen Kapitalismus gibt es kein Zurück zu blühender Konjunktur. Einreihung der 4 Millionen Arbeitslosen in den Produktionsprozeß, Abbau der gewaltigen Steuer- und Zollasten und Ausbau der Sozialgesetzgebung, zu friedlichen demokratischen Wahlen und parlamentarischen Staatsformen. Sturz der faschistischen Diktatur bedeutet Beseitigung der Herrschaft des Kapitalismus überhaupt, Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems. Das kapitalistische System bedeutet nicht nur Katastrophe für die unter unerträglichen Arbeitsbedingungen dahinvegetierenden Betriebsarbeiter, Angestellten und Beamten, sondern es bedeutet den Ruin des städtischen Mittelstandes und der Intelligenz, es bedeutet Vernichtungskampf gegen die Existenzgrundlagen der Millionenmassen der Kleinbauern und der bürgerlichen Halbproletarier.

Vor der Partei steht also die Aufgabe der Organisierung der Volksrevolution gegen die drohende Katastrophe und zur Beseitigung der faschistischen Diktatur.

3. Die Volksrevolution und ihre Kampforgane[5]

Die große strategische Aufgabe der Durchführung der siegreichen Volksrevolution erfordert von der Partei die Lösung zweier taktischer Aufgaben, die von entscheidender Bedeutung sind: die Einigung des Proletariats unter Führung der KPD, d.h. die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus, und die Sammlung aller Werktätigen um die Fahne der Volksrevolution durch Herstellung des breitesten und engsten Kampfbündnisses mit den städtischen und bäuerlichen Mittelschichten mit der Arbeiterklasse als der einzigen „bis zu Ende revolutionären" Klasse, der deshalb die Hegemonie über die werktätigen Schichten zusteht.

Zur Lösung dieser gewaltigen Aufgaben ist die Entfaltung größter Aktivität der Gesamtpartei auf allen Fronten des antikapitalistischen und antifaschistischen Klassenkampfes notwendig. Dieser Generallinie der Partei müssen alle Teilaktionen und Kampagnen der Partei, besonders auch die Betriebsrätewahlen und alle Wirtschaftskämpfe eingeordnet werden. Die entscheidenden Losungen, die die strategischen und taktischen Hauptziele der Partei in den Massen popularisieren, müssen mit den Lebensforderungen des Proletariats, des Mittelstandes und der Kleinbauern sowie aller besonderen Schichten der Werktätigen in den Alltagskämp-

5 Die Losung „Volksrevolution" wurde im Januar 1931 von einer ZK-Tagung weiter forciert. Vgl. Dok. 35, Anm. 1.

fen auf das Engste verbunden werden. Nur so kann die Partei alle diese Schichten in Bewegung bringen, als Verbündete des Proletariats gewinnen und durch Teil- und Massenaktionen den politischen Massenstreik vorbereiten.

Die Aufgabenstellung der Volksrevolution erfordert zugleich den Übergang von den bisherigen zu neuen, höheren Formen der Einheitsfrontpolitik und zur Schaffung solcher Einheitsfrontorgane, die der verschärften politischen Situation und der revolutionären Aufgabenstellung entsprechen; solche Organe schafft die politische Delegiertenbewegung, die die Arbeiter der Betriebe und Stempelstellen, die Frauen und Jugend, die Angestellten und Beamten zusammenschweißt und den städtischen Mittelstand und die Kleinbauern mit dem Proletariat vereinigt. Die Delegiertenbewegung, die ihre Zusammenfassung in den örtlichen und bezirklichen Delegiertenkonferenzen sowie den betrieblichen und örtlichen antifaschistischen Aktionsausschüssen findet und eine Interessenvertretung und ein Kampfinstrument des ganzen werktätigen Volkes gegen Trustkapitalismus und Faschismus bildet, in der alle Teile des Proletariats und der Mittelschichten durch ihre Delegierten vertreten sind. Die Delegiertenbewegung muß ideologisch und politisch geführt werden von der Kommunistischen Partei, muß sich aber in ihrer Mehrheit zusammensetzen aus heute noch parteilosen, sozialdemokratischen, christlichen und anderen Arbeitern, Angestellten und Angehörigen der Mittelschichten, die erst durch unsere aktive Politik, durch gründliche politische Aufklärung und durch die Teilkämpfe und Massenaktionen selber immer fester in die volksrevolutionäre Massenfront eingegliedert werden.

4. Einigung der Arbeiterklasse unter Führung der KPD

Es ist von entscheidender Bedeutung, daß sich die Partei selbst ihrer historischen Pflicht als Lehrer, Organisator und Führer des sozialistischen Freiheitskampfes in vollem Umfange bewußt wird und darüber hinaus dem ganzen Proletariat und allen Werktätigen die Führerrolle der KPD als einziger Arbeiterpartei zum Bewußtsein bringt.

Hierzu ist es notwendig, in unserer gesamten Agitation und Propaganda folgende Grundtatsachen immer wieder in den Mittelpunkt zu rücken:

Die KPD ist die einzige antikapitalistische Partei!
Die KPD ist die einzige antifaschistische Partei!
Die KPD ist die einzige Partei des Kampfes gegen den *Young*-plan.
Die KPD ist die einzige Kraft, die für den Sozialismus kämpft!
Die KPD ist die einzige Partei der Einheitsfront, der Einigung des Proletariats und aller Werktätigen im Kampfe für Brot, Arbeit und Freiheit!

Diese entscheidenden Tatsachen müssen scharf herausgearbeitet und in unserer gesamten Presse, in unseren Reden und Flugblättern den Massen immer wieder eingehämmert werden. Aber die bloße Feststellung dieser Tatsachen durch Agitation und Propaganda allein genügt nicht. Wir müssen in der Praxis des Klassenkampfes, im Ringen mit allen Klassenfeinden, in den Aktionen der verschiedensten Schichten den Massen selbst den lebendigen Beweis für die Richtigkeit unserer Feststellungen, für unsere leninistische Einheit von Theorie und Pra-

xis, von Wort und Tat erbringen. Wir stehen heute vor einem entscheidenden Einbruch in die Millionenmassen der bisher noch von der Sozialdemokratie irregeführten Arbeiter. Die Unterstützung der *Brüning*-Regierung durch die SPD bei allen ihren volksfeindlichen und diktatorischen Maßnahmen, die ganze Rolle des Sozialfaschismus als Wegbereiter und Hilfspolizei der faschistischen Diktatur führt zur wachsenden Rebellion der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen, insbesondere der jüngeren Generation gegen die sozialfaschistischen Führer.

Der Drang nach Einigung der Arbeiterklasse im Kampfe und zum Kampfe gegen den Faschismus ist bei den sozialdemokratischen Arbeitern im stärksten Wachstum begriffen.

Der Kampf um die proletarischen Anhänger, um die Männer und Frauen und Jugendlichen der Zentrumspartei muß jetzt ganz entschieden und durch unsere Betriebszellen, durch den Aufbau von Fraktionen in den christlichen Gewerkschaften, durch die Organisierung von Frauen- und Jungarbeiter-Delegiertenkonferenzen in Angriff genommen werden, wobei klar ist, daß nicht etwa der antireligiöse Kampf zur Grundlage unserer Einheitsfrontpolitik gemacht werden darf, sondern diese Arbeiter im Kampfe gegen die faschistische Diktatur und Massenverelendung, im gemeinsamen Massenkampf gegen die kapitalistische Profitwirtschaft von uns gewonnen werden müssen.

So sehr eine Verschärfung des ideologischen wehrhaften Kampfes gegen die SA-Banden der Nazis nottut, ebenso notwendig ist ein entschiedener Kurs zur Gewinnung aller antikapitalistisch gestimmten Mitläufer des Faschismus, eine zielbewußte, politisch aktiv antifaschistische Arbeit in den Betrieben und Stempelstellen, wo die organisatorische Verankerung der Nazis (in den agrarischen Gebieten auch des Stahlhelms) unter allen Umständen verhindert werden muß.

5. Unsere Bekämpfung der gegnerischen Parteien:

Ebenso wie wir den breitesten Massen in wirksamster Weise durch Aufzeigung der wichtigsten Grundtatsachen (siehe Punkt 4) die Rolle unserer Partei in das Bewußtsein hämmern müssen, ebenso müssen wir den Arbeitern und allen Werktätigen an Hand einiger grundlegender wirksamer Tatsachen die Rolle der gegnerischen Parteien, der Nazis, der SPD, des Zentrums zum Bewußtsein bringen. In unseren Tages- und Betriebszeitungen, in den Häuserblock- und Dorfzeitungen, durch unsere Plakate und Handzettel, Referate und Diskussionsreden muß immer wieder in den verschiedenartigsten Formen der Artikel, Schlagzeilen, Kästen, Zitate, Transparente usw. sichtbar vor den Massen festgehalten werden.

Die NSDAP ist für die *Young*planerfüllung, für Negersteuer und Wucherzölle, gegen Millionärssteuer und Winterbeihilfe für Erwerbslose in Thüringen und Braunschweig.

Die Sozialdemokratie ist die Hilfspolizei der faschistischen *Brüning*-Regierung. Sie hat am 18. Oktober und 3. Dezember allen Notverordnungen zugestimmt. Sie ist die Partei der Hungerschiedssprüche, des Lohnraubes, des Verrates der Arbeiterklasse an Trustkapitalismus und Faschismus.

Das Zentrum ist die faschistische Partei der Volksausplünderung, der Massensteuern und Wucherzölle, der Amnestie – für die reichen Kapitalverschieber, der Panzer-

kreuzer und Verweigerung der Kinderspeisung, der Kriegshetze gegen die Sowjetunion.

Wir haben nur einige Hinweise für zentrale Losungen gegeben, die natürlich bei neuen großen Anlässen ergänzt werden müssen, die gleichzeitig für unsere Zellen- und Ortsgruppen als Anregung dienen sollen, mit konkreten betrieblichen und örtlichen Tatsachen eine wirksame Bekämpfung aller Gegner durchzuführen.

Auch hier ist eine durchgreifende Änderung unserer Einheitsfrontmethoden erforderlich: unsere Betriebszellen und Ortsgruppen müssen raschestens überall Verbindungen herstellen zu den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern, sie müssen bei den Werktätigen, irregeführten Anhängern der Nazis eindringen.

Als allgemeiner Parteibefehl gilt:

Keine öffentliche Versammlung der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Nazis ohne kommunistischen Diskussionsredner mehr.

Keine solche gegnerische Kundgebung mehr, in der wir nicht in Flugblättern und Handzetteln mit Fragen an die Versammlungsteilnehmer herantreten, in der wir nicht in der Versammlung und beim Abschluß Diskussionsgruppen bilden und die Massen zu unseren Veranstaltungen einladen. Darüber hinaus gilt es, sofort die folgende Losung zu verwirklichen:

Keine SPD-Mitgliederversammlung, kein Zahlabend, keine Funktionärsversammlung der SPD mehr ohne kommunistische Beeinflussung.

Jede solche Tagung der SPD und SAJ muß mit oppositionellen SPD-Arbeitern vorbereitet und ausgewertet werden, wobei in kleineren Orten bereits die Zulassung von KPD-Diskussionsrednern in der Mitgliederversammlung der SPD erzielt werden kann, während im allgemeinen diese Stufe der Einheitsfrontpolitik noch nicht erreicht sein dürfte.

Es ist klar, daß wir noch schärfer als bisher unterscheiden müssen zwischen Führern mit Riesengehältern und Pensionen, den korrupten Bürokraten einerseits, den unteren und mittleren Funktionären andererseits und den ausgebeuteten, zur Aktion drängenden Massen. Wir müssen bei stärkster Wahrung unserer Grundsätze und Einhaltung der Generallinie der Partei zu einer kameradschaftlichen, proletarischen Aussprache mit sozialdemokratischen Arbeitern und unteren Funktionären zu gemeinsamen Diskussionsabenden, zur Heranziehung dieser Arbeiter in unsere Versammlungen und öffentliche Zellensitzungen, in die Sitzungen der RGO und der Opposition in den noch von sozialfaschistischen diktatorisch geleiteten Massenorganisationen kommen.

Wir müssen die Sprache der proletarischen Einheitsfront und der Volksrevolution sprechen lernen!

6. Politischer Massenstreik und die übrigen Formen und Methoden unseres Kampfes gegen die faschistische Diktatur

Was dringend notwendig ist, ist die Entfesselung einer Kette von ökonomischen und politischen Massenaktionen gegen die faschistische Diktatur. Die Politisierung der Wirtschaftskämpfe, die Durchführung der Betriebsrätewahlen im Zeichen des Kampfes gegen die faschistische Diktatur muß mit der Entfesselung von Steuer-

streiks und Mieteraktionen. Aktionen gegen die sozial- und kulturpolitische faschistische Reaktion. Proteststreiks gegen die täglichen Arbeitererschießungen und blutige Niederknüppelung der Arbeiterdemonstrationen verbunden werden. Wir müssen nicht nur die politischen Rechte der Arbeiterklasse (Koalitionsfreiheit, Recht auf die Straße, Streikrecht usw.), die Legalität der Partei und unserer Presse, die Existenz der von der Staatsgewalt schikanierten und vom Verbot bedrohten kulturpolitischen Arbeiterorganisationen (Sportler, Freidenker usw.) verteidigen, wir müssen zum Angriff übergehen gegen den Straßenterror und die Demonstrationsfrechheit der SA-Banden und der anderen faschistischen Formationen, die jetzt nach dem Muster der Lappo-Bewegung[6] mit ihrer terroristischen Ausbildung gegen das revolutionäre Proletariat beginnen. Die Arbeiterklasse muß in ihrem wehrhaften Geist gegen den Faschismus gestärkt werden. Wir müssen unter allen Umständen in der Offensive sein. Der Kampfbund gegen den Faschismus mit seinen Betriebswehren und Erwerbslosenstaffeln muß eine wirkliche Massenkraft gegen den Faschismus darstellen. Die geeignetsten Formen der Abwehr der faschistischen Provokation und Terroristen müssen in Betrieben und Arbeitervierteln herausgearbeitet werden. Alle ökonomischen Streiks und Massenaktionen der Auflockerung des Bodens, der Ingangsetzung der Massenbewegung, der Vorbereitung politischer Massenkämpfe, die in der Durchführung von politischen Massenstreiks als des wichtigsten Kampfmittels in der jetzigen Etappe gipfeln müssen.

II. Die neuen organisatorischen Aufgaben:

Die veränderte Lage verlangt von der ganzen Partei eine rasche Umstellung auf die neuen, gesteigerten Hauptaufgaben, erfordert in der gesamten Partei eine Verstärkung der kameradschaftlichen, durch gründliche Selbstkritik verbesserten kollektiven Arbeit, eine strenge Beachtung der Notwendigkeit des Zweifrontenkampfes, im besonderen der Vermeidung der Hauptgefahr, des opportunistischen Nachhinkens hinter der Massenstimmung und Bewegung, eine stärkere Beachtung und Sicherung der bolschewistischen Parteidisziplin und eine Stärkung der Initiative und Arbeitsdisziplin jedes einzelnen Parteimitgliedes. Darüber hinaus ergibt sich zur Durchführung der vorstehend geschilderten politischen Aufgaben die Notwendigkeit folgender organisatorischer Maßnahmen:

1. Innerparteiliche Mobilisierung

Zur Mobilisierung der Gesamtpartei und der mit uns sympathisierenden Massenorganisationen müssen in kürzester Frist durchgeführt werden:

a) eine Sitzung der Plenar-Bezirksleitung.

b) Aussprache des Sekretariats der BL mit den Bezirksfraktionsleitungen der Massenorganisationen, den Bezirksausschüssen der RGO und der Erwerbslosen.

c) Allgemeine Mitgliederversammlungen in allen Ortsgruppen und Stadtteilen unter Hinzuziehung mit der Partei Sympathisierenden. Daran anschließend Zellenversammlungen in allen Betriebs- und Straßenzellen zur Konkretisierung der Aufgaben für jeden im Wohnbereich liegenden Betrieb, sowie für den Wohnbereich selbst.

6 Die nationalistische Bauernbewegung Finnlands, benannt nach dem Gründungsort Lappo, war in ihrer politischen Richtung extrem antikommunistisch. 1934 wurde die Lappo-Bewegung aufgelöst.

d) Sitzungen sämtlicher Fraktionen in den Massenorganisationen zur Besprechung der Aufgaben, die den Massenorganisatioinen im Kampf gegen die faschistische Diktatur übertragen werden müssen.

e) Daran anschließend Mitgliederversammlungen in allen Massenorganisationen.

In allen diesen Sitzungen, Veranstaltungen und Versammlungen steht nur das Thema zur Behandlung: „Volksrevolution gegen die faschistische Diktatur".

Dieses Thema muß aber nicht nur ausführlich politisch behandelt werden, sondern es müssen gleichzeitig konkrete taktische, auf die bezirklichen Verhältnisse eingestellten Anweisungen für die Mobilisierung der Massen, für die Führung des Kampfes, sowie über die dazu notwendige Umstellung des Parteiapparates gegeben werden.

2. Umstellung der Parteiorganisation

A. bei den Leitungen

1. Bei allen Bezirksleitungen muß eine neue Abteilung Gegnerabteilung gebildet werden. Sie gliedert sich entsprechend ihrer Aufgabe in zwei oder drei Unterabteilungen. Eine Unterabteilung für den Kampf gegen den Faschismus, eine Unterabteilung für den Kampf zur Gewinnung der SPD-Arbeiter, in den Bezirken, in denen das Zentrum in der Arbeiterklasse stärkeren Anhang hat, eine Unterkommission für die Gewinnung der christlichen Arbeiter. Jede dieser Unterkommissionen muß einen verantwortlichen Genossen zum Leiter haben, der diese Arbeit als Hauptfunktion leistet. Die Aufgabe der Unterabteilungen ist, die Materialien über den Gegner zu sammeln und dem Zentralkomitee zugänglich zu machen, sie mit dem vom ZK gelieferten Material für die bezirkliche Parteipresse, für Betriebs- und Häuserblockzeitungen, für Flugblätter und andere Agitationsmaterialien zu verarbeiten, planmäßig die Aufklärung in diesen gegnerischen Organisationen zu organisieren, Verbindungen herzustellen, Diskussionen zu organisieren und die Arbeiter aus ihnen zu gewinnen.

Die Gegnerabteilung untersteht unmittelbar dem Sekretariat der BL. Es müssen in ihr vertreten sein die Orgabteilung, die Agitpropabteilung, Landabteilung, die Redaktion und besonders auf dem Gebiet der Gegnerarbeit erfahrene Genossen.

2. In jeder BL muß ferner eine kleine Kommission geschaffen werden zur Ausarbeitung von Vorschlägen für die Führung der Kampagne unter den Mittelschichten. Sie sammelt konkretes Material, arbeitet Vorschläge aus und unterstützt so das Sekretariat der BL.

3. Die Agitpropabteilungen und Orgabteilungen überprüfen die Organisierung der Anschaffung von Schreib- und Vervielfältigungsmöglichkeiten für jede einzelne Zelle, eine Aufgabe, die jetzt außergewöhnlich rasch beendigt werden muß. Sie überwachen ferner die Herausgabe von Zellenzeitungen, Häuserblockzeitungen, Zeitungen für die verschiedensten Mittelschichten und sonstige örtliche und betriebliche Materialien. Sie organisieren planmäßig bis hinab zu jeder einzelnen Zelle Klebekolonnen, die gleichzeitig den Vertrieb der Häuserblock-Betriebszeitungen und sonstigen Materialien, die von den Zellen hergestellt werden, zu übernehmen haben.

B. In den Betriebszellen

In den Betriebszellen sollen je nach Stärke der Zelle zwei oder drei Genossen, die sich jeweils sympathisierende revolutionäre Arbeiter zur Unterstützung hinzuziehen müssen, für die besondere Durchführung nachfolgender, besonderer Spezialaufgaben (besondere Beobachtung, Materialsammlung und -herstellung, Herstellung von Verbindungen usw.) bestimmt werden, wobei natürlich jedes Zellenmitglied diese Arbeit allgemein durchzuführen hat:

1. Kampf gegen den Betriebsfaschismus.
2. Gewinnung der SPD-Kollegen.
3. Gewinnung der christlichen Arbeiter.

C. In den Straßenzellen:

Ebenfalls je nach Stärke der Zelle zwei oder mehr Genossen für folgende Aufgaben:

1. Kampf gegen den Faschismus im Wohngebiet und im Betrieb (Herstellung von Verbindungen zur Information, zu Zersetzungszwecken).

2. Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter (Materialsammlung usw.), Herstellung von Verbindungen mit rebellierenden SPD-Arbeitern, fortgesetzte Belieferung derselben mit besonderem Material.

3. Organisierung der Versammlungen und Konferenzen der verschiedenen Mittelschichten usw.

D. Sonstige Maßnahmen:

Daneben steht die Aufgabe der unbedingten Verkleinerung der Straßenzellen. Außerdem muß jedes Mitglied der Betriebs- oder Straßenzelle, – wie schon in den Richtlinien für die letzte Reichskontrolle[7] festgelegt – mit je einer Aufgabe in den verschiedensten Massenorganisationen betraut werden.

Diese Aufgabenstellung zeigt, daß mit der politischen Bearbeitung der Partei zum verstärkten Kampf gegen die faschistische Diktatur verbunden werden muß die Überprüfung aller Leitungen und der Organisationseinheiten in den Betrieben und in den Wohngebieten. Hierzu gehört vor allem die Überprüfung der Arbeit der Betriebsagitpropfunktionäre, die für die Herstellung der Betriebszeitungen verantwortlich sind (ebenso in den Straßenzellen für die Häuserblockzeitungen). Ferner der Aufbau und Ausbau des unteren Litvertriebs.

3. Die neuen Einheitsfrontorgane

Über den Rahmen der Parteiorganisationen wie der Massenorganisation hinaus führen die organisatorischen Maßnahmen zur Schaffung, Festigung und Entwicklung der neuen Einheitsfrontorgane. Diese neuen Organisationsformen, die wir entwickeln müssen, sind:

a) Die Delegiertenkonferenzen der Arbeiter und der übrigen werktätigen Schichten.
b) Die betrieblichen und örtlichen Aktionsausschüsse.

7 Zur 3. Reichskontrolle der KPD im Dezember 1929 und Januar 1930 vgl. Dok. 11. Die erwähnten Richtlinien liegen nicht vor.

c) Die Komiteebewegung als Zusammenfassung und Interessenvertretung jeder der einzelnen Schichten in den Wohngebieten.

A. Die Delegiertenkonferenz der Arbeiter und der übrigen werktätigen Schichten

1. Die Arbeiterdelegierten der Betriebe

In jedem Betrieb werden durch die Betriebszellen oder in den Betrieben, in denen eine solche nicht besteht, durch eine oder mehrere Straßenzellen des Wohngebietes um den Betrieb für alle Werkstätten oder Abteilungen des Betriebes Werkstätten- oder Abteilungsversammlungen organisiert. In diesen werden nach einem Referat „Volksrevolution gegen faschistische Diktatur" je nach Größe der Abteilung und der Werkstatt ein oder mehrere Arbeiterdelegierte gewählt. Sie sind die politischen Vertrauensleute der Belegschaft der betreffenden Abteilung oder Werkstatt – also nicht identisch mit dem schon in den Betrieben bestehenden Vertrauensmännerkörper der RGO. Sie bilden gemeinsam oder aus ihrer Mitte heraus nach Bestätigung und Wahl einer Gesamtbelegschaftsversammlung den betrieblichen Aktionsausschuß und sind gleichzeitig die Delegierten zu den örtlichen – oder in großen Städten auch zu den Stadtteildelegiertenkonferenzen. Je nach den Verhältnissen (Ereignissen, die einen raschen Zusammentritt einer Delegiertenkonferenz erfordern) werden die Delegierten direkt in den Betriebsversammlungen gewählt und nachträglich durch Delegierte aus den einzelnen Werkstätten ergänzt.

2. Die Erwerbslosendelegierten

An jeder Stempelstelle finden Erwerbslosenversammlungen statt. In diesen wird nach einem Referat wie in den Werkstättenversammlungen der Bestand des Stempelstellen-Erwerbslosen-Ausschusses überprüft und durch die Hinzuwahl neuer Arbeiter ergänzt. Gleichzeitig werden entsprechend der Größe und der Bedeutung der Stempelstelle eine Anzahl Erwerbslose (etwa auf 5 einer) als Delegierte für die örtliche oder in großen Städten auch die Stadtteildelegiertenkonferenz gewählt.

Dieses Delegiertensystem sowohl in den Betrieben, wie an den Stempelstellen ist eine ständige Einrichtung. Die Delegierten lösen ihre Aufgaben in den Betrieben in enger Zusammenarbeit mit der RGO und den roten Betriebsräten, an den Stempelstellen gemeinsam mit dem Erwerbslosenausschuß.

Sie haben regelmäßig vor ihren Wählern Bericht zu erstatten, um stets den lebendigen Kontakt zu wahren. Sie müssen in den Betrieben durch die KPD-Betriebszelle und an den Stempelstellen durch die kommunistische Erwerbslosenfraktion, in ihrer Arbeit ständig kontrolliert und entsprechend der zunehmenden Massenmobilisierung, entweder im Falle eines Versagens zurückgezogen oder durch immer wieder neue Wahlen von Delegierten erweitert, bzw. ergänzt werden.

In großen Betrieben und an großen Stempelstellen kann aus der Mitte der zum Antifaschistischen Aktionsausschuß vereinigten Delegierten ein kleines Exekutivorgan als Arbeitsausschuß gebildet werden.

3. Die Delegierten der übrigen werktätigen Schichten

In allen Orten müssen für jede Schicht der Werktätigen (Beamte, Angestellte, Mittelständler, Invaliden, Sportler, Mieter, Kriegsopfer, Hausfrauen, jugendliche

Arbeiter usw.) auf dem Lande unter den Bauern und Landarbeitern besondere Versammlungen organisiert werden. In diesen Versammlungen werden in kleinen Orten nach ausführlichem Referat eine Anzahl Delegierte für die allgemeine örtliche Delegiertenkonferenz gewählt. Sie bilden gleichzeitig die Interessenvertretung und das Kampfkomitee für ihre Schicht.

In den großen Städten sind sie gleichzeitig Delegierte für die Stadtteil- und für die Stadtdelegiertenkonferenz, sowie auch gegebenenfalls Delegierte für die Stadtkonferenz ihrer Schicht, auf der die Wahl ihrer örtlichen Interessenvertretung, bzw. ihres örtlichen Kampfkomitees erfolgen muß.

4. Delegiertenkonferenz

Alle Delegierten aus den Betrieben, von den Erwerbslosenstempelstellen und der übrigen werktätigen Schichten bilden gemeinsam die örtliche Delegiertenkonferenz. Sind un[ter]bezirkliche, bezirkliche oder Reichsdelegiertenkonferenzen erforderlich, können je nach der Situation entweder die örtlichen Delegiertenkonferenzen Delegierte entsenden, oder, falls die Zeit dafür vorhanden, kann die Delegiertenwahl für diese Konferenzen auch erneut unten in den breiten Massen durchgeführt werden.

B. Die betrieblichen Aktionsausschüsse

Wie im Betrieb selbst der betriebliche Aktionsausschuß zustande kommt, haben wir bereits weiter vorn gezeigt. Diese betriebliche Zusammensetzung genügt indessen nicht. Auch an die betrieblichen Aktionsausschüsse müssen die verschiedenen werktätigen Schichten, vor allem die Erwerbslosen, Mittelschichten, Landarbeiter und Bauern durch Vertreter gebunden werden. Der betriebliche Aktionsausschuß muß sich deshalb mit den Erwerbslosenausschüssen im Wohngebiet seines Betriebsbereichs mit den Delegierten der verschiedenen werktätigen Schichten, sowie mit anderen Landpatenschaftsgebieten in Verbindung setzen und sie um die Delegierung von einem oder mehreren Vertretern ersuchen. Nur dann wird gewährleistet, daß die Kampfaktionen im Betrieb den stärksten Widerhall in den übrigen werktätigen Schichten finden und diese zur Unterstützung ihrer Kämpfe mobilisiert und herangezogen werden können.

Der betriebliche Aktionsausschuß muß in Verbindung mit den übrigen, im Betrieb vorhandenen revolutionären Organen (Parteizelle, RGO, Betriebsgruppen anderer Massenorganisationen, Betriebswehren) und unter Anleitung der örtlichen Aktionsausschüsse die Massen für jede Teilforderung, sowohl in den Betrieben, wie auch in den Wohngebieten, [die] aufs engste durch die verschiedenen Delegierten mit ihm verbunden [sind], mobilisieren und im Kampf gegen die faschistische Diktatur führen. Er muß daneben die Schaffung von Zellen der Partei und der Betriebsgruppen der RGO unterstützen.

Er führt auch den Kampf unter der Gesamtbelegschaft für einen roten Betriebsrat und kann sich hierbei besondere Unterkommissionen schaffen.

In den Betrieben, in denen es im Hinblick auf die Betriebsrätewahlen nicht rasch genug gelingt, den betrieblichen Aktionsausschuß in der breitesten Massenmobilisierung zu schaffen, kann mit Zustimmung der Bezirksleitung als Übergangsstadium

zum Aktionsausschuß für diesen speziellen Zweck ein besonderer Wahlausschuß gebildet werden. Dieses darf jedoch keinesfalls dazu führen, daß der Kampf um die Schaffung der betrieblichen Aktionsausschüsse irgendwie abgeschwächt wird.

C. Die örtlichen Aktionsausschüsse

Die örtlichen Aktionsausschüsse, die auf der örtlichen Delegiertenkonferenz gewählt werden, fassen die Massenmobilisierung und die Kämpfe der Arbeiter in den Betrieben und unter den einzelnen Schichten zusammen. Sie nehmen Stellung zu allen Kampffragen und helfen den verschiedenen betrieblichen Aktionsausschüssen und Kampfkomitees der werktätigen Schichten, ihren Kampf zu organisieren und zu führen.

Sie berufen entsprechend der Notwendigkeit die allgemeine örtliche Delegiertenkonferenz, die betrieblichen Aktionsausschüsse, die Erwerbslosenausschüsse, oder die Komitees einer oder aller werktätigen Schichten zu besonderen Konferenzen ein. Sie kontrollieren die unteren Organe und werden ihrerseits von den Delegiertenkonferenzen kontrolliert.

D. Die Komiteebewegung unter den nichtproletarischen Schichten

Wie die Komitees für die verschiedensten Schichten entstehen, haben wir bereits unter dem Punkt a) „Die Delegiertenkonferenz der Arbeiter und der übrigen werktätigen Schichten" gezeigt.

Diese Komiteebewegung, die durch die örtlichen Delegiertenkonferenzen mit den Arbeitern auf das engste verbunden ist, muß für die einzelnen Schichten gefördert werden. Nur diesen Komitees ist es möglich, die Spezialfrage dieser Schichten zu erörtern und sie für ihre Forderungen in Bewegung zu bringen. Die Komitees sind also die Interessenvertretung und Kampfführung dieser besonderen Schichten der Werktätigen.

E. Die Fraktionsarbeit in diesen Organen

Diese neuen Organisationsformen, die alle Arbeiter und die werktätigen Schichten unabhängig von ihrer politischen Auffassung umfassen, können nur durch die kommunistischen Fraktionen geleitet werden. Das bedeutet keineswegs, daß in ihnen die Kommunisten die Mehrheit haben müßten. Im Gegenteil müssen möglichst viele neue Funktionäre für die Durchführung dieser speziellen Aufgaben gewonnen und herangeschult werden. Die Kommunisten müssen auch in der Minderheit [darauf] bestehen, auf Grund ihrer besseren Erkenntnis der Lage und ihrer Disziplin, auf Grund ihrer Überzeugungstreue und ihres Opfermutes diese Organe zu leiten und zu führen. Das bedingt aber, daß von Anfang an alle Kommunisten in diesen Organen eine energische, zielbewußte, revolutionäre Arbeit leisten. Deshalb muß jede Parteileitung den größten Wert darauf legen, die besten, zuverlässigsten, der Sache der Revolution treu ergebenen Genossen in diese Organe zu entsenden.

Das ist der Weg, auf dem die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse organisiert und dieselbe in den Kampf unter Führung der Partei eingesetzt wird.

2. betr. Kampfbund gegen den Faschismus und Antifa.

In vielen Bezirken bestehen noch immer starke Unklarheiten über die Organisationsformen des Kampfbundes gegen den Faschismus, sowie über das Verhältnis des Kampfbundes gegen den Faschismus und zur antifaschistischen Jungen Garde.[8]

Wir ersuchen Euch, diese Erläuterungen den Genossen der Jugend BL, sowie den Fraktionen in der Leitung des Kampfbundes gegen den Faschismus, und in der Antifaschistischen Jungen Garde in einer gemeinsamen Aussprache zur Kenntnis zu bringen.

Erläuterungen zu den Richtlinien des Kampfbundes gegen den Faschismus

I.

Der Kampfbund gegen den Faschismus ist die überparteiliche proletarische Massenorganisation zum Kampf gegen den Faschismus in allen seinen Erscheinungsformen, insbesondere gegen den Nationalsozialismus. Dieser überparteiliche Charakter muß viel klarer als bisher in der Zusammensetzung der Leitungen, in der Terminologie und in den Presseäußerungen zum Ausdruck kommen.

Es ist unzulässig, daß die Leitungen des Kampfbundes gegen den Faschismus nur aus Kommunisten bestehen und daß an ihrer Spitze allgemein bekannte führende Kommunisten stehen.

Es ist ferner unzulässig, daß Parteibüros und Parteilokale gleichzeitig als Büros und Lokale des Kampfbundes gegen den Faschismus benutzt werden. Die Kommunistische Partei führt diese Massenorganisationen, wie alle übrigen lediglich durch ihre Fraktionen und ihre zielbewußte Fraktionsarbeit.

II.

Der Kampfbund gegen den Faschismus entwickelt seine Organisationsformen in den Betrieben, an den Stempelstellen und im Wohngebiet.

Seine Organisationsformen sind:

a) die Betriebswehren
b) Erwerbslosenstaffeln
c) die Wohngebietsstaffeln
d) die Frauenstaffeln
e) die Jugendstaffeln.

Die Betriebswehren:

8 Der „Kampfbund gegen den Faschismus" wurde am 28. September 1930 auf Initiative der KPD als „überparteiliche Massenorganisation" gegründet. Tatsächlich gehörten dem Kampfbund jedoch fast ausschließlich ehemalige Angehörige des verbotenen RFB und andere KPD-Mitglieder an. Ein nennenswerter Einbruch in sozialdemokratische oder christliche Arbeiterschichten gelang der KPD mit dem Kampfbund nicht. Erster Vorsitzender des Kampfbundes war Hermann *Remmele*, Sekretär des Kampfbundes war Ernst *Reinke*. 1932 Joseph *Schlaffer*, Organ *Die Fanfare*. Im Dezember 1931 hatte der Kampfbund 106 000 Mitglieder. Chronik S. 260 f.
Auch die am 26. Juli 1929 in Berlin gegründete „Antifaschistische Junge Garde" stellte praktisch eine Nachfolgeorganisation der zusammen mit dem RFB verbotenen „Roten Jungfront" dar. In Preußen wurde die Antifaschistische Junge Garde am 13. Februar 1930 verboten.
Eine wissenschaftliche Untersuchung zum Kampfbund gegen den Faschismus und der Antifaschistischen Jungen Garde steht bisher noch aus.

Die Betriebswehren sind die organisatorische Einheit des Kampfbundes gegen den Faschismus für den Gesamtbetrieb. Im Rahmen der Betriebswehren werden Jugend- und Frauenstaffeln nicht [gebildet]. Jugendliche und Frauen der Betriebswehren marschieren bei Aufmärschen und Demonstrationen gemeinsam mit den Erwachsenen, wobei sie zweckmäßigerweise als Jugendliche und Frauengruppen in den Marschkolonnen angegliedert werden.

Die Erwerbslosenstaffeln:

Die Erwerbslosenstaffeln werden je nach dem Charakter der Stempelstellen (Stempelstellen, an denen nur Männer oder nur Frauen oder auch beide gemeinsam stempeln) entweder Männer- oder Frauen- oder auch gemischte Staffeln sein.

Für die Stempelstellen, an denen nur Männer oder nur Frauen stempeln, ist die Frage ob Männer- oder Frauenstaffeln, ohne weiteres klar. Für die Stempelstellen, an denen Männer und Frauen gemeinsam stempeln, gilt das gleiche wie bei den Betriebswehren.

Die Wohngebietsstaffeln:

Ist in einem bestimmten Wohngebiet (Straßengebiet, Stadtteil) eine Wohngebietsstaffel entstanden, muß entsprechend der Stärke jeweils überprüft werden, wie aus ihrem Bestand die Frauen zu besonderen Frauenstaffeln und Jugendliche Mitglieder zu besonderen Jugendstaffeln zusammengefaßt werden. Es soll dieses möglichst rasch geschehen, jedoch erst dann, wenn das politische und organisatorische Eigenleben dieser Staffeln gewährleistet ist, d.h. die kommunistischen Fraktionen der Wohngebietsstaffeln müssen rasch für geeignete politische und organisatorische Kräfte zur Leitung dieser Staffeln sorgen.

Die Frauenstaffeln:

Sind die Frauenstaffeln gebildet, müssen sie unter Anlehnung an die übrigen Staffeln nicht nur ein eigenes politisches Leben entwickeln, sondern auch versuchen, im Kampf gegen den Faschismus ihren organisatorischen Bestand durch ständig zähe Werbearbeit weiter zu entwickeln. Sie müssen zu einer breiten Frauenbewegung werden.

Die Jugendstaffeln:

Das gleiche wie für die Frauenstaffeln gilt auch für die Jugendstaffeln. Sie müssen eine zähe, ständige Werbearbeit unter den jugendlichen Arbeitern im Wohngebiet entfalten, ohne jedoch in einen, die Gesamtbewegung schädigenden Konkurrenzkampf mit der Antifaschistischen Jungen Garde zu verfallen.

III. Die Antifaschistische Junge Garde:

a) Die Antifaschistische Junge Garde ist eine selbständige Jugendorganisation. Sie bleibt als solche bestehen und versucht selbstverständlich nach bestem Können ihren organisatorischen Bestand zu erweitern.

Dabei muß der schädigende Konkurrenzkampf zwischen dem Kampfbund gegen den Faschismus und der Antifaschistischen Jungen Garde restlos eingestellt werden. Es geht nicht darum, einander Mitglieder abzujagen, sondern vielmehr darum, noch breiter und tiefer in neue Massenschichten vorzustoßen.

b) Arbeiterwehren, Arbeiterschutzbünde und selbständige Wehrorganisationen der erwachsenen Arbeiterschaft, die in der vergangenen Periode in vielen Bezirken

gegründet wurden und in manchen Bezirken auf Grund des Fehlens einer bezirklichen Leitung den Antifaschistischen Jungen Garden angeschlossen waren, werden von der Antifa losgelöst und in den Kampfbund gegen den Faschismus überführt.

c) Dort, wo erwachsene Arbeiter Miglieder der Antifa sind, werden diese von der Leitung der Antifa besonders zusammengefaßt mit dem Ziel der Schaffung einer besonderen Ortsgruppe des Kampfbundes gegen den Faschismus.

d) Steht in Orten, in denen bisher weder die Antifa noch der Kampfbund gegen den Faschismus vorhanden war, die Frage der Zusammenfassung der antifaschistischen Kräfte, so muß in gemeinsamer Aussprache zwischen Sekretariat der Partei-BL und dem Sekretariat der Jugend-BL in jedem einzelnen Falle, entsprechend der Stärke der Partei – oder der Jugendorganisation am Orte entschieden werden, ob es zweckmäßiger ist, zunächst eine Ortsgruppe des Kampfbundes gegen den Faschismus und dann eine Antifaschistische Junge Garde aufzuziehen, oder umgekehrt. Auf diese Weise muß vermieden werden, daß die Kräfte gegeneinander arbeiten und in Wirklichkeit keine der beiden Organisationen geschaffen wird.

Gegen Parteigenossen und andere Mitglieder des Kampfbundes gegen den Faschismus oder der Antifaschistischen Jungen Garde, die sich an die Vereinbarungen nicht halten und den schädigenden Konkurrenzkampf weiterführen, muß mit aller Strenge, auch mit organisatorischen Mitteln vorgegangen werden.

e) Um die feste Zusammenarbeit zwischen dem Kampf[bund] gegen den Faschismus und der Antifaschistischen Jungen Garde in jeder bezirklichen Leitung des Kampfbundes gegen den Faschismus [zu gewährleisten], sowie umgekehrt die bezirkliche Leitung des Kampfbundes gegen den Faschismus in die bezirkliche Leitung der Antifaschistischen Jungen Garde [einzubauen, sind] je zwei Vertreter (Kartellverhältnis) [zu entsenden].

Es ist Aufgabe aller Bezirksleitungen der Partei, gemeinsam mit der Bezirksleitung des KJVD für alle Wehrorganisationen konkrete Aufgaben planmäßig festzulegen, um dadurch ein Gegeneinanderarbeiten von vornherein auszuschließen.

3. Herausgabe der *Jungen Garde* als Tageszeitung

Das Zentralkomitee des Jugendverbandes hat beschlossen, die *Junge Garde*, die bisher als Wochenzeitung herausgekommen ist, als täglich erscheinende Massenzeitung herauszugeben.

Die Junge Garde würde damit die erste und einzige Tageszeitung der werktätigen Jugend in den kapitalistischen Ländern sein. Eine solche Maßnahme bedeutet für uns die Übernahme einer großen politischen und finanziellen Verantwortung. Der Jugendverband marschiert vorwärts. Seine Mitgliederzahl stieg von 20000 auf über 30000.

Die Entwicklung der *Jungen Garde* hielt mit dieser Entwicklung nicht Schritt. Die Auflage war bisher vollständig ungenügend.

Angesichts der ernsten Situation der faschistischen Unterdrückung der Jugend und des verschärften Kampfes um die Jugend ist eine in Massenauflage erscheinende kommunistische Jugendpresse nicht nur von größter Bedeutung, sondern eine unbedingte politische Notwendigkeit.

Um die Herausgabe der *Jungen Garde* als Tageszeitung zu ermöglichen, ist es jedoch zunächst notwendig, die Auflage und den Absatz der jetzt erscheinenden Wochenausgabe erheblich zu steigern. Dies ist die beste Garantie für die Herausgabe der *Jungen Garde* als Tageszeitung.

Um eine Steigerung der Auflage der *Jungen Garde* zu erzielen, die über die Mitgliederzahlen des Jugendverbandes hinausgeht, um die notwendige Munition zu schaffen, führt der Jugendverband eine große Werbe- und Sammelkampagne für die *Junge Garde* als Tageszeitung durch.

Die Herausgabe der *Jungen Garde* als Tageszeitung ist nicht nur eine Angelegenheit des Jugendverbandes, da es die Zeitung der Partei für die Jugend ist, auch eine Angelegenheit der Gesamtpartei.

Aufgabe der Partei ist es, in allen Organisationseinheiten, von der Bezirksleitung bis zur letzten Zelle, zur Herausgabe der *Jungen Garde* als Tageszeitung Stellung zu nehmen, um den Jugendverband bei dieser gewaltigen Aufgabe zu unterstützen.

Die Ortsgruppen der Partei müssen den Bezug und [die] Abrechnung der *Jungen Garde* nachkontrollieren.

Die Betriebszellen haben die Aufgabe, in ihren Betrieben unter den jugendlichen Arbeitern für die *Junge Garde* zu werben. In Betriebsversammlungen müssen Beschlüsse über den Kollektivbezug der *Jungen Garde* herbeigeführt werden.

Unsere Fraktionen in der RGO, in Sport- und sonstigen Massenorganisationen sind zu mobilisieren, daß sie eine „Werbung" für die *Junge Garde* unter den jugendlichen Mitgliedern dieser Organisationen durchführen und Beschlüsse über den Kollektivbezug herbeiführen. Die Organe der Massenorganisationen müssen für die Propaganda ausgenützt werden. Eine breite Kampagne muß in der Parteipresse einsetzen![9] Keine Veranstaltung, Demonstration und Kundgebung darf vorübergehen, wo nicht die *Junge Garde* als Tageszeitung propagiert wird.

Gemeinsam mit dem Jugendverband müssen die Parteiorganisationen einen genauen Plan festlegen, der auch die Unterstützungsarbeit der Partei enthält, um alle Kräfte anzuspannen, die *Junge Garde* als Tageszeitung herauszugeben.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Sekretariat[10]

9 Zur Umstellung der kommunistischen Jugendzeitung *Die Junge Garde* auf tägliches Erscheinen veröffentlichte *Die Rote Fahne* Nr. 17 vom 21. 1. 1931 einen ausführlichen Artikel zur Geschichte dieser Zeitschrift. Vgl. dort: „Die Junge Garde im 13. Jahr". In der Zeit vom 15. November 1930 bis zum 15. Januar 1931 war die *Junge Garde* verboten.

10 Auf dem Schreiben findet sich folgender Polizeihinweis: Bemerkung: Die BL haben den Inhalt dieser Anweisungen unter dem Titel „Volksrevolution gegen Faschismus" in propagandistischer Aufmachung an alle ihre Ortsgruppen und Zellen weitergegeben.

35.

29. 1. 1931: Anweisungen des Sekretariats zur Auswertung der ZK-Sitzung

BA R 134, Bd. 62, S. 22–39 und StA Bremen, 4,65-II A 12a, Bd. 29; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/5.3. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 2. Anweisungen des Sekretariats."

Inhaltsverzeichnis:

Auswertung des Plenums des Zentralkomitees vom 15. – 17. Januar 1931

Werte Genossen!

Die Plenartagung des Zentralkomitees [vom] 15. bis 17. Januar muß von der gesamten Partei als Auftakt für eine innere Mobilisation aller Kräfte und darüber hinaus als Hebel für eine breite Kampagne in den Massen des Proletariats und aller Werktätigen ausgenutzt werden.[1] Die Tagung des Zentralkomitees und seine Beschlüsse bilden die Grundlage für die gesamte revolutionäre Arbeit in den nächsten Monaten. Alle Probleme, die im Zentralkomitee behandelt und geklärt wurden, müssen in der Gesamtpartei durchgearbeitet und die praktischen Konsequenzen gezogen werden. Die objektiven Voraussetzungen für einen großzügigen Vormarsch der Partei sind in jeder Hinsicht gegeben. Die Plenartagung des Zentralkomitees hat nicht nur die praktischen Möglichkeiten unserer revolutionären Arbeit geprüft und untersucht, sondern zugleich der Partei das Rüstzeug für die große Offensive gegeben, die es jetzt zu organisieren gilt. Die Resolution des Zentralkomitees und Auszüge aus der Rede des Genossen *Thälmann* wurden bereits in der Parteipresse veröffentlicht. Eine ausführliche Wiedergabe des Wortlauts der Rede erscheint als Massenbroschüre.[2] Die Parteipresse wird die einzelnen grundlegenden Fragen des Referats und der Resolution in einer Reihe von fortlaufenden Artikeln eingehend beleuchten und popularisieren.[3] Auf diese Weise soll die Auswertung der Plenartagung in der Parteiorganisation und unter den Massen in weitgehendem Maße unterstützt werden.

Wie soll die Auswertung der ZK-Tagung durchgeführt werden?

Die Stellungnahme zu den Beschlüssen des ZK muß nicht nur in Bezirksleitungssitzungen sowie in den Zellen- und Ortsgruppenversammlungen der Partei erfolgen, vielmehr ist es notwendig, darüber hinaus Parteiarbeiterkonferenzen unter Heranziehung der Funktionäre aller Massenorganisationen, insbesondere der Funktionäre der RGO zu veranstalten, sowie Zellenversammlungen mit sympathisierenden Arbeitern

1 Die Tagung des ZK der KPD vom 15.–17. Januar 1931 befaßte sich mit der politischen Lage in Deutschland und den sich für die Partei ergebenden Aufgaben. Auf Grund dieser Analyse beschloß das ZK die im Dezember 1930 ausgegebene Losung der „Volksrevolution" (vgl. Dok. 34) zur „strategischen Hauptlosung" der KPD. Vgl. Ernst Thälmann, Volksrevolution über Deutschland. Rede auf dem Plenum des ZK 15.–17. 1. 1931. GdA S. 286 ff.

2 Die ZK-Resolution „die nächsten und höheren Aufgaben der KPD" erschien in *RF* Nr. 17 vom 21. 1. 1931 und *Inprekorr* Nr. 6 vom 23. 1. 1931, S. 182f. Vgl. Auszüge des Textes der ZK-Resolution in: Zur Geschichte der KPD S. 306–307. Die Rede *Thälmanns* erschien in *RF* Nr. 20 vom 24. 1. 1931 und als Broschüre; vgl. Anm. 1.

3 *Die Rote Fahne* brachte lediglich einen Artikel zur Erläuterung der Beschlüsse der Plenartagung des ZK. Vgl. „Organisiert den revolutionären Kampf im Dorfe! Stärkt das Bündnis in Stadt und Land!", von Heinrich *Rau*, *RF* Nr. 27 vom 1. 2. 1931. Vgl. auch *Inprekorr* Nr. 5 vom 20. 1. 1931, S. 144.

abzuhalten. Notwendig ist ferner, die wichtigsten theoretischen Probleme, die auf der ZK-Tagung erörtert wurden, kursusmäßig auf Informationsabenden oder bei Wochenendkursen durchzuarbeiten. Hierzu werden besondere Dispositionen herausgebracht.

Als wichtigste Fragen sind zu behandeln:

der Charakter der gegenwärtigen Krise und die Perspektive der Entwicklung,

das dritte Jahr des 5-Jahresplans und der Eintritt der Sowjetunion in die Periode des Sozialismus,

die gegenwärtige Etappe in der Entwicklung des Faschismus

und unser revolutionärer Massenkampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur,

der Bankerott der reformistischen Theorie im Licht des siegreichen Marxismus,

Rolle und Politik des Nationalsozialismus,

Wirtschaftskämpfe und politischer Massenstreik.

Genosse *Thälmann* hob in seinem Referat besonders die Notwendigkeit der Hebung des theoretischen und politischen Niveaus der Partei hervor. Die Durchführung der ZK-Tagung und ihrer Ergebnisse gibt den besten Anlaß zu einer außerordentlichen Belebung der politischen/theoretischen Arbeit der Partei. Das Netz der Massenschulung muß entsprechend den Schulungsplänen und Anweisungen der Agitpropabteilung ausgebaut werden. Darüber hinaus ist es notwendig, in den politisch leitenden Körperschaften der Partei, Bezirksleitungen usw. in stärkerem Maße als bisher ernste marxistisch-leninistische Arbeit bei der Durcharbeitung der brennenden Probleme zu leisten und dadurch nicht nur die für die Tagesarbeit notwendige völlige Klarheit über die Probleme zu gewinnen, sondern auch fortlaufend und systematisch an der Hebung der ideologischen Niveaus der Partei zu arbeiten.

Die Hauptaufgaben der nächsten Parteiarbeit

Es ist klar, daß die Gesamtheit der auf dem ZK-Plenum behandelten Probleme ein einheitliches Ganzes darstellen. Unsere Politik auf den verschiedensten Gebieten kann nur dann mit wirklichem Erfolg geführt werden, wenn wir es verstehen, die Verbindungen aller politischen Maßnahmen der Partei und des Proletariats mit der Gesamtlinie unserer revolutionären Arbeit stets heraus[zu]arbeiten, mit anderen Worten, wenn wir unserer Politik den großen strategischen Plan zugrunde legen, wie er auf der Tagung des ZK ausgearbeitet wurde. Die Hauptlinie dieses strategischen Planes ist durch den Satz im Referat des Genossen *Thälmann* gegeben: „Wir müssen die revolutionäre Situation organisieren!" Das bedeutet, daß die Kampfaktionen der Partei und des Proletariats, die Entfaltung der Massenaktivität auf allen Gebieten zugleich den wichtigsten Hebel darstellt, um in objektiver Hinsicht die revolutionäre Entwicklung zu beschleunigen und zu vertiefen, und damit die Voraussetzungen für eine immer höhere Aufgabenstellung der Partei zu schaffen. Die Kampfaktionen unter unserer Führung sind zugleich die wichtigsten Faktoren der Verschärfung der Krise und bewirken eine weitere Entfaltung jener Tendenzen der revolutionären Krise, die die Resolution des ZK feststellt. Die Kampfaktionen auf allen Gebieten sind damit zugleich die Formen unseres Massenkampfes gegen die Durchführung der faschistischen Dik-

tatur. Hierbei ist es klar, daß gerade die vom Plenum des ZK geforderte zähe Verteidigung aller politischen und wirtschaftlichen Rechte der Arbeiterklasse gegen den Faschismus um so wirksamer erfolgen kann, je stärker die Partei und die von uns geführten Massen allen Aktionen einen offensiven Charakter zu geben vermögen. Die Anwendung jener offensiven Taktik, wie wir sie bei der Auslösung des Ruhrkampfes[4] verwirklichten, in der gesamten revolutionären Arbeit ist die wichtigste Voraussetzung für unseren Erfolg.

Im Rahmen unserer allgemeinen Kampagne stehen in der nächsten Zeit, entsprechend der Resolution des ZK folgende spezielle Aufgaben im Vordergrund.

Der internationale Kampftag der Erwerbslosen am 25. Februar.[5]

Die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland ist heute schon auf über 4¾ Millionen gestiegen und wächst dauernd. Es ist damit zu rechnen, daß wir sehr bald mehr als 5 Millionen Erwerbslose in Deutschland haben werden. Seitens der Bourgeoisie ist mit neuen Angriffen auf die Arbeitslosenversicherung und auf die Sozialpolitik überhaupt bestimmt zu rechnen. Die lange Dauer der Erwerbslosigkeit und das maßlose Elend, das unter den Arbeitslosen herrscht, macht in immer stärkerem Maße die Erwerbslosenbewegung zu einem entscheidenden Problem unserer Gesamtarbeit. Nur wir können verhindern, daß Depressions- und Verzweiflungsstimmungen unter den Erwerbslosen Platz greifen. Die wichtigste Aufgabe der Partei muß deshalb sein, bei allen politischen Kampagnen, bei allen Streiks, Demonstrationen usw. die Erwerbslosen heranzuziehen und besonders zu berücksichtigen. Darüber hinaus muß der Kampf für die Erwerbslosen und damit auch die Mobilisierung für den 25. Februar, den internationalen Erwerbslosentag, als eine Angelegenheit der ganzen Partei, aller Massenorganisationen und des ganzen Proletariats betrieben werden. Die dauernde enge Verbindung der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter zum gemeinsamen Kampf darf niemals vernachlässigt werden. Immer wieder muß in den Betrieben, bei Belegschaftsversammlungen usw. an die Forderungen der Erwerbslosen erinnert und diese Forderungen [müssen] seitens der Betriebsarbeiterschaft übernommen werden. Andererseits müssen wir unter den Erwerbslosen selbst stets von neuem die Forderungen der Betriebsarbeiter, den Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau und

4 Streik von über 70 000 Ruhrbergarbeitern gegen geplante Lohnkürzungen vom 2.–9. Januar 1931. Chronik S. 264.

5 Der erwähnte Kampftag der Erwerbslosen fand als sog. „Zweiter internationaler Erwerbslosentag" oder „Kampftag gegen Arbeitslosigkeit" am 25. Februar 1931 statt. Dazu gab das ZK ein (Sonder-) Rundschreiben mit den politischen Losungen und organisatorischen Aufgabenstellungen heraus, das hier nicht aufgenommen wurde. Vgl. StA Oldenburg, Bestand 136, Nr. 2889, S. 100–105. Zum Beschluß über die Durchführung des Erwerbslosentages vgl. den Aufruf der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, der Tschechoslowakei und Polens: „25. Februar 1931: Internationaler Kampftag gegen die Arbeitslosigkeit", in: *KI* 12. Jg., Heft 4 vom 30. 1. 1931, S. 145–147. Zur Vorbereitung: *Inprekorr* Nr. 9 vom 3. 2. 1931, S. 247 f. und Nr. 16 vom 24. 2. 1931, S. 433.
Zum Verlauf und den Ergebnissen des Erwerbslosentages vgl. „Die vorläufigen Ergebnisse des 25. Februar", *KI* 12. Jg., Heft 18 vom 7. 4. 1931, S. 589–612. Nach diesem Bericht des EKKI gab es am 25. Februar in Deutschland an verschiedenen Orten Demonstrationen, an denen insgesamt über 1 Million Menschen teilnahmen. A.a.O., S. 595. Vgl. auch *Inprekorr* Nr. 18 vom 27. 2. 1931, S. 473 ff. und Nr. 20 vom 3. 3. 1931, S. 536 ff.

für die 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich popularisieren.

Die Betriebsrätewahlen

Unsere Kampagne zu den Betriebsrätewahlen muß während der nächsten Monate in den Mittelpunkt der Parteiarbeit rücken. Dabei ist selbstverständlich, daß wir die Kampagne für rote Betriebsrätewahlen nicht nur im Sinne einer Wahlkampagne, sondern völlig auf der Linie der Massenmobilisierung für den revolutionären Klassenkampf in den Betrieben, für wirtschaftliche und politische Kampfaktionen führen. Die erste, unerläßliche Aufgabe, die für alle Betriebe steht, ist die Schaffung von roten Wahlausschüssen als breite Einheitsfrontorgane. Ohne die Schaffung eines solchen Einheitsfrontorganes kann es niemals gelingen, die Durchführung der Betriebsrätewahlen zu einer wirklichen Bearbeitung der gesamten Belegschaft auszunutzen. Besondere Aufmerksamkeit muß dabei unserer verstärkten Arbeit unter den Angestellten gewidmet werden. Frauen- und Jugendinteressen dürfen dabei nicht vergessen werden.

Die Bezirksleitungen müssen, soweit das noch nicht geschehen ist, sofort gemeinsam mit den Betriebszellen zur Vorbereitung der Betriebsrätewahlen einen konkreten Arbeitsplan aufstellen und dessen Durchführung kontrollieren. Die Arbeitspläne für die wichtigsten Betriebe sind dem ZK einzusenden.

Bei der Durchführung der Kampagne für die Betriebsrätewahlen müssen die speziellen betrieblichen Forderungen, die nach Möglichkeit in einem betrieblichen Kampfprogramm von der Gesamtbelegschaft aufgestellt werden sollen, mit den wichtigsten zentralen politischen Losungen verbunden werden, die Genosse *Thälmann* im ZK formulierte:

Gegen die Kapitaloffensive!
Schafft rote Burgen gegen den Faschismus!
Kampf der *Brüning*diktatur!

Es ist falsch, bei der Durchführung der Kampagne zu den Betriebsrätewahlen unseren Kampf gegen die Gegner negativ zu führen, z.B. in der Art, daß solche Losungen in den Vordergrund gestellt werden, wie: Kein Anhänger der sozialfaschistischen Politik darf in den Betriebsrat! oder ähnliche Losungen. Notwendig ist vielmehr, positiv vor den Arbeitermassen herauszuarbeiten, weshalb nur revolutionäre Betriebsräte die Klasseninteressen der Arbeiter vertreten können. Das muß auch bei allen unseren Losungen seinen Niederschlag finden, z.B.: Nur wer gegen *Brüning* kämpft, kann Betriebsrat werden! usw. Überhaupt müssen wir mit aller Klarheit herausarbeiten, daß jeder klassenbewußte Arbeiter, auch wenn er noch zur SPD gehört, auf der roten Liste willkommen ist, sobald er ehrlich bereit ist, mit uns gemeinsam auf der Linie des revolutionären Klassenkampfes gegen das Unternehmertum und alle seine Hilfsknechte zu kämpfen.

Von größter Bedeutung ist die Einordnung der Betriebsrätewahlen in unseren Massenkampf gegen den Faschismus, weil einerseits ein gewisses Vordringen der Faschisten stellenweise in den Betrieben (siehe z.B. AEG-Brunnenstr., Berlin)[6]

6 Bei den Betriebsrätewahlen im AEG-Werk Berlin/Brunnenstraße am 19. und 20. Januar 1931 erhielt die NSDAP-Liste 380 Stimmen. Damit stellte sie 2 Betriebsräte. Die „Rote Einheitsliste" der RGO erhielt 1997 Stimmen (10 Betriebsräte), die Liste des ADGB kam auf 1397 Stimmen (7 Betriebsräte). Vgl. *RF* Nr. 17 vom 21. 1. 1931.

wahrscheinlich ist, wenn wir diese Frage vernachlässigen, und weil andererseits die große Welle des antifaschistischen Massenkampfes auch bei den Betriebsrätewahlen von uns im Sinne der proletarischen Einheitsfront viel stärker als im vorigen Jahre ausgewertet werden muß.

Die Stärkung der RGO als wichtigste Tagesaufgabe

Die Resolution des ZK betont mit besonderer Schärfe die entscheidende zentrale Rolle, die gegenwärtig unsere RGO-Arbeit für den gesamten Kampf des Proletariats spielt.

Der Ausbau der RGO als Massenorganisation ist deshalb der Mittelpunkt unserer gesamten Tagesarbeit und Politik.

Zur Sicherung des richtigen politischen Kurses der RGO und einer politischen Belebung der gesamten RGO-Arbeit ist die Schaffung von gutfunktionierenden Fraktionen, insbesondere in den neuen roten Verbänden unerläßlich. Die neuen Erfahrungen der Kämpfe im Ruhrgebiet und in Oberschlesien müssen überall ausgewertet und popularisiert werden. Wenn die RGO ihre Aufgaben in der besseren Vorbereitung, Auslösung und Führung von Wirtschaftskämpfen erfüllen will, ist das nur möglich bei Ausbau eines zuverlässigen gutgeschulten Funktionärkörpers in den Betrieben unter Einbeziehung der Erwerbslosen und auch der Hausfrauen und bei einer dauernden systematischen Aufklärung der Massen über den politischen Charakter, den heute auch jeder wirtschaftliche Streik in sich trägt. Die Konsequenzen, die sich daraus bezüglich des Polizeiterrors usw. gegen streikende Arbeiter ergeben und die notwendigen Maßnahmen, die wir zur Überwindung des Terrors bei Streikbewegungen einschlagen müssen, haben wir den Arbeitern schon in der Vorbereitung von Kämpfen [klar] und überzeugend auseinanderzusetzen. Darüber hinaus müssen wir unsere Anstrengungen zur Vorbereitung und Führung von politischen Massenstreiks vervielfachen.

Ortsverwaltungswahlen

Die Stärkung der RGO als Massenbewegung ist unmöglich ohne eine nachdrückliche Steigerung unserer Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front der reformistischen Verbände. Die Bezirksleitungen müssen sofort die Arbeit der Fraktionen in den Gewerkschaften überprüfen und bestehende Mängel abstellen. Das ist vor allem auch notwendig im Hinblick auf die bisherigen Ortsverwaltungswahlen. Die große antifaschistische Welle auch unter den sozialdemokratischen Arbeitern gibt uns die Möglichkeit, auch in die Mitgliederkreise der reformistischen Gewerkschaften mit Erfolg vorzustoßen. Wir müssen in den Gewerkschaftsmitgliederversammlungen die Fragen des Kampfes gegen den Faschismus und die Kapitaloffensive aufrollen und den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern die Rolle der sozialfaschistischen Bürokratie aufzeigen.

Die Aufstellung von roten Listen bei allen Ortsverwaltungswahlen

und der Kampf für die roten Listen ist ein wichtiger Gradmesser unserer innergewerkschaftlichen Arbeit und muß deshalb von den Bezirksleitungen usw. nachdrücklichst kontrolliert werden.

Ausbau des revolutionären Vertrauensleutekörpers

In engster Verbindung mit der Vorbereitung aller wirtschaftlichen und politischen Kämpfe und der Betriebsrätewahlen muß der Ausbau des revolutionären Vertrauensleutekörpers mit allem Nachdruck in Angriff genommen werden. Die großen Schwächen bei der Durchführung dieses wichtigen Beschlusses des Weddinger Parteitages[7] wurden im Plenum des ZK durch den Genossen *Thälmann* besonders kritisiert. Alle Bezirksleitungen müssen sofort Feststellungen über die vorhandenen revolutionären Vertrauensleute in den Betrieben machen und den Ausbau des revolutionären Vertrauensleutekörpers sofort mit vollster Energie in Angriff nehmen. Die Betriebsgruppen der RGO und ihre Funktionäre können keinesfalls das System der revolutionären Vertrauensleute ersetzen. Vielmehr ist es eine unbedingte Notwendigkeit, daß der Funktionärkörper der RGO im Betrieb neben dem revolutionären Vertrauensleutekörper aufgebaut wird.

Der stärkste Ausbau der Betriebswehren des Kampfbundes gegen den Faschismus sowie der Erwerbslosen- und Jugendstaffeln muß vor allem bei der Auswertung der antifaschistischen Delegiertenkonferenzen mit größter Energie betrieben werden.

Eine Wendung in unserer Arbeit unter den Bauern, Landarbeitern und städtischen Mittelschichten

Die Agrarkrise, über deren außerordentliche Bedeutung und gewaltiges Ausmaß in der Tagung des ZK wichtiges Material vorgetragen wurde, bewirkt gerade in Deutschland den Ruin von zahlreichen Existenzen der arbeitenden Klein- und Zwergbauern. An diese schwere Agrarkrise anknüpfend entfalten die Deutschnationalen und Nationalsozialisten eine rege Agitation, um das Elend dieser Schichten für ihre reaktionären und faschistischen Zwecke auszunutzen. Auf diesem Gebiet muß die Partei die schweren Mängel unserer bisherigen Landarbeit radikal liquidieren und ihrerseits vorstoßen. Nur wir können, gestützt auf die Erfahrungen der Sowjetunion, auch den werktätigen Mittelschichten auf dem Lande einen Ausweg zeigen. Die speziellen Aufgaben der Bearbeitung der Landarbeiter erfordern gleichfalls die größte Aufmerksamkeit der Gesamtpartei und vor allem der Bezirksleitungen in Gebieten mit Großagrariern, mit landwirtschaftlichen Großgrundbesitzern.

Das gleiche, was für die Arbeit unter den ländlichen Mittelschichten gilt, trifft auch für die Arbeit von uns unter den städtischen Mittelschichten, den Kleingewerbetreibenden, Kleinhandwerkern usw. zu. Auch hier sind durch die Auswirkungen der Krise und durch die systematische Vernichtung dieser Mittelschichten seitens des Monopolkapitals die günstigen Voraussetzungen für uns gegeben, um diese Schichten an die Arbeiterklasse zu binden und unter unsere Führung zu bringen.

Verstärkte Arbeit unter den Angestellten und Beamten

Am 1. Februar wird auf Grund der Notverordnung[8] bei den Arbeitern, Angestellten und unteren Beamten des Reiches, der Länder und Kommunen der 6%ige

7 Vgl. Waffen für den Klassenkampf. Beschlüsse des XII. Parteitags der KPD. Berlin o. J. (1929), S. 72.

8 Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930. Vgl. oben Dok. 34, Anm. 3.

Lohnabzug durchgeführt. Die Partei muß aus diesem Anlaß mit größter Initiative an diese Schichten heranzukommen versuchen. Besondere Versammlungen, die zum Gehaltsabzug am 1. Februar Stellung nehmen, müssen für diese Kategorien abgehalten werden. Die ganze Arbeit darf nicht als Ressortarbeit geführt werden, sondern als ein Teil der Gesamtarbeit der Partei. Die Losung, die Genosse *Thälmann* im ZK aufstellte: Heran an die Banken und Warenhäuser![9] muß gleichfalls durch einen erheblichen Aufschwung unserer Arbeit unter den Angestellten in der täglichen Parteiarbeit ihren Widerhall finden.

Unsere Massenarbeit unter der SPD, den Nazis und dem Zentrum

Unsere Erfolge in der Partei und im Kommunistischen Jugendverband bei der Gewinnung von Arbeitern gegnerischer Parteien haben in der letzten Zeit wesentlich zugenommen. Sie fanden jedoch bisher keine systematische Auswertung in der Partei und Parteipresse. Die Bezirksleitungen müssen von Fall zu Fall Versammlungstournees mit den zu uns übergetretenen Arbeitern durchführen, wobei sie insbesondere vor ihren bisherigen Parteigenossen sprechen sollen. Eine systematische Bearbeitung der durch die Einheitsfrontbewegung erfaßten Arbeiter und der verstärkte Vertrieb der Zeitschrift *Die rote Einheitsfront*[10] unter den SPD-Arbeitern sind ferner notwendig. Anknüpfend an den in der Plenarsitzung des ZK durch den Genossen *Thälmann* nachgewiesenen völligen Bankrott der reformistischen Theorie müssen wir den prinzipiellen Kampf gegen die SPD verstärken, während wir zugleich immer engere Verbindungen mit den sozialdemokratischen Arbeitern anknüpfen und ausbauen und das Banner des revolutionären Marxismus entfalten.

Keine Versammlung der SPD, der Nazis und in den entsprechenden Gegenden auch des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei darf vorübergehen, ohne daß Kommunisten als Diskussionsredner auftreten und durch konkrete Fragen mit Hilfe von Flugblättern usw. die Arbeiterfeindlichkeit der betreffenden Partei und ihrer Politik entlarven.

Keine Mitgliederversammlungen der SPD und der SAJ ohne kommunistische Beeinflussung,

wobei die Methoden sich den speziellen Verhältnissen anpassen müssen. Verstärkte Agitation für den Kampfbund gegen den Faschismus, der zu einer antifaschistischen Massenorganisation aller Arbeiter werden muß. Durchführung gemeinsamer antifaschistischer Kampfaktionen mit den SPD-Arbeitern, wobei sie sich durch die Tatsachen von der konterrevolutionären Rolle ihrer Partei selbst überzeugen müssen.

Vorbereitung zum internationalen Frauentag

Die Kampagne zum internationalen Frauentag[11] muß im Rahmen der Gesamtpolitik der Partei erfolgen. Betriebsversammlungen mit starken weiblichen Belegschaften, Frauenversammlungen auf den Stempelstellen der Erwerbslosen und Hausfrauen-

9 *Thälmann* sagte: „Die Industrie- und Handelsbüros, die Warenhäuser und Banken sind heute starke Reservoirs der Nazis. Deshalb heran an die Büros, an die Warenhäuser und Banken". Thälmann, Volksrevolution über Deutschland. Berlin (1931), S. 45.

10 *Die rote Einheitsfront*, Organ des Kampfbundes gegen den Faschismus.

11 Der internationale Frauentag fand am 8. März 1931 statt. Zur Vorbereitungskampagne vgl. den Artikel der *Roten Fahne* Nr. 34 vom 10. 2. 1931: „Rüstet zum Internationalen Frauentag am 8. März!"

versammlungen sind durchzuführen. Für eine Verstärkung unserer Agitation gegen das Zentrum und die Bayerische Volkspartei ist der Papstbrief über die Ehe[12] auszunützen. Die zerstörende Wirkung der kapitalistischen Profitwirtschaft, die ihrerseits die Grundlagen der Familie und Ehe aufhebt, die Frauen in die Betriebe zwingt und die Kinder der Arbeiterklasse durch Säuglingssterblichkeit und Tuberkulose mordet, muß in den Vordergrund unserer Agitation und Propaganda gestellt werden. Zugleich muß die Rolle und Bedeutung der Frauen in der Sowjetunion herausgearbeitet werden.

Bei der Agitation zum internationalen Frauentag ist zugleich die Möglichkeit zu einer verstärkten Offensive gegen den Faschismus gegeben. Wir müssen den reaktionären Charakter der Nazis entlarven, die in absoluter Übereinstimmung mit dem Papstbrief für Gebärzwang, gegen Frauenarbeit und Politisierung usw. eintreten. Auch die Massenorganisationen müssen sich an der Kampagne für den Frauentag beteiligen.

Werbekampagne für Partei und Presse

Die bisherigen großen Erfolge bei der Werbung für Partei und Presse, die im zahlenmäßigen Wachstum der Partei- und Jugendmitgliedschaft zum Ausdruck kommen, ermöglichen es, unsere Aufgabenstellung für die Werbung erheblich zu steigern. Die Werbepläne aller Bezirke werden deshalb durch die Orgabteilung des ZK nachgeprüft, schon jetzt müssen die Bezirksgruppenleitungen[13] ihrerseits die Schaffung neuer Ortsgruppen und Betriebszellen vorbereiten. Zugleich muß die Parteipresse entsprechend den Beschlüssen des ZK über die Verdoppelung der Mitgliedschaft eine großzügige Kampagne für den Eintritt in die Partei und für die Verteidigung der Partei gegen alle Verbotsmaßnahmen entfalten. Neue Kader von Funktionären müssen im Prozeß der Parteiarbeit herangezogen werden und vor allem gefördert werden.

Entscheidend ist die Werbung für die Parteipresse. Auf diesem Gebiet sind die größten Schwächen vorhanden. Die Hauptstoßkraft bei der Werbung für die Parteipresse, die einen Gradmesser für die gesamte politische Arbeit jedes Bezirks abgibt und keineswegs nur eine spezielle Angelegenheit nur der Verlage und Redaktionen ist, muß selbstverständlich auf die Gewinnung neuer Leser aus der Masse der parteilosen Leser gerichtet sein. Zugleich müssen wir jedoch auch dafür Sorge tragen, daß möglichst alle Parteigenossen die Parteipresse abonnieren. Statistische Erhebungen zeigen, daß dies vielfach nicht der Fall ist. In Berlin sind z.B. Unterbezirke vorhanden, in denen die Zahl der Abonnenten nicht einmal die Zahl der Parteimitglieder erreicht, statt sie zu übertreffen. Hier müssen die Bezirksleitungen in gemeinsamer Arbeit mit den Zeitungsverlagen eingreifen und einen Werbeplan aufstellen, der mit dem größten Nachdruck von der gesamten Partei als eine ernste politische Arbeit durchgeführt wird.

---

12 Casti connubii. Rundschreiben unseres Heiligen Vaters, Papst *Pius XI.*, über die christliche Ehe in Hinsicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse, Bedrängnisse, Irrtümer und Verfehlungen in Familie und Gesellschaft vom 31. Dezember 1930, authentische deutsche Übertragung. Trier 1931.
Vgl. zur Stellungnahme der KPD ferner *RF* Nr. 26 vom 31. 1. 1931.

13 Es soll wohl richtig heißen: Bezirksleitungen.

Bildung eines antifaschistischen Kampffonds

Die wachsende antifaschistische Kampfwelle gibt uns die Möglichkeit, die Fragen der Finanzierung des Kampfes gegen den Faschismus vor den breitesten Massen aufzurollen. Das ZK hat beschlossen, einen antifaschistischen Kampffonds zu bilden. Sammellisten und Marken, sowie konkrete Anweisungen werden den Bezirksleitungen in kürzester Frist zugehen.[14]

60 Jahre Pariser Kommune

Am 18. März begehen wir den 60. Jahrestag der Pariser Kommune. Diese Tatsache müssen wir dazu ausnutzen, vor der Arbeiterklasse alle Fragen des Kampfes gegen die Bourgeoisie und die wichtigsten revolutionären Probleme des Marxismus-Leninismus aufzurollen. Für die Vorbereitung des 60. Jahrestages der Pariser Kommune mit Betriebsversammlungen, öffentlichen Versammlungen, Demonstrationen und Kundgebungen muß deshalb von den Bezirksleitungen und Parteizeitungen ein konkreter Plan aufge[stellt] werden.

Provokatorische Waffenangebote

In der letzten Zeit gibt es mehrere Fälle, wo irgendwelche Personen an Parteiorganisationen mit dem Angebot herantreten, Waffenkäufe für die kommunistische Partei zu vermitteln. Es ist selbstverständlich, daß für die Partei ein Eingehen auf solche dunklen Angebote nicht in Frage kommt. Notwendig ist jedoch, in jedem einzelnen Falle den Auftraggebern und Hintermännern solcher offenbar provokatorisch gedachter Angebote nachzugehen, um vor der breiten Öffentlichkeit derartige Komplotte gegen die Partei schonungslos aufdecken zu können.

Zu den aufgeführten praktischen Aufgaben werden einzelne spezielle Anweisungen des ZK herauskommen. Notwendig ist jedoch, daß die Bezirksleitungen selbst unter viel stärkerer Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse und mit größter Selbstinitiative unseren Parteigenossen helfen und sie heranziehen, um die Maßnahmen zu treffen, die in der Linie der Auswertung des ZK-Plenums liegen. Mit der Popularisierung der konkreten Analyse der Situation und der Perspektive in der Entwicklung, wie sie die Resolution und das Referat des Genossen *Thälmann* geben, unter der gesamten Parteimitgliedschaft und den sympathisierenden Massen, müssen wir auf allen Gebieten den stärksten Aufschwung unserer Aktivität entfalten. So allein ist die Partei imstande, den Massen das Bewußtsein immer mehr zu stärken, daß nur die Kommunistische Partei einen Ausweg aus der drohenden Katastrophe zu weisen vermag und daß der Sieg der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei durch alle Anstrengungen der Bourgeoisie, der Sozialdemokratie und des Nationalsozialismus nicht vereitelt werden kann.

Mit kommunistischem Gruß!

ZK-Sekretariat

14 Diese Anweisungen waren nicht zu ermitteln.

36.

12. 2. 1931: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen

BA R 134, Bd. 61, S. 221–233 und StA Bremen, 4.65-II A 12a, Bd. 29; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/25. 2. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 3. Anweisungen des Sekretariats. An alle Bezirksleitungen, Redaktionen und Massenorganisationen!"

Inhaltsverzeichnis:

Die Vorgänge im Reichstag und unsere Volksaktion gegen Faschismus und Koalitionspolitik:
1. Die Vorgänge im Reichstag
2. Die Rolle der SPD
3. Das Verhalten der Nazis
4. Das Stahlhelm-Volksbegehren
5. Unsere Volksaktion gegen Faschismus und Koalitionspolitik

Die Vorgänge im Reichstag und unsere Volksaktion gegen Faschismus und Koalitionspolitik

1. Die Vorgänge im Reichstag

Die letzten Vorgänge im Reichstag stellen eine weitere bedeutungsvolle Etappe in der Politik der *Brüning*-Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur dar. Die Verwandlung des „demokratischen Parlaments" in ein *Pilsudski*-Parlament, der generelle Raub der Immunität gegenüber den kommunistischen Abgeordneten,[1] ihre Auslieferung an die faschistische Justiz, die faschistische Geschäftsordung,[2] – das alles sind Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Gesamtpolitik der *Brüning*-Regierung keineswegs eine bloße Bedeutung für die Abwicklung der parlamentarischen Geschäfte haben, sondern eine politische Aktion in der Linie des faschistischen Umbaues des Staatsapparates darstellen. Auch die Tatsache, daß durch den Verrat der Sozialdemokratie die *Brüning*-Regierung eine feste parlamentarische Mehrheit bei den letzten Abstimmungen im Reichstag gegen das Mißtrauensvotum bzw. den Auflösungsantrag erhalten hat[3] und bei der Durchpeitschung des Etats diese Mehrheit einsetzen wird, bedeutet keineswegs eine Abschwächung des diktatorischen Charakters der Regierung. Im Gegenteil, mit

1 Der Reichstag beschloß in seiner Sitzung am 9. Februar 1931 die Aufhebung der Immunität aller Abgeordneten, gegen die ein gerichtliches Strafverfahren wegen Presseartikel beantragt war. Vgl. Schulthess 1931 S. 38. Von der Änderung waren in der Mehrheit Abgeordnete der NSDAP betroffen, es lagen jedoch auch 20 Strafanträge gegen kommunistische Reichstagsabgeordnete vor. *Die Rote Fahne* reagierte darauf mit einem scharfen Angriff auf die SPD. Vgl. „Das ist Sozialfaschismus!", *RF* Nr. 34 vom 10. 2. 1931.

2 In derselben Sitzung beschloß der Reichstag eine Änderung der Geschäftsordnung, die bei Haushaltsberatungen statt der 2. Lesung im Plenum Ausschußberatungen vorsah. Außerdem wurden die Disziplinarmaßnahmen des Präsidiums wesentlich verschärft, u. a. wurden Redezeitbeschränkung, Wortentzug, Erschwerung von Interpellation und Anfragen beschlossen. Vgl. Schulthess 1931 S. 37–39.

3 Bei den Etatberatungen im Reichstag vom 5.–7. Februar 1931 wurden Mißtrauensanträge der NSDAP und der KPD sowie ein Antrag der NSDAP auf Auflösung des Reichstages jeweils zusammen mit den Stimmen der SPD abgelehnt. Vgl. Schulthess 1931 S. 27ff.

völliger Offenheit wurde diesmal seitens der Bourgeoisie noch uneingeschränkter als bei den früheren Notverordnungen ausgesprochen, daß die Regierung sich an eine etwaige Stellungnahme des Reichstags gegen ihr Programm nicht kehren, sondern in diesem Fall den Reichstag einfach ausschalten würde. Auch hierin drückt sich die Fortsetzung des Kurses der deutschen Bourgeoisie auf Durchführung der faschistischen Diktatur aus. Die ungeheure Bedeutung, die insbesondere den letzten faschistischen Maßnahmen der Bourgeoisie und Sozialdemokratie in den Fragen des Immunitätsraubes und der neuen Geschäftsordnung zukommt, muß in der gesamten Agitation und Propaganda der Partei nachdrücklichst ins Bewußtsein der Massen gebracht werden. Dazu ist vor allem notwendig, daß sofort in allen Bezirken eine großzügige Versammlungskampagne angesetzt wird, die der Mobilisierung des Massenwiderstandes gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur unter Auswertung der letzten politischen Ereignisse dient (über diese Versammlungskampagne ist laufend an den Pressedienst zu berichten).

2. Die Rolle der SPD

Von entscheidender Bedeutung bei der Bewertung der geschilderten politischen Vorgänge ist die Rolle des Sozialfaschismus. Die SPD hat ihre Funktion als Hilfspolizei des Faschismus, als skrupellose Stütze der *Brüning*-Regierung, die am 18. Oktober vorigen Jahres bei den damaligen Reichstagsverhandlungen erstmalig demonstrativ in Erscheinung trat,[4] jetzt in noch weit krasserer und gesteigerter Form fortgesetzt. Die Entwicklung der SPD zum Sozialfaschismus ist damit um einen außerordentlichen Schritt weitergegangen. Unter Verzicht auf alle Vorbehalte gibt sich die Sozialdemokratie als wichtigste Verbündete für alle volksfeindlichen, reaktionären und faschistischen Maßnahmen des Finanzkapitals und seiner Diktaturregierung her.

Der Sozialfaschismus gewinnt gegenwärtig sogar die Funktion der wichtigsten parlamentarischen und außerparlamentarischen Stütze der ausreifenden, wenn auch noch nicht ausgereiften faschistischen Diktatur in Deutschland.

Diese vorübergehende teilweise Zurückdrängung des Nationalsozialismus und stärkere Heranziehung der Sozialdemokratie entspringt einmal außenpolitischen Gründen (Deutsch-französische Annäherung in den Fragen der Kredite mit dem Ziel des Ausbaues der Antisowjetpolitik), zum anderen der entscheidenden Bedeutung, die die reformistischen Gewerkschaften für die Trustbourgeoisie bei der Fortsetzung der Lohnabbauoffensive (Tarifablauf für 6 Millionen Arbeiter vom 1. Februar bis 31. März) und bei dem verstärkten Angriff auf die Sozialpolitik haben. In den Fragen der Faschisierung, der Abkehr von den Methoden der bürgerlichen Demokratie und des Übergangs zu den Herrschaftsformen der faschistischen Diktatur steht der Sozialfaschismus heute ideologisch bereits völlig im faschistischen Lager. Das Reichsbanner-Bundesorgan wirft in seiner Nummer vom 7. Februar die Frage auf, „was Gegner des Parlaments im Parlament zu suchen haben", mit anderen Worten, ob eine revulutionäre Opposition im Reichstag überhaupt geduldet werden soll. Die Reichs-

4 Gemeint ist die Haltung der SPD bei der Abstimmung über ein von der KPD eingebrachtes Mißtrauensvotum gegen *Brüning* am 18. Oktober 1930. Vgl. dazu Dok. 29, Anm. 1.

bannerzeitung antwortet auf diese Frage unzweideutig auf der Linie *Mussolinis* oder des Lappofaschismus:[5]

„Darum: hinaus mit Antiparlamentariern aus Reichstag und Landtag; entzieht ihnen Freikarten, Diäten und Immunität."

In der gleichen Nummer des Reichsbanner-Bundesorganes wird verkündet, daß *Brüning* immer „mehr hinein in die Notwendigkeit wächst, den Artikel 48 anzuwenden."[6]

Angesichts dieses beschleunigten Tempos der faschistischen Entwicklung der Sozialdemokratie, angesichts der Rolle als Hilfspolizei des Faschismus, die die Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagsverhandlungen in einem bisher noch nie dagewesenen Ausmaß übernommen hat, ist es eine entscheidende Aufgabe der Partei, die Schmach des Sozialfaschismus vor den breitesten Massen mit äußerster Energie und stärkster Offensivkraft anzuprangern und einen Sturm der Erbitterung und Rebellion, vor allem auch unter den sozialdemokratischen Mitgliedern und Anhängern, auszulösen. Alle Parteizeitungen, Organe der RGO und der übrigen Massenorganisationen, sowie vor allem sämtliche Betriebs- und Häuserblockzeitungen müssen sofort in den Dienst dieser Kampagne gestellt werden.[7]

3. Das Verhalten der Nazis

In der parlamentarischen Komödie des Auszugs der Nazis und Deutschnationalen aus dem Reichstag[8] drückt sich u.a. der gegenwärtige Stand der faschistischen Entwicklung und die besondere Situation in der Heranziehung der einzelnen Hilfstruppen des Kapitalismus bei der Durchführung der faschistischen Diktatur aus. Die stärkere Heranziehung der Sozialdemokratie auf Grund der geschilderten außenpolitischen und innenpolitischen Faktoren schwächt nicht die tatsächliche, aktive Rolle der Nationalsozialisten als der faschistischen Massenbewegung bei der Durchführung der *Brüning*politik ab, sondern bedeutet lediglich eine stärkere

---

5 *Das Reichsbanner*, Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Jg. 1931. Nr. 6 vom 7. Februar schrieb in einem Diskussionsbeitrag („Stimmen aus Kameradenkreisen") diesen Satz, doch folgt darauf der im Rundschreiben unterschlagene Halbsatz: „– und die Nazipest wird bald verschwunden sein; denn wenns nichts mehr zu verdienen gibt, ist das Interesse dieser Leute am Parlament bald auf dem Nullpunkt angelangt".
Zur finnischen Lappo-Bewegung vgl. Dok. 34, Anm. 6.

6 Im Leitartikel „Politische Stickluft" der gleichen Nummer des *Reichsbanner* (vgl. Anm. 5) hieß es anders akzentuiert: „So hundertfach bestreitbar schließlich Dr. *Brünings* Handhabung des Artikels 48 vor der verhängnisvollen Wahl des 14. September gewesen sein mag, er wächst heute, je mehr es sich um bedingungslose Niederkämpfung des Faschismus, dieses Bundesgenossen von Rom und Moskau handelt, um so mehr hinein in die Notwendigkeit, diesen Artikel anzuwenden."

7 Entsprechend diesen Anweisungen lenkten die KPD-Zeitungen ihre Stoßrichtung noch stärker gegen die SPD. Vgl. etwa *RF* Nr. 35 vom 11. 2. 1931: „Der tönerne Koloß". In dem Artikel wird die SPD als „die schwächste und ohnmächtigste Partei dieses Reichstages" bezeichnet. Die SPD schlucke alles, was *Brüning* tue. „Das Finanzkapital weiß, daß es dieser Partei jeden erdenklichen arbeiterfeindlichen Auftrag geben kann und er wird prompt durchgeführt." Ferner *RF* Nr. 38 vom 14. 2. 1931: „Von Otto *Braun* bis *Hitler*".

8 Die Fraktion der KPD verließ jeweils am 7. und 9. Februar zusammen mit der NSDAP und der DNVP den Sitzungssaal. Am 10. Februar zog sich die sog. „nationale Opposition", bestehend aus NSDAP, DNVP und Teilen des Landvolks, für den Rest der Etatberatungen bis zum 26. 3. 1931 aus dem Reichstag zurück. Vgl. Schulthess 1931 S. 35, S. 38, S. 39 ff.

Verschleierung dieser Rolle nach außen. Die Nationalsozialisten steigern gleichzeitig ihren faschistischen Mordterror in der Tat, der als Politik der Provokationen, der Ablenkung, Zermürbung und Einschüchterung gegen das Proletariat eine direkte Unterstützung der Kapitalsoffensive darstellt, während sie andererseits ihre Scheinopposition gegenüber der *Brüning*-Regierung mit demonstrativeren Methoden austragen. Mit anderen Worten: der größere Spielraum zur Entfaltung ihrer Demagogie wird von ihnen zugleich zur Verstärkung ihres konterrevolutionären Mordterrors ausgenutzt.

Die Flucht aus dem Reichstag ist erstens ein Manöver, um sich von den entlarvenden Abstimmungen bei der Beratung des Etats zu drücken;

zweitens ein demagogischer Versuch, an die antiparlamentarischen Massenstimmungen anzuknüpfen;

drittens, insofern sie eine gewisse Störung des deutschen Kredits beim Auslandskapital und politsche Beunruhigung hervorruft, ein Druckmittel im direkten Auftrage des italienischen Imperialismus auf die *Brüning*-Regierung zur Einschränkung der deutsch-französischen Annäherung;

viertens ein Versuch, von der Bourgeoisie größere Konzessionen im Wettbewerb mit der Sozialdemokratie zu erlangen.

Die Aufgabe der Partei ist es: diese platte Demagogie zu entlarven und den Massen vor allem die Tatsache einzuhämmern, daß sich die Nazis davor drücken wollen, erneut weitere Beweise ihrer volksfeindlichen Politik als gekaufte Agenten des Kapitals durch Abstimmungen im Reichstag zu liefern, wie es zur Zeit ihre Ablehnung der von der KPD beantragten Millionärssteuer, ihre Ablehnung der Einstellung der *Young*zahlungen und des Austritts aus dem Völkerbund und anderer kommunistischer Forderungen waren. Mit dieser großzügigen politischen Offensive zur Entlarvung der Nazis muß ein völliger Umschwung auf dem Gebiete des wehrhaften Massenkampfes gegen den Naziterror einsetzen.

4. Das Stahlhelm-Volksbegehren

Im Zusammenhang mit dem allgemeinen Konkurrenzkampf zwischen den beiden Flügeln des faschistischen Lagers muß auch das Stahlhelm-Volksbegehren in Preußen[9] als verschärfter Druck des *Hitler-Hugenberg*-Blocks auf die *Brüning*-Regierung als Gegengewicht gegen die gesteigerte Heranziehung der Sozialdemokratie eingeschätzt werden. Hierbei ist die Teilnahme der Deutschen Volkspartei ein wichtiges Symptom für diese politischen Hintergründe. Die Nationalsozialisten haben bisher noch nicht offiziell für das Volksbegehren Stellung genommen, es ist anzunehmen, daß sie sich, wenn auch in eingeschränkter Form damit solidarisieren und daran teilnehmen werden. Die Tatsache, daß der Stahlhelm bei dieser Aktion vorgeschickt wird, legt Zeugnis von gewissen Differenzen im Lager des extremen Faschismus in der *Hitler-Hugenberg*-Front ab.

9 Am 4. Februar 1931 beantragte der Stahlhelm beim preußischen Innenministerium die Durchführung eines Volksbegehrens mit dem Ziel der Auflösung des Landtages und anschließenden Neuwahlen. Vgl. Anm. 10. Zur Haltung der KPD in der Frage des anschließenden Volksentscheides vgl. GdA S. 301 ff.; Weber I S. 242 f. Vgl. ferner Dok. 40 und 49.

Für die Partei ergibt sich aus dem Volksbegehren für die Auflösung des preußischen Landtags eine Situation, in der unter allen Umständen vermieden werden muß, daß wir – wenn auch nur scheinbar – in eine indirekte Hilfsstellung, sei es gegenüber den Faschisten oder der Sozialdemokratie geraten. Eine Beteiligung am Volksbegehren ist selbstverständlich ausgeschlossen, da wir dadurch zwar an die nationalsozialistischen Anhängermassen herankommen und die Zersetzung in ihren Reihen steigern, aber zugleich die Steigerung und Führung der antifaschistischen Massenwelle durch die Partei erschweren würden. Eine einfache Abstinenzpolitik, die sich in einer nur agitatorischen Stellungnahme gegen das Volksbegehren einerseits, die preußische Koalitionspolitik der SPD andererseits erschöpfen würde, ist gleichfalls falsch.

Die Partei muß ihrerseits die Initiative für eine großzügige Volksbewegung ergreifen, in der die revolutionäre Politik und das eigene Gesicht der Partei in vollem Maße zum Ausdruck kommen.

5. Unsere Volksaktion gegen Faschismus und Koalitionspolitik

Die Antwort der Partei auf das Volksbegehren der Reaktion und die faschistische Rolle der sozialdemokratischen Koalitionspolitik ist die Durchführung einer großzügigen, auf längere Perspektive eingestellten Massenbewegung unter der Generallosung: Volksaktion gegen Faschismus und Koalitionspolitik.[10] Diese Massenaktion, die durch einen Aufruf des Zentralkomitees in den nächsten Tagen eingeleitet, mit der oben erwähnten Versammlungskampagne sowie durch die Herausgabe von Plakaten und Einstellung der Presse einschließlich aller Betriebszeitungen und Zeitungen der Massenorganisationen gesteigert werden soll, muß im Sinne der Resolution und Beschlüsse des Plenums des ZK vom 15. bis 17. Januar die Hauptarbeit für die gesamte Politik der Partei in diesem Jahre werden.

Alle Teilbewegungen und Teilaktionen auf allen Gebieten müssen dieser Generalaktion der Partei eingeordnet werden. Die „Volksaktion gegen Faschismus und Koalitionspolitik" bildet somit das Rückgrat für die gesamte Parteiarbeit in den kommenden Monaten, [sie gibt] uns die Möglichkeit, unsere Arbeit auf längere Sicht einzustellen, bietet die Voraussetzung für eine wirkliche Aufrüttelung und politische Durcharbeitung der breitesten Massen im Sinne der Popularisierung des revolutionären Auswegs auf der Linie unseres sozialen und nationalen Freiheitsprogramms, energische Durchführung von Wirtschaftskämpfen, sowie für eine große Mobilisierung für die Anwendung des politischen Massenstreiks. Der politische Inhalt dieser Kampagne „gegen Faschismus und Koalitionspolitik" gibt uns klare Frontstellung sowohl gegen die Nazis wie gegen die SPD. Hierbei ist es ein

10 Vgl. den Aufruf des ZK in der *Roten Fahne* Nr. 39 vom 15. 2. 1931: „Für die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung". Zwei Tage später brachte die *RF* Nr. 40 einen erläuternden Artikel zur Volksaktion „Unsere Volksaktion", in dem das Ziel der Kampagne klargemacht wurde. Darin heißt es, die KPD als „einzige antikapitalistische und antifaschistische Partei [...] ruft zum Volkssturm[...]. Sie formiert die Kampfesreihen der Volksrevolution". [...]" Unsere Volksaktion wird die Einheitsfront des werktätigen Volkes zum wehrhaften Massenkampf gegen faschistische Mörder und Mordhetzer in Marsch setzen." Sie richte sich ferner „mit gleicher revolutionäre Wucht gegen die regierende diktatorische Katastrophenpolitik und gegen ihr arbeiterfeindliches Schutzschild, die Sozialdemokratie." Preußen sei „Hort der finstersten Reaktion in Deutschland", daher dürfte kein klassenbewußter Arbeiter „den Finger krumm machen, damit die Bonzenwirtschaft der *Braun – Grzesinski* und *Severing* bestehen bleibt". Vgl. auch *Inprekorr* Nr. 14 vom 17. 2. 1931, S. 386 f.

strategischer Vorteil für die Partei, daß wir in günstiger Position gegen alle Teile der feindlichen Klassenfront offensiv ankämpfen, unsere Gegner aber durch die Differenzen im Lager des Klassenfeindes, wie sie sich im Volksbegehren ausdrücken, an einer einheitlichen Abwehr unserer Angriffe verhindert werden. Die Bezeichnung „Volksaktion" hat vom agitatorischen Standpunkt aus Vorteile auch im Kampf gegen das Zentrum und seine „katholische Aktion" der wir unsere Volksaktion entgegensetzen. Gegenüber den Nazis (resp. Stahlhelm und *Hugenberg*) können wir den Unterschied zwischen ihrer parlamentarischen, demagogischen „Volksbegehren-Kampagne" und unserer Politik des wirklichen Kampfes für die Rechte und Forderungen des Volkes, die in dem Begriff Volksaktion zum Ausdruck kommt, scharf herausarbeiten.

Die Nazis sind in diesem Fall die Partei der parlamentarischen Manöver und Demagogie. Wir sind die Partei der ernsten Massenaktionen! In dem Maße, wie das Stahlhelmvolksbegehren in ein akutes Stadium tritt, werden wir die Durchführung unserer Volksaktion gegen Faschismus und Koalitionspolitik auch in unserer gesamten Agitation und Propaganda immer stärker in den Vordergrund rücken. Hierbei ergeben sich u. a. solche zentralen Agitationslosungen, wie:

Was begehrt das Volk?
Nicht *Severing*, nicht *Hugenberg*, nicht *Hitler!*
Das Volk begehrt Arbeit, Brot und Freiheit!
Gegen das Volksbegehren der Reaktion, her zur Volksaktion gegen Faschismus und Koalitionspolitik!

Schon jetzt muß die Partei bei der Durchführung des antifaschistischen Massenkampfes, des Volkskongresses gegen den Faschismus, der Arbeit der antifaschistischen Aktionsausschüsse, im Kampf gegen die Sozialdemokratie, bei der Kampagne zu den Betriebsrätewahlen, bei der Vorbereitung und Durchführung des Internationalen Erwerbslosentages, des Internationalen Frauentages am 8. März, des Kongresses der werktätigen Jugend zu Ostern, bei Steuerstreiks, bei den Wirtschaftskämpfen und auf allen übrigen Gebieten der revolutionären Arbeit und des revolutionären Kampfes die Orientierung auf die Volksaktion gegen Faschismus und Koalitionspolitik nehmen. Die Durchführung dieser Aktion als organisierender Gesamtplan für die revolutionäre Arbeit ist zugleich die praktische Durchführung der auf dem Plenum des ZK gestellten Aufgabe durch den Einsatz der revolutionären Massenaktivität die Tendenzen einer revolutionären Krise zu verschärfen und die objektiven Bedingungen für den Sieg der Revolution zu organisieren und zu stärken.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Sekretariat

37.

6. 3. 1931: Anweisungen des Sekretariats zur Vorbereitung der Bezirksparteitage

Records. . .T-175, 300, 2797478-2797481; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Sonderrundschreiben. Anweisungen des Sekretariats."

Inhaltsverzeichnis:

Vorbereitung der Bezirksparteitage

W. G.

Das Politbüro des ZK unserer Partei hat beschlossen, daß die diesjährigen Bezirksparteitage in der Zeit vom 25./26. April bis 16./17. Mai stattfinden sollen.[1] Diese Bezirksparteitage finden statt in einer Zeit, in der die Krise des Kapitalismus in allen kapitalistischen Ländern immer mehr in eine politische Krise umschlägt und in einigen dieser Länder, vor allem in Deutschland, sich bereits Tendenzen und einige Elemente des Umschlages der politischen- in die revolutionäre Krise zeigen. (Gen. *Thälmann* in seiner Rede in der Januarsitzung des ZK.)[2] Sie finden statt in einer Periode, in der zum erstenmal ein großer Rückgang der SPD zu verzeichnen und auch die Entwicklung der Nazis in ein langsameres Tempo eingetreten ist, dem das rasche politische und organisatorische Wachstum der Partei und der mit ihr sympathisierenden Massenorganisationen gegenübersteht. Sie finden aber auch statt im Augenblick einer bevorstehenden neuen Lohnabbauoffensive und der ständig weiteren Verschärfung des faschistischen Kurses der *Brüning*regierung auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiete.

Diese Lage zwingt die Partei zu immer höherer und umfassenderer Aufgabenstellung für jedes einzelne Parteimitglied und für die gesamte Arbeiterklasse. Deshalb muß jede Parteiorganisation die Vorbereitung zu diesen Bezirksparteitagen durchführen im engsten Zusammenhang mit der breitesten Massenmobilisierung gegen die Lohnabbauoffensive, gegen soziale und kulturelle Reaktion, gegen Faschismus und Sozialismus und gegen die Interventionshetze gegen die SU in Verbindung mit stärkster Ausnutzung des Moskauer Prozesses gegen das Unionsbüro der Menschewiki und der II. Internationale.[3]

---

1 Der angegebene Termin für die Bezirksparteitage wurde infolge der mehrmaligen Änderung der Taktik der KPD vom ZK mehrfach verschoben. Vgl. dazu Dok. 39, 58 und 77. Die Bezirksparteitage fanden daher erst im Herbst 1932 statt. Vgl. dazu Dok. 80.

2 Vgl. Ernst Thälmann, Volksrevolution über Deutschland, hrsg. vom ZK der KPD, o.O. u. J. (Berlin 1931). Die Rede erschien zuerst in *RF* Nr. 20 vom 14. 1. 1931. Siehe dazu Dok. 35.

3 Vgl. zum Prozeß gegen die Mitglieder des Unionsbüro der angeblich 1928 neu gegründeten „Russischen Sozialdemokratischem Arbeiterpartei", Menschewiki, der vom 1.–8. März 1931 in Moskau stattfand, *RF* Nr. 49–54 vom 27. 2.–5. 3. 1931, *Inprekorr* Nr. 19–24 vom 3. 3.–13. 3. 1931. In dem Prozeß wurde den 14 Angeklagten (*Gromann, Suchanow, Ginsburg* u. a.) vorgeworfen, durch Verbindung mit ausländischen menschewistischen Emigrantenorganisationen sowie der II. Internationale, insbesondere mit der deutschen Sozialdemokratie, den Aufbau des Sozialismus hintertrieben und die offene Konterrevolution in der Sowjetunion vorbereitet zu haben. Gegen sämtliche Angeklagten dieses Schauprozesses wurden Freiheitsstrafen zwischen 5 und 10 Jahren verhängt. Vgl. *RF* Nr. 58 vom 10. 3. 1931: „Das Urteil im Moskauer Prozeß". *Inprekorr* Nr. 23 vom 10. 3. 1931, S. 605 ff.

Nach gründlicher selbstkritischer Diskussion über die bisher geleistete Arbeit, vor allem zur Entwicklung der RGO und bei den Betriebsrätewahlen, müssen die Parteitage einen neuen Auftakt bilden zu noch rascherer innerer Festigung, zu noch stürmischerem Vormarsch der Gesamtpartei und zu noch kühnerem Angriff der Massen in der Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung.[4]

Die Partei muß bereits in der Vorbereitung der Bezirksparteitage restlos die verstärkte Wendung auf die Betriebe durchführen. Sie muß während dieser Zeit ferner tausende neue Genossen in ihre führenden Kader einbeziehen. Vor allem muß mit der Praxis gebrochen werden, die noch in vielen Bezirken geübt wird, daß neueintretende Parteimitglieder zwar Pflichten, aber keine Rechte haben, daß man, wenn sie wagen ihre Meinung zu sagen, sie von oben herab als nicht vollberechtigt abfertigt oder sie zu wichtigen Funktionen nicht zuläßt. In der Partei darf nicht das Alter und die Tradition entscheidend sein, sondern die Befähigung, der Arbeitswille und die revolutionäre Entschlossenheit der Genossen. Selbstredend ist es allerwärts notwendig und besonders in der jetzigen Zeit erforderlich, hierbei scharf darauf zu achten, daß sich keine Spitzel und Provokateure einschleichen und in wichtige Parteifunktionen gelangen. Wenn die Organisationen scharfen Kurs auf die Betriebe nehmen, so ist das die beste Sicherung gegen diese Gefahr.

Als zweite wichtige Aufgabe ist eine zähe, unermüdliche Werbearbeit für unsere Parteipresse mit der innerparteilichen Durcharbeitung zu den Bezirksparteitagen zu verbinden.

Neue tausende Parteimitglieder und Abonnenten für die Parteipresse müssen gewonnen werden, besonders in den Bezirken, in denen bisher das Werbesoll „Verdoppelung der Mitglieder" noch nicht erreicht ist. Das Sturmquartal des KJVD, der Sturmplan der RGO[5] müssen restlos durchgeführt werden. Es darf keine Bezirksleitung geben, die auf diesen Bezirksparteitagen nicht über die hundertprozentige Durchführung dieser Aufgaben berichten kann.

Es gilt, bis zu den Bezirksparteitagen und auf diesen noch stärker als bisher die Selbstinitiative und die schöpferischen Kräfte der Massen zu wecken. Weiter vorwärts im Sturmtempo! das ist die richtige Vorbereitung unserer Bezirksparteitage.

Organisatorische Vorbereitung der Bezirksparteitage:

1. Termine der Bezirksparteitage

Die Bezirksparteitage sollen in der Zeit vom 25./26. April bis 16./17. Mai stattfinden. Es wird vorgeschlagen, die Termine der einzelnen Bezirksparteitage wie folgt festzulegen:

25./26. April: Berlin-Brandenburg, Halle-Merseburg, Oberschlesien, Saargebiet.

2./3. Mai: Niederrhein, Thüringen, Hessen-Frankfurt, Nordbayern, Magdeburg-Anhalt.

---

4 Vgl. dazu oben Dok. 36.

5 Nach den Wahlen vom 14. September 1930 hatte die KPD eine Werbekampagne gestartet, vgl. oben Dok. 27. Ähnliche Aktivitäten gab es bei den Nebenorganisationen. Vgl. auch *Inprekorr* Nr. 30/31 vom 1. 4. 1931, S. 825.

9./10. Mai: Wasserkante, Mittelrhein, Nordwest, Pommern, Mecklenburg.

13./14. Mai: Ruhrgebiet, Württemberg, Ostpreußen, Niedersachsen, Hessen-Waldeck.

16./17. Mai: Sachsen, Baden-Pfalz, Schlesien, Südbayern, Danzig.

2. Vorbereitung der Bezirksparteitage

Zur Vorbereitung der Diskussion in den Betriebs- und Straßenzellen und Ortsgruppen für die Unterbezirks- und Bezirksparteitage wird bis zum 20. März vom ZK Material herausgegeben auf der Grundlage des Referats und der Beschlüsse des Januarplenums des ZK und des Aufrufes zur Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung.[6]

Die Vorbereitungen zu den Bezirksparteitagen sind auf breitester Grundlage durchzuführen. Die Betriebs-, in Großbetrieben in denen Werkstattzellen bestehen, die Werkstattzellen, Straßenzellen, Ortsgruppenmitgliederversammlungen wählen Delegierte zu den Unterbezirks- resp. Stadtdelegiertenkonferenzen. Um die Beteiligung eines möglichst großen Kreises von Parteimitgliedern schon bei den Unterbezirks- resp. Stadtdelegiertenkonferenzen zu erreichen, soll der Delegationsmodus so festgelegt werden, daß auf 10 abgerechnete Mitglieder ein Delegierter entfällt. Um auf dem Bezirksparteitag eine breite Delegation zu erhalten, ist der Delegationsmodus wie folgt festzulegen:

a) Bei Bezirken bis 5000 Mitgliedern auf je 10 Mitglieder einen Delegierten.

b) Bei Bezirken von 5000 bis 10000 Mitgliedern auf je 15 Mitglieder einen Delegierten.

c) Bei Bezirken von 10000 bis 15000 Mitgliedern auf je 20 Mitglieder einen Delegierten.

d) Bei Bezirken von 15000 bis 20000 Mitgliedern auf je 25 Mitglieder einen Delegierten.

e) Bei Bezirken über 20000 Mitglieder auf je 30 Mitglieder einen Delegierten.

Bei der Wahl der Delegierten ist darauf zu achten, daß jede Betriebszelle vertreten ist. In Großbetrieben, in denen Abteilungszellen bestehen resp. gebildet werden, sollen und müssen die Delegierten nicht in der Gesamtzelle, sondern in der Abteilungszelle gewählt werden. Außerdem muß darauf geachtet werden, daß jede Ortsgruppe, auch die kleinste, vertreten ist.

Für die Berechnung der Delegierten, sowohl zu den Unterbezirks- wie auch zu den Bezirksparteitagen, werden die Abrechnungen der Monate Dezember, Januar und Februar zugrunde gelegt.

Die Wahl der Delegierten zu den Unterbezirkskonferenzen resp. Stadtdelegiertenkonferenzen erfolgt unmittelbar in den Zellen, die Wahl der Delegierten zu den Bezirksparteitagen auf den Unterbezirks- bzw. auf den Stadtdelegiertenkonferenzen.

Die Vorbereitungen der Unterbezirks- und Stadtdelegiertenkonferenzen, wie auch der Bezirksparteitage selbst, dürfen sich nicht nur auf den Kreis der Parteimitgliedschaft beschränken, sondern müssen von vornherein zu einer Angelegenheit der gesamten klassenbewußten Arbeiterschaft gemacht werden. Es ist deshalb notwen-

6 Vgl. Dok. 36, Anm. 10. Das erwähnte Material war nicht zu ermitteln.

dig, sowohl in Betriebs-, Stempelstellenversammlungen, als auch in öffentlichen Veranstaltungen der RGO und der Massenorganisationen zum bevorstehenden Parteitag Stellung zu nehmen, schon deswegen, um gleichzeitig in diesen Versammlungen Gastdelegierte zum Parteitag zu wählen. Insbesondere kommt es darauf an, parteilose, sozialdemokratische Arbeiter, Mitglieder der SAJ, christliche und evtl. Naziarbeiter zur Teilnahme an unseren Parteitagen zu bringen. Bei der Wahl der Delegierten zum Parteitag ist das Schwergewicht auf die Wahl von Betriebsarbeitern zu legen. Die Bezirksparteitage müssen unter allen Umständen so zusammengesetzt sein, daß die übergroße Mehrzahl der Delegierten aus Betriebsarbeitern besteht.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß in bezug auf die Heranziehung von Frauen und Jugendlichen folgende Norm festgelegt ist: Entsprechend der Struktur des Bezirks und der im Produktionsprozeß stehenden weiblichen Arbeiter müssen mindestens 1/4 bis 1/3 aller Parteidelegierten (dasselbe bezieht sich auch auf die Unterbezirks-, und Stadtteildelegiertenkonferenzen) Frauen, 1/5 jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen sein. Bei der Wahl von Gastdelegierten ist das Schwergewicht auf die Wahl von solchen Gastdelegierten aus den Betrieben, von der RGO und den Massenorganisationen zu legen. Auch sind Anstrengungen nach der Richtung zu machen, an solche Schichten, die wir bisher zu unseren Parteitagen noch nicht oder nur in sehr geringem Umfang erfassen konnten, heranzukommen. Solche sind: Landarbeiter, Kleinbauern, Kleingewerbetreibende, Angestellte und Beamte, freie Berufe. Um Mißstimmungen bei der Wahl von Gastdelegierten von vornherein auszuschalten, sind die Gastdelegiertenkarten so abzufassen, daß klar hervorgeht, daß sie nur zum Besuch der öffentlichen Sitzung berechtigen.

Bei der Wahl zu den Unterbezirksparteitagen und Stadtdelegiertenkonferenzen, als auch bei den Bezirksparteitagen ist mit dem bisher üblich gewesenen Modus zu brechen, eine bestimmte Dauer der Mitgliedschaft in der Partei für die Delegierten vorzuschreiben. Für die Delegation zu den genannten Tagungen ist ausschließlich maßgebend, daß die Delegierten sich in der Parteiarbeit durch Aktion bewährten.[7] Und das gilt besonders für die neugegründeten Ortsgruppen und Zellen.

Unter allen Umständen ist an die Ortsgruppen und Zellen die Anweisung zu geben, daß mit der Stellungnahme zu den Bezirksparteitagen Neuwahl aller Leitungen erfolgt. Auch hierbei ist in viel größerem Maße als bisher das Schwergewicht auf die Heranziehung neuer Kräfte zu legen.

3. Finanzierung der Bezirksparteitage

Zur Aufbringung der Kosten der Bezirksparteitage können die Bezirksleitungen eine besondere Parteitagsmarke herausbringen, die für Vollarbeiter 20 Pfg., für Erwerbslose und Hausfrauen 10 Pfg. kosten soll. Die Aufbringung der Kosten für die Durchführung der Unterbezirksparteitage geschieht durch die Ortsgruppen, die die Fahrtkosten für die Delegierten der Ortsgruppen resp. Zellen übernehmen. Der Verkauf der Parteitagsmarken soll sich nicht nur auf die Parteimitgliedschaft beschränken, sondern ist durch die Partei in den Betrieben, in den öffentlichen Veranstaltungen, bei der Wahl von Gastdelegierten, ja überhaupt bei jeder Gelegenheit zu betreiben.

7 In der Vorlage: besitzen.

4. Durchführung der Bezirksparteitage

Über die Durchführung der Bezirksparteitage selbst – einzurechnende Entschließungen, Berichte zum Bezirksparteitag, Anträge und Auswertung – erfolgen besondere Richtlinien.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Sekretariat

38.

13. 3. 1931: Anweisungen der Orgabteilung zum Werbeplan

BA R 134, Bd. 81, S. 123–130 und StA Bremen, 4, 65-II A 12 b, Bd. 16; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/29.4. Überschrift: „Sonderrundschreiben. Anweisungen der Orgabteilung zum Werbeplan für die Monate April, Mai, Juni 1931."

Inhaltsverzeichnis:

1. Konzentration auf die Betriebe
2. Mehr Betriebszeitungen in die Betriebe
3. Die Pressewerbung – die nächste Aufgabe
4. Werbung für Parteizeitschriften

1. Konzentration auf die Betriebswerbung

Die Untersuchung der bisherigen Erfolge des halbjährigen Werbeplanes Oktober bis März[1] läßt erkennen, daß das Schwergewicht der Werbearbeit auf die allgemeine Mitgliederwerbung schlechthin, ohne besondere Verlegung des Schwergewichts auf die Betriebe, geführt wurde.

Demzufolge entfällt der Hauptanteil der neugeworbenen Mitglieder zum weitaus größten Teil auf erwerbslose Arbeiter und in weit geringerem Maße auf Arbeiterinnen und Jungarbeiter; die Zahl der geworbenen Betriebsarbeiter ist deshalb sehr gering. Ebenso gering ist auch die Zahl der in dieser Werbekampagne neu geschaffenen Betriebszellen. Die Zahl der neugeschaffenen Betriebszellen steht in absolut keinem Verhältnis zu der Zahl der neugewonnenen Mitglieder in dieser Zeit.

Aus alledem ergibt sich, daß unsere bisherige Werbearbeit in jene Richtung geführt wurde, in der sich am wenigsten Widerstand zeigte. Es ist deshalb jetzt notwendig, den Kurs unserer Werbearbeit zu verändern und insbesondere auf die Gewinnung von Betriebsarbeitern, auf die Bildung neuer Betriebszellen, auf die Verbreiterung des Absatzes unserer periodisch erscheinenden Zeitschriften zu verlegen.

Das Hauptziel dieser vierteljährlichen Werbekampagne ist demnach die Verbreiterung der organisatorischen Basis durch Schaffung von Stützpunkten in den

1 Nach den Wahlen vom 14. September 1930 startete die KPD eine Werbekampagne unter der Losung „Antifaschistenaufgebot". Ziel der Kampagne war die Verdoppelung der Zahl der Parteimitglieder und der Presseabonnenten. Vgl. Dok. 27. Wie aus vorliegendem Rundschreiben hervorgeht, wurde die Kampagne um ein Vierteljahr verlängert, nachdem das gesteckte Ziel nicht erreicht worden war.

Betrieben. Die verstärkte Werbearbeit in den Betrieben darf selbstverständlich nicht zur Vernachlässigung der Schaffung neuer Ortsgruppen in den Städten und auf dem Lande führen.

In der Fortsetzung unserer Werbearbeit muß somit eine weithin sichtbare und energische Wendung zur Betriebsarbeit durchgeführt werden. Das strategische Hauptziel der Betriebsarbeit ist die Schaffung von Betriebszellen in allen Betrieben mit mehr als 200 Mann Belegschaft, ohne jedoch die Bildung von Zellen in Betrieben mit geringerer Belegschaft etwa auszuschalten. Betriebe mit mehr als 200 Beschäftigten sind in Deutschland etwa 9000, die Gesamtzahl unserer Betriebszellen dagegen beträgt 1600, von denen sich etwa 100 in Betrieben mit einer Belegschaft unter 200 Mann befinden. Das Schwergewicht unserer Betriebsarbeit liegt in der Schaffung von etwa 7500 Zellen in diesen Betrieben. Die Erreichung dieses Zieles erfordert einen kolossalen Aufwand von politischer Initiative und Energie in der ganzen zukünftigen politischen und organisatorischen Arbeit.

Wenn auch dieses Ziel nicht in kürzester Frist erreicht werden wird, so ist doch zumindest in diesen Monaten die Schaffung von neuen Betriebszellen in einer ganzen Reihe wichtiger Betriebe, wie auch die Schaffung von Betriebsgruppen der RGO in einer ganzen Anzahl von Betrieben möglich. Die Voraussetzungen zur Schaffung von Verbindungen als erste organisatorische Stufe zur Schaffung von neuen Zellen in diesen Betrieben sind:

a) Die Feststellung der Betriebe in den Ortsgruppen, ihre Erfassung im Unterbezirks- und Bezirksmaßstabe. (Belegschaft, Zelle, Produktion, Betriebsrat usw.)

b) Die Heranziehung, Instruierung und Beauftragung von Instrukteuren für jeden einzelnen dieser Betriebe, in denen nach dem Plan Betriebszellen geschaffen werden sollen.

c) Die Einsetzung von besonderen Stoßgruppen aus Straßenzellen bzw. aus Ortsgruppen, die gemeinsam mit dem Instrukteur und zur Unterstützung desselben die Arbeiten im Betriebe bis zur Bildung einer Betriebszelle durchführen.

d) Die Organisierung der Herausziehung aller im Betriebe stehenden Parteimitglieder aus den Straßenzellen, ihre sofortige betriebliche Erfassung und damit die Bildung von neuen Betriebszellen.

e) Politische und organisatorische Anweisungen an die Straßenzellen zur stärkeren Inangriffnahme der Betriebsarbeit durch diese. (Umbenennung der Straßenzellen.)[2]

Zu allen den vorstehenden Punkten sind bereits sowohl mündliche als auch schriftliche Anweisungen an die Bezirkssekretariate (siehe Rundschreiben zu den Betriebsrätewahlen) ergangen.[3] Nur eine ständige Kontrolle aller festgelegten Betriebe, wie auch die ständige Heranziehung, Kontrolle und Unterstützung der Instrukteure, wie auch der unteren Leitungen, ihre bessere Unterstützung, vor allem auch durch unsere Tagespresse, wie die Anfertigung von – vor allem – Betriebszeitungen bieten die Gewähr für eine wirklich systematische Werbearbeit in der

2 Nach einem (hier nicht aufgenommenen) Sonderrundschreiben des ZK vom 3. Februar 1931 zur Betriebsrätewahl sollten die Straßenzellen zur besseren Unterstützung der in ihrem Bereich liegenden Betriebszellen den Namen des betreffenden Betriebes als Zellenbezeichnung übernehmen. Vgl. StA Oldenburg, Bestand 136, Nr. 2889, S. 106–114.

3 Vgl. Anm. 2.

aufgezeigten Richtung. Bei der Auswahl der Instrukteure ist deshalb so zu verfahren, daß die tüchtigsten, energischsten und zuverlässigsten Genossen für diese schwierige Arbeit festgelegt werden und daß zwischen den Instrukteuren und der UBL bzw. BL selbst eine ständige enge Verbindung vorhanden sein muß. Zugleich muß von allen Organisationseinheiten stärker die Schaffung eines eigenen technischen Apparates zur Herstellung der notwendigen betrieblichen Agitationsmaterialien – Betriebszeitungen, Handzettel, Flugblätter usw. betont werden.

Für alle Bezirke, die im antifaschistischen Parteiaufgebot das Ziel: Verdoppelung der Parteimitgliedschaft, in der festgelegten Frist nicht erreicht haben, steht vor allem die Erfüllung dieses Planes im Laufe des Monats April. Bis dahin müssen die im Monat Oktober gestellten Aufgaben zu 100% verwirklicht sein. Für die Monate April, Mai, Juni, wird in bezug auf die Mitgliederwerbung ein bestimmtes Soll nicht festgelegt, vielmehr soll durch die Konzentration der Werbearbeit vor allem auf die Betriebe und Betriebsarbeiter und Arbeiterinnen erreicht werden, daß die Werbung von Betriebsarbeitern, die zweifelsohne vernachlässigt worden ist, in der bevorstehenden Kampagne nachgeholt wird. Nach Ablauf der oben genannten Monate ist die Festlegung eines neuen Halbjahreswerbeplanes auf Grund der bis dahin vorliegenden Erfahrungen geplant.[4]

2. Mehr Betriebszeitungen in die Betriebe.

Eine allgemeine Überprüfung des Standes der Herausgabe von Betriebszeitungen ergibt, daß in den letzten Wochen und Monaten, was sich insbesondere auch bei der Betriebsrätewahl, der Vorbereitung des internationalen Kampftages am 25. 2. 1931 zeigt,[5] eine Stagnation eingetreten ist. Wir verweisen deshalb noch einmal auf die unbedingte Notwendigkeit der Organisierung einer Kampagne in der Gesamtpartei zur stärkeren Herausgabe von Betriebszeitungen in der Zukunft.

Bei der Betriebswerbung wird die Betriebszeitung eine außerordentlich große Rolle spielen. Schon aus diesem Grunde heraus ist es notwendig, der Gesamtpartei klarzumachen, welche Möglichkeiten und welche Waffe hier unausgenutzt bleiben. Wir ersuchen, darauf hinzuwirken, daß der Orgabteilung des ZK von allen Betriebszeitungen, die im Bezirk herausgegeben werden, gesondert 5 Exemplare übermittelt werden, da dieselben von hier aus der Komintern zugewiesen werden.

3. Die Pressewerbung – die nächstwichtigste Aufgabe

Bereits im Sonderrundschreiben des Sekretariats Mitte Februar[6] ist eindringlich auf die unbedingte Notwendigkeit der Entfaltung einer umfassenden und energischen Pressekampagne hingewiesen worden. Der jetzt noch bestehende Zustand, daß in der Partei Hunderte von Ortsgruppen vorhanden sind, in denen nicht ein einziger Parteigenosse Abonnent unserer Parteizeitung ist, ist allein schon vom politischen

4 Die nächste größere Werbekampagne unter der Losung „Aufgebot der 100 000" führte die KPD vom 1. Oktober 1931 bis 31. März 1932 durch. Vgl. dazu unten Dok. 51 und 52.

5 Gemeint ist der am 25. 2. 1931 durchgeführte sog. „Internationale Kampftag gegen Arbeitslosigkeit". Vgl. dazu Dok. 35. Anm. 5.

6 Dieses Rundschreiben konnte nicht ermittelt werden.

Gesichtspunkt aus weiterhin untragbar. Die Pressewerbung muß deshalb in zwei verschiedenen Formen geführt werden und zwar:

1. innerparteilich

2. allgemeine Massenwerbung

Es darf im Monat Juli, nach Abschluß dieser Kampagne, keine Ortsgruppe in der Partei mehr geben, in der nicht die Parteizeitung bezogen wird. Der Prozentsatz der Parteimitglieder, die unsere Presse lesen, muß bis dahin wesentlich erhöht, wenn nicht hundertprozentig durchgeführt sein, soweit das nach der gegebenen Lage möglich ist. Alle politischen, organisatorischen und agitatorischen Mittel müssen eingesetzt werden und nicht nur durch die oberen Leitungen, sondern hauptsächlich durch die Ortsgruppen und Zellen.

Monat April eine allgemeine Steigerung um 10%.
Monat Mai um 5%
Monat Juli eine weitere Steigerung um 5%.

Sekretariat der Partei, Redaktion und Geschäftsführung, wie auch die verantwortlichen Fraktionsleiter in den Massenorganisationen müssen umgehend konkrete Beschlüsse zur Durchführung dieses Planes fassen und die Werbearbeit für die Presse in die Wege leiten.

4. Werbung für die Parteizeitschriften.

Bei der Überprüfung der am 1. Januar eingeleiteten Vierteljahreskampagne für die Parteizeitschriften müssen wir feststellen, daß die bis jetzt vorliegenden Ergebnisse unbefriedigend sind. Mit Ausnahme des *Parteiarbeiter*[7] ist – wenn man von einer ganz geringen Steigerung der *KI*[8] absieht – eine langsame aber ständige Abwärtsentwicklung des Abonnentenstandes der verschiedenen Parteizeitschriften festzustellen.

Es ist deshalb für die nächsten drei Monate für die Gesamtpartei die Aufgabe zu stellen, diesen schlechten Zustand in bezug auf die Parteizeitschriften mit allen zu Gebot stehenden Mitteln zu beseitigen. Die Verantwortung für den Stand der Zeitschriften trägt restlos die Parteileitung. Während der stellvertretende Polleiter das größte Interesse an der Verbreitung des *Parteiarbeiter* hat, ergibt sich für den Polleiter des Bezirks die Notwendigkeit, daß er sich um die weiteste Verbreitung der *KI*, der *Internationale*[9] kümmert. Andererseits wieder erwächst dem Kompol-Leiter die Aufgabe, ständig zu überprüfen, wie der Stand der *Kommune*[10] in seinem Bezirk ist.

Ohne die Verbreitung der absolut notwendigen Zeitschriften ist eine richtige politische Arbeit faktisch unmöglich, da den Genossen zur Durchführung der

7 *Der Parteiarbeiter*, Funktionärszeitschrift der KPD, erschien seit 1923. Vgl. zum *Parteiarbeiter* und anderen Funktionärsorganen Dok. 41.

8 Die Kommunistische Internationale, Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

9 *Die Internationale*, Monatszeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, theoretisches Organ der KPD.

10 *Die Kommune*, Zeitschrift für kommunistische Kommunalpolitik, hrsg. von der KPD, erschien vierzehntäglich.

politischen Linie der Partei die notwendigen Unterlagen fehlen. Die Bezirksleitung hat deshalb in den Monaten April – Mai – Juni alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die letzte Parteileitung zu überzeugen, daß sie sich ständig um die Abonnentenbewegung der einzelnen Parteizeitschriften, wozu in aller erster Linie die *KI*, *Internationale* und *Parteiarbeiter* gehören und *Kommune*, zu kümmern haben.

Mit kommunistischem Gruß!
ZK– Org.

39.

25. 3. 1931: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen

BA R 134, Bd. 62, S. 40–69 und StA Bremen, 4, 65–II A 12a, Bd. 29; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/4.4. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 6. Anweisungen des Sekretariats."

Inhaltsverzeichnis:

1. Einiges zur politischen Verschärfung der Lage.
2. Zum SPD-Parteitag.
3. Fortführungs-Kampagne Menschewisten-Prozeß.
4. 1. Mai.
5. Vertagung der Bezirksparteitage.
6. Reichsjugendtag.
7. Unsere Taktik in Braunschweig.
8. Massenkampf zur Verteidigung der Partei und aller revolutionären Organisationen.
9. Verstärkung der Betriebswerbearbeit.

1. Einiges zur politischen Verschärfung der Lage

Die letzten Ereignisse haben eine vollkommene Bestätigung der Auffassungen der Partei über die politische Entwicklung in Deutschland erbracht. Die gesamte Praxis des *Brüning*regimes erweist sich immer klarer und unzweideutiger als die Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland. Die reaktionäre Polizei- und besonders die Justizoffensive gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung trägt in steigendem Maße einen faschistischen Charakter. Demonstrationsverbote in den wichtigsten Großstädten, Zeitungsverbote, völlige Außerkraftsetzung der „normalen" Rechte des Weimarer Verfassungsrechtes durch einfache Polizeiverordnungen, Aufhebung und Verbot selbst von Saalveranstaltungen, ja selbst gelegentlich Verhinderung von geschlossenen Mitgliederversammlungen der Partei und revolutionären Organisationen (Hamburg), rücksichtsloser Waffengebrauch der Polizei gegen demonstrierende Arbeiter (Düsseldorf) bei gleichzeitiger, täglich verschärfter Pressehetze mit der offenen Forderung eines Parteiverbotes.[1]

1 Auf die verschärfte Propaganda der KPD und den zunehmenden Druck der von ihr ausgelösten Straßendemonstrationen antworteten die Regierungen der Länder mit vermehrten Verboten kommunistischer Veranstaltungen und der kommunistischen Presse. So wurde am 3. März die Kölner

Hand in Hand mit diesen Anschlägen der kapitalistischen Staatsgewalt hat eine neue Terrorwelle der Nationalsozialisten gegen das Proletariat eingesetzt, die in der Ermordung des Genossen *Henning* und dem Mordanschlag auf den Genossen *Cahnbley*, Hamburg,[2] einen gewissen Höhepunkt fand. Zwischen den Angriffen des Staates und den Terrorakten der Faschisten auf die revolutionäre Arbeiterschaft besteht eine direkte Wechselwirkung, die besonders deutlich nach dem Mord an *Henning* in Erscheinung trat, den die regierende Bourgeoisie und Sozialdemokratie mit Repressalien nicht gegen die Mörderpartei, sondern die Partei des Ermordeten beantwortete.

Die Durchpeitschung des Etats und die Forderung der *Brüning*regierung, den Reichstag bis zum Herbst nach Hause zu schicken, zeigten gleichfalls den faschistischen Charakter des *Brüning*kurses. Durch die lange Vertagung des Reichstags soll zugleich den Rechtsradikalen die Möglichkeit geboten werden, auf reibungslose Art ins Parlament zurückzukehren.[3]

In der allgemeinen Konstellation im Lager der Bourgeoisie ist eine besondere Kräfteverschiebung nicht eingetreten. Nach wie vor stützt sich die Bourgeoisie unter Führung des Zentrums bei ihrem faschistischen Kurs in stärkstem Ausmaß auf die Hilfe und Unterstützung der Sozialdemokratie, ohne ihr auch nur die geringsten Konzessionen zu machen. Den Nationalsozialisten bleibt die bisherige Rolle einer außerparlamentarischen Unterstützung der Durchführung der faschistischen Diktatur, vornehmlich durch ihren konterrevolutionären Terror, wobei sie ihre faktische Hilfestellung nach außen unter einer ziemlich weitgehenden Scheinopposition verschleiert. Im Lager der Nationalsozialisten vollzieht sich eine immer stärkere Gärung. Die Differenzen zwischen der gemäßigten, auf eine Annährung an die regierende Bourgeoisie und Regierungsbeteiligung eingestellten offiziellen Politik *Hitlers* und dem Scheinradikalismus der Gruppe um *Goebbels*, die sich verstärken, sind nur eine Widerspiegelung und Auswirkung der allgemeinen Unzufriedenheit unter den nationalsozialistischen Mitgliedern und Anhängern.

Die Enttäuschung unter den radikalen Schichten, die bisher der nationalsozialistischen Bewegung Folge leisteten, über das völlige Versagen der *Hitler*-Partei, die keine einzige ihrer Versprechungen wahr machte, hat nach dem großen Fiasko des

---

Sozialistische Republik verboten. Vgl. *RF* Nr. 53 vom 4. 3. 1931. Am 14. März erfolgte das Verbot der in München erscheinenden *Neuen Zeitung* für 3 Wochen. Vgl. *RF* Nr. 63 vom 15. 3. 1931. Bei einer von der KPD organisierten Demonstration, die vom Polizeipräsidenten verboten worden war, wurde am 17. 3. 1931 in Düsseldorf ein Arbeiter von der Polizei erschossen. Vgl. *RF* Nr. 66 vom 19. 3. 1931. Für alle diese Zwischenfälle machte die KPD die meist sozialdemokratischen Polizeipräsidenten verantwortlich.

2 In Hamburg wurde am 15. März der kommunistische Bürgerschaftsabgeordnete Ernst *Henning* von drei NSDAP-Mitgliedern auf offener Straße ermordet. Der ihn begleitende Parteigenosse *Cahnbley* wurde dabei schwer verletzt. Wegen der zu erwartenden Reaktionen der KPD verbot der Hamburger Innensenator noch am selben Tage neben den NS-Zeitungen in Hamburg die *Hamburger Volkszeitung* sowie alle kommunistischen Versammlungen und Demonstrationen „bis auf weiteres". Vgl. Horkenbach 1931 S. 98. *RF* Nr. 64 vom 17. 3. 1931. „Befreit das Volk von der faschistischen Mordpest!" Vgl. auch: Mord über Deutschland. Hrsg. von der KPD, Bezirk Wasserkante. Hamburg o.J. (1931).

3 Nach Verabschiedung des Etats am 26. März 1931 vertagte sich der Reichstag entsprechend einem Vorschlag des Ältestenrates bis zum 13. Oktober. Die sog. „nationale Opposition", die sich am 10. Februar aus dem Reichstag zurückgezogen hatte (vgl. Dok. 36, Anm. 8), kehrte zur Reichstagseröffnung am 13. Oktober 1931 ins Plenum zurück. Vgl. Schulthess 1931, S. 230 ff.

nationalsozialistischen Auszugs aus dem Reichstag außerordentlich zugenommen. Den Nationalsozialisten ist es weder gelungen, die Regierungsbeteiligung, auf die sie spekulierten, zu erhalten, noch haben sie im Reichstag auch nur in geringstem Maße die Erwartungen ihrer Anhänger erfüllt. Schließlich blieb auch nach ihrem Auszug aus dem Reichstag jede versprochene außerparlamentarische Massenaktion aus, sodaß die Ohnmacht ihrer Politik immer deutlicher wurde.

Der Höhepunkt der nationalsozialistischen Welle ist damit überschritten. Schon die Braunschweiger Wahlen zeigten eine Stagnation.[4] Zweifelsohne geht diese Stagnation in einen direkten Rückschritt der nationalsozialistischen Bewegung über. Der Übertritt des Reichswehrleutnants *Scheringer* ist ein charakteristisches Merkmal für den beginnenden Einbruch des Kommunismus in die nationalsozialistische Front.[5] Die gegenwärtige verschärfte individuelle Terrorpolitik der Nazis kennzeichnet sich somit als der Ausfluß ihrer Defensive, gewisser Depressionserscheinungen, ja Katastrophenstimmungen in ihren Reihen. Ihre Mordtaten sind die Aktionen eines zurückflutenden Heerhaufens. Dabei spielt selbstverständlich die wachsende Aktivität des Proletariats im wehrhaften Massenkampf gegen den Faschismus, die seit den Beschlüssen des letzten ZK-Plenums[6] in ganz Deutschland zu verzeichnen ist, eine ausschlaggebende Rolle. Diese Aktivität kann aber noch wesentlich gesteigert und verbreitert werden, wenn endlich die Nazikommissionen bei den BL, UBL und Ortsgruppenleitungen eine wirklich ernste politische Arbeit entfalten.[7] Die Bezirksleitungen werden deshalb erneut aufgefordert, sich ernstlich um die Arbeit dieser Körperschaften zu kümmern.

2. Zum SPD-Parteitag:

Die Sozialdemokratie, deren sozialfaschistische Entwicklung sich in den letzten Wochen und Monaten in beschleunigtem Tempo vollzog, weist gleichfalls einen außerordentlich starken inneren Gärungsprozeß auf. Die Kluft zwischen Führern und Massen hat ein solches Ausmaß angenommen, wie kaum jemals seit 1923. Nicht nur in der SAJ, sondern auch in der SPD selbst herrscht maßlose Erbitterung über die Panzerkreuzer- und *Brüning*politik der Partei.[8] Heute schon kann man von dem Beginn einer direkten Krise der Sozialdemokratie sprechen.

---

4 Bei den Kommunalwahlen in Braunschweig am 1. März 1931 erreichte die NSDAP 27 012 Stimmen gegenüber 21 884 bei den Landtagswahlen vom 14. September 1930. Die KPD verbesserte ihre Stimmenzahl von 8 754 auf 12 240. Vgl. Schulthess 1931 S. 61. Im Lande Braunschweig stieg der Stimmenanteil der KPD von 21 917 bei den Reichstagswahlen 1930 auf 26 231, der NSDAP von 83 398 auf 85 079. *Inprekorr* Nr. 20 vom 3. 3. 1931, S. 528.

5 Der wegen illegaler Propagandatätigkeit für die NSDAP innerhalb der Reichswehr im sog. Ulmer Reichswehrprozeß zur Festungshaft verurteilte Leutnant Richard *Scheringer* wurde während seiner Haft auf der Festung Gollnow von kommunistischen Mithäftlingen zum Übertritt in die KPD bewogen. Vgl. GdA S. 286. Fortan bediente sich die KPD Leutnant *Scheringers* für ihre Propaganda innerhalb der Reichswehr und der NSDAP, wozu eigens eine Zeitschrift herausgegeben wurde.
Vgl. auch *Scheringers* Memoiren, R. Scheringer, Das große Los. Unter Soldaten, Bauern und Rebellen, Hamburg 1959.

6 Zur Tagung des ZK am 15.–17. Januar 1931 und den dort gefaßten Beschlüssen vgl. Dok. 35.

7 Zur Forderung nach „Gegnerarbeit" bei den Leitungen der Partei vgl. Dok. 34.

8 Bei der Abstimmung über die Bewilligung der ersten Rate für den Bau des Panzerschiffes B am 20. 3. 1931 enthielt sich die SPD im Reichstag der Stimme, um nach dem Auszug der NSDAP und

Dieser innere Zersetzungsprozeß steht naturgemäß in organischem Zusammenhang mit dem allgemeinen Niedergang der SPD, ihrer politischen Diskreditierung in den Massen, der auch durch die verstärkte Aktivität der sozialdemokratischen Führerschaft und der Reichsbannerführer in ihrem Scheinkampf gegen den Faschismus nicht aufgehalten werden kann. Schon das Braunschweiger Wahlergebnis ergab, wenn man es auf das Reich umrechnete, einen neuen Verlust der SPD von über einer Million Stimmen.[9] Die Hilfestellung der SPD beim Bau des Panzerkreuzers B steigert naturgemäß sowohl die äußere Diskreditierung und Schwächung als auch die innere Krise der Sozialdemokratie.

Die offene Demonstration der neuen „Linken" im Reichstag, ihre Abstimmung mit den Kommunisten gegen den Panzerkreuzer, ist ein Ausdruck für den Empörungssturm in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft über die Politik der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes. Die durch das Communique der Reichstagsfraktion angekündigten Maßnahmen des Parteitages gegen die Disziplinbrecher werden davon abhängen, welche Haltung die *Seydewitz*-Gruppe in der Zeit bis zum Parteitag einnimmt.[10]

Ihr Bestreben, eine neue zentristische Welle auszulösen, um dadurch die Rebellion der SPD-Arbeiter aufzufangen, schärfer die gefährliche Rolle der „Linken" in der Frage der Zurückhaltung der oppositionellen Arbeiter auf ihrem Weg zum Kommunismus und „Wahrung der Einheit" der Partei *(Seydewitz)* herauszuarbeiten, verdichtet sich im Zusammenhang mit dem bevorstehenden SPD-Parteitag zu der Absicht, eine Offensive der „linken" SPD, die selbstverständlich nichts weiter als ein großes Manöver ist, gegen die Parteivorstandspolitik auf möglichst breiter Grundlage durchzuführen. Die ideologische Plattform soll dabei die Wirtschaftstheorie *Weckerles* über den Charakter der jetzigen Krise bilden, die den Versuch macht, zwischen der bürgerlich-kapitalistischen Beurteilung der Krise seitens der offiziellen SPD-Theorie *(Naphtali)*[11] und der marxistischen Beurteilung der Kommunisten eine mittlere Linie zu finden.

Alle zentristischen Tendenzen der „Linken" müssen jedoch an der Entwicklung des Klassenkampfes auf der Grundlage der ökonomisch-politischen Krise scheitern. Die

---

DNVP eine Mehrheit für *Brüning* zu ermöglichen. Entgegen dem Fraktionsbeschluß stimmten neun Mitglieder der SPD-Fraktion zusammen mit der KPD gegen den Panzerkreuzerbau. Vgl. Schulthess 1931 S. 83–86.

9 Bei den Kommunalwahlen in Braunschweig (vgl. Anm. 4) erlitt die SPD einen Stimmenrückgang von 41 509 auf 37 685 Stimmen. Im Lande Braunschweig ging sie von 126 993 auf 112 408 Stimmen zurück.

10 Der Bruch der Fraktionsdisziplin bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer B durch neun SPD-Abgeordnete unter Führung von Max *Seydewitz* wurde auf dem Leipziger Parteitag der SPD vom 31. Mai bis 5. Juni 1931 vom Parteitag verurteilt. Im September 1931 wurde die *Seydewitz*-Gruppe aus der SPD ausgeschlossen, worauf sie am 2. Oktober 1931 in Breslau die SAP gründete. Vgl. dazu Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft Bd. 2. Meisenheim/Glan 1965.

11 Eduard *Weckerle* (1890–?) gehörte zum linken Flügel der SPD. Vgl. seinen Beitrag in: Die Krise des Kapitalismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse. Berlin o.J. (1931). Zu den Plänen von Fritz *Naphtali* (1888–1961) und Fritz *Tarnow* (1880–1951) vgl. Michael Schneider, Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Bonn-Bad Godesberg o. J. (1975).

Zuspitzung der Klassengegensätze, die immer klarere Herausschälung der Klassenfronten, verengt den Spielraum der Manövrierfähigkeit der Sozialdemokratie und raubt damit dem Zentrismus jede Entfaltungsmöglichkeit. Den „Linken"-SPD-Führern bleibt daher nur die Möglichkeit der schleunigen Kapitulation. Andernfalls würden sie im Zusammenhang mit der sozialfaschistischen Linie der Gesamtpartei zwangsläufig in kürzester Frist zu einem Bruch mit der SPD gedrängt werden, was der gesamten Linie ihrer Politik widerspricht. Es wird deshalb den „Linken" bei einer richtigen Politik unserer Partei nicht möglich sein, durch zentristische Manöver die Krise der Sozialdemokratie in der unteren Mitgliedschaft und im proletarischen Funktionärkörper liquidieren zu können.

Um im Zusammenhang mit dem bevorstehenden SPD-Parteitag die Krise in der Sozialdemokratie zu verschärfen und die Ablenkungsmanöver der SPD-Führer von vornherein zu durchkreuzen, ist eine Kampagne nach folgenden Gesichtspunkten notwendig:

1. Gegenüber dem Schwindel mit dem Arbeitsbeschaffungsplan der SPD, der als Hauptattraktion des ersten Tagesordnungspunktes (Referat *Tarnow* über Wirtschaftslage) geplant ist,[12] müssen wir die breiteste Kampagne für unseren bevorstehenden Arbeitsbeschaffungsplan entfalten.[13] Diese Kampagne muß so geführt werden, daß das sozialdemokratische Arbeitsbeschaffungsprogramm als bloßes Hinterherhinken [hinter] der KPD und ihrer Massenmobilisierung enthüllt wird.

2. Angesichts des offensichtlichen Versuchs der SPD, durch das Referat *Breitscheids* (zweiter Tagesordnungspunkt des Parteitages) die *Brüning*politik als gegen den Faschismus *Hitlers* [gerichtet] erscheinen zu lassen, müssen wir unsere Kampagne für die Charakterisierung der *Brüning*regierung als der Durchführung der faschistischen Diktatur wesentlich verstärken. Im Rahmen unseres gesamten antifaschistischen Massenkampfes darf der Kampf gegen die *Brüning*regierung als Führerin der Faschisierung Deutschlands keinesfalls hinter dem Kampf gegen die Nazis als die faschistische Massenpartei zurücktreten, da wir nur dadurch eine klare Frontstellung gegenüber der SPD haben. Über die Charakterisierung der SPD-Politik in Sachen Panzerkreuzer usw. usw. als eine Politik der Hilfspolizei des Faschismus hinaus müssen wir in stärkerem Maße in unserer gesamten Anti-SPD-Kampagne die Liebesdienste der SPD für die Nazis, wie im Fall *Henning*, Verbot gegen uns usw. herausschälen. Von größter Wichtigkeit ist auch die offene Wendung der SPD in Sachen des Stahlhelms (Stahlhelmaufmarsch im Lustgarten am 22. März wurde erlaubt, alle Arbeiterkundgebungen verboten).[14] Gegen den Stahlhelm führt die SPD

---

12 Vgl. Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931. Vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus. Protokoll. Berlin 1931. S. 45 ff.

13 Am 29. Mai 1931 veröffentlichte *Die Rote Fahne* Nr. 111 einen „Arbeitsbeschaffungsplan der KPD", der einen umfangreichen Katalog staatlicher Investitionsmaßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft enthielt. Dem Plan war ein Finanzierungsplan beigeordnet, der Sondersteuern für Millionäre, Großgrundbesitz, Aktiengesellschaften u. a. vorsah. Vgl. GdA S. 547 ff.

14 Am 22. März 1931 veranstaltete der Stahlhelm einen Aufmarsch im Berliner Lustgarten zum Auftakt der Kampagne für das am 4. Februar beantragte Volksbegehren zur Auflösung des preußischen Landtages. (Vgl. oben Dok. 36). Die geplanten kommunistischen Gegendemonstrationen wurden von Polizeipräsident *Grzesinski* zwei Tage zuvor verboten. Vgl. *RF* Nr. 69 vom 22. 3.; Nr. 70 vom 24. 3. 1931: „Stahlhelmsozialist *Grzesinski!*"

seit dem *Hindenburg*eingreifen gegen *Braun*[15] nicht einmal mehr einen Scheinkampf wie gegen die Nazis.

3. In Sachen der SAJ ist es klar, daß wir auf der Linie unseres gesamten Kampfes um die Gewinnung der SAJ-ler die jugendfeindliche Rolle der SPD brandmarken müssen.

4. Allgemein erfordert die Gesamtkampagne zur Steigerung der inneren Schwierigkeiten der SPD, daß die bereits gefaßten Beschlüsse, die oppositionellen SPD-Arbeiter nicht mehr unter sich zu lassen, sondern sie stärker und systematischer als zuvor zu bearbeiten, unbedingt durchgeführt werden müssen.[16]

a) Kontrolle, wieweit in den Bezirken die durch Rundschreiben vor fast 3 Monaten angeordneten speziellen SPD-Kommissionen geschaffen sind.

b) Durchführung der Losung: Keine SPD-Versammlung ohne kommunistischen Redner (das gleiche gilt für die SAJ). Keine SPD-Mitgliederversammlung (ebenso SAJ) ohne kommunistische Beeinflussung.

c) Schaffung von besonderen Gruppen, die die Massendiskussion mit SPD-Arbeitern in die Wege zu leiten haben.

5. Die Bezirksleitungen müssen ihrerseits dem Sekretariat des ZK auf Grund der bezirklichen Erfahrungen schleunigst Vorschläge zur Verstärkung und Intensivierung der SPD-Kampagne einreichen. Aufnahme persönlicher Verbindungen mit oppositionellen SPD-Arbeitern, um von nun an direkt an die SPD-Mitgliedschaft heranzukommen. Bewußtes Hinarbeiten auf Organisierung des Übertritts ganzer Ortsgruppen oder Teile von solchen zur KPD.

3. Fortführung: Kampagne Menschewistenprozeß:

Bei der Durchführung der verstärkten Kampagne gegen die SPD muß weiter in noch stärkerem Maße wie bisher das Ergebnis des Prozesses gegen die Menschewiki in der Sowjetunion und die dort festgestellten Tatsachen gegen die II. Internationale ausgenutzt werden.[17]

Im Kampf gegen die Interventionsabsichten des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion muß auf Grund der in diesem Prozeß gemachten Feststellungen die Rolle der II. Internationale als Hilfstruppe der Interventionisten klar und eindeutig aufgezeigt werden.

Das ZK wird in kürzester Frist eine Rede des Genossen *Cachin*, die dieser im französischen Parlament gegen den französischen Imperialismus hielt, als Broschüre in Massenauflage herausbringen. Diese Broschüre, die außerordentlich wertvolles Material auch gegen die II. Internationale enthält, sowie eine in Vorbereitung befindliche Massenbroschüre mit der Rolle *Krylenkos*, dem verkürzten Protokoll der

15 Gemeint ist vermutlich das Verbot des Stahlhelms im Rheinland durch *Braun* im Oktober 1929 und *Hindenburgs* Haltung dazu. Vgl. Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie. Berlin (West) 1977, S. 614 ff.

16 Vgl. zum Folgenden auch Dok. 34.

17 Vgl. Dok. 37, Anm. 3.

Gerichtsverhandlung und dem Urteil sind geeignet, diesen Kampf der Partei wesentlich zu unterstützen.[18]

4. 1. Mai

a) Politischer Inhalt der Kampagne:

Die Maikampagne muß sich in diesem Jahre auf die folgenden drei Fragen konzentrieren:

1. Proletarische Gegenoffensive gegen die Kapitalsoffensive, politische Knebelung und Unterdrückung, Kampf um den revolutionären Ausweg, um die sozialistische Lösung der Krise durch die Volksrevolution.

2. Volksaktion gegen Faschismus, *Brüning*diktatur und Preußenregierung.[19]

3. Verteidigung der UdSSR gegen die Interventionsvorbereitungen und die antibolschewistische Hetze des Imperialismus und der II. Internationale.

Noch laufen die Tarife für Hunderttausende Arbeiter in wichtigen Industrien ab. Die Unternehmer kündigen aber einen neuen Lohnabbau von 20 bis 40% an. *Stegerwald*[20] proklamiert die Notwendigkeit der „Senkung der Gestehungskosten". Die Reformisten propagieren ihr Rezept der Arbeitsstreckung, das gleichfalls Lohnabbau bedeutet und die Lohnabbauaktion der Unternehmer ermöglichen soll. Die Vorbereitung der Massendemonstrationen und des Massenstreiks am 1. Mai muß daher aufs engste mit der Organisierung der Wirtschaftskämpfe durch die RGO und der Durchführung des Sturmplanes der RGO verbunden werden.

Die wichtigste Tageslosung,[21] die den Kampf der Erwerbslosen mit dem Kampf der betriebstätigen Arbeiter verbindet und dem Massenkampf die Zielrichtung auf die sozialistische Lösung der Krise gibt, ist die Forderung: Siebenstundentag und Vierzigstundenwoche bei vollem Lohnausgleich. Gegen das Argument [dies sei unmöglich], ist der schlagendste Beweis die Durchführung des Siebenstundentages bei ständiger Erhöhung des Reallohnes in der UdSSR. Wenn der Kapitalismus zur Durchführung einer solchen Reform, die an sich die Grundlage des Privateigentums nicht antastet, unfähig ist, dann ist das ein Beweis dafür, daß die Existenz des kapitalistischen Systems mit der Existenz der werktätigen Massen nicht mehr zu vereinbaren ist, daß das kapitalistische System zum Untergang verurteilt ist, daß der Sieg des Sozialismus, der seine Überlegenheit bereits praktisch bewiesen hat, die Volksrevolution auf der Tagesordnung steht.

Die Massenkundgebungen am 1. Mai stehen zugleich im Zeichen der Volksaktion gegen Faschismus, *Brüning*diktatur und Preußenregie-

18 Die Rede Marcel *Cachins* (1869–1958) ist abgedruckt in *Inprekorr* Nr. 28 vom 23. 3. 1931, S. 759 f. Die Anklagerede von Nikolai W. *Krylenko* (1885–1938) gegen das angebliche „Unionsbüro" der Menschewiki ebd. Nr. 23 vom 10. 3. 1931, S. 631 ff. *Cachins* Rede erschien als Broschüre: Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Paris – das Koblenz der Konterrevolution. Rede des kommunistischen Abgeordneten Marcel Cachin in der französischen Deputiertenkammer. Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin o. J. (1931).

19 Zur Kampagne „Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung" vgl. Dok. 36.

20 Adam *Stegerwald* (1874–1945), christlicher Gewerkschaftsführer. März 1930–Mai 1932 Reichsarbeitsminister.

21 In der Vorlage: Tagesordnung.

rung. Da mit Überfällen der Nazis und Polizei auf die Maidemonstrationen zu rechnen ist, muß die Organisierung des 1. Mai zur Verstärkung der antifaschistischen Organisationen, insbesondere der roten Betriebswehren ausgenutzt werden. Überall, wo Demonstrationsverbote bestehen, muß eine breite Massenkampagne in den Betrieben und an den Stempelstellen für die Aufhebung des Demonstrationsverbotes durchgeführt werden. Indem wir die Erinnerung an *Zörgiebels* blutigen Mai 1929 wachrufen, stellen wir jetzt schon die Verantwortlichkeit der sozialfaschistischen und faschistischen Polizeigewaltigen für alle Opfer, die der Kampf um den 1. Mai fordern sollte, fest. Der Naziminister *Franzen* in Braunschweig hat bereits die Abschaffung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag eingeleitet. Während die sozialdemokratischen Polizeiminister und Polizeipräsidenten Demonstrationsverbote verhängen, kündigen einzelne Gewerkschaften und SPD-Organisationen (z.B. Hannover) bereits die Verlegung der Maidemonstrationen auf den 3. Mai an. Der ADGB knüpft an die schlechtesten Traditionen der Vorkriegszeit an, indem er Arbeitsruhe nur soweit empfiehlt, als es ohne wirtschaftliche Schädigung möglich sei.

Gegenüber diesen Verbots- und Sabotagemaßnahmen müssen die Partei und die RGO in diesem Jahr ihre Anstrengungen besonders darauf konzentrieren, daß nicht nur wuchtige Massendemonstrationen, sondern auch eine möglichst einheitliche und geschlossene Streikbewegung zustandekommt. In der Periode, in der der Übergang zum politischen Massenstreik unsere höchste gegenwärtige Kampfaufgabe ist, kommt der Organisierung des Demonstrationsstreiks am 1. Mai eine entscheidende Bedeutung zu. Die dritte Hauptfrage, die in der Maikampagne gestellt werden muß, ist der proletarische Kampf für die Sicherung des Weltfriedens, die nur durch den internationalen Sieg des Sozialismus möglich ist. Hier gilt es, die akute Kriegsgefahr auf Grund der Ergebnisse der Prozesse in der Sowjetunion gegen die Industriepartei und gegen die Menschewiki und auf Grund der Kriegsrüstungen und der antibolschewistischen Hetze in allen Ländern und insbesondere in Deutschland nachzuweisen. Das Zentrum gibt seiner Hetze gegen den „Kulturbolschewismus" eine deutliche außenpolitische Spitze, indem *Wirth* gegen das Eindringen der russischen Unkultur in die westeuropäische Kultur wettert, indem die *Germania* betont, daß die wirtschaftspolitischen Beziehungen zur Sowjetunion nicht losgelöst von den allgemein politischen behandelt werden können.[22] *Hitler* hat offiziell die Faschisierung Europas als einzige Rettung vor dem Bolschewismus empfohlen. Die SPD bewilligt den ganzen Wehretat, einschließlich des Panzerkreuzers B., finanziert und unterstützt die Sabotagearbeit der russischen Menschewiki und führt die schamloseste und verlogenste Lügenhetze gegen den sozialistischen Aufbau.

So ist der Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion gegen den drohenden imperialistischen Interventionskrieg aufs engste mit der Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung verbunden.

22 *Wirth* wandte sich gegen die Gottlosenbewegung und sagte: „Im Interesse des gesitteten Teils unseres Volkes müssen wir mit aller Energie gegen diese Unkultur einschreiten". Vgl. *Germania* Nr. 55 vom 6. 3. 1931.

b) „Die Roten Tage der RGO" als großzügige Versammlungskampagne zur Vorbereitung des 1. Mai.

Das Politbüro hat beschlossen, daß die gesamte Parteiorganisation und alle sympathisierenden Massenorganisationen die Roten Tage der RGO vom 15. April bis 1. Mai als Vorbereitung zum 1. Mai auf das aktivste unterstützen sollen. In diesen 14 Tagen vor dem 1. Mai soll eine gewaltige Versammlungskampagne in ganz Deutschland organisiert werden durch die vereinigten Kräfte der Partei und aller revolutionären Massenorganisationen. Zehntausend Versammlungen mindestens müssen im Reichsmaßstabe stattfinden. Kein Stadtteil, kein größerer Ort, kein Betrieb, keine Stempelstelle, wo nicht in diesen 14 Tagen zum 1. Mai unter den beschlossenen politischen Forderungen und Losungen Stellung genommen wird. In den Großstädten müssen Veranstaltungen in den größten Sälen organisiert werden. Überall sollen die Forderungen und Losungen der RGO popularisiert, die Werbeaktion für die RGO durchgeführt werden. Bei der letzten Reichstagswahl hat es sich gezeigt, daß die Partei, wenn sie ihre Kräfte ernsthaft ansetzt, über Zehntausende einzelne Redner zur Verfügung hat. Mobilisiert deshalb in den Orten, in den Betrieben und Stempelstellen alle Genossen, die rednerisch irgendwie auftreten können. Veranlaßt die neugewonnenen Funktionäre, jetzt auch auf die Rednertribüne zu steigen. Wir müssen eine solche Flut von Versammlungen organisieren, daß die ganze Öffentlichkeit davon spricht und die Aktivität der Massen, der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen bis zum 1. Mai auf einen Höhepunkt gesteigert wird.

Diese 14tägige Kampagne, auf die alle Kräfte der Partei zu konzentrieren sind, hat außerdem den Zweck, die RGO ungeheuer zu popularisieren und ihr zu erleichtern in Durchführung des RGO-Sturmplanes Hunderttausende neue Mitglieder zu gewinnen und ihren organisatorischen Apparat aufzubauen.

Im Verfolg der ersten Lohnraubwelle sind bereits die ersten roten Verbände in Metall-Berlin, in den wichtigsten Bergbaugebieten, bei den Landarbeitern, bei den Hafenarbeitern entstanden.[23] Wir gehen der Gründung von roten Gewerkschaften im ganzen Baugewerbe, in der Nordwest-Metallindustrie, in Teilen anderer Industrien entgegen. Es ist sicher damit zu rechnen, daß die zweite, von Nordwest heranrollende Lohnraubwelle, verbunden mit neuen Streiks unter Führung der RGO, die Schaffung einer Anzahl neuer roter Verbände zur Folge haben wird. Auf Grund dieser Perspektive müssen deshalb mit Einsatz aller Kräfte die Voraussetzungen zum Masseneintritt in die RGO und zum Aufbau der RGO-Organisationen geschaffen werden. Das ist der Sinn des Sturmplanes der RGO. Das ist der Grund, warum die Roten Tage der RGO vom 15. April bis 1. Mai von solcher politischen Bedeutung sind.

---

23 Entsprechend den Beschlüssen des V. RGI Kongresses von 1930 (vgl. Dok. 27, Anm. 6) begann die KPD im Herbst 1930 mit der Gründung eigener Gewerkschaften. Im November 1930 entstand der Einheitsverband der Metallarbeiter Berlin (EVMB), am 11. Januar 1931 der Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands (EVBD). Der Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter (EVLF) wurde im Februar 1931 in Ostpreußen gegründet und die deutsche Sektion der Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter trat am 10./11. Januar 1931 zusammen. Der Einheitsverband für das Baugewerbe (EVfdB) wurde am 29. März 1931 in Berlin gegründet.

Das Bezirkssekretariat muß deshalb sofort zusammen mit dem Bezirkskomitee der RGO und den Leitungen der sympathisierenden Massenorganisationen einen genauen Plan für diese Versammlungskampagne ausarbeiten, der uns möglichst bald einzusenden ist.

c) Maikampagne im Zeichen der roten Einheitsfront

Die Demonstrationen und die Massenstreiks am 1. Mai müssen auf der Grundlage der breitesten Einheitsfront von unten in allen Betrieben und an allen Stempelstellen organisiert werden. Dabei können bereits bestehende Einheitsfrontorgane, natürlich nur soweit sie einen wirklich überparteilichen und breiten Massencharakter haben, ausgenutzt werden.

Z.B. können unter Umständen rote Wahlausschüsse der Betriebe oder örtliche Kampfausschüsse gegen den Faschismus durch Zuwahlen ergänzt, die Aufgaben von Maikomitees übernehmen.

Die wichtigste Form der Einheitsorgane sind die betrieblichen Maikomitees, die sowohl den Massenstreik als auch die geschlossene Teilnahme der Belegschaften an der Demonstration organisieren müssen. Solche Komitees müssen in allen Abteilungen des Betriebs verankert sein, sowohl mit der Zelle, als auch mit der RGO und den roten Betriebsräten eng zusammenarbeiten und eine breite organisatorische agitatorische Arbeit in der Belegschaft entfalten. Notwendig ist die Verbindung mit dem Erwerbslosenausschuß und mit benachbarten Gebieten.

Erst wenn ein gewisses Fundament solcher Einheitskomitees in den Betrieben geschaffen ist, soll auf breiten Konferenzen der Vertreter der Betriebe, der Stempelstellen und Massenorganisationen ein zentrales Maikomitee für die Führung der Aktion am ganzen Ort gewählt werden. Vorher empfiehlt sich die Gründung eines vorbereitenden Maikomitees aus Vertretern der Partei, der Jugend, der RGO, des Kampfbundes, der wichtigsten Betriebs- und Erwerbslosenausschüsse.

Neben den Straßendemonstrationen sind überall Abendveranstaltungen anzusetzen, die einen dem Anlaß entsprechenden Kampfcharakter tragen müssen. Es müssen die notwendigen organisatorischen Vorbereitungen getroffen werden, damit schon am Abend des 1. Mai eventuell notwendig werdende Kampfbeschlüsse gefaßt und an die Betriebe herangebracht werden können, wie sich das im Mai 1929 als notwendig erwiesen hat.

Die Organisierung der Maidemonstration auf der Grundlage der Einheitsfront von unten bedeutet keineswegs, daß es unzulässig ist, mit örtlichen proletarischen Organisationen, die unter reformistischer Leitung stehen, zu verhandeln, wenn dadurch der Gegensatz zwischen der proletarischen Mitgliedschaft und der sozialfaschistischen Führung gesteigert werden kann.

Dabei muß aber vollkommene Klarheit darüber sein, daß wir uns nur an Demonstrationen, die unter unserer Führung und unter unseren Kampflosungen durchgeführt werden, beteiligen, daß insbesondere die Kampfparolen gegen die sozialfaschistische Koalitionspolitik, für die Verteidigung der Sowjetunion, für die rote Einheitsfront des Proletariats nicht fehlen dürfen. Unsere Redner und unsere Kampfparolen (Transparente) müssen die Demonstrationen und Kundgebungen beherrschen. Völlig unzulässig sind Abmachungen in der Art, daß in einem Jahr

ein Redner der einen, im nächsten Jahr ein Redner der anderen Partei spricht. Voraussetzungen von einheitlichen Maidemonstrationen sind nicht Spitzenkombinationen mit SPD-Führern, sondern breiteste Massenmobilisierung der SPD-Arbeiter von unten (Beschlüsse in Betrieben usw.) für solche einheitlichen Demonstrationen.

Die Demonstrationen sollen als einheitliche Kundgebungen des gesamten werktätigen Volkes durchgeführt werden, doch sollen die Betriebe als Rückgrat des proletarischen Massenkampfes entsprechend hervortreten. Besondere Sammelpunkte oder Versammlungslokale für die Belegschaften der Großbetriebe sind festzulegen, wo sich die Arbeiter vor der Demonstration zusammenfinden. Als eine organisatorische Form, die die Gründung roter Betriebswehren erleichtert, kann ein breiter Ordnerdienst organisiert werden.

d) Die wichtigsten Losungen:

Entsprechend den am Anfang genannten politischen Gesichtspunkten sind die wichtigsten Losungen folgende:

Kampf gegen den Faschismus!
Kampfmai im Zeichen der Volksrevolution für ein Sowjetdeutschland!
In Deutschland Hunger und Not – in Sowjetrußland Arbeit und Brot! Kämpft für ein Sowjetdeutschland!
Organisiert die Volksaktion gegen Faschismus, *Brüning*diktatur und Preußenregierung!
Nieder mit der Hungerregierung!
Das Volk begehrt nicht *Hitler – Hugenberg* noch *Severing*, das Volk begehrt Arbeit, Brot, Freiheit!
Denkt an *Zörgiebels* 1. Mai!
Kapitalismus ist Krieg – Sozialismus ist Friede!
Schützt die Sowjetunion – Das Vaterland aller Werktätigen!
Für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!
Arbeit und Brot den Erwerbslosen!
Gegen Unterstützungsraub, für ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit!
Für die 40Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
Massenstreik gegen Lohnabbau – für Lohnerhöhung! Wählt Kampfleitungen!
Hinein in die RGO!
Organisiert Betriebsgruppen der RGO!
Die SPD stimmt für Panzerkreuzer B. – Macht Schluß mit den Panzerkreuzer-Sozialisten!
Heraus aus der Partei des Arbeiterverrates!
Faschismus ist Arbeitermord! Schließt die rote Einheitsfront gegen den Mordfaschismus!
Hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus!
Nieder mit den faschistischen Kriegshetzern, es lebe die internationale Solidarität der Arbeiterklasse!

Faschisten – Zentrumschristen und Sozialfaschisten hetzen zum Krieg gegen Sowjetrußland – kämpft gegen Kriegshetze und Kriegsrüstungen![24]

5. Vertagung der Bezirksparteitage:

Die Anspannung aller Kräfte der Parteiorganisation für die großen laufenden Kampagnen (Wirtschaftskämpfe, Betriebsrätewahl, Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung, Rote Tage der RGO, Kampagne gegen SPD anläßlich des SPD-Parteitages, Kampagne für den Arbeitsbeschaffungsplan unter Erwerbslosen und Betriebsarbeitern usw. usw.) macht es notwendig, die ursprünglich für April und Mai angesetzten Bezirksparteitage bis zum Herbst zu vertagen.[25] Die politische Vorbereitung der Bezirksparteitage wird dann eine gründlichere sein. Insbesondere werden auch die Beschlüsse der erweiterten Exekutive[26] und die Ergebnisse der jetzt laufenden politischen Kampagnen der Partei bei der Durchführung der Bezirksparteitage zur vollen Auswertung gelangen können. Von diesem Beschluß sind indessen nicht berührt die innerparteiliche Durcharbeitung der Betriebs- und Straßenzellen, der Ortsgruppen und Unterbezirke. Es sind im Monat Mai in allen Unterbezirken Unterbezirkskonferenzen durchzuführen, um die notwendige Ergänzung der führenden Kader der Partei in den Bezirken und Unterbezirken vornehmen zu können. Die Delegiertenwahl findet in allen Zellen in Mitgliederversammlungen statt, in denen auch gleichzeitig die Neuwahl der Zellenleitung erfolgen muß. Der Delegiertenmodus für alle Unterbezirkskonferenzen bleibt, auf je 10 Mitglieder ein Delegierter. Auf den Unterbezirkskonferenzen ist neben der

---

24 Über das Ergebnis der Maikampagne und den Verlauf des 1. Mai in den einzelnen Bezirken berichtete die Agitprop-Abteilung des ZK im Mai 1931 dem Sekretariat. Dabei stellte die Agitprop-Abteilung fest, daß sich aus allen Bezirksberichten „fast übereinstimmend eine Reihe von Schwächen" ergeben. Die „Mobilisierung der Betriebe" sei „keineswegs entsprechend den objektiven Möglichkeiten, den politischen Notwendigkeiten und den Direktiven des ZK" gewesen. Mehrere Bezirke meldeten „überhaupt keine betrieblichen Maikomitees, sondern nur allgemeine Ortskomitees". Der „Inhalt der Beschlüsse und Resolutionen war zum größten Teil unklar. Unsere Genossen umgingen die Fragestellung des politischen Massenstreiks, propagierten oft Arbeitsruhe". Die „Mobilisierung der Stempelstellen" sei „gleichfalls ungenügend gewesen". Die Propagierung der „Einheitsfront von unten ist mehr als ungenügend. In ausnahmslos allen Berichten wird festgestellt, daß sowohl in den betrieblichen als auch örtlichen Maikomitees nur Kommunisten und einige sympathisierende Arbeiter vorhanden" waren. „Fraktionsarbeit in den von Sozialfaschisten und Zentrum geleisteten Massenorganisationen" sei „nur in Ausnahmefällen geleistet" worden. Die „Streikbeteiligung der Betriebe" war „einigermaßen zufriedenstellend nur (in) Oberschlesien". Die „Agitation in den Betrieben" war nach den vorliegenden Berichten der Bezirke „schwach". „Die Zahl der Betriebszeitungen, Stempelstellenzeitungen, der bezirklichen Plakate, Flugblätter und Handzettel ist nicht befriedigend." Über den 1. Mai auf dem Dorfe könne überhaupt nichts berichtet werden, da die Bezirke diesen Punkt „in den Berichten kaum gestreift" hätten. Insgesamt zeigt der Bericht, daß die Anweisungen des ZK nur sehr unzureichend befolgt wurden, daß zwischen den Erwartungen des ZK und den Verhältnissen in den Bezirken eine kaum faßbare Diskrepanz bestand. Abschließend stellt der Bericht fest, daß es sich bei dieser Kritik „nur um einen kleinen Ausschnitt" handelte, weil ein Teil der Bezirke überhaupt noch keinen Bericht eingesandt hatte. Vgl. Schreiben von Zentral-Agitprop an ZK-Sekretariat, Vorläufige Übersicht über den 1. Mai, Berlin 15. Mai 1931. BA Bestand R 45 IV, Bd. 41.

25 Zum ursprünglichen Termin der Bezirksparteitage vgl. Dok. 37.

26 Gemeint sind wohl die Beschlüsse des XI. Plenums des EKKI, das vom 26. März bis 11. April 1931 in Moskau tagte. Vgl. Thesen und Resolutionen der XI. Plenartagung des EKKI, April 1931. Hamburg–Berlin 1931. Vgl. auch *Inprekorr* Nr. 38 vom 24. 4. 1931, S. 254 ff.

politischen Aufgabenstellung für die nächsten Monate gründlich die organisatorische Entwicklung der Unterbezirke zu überprüfen. Neben der Neuwahl der Unterbezirksleitungen sind gleichzeitig auf den Unterbezirkskonferenzen neue entwickelte Kräfte, vor allem Betriebsarbeiter, Frauen, Jungarbeiter zur Ergänzung der Bezirksleitungen vorzuschlagen. Die Bezirksleitungen sind verpflichtet, diese Vorschläge nicht nur entgegenzunehmen, sondern sie ernstlich zu prüfen und soweit das notwendig ist, die Vorgeschlagenen mit beratender Stimme zu den Bezirksleitungssitzungen hinzuzuziehen. Soweit stimmberechtigte Mitglieder seit dem letzten Bezirksparteitag aus der Bezirksleitung ausgeschieden sind, sind diese gleichfalls aus dem Kreis der Vorgeschlagenen zu ersetzen.

Die Bezirksleitungen werden ersucht, dem Sekretariat des ZK sofort die Anweisungen an die UBL-Zellen und Ortsgruppen zur Vorbereitung der UB-Konferenzen einzusenden.

6. Reichsjugendtag:

Wie Euch bereits durch die Presse bekannt ist, hat *Grzesinski* alle Demonstrationen und öffentlichen Kundgebungen unter freiem Himmel zum 6. Reichsjugendtag Ostern 1931 in Berlin verboten.[27] Diese Unterdrückungsmaßnahmen liegen in der Linie der verstärkten Lohnabbau- und Kultur-Offensive der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie. Diese Maßnahme ist ein weiterer Schritt zur politischen Entrechtung der werktätigen Jugend in der Richtung des Verbotes jeder politischen Betätigung, des Wahlrechtraubes und der Arbeitsdienstpflicht. Für das Verbot der Jugendtagsdemonstrationen durch *Grzesinski* waren ausschlaggebend die Interessen seiner Partei im Kampf um die Jugend. Die SAJ befindet sich in einer schweren Krise. Die Instanzen der Sozialdemokratie selbst müssen eine Nachwuchskrise feststellen. Der vorgesehene Jugendtag in Frankfurt/Main (August 1931) verspricht nach den Angaben des Hauptvorstandes des SAJ ein Fiasko zu werden. (Sie rechnen mit 15000 Teilnehmern!)

Der Stand der Vorbereitungen zum 6. Reichsjugendtag des KJVD zeigt, daß die Massenmobilisierung zum Reichsjugendtag in Leipzig [...][28] aufweist. Bis zum 15. März waren 50000 auswärtige Teilnehmer (außer Berlin) angemeldet, darunter einige hundert SAJler.

Ein in den Straßen Berlins durchgeführter 6. Reichsjugendtag würde noch deutlicher die Nachwuchskrise der SPD offenbaren und zeigen, daß die proletarische Jugend geführt wird vom Kommunismus. Deshalb mußte *Grzesinski* im Auftrage seiner Partei eingreifen.

Als Antwort auf diese Maßnahmen *Grzesinskis* haben wir beschlossen, nicht nur einen, sondern 4 Jugendtage in Berlin, Frankfurt/Main, Jena-Gera und Braunschweig durchzuführen. Wir werden dabei alle legalen Möglichkeiten restlos ausnützen. Und alle Provokationsabsichten der sozialdemokratischen Polizeiminister durchkreuzen. In Berlin wird der Jugendtag durchgeführt werden in

27 Die für den Reichsjugendtag am 3. und 4. April in Berlin geplanten öffentlichen Kundgebungen und Demonstrationen wurden von Polizeipräsident *Grzesinski* am 17. 3. verboten. Vgl. *RF* Nr. 65 vom 18. 3. 1931. Das Verbot wurde wenige Tage vor Beginn des Reichsjugendtages nochmals erneuert und auch auf Saalveranstaltungen ausgeweitet. Vgl. *RF* Nr. 73 vom 1. 4. 1931.

28 Lücke im Text.

großen Sälen und auf verschiedenen großen Sportplätzen. Nach Berlin entsenden alle Bezirke starke Delegationen. (Den BL des Jugendverbandes sind hierzu schon konkrete Anweisungen zugegangen.) In Frankfurt/Main, wo ebenfalls die Demonstrationen unterdrückt werden sollen, wird der Reichsjugendtag in ähnlicher Weise wie in Berlin durchgeführt. An diesem Jugendtag beteiligt sich ganz Süddeutschland.

In Braunschweig und in Gera-Jena findet der Reichsjugendtag statt als großer Demonstrationsaufmarsch. An dem Aufmarsch in Jena-Gera beteiligt sich ganz Mitteldeutschland und Thüringen. In Braunschweig nehmen an dem Aufmarsch teil: Rheinland, Westfalen, Nord-West, Wasserkante und Niedersachsen. (Die konkreten Anweisungen für diese Aufmärsche sind den BL des KJVD bereits zugegangen.)[29]

In dem Mittelpunkt der Durchführung der 4 Reichsjugendtage wird nach wie vor Berlin stehen. Deshalb stellen wir in den Vordergrund der Durchführung der Reichsjugendtage die Organisierung eines Jugendkongresses [für] revolutionäre Einheit, zum Kampf gegen Arbeitsdienstpflicht, Wahlrechtsraub und Mordfaschismus, in Berlin zu Ostern 1931. Zu diesem Kongreß sollen delegiert werden: starke Delegationen aus allen Kriegs- und Großbetrieben Deutschlands, alle SAJ-Delegation aus allen Teilen Deutschlands, die zum Reichsjugendtag mobilisiert werden, alle Delegationen der christlichen Jugendorganisationen, Delegationen aus den reformistischen Gewerkschaften und reformistischen Sportorganisationen. Das Hauptgewicht muß jetzt in Verbindung mit den Wirtschaftskämpfen und Betriebsrätewahlen auf die Mobilisierung der Massen aus den Betrieben zu den Reichsjugendtagen gelegt werden. Jetzt, wo der Reichsjugendtag in 4 Orten stattfindet, muß die Losung, die das ZK des KJVD herausgegeben hat, nach den Maßnahmen *Grzesinskis*: Verdreifachung der Massenmobilisierung durchgeführt werden. Die gesamte Mobilisierungsarbeit muß mit einer verstärkten Werbekampagne für den Masseneintritt in den KJVD verbunden werden.

Die BL der KPD, in deren Bezirken Jugendtage stattfinden, haben bereits vom Jugend-ZK besondere Materialien erhalten. Für alle Bezirksleitungen steht die Aufgabe, gemeinsam mit der BL des Jugendverbandes jetzt die Kampagne zur Mobilisierung der Jungwerktätigen zu den Jugendtagen zu steigern. Wir schlagen vor, auf der nächsten Sitzung der Bezirksleitung nochmals den Stand der Vorbereitungsarbeiten zu den Reichsjugendtagen zu überprüfen und gemeinsam mit der Jugend-BL die notwendigen konkreten Maßnahmen zur Steigerung der Mobilisierung zu treffen.

Für die Durchführung der Reichsjugendtage im Falle weiterer Repressalien und Verbotsmaßnahmen erhält jede Jugend-BL Anweisungen mit besonderer Post.[30]

---

29 Die entsprechenden Anweisungen liegen nicht vor.

30 Der 6. Reichsjugendtag fand wie angegeben am 3.–4. April statt. Über den Verlauf vgl. die Berichte der *RF* Nr. 80 vom 5. 4. 1931. Hier auch das Geleitwort *Thälmanns* zum 6. Reichsjugendtag: „Der Jugendverband wächst im Feuer der reaktionären Anschläge." Das Grußwort Kurt *Müllers*, des Vorsitzenden des KJVD, erschien in *RF* Nr. 79 vom 3. 4. 1931: „Wir stürmen für die neue sozialistische Welt – trotz alledem!"

7. Unsere Taktik in Braunschweig[31]

Zur Taktik unserer Braunschweiger Parteiorganisation im Kommunalparlament sind folgende vorläufige Bemerkungen zu machen: Diese Taktik entsprang den besonderen politischen Bedingungen, die in Braunschweig gegeben waren. Dort ist eine offene faschistische Regierung der Nazi am Ruder, dort befindet sich die SPD in Scheinopposition gegen die *Franzen*regierung. Dort fand anläßlich des *Hitler*aufmarsches und des Wahlkampfes eine weitgehende Massenmobilisierung, insbesondere auch der sozialdemokratischen Arbeiter für den gemeinsamen antifaschistischen Kampf unter Führung der KPD und eine entsprechende Zersetzung innerhalb der Sozialdemokratie statt. In dieser Situation hätte die schematische Anwendung der Taktik, für alle Funktionen des Stadtverordnetenvorstandes usw. Kommunisten kandidieren zu lassen und für sie zu stimmen, zur Wahl eines nationalsozialistischen Stadtverordnetenvorstehers, trotz der vorhandenen kommunistisch-sozialdemokratischen Mehrheit geführt. Eine solche Taktik wäre, wenn man nicht die Gesichtspunkte unserer gesamten, großen politischen Kampagnen gegen den Faschismus, gegen die *Frick*- und *Franzen*regierung[32] der Nazis in Betracht zieht, den breiten Massen unverständlich geblieben und hätte eine gewisse Isolierung der Partei bewirkt. Die SPD, die an uns herantrat, hoffte dadurch ihre Schlappe bei den Wahlen auszuwetzen, ihren allgemeinen Niedergang aufzuhalten, die Initiative an sich zu reißen und uns in die Defensive manövrieren zu können. Wir mußten aus allen angeführten Gründen eine solche Taktik einschlagen, die uns die Initiative in die Hand gab, [die] die Sozialdemokraten ihrerseits in die Enge trieb und unsere Offensivstellung gegen den Faschismus bei gleichzeitiger Massenmobilisierung in vollem Maße sicherte und ausbaute. Wir mußten einen Kuhhandel über Posten- und Funktionsverteilung mit der SPD ablehnen und erklären, daß es uns lediglich auf die Durchsetzung bestimmter politischer Mindestforderungen ankomme. Es wurden eine Reihe solcher proletarischer Forderungen aufgestellt und von der SPD ultimativ die bindende Verpflichtung gefordert, für diese Forderungen der Kommunisten im Stadtparlament einzutreten, sowie die Verpflichtung ihres sozialdemokratischen Bürgermeisters *Böhm*, keinen Einspruch gegen entsprechende Beschlüsse des Stadt-

---

31 Der gesamte Teil „7. Unsere Taktik in Braunschweig" wurde mit der Kopfzeile: „Aus einem Rundschreiben des ZK" in der *Roten Fahne* Nr. 72 vom 26. März 1931 nachgedruckt.
Nach dem Ausgang der Kommunalwahlen vom 1. März (vgl. Anm. 4) besaß die NSDAP im Braunschweiger Stadtparlament 17 Mandate, die SPD 14 und die KPD 4 statt bisher 1. Um die Wahl eines nationalsozialistischen Präsidiums zu verhindern, stimmte die KPD in der konstituierenden Sitzung des Braunschweiger Stadtparlaments für den von der SPD nominierten Präsidenten, obwohl diese die Forderung der KPD nach paritätischer Besetzung der wichtigsten Ämter in Braunschweig abgelehnt hatte. Dieser Vorgang stellte eine eindeutige Durchbrechung der KPD-Strategie dar, die jegliche Einheitsfront mit der SPD zu dieser Zeit strikt ablehnte. Vgl. zu dem Braunschweiger Vorgang die ausführliche Darstellung bei Waltraud Ireland, The Lost Gamble, phil. Diss. Baltimore 1971, S. 474ff. Am 22. 3. 1931 brachte *Die Rote Fahne* Nr. 69 einen ausführlichen Artikel, um die Haltung der KPD in Braunschweig zu rechtfertigen. Diese Rechtfertigung gipfelte in der Behauptung: „Was in Braunschweig geschehen ist, ist die feste grundsätzliche Fortsetzung unserer Gesamtpolitik." Vgl. „Das ‚Besondere' unserer Taktik in Braunschweig", *RF* a.a.O.

32 Gemeint ist die Regierung von Thüringen, in der die NSDAP von Januar 1930 bis April 1931 mit Wilhelm *Frick* den Innen- und Volksbildungsminister stellte, und die Braunschweigische Regierung, in der die NSDAP mit Dr. *Franzen* die gleiche Funktion innehatte. *Franzen* trat am 26. Juli 1931 zurück. Vgl. Horkenbach 1931 S. 262.

parlaments zu erheben, sondern dieselben durchzuführen. Davon wurde die Wahl eines kommunistisch-sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorstandes entsprechend dem Kräfteverhältnis der Partei abhängig gemacht, ohne zu verschweigen, daß es für die Kommunistische Partei niemals ein Zusammengehen mit der SPD als Partei geben kann. Die SPD ging im wesentlichen auf dieses Ultimatum ein, was keineswegs bedeutet, daß sie auch in der Praxis ihre Versprechungen einlösen wird. In jedem Fall wird sie sich jedoch auch weiterhin immer stärker in eine für sie unhaltbare und für uns günstigere Situation hineinmanövrieren, während wir eine außerordentlich günstige Position für unsere Agitation und Propaganda haben, bei der unsere Politik von den Massen verstanden und gebilligt wird.

Bei der Durchführung dieser Politik ergaben sich eine Reihe von Schwächen und Fehlern. Die Auswahl der Forderungen ist nicht völlig einwandfrei. Es wäre zweckmäßiger, wenn die Zahl der sozialen Forderungen geringer und dafür die politischen Forderungen um einige Punkte erweitert gewesen wären. Die Führung der Kampagne in der breiten Arbeiteröffentlichkeit (Versammlungen, Demonstrationen) sowie in unserer Parteizeitung, der *NAZ*[33], war völlig ungenügend und entsprach keineswegs dem offensiven Charakter dieser Taktik. Die Art, wie unsere Genossen nach der Zustimmung der Sozialdemokratie im Braunschweigischen Stadtparlament auftraten und ihre Stimmabgabe für den sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorstand motivierten, war – wie sich dies nach den vorliegenden Berichten beurteilen läßt – unzulänglich. Es wurde keineswegs der Charakter unserer Aktion und unserer Einschätzung der SPD in genügender Schärfe und klarem Maße herausgearbeitet, wie das unbedingt notwendig gewesen wäre. Diese Schwächen mußten erst durch die politische Bewertung in der *Roten Fahne* und der übrigen Parteipresse (*RF* vom 1. März)[34] kritisiert werden. Es ist klar, daß trotz dieser Schwächen die Grundlinie der Taktik keine Abschwächung, sondern eine Steigerung unseres Kampfes gegen die SPD, eine Verbesserung unserer Positionen in Braunschweig und eine Unterstützung unserer gesamten antifaschistischen Kampagne darstellt.

Die Fehler und Schwächen, die sich bei der bisherigen Durchführung unserer Taktik in Braunschweig zeigten, signalisieren auch für die nächste Zukunft, vor allem der Bezirksleitung Niedersachsen, gewisse Gefahren.

Die Partei in Braunschweig muß mit Unterstützung der Bezirksleitung Niedersachsen und der Gesamtpartei rasch die vorhandenen Schwächen überwinden, dann wird sie auch schnell diese Gefahren beseitigen. Unsere Genossen in Braunschweig müssen mit der weiteren Durchführung unserer taktischen Linie die außerparlamentarische Kampagne wesentlich verstärken und in Betriebsbelegschafts- und Erwerbslosenversammlungen und Veranstaltungen der übrigen ausgebeuteten werktätigen Schichten immer wieder konkrete Forderungen formulieren, die unsere Stadtverordneten und Gemeindevertreter immer wieder als Anträge einbringen und durch deren Behandlung und Abstimmung sie die SPD immer wieder zwingen, offen Farbe zu bekennen.

Besonders politisch wichtig sind dabei neben den allgemeinen sozialpolitischen

33 *Niedersächsische Arbeiter-Zeitung*, Hannover, Organ der Bezirksleitung Niedersachsen der KPD.

34 Vgl. *RF* Nr. 52 vom 3. 3. 1931: „Kommunistischer Wahlsieg in Braunschweig". *RF* Nr. 69 vom 22. 3. 1931.

Forderungen solche Anträge, die in der Linie der Unterstützung der außerparlamentarischen Massenkampagnen gegen [die] faschistische *Franzen*regierung liegen.
Nur durch eine kühne Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten in der Kombination unseres außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampfes wird es der Partei gelingen, die SPD auch in Braunschweig rasch zur vollständigen Entlarvung zu zwingen.

8. Massenkampf zur Verteidigung der Partei und aller revolutionären Organisationen:

Wie schon in Punkt 1 angeführt, erstrebt die Bourgeoisie und insbesondere die Sozialdemokratie mit allen Kräften eine Verschärfung des konterrevolutionären Terrors gegen die Partei und die revolutionären (Organisationen) Arbeiterorganisationen. Der von uns seit langem angeprangerte Plan *Severings* und der SPD, die revolutionäre Bewegung vorzeitig zu Kämpfen zu provozieren, um sie in die Illegalität drängen zu können, tritt wieder in ein akutes Stadium. Die Presse der Bourgeoisie fordert zum Teil schon offen das Verbot der Partei. Es wäre völlig verfehlt, angesichts dieser Hetze und der tatsächlichen Verfolgungsmaßnahmen in irgendwelche Panikstimmungen zu verfallen. Die Frage des Verbotes der Partei hängt zweifelsohne in erster Linie von unserer eigenen Kraftentfaltung bei der Massenmobilisierung zur Verteidigung der Partei, zur Verteidigung der Legalität der Arbeiterbewegung überhaupt ab. Trotzdem ist es unsere Aufgabe, alle entsprechenden Maßnahmen anzuwenden, um einerseits dem Gegner keinerlei Material für seine Hetze gegen die Partei zu liefern (keine unnötigen Formulierungen in Artikeln unserer Presse und in den Ausführungen unserer Referenten, die leichtfertig ein Verbot unserer Presse und eine Verfolgung unserer Genossen erleichtern), andererseits die Massen in breitestem Maße gegen die revolutionären und faschistischen Anschläge auf die Legalität der Arbeiterbewegung zu mobilisieren und drittens diejenigen Maßnahmen zu treffen, die zur Abwehr aller notwendigen etwaigen Anschläge der Bourgeoisie notwendig sind. Soviel steht jedenfalls fest, mit der allgemeinen Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland wird, auch bei einer Erhaltung der Legalität der Partei, wie sich bereits in den letzten Wochen und Monaten deutlich zeigte, diese Legalität immer mehr auf kaltem Wege eingeschränkt und durch Polizeimaßnahmen, Verbote usw. in den Zustand einer Halblegalität verwandelt. Die Verschärfung der Angriffe auf die Partei seitens der Bourgeoisie, der Sozialdemokratie, sowie des Mordfaschismus ist lediglich eine Reaktion auf den unaufhaltsamen Vormarsch der Partei, auf die großen Erfolge, die die Partei unter den Massen errungen hat und weiter erringt. Die Verstärkung der Werbearbeit der Partei, insbesondere unter den Betriebsarbeitern in den Großbetrieben, aber auch unter den Massen der uns bisher ferner stehenden Angestellten, Mittelständler und Bauern, die Neubelebung der Erwerbslosenbewegung, die großzügigere Mobilisierung der Frauen und der Jugend, das alles sind Maßnahmen, die die Verbotspläne der Bourgeoisie durchkreuzen, hemmen und sogar, wenigstens für längere Zeitdauer, überhaupt vereiteln können.

9. Verstärkung der Betriebswerbearbeit

Mit der Durchführung der vorstehend aufgezeichneten Aufgaben muß weiter eine intensive Werbearbeit für die Partei und Presse besonders in den Betrieben

verbunden werden. Wiederholt wurde bereits auf die durch die Werbearbeit in den letzten Monaten eingetretene Verschlechterung der sozialen Zusammensetzung der Partei hingewiesen.

Der Zustand, daß in einer Reihe von Bezirken die erwerbslosen Mitglieder 80% des Gesamtmitglieder-Bestandes betragen, ist keineswegs nur in objektiven Ursachen begründet. Die trotz vereinzelter Rückschläge erzielten Erfolge bei den Betriebsrätewahlen zeigen, daß unser Reservoir unter den Massen der Betriebsarbeiter erst in ganz geringem Umfange in Angriff genommen ist. Hier heißt es jetzt mit aller Entschiedenheit vorzustoßen. Nachdem jetzt im wesentlichen die Betriebsrätewahlen abgeschlossen und in Tausenden neuer Betriebe Stützpunkte geschaffen oder Instrukteure bestimmt worden sind, muß diese Arbeit in Verbindung mit unseren politischen Kampagnen verstärkt durchgeführt werden. Dabei ist die Zersetzung[35] in den Reihen der SPD zur Gewinnung von SPD-Betriebsarbeitern und Arbeitern aus der Peripherie der SPD im weitesten Maße auszunützen.

Die alten Betriebszellen in ihrem Mitgliederbestand [zu] verdoppeln in allen Betrieben, in denen rote Einheitslisten zur Wahl standen, oder für die Instrukteure bestimmt sind, neue starke Betriebszellen der Partei und der Jugend zu schaffen, ist eine der wichtigsten politischen und organisatorischen Aufgaben, die jetzt vor der Partei stehen. Ohne die Lösung dieser Aufgaben werden wir kein revolutionäres Betriebsvertrauensleutesystem schaffen, ohne starke Betriebszellen der Partei ist es unmöglich, die Arbeit der roten Betriebsräte zu politisieren und opportunistische Gefahren zu bannen, ohne diese Kaders der Partei ist es auch unmöglich, eine wirklich ernste Fraktionsarbeit in den Betriebsgruppen der RGO zu organisieren, deshalb kein Nachlassen, sondern Verstärkung der Werbearbeit in allen Betrieben. Dabei sei noch besonders darauf hingewiesen, daß in Zukunft die Presse in viel höherem Maße als bisher die Betriebswerbearbeit planmäßig unterstützen muß. Durch die fortlaufende Veröffentlichung von Kurzartikeln, durch Gegenüberstellung der Werbeergebnisse in den einzelnen Betrieben muß ein umfassender Wettbewerb ausgelöst und planmäßig gesteigert werden.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Sekretariat

35 In der Vorlage: Versetzung.

40.

2. 4. 1931: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen

BA R 134, Bd. 62, S. 102–111 und StA Bremen, 4.65–II A 12a, Bd. 30; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/14. 4. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 7. Anweisungen des Sekretariats."

Inhaltsverzeichnis:

1. Unsere Antwort an *Brüning* und *Severing*
2. Verstärkte Rüstung zum 1. Mai
3. Stahlhelm-Volksbegehren
4. Rote Tage der RGO und Tarifabläufe
5. Auswertung des Reichsjugendtages
6. Agitationsmethoden der Freidenker

1. Unsere Antwort an *Brüning* und an *Severing*

Schon die ersten Tage der Anwendung der Notverordnung vom 28. März dieses Jahres[1] zeigen, daß unsere Einschätzung dieser Maßnahmen als eines entscheidenden Schrittes zur verschärften faschistischen Unterdrükkung der werktätigen Massen und ihrer revolutionären Vorhut absolut richtig war. Eine Kette von Haussuchungen und Verhaftungen in Berlin und an anderen Orten,[2] das Verbot aller Jugendtagsveranstaltungen in Berlin und im Reiche durch den Reichsinnenminister *Wirth*,[3] die Sprengstoffprovokation in Breslau,[4] die Auflösung einer Jugendweiheveranstaltung in Berlin, Verbote von RGO-Betriebsveranstaltungen, die verschärfte Pressehetze zum Verbot der Partei und ihrer Propaganda, die Erläuterungen von *Wirth* zur Notverordnung[5] zeigen klar die Verschärfung des faschistischen Kurses der *Brüning*diktatur.

Es ist klar, daß gegen diesen Kurs die Partei den schärfsten entschiedensten Kampf führen muß. Bei den Protestbeschlüssen, die in tausend Betriebs-, Erwerbslosen-, Massenversammlungen gefaßt werden müssen, ist die Verantwortung der SPD für die Notverordnung und ihre Durchführung besonders zu brandmarken. Die SPD hat nicht nur nachträglich ihre Zustimmung zu diesem Raub der primitivsten Rechte

1 Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen. Vom 28. März 1931. RGBl., Teil I, S. 79–81. Vgl. auch Horkenbach 1931 S. 115 ff.

2 Am 27. und 28. März 1931 wurden in Berlin die Parteizentrale der KPD, das *Karl-Liebknecht*-Haus sowie die Büros der Massenorganisationen und zahlreiche Wohnungen kommunistischer Funktionäre von der Polizei durchsucht. Die Haussuchungen verliefen ergebnislos. Vgl. *RF* Nr. 75 vom 29. 3. 1931: „Kommunistenrazzia" und „Die Polizei im *Karl-Liebknecht*-Haus".

3 Vgl. dazu Dok. 39 Punkt 6.

4 Am 31. März 1931 wurde bei einer Haussuchung in Breslau in einer Garage, in der ein Lieferwagen der dortigen *Arbeiter-Zeitung* untergebracht war, Sprengstoff gefunden. *Die Rote Fahne* bezeichnete diesen Fund als „groß angelegte Provokation". Vgl. *RF* Nr. 77 vom 1. 4. 1931: „Achtung, Sprengstoff!"

5 In einem Rundtelegramm an die Innenminister der Länder wies Reichsinnenminister Dr. *Wirth* darauf hin, daß durch die Notverordnung auch eine Handhabe gegen die vom Verband proletarischer Freidenker angekündigten Anti-Osterkundgebungen gegeben sei. Vgl. Schulthess 1931 S. 98. Horkenbach 1931 S. 118.

der Arbeiterschaft gegeben, die sozialfaschistischen Minister und Polizeipräsidenten betätigen den größten Eifer bei der Durchführung der Maulkorbverordnung gegen das revolutionäre Proletariat, die prominentesten Vertreter der SPD, vor allem *Braun* und *Severing* waren, wie *Wirth* besonders hervorhebt, von dem Inhalt der Notverordnung vorher unterrichtet,[6] sie haben bei ihrer Ausarbeitung aktiv mitgewirkt. Unsere Antwort an *Braun* und *Severing* besteht in der gesteigerten Werbung[7] für die Partei, die Parteipresse und die revolutionären Massenorganisationen, sowie in der verstärkten Streikrüstung zum 1. Mai und zu den bevorstehenden gewaltigen Wirtschaftskämpfen.

Zehntausende neue Betriebsarbeiter für die Partei bis zum 1. Juni!

Dieses Ziel müssen wir uns bei dem Werbeaufgebot setzen, dessen Schwergewicht unbedingt in den Betrieben liegen muß.

Sowohl die Partei als auch die Massenorganisationen werden der verschärften Terrorwelle nur dann erfolgreich Widerstand leisten können, wenn wir die Parole „Jeder Betrieb unsere Burg" ernsthaft in die Praxis umsetzen. Die Stärkung bzw. Schaffung von Betriebszellen, RGO-Gruppen, Roten Vertrauensleutekörpern, vor allem in den Betrieben, wo rote Listen aufgestellt wurden, das ist der wichtigste Teil der Werbung, die wir unter der Losung „Unsere Antwort an *Brüning-Severing*" durchführen.

Um diesen politischen Charakter der Werbeaktion eindrucksvoll hervorzuheben, müssen große öffentliche Einführungsveranstaltungen für die neugewonnenen Mitglieder durchgeführt werden, bzw. öffentliche Veranstaltungen, die zum 1. Mai Stellung nehmen, zur feierlichen Einführung der neugewonnenen Mitglieder ausgenutzt werden. Dabei soll von der Methode des revolutionären Wettbewerbs in weitgehendstem Maße Gebrauch gemacht werden. In einer solchen Veranstaltung treten z. B. Vertreter der wichtigsten Betriebe auf und teilen mit: Der Betrieb N. N. hat als Antwort an *Brüning-Severing* so und so viele neue Kämpfer für die Partei, so und so viele neue Mitglieder der RGO usw. geworben.

Kein Verbot, das auf Grund der Verordnung verhängt wird, darf ohne öffentlichen Protest hingenommen werden. Die Zahl der angemeldeten Veranstaltungen, der zur Prüfung eingereichten Flugblätter und Plakate muß möglichst gesteigert werden. Wir haben keinen Anlaß, durch Zurückhaltung in dieser Beziehung die Arbeit der Behörden zu erleichtern.

In der Parteipresse müssen ständige Rubriken eingerichtet werden, in denen unter dem Titel „Unsere Antwort an *Brüning-Severing*" den Verbotsmaßnahmen der Regierung die Massenbeitritte, die Kampfbeschlüsse und Kampfmaßnahmen der Arbeiterschaft gegenübergestellt werden.[8]

---

6 Die Notverordnung vom 28. März 1931 bildete das Ergebnis einer Konferenz der Innenminister der Länder bei Reichsinnenminister Dr. *Wirth*. Ihre Formulierung ging im wesentlichen auf einen Vorschlag des preußischen Innenministers *Severing* zurück. Vgl. Schulthess 1931 S. 97.

7 Vgl. auch oben Dok. 38, Anm. 1.

8 Solche Artikel erschienen z. B. in *RF* Nr. 79 vom 3. 4. 1931; Nr. 83 vom 10. 4. 1931.

Werbesoll für die Kampagne
„Unsere Antwort an *Brüning-Severing*"
30000 neue Betriebsarbeiter für die Partei bis zum 1. Juni

Berlin-Brandenburg	*5000*	*Wasserkante*	*3000*
Pommern	*400*	*Nordwest*	*700*
Ostpreußen	*600*	*Ruhrgebiet*	*3500*
Danzig	*300*	*Niederrhein*	*1600*
Oberschlesien	*600*	*Mittelrhein*	*1100*
Schlesien	*1000*	*Hessen-Waldeck*	*300*
Sachsen	*3200*	*Hessen-Frankft.*	*1200*
Halle-Merseburg	*1800*	*Saargebiet*	*500*
Magdeburg-Anhalt	*600*	*Baden-Pfalz*	*800*
Thüringen	*1200*	*Württemberg*	*800*
Niedersachsen	*600*	*Nordbayern*	*500*
Mecklenburg	*200*	*Südbayern*	*500*

insgesamt 30000

2. Verstärkte Rüstung zum 1. Mai

Im Rundschreiben vom 25. März[9] sind die konkreten Anweisungen zur Durchführung der Maikampagne auf der Grundlage der Einheitsfront von unten enthalten. Die Presse spiegelt noch keineswegs eine besondere Aktivität auf diesem Gebiete wider. Täglich müssen Meldungen über Kampfbeschlüsse zum 1. Mai und über die Bildung von Maikomitees veröffentlicht werden. Das Hauptgewicht ist auf die Durchführung des Massenstreiks am 1. Mai zu legen. Für die Schuljugend organisieren und propagieren wir den Schulstreik zum 1. Mai. An den Stempelstellen ist die Forderung zu erheben, daß die Auszahlungen, die sonst am 1. Mai stattfinden würden, auf den 30. April verlegt werden, damit kein Arbeiter von der Teilnahme an der Maifeier durch den Zwang zum Stempeln abgehalten wird.

Besondere Anstrengungen sind darauf zu richten, sozialdemokratische und christliche Arbeiter für die Maikomitees zu gewinnen, eine einheitliche Demonstration der Arbeitermassen unter unseren Losungen zum 1. Mai zu organisieren. Die Frage des 1. Mai muß überall, wo rote Betriebsräte gewählt wurden, im Betriebsrat gestellt werden, wobei insbesondere die reformistischen Betriebsräte in einer klaren Diskussion [sich] nicht auf die Frage beschränken [dürfen], in welcher Form die Maifeier durchgeführt wird, sondern der politische Inhalt des Maitages muß im Vordergrund stehen. Die Beschlüsse, die den Betriebsversammlungen vorzulegen sind, müssen klar formulieren, daß die Belegschaft sich an der einheitlichen Demonstration der revolutionären Arbeiterschaft gegen Faschismus und Koalitionspolitik, für die Verteidigung der Sowjetunion, für ein Sowjetdeutschland beteiligt und die Teilnahme an reformistischen Veranstaltungen ablehnt.

9 Siehe Dok. 39. Vgl. dort auch den Bericht über das Ergebnis der Maikampagne, Anm. 24.

Besondere Aufmerksamkeit ist darauf zu richten, daß auch ein möglichst großer Teil der Verkehrsbetriebe (Elektrische, Straßenbahn usw.) sowie der Angestellten in die Arbeitsruhe und die Massendemonstrationen einbezogen wird.

Schließlich betonen wir noch einmal die Notwendigkeit, das Bündnis von Stadt und Land durch gegenseitige Entsendung von Delegationen am 1. Mai demonstrativ zum Ausdruck zu bringen.

3. Stahlhelm-Volksbegehren

Das Volksbegehren des Stahlhelms auf Auflösung des Preußischen Landestages findet vom 8./22. April statt.[10]

In dieser Zeit müssen wir mit einer gesteigerten Aktivität sowohl der faschistischen Organisationen aller Richtungen, als auch der SPD und des Reichsbanners rechnen. Wir müssen demgegenüber mit unserer roten Mobilmachung im Sinne des Aufrufs des ZK Volksaktion gegen Faschismus, *Brüning*diktatur und Preußenregierung vom 15. Februar dieses Jahres einsetzen.[11] Im Sinne dieses Aufrufs müssen wir in eigenen Massenkundgebungen, sowie in allen Veranstaltungen gegnerischer Organisationen unsere Kampflinie sowohl gegen den *Hitler-Hugenberg*- und Stahlhelmfaschismus, wie auch gegen den in Preußen regierenden Sozialfaschismus aufzeigen. Ein Flugblatt zu dieser Aktion kommt noch heraus und muß, verbunden mit lokalem Agitationsmaterial, insbesondere vor den Einzeichnungslokalen verbreitet werden. Hier ist besonders Wert auf kameradschaftliche Auseinandersetzungen mit sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeitern zu legen und auf die Herstellung der proletarischen Einheitsfront von unten in der Abwehr evtl. faschistischer Terroraktionen. Angesichts der erhöhten Aktivität der faschistischen Organisationen ist der Schutz unserer Parteieinrichtungen, der Lokale der proletarischen Organisationen usw. zu organisieren. Die revolutionäre Arbeiterschaft denkt nicht daran, wie uns von den Gegnern unterstellt wird, die parlamentarische Komödie dieses Volksbegehrens durch gewaltsame Verhinderung der Einzeichnung zu bekämpfen. Selbstverständlich muß die Arbeiterschaft zur Kenntnis nehmen, wer sich an einer solchen Aktion der faschistischen Arbeiterfeinde beteiligt, und daraus die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen.

Die Notverordnung und ihre brutale Durchführung in Preußen, wobei die Stahlhelmfaschisten wohlwollend geduldet, die revolutionäre Arbeiterschaft mit der größten Brutalität unterdrückt wird, gibt uns eine besonders günstige Gelegenheit, den sozialdemokratischen Arbeitern klarzumachen, daß die Regierungsbeteiligung der SPD nicht die Verteidigung der Demokratie gegen den Faschismus bedeutet, sondern die wirksamste Hilfe bei der Durchführung der faschistischen Diktatur.

4. Rote Tage der RGO und Tarifabläufe

Die roten Tage der RGO, die vom 15. April bis zum 1. Mai in Tausenden von Massenversammlungen durchgeführt werden sollen,[12] gewinnen jetzt besondere

10 Vgl. Dok. 36, Punkt 4.

11 „Für die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung". *RF* Nr. 39 vom 15. 2. 1931. Vgl. Dok. 36, Anm. 9.

12 Vgl. Dok. 39, Punkt 4 b.

politische Bedeutung, nicht nur im Hinblick auf die Vorbereitung des 1. Mai und auf die Protestaktion gegen die Diktaturverordnung, sondern auch in der Vorbereitung einer mächtigen proletarischen Gegenoffensive gegen die gesteigerte Lohnabbauoffensive des Unternehmertums. In diesen Tagen sind die Tarife für Millionen Arbeiter und Angestellte abgelaufen, darunter sind die wichtigsten Kategorien, die Bergarbeiter des Ruhrgebiets, die Arbeiter der Schwerindustrie in der Nordwestlichen Gruppe und die Bauarbeiter. In der Zeit der ungeheuersten Massenerwerbslosigkeit beschränken sich die Unternehmer nicht auf den Lohnabbau, sondern die Kündigung des Rahmentarifes bedeutet einen Druck im Sinne der Verlängerung der Arbeitszeit, der Vermehrung der Überstunden und der Verschlechterung der Urlaubsbedingungen. Die roten Tage der RGO werden demgemäß neben der Werbung für ihre Organisation vor allem der roten Verbände und der Vorbereitung des 1. Mai die Organisierung des Massenstreiks gegen den Unternehmerangriff in den Vordergrund stellen, wobei sie von der Partei aktiv unterstützt werden müssen.

5. Auswertung des Reichsjugendtages

Im engsten Zusammenhang mit den roten Tagen der RGO muß der Reichsjugendtag des KJVD ausgewertet werden. Die einzige richtige Antwort auf das generelle Verbot des Reichsjugendtages durch den Reichsinnenminister *Wirth* ist, tausende Jungarbeiter in die RGO, in die roten Einheitsverbände und in den KJVD. Die Partei muß der Jugend helfen, insbesondere dort, wo sie selbst noch keine Stützpunkte hat, ihre Stoßkraft zur Liquidierung der SAJ zu verdoppeln. Hunderte von SAJ-Mitgliedern sind bei nur einiger aktiver persönlicher Fühlungnahme mit ihnen zu bewegen, demonstrativ in den KJVD überzutreten. Hunderte neuer Betriebszellen und Ortsgruppen des Kommunistischen Jugendverbandes können und müssen geschaffen werden. Jede Parteileitung muß es sich endlich zur Pflicht machen, bei allen Kampagnen der Partei, neben den Fragen der Mobilisierung der werktätigen Frauen und der übrigen werktätigen Schichten vor allem die Frage der Gewinnung der jugendlichen Arbeiter für den KJVD zu stellen. Anweisungen sind genug ergangen, jetzt muß wirklich gearbeitet werden.

6. Agitationsmethoden der Freidenker

Die Notverordnung richtet nach den offiziellen Ankündigungen, besonders des Innenministers *Wirth*, ihre Spitze besonders auch gegen die Propaganda der proletarischen Freidenker.[13] Es ist klar, daß die Bourgeoisie diese Frage in den Vordergrund stellt, nicht deshalb, weil vom Standpunkt ihrer Klasseninteressen aus die Religionsfrage die wichtigste ist, sondern weil sie in dieser Frage sich leichter auf eine Massenstimmung breiter Schichten von Werktätigen stützen kann. Das Verbot einer Kundgebung wegen Verhöhnung von Kirche und Religion ist vor den Massen leichter zu rechtfertigen, als das Verbot einer Stellungnahme gegen Lohnabbau, Erwerbslosenelend und Steuerwucher.

Wenn wir diesen Zusammenhang durchschauen, werden wir uns durch die Angriffe des Klassenfeindes nicht zu Agitationsmethoden verleiten lassen, die nur den Interessen unserer Feinde dienen. Nicht nur die Freidenkerorganisationen, sondern

13 Siehe oben Anm. 5.

auch die Agitproptruppen und andere Organisationen unserer Massenagitation und Propaganda müssen selbstkritisch feststellen, daß unsere Agitationsmethoden auf diesem Gebiete oft nicht geeignet sind, die Teile der werktätigen Massen, die noch bis zu einem gewissen Grade an Religion und Kirche gebunden sind, näher an uns heranzubringen.

Selbstverständlich ist es Pflicht der proletarischen Freidenkerorganisationen, die Rolle der Kirche im Klassenkampf aufzuzeigen und eine wirkliche Kirchenaustrittsbewegung zu entfachen. Ebenso müssen wir jederzeit vom Standpunkt unserer marxistischen Weltanschauung aus, an den religiösen Vorurteilen Kritik üben und die Arbeiter von der Richtigkeit unserer Argumente überzeugen. Selbstverständlich müssen wir die Rolle der Kirche bei den Vorstößen der faschistischen Reaktion auf kulturellem Gebiet besonders brandmarken. Aber das kann geschehen ohne grobe, taktlose Methoden, die auf Teile der Werktätigen, die wir gewinnen müssen, nur abstoßend wirken. Es ist auch nicht zweckmäßig, besonders in Gegenden mit starkem katholischem Einfluß, unsere Freidenkerveranstaltungen unter dem Titel „Gottlosenabende" durchzuführen.

Funktionäre und Organisationen, die durch Mißachtung dieser Anweisungen, durch plumpe und taktlose Agitationsmethoden abstoßend wirken und Verbote provozieren, haben ihren „Beruf" verfehlt und werden rücksichtslos zur Verantwortung gezogen werden.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Sekretariat

41.

13. 4. 1931: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen

BA R 134, Bd. 62, S. 158–177 und StA Bremen, 4.65– II A 12a, Bd. 30; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/23. 4. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 8. Anweisungen des Sekretariats."

Inhaltsverzeichnis:

1. Der Kampf gegen die Notverordnung.
2. Verstärkte Agitation gegen Stahlhelmvolksbegehren.
3. Mobilisierung gegen den Riesenangriff auf Löhne und Unterstützungen.
4. Auswertung der Betriebsrätewahlen.
5. Vertrieb der Parteizeitschriften.
6. Neue Frauenzeitschrift.
7. Zur Internationalen Kinderwoche.
8. Unterstützung der RHD.

1. Der Kampf gegen die Notverordnung

Der Kampf gegen die *Brüningsche* Notverordnung,[1] die in immer schärferem Maße

1 Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen. Vom 28. März 1931. RGBl. Teil I. S. 79– –81. Horkenbach 1931 S. 115 ff.

gegen unsere Partei und die sympathisierenden Massenorganisationen in Anwendung gebracht wird, wird in absolut ungenügendem Maße geführt.

Die Maßnahmen der verschiedensten Polizeibehörden als ausführende Organe der *Brüning*diktatur wenden die Notverordnung gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, im besonderen gegen unsere Partei und gegen die streikenden Arbeiter nicht nur entsprechend ihrem Wortlaut gegen Veranstaltungen, Zeitschriften und sonstige Druckerzeugnisse an, sondern suchen sie in zunehmendem Maße willkürlich auf interne Veranstaltungen auszudehnen, um die Tätigkeit der Partei und der revolutionären Arbeiterbewegung in dieser Weise auf kaltem Wege lahmzulegen.

Wir haben in unserem letzten Rundschreiben,[2] wie auch durch Instrukteure die Bezirksleitungen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß gegen die *Brüningsche* Notverordnung, der in kürzester Frist noch weitere zum weiteren Abbau der Löhne, zur Arbeitszeitverkürzung, zur Senkung der Erwerbslosenunterstützung und anderer Sozialversicherungssätze folgen sollen, der Widerstand der breitesten Massen in Stadt und Land geweckt und organisiert werden muß. Dieser Kampf gegen die bestehenden und geplanten weiteren Notverordnungen kann nur zur breitesten Massenbewegung werden, wenn wir neben der Anknüpfung an die allgemein stehenden ökonomischen und politischen Fragen im besonderen in den Betrieben jede einzelne Anwendung der Notverordnung gegen proletarische Veranstaltungen, Zeitschriften und andere Presseerzeugnisse und noch mehr alle besonders aufreizenden willkürlichen Übergriffe der Behörden über den Rahmen der Notverordnung hinaus zum Mittelpunkt einer groß angelegten Aufrüttelungskampagne und zur Verstärkung der Partei und der übrigen revolutionären Massenorganisationen ausnützen.

Hier aber liegt bisher noch der schwächste Punkt unserer Arbeit. In unserer Presse widerspiegelt sich dieser Widerstand und diese Perspektive fast kaum. In fast keinem einzigen Bezirk merkt man in der breiten Öffentlichkeit bis heute eine ernste Kampagne in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Massenorganisationen und auf dem Lande gegen die Notverordnung. Wo bleiben die Entschließungen aus Belegschaftsversammlungen, Stempelstellenversammlungen, Versammlungen der Massenorganisationen, die gegen die Verhängung des Belagerungszustandes, gegen die Anwendung der Notverordnung, gegen besondere Willkürakte protestieren? Wo bleibt die wirklich ernste Aufrüttelungsarbeit in den Betrieben und ihre Widerspiegelung in der Presse gegen den zunehmenden Lohnraub und gegen den geplanten Unterstützungsraub? Hier muß rasch und entschieden eine Wendung zur breitesten Massenmobilisierung herbeigeführt werden. In der Kampagne zum 1. Mai, in der Durchführung der roten Sturmtage der RGO und der verstärkten Betriebswerbearbeit[3] müssen in Zehntausenden von Betrieben, an zehntausenden Stempelstellen und in zehntausenden Versammlungen der Massenorganisationen und auf dem Lande solche Entschließungen gefaßt und fortlaufend in der Presse veröffentlicht werden. Gegen jeden Übergriff in den Orten müssen Delegationen in den Betrieben, an den Stempelstellen und aus allen Schichten der werktätigen Bevölkerung gewählt werden, die von Fall zu Fall den schärfsten Protest erheben. Jede Möglichkeit, uns

2 Vgl. Dok. 40.

3 Vgl. zu diesen Kampagnen die Anweisungen in Dok. 39 und 40.

enger mit den Massen zu verbinden und den Massenwiderstand gegen die Notverordnung und gegen die weiteren Pläne der *Brüning*diktatur zu steigern, muß restlos ausgenutzt werden. Die Sekretäre der Bezirksleitungen werden verpflichtet, sich sofort ernstlich mit dieser Frage zu beschäftigen und einen umfassenden Kampagneplan auszuarbeiten. Derselbe ist sofort an das Sekretariat des ZK einzusenden. Kein einziger Gewaltstreich ist ruhig hinzunehmen. Die legale Gegenaktion muß bis zum äußersten ausgenutzt werden. Die Grundbedingung unserer strategischen Orientierung muß in der Durchbrechung des faschistischen Terrors bestehen. Tagtäglich müßt ihr überlegen, mit welchen Mitteln das zu erreichen ist. Jedes Zurückweichen in dieser Situation verstärkt den faschistischen Terror gegen uns. Leitungen und Funktionäre, die jetzt am Beginn der Terrorwelle kapitulieren, müssen sofort durch standhafte Genossen, die natürlich genügende taktische Beweglichkeit haben, ersetzt werden. Jede kühne, fortgesetzt verstärkte Offensive in der Linie der Durchbrechung des Terrors schon im Anfangsstadium schafft Unsicherheit in den Reihen der bürgerlichen Klassenfront. Die bürgerliche Staatsgewalt probiert und sucht durch solche provokatorischen Methoden, wie wir sie jetzt allerorts erleben, ihren Klassengegner einzuschätzen und zu studieren. Wir müssen die Partei und die Massen lehren, die Gegenmaßnahmen nur wirkungsvoller durchzuführen. Wie die Beispiele aus dem Reiche zeigen, gehen die Arbeiter immer mehr zu den verschiedensten Methoden der Gegenkundgebungen über. Die deutsche Arbeiterklasse ist so stark und selbstbewußt, daß es bald zu einem Sturm des Massenwiderstandes kommen wird, wenn die Partei überall ihre Führerrolle erweist.

Der Kampf gegen die Notverordnung muß begleitet sein von einem leidenschaftlichen Kampf gegen die Führer der SPD und des Zentrums, deren faschistische Rolle unermüdlich unter ihren Anhängern entlarvt werden muß. Wir müssen auf der ganzen Front in eine Diskussion der Parteimitglieder mit den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern kommen, direkte Verbindung mit ihnen suchen. Je mehr uns das gelingt, desto stärker wird die Zersetzung der SPD und des Zentrums. Jede Bezirksleitung muß sich das feste Ziel stellen, in der kürzesten Zeit eine größere Anzahl von SPD-Funktionären und -Mitgliedern für den Übertritt in die Partei zu gewinnen. Besonders muß es jetzt gelingen, den letzten Einfluß der SAJ zu vernichten.

2. Verstärkte Agitation gegen Stahlhelmvolksbegehren

Im Rundschreiben vom 2. April haben wir die Notwendigkeit betont, gegen das Stahlhelmvolksbegehren eine Rote Mobilmachung im Sinne des Aufrufes des ZK zur Volksaktion gegen Faschismus und *Brüning*diktatur und Preußenregierung durchzuführen. Unsere Aktion dazu ist gegenwärtig noch ungenügend.[4] Das kommt besonders in der Haltung unserer Presse zum Stahlhelmvolksbegehren zum Ausdruck. Das Stahlhelmvolksbegehren sowie die Diktaturverordnung *Brünings* geben uns glänzende Möglichkeiten, die Fragen des Kampfes gegen den Faschismus aufzurollen. Das muß in weit stärkerem Maße in unserer Presse geschehen, wie auch durch öffentliche Versammlungen, durch Betriebsversammlungen und konkrete Kampfbeschlüsse in diesen Versammlungen gegen Faschismus und *Brüning*diktatur.

4 Vgl. Dok. 40, Punkt 3.

3. Mobilisierung der Gesamtpartei gegen den neuen Riesenangriff auf die Löhne und Unterstützungen

Die gewaltige Klassenschlacht, die im Rhein-Ruhrgebiet bevorsteht, wo 500000 Metall- und Bergarbeitern der Lohn bis zu 40% mit Hilfe des streikbrecherischen Gewerkschaftsapparates und unter gewaltsamer Anwendung der Diktaturverordnung gesenkt werden soll, soll nach dem Willen der deutschen Kapitalisten zu einem entscheidenden Schlag gegen das Lohnniveau der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands führen. Im strategischen Plan der Bourgeoisie wurden bei der Durchführung der ersten Lohnabbauwelle die

entscheidenden Tarife aller wichtigen Industriegruppen

(die ganze Metallindustrie, der Bergbau, Chemie, Hafen usw.) so kurzfristig laufend festgelegt, daß der neue Lohnraub unmittelbar auf die gefallene Entscheidung in Nordwest einsetzen kann.[5] Unsere Aufgabe ist es deshalb, sofort das ganze Reich, alle Bezirke, alle Industrien zu alarmieren und streikfertig zu machen. Die prinzipielle Bedeutung dieser bevorstehenden Auseinandersetzung ist durch Rundschreiben, durch die Presse, durch die Instrukteure, auf Konferenzen, durch alle Fraktionen den Massen der Parteimitglieder und revolutionären Arbeitern klarzumachen. Der Bauarbeiterkampf hat bewiesen, daß Partei und RGO bereits die Kraft haben, Bewegungen einheitlich über das Reich zu organisieren.[6] Die Antwort auf den Angriff der Kapitalisten an der rheinisch-westfälischen Schlüsselstellung muß der Gegenschlag in allen Teilen des Reichs sein. Die Partei muß deshalb die Organisierung des Streiks in der gesamten Metallindustrie und im Bergbau, als den zuerst unmittelbar betroffenen Industrien, darüber hinaus in allen Industrien als die wichtigste Großaktion der unmittelbaren nächsten Zukunft betrachten und dementsprechend die Kräfte einsetzen.

Parallel mit dem Angriff auf die Löhne unternimmt die Bourgeoisie den großen Schlag gegen die Unterstützungssätze der Erwerbslosen und die Leistungssätze der Invaliden- und Unfallversicherung und Knappschaftsrente.

Unsere Antwort muß die Mobilisierung der Arbeitslosen, ihre straffe Organisierung und die Vorbereitung riesiger Massenaktionen sein. Da das Schicksal der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen durch die geplanten Maßnahmen des Klassenfeindes aufs engste miteinander verbunden sind, müssen von vornherein die Erwerbslosen in die Lohnbewegung der Betriebsarbeiter und umgekehrt die Betriebsarbeiter in die Aktionen der Erwerbslosen eingegliedert werden.

Trotz der führenden Rolle, welche die RGO bei den Wirtschaftskämpfen der Arbeiter in steigendem Maße spielt, ist die Mobilisierung zum Streik und zur Massenaktion der Erwerbslosen die Hauptaufgabe der Partei in der jetzigen Periode. Deshalb ist mit der größten Energie das Parteiaufgebot „Unsere Antwort an *Brüning* und *Severing*"[7] durchzuführen und durch die unbedingte Gewinnung des gestellten Solls

5 Die im April 1931 geführten Tarifverhandlungen in der Metallindustrie Nordwest, d. h. Rhein-Ruhr, wurden am 5. Mai ergebnislos abgebrochen. Vgl. *RF* Nr. 104 vom 6. 5. 1931. Die angekündigten Streiks blieben nach Ablauf der Tarife jedoch aus.

6 Der Berliner Bauarbeiterstreik unter Führung der RGO, der am 2. April 1931 zögernd begonnen hatte, weitete sich in den folgenden Tagen auch auf andere Großstädte aus. Vgl. *RF* Nr. 80–83 vom 5. 4.–10. 4. 1931.

7 Vgl. Dok. 40, Punkt 1.

an Betriebsarbeitern die Basis unserer Betriebsarbeit zu festigen und zu erweitern. Deshalb müssen die Roten Tage der RGO „zu einer Massenmobilisierung der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen" führen und die Durchführung des Sturmplans der RGO gewährleisten.

Wir machen jede BL dafür verantwortlich, daß nach dem ersten Stichtag der Durchführung des Sturmplanes der RGO am 15. April eine sorgfältige Prüfung der erreichten Resultate durchgeführt wird. Die Ziele des Sturmplanes müssen in jedem Bezirk unbedingt erreicht werden!

4. Auswertung der Betriebsrätewahlen

Die Betriebsrätewahlen sind im wesentlichen abgeschlossen. Sie haben der Partei neue große Erfolge, zum Teil aber auch Rückschläge gebracht. Die Bezirkssekretariate und die Bezirksleitungen werden deshalb verpflichtet, sofort ausführlich zu den Ergebnissen der Betriebsrätewahlen im Gesamtbezirk sowie in jedem einzelnen Betrieb eingehend Stellung zu nehmen. Jeder Erfolg, aber auch jeder Rückschlag muß selbstkritisch untersucht und die notwendigen Schlußfolgerungen [müssen] daraus gezogen werden. Die Parteileitungen können es unter keinen Umständen den Bezirksausschüssen der RGO überlassen, diese Fragen zu stellen, zu erörtern und für ihre Arbeit die Lehren zu ziehen. Die Partei muß von sich aus als Führerin der gesamten revolutionären Arbeiterbewegung zur Verstärkung ihrer Betriebsarbeit restlos die Lehren aus dem Betriebsrätewahlkampf ziehen.

Jedes Sekretariat wird verpflichtet, nach gründlichster Überprüfung der Arbeit der Partei im Betriebsrätewahlkampf und [nach] Untersuchung der Ergebnisse einer gründlichen selbstkritischen Entschließung Stellung zu den Betriebsrätewahlen zu nehmen. Diese ist in 6 Exemplaren dem Sekretariat des ZK baldmöglichst einzusenden. Der Entschließung ist beizufügen ein ausführlicher Bericht über den Betriebsrätewahlkampf und seine Ergebnisse. Im Anschluß daran muß jede Bezirksleitung einen umfassenden Plan über die fortlaufende Zusammenfassung der Betriebsräte in örtliche und bezirkliche Vollversammlungen und Konferenzen, sowie zur Schulung der Betriebsräte und ihrer Verbindung der Betriebszellen der Partei, den Betriebsgruppen der RGO, sowie zur Schaffung des politischen Vertrauensleutekörpers ausarbeiten. Die Partei kann sich keineswegs, wie das zum Teil geschehen ist, abfinden mit der Registrierung der Erfolge. Es müssen wirklich ernste Lehren zur Ausmerzung aller Schwächen und Mängel, die sich erneut im Betriebsrätewahlkampf zeigten, getroffen werden.

5. Vertrieb der Parteizeitschriften

Die ständige, rasche Veränderung der politischen Situation, das rasche Wachstum unserer Partei, die sich immer mehr zuspitzenden Gegensätze im feindlichen Lager, die Zersetzungserscheinungen im Lager der SPD und der Nazis, wie der übrigen bürgerlichen Parteien und die sich daraus ergebenden neuen Aufgaben für unsere Partei haben es notwendig gemacht, eine schnelle, rasche und zusammengefaßte Information der gesamten Partei zu ermöglichen. Das bisher erschienene Referentenmaterial, Informationsmaterial etc. reicht u.E. nicht mehr aus, um die Wünsche unserer Genossen in jeder Richtung hin restlos zu befriedigen. Das ZK hat deshalb beschlossen, monatlich laufend für die wichtigsten Arbeitsgebiete ein zusammenge-

faßtes politisches Material in Form des *Agitator*, *Propagandist* und *Parteiarbeiter* herauszubringen.

Es muß bei dieser Gelegenheit betont werden, daß es sich nicht um Neuerscheinungen handelt, sondern lediglich um eine laufende monatliche Zusammenfassung des Referentenmaterials und aller übrigen Erscheinungen und Informationen über besondere politische Vorgänge.

Während der *Parteiarbeiter* alle laufenden Fragen unserer täglichen Arbeit in Betrieben, Häuserblocks, Massenorganisationen usw. behandelt, der Partei die wichtigsten Erfahrungen auf den verschiedensten Gebieten der Parteiarbeit übermittelt, kommen im *Propagandist* die theoretischen Fragen, Probleme unserer Propaganda- und Schulungsarbeit zur Erörterung. Der *Agitator* soll alle Fragen der Agitation behandeln: Betriebsagitation, Häuserblockagitation, Methode der Arbeit in den Massenorganisationen, Arbeit in und unter der SPD, bei den sonstigen Gegnern. Er wird laufend über alle besonderen Vorgänge in den feindlichen Parteien unterrichten.[8]

Damit ist eigentlich schon festgestellt, daß diese drei genannten Zeitschriften in erster Linie innerparteilichen Charakter tragen und angesichts des Wachstums der reaktionären Maßnahmen nur für den Vertrieb im Rahmen der Organisation in Frage kommen. Es ergibt sich daraus, daß *PA.*, *Prop.* u. *Agit.* aus dem Rahmen des Litvertriebes herausgenommen werden müssen, da der Litvertrieb in erster Linie die Aufgabe zu lösen hat, unser Agitations- und Propagandamaterial, Broschüren usw. an die breite Masse heranzubringen.

So die Frage gestellt, ergibt sich für die Praxis, daß der Vertrieb der drei Zeitschriften in Zukunft unmittelbar durch jede Parteileitung vorgenommen werden muß und zwar hat für den Vertrieb des *PA.* in erster Linie die Orgabteilung, für *Prop.* und *Agit.* die Agitpropabteilung Sorge zu tragen und ständige Kontrollen über den Abonnentenstand durchzuführen. Der beabsichtigte Massenumsatz wird nur dann erreicht, wenn die Bezirksleitung, insbesondere die in Frage kommenden Abteilungen der BL, eine ständige Kampagne zur Steigerung des Absatzes durchführen und dafür sorgen, daß jedes aktive Parteimitglied entsprechend seinen besonderen Aufgaben zumindest eine der drei Zeitschriften bezieht.

---

8 Entsprechend dieser Aufgabenstellung enthielt z. B. *Der Propagandist*, Monatsschrift für die Propaganda des Marxismus-Leninismus in Heft 4. April 1931, folgende Artikel: Panzerkreuzer B. – Rüstet zum Massenstreik am 1. Mai – W. I. Lenin: Maikampf und Volksrevolution – *Scheringer* – Der 6. Reichsjugendtag wird durchgeführt – Dumpingkampagne gegen die Sowjetunion – Zum SPD-Parteitag – sowie aus den Rubriken: Aus der Praxis für die Praxis – Berichte aus den Bezirken – Unter Kontrolle der Leser – Bücherschau – Was muß der Parteifunktionär und der Propagandist lesen. Heft 7 (Juli 1931) enthielt auch eine Disposition zum politischen Schulungstag für Juli (Was ist imperialistischer Krieg?). Die Hefte hatten 32 Seiten Umfang.
Den gleichen Umfang hatte *Der Agitator*, der z. B. im Juli 1931 eine Rededisposition zum internationalen Antikriegstag (1. August) enthielt, außerdem Artikel bzw. Materialien: Die werktätigen Frauen und der imperialistische Krieg – Die Kriegsrüstungen der imperialistischen Mächte – Hauptdaten zur Friedenspolitik der Sowjetunion.
Der Parteiarbeiter Nr. 4 (Jg. 9. April 1931) enthielt folgende Artikel: Der 1. Mai 1931 – Die Betriebsrätewahlen bei der Deutschen Reichsbahn – Die Jugend der Betriebe muß unser sein! – Die Rubriken: Aus der Praxis für die Praxis – Organisation – Werbung und Fluktuation – Agitation und Propaganda – Massenarbeit – Die Jugend zu uns – Arbeit auf dem Lande. Der Umfang war ebenfalls 32 Seiten.

Um diesen laufenden Bezug zu ermöglichen, hat das ZK beschlossen, von den außerordentlich hohen Herstellungskosten den Verkaufspreis auf nur 10 Pf. netto für jede dieser drei Zeitschriften festzusetzen. Es muß festgestellt werden, daß die Unkosten für das ZK weit höher liegen, dieses Opfer aber gebracht wird, um allen Parteiarbeitern den Bezug zu ermöglichen. Der Preis des *PA.* ermäßigt sich, was besonders betont wird, ebenfalls von 20 Pfg. auf 10 Pfg. Durch diese äußerste Herabsetzung des Preises, die in diesem Falle bei dem besonderen Charakter der Zeitschriften durchgeführt werden kann, wird und muß es möglich sein, in Kürze Massenauflagen zu erzielen, wenn die Parteileitungen sofort mit aller Energie eine Werbekampagne einleiten.

Die Lieferung der Zeitschriften kann unter diesen Umständen nur per Nachnahme portofrei (10 Pf. pro Exemplar) an die Bezirksleitungen erfolgen. Diese Regelung wird keine Schwierigkeiten bieten, da die erste Nummer des *Agitator* wie des *PA.* nicht per Nachnahme erhoben wird, sondern nur Rechnungsstellung erfolgt. Die BL haben dadurch die Möglichkeit, im laufenden Monat die Gelder für die erste so vertriebene Nummer flüssig zu machen, damit die zweite Sendung sofort bezahlt werden kann. Das eventuelle Gegenargument einzelner Bezirksleitungen, daß nicht alle Gelder hereinkommen, würde nur die BL selbst treffen, da sie ja in jedem Falle für die restlose Bezahlung des Parteimaterials verantwortlich ist. Wo solche Schwächen auftreten, wäre das nur ein Zeichen für eine schlechte Erziehungsarbeit der Genossen.

Während der *Propagandist* schon seit einigen Monaten in der vorgeschlagenen Form erscheint und ausgeliefert wird, trat die Regelung mit dem *Agitator* am 1. April in Kraft, während die Auslieferung des *Parteiarbeiter* zu 10 Pfg. ab 1. Mai erfolgt. Die BL werden deshalb sofort die Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen haben, damit sich der gesamte Verkehr mit diesen Zeitschriften reibungslos abwickelt.

Wir betonen dabei ausdrücklich, daß der Litvertrieb in keiner Weise mit dem Vertrieb und Zahlung belastet werden darf.

Bestellungen für den *Propagandist* sind an das ZK, Propabteilung, für den *Agitator* an das ZK Agitabteilung und für den *Parteiarbeiter* an die Orgabteilung des ZK bis spätestens 25. des laufenden Monats aufzugeben. Der Versand an die BL erfolgt direkt vom ZK portofrei. Der Weiterversand in die Bezirke ist von der BL vorzunehmen. Die Portokosten tragen die Bezirksleitungen. Wir machen darauf aufmerksam, daß diese Regelung keine Mehrbelastung der BL bedeutet, da sie bisher auch den Versand des Referentenmaterials, des Informationsmaterials etc. zu tragen hatte. Mit dem Ausfall des letzteren werden die Unkosten ausgeglichen.

Die Bestellungen in den Bezirken selbst sind jeweils an die Kassierer der einzelnen Organisationseinheiten zu richten, die sie ebenfalls laufend mit der Abrechnung weiterleiten. Die Abrechnung an die Bezirksleitung erfolgt monatlich mit der Markenabrechnung. Die Belastung (Berechnung) erfolgt durch den Bezirkskassierer an seine Unterkassierer. Der Unterkassierer liefert das Material aus und nimmt gleichzeitig die Kassierung vor. Für die Zeitschriften gilt generell dieselbe Regelung wie für die Parteimarken. Der Unterkassierer erhält für seine Genossen das bestellte Material (*PA.*, *Prop.* u. *Agit.*) mit und rechnet es jeweils mit dem Hauptkassierer ab. Org.- und Agitpropleiter haben lediglich für eine ständige Steigerung und Kontrolle Sorge zu tragen. Dadurch ergibt sich keine wesentliche Mehrarbeit, wohl aber die

Garantie, daß die Zeitschriften restlos abgerechnet werden. Die Partei wird dadurch in die Lage versetzt, auf vielen anderen Gebieten Mittel frei zu machen, was seitens der BL nur begrüßt werden kann.

Im Sekretariat der BL sind deshalb sofort alle vorbereitenden Maßnahmen zu besprechen und einzuleiten, damit wir schon im Mai einen absoluten Erfolg feststellen können. Wir erwarten, daß die verantwortlichen Genossen alles tun werden, um für ihren Bezirk die größtmögliche Steigerung zu erreichen.

6. Neue Frauenzeitschrift *Der Weg der Frau* erscheint!

Warum ist das gerade im jetzigen Augenblick besonders wichtig und notwendig?

Angesichts des drückendsten wirtschaftlichen Niederganges und schärfster Kulturreaktion setzten die Faschisten und Sozialfaschisten, die Kirche, die bürgerlichen Wohlfahrtsunternehmen und insbesondere die gesamte kapitalistische Presse alles daran, um die werktätigen Frauen in Bedürfnislosigkeit und Zufriedenheit zu erhalten, versuchten sie mit demagogischen Mitteln, die Frauen von ihrer Einreihung in die proletarische Klassenfront abzuhalten. In Hunderten von Spezial-, Hausfrauen-, Mode- und Romanzeitschriften werden die Frauen ideologisch vergiftet. Die hohen Wahlziffern von Frauenstimmen für das Zentrum und die Nazis zeigen, daß noch Millionen Frauen von uns abseits stehen.

Der Volkssturm gegen § 218 zeigt uns andererseits, daß gewaltige Frauenmassen in Bewegung sind, sich gegen die Zustände dieses Systems spontan zur Wehr zu setzen.

In diesem Augenblick, wo die *Brüning*'sche Notverordnung die revolutionäre Propaganda zu erschweren und verhindern sucht, ist es um so notwendiger, an die breitesten Massen der werktätigen Frauen heranzukommen, sie aufzuklären und für die Arbeiterbewegung zu gewinnen. Diesem Zweck dient eine neue proletarische Frauenzeitschrift, die unter dem Titel *Der Weg der Frau* ab Mai monatlich (später 14tägig) im Neuen Deutschen Verlag, Berlin, erscheint. Sie muß und wird so populär werden, daß sie die bürgerlichen und sozialdemokratischen Kitsch- und Modezeitschriften aus den Häusern verdrängt. Deshalb wird sie bei niedrigstem Preise (pro Nummer nur 20 Pfg., während alle bürgerlichen Blätter zwischen 35 Pfg. und 1 Mark kosten) in interessantester Weise auf alle Fragen eingehen, über die sich Frauen zu informieren pflegen.

Auf 28 Seiten werden soziale, politische und kulturelle Fragen behandelt, und es wird besonderer Wert auf die Ausgestaltung einer Anzahl Rubriken gelegt, die sich mit medizinischen, juristischen, pädagogischen, Wohnungs-, Haushalts- und sonstigen Fragen befassen, die rein praktisch die werktätigen Frauen in gewissen Dingen entlasten können, ohne die Illusion zu erzeugen, als ob ihnen in der heutigen Gesellschaftsordnung tatsächlich geholfen werden kann.

Reichhaltige Illustrierung, gute Kurzgeschichten und Romane, sowie eine Kinderbeilage werden weiterhin dazu beitragen, daß *Der Weg der Frau* sehr schnell in allen proletarischen Haushalten des ganzen Reiches Eingang findet[9].

9 Angaben über den Erfolg dieser neuen Zeitschrift konnten nicht ausfindig gemacht werden.

Um aber dieses Ziel zu erreichen, bedarf es der tätigen Mithilfe der Partei, insbesondere unserer Funktionäre.

Überall muß für den *Weg der Frau* geworben, überall müssen Mitarbeiterinnen herangezogen werden. In allen Bezirken muß die beste Unterstützung der *AIZ*-Kolporteure[10] erfolgen, welche unter Hinzuziehung besonderer Frauenkolporteure die Hauptträger des Vertriebes sind.

Da das Blatt eines der besten Mittel ist, die indifferenten, sozialdemokratischen und christlichen Frauen für die proletarische Einheitsfront zu gewinnen, ist

die Werbung für den *Weg der Frau* mit eine der wichtigsten Aufgaben der Frauenabteilungen und der Komitees werktätiger Frauen!

Lenins Mahnung, in den revolutionären Organisationen des Proletariats die Frauen zu erfassen, muß an dieser Stelle befolgt werden.

Macht die Zellen für den *Weg der Frau* mobil! Macht Vorschläge zur praktischen Ausgestaltung! Regt die Frauenkorrespondenten zur Mitarbeit an!

Die Adresse der Redaktion ist: *Der Weg der Frau*, Berlin W, Wilhelmstraße 48.

7. Zur internationalen Kinderwoche 1.–14. Mai

In unserem letzten Rundschreiben gaben wir bereits die konkreten Anweisungen zur Vorbereitung und Durchführung der II. Internationalen Kinderwoche[11]. Die bisher ungenügende Vorbereitung der IKW auf der einen Seite, andererseits die besonderen politischen Ereignisse (Notverordnung) veranlassen uns, Euch nochmals mit allem Nachdruck auf die Kinderwoche hinzuweisen.

Ohne auf unsere ersten Anweisungen im einzelnen zurückzukommen, weisen wir auf folgendes hin:

1. Es ist jetzt äußerst stark in den Vordergrund der Kampf gegen das Kinderelend und die daraus resultierende Kinderverwahrlosung in Deutschland zu stellen. Das ist unsere beste Antwort auf die Kampagne des Gegners gegen den „Kulturbolschewismus", die sich auch in einer stärkeren Verfolgung der Kinderbewegung äußert. Indem wir die Fragen des Kampfes für die materiellen Interessen der Kinder in den Vordergrund stellen, schaffen wir die beste Voraussetzung für die Mobilisierung breitester Schichten von Kindern und Erwachsenen (Arbeiter und Mittelstand). Natürlich stellen wir die politischen Fragen des Kampfes gegen die Sparpolitik der Regierungen, gegen die Faschisierung der Schule, gegen die SPD nicht zurück. Aber wir verbinden sie stärker als bisher mit den materiellen Fragen

10 *Arbeiter-Illustrierte Zeitung*, von 1921 bis 1933 in dem zum „*Münzenberg*-Konzern" gehörenden Neuen Deutschen Verlag erscheinende Wochenzeitschrift.

11 Entgegen dieser Feststellung findet das Kindertreffen im Rundschreiben Nr. 7 vom 2. 4. 1931 (vgl. Dok. 40) keine Erwähnung. Eine mögliche Anlage mit Anweisungen zum Kindertreffen liegt nicht vor. Auch in der Presse fand das Kindertreffen kaum Beachtung. *Die Rote Fahne* brachte in Nr. 100 vom 30. 4. 1931 lediglich einen kurzen Artikel mit der Überschrift „Kinderverwahrlosung in Deutschland". Darin werden bauliche Mißstände in Berliner Schulen dem Schulneubau in der Sowjetunion gegenübergestellt.

(Ernährung, Kleidung, Wohnung der Kinder, baulicher und hygienischer Zustand der Schulen usw.) Gegenüberstellung der UdSSR.

Auf der Basis des ökonomischen Kampfes können wir auch am leichtesten in die Reihen der gegnerischen Kinderorganisationen eindringen.

Entschieden beseitigt werden muß eine häufig vorhandene falsch antireligiöse Agitation, besonders bei Agitproptruppen, durch die die christlichen Arbeiter abgestoßen werden. (Siehe Anweisungen in unserem letzten Rundschreiben.)[12]

2. Bei der Mobilisierung der Massen durch die Partei, KJV und überparteiliche Organisationen müssen wir noch bestimmtere, politisch-organisatorische Parolen geben. Um dem Kampf in den Schulen vor allem gegen die baulichen und hygienischen Mißstände entschiedenen Nachdruck zu verleihen, sollen in die "Kampfgemeinschaft für proletarische Schulpolitik", die in enger Verbindung mit dem „Roten Schulvorposten" der Kinder arbeitet, Delegierte aus den Betrieben und von den Erwerbslosen entsandt werden. Auf diese Weise sollen breite Kampfausschüsse gebildet werden. Diese Ausschüsse müssen wirklich breite Einheitsfrontorgane sein, die nicht nur unorganisierte und SPD-Arbeiter, sondern auch Angehörige des Mittelstandes umfassen. Der Kampf für die Interessen der Arbeiterkinder darf nicht – wie das bisher noch der Fall ist – Sache der Kinder und der individuellen Eltern sein, sondern muß zu einem großen Teil der großen Volksbewegung für Freiheit, Arbeit und Brot werden.

Im übrigen verweisen wir nochmals auf unsere ersten Anweisungen.

Alle Bezirksleitungen sollen uns sofort einen kurzen Bericht über den bisherigen Stand der Vorbereitungen zur IKW geben.

8. Unterstützung der RHD:

Angesichts der verschärften Verfolgung der gesamten revolutionären Bewegungen und der damit zusammenhängenden gesteigerten Zahl der Verhaftungen und Massenverhaftungen und Aburteilungen vor den Schnellgerichten gewinnt die Frage der raschesten Herstellung der Verbindung zwischen der Roten Hilfe und den Verhafteten immer größere Bedeutung. Es ist daher erforderlich, daß in allen Orten, in denen Gefängnisse vorhanden sind, ein Abgeordneter des Landtags bzw. ein Stadtverordneter mit dieser Arbeit besonders beauftragt wird.

Die betreffenden Genossen müssen in engster Verbindung mit der Strafvollzugsabteilung der Roten Hilfe Deutschlands stehen. Die Adressen der Genossen sind dem Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 77/78, mitzuteilen.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Sekretariat

12 Vgl. Dok. 40, Teil 6.

42.

8. 5. 1931: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen

BA R 134, Bd. 62, S. 229–244 und StA Bremen, 4.65–II A 12a, Bd. 30: Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/2. 6. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 9. Anweisungen des Sekretariats".

Inhaltsverzeichnis:

1. Die Hungeraktion der Bourgeoisie und unsere Antwort.
2. Der Inhalt der Hungeraktion.
3. Wie führen wir die Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde.
4. Unsere Kampagne gegen den SPD-Parteitag.
5. Die laufenden Kampagnen.

1. Die Hungeraktion der Bourgeoisie und unsere Antwort:

Für die Politik der Partei ist es von ausschlaggebender Bedeutung, die verschiedenen Maßnahmen der Bourgeoisie auf allen Gebieten des politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Lebens nicht isoliert zu behandeln, diese Einzelmaßnahmen [als] den geschlossenen Plan der Bourgeoisie zu beachten und zum Bewußtsein der Massen zu bringen. Jeder Verzicht darauf, diesen einheitlichen Charakter der Gesamtpolitik der Bourgeoisie hervorzuheben und die Massen dagegen zu mobilisieren, könnte einen Tempoverlust der Partei herbeiführen und sich dahingehend auswirken, daß die Partei hinter dem revolutionären Aufschwung zurückbleiben und die Initiative aus der Hand verlieren würde. Die klare Erkenntnis und unzweideutige Beleuchtung des einheitlichen Charakters der Politik der Bourgeoisie in unserer Agitation und Propaganda ist somit eine Voraussetzung für die richtige Anwendung der politischen Linie der Partei, wie sie durch die Beschlüsse des Januarplenums des Zentralkomitees festgelegt und im Referat auf dem Januarplenum dargestellt wurde[1].

Worum geht es? Die deutsche Bourgeoisie betreibt einerseits eine systematische Politik der Abwälzung aller Lasten des verlorenen Weltkrieges (Versailles, *Young*plan) auf die Schultern der Werktätigen. Wir bezeichneten deshalb schon die erste Etappe in der Hungeroffensive des *Brüning*regimes, die von *Hermann-Müller-Hilferding* vorbereitet war und von *Brüning, Dietrich, Stegerwald* verschärft durchgeführt wurde, als den "inneren *Young*plan". In engster Verknüpfung mit den vermehrten Lasten des *Young*planes stehen die Auswirkungen der Krise. Auch hier setzt der Angriff der herrschenden Klasse und ihrer Diktaturregierung mit voller Wucht gegen die Massen ein. Die *Young*lasten und die verheerenden Folgen der Krise verflechten sich zu einem kapitalistischen Ausplünderungsfeldzug von riesigem Ausmaß.

1 Vgl. „Die nächsten und höheren Aufgaben der KPD". Resolution des ZK der KPD, beschlossen auf der Tagung vom 15.–17. Januar 1931. *RF* Nr. 17 vom 21. 1. 1931. Ernst Thälmann, Volksrevolution über Deutschland, hrsg. v. ZK der KPD o.O. u. J. (Berlin 1931). Vgl. zum Januar-Plenum des ZK Dok. 35.

Mit den finanziellen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf allen Gebieten, mit der sozialen Reaktion von ungeheurer Brutalität verbindet sich die politische und kulturelle Reaktion des *Brüning*regimes. Die Methoden des kleinen Belagerungszustandes als Dauereinrichtung, die Ausnahmeverordnungen gegen die KPD und die revolutionären Organisationen, die politische Zensur, die Wiedereinführung der Methoden der finsteren Reaktion aus der wilhelminischen Zeit (Vorzensur und polizeiliche Versammlungsüberwachung usw.) gehen mit der ideologischen Offensive des Muckertums, dem evangelischen Konkordat in Preußen, der Freidenkerverfolgung, der Unterdrückung des proletarischen Kulturkampfes, der Filmreaktion usw. Hand in Hand. Die Durchführung der faschistischen Diktatur durch die *Brüning*regierung, wie sie die Partei rechtzeitig signalisierte, ist in Deutschland auf Grund der politischen Verhältnisse gegenwärtig ein untrennbarer Bestandteil der gesamten Politik der Kapitalistenklasse.

Bei der Durchsetzung der gesamten volksfeindlichen Politik stützt sich die *Brüning*regierung vor allem auf die aktive Hilfe der Sozialdemokratie, die in der Preußenregierung mit Hilfe ihres Polizeipräsidenten usw., sowie durch die Gewerkschaftsbürokratie alles daran setzt, um sich als den besten Sturmbock der Bourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat zu erweisen.

Diese gesamte Politik der sozialen, politischen und kulturellen Reaktion stellt die Hungeraktion aller Volksfeinde dar, einen inneren Tributplan der deutschen Kapitalisten gegen das Volk auf Grund des *Young*planes und der kapitalistischen Krise, eine Methode, das ganze arbeitende Volk in Ketten zu schlagen und zur Sklavenfron unter unmenschlichen Bedingungen zu pressen, einen großen, vielseitigen, umfassenden Plan der Aushungerung und Knebelung der werktätigen Massen Deutschlands zur Errettung des Kapitalismus vor der drohenden Katastrophe und zur Sicherung der Erfüllungspolitik der deutschen Bourgeoisie für die imperialistischen Siegerstaaten.

Gegen diese Politik gilt es, unsererseits mit der gleichen systematischen Einheitlichkeit und strategischen Klarheit, mit der die Bourgeoisie ihre Ziele betreibt, unseren Kampf zu organisieren. Wir vereinigen deshalb unsere gesamten Kampfmaßnahmen, die Streiks der Betriebsarbeiter, den gemeinsamen Kampf der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, den politischen Kampf der Massen um alle proletarischen Forderungen und gegen alle Knechtungsmaßnahmen, den Kampf gegen die Kulturreaktion usw. zur einheitlichen Gesamtaktion auf der Linie der Beschlüsse des Januarplenums des ZK. Alle diese Kämpfe müssen zusammengefaßt werden und ausmünden in die Losung: Gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde. Die Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit!

In diese Gesamtkampagne und Gesamtaktion gilt es alle besonderen Kampagnen und Aktionen auf den verschiedenen Einzelgebieten einzuordnen. Die stärkste Popularisierung des revolutionären Auswegs aus der Krise, unsere strategische Hauptlosung Volksrevolution für ein sozialistisches Sowjetdeutschland! ist dabei von ausschlaggebender Bedeutung[2]. Unsere, den jetzigen

2 Zu der vom Januar-Plenum des ZK ausgegebenen „strategischen Hauptlosung" der „Volksrevolution" vgl. oben Dok. 35.

Bedingungen des Klassenkampfes entsprechende Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit bedeutet selbstverständlich keine Abschwächung der strategischen Hauptmobilisierung für unser Endziel, für den Entscheidungskampf um ein Sowjetdeutschland. Die Propaganda der Volksrevolution ist deshalb ein unentbehrlicher Bestandteil unserer Politik in jedem Stadium des revolutionären Kampfes, ein unentbehrlicher Bestandteil also auch der Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit, gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde. Die Propaganda der Volksrevolution als des revolutionären Auswegs aus der Krise wird um so bedeutungsvoller, je mehr in Deutschland die Voraussetzungen der revolutionären Krise heranreifen (Thesen des XI. Plenums)[3].

Eine solche strategische Orientierung unserer Gesamtpolitik auf der Linie der ZK-Beschlüsse und der Thesen des XI. Plenums des EKKI gibt uns die Möglichkeit, ebenso wie es die Bourgeoisie bei ihrer Politik tut, alle Kräfte für unseren Gesamtkampf einzusetzen und richtig zu verteilen, die entscheidenden Durchbruchstellen für die proletarische Gegenoffensive zu finden und die Stoßkraft unserer revolutionären Politik durch die Vereinheitlichung aller Einzelaktionen außerordentlich zu verstärken.

2. Der Inhalt der Hungeraktion

Das Programm der Hungeraktion der Bourgeoisie wurde seit längerer Zeit vorbereitet durch die verschiedenen Erklärungen und Reden auf den Tagungen und Kongressen des Reichsverbandes der Industrie, des Langnamvereins[4] usw. Zur Vorgeschichte der Hungeraktion gehört auch das *Severing*'sche Republikschutzgesetz[5].

Die eigentliche Hungeraktion wurde mit den ersten Notverordnungen der *Brüning*regierung vom 27. 7. 1930 eingeleitet[6]. Diese Notverordnungen umfaßten das Beamtennotopfer, Ledigensteuer, Erhöhung der Tabak- und Biersteuer, Getränkeverzehrsteuer, Negersteuer, Abbau der Erwerbslosenversicherung, Krankenschein- und Arzneigebühren, sowie Osthilfe für die Großagrarier.

Die zweite Etappe bildeten die zweiten Notverordnungen vom 2. Dezember 1930[7], die 25 Hungergesetze umfaßten und den Ausgangspunkt für die Einschätzung der *Brüning*regierung als der Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur bildeten.

---

3 Vgl. „Die Aufgaben der Sektionen der KI im Zusammenhang mit der Vertiefung der Wirtschaftskrise und dem Heranreifen der Voraussetzungen der revolutionären Krise in einer Reihe von Ländern". Thesen des XI. EKKI-Plenums vom 26. März bis 11. April 1931 im Moskau. *RF* Nr. 107 vom 23. 5. 1931. Die Resolution ist in Auszügen abgedruckt bei J. Degras, Bd. 3, S. 149 ff. und Weber Kommunistische Internationale S. 254 ff.

4 Der sogenannte Langnamverein hieß Verein zur Wahrung der gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen, er war Interessenverband der westdeutschen Industrie.

5 Gesetz zum Schutze der Republik und zur Befriedung des politischen Lebens vom März 1930, RGBl. Teil I, S. 91.

6 Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände. Vom 26. Juli 1930, RGBl. Teil I. Horkenbach 1930 S. 316 f.

7 Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. Vom 1. Dezember 1930, RGBl. Teil I. Horkenbach 1930 S. 337 f.

Die dritte Etappe stellen die dritten Notverordnungen „zur Bekämpfung der politischen Ausschreitungen" vom 28. 3. 31 dar[8]. Diese neuen Notverordnungen verhängen über ganz Deutschland auf kaltem Wege die legale polizeiliche Diktatur, führen zur Aufhebung oder weitgehender Einschränkung aller formalen Rechte der Presse- und Redefreiheit, des Versammlungs-, Demonstrations- und Koalitionsrechtes. Sie geben insbesondere jeder Polizeiinstanz die Möglichkeit zur Aufhebung aller politischen Rechte der Arbeiterklasse und bedeuten nichts anderes als den Versuch zur gewaltsamen Sicherung neuer ungeheurer Ausplünderungsmaßnahmen der herrschenden Klasse, wie sie in der Geschichte der Arbeiterbewegung beispiellos dastehen. Nunmehr sind eine Reihe neuer Notverordnungen geplant. [. . .][9]

3. Wie führen wir die Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit, gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde?

Die Hungeraktion der Bourgeoisie bedroht gleichermaßen die wirtschaftliche Existenz und die politischen Rechte aller arbeitenden Schichten. Sie trifft die sozialdemokratischen, christlichen und mit dem Nationalsozialismus sympathisierenden Arbeiter und Werktätigen genauso wie die Kommunisten und die revolutionäre Arbeiterschaft, sie richtet sich ebenso gegen die Erwerbslosen, wie gegen die Betriebsarbeiter, sie trifft den Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, den Kriegs- und Arbeitsinvaliden, den Blinden, die Frauen und die Jugend, die Angestellten, Beamten, den städtischen Mittelstand und die Klein- und Mittelbauern auf dem Lande. Gerade dieser umfassende Charakter der Hungeraktion des Kapitals gibt uns die besten Voraussetzungen dafür, unsererseits der Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit einen ebenso umfassenden Charakter bei der Mobilisierung des Proletariats und aller seiner Verbündeten zu geben.

a) Zur Überwindung gewisser Schwächen, die sich bei der Durchführung der Beschlüsse des Januarplenums des ZK ergeben haben, ist es notwendig, vor allem eine gründliche innerparteiliche Mobilisierungskampagne als Ausgangspunkt für die breiteste Massenmobilisierung auf der Linie der Volksaktion durchzuführen. Diese innerparteiliche Mobilisierungskampagne bedingt die Stellungnahme in allen Betriebs- und Straßenzellen, sowie Ortsgruppen der Partei zur Hungeraktion der Volksfeinde und unserer Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit. In diesen Versammlungen müssen entsprechende Entschließungen gegen die Hungeraktion, gegen den Lohnraub, den Unterstützungsabbau und die politische Entrechtung durch die *Brüning*regierung angenommen werden. Unsere

8 Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen. Vom 28. März 1931. RGBl. Teil I. S. 79–81. Horkenbach 1931 S. 115 ff.

9 In der von der Polizei angefertigten Abschrift des Rundschreibens ist hier eine größere Auslassung im Text. Die Polizeiabschrift vermerkt hierzu: „Es folgen hier Einzelheiten aus der Deklaration der RGO und der ARSO. (*Rote Fahne* vom 23. 4. 1931)". In diesem Aufruf, betitelt „Massenkampf gegen Sozialreaktion", werden „alle Arbeitenden, Erwerbslosen, Sozialrentner und Kriegsopfer" zum „Abwehrkampf gegen Lohn-, Renten- und Unterstützungsraub" aufgefordert. Die Bildung einer „eisernen Widerstandsfront gegen die Sozialreaktion" wird zur Hauptaufgabe erklärt. Der Aufruf ist unterzeichnet von der RGO, der ARSO, dem Internationalen Bund, der IAH und RHD. Vgl. *RF* Nr. 94 vom 23. 4. 1931.

Fraktionen in den Massenorganisationen haben die Aufgabe, eine ähnliche innere Organisierungskampagne in diesen Organisationen in Angriff zu nehmen. Die gefaßten Entschließungen sollen fortlaufend (evtl. auszugsweise) in unserer Presse und Massenpresse veröffentlicht werden[10].

b) Über die innerorganisatorische Mobilisierungskampagne hinaus muß die Kampagne gegen die Hungeraktion der Volksfeinde für unsere Volksaktion durch Betriebsbelegschaftsversammlungen, Erwerbslosen-, Invaliden-, Wohlfahrtsempfänger-, Kriegsrentner-, Angestellten-, Beamten-, Mittelstands- und Bauernversammlungen gesteigert und erweitert werden.

Die Kampagne muß dabei in erster Linie so geführt werden, daß die wichtigsten Gebiete unserer Massenarbeit besondere Berücksichtigung finden. Diese Gebiete sind gegenwärtig:

1. Der Kampf gegen die neue Lohnabbauoffensive unter Stärkung der RGO, der Roten Gewerkschaften, und größter Steigerung der Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front, wo es zur Zeit auch außerordentlich große Schwächen gibt.

2. Größtmögliche Belebung der zur Zeit sehr vernachlässigten Arbeit unter den Erwerbslosen.

3. Der Kampf um die Gewinnung der SPD-Arbeiter, wobei momentan unsere Kampagne gegen den SPD-Parteitag in Leipzig[11] konzentriert werden muß.

4. Die Fortsetzung unserer Offensive gegen die Nationalsozialisten und alle anderen faschistischen Organisationen (Stahlhelm-Aufmarsch in Breslau)[12].

5. Verstärkte Offensive auf dem Gebiet der Sozialpolitik unter den durch die soziale Reaktion besonders betroffenen Schichten.

6. Entschiedene Wendung unserer Arbeit auf dem Lande speziell unter den bäuerlichen Massen.

7. Aktivisierung unserer Arbeit unter dem städtischen Mittelstand, den Angestellten und Beamten.

Auf dem Gesamtgebiet der Agitation und Propaganda ist dabei entsprechend den einleitend dargelegten Richtlinien der größte Nachdruck auf die Popularisierung der sozialistischen Erfolge der Sowjetunion im Gegensatz zum Niedergang des Kapitalismus in Deutschland zu legen.

4. Unsere Kampagne gegen den SPD-Parteitag

Die gesamte Agitation der Partei zur Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter und zur Mobilisierung der Massen gegen den Parteitag der SPD muß unter dem Gesichtspunkt geführt werden, daß der bevorstehende sozialdemokratische Parteitag in Leipzig noch nicht der Höhepunkt, sondern weit eher der Anknüpfungspunkt für

10 Das zentrale Parteiorgan, *Die Rote Fahne*, war vom 7.–21. Mai 1931 verboten. Vgl. *RF* Nr. 105 vom 7. 5. 1931. Zum Wiedererscheinen am 22. Mai brachte *Die Rote Fahne* auf der Titelseite das „Bauernhilfsprogramm der KPD" vom 16. Mai 1931 und leitete damit bereits eine neue Kampagne ein. Vgl. *RF* Nr. 106 vom 22. 5. 1931.

11 Parteitag der SPD in Leizig vom 31. Mai bis 15. Juni 1931. Vgl. dazu Stellungnahme der *RF* Nr. 113 vom 31. 5. 1931: „Der Parteitag des Bankrotts".

12 Gemeint ist der 12. Reichsfrontsoldatentag am 30. und 31. Mai 1931 in Breslau. Vgl. *RF* Nr. 110 vom 28. 5. 1931.

unsere Arbeit zur Auslösung und Verschärfung der Krise innerhalb der Sozialdemokratie ist. In allen Bezirken müssen entsprechend der dortigen Lage in der Sozialdemokratie öffentliche Versammlungen zum SPD-Parteitag durchgeführt werden. Das entsprechende Referentenmaterial des Zentralkomitees ist abgegangen. Bei dieser Gelegenheit gilt es auch, die Kampagne wegen des Menschewikiprozesses[13] erneut zu beleben und zu steigern. Die bezirkliche Presse, sowohl Tageszeitung, wie Betriebs- und Straßenzellenzeitungen, sollen dabei unter Verwendung des Betriebspressedienstes des ZK, vor allem aber unter Auswertung bezirklichen und örtlichen Materials, das die BL selbst den Zeitungen zuleiten soll, auf die Kampagne gegen den SPD-Parteitag eingestellt werden.

Um nach dem SPD-Parteitag entsprechend nachstoßen zu können, müssen in allen Bezirken die bereits geforderten speziellen Kommissionen zur Bearbeitung der SPD-Arbeiter ihre Funktionen in aktivster Weise aufnehmen. Die Bildung besonderer Diskussionsgruppen in den Betrieben und auf den Stempelstellen, ihre Schulung und die Kontrolle ihrer Arbeit muß in Angriff genommen werden. Darüber [hinaus] ist es notwendig, nach Möglichkeit weitgehende feste organisatorische Bindungen mit den oppositionellen sozialdemokratischen Arbeitern herzustellen.

Unsere Arbeit unter den oppositionellen SPD-Arbeitern muß sich in der Linie bewegen, daß Anträge oppositioneller Ortsgruppen, auch wenn sie auf den Bezirksparteitagen abgelehnt werden, mit entsprechendem Protestschreiben an den Reichsparteitag gesandt werden. Oppositionelle SPD-Arbeiter sind als Mitarbeiter für die Parteizeitungen zu gewinnen. Eine wichtige Rolle bei ihrer Bearbeitung spielt die Sondernummer der *Roten Einheitsfront*,[14] die auf den Parteitag eingestellt ist und für deren Massenverbreitung die Bezirke Sorge tragen müssen.

Unter den sozialdemokratischen Arbeitern müssen auf Grund eines zentralen Aufrufes Unterschriften gesammelt werden. Die Unterschriftensammlung muß bis zum 21. Mai erledigt sein.

Am 31. Mai, dem Tag des Parteitages, muß überall eine rege Massendiskussion mit den sozialdemokratischen Arbeitern durchgeführt werden. Die Bezirksleitungen haben die Aufgabe, besondere Materialien für die Referenten und Diskussionsredner an diesem Diskussionstag vorzubereiten. In öffentlichen Versammlungen, in denen übergetretene sozialdemokratische Arbeiter als Diskussionsredner auftreten, sind gleichfalls entsprechende Entschließungen anzunehmen. Wo sozialdemokratische Funktionäre im Einvernehmen mit uns, oder aus eigener Initiative ihrerseits öffentliche Versammlungen unter ihren bisherigen SPD-Genossen abhalten, sind diese Versammlungen von uns besonders aktiv zu unterstützen.

Neben der Auswertung einer größeren Zahl von Artikeln, die durch die *Rote Fahne* oder den Pressedienst zur Verbreitung gelangen, muß vor allem ein Massenvertrieb der *Roten Einheitsfront*, sowie von zwei besonderen Bro-

13 Vgl. zum Prozeß gegen das angebliche Unionsbüro der Menschewiki oben Dok. 37, Anm. 3.

14 *Die Rote Einheitsfront*, Presseorgan des Kampfbundes gegen den Faschismus.

schüren „Im Zeichen des Niederganges" und „Wo bleibt der zweite Mann?" gesichert werden.[15]

5. Die laufenden Kampagnen:

Entsprechend der allgemeinen Aufgabenstellung (siehe Punkt 3) ergibt sich die Notwendigkeit, auf einer Reihe von konkreten Gebieten der Parteiarbeit und der Massenarbeit Schwächen abzustellen.

In der Frage des Raubzugs gegen die Kriegsbeschädigten ist es dem sozialdemokratischen Reichsbund vorübergehend gelungen, mit seiner demagogischen Agitation gegen den Abbau der Sozialversicherung und Kriegsbeschädigtenrente stärker in Erscheinung zu treten als der Internationale Bund.[16] Die Bezirksleitungen müssen deshalb sofort Besprechungen mit den Leitungen des IB zur Belebung seiner Agitation durchführen.

In den Mittelpunkt unserer Arbeit unter den Erwerbslosen muß im Zusammenhang mit der Mobilisierung gegen die neue Unterstützungsraubaktion der *Brüning*-Regierung (Plan der SPD, Beiträge 1–2% [zu erhöhen] bei gleichzeitiger Herabsetzung der Leistungen) die Popularisierung des Arbeitsbeschaffungsplans treten, den das Zentralkomitee in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit übergeben wird.

Im Kampf gegen die Nationalsozialisten ist in der letzten Zeit eine gewisse Vernachlässigung eingetreten. Die Wahlen in Lübeck[17] zeigten, daß überall dort, wo die Partei nicht genügend ihren antifaschistischen Kampf führt, der Faschismus trotz seiner allgemeinen Stagnation weitere Einzelerfolge erzielen kann. Außer der Schaffung der geforderten Antinazikommissionen bei den Bezirksleitungen[18] ergibt sich die Aufgabe, gemeinsame Sprechabende mit den oppositionellen NSDAP-Gruppen durchzuführen, um auf diese Art den Zersetzungsprozeß innerhalb der Nationalsozialisten zu beschleunigen. Eine stärkere Bearbeitung des Mittelstandes, sowie auch der Studenten an den Hochschulen und Universitäten ist gleichfalls erforderlich.

15 Unter der Parole „Wo bleibt der zweite Mann?" hatte die SPD am 1. März 1931 eine Werbekampagne mit dem Ziel der Verdoppelung der Mitgliederzahlen gestartet. Die KPD benutzte diese Losung zu einer Gegenkampagne gegen die SPD, wobei sie in Artikeln und einer Broschüre unter dem Titel „Wo bleibt der zweite Mann?" den angeblichen Verrat der SPD anprangerte. Während des SPD-Parteitages steigerte die KPD ihre Kampagne gegen die SPD.
Die Kommentarspalte der *Roten Fahne* war ausschließlich dem SPD-Parteitag gewidmet. Außerdem brachte *Die Rote Fahne* beinahe täglich Austrittsmeldungen (Meldungen über den Übertritt von SPD-Mitgliedern zur KPD). Vgl. *RF* Nr. 113 vom 31. 5.: „SPD-Arbeiter in Massen zur KPD"; Nr. 114 vom 2. 6.: „Ehemaliger SPD-Abgeordneter tritt zur KPD über". (Gemeint war der Übertritt des früheren MdR *Jacobshagen* zur KPD); *RF* Nr. 115 vom 3. 6.: „Aus allen Schichten zur KPD".

16 Der „Internationale Bund der Kriegsbeschädigten und Körperbehinderten" wurde 1919 von Karl *Tiedt* als kommunistisches Gegenstück zum sozialdemokratischen „Reichsbund der Kriegsbeschädigten" gegründet. 1926 wurde *Tiedt* aus der KPD ausgeschlossen, worauf sich der Internationale Bund spaltete. Von 1927–1933 trug er den Namen „Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit". Vorsitzender war Hugo *Gräf*. Vgl. Weber II S. 141, S. 323–324.

17 Wahlen in Lübeck fanden am 10. November 1929 statt. Vermutlich handelt es sich um einen Schreibfehler und es sind die Wahlen vom 3. Mai 1931 in Schaumburg-Lippe gemeint, bei denen die NSDAP 7 854 Stimmen gegenüber 5 256 bei den Reichstagswahlen vom 1930 erhielt (KPD: 1 864 gegenüber 1 193). Horkenbach 1931 S. 152 f., 477.

18 Vgl. zur Forderung nach „Gegnerarbeit". Dok. 34 und Dok. 39.

Am 14. Juni findet ein Internationaler Solidaritätstag der Internationalen Arbeiterhilfe statt, der durch Generalwerbearbeit der IAH zum Zehnjahresaufgebot vorbereitet werden soll.[19] In die Zeit des Zehnjahresaufgebots der IAH vom 14. Mai bis 14. Juni fällt auch die Vorbereitung für die am 4. Juli beginnende Spartakiade der Roten Sportler.[20]

Um eine Unterstützung der selbständigen Maßnahmen der IAH und der roten Sportler zu gewährleisten, ist es zweckmäßig, in allen Bezirken Sitzungen mit den Vertretern der überparteilichen Organisationen zur Besprechung und Koordinierung der einzelnen Aufgaben einzuberufen.

Das größte Gewicht muß bei der Ausrichtung aller schwachen Stellen der Parteiarbeit darauf gelegt werden, eine Form des Opportunismus in der Praxis zu bekämpfen und praktisch zu überwinden, die sich darin ausdrückt, daß Teile der Partei auf bestimmten Gebieten der Arbeit den leichteren, bequemeren Weg zu gehen versuchen. Das gilt vor allem auch für die Vernachlässigung unserer innergewerkschaftlichen Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften.

Schon das bisherige Wachstum der Partei zeigt den revolutionären Aufschwung in Stadt und Land. Alle Aktionen der letzten Zeit zeigen eine wachsende Kampfbereitschaft der Massen. Die Hoffnungen der Bourgeoisie auf ökonomischen Aufschwung im Frühjahr, auf Besserung der Lage, auf Überwindung der Krise durch neue Konjunktur, sind durch die Tatsachen zerschlagen worden. Der Schwindel vom Preisabbau ist vor den breitesten Massen enthüllt. Die Theorien der Sozialfaschisten sind zusammengebrochen. Die SPD ist in die Periode des Niedergangs eingetreten. Die nationalsozialistische Welle ist zum größten Teil zum Stillstand gebracht.

Das alles war möglich bei der bisherigen Kraftentfaltung unserer Partei. Aber noch größer wird mit dem Heranreifen der Voraussetzungen der revolutionären Krise die Rolle der Partei, noch verantwortungsvoller die bolschewistische aktive Politik auch der kleinsten Parteieinheit. Noch bedeutungsvoller wird in der gesamten Politik der Partei die Gegenüberstellung des sozialistischen Aufstiegs in der UdSSR und des kapitalistischen Niederganges, die Propaganda gegen das kapitalistische und für das sozialistische System, die Klarlegung des einzigen Ausweges, der den Interessen der werktätigen Massen dienlich ist, der Volksrevolution! Mit immer größerem Schwung und Elan gilt es deshalb, die großen Aufgaben der Partei an allen Fronten der revolutionären Arbeit in Angriff zu nehmen.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Sekretariat

---

19 Die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) war im Jahre 1921 als Hilfsorganisation der europäischen Arbeiterparteien für Sowjetrußland entstanden. Organisator und Leiter ihrer deutschen Sektion war Willi *Münzenberg*. Eine wissenschaftliche Untersuchung zur IAH steht noch aus. Die beste Darstellung ist daher immer noch Babette Gross, Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, mit einem Vorwort von Arthur Koestler, Stuttgart 1967.

20 Die Spartakiade, die vom 4.–12. Juli 1931 zum 10. Jahrestag der Roten Sportinternationale in Berlin stattfinden sollte, wurde vom preußischen Innenminister *Severing* verboten. Auch geplante Parallelveranstaltungen in Leipzig und Hamburg wurden untersagt. Vgl. *RF* Nr. 130 vom 20. 6. 1931; Nr. 139 vom 1. 7. 1931; Nr. 141 vom 3. 7. 1931.

43.

28. 5. 1931: Anweisung der Landabteilung zum Bauern-Hilfsprogramm

BA R 134, Bd. 62, S. 261–265 und StA Bremen, 4.65–II A 12a, Bd. 30: Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/10. 6. Überschrift: „Rundschreiben Nr. .... Sonderanweisung der ZK-Landabteilung an alle BL und Bezirkslandabteilungen".

Inhaltsverzeichnis:

Die Kampagne für das Bauern-Hilfsprogramm der KPD als Teil der Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit.

1. Bauern-Kampagne

Die Sitzung des Zentralkomitees vom 14. und 15. Mai hat eine entschlossene Wendung zur verstärkten Bauernarbeit beschlossen. Das vom Genossen *Thälmann* proklamierte Bauern-Hilfsprogramm bedeutet einen entscheidenden Schritt dazu.[1] Es ist notwendig, dieses Programm in breitester Weise unter der werktätigen Bauernschaft zu popularisieren. Dazu weisen wir besonders auf folgendes hin:

a) Jeder Bezirk ist verpflichtet, innerhalb 4 Wochen einen Plan zur Durchführung der Bauern-Kampagne im Bezirk vorzulegen. Verantwortlich ist die BL. Die Landabteilungen müssen der BL umgehend den Entwurf dieses Planes vorlegen. Nach Beschlußfassung der BL über diesen Plan ist er sofort dem Zentral-Komitee einzusenden.

b) Das Bauernhilfsprogramm und die Rede des Genossen *Thälmann* werden als Traktat in Massenauflage erscheinen.[2] Die Verteilung dieses Traktats muß mit einer breiten mündlichen Agitation von Haus zu Haus verbunden werden. Dabei ist besonders darauf zu drängen, daß sorgfältig alle Adressen von sympathisierenden Bauern gesammelt werden, die hernach in den einzelnen Orten oder in kleineren Gebieten zu Besprechungen. [. . .][3].

1 Auf der Sitzung des ZK am 14.und 15. Mai 1931 wurde ein Bauernhilfsprogramm der KPD diskutiert und beschlossen. Am 16. Mai verkündete *Thälmann* das Bauernhilfsprogramm auf einer Wahlveranstaltung in Oldenburg. Es enthielt zahlreiche Forderungen nach Befreiung von finanziellen Lasten der Klein- und Mittelbauern, staatliche Unterstützung für die Bauernschaft, Abbau der Subventionen für die Großgrundbesitzer u. ä. Vgl. GdA S. 292 f.; L. Berthold, Das Programm der KPD S. 139 ff. Das Bauernhilfsprogramm wurde veröffentlicht in *RF* Nr. 106 vom 22. 5. 1931. Es ist abgedruckt in: Berthold, a.a.O. S. 239–242. Zur Geschichte der KPD S. 308–310. Zur Bedeutung des Programms aus heutiger DDR-Sicht vgl. Elfriede Lienig, Das Bauernhilfsprogramm der KPD und die Anfänge einer Bauernbewegung unter Führung der Arbeiterklasse gegen den drohenden Faschismus in Deutschland, wirtschaftswiss. Diss. Berlin (Ost) 1965.

2 Diese Broschüre war nicht zu ermitteln.

3 Textvorlage bricht hier ab.

44.

30. 5. 1931: Anweisungen des Sekretariats zum XI. Plenum des EKKI

BA R 134, Bd. 62, S. 247–260 und StA Bremen, 4,65–II A 12a, Bd. 30; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/10. 6. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 10. Anweisungen des Sekretariats zu den Beschlüssen des XI. Plenums des EKKI und des Mai-Plenums des ZK".

W.G.!

Die Auswertung der Beschlüsse des XI. Plenums des EKKI und des Mai-Plenums unseres ZK[1] darf nicht auf die einfache Berichterstattung und Beschlußfassung beschränkt bleiben, sondern muß von der gesamten Partei dazu benutzt werden:

1. Die schwachen Stellen der Parteiarbeit aufzudecken und die Wege zur Überwindung der bestehenden Schwächen und Mängel ausfindig zu machen.

2. Die Arbeit der Partei und der sympathisierenden Massenorganisationen allgemein zu beleben und zu verbessern.

3. Die wichtigsten auf der Linie der strategischen Hauptlosung des Januar-Plenums unseres ZK: Der Volksrevolution liegenden Aufgaben[2] mit stärkster Konzentration unserer Kräfte in Angriff zu nehmen, wobei der Kurs vor allem auf die tatsächliche Eroberung der Betriebe und den Ausbau der RGO zu nehmen ist.

4. Hierbei ist vor allem das Bauernhilfsprogramm[3] und der Arbeitsbeschaffungsplan der KPD[4] diese Ergänzung unseres Freiheitsprogramms[5] und die Hochverratsanklage unserer Reichstagsfraktion gegen die Regierung *Brüning*[6] wegen ihres Brotwuchers aufs stärkste zu popularisieren.

---

1 Vgl. Thesen und Resolutionen der XI. Plenartagung des EKKI April 1931. Hamburg-Berlin 1931. „Die Aufgaben der Sektionen der KI im Zusammenhang mit der Vertiefung der Wirtschaftskrise und dem Heranreifen der Voraussetzungen der revolutionären Krise in einer Reihe von Ländern". Thesen des XI. Plenums des EKKI vom 26. März bis 11. April 1931 in Moskau. *RF* Nr. 107 vom 23. 5. 1931. Ein Teil der Beschlüsse ist abgedruckt bei J. Degras Bd. 3. S. 149 ff.: Weber, Kommunistische Internationale S. 254 ff. Das Plenum des ZK der KPD vom 14.–15. Mai befaßte sich mit den Beschlüssen der XI. Plenartagung des EKKI und verabschiedete eine „Resolution [. . .] über die Beschlüsse des XI. Plenums des EK der Kommunistischen Internationale", veröffentlicht in *RF* Nr. 108 vom 24. 5. 1931. Auch das Referat von Hermann *Remmele* wurde als Broschüre veröffentlicht: Kapitalistischer Zusammenbruch in Deutschland – Sozialistischer Aufbau in der Sowjetunion. Internationaler Arbeiterverlag. Berlin 1931. Vgl. *Inprekorr* Nr. 47 vom 21. 5. 1931. S. 1123–1124.

2 Vgl. die Resolution des ZK der KPD, „Die nächsten und höheren Aufgaben der KPD", beschlossen auf der Tagung vom 15.–17. Januar 1931. *RF* Nr. 17 vom 21. 1. 1931. Vgl. dazu Dok. 35.

3 Auf einer Wahlveranstaltung in Oldenburg verkündete Ernst *Thälmann* am 16. Mai 1931 das sog. Bauernhilfsprogramm der KPD. Vgl. Dok. 43. Anm. 1.

4 Auf der Linie des Bauernhilfsprogramms lag auch der am 29. Mai 1931 in der Nr. 111 der *Roten Fahne* erstmals veröffentlichte „Arbeitsbeschaffungsplan der KPD", der einen umfangreichen Katalog staatlicher Investitionsmaßnahmen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft enthielt. Vgl. Berthold, Das Programm der KPD S. 243 ff.: GdA Dokument Nr. 79. S. 547 ff.

5 Gemeint ist die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" vom 24. 8. 1930, erschienen in *RF* Nr. 197 vom 24. 8. 1930. Vgl. dazu Dok. 27, Anm. 5. Bauernhilfsprogramm und Arbeitsbeschaffungsplan der KPD waren als Fortführung und Ergänzung dieser Programmerklärung gedacht, die außer dem wahltaktischen Aspekt grundsätzliche programmatische Bedeutung für die KPD erhielt.

6 Die Reichsregierung erließ am 5. Mai eine Verordnung zur Senkung der Getreidezölle für ausländisches Brotgetreide. Die Zollerleichterung sollte den Verbrauchern durch Senkung der Mehl- und

5. Die Beschlüsse der XI. Plenums und des ZK konkret auf die bezirklichen Verhältnisse anzuwenden.

6. Die internationalen Fragen und die durch das XI. Plenum des EKKI geklärten theoretischen Probleme gründlich durchzuarbeiten.

Eine solche Behandlung der Beschlüsse des XI. Plenums und des Plenums des ZK vom 14. und 15. Mai entspricht dem Geist dieser Tagungen. Das XI. Plenum des EKKI rückte in den Mittelpunkt seiner Beratungen, das Problem des Zurückbleibens der Kommunistischen Parteien hinter dem revolutionären Aufschwung. Die Plenartagung unseres Zentralkomitees knüpfte an diese Problemstellung des XI. EKKI-Plenums an und konkretisierte die Feststellung dieses Zurückbleibens hinsichtlich der Arbeit der KPD.

1. *Brünings*-Sparprogramm

Die Erfüllung der Aufgaben, wie sie das Mai-Plenum des ZK stellt, ist zugleich eine politische Notwendigkeit auf Grund der letzten politischen Ereignisse, der neuen Angriffe der Bourgeoisie mit Hilfe des *Brüning*schen Sparprogramms, auf die wir durch die Entfaltung der Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde antworten müssen. Schon vor Erlaß der neuen Notverordnung[7] muß unsere Gegenkampagne mit allem Nachdruck unter Heranziehung aller Massenorganisationen und Berücksichtigung aller betroffenen Schichten einsetzen, damit beim öffentlichen Erlaß der Notverordnung sofort der organisierte Kampf einsetzt. Die weiteren wichtigsten Maßnahmen sind:

a) Zusammenfassung der Roten Betriebsräte zur Stellungnahme gegen das „Sparprogramm".

b) Organisierung von Betriebs- und Gewerkschaftsbeschlüssen gegen die *Brüning*-Pläne.

c) Organisierung von Delegationen zu den Ministern usw. usw.

Alle diese Maßnahmen müssen unter weitgehender Berücksichtigung der SPD-Arbeiter erfolgen.

2. Die Bedeutung der Beschlüsse des XI. EKKI-Plenums für die KPD:

Das XI. Plenum der Exekutive ist für die Arbeit der Partei und die gesamte revolutionäre Bewegung in Deutschland von großer Bedeutung. Die Durcharbeitung seiner Beschlüsse durch die Gesamtheit der Parteiorganisation und der Parteimitgliedschaft ist deshalb eine unerläßliche Vorbedingung für die erfolgreiche Behand-

---

Brotpreise zugute kommen. Gleichzeitig wurde jedoch bestimmt, daß das Brot einen bestimmten Anteil an Roggen enthalten müsse, womit die Preise für deutschen Roggen stabil gehalten werden sollten. Vgl. Schulthess 1931 S. 111 f.; Horkenbach 1931 S. 154 (6. Mai). Der Versuch der KPD, wegen dieser Frage eine Sondersitzung des Reichstages herbeizuführen, scheiterte am Reichstagspräsidium. Vgl. *RF* Nr. 104 vom 6. 5. 1931.

7 Tatsächlich folgte bereits am 6. Juni 1931 eine erneute Notverordnung mit neuen Sparmaßnahmen der *Brüning*-Regierung. Vgl. Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. Vom 6. Juni 1931. RGBl. Teil I. Horkenbach 1931 S. 194 ff.

lung der vor uns stehenden Aufgaben. Die große Bedeutung dieser Tagung der Komintern drückt sich vor allem in folgenden Tatsachen aus:

a) Das XI. Plenum hat mit aller Schärfe den wachsenden Gegensatz zwischen den beiden Systemen des niedergehenden Kapitalismus und des aufsteigenden Sozialismus herausgearbeitet, die kapitalistische Weltwirtschaftskrise und Weltagrarkrise analysiert, den gigantischen Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion beleuchtet und somit die Frage des revolutionären Auswegs aus der Krise des Kapitalismus gestellt.

b) Das XI. Plenum hat den revolutionären Aufschwung, seine wichtigsten Errungenschaften (Sowjetunion, China, Indochina, Spanien, Indien, Deutschland) und seinen widerspruchsvollen Charakter analysiert und die Steigerung der Voraussetzungen einer revolutionären Krise in Deutschland festgestellt. Es hat sich zugleich gegen jede schematische „Einteilung" des revolutionären Aufschwungs in besondere „Stufen" und gegen jede etwaige Tendenz gewandt, eine besondere in sich geschlossene „politische Krise" vor der revolutionären Krise zu konstruieren.

c) Das XI. Plenum hat die Bedeutung und Rolle des Faschismus auf das richtige Maß reduziert, den Überschätzungen und gewissen theoretischen Irrtümern in der Bewertung des Faschismus, insbesondere jeder liberal-sozialdemokratischen Gegenüberstellung von Faschismus und Demokratie ein Ende bereitet und die Feststellungen des Januar-Plenums des ZK der KPD über die Rolle des *Brüning*-Kabinetts als Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur bestätigt.

d) Das XI. Plenum hat die Rolle der Sozialdemokratie als der sozialen Hauptstütze der internationalen Bourgeoisie, wie besonders auch in Deutschland, mit aller Schärfe aufgezeigt und damit die Aufgabenstellung des Januar-Plenums des ZK der KP auf Liquidierung des Masseneinflusses der Sozialdemokratie und Liquidierung der SAJ als Massenorganisation bestätigt und unterstrichen.

e) Das XI. Plenum hat in einem besonderen Tagesordnungspunkt die imperialistische Kriegsgefahr und die Notwendigkeit der unbedingten Steigerung der Arbeit aller kommunistischen Parteien für die Verteidigung der Sowjetunion behandelt.

f) Das XI. Plenum hat das Problem des revolutionären Klassenkampfes in Deutschland und des Sieges der proletarischen Revolution als internationales Problem für alle kommunistischen [Parteien], speziell für die Kommunisten Frankreichs und Englands gestellt und dadurch auch für die deutsche Partei, entsprechend den Beschlüssen des Januar-Plenums des ZK einen neuen Antrieb zur Entfaltung des proletarischen Internationalismus in unserer Agitation und Propaganda gegeben.

g) Das XI. Plenum des EKKI hat die strategische Hauptlosung unserer Partei, die Volksrevolution, bestätigt und die Notwendigkeit dieser Losung insbesondere auf Grund der Rolle Deutschlands als eines unterdrückten Landes (Versailles-*Young*-plan) für die Gewinnung der Verbündeten des Proletariats aus den ländlichen und städtischen Mittelschichten unterstrichen.

h) Das XI. Plenum hat das Zurückbleiben der Kommunistischen Partei hinter dem revolutionären Aufschwung und den objektiven Möglichkeiten des Klassenkampfes und der Radikalisierung der Massen festgestellt.

Diese acht Punkte müssen vor allem [bei] der Berichterstattung und Auswertung des

XI. Plenums des EKKI seitens der Parteiorganisationen größte Beachtung finden (s. hierzu: Thesen des XI. EKKI-Plenums, sowie besonderes Referentenmaterial).[8]

3. Die Beschlüsse des Mai-Plenums des ZK der KPD

Die Plenartagung des Zentralkomitees, die zu den Beschlüssen des XI. Plenums des EKKI Stellung nahm und ihnen vorbehaltlos zustimmte, beschäftigte sich besonders gründlich mit den Tatsachen, in denen sich das Zurückbleiben hinter dem revolutionären Aufschwung in der Arbeit der KPD ausdrückt. Es lenkte die Aufmerksamkeit der Partei vor allem auf die Notwendigkeit der Überwindung folgender Hauptschwächen:

a) Der Mangel unserer revolutionären Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front der reformistischen, sowie christlichen und anderen Verbände. Dieser Mangel hemmt und gefährdet am meisten die Entfaltung der RGO und der Roten Verbände, sowie unseren Kurs auf selbständige Führung von Wirtschaftskämpfen des Proletariats.

b) Die ungenügende Durchführung des Kurses auf die Betriebe, sowohl hinsichtlich der Vermehrung, des Ausbaues und der Politisierung der Betriebszellen und der Schaffung des revolutionären Vertrauensleute-Systems, als auch hinsichtlich der Betriebsgruppen der RGO und der Roten Verbände und in der allgemeinen Werbearbeit der Partei, die auf Betriebsarbeiter konzentriert werden muß.

c) Die Schwäche unserer Arbeit auf dem Lande, vor allem unter den Klein- und Mittelbauern. Hierzu nahm das ZK in einem besonderen Tagesordnungspunkt Stellung. Auf Grund der entsprechenden Beschlüsse gelangte auf Vorschlag des Genossen *Thälmann* das Bauernhilfsprogramm der KPD zur Annahme, das in der Oldenburger Rede des Genossen *Thälmann* der Öffentlichkeit übergeben wurde und den Ausgangspunkt für eine großzügige Wendung der Partei zum Dorf bildet.

d) Der ungenügende Kampf der Partei gegen die Preußenregierung, der insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Preußenwahlen,[9] aber auch vom Standpunkt unseres gesamten Kampfes gegen die SPD von größter Wichtigkeit ist. Die Rolle der Preußenregierung und der Preußenpolitik der SPD als der Hauptstütze des *Brüning*-Kurses, wurde bisher in unserer Agitation und Propaganda nicht mit genügender Schärfe klargestellt. Das ZK wies mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit hin, durch die äußerste Steigerung unseres Kampfes gegen die Preußenregierung alle in der Arbeiterschaft noch vorhandenen Illusionen über die preußische Koalitionspolitik der SPD, zu zerstören. Was für die Vorbereitung der Preußenwahlen gilt, trifft auch für die gründliche und rechtzeitige Vorbereitung der Wahlen in Hessen, Bayern, Hamburg zu.[10]

e) Das Nachlassen der Arbeit unter den Erwerbslosen, das angesichts des ganz geringfügigen Saisonrückganges der Erwerbslosigkeit und des bevorstehenden neuen Anschwellens der Millionen-Erwerbslosigkeit eine besondere Gefahr vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes bedeutet. Als Grundlage für die politische Belebung der Erwerbslosenarbeit beschloß das ZK die Herausgabe des Arbeitsbe-

8 Das Referentenmaterial war nicht zu ermitteln.

9 Gemeint sind die Landtagswahlen in Preußen am 24. April 1932.

10 In Hessen fanden am 15. November 1931 Landtagswahlen, in Bayern am 24. April 1932 statt. Bürgerschaftswahlen in Hamburg wurden am 27. September 1931 abgehalten.

schaffungsplanes der KPD, der die Plattform für die verstärkte Mobilisierung und festere Organisierung der Erwerbslosenbewegung bildet.

f) Die niedrige Auflage, unpopuläre Sprache und das unbefriedigende politische und ideologische Niveau unserer Parteipresse, die nicht genug das Leben des Proletariats widerspiegelt, mangelhaft die Beschlüsse und die Linie des ZK wiedergibt und popularisiert und deshalb sowohl in ihrem Inhalt, wie hinsichtlich ihrer Verbreitung durch die Gesamtpartei entschlossen auf eine höhere Stufe gebracht werden muß.

g) Die ungenügende Zusammenfassung und Vereinheitlichung der einzelnen Kampagnen und Aktionen der Partei zur einheitlichen Gegenoffensive gegen die Hungeraktion der Bourgeoisie. Zur Überwindung dieser Schwäche stellte das ZK die Losung der Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde auf.

h) Die Vernachlässigung der Popularisierung der Volksrevolution als strategische Hauptlosung der Partei gemäß den Beschlüssen des Januar-Plenums des ZK wie überhaupt die unzulängliche Auswertung und wirkliche Durchsetzung der Beschlüsse der Partei in der Agitation und Propaganda.

Neben diesen Hauptschwächen, deren Überwindung zugleich mit den Hauptaufgaben der Partei zusammenfällt, lenkt das Mai-Plenum des ZK die Aufmerksamkeit der Partei auf die Steigerung unseres Einflusses unter der proletarischen Jugend, unter den Frauen und unter allen durch die Sozialreaktion betroffenen Schichten, unter den Intellektuellenschichten, die gemeinsam mit dem Proletariat gegen die Kulturreaktion mobilisiert werden müssen, unter dem Mittelstand, den Angestellten und Beamten. Das Plenum des ZK wies ferner auf die Notwendigkeit des verstärkten Kampfes um die Gewinnung der SPD-Arbeiter hin, wobei vor allem im Zusammenhang mit dem Leipziger SPD-Parteitag und vor allem seiner Auswertung eine erhebliche Steigerung unserer Offensive gegen den Sozialfaschismus und eine breitere Anwendung der Einheitsfrontpolitik nötig ist. Im Kampf gegen den Nationalsozialismus fordert das Mai-Plenum des ZK die Fortsetzung unserer Offensive, in der in letzter Zeit an einzelnen Stellen ein gewisses Nachlassen zu verzeichnen ist. Die neuerdings verstärkt auftretenden nationalsozialistischen Terrorakte machen eine entschlossene Abwehr und erneute Steigerung unseres wehrhaften antifaschistischen Massenkampfes unbedingt notwendig. Zugleich muß unser noch sehr unbefriedigender ideologischer Massenkampf zur Gewinnung der werktätigen Anhängermassen der Nazis verstärkt einsetzen.

4. Das politische Rüstzeug für die Durchführung der Beschlüsse

Als Rüstzeug der Partei für die Durchführung der gestellten Hauptaufgaben hat das Zentralkomitee eine Reihe von politischen Dokumenten der Öffentlichkeit übergeben, die gemeinsam mit dem Freiheitsprogramm der Partei, das stärker als je zuvor in den Dienst unserer Propaganda gestellt werden muß, die Grundlage für unsere politische Arbeit auf den verschiedenen Gebieten bilden müssen.

a) Das Bauernhilfsprogramm der KPD

Gestützt auf das Bauernhilfsprogramm muß die Partei eine großzügige Offensive auf das flache Land unternehmen. Hand in Hand mit der Verstärkung unserer Arbeit zur Organisierung und Mobilisierung der Landarbeiterschaft müssen wir den Einfluß der

Nationalsozialisten, des Stahlhelms und der SPD in den Dörfern unter der klein- und mittelbäuerlichen Bevölkerung, sowie den Kleingewerbetreibenden im Dorfe brechen, Stützpunkte für den revolutionären Klassenkampf des Industrieproletariats schaffen und die Massen der werktätigen Landbevölkerung als Bundesgenossen der Arbeiterklasse gegen das kapitalistische System gewinnen. Der Ausbau der Dorfpatenschaften, die Popularisierung für die Verhältnisse der einzelnen Vorbereitung, Auslösung[11] und Führung von Wirtschaftskämpfen zu vervielfachen.

5. Die organisatorische Durchführung der Berichterstattung über das XI. Plenum des EKKI und das Mai-Plenum des ZK

a) Zunächst nehmen in allen Bezirken die Bezirksleitungen gründlich und umfassend zu den Beschlüssen des Plenums des EKKI und des ZK Stellung. Zu diesen Plenarsitzungen der Bezirksleitung sollen die Zellenleiter der wichtigsten Betriebe, die verantwortlichen Instrukteure und die besten und zuverlässigsten Referenten der BL mit beratender Stimme hinzugezogen werden. Die Bezirkssekretariate haben die Aufgabe, für diese Tagung gründliche Entschließungen vorzubereiten, die neben der Zustimmung zu den Beschlüssen des EKKI und des ZK die konkrete Aufgabenstellung für den Bezirk unter strengster Berücksichtigung der wichtigsten werktätigen Schichten enthalten muß.

b) Die Beschlüsse des EKKI und des ZK müssen eingehend in den Bezirksmitteilungsblättern behandelt werden. Um den Zellen und Ortsgruppen die große Bedeutung der Beschlüsse klarzumachen, ist in erster Linie eine Verbindung der Beschlüsse mit der Lage im Bezirk erforderlich. Jedes Bezirkssekretariat muß demnach einen klaren Plan über die systematische Auswertung der Beschlüsse [vor]legen. Schon der einleitende Artikel des Polsekretärs muß klare Schlußfolgerungen aus den Beschlüssen auf die praktische Arbeit im Bezirk enthalten. Diesem Artikel müssen weitere folgen, die sich mit den dringlichsten Aufgaben der Partei, wie sie in der Resolution des ZK enthalten sind, vom Bezirksstandpunkt befassen. Die Popularisierung der Beschlüsse ist nicht Sache einer einmaligen Behandlung in den Mitteilungsblättern. In unserer ges[amten] Arbeit der nächsten Monate haben wir die Beschlüsse immer wieder heranzuziehen. In den Mitteilungsblättern sollen nicht nur die Sekretäre zu den Beschlüssen Stellung nehmen, vielmehr gilt es, unter konkreter Aufgabenstellung Betriebsarbeiter und Funktionäre zur Mitarbeit heranzuziehen.

c) Im Anschluß an die Bezirksleitungssitzungen sollen in allen Ortsgruppen der Partei, bei größeren Städten in den Stadtteilen, allgemeine Mitgliederversammlungen unter Hinzuziehung von Sympathisierenden abgehalten werden. In diesen Mitgliederversammlungen ist die Resolution der BL zur Abstimmung vorzulegen.

d) Im Anschluß an die Berichterstattung in den allgemeinen Mitgliederversammlungen müssen Zellenversammlungen stattfinden, in denen, vor allem in den Betriebszellen, zu den konkreten Aufgaben Stellung genommen wird, die sich für die praktische Arbeit auf Grund der EKKI und ZK-Beschlüsse ergeben.

e) In Verbindung mit der Durcharbeitung der Partei haben im Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsmaßstabe Aussprachen der betreffenden Parteileitung mit den

11 In der Vorlage: Auflösung. Der Satz, dessen Sinn unklar ist, steht so in der Vorlage.

Fraktionsleitungen [der] mit uns sympathisierenden Massenorganisationen stattzufinden, um die Einstellung dieser Organisationen auf die für ihr Aufgabengebiet entfallenden Probleme zu sichern.

f) Im Anschluß an diese innerparteiliche und innerorganisatorische Mobilisierung sind Betriebs-Belegschaftsversammlungen, Erwerbslosenversammlungen und öffentliche Versammlungen für die verschiedenen Schichten der Werktätigen zu organisieren. Diese Versammlungen müssen entsprechend der Beschlüsse des Mai-Plenums des ZK im Dienst der Popularisierung unseres Freiheitsprogramms bzw. des Bauernhilfsprogramms, des Arbeitsbeschaffungsplans, der Hochverratsanklage gegen die Regierung *Brüning* usw. stehen. Sie dienen der Organisierung der Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde gegen das *Brüning*-Sparprogramm. In diesen Versammlungen muß der revolutionäre Ausweg der KPD, die Volksrevolution für ein freies sozialistisches Sowjetdeutschland, unter den verschiedenen Schichten der Arbeiterschaft und der Werktätigen im stärksten Maße popularisiert werden. Die Versammlungen, in denen Protestentschließungen gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur durch die *Brüning*-Regierung, gegen die imperialistischen Kriegsrüstungen gegen die Sowjetunion, gegen das „Sparprogramm" usw. sowie Zustimmungs- und Begrüßungstelegramme an die KPD aus Anlaß der Proklamierung des Bauernhilfsprogramms durch den Gen. *Thälmann* oder auf Grund anderer politischer Maßnahmen der Partei beschlossen werden sollten, müssen zugleich zur stärkeren Werbung für die Partei und die RGO zur Massenmobilisierung für die Wirtschaftskämpfe und zur Vorbereitung des Antikriegstages am 1. August[12] ausgenutzt werden.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Sekretariat

12 Zur Vorbereitung und Durchführung des internationalen Antikriegstages am 1. August 1931 gab das ZK am 26. 6. 1931 ein umfangreiches, detailliertes Sonderrundschreiben heraus. Vgl. unten, Dok. 46.

45.

23. 6. 1931: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen

BA R 134, Bd. 62, S. 266–284 und StA Oldenburg, Bestand 136, Nr. 2890, fol. 248– 255v.; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/6.7. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 11. Anweisungen des Sekretariats".

Inhaltsverzeichnis:
Zur Notverordnung, dem SPD-Parteitag und unserem Kampf um Preußen

A. Die Lage

I. Die neue Etappe der *Brüning*-Diktatur

Der Erlaß der vierten Notverordnung durch *Brüning*[1] und die damit verknüpften

1 Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. Vom 6. Juni 1931. Horkenbach 1931 S. 194 ff.

politischen Vorgänge (Kampf um die Einberufung des Reichstages)[2] bestätigen vollkommen die Linie der Partei bezüglich der Durchführung der faschistischen Diktatur durch die *Brüning*-Regierung und die Beschlüsse des XI. Plenums des EKKI über das Heranreifen der Voraussetzungen der revolutionären Krise in Deutschland.[3] Die Notverordnung stellt in ihren innerpolitischen sozialen Auswirkungen einen Raubzug von solchem Ausmaß gegen alle Schichten des Volkes mit Ausnahme der kleinen kapitalistischen Oberschicht dar, daß sie zwangsläufig weitere Millionenmassen, die in „normalen" Zeiten des Kapitalismus unpolitisch eingestellt waren, mit in die Arena des Klassenkampfes reißt und zu politischem Denken erweckt. Eine neue Verschärfung des Klassenkampfes von ungeheurem Ausmaß tritt ein. Die ökonomische Krise tritt in ein neues verschärftes Stadium. Das Massenelend wächst. Gleichzeitig bedeutet die neue Notverordnung eine neue Etappe in der Entwicklung zum Faschismus, die sich in folgenden Tatsachen unzweideutig ausdrückt:

Strikte Ablehnung jeder parlamentarischen Behandlung der Notverordnung.

Aufrechterhaltung der *Brüning*-Diktatur durch die glatte Drohung mit dem Ausnahmezustand und den Bajonetten der Reichswehr.

Zugeständnisse *Brünings* an die Volkspartei in der Richtung einer weiteren Rechtsorientierung und entsprechenden teilweisen Umbildung des Kabinetts.

Keinerlei Konzessionen an die Sozialdemokratie, der nicht einmal das Manöver mit der Einberufung des Haushaltsausschusses anstelle des Reichstages gestattet wurde.

Die neue Etappe der *Brüning*-Diktatur im Zeichen der vierten Notverordnung stellt eine höhere Stufe der Faschisierung dar. Die Offensive der Volkspartei in der Linie der schwerindustriellen Forderungen und ihr Erfolg bei *Brüning* bedeuten eine weitere Annäherung der *Brüning*regierung an das *Hugenberg-Hitler*-Lager. Gleichzeitig mit dem verstärkten faschistischen Kurs der Bourgeoisie mit der noch verächtlicheren und brutaleren Behandlung der Sozialdemokratie vollzieht sich in der Politik der SPD eine ähnliche Entwicklung: sie erfüllt ihre Rolle als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie bei der Durchführung der faschistischen Diktatur noch schrankenloser, noch volksfeindlicher, noch schamloser als bisher.

SPD und Nazis sind zwei Eisen im Feuer der Bourgeoisie, deren sich das herrschende Finanzkapital wechselseitig bedient. Beide haben [aus] Angst – die SPD offen, die *Hitler*partei durch ihren Kurs auf „Legalisierung" nicht nur vor der *Brüning*politik kapituliert, sondern den Dienst für diese Politik aufgenommen.

II. Die Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie und die *Hoover*-Aktion

Die Hungeraktion der *Brüning*regierung gegen das deutsche Volk, die eine neue Steigerung in den verzweifelten Bemühungen der deutschen Bourgeoisie darstellt,

2 Nach Erlaß der Notverordnung vom 6. Juni forderten NSDAP, DNVP und KPD die sofortige Einberufung des Reichstages. Der Ältestenrat lehnte diesen Antrag am 10. Juni gegen die Stimmen der Antragsteller und der Wirtschaftspartei ab. Am 16. Juni wurde dieser Beschluß vom Ältestenrat erneuert, zugleich wurde auch ein Antrag auf Einberufung des Haushaltsausschusses abgelehnt. Vgl. Schulthess 1931 S. 135 und 141 f.

3 Vgl. dazu Dok. 44.

einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise zu erzwingen, steht in engster Verbindung mit den außenpolitischen Tendenzen zu verstärkter imperialistischer Agressivität. Im Zusammenhang mit der stärkeren Orientierung der *Brüning*-Regierung auf das *Hugenberg-Hitler*-Lager vollzieht sich in der Außenpolitik eine weitere Abkehr von der *Stresemann*linie, ein weiterer Übergang zu einer nationalsozialistisch-imperialistischen Politik in der Reparationsfrage, die in Wahrheit selbstverständlich nichts anderes bedeutet als den Versuch, den deutschnationalen Verrat am Deutschen Volk mit einer scheinradikalen Phraseologie zu bemänteln.

Trotz des völligen Fiaskos, das Deutschland mit dem Abenteuer der Zollunion[4] erlitt, mehren sich die Anzeichen dafür, daß der Kurs in der Außenpolitik sich in dieser Richtung bewegen dürfte. Hierbei ist es selbstverständlich, daß der Charakter der Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie weiterhin schwankend und unkonsequent bleiben muß. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte in diesem Zusammenhang eine Neubesetzung des Außenministeriums, entsprechend den Forderungen der Deutschen Volkspartei erfolgen.

Eine entscheidende Rolle spielen hierbei die Wünsche der westlichen Schwerindustrie nach Rüstungsaufträgen.

Das Eingreifen *Hoovers* und der Vorschlag einer einjährigen Stundung aller Reparationsschulden Deutschlands[5] zeigt einerseits die außerordentliche Schärfe der Krise, die unmittelbare Bedrohung Deutschlands durch eine neue Währungskatastrophe und die damit verbundenen Besorgnisse der amerikanischen Geldgeber für ihre in Deutschland investierten Kapitalien, andererseits stellt die Aktion *Hoover* einen Versuch dar, die durch den französischen Imperialismus bedrohte Hegemonie des amerikanischen Kapitals bei der Überfremdung der deutschen Wirtschaft zu sichern, resp. wieder herzustellen, den französischen Imperialismus allgemein zu schwächen und den Einfluß des amerikanischen Imperialismus in Europa zu festigen. Die unmittelbar finanziell-ökonomischen Auswirkungen der *Hoover*-Aktion – selbst wenn die einjährige Stundung unter Außerkraftsetzung aller erschwerenden Bestimmungen des *Young*planes (also nicht als *Young*-Moratorium, sondern als völlige Schuldenstundung) zustande käme – würden somit keineswegs eine bedeutungsvolle Erleichterung der Lage oder Abschwächung der Krise bringen. Eine solche, auch nur vorübergehende Abschwächung käme lediglich in Frage, wenn die Schuldenstundung mit neuen riesigen amerikanischen Krediten für Deutschland verbunden wäre. In diesem Falle würde jedoch die Abhängigkeit Deutschlands vom internationalen Finanzkapital, seine Verwandlung in eine Zinskolonie,

4 Der am 21. März 1931 bekanntgegebene Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion mußte auf Druck der Westmächte aufgegeben werden. Am 3. September 1931 gab Reichsaußenminister *Curtius* in einer Rede vor dem Europaausschuß des Völkerbundes den Verzicht auf die Zollunion bekannt. Vgl. Jan Krulis-Randa, Das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt von 1931. Die Bemühungen um eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Österreich. Zürich 1955. Jürgen Gehl, Austria, Germany and the Anschluß 1931–1938. London 1963.

5 Am 20. 6. 1931 schlug der amerikanische Präsident *Hoover* einen einjährigen Aufschub aller Reparationszahlungen vor. Nach den erforderlichen Verhandlungen zwischen den beteiligten Mächten trat das Moratorium mit kleineren Modifikationen am 1. Juli 1931 in Kraft. Horkenbach 1931 S. 215 f. Vgl. Louis P. Lochner, Herbert *Hoover* und Deutschland. Boppard am Rhein 1961; Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1931–1932. Düsseldorf 1970.

die „Besetzung Deutschlands durch das ausländische Kapital" neue Fortschritte machen. Darüber hinaus bedingt die *Hoover*-Aktion eine solche Verschärfung der imperialistischen Gegensätze (Abrüstungsfragen), daß mit Gegenaktionen Frankreichs und damit neuen Erschwerungen und Krisenfaktoren für Deutschland gerechnet werden muß.

Erleichterung kann es also bestenfalls für die deutsche Bourgeoisie, keinesfalls für die Massen der arbeitenden Bevölkerung geben. Die Bedeutung der ganzen *Hoover*-Aktion vom Standpunkt der deutschen Bourgeoisie liegt darin, daß sie geeignet ist, Illusionen unter den breiten Massen zu erzeugen. (*Vorwärts* spricht schon wieder vom „Silberstreif")[6] die wir unsererseits zerstören müssen.

Hierbei wächst für uns die Bedeutung der Aufgabe, der schwankenden Politik, der deutschen Bourgeoisie unsere konsequente Aufrollung des Reparationsproblems in seinem ganzen Umfang entgegenzusetzen. Diese Aufgabe steht insbesondere auch im Zusammenhang mit der Kampagne zum 1. August.[7]

Ebenso wie die innenpolitischen Auswirkungen der Notverordnung eine ungeheure Verschärfung des Klassenkampfes mit sich bringen, wird die Krise durch die außenpolitischen Aktionen der deutschen Bourgeoisie trotz der *Hoover*-Aktion vertieft, die Lage des kapitalistischen Deutschlands auf die Dauer nicht erleichtert, sondern erschwert werden. Unser Kampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur tritt somit auf der ganzen Front in ein neues höheres Stadium.

III. Der SPD-Parteitag

Wenn die neuen politischen Maßnahmen der Bourgeoisie eine neue höhere Stufe der faschistischen Entwicklung in ihren Herrschaftsmethoden einleiten, so bedeutet die Politik, die die SPD gegenüber diesen politischen Maßnahmen der Bourgeoisie eingeschlagen hat, eine neue höhere Stufe ihrer sozialfaschistischen Entwicklung.

Die Grundlage hierfür lieferte der Leipziger Parteitag,[8] der durch die Legalisierung des *Brüning*-Kurses der SPD die Voraussetzungen für die weitere Unterstützung der Durchführung der faschistischen Diktatur durch die SPD schuf.

Die wichtigsten Erscheinungen des Leipziger SPD-Parteitages sind:

1. völliger ideologischer und theoretischer Bankrott der Sozialdemokratie.

2. Neue höhere Stufen in der Entwicklung der Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus.

3. Völliges Fiasko des Zentrismus.[9]

6 Am 22. 6. 1931 schrieb der *Vorwärts* Nr. 286 (*Der Abend*) hinsichtlich des *Hoover*-Moratoriums von einem „Aufatmen der Erleichterung". Die Formulierung des „amerikanischen Silberstreifens" stammt aus einem Artikel der *Kreuz-Zeitung*, der im *Vorwärts* zitiert wurde. Dabei lehnte der *Vorwärts* diese Formulierung entschieden ab.

7 Vgl. zum internationalen Antikriegstag der KPD am 1. August Dok. 46.

8 Der Leipziger Parteitag der SPD verurteilte zwar jeden weiteren Abbau der Sozialleistungen, gleichzeitig wurde jedoch auch die Tolerierunsgspolitik gegenüber der *Brüning*-Regierung gerechtfertigt. Vgl. Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931, vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus, Protokoll. Berlin 1931, S. 45 ff.

9 Gemeint ist der Versuch der Gruppe *Seydewitz-Rosenfeld*, den Bruch der Fraktionsdisziplin bei der Abstimmung über den Wehretat am 20. März 1931 zu rechtfertigen. Der Parteitag verurteilte den

4. Neue „linke" Manöver im Zeichen des Sozialfaschismus (die neuen „Oppositionellen" *Künstler, Aufhäuser, Löbe, Litke* und die Reden vom „Sozialismus").

5. Keine Stellungnahme zu den aktuellen Fragen, politischer Wirrwarr, Rat- und Hilfslosigkeit.

6. Veränderte Stellung gegenüber der Sowjetunion (taktische Methoden der antibolschewistischen Hetze).

7. Schroffer Gegensatz zwischen den Generationen in der sozialdemokratischen Bewegung.

In allen diesen Erscheinungen widerspiegelt sich zugleich der wachsende Widerspruch zwischen der Politik der SPD des Parteivorstandes und der Parteibürokratie einerseits und der Radikalisierung der Massen der sozialdemokratischen Arbeiter und Anhänger andererseits.

Auf Grund des Ausgangs des Leipziger Sozialdemokratischen Parteitages und der allgemeinen Verschärfung der Klassensituation ergeben sich folgende Feststellungen für die weitere Entwicklung:

1. Der Gegensatz zwischen Partei und Mitgliederschaft wird wachsen.

2. Die Abwehrmöglichkeiten durch „linke" Manöver vermindern sich.

3. Es sind deshalb die Voraussetzungen dafür gegeben, daß der bisherige Niedergang des Masseneinflusses der SPD in eine Erschütterung der Partei selbst umzuschlagen beginnt. Eine unentbehrliche Voraussetzung dafür, daß sich diese heranreifende Krise der SPD in eine offene Krise verwandelt, ist jedoch die stärkste Offensive in unserer Politik und Zersetzungsarbeit und die zielbewußte Anwendung der Einheitsfrontpolitik seitens unserer Partei.

IV. Die preußischen Landtagswahlen

Die Preußenregierung der SPD hat sich bei den letzten politischen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Notverordnung erneut als die stärkste Stütze der *Brüning*regierung erwiesen.[10] Das Schicksal der preußischen Koalition steht im engsten Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der innerpolitischen Konstellation im Reichsmaßstabe. Die Frage, ob die Bourgeoisie auch in Preußen die Sozialdemokratie von der offenen Teilnahme an der Machtausübung ausschaltet und welche Regierung an ihre Stelle tritt, hängt von der gesamtpolitischen Entwicklung ab. Sie ist vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes von untergeordneter Bedeutung. Klar ist jedoch, daß, falls es zu preußischen Landtagswahlen im Frühjahr kommt, (wahrscheinlich Mai 1932)[11] diese Wahlen im Brennpunkt des politischen Interesses stehen und als Gradmesser der allgemeinen Kräfteverhältnisse von eben solcher weittragender Bedeutung sein

---

„Disziplinbruch" der Gruppe und beschleunigte damit den Bruch mit der SPD. Vgl. H. Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim am Glan 1965.

10 Im preußischen Landtag wurde am 13. Juni ein Mißtrauensantrag der KPD gegen das Kabinett *Braun* wegen aktiver Mitwirkung an der Ausarbeitung der Notverordnungen zu Fall gebracht. Ein weiterer Antrag der KPD, der die preußische Regierung verpflichten sollte, bei der Reichsregierung die Aufhebung der Notverordnung vom 6. Juni zu verlangen, wurde gegen die Stimmen von KPD, DNVP und Wirtschaftspartei abgelehnt. Vgl. Schulthess 1931 S. 137.

11 Die Landtagswahlen in Preußen fanden am 24. April 1932 statt.

werden, wie die Reichstagswahlen am 14. September 1930. Selbstverständlich hängt die Frage, ob es überhaupt zu Wahlen in Preußen oder anderweitigen Herrschaftsformen kommt, ebenso, ob das Wahlrecht für Preußen vorher verschlechtert wird, vom Gang des Klassenkampfes ab.

Wenn es jedoch, worauf wir visieren müssen, im Mai 1932 zu preußischen Landtagswahlen kommt, so geht die Partei mit besonders glänzenden Voraussetzungen für eine revolutionäre Massenmobilisierung in einen solchen Wahlkampf hinein. Zu Preußen gehören die stärksten Positionen der Partei, wie Berlin, das Ruhrgebiet und der Niederrhein. In Preußen fehlen schwächere Positionen, wie Mecklenburg, Bayern, Sachsen usw. Für die Nationalsozialisten fallen ihre stärksten Gebiete, wie Bayern, Baden, Württemberg, Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen, Thüringen usw. aus. Diejenigen agrarischen Gebiete Preußens, wie Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Grenzmark (oder teilweise auch das industrielle Halle-Merseburg), in denen die Nationalsozialisten über relativ starke Positionen verfügen, sind doch für eine Verstärkung unserer Arbeit und für eine Veränderung des Klassenverhältnisses zu unseren Gunsten leichter zugängig, als das in manchen anderen agrarischen Gebieten der Fall ist.

Die Partei muß deshalb die preußischen Landtagswahlen dazu ausnutzen, einen so schlagenden politischen Erfolg für die revolutionäre Bewegung ganz Deutschlands zu erringen, daß von einem solchen Wahlsieg die stärkste außerparlamentarische Mobilisierung und revolutionäre Wirkung ausgeht. Aus diesem Grunde ist es notwendig, die Frage des preußischen Wahlkampfes schon heute als eine zentrale politische Aufgabe für die Gesamtpartei, im Rahmen unseres Kampfes gegen die Bourgeoisie, gegen den Faschismus und gegen die Sozialdemokratie, zu stellen. Das gilt ebenso für die Notwendigkeit der rechtzeitigen Vorbereitung der bevorstehenden Wahlen in Hamburg, Hessen (wahrscheinlich Bayern).[12]

B. Unsere Aufgaben

So, wie die Analyse der Situation vollkommen die Prognose bestätigt, die die Komintern auf dem XI. EKKI-Plenum und die Partei auf den letzten Plenartagungen des Zentralkomitees gegeben hat,[13] so stellen auch die auf Grund der neuen Ereignisse notwendig werdenden Aufgaben im wesentlichen keine Veränderung in der Politik der Partei dar. Sie machen vielmehr die Unterstreichung der seitens der Plenartagungen des Zentralkomitees gestellten Aufgaben notwendig. Das gilt sowohl für unseren Kampf gegen die Notverordnungen, wie für die Auswertung des SPD-Parteitages und auch für unseren Kampf um Preußen. Erforderlich ist also eine größere Selbständigkeit in der Arbeit sowohl der Bezirksleitungen wie der Parteipresse bei der Durchführung der gefaßten Beschlüsse der Partei und der Komintern (XI. Plenum). Darüber hinaus die stärkste Kontrolle und Revision in allen Partei-, RGO- und den Massenorganisationen, wieweit die gefaßten Beschlüsse tatsächlich durchgeführt wurden.

Um welche Aufgaben handelt es sich im wesentlichen?

12 Landtagswahlen fanden in Hessen am 15. November 1931 und in Bayern am 24. April 1932 statt, die Bürgerschaftswahlen in Hamburg waren am 27. September 1931.

13 Zu den Beschlüssen der Plenartagungen des ZK vom 15.–17. Januar 1931 und vom 14.–15. Mai 1931 sowie zum XI. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern vgl. Dok. 35 und 44.

I. Entschiedene Anwendung der Losung „Volksrevolution" als strategische Hauptlosung der Partei

Die Popularisierung dieser strategischen Hauptlosung der Partei erhält eine verstärkte Bedeutung durch die mit der Notverordnung *Brünings* beschleunigte Ein[be]ziehung immer neuer Millionen Werktätiger in den Klassenkampf. Für alle diese Massen bildet die Volksrevolution mit dem Ziel eines freien sozialistischen Sowjetdeutschlands den einzigen Ausweg aus der Krise. Unsere Agitation und Propaganda muß deshalb, gestützt auf das Freiheitsprogramm der Partei,[14] diesen revolutionären Ausweg unter starker Propaganda der Überlegenheit des sozialistischen Systems über den Kapitalismus (Sowjetunion) unermüdlich vor den Massen klarstellen.

II. Verschärfter Kampf gegen den *Young*plan

Anknüpfend an das Freiheitsprogramm als die Achse unserer gesamten Politik muß die Partei die im Reichstag seinerzeit beantragte und von der Einheitsfront der Bourgeoisie unter Einschluß der Nationalsozialisten angelehnte Forderung auf sofortige bedingungslose Einstellung der *Young*zahlungen gegenwärtig mit stärkstem Nachdruck wieder in den Vordergrund rücken.[15] Demonstrativ muß damit unsere Forderung auf Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund verbunden werden. Dieser Kampf gegen den *Young*plan darf in unserer Agitation und Propaganda nirgends (vor allem auch nicht in den Betriebs-, Häuserblock-, Stempelstellen-, Ortszeitungen, Dorfzeitungen etc.) durch die Frage der innenpolitischen Ausplünderung zurückgedrängt werden. Vielmehr ist es unsere Aufgabe, überall enge Verknüpfung zwischen den Lasten der *Young*sklaverei und der Lasten auf Grund der kapitalistischen Krise und der kapitalistischen Profitwirtschaft überhaupt aufzuzeigen.

III. Massenkampf gegen die Durchführung der Notverordnung

Vor uns steht die Aufgabe, den umfassenden Massenkampf an allen Fronten gegen die Notverordnung zu organisieren.

Hierbei ist der größte Nachdruck auf die Mobilisierung der verschiedenen Schichten für Kämpfe, entsprechend ihren besonderen Interessen und der besonderen Gefährdung ihrer Lebenshaltung durch die Bestimmungen der Notverordnung, zu legen. Die Rolle und Bedeutung der RGO wächst. Die Anstrengungen zur Auslösung von Einzelkämpfen und Einzelaktionen der Betriebsarbeiter, der Erwerbslosen, der Beamten und Angestellten, des städtischen Mittelstandes, bzw. einzelner Schichten desselben, der Landarbeiter, der Klein- und Mittelbauern usw. müssen seitens der Partei und der RGO vervielfacht werden. Darüber hinaus gilt es diese Kampagne der Partei, der RGO, und den übrigen Massenorganisationen in die „Volksaktion für Arbeit, Brot, Boden und Freiheit gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde"![16] einmünden zu lassen.

---

14 Gemeint ist die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" vom 24. 8. 1930. Vgl. dazu Dok. 27, Anm. 5.

15 Diesen Antrag hatte die Reichstagsfraktion der KPD am 18. Oktober 1930 während der Debatte über die Regierungserklärung *Brünings* gestellt.

16 Vgl. zu dieser Kampagne Dok. 42.

Die Durchführung einer solchen Kampagne macht zunächst eine Versammlungskampagne für die einzelnen Schichten der Arbeiterklasse und der Werktätigen unter Popularisierung des Freiheitsprogrammes, des Bauernhilfsprogrammes, des Arbeitsbeschaffungsplanes und der Hochverratsanklage der KPD gegen die *Brüning*regierung notwendig, wie sie im Rundschreiben Nr. 10 vom 30. Mai 1931 (5 f. Seite 8) bereits gefordert wurde.[17]

Darüber hinaus müssen in aller Orten nach gründlicher Vorbereitung Betriebsrätevollversammlungen stattfinden. Zu diesen Betriebsrätevollversammlungen ist vor allem auch eine entschlossene Fraktionsarbeit in den reformistischen und christlichen Gewerkschaften als Vorbereitung unerläßlich. Zu den Betriebsrätevollversammlungen sind auch Delegationen der Stempelstellen als Vertreter der Erwerbslosen hinzuzuziehen.

Der Kampf gegen die *Brüning*politik erfordert vor allem auch eine neue Offensive unter den Anhängern des Zentrums und den Arbeitern der christlichen Gewerkschaften, wo sich für die Partei und die RGO neue Möglichkeiten auf Grund der Empörung der katholischen Arbeitermassen über *Brüning* und *Stegerwald* ergeben.

IV. Gründliche Auswertung des Arbeitsbeschaffungsplanes der KPD[18]

Die wichtigste Waffe zur Mobilisierung der Massen für Tageskämpfe gegen die Durchführung der Notverordnung stellt der Arbeitsbeschaffungsplan der KPD dar. Die Popularisierung des Arbeitsbeschaffungsplanes in der gesamten Presse der Partei, der befreundeten Massenorganisationen, insbesondere der RGO-Presse, sowie vor allem auch der Betriebs- und Häuserblockzeitungen ist deshalb ein entscheidender Punkt bei der Organisierung der proletarischen Gegenoffensive, der Volksaktion. Für die Auswertung und Popularisierung des Arbeitsbeschaffungsplanes sind u. a. folgende Maßnahmen notwendig:

1. Pressekampagne.

2. Zustimmungsresolutionen in allen Versammlungen der reformistischen und christlichen Verbände und Organisationen.

3. Konkretisierung der Forderungen des Arbeitsbeschaffungsplanes für die einzelnen Bezirke, Gebiete und Orte.

4. Entsprechende Maßnahmen unserer Kommunalfraktionen in den Gemeindeparlamenten, unserer Landtagsfraktion in den Landesparlamenten.

5. Mobilisierung der an der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsplanes interessierten Körperschaften, Vereine, Institutionen, um sie gleichfalls in die Kampagne für den Arbeitsbeschaffungsplan der KPD einzubeziehen. (Z. B. Sportorganisationen, auch über den Rahmen der roten Sportler hinaus, für den Bau von gemeindeeigenen Turnhallen, Sport- und Spielplätzen, Schwimmhallen usw.).

6. Besondere Mobilisierung unter den Eisenbahnern (Versammlungskampagne mit entsprechenden Forderungen, die dem Bezirks- und Hauptbetriebsrat, den Werk-

17 Gemeint ist Dok. 44. Rundschreiben 10 vom 30. Mai (in der Vorlage steht irrtümlich „Rundschreiben Nr. 10 vom 23. Mai").

18 Vgl. Dok. 44, Anm. 4.

stätten- und Eisenbahndirektionsvorsitzenden zugeleitet und in der Presse ausgewertet werden müssen).

7. Besondere Mobilisierung der Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter und vor allem der Bauarbeiter, für die entsprechenden Forderungen des Arbeitsbeschaffungsplans.

8. Spezielle Kampagne unter den Angestellten, Beamten und dem städtischen Mittelstand.

9. Verbindung der Kampagne mit dem Arbeitsbeschaffungsplan unter der Jungarbeiterschaft mit dem Kampf gegen die Zwangsarbeitspläne der Bourgeoisie.

10. Ausnutzung des Arbeitsbeschaffungsplanes bei der Massenarbeit an der innergewerkschaftlichen Front.

V. Großzügige Inangriffnahme der Arbeit auf dem Lande

Die Notverordnung gibt der Partei die beste Möglichkeit, unter den Losungen des Bauernhilfsprogramms[19] ihre Offensive auf das flache Land hinauszutragen. Die Wendung, die das Mai-Plenum des ZK in der Frage unserer Agrarpolitik einleitete, muß nunmehr von allen Parteiorganisationen mit stärkstem Nachdruck durchgeführt werden. Alle Bezirksleitungen haben die Verpflichtung, den Stand der Patenschaftsarbeit der Zellen der Städte auf den Dörfern zu überprüfen und gegebenenfalls diese Patenschaftsarbeit in Gang zu setzen. Die gründliche Konkretisierung der Forderung des Bauernhilfsprogramms entsprechend den einzelnen Bezirken und den Interessen der dortigen ländlichen Bevölkerung muß sofort in Angriff genommen werden.

VI. Offensive Auswertung des SPD-Parteitages

Zur Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter und zur Auslösung einer Krise innerhalb der SPD, entsprechend der zentralen Aufgabe: Eroberung der Mehrheit des Proletariats ist bei der Auswertung des Leipziger Parteitages die sofortige Erfüllung der bisher gestellten Aufgaben (siehe Resolution und Referat des Genossen *Thälmann* auf dem Januar-Plenum des ZK, Broschüre, Seite 40)[20] und ihre Erweiterung entsprechend der neuen Situation notwendig. Im einzelnen:

1. Oppositionelle SPD-Arbeiter nicht sich selbst überlassen, sondern unsererseits beeinflussen.

2. Registrierung von oppositionellen SPD-Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern. (Ziel: in jedem Bezirk, Unterbezirk, Ortsgruppe ebensoviel sozialdemokratische Arbeiter registrieren wie Parteimitglieder vorhanden sind.)

3. Ausbau, bzw. Schaffung von SPD-Kommissionen bei den Bezirksleitungen, UB- und Ortsgruppenleitungen.

4. Abhaltung von Kursen und Zirkeln der oppositionellen SPD-Arbeiter.

---

19 Vgl. Dok. 43.

20 Vgl. Ernst Thälmann, Volksrevolution über Deutschland. Hrsg. vom ZK der KPD, o.O. u. J. (Berlin 1931). Die Resolution des ZK „Die nächsten und höheren Aufgaben der KPD" erschien in *RF* Nr. 17 vom 21. 1. 1931.

5. Ausdehnung der Bearbeitung und Beeinflussung auch auf die höheren Funktionäre und Teile der bisherigen Führung der linken SPD mit dem Ziel ihrer Differenzierung und der Verhinderung von Plänen zur Bildung einer neuen zentristischen USP. (Maßnahmen, um die Beziehungen zwischen der linken SPD und den *Brandler*isten zu liquidieren.)[21]

6. Stärkste Unterstützung des Reichskomitees der oppositionellen SPD-Mitglieder.

7. Keine sozialdemokratische Versammlung ohne KPD-Redner, keine sozialdemokratische Mitgl.-Versammung ohne kommunistische Beeinflussung! (Siehe Januar-Plenum des ZK)

8. Einstellung der gesamten Partei-, Betriebs-, Häuserblocks- und Dorfpresse auf die Kampagne.

9. Kameradschaftliche und überzeugende Methode in unserer Sprache bei Agitation und in der Presse. Herausarbeitung der wichtigsten Losungen: Für *Brüning* oder für den Sozialismus? Gegen die Koalition mit *Brüning*, für das Bündnis mit den Kommunisten! Schluß mit dem Polizeisozialismus! Gegen die Leipziger Beschlüsse. Gegen die Hilfe der SPD für die Notverordnung! Für die proletarische Einheitsfront!

10. Herausarbeitung des Gegensatzes zwischen den zwei Systemen des Sozialismus (Sowjetunion) und des Kapitalismus (Deutschland) in unserer Agitation, offensive Fragestellung des Marxismus. Wir – die Partei der marxistischen Front! (Januar-Plenum) Rechtzeitige Kampagne gegen den Wiener Kongreß der II. Internationale.[22]

11. Verbindung der Auswertung des sozialdemokratischen Parteitages mit der Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit.

12. Stärkster Kurs auf die Einbeziehung der sozialdemokratischen Arbeiter in alle Einheitsfrontorgane. (Vorbereitende Kampfausschüsse in den Betrieben usw. usw.)

13. Konzentration unserer Werbearbeit auf die sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie die Mitglieder der SAJ, unter der Losung:

Jeder Kommunist wirbt einen sozialdemokratischen Arbeiter!

14. Entschlossene Durchführung der Beschlüsse des Mai-Plenums des ZK über die Verstärkung unserer Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front der reformistischen, christlichen und sonstigen Verbände. Mobilisierung zu den Verbandstagen und zum ADGB-Kongreß.

VII. Unser Kampf um Preußen

Sofortige Einleitung einer Massenkampagne, die einen unentbehrlichen Bestandteil der gesamten Kampagne in der Volksaktion bildet, in der Richtung der Mobilisierung der Massen gegen die preußische Koalitionspolitik der SPD. Unter der zusammenfassenden Bezeichnung „Unser Kampf um Preußen" muß diese Kampagne sowohl in der Parteipresse, als auch in der übrigen

21 Das Ziel, das sich die KPD hier steckt, die Gründung einer neuen Partei in der Arbeiterbewegung zu verhindern, konnte nicht erreicht werden. Die SAP wurde am 2. Oktober 1931 in Breslau gegründet. Zur SAP und ihren Verbindungen zur rechten Opposition in der KPD, die sich inzwischen zur KPO zusammengeschlossen hatte, vgl. Drechsler, Die SAPD (a. o.O. Anm. 9) und K.-H. Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition" (KPO). Meisenheim am Glan 1964.

22 Vom 25. Juli bis 1. August 1931 fand in Wien ein Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale statt, gegen den die KPD eine heftige Pressekampagne entfachte.

Massenpresse wie in unseren Versammlungen eine genügende Berücksichtigung finden. Die Kampagne muß in den einzelnen Bezirken entsprechend den konkreten Bedingungen der Bezirke geführt werden. Auch in den außerpreußischen Bezirken soll die Kampagne ihren Widerhall finden und unterstützt werden durch unsere Agitation gegen die Rolle der Preußenregierung im Reichsmaßstabe, als stärkste Stütze der *Brüning*diktatur.

In den preußischen Bezirken selbst, ist als Auftakt für die Kampagne zweckmäßigerweise eine größere öffentliche Versammlung unter dem Titel „Unser Kampf um Preußen" vorzubereiten[23]. Im Anschluß hieran muß die Kampagne sodann unablässig in Verbindung mit allen übrigen Kampagnen der Partei fortgeführt werden. Die wichtigsten Losungen in dieser Kampagne sind:

„Hinweg mit der *Braun-Severing*-Regierung"!

„Nieder mit dem Polizeisozialismus!"

„Schluß mit der sozialdemokratischen Mißwirtschaft!"

Die Kampagne muß dazu benutzt werden, in den breitesten Massen Klarheit darüber zu schaffen, daß durch die sozialdemokratische Koalitionspolitik Preußen zu einem Hort der finsteren Reaktion in Deutschland und zum Sturmbock der *Brüning*diktatur und ihrer faschistischen Politik geworden ist.

Als Beispiel dient u. a. das Verbot der Spartakiade.[24] das mit der stärksten Protestaktion in ganz Deutschland zu beantworten ist.

Die gesamte Kampagne gegen die preußische Regierung ist unter stärkstem Einheitsfrontappell an die sozialdemokratischen Arbeiter durchzuführen.

VIII. Rüstung zum politischen Massenstreik gegen die *Brüning*-Diktatur

Die gesamte Agitation und Propaganda der Partei, insbesondere unserer Kampagne gegen die Notverordnung in den verschiedenen Schichten der arbeitenden Bevölkerung muß mit der unablässigen Propaganda des politischen Massenstreiks als einer entscheidenden Waffe des revolutionären Klassenkampfes in der gegenwärtigen Etappe der Entwicklung verbunden werden. Unter den Massen der Betriebsarbeiter, der Angestellten, Beamten, aber auch der Erwerbslosen, der Mittelschichten in Stadt und Land, der Frauen und der Jugend muß für den politischen Massenstreik, zum Sturz der Regierung *Brüning* als wichtigstes Erfordernis des Klassenkampfes agitiert werden.

In allen Streiks, Kampfbewegungen und Aktionen muß die Propaganda für diesen politischen Massenstreik, mit dem Ziele der Beseitigung der Hungerdiktatur,

---

23 Erst am 22. Juli schwenkte die KPD unter dem Druck der Komintern um und beteiligte sich am rechten Volksentscheid gegen die Preußen-Regierung vom 9. August 1931. GdA S. 302 f. Vgl. auch oben, Einleitung.

24 Die Spartakiade, die als internationales Sportfest anläßlich des 10. Gründungsjahrestages der Roten Sportinternationale vom 4.–12. Juli 1931 in Berlin stattfinden sollte, wurde vom preußischen Innenminister *Severing* verboten (ebenso wie ein im Stadion geplantes SA-Sportfest). Vgl. Horkenbach 1931 S. 218; *RF* Nr. 130 vom 20. 6., Nr. 139 vom 1. 7. 1931; siehe auch unten, Dok. 48, Anm. 7.

entfaltet werden. Insbesondere gilt es, auch auf den Konferenzen der Betriebsräte zur Frage des politischen Massenstreiks Stellung zu nehmen und entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Die gesamte Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde muß in der Linie geführt werden, daß sie mit der weiteren Verschärfung der Klassensituation in der Auslösung eines politischen Massenstreiks gegen die *Brüning*-Regierung gipfelt.

Als wichtigstes Material für die Durchführung der vorstehenden Aufgaben verweisen wir auf:

1. Resolutionen des Januar- und Mai-Plenums des ZK.[25]
2. Resolution des Polbüros über den SPD-Parteitag.[26]
3. Material der RGO zur Notverordnung.[27]
4. Freiheitsprogramm, Bauernhilfsprogramm, Arbeitsbeschaffungsplan und Hochverratsanklage der KPD.[28]
5. Das Referat des Genossen *Thälmann* auf dem Januar-Plenum des ZK (Broschüre „Volksrevolution über Deutschland").[29]
6. Rede des Genossen *Thälmann* Sportpalast (Broschüre „Katastrophe oder Sozialismus").[30]
7. Referat des Genossen *Remmele* auf dem Mai-Plenum des ZK (Broschüre „Kapitalistischer Zusammenbruch in Deutschland – sozialistischer Aufstieg in der Sowjetunion").[31]
8. Rede des Genossen *Thälmann* auf dem Mai-Plenum des ZK.[32]
9. Sondernummer des *Agitator* und des *Propagandist*.[33]

Zur 1.-August-Kampagne wird ein Sonderrundschreiben vorbereitet.[34]

Wir verweisen auf die Rote Hilfe-Sammlung, deren politische Bedeutung angesichts des faschistischen Kurses der Bourgeoisie auf der Hand liegt.

Mit kommunistischem Gruß!
ZK-Sekretariat

---

25 Siehe Dok. 35 (Januar-Plenum) und 44 (Mai-Plenum).

26 Die Resolution wurde von der Parteipresse nicht veröffentlicht, vgl. aber die Grundsatzartikel „Der Betrug des ‚kleineren Übels'", *RF* Nr. 112 vom 30. 5. 1931 und „Der Parteitag des Bankrotts", *RF* Nr. 113 vom 31. 5. 1931.

27 Vgl. *RF* Nr. 120 vom 9. 6. 1931: Aufruf des Reichskomitees der RGO zur „Volksaktion gegen Volksausplünderung!".

28 Siehe Dok. 44, Anm. 3–6.

29 Vgl. Anm. 20.

30 „Katastrophe oder Sozialismus?", Rede Ernst *Thälmanns* auf einer Kundgebung der KPD im Berliner Sportpalast am 11. 6. 1931, in: *RF* Nr. 124 vom 13. 6. 1931.

31 Das Referat *Remmeles* erschien in der *RF* Nr. 117 vom 5. 6. 1931 unter dem Titel: „Das XI. Plenum des EKKI und die Aufgaben der KPD". Zur Broschüre vgl. Dok. 44, Anm. 1.

32 „Vorwärts unter dem Banner der Komintern". Rede Ernst *Thälmanns* auf dem Plenum des ZK vom 14.–15. Mai 1931, in: *RF* Nr. 117 vom 5. 6. 1931.

33 Zum Erscheinen dieser beiden neuen Funktionärsorgane der KPD vgl. Dok. 41, Punkt 5.

34 Siehe Dok. 46.

46.

26. 6. 1931: Anweisungen des Sekretariats zum Antikriegstag am 1. August 1931

BA R 134, Bd. 62, S. 298–310 und HStA Düsseldorf, Reg. Düss. Nr. 30642b, S. 357–359; Polizeiliche Abschrift, I AN 216 20–5/15.7. Überschrift: „Rundschreiben Nr. Sonder. Anweisungen des Sekretariats".

Inhaltsverzeichnis:
Zur Vorbereitung und Durchführung des Antikriegstages am 1. August 1931

Werte Genossen!

I.

Die Kampagne zum 1. August 1931[1] wird gekennzeichnet durch die Resolution des XI. EKKI-Plenums zum Referat des Genossen *Cachin*, in der festgestellt wird:[2]

„Die Gefahr des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion ist zu einer unmittelbaren Gefahr für das gesamte Weltproletariat geworden."

Die politischen Ereignisse nach dem Januar-Plenum des ZK[3] und dem XI. Plenum des EKKI haben diese Feststellung vollkommen bestätigt und insbesondere die Rolle der II. Internationale als Stoßbrigade des Weltimperialismus aufgezeigt. Die Imperialisten aller Länder steigern mit aller Kraft nicht nur die allgemeinen Kriegsvorbereitungen und militärischen Rüstungen, sondern vermehren auch die unmittelbaren Kriegsprovokationen in den Grenzstaaten der Sowjetunion (Provokation Finnlands, Gerüchte in der rumänischen Regierungspresse über beabsichtigte Aufstände Bessarabiens, Flottendemonstration in Lettland, Abschluß französischer Anleihen in Polen und Rumänien usw.).

Die II. Internationale beruft ihren Wiener Kongreß vom 26. Juli bis zum 1. August ein als direkte Ergänzung der Genfer Tagung der Paneuropa-Kommission[4] zur weiteren Vertiefung der antisowjetistischen Kriegskampagne unter den noch von der Sozialdemokratie beeinflußten werktätigen Massen (siehe Artikel *Friedrich Adlers* nach dem Menschewiki-Prozeß: „Kriegsgefahr, die aus Sowjetrußland droht"!).[5]

Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale betätigt sich mit allen ihr angeschlossenen Organisationen und in ihrer gesamten Presse gleichfalls als Kriegshetzer gegen die Sowjetunion und verbreitet in den verschiedensten Ländern die vielfältigsten

1 Zum internationalen Antikriegstag am 1. August vgl. E. Kücklich, H.-J. Krusch, Die Antikriegstage der Jahre 1929 bis 1932 – Beispiele des Kampfes der KPD gegen Militarismus und Krieg, in: Der deutsche Imperialismus und der Zweite Weltkrieg, Bd. 2, Berlin (Ost) 1959, S. 736 ff.

2 Vgl. Thesen und Resolutionen der XI. Plenartagung des EKKI: April 1931, Hamburg–Berlin 1931. Ferner: „Resolution of the ECCI presidium on the danger of a war of intervention against USSR" (extracts), in: Degras S. 164 ff.

3 Zur Plenartagung des ZK der KPD vom 15. bis 17. Januar 1931 vgl. Dok. 35.

4 Der Kongreß der Sozialistischen Arbeiter Internationale vom 25. Juli bis 1. August 1931 in Wien verurteilte den Krieg überhaupt und forderte eine allgemeine stufenweise Abrüstung. Vgl. Schulthess 1931, S. 581–582; *Vorwärts* Nr. 342 von 26. 7. 1931.

5 Der Artikel ließ sich nicht ermitteln.

Verleumdungen gegen die Sowjetregierung und Lügennachrichten über die Lage der Arbeiterklasse in der Sowjetunion.

Die faschistischen Organisationen in allen kapitalistischen Ländern der Welt versuchen im Auftrage der herrschenden Kapitalistengruppen mit wachsendem Kräfteaufwand eine allgemeine chauvinistische Stimmung zu erzeugen und führen eine unverhüllte provokatorische Kriegshetze gegen die Sowjetunion.

Alle Tatsachen beweisen, daß von allen Staaten der Welt nur die SU eine konsequente Friedenspolitik verfolgt, fast in jedem Monat einen neuen Beweis ihres unerschütterlichen Friedenswillens liefert, der in frechster Weise von den Imperialisten verleumdet, verhöhnt und zurückgewiesen wird.

Nur die Komintern und ihre Sektionen führen einen konsequenten Kampf gegen die drohende imperialistische Kriegsgefahr und zeigen den Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt den einzigen Weg, der mit dem Sturz des Kapitalismus zugleich die Gefahr neuer Kriege für immer beseitigen wird.

II.

Die internationale Bedeutung des 1. August 1931 wird im besonderen durch folgende Tatsachen gekennzeichnet:

1. Die wachsende Krise des Weltkapitalismus, die noch längst nicht ihren Höhepunkt erreicht hat, fällt zusammen mit dem gigantischen Aufschwung des Sozialismus in der Sowjetunion, mit der Sicherung der Durchführung des Fünfjahresplanes in 4 Jahren und dem Eintritt der SU in die Periode des Sozialismus.

2. Der internationale revolutionäre Aufschwung wirkt sich aus im Vormarsch der chinesischen Revolution, der Entfaltung der antiimperialistischen Revolution in Indochina und Indien, im starken Wachstum der Kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern, vor allem in Deutschland.

3. Die historische Niedergangsperiode der II. Internationale hat begonnen. Der Faschismus befindet sich international in einer Krise.

4. Der *Hoover*-Plan,[6] der den Bankrott der *Young*plan-Politik und die auswegslose Krise des kapitalistischen Systems verschleiern soll, wurde begründet mit der Notwendigkeit der Rettung Deutschlands vor dem Bolschewismus. Dieser innerpolitischen Zielsetzung entspricht die außenpolitische: Großzügiger Versuch zur Schaffung einer kapitalistischen Einheitsfront gegen die UdSSR.

5. Die deutsche Bourgeoisie ist durchaus bereit zur Beschleunigung der Westorientierung (*Brüning* und *Curtius* in Chequers: „Bolschewistische Gefahr in Deutschland" – *Brünings* direktes Angebot an Frankreich (Rundfunkrede): „Deutschland Bollwerk für Ruhe und Ordnung", Reise von *Brüning* und *Curtius* nach Paris).[7]

Für Deutschland selbst wird die Situation zum 1. August gekennzeichnet einerseits durch den unaufhaltsamen Vormarsch der KPD und die Revolutionierung der

6 Vgl. Dok. 45, Anm. 5.

7 Vom 5.–9. Juni 1931 statteten Reichskanzler *Brüning* und Reichsaußenminister *Curtius* in London einen Staatsbesuch ab. Dabei wurden sie am 6. und 7. Juni in Chequers, dem Landsitz von Premierminister *MacDonald*, empfangen. Dabei wurde auch über die innenpolitische Lage in Deutschland und ihre möglichen Konsequenzen gesprochen. Vgl. Schulthess 1931 S. 328–330.
Am 23. Juni hielt Reichskanzler *Brüning* über den Deutschlandsender eine Ansprache über die

Massen, andererseits durch die wachsende Faschisierung, die Verschärfung der Massenausplünderung durch Diktaturverordnungen, den terroristischen Kampf von Staatsapparat, Nationalsozialisten, Stahlhelm und Polizeisozialisten gegen die Kommunistische Partei und die revolutionäre Arbeiterbewegung, durch die wachsende Anti-Sowjethetze (*Wirth*: „Kulturbolschewismus" – Deklaration *Hitlers* gegen Sowjetunion, für Zusammengehen mit der „zivilisierten Macht Frankreich" gegen den Bolschewismus – Stahlhelm in Breslau: „Front nach Osten" – Hetzrede *Seeckts* gegen die Sowjetunion, SPD-Parteitag: bedingungslose Vaterlandsverteidigung, Militärbudget, Panzerkreuzer für die Ostsee – *Wels*, *Tarnow* u. a. gegen UdSSR – *Bessedowski* im demokratischen Klub: Hetzlügen gegen Sowjetrußland – Versammlungs- und Pressehetze sowie Mordhetze der Nazis gegen Sowjetrußland und KPD – IG-Farben: „Industrie-Spionage" – Hetze gegen die RGO usw. usw.).

III.

Die Auswertung des XI. EKKI-Plenums und des letzten Plenar-ZK vom 14./15. Mai[8] zeigt einen gewissen Tempoverlust in der Behandlung der drohenden Kriegsgefahr und der Mobilisierung der revolutionären Arbeiterorganisationen und der Massen zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg und zur Verteidigung der Sowjetunion.

Vor der Partei stehen also folgende Aufgaben:

1. Der Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr und für die Verteidigung der Sowjetunion muß zu einem dauernden Bestandteil unserer großen Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde gemacht werden. Die Gegenüberstellung des bankrotten kapitalistischen Systems und des aufsteigenden Sozialismus, die Entlarvung aller direkten und indirekten Kriegshetze gegen die SU, die Popularisierung der Volksrevolution, die mit der Erkämpfung Sowjetdeutschlands die Gefahr imperialistischer Sowjetkriege beseitigt, ist die wichtigste Achse unserer Antikriegskampagne.

2. Die breiteste agitatorische und propagandistische volkstümliche Popularisierung der gewaltigen Fortschritte und Errungenschaften des sozialistischen Aufbaues muß die großen Vorteile konkret aufzeigen, die heute schon das deutsche Proletariat genießt (500 Millionen Industrieaufträge, Thüringer Kleinindustrie, Oldenburger Zuchtschweine, Schiffsbau-Aufträge für ostpreußische Werften usw.). Am Beispiel der sozialistischen Sowjetplanwirtschaft, die weder Absatzkrise, noch kapitalistische Massenerwerbslosigkeit, Abbau der Sozialpolitik, Steuer- und Zollwucher usw. kennt, muß in Verbindung mit Freiheitsprogramm[9] Arbeitsbeschaffungsplan und Bauernhilfsprogramm der sozialistische Ausweg für Deutschland popularisiert werden.

---

allgemeine politische Lage in Deutschland. Dabei sagte *Brüning*, daß Deutschland ein „Bollwerk der Ruhe und der Ordnung in Europa" sein müsse. Vgl. Schulthess 1931 S. 145–148.
Am 18. und 19. Juli 1931 reisten *Brüning* und *Curtius* zu einem Gespräch über die Reparationsfrage nach Paris. Vgl. Schulthess 1931 S. 375–376.

8 Vgl. dazu Dok. 43.

9 Vgl. Dok. 44. Anm. 3–5.

3. Die Erregung der sozialdemokratischen Arbeiter über die Bewilligung der Panzerkreuzerraten[10] beweist, daß die 1. August-Kampagne in Verbindung mit unserer Kampagne gegen die Diktaturverordnung der Hungersnot entscheidende Möglichkeiten für die Herstellung der Einheitsfront von unten mit den sozialdemokratischen Arbeitern für die Liquidierung des Masseneinflusses der Sozialdemokratie und der ADGB-Bürokratie, für die Gewinnung der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeitermassen zum Schutze der Sowjetunion und zur Verteidigung ihrer vom Kapitalismus bedrohten Existenz in Deutschland schaffen kann. (*Thälmann* Rede im Sportpalast „Katastrophe oder Sozialismus" mit Appell „Unsere Bruderhand dem SPD-Arbeiter").[11]

In bedeutend stärkerem Maße muß die christliche Arbeiterschaft in die rote Einheitsfront gegen Hunger, Faschismus und Krieg einbezogen werden, muß der Einfluß der Zentrumspartei und der christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterklasse vernichtet werden.

4. Auf der Basis der Einheitsfront von unten muß der ideologische und wehrhafte Kampf gegen den Faschismus in Deutschland verschärft werden, damit die Krise in den Reihen des Nationalsozialismus vertieft und Massen von antikapitalistischen, bisherigen Nazianhängern – Arbeiter, Angestellte, Beamte, Mittelständler und Kleinbauern – der faschistischen Demagogie entrissen und für den revolutionären Klassenkampt gewonnen werden.

5. In den breiten Massen muß das Verständnis dafür geweckt werden, daß die *Brüning*-Regierung mit der verschärften Durchführung der faschistischen Diktatur nach innen zugleich direkte Kriegsvorbereitungen trifft und Garantien für die Unterdrückung revolutionärer Massenaktionen im Falle eines Antisowjetkrieges schaffen will. Die Verschärfung unseres Kampfes gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur, gegen die *Brüning*- und Preußenregierung ist eine wichtige Aufgabe im Kampfe gegen imperialistische Kriegsgefahr und Verteidigung der Sowjetunion.

IV.

Die wirksamsten Mittel des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg sind wirtschaftliche und politische Massenstreiks gegen die deutsche Bourgeoisie, gegen die Massenausplünderung, die Diktaturverordnungen der *Brüning*regierung und die Versuche verstärkter politischer Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung.

Vor allem ist notwendig der Ausbau der Positionen der Kommunistischen Partei und der RGO in allen Großbetrieben, in erster Linie den kriegswichtigen Betrieben, auf den Stempelstellen, unter der Beamten- und Angestelltenschaft, in den Mittelschichten sowie unter den Landarbeitern und Bauern.

---

10 Bei der Verabschiedung des Wehretats am 20. 3. 1931, der u. a. 10.8 Millionen RM als 1. Rate für den Bau des Panzerschiffes B festlegte, enthielt sich die SPD der Stimme, um den Sturz des Kabinetts *Brüning* zu verhindern. Vgl. Schulthess 1931 S. 83–84.

11 „Katastrophe oder Sozialismus?", Rede Ernst *Thälmanns* auf einer Kundgebung im Berliner Sportpalast am 11. 6. 1931. *RF* Nr. 124 vom 13. 6. 1931. Der Appell *Thälmanns* an die SPD-Arbeiter ist abgedruckt in *RF* Nr. 123 vom 12. 6. 1931.

Die bisherigen Kampagnen zum 1. August wurden auf einer zu engen parteimäßigen Basis geführt und besaßen nicht genügenden Massencharakter in den Betrieben, auf den Stempelstellen und in solchen Massenorganisationen, die von den Sozialdemokraten, Christen oder Nationalisten geleitet werden.
Unter Einsetzung aller verfügbaren Kräfte in den Parteiorganisationen und Fraktionen muß die Mobilisierung gerade für diesen 1. August weit über den Rahmen der Partei und der Wähler vom 14. September[12] hinausgehen und neue Schichten von sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern und Arbeiterinnen, von freigewerkschaftlich oder christlich organisierten und unorganisierten Arbeitern, von kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten erfassen.

V.

Die wichtigsten Losungen unserer Anti-Kriegskampagne in diesem Jahre lauten also:

1. Krieg dem imperialistischen Kriege!

2. Verteidigt die Sowjetunion, verteidigt den siegreichen Fünfjahresplan!

3. Es lebe die chinesische und indochinesische Revolution, verteidigt die kämpfenden Kolonialvölker der ganzen Welt!

4. Keine Waffe, keine Munition für die Mörder der Arbeiter und Bauern in China, Indochina und Indien!

5. Verwandlung jedes imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg der Arbeiterklasse gegen das Kapital!

6. Nieder mit dem *Young*plan, dem Kriegsplan gegen die Sowjetunion!

7. Nieder mit der II. Internationale, der völkerknechtenden Sozialdemokratie, die zum Krieg gegen die Sowjetunion hetzt und blutige Henkersdienste gegen die aufständischen Kolonialvölker verrichtet.

8. Fort mit der Panzerkreuzer-Regierung *Brüning*, der Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur, der Kapitalsoffensive, des politischen Terrors gegen die Arbeiterklasse und der Kriegsrüstungen gegen die SU.

9. Nieder mit den faschistischen Mordhetzern und Kriegstreibern! Politischer und wehrhafter Massenkampf gegen den Faschismus!

10. Fort mit dem RFB-Verbot! Schluß mit der Unterdrückung der antifaschistischen und antiimperialistischen Wehrorganisation des Proletariats!

11. Macht Schluß mit den sozialfaschistischen Führern in allen proletarischen Massenorganisationen! Die Bruderhand allen sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern zum gemeinsamen Kampf gegen die Kapitaldiktatur!

12. Nieder mit der Notverordnung und der politischen Knebelung des Freiheitskampfes des werktätigen deutschen Volkes!

13. Der Arbeitsbeschaffungsplan der KPD zeigt den Weg zu Brot und Arbeit für hungernde Millionen!

14. Arbeiter und Bauern verbündet Euch im Kampfe für das Bauernhilfsprogramm und den Arbeitsbeschaffungsplan der KPD. Rote Stadt und rotes Dorf in einer Front!

15. Massenstreik für Lohnerhöhung, gegen jeden Pfennig Lohnabbau! 40-Stunden-

12 Gemeint ist die Reichstagswahl vom 14. September 1930.

woche bei Lohnausgleich! Brot und Arbeit für die Arbeitslosen! Nieder mit dem Unterstützungsraub! Sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung!

16. Sowjetrußland zeigt den Ausweg! Kämpft in den Reihen der Volksrevolution für Sowjetdeutschland!

17. Politischer Massenstreik gegen faschistische Diktatur und Kriegshetze!

18. Kapitalismus heißt: Hunger, Faschismus und Krieg – Sozialismus bringt Brot, Frieden und Freiheit!

19. Sozialdemokratische Arbeiter: Mit *Brüning* und *Wels* zu Hunger, Faschismus und Krieg – oder mit den Kommunisten für Brot, Frieden und Sozialismus?

(Die Frauenabteilung des ZK des KJVD, die Reichs-Pionierleitung[13] sowie die Reichsfraktionsleitungen der Massenorganisationen geben in ihren Rundschreiben die speziellen Losungen bekannt.)

VI.

1. In allen Bezirken, Unterbezirken und Ortsgruppen müssen die Leitungen der Partei gemeinsam mit den Leitungen aller revolutionären Massenorganisationen Arbeitsausschüsse zur Durchführung der Kampagne, zur Festlegung des Arbeitsplanes, zur Bearbeitung der Betriebe, Stempelstellen, Häuserblocks, Güter und Dörfer, zur Herausgabe von Betriebs-, Stempelstellen-, Häuserblocks- und Ortszeitungen sowie Materialien für die Gewerkschaftsfraktionen und die Fraktionen in den übrigen Massenorganisationen bilden.

2. Die SPD-Kommissionen in den Bezirken organisieren besondere Diskussionsabende mit den sozialdemokratischen Arbeitern über die Unvermeidlichkeit des Krieges im Kapitalismus, die Beschlüsse des Leipziger SPD-Parteitages zur Panzerkreuzerfrage, die Notwendigkeit des Schutzes des sozialistischen Aufbaues der Sowjetunion und über die praktischen Aufgaben im Kampfe gegen die imperialistische Kriegsgefahr.

3. Die Zentrumskommissionen in den Bezirken stellen in den nächsten Wochen ihre Arbeit gleichfalls in der oben angeführten Richtung ein und entlarven die Rolle des Zentrums und der Pfaffen in der Vorbereitung und Führung imperialistischer Raubkriege.

4. Wo die Möglichkeit besteht, sind – jedoch nur auf breitester überparteilicher Basis – Antikriegs-Komitees zu bilden, die Sozialdemokraten, Christen, frühere Nazianhänger, Mittelständler und Kleinbauern erfassen und die Vorbereitung und Führung der 1. August-Kampagne insbesondere in den Betrieben übernehmen.

5. Zur Vorbereitung des 1. August sollen überall Betriebsversammlungen, Stempelstellenversammlungen und allgemeine öffentliche Versammlungen einberufen werden, in denen die Beschlüsse des XI. Plenums des EKKI und der Plenar-ZK-Sitzungen vor den breitesten Massen in Verbindung mit den Beschlüssen des VI. Weltkongresses und des Weddinger Parteitages[14] zum Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr zu popularisieren sind.

---

13 Reichsleitung des im Herbst 1930 in „Rote Jungpioniere" umbenannten „Jung-Spartakus-Bundes" (JSB), der Kinderorganisation der KPD. Die erwähnten Rundschreiben liegen nicht vor.

14 Vgl. Protokoll des VI. Weltkongresses der KI, Juli–September 1928 in Moskau, 4 Bde. Hamburg–Berlin 1928/1929. Protokoll 12. Parteitag der KPD.

6. Unsere Fraktionen in den Massenorganisationen, insbesondere die Gewerkschaftsfraktionen, dürfen im Juli keine gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen oder Delegiertenkonferenzen vorübergehen lassen, in denen sie nicht auf die Zusammenhänge zwischen der Faschisierung, den Notverordnungen, der Unternehmeroffensive, der Politik der *Brüning*- und Preußenregierung und der wachsenden Kriegsgefahr und Kriegsrüstungen mit Billigung der Sozialdemokratie und Zentrumspartei hinweisen und die gewerkschaftlich organisierten Massen für den 1. August und für die rote Klassenfront mobilisieren.

7. Die Massenarbeit unter den werktätigen Frauen muß durch die 1. August-Kampagne einen neuen Auftrieb erhalten. Die Delegierten-Konferenzen und Frauenversammlungen müssen die Verteidigung der SU und den Kampf gegen den imperialistischen Krieg in den Vordergrund rücken und mit dem Kampf gegen Notverordnungen und Verbot der *Kämpferin* durch die Polizeisozialisten[15] verbinden. (Arbeitsplan der Frauen-Abtl. des ZK folgt.)[16]

8. Selbstverständlich darf die Antikriegskampagne nicht losgelöst geführt werden von unserer allgemeinen Volksaktion gegen die Unternehmeroffensive, gegen den Abbau der Erwerbslosenunterstützung und der Renten für Sozialrentner, Invaliden, Kriegsbeschädigte usw.

9. Der 1. August 1931 muß, wie im vergangenen Jahre, überall durch wuchtige Straßendemonstrationen unter Führung der örtlichen Antikriegskomitees durchgeführt werden.

VII.

Bei der ganzen Kampagne gilt es noch 3 Tatsachen zu beachten:

1. Vom 26. Juli bis 1. August tagt in Wien der Kongreß der II. Internationale.[17] Die Antikriegskampagne ist zugleich eine Kampagne gegen die Internationale der Sozialimperialisten und für die III. Internationale.[18] Der Kongreß der II. Internationale in Wien dient mit den pazifistischen Phrasen dem Völkerbund und Pan-Europa-Schwindlern der Täuschung der Massen und wird gleichzeitig die von den Führern der internationalen Sozialdemokratie betriebene Antisowjethetze vertiefen und verbreitern.

2. Der 11. August wird von den Regierungsparteien, insbesondere von der Sozialdemokratie, zu dem üblichen Verfassungsrummel benutzt werden.[19] Die Sozialdemokratie wird die Parole der Verteidigung und Rettung der Demokratie gegen den Faschismus und Kommunismus in den Mittelpunkt stellen. Die Praxis der *Brüning*-Regierung, die bisherigen Ansätze zur Durchführung der faschistischen Diktatur geben uns die beste Möglichkeit, den sozialdemokratischen Arbeitern das Wesen von Demokratie und Faschismus, die Rolle der Sozialdemokratie und Faschismus, die

15 *Die Kämpferin*, Frauenzeitschrift der KPD. war im Juni 1931 verboten.

16 Liegt nicht vor.

17 Siehe Anm. 4.

18 Gemeint ist damit die Kommunistische Internationale, die in bewußtem Gegensatz zur SAI auch als III. Internationale bezeichnet wurde.

19 Am 11. August wurden von den sog. Verfassungsparteien der Weimarer Koalition (SPD, Zentrum und Liberale) der Verfassungstag gefeiert.

Rolle der Sozialdemokratie bei der Faschisierung Deutschlands und bei der Liquidierung der bürgerlichen Demokratie und des Streiks-, Versammlungs-, Demonstrations- und Koalitionsrechts der Arbeiterklasse klarzulegen.

Die Partei und alle Massenorganisationen müssen die Elternschaft mobilisieren und gemeinsam mit dem KJVD und dem Pionierverband verhindern, daß der 11. August zu einer Verwirrung der proletarischen Schulkinder und Fortbildungsschüler ausgenutzt wird.

3. Der faschistische Volksentscheid wird vielleicht schon für die erste Augusthälfte durch *Severing* festgesetzt.[20] Im Rahmen der Volksaktion und Antikriegskampagne muß der Tempoverlust sowohl im Kampfe gegen *Hitler-Seldte-Hugenberg*, als auch besonders gegen die *Braun-Severing*-Regierung aufgeholt werden. (Zu beachten letztes Sekretariatsrundschreiben: Unser Kampf um Preußen.)[21]

VIII.

Die Hauptlinie der 1. August-Kampagne besteht also in der Verteidigung der Sowjetunion gegen alle direkten und indirekten Kriegsdrohungen, in der Popularisierung der Volksrevolution, der Aufzeigung des revolutionären Auswegs, der Mobilisierung der Massen für Sowjetdeutschland, der Liquidierung des sozialfaschistischen und christlichen Masseneinflusses, der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus. Mit aller Schärfe muß bei der Volksaktion nicht nur die Frage des wirtschaftlichen Streiks, sondern vor allem die Notwendigkeit des politischen Massenstreiks gegen die *Brüning*-Diktatur in den Mittelpunkt der Agitation und Propaganda gerückt werden. Der politische Massenstreik ist keine abstrakte Propagandafrage, sondern wird bei der wachsenden Faschisierung, Massenausplünderung und dem gleichzeitig wachsenden revolutionären Aufschwung und der Verschärfung des Klassenkampfes immer mehr zu einer Aktionsfrage der Partei und der Arbeiterklasse werden.

IX.

Die gesamte Schulungsarbeit im Juli und August muß auf das engste mit der Antikriegskampagne verbunden sein und die leninistische Stellung zum Krieg, die praktischen Probleme des Kampfes gegen die imperialistische Kriegsgefahr, die Erfolge des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion, den revolutionären Ausweg, die Volksrevolution für Sowjet-Deutschland popularisieren.

Die Initiative von unten muß zur Steigerung der Massenagitation großzügig geweckt und entfaltet werden. Insbesondere müssen die Redaktionen der Parteipresse, sowie die Betriebs-, Stempelstellen-, Häuserblock-und Dorfzeitungen ihre Arbeit entsprechend der Kritik auf dem Plenar-ZK vom 14./15. Mai verbessern. Zur Unterstützung aller Genossen erscheinen Sondernummern des *Propagandist*, des *Agitator*, *Rotes*

20 Nach dem erfolgreichen Volksbegehren der Rechtsparteien zur Auflösung des preußischen Landtages, wurde der Volksentscheid für den 9. August 1931 festgesetzt.

21 Vgl. Dok. 45, Punkt VII.

Sprachrohr, *BZR*.[22] Illustrationsvorlagen, Material für Antikriegsveranstaltungen, eine Bilderzeitung (16 Seiten, 10 Pfg.) Klebestreifen und Sonderartikel und Matern im Pressedienst.

Mit kommunistischem Gruß
ZK Sekretariat

22 *Agitator* und *Propagandist* wurden seit Sommer 1931 als parteiinterne Informationsorgane von der Agitpropabteilung des ZK herausgegeben. Vgl. dazu Dok. 41, Punkt 5.
Das Rote Sprachrohr wurde unregelmäßig als illustrierte Sonderbeilage zur *Roten Fahne* und anderen Parteizeitungen verteilt.
Der Betriebs-Zeitungs-Redakteur, von der Agitpropabteilung des ZK herausgegebenes Monatsorgan zur Unterstützung der Betriebs- und Straßenzeitungen. Der *BZR* wurde kostenlos an die Agitpropleiter von Betriebs- und Straßenzellen verteilt. Zur Ausgestaltung der Betriebs- und Straßenzeitungen wurden ferner unregelmäßig (bei besonderen Kampagnen) Illustrationsvorlagen versandt.

47.

7. 7. 1931: Rundschreiben des Sekretariats zu den „Marxistischen Arbeiterschulungsheften"

BA R 134, Bd. 62, S. 176–180 und StA Oldenburg, Bestand 136, Nr. 2890, fol. 547–548v.; Polizeiliche Abschrift, I AN 2161a/25. 7. Überschrift: „Sekretariat. Sonderrundschreiben. An alle Bezirksleitungen! An alle Bezirkslitstellen!"

Werte Genossen!

Betrifft: Marxistische Arbeiterschulungshefte.[1]

1. Politische Bedeutung

„Vertiefung des theoretischen Niveaus der Gesamtpartei", so stellte Genosse *Thälmann* im Zentralkomitee dieses Problem mit aller Eindeutigkeit.[2] Bei den Aufgaben, die der Partei durch die dauernde Zuspitzung der Gesamtsituation, wie im Hinblick auf das Heranreifen der Voraussetzungen der revolutionären Krise gestellt werden, muß es der Partei gelingen, eine tiefgehende Massenschulungsarbeit zu leisten. Es genügt heute nicht mehr, den Genossen nur das elementare Wissen zu vermitteln, die Schulung muß in die Tiefe gehen. Die Funktionäre und qualifizierten Mitglieder unserer Partei können heute nicht mehr umhin, sich auch mit den schwierigen Problemen des Marxismus-Leninismus zu beschäftigen und das notwendige Wissen anzueignen. Morgen schon können wir vor noch schwierigere Aufgaben gestellt werden.

1 Ab November 1930 erschienen die marxistischen Arbeiterschulungshefte. Es kamen insgesamt 10 Hefte im Kurs „Politische Ökonomie" und 6 Hefte im Kurs „Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung" heraus. Vgl. die Reprint-Ausgabe, Erlangen 1970.

2 Vgl. Ernst Thälmann, Volksrevolution über Deutschland. Hrsg. vom ZK der KPD, o.O. u.J. (Berlin 1931).

Die Massenschulung ist außerordentlich in die Breite gegangen, jetzt heißt die Losung: Vertiefung!

An zwei Ziffern wollen wir zeigen, daß noch ein ungeheurer Widerspruch zwischen dem Vertrieb der Massenagitations- und Massenpropagandaliteratur besteht. Im Monat April vertrieb die Partei

776 000 Exemplare Massenagitationsmaterial gegenüber
23 600 Exemplare Marxistische Arbeiterschulungshefte.

Die genannten Zahlen zeigen, daß noch eine erhebliche Strecke Weges zurückzulegen ist, bis wir in den Fragen der Schulung das Reservoir in der Partei ausgeschöpft haben. Aber noch mehr, daß wir erst am Anfang einer wirklichen Massenschulung stehen.

Dieses gewaltige Problem ist nicht und darf nicht nur eine Aufgabe der Agitpropabteilung in den Bezirken der Litstellen sein, sondern ist eine der ernstesten Aufgaben der Bezirksleitungen.

Die Komintern gibt seit Monaten bereits gemeinsam mit dem Zentralkomitee der KPD ein außerordentlich wichtiges Schulungsmaterial in der Form der „Marxistischen Arbeiterschulungshefte" heraus. Ein Material, das ganz zweifellos der Gesamtpartei außerordentlich vorwärts helfen kann, wenn es in die Hand aller Funktionäre kommt. Konnte man vielleicht an den ersten beiden Heften, des Kursus über „Politische Ökonomie" noch an einzelnen schwierigen Formulierungen Kritik üben, so zeugen doch die nachfolgenden davon, daß die Redaktion ernsthaft bemüht war, in gemeinverständlicher populärer Weise auch der schwierigsten Probleme Herr zu werden. Dabei hat dieser Kursus den großen Vorteil, daß die theoretischen Probleme aufs engste mit den praktischen Aufgaben der Partei verbunden werden und viel Material gegen unsere Gegner enthalten.

Diese enge Verknüpfung der Theorie mit der Praxis ist zweifellos ein großer Fortschritt. Ganz besonders deshalb, weil heute Arbeiterschichten zur Partei kommen, die überhaupt keine marxistische Schulung genossen haben, andererseits große Teile der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Diese zu uns stoßenden neuen Schichten werden mit ihrem Eintritt in die Partei noch nicht zu Leninisten, sie müssen erst herangeschult werden. Ihre Schulung hat die größte Bedeutung, weil sie mit ihren Unklarheiten am leichtesten in kritischen Situationen Schwankungen unterworfen sind. Andererseits brauchen wir zu ihrer und der Massenführung theoretisch fest fundierte Funktionärkader.

2. Organisatorische Maßnahmen

Aus diesen politischen Erwägungen ergeben sich nun eine Reihe organisatorischer Schlußfolgerungen:

a) Die „Marxistischen Arbeiterschulungshefte" müssen in jeder Zelle und Ortsgruppe bekannt werden, denn nur dann können sich die Genossen eine Vorstellung von dem reichhaltigen Material machen. Jeder Referent, jeder Instrukteur ist deshalb zu verpflichten, in die Mitgliederversammlungen je ein Heft der beiden laufenden Kurse, „Politische Ökonomie" und „Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung" mitzunehmen, mit den Genossen die Bedeutung zu besprechen und sie zu veranlassen

b) Selbstbildungszirkel zu organisieren. Werden sie anfänglich nur im Rahmen der Partei gemacht, so ist unbedingt bei der weiteren Arbeit der Kurs darauf zu richten, parteilose und sozialdemokratische Arbeiter in diese Schulungskurse einzubeziehen. Den besten Anlaß dazu bieten die Diskussionsabende mit den sozialdemokratischen Arbeitern. Die „Marxistische Arbeiterschulung" gibt außerdem die Voraussetzung für eine gründliche Schulung ohne Kursuslehrer. Auch die entfernt gelegene Ortsgruppe hat nun Hilfe. Sollte es der einen oder anderen Zelle der Ortsgruppe am Anfang nicht möglich sein, über den Rahmen der Partei hinaus Schulungskurse zustande zu bringen, so sind

c) die Diskussionsabende mit sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern zur stärksten Propaganda für die Hefte der „Marxistischen Arbeiterschulung" auszunützen.

d) Da die Lehrer für unsere Schulungskurse bekanntlich einen außerordentlichen Einfluß auf die Schüler auszuüben vermögen, sind diese anzuhalten, stets und ständig auf die Hefte der „Marxistischen Arbeiterschulung" hinzuweisen. Die BL müssen dafür Sorge tragen, daß in Schulungskursen über „Politische Ökonomie und Arbeiterbewegung" unbedingt die Hefte vom Lehrer für den Unterricht ausgewertet werden.

e) In engster Verbindung mit der BL und den Kursuslehrern muß dabei von der Agitpropabteilung eine intensive Kampagne zur Verbreitung der Hefte durchgeführt werden.

f) Die Literaturstellenleiter sind verpflichtet, sich umgehend ein Verzeichnis der Zellen und Ortsgruppen anzulegen, die die „Marxistischen Arbeiterschulungshefte" beziehen. Desgleichen ein Verzeichnis über alle Einzelbezieher. Es darf bis 1. August, spätestens bis 1. September keine Zelle noch Ortsgruppe, keinen Parteifunktionär mehr geben, der die Hefte nicht kennt und bezieht. Das setzt allerdings eine zähe und systematische Kampagne sowohl von der BL-Agitpropabteilung als auch der Litstelle voraus.
Der jetzt laufende große Wettbewerb für den Litvertrieb (Novemberreise nach der Sowjetunion)[3] soll entsprechend ausgenützt werden.

g) BL wie Litstelle werden gut daran tun, für jede Zelle und Ortsgruppe ein Mindestsoll für den Bezug der Hefte aufzustellen und eine genaue Kontrolle darüber zu führen. Selbstverständlich sind dabei alle statistischen Arbeiten durch die Litstellen zu erledigen. Der Bezug dieser Hefte wird zweckmäßigerweise in Beziehung zur Mitgliederziffer in den einzelnen Organisationseinheiten gesetzt.
Die BL muß von der Litstelle verlangen, daß sie bei ihrem Monatsbericht die „Marxistischen Arbeiterschulungshefte" besonders erwähnt und genaue Unterlagen zur Verfügung stellt. Die gleiche Forderung wird an die Litstellen vom ZK (Reichsvertrieb) gestellt.

h) Wenn wir schon die Parteiorganisation in den Dienst eines wichtigen Teils unserer Gesamtarbeit stellen, können wir auch nicht umhin, unsere Presse mehr wie bisher auszunützen. Sowohl die Tageszeitungen, deren Redaktionen veranlaßt werden

3 Die KPD veranstaltete jährlich eine Werbekampagne für die Parteizeitungen und -literatur. Bei dieser Werbekampagne, die in Form eines Wettbewerbs angelegt war, gab es als Preise Reisen in die Sowjetunion zu gewinnen.

sollen, regelmäßig von allen erschienenen Heften eine ganz kurze Besprechung mit dem Hinweis auf Preis (pro Heft 40 Pfg.) und die Bezugsmöglichkeiten zu bringen als auch Betriebs- und Häuserblockzeitungen sind in den Dienst der Sache zu stellen.

i) Eine weitere wichtige Möglichkeit ist die Ausnützung der Massenorganisationen, besonders der RGO, der RH, der IAH, den Sportlern usw. usw. Hier sind neue Möglichkeiten der Verbreitung und des Absatzes in Fülle gegeben. Voraussetzung dafür ist eine grundlegende Besprechung mit den verantwortlichen Fraktionsleitungen und ständige systematische Kontrolle.

Für die RGO haben die Hefte deshalb besondere Bedeutung, weil in denselben ständige Auseinandersetzungen mit den Theorien und den Theoretikern der SPD und der Gewerkschaften stattfinden. Nimmt man die ausgezeichnete Broschüre von *Linde*: „Lohntheorie und Lohnpolitik der Sozialdemokratie" hinzu,[4] so wird es gelingen, die Bedeutung der Schulungsarbeit überzeugend darzustellen und den Genossen die Notwendigkeit klar zu machen, auch für ihre Schulungskurse die Hefte der „Marxistischen Arbeiterschulung" in weitgehendstem Maße auszunützen.

3. Agitation für die „Marxistischen Arbeiterschulungshefte"

Der Verlag für Literatur und Politik hat sich bereit erklärt, zur stärkeren Popularisierung dieser Schulungshefte den Litstellen laufend verschiedene kleine Oktavmatern zur Verfügung zu stellen, damit sie selbst in die Lage versetzt werden, sich auf Rotaprint die notwendigen Abzüge zu machen. Außerdem ist eine gute Agitation auch in der Presse der Massenorganisationen notwendig. Die Redaktionen sind ebenfalls anzuhalten, regelmäßige Besprechungen und Kurznotizen zu bringen, damit auch diesen Kreisen die „Marxistischen Arbeiterschulungshefte" bekannt werden.

Außerdem hoffen wir, daß die Agitpropabteilung gemeinsam mit Litstellen eigenes Material herausgeben. Ferner erscheint schon in den nächsten Tagen ein Werbeflugblatt, das noch einmal kurz zusammengedrängt die wichtigsten Mitteilungen über Bedeutung, Zweck und Inhalt der Hefte enthält.

Die Redaktion der „Marxistischen Arbeiterschulungshefte" hat sich entschlossen, ab Ende Juli für alle Leser ein monatliches Bulletin herauszugeben, um erstens eine möglichst enge Verbindung zwischen Redaktion und Leserkreis herzustellen und zweitens die Leser beim Studium systematisch zu beraten und zu unterstützen. Durch ständige Hinweise und Ratschläge für das Studium, verbunden mit Erläuterungen des vorliegenden Stoffes, sowie Beantwortung aller bei der Redaktion einlaufenden Fragen, zu denen die Leser angeregt werden müssen, wird das Bulletin eine wertvolle Hilfe für alle Studierenden.

Wir erwarten, daß alle Bezirksleitungen sofort gemeinsam mit den Agitpropabteilungen und Litstellen Maßnahmen treffen, um eine wesentliche Steigerung des Umsatzes und der Verbreitung der „Marxistischen Arbeiterschulungshefte" zu erreichen.

Mit kommunistischem Gruß
Zentralkomitee der KPD
Sekretariat

4 Vgl. H. Linde, Lohntheorie und Lohnpolitik der Sozialdemokratie. Verlag für Literatur und Politik, Wien–Berlin 1931.

48.

27. 7. 1931: Brief des Sekretariats an die Betriebs- und Straßenzellen

HStA Düsseldorf, Reg. Düss. Nr. 30642 b, S. 407–408; Hektographiertes Rundschreiben. Überschrift: „Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sekretariat. Zellenbrief an alle Betriebs- und Straßenzellen."[1]

Liebe Genossen!

Als im Frühjahr dieses Jahres der Stahlhelm das Volksbegehren für die Auflösung des Preußischen Landtages einleitete, hat unsere Partei auf Grund einer klaren Analyse der damaligen Situation in der Linie des Zweifrontenkampfes „gegen Faschismus und Preußenkoalition" gekämpft, ohne sich direkt am Volksbegehren zu beteiligen.[2]

Heute ist eine andere und neue Situation.

Inzwischen sind fünf Monate vergangen. Sie brachten ein weiteres gewaltiges Wachstum der Wirtschaftskrise in allen kapitalistischen Ländern, verschärfte Unternehmerangriffe und immer faschistischer werdende Methoden der *Brüning*-Diktatur gegen die Arbeiterklasse. (Lohnabbau, Notverordnung, Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsverbote, zunehmende Verfolgung der Partei und der revolutionären Arbeiter durch die Klassenjustiz usw.). Alles Maßnahmen, die sich katastrophal auf die Lebenshaltung der Arbeiter und der breitesten Schichten der Werktätigen auswirken.

Wir brauchen in diesem Schreiben an Euch über die Einzelheiten der Auswirkungen dieser Maßnahmen nicht viele Worte zu machen. Wir selbst und mit uns alle Werktätigen spüren die Folgen dieser Politik tagtäglich am eigenen Leibe.

Diese Politik bedeutet aber nicht nur fortgesetzte verschärfte Angriffe auf die Lage der Arbeiterklasse im allgemeinen, sondern gleichzeitig auch ein weiteres gewaltiges Wachstum der imperialistischen Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion. Beide, die Angriffe auf die Lage der Arbeiterklasse und die Kriegsrüstung gegen die Sowjetunion steigern sich in demselben Maße, in dem sich alle Versuche der Kapitalisten, die Krise der kapitalistischen Wirtschaft zu überwinden, als untauglich und unwirksam erweisen. (Notverordnung, *Hoover*plan, Ministerreisen, Verhandlungen in Paris und London usw.) Die revolutionäre Entwicklung nimmt ein immer stürmischeres Tempo an. Entscheidende Massenkämpfe liegen vor uns.

Die sozialdemokratischen Führer sind nicht nur die besten Stützen, sondern die Initiatoren dieser Politik.

Diese Politik der deutschen Kapitalisten und der *Brüning*-Regierung, die in deren Auftrag die faschistische Diktatur durchführt, wird von den sozialfaschistischen Führern vorbehaltlos unterstützt. Die Reden und Beschlüsse des Leipziger Parteitages der SPD, in denen die Sozialdemokratie als Arzt, die den kranken Kapitalismus heilen muß, bezeichnet wurde[3] – der aber gleichzeitig ausdrücklich ablehnte, zu den

1 Da für die Zeit des „Roten Volksentscheids" kein Rundschreiben des Sekretariats an die Bezirke vorlag, wurde dieser „Zellenbrief" aufgenommen.

2 Zu den ersten Stellungnahmen des ZK gegen das „demagogische Volksbegehren" vgl. Dok. 36 und 40.

3 Vgl. das Referat von Fritz *Tarnow* über kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse. Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig, vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus. Protokoll. Berlin 1931, S. 32 ff.

Notverordnungen der *Brüning*diktatur Stellung zu nehmen – redeten bereits eine klare und eindeutige Sprache.

Noch offener kennzeichnet die Rolle der SPD der Führer der preußischen sozialdemokratischen Landtags-Fraktion, *Heilmann*, im Hauptausschuß des Preußischen Landtages. *Heilmann* erklärte dort wörtlich:

„Preußen ist seit 10 Jahren die festeste Stütze und der treueste Diener jeder Reichsregierung gewesen." (Zuruf der Kommunisten: „Auch der Hungerregierung *Brüning*?") „Jawohl, der ganz besonders."

Aber die Sozialdemokratie hat den faschistischen Kurs der *Brüning*diktatur gegen die Arbeiterklasse nicht nur vorbehaltlos unterstützt, sondern ihre Führer, im besonderen *Braun-Severing* in der Preußischen Regierung, haben sich zu direkten Initiatoren des Republikschutzgesetzes [gemacht], mit Hilfe dessen Paragraphen Tausende von revolutionären Arbeitern und führende Funktionäre der KPD hinter Festungs-, Gefängnis- und Zuchthausmauern geworfen wurden. *Severing* war auch der Initiator der neuesten Notverordnung der *Brüning*-Diktatur gegen die Presse, mit deren Hilfe bereits die Mehrzahl der revolutionären Presse verboten ist und mit deren Hilfe sie in der nächsten Zeit vollständig mundtot gemacht werden soll.[4]

Diese Politik der sozialfaschistischen Führer hat dem Faschismus in Preußen und in Deutschland den Weg geebnet.

Ohne diese aktive Beteiligung der sozialdemokratischen Führer in Preußen und im Reich an der Durchführung des faschistischen Kurses, könnte die *Brüning*-Regierung keine einzige Notverordnung gegen die Arbeiterklasse erlassen, könnte das Trust- und Monopolkapital seine Pläne keine fünf Minuten gegen die Werktätigen durchführen.

Preußen ist nicht das kleinere Übel, sondern im Gegenteil heute der Hort der finsteren Reaktion in Deutschland.

„Die Politik der SPD hindert nicht die Faschisierung, sondern bahnt dem Faschismus den Weg", so charakterisierte am 15. Februar 1931 der Aufruf des Zentralkomitees unserer Partei die Rolle der SPD im größten deutschen Bundesstaat.[5] Seitdem sind fünf Monate vergangen, die eine einzige Bestätigung dieser Feststellungen des ZK der KPD sind.

Wer war verantwortlich für die 33 toten Arbeiter und Arbeiterfrauen am 1. Mai 1929? Es waren *Severing* und *Zörgiebel*.

Wer verbot drei Tage später den Roten Frontkämpferbund, die größte antifaschistische Kampforganisation? Es war wiederum der Sozialdemokrat *Severing*![6]

4 Gemeint ist die Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen, vom 17. Juli 1931, RGBl. Teil I, S. 371. Gegenüber der Notverordnung vom 28. März 1931 (RGBl. Teil I, S. 79–81) verschärfte sie die staatliche Presseaufsicht und verpflichtete die Presse, amtliche Erklärungen und Verlautbarungen der Regierung unentgeltlich abzudrucken.

5 Vgl. „Volksaktion gegen Faschismus, Bürgerdiktatur und Preußenregierung", Aufruf des ZK der KPD vom 15. Februar 1931, in: *RF* Nr. 39 vom 15. 2. 1931. Zur Volksaktion-Kampagne selbst siehe Dok. 36.

6 Zu den blutigen Demonstrationen am 1. Mai 1929 und dem anschließenden Verbot des RFB vgl. oben Dok. 8, Anm. 3.

Wer brachte das Republikschutzgesetz ein, und wer hat es durchgepeitscht? Es war *Severing*, obwohl auch er natürlich wußte, daß dieses Gesetz die Faschisten unbehelligt lassen, aber die Schärfe seiner Paragraphen mit voller Wucht die kommunistische Partei und die revolutionären Arbeiter treffen würde.

Wer hat die Spartakiade verboten? *Severing*! Er verbot sie für den gleichen Tag, an dem der faschistische Stahlhelm in Breslau seinen provokatorischen Kriegs[um]zug veranstaltete.[7]

Wer hat die neue Presse-Notverordnung vorgeschlagen? *Braun-Severing*.

Wer löst unsere Versammlungen auf, wer verbietet Demonstrationen und schlägt Arbeiter und Arbeiterfrauen blutig? Es ist die Polizei der *Braun-Severing*.

Wer pfeift auf die Immunität der Abgeordneten und läßt sie verhaften? Es sind *Severing* und seine sozialfaschistischen Polizeipräsidenten.

Wer organisiert die Überfälle auf die Büros unserer Partei und der mit uns sympathisierenden Massenorganisationen? Wer sprengt selbst unsere Mitgliederversammlungen? Es sind die *Braun-Severing* mit ihrer faschistisch verseuchten Polizei.

Braun-Severing führen nicht nur die Aufträge des Trust- und Monopolkapitals und deren *Brüning*-Regierung durch, sondern sie wenden darüber hinaus alle Mittel und Methoden, angefangen von Lüge und Verleumdung bis zum brutalsten Terror an, um unsere Partei und die revolutionäre Arbeiterfront zu zerstören.

Gegen diese faschistische Politik der Preußenkoalition und ihrer Träger gibt es nur entschiedensten, erbarmungslosen Kampf.

Angesichts dieser Tatsachen und angesichts der wachsenden Notlage der Volksmassen und des bevorstehenden Volksentscheides zur Auflösung des Preußischen Landtages hat sich das ZK unserer Partei am 21. Juli 1931 an die Preußische Staatsregierung mit nachfolgenden Forderungen gewandt:

1. Herstellung der politischen Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit für die Arbeiterschaft. Außerkraftsetzung der diese elementarsten

---

7 Am 20. Juni 1931 verbot die preußische Regierung das für den 4.–12. Juli in Berlin geplante Sportfest der Roten Sportinternationale, die sog. Spartakiade. Vgl. Dok. 45, Anm. 24. In Verhandlungen mit dem preußischen Innenminister *Severing* gelang es der KPD zunächst, die Aufhebung des Verbots zu erreichen. Am 30. 6. 1931 wurde jedoch die Spartakiade endgültig verboten, nachdem bei einer Demonstration in Berlin ein Polizist erschossen wurde (vgl. Horkenbach 1931 S. 229). Der 12. Reichsfrontsoldatentag des Stahlhelms fand jedoch bereits am 30. und 31. Mai in Breslau statt. Bei dem vorliegenden Rundschreiben werden die Daten offensichtlich bewußt falsch miteinander in Verbindung gebracht, um der SPD eine Begünstigung der rechten Parteien nachzuweisen, obwohl ja am 20. 6. auch das SA-Sportfest verboten wurde. Die KPD benutzte das Verbot lediglich als Vorwand für die Beteiligung am Volksentscheid, nachdem das ZK auf Intervention der Komintern seine frühere Entscheidung revidiert hatte. Um gegenüber der Parteimitgliedschaft einen weiteren Rechtfertigungsgrund zu haben, richtete die Parteiführung am 21. Juli ein Ultimatum an *Severing* und rief, als dieses von der preußischen Regierung abgelehnt worden war, am nächsten Tag zur Teilnahme am Volksentscheid auf. Vgl. Flechtheim, KPD S. 278; GdA S. 303, Weber I S. 242–243. Die ausführlichste Darstellung dieser Frage findet sich bei W. Ireland, The Lost Gamble, phil. Diss. Baltimore 1971, S. 609–672. Die geänderte Haltung suchte das ZK in einer Reihe von Aufrufen und Presseartikeln den Parteimitgliedern zu erläutern. Vgl. dazu *RF* Nr. 146 vom 23. 7. 1931: „Heraus zum Volksentscheid![...] Beschluß des Zentralkomitees der KPD". *RF* Nr. 147 vom 24. 7. 1931: „Roter Volksentscheid am 9. August! Kampfruf der Kommunistischen Partei an das werktätige Volk in Stadt und Land."

Freiheiten der Arbeiterklasse einschränkenden Verbote, Notverordnungen und Zwangsmaßnahmen im preußischen Staatsgebiet.

2. Sofortige Zurücknahme aller Abbaumaßnahmen gegen alle Unterstützungsempfänger, insbesondere die Erwerbslosen, sowie Zurücknahme des Gehaltabbaues für die unteren Beamten.

3. Sicherung der vollen und sofortigen Auszahlung aller kleinen Guthaben für alle preußischen Sparkassen.

4. Sofortige Aufhebung des von der preußischen Staatsregierung erlassenen Verbots des Roten Frontkämpferbundes als Kampforganisation gegen Nationalsozialismus und Stahlhelm.

Auf diese Forderungen, die jeder Leiter[8] als elementarste Forderungen, die in seinem Interesse gestellt wurden, anerkennen wird, antwortete derselbe sozialfaschistische Minister *Severing*, der tagtäglich mit den Vertretern des Trust- und Monopolkapitals über die Durchführung ihrer Pläne gegen die Arbeiterklasse verhandelt, mit folgendem Schreiben:

„Auf Ihr Schreiben vom 21. Juli teile ich Ihnen mit, daß die preußische Staatsregierung es ablehnt, Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zum Gegenstand eines politischen Tauschhandels zu machen."

Mit dieser Antwort zeigt *Severing*, daß die sozialfaschistischen Führer in der Preußischen Staatsregierung auch in Zukunft bereit sind, mit noch schärferen faschistischen Methoden die Pläne des Trust- und Monopolkapitals gegen die Arbeiterklasse durchzuführen.

Darauf konnte und kann die Partei nur eine Antwort geben:

Ausnutzung aller gegebenen Möglichkeiten zur breitesten Massenmobilisierung aller Werktätigen zum Kampf gegen diese Preußenregierung und damit gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland, die *Brüning*-Regierung und gegen das ganze zusammenbrechende, arbeitermordende kapitalistische System.

Die Kommunistische Partei muß dem Sozialfaschismus in der Preußenregierung und dem Faschismus in ganz Deutschland die richtige Antwort geben.

Diese einzige richtige Antwort an die *Braun-Severing* konnte danach nur in dem Beschluß bestehen, den das ZK am 22. Juli 1931 faßte: den Volksentscheid gegen die *Braun-Severing* durchzuführen.

Mögen jetzt die sozialfaschistischen Führer rechter und „linker" Färbung erneut mit dem blöden Argument: „Kommunisten Arm in Arm mit Nazis und Stahlhelmern" versuchen, Verwirrung zu stiften – die Sozialdemokratische Partei, die durch die klassenverräterische Politik ihrer Führer dem Faschismus in jeder Form, ob Nazis oder Stahlhelmer, die Wege geebnet hat, wird mit diesem Argument bei keinem Arbeiter mehr Erfolg erzielen können.

Für uns, die Kommunistische Partei, ist der Volksentscheid gegen die Preußenregierung nicht wie für Stahlhelmer und Nazis eine parlamentarische Kampagne, sondern eine die Massen zum außerparlamentarischen Kampf mobilisierende und organisierende Aktion, die Stufe um Stufe gesteigert werden muß bis zum Sturz der

8 Ein Wort teilweise unleserlich.

Preußenregierung *Braun-Severing*, der Reichsregierung *Brüning* und des ganzen kapitalistischen Systems, bis zur Errichtung Sowjetdeutschlands.

In unsere Kampffront müssen wir alle Schichten der Arbeiter und anderer Werktätiger einbeziehen.

Dieser Charakter unserer Volksentscheidkampagne erfordert von der gesamten Partei die größte Aktivität und entschiedene entschlossene Anwendung der Einheitsfrontpolitik von unten, zu den SPD- und den christlichen und parteilosen Arbeitern sowie auch zu den übrigen Schichten der Werktätigen, die unter den Schlägen der Reaktion im Reiche und in Preußen zusammenbrechen. In kühner Offensive muß die Partei alle Lügen und Verleumdungen des Sozialfaschismus überwinden, den Scheinkampf der Nazis und Stahlhelmer entlarven und sich an die Spitze der Volksaktion im Volksentscheid stellen. Das wird dadurch gewährleistet, daß neben der Mobilisierung und dem Einsatz der gesamten Partei neue Tausende roter Helfer zum Volksentscheid aus den verschiedensten Schichten der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen gewonnen werden. Jeder Arbeiter, gleichgültig welcher politischen Partei oder welcher Organisation er immer angehört, alle Werktätigen, Männer und Frauen, die bereit sind, mit uns gemeinsam und unter Führung und unter den Losungen der Partei aktiv an unserer Volksentscheidkampagne mitzuwirken, müssen als rote Helfer und Helferinnen in die aktive Arbeit einbezogen werden.

Diese Einheitsfronttaktik von unten schließt aber jeden Kuhhandel und jedes gemeinsame Zusammengehen mit irgendeiner Organisation, die sich gleichfalls am Volksentscheid beteiligt, aus. Nur so wird die Partei in dieser Aktion die Führung an sich reißen und allen Volksfeinden entscheidende Schläge versetzen.

Betriebe vor die Front!

Die entscheidenden Punkte, in denen wir unsere Hauptstoßkraft ansetzen müssen, sind die Betriebe, in denen die Arbeiter unter den unerträglichsten Verhältnissen ausgebeutet und ausgeplündert werden. Es muß in der Volksentscheidkampagne gelingen, die Betriebe für ihre speziellen Forderungen zum Kampf zu mobilisieren. Von innen und außen müssen alle Anstrengungen gemacht werden, um dieses Ziel zu erreichen. Neben den roten Helfergruppen für den Volksentscheid selbst, müssen in dieser Zeit in den Betrieben vorbereitende Kampfausschüsse gebildet werden. Durch verstärkte Fraktionsarbeit in den reformistischen, christlichen und anderen reaktionären Gewerkschaften muß es gelingen, die Organisierung der Kämpfe in den Betrieben wesentlich zu beschleunigen. Der ist kein Bolschewik, der nicht jetzt im Betrieb und in einer reaktionären Organisation restlos seine kommunistische, revolutionäre Arbeit durchführt.

Aber die Konzentrierung der Hauptstoßkraft der Partei auf die Betriebe bedeutet nicht, daß die Arbeit unter den Erwerbslosen, auf dem Lande und unter den übrigen werktätigen Schichten, insbesondere unter den Frauen und der Jugend vernachlässigt werden darf. In allen Orten müssen in der Volksentscheidkampagne die Erwerbslosen restlos für ihre Forderungen im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Preußenregierung mobilisiert und zu politischen Teilaktionen geführt werden. Kein Ort im Lande darf ohne unser Material und ohne unsere Versammlungen bleiben. In das kleinste Dorf müssen wir vordringen und in den verschiedenartigsten Formen (Konferenzen, Komitees) die mit uns Kämpfenden um uns scharen. Dabei

sind alle schon begonnenen Bewegungen wie insbesondere die Frauendelegiertinnenbewegung restlos auszunutzen.

Keine gegnerische Versammlung, gleichgültig von wem und wo sie einberufen ist, darf es geben, in der nicht unser Material verbreitet wird und unsere Diskussionsredner sprechen. Alle Möglichkeiten, die es im Preußen der Notverordnungen gibt, müssen restlos zur Massenmobilisierung ausgenutzt werden.

Zehntausende neuer Mitglieder gilt es in der Volksentscheidkampagne für die Partei zu erobern.

Allen Unterdrückungen, allen Verfolgungen, allen Verleumdungen und Lügen zum Trotz wächst die Radikalisierung der Arbeiterschaft und der Werktätigen von Tag zu Tag. Steigert jetzt in der Volksentscheidkampagne die Partei auf allen Gebieten des Klassenkampfes ihre Kraft, wird und muß es ihr gelingen, Zehntausende neuer Kämpfer für die Partei zu gewinnen.

Aber auch hierbei ist das Schwergewicht auf die Gewinnung von Betriebsarbeitern zu legen. Ohne Eroberung der Betriebsarbeiter für die Partei und für die RGO ist es nicht möglich, ernste erfolgreiche Wirtschaftskämpfe zu organisieren und zu führen, noch weniger diese zu breiten politischen Massenkämpfen zu steigern.

Liebe Genossen!

Wir wenden uns mit diesem dringenden Appell an Euch in einer außerordentlich ernsten zugespitzten Situation. Wir wissen, daß Ihr unter den Lügen und Verleumdungen aller Feinde der Arbeiterklasse schwer zu kämpfen habt. Aber Ihr wißt ja sehr gut, daß je schwieriger die Lage der Bourgeoisie – desto unverschämter ihre Hetze und Verleumdung und ihre Terrormaßnahmen. Unerschütterlich, eisern und geschlossen müßt Ihr deshalb zu diesem Schreiben und zur Gesamtlage Stellung nehmen und Eure Aktionen und Kampfbeschlüsse fassen. Unermüdlich und zähe müßt Ihr als Bolschewisten alle Kräfte mobilisieren und im Kampf einsetzen. Je kühner und wuchtiger wir mit unseren Schlägen den Gegner treffen, um so schwieriger wird es ihm sein, seine weiteren Pläne bis zur vollständigen Faschisierung Deutschlands gegen die Arbeiterklasse durchzuführen.

Darum, Genossinnen und Genossen, alle ans Werk, schmiedet in der Volksentcheidkampagne die eiserne, eherne Front aller Arbeiter und aller Werktätigen zum Sturze des kapitalistischen Systems, für die Volksrevolution, für Sowjetdeutschland![9]

Mit kommunistischem Gruß
Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei
Deutschlands
i. A.: *Ernst Thälmann*

9 Das Ergebnis des Volksentscheids am 9. August ergab 9 793 603 Ja-Stimmen. Für ein Gelingen wären jedoch ca. 13,5 Millionen Stimmen erforderlich gewesen. Für den Volksentscheid stimmten 37,1% der Wahlberechtigten. Vergleicht man demgegenüber, daß bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 die hinter dem Volksentscheid stehenden Parteien DNVP, NSDAP, KPD zusammen 47,5% der Stimmen erhalten hatten, so ergibt sich, daß ein Großteil der Wähler dieser Parteien sich nicht am Volksentscheid beteiligt hatte. Da die Beteiligung in den kommunistischen Hochburgen weit unter der gemeinsamen Stimmenzahl von KPD und NSDAP lag, ist zu vermuten, daß vornehmlich die KPD-Wähler – trotz der Aufrufe des ZK – dem Volksentscheid fernblieben.

49.

30. 8. 1931: Das Sekretariat zum Volksentscheid in Preußen

***RF.* Nr. 165 vom 30. 8. 1931. Überschrift: „Einige Lehren des Volksentscheids. Vom Sekretariat des Zentralkomitees der KPD wird uns geschrieben."[1]**

Im Gegensatz zu den Parlamentswahlen lassen sich die zahlenmäßigen Erfolge, der weitere Vormarsch der Kommunistischen Partei beim Volksentscheid zur Auflösung des reaktionären Preußenlandtags nicht ohne weiteres aus dem Ergebnis der Abstimmung feststellen. Ist schon bei den Parlamentswahlen die Zahl der Nichtwähler beträchtlich groß – sie betrug bei den letzten preußischen Landtagswahlen 5 bis 6 Millionen oder rund 20 Prozent –, so ist der Prozentsatz der Nichtabstimmenden beim Volksentscheid (auch der Wähler, die Gegner der Regierung sind) noch bedeutend größer. Bei der letzten Landtagswahl erhielten die preußischen Regierungsparteien nur etwa 8,8 Millionen Stimmen, von denen sie bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 noch erheblich verloren haben und dadurch in eine hoffnungslose Minderheit geraten sind. Im Gegensatz zu den Parlamentswahlen, wo die Wahlen geheim sind, hat der Volksentscheid den Charakter einer öffentlichen Abstimmung.

Das Ergebnis des Volksentscheides zeigt, daß nur ein ganz geringer Bruchteil der Abstimmenden, der nicht ins Gewicht fällt, mit Nein gestimmt hat. Jeder, der sich also an der Abstimmung beim Volksentscheid beteiligte, demonstrierte damit offen seine Gegnerschaft gegen die preußische Regierung *Braun-Severing* und gegen die diese Regierung unterstützenden Parteien.

Die Tatsache, daß noch große Massen dem Volksentscheid fernbleiben, wird besonders von der SPD benutzt, um in demagogischer Form alle Wähler, die sich an der Abstimmung nicht beteiligt haben, also auch die große Zahl der Nichtwähler, für die Unterstützung der Preußenregierung zu reklamieren. Daß diese Demagogie nichts weiter als versuchter Betrug ihrer eigenen Anhänger ist, liegt auf der Hand, denn in der Tat hat über die Hälfte aller politisch aktiven Wähler in Preußen sich gegen die Regierung *Braun-Severing* und für die Auflösung des Preußischen Landtags entschieden.

Und die Nichtwähler sind keineswegs alle begeisterte Anhänger der *Braun-Severing*. Das sind außer den in Staats- und Gemeindeposten sitzenden Funktionären nicht einmal die Mitglieder der SPD.

Die Frage, ob es der Kommunistischen Partei gelungen ist, große Massen des arbeitenden Volkes für die Teilnahme an einem roten Volksentscheid zu mobilisieren, kann also nicht durch den Vergleich des Abstimmungsergebnisses mit den für die am Volksentscheid beteiligten Parteien bei früheren Wahlen abgegebenen Stimmen entschieden werden. Eine einigermaßen zutreffende Beantwortung dieser Frage ist nur möglich durch den Vergleich zwischen den Zahlen der Eintragungen

1 Das vorliegende Dokument ist ausnahmsweise kein Rundschreiben an die Bezirke, sondern ein Schreiben des ZK, das in der *Roten Fahne* vom 30. August 1931 veröffentlicht wurde. Die Einschätzung des „Roten Volksentscheids" vom 9. August 1931 durch die KPD-Führung ist in diesem Schreiben dokumentiert.

des Stahlhelmvolksbegehrens und dem Abstimmungsergebnis beim Volksentscheid und durch den Vergleich des Abstimmungsergebnisses der einzelnen Wahlkreise nach diesem Gesichtspunkt untereinander.

Eine Überprüfung des Abstimmungsergebnisses nach diesem Gesichtspunkt ergibt, daß die absolute Zunahme beim Volksentscheid gegenüber dem Stahlhelmvolksbegehren am größten ist in jenen Wahlkreisen, wo die Kommunistische Partei bei früheren Parlamentswahlen bereits starke Positionen hatte.

Dagegen sind die Wahlkreise, wo die Zunahme beim Volksentscheid gegenüber dem Volksbegehren am geringsten ist, Wahlkreise, wo die Nazis bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 am stärksten waren.

Folgende Übersicht zeigt das aufs deutlichste:

Die stärksten Wahlkreise bei der Kommunistischen Partei bei der Reichstagswahl waren: Berlin mit 33 Prozent kommunistischer Wähler, Düsseldorf-Ost mit 26 Prozent, Merseburg mit 25 Prozent, Potsdam I mit 20 Prozent, Potsdam II mit 19,7 Prozent, Düsseldorf-West mit 17,5 Prozent, Westfalen-Süd mit 17 Prozent. In diesen Kreisen betrug die Zunahme der Abstimmungen beim Volksentscheid gegenüber dem Volksbegehren (in Prozent zur Gesamtwählerzahl):

Berlin 20,2, Düsseldorf-Ost 21,4, Merseburg 17,3, Potsdam I 16,6, Potsdam II 14,1, Düsseldorf-West 17,8, Westfalen-Süd 16,3 Prozent.

Zu den stärksten Wahlkreisen der Nazis bei den Reichstagswahlen gehörten:

Schleswig-Holstein mit 27 Prozent Naziwählern, Pommern mit 24,3, Südhannover mit 24,3, Breslau mit 24,2, Frankfurt a. d. Oder mit 22,7, Ostpreußen mit 22,5, Liegnitz mit 20,9, Weser-Ems mit 20,5 Prozent.

In diesen Kreisen betrug die Zunahme der Abstimmenden beim Volksentscheid gegenüber dem Volksbegehren (in Prozent zur Gesamtwählerzahl):

Schleswig-Holstein 18,9, Pommern 9,2, Südhannover 12,5, Breslau 11,8, Frankfurt a. d. Oder 13, Ostpreußen 8,4, Liegnitz 13,2, Weser-Ems 10,8 Prozent.

Mit Ausnahme von Schleswig-Holstein kommt also in keinem Naziwahlkreise die Zunahme bei der Abstimmung zum Volksentscheid an die Zunahme in den kommunistischen Wahlkreisen heran. Die relativ stärkere Zunahme in Schleswig-Holstein ist nicht auf den Einfluß der Nazis, der dort bedeutend zurückgegangen ist, sondern auf die Landvolkbewegung, auf die die Kommunistische Partei immer mehr Einfluß gewinnt, zurückzuführen.

Roter Volksentscheid mobilisierte die Massen

Daraus folgt, daß es der Kommunistischen Partei gelungen ist, große Teile des werktätigen Volkes zum Kampf gegen den reaktionären Preußenlandtag, gegen die Politik der *Brüning*, *Braun* und *Severing* zu mobilisieren. Damit wird zugleich auch das Märchen von dem kommunistischen „Wählerstreik", das die bürgerliche und sozialdemokratische Presse aus agitatorischen Gründen ihren Lesern vorsetzt, widerlegt.

Die Kommunistische Partei ist sich keinen Augenblick darüber im unklaren, daß unter den 9,8 Millionen Stimmen für den Volksentscheid noch Millionen der faschistischen Führung *Hugenbergs*, *Hitlers* und des Stahlhelms und ihren Losungen folgten, Millionen, die Angehörige des arbeitenden Volkes sind und in einer falschen

Front kämpften. Die Kommunistische Partei stellt sich die Aufgabe, diese Millionen für den revolutionären Kampf gegen das kapitalistische System, gegen das System *Brüning-Braun-Severing*-Regierung, gegen den Faschismus zu gewinnen. Sie stellte sich die Aufgabe bereits zum Volksentscheid, indem sie sich entschlossen an die Spitze der Volksbewegung gegen die reaktionäre Preußenregierung *Braun-Severing* stellte und den Volksentscheid zu einer Sache des arbeitenden Volkes machte.

Die Lage des deutschen Kapitalismus wird von Tag zu Tag verzweifelter. Die Hoffnungen auf eine „internationale Hilfe" bei „negativem" Ausgang des Volksentscheids, die von der sozialdemokratischen und einem Teil der bürgerlichen Presse erzeugt wurden, haben sich nicht erfüllt und konnten sich nicht erfüllen. Der Volksentscheid führte aber dazu, daß die Fraktionen der Bourgeoisie, *Hugenberg-Hitler* auf der einen, *Brüning-Dingeldey* auf der anderen Seite ihrer Gegensätze, die Interessenkämpfe um Posten und einen größeren Anteil an der Beute sind, immer mehr zurückstellen, um durch die Bildung eines „nationalen Blocks" verzweifelte Anstrengungen zur Rettung des bankrotten kapitalistischen Systems zu machen. Die *Brüning*-Regierung wird nicht nur durch die SPD, sondern auch durch die Deutschnationalen und durch die Nationalsozialisten toleriert. Alle Maßnahmen der *Brüning*-Regierung finden den Beifall *Hugenbergs* und *Hitlers*.

Der Kommunistischen Partei erwächst jetzt die Aufgabe, die Mehrheit des arbeitenden Volkes zu gewinnen, die Hegemonie der Arbeiterklasse über die anderen werktätigen Schichten des Volkes durch die Organisierung des Kampfes um den proletarischen Ausweg aus der Krise in die Tat umzusetzen. Die erfolgreiche Lösung dieser Aufgabe ist die Gewinnung der Massen, die Liquidierung des Masseneinflusses des Faschismus und die Liquidierung des Masseneinflusses der SPD.

Vernichtung des Masseneinflusses der SPD

Die Vernichtung des Masseneinflusses der SPD kann jedoch nur mit Erfolg durchgeführt werden, wenn gleichzeitig mit dem verschärften Angriff auf die Politik der sozialdemokratischen Führer die Anstrengungen zur Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter und der Massen der in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter und Funktionäre für die revolutionäre Politik der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsbewegung auf der Grundlage der Einheitsfront von unten von den kommunistischen Anhängern und Parteimitgliedern verdoppelt und verdreifacht werden. Die Aktion für den roten Volksentscheid zeigt in dieser Beziehung erhebliche Schwächen unserer kommunistischen Arbeit. Teilweise wichen kommunistische Funktionäre und Mitglieder vor der Welle der sozialdemokratischen Verleumdungen und Angriffe auf die Kommunistische Partei zurück, teilweise wurde nicht alles getan, um durch eine intensive Arbeit auch in den reformistischen Gewerkschaften und in den Betrieben die Arbeiter für die Durchführung der Politik der Kommunistischen Partei zu mobilisieren. Das zeigt das Zurückbleiben der Stimmenergebnisse zum Volksentscheid in einzelnen proletarischen Bezirken hinter dem Stimmenergebnis der Reichstagswahl für die Kommunistische Partei.

Diese Schwächen in unserer Arbeit müssen beseitigt werden. Der Abschluß des Volksentscheids ist nicht der Abschluß des Kampfes zur Liquidierung des Masseneinflusses der Sozialdemokratischen Partei. Der Volksentscheid war nur der Auftakt zu diesem Kampfe. Er muß jetzt auf einer breiteren Basis in den Betrieben, in den reformistischen Gewerkschaften, in den proletarischen Organisationen, in den

Gemeinden in Stadt und Land mit der größten Entschiedenheit, systematisch und mit zäher Ausdauer in geduldiger Kleinarbeit und kameradschaftlicher brüderlicher Form der Diskussion mit sozialdemokratischen Arbeitern zum Zwecke der Gewinnung dieser Arbeiter für den revolutionären Kampf fortgesetzt werden.

Die Kommunistische Partei befindet sich in der Offensive, im Angriff! Sie ist die revolutionäre Massenpartei des Proletariats. In den letzten Wochen sind 15 000 Arbeiter als Mitglieder in die Kommunistische Partei eingetreten, das beweist die enge Verbundenheit der Partei mit den Massen. Dieser Vormarsch muß in seinem Tempo noch beschleunigt werden. Über 1000 sozialdemokratische Arbeiter befinden sich unter den neuaufgenommenen Mitgliedern. Zehntausende müssen noch gewonnen werden.

Gleichzeitig muß der Kampf um jene Teile des arbeitenden Volkes, die am 9. August noch den verlogenen Phrasen der *Hugenberg* und *Hitler* folgten, mit der größten Entschiedenheit, mit dem Ziel der Liquidierung des Masseneinflusses der faschistischen Organisationen weiter geführt werden.

Die Sozialdemokratische Partei und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie ist ideologisch und theoretisch bankrott, so bankrott, wie die Arbeiterregierung *Macdonald* in England.

Alle Theorien über Demokratie, „Arbeitergemeinschaft" und den „organisierten Kapitalismus, der in den Sozialismus hineinwächst", sind durch die harte Wirklichkeit der Krise des Kapitalismus zerstört. Ohne sich auf verlogene mit marxistisch-sozialistischen Ausdrücken verbrämte Phrasen stützen zu können, müssen die sozialdemokratischen Führer ihre Rolle als Retter des bankrotten kapitalistischen Systems durchzuführen versuchen.

Bankrott der Nazis

Nicht weniger bankrott als die sozialdemokratischen Führer sind die Nationalsozialisten, die dem Volke die Befreiung von den Sklavenketten des Versailler Raubsystems versprachen, die mit bombastischen Worten den Kampf gegen das Finanzkapital ankündigten und sich, gezwungen durch die richtige Politik der Kommunistischen Partei, als die bezahlten Landsknechte des Finanzkapitals entpuppten. Jetzt heißt es nachstoßen, dieser Partei, deren einziges Streben nur auf Ministersessel, auf die aktive Teilnahme der Ausbeutung und Unterdrückung des arbeitenden Volkes gerichtet ist, den letzten Anhänger aus den Reihen des arbeitenden Volkes zu entreißen, den Massenkampf gegen den Faschismus auf breiter Grundlage weiterzuführen.

Die Kommunistische Partei ist die einzige Partei, die ihr revolutionäres Programm der nationalen und sozialen Befreiung des arbeitenden Volkes, ihre Stellung im Klassenkampf zur Politik der *Brüning*-Regierung nicht geändert hat. Die Kommunistische Partei vertritt die Interessen aller Werktätigen, auch die der sozialdemokratischen Arbeiter. Ihr Kampf gegen die sozialdemokratischen Führer als Stützen der *Brüning*politik, gegen den Lohnabbau usw. liegt im Interesse aller Arbeiter.

Die Voraussetzung zur Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter, der Arbeiter in den reformistischen Gewerkschaften, der werktätigen Anhänger der faschistischen Organisationen ist die Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, die aktive Organisierung und Führung aller Kämpfe um die Lebensinteressen des

arbeitenden Volkes durch die Kommunisten und ihre Anhänger. Unter der Führung der KPD und der RGO müssen die Arbeiter in den Betrieben zum Gegenangriff gegen den Lohnabbau, zum Kampf für die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich übergehen.

Jeder Lohnabbau muß mit der Organisierung von Kampfausschüssen in den Betrieben und Durchführung von Streiks beantwortet werden.

Jeder weitere Abbau der Erwerbslosenunterstützung, der sozialen Einrichtungen und der Sozialpolitik muß an dem entschlossenen Widerstand der arbeitenden Massen scheitern. Betriebsarbeiter und Erwerbslose müssen gemeinsam kämpfen um die Einführung einer Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter, Frauen und Jungarbeiter, deren Kosten die Unternehmer und der Staat aufzubringen haben.

Der Kampf muß geführt werden um die Wiederingangsetzung der Betriebe, ohne Rücksicht auf die Profitinteressen der Unternehmer, um die Beseitigung der Mammutgehälter der Direktoren der kapitalistischen Unternehmungen, der Minister und höheren Beamten des kapitalistischen Macht- und Verwaltungsapparates, um die Herabsetzung der hohen Gehälter der Gewerkschaftsbürokratie und Verwendung der Mitgliederbeiträge zur Finanzierung der Streiks der Arbeiter, um die Streichung der Pensionen für gewesene Minister, Generäle, Fürsten usw., um die Erhöhung der Unterstützung für alle Notleidenden und Opfer des Krieges und der Arbeit, für die Beschlagnahme und Verteilung der Lebensmittellager an die Hungernden, für die Beschlagnahme der Großwohnungen der Bourgeoisie und ihre Zuteilung an das arbeitende Volk, für die Streichung der Schulden der Arbeitsbauern und des werktätigen Mittelstandes, für die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Zuteilung an die Kleinbauern und Landarbeiter, für die Beseitigung der *Young*-sklaverei, für ein freies sozialistisches Deutschland!

Arbeiter! Schafft euch eine starke revolutionäre Gewerkschaftsbewegung! Werdet Mitglied der RGO und werbt für die RGO! Stärkt und verteidigt die Kommunistische Partei und ihre Presse gegen alle Angriffe der Bourgeoisie und der sozialdemokratischen Führer!

Schließt euch zusammen! Bildet eine feste Einheitsfront des Kampfes!

50.

12. 9. 1931: Anweisungen des Sekretariats zur Kampagne gegen die SPD

Internationaal Instituut Voor Sociale Geschiedenis Amsterdam, G 1399: Hektographiertes Rundschreiben. Überschrift: „Rundschreiben Nr. Sonder. Anweisungen des Sekretariats."

Inhaltsverzeichnis:
Kampagne gegen die SPD

Die Kampagne gegen die SPD, die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie

A) Die Krise in der SPD:

Wie den Genossen bekannt ist, hat der Leipziger Parteitag der SPD in den Reihen

dieser Partei, besonders unter den Arbeitermitgliedern eine große Rebellion hervorgerufen.[1] Die Ursachen dieser Rebellion lagen auf zwei Gebieten, auf denen die Mitglieder durch die Stellungnahme des Parteitages enttäuscht wurden und zwar: a) negatives Resultat zu den Notverordnungen *Brünings*, d. h. der Parteitag ging einer Stellungnahme aus dem Wege, was die Mitglieder mit Recht als Zustimmung empfanden, b) die Stellungnahme zur Wirtschaftskrise mit Aufstellung der Losung: Heilung des Kapitalismus.[2]

Unsere Partei hat es im allgemeinen gut verstanden, dieses offene Bekenntnis des SPD-Parteitages zum kapitalistischen Ausplünderungssystem und zum Hungerkurs und der immer stärkeren Faschisierung des Staatsapparates durch die Notverordnungspolitik *Brünings*, in der Presse sowohl wie in den Versammlungskampagnen auszuwerten. Doch ist [es] der Partei nicht gelungen, in breiterem Rahmen an die SPD-Arbeiter unmittelbar heranzukommen, um sie für uns zu gewinnen. Daß dies möglich ist, zeigten eine ganze Reihe von Bezirksaktionen, die gut durchgeführt wurden, wie die Oppositionskonferenz im Bezirk Wasserkante, der Übergang der Oppositionsgruppen der SPD und der SAJ im Bezirk Niederrhein und in der Pfalz, die Übertritte alter Funktionäre der SPD mit ganzen Gruppen in den Bezirken Frankfurt, Ostpreußen und Brandenburg.[3] Wenn die übrigen Bezirke gleichfalls sich stärker die Aufgabe der Auswertung der Krise in der SPD gestellt hätten, wäre der Erfolg zweifellos größer gewesen. Das zeigt, daß unsere Partei immer noch nicht versteht, mit genügender Energie, mit dem nötigen Takt und der erforderlichen Ausdauer an die Hauptaufgaben der gegenwärtigen Periode: Brechung des Masseneinflusses der SPD und Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die revolutionäre Klassenfront heranzugehen.

Hier zeigen sich als Hauptfehler und Schwächen der Partei:

a) Nicht genügender Einfluß in den Betrieben.

b) nicht genügender Einfluß in den reformistischen Gewerkschaften.

c) sektiererische Einstellung unserer Mitglieder den SPD-Arbeitern, den Zentrumsarbeitern und Parteilosen gegenüber. Unlust zur ideologischen Auseinandersetzung und kameradschaftlichem Verhalten zu andersgesinnten Arbeitern.

---

1 Auf dem Leipziger Parteitag der SPD vom 31. Mai bis 5. Juni 1931 wurde die oppositionelle Gruppe um *Seydewitz* und *Rosenfeld* wegen ihrer Haltung bei der Abstimmung über den Wehretat am 20. 3. 1931 verurteilt. Im September 1931 wurde die Oppositionsgruppe vom Parteivorstand der SPD aus der Partei ausgeschlossen. Am 2. Oktober 1931 gründeten die ausgeschlossenen Sozialdemokraten die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Vgl. dazu: H. Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim am Glan 1965. Aus der damaligen Sicht der KPD vgl. P. Langner, „Die Krise der deutschen Sozialdemokratie", *KI* 12. Jg., Heft 37 vom 10. 10. 1931, S. 1624–1633.

2 Vgl. das Referat Fritz *Tarnows* auf dem Leipziger Parteitag, in: Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931, vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus, Protokoll, Berlin 1931, S. 32 ff.

3 Nach dem Leipziger Parteitag der SPD mehrten sich die Übertritte von Sozialdemokraten zur KPD. Die KPD versuchte diese Übertritte durch große publizistische Aufmachung für ihre Propaganda auszuwerten, wobei ihr eine Reihe von spektakulären Übertritten zustatten kam. Vgl. Berichte in *RF* Nr. 126 vom 16. 6. 1931: „32 SPD-Arbeiter zur KPD", *RF* Nr. 126 vom 16. 6. 1931: „Spandauer SAJ-Gruppe zum KJVD"; *RF* Nr. 135 vom 26. 6. 1931: „Ganze SPD-Ortsgruppen treten über". Nach den Angaben dieses Artikels sollen sich in der Pfalz „mehr als die Hälfte der SPD-Ortsgruppen aufgelöst" haben. Weiter wurde von „über 100" Übertritten in Hessen-Frankfurt und weiteren Übertritten in München und anderen Orten berichtet.

Infolge dieser Fehler und Schwächen in unseren eigenen Reihen konnten wir eine äußerst günstige Situation der Krise in der SPD nicht mit dem genügenden Erfolg auswerten. Unsere Offensive blieb zu sehr an der Oberfläche der öffentlichen Propaganda haften.

B) Die sozialfaschistische Illusion einer „Offensive" der SPD gegen die KPD.

Mit unserer Beteiligung am Volksentscheid gegen die Preußenregierung[4] haben wir endgültig und für alle Welt sichtbar, die Klassenlinie zwischen Proletariat und Bourgeoisie, die in der Periode der Heranreifung der Vorbedingungen der revolutionären Krise zwischen den Fronten des revolutionären Proletariats und den Hilfstruppen und hier vor allem den Kompromißparteien, wie die Sozialdemokratie verläuft, aufgezeigt. Aus dem wütenden und verleumderischen Gekeife der Renegatengruppen der *Brandler*isten und *Urbahns*grüppchen gegen unsere Politik irregeführt,[5] glaubte die SPD jetzt den Zeitpunkt für gekommen, zur Gegenoffensive gegen die KPD übergehen zu können. Die Polizeipartei ist aber bereits so tief gesunken, daß sie glaubte, mit einem wahnwitzigen Polizeiterror (Pressenotverordnung zur Vernichtung der Kommunistischen Presse),[6] *Severing*sche Schießerlasse, Versammlungsüberwachungen und -verbote, Demonstrationsverbote, Streikverbote, Belagerungszustand, Massenhaussuchungen, Massenverhaftungen – mehr als 30 000 Verhaftungen, Massenanklagen und Prozesse (6000 inhaftierte Kommunisten, 20 000–25 000 in Aussicht gestellte Prozesse)[7] und nachdem die kommunistische Presse mundtot gemacht ist, mit einer offenen Mordhetze gegen die Kommunisten und die Führer der Partei, die kommunistische Bewegung niederwerfen zu können.

In den Monaten Juli, August und September wurde auf zentrale Anweisungen der sozialdemokratischen Regierungsstellen, besonders aber der Preußenregierung *(Severing)* und der Polizeipräsidien in Berlin *(Grzesinski-Haubach)*, Dresden, Leipzig, Köln, Düsseldorf etc. eine zentrale Kampagne aller bürgerlichen Zeitungen – von der sozialdemokratischen bis zur nationalistischen Presse – eine der infamsten Terror- und Mordhetzen gegen unsere Partei durchgeführt, die je in Deutschland

4 Entgegen den früheren Stellungnahmen gegen das von den Rechtsparteien durchgesetzte Volksbegehren gegen die Preußenregierung (vgl. Dok. 36 und 40) beschloß das ZK am 22. Juli 1931, sich am Volksentscheid zu beteiligen. Zur revidierten Haltung der KPD in der Frage des Volksentscheides vgl. Dok. 48.

5 Vgl. zur Ausschaltung der sog. „Rechten" um Heinrich *Brandler* sowie der „Linken", zu denen Hugo *Urbahns* zählte, Weber I S. 186 ff. Zur rechten KPO: K. H. Tjaden, Struktur und Funktion der Opposition (KPO), Meisenheim am Glan 1964. Zur Urbahns-Gruppe: Hartmut Zimmermann, Der Leninbund, Düsseldorf 1978.

6 Auf Grund der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 17. Juli 1931, RGBl. Teil I, S. 371, wurde die Presse verpflichtet, Regierungsaufrufe und amtliche Erklärungen abzudrucken. Ferner wurden die gegen die Pressefreiheit gerichteten Maßnahmen der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931, RGBl. Teil I, S. 79–81, verschärft.

7 Von den in den letzten Jahren der Weimarer Republik getroffenen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung war fast ausschließlich die KPD und ihre Presse betroffen. Die aufgezählten Verbote und Restriktionen richteten sich überwiegend gegen die KPD, nachdem die NSDAP sich mehr und mehr an die von ihr verfolgte Legalitätstaktik hielt. Polizei und Justiz waren ferner geneigt, Ausnahmeregelungen nahezu uneingeschränkt gegen die KPD einzusetzen, so daß sich die Partei tatsächlich einer regelrechten Verfolgung gegenübergestellt sah.

erfolgten. Die Verleumdungskampagnen und Mordhetze gegen unsere Partei in den Jahren 1918/19, 1921/1923 bleiben bei weitem hinter der Intensität und der Skrupellosigkeit, mit der Lügen und Verleumdungen in den sozialdemokratischen Polizeibüros zurechtgemacht werden, weit zurück.

Die Partei und besonders die Parteipresse verstanden nicht, in genügendem Maße dieser Terror- und Mordhetze mit der genügenden Energie, Schlagfertigkeit und Ausdauer entgegenzuwirken. Die Versuche, die die Düsseldorfer *Freiheit*, die Kölner *Sozialistische Republik* und das *Ruhrecho*[8] mit einer Gegenkampagne begonnen haben, sind durch die Nichtbeachtung unserer Zeitungen in den übrigen Bezirken ohne die genügende Wirkung im Lande verlaufen.

Unsere ganze Presse, und damit selbstverständlich auch unsere ganze öffentliche Agitation spiegeln in keiner Weise die gemeinen Terrormaßnahmen der Polizeisozialisten gegen die kommunistische Bewegung wider. In der Abwehr der Terroroffensive und der Mordhetze der Polizeisozialisten gegen unsere Partei haben die meisten Bezirke fast vollkommen versagt.

Welches sind die Fehler, die hierbei besonders in Erscheinung treten? a) Daß die zentral organisierte und durchgeführte Terrorkampagne der Polizeisozialisten überhaupt nicht zum Bewußtsein der Partei, der Arbeiter und besonders der sozialdemokratischen Arbeiter gebracht wurde. b) Die Lieferung des Nachweises, daß es sich bei den behördlichen und polizeilichen Maßnahmen um Aktionen des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der sozialdemokratischen Minister und Polizeipräsidenten handelte. c) Daß nicht entlarvt wurde, daß der Polizeiterror durchgeführt wurde zum Zwecke der Irreführung der breiten Massen, um von der Hungeroffensive und der Notverordnungspolitik der *Brüning*-Regierung und den Lakaiendiensten der Sozialdemokratie für diese Politik abzulenken und daß diese beiden Tatsachen, der Polizeiterror und die *Brüning*politik nicht miteinander verbunden wurden. d) Daß der Polizeiterror nicht als Entlastungsoffensive der Sozialdemokratie entlarvt wurde, die die Aufgabe haben sollte, die Auswirkungen der Krise in ihrer Partei zu liquidieren und Beruhigung in der SPD zu schaffen. e) Eine weitere Unterlassung war es, zu entlarven, daß die „linken" Sozialdemokraten, die angeblich gegen die *Brüning-Wels-Braun*-Politik „kämpfen", sich als die infamsten Verleumder und Hetzer gegen unsere Partei entpuppten (Chemnitzer SPD-Zeitung).[9]

All das wurde in unserer Presse und Agitation entweder gar nicht oder nur sehr schwach und mangelhaft dargelegt und entwickelt. Besonders versäumte unsere Presse und Partei, die Zehntausende von Opfern des Polizei- und Justizterrors in gebührendem Maße in die Öffentlichkeit zu bringen. Man hat diese Seite der sozialdemokratischen Verfolgungsaktion lediglich der Roten Hilfe überlassen, die natürlich nicht in der Lage ist, diese Aufgabe der politischen Auswertung in genügendem Maße durchführen zu können. Diese Aufgabe muß eine Parteiaufgabe in Verbindung mit der Roten Hilfe werden.

Wir fordern alle Bezirksleitungen und Redaktionen unserer Zeitungen auf, alle bürgerlichen, besonders aber sozialdemokratischen Zeitungen, in deren Nummern

---

8 KPD-Organe in Düsseldorf, Köln und Essen für die Bezirke Niederrhein, Mittelrhein und Ruhrgebiet.

9 *Die Volksstimme* in Chemnitz zählte zum sog. „linken Flügel" der SPD. Gerade vom linken Flügel der SPD kam jedoch auch die schärfste Kritik an der Politik der KPD.

die bekannten Hetzartikel, Notizen etc., die in den Monaten Juli, August und September erschienen sind, in je einem Exemplar an unseren Pressedienst einzusenden, damit wir in der Lage sind, wenn auch nachträglich, das gesamte Material zusammenzustellen.

C) Unsere Offensive zur Roten Einheitsfront.

Nach allen Erfahrungen in früheren Jahren war vorauszusehen, daß die Polizeioffensive der Sozialdemokratie sich bald totlaufen und sich gegen die SPD auswirken mußte. So war es 1919 bis 1923, bei der Maioffensive der SPD 1929 (33 Todesopfer in Berlin)[10] und so war es jetzt wieder unvermeidlich, trotz unseren oben festgestellten Schwächen. Aber nach der Polizeivorbereitung glaubten die SPD-Führer, die kommunistische Bewegung entscheidend berennen zu können. Überall in der SPD-Presse wurde der Ruf laut nach der „öffentlichen Abrechnung mit der KPD". In einer ganzen Reihe von Bezirksvorständen wurden Beschlüsse gefaßt, in allen kommunistischen Versammlungen Koreferenten zu stellen, die mit der KPD-Politik „abrechnen" und die KPD-Arbeiter für die SPD gewinnen sollten (Hessen, Frankfurt etc.). Vermutlich geschah dies auf Anweisung des Parteivorstandes aus Berlin.

Auf die Aufforderung des *Vorwärts* nach „öffentlicher Abrechnung mit der KPD" lud die BL Berlin-Brandenburg den Vorsitzenden der Berliner SPD, *Künstler*, zu einer öffentlichen Auseinandersetzung in einer öffentlichen Versammlung mit gleich langer Redezeit und Schlußwort ein. Tagelang forderte der *Vorwärts* die KPD-Arbeiter auf, sich an dieser Versammlung zu beteiligen.[11] Inzwischen dämmerte es dem Parteivorstand, daß seine Politik unmöglich vor einem breiten Arbeiterforum in einer Auseinandersetzung mit den Kommunisten standhalten kann, und er verbot es, *Künstler* in der Versammlung in der „Neuen Welt" mit dem Redner der Kommunistischen Partei, wozu der Genosse *Heinz Neumann*[12] bestimmt wurde, „abzurechnen", wie er großmäulig angekündigt hatte. Der *Vorwärts* beschwor nun, unter keinen Umständen in die kommunistische Versammlung zu gehen.[13] Aber die Massen, die sich auf dem Marsche befanden um abzurechnen, erschienen in so gewaltigem Andrange, daß aus der angesagten Versammlung in der „Neuen Welt"

---

10 Zum 1. Mai 1929 vgl. Dok. 8, Anm. 3.

11 Die erwähnte Auseinandersetzung zwischen SPD und KPD hatte ihre Ursache in der Ankündigung der KPD, daß sie sich am Volksentscheid gegen die Preußenregierung beteiligen werde. Die sozialdemokratische Presse nahm diesen Entschluß zum Anlaß einer Pressekampagne gegen den „Verrat" der KPD. Vgl. *Vorwärts* Nr. 381 vom 16. 8. 1931: „Abrechnung. Verrat der KPD an der Sache der Arbeiterklasse"; Nr. 408 vom 1. 9. 1931: „Der Klassenverrat der KPD".
In einem Aufruf im *Vorwärts* Nr. 417 vom 6. 9. 1931 unter der Überschrift „Abrechnung" wurden „alle Parteigenossen" aufgefordert, sich an der Versammlung am 8. 9. 1931 in der „Neuen Welt" zahlreich zu beteiligen. Ähnliche Aufrufe finden sich auch in der *Roten Fahne* Nr. 167–170 vom 2.–5. 9. 1931.

12 *Heinz Neumann* (1902–1937), 1929–1932 Kandidat des Politbüros der KPD, MdR. Opfer der Stalinschen Säuberungen. Vgl. Weber II S. 233 ff.; Biographisches Lexikon. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin (Ost) 1970, S. 345 f.

13 Nachdem die KPD-Bezirksleitung am 6. 9. überraschenderweise angekündigt hatte, daß sie für die Versammlung in der „Neuen Welt" ein Eintrittsgeld erheben wolle (*RF* Nr. 171 vom 6. 9. 1931), lehnte die SPD-Führung die Teilnahme Franz *Künstlers* ab, da die SPD „nicht gewillt" sei, „die Kassen der Kommunistischen Partei zu füllen". Gleichzeitig kündigte sie eine eigene Veranstaltung für den 14. 9. an, zu der Heinz *Neumann* eingeladen wurde. Vgl. *Vorwärts* Nr. 418 vom 7. 9. 1931.

fünf gewaltige Massenversammlungen wurden, in denen mit der SPD-Politik gründlich abgerechnet wurde. An dieser Abrechnung beteiligten sich Tausende von SPD-Anhängern, von denen eine ganze Anzahl in den fünf Versammlungen in der Linie der KPD sprachen.[14]

Die SPD hat nunmehr angekündigt, am kommenden Montag im Sportpalast die „Abrechnung mit der KPD" stattfinden zu lassen. Allerdings schweigt sie sich darüber aus, ob sie ebenso wie wir bereit ist, einen Redner unserer Partei mit der gleichen Redezeit wie ihr Referent zu Worte kommen lassen kann. Wir haben aber bereits brieflich und öffentlich mitgeteilt, daß Genosse *Heinz Neumann* sich zu dieser Versammlung zur „öffentlichen Abrechnung" zur Verfügung stellen wird.[15]

Für die Bezirksleitungen und Redaktionen [ist] zu beachten, daß die Auseinandersetzungen mit den SPD-Führern und ihrer Politik in der breitesten Arbeiteröffentlichkeit jetzt von allererster Bedeutung sind. Aus diesem Grunde muß den Vorgängen in Berlin in der Parteipresse die allergrößte Bedeutung gewidmet sein. Die Rede des Genossen *Neumann*, die in der *Roten Fahne* erscheint, muß von der Parteipresse möglichst ganz veröffentlicht werden.[16] Außerdem erscheint die Rede in Broschüre zu einem Preis von 10 Pfennig unter dem Titel: „Durch die rote Einheitsfront zur Macht!" Diese Broschüre muß in Massen vertrieben werden, um so unseren Mitgliedern und Sympathisierenden unsere Argumente und Kampfstellung gegen die SPD-Politik zugänglich zu machen.

Die Aktion gegen die SPD-Politik und Partei darf aber vor allem nicht auf Berlin beschränkt bleiben, sondern muß auf das ganze Reich übertragen werden. Aus diesem Grunde müssen die bezirklichen und örtlichen Parteileitungen folgende Aktionen durchführen.

a) An allen Orten sind öffentliche Versammlungen zu organisieren, zu denen die SPD-Führer des Bezirks oder des Ortes brieflich und öffentlich eingeladen werden die SPD-Politik zu verteidigen, mit der Zusicherung der gleichen Redezeit wie für unseren Referenten.

b) In allen Betrieben sollen Betriebsversammlungen mit Einladung der SPD-Betriebsräte, Vertrauensleute, Gewerkschaftsführer etc. einberufen werden, in denen die Referenten und Korreferenten die Politik der SPD, ADGB und der KPD erörtern.

---

14 Über den Verlauf der von der KPD einberufenen Versammlung am 8. 9., auf der drei SPD-Redner sprachen, vgl. *RF* Nr. 173 vom 9. 9. 1931. Der *Vorwärts* berichtete nicht über diese Versammlung.

15 Auf der von der SPD veranstalteten Kundgebung am 14. 9. im Berliner Sportpalast erhielt *Neumann* die gleiche Redezeit wie *Künstler*. In seiner Rede ging *Neumann* jedoch auf die Vorrede *Künstlers* überhaupt nicht ein. *Die Rote Fahne* vermerkte hierzu: „Genosse Heinz *Neumann* ging mit einer Handbewegung über die Erbärmlichkeit der Rede *Künstlers* hinweg". Statt dessen benutzte *Neumann* die Gelegenheit, vor den sozialdemokratischen Parteimitgliedern die Politik der SPD-Führung heftig anzugreifen und über die Einheitsfront unter Führung der KPD sowie über den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion zu sprechen. Vgl. den Bericht in *RF* Nr. 178 vom 15. 9. 1931: „Zehntausende jubeln dem Kommunismus zu!" Einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der Veranstaltung und das Referat *Künstlers* brachte der *Vorwärts* Nr. 431 vom 15. 9. 1931.

16 Die Rede *Neumanns* auf der Versammlung vom 8. 9. erschien in drei Teilen in der *Roten Fahne*. Vgl. „Werktätige, Proletarier, entscheidet euch! Kapitalistisches Chaos – sozialistische Ordnung", *RF* Nr. 174–176 vom 10.–12. 9. 1931. Die Reden vom 8. bzw. vom 14. 9. wurden in der Parteipresse abgedruckt: vgl. *Freiheit* Nr. 206 vom 16. 9. 1931; *Bergische Arbeiterstimme* Nr. 200 vom 16. 9. 1931; *Arbeiter-Zeitung* Mannheim (Ausgabe Ludwigshafen) Nr. 157 vom 14. 9. 1931.

c) In allen reformistischen Gewerkschaften müssen von unseren Genossen Anträge gestellt werden, daß über den Gewerkschaftskongreß in Frankfurt[17] Bericht zu erstatten ist und dazu ein Korreferent der RGO zugelassen wird.

d) In allen reformistischen Gewerkschaften müssen Anträge gestellt werden, daß über die Politik der Notverordnungen der *Brüning*- und *Braun*regierung und die Stellung der SPD und des ADGB hierzu, Referate und Korreferate gehalten werden.

e) Bei allen Stempelstellen sind Erwerbslosenversammlungen einzuberufen, zu denen gleichfalls die SPD zu Korreferaten aufgefordert wird.

f) Alle Versammlungen der SPD und des ADGB, der Gewerkschaften, des Reichsbanners, alle Betriebs- und Belegschaftsversammlungen, die sich auch mit anderen Fragen beschäftigen, sind auszunutzen, um vor der breitesten Arbeiteröffentlichkeit eine Auseinandersetzung über die Arbeiterverratspolitik der SPD, des ADGB, herbeizuführen. Hierbei dürfen sich unsere Genossen von den SPD-Führern und Funktionären unter keinen Umständen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit SPD-Arbeitern provozieren lassen, sondern sie müssen versuchen, ein kameradschaftliches Verhältnis mit den Betriebsarbeitern und Erwerbslosen zu erreichen.

g) Alle Parteimitglieder müssen verpflichtet werden, unser Agitationsmaterial, Broschüren, Zeitungen etc. regelmäßig und massenweise an die SPD-Arbeiter heranzubringen.

Die Bezirksleitungen müssen sofort in einer Konferenz mit der Redaktion der Zeitung, mit dem KJV, mit der RGO, mit der Roten Hilfe, dem Kampfbund u. a. sympathisierenden Organisationen gemeinschaftlich einen Plan zur Durchführung der Kampagne aufstellen, die systematisch auf mehrere Wochen durchgeführt werden muß.

Diese Kampagne muß aufs engste verknüpft werden mit der Werbeaktion, wie sie in dem Rundschreiben des ZK, Abt. Organisation, angesetzt ist.[18]

Politisch muß die Aktion gegen die SPD mit allen schwebenden politischen Fragen und Problemen verbunden sein (Notverordnungen *Brünings*, Leipziger Parteitag der SPD, ADGB-Kongreß in Frankfurt, Lohn- und Gehaltsabbau, Betriebsstillegungen, Arbeiter-, Beamtenentlassungen, 40-Stunden-Woche, Naturalverpflegung statt Unterstützung für Erwerbslose, Arbeitsdienstpflicht, Vertreibung der Erwerbslosen aus den Städten aufs Land etc. etc.). Die Aktion muß durchgeführt werden mit der konkreten Aufzeigung unserer Forderungen und des revolutionären Auswegs aus der Krise, aus Not und Existenzberaubung der Werktätigen durch das kapitalistische Raubsystem, deren stärkstes Bollwerk die Sozialdemokratie ist.

Im Mittelpunkt unseres gesamten Kampfes steht jetzt: Die Durchführung des größten Sturms zur Eroberung der wichtigsten Großbetriebe Deutschlands durch die KPD und die RGO und in Verbindung damit, die Vorbereitung, Auslösung und wirkliche Durchführung großer entschlossener Streikkämpfe gegen Lohnabbau und jede Verschlechterung der Lebenshaltung, wobei die RGO im Kampf gegen den ADGB die leitende Rolle übernehmen muß.

Gerade in dieser Situation, wo wir unmittelbar an die Lösung solcher entscheidender

17 4. Bundeskongreß des ADGB vom 31. August bis 4. September 1931 in Frankfurt am Main.

18 Vgl. Dok. 51.

revolutionärer Aufgaben herantreten – wie die Massengewinnung sozialdemokratischer Arbeiter, die Führung großer Streikkämpfe, die Eroberung der Betriebsarbeiter – gerade in dieser Situation gewinnt die innergewerkschaftliche Arbeit, die Gewinnung von Zehntausenden und Hunderttausenden freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter für die RGO und für den Massenkampf gegen die Unternehmeroffensive eine größere Bedeutung als jemals zuvor.

Gleichzeitig muß die Erwerbslosenbewegung im ganzen Reich auf ein Höchstmaß gesteigert werden.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Sekretariat

51.

15. 9. 1931: Anweisungen der Orgabteilung zum Werbeplan

StA Bremen, 4,65-II A 12a, Bd. 31 und StA Oldenburg, Bestand 136, Nr. 2891, fol. 300–303 v.: Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/1. 10. Überschrift: „Anweisungen der Orgabteilung des ZK an die Bezirksleitungen und Redaktionen! (Anlage zum Rundschreiben des ZK Nr.).“[1]

Werbeplan für die Zeit vom 1. Oktober 1931 bis zum 31. März 1932.

Werte Genossen!

Die Kommunistische Partei befindet sich im Angriff! Sie ist die revolutionäre Massenpartei des Proletariats. Hunderttausende von Werktätigen haben in letzter Zeit anerkannt, daß nur der Weg, den unsere Partei weist, der Ausweg aus Hunger und Verelendung ist. Hunderttausende sind in den letzten Wochen der Partei beigetreten. Das Vertrauen der breiten Massen zur Partei wächst trotz der wütenden Verfolgung, trotz schamloser Verleumdungen.

Eine neue Welle von Angriffen auf die Lebenshaltung der werktätigen Massen steht bevor. Die Regierung *Brüning* plant einschneidende Abbaumaßnahmen an der Erwerbslosenunterstützung. Damit verbunden werden weitgehende Lohn- und Gehaltskürzungen bei Arbeitern, unteren Angestellten und Beamten vorbereitet. Um diesen Kurs des Hungers und der Massenverelendung ungehindert durchführen zu können, wird die Bourgeoisie zu noch schärferen Terrormaßnahmen gegen unsere Partei und unsere Presse greifen.

Unsere Partei wird ihren Vormarsch fortsetzen und steigern. Ihr erwächst jetzt die Aufgabe, die Mehrheit des arbeitenden Volkes zu gewinnen, die Hegemonie der

1 Vorliegendes Rundschreiben wurde zusammen mit Dok. 50 den Bezirksleitungen übermittelt.

Arbeiterklasse über die anderen werktätigen Schichten des Volkes durch die Organisierung des Kampfes um den proletarischen Ausweg aus der Krise in die Tat umzusetzen. Die erfolgreiche Lösung dieser Aufgabe ist die Gewinnung der Massen, die Liquidierung des Masseneinflusses des Faschismus und die Liquidierung des Masseneinflusses der SPD.

Werbeoffensive zur Gewinnung von 100 000 neuen Parteimitgliedern!

Wir organisieren einen breiten Werbefeldzug mit dem Ziel, in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. März 1932 – 100 000 neue Mitglieder für die Partei zu gewinnen.

Die Werbeoffensive erfordert gründliche Vorbereitung in allen Parteiorganisationen und muß den Erfolg haben, daß 100 000 neue aktive Mitkämpfer in die Partei eingereiht werden. Die Erfahrungen und Lehren der vergangenen Werbekampagnen[2] sind bei der Einleitung und Führung dieser Kampagne in vollem Umfange zu berücksichtigen. Insbesondere muß die Massenwerbung unsere Positionen in den Großbetrieben erweitern. Auch die Zahl unserer Stützpunkte auf dem Lande gilt es zu vergrößern.

Das Ziel der Kampagne:

Das Werbeziel ist folgendes: 100 000 neue Mitglieder, davon 35 000 Betriebsarbeiter, 30 000 Frauen (davon 10 000 Betriebsarbeiterinnen).

1500 neue Betriebszellen

1000 neue Ortsgruppen

Aus diesen Zahlen sind noch einige Bedingungen zu vermerken. Die neue aufgenommenen Mitglieder müssen in der Abrechnung zum Ausdruck kommen. Nur die Entwicklung der Zahl der abgerechneten Mitglieder gilt als Maßstab für die Durchführung der Kampagne.

Der Anteil der betriebstätigen Mitglieder an der Abrechnung muß um die 35 000 zu werbenden Betriebsarbeiter erhöht werden.

Die 1500 neuen Betriebszellen sind in erster Linie in strategisch wichtigen Betrieben zu errichten.

Über die Zahl der 1000 neu zu bildenden Ortsgruppen hinaus sind in allen Orten Stützpunkte unserer Partei zu errichten.

Kein Ort darf ohne Stützpunkt der KPD sein!

Mit der Werbearbeit ist der Ausbau der Kader zu verbinden. Das Ziel ist: 50 % aller Parteimitglieder üben eine Parteifunktion aus!

Im Rahmen des Aufgebotes der 100 000 ist eine energische Werbe- und Verteidigungskampagne für unsere Presse zu führen, deren Ziele sind:

1. Restlose Erfassung aller Parteimitglieder als Abonnenten unserer Tageszeitungen.
2. Organisierung des Straßenverkaufs durch Zellen und Ortsgruppen.
3. Vertrieb der Tages- und Wochenzeitungen innerhalb der Betriebe.

---

2 Die KPD führte in den Jahren 1929–1933 jeweils nach bedeutenden Wahlen eine größere, zentrale Werbekampagne durch, so im Herbst 1929 nach den Gemeindewahlen (vgl. Dok. 11) und nach den Septemberwahlen 1930 (vgl. Dok. 27). Darüber hinaus war die Werbung neuer Parteimitglieder und Presseabonnenten eine ständige Aufgabe aller Parteimitglieder. Vgl. Dok. 40.

Werbeziele für die einzelnen Bezirke:[3]

Bezirk	Neue Mitglieder	davon Betr.-Arbeiter	Frauen	Neue Betr.-Zellen	Neue Ortsgruppen
1	15 000	5 000	4 400	300	100
3	2 000	700	600	20	35
4	3 500	1 300	1 000	50	40
5	1 000	400	300	10	25
6	10 000	400	300	30	30
7	2 900	1 000	900	40	40
8	14 000	5 000	4 000	150	100
11	6 500	2 200	2 000	95	70
12	2 600	900	800	40	40
13	3 800	1 300	1 200	90	40
14	2 700	900	800	40	30
15	1 200	400	300	15	30
16	8 000	3 000	2 500	100	50
17	2 400	800	700	53	30
18	8 000	3 000	2 500	80	50
20	6 500	2 200	2 000	150	40
21	3 500	1 200	1 100	50	30
22	800	300	300	15	30
23	4 500	1 500	1 400	50	40
24	1 000	300	300	25	25
25	2 800	1 000	800	90	40
26	2 600	900	700	65	35
27	2 000	700	600	30	30
28	1 700	600	500	30	30
insges.	100 000	35 000	30 000	1 500	1 000

Werbearbeit der Fraktionen in den Massenorganisationen.

Aus den Reihen des Kommunistischen Jugendverbandes und der revolutionären Massenorganisationen müssen der Partei während des Aufgebotes der 100000 Zehntausende neuer Mitglieder zugeführt werden, die durch die Schule der Massenarbeit gegangen sind.

Es werden folgende Ziele gestellt:

KJVD	10 000
RGO	10 000
Rote Sporteinh.	5 000
RHD	5 000
IAH	2 000
Freidenker	3 000
IB	2 000

3 Die Zahlen für die Bezirke sind die offiziellen Nummern der Bezirke der KPD. Zur Einteilung der Bezirke vgl. die Übersicht bei Weber I S. 395. Inzwischen waren die Bezirke 8–10 zu Sachsen zusammengeschlossen (Bez. 8) sowie Baden und Pfalz zu Bezirk 25 (Saar: 24). Vgl. auch Einleitung.

Die Fraktionen der Kommunisten in diesen Organisationen und das ZK des KJVD haben die Aufgabe, in erster Linie Betriebsarbeiter in diesem Aufgebot zu erfassen. Der Aufbau neuer Betriebszellen muß besonders durch die planmäßige Werbung in den Betriebsgruppen der RGO gefördert werden. In allen Betrieben, in denen zwar RGO-Betriebsgruppen, aber keine Betriebszellen der Partei bestehen, sind Betriebszellen zu bilden.

Einleitung und Organisierung des Aufgebotes:

Zur erfolgreichen Durchführung des Aufgebots ist eine gründliche Mobilisierung der gesamten Parteimitgliedschaft erforderlich. Jede Zelle, jede Ortsgruppe muß nach einem Plan, der ihren besonderen Verhältnissen entspricht, arbeiten.

Zunächst haben die Bezirksleitungen die Aufgabe, für die Bezirke und Unterbezirke konkrete Werbeziele und Werbepläne aufzustellen, die nach Beschlußfassung in der BL mit den Unterbezirksleitungen zu besprechen sind.

Bei der Aufstellung der Bezirks- und Unterbezirkspläne ist die Aufgabenstellung für die bestehenden Betriebszellen besonders zu beachten. Jede Bezirksleitung muß einige der wichtigsten Betriebszellen direkt kontrollieren und unterstützen. Die Aufstellung von Werbeplänen in diesen Betriebszellen ist unter unmittelbarer Mitwirkung der BL vorzunehmen. Die Werbepläne dieser Zellen sollen Beispiele für die Arbeit der Gesamtpartei sein.

Die Bezirksleitungen sind verpflichtet, dem ZK mitzuteilen, welche Betriebe von ihnen direkt bearbeitet und kontrolliert werden. Die Ergebnisse der Werbearbeit dieser Zellen sind mindestens 14tägig festzustellen und in der Parteipresse auszuwerten.

Da es sich besonders während der letzten Betriebsarbeiteraufgebote herausgestellt hat, daß die bestehenden Betriebszellen nur schwach arbeiten, ist von vornherein auf die Kontrolle dieser Zellen besondere Aufmerksamkeit zu lenken. In besonderen Betriebszellen-Funktionärskonferenzen, die regelmäßig örtlich und unterbezirklich zu veranstalten sind, ist die Entwicklung der Werbearbeit in den Betriebszellen zu besprechen.

Während des Antifaschisten-Aufgebots[4] haben zahlreiche Ortsgruppen und Straßenzellen keinerlei Werbearbeit geleistet. Für diese Organisationen ist eine besondere Aufgabenstellung und eine besonders gründliche Kontrolle notwendig. Besondere Mitgliederversammlungen und Parteiarbeiterkonferenzen in diesen Orten müssen zu den bisher vorhandenen Mängeln Stellung nehmen und geeignete Beschlüsse zur Änderung fassen.

Bei der Aufgabenstellung und Kontrolle der Werbepläne ist besonderer Wert darauf zu legen, daß sie wirklich konkret die örtlichen und betrieblichen Verhältnisse berücksichtigen. Die Betriebe, in denen Zellen gebildet werden sollen, sind natürlich namentlich aufzuführen. Die Liquidierung von Ortsgruppen der SPD und die Überführung der proletarischen Mitglieder in unsere Partei ist ebenfalls – unter Anführung konkreter Ziele – als Aufgabe zu stellen. Um die Losung: „Kein Ort ohne Stützpunkt der KPD!" praktisch zu verwirklichen, sind zunächst alle Orte in den Arbeitsplänen anzuführen, in denen SPD-Ortsgruppen bestehen. Für alle diese Orte

4 Gemeint ist damit die Werbekampagne nach den Reichstagswahlen vom September 1930. Vgl. Dok. 27.

besteht besonders dringend die Aufgabe, Stützpunkte zu errichten, die Arbeitermitglieder der SPD zu bearbeiten, um die Voraussetzungen zur Gründung von Ortsgruppen zu schaffen.

Die Arbeits- und Werbepläne der KJVD sowie der revolutionären Massenorganisationen sind ebenfalls konkret auszuarbeiten und zu kontrollieren.

Kontrolle:

Das ZK wird, beginnend Ende November, monatliche Kontrollen in den Bezirken durchführen. In einer Sitzung des Bezirkssekretärs mit den Fraktionsleitern der Massenorganisationen und Zellenleitern der wichtigsten Betriebe werden jeweils der Stand des Aufgebotes, die Mängel und Erfolge untersucht.

Die Bezirksleitungen haben die Aufgabe, ebensolche Kontrollen in den Unterbezirken durchzuführen.

Für die Durchführung des Aufgebotes gelten folgende Etappen:

31. Oktober	20 % des Gesamtzieles
30. November	40 % des Gesamtzieles
31. Dezember	50 % des Gesamtzieles
31. Januar	70 % des Gesamtzieles
29. Februar	90 % des Gesamtzieles
31. März	100 % des Gesamtzieles

Als Grundlage gilt die Durchschnittszahl der abgerechneten Mitglieder im 2. Quartal 1931.

Zur Verstärkung der Kontrolle ist die Einrichtung eines besonderen Kontroll- und Unterstützungsdienstes mit Hilfe der Instrukteure notwendig, um ständig die Entwicklung des Aufgebots beobachten und verbessern zu können.

Wettbewerbe:

Zur Beschleunigung des Tempos und zur Steigerung der Aktivität ist die Organisierung des Wettbewerbs der Zellen und Ortsgruppen untereinander besonders sorgfältig vorzunehmen.

Das ZK stellt für die erfolgreichsten Organisationen folgende Anerkennungspreise zur Verfügung:

1 Sturmfahne für den besten Bezirk
1 Sturmfahne für die beste Betriebszelle
1 Sturmfahne für die beste Stoßbrigade

Die 20 besten Werber nehmen als Delegation an den Maikundgebungen in der Sowjetunion teil. Zu diesen 20 kommen noch 5 Vertreter der 5 erfolgreichsten Betriebszellen.

Die Erfolge werden nicht nur nach der Zahl der Neuaufgenommenen bewertet. Maßgebend ist auch hierbei die tatsächliche Steigerung der Abrechnung.

Aufgabe der Bezirksleitung ist es, zur Auslösung von Wettbewerben in den Bezirken ähnliche Preise auszusetzen (z. B. Bücher zum Aufbau von Zellenbibliotheken usw.).

Die Wettbewerbe müssen alle die Aufgaben umfassen, die als Ziel des Aufgebots der Hunderttausend gestellt werden. Sie dürfen nicht mechanisch ausgeschrieben werden, sondern müssen in den Zellen und in Parteiarbeiterversammlungen diskutiert und beschlossen werden.

Unsere Parteipresse hat die Aufgabe: die Wettbewerbe und ihre Ergebnisse zu popularisieren.[5]

Jedes Bezirks- und Unterbezirkssekretariat muß einmal wöchentlich den Stand der Wettbewerbe und den Stand der Gesamtkampagne besprechen.

Schlußbemerkungen:

Das Aufgebot der Hunderttausend ist ein wichtiger Teil unserer Gesamtarbeit. Die Ergebnisse des Aufgebotes werden das Spiegelbild unserer praktischen Arbeit sein.

Es gilt jetzt, schnell und gründlich zu organisieren. Im Vordergrund steht die Verstärkung unserer Positionen in den Betrieben! Dort, wo noch keine Zellen bestehen, müssen Stoßbrigaden aus den aktivsten Genossen gebildet werden, um von außen die Eroberung der Betriebe vorzunehmen.

Die Lage ist für unseren Vormarsch äußerst günstig. Jede Zelle und jede Ortsgruppe kann und wird im Rahmen des Gesamtplanes ihr Soll erreichen, wenn die Leitungen sofort mit der Organisierung und Mobilisierung beginnen.[6]

ZK-Orgabteilung

5 Zu Beginn der Werbekampagne am 1. Oktober war *Die Rote Fahne* verboten. Auch nach dem Wiedererscheinen der Zeitung am 16. Oktober brachte sie keine größeren Artikel zur Werbekampagne, so daß die hier angesprochene Aufgabe vom Zentralorgan nur unzureichend durchgeführt wurde. In dem Zeitraum zwischen Oktober 1931 und März 1932 veröffentlichte *Die Rote Fahne* ein einziges Werbeergebnis für die Monate Oktober und November. Danach wurden im Oktober im Reichsgebiet 22 856 neue Mitglieder geworben, unter ihnen 1000 ehemalige SPD-Mitglieder. Im Monat November wurden in 8 Bezirken 13 449 Mitglieder geworben. Die Zahl der Betriebsarbeiter betrug 7301, 73 neue Betriebszellen wurden gegründet. Vgl. *RF* Nr. 230 vom 16. 12. 1931.

6 Zur weiteren Konkretisierung der Werbekampagne siehe Dok. 51 und 52.

52.

21. 9. 1931: Anweisungen der Orgabteilung zum Werbeplan

StA Oldenburg, Bestand 136, Nr. 2891, fol. 331–333; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/8. 10. Überschrift: „Anlage zum Rundschreiben des ZK Nr. 13/1931.[1] Anweisungen der Orgabteilung an die Orgabteilung aller Bezirksleitungen."

Betrifft: Werbeplan für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März 1932

Werte Genossen!

Zusammen mit dem Sonderrundschreiben des Sekretariats des ZK vom 12. September[2] erhielten alle Bezirksleitungen den Werbeplan für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März.[3] In den nächsten Tagen senden wir Euch zu diesem Plan einiges

1 Rundschreiben Nr. 13 liegt nicht vor.

2 Vgl. Dok. 50.

3 Vgl. Dok. 51.

ergänzendes Material, das wir auf Grund unserer Betriebsstatistik ermittelt haben. Dieses Material soll von Euch zur Ergänzung der Bezirks- und Unterbezirkspläne verwendet werden und wird Euch insbesondere in der Kontrolle der Betriebswerbung unterstützen.

Es ist jetzt die Aufgabe der Bezirksleitungen, einen Werbeplan für den Bezirk aufzustellen, der jedem UB und den wichtigsten Großbetriebszellen genau umrissene Aufgaben stellt. Die Bezirkspläne sind sofort nach Fertigstellung in mehreren Exemplaren an die Orgabteilung des ZK einzuschicken.

Um nicht nur schriftliche Anweisungen zu geben, ist die Besprechung der Aufgaben der Unterbezirke mit den UBL notwendig. Ebenso muß jede BL mit mehreren wichtigen Betriebszellen deren spezielle Aufgaben besprechen sowie die Einleitung und Führung der Kampagne in diesen Zellen direkt kontrollieren.

Die Werbepläne und die Aufgaben der Partei sind in Parteiarbeiterkonferenzen und in Mitgliederversammlungen zu besprechen. Die Einleitung der neuen Werbeoffensive muß demonstrativ geschehen.

Um stets die Bedeutung der Betriebsarbeit hervorzuheben, empfiehlt sich die Anwendung der im Ruhrgebiet bei anderer Gelegenheit angewandten Methode, in den Sitzungen der UBL das Referat des Vertreters des wichtigsten Betriebes entgegenzunehmen und in den Mittelpunkt zu stellen.

Von vornherein ist die Werbekampagne in breitester Öffentlichkeit zu führen. Die regelmäßige Besprechung der Werbeergebnisse und der Entwicklung der Organisation in der Presse, wie sie gegenwärtig von den Bezirksleitungen Halle-Merseburg, Sachsen, Niederrhein, Baden-Pfalz durchgeführt wird, ist richtig und muß auch von den übrigen Bezirksleitungen eingeführt werden. In der Popularisierung und öffentlichen Kontrolle der Wettbewerbe der Zellen, Ortsgruppen und Unterbezirke ist die BL Wasserkante vorangegangen. Die in der *Hamburger Volkszeitung*[4] regelmäßig wiederkehrende Rubrik sollte auch von anderen Bezirksleitungen eingerichtet werden.

Zur systematischen Führung der Kampagne in der Presse werden eine Anzahl Matern hergestellt, deren Verwendung in der Parteipresse täglich kontrolliert werden muß. In der Hauptsache sollen aber bezirkliche Artikel, Notizen usw. erscheinen. Auch darüber ist eine tägliche Kontrolle zu führen. Die nächste Nummer des *Agitator*[5] wird auf die Werbung eingestellt sein und besondere Richtlinien zur Führung des Kampfes in Betriebs- und Häuserblockzeitungen enthalten.

Wir werden im Laufe der Kampagne immer wieder die Bezirksleitungen auf gute Methoden anderer Bezirksleitungen hinweisen.

Bildung von Werbekommissionen.

Für die Dauer des Aufgebots sind zur Kontrolle der Kampagne bei den Bezirksleitungen Werbekommissionen zu errichten. Ihre Zusammensetzung muß den vielgestaltigen Aufgaben dieser Werbekampagne entsprechen. Sie sollen bestehen aus den Mitgliedern der Orgabteilung, je einem Vertreter der RGO, der roten Sportler und der

4 *Hamburger Volkszeitung*. Organ der KPD für den Bezirk Wasserkante.

5 *Der Agitator*, parteiinternes Informationsorgan für Fragen der Agitation und der Parteiarbeit. Vgl. dazu Dok. 41, Abschnitt 5. Das entsprechende Heft des *Agitators* war nicht zu ermitteln.

Abteilungen Agit. Prop. Kasse. Frauen sowie je einem Vertreter der Redaktion und des Verlages der Zeitung und einem Vertreter des KJV. Auch der Litobmann muß zu dieser Kommission herangezogen werden.

Diese Zusammensetzung der Kommissionen ist erforderlich, um nicht nur eine einfache Werbearbeit zu gewährleisten, sondern in Verbindung mit ihr die Schulung der Neuaufgenommenen, ihre restlose organisatorische und kassentechnische Erfassung sowie ihre tatsächliche Einreihung in die Parteiarbeit zu überwachen.

Die Werbekommissionen sollen den Sekretariaten der BL laufend genaue Unterlagen über den Stand der Werbung, über den Kampf gegen die Fluktuation, über die Schulung usw. vermitteln und so daran mithelfen, daß ein ständiger Ausbau der Führung der Kampagne vor sich geht.

Eine der ersten Aufgaben der Werbekommission ist die restlose Ausschaltung aller bürokratischen Verzögerungen bei der Ausstellung und Zustellung der Mitgliedsbücher. Die Kommissionen müssen dafür Sorge tragen, daß genügend Kräfte (erwerbslose Genossen) freigestellt werden, die mit der Ausstellung der Mitgliedsbücher beschäftigt werden können.

Zusammen mit dem Mitgliedsbuch muß den neuen Mitgliedern ein besonderes, persönlich gehaltenes Schreiben zugestellt werden, das vom Polleiter des Bezirks unterschrieben (bzw. unterstempelt) ist. Es empfiehlt sich, für Männer und Frauen besondere Schreiben herzustellen. Zweckmäßig ist auch die Herstellung eines besonderen Musters für ehemalige SPD- und Reichsbanner-Mitglieder. In diesem Schreiben soll das neue Mitglied herzlichst als neuer kommunistischer Kämpfer begrüßt werden, es soll ihm kurz gesagt werden, was sein Schritt zur Partei bedeutet. Es sind ihm eine oder zwei wichtige grundlegende Broschüren oder Bücher zu empfehlen, und es ist ihm mitzuteilen, an welche Adresse er sich wenden muß, um in einem Kursus eingeführt zu werden. Durch dieses Schreiben wird schnell eine enge Verbindung zwischen der BL und dem neuen Mitglied hergestellt sein. Im Rahmen der Werbekommission sind ein oder zwei Genossen mit der Bearbeitung der von den neuen Mitgliedern eingehenden Anfragen und Briefen zu beauftragen.

Wir bitten die Orgabteilung aller Bezirksleitungen, uns Vorschläge und Entwürfe zu solchen Briefen an Neuaufgenommene in mehreren Exemplaren einzuschicken. Diese Vorschläge werden wir jeweils den übrigen Bezirken zur Anwendung und Kritik übermitteln.[6]

Aufgaben der Kommissionen für Statistik während der Kampagne.

Bereits vor einem Jahr regten wir die Bildung von Kommissionen für Statistik im Rahmen der Orgabteilung an.[7] Diese Kommissionen haben zur Kontrolle der Durchführung des Aufgebots wichtige Aufgaben. Es kommt nicht nur darauf an, einen Gesamtüberblick zu schaffen, sondern durch die Arbeiten der Kommissionen für Statistik eine ständige Kontrolle über die Entwicklung der einzelnen Betriebszel-

6 Ein solches Schreiben befindet sich im NSDAP-Hauptarchiv, *Hoover*-Institution, Folder 263. Es enthält eine Reihe von Fragen an das neue Parteimitglied, die der organisatorischen Integration in die Partei dienen, z. B. Erfassung in einer Zelle, Besitz eines Parteibuches, ist eine Parteiarbeit übernommen, bereits eine Zellensitzung besucht, welche Eindrücke hinterließ diese Sitzung und welche Vorschläge können gemacht werden. Zur Rücksendung des Fragebogens lag ein Freiumschlag bei.

7 Vgl. Dok. 24.

len, der Werbung unter den SPD-Arbeitern, des Anteils der Betriebsarbeiter an den Gesamtaufnahmen zu erhalten. Die Organisierung dieser Berichterstattung und ihre Auswertung ist nicht lästiges Beiwerk, sondern die Voraussetzung dafür, jederzeit korrigierend und verbessernd eingreifen zu können.

Einige Bezirke haben bisher keine Übersicht über die Mitgliederabgänge. Ohne diese Übersicht ist aber ein erfolgreicher Kampf gegen die Fluktuation nicht möglich. Die Kommissionen für Statistik müssen deshalb als eine ihrer wichtigsten Aufgaben die Schaffung einer einwandfreien Übersicht über die Abgänge ansehen, um dadurch der Werbekommission die Möglichkeit zu geben, die Zahl der Abgänge durch systematische Bearbeitung der betreffenden Genossen zu vermindern.

Wir ersuchen die Orgabteilungen, die hiermit gegebenen Anregungen in der praktischen Arbeit anzuwenden und alles zu tun, um das Aufgebot in der gesamten Organisation gründlich vorzubereiten.

Mit kommunistischem Gruß!
ZK.-Org.

53.

7. 10. 1931: Anweisungen des Sekretariats wegen der Umbildung der *Brüning*-Regierung

StA Bremen, 4,65-II A 12a, Bd. 30 und StA Oldenburg, Bestand 136, Nr. 2891, fol. 446–450; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/27. 10. Überschrift: „Zentralkomitee der KPD, Sekretariat. Sonderanweisungen! An alle Bezirksleitungen, an alle Chefredaktionen, an alle Komm.-Fraktionen der Massenorganisationen, an die Abteilungen des ZK, an das Büro des ZK des KJVD, an die Fraktionsleitung der Kommunistischen Reichstagsfraktion, Abschrift an die Mitglieder und Kandidaten des ZK."

Werte Genossen!

Die Umbildung der *Brüning*-Regierung[1] und das Inkrafttreten der neuen Notverordnung[2] einerseits, die Krise der Sozialdemokratie[3] und die ersten Ansätze ernster Streikbewegungen andererseits führen zu einer veränderten Situation und neuen Aufgaben für die Partei.

1 Nach dem Rücktritt von Reichsaußenminister *Curtius* am 3. Oktober folgte am 7. Oktober 1931 die Gesamtdemission des Kabinetts *Brüning*, um eine Kabinettsneubildung „ohne parteimäßige Bindungen" (*Hindenburg*) zu ermöglichen. Am 9. Oktober wurde das neue Kabinett *Brüning* ernannt. *Brüning* übernahm zusätzlich zum Kanzleramt noch das Außenministerium. Reichswehrminister *Groener* übernahm für *Wirth* das Innenministerium. Das Verkehrsministerium übernahm statt *v. Guérards* nunmehr *Treviranus*. Ferner gab es weitere Wechsel innerhalb des Kabinetts. Vgl. Schulthess 1931 S. 223; Horkenbach 1931 S. 325.

2 Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen, vom 6. Oktober 1931. RGBl. Teil I, S. 566. Horkenbach 1931 S. 323.

3 Gemeint ist die Abspaltung der SAP von der SPD. Vgl. dazu Dok. 50.

Die neue Regierung *Brüning* bedeutet eine erhebliche Rechts-Schwenkung der Bourgeoisie, einen neuen Abschnitt in der Durchführung der faschistischen Diktatur, eine gewaltige Verschärfung des Unternehmerangriffs gegen die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, einen Übergang zur Regierung des faschistischen *Hugenberg*flügels und der *Hindenburg*schen Reichswehrgruppe.

Der Klasseninhalt der neuen Notverordnung ist die Einleitung einer Offensive von nie dagewesenem Umfang gegen die Lebensbedingungen aller werktätigen Schichten (Lohnabbau, Unterstützungsraub, Naturalverpflegung für Erwerbslose, weitere Schritte zur Arbeitsdienstpflicht, radikale Drosselung aller kommunalen Wohlfahrtsausgaben usw.) und gleichzeitig die größte bisherige Verschärfung der polizeilichen Verfolgungen der Arbeiterbewegung (Sondergerichte, Schutzhaft, Androhung der Schließung aller Gebäude, Räumlichkeiten und Lokale der revolutionären Arbeiterbewegung, ungeheuerliche Verschärfung der Presseknebelung usw.). Der ökonomische und politische Teil der Notverordnung bilden einen untrennbaren Zusammenhang. Sie sind nur der Auftakt für noch viel schärfere Maßnahmen, die in den nächsten Monaten zu erwarten sind.

Die Sozialdemokratie hat sich faktisch schon jetzt zur Unterstützung der zweiten *Brüning*-Regierung bereit erklärt. (Der *Vorwärts* schreibt, daß „das kleinere Übel noch größer wird als es bisher war" und daß die einzige Möglichkeit darin bestehe, die gegenwärtige Entwicklung „ein wenig zu verlangsamen".)[4]

Die Aufgabe der zweiten Regierung *Brüning* besteht darin, innenpolitisch die Sozialdemokratie auch zur faktischen Unterstützung der kommenden Regierung *Hugenberg* gefügig zu machen und außenpolitisch die Vorbedingungen zur völligen Kapitulation Deutschlands vor dem Diktat des amerikanisch-französischen Finanzkapitals zu schaffen.

Die erneute Rechtsschwenkung der deutschen Bourgeoisie, die auch in den Unternehmerorganisationen zum Ausdruck kommt (vollständige Einheitsfront der Schwerindustrie mit der Chemie, *Krupp* an Stelle *Duisbergs*, einheitliche Plattform der Spitzenverbände und des Landbundes), ist keineswegs ein Resultat ihrer Stärke, sondern ihrer Schwäche. Sie stößt auf gewaltige innere und äußere Widersprüche, von denen besonders hervorzuheben sind: 1. die versklavenden Bedingungen des französischen Imperialismus, die der nationalen Demagogie des *Hugenberg-Hitler*blocks entgegenstehen. 2. die Notwendigkeit des schnellsten Tempos und der brutalsten Form des Unternehmerangriffs, die mit dem Zwang zur weiteren Ausnutzung der Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze des Finanzkapitals in Konflikt gerät. 3. als stärkstes Hemmnis: der Klassenkampf des Proletariats und der Werktätigen unter Führung der Kommunistischen Partei.

Der Klassenkampf des Proletariats nimmt neue und höhere Formen an. Nicht nur der Unternehmerangriff, sondern auch der revolutionäre Aufschwung der Arbeiterbewe-

4 In dem Artikel „Umbildung des Kabinetts", *Vorwärts* Nr. 467 vom 6. 10. 1931 heißt es in der zitierten Stelle: „Es wird vielmehr, wie es scheint, der Sozialdemokratie zugemutet, weiter die Politik des kleineren Übels zu treiben, und zwar auch dann, wenn das ‚kleinere Übel' noch größer wird, als es bisher war." Weiter heißt es: „Die Sozialdemokratie [. . .] wird sich die Frage vorlegen müssen, ob es noch viele Opfer lohnt, sie (i. e. die weitere Rechtsentwicklung im Reich) ein wenig zu verlangsamen." Diese Frage wird bejaht, insofern „das Opfer" der SPD zur Erhaltung des „Apparates der parlamentarischen Demokratie" nötig sei.

gung, die Entfaltung der Volksrevolution, das Wachstum der Kommunistischen Partei, vollzieht sich im beschleunigten Tempo. Die Proletarisierung der kämpfenden Klassen macht ungeheure Fortschritte.

Die wichtigsten neuen Erscheinungen des proletarischen Klassenkampfes sind folgende:

1. Der Kapitalismus wird mit jedem Tage, ja mit jeder Stunde stärker im Bewußtsein der Millionenmassen diskreditiert.

2. Das Programm der Kommunisten, das noch vor einem Jahr in breiten Kreisen als „Utopie" galt, gewinnt Hunderttausende neuer Anhänger. Immer weiter verbreitet sich der Gedanke: „Sowjetdeutschland ist möglich."

3. Die Krise des sozialdemokratischen Masseneinflusses ist in eine Parteikrise der SPD, in eine Krise der Sozialdemokratie als Partei umgeschlagen, was noch z. Z. des Leipziger Parteitages nicht der Fall war. Das zeigt sich in den Spaltungserscheinungen,[5] im zunehmenden Übertritt von sozialdemokratischen Einzelmitgliedern und Gruppen, ja sogar führenden Funktionären in die KPD.[6]

4. Die Losung der proletarischen Einheitsfront, des Kampfbündnisses der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter, schlägt die tiefsten Wurzeln in den Millionenmassen des gesamten Proletariats.

5. Die Streiks der ersten Oktoberwoche[7] sind der zwar noch schwache, unzureichende, tastende Anfang, aber zweifellos der Anfang jener mächtigen Streikwelle, die in den letzten Jahren gefehlt hat und deren Eintritt wie ein befreiender Luftzug auf die ganze Arbeiterbewegung wirken muß.

Besonders der Danziger Hafenarbeiterstreik ist ein Vorbild des revolutionären Massenelans und zeigt, daß die RGO, insbesondere die roten Verbände die Fähigkeit besitzen, selbständig große Arbeitergruppen gegen den Widerstand der Reformisten und Christen, gegen den schärfsten Terror des Staatsapparates in geschlossene Streikkämpfe zu führen und die streikenden Betriebsarbeiter mit den kämpfenden Erwerbslosen fest zusammen zu schließen. Der Ruhrstreik zeigt trotz seiner zahlenmäßigen Schwäche und Kürze, daß es nur unter dem Druck der revolutionären Gewerkschaftsopposition gelungen ist, den Lohnabbau von 12% auf 3¾%, wenn auch nur für die kurzfristige Laufdauer von zwei Monaten zurückzuschlagen. Insgesamt hatten wir die ersten Ansätze gleichzeitiger Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien, Waldenburg, Ruhrgebiet und im Wurmrevier unter Führung der RGO, also die wenn auch schwachen Keime einer Bewegung im Reichsmaßstab, bei einem gleichzeitigen Kampf der Hafenarbeiter in Danzig und der Seeleute in den Nordseehäfen, die ebenfalls von der RGO geführt wurden.

Die Hauptmängel, die kraß und schädlich in Erscheinung treten, sind gegenwärtig:

1. Völlige Unzulänglichkeit der Betriebsarbeit und bedrohlicher Rückgang des

5 In der Vorlage: Spaltpunkterscheinungen.

6 Vgl. Dok. 50. Am 27. September 1931 war der SPD-Reichstagsabgeordnete Walter *Ötting haus* (1883–1950) zur KPD übergetreten. Vgl. *Inprekorr* Nr. 93 vom 29. 9. 1931, S. 2086.

7 Nach dem Erlaß der neuen Notverordnung kam es während der Regierungsumbildung zu einer Reihe kleinerer Streiks, wie sie im folgenden aufgezählt werden. Wegen ihrer geringen Bedeutung fanden diese Streiks in der Presse kaum Beachtung.

Prozentes der Betriebsarbeiter bei stürmischem Wachstum der Parteimitgliedschaft im allgemeinen.

2. Immer noch schmähliche Untätigkeit an der innergewerkschaftlichen Front.

3. Als Folge dieser beiden Erscheinungen ein schleppendes Entwicklungstempo der Streikwelle. Schwäche des Streiks, trotzdem alle objektiven Vorbedingungen für einen mächtigen Aufschwung vorhanden sind.

4. Vernachlässigung des politischen Kampfes gegen die Nationalsozialisten (vgl. Hamburger Wahlergebnis).[8]

5. Ungenügende Massenarbeit und Initiativgeist im Kampf um die sozialdemokratischen Arbeiter, um die Gewinnung neuer Hunderttausender für die proletarische Einheitsfront.

6. Mangelhafte Vorbereitung auf die Verfolgungen und Unterdrückungen (Sorglosigkeit, Leichtsinn, Legalismus).

Diese Mängel, die bereits in der Resolution des Polbüros des ZK vom 24. September 1931 kritisiert wurden,[9] müssen unverzüglich beseitigt werden, wenn nicht eine verhängnisvolle Schwäche der proletarischen Front angesichts der bevorstehenden gewaltigen Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind eintreten soll. Auf diese Fehler und nicht auf irgendwelche „objektiven Ursachen" ist die Verzögerung der Streikwelle, die langsame Liquidierung des sozialdemokratischen Einflusses, die weitere Zunahme der Nazistimmen zurückzuführen.

Das Sekretariat des Zentralkomitees hat in seiner Sitzung vom 6. Oktober beschlossen, die gesamte Partei zur Durchführung folgender dringender Aufgaben im Rahmen unserer Generallinie zu mobilisieren.

1. Anspannung aller Kräfte zur Auslösung neuer viel breiterer und stärkerer Streikbewegungen. Besondere Konzentration auf die Metallarbeiter in Berlin und im ganzen Reich, auf die Staats- und Gemeindearbeiter in Berlin und im ganzen Reich, auf die Bergarbeiter im Ruhrgebiet und in anderen Revieren. Diese Kämpfe werden eine Feuerprobe für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition sein.

2. Im Massenkampf gegen die neue *Brüning*-Regierung und die neue Notverordnung stärkste Agitation für den politischen Massenstreik, für den befristeten Proteststreik, gegen Lohnabbau und Reaktion. Auslösung politischer Massenstreiks nur dort, wo

---

8 Bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen am 27. September 1931 errang die NSDAP 202 465 Stimmen (Reichstagswahl 1930: 144 684 Stimmen) und 43 Mandate, die KPD erhielt 168 618 Stimmen (1930: 135 279 Stimmen) und 35 Bürgerschaftssitze. Stärkste Partei blieb die SPD mit 214 509 Stimmen (1930: 240 984 Stimmen) und 46 Sitzen sie hatte jedoch einen Verlust von 14 Sitzen hinzunehmen. Vgl. Schulthess 1931 S. 208.

9 Über die Sitzung des Polbüros der KPD vom 24. September 1931 konnte *Die Rote Fahne* keine Beschlüsse veröffentlichen, da sie vom 18. 9. bis 16. 10. 1931 verboten war. Aus diesem Grunde wurde die Partei über die Sitzung des Polbüros und die dort gefaßten Beschlüsse durch einen Rundbrief des Zentralkomitees an alle Parteimitglieder informiert. Dieser Rundbrief enthält: 1. Die Beschlüsse des Polbüros vom 24. 9. 1931. 2. Einen Auszug aus der Rede *Remmeles* in der Sitzung vom 24. 9. 1931. 3. Resolution des Polbüros vom 24. 9. 1931: Die Krise der Sozialdemokratie und die proletarische Einheitsfront. Vgl. Rundbrief des ZK der KPD an alle Parteimitglieder. Die brennendste Aufgabe der Partei: Die Organisierung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Offensive des Kapitals. BA. ZSg 1 – 65/26 (Drucksachen KPD), Bd. 32. Auszüge der Resolution brachte die *Inprekorr* Nr. 95 vom 2. 10. 1931, S. 2144 ff.

wirklich große Massen im Betrieb dazu bereit sind. Keine allgemeinen Aktionslosungen.

3. Sofort, ohne länger abzuwarten die stärkste Entfesselung der Erwerbslosenbewegung im ganzen Reich unter den politischen Losungen der Lebensmittelbeschlagnahme, der Winterbeihilfe, der Arbeitsbeschaffung u. ä. Die Erwerbslosenbewegung wird zweifellos in der nächsten Zeit einen stürmischen, aktiven Charakter annehmen. Es ist notwendig, diesen Kämpfen eine möglichst organisierte Form zu geben. Die leitende Rolle und die Autorität der Erwerbslosenausschüsse müssen gestärkt werden. Die Erwerbslosenstaffeln, die aus dem Kampfbund losgelöst sind und den Erwerbslosenausschüssen unterstehen, müssen festorganisiert werden. Vom Ausmaß und der Schärfe der Erwerbslosenbewegung hängt zum großen Teil die Entwicklung der Streikwelle ab.

4. Zur Reichstagseröffnung sind die allerbreitesten Massen unter klaren, volkstümlichen politischen Losungen zum demonstrativen Auftreten zu mobilisieren.[10] Sie müssen in wuchtigen Kundgebungen während der Reichstagsverhandlungen gegen die Schandtaten des ohnmächtigen Schattenparlaments protestieren. Vor der Reichstagseröffnung (am 10./11./12. Oktober) sind überall Betriebsrätekonferenzen und Vollversammlungen der Betriebsräte unter weitgehender Einladung sozialdemokratischer und christlicher Arbeiter- und Angestelltenräte einzuberufen, auf denen die kommunistischen Reichstagsabgeordneten im Sinne unserer Anträge und unserer Losungen über das Thema: „Der Reichstag und das arbeitende Volk" berichten.

5. Eine Lawine von öffentlichen Versammlungen in den größten Sälen, bis in die letzte Ortsgruppe. Versammlungen bis ins letzte Dorf mit dem Thema: „Die zweite *Brüning*-Regierung, die neue Notverordnung, der Reichstag und das arbeitende Volk" u. ä. „Wie einigen wir die Arbeiterklasse? Wie überwinden wir die Not?"

6. Einheitliche Kampforgane zur Führung und Zusammenfassung aller Bewegungen (Streiks, Erwerbslose, Mieter, antifaschistische Kämpfe, Einheitsfrontbewegungen usw.) sofort örtlich auf Grund breiter Delegiertenversammlungen (nach dem Beispiel der Volksdelegiertenkörper im Ruhrgebiet) bilden. Wir gehen damit zur Bildung allgemeiner Einheitsfrontorgane, allgemeiner Kampforgane über. Dieser ernste und wichtigste Schritt ergibt sich: a) aus dem Wachstum des Massenkampfes in seinen verschiedenen Formen (Streiks, Erwerbslosen usw.), b) aus der breiten Einheitsfrontbewegung der sozialdemokratischen Arbeitermassen, c) aus dem weiteren Übergang breiter kleinbürgerlicher Schichten (Mittelstand, Bauern, enttäuschte Nazianhänger) auf die Seite des revolutionären Proletariats. Organisatorische Richtlinien zur Durchführung folgen nach. Benennung „Einheitsausschüsse gegen Not und Reaktion".[11]

---

10 Über kommunistische Demonstrationen anläßlich der Reichstagseröffnung am 13. Oktober konnte *Die Rote Fahne* nicht berichten, da sie bis zum 16. 10. 1931 verboten war. Die sozialdemokratische Presse schrieb lediglich von „Menschenmassen hinter Polizeispalieren" und „starken politischen [sic!] Absperrungen". Vgl. *Vorwärts* Nr. 481 vom 14. 10. 1931. *Die Freiheit* (Nr. 230 vom 14. 10. 1931) und die *Bergische Arbeiterstimme* (Nr. 230 und 232 vom 14. bzw. 16. 10. 1931) berichteten über Demonstrationen in Berlin und im Rheinland.

11 Diese Richtlinien liegen nicht vor.

7. Gegenüber der Gruppe *Seydewitz-Rosenfeld*,[12] die zahlenmäßig schwach, aber als Barriere gegen KPD und RGO von nicht zu unterschätzender Gefahr ist, sind bei Fortsetzung des verschärften Kampfes auf der bisherigen Linie weitere Maßnahmen zur Herstellung der Einheitsfront mit den linken sozialdemokratischen Arbeitern, ebenso wie mit den noch in der SPD befindlichen Arbeitern notwendig. Die Einheitsausschüsse gegen Not und Reaktion müssen gleichzeitig als Einheitskomitees sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter (nach dem Mannheimer Beispiel)[13] organisiert werden. Ihre Autorität und ihr Masseneinfluß wird in dem Maße steigen, wie es gelingt, sozialdemokratische Arbeiter beider Richtungen aktiv in sie einzubeziehen. Rolle und Bedeutung der RGO in den Mittelpunkt einer breit angelegten Kampagne gegen die Zentristen stellen.

Zur beschleunigten und energischen Durchführung dieser Aufgaben sofort folgende innerorganisatorische Maßnahmen:

a) In allen Organisationen bis zur Ortsgruppe Generalmitgliederversammlungen oder allgemeine Funktionärkonferenzen zur Mobilisierung der gesamten Partei (unter Hinzuziehung der RGO und Massenorganisationen) einberufen. Tagesordnung: Unsere neuen Aufgaben. (Konkret örtliche Stellungnahme mit praktischen Beschlüssen.)

b) Schwerpunkt in die Betriebe verlegen. Mobilisierung der RGO-Anhänger und der Mitglieder der roten Verbände. Nach Möglichkeit gemeinsame Mitgliederversammlungen von RGO, ADGB und Christen in den Betrieben.

c) Einberufung und klare, greifbare Instruktionen an alle Erwerbslosenausschüsse.

d) Aussprache mit Fraktionsleitungen der Massenorganisationen, um sie auf die neuen Aufgaben einzustellen.

e) Praktische kommunistische Schlußfolgerungen aus den Bestimmungen der neuen Notverordnung in den Fragen Presse, Parteiräume, Sicherung des Parteikaders, des Parteimaterials, der gesamten Organisationsarbeit ziehen.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Sekretariat

12 Gemeint ist die SAP, zu deren Vorsitzenden auf der 1. Reichskonferenz am 4. Oktober 1931 M. *Seydewitz*, K. *Rosenfeld* und H. *Ströbel* gewählt wurden. Vgl. dazu Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Meisenheim am Glan 1965.

13 Das Komitee soll 1931 aktiv gewesen sein, am 8. 10. 1931 führte es eine große Kundgebung durch. Vgl. Fritz Salm, im Schatten des Henkers. Widerstand in Mannheim gegen Faschismus und Krieg. 2 verb. Aufl. Frankfurt/M. 1979, S. 25. Die Mannheimer kommunistische *Arbeiter-Zeitung* berichtete bis 17. September 1931 nichts, ab 18. September 1931 wurde die Zeitung für 4 Wochen verboten.

54.

9. 10. 1931: Anweisungen der Agitpropabteilung zum 14. Jahrestag der Oktoberrevolution

StA Bremen, 4,65-II A 12a, Bd. 31 und StA Oldenburg, Bestand 136, Nr. 2891, fol. 452–458, Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/27. 10. Überschrift: „Rundschreiben Nr. (Sonder). Anweisungen der Agitprop-Abteilung. An alle BL und Redaktionen!"

Inhaltsverzeichnis:
Kampagne zum 14. Jahrestag der Oktoberrevolution

Werte Genossen!

Anliegend übersenden wir Euch die politischen Richtlinien für die Kampagne zum 7. November.[1]

Die Novemberkampagne muß unter der Losung: Kampf für das sozialistische Räte-Deutschland, in engster Verbindung mit unserer Vorbereitung von Streiks, Massenaktionen der Erwerbslosen und den übrigen Kampagnen der Partei gegen die Offensive der Bourgeoisie, gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur durch die *Brüning*-Regierung und die Regierung *Braun-Severing* geführt werden.

Das schließt keineswegs aus, daß bis zum 7. November besondere Versammlungen in den Betrieben, auf den Stempelstellen, für die Frauen und Jugendlichen oder auf dem Dorfe organisiert werden, die unter Anknüpfung an sozialdemokratische oder Nazi-Hetzlügen das Thema der Sowjetunion und den Unterschied der zwei Systeme in den Mittelpunkt rücken.

Für die großen Veranstaltungen am 7. November muß der Schwerpunkt unbedingt auf die Großbetriebe gelegt werden. Vor jeder BL steht die Aufgabe der Organisierung von Betriebsfeiern für Berg-, Metall-, Chemie-, Textil- und anderen Arbeiterkategorien. In diesen Betriebsveranstaltungen können wir viel konkreter die Lage dieser Industriegruppen in der Sowjetunion [und] den Ausweg aus der Krise in Deutschland erläutern, und die Bedeutung einer jeden Industriegruppe für die russische und auch für die künftige deutsche Revolution aufzeigen und die Novemberfeiern mit den aktuellen Kämpfen verbinden.

Dementsprechend müssen auch die Betriebs- und Stempelstellenzeitungen, die AK-Seiten[2] in den Zeitungen aufgemacht und die Verbindungen mit russischen Betrieben ausgenützt werden.

---

1 Zum Jahrestag der Oktoberrevolution in Rußland führte die KPD jedes Jahr eine Presse- und Versammlungskampagne durch, in deren Mittelpunkt die Propagierung des erfolgreichen Vorbildes der Sowjetunion für die Ziele der deutschen Partei stand. Vgl. Dok. 11 (1929).
Im Zusammenhang mit der 7. November-Kampagne wurde jeweils auch eine Delegation der KPD zu den Feierlichkeiten in die Sowjetunion entsandt, die nach ihrer Rückkehr ebenfalls zu propagandistischen Zwecken eingesetzt wurde.

2 Die Zeitungen der KPD enthielten in der Regel eine Seite für Berichte sog. Arbeiterkorrespondenten. Diese Berichte enthielten Darstellungen lokaler und betrieblicher Ereignisse, Probleme und Mißstände. Auf diese Weise entstand der Eindruck einer unmittelbaren engen Verbindung zwischen Parteipresse und Leserschaft. Tatsächlich wurden diese Arbeiterkorrespondenten jedoch von der Partei zentral angeleitet, wozu die Agitprop-Abteilung des ZK ein Monatsorgan, den *Betriebs-Zeitungs-Redakteur und Arbeiterkorrespondent* herausgab.

Neben den Betriebsfeiern müssen in allen Ortsgruppen öffentliche möglichst breite Kundgebungen organisiert werden, die, wo sich Anknüpfungsmöglichkeiten mit betrieblichen, kommunalen und allgemein politischen Aktionen ergeben, durch Demonstrationen, Haus- und Hofagitation usw. vorbereitet werden.

Alle BL sind schon jetzt verpflichtet, eine genaue Kontrolle über die Rußland-Delegierten durchzuführen und einen Plan aufzustellen, nach dem alle Rußland-Delegationen nach ihrer Rückkehr unter sozialdemokratischen Arbeitern in den Betrieben, auf den Stempelstellen, unter den christlichen Arbeitern, auf dem Dorfe usw. gründlich ausgewertet werden.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Agitprop.

Anlage:

Politische Richtlinien für die Kampagne zum 14. Jahrestag der Oktoberrevolution.

1. Der 14. Jahrestag der Oktoberrevolution steht im Zeichen jener gegensätzlichen Entwicklung, die das XI. Plenum des EKKI als das grundlegende Merkmal der gegenwärtigen Periode hervorgehoben hat:[3] Katastrophale Verschärfung der Krise des Weltkapitalismus (finanzieller Zusammenbruch des britischen Imperialismus, der auch dem wankenden deutschen Kapitalismus einen neuen schweren Schlag versetzt durch Inflationsdumping und Kreditabziehung) und gigantischer Aufschwung der sozialistischen Wirtschaft in der Sowjetunion und des Heranreifens der Vorbedingungen der revolutionären Krise in kapitalistischen Ländern wie Polen, Deutschland. Die Massenkampagne am 7. November muß daher durchgeführt werden unter dem Gesichtspunkt der Propagierung und Organisierung des sozialistischen Auswegs aus der Krise nach dem Beispiel der russischen Revolution, zur Massenmobilisierung für die Verteidigung der Sowjetunion gegen die ständig wachsende Interventionsgefahr. Kapitalismus bedeutet Hunger, Faschismus, Krieg, Sozialismus bedeutet Aufstieg der Masse, Freiheit der Werktätigen, Frieden. Dieser Grundsatz muß an Hand der aktuellen Ereignisse Millionen Proletariern klargemacht werden.

2. Wir müssen vor der Arbeiterklasse, vor den gesamten werktätigen Massen die Frage so stellen, daß es nur einen Ausweg aus der Krise des Kapitalismus gibt, den Sturz des kapitalistischen Systems und die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Kleinbauern und den anderen werktätigen Schichten (Handwerker usw.). Nur auf dem Wege der russischen Revolution ist die Liquidierung der Massenarbeitslosigkeit, die Beseitigung der Not und des Elends der Massen möglich. In allen kapitalistischen Ländern Krise, Massenarbeitslosigkeit, Zusammenbruch, Vernichtung der Existenz der Bauern und des arbeitenden Mittelstandes. In der Sowjetunion dagegen wirtschaftlicher Aufschwung, Liquidierung der Erwerbslosigkeit, fester und unerschütterlicher Zusammenschluß, kollektive Arbeitsbegeisterung des ganzen werktätigen Volkes. Das ist nur möglich, weil in der

3 Vgl. Thesen des XI. EKKI-Plenums vom 26. März bis 11. April 1931 in Moskau, *RF* Nr. 107 vom 23. 5. 1931. Thesen und Resolutionen der XI. Plenartagung des EKKI, April 1931, Hamburg–Berlin 1931. Die wichtigsten Beschlüsse sind abgedruckt bei J. Degras Bd. 3, S. 149 ff.; Weber, Kommunistische Internationale, S. 254 ff.

Sowjetunion die Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei herrscht, die Kapitalistenklasse dagegen enteignet ist, alle entscheidenden Produktionsmittel den Werktätigen gehören, die Produktion nicht dem Profit, sondern dem Bedarf der Massen dient, gemäß den Grundsätzen des Marxismus.

3. Keineswegs dürfen wir in der Propaganda die Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaues verschweigen. Wir müssen gerade an diesen Schwierigkeiten den grundsätzlichen Gegensatz zwischen den zwei Systemen erklären. In der Sowjetunion herrscht Mangel an Arbeitskräften, obwohl in diesem Jahr die Zahl der Beschäftigten um 2½ Millionen gewachsen ist. Die Produktion bleibt trotz gewaltiger Steigerung hinter dem Bedarf zurück. Warum? Weil noch rascher als die Produktion die Bedürfnisse von Millionen zu neuem Leben erwachten Werktätigen wachsen. Wie werden die Schwierigkeiten überwunden?

Nicht nach dem kapitalistischen Rezept durch Lohn- und Gehaltsreduzierung, durch „Beruhigung" der Massen mit Verboten, Gummiknüppeln und „härteren Waffen", Ausnahmegerichten usw., sondern durch Entfaltung der Initiative der Massen, sozialistische Wettbewerbe, Stoßbrigaden, Hebung des Reallohnes, Qualifizierung unqualifizierter Arbeiter (*Stalin*-Rede).[4] Heranziehung von Zehntausenden qualifizierter Arbeiter und technischer Fachleute aus den kapitalistischen Ländern usw. Die Krise des niedergehenden Kapitalismus kann nicht überwunden werden durch die brutalen Hungerkuren der Kapitalistenklasse. Die Wachstumsschwierigkeiten des sozialistischen Aufbaues werden überwunden durch Entfaltung der schöpferischen Initiative der Massen. Der Fünfjahresplan wird in vier Jahren verwirklicht. Der Sieg des Sozialismus der Sowjetunion ist bereits im dritten Jahre des Fünfjahresplanes entschieden.

4. Der vom Untergang bedrohte Kapitalismus möchte zu seiner Rettung die Methoden seines Todfeindes, die Planwirtschaft nachmachen. (Internationale Wirtschaftskonferenz für „Planung" in Amsterdam im August 1931).[5] Der drohende Zusammenbruch zwingt den Staat, das Machtorgan der Kapitalistenklasse, zu verzweifelten Eingriffen in das Wirtschaftsleben, durch die das Chaos überwunden werden soll. Die Kurpfuscher des todkranken Kapitalismus, die Sozialfaschisten preisen ihre staatskapitalistischen Rezepte an (Bankenkapitalistische Ideologie,

4 Am 23. Juni 1931 sprach *Stalin* in Moskau auf einer Konferenz sowjetrussischer Wirtschaftsfunktionäre über die ersten Ergebnisse des Fünfjahresplanes und die weiteren Aufgaben der Industrialisierung. Dabei ging er ausführlich auf die begangenen Fehler in der Planung und Schwierigkeiten in der Durchführung des Fünfjahresplanes ein, die deshalb neue Methoden in der weiteren Arbeit verlangten. Als solche nannte *Stalin* u. a. die stärkere Heranziehung von Spezialisten und Wissenschaftlern, die Aufhebung der Lohngleichheit der Arbeiter, Ersetzung der kollektiven Leitungen durch Betriebsführer, und die Aufhebung der Fünftagewoche. Vgl. „Die neue Lage und die neuen Aufgaben des Wirtschaftsaufbaues", Rede des Genossen Stalin auf der Konferenz der sowjetrussischen Wirtschaftler in Moskau am 23. Juni. *Inprekorr* Nr. 66 vom 7. 7. 1931, S. 1471 ff., abgedruckt in J.W. Stalin, Werke, Bd. 13, Berlin (Ost) 1955, S. 47 ff. In einem Kommentar nannte der *Vorwärts* diese Rede eine „programmatische Revision des *Stalin*-Kurses". Vgl. *Vorwärts* Nr. 331 vom 7. 7. 1931: „*Stalin* lernt um."

5 Gemeint ist der 1. internationale Kongreß für sozialwissenschaftliche Planung, der vom 24. bis 29. August 1931 in Amsterdam stattfand. Vgl. Schulthess 1931 S. 582 ff. Im Text steht hier „Planierung". Zur Beurteilung des Kongresses durch die Komintern vgl. I. Markow, „Das Demagogengefasel von der volkswirtschaftlichen Planung unter dem Kapitalismus", *KI* 12. Jg., Heft 38 vom 25. 10. 1931, S. 1737 ff.

korporativer Staat). Aber eine kapitalistische Planwirtschaft ist unmöglich. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln macht eine einheitliche Verfügung über die Produktivkräfte unmöglich. Die fortschreitende monopolistische „Organisation" hebt die Konkurrenz nicht auf, sondern verschärft sie. Staatliche „Regelung" der Wirtschaft bedeutet verschärfte Ausbeutung (vgl. Schlichtungswesen!), staatliche Zwangsarbeit bedeutet Hungerlöhne, Ausplünderung der Werktätigen durch Lohn-, Gehalt- und Unterstützungsraub, durch Steuer- und Zollwucher, zur Sanierung und Subventionierung der finanzkapitalistischen Konzerne, der bankrotten Banken, Truste und Rittergüter. Die staatskapitalistischen Heilrezepte, die jetzt angewandt werden, führen nicht zur „Volksherrschaft über Volkswirtschaft", zum Sozialismus, wie das die SPD behauptet, sondern zum Staatsbankrott (Inflation) auf Kosten der Werktätigen und zur äußersten Verschärfung der imperialistischen Gegensätze, zur Steigerung der Kriegsgefahr (Inflationsdumping, Einfuhrverbote, gesteigerte Schutzzölle).

5. Die SPD- und ADGB-Führer beschimpfen den Sozialismus in der Sowjetunion als „Staatskapitalismus", während sie die brutalen faschistischen, staatskapitalistischen Maßnahmen in Deutschland als wirtschaftsdemokratische Schritte zum Sozialismus feiern. Diese Theorie dient zugleich der ideologischen Vorbereitung des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion. Der „werdende Sozialismus" in Deutschland muß gegen die „staatskapitalistische Diktatur" in Rußland verteidigt werden, die „Friedensorganisation" des Völkerbundes gegen die „kriegerische Diktatur" der Sowjetunion. Die aktive Mitarbeit der II. Internationale bei den Interventionsvorbereitungen gegen die Sowjetunion zeigte nicht nur der Menschewistenprozeß in Moskau,[6] das beweist auch die Parteinahme der Sozialfaschisten in jeder aktuellen Frage. Anläßlich des japanischen Raubzuges in der Mandschurei schreibt *Garwy* im *Vorwärts*:[7]

„Rußland ist die größte Gefahr!" Verteidigung der Sowjetunion gegen die drohende imperialistische Interventionsgefahr bedeutet unversöhnlichen Kampf gegen die sozialfaschistische Kriegshetze. Die „linken" Reformisten, die jetzt, um ihren Anhang nicht zu verlieren, Sympathie für die Sowjetunion heucheln, aber die SPD, die Partei der Interventionshetze, nicht angreifen wollen, sondern nur über mangelnde Parteidemokratie jammern, zeigen damit, daß sie zu einem wirklichen Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion nicht gewillt und nicht fähig sind. Der Wiener

6 Zum Prozeß gegen die Mitglieder des sog. Unionsbüro der Menschewiki im März 1931 vgl. Dok. 37, Anm. 3.

7 Nachdem es in den ersten Monaten des Jahres 1931 zu zahlreichen Zwischenfällen zwischen japanischen und chinesischen Truppen um die mandschurische Eisenbahn gekommen war, begannen japanische Truppen am 18. September 1931 mit der Beschießung von Mukden und der Besetzung der Mandschurei. Vgl. Schulthess 1931 S. 481. In einem Artikel im *Vorwärts* schrieb Peter *Garwy* am 22. 9. 1931 über den chinesisch-japanischen Konflikt, daß der „japanische Raubzug in der Mandschurei" nicht nur China angehe, sondern vor allem die Interessen der Sowjetunion berühre. Es bestehe daher „die große Gefahr", daß „Rußland die Hände nicht in den Schoß legen wird". Bei einem Einschreiten der USA vermutete *Garwy* dann einen großen internationalen Konflikt. Er halte es deshalb für nötig, zu einer „Lösung auf dem Wege der Verständigung" zu kommen. Vgl. „Sturmzeichen im Fernen Osten. Imperialistischer Machtkampf um die Mandschurei", von Peter Garwy, *Vorwärts* Nr. 443 vom 22. 9. 1931.

Kongreß der II. Internationale[8] hat nicht an das Weltproletariat zur Verteidigung des proletarischen Staates appelliert, sondern an das Weltkapital zur Rettung des deutschen Kapitalismus vor dem drohenden Bolschewismus. Der Frankfurter ADGB-Kongreß[9] hat mit der Zustimmung zur Notverordnungspolitik des Faschisten *Stegerwald*, mit der Billigung der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik zugleich die Kriegsrüstungen des deutschen Imperialismus gebilligt, deren Spitze sich gegen die Sowjetunion richtet.

Verteidigung der Sowjetunion erfordert daher auch hartnäckigen Kampf innerhalb der reformistischen Gewerkschaften zur Gewinnung der Mitglieder für den politischen Massenstreik, der mit zur Durchkreuzung der Kriegsmaßnahmen der Bourgeoisie ebenso notwendig ist, wie zur Organisierung des revolutionären Auswegs aus der Krise.

6. Die deutschen Faschisten unter der Führung von *Hitler* und *Hugenberg* haben keine Gelegenheit versäumt, der imperialistischen Welt ihre Zuverlässigkeit als Landsknechte gegen die Sowjetunion zu beteuern, die Solidarität der kapitalistischen Welt im Kampfe gegen den Bolschewismus zu predigen. Die Faschisten, die mit nationalen Phrasen gegen Versailles und *Young*plan die Massen irreführen, hetzen gegen die einzige Weltmacht, die den Versailler Vertrag niemals anerkannt hat, die allen unterdrückten Völkern das Beispiel der „nationalen" Befreiung gibt. Auch innerhalb der faschistischen Organisationen gilt es, für die Solidarität der Werktätigen mit dem Arbeiterstaat, für den gemeinsamen Kampf aller Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen den Weltimperialismus für die Brandmarkung der faschistischen Landsknechte des Finanzkapitals zu kämpfen.

7. Die Aktualität der Kriegsgefahr und insbesondere der Interventionsgefahr gegen die Sowjetunion wird auch an dem japanischen Kriegsüberfall in der Mandschurei deutlich aufgezeigt. Dieser Raubzug gegen das chinesische Volk kann jederzeit in einen Interventionskrieg gegen die Sowjetmacht oder in einen imperialistischen Weltkrieg umschlagen. Völkerbund und *Kellogg*pakt,[10] diese von den Sozialfaschisten gepriesenen „Friedensgarantien" beweisen ihre volle Unwirksamkeit. Der Schwindel der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes, die im Frühjahr 1932 stattfinden soll, ist daher von vornherein entlarvt.[11] Die einzige Macht, die ernsthaft den Frieden, die allgemeine Abrüstung will, ist die Sowjetunion. Aber erst nach der

8 Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vom 25. Juli bis 1. August 1931 in Wien. Der Kongreß befaßte sich vor allem mit der politischen und ökonomischen Lage in Deutschland sowie dem Abrüstungsproblem. Er verabschiedete eine Entschließung, welche eine internationale Hilfe für Deutschland verlangte. In einer Resolution zur Wirtschaftslage wurde u. a. die Einführung der 40-Stunden-Woche, Sozialisierung der Schlüsselindustrien sowie der Banken und umfassende staatliche Wirtschaftsplanung gefordert. Vgl. Schulthess 1931 S. 581 f.

9 14. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands (4. Bundestag des ADGB) vom 31. August bis 4. September 1931 in Frankfurt am Main. Vgl. zum Verlauf und den Beschlüssen Schulthess, a.a.O. S. 192 ff.

10 Der *Briand-Kellog*-Pakt wurde am 27. August 1928 abgeschlossen und zunächst von Deutschland, USA, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Polen und der CSR unterzeichnet, dem Vertrag, der den Krieg als Lösung internationaler Streitfälle verurteilte, trat am 6. 9. 1928 auch die UdSSR bei.

11 Die internationale Abrüstungskonferenz des Völkerbundes begann am 2. Februar 1932 in Genf. Am 6. Dezember wurde nach fast einjährigen Verhandlungen auch Deutschland zur Konferenz zugelassen. Vgl. dazu die Stellungnahme der KPD unten Dok. 84.

Niederschlagung des Imperialismus durch den Sieg des Proletariats in allen Ländern kann und wird das Proletariat die Waffen niederlegen.

8. Das Beispiel der Sowjetunion zeigt den einzigen Ausweg für die verblendeten Massen Deutschlands: Sowjetdeutschland. Die SPD hat die Frage aufgeworfen, ist Sowjetdeutschland möglich? Wir müssen zeigen, wie Sowjetdeutschland zu verwirklichen ist, auch in Deutschland gab es 1918/1919 Arbeiterräte und ein bewaffnetes Proletariat. Niemand hätte ihnen die Macht entreißen können, wenn nicht an der Spitze die Verräter der Revolution, die *Noske*-Sozialisten gestanden hätten. Die Nationalisierung der Banken und der Industrie ist in Deutschland leichter möglich als in Rußland, wegen der hohen Entwicklung der kapitalistischen Organisation. Die Werktätigen lassen sich auch nicht mit der Drohung einschüchtern, daß einem proletarischen Deutschland das Ausland keine Lebensmittel liefern würde. Das kapitalistische Ausland wird dem deutschen Kapitalismus bald nichts mehr liefern, weil er immer mehr zahlungsunfähig wird. Das proletarische Deutschland wird die mächtige Unterstützung der Sowjetunion finden. Wenn sich Sowjetrußland gegen die Interventionisten behaupten konnte, so wird ein sozialistischer Block von Ost- und Mitteleuropa in einer Zeit der schwersten Zersetzung der Kapitalmacht (Matrosenmeuterei der britischen Flotte)[12] sich hundertmal leichter behaupten können.

9. Die Frage: russische oder westeuropäische Methoden des Klassenkampfes, die in der Arbeiterbewegung seit etwa 25 Jahren diskutiert werden, ist durch die Praxis entschieden. Die „deutsche" Methode des Kuhhandels, der rein gewerkschaftlichen und parlamentarischen Arbeit, der Koalitionspolitik führen zu Massenhunger und Faschismus. Die russischen Methoden, Massenstreik, unversöhnlicher revolutionärer Klassenkampf führen zum Sieg des Proletariats, zum Triumph des Sozialismus.

Die bürgerliche Demokratie, die verschleierte Diktatur der Bourgeoisie, wandelt sich immer mehr in die offene Diktatur, in den Faschismus um. Die proletarische Demokratie, die Diktatur des Proletariats, hat Millionen Menschen zu einem freien schöpferischen Leben, zur Leitung von Staat und Wirtschaft geführt.

10. In Deutschland Niederlage auf Niederlage der Arbeiter, weil die Mehrheit des Proletariats der reformistischen Partei folgt, in Rußland Sieg auf Sieg, weil das Proletariat einheitlich und geschlossen der revolutionären Führung der bolschewistischen Partei folgt. In Deutschland führt der Verrat am Marxismus, am Klassenkampf zur Preisgabe aller proletarischen Interessen vom 4. August 1914 bis zur Notverordnung vom 5. Juni 1931.[13] In Rußland siegte die Arbeiterklasse, weil ihre führende Partei unbeugsam und unbeirrt den Grundsätzen des Marxismus unserer Epoche, des Leninismus folgte. Nur unter einer revolutionären Führung einer marxistischen Partei, nur auf dem Wege *Lenins* wird das deutsche Proletariat siegen.

11. Seit einem Jahrzehnt hetzen die Reformisten gegen die „Spaltung im Auftrage

12 Die am 25. August 1931 gebildete Koalitionsregierung Englands unter Premier *MacDonald* ordnete am 9. September umfangreiche Steuererhöhungen und Sparmaßnahmen im Staatshaushalt an. Eine in diesem Zusammenhang angeordnete Soldkürzung führte zu einem Streik der Matrosen der britischen Atlantik-Flotte, so daß am 16. September bereits begonnene Manöver abgebrochen werden mußten. Vgl. Schulthess 1931 S. 341. Ferner: „Die Meuterei der englischen atlantischen Kriegsflotte", *KI* 12. Jg. Heft 33/34 vom 15. 9. 1931, S. 1452–1456.

13 Gemeint ist die Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen, vom 6. Juni 1931. RGBl. Teil I. Horkenbach 1931 S. 194 ff.

Moskaus". In der Sowjetunion ist die Arbeiterklasse mächtig, weil sie einig ist. Die Spalter der Arbeiterbewegung, die Anhänger der Koalitionspolitik, die Menschewiken intrigieren im Ausland; in der Sowjetunion haben sie keinen Einfluß. In Deutschland bleibt die Arbeiterschaft solange gespalten, als ein Teil des Proletariats der Bourgeoisie, insbesondere ihren gefährlichen Agenten, den Sozialfaschisten, folgt. Ihre Kampfkraft wird geschwächt, weil die SPD nicht den Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie organisiert, sondern ihren Einfluß in der Arbeiterklasse benutzt, um die Politik der Bourgeoisie durchzusetzen. Eine Einigung des Proletariats auf der Grundlage einer reformistischen Organisation ist unmöglich. Die Einigung kann nur erfolgen auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes, im Zeichen Moskaus, unter der Führung der KPD und RGO. Einheitsfront des Proletariats von unten, in den Betrieben, auf den Stempelstellen, im täglichen Kampf gegen die kapitalistischen Angriffe und Faschismus, das ist der Weg zur Rettung der Massen aus der Krise nach der russischen Methode, durch die die Bolschewiki das russische Volk aus dem Greuel des imperialistischen Krieges herausgeführt haben. Das ist der Weg zum deutschen Oktober.

Das sind die wichtigsten Gedanken, die in diesem Jahre anknüpfend an alle aktuellen Tagesfragen, nicht nur in öffentlichen Versammlungen, sondern in den täglichen Diskussionen, in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Versammlungen der Massenorganisationen, überall, wo die Werktätigen zusammenkommen, propagiert, durch tausende Betriebs-, Häuserblock-, Dorfzeitungen usw. verbreitet werden müssen. Die Kampagne zum 7. November muß in den Dienst der großen Einheitsfrontbewegung gestellt werden. Die Arbeiterschaft, die im Gefühl der Solidarität für den proletarischen Staat einig ist, muß zum Kampf für die proletarische Macht, für die Sowjetordnung in Deutschland geeinigt werden. Versammlungen, Diskussionsversammlungen und gegnerische Versammlungen, in denen die Sympathie der Massen zur Sowjetunion, zum Protest gegen Kriegsrüstungen und Kriegshetze der Bourgeoisie, der Faschisten und Sozialfaschisten, sowie zur Schaffung von Einheitsfrontorganen, zum Kampf für die aktuellen Tagesforderungen zur Wahl von Delegierten nach der Sowjetunion ausgenutzt werden.

Wir feiern den russischen roten Oktober im Zeichen der Rüstung für den deutschen Oktober!

Das muß der Grundgedanke der November-Kampagne in diesem Jahre sein!

Die wichtigsten Parolen zum 7. November:

Für die Verteidigung der Sowjetunion – für den Sturz des Kapitalismus – für den sozialistischen Ausweg aus der Krise – für Räte-Deutschland!

Kapitalismus ist Hunger, Faschismus und Krieg – Sozialismus ist Aufstieg der Massen, Freiheit und Frieden!

Nieder mit den faschistischen und sozialfaschistischen Kriegshetzern – nieder mit der Notverordnungs-Diktatur der *Brüning*-Regierung!

Es lebe die Diktatur des Proletariats – gegen die Kontrolle der Wirtschaft durch den Ausbeuter-Staat, für die Kontrolle und Leitung der Produktion durch die Arbeiterräte! Kapitalismus ist Dauererwerbslosigkeit – nur der Sozialismus gibt Arbeit und Brot. In der Sowjetunion Aufstieg der Bauern zu sozialistischem Wohlstand – Ruin der Bauernwirtschaft im kapitalistischen Deutschland!

Werktätige Bauern schließt das Kampfbündnis mit der Arbeiterklasse – Nieder mit den Bank- und Industriekapitalisten und Großagrariern. – Die Banken, Fabriken und Bergwerke in die Hände der Arbeiterklasse, das Land den Bauern! Nur im sozialistischen Sowjet-Staat ist die Frau befreit – werktätige Frauen her zur roten Front! – In der Sowjetunion sind die Arbeiter bewaffnet, darum sind sie frei und beherrschen das Land! – In der Sowjetunion baut die Arbeiterjugend den Sozialismus auf, im kapitalistischen Deutschland soll sie Zwangsarbeit leisten oder verhungern! Folgt dem Beispiel des russischen Proletariats – Hinein in die Partei *Lenins*, in die KPD!

Durch die rote Einheit zum Sieg der Arbeiterklasse! – Der Massenstreik war die mächtige Kampfwaffe der russischen Revolutionäre – rüstet zum Massenstreik! – Sendet Arbeiterdelegierte in das Land des sozialistischen Aufbaus – Werft die Lügenpresse aus dem Haus heraus – Nur die kommunistische Presse berichtet die Wahrheit über die Sowjetunion!

Gegen wen baut Deutschland Panzerkreuzer? Fordert Rechenschaft von den SPD- und ADGB-Führern! Es gibt nur einen gerechten Krieg, den Krieg der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter! Kameraden, denkt an den Panzerkreuzer *Potemkin* und an die englischen Matrosen – die proletarische Solidarität wird die Welt befreien!

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Die kommunistische Internationale ist die Führerin des Weltproletariats – Kämpft für die Einheit der Gewerkschaften auf dem Boden der RGO!

Wir feiern den russischen roten Oktober im Zeichen der Rüstung für den deutschen Oktober!

55.

28. 10. 1931: Anweisungen des Sekretariats „über Streiks und Erwerbslosen-Aktionen"

Records ... T-175, 300, 797500–797511; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 14. Anweisungen des Sekretariats über Streiks und Erwerbslosen-Aktionen."

Inhaltsverzeichnis:

I. Die Lehren von Braunschweig
II. Die neue Lohnabbauwelle
III. Streiks – die entscheidende Frage unserer Arbeit
IV. Warum keine Streiks?
1. Mangelhafte Einheitsfrontpolitik
2. Schwäche an der innergewerkschaftlichen Front
3. Unverständnis für die Bedeutung der Streikwaffe
4. Agitationspolitik statt Aktionspolitik
5. Mängel in der Streikrüstung
6. Ungenügende Kontrolle und Führung der RGO durch die Partei
7. Schwächen der Betriebsarbeit

V. Streikkämpfe und Erwerbslosenbewegung
VI. Schwächen der Erwerbslosenbewegung und organisatorische Aufgaben
VII. Die politischen Aufgaben der Erwerbslosenbewegung
VIII. Verschärfter Kampf gegen den Nationalsozialismus
IX. Stärkere Unterstützung des KJVD durch die Partei
X. Vorbereitung der Bezirksparteitage.

I. Die Lehren von Braunschweig

Die Ereignisse in Braunschweig geben der Partei ein lehrreiches Beispiel für die Erfolge und Schwächen in der Anwendung der Einheitsfrontpolitik.[1] In Braunschweig ist es zum ersten Mal seit längerer Zeit gelungen, einen politischen Massenstreik von größerem Ausmaß durchzuführen. Sowohl der Massenstreik, wie die mit ihm verbundenen revolutionären Massendemonstrationen erwuchsen aus der entschlossenen Abwehr des faschistischen Terrors anläßlich der *Hitler*-Tagung und standen ebenso wie diese Abwehraktionen der Braunschweiger Arbeiterschaft im Zeichen der revolutionären Einheitsfront, die sich im Kampf und zum Kampf gegen den Faschismus unter Führung der Kommunistischen Partei gegen den Widerstand der sozialdemokratischen Parteiführer und reformistischen Gewerkschaftsführer bildete.

Nur durch die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für diesen Kampf, nur durch die Anwendung der Einheitsfrontpolitik im Sinne der Massenmobilisierung zum Kampf gelang die erfolgreiche Durchführung des politischen Massenstreiks.

Dieser Erfolg in Braunschweig war zugleich das Ergebnis der systematischen Politik der Partei, die bereits im Frühjahr bei der Führung des Wahlkampfes und der damaligen wehrhaften Massenaktion gegen den Naziterror anläßlich des *Hitler*-Aufmarsches in Braunschweig, bei der *Thälmann*-Kundgebung während des Wahlkampfes usw. einsetzte.[2] Diese Politik, in deren Durchführung sich zeitweilig Schwächen ergeben haben (Versagen der Landtagsfraktion bei der Verfechtung der kommunistischen Forderungen und der Entlarvung der SPD nach den Landtagswahlen)[3], fand ihre Fortsetzung im Volksbegehren gegen die Naziregierung[4] und bildete die Grundlage für die jetzigen außerparlamentarischen Erfolge.

1 Am 17. und 18. Oktober 1931 fand in Braunschweig das Reichstreffen der SA statt. Bei den Aufmärschen der SA kam es am 17. 10. zu Zusammenstößen mit kommunistischen Demonstranten, die zwei Tote und zahlreiche Verletzte forderten. Die KPD rief darauf ihrerseits zu Demonstrationen und Proteststreiks der Betriebe auf. Diesem Aufruf schlossen sich am 18. und 19. Oktober das Reichsbanner und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an, so daß es zu gemeinsamen Kundgebungen gegen die SA kam. Vgl. *RF* Nr. 185 vom 20. 10. 1931.

2 Während des Wahlkampfes zu den Kommunalwahlen in Braunschweig, die am 1. März 1931 stattfanden, veranstaltete die SA am 22. Februar einen Fackelzug durch Braunschweig. Trotz des Verbots einer von der KPD angekündigten Gegendemonstration kam es dabei zu Zusammenstößen zwischen der SA und KPD. Vgl. „Rote Fahnen über Braunschweig", *RF* Nr. 46 vom 24. 2. 1931. Am 27. Februar veranstaltete die KPD ihrerseits eine Wahlkundgebung, auf der Ernst *Thälmann* sprach. *Thälmann* kündigte dabei auch für Braunschweig ein Volksbegehren der KPD zur Auflösung des Landtages an. Vgl. "*Thälmann* in Braunschweig", *RF* Nr. 50 vom 28. 2. 1931.

3 Zum Ergebnis der Kommunalwahlen in Braunschweig und der Haltung der KPD im Stadtparlament von Braunschweig vgl. oben Dok. 39, Punkt 7 sowie Anm. 4 und Anm. 31.

4 Das von *Thälmann* angekündigte Volksbegehren zur Auflösung des Landtages in Braunschweig wurde am 17. März 1931 bei der Regierung Braunschweigs beantragt. Vgl. Schulthess 1931 S. 81. Die KPD

Die Lehre von Braunschweig: Die Einheitsfrontpolitik darf nicht losgelöst von den Kampfaufgaben betrieben werden, nicht parteibuchmäßig und engherzig im Sinne einer sofortigen Verschmelzung geführt werden, sondern anknüpfend an die konkreten Kämpfe als Methode der Mobilisierung zum Kampf und im Sinne des Zusammengehens beim Kampf.

II. Die neue Lohnabbauwelle

Die Hungeraktion der deutschen Bourgeoisie gegen das Proletariat und alle Werktätigen, der Versuch, die Lasten der Krise und der Tribute des kapitalistischen Deutschlands und des internationalen Finanzkapitals auf die Massen des schaffenden Volkes abzuwälzen, nimmt im Zeichen der zweiten *Brüning*-Regierung.[5] Hand in Hand mit der gesteigerten Faschisierung der Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie, verstärkt ihren Fortgang. Im Mittelpunkt der Hungeraktion steht die neue Welle des Lohnabbaus, die sich bereits wieder in einer Reihe von Tatsachen widerspiegelt: 10prozentiger Lohnraub in Mansfeld durch freiwillige Vereinbarung der Reformisten und Christen mit dem Unternehmertum; Lohnraub bei den Hafenarbeitern, an den Berliner Metallarbeitern, den Eisenbahnern und Gemeindearbeitern in Deutschland.

Die Methoden, mit denen die Bourgeoisie den Lohnraub durchführt, sind vielfältig und zeigen, besonders in letzter Zeit, neue Formen des Angriffs. Seit 1928 zeigen sich folgende Stufen des Lohnabbaus:

1. Abbau der übertariflichen Löhne.

2. Abbau der Tariflöhne.

3. Betrieblicher Lohnraub durch Veränderung der Akkordsätze, Kürzung des Urlaubs und sonstige Schmälerungen der Rechte und Einkünfte der Arbeiter.

4. Schnellgerichtsverfahren mit Hilfe der Notverordnung, Einsetzung von 3-Männer-Kollegien usw.

5. Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen mit dem Ziel der Veränderung des Tarifrechtes zuungunsten der Arbeiter: Einführung der teilweisen Abdingbarkeit, d. h. der teilweisen Außerkraftsetzung der Tariflöhne in den einzelnen Betrieben mit dem Recht, untertarifliche Löhne bis zu 20 % unter Tarif zu zahlen. Die ersten Schritte in dieser Richtung wurden seitens der reformistischen Bürokratie in Metall Nordwest getan, wo der Tarifablauf durch freiwillige Vereinbarung um zwei Monate vorverlegt wurde.

6. Lange Arbeitszeit trotz Krise und Erwerbslosigkeit (erneut 8-Stunden-Schicht im Bergbau; bis zur 52- und 54-Stunden-Woche[6] in der Hüttenindustrie).

7. Senkung des Lohnniveaus der Arbeiterklasse neben dem direkten Lohnraub durch Abbau und Verschlechterung der Sozialversicherung. Umwandlung der Erwerbslosenunterstützung in Naturalunterstützung. Zertrümmerung der Kranken- und Invalidenversicherung, geplante Liquidierung der Knappschaftsversicherung.

---

wollte auf diese Weise die nationalsozialistische Regierungsbeteiligung des Ministers *Franzen* zum Rücktritt zwingen. Nach erfolgreichem Volksbegehren fand der Volksentscheid am 15. November 1931 statt. Die abgegebenen 41 289 Ja-Stimmen reichten jedoch nicht zur erforderlichen Mehrheit. Vgl. *RF* Nr. 209 vom 17. 11. 1931.

5 Zur Kabinettsumbildung am 7.–9. Oktober 1931 vgl. Dok. 53, Anm. 1.

6 In der Vorlage irrtümlich: 32- und 54-Stunden-Woche.

8. Einführung des *Krümper*-Systems, d. h. regelmäßige Auswechselung der Betriebsarbeiter gegen Erwerbslose. Drohung mit Stillegung und Massenentlassungen. Herbeiführung tariflosen Zustandes. Aufstellung überhoher Forderungen, um den Reformisten das Manöver eines Herabhandelns des Lohnraubs auf das Maß zu ermöglichen, das in Wirklichkeit von Anfang an seitens der Unternehmer geplant war. Gegenseitiges Ausspielen von Teilen der Belegschaft gegeneinander usw. usw.

Angesichts der Tatsache, daß die neue Lohnraubwelle bereits wieder eingesetzt hat, ohne daß es bisher in nennenswertem Maße gelungen ist, den Unternehmerangriff abzuschlagen, muß die Partei in den Mittelpunkt der Arbeit den Grundsatz stellen: Wir haben die Pflicht, die Entwicklung zu verändern, die Offensive der Bourgeoisie abzuschlagen, um der Gegenoffensive des Proletariats den Weg zu bahnen!

III. Streiks – die entscheidende Frage unserer Arbeit!

In seiner Regierungserklärung im Reichstag stellte der Reichskanzler *Dr. Brüning* als Hauptprogramm seiner Regierung fest, durch „elastische Taktik" die Lohnkürzung und sonstige Senkungen des Lebensniveaus der Massen durchzuführen, ohne daß es zu größeren Streiks gekommen sei. Diese Taktik will *Brüning* auch für die Zukunft anwenden und er begrüßt es vor allem, daß es zu keiner Einheitsfront der Arbeiter gekommen ist.[7]

Gegenüber diesen Äußerungen des Klassenfeindes muß die Partei völlige Klarheit darüber schaffen, daß als Maßstab für unsere Entwicklung nicht nur organisatorisches Wachstum und zahlenmäßige Erfolge der Partei gelten dürfen, sondern vor allem unsere Fähigkeit, die Kämpfe des Proletariats auszulösen und zu führen.

Die große Schwäche der Partei, die sich in der mangelhaften Organisierung von Streiks ausdrückt, gewinnt doppelte Bedeutung angesichts der entscheidenden Rolle, die dem Streik in der gegenwärtigen Etappe der Entwicklung zur revolutionären Krise zufällt. Wirtschaftliche und politische Streiks sind heute das wichtigste Mittel zur Verschärfung der Krise, deren Einsatz das Tor zu höheren Formen der revolutionären Entwicklung zu öffnen vermag.

Die schärfste Anwendung bolschewistischer Selbstkritik ist deshalb in der Frage der ungenügenden Führung von Streikkämpfen durch Partei und RGO notwendig, wenn wir unsere revolutionäre Pflicht erfüllen und der Partei helfen wollen, diese Hauptschwäche der Arbeit möglichst schnell zu überwinden. Denn in der Tatsache des Fehlens von Streiks drückt sich zugleich eine ungenügende Verbindung der Partei und ihrer einzelnen Einheiten mit dem Massenleben der Arbeiter aus.

IV. Warum keine Streiks?

1. Mangelhafte Einheitsfrontpolitik

Das Hauptproblem bei der Beantwortung der Frage nach dem Fehlen von Streiks sind die Mängel in der Anwendung der Einheitsfrontpolitik. Streiks zu führen, ohne die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter dafür zu gewinnen, ist unmöglich. Das entscheidende Hindernis für die Auslösung von Streiks ist deshalb

7 Vgl. den Wortlaut der Regierungserklärung *Brünings* zur Reichstagseröffnung am 13. Oktober 1931 in Schulthess 1931 S. 230 ff.; Horkenbach 1931 S. 330 f.

die Mauer, die sich zwischen den vom Reformismus beherrschten Arbeitern und der revolutionären Arbeiterschaft erhebt.

Jede Schwäche in der Anwendung der Einheitsfrontpolitik ist darum zugleich ein Hemmnis für die Auslösung und Führung von Kämpfen und Massenbewegungen.

Hier gilt es, die Lehre von Braunschweig anzuwenden: überall, wo es gelang, die Einheitsfront der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter für den Kampf, anhand konkreter Fragen wirtschaftlicher oder politischer Natur herzustellen, dort kam es zu Streiks. Das gilt für Braunschweig in der Frage des politischen Massenstreiks, das gilt für Danzig in der Frage des Hafenarbeiterstreiks, das gilt für diejenigen Gruben des Ruhrgebietes, in denen es Anfang Oktober zu Abwehrstreiks gegen den Lohnraub kam.[8]

Umgekehrt kann die Einheitsfrontpolitik keine entscheidenden politischen Erfolge von wirklicher Dauer zeitigen, wenn sie nicht als Mittel zur Führung von Kämpfen, sondern allein politisch-agitatorisch angewandt wird.

2. Schwäche an der innergewerkschaftlichen Front

Den Mängeln in der Einheitsfront im allgemeinen entspricht die Schwäche der Massenarbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften. So wie die SPD als Partei die soziale Hauptstütze der *Brüning*-Regierung darstellt, ohne die die *Brüning*-Diktatur nicht existieren könnte, so bildet der ADGB als Bremsblock gegen den Klassenkampf der Arbeiter eine der wichtigsten Waffen der Bourgeoisie. Die gleiche Entwicklung zur Krise wie in der SPD kann sich auch im ADGB vollziehen. Unsere Aufgabe ist es, das wachsende Mißtrauen der freigewerkschaftlichen Arbeiter gegen den ADGB umzumünzen in Vertrauen zur RGO. Das ist aber nur durch eine wirkliche Durchführung der Wendung zur stärksten Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften möglich. Unter der Fragestellung: Arbeitergemeinschaft mit den Unternehmern oder Einheitsfront der Arbeiter für den Klassenkampf? muß es gelingen, die Kampfgemeinschaft mit den freigewerkschaftlichen Arbeitern gegen den Willen der reformistischen Bürokratie herzustellen. Hierbei gilt es, unter Verlegung des Schwergewichts auf die Betriebe, neue Methoden zu suchen und überall anzuwenden:

Aufstellung konkreter Forderungen in den freigewerkschaftlichen Belegschaftsversammlungen und den Gewerkschaftsversammlungen (insbesondere auch durch die von uns beherrschten Kartelle und Ortsausschüsse, z. B. in Thüringen und Sachsen).

Gemeinsame Mitgliederversammlungen mit der RGO.

Streikbeschlüsse und Beschlüsse für das Kampfbündnis mit der RGO.

Zusammengehen der freigewerkschaftlichen und RGO-Betriebsräte (Abhaltung gemeinsamer Belegschaftsversammlungen).

Veranstaltungen von Oppositionskonferenzen freigewerkschaftlicher Funktionäre und Betriebsräte nach dem Beispiel von Ruhrgebiet und Berlin.

Die Differenzen, die vielfach noch zwischen uns und den freigewerkschaftlichen bzw. sozialdemokratischen Arbeitern bestehen und nicht von heute auf morgen überwunden werden können, dürfen kein Hindernis für unsere unermüdliche und geduldige

8 Zu den Streiks in Danzig und im Ruhrgebiet vgl. Dok. 53.

Arbeit bilden, um die Einheitsfront im Kampf gegen Unternehmeroffensive und Faschismus herzustellen.

Völlig unzulässig sind die stellenweise auftretenden Tendenzen, anstatt der zähen revolutionären Oppositionsarbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften den bequemeren Weg zu gehen und die Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front unter scheinradikalen und illusionären Losungen zu liquidieren. Solche Tendenzen sind z. B.: „Zerstörung der reformistischen Gewerkschaften", schematische Parolen auf isolierte Sperrung der Mitgliedsbeiträge, evtl. sogar nur betriebsweise usw. Hierher gehört auch die vorzeitige Gründung lebensunfähiger kleiner roter Verbände, ohne genügende Massenbasis (Gründung eines „Roten Fabrikarbeiterverbandes" durch den Betrieb Agfa Berlin).

3. Unverständnis für die Bedeutung der Streikwaffe

Ein weiteres Hemmnis für die Auslösung von Streiks bilden Stimmungen einer gewissen Spontanitätstheorie, die anstelle einer systematischen Kampfrüstung ein bloßes Abwarten auf Aktionen der Masse setzen, welche „eines Tages" automatisch beginnen sollen.

Hierher gehören auch Stimmungen einer scheinradikalen Abweichung von der Perspektive der Partei und den Grundsätzen des Leninismus in der Linie, daß „Streiks überflüssig seien, da die Revolution vor der Tür stehe". Demgegenüber gilt es, mit aller Schärfe festzustellen, daß das volle Ausreifen der Voraussetzungen einer revolutionären Krise in Deutschland keineswegs lediglich auf Grund eines objektiven Prozesses ökonomischer Natur, unabhängig von den Massenkämpfen des Proletariats erfolgen kann, daß vielmehr

die Auslösung und Führung von Streiks und Massenkämpfen der Arbeiterschaft eine unbedingte Voraussetzung für die weitere Entfaltung der revolutionären Entwicklung bildet.

4. Agitationspolitik statt Aktionspolitik

Ein weiteres Hemmnis bei der Streikrüstung bildet die zu starke Einstellung unserer Arbeit bei den Massen auf Agitation und Propaganda statt auf die Auslösung und Führung von Aktionen. Wie bei der Anwendung der Einheitsfrontpolitik gilt dies überhaupt für alle Gebiete der Massenarbeit. Selbstverständlich ist es notwendig, die Rolle des Reformismus für die Abwürgung oder Verhinderung der Kämpfe des Proletariats vor den Massen zu entlarven. Selbstverständlich darf auch auf dem Gebiet der Agitation und Propaganda keine Abschwächung, sondern muß eine Verstärkung eintreten. So, wie wir anläßlich des Leipziger SPD-Parteitages und Frankfurter ADGB-Kongresses vor den breitesten Massen die SPD und den ADGB als Hauptstützen des Kapitalismus, als Arzt des Kapitalismus entlarvten,[9] so muß dies auch bei den gegenwärtigen höheren Formen der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaftspolitik mit der Bourgeoisie im deutsch-französischen Wirtschaftsaus-

9 Vgl. dazu Dok. 50.

schuß.[10] im ständigen wirtschaftspolitischen Beirat der Reichsregierung und in der neuen Arbeitsgemeinschaft unter *Hindenburgs* Vorsitz[11] geschehen.

Aber Entlarvung allein genügt nicht, um die Liquidierung des Masseneinflusses der SPD und des Reformismus zu erreichen. Agitation und Propaganda muß im Dienste des Kampfes stehen!

5. Mängel in der Streikrüstung

Unsere Arbeit zur Organisierung der Wirtschaftskämpfe trägt vielfach einen allgemeinen schematischen Charakter. Die Hauptmängel sind:

a) Ungenügende Verlegung des Schwergewichts der gesamten Parteiarbeit auf die Betriebe.

b) Unterschätzung der Teilstreiks einzelner Betriebe, passives Abwarten auf den „allgemeinen" Streik, statt durch Teilstreiks zu breiteren Streiks vorzustoßen.

c) Keine konkrete Streikorganisierung auf der Basis der besonderen Fragen und der Kampfesforderungen der einzelnen Betriebe.

d) Mechanische Streikpropaganda, statt konkreter Streiktaktik, die die vielfachen Etappen in der Streikrüstung, von den ersten Protestresolutionen bis zur Auslösung des Streiks selbst berücksichtigt.

Diese Schwächen in der Organisierung des Kampfes, die sich beim Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet zeigten, ergeben sich auch bei der Vorbereitung des Metallarbeiterkampfes zu Berlin.[12]

6. Ungenügende Kontrolle und Führung der RGO durch die Partei.

Die RGO weist in ihrer Arbeit noch größte Schwächen auf. Ihre e i g e n e R o l l e, ihre selbständigen Methoden sind noch ungenügend entwickelt. Ihre Arbeit in den Betrieben entspricht noch nicht dem zahlenmäßigen Anwachsen ihrer Betriebsgruppen. Die Partei darf diesen Schwächen gegenüber nicht passiv bleiben. Neben der falschen und gefährlichen Tendenz, die Frage der Wirtschaftskämpfe der RGO zu „überlassen", treten auch vielfach Erscheinungen einer ungenügenden Kontrolle und Führung der RGO seitens der Partei auf. Volle Klarheit muß darüber bestehen, daß die Partei durch ihre Fraktionen verantwortlich für die Entwicklung der RGO zum politischen und organisatorischen Zentrum der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland ist.

---

10 Bei dem Treffen zwischen Reichskanzler *Brüning* und Außenminister *Curtius* mit der französischen Regierung am 18. und 19. Juli 1931 in Paris wurde die Einsetzung eines deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses zur Klärung strittiger Fragen beschlossen. Vgl. Schulthess 1931 S. 375 f. Die deutschen Mitglieder dieses Ausschusses trafen sich am 3. November 1931 zur konstituierenden Sitzung. Vgl. Schulthess a.a.O. S. 245 f.

11 In einem Schreiben vom 13. Oktober an Reichskanzler *Brüning* regte Reichspräsident *Hindenburg* die Bildung eines Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung an, der das „gesamte Gebiet der wirtschafts- und finanzpolitischen Probleme" beraten und der Reichsregierung Vorschläge unterbreiten sollte. Vgl. Schulthess 1931 S. 229 f. Dieser Wirtschaftsbeirat konstituierte sich unter dem Vorsitz *Hindenburgs* am 29. Oktober 1931. Vgl. Schulthess S. 244.

12 Wahrscheinlich ist der Streik der Ruhrbergarbeiter vom 2.–9. Januar 1931 sowie der Berliner Metallarbeiter-Streik vom Oktober 1930 gemeint. Im Text müßte es dann heißen: „ergaben sich". Vgl. zu den Streiks: GdA S. 268 ff.

Die Fraktionen innerhalb der RGO müssen von innen und die Betriebszellen von außen der RGO und ihren Betriebsgruppen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben der selbständigen Kampfesführung helfen und dann beitragen, die eigenen Methoden der RGO zu entfalten. Insbesondere ist auch die Entwicklung der Roten Verbände von der Fraktionsarbeit der Kommunisten abhängig. Unsere Fraktionen müssen in den Roten Verbänden die Initiative von unten entfalten, neue Kaders für die Massenarbeit gewinnen und die Roten Verbände zu wirklichen Führern der Arbeitermassen gestalten. Der stärkste Einsatz der roten Betriebsräte bei der Vorbereitung der Kämpfe und bei der Unterstützung der RGO ist gleichfalls unerläßlich.

7. Schwächen der Betriebsarbeit

Die Arbeit der Betriebszellen der Partei trägt durch ihre Mängel gleichfalls zu unserem Tempoverlust in der Frage der Wirtschaftskämpfe und politischen Massenstreiks bei.

Alle Kräfte unserer Partei müssen noch entschiedener auf die Betriebe und vor allem auf die Großbetriebe konzentriert werden. Das innere Leben der Betriebszellen muß gesteigert und politisiert werden. In der Arbeit der Betriebszellen fehlt die erforderliche Einstellung auf den Kampf. Auch hier trägt die Gesamtpartei die Verantwortung. Die Entwicklung einer konkreten Streiktaktik seitens der Zellen, die den speziellen Betriebsverhältnissen angepaßt ist und durch besondere betriebliche Kampfforderungen die Massen mobilisiert, kann nicht ohne Hilfe der Parteileitungen für die Zellen erfolgen. Zumal angesichts der Säuberung der Betriebe von bekannteren kommunistischen Funktionären seitens der Unternehmer, gilt es, den jüngeren Elementen des revolutionären Nachwuchses durch den Aufbau des Instrukteursystems entscheidend zu helfen. Die Partei muß lernen, für jede Industrie neue Methoden vielfältiger Art anzuwenden und die Fähigkeiten der Massen selbst bei der Vorbereitung und Auslösung der Kämpfe weitgehend zu entfalten. Unsere stärkste Aufmerksamkeit und Unterstützung muß den RGO-Betriebsgruppen gelten, um sie zu Kampforganen des Betriebes zu machen.

V. Streikkämpfe und Erwerbslosenbewegung

In engster Verbindung mit der Frage der Streiks der Betriebsarbeiter steht die Aufgabe der Organisierung der Erwerbslosenbewegung. In der Herausarbeitung einer breiten und aktiven selbständigen Erwerbslosenbewegung sind in der letzten Zeit starke Fortschritte zu verzeichnen. Diese gilt es zu erweitern. Zwischen den Aktionen der Erwerbslosen und der Betriebsarbeiter vollzieht sich eine dauernde Wechselwirkung.

Mit der stärkeren Organisierung der Erwerbslosen, mit der Steigerung ihrer Aktivität erhöhen wir zugleich die Streikfähigkeit der Betriebe.

Zur Beseitigung der schwachen Verbindung zwischen Erwerbslosenbewegung und Betriebsbelegschaften sind folgende Maßnahmen notwendig:

a) Jede Aktion, auch die kleinste Teilaktion der Erwerbslosen, muß ihren Widerhall im Betrieb finden. Alle Parteigenossen und roten Betriebsräte sind verpflichtet, im Betrieb und bei Belegschaftsversammlungen die Kämpfe der Erwerbslosen zur Diskussion zu stellen und gemeinsame Organisierung des Kampfes sowie gegenseitige Vertretung zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen herbeizuführen.

b) Bei der Streikvorbereitung der Betriebsarbeiter müssen die Erwerbslosen durch gegenseitige Vertretung der Kampfleitungen und Erwerbslosen-Ausschüsse stärker herangezogen werden.

c) In allen Kampfforderungen der Betriebsarbeiter sind, nach den konkreten örtlichen Verhältnissen, die Forderungen der Erwerbslosen mit zu berücksichtigen, um eine politische Basis für die Mobilisierung der Erwerbslosen zur Streikunterstützung zu schaffen.

VI. Schwächen der Erwerbslosenbewegung und organisatorische Aufgaben.

1. Trotz ständig steigender Arbeitslosenzahl und verschärftem Angriff auf die Unterstützungen ist, ungeachtet organisatorischer Fortschritte, die Auslösung großer Massenbewegungen der Erwerbslosen bisher nicht gelungen. Wie bei der Frage der Streiks der Betriebsarbeiter ist diese Schwäche in erster Linie auf die noch mangelhafte Anwendung der Einheitsfrontpolitik in der Erwerbslosenbewegung zurückzuführen. Alle Hemmungen, die der Hineinziehung von parteilosen, sozialdemokratischen, christlichen und sogar nationalsozialistischen Arbeitern bisher entgegenstehen, müssen überwunden werden. Die Gesamtpartei muß auf die entscheidende Bedeutung der Organisierung der selbständigen Erwerbslosenbewegung eingestellt werden. Alle Parteizellen sind verpflichtet, ihre erwerbslosen Mitglieder zur Initiative bei der Organisierung der Erwerbslosen-Ausschüsse anzuhalten und zu kontrollieren.

2. Zur Sicherung der politischen Führung der Erwerbslosenbewegung durch die Partei müssen die Kommunisten an jeder Stempelstelle, Arbeitsnachweis und in den Häuserblocks usw. zusammengefaßt und laufend politisch informiert werden. Die Durchsetzung der politischen Linie der Partei in der Erwerbslosenbewegung durch Überzeugung der gesamten Masse der Erwerbslosen kann nur erfolgen, wenn die erwerbslosen Parteimitglieder selbst nicht durch formelle Unterordnung, sondern gründliche und kameradschaftliche Diskussion zur einheitlichen Vertretung des Standpunkts der Partei befähigt sind. Die Partei muß sich bei der Arbeit insbesondere auch auf die RGO-Erwerbslosengruppen stützen.

3. Bei der Herausbildung eines breiteren Vertrauensleutekörpers zur besseren Verbindung zwischen dem Ausschuß und der Gesamtmasse der Erwerbslosen, ohne den die Registrierung und schnelle Mobilisierung der Erwerbslosen zu Aktionen unmöglich ist, muß die Partei größte Aktivität entfalten und den Kader der Vertrauensleute stellen.

4. Gegenüber dem verschärften faschistischen Terror erfordert die Durchführung der Aktionen und Demonstrationen der Erwerbslosen die Bildung von Schutzstaffeln der Erwerbslosen unter der direkten Leitung der örtlichen Ausschüsse auf der Basis der Einheitsfront. Auch hier muß die Partei wirksamste Unterstützung leisten. Die erwerbslosen Kommunisten müssen die Träger der Schutzstaffelbewegung sein.

VII. Die politischen Aufgaben der Erwerbslosenbewegung

Die wichtigsten Losungen zur Auslösung von Aktionen der Erwerbslosen sind:

Verschärfter Kampf um Winterbeihilfe, gegen Naturalverpflegung, gegen Pflicht- und Zwangsarbeit, gegen Mietwucher und Exmittierungen, gegen Senkungen der

Unterstützungen, und besonders der Wohlfahrtsunterstützung, gegen den nationalen Winterhilfsschwindel.

Für die Partei ergeben sich bei der Durchführung der Aktionen folgende Aufgaben:

1. Einstellung der Kommunalfraktionen an allen Orten auf die Erwerbslosenbewegung. Vertretung von Winterhilfsprogrammen, die seitens der Kommunalfunktionäre nicht mehr lediglich als Sprecher für die Forderungen der Erwerbslosen im Parlament, sondern zugleich als Organisatoren der Aktionen außerhalb des Parlaments gemeinsam mit den Erwerbslosen-Ausschüssen verfochten werden müssen.

2. Verpflichtung aller Parteigenossen zu aktivstem Auftreten als vorwärtstreibende Kräfte bei der Auslösung von Pflichtarbeiterstreiks und Abwehrbewegungen gegen die Zwangsarbeit.

3. Organisierung und Durchführung von Mieterstreiks als wichtigste Methode zur Bildung der Einheitsfront zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen, Angestellten, unteren Beamten und verarmtem Mittelstand. Massenweise müssen diese Schichten zur gemeinsamen Verweigerung von Mietszahlungen und Verhinderung von Exmittierungen gewonnen werden.

4. Ohne Abschwächung unseres grundsätzlichen Kampfes gegen jede Naturalunterstützung anstelle oder als Teil der Barunterstützung, muß die Partei bei Massenspeisungen seitens der Kommunen jede sektiererische Stellungnahme bekämpfen. Küchen und Ausgabestellen müssen, wo sie bestehen, zu neuen Zentren unserer revolutionären Massenarbeit und zum Ausgangspunkt von Aktionen für ausreichende Unterstützungen und andere Forderungen gemacht werden. (Schaffung von Küchenkommissionen auf breiter Grundlage und dergl. mehr.) Besondere Richtlinien in dieser Frage gehen den Bezirken in nächster Zeit zu.[13]

5. Auf Grund der konkreten örtlichen Verhältnisse muß die Partei jeden Anlaß zu Kampfbewegungen der Erwerbslosen, sei es in der Frage der Arbeitsbeschaffungspläne, in Fragen der Arbeitsdienstpflicht oder bei den Selbsthilfevereinigungen, die von gegnerischer Seite aufgezogen werden, ausnutzen.

6. Stärkste Berücksichtigung der erwerbslosen Frauen, deren Beteiligung an der Erwerbslosenbewegung außerordentlich schlecht ist, obwohl sie bei Aktionen glänzenden Kampfgeist gezeigt haben. Die Partei muß für die Schaffung von Frauen-Kommissionen bei den örtlichen Ausschüssen zur Einbeziehung der Frauen in die Bewegung Sorge tragen. Das gleiche gilt für die erwerbslose Jugend. Zusammenfassend müssen die Parteileitungen darauf eingestellt sein, daß sie die Verantwortung dafür tragen, die Erwerbslosen-Ausschüsse zu breiten Einheitsfrontorganen und wirklichen Führern der Gesamtmasse der Arbeitslosen auszugestalten.

VIII. Verschärfter Kampf gegen den Nationalsozialismus

Die nationalsozialistischen Wahlerfolge, die Harzburger Tagung der sogenannten „Nationalen Opposition",[14] die Braunschweiger Vorgänge, die stärkere Heranziehung der *Hitler*partei an die *Brüning*-Regierung und die wachsenden Anstrengungen

13 Diese Richtlinien waren nicht zu ermitteln.

14 Am 11. Oktober 1931 trafen sich Vertreter der sog. „nationalen Opposition" in Bad Harzburg, um sich zur Eroberung der politischen Macht im Reich zu einer gemeinsamen Front zusammenzuschließen. Dieser „Harzburger Front" gehörten neben den Nationalsozialisten, Deutschnationalen, dem

der Nationalsozialisten in der Richtung eines Einbruchs in die Arbeiterklasse, machen es der Partei zur Pflicht, mit allen Kräften eine neue Massenoffensive gegen den Faschismus zu entfesseln.

Die Nationalsozialisten als Inflationsverbrecher, die Nationalsozialisten als Verräter des nationalen Freiheitskampfes. Die Nationalsozialisten als Arbeitermörder, als Streikbruchorganisatoren, als Schutzgarde der Schwerindustrie und der Großagrarier, das sind die wichtigsten politischen Gesichtspunkte für unseren Kampf gegen die *Hitler*partei.

Jede Parteileitung ist verpflichtet, der sogenannten Hib-Aktion (Hinein in die Betriebe)[15] der Nazis größte Aufmerksamkeit zu widmen, jedes Eindringen der Nazis in die Arbeiterfront vernichtend zurückzuschlagen und die Betriebe von Nazizellen zu säubern.

Es zeigt eine große Schwäche unserer antifaschistischen Arbeit, daß die Nazis vielfach an Stempelstellen ohne entschiedenste Abwehr der Erwerbslosen Flugblätter und Materialien verteilen können. Angesichts der offensichtlichen Tendenz der Unternehmer, die Betriebe einerseits von Kommunisten zu säubern, andererseits mit Faschisten aufzufüllen, müssen wir unseren Kampf gegen den Nationalsozialismus vervielfachen. Nicht nur zentral, sondern auch bezirklich und örtlich muß die Partei eine ernste Kampfpolitik gegen die Nationalsozialistische Partei zur Entlarvung und Diskreditierung dieser Partei von den Massen betreiben und damit die Grundlage schaffen für die größtmögliche Entfaltung des ideologischen Massenkampfes zur Zersetzung der nationalsozialistischen Front.

IX. Stärkere Unterstützung des KJVD durch die Partei

In der Arbeit des Kommunistischen Jugendverbandes sind in letzter Zeit vielfach Schwächen und ein gewisser Tempoverlust zu verzeichnen. Alle Parteileitungen, bis zur Zelle, tragen mit die volle Verantwortung für die Arbeit des Jugendverbandes. Die Parteileitungen müssen die Fragen der Jugendbewegung in ihren nächsten Sitzungen mit gründlicher Vorbereitung behandeln und alle Maßnahmen zur sofortigen Unterstützung des KJVD seitens der Partei treffen. Die wichtigsten Fragen sind hierbei:

1. Stärkste Ausnutzung der Krise in der SAJ.[16]

2. Konkreter Kampf für die Interessen und Forderungen der Jungarbeiter, Lehrlinge usw. entsprechend den örtlichen und betrieblichen Verhältnissen. Berücksichtigung der Jugend in der Arbeit und beim Aufbau der RGO.

Stahlhelm und dem Reichslandbund auch einzelne Mitglieder der DVP, der Wirtschaftspartei, und des Alldeutschen Verbandes sowie Vertreter der Schwerindustrie und des Adels an.
Vgl. die „Kundgebung". Horkenbach 1931 S. 328 f.

15 Mit dieser Taktik versuchte die NSDAP über ihre Betriebszellen-Organisation kommunistische Streikversuche zu unterlaufen und durch offenen Streikbruch die Kommunisten aus den Betrieben hinauszudrängen.

16 Nach der Abspaltung der SAP von der SPD trennte sich auch ein Teil der Sozialistischen Arbeiterjugend von dem früheren Verband und gründete den Sozialistischen Jugendverband (SJV). Versuche des KJVD, die abgespaltenen Gruppen für den Kommunismus zu gewinnen, scheiterten in der Regel. Vgl. dazu: B. Forchland, Zur Entwicklung der antimilitaristischen und antifaschistischen Opposition in den sozialdemokratischen Jugendverbänden 1929–1933, phil. Diss. Greifswald 1965.

3. Mobilisierung der Arbeitslosen-Jugend durch Einstellung aller Einheiten der KJVD auf die Aufgabe, die Initiative zur Bildung von Jugend-Erwerbslosen-Kommissionen bei allen Erwerbslosen-Ausschüssen zu ergreifen.

4. Unterstützung der Kinderbewegung (Jungpioniere) seitens der Partei (Schulstreiks usw.). Schaffung besonderer Werbekommissionen aus Parteigenossen und Genossinnen zur Einbeziehung breitester Schichten der Arbeiterkinder in die Jungpionier-Bewegung. Einsetzung von Genossen, die zur Kinderarbeit befähigt sind, als Leiter.

X. Vorbereitung der Bezirksparteitage

Die innerparteiliche Durcharbeitung der Bezirke, die in engster Verbindung mit den Kampfaufgaben der Partei erfolgen muß, soll ihre Steigerung in der Vorbereitung der Bezirksparteitage erfahren.

Die Bezirksparteitage finden im Januar und Februar 1932 statt.[17]

Sie müssen voll und ganz im Zeichen neuer Methoden der revolutionären Massenarbeit und erfolgreichen Überwindung der Schwächen und Mängel der Partei auf dem Gebiete der Einheitsfrontpolitik, der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, und damit im Zeichen der Streikführung und der Erwerbslosenaktionen stehen. Schon jetzt muß innerhalb der Partei bei der Entfaltung schärfster bolschewistischer Selbstkritik zur Hebung der inneren Aktivität und bei der Kursrichtung auf die Führung der Kämpfe des Proletariats, die Vorbereitung der Bezirksparteitage eingeleitet werden.

Die Bezirksleitungen, die Unterbezirksleitungen und die Zellen, besonders der Großbetriebe, müssen sich die Aufgabe stellen, bis zu den bevorstehenden Bezirksparteitagen auf Grund der in der gesamten Partei zu entfaltenden Selbstkritik und inneren Mobilisierung die Schwächen zu liquidieren und neue revolutionäre Erfolge zu erzielen.

Vor der Partei stehen angesichts der Verschärfung der Krise und der Zuspitzung der Klassengegensätze die größten Aufgaben und die größten Möglichkeiten. Größte Aufmerksamkeit und Hilfe muß die Partei der Arbeit unter den Mittelschichten, z. B. dem bevorstehenden Bauerntag am 15. November und der Vorbereitung des Reichsbauernkongresses widmen.[18]

Der Klassenfeind geht im Zeichen der höheren Formen in der Durchführung der faschistischen Diktatur, wie sie die zweite *Brüning*-Regierung repräsentiert, zum Einsatz immer neuer Reserven gegen das Proletariat vor.

Die Sozialdemokratie, deren sozialfaschistische Politik mit der Tolerierung der zweiten *Brüning*-Regierung weitere Steigerung erfährt, versucht zugleich durch Manöver wie die Bildung der sogenannten Gewerkschaftsfront der reformistischen, christlichen und sonstigen Bürokratie, die Massen zu täuschen und ihren Niedergang aufzuhalten.

---

17 Die Bezirksparteitage, die ursprünglich für die Monate April-Mai 1931 vorgesehen waren (vgl. Dok. 37), wurden vom ZK wegen der „Anspannung aller Kräfte der Parteiorganisation" für die großen laufenden Kampagnen" mehrmals verschoben und fanden erst Ende 1932 statt.

18 Der von der KPD organisierte Reichsbauerntag fand am 23. und 24. Januar 1932 in Berlin statt. Vgl. dazu GdA S. 315.

Die „*Seydewitz-Rosenfeld*-Partei“[19] als neue Mauer zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern spielt vor allem unter der proletarischen Jugend eine gewisse hemmende Rolle bei der Bildung der roten Einheitsfront gegen Not und Reaktion.

Der Nationalsozialismus, der in seiner außerparlamentarischen Kampfkraft eine zeitlang einer Stagnation und Schwächung unterlag, wird durch die Wahlerfolge, mindestens vorübergehend, eine neue außerparlamentarische Belebung erfahren.[20]

Wenn die Partei in dieser Situation und angesichts der täglichen wachsenden Kampfaufgaben des Proletariats ihre Rolle als Führerin der Massen, als Organisator der Volksrevolution für ein sozialistisches Sowjet-Deutschland erfüllen will, muß sie vor allem fähig werden, die Kämpfe des proletarischen Alltags im engsten Bündnis mit der RGO zu organisieren und durch mächtige Streiks und Erwerbslosenaktionen den Weg für eine neue, höhere Stufe der revolutionären Entwicklung zu bahnen.

Mit kommunistischem Gruß!
ZK-Sekretariat

---

19 Vgl. zu der am 2. Oktober 1931 in Breslau gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) Dok. 50.

20 Vgl. dazu die Wahlergebnisse der Kommunalwahlen in Braunschweig vom 1. März, Dok. 39, Anm. 4 und der Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 27. September 1931, Dok. 53, Anm. 8.

56.

16. 12. 1931: Anweisungen der Orgabteilung über die Aufgaben in der Erwerbslosenbewegung

BA R 134, Bd. 82, S. 231–243 und StA Oldenburg, Bestand 136, Nr. 2893, fol. 506–511 v.; Polizeiliche Abschrift, I AN 2164 d/28. 1. Überschrift: „Rundschreiben der Orgabteilung des ZK an alle Bezirksleitungen und Redaktionen. Instruktionen über die Aufgaben der Partei in der Erwerbslosenbewegung.“

1. Die Bedeutung der revolutionären Erwerbslosenbewegung.

In immer schnellerem Tempo wächst unter den Auswirkungen der sich verschärfenden kapitalistischen Krise das Millionenheer der Erwerbslosen. Dabei setzt die Bourgeoisie im Zusammenhang mit der Lohnabbauoffensive den Raubzug gegen die Arbeitslosen fort. Nachdem bereits die Versicherung so gut wie vernichtet, wird jetzt auch die vollkommene Beseitigung des noch formalen Bestandes der Arbeitslosenversicherung gefordert. Nivellierung der Unterstützung auf der gesenkten Basis der Wohlfahrtsunterstützung, Unterstützung in allen Fällen nur bei Bedürftigkeitsprüfung, Naturalverpflegung statt Barunterstützung ist das nächste Ziel. Dazu tritt die verschärfte Anwendung der Zwangsarbeit und des „freiwilligen“ Arbeitsdienstes.

Lohnraub und Unterstützungsabbau stehen in enger Wechselwirkung zueinander. Die verschärfte Anwendung der Zwangsarbeit, der „freiwillige“ Arbeitsdienst, die Umwandlung desselben in allgemeine Arbeitsdienstpflicht sind einige neue Methoden zum weiteren Lohnraub an den Arbeitern.

Dazu tritt der Verrat der sozialdemokratischen Führer und der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten, die jetzt durch radikale Redensarten (Einführung der allgemeinen Arbeitslosenfürsorge) die Erwerbslosen vom Kampf um die Forderungen, von der Herstellung der revolutionären Einheitsfront ablenken[1] wollen. Zu gleicher Zeit erfolgt ein verstärkter Vorstoß der Nationalsozialisten, die eine breit angelegte Kampagne für den Arbeitsdienst und für die faschistische Ideologie durchführen. Die Bourgeoisie begreift die ungeheure Gefahr, die das Millionenheer der Erwerbslosen für den Bestand ihrer Wirtschaft und ihres kapitalistischen Staates darstellen und deswegen jetzt die vereinten Anstrengungen ihrer Hilfstruppen, um die Erwerbslosen zu spalten und vom Kampf abzuhalten. Die gewaltige Bedeutung der Erwerbslosen im Klassenkampf des Proletariats verpflichtet die kommunistische Partei und alle Parteieinheiten, der Erwerbslosenbewegung jetzt mehr als je die größte Aufmerksamkeit zu widmen und den Kampf der Erwerbslosen zu organisieren und zu führen. In der Resolution der Prager Konferenz heißt es:[2]

„Alle diese Tatsachen stellen die kommunistischen Parteien und die rote Gewerkschaftsbewegung in allen kapitalistischen Ländern vor große Aufgaben. Nur die revolutionäre Arbeiterbewegung (Kommunisten, Rote Gewerkschaften, revolutionäre Gewerkschaftsopposition) die sich den Sturz der kapitalistischen Ordnung zum Ziel setzt, kann den Kampf der Arbeitslosenmassen für Brot und Arbeit konsequent führen."

2. Die Organisierung der Einheitsfrontbewegung und ihre politische Leitung durch die Partei.

Der Kampf der Erwerbslosen im Rahmen des allgemeinen Kampfes der Arbeiterschaft hat in der augenblicklichen Situation eine ungeheure Bedeutung. Mit allen Mitteln muß versucht werden, die Absichten der Bourgeoisie, die Erwerbslosen untereinander zu spalten, die Verbindung der Kämpfe der Erwerbslosen mit denen der Betriebsarbeiter unmöglich zu machen und ein Kampfbündnis mit den übrigen verelendeten Schichten zu verhindern, zu durchkreuzen. Die Herausbildung einer wirklichen Einheitsfront aller Werktätigen und besonders die Herstellung einer wirklichen Kampfeinheit der bedrohten Erwerbslosenmassen in einer revolutionären Erwerbslosenbewegung unter selbstgewählten Führungen ist die Ausgabe des Tages. Der Charakter dieser Erwerbslosenbewegung wird in der Resolution des Vollzugsbüros der RGI vom April 1931 wie folgt umrissen:[3]

„Die Erwerbslosenbewegung muß eine breite Einheitsfrontbewegung sein und so aufgebaut werden, daß sie auf die großen Massen ohne Unterschied der politischen und gewerkschaftlichen Richtung die marxistische Werbe- und Anziehungskraft ausübt.

1 Im Text steht das Wort „abhacken". Dem Sinne nach kann es jedoch nur „ablenken" heißen.

2 Im August 1931 fand in Prag eine Konferenz der Komintern zur internationalen Erwerbslosenfrage statt. Die Konferenz, auf der Vertreter der kommunistischen Parteien und der Roten Gewerkschaften Europas und der USA anwesend waren, befaßte sich mit der Durchführung der Komintern-Beschlüsse zur Arbeit unter den Erwerbslosen. Die Konferenz beschloß eine Resolution zur Erwerbslosenfrage, die „die Organisierung der Kämpfe der Erwerbslosen" als „eine der zentralen Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsbewegung" bezeichnete. Vgl. *Der revolutionäre Propagandist* Nr. 4. Material für Propagandisten. Die Prager Beschlüsse über unsere Erwerbslosenarbeit und ihre praktische Auswertung, hrsg. von der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg. Records T-175, 294, 2791274 ff.

3 Diese Resolution liegt nicht vor.

Deshalb ist es notwendig, daß die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung die Erwerbslosenbewegung mit allen Mitteln unterstützt und durch ihre Mitglieder auch gleichzeitig leitet. Aber diese Führung darf keine formelle sein."

Diese Mängel wurden in den vergangenen Monaten in Deutschland bereits zum großen Teil behoben. In den Richtlinien des Reichsausschusses der Erwerbslosen über die Neuorganisierung der Erwerbslosen heißt es:[4]

„Alle die vor den Erwerbslosen stehenden Aufgaben können nur dann mit Erfolg durchgeführt werden, wenn eine zweckentsprechende Zusammenfassung der Erwerbslosenmassen erreicht wird und die Leitungen der Erwerbslosenbewegung streng auf den Grundlagen von Einheitsfrontorganen aufgebaut werden."

Die Einheitsfrontbewegung unter den Erwerbslosen machte in den letzten Wochen erhebliche Fortschritte. Noch aber steht die Bewegung ihrem organisatorischem Umfange nach in keinem Verhältnis zu der Masse der vorhandenen Erwerbslosen. Dabei tritt jetzt eine neue gefährliche Tatsache in Erscheinung, die sich besonders bei der Auslösung gemeinsamer Aktionen der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter stark hemmend bemerkbar machte. Die Parteileitungen überlassen jetzt diese selbständige Erwerbslosenbewegung in der fälschlichen Auslegung des Begriffs „selbständig" zum großen Teil ihrem Schicksal oder schieben alle Verantwortung auf die RGO ab, da ja „die Führung der Streikkämpfe nicht mehr Aufgabe der Partei, sondern ausschließlich der RGO sei". (ZK-Resolution vom 24. September 1931).[5] Diese unleninistische Auffassung wurde vom Zentralkomitee schärfstens kritisiert und die Rolle der Partei in den Wirtschaftskämpfen, was auch auf die Erwerbslosenbewegung voll und ganz zutrifft, wie folgt richtig gestellt:

„Die Gegenüberstellung: die Partei führt die politischen, die RGO die wirtschaftlichen Kämpfe, stellt eine gefährliche opportunistische Abweichung dar, die den reformistischen und syndikalistischen Auffassungen über die Führung des Klassenkampfes entspricht. Die Partei führt den gesamten Klassenkampf des Proletariats, darum muß sie auch in den wirtschaftlichen Kämpfen selbständig auftreten und führen. (ZK-Resolution vom 24. September 1931).

Aus diesen Darlegungen geht einwandfrei hervor, daß die Partei die volle politische Verantwortung auch für die Erwerbslosenbewegung trägt. Bei der ungeheuren Bedeutung der Erwerbslosenbewegung in der augenblicklichen Situation muß deshalb die politische Leitung der Erwerbslosenbewegung durch die Partei unbedingt gesichert werden.

3. Die Partei hat nicht ihre volle Pflicht erfüllt:

Die Parteileitungen haben diese wichtige Aufgabe der politischen Leitung der Erwerbslosenbewegung bisher ungenügend durchgeführt. Das zeigte der Stand der Kämpfe und auch die Resolution des ZK vom 24. September 1931 stellt fest:

---

4 Die KPD versuchte während der Wirtschaftskrise das Heer der Erwerbslosen in sog. Erwerbslosenausschüssen auf lokaler und bezirklicher Ebene organisatorisch zu erfassen und politisch zu vertreten. An der Spitze dieser Ausschüsse stand der Reichsausschuß der Erwerbslosen. Vgl. Rose-Marie Huber-Koller, Die Kommunistische Erwerbslosenbewegung in der Endphase der Weimarer Republik. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie. 10. Frankfurt/M. 1977. S. 89 ff.

5 Vgl. die Beschlüsse des Polbüros des Zentralkomitees der KPD, angenommen in der Sitzung vom 24. 9. 1931, in: Rundbrief des ZK der KPD an alle Parteimitglieder. BA ZSg 1-65/26, Bd. 32.

„Ebenso losgelöst waren die Parteileitungen von der Organisierung der Bewegung der Erwerbslosen, von der Koordinierung dieser Bewegung mit jener der Betriebsarbeiter, was ebenfalls mit dazu beiträgt, daß es der Partei nicht gelang, Streiks auszulösen."

Ebenso ist es nicht gelungen, die Massen der Erwerbslosen gegen die Raubmaßnahmen in Bewegung zu bringen. Von einem entschiedenen Widerstand gegen die Zerschlagung der Versicherung in der Notverordnung vom 6. Juni und 7. Oktober,[6] gegen die Verkürzung der Unterstützungsdauer von 26 auf 20 bzw. 16 Wochen konnte ebenfalls keine Rede sein. Aktiver ist der Kampf der Wohlfahrtserwerbslosen gegen den Abbau der Wohlfahrtsunterstützung, die stärkere Anwendung der Zwangsarbeit. Aber auch hier entsprang die Initiative zum Widerstand weniger der planmäßigen Führung durch die Parteiinstanzen als dem selbständigen Handeln der Erwerbslosenausschüsse. Dieser große Fehler wird auch in der Resolution der Prager Konferenz bereits kritisiert:

„Trotz dieser Fortschritte zeigt sich im allgemeinen ein großes Zurückbleiben der kommunistischen Parteien und roten Gewerkschaftsorganisationen hinter den Möglichkeiten und Erfordernissen der Lage . . . Die Arbeit unter den Erwerbslosen wurde in der Praxis unterschätzt. Man hat nicht die ganzen Parteien und die gesamte rote Gewerkschaftsbewegung bis zu den Grundeinheiten für die große Arbeit mobilisiert."

4. Politische Leitung nicht durch formelle Unterordnung, sondern durch planmäßige Fraktionsarbeit.

Bei der Umstellung der Gesamtpartei, der Einstellung aller Parteieinheiten auf die tatsächliche Unterstützung der Erwerbslosenbewegung und ihre Aktivisierung besteht die Gefahr neuer Fehler in der Anwendung der Einheitsfronttaktik. Das letzte Mitglied der Paetei muß über das Verhältnis zur Erwerbslosenbewegung, die Form der politischen Leitung durch die Partei informiert und instruiert werden, wie die Leitung erfolgen muß, darüber heißt es in der Prager Resolution:

„Um die Erwerbslosenbewegung organisatorisch zu erfassen, ergreifen die Kommunisten und die RGI-Anhänger die Initiative zur Wahl der Erwerbslosenausschüsse oder Komitees an den Stempelstellen, Arbeitsnachweisen, Nachtasylen usw. Diese führenden Organe des Erwerbslosenkampfes müssen wirkliche Einheitsfrontorgane sein, die aufgrund breitester Demokratie von allen Erwerbslosen ohne Unterschied der gewerkschaftlichen und politischen Zugehörigkeit gewählt werden, mit den breiten Arbeitermassen in ständigem Kontakt arbeiten und ihnen verantwortlich sind. Die Tendenzen, diese Erwerbslosenausschüsse durch die Organe der roten Gewerkschaftsbewegung ernennen zu lassen oder sie ihnen zu unterstellen, müssen bekämpft werden, weil sie der breiten Entfaltung der Einheitsfrontbewegung hinderlich sind. Die Führung der Erwerbslosenbewegung durch die Kommunisten und RGI-Anhänger sichern wir durch die planmäßige Arbeit ihrer Fraktionen innerhalb der Einheitsfrontorgane."

Weil der Aufbau der Fraktionen nicht erfolgte, deshalb der falsche und unbolschewi-

6 Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 6. Juni 1931. RGBl. Teil I. und Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931. RGBl. Teil I. S. 566. Vgl. Horkenbach 1931 S. 194 ff., 323 ff.

stische Weg der formellen Unterordnung, mit dem sofort und umgehend Schluß gemacht werden muß.

5. Die wichtigsten Maßnahmen zur Abstellung der Mängel.

Innerhalb der kürzesten Zeit gilt es, die bestehenden großen Fehler in der Stellung der Partei zur Erwerbslosenbewegung zu beseitigen. Dazu ist notwendig:

a) Allgemeiner Zellentag in ganz Deutschland mit dem Thema: „Die Erwerbslosenbewegung und die Aufgaben der Partei".

b) Sofortiger Aus- und Aufbau der Erwerbslosenfraktion der Partei an allen Stempelstellen und in allen Einheitsfrontorganen der Erwerbslosenbewegung.

c) Bestimmung eines verantwortlichen Genossen bei jeder Bezirksleitung zur Kontrolle der Aufgaben der Partei, der Bildung der Fraktionen usw.

d) Bei allen unteren Parteieinheiten Einsetzung eines verantwortlichen Parteigenossen, der die Erwerbslosenarbeit der Partei, die Kontrolle der Fraktionen durchzuführen hat. In den meisten Fällen wird dies der Fraktionsleiter in dem betreffenden Ausschuß sein.

e) Heranziehung des Fraktionsleiters im Bezirks-Erwerbslosenausschuß bzw. des verantwortlichen Leiters, wenn er Parteigenosse ist, zu den wichtigsten Sekretariatssitzungen und Bezirksleitungssitzungen.

f) Verpflichtung aller Bezirksleitungen durch das Zentralkomitee, in den politischen und organisatorischen Berichten ausführlich über die Arbeiten der Partei innerhalb der Erwerbslosenbewegung einzugehen.

6. Die nächsten Aufgaben und die Beseitigung taktischer Fehler.

a) Gemeinsame Kämpfe, nicht nur Solidaritätsakte.

Die Hauptaufgabe in der gegenwärtigen Situation ist der Kampf gegen den durch die Notverordnung eingeleiteten neuen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen die Unternehmeroffensive, auf die Sozialversicherung. Dabei gilt es die Kämpfe der Betriebsarbeiter mit den Aktionen der Erwerbslosen und Sozialhilfsbedürftigen engstens zu verbinden, eine Steigerung der Kampfkraft zu erreichen und die Aktionen auf eine höhere Stufe des Klassenkampfes zu stellen.

Trotz der verschiedenen Anweisungen versteht sowohl die Partei als auch die RGO noch nicht, ihre Taktik auf die Führung gemeinsamer Kämpfe um die Durchsetzung der Forderungen sowohl der Betriebsarbeiter als auch der Erwerbslosen einzustellen. Dies zeigte sich auch bei der Vorbereitung der Berliner Metallarbeiterbewegung.[7] Die Beschlüsse in den Erwerbslosenversammlungen enthielten lediglich Solidaritätserklärungen, sehr selten wurden Beschlüsse auf die gemeinsame Führung der Kämpfe um die eigenen Forderungen erfaßt. In den Betrieben selbst wurden bei der Aufstellung der Kampfprogramme die Forderungen für die Erwerbslosen nicht berücksichtigt und keinen Beschluß gibt es, wo die Betriebsarbeiter die Unterstützung des Kampfes der Erwerbslosen in ihren eigenen Forderungen aussprechen. Denselben Fehler sehen wir bei der Behandlung dieser Frage in der Presse. Hier

7 Gemeint ist der Streik der Berliner Metallarbeiter im Oktober 1930, der zur Gründung der ersten selbständigen „roten Gewerkschaft", des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins (EVMB) führte. Siehe dazu Dok. 29.

wurden z. T. sogar Beschlüsse umgebogen und aus gegenseitigen Kampfbeschlüssen Solidaritätsaktionen der Erwerbslosen gemacht. Diese Taktik führt zur Einengung der Kämpfe, verhindert die Entwicklung auf einer höheren Stufe, zieht die Erwerbslosen nicht in den Kampf um eigene Forderungen und muß umgehend abgestellt werden.

b) Unverständnis als Hemmnis der Einheitsfront.

In der gleichen Linie liegt die Verständnislosigkeit der roten Betriebsräte zur Herstellung der ständigen festen Verbindung zwischen den Betriebsräten und den Erwerbslosenausschüssen. In den meisten Fällen entspringt die Ablehnung der Heranziehung der Vertreter der Erwerbslosenausschüsse zu Betriebsversammlungen und Betriebsratssitzungen, der Entsendung von Betriebsarbeitern in die Erwerbslosenversammlungen, der Sicherung einer ständigen Vertretung des Betriebes innerhalb des Erwerbslosenausschusses der opportunistischen Einstellung roter Betriebsräte. In vielen Fällen wurden entsprechende Anträge der Erwerbslosenausschüsse abgelehnt. Das Auftreten von Delegierten der Erwerbslosen in den Streikversammlungen wurde mit Rücksicht auf die reformistische Gewerkschaftsbürokratie unterbunden. Auch hier ist es Aufgabe der Partei, durch Einwirkungen auf die Parteimitglieder diesem gefährlichen Zustand ein Ende zu machen.

c) Versagen der Kommunal-Funktionäre beim außerparlamentarischen Kampfe.

Eine ähnliche Erscheinung ist bei dem Kampf der Erwerbslosen in den Kommunen bei Durchsetzung ihrer Forderungen festzustellen. Die Forderungen werden, wenn es gut geht, von den kommunalen Vertretern im Parlament vertreten. Nach erfolgter Ablehnung wird bereits meistens auf eine öffentliche Berichterstattung durch den kommunistischen Kommunalvertreter verzichtet, von der Auslösung einer außerparlamentarischen Aktion der Erwerbslosen durch Initiative unserer Kommunalvertreter gar nicht zu reden. Die große Möglichkeit, daß die kommunistischen Kommunalvertreter als wirkliche Führer der Massen in den Kommunen in Erscheinung treten, daß sie es sind, die tatsächlich und aktiv an den Tageskämpfen der Erwerbslosen führend teilnehmen, die Autorität der kommunistischen Partei unter den Erwerbslosenmassen zu haben, geht ungenutzt vorüber. Die Parteieinheiten müssen die Kommunalvertreter der Partei besonders bei Winterhilfsaktionen der Erwerbslosen, auf diese Aufgabe der Organisierung außerparlamentarischer Massenaktionen einstellen.

d) Die Partei war von den Kämpfen der Erwerbslosen losgelöst.

Von den Kommunen wird die Zwangs- und Pflichtarbeit neben dem Abbau der Wohlfahrtsunterstützung verstärkt angewandt. In unzähligen Fällen in den letzten Wochen griffen die Fürsorge-Pflichtarbeiter zu dem Mittel des Streiks. Sie verlangten erhöhte Bezahlung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Schuhzeug, Kleidung usw. Auch bei diesen Bewegungen, die von außerordentlicher Bedeutung für die Steigerung der Aktionskraft der Betriebsarbeiter sind, ging die Initiative nur von den Erwerbslosenausschüssen aus. Eine weitgehendste Unterstützung durch die Partei, durch die Kommunalvertreter, um so die Führung ständig fest in den Händen zu haben, ist nur in den allerwenigsten Fällen festzustellen. Auch dieser schlechte Zustand muß bei dem verstärkten Kurs auf Auslösung von Pflichtarbeiterstreiks beseitigt werden.

e) Der Kampf in der innergewerkschaftlichen Front wurde vernachlässigt.

Obwohl der Einfluß der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie auf die Erwerbslosenbewegung noch außerordentlich schwach ist, versuchen sie jetzt den Einfluß mit allen Mitteln zu vergrößern. An mehreren Stellen im Reiche faßten sie bereits die freigewerkschaftlich organisierten Erwerbslosen zusammen mit dem Versuch, freigewerkschaftliche Erwerbslosenausschüsse aufzuziehen. Das Ziel ist, die revolutionäre Einheitsbewegung der Erwerbslosen zu sprengen. Wenn die Bürokratie teilweise Erfolge mit dieser Taktik hatte, so deswegen, weil unsere Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front, die Zusammenfassung aller gewerkschaftlich organisierten Erwerbslosen, ihre ständige Instruktion und Leitung zusammen mit den RGO-Gruppen [nicht] erfolgen. Das ist auch in Hinsicht auf die bevorstehenden Ortsverwaltungen- und Betriebsrätewahlen von außerordentlicher Bedeutung.

f) Fehler beim Kampf gegen die nationale Winterhilfe.

Ein groß angelegtes Täuschungsmanöver der Bourgeoisie ist die nationale Winterhilfsaktion. Die Einrichtung von Speiseanstalten, Suppenküchen und ähnlichem. Über die Haltung der Kommunisten in der Erwerbslosenbewegung in diesen Fragen herrscht eine große Unklarheit bei allen unteren Parteileitungen. Es ist nicht möglich, spezielle Richtlinien für jeden einzelnen Fall herauszugeben, aber allgemein gilt:

1. Schärfster Kampf gegen jede Naturalunterstützung, die an Stelle der baren Unterstützung gewährt werden soll;

2. Kampf um Erhöhung der Barunterstützung, daneben Forderung auf unentgeltliche Gewährung von Naturalbeihilfen, wie Kohlen, Lebensmittel, warmes Essen usw.

3. In allen Fällen, wo Küchen bereits bestehen, ist jede Abbaumaßnahme mit dem schärfsten Widerstand zu beantworten. Die Kommunisten vertreten dabei die Notwendigkeit der Kontrolle der Küchen, lehnen dabei aber die Übertragung der Verwaltung an die Erwerbslosenausschüsse ab. Sie treten für unentgeltliche Abgabe des Essens, für die Verbesserung desselben ein und entfalten an den Ausgabestellen eine intensive Propaganda. Die ablehnende Haltung der Entgegennahme von Essen ist falsch und führt zur Isolierung der Kommunisten von den Erwerbslosen.

4. Die Kommunisten sind gegen die Ansiedlung von Erwerbslosen, wie sie jetzt von der Bourgeoisie und der SPD propagiert wird. Wo aber in größerem Umfange solche Ansiedlungen bereits bestehen, Schrebergärten für die Erwerbslosen eingerichtet wurden, dürfen die Kommunisten nicht einfach zurückgezogen werden. Die besten Kommunisten werden mit der bestimmten Aufgabe in diese Siedlungen hineingeschickt um eine revolutionäre Propaganda und die Organisierung des Kampfes unter diesen Schichten für die kostenlose Überlassung der Siedlung, Umwandlung der Darlehen in nicht rückzahlbare Beihilfe, Beseitigung der Verzinsung usw. durchzuführen. Dasselbe trifft auf den freiwilligen Arbeitsdienst zu, der auf unseren stärksten Widerstand stoßen muß, aber zu gleicher Zeit Maßnahmen erfordert, um die Verbindung mit den Dienstpflicht[igen] aufrecht zu erhalten. Nur indem die Kommunisten sich unter ihnen befinden, wird es möglich sein, der faschistischen Ideologie und der nationalsozialistischen Verhetzung entgegenzutreten. Das Letztere ist besonders die Aufgabe des kommunistischen Jugendverbandes.

Zentralkomitee der KPD
Orgabteilung

57.

8. 1. 1932: Das ZK zum *Stalin*-Brief

RF, Nr. 6 vom 8. 1. 1932. Überschrift: „Der Brief des Gen. *Stalin* und die KPD. Vom Zentralkomitee wird uns geschrieben:"[1]

Die große und entscheidende Bedeutung, die der Brief des Genossen *Stalin* an die Redaktion der Sowjetzeitschrift *Proletarskaja Revoluzija*[2] für die Arbeit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auf allen Gebieten und an allen Fronten des sozialistischen Aufbaues, wie für die Kommunistische Internationale und alle ihre Sektionen hat, steht außer Zweifel. Die Kommunistische Partei Deutschlands begrüßt den Brief des Genossen *Stalin* als ein Dokument, das auch die deutschen Kommunisten zum stärksten Kampf gegen alle sozialdemokratischen Einflüsse innerhalb der revolutionären Bewegung, gegen zentristische und luxemburgistische Überreste in der Partei verpflichtet.

In der gegenwärtigen Etappe, nach dem Eintritt in die Periode des Sozialismus, im vierten und letzten Jahre des Fünfjahresplanes, können die rechten Opportunisten und konterrevolutionären Trotzkisten in der Sowjetunion nicht mehr wagen, offen und unverhüllt ihre menschewistischen oder trotzkistischen Theorien in den Reihen der KPdSU oder der Arbeiterklasse der Sowjetunion zu verfechten. Um so mehr versuchen sie heimlich und unter falscher Flagge ihre opportunistische und trotzkistische Ideologie in die Reihen des revolutionären Proletariats der Sowjetunion und seiner Führerin, der Bolschewistischen Partei, einzuschmuggeln. Solche Versuche können und konnten nur gelingen, soweit sich in der Partei einige Tendenzen einer versöhnlerischen Duldsamkeit, eines faulen Liberalismus gegenüber den rechten Opportunisten und Trotzkisten zeigten.

Wer an die Stelle des schonungslosen Kampfes und der unerbittlichen Entlarvung und Anprangerung der opportunistischen und trotzkistischen Schmuggelware einen Mangel an Wachsamkeit, eine Bereitschaft zum „Diskutieren" über Probleme und Tatsachen setzt, die der Leninismus und die Geschichte längst entschieden haben, der öffnet dem Feinde der proletarischen Diktatur und der Leninschen Theorie das Tor. Gegen einen solchen faulen Liberalismus, wie er sich auf dem Gebiet der historischen Arbeit, in den Fragen der Parteigeschichte eingeschlichen hatte, richtet

1 Das Rundschreiben erschien in der *Roten Fahne* Nr. 6 vom 8. Januar 1932. Die Spätausgabe des *Vorwärts*, *Der Abend* Nr. 12 (B 6) vom 8. Januar 1932, druckte längere Auszüge nach unter der Überschrift „Gegen Rosa *Luxemburg*. Neues Schreiben des ZK der KPD". In einem Vorspann schrieb die Redaktion: „Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands veröffentlicht ein neues Schreiben, dessen Hauptinhalt jeder kennen muß, der wissen will, was die KPD ist. Wir geben deshalb die wichtigsten Teile des Schreibens wortgetreu und buchstabengetreu wieder."

2 Der Brief *Stalins* „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus" befaßte sich mit den Auseinandersetzungen der Bolschewiki vor 1914. Er wurde zum Ausgangspunkt einer „ideologischen Offensive" der KPD und am 22. 11. 1931 in der *Roten Fahne* Nr. 213 und in *Inprekorr* Nr. 110 vom 20. 11. 1931 veröffentlicht. Er ist abgedruckt in: J.W. Stalin, Fragen des Leninismus, Moskau 1947, S. 425 ff. Über die Hintergründe des *Stalin*-Briefes vgl. H. Weber, Manipulation mit der Geschichte, SBZ-Archiv 8. Jg., Nr. 18, 25. 9. 1957, S. 275 ff. Vgl. auch Rosa Meyer-Leviné, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920–1933, Köln 1979, S. 305 f.

Genosse *Stalin* in seinem Brief das Feuer der bolschewistischen Kritik und Abrechnung.

Es ist klar, daß der Versuch der rechten Opportunisten und Trotzkisten, auf dem Umweg über die Verfälschung der Parteigeschichte ihre konterrevolutionäre Theorie in die Kader der revolutionären Partei einzuschmuggeln, einen Vorstoß gegen die revolutionäre Praxis des Marxismus-Leninismus darstellt. Wer, wie *Sluzki* und seinesgleichen, die Geschichte der Bolschewistischen Partei verfälscht, wer für die Zeit des revolutionären Kampfes vor dem roten Oktober 1917 an die Stelle der Rolle der *Lenin*schen Partei, der Rolle des Bolschewismus, offen oder versteckt den Trotzkismus setzt, der untergräbt die unantastbaren Fundamente des heutigen Kampfes der Bolschewistischen Partei, den sie an der Spitze der proletarischen Diktatur beim Aufbau des Sozialismus führt.

Die KPdSU steht im vierten Jahr, im Jahr der Vollendung des Fünfjahrplans, vor neuen gigantischen Aufgaben. Umgeben von der kapitalistischen Welt, die sich unter den Schlägen der Krise des Kapitalismus windet, bedroht von den Interventionsplänen des Weltimperialismus unter amerikanisch-französischer Führung, von den provokatorischen Anschlägen des japanischen Imperialismus in der Mandschurei und nicht zuletzt von der konterrevolutionären Kriegshetze und Kriegsvorbereitung der II. Internationale, setzt die Sowjetmacht, unter Führung der Bolschewistischen Partei mit ihrem *Lenin*schen Zentralkomitee an der Spitze, unbeirrt den Kurs des siegreichen sozialistischen Aufbaues durch. Dieser Kurs, die *Stalin*sche Generallinie der KPdSU, ist die Fortsetzung der historischen Rolle des Leninismus. Trotzkistische Verleumder vom Schlage jenes *Sluzki*, der neben anderen Fälschungen *Lenin* in der Vorkriegszeit des „ungenügenden Kampfes gegen den Zentrismus" bezichtigte, fallen mit ihren heimtückischen Attacken gegen den Leninismus zugleich dem heutigen Werk der *Lenin*schen Partei, der siegreichen Fortführung und Vollendung des sozialistischen Aufbaues, in den Rücken.

Jede Duldsamkeit gegenüber solchen konterrevolutionären Fälschungen, wie sie die Redaktion der *Proletarskaja Revoluzija* durch den Abdruck des *Sluzki*schen Artikels (den sie zur Diskussion stellte, statt ihn anzuprangern) an den Tag legte – jeder solch fauler Liberalismus ist nicht nur eine Unterschätzung des Klassenfeindes und der großen Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaues, nicht nur eine gefährliche Beschönigung des konterrevolutionären Charakters des Trotzkismus, sondern schwächt zugleich die Kampfkraft der revolutionären Partei. Wer diese Bedeutung der historischen Fragen der vergangenen Parteigeschichte für die heutigen Aufgaben der KPdSU nicht versteht, wer den Brief des Genossen *Stalin* nur für ein wegweisendes Dokument vom Standpunkt der historischen Forschung erklärt, der hilft seine außerordentliche aktuelle Bedeutung für die gegenwärtige Etappe des proletarischen Klassenkampfes, unter den Bedingungen der Sowjetmacht und nach dem Eintritt in die Periode des Sozialismus, verdunkeln, der versteht nicht die untrennbare Einheit von revolutionärer Theorie und Praxis im System des Marxismus-Leninismus.

Die Bedeutung des Briefes des Genossen *Stalin* für die deutschen Kommunisten liegt klar zutage. Sie ergibt sich schon aus der heutigen Rolle der KPdSU als der Stoßbrigade der Weltrevolution, der Stoßbrigade des Weltsozialismus. Heute, wo der Gegensatz der beiden Systeme, des siegreichen Sozialismus in der Sowjetunion und

des niedergehenden, sterbenden Kapitalismus auf den übrigen fünf Sechsteln der Erde, alle politischen und ökonomischen Vorgänge und den Klassenkampf des Proletariats in allen kapitalistischen Ländern aufs stärkste beeinflußt, sind die Probleme der KPdSU von vorneherein auch internationale Fragen der Arbeiterbewegung auf der ganzen Welt. Über diese allgemeine und selbstverständliche Feststellung hinaus ist jedoch gerade die historische Rolle des Bolschewismus, wie sie Genosse *Stalin* in seinem Brief „Zu einigen Fragen der Geschichte des Bolschewismus" gegen die Verfälschungen der trotzkistischen Verleumder und gegen jede versöhnlerische Duldsamkeit diesen gegenüber verteidigt und klarstellt, von größter und aktuellster Bedeutung für die revolutionäre Arbeiterschaft und für die Sektionen der Kommunistischen Internationale in den kapitalistischen Ländern. War doch die Stellung zur russischen Revolution und zum Bolschewismus in der Arbeiterbewegung Deutschlands und aller kapitalistischen Länder das Scheidewasser, das die revolutionäre Avantgarde der Kommunisten von den sozialdemokratischen und zentristischen Elementen trennte.

Für die Kommunistische Partei Deutschlands wird diese internationale Bedeutung dieses Briefes des Genossen *Stalin* noch größer. Der maskierte Trotzkist *Sluzki* verleumdet *Lenin* vor allem durch die Verfälschung seiner Stellung und die der Bolschewistischen Partei zu den verschiedenen Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie der Vorkriegszeit, darunter auch zu den späteren Gründern der Kommunistischen Partei Deutschlands, den sogenannten Linksradikalen der Vorkriegs-Sozialdemokratie. Die Entlarvung dieser Verleumdungen *Lenins* und die Klarstellung der internationalen Rolle des Bolschewismus in der Vorkriegsgeschichte der internationalen Arbeiterbewegung durch den Genossen *Stalin* betrifft somit auch die wichtigsten Probleme unserer eigenen Parteigeschichte. Wer die Entwicklung der kommunistischen Bewegung Deutschlands von dem linksradikalen Flügel der Vorkriegszeit, von der Spartakusgruppe im Kriege, bis zur heutigen zweitstärksten Massenpartei der Kommunistischen Internationale kennt, der weiß zugleich, daß in jedem Stadium unserer Parteientwicklung eine leninistische Klärung der Parteigeschichte untrennbar mit den aktuellen Aufgaben der revolutionären Bewegung, mit der Bolschewisierung unserer Partei, mit der Überwindung der sozialdemokratischen, luxemburgistischen Überreste, die der KPD anhafteten, verbunden war.

Schon die Gründung der selbständigen KPD in den letzten Dezembertagen des Jahres 1918 und der damit endlich vollzogene Bruch gegenüber der USPD, der deutschen Partei des Zentrismus, war ein entscheidender Schritt über die bisherigen Hemmungen der Linksradikalen und des Spartakusbundes hinaus, wie sie *Lenin* in seiner Kritik der Juniusbroschüre aufzeigte. Als dann im Jahre 1919 die KPD (Spartakusbund) ihren Kampf gegen die syndikalistischen Elemente der späteren KAPD durchführte und damit zugleich eine Selbstverständigung der revolutionären Avantgarde des deutschen Proletariats über die Rolle der Partei und die Bedeutung des demokratischen Zentralismus in die Wege leitete, macht sie die ersten Schritte zur Überwindung jener luxemburgistischen Spontaneitätstheorie und Leugnung der Rolle der Partei, die zu den schädlichsten halbmenschewistischen Fehlern der deutschen Linken gehört hatte.

Beim *Kapp*-Putsch 1920 zeigte sich im Versagen der damaligen Zentrale (*Thalheimer-Levi*) und in den opportunistischen Fehlern beim Angebot einer „loyalen

Opposition" gegenüber einer etwaigen USPD-Regierung, wie stark noch immer der sozialdemokratische Einfluß in der kommunistischen Bewegung war.

Durch die Spaltung der USPD, der Partei des Zentrismus, auf dem Halleschen Parteitag und den Zusammenschluß des linken Flügels mit der KPD drangen, neben dem Übergang der besten revolutionären Arbeiter zum Kommunismus, auch gewisse versteckte Reste zentristischer Ideologie (*Däumig, Geyer, Adolf Hoffmann*) mit in die neue Massenpartei ein, die erst mit Hilfe der Komintern wieder überwunden werden mußten.

Als im Jahre 1921 das rechte Liquidatorentum der *Levi*-Gruppe zerschlagen und zugleich der umgestülpte Opportunismus der *Thalheimer*schen „Offensivtheorie" überwunden wurde, war diese innere Auseinandersetzung zugleich ein Schritt weiter auf dem Wege zum Bolschewismus.

1923/24, nach der Oktoberniederlage, beim Kampf gegen die brandleristischen Opportunisten und die schwankende Mittelgruppe, 1925/26 im Kampf gegen die trotzkistische Opposition der *Ruth Fischer-Maslow*, der *Urbahns* und *Korsch*, 1928 bei der Ausmerzung der verfaulten brandleristischen Parteifeinde und Vernichtung der Versöhnler, bei der Generalauseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Agenten in den Reihen der Partei des revolutionären Proletariats, – stets war es ein Kampf für die Entwicklung zum Bolschewismus, für die Überwindung aller Restbestandteile der Ideologie der Sozialdemokratie und ihrer zentristischen Spielart, die unserer Partei von ihren linksradikalen (luxemburgistischen) Ursprüngen her anhafteten.

Gerade im Kampfe mit dem Brandlerismus hat die KPD mit aller Schärfe jene Schwächen aufgezeigt, wie sie in der gesamten Ideologie und Praxis der späteren Gründer unserer Partei, der Linksradikalen um *Rosa Luxemburg* und *Franz Mehring* in der deutschen Vorkriegssozialdemokratie im Vergleich zu den Bolschewiki und der zielklaren Politik *Lenins* zu verzeichnen waren. Damals versuchten die brandleristischen Renegaten, jene ideologischen Rückständigkeiten des Luxemburgismus in der Frage der Spaltung, d. h. der Schaffung einer einheitlichen revolutionären Partei unter vollständigem Bruch mit dem Opportunismus und seiner zentristischen Spielart, aus den besonderen geschichtlichen Bedingungen der deutschen Arbeiterbewegung zu erklären und damit zu beschönigen. Gegenüber einem solchen Versuch, die internationale Rolle des Bolschewismus zu leugnen, wies die KPD das Vermächtnis von *Marx* und *Engels* in der Frage der Unvermeidlichkeit der Spaltung der Arbeiterbewegung nach.

Gerade für die deutsche proletarische Bewegung haben schon *Marx* und *Engels* die Notwendigkeit der Spaltung, d. h. des Bruches mit den kleinbürgerlichen Agenten innerhalb der proletarischen Partei, mit aller Schärfe und bei wiederholten Gelegenheiten festgestellt. Während die Bolschewiki unter *Lenins* Führung als einzige Partei der II. Internationale dieses Vermächtnis der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und der modernen Arbeiterbewegung in die Tat umsetzten, haben die deutschen Linksradikalen gerade in dieser entscheidenden Frage völlig versagt.

Dieses Versagen steht im engsten Zusammenhang mit den halbmenschewistischen Elementen in der Ideologie des Luxemburgismus, wie sie sich in den verschiedenen anderen Fragen – der Stellung zur Revolution, zur Rolle der Partei, zur Bauernfrage, zur Theorie des Imperialismus, zur nationalen und Kolonialfrage, zur Frage der

proletarischen Diktatur usw. – zeigen. Dieses Versagen der deutschen Linksradikalen in der Frage des radikalen Bruchs mit dem Opportunismus und Zentrismus hat noch die gesamte Politik des Spartakusbundes während des Krieges beeinträchtigt. Seine Nachwehen machten sich in den Schwankungen und dem Auftreten der verschiedensten liquidatorischen und opportunistischen Strömungen in der Geschichte der KPD bemerkbar und erschwerten die klare Erfüllung der Rolle der Partei. So wurde dieses Versagen der deutschen Linken zum wichtigsten Hemmnis für die Entwicklung und den Sieg der revolutionären Bewegung des deutschen Proletariats.

Alle diese Tatsachen unterstreichen die außerordentliche Bedeutung, die der Brief des Genossen *Stalin* für das innere Leben der deutschen Partei, für ihre Bolschewisierung und damit für die gesamte revolutionäre Erziehung der deutschen Arbeiterklasse besitzt.

Auch uns verpflichtet der Brief des Genossen *Stalin* zur erhöhten Wachsamkeit gegen alle Versuche, antileninistische Schmuggelware in die revolutionäre Theorie zu mischen. Auch für die KPD gilt es, das schärfste Feuer gegen jede versöhnlerische Duldung, gegen jeden faulen Liberalismus zu richten, der offenen oder versteckten opportunistischen oder trotzkistischen Theorien gegenüber Platz greifen könnte oder Platz gegriffen hat. Das gilt nicht allein für die Probleme der Parteigeschichte, von denen wir sahen, daß sie untrennbar mit der gesamten theoretischen und praktischen Arbeit der Partei verbunden sind. Das gilt für die gesamte Arbeit an der theoretischen Front.

In der Reihe der Lehrbücher für den proletarischen Klassenkampf, die vom Internationalen Arbeiterverlag herausgegeben werden, ist ein Buch des Genossen *Lenz* über „Proletarische Politik" erschienen[3]. Dort findet sich der Satz:

„Es ist richtig, daß fast alle revolutionären Marxisten, selbst *Lenin*, die Tiefe der reformistischen Versumpfung der Sozialdemokratie und die Macht der reformistischen Bürokratie unterschätzten." Diese maßlose Verunglimpfung *Lenins* und völlige Mißachtung der Rolle des Bolschewismus muß die schärfste Zurückweisung und schonungslose Verurteilung durch die Partei finden.

Genosse *Stalin* wendet sich in seinem Brief voll bolschewistischer Schärfe gegen jede Tendenz, den wirklichen Kampf durch bloße Zustimmung zu Beschlüssen zu ersetzen. Er schreibt:

„Die Geschichte kennt nicht wenige Sozialisten, die gern beliebige revolutionäre Resolutionen unterzeichnen, um sich vor aufdringlichen Kritikern zu schützen. Dies bedeutet aber noch nicht, daß sie diese Resolutionen verwirklichen".

Auch dieser Teil des Briefes des Genossen *Stalin* hat eine große Bedeutung für die deutsche Partei. Der Artikel des Genossen *Thälmann* in der November-Dezembernummer 1931 der *Internationale*[4] und der Beschluß des Zentralkomitees „Gegen die

3 Vgl. Joseph Lenz (d.i. Winternitz), Proletarische Politik im Zeitalter des Imperialismus und der proletarischen Revolution. I. Teil. Grundbegriffe der marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik. Berlin 1931.

4 Vgl. Ernst Thälmann, „Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung", in: *Die Internationale* Heft 11/12, November 1931, S. 481 ff. Dieser Artikel *Thälmanns* leitete die „ideologische Offensive" der Partei, die eine innerparteiliche Mobilisierungs-

Duldung falscher Auffassungen an der theoretischen Front"[5] sind deshalb nicht nur ernste Schritte auf dem Wege zur Hebung des ideologischen Niveaus der Partei, sondern dadurch zugleich eine Anleitung zu praktischem Handeln, zur Verbesserung unserer gesamten Arbeit. Jeder Kommunist, der den Marxismus-Leninismus nicht nur mit Worten, sondern in der Tat anerkennt und verficht, muß damit zugleich den Grundsatz der Einheit von revolutionärer Theorie und Praxis anerkennen.

Was bedeutet das? Daraus ergibt sich mit eiserner Konsequenz, daß es unmöglich ist, einen Unterschied zwischen der inneren ideologischen Erziehungsarbeit der Partei, ihrem Kampf gegen Abweichungen und Fehler auf der einen Seite und der Entfaltung und Steigerung ihres Kampfes an der Spitze der Massen gegen die Anschläge der Bourgeoisie und ihrer Lakaien auf der anderen Seite zu konstruieren. Wer einen solchen Unterschied zwischen der Sicherung der Parteilinie und dem praktischen Handeln der Partei konstruiert, wer den innerparteilichen Kampf für die Reinheit der Grundsätze und der Politik der revolutionären Partei ablehnt oder unterschätzt, der bricht mit den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus.

Die Politik der deutschen Bourgeoisie, das betrügerische Manöver des Sozialfaschismus mit dem sogenannten „kleineren Übel" und die konterrevolutionäre Rolle der „linken" Filiale der Sozialdemokratie, der SAPD, machen es der Kommunistischen Partei Deutschlands zur unbedingten Pflicht, volle Klarheit über die Klassenlinie der Partei, über ihre revolutionäre Strategie und Taktik, in der Partei und in den Massen zu schaffen. Jeder Kommunist und jeder klassenbewußte Arbeiter muß verstehen, daß der Hauptstoß der revolutionären Politik gegen die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, die Sozialdemokratie und ihre „linke" Filiale gerichtet werden muß, um die eigene Klasse, das Proletariat, im Lager des revolutionären Klassenkampfes zu sammeln. Ohne diese Klarheit ist ein erfolgreicher Kampf der Partei und des Proletariats gegen die Diktatur der Bourgeoisie und ihre Faschisierung undenkbar.

Volle Klarheit muß in unseren Reihen über den Trotzkismus herrschen, der keine „links" drapierte Sumpfideologie, sondern eine konterrevolutionäre Ideologie im Dienste der Bourgeoisie, im Dienste der imperialistischen Kriegshetze gegen die Sowjetunion, im Dienste der kapitalistischen Anschläge gegen das Proletariat ist.

Volle Klarheit über die „linke" Spielart des Sozialfaschismus, die als konsequente Fortentwicklung des Zentrismus der gefährlichste Feind in der Arbeiterschaft ist. Volle Klarheit, daß die frühere „linke" SPD-Führerschaft durch ihre organisatorische Selbständigkeit als „neue Partei" der *Seydewitz* und *Rosenfeld* nur noch gefährlicher für den revolutionären Klassenkampf des Proletariats geworden ist. Volle Klarheit darüber, daß die SAPD keineswegs zwischen dem Sozialfaschismus und dem revolutionären Marxismus-Leninismus hin und her schwankt, keineswegs eine prinzipienlose Position zwischen Proletariat und Bourgeoisie bezieht, sondern ebenso wie die *Brandler*gruppe und ähnliche Grüppchen den linken Flügel der Bourgeoisie und einen Bestandteil des Sozialfaschismus darstellt, der durch die Propaganda des „Burgfriedens" zwischen Kommunismus und Reformismus die

kampagne sowie die Abgrenzung gegenüber den „rechten" und „linken" Abweichungen zum Ziele hatte, ein.

5 Der Beschluß des ZK vom 31. 12. 1931 „Gegen die Duldung falscher Auffassungen an der theoretischen Front" ist abgedruckt in *Inprekorr* Nr. 1 vom 5. 1. 1932, S. 28.

gefährlichsten und konterrevolutionärsten Anschläge gegen die wirklich rote Einheitsfront des kämpfenden Proletariats durchführt.

Ohne diese Klarheit in die letzte Zelle der Partei, bis zum letzten Mitglied der Partei, der RGO und anderer revolutionärer Massenorganisationen zu tragen, werden wir niemals imstande sein, wirkliche revolutionäre Einheitsfrontpolitik, frei von opportunistischen Entgleisungen und sektiererischer Abgeschlossenheit, im Dienste des revolutionären Massenkampfes gegen die Diktatur der Bourgeoisie zu betreiben. Ohne diese Klarheit werden wir nicht erfolgreich die Politik der eigenen Klasse durchführen und damit die zentrale strategische Hauptaufgabe lösen können: Eroberung der proletarischen Mehrheit für den Kommunismus!

Wenn wir gegen die Abweichungen und Fehler in unseren eigenen Reihen kämpfen, wenn wir an der Hebung des ideologischen Niveaus unserer Partei arbeiten, so wissen wir, daß die revolutionäre Theorie des Marxismus-Leninismus niemals losgelöst von der Klassenwirklichkeit der täglichen und der entscheidenden Kämpfe der Arbeiterklasse bestehen und entwickelt werden kann, sondern nur im Feuer des Klassenkampfes selber.

Indem wir das Banner des streitbaren Marxismus-Leninismus gegen alle Abweichungen und Fehler und gegen jeden faulen Liberalismus ihnen gegenüber erheben und verteidigen, entfachen wir zugleich die Kämpfe der Arbeiterklasse und der unter proletarischer Hegemonie marschierenden Werktätigen gegen die Anschläge der Bourgeoisie.

Indem wir unermüdlich in den Massen den Widerstand gegen faschistische Reaktion, den Widerstand gegen die Hungeroffensive der bürgerlichen Diktatur und ihrer sozialfaschistischen Helfershelfer, wie gegen Terror und Streikbruch des *Hitler*-Faschismus organisieren und stärken, entfalten wir zugleich das Sturmbanner des Bolschewismus, das dem deutschen und dem internationalen Proletariat bei allen seinen Kämpfen bis zum Siege leuchtend voranweht!

58.

16. 2. 1932: Anweisungen des Sekretariats zur Vorbereitung der Bezirksparteitage

Records ... T–175, 300, 797525–797527; [vermutlich] Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „ZK-Sekr[etariat], 5/3. Rundschreiben des Zentral-Komitees. An alle Bezirksleitungen!"

Organisatorische Anweisungen zur Vorbereitung der Bezirksparteitage.

Die Bezirksparteitage finden statt in der Zeit vom 24./25. 3. bis 16./17. 4.1932.[1] Die Vorschläge für die Termine der einzelnen Bezirke sind den Bezirksleitungen bereits

1 Die Bezirksparteitage waren ursprünglich für die Monate April–Mai 1931 vorgesehen. Vgl. dazu Dok. 37, das mit dem vorliegenden nahezu identisch ist. Unmittelbar darauf erfolgte die Verschiebung der Bezirksparteitage (vgl. Dok. 39). Auch der im vorliegenden Dokument genannte Termin wurde wieder

zugegangen. Als politische Vorbereitung der Bezirksparteitage dient die Diskussion auf der Grundlage der Resolution, die die Plenartagung des Zentral-Komitees im Februar beschließen wird.[2]

Dabei darf die Diskussion über die Entschließung des Zentralkomitees nicht abstrakt geführt werden. Im Zusammenhang mit der ZK-Plenartagung und ihren Beschlüssen ist eine große ideologische, selbständige und auf die konkreten Vorgänge des Arbeiterlebens und wichtiger Ereignisse in den Bezirken basierende Kampagne zu führen. In der Tagespresse, in den Funktionärorganen, in den Betriebs- und Häuserblockzeitungen und in allen parteiorientierenden Materialien müssen diese Beschlüsse in Verbindung mit diesen unmittelbaren Bezirksfragen unmittelbar verbunden werden, wobei gleichzeitig fortgesetzt die gesamte Parteimitgliedschaft zur tatkräftigsten Mitarbeit an der ideologischen Klärung der vor der Partei stehenden Fragen und zur Verbesserung der Gesamtparteiarbeit aufgefordert wird.

Die Vorbereitungen zu den Bezirksparteitagen sind auf breitester Grundlage durchzuführen. Die Betriebszellen, die Straßenzellen und die Ortsgruppen ohne Zellen wählen in Mitgliederversammlungen die Delegierten zu den Stadt-Delegierten-Konferenzen, die vor den Bezirksparteitagen stattzufinden haben. In den Großbetrieben, in denen Abteilungs- oder Werkstattzellen bestehen, muß die Wahl der Delegierten zu diesen Konferenzen in Abteilungs- oder Werkstattzellen-Mitgliederversammlungen erfolgen. Um die Beteiligung eines möglichst großen Teiles von Parteimitgliedern schon bei den Unterbezirks- bzw. Stadt-Delegierten-Konferenzen zu erreichen, soll der Delegationsmodus so festgelegt werden, daß auf 10 abgerechnete Mitglieder ein Delegierter entfällt. Um auf den Bezirksparteitagen eine breite Delegation zu erhalten, ist der Delegationsmodus wie folgt festzulegen:

1. Bei Bezirken bis zu 6000 Mitgliedern auf je 20 abgerechnete Mitglieder 1 Delegierter;
2. bei Bezirken von 6–12000 Mitgliedern auf je 30 abgerechnete Mitglieder 1 Delegierter;
3. bei Bezirken von 12–18000 Mitgliedern auf je 40 abgerechnete Mitglieder 1 Delegierter;

---

aufgehoben (vgl. Dok. 60). In einer Reihe von Bezirken fanden daher zwischen 1930 und Dezember 1932 keine Bezirksparteitage statt, so z. B. im Bezirk Nordwest. Vgl. dazu den Tätigkeitsbericht der Bezirksleitung Nordwest an den Bezirksparteitag Dezember 1932. StA Bremen, Bestand 4.65 Nr. IIA 12b, Bd. 16b. In anderen Bezirken, wie z. B. in Sachsen und Ostpreußen, fanden 1932 zwei Bezirksparteitage statt, im Frühjahr und im Dezember. Vgl. Bericht der Bezirksleitung Sachsen zum Bezirksparteitag am 3./4. Dezember. BA ZSg 1–65/27, Bd. 10. Siehe hierzu Dok. 77, Anm. 1.

2 Zur Tagung vgl. *Inprekorr* Nr. 19 vom 1. 3. 1931, S. 542 ff. „Die Lage in Deutschland und die Aufgaben der KPD". Resolution beschlossen auf der Tagung des ZK der KPD vom 20.–23. Februar 1932 in Berlin.
Die Resolution enthielt auch eine Selbstkritik der Fehler in der Parteiarbeit. Ferner beschloß das ZK eine „Resolution zu den Ergebnissen und den nächsten Aufgaben der Werbearbeit" sowie die Deklaration „Gegen Tributsklaverei des deutschen Volkes! Gegen Versailles und Young!". Zum Referat *Thälmanns* vgl. Ernst Thälmann, Der revolutionäre Ausweg und die KPD. Rede auf der Plenartagung des ZK der KPD am 19. Februar 1932 in Berlin. Hrsg. ZK der KPD. Berlin 1932. Die Rede *Thälmanns* sowie die beiden Resolutionen sind enthalten in: Mitteilungen der Kommunistischen Partei Deutschlands. Material zum Plenum des ZK der KPD. Februar 1932, in: Records T-175, 344, 2850964–2850995.

4. bei Bezirken mit über 18000 Mitgliedern auf je 50 abgerechnete Mitglieder 1 Delegierter.

Bei der Wahl der Delegierten ist darauf zu achten, daß möglichst jede Betriebszelle auf dem Bezirksparteitag vertreten ist. Außerdem muß alles versucht werden, daß jede Ortsgruppe, auch die kleinste, auf dem Bezirksparteitag vertreten ist.

Für die Berechnung der Delegierten sowohl zu den Unterbezirkskonferenzen, wie auch zu dem Bezirksparteitag, werden die abgerechneten Mitgliederziffern von den Monaten Oktober, November und Dezember zugrunde gelegt.

Die Wahl der Delegierten zu den Bezirksparteitagen erfolgt auf den Stadt-Delegiertenkonferenzen bzw. Unterbezirks-Konferenzen, die im Anschluß an die Mitgliederversammlungen der Zellen, der Ortsgruppen ohne Zellen und der Stadtteil-Delegiertenkonferenzen stattzufinden haben.

Die Vorbereitung der Unterbezirks- und Stadt-Delegiertenkonferenzen, wie auch der Bezirksparteitage selbst, dürfen sich nicht nur auf den Kreis der Parteimitgliedschaft beschränken, sondern müssen von vornherein zu einer Angelegenheit der gesamten klassenbewußten Arbeiterschaft gemacht werden. Es ist deshalb notwendig, in Betriebs-, Stempelstellenversammlungen, als auch in öffentlichen Veranstaltungen der RGO und der Massenorganisationen zum Bezirksparteitag Stellung zu nehmen, schon deswegen, um in diesen Versammlungen unsere wichtigste Parteiliteratur umzusetzen, Abonnenten für die *Internationale*[3] und für den *Parteiarbeiter*[4] usw. zu werben, sowie gleichzeitig in diesen Versammlungen Gast-Delegierte zu diesem Parteitag wählen zu lassen. Insbesondere kommt es darauf an, sozialdemokratische Arbeiter, Mitglieder SAJ, christliche und evtl. Nazi-Arbeiter, sowie auch Parteilose zur Teilnahme an unseren Bezirksparteitagen zu bringen.

Bei der Wahl der Delegierten zu den Parteitagen ist unbedingt das Schwergewicht auf die Wahl von Betriebsarbeitern zu legen. Die Bezirksparteitage müssen unter allen Umständen so zusammengesetzt sein, daß die übergroße Mehrheit der Delegierten aus Betriebsarbeitern besteht.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß in bezug auf die Heranziehung von Frauen und Jugendlichen folgende Norm festgelegt wurde: entsprechend der Struktur der Bezirke und der im Produktionsprozeß stehenden weiblichen Arbeiter müssen mindestens ein Viertel bis ein Drittel aller Parteitags-Delegierten (dasselbe bezieht sich auch auf die Unterbezirks-, Stadtteil- und Stadt-Delegiertenkonferenzen), Frauen und eine entsprechende Anzahl jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen sein. Bei der Wahl von Gast-Delegierten ist das Schwergewicht auf die Wahl von solchen Gast-Delegierten zu legen, die in der RGO und in den übrigen Massenorganisationen organisiert sind. Auch sind Anstrengungen in der Richtung zu machen, an solche Schichten, die wir bisher zu unseren Parteitagen noch nicht oder nur in sehr geringem Umfang erfassen konnten, heranzukommen. Solche sind: Landarbeiter, untere Angestellte, Kleinbauern, Kleingewerbetreibende, Beamte und freie Berufe.

Um Mißstimmungen bei der Wahl von Gast-Delegierten von vornherein auszuschal-

3 *Die Internationale*, Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, begründet von Rosa *Luxemburg* und Franz *Mehring*, theoretisches Organ der KPD, das vom ZK herausgegeben wurde.

4 *Der Parteiarbeiter*, Funktionärszeitschrift der KPD, hrsg. vom ZK seit 1923. Vgl. zum *Parteiarbeiter* Dok. 41, Teil 5 und Anm. 8.

ten, sind die Gast-Delegiertenkarten so abzufassen, daß klar daraus hervorgeht, daß sie nur zum Besuch der öffentlichen Sitzung berechtigen.

Bei der Wahl zu den Unterbezirksparteitagen und Stadt-Delegiertenkonferenzen, als auch bei der Wahl zu den Bezirksparteitagen, ist mit dem bisher üblich gewesenen Modus zu brechen, eine bestimmte Dauer der Mitgliedschaft der Partei für die Delegierten vorzuschreiben. Für die Wahlen der Delegierten zu den genannten Tagungen ist maßgebend, daß die Delegierten sich in der Parteiarbeit durch Aktivität bewährt haben und das Vertrauen der Mitglieder der Organisationseinheiten besitzen. Dies gilt besonders für die neugegründeten Betriebszellen und Ortsgruppen.

Unter allen Umständen ist an die Ortsgruppen und Zellen die Anweisung zu geben, daß mit der Stellungnahme zu den Bezirksparteitagen die Neuwahl aller Leitungen erfolgen muß. Im besonderen muß bei der Neu-Zusammensetzung der Leitungen danach gestrebt werden, die Qualität wesentlich zu heben. Tausende von neuen Kräften, die seit dem letzten Bezirksparteitag herangewachsen sind, müssen in führende Funktionen befördert werden. Bei der Zusammensetzung der höheren Leitungen, Stadtteilleitungen, Ortsgruppenleitungen, Unterbezirks-, sowie der Bezirksleitung muß das Mitbestimmungsrecht der Betriebszellen – auch der neuen Betriebszellen – durch die Aufnahme der besten und aktivsten Zellenmitglieder in die Leitungen erreicht werden. Bei der Zusammensetzung der Leitungen ist ferner zu berücksichtigen der Beschluß des Weddinger Parteitages,[5] daß in allen Leitungen ein Viertel bis ein Drittel Genossinnen und eine entsprechende Anzahl jugendliche Genossen und Genossinnen vertreten sein müssen.

Zur Aufbringung der Kosten der Bezirksparteitage können die Bezirksleitungen eine besondere Parteitagsmarke herausbringen, die für Vollarbeiter[6] 20 Pfg., für Erwerbslose und Hausfrauen 10 Pfg. kosten soll. Die Aufbringung der Kosten für die Durchführung der Unterbezirksparteitage geschieht durch die Ortsgruppen, die die Fahrtkosten für den Delegierten der Ortsgruppe bzw. der Zelle übernehmen. Der Verkauf der Parteitagsmarken soll nicht nur auf die Parteimitglieder beschränkt werden, sondern ist durch die Partei in den Betrieben bei der Wahl von Gast-Delegierten usw. zu betreiben. Allerdings ist darauf zu achten, daß dadurch die Sammelaktion für die Präsidentenwahl und die Landtagswahlkämpfe[7] nicht gestört wird.

Über die Durchführung der Bezirksparteitage selbst – einzureichende Entschließungen – Berichte zum Bezirksparteitag – Anträge und Auswertung – erfolgen besondere Richtlinien.

Mit kommunistischem Gruß
Zentralkomitee der KPD
Sekretariat

5 Vgl. Protokoll 12. Parteitag. Waffen für den Klassenkampf. Beschlüsse des XII. Parteitags der KPD. Berlin o.J. (1929).

6 In der Vorlage: Vorarbeiter.

7 Zur Finanzierung der Reichspräsidentenwahl am 13. März und 10. April 1932 sowie der Landtagswahlen in Anhalt, Bayern, Hamburg, Preußen und Württemberg am 24. April führte die KPD wie bei anderen Kampagnen Sammlungen in der Partei und den angeschlossenen Massenorganisationen durch.

59.

18. 2. 1932: Anweisungen zu den Reichspräsidenten- und Landtagswahlen

BA R 134, Bd. 69, S. 38–95 und StA Bremen, 4,65–II A 12a, Bd. 33; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/30. 3. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 2. Anweisungen zu den Reichspräsidenten- und Landtagswahlen. An alle Bezirksleitungen und Redaktionen!"

Inhaltsverzeichnis:

1. Anweisungen der Org-Abteilung des ZK
2. Anweisungen der Agitprop-Abteilung des ZK
3. Anweisungen für den Literatur-Vertrieb.
4. Anweisungen der Frauen-Abteilung des ZK
5. Anweisungen der Genossenschafts-Abteilung des ZK
6. Anweisungen der Land-Abteilung des ZK
7. Anweisungen der Parlaments-Abteilung des ZK

An alle Bezirks-Org-Abteilungen!

Werte Genossen!

I.

Im Rundschreiben Nr. 1 des Sekretariats des ZK wird die Generallinie, auf der unsere Partei die Reichspräsidentschafts- und Landtagswahlen in Preußen und in den übrigen Ländern durchführt, klar und eindeutig umrissen.[1] Neben den zentralen politischen Losungen wird die Frage unserer Strategie und Taktik sowie die Hauptstoßrichtung auf die Betriebe gründlich behandelt, ebenso die neuen organisatorischen Formen zur Verstärkung der roten Einheitsfront – gegen Nazi-Terrorbanden, Harzburger- und „Eiserne Front"[2] – der „Rote-Massen-Selbstschutz" und die „Rote Wahlhelfer-Bewegung".[3]

Die Durchführung dieser Aufgaben, insbesondere die breiteste Massenmobilisierung gegen die ständig wachsenden drohenden imperialistischen Kriegsgefahren gegen die Sowjetunion und gegen das neueste Betrugsmanöver des ADGB, sein „Arbeitsbe-

1 Rundschreiben Nr. 1. 1932 liegt nicht vor. Es enthält offensichtlich allgemeine Anweisungen zur Reichspräsidentenwahl und den Landtagswahlen in Anhalt, Bayern, Preußen und Württemberg sowie den Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 24. April 1932.

2 Die Gründung der „Eisernen Front zur Überwindung der faschistischen Gefahr" wurde auf einer gemeinsamen Konferenz der Bundesausschüsse des ADGB, des AfA-Bundes und des ADB mit dem Parteiausschuß der SPD, der Leitung des ATSB und Vertretern des Reichsbannners am 16. Dezember 1931 in Berlin beschlossen. Diese gemeinsame antifaschistische Organisation stellte einen losen Zusammenschluß der erwähnten Organisationen dar. Die EF war nach Betrieben in sog. „Hammerschaften" organisiert. Auf örtlicher, bezirklicher und zentraler Ebene wurden Kampfleitungen der EF gebildet. Als Symbol führte die EF den Dreipfeil.

3 Über Aufbau und Bedeutung dieser beiden neuen Organisationen liegen bisher keine Untersuchungen vor. Beim „Roten Massen-Selbstschutz" scheint es sich um eine Weiterentwicklung der Arbeiterschutzorganisationen (vgl. dazu Dok. 8) zu handeln. Zur „Roten Wahlhelfer-Bewegung" vgl. auch Dok. 26.

schaffungsprogramm",[4] stellt an die Bezirksleitungen und insbesondere an die Org-Abteilungen, sowie an alle Organisatoren die höchsten Anforderungen. Werden die genannten Abteilungen und Genossen ihren Aufgaben nicht gerecht, so besteht die große Gefahr, daß die Kampagnen in der alten Methode als Wahlkampagnen in den Wohngebieten geführt werden. Das muß unter allen Umständen verhindert werden. So wichtig die breiteste Massenmobilisierung in Zehntausenden von Versammlungen ist, dürfen wir uns jedoch unter keinen Umständen hierauf beschränken. Es muß uns gelingen, von der Massenagitation immer mehr zu Massenaktionen zu kommen.

Wir müssen unter allen Umständen in der Führung ökonomischer Streiks und der Führung politischer Massenstreiks, der Durchführung außerparlamentarischer Protestaktionen und Demonstrationen, in der Verhinderung von Versteigerungen und Exmissionen unter Führung der roten Einheitsfrontorgane, gestützt auf den roten Massenselbstschutz des Proletariats gegen faschistischen und Polizeiterror, gegen Streikbrecher und Provokateure einen wesentlichen Schritt vorwärts kommen.

Die entscheidende Bedeutung liegt in der Mobilisierung der Betriebsarbeiter, vor allem der Großbetriebe und der politisch wichtigsten Betriebe. Die Mobilisierung der Betriebe ist daher für jede Parteileitung die zentrale Aufgabe.

Durch volle Einbeziehung der ganzen Partei, ihrer Hilfskräfte und Hilfsorgane zur Arbeit an der Front des größten Widerstandes, wird gleichzeitig die Vernachlässigung unserer bisherigen Betriebsarbeit erfolgreich liquidiert und damit die Voraussetzung zu einer erfolgreichen Verwirklichung der Losung: „Jeder Betrieb eine rote Burg!" geschaffen.

Von diesen leitenden Gesichtspunkten aus muß sich die Partei ihre organisationspolitischen Aufgaben stellen, um von hier aus gleichzeitig ihre Aufgaben an den anderen Frontabschnitten erfüllen zu können. Der Plan einer jeden Leitung muß vor allem dahin zielen, in den Betrieben Bewegungen auszulösen, neue revolutionäre Stützpunkte (Betriebszellen) zu schaffen, die Qualität der Arbeit der Betriebszelle zu heben, gleichzeitig aber auch durch die örtliche Erfassung der in den Betrieben und bei den Stempelstellen, in der RGO organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, Betriebs- und Stempelstellengruppen und Ortskomitees der RGO zu bilden. Es darf keinen Ort mit einer Partei-Ortsgruppe geben, in dem nicht ein Ortskomitee der RGO geschaffen wird, wie es umgekehrt erste Aufgabe in allen Betrieben ist, in denen es eine Betriebsgruppe der RGO gibt, eine Betriebszelle der Partei und des Jugendverbandes zu schaffen. Von der richtigen Aufstellung des Kampagneplanes, von der Kontrolle seiner ernsthaften Durchführung, hängt das Gelingen, der Erfolg ab.

II.

Allem voran muß die innerparteiliche Mobilmachung gehen. (Einstellung der ganzen Partei in ihren unteren Einheiten, Leitungen und Fraktionen, Stützpunkten und Vertrauensleuten auf die zu leistenden Aufgaben.) Dabei darf es sich nicht allein darum handeln, der Parteimitgliedschaft die politische Bedeutung dieses Wahlkampfes klarzumachen, sondern gleichzeitig damit sind die konkreten Aufgaben und Ziele

4 Der ADGB versuchte durch ein am 17. 2. 1932 veröffentlichtes Arbeitsbeschaffungsprogramm Möglichkeiten zur Überwindung der Wirtschaftskrise aufzuzeigen. Vgl. dazu *Vorwärts* Nr. 79 vom 17. 2. 1932.

für jede Einheit ohne Aufschub festzulegen und die zu erfüllenden Maßnahmen sofort in Angriff zu nehmen.

Die politische Verantwortung für die Arbeit in den Großbetrieben oder den größten Betrieben eines Bezirks trägt die Bezirksleitung selbst, deren Mitglieder als Instrukteure (soweit dies noch nicht geschehen ist) den Zellen dieser Betriebe als verantwortliche Mitarbeiter zuzuteilen sind. Darüber hinaus gilt es, das Instrukteursystem im ganzen Bezirk und für alle Betriebe mit und ohne Zellen auszubauen. Ohne die Anleitung und Kontrolle der Instrukteure, die den Betrieben zugeteilt werden und stets Organe der nächst höheren Leitung sind, ist die Verbesserung der Arbeit der bestehenden Betriebszellen und ihre weitere Entwicklung, sowie die Schaffung neuer Betriebszellen in Tausenden Betrieben nicht gewährleistet. Bei dem Einsatz von Instrukteuren müssen wir viel kühner sein. Es gibt in der Partei Hunderttausende von erfahrenen, jetzt erwerbslosen Betriebsarbeitern, die jetzt – im Wohngebiet vergraben – zu dieser wichtigen Parteiarbeit nicht herangezogen werden. Mit diesem Zustand muß gründlich aufgeräumt werden. Diese Instrukteure sollen nicht nur die Betriebszellen selbst in ihrer Arbeit unterstützen, sondern gleichzeitig auch die Straßenzellen, die sich um den Betrieb gruppieren, zur Unterstützung und Verstärkung der Betriebsarbeit heranziehen. Jedoch muß – vor allem auch bei diesen Genossen – Klarheit darüber bestehen, daß die Bearbeitung eines Betriebes von außen nur Hilfsarbeit, nur Unterstützung sein kann. Die Hauptarbeit muß durch die revolutionären Kräfte im Betrieb geleistet werden. Die Betriebszelle, die Betriebsgruppe der RGO, die betrieblichen Einheitsfrontorgane, die roten Betriebsräte und Vertrauensleute, die oppositionellen Freigewerkschaftler und die oppositionellen Mitglieder der christlichen und anderen Gewerkschaften, schließlich die Betriebsgruppen bzw. Einzelmitglieder der revolutionären proletarischen Massenorganisationen müssen restlos im Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter der Betriebe für unsere revolutionären Forderungen und zur Stärkung der Partei-Betriebszelle herangezogen werden.

Die Agitations-, Werbe- und Finanzierungsarbeit innerhalb des Betriebes ist nach einem einheitlichen Plan unter Heranziehung aller obengenannten Kräfte und aller anderen sympathisierenden Arbeiter und Arbeiterinnen zu führen. Die führende Rolle der Parteizellen als Organisator unserer revolutionären Betriebsarbeit kommt in dem Maße der Erfassung aller revolutionären Kräfte im Betrieb, ihres Einsatzes und ihrer Leitung, wie auch in einer guten Verbindung mit den Kräften außerhalb des Betriebes (Straßenzelle, Erwerbslosenausschüsse und -staffeln, Kampfbund gegen den Faschismus usw.) zum Ausdruck. Kein Betrieb ohne konkreten Arbeitsplan, auch für jede Betriebsabteilung!

Aber auch kein Betrieb ohne Zelle, für den nicht die mit der Bearbeitung beauftragte Straßenzelle unter Leitung eines Instrukteurs oder selbständig die notwendigen Maßnahmen festlegt und diese durchführt. Keine Stempelstelle im Wohngebiet, kein Erwerbslosenausschuß unter revolutionärer Führung, die nicht die Patenschaft für einen oder mehrere Betriebe ohne Zellen übernehmen, die nicht die Betriebe mit schwachen revolutionären Stützpunkten ständig unterstützen, bis eine arbeitsfähige Betriebszelle geschaffen ist. Von der Arbeit der kommunistischen Fraktionen in den Erwerbslosenausschüssen und der Arbeit der RGO-Gruppen wird es abhängen, inwieweit die revolutionären arbeitslosen Arbeiter für die Unterstützung der

Betriebsarbeit bei dem Ausbau der betrieblichen Stützpunkte, als auch bei der Führung von Streiks und in der Abwehr von Streikbrechern eintreten.

Die Mobilisierung der Betriebsarbeiter hängt ab von der Initiative der Leitung unserer revolutionären Kräfte im Betrieb. Die individuelle Arbeit des einzelnen im Betrieb, die gruppenmäßige Arbeit in den Abteilungen, Werkstätten- und Meistereien, die Durchführung von Abteilungs-, Werkstatts- und Betriebsversammlungen, die Ausnutzung solcher von anderen Parteien oder Organisationen einberufenen Versammlungen, die Verbreitung unseres Agitationsmaterials, der Verkauf unserer Betriebszeitung, der Tagespresse und sonstigen Literatur, die Sammlung für den Kampffonds „Klasse gegen Klasse",[5] die Gewinnung der mit uns sympathisierenden Arbeiter, sich auch nach Betriebsschluß im Wohngebiet als rote Helfer zur Verfügung zu stellen, sind trotz ihrer Wichtigkeit noch die einfachsten Aufgaben. Die Wahl von vorbereitenden Kampfleitungen, die Mobilisierung der Arbeiter zum Kampf, die Erweckung der Kampfbereitschaft, ja die Kampfauslösung selbst, verbunden mit einer steten Werbearbeit für die Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und der Schaffung von Betriebsgruppen des roten Massenselbstschutzes, das sind die Aufgaben, die in dieser Kampagne die Qualität unserer revolutionären Betriebsarbeit, den vollen Einsatz unserer Kräfte und die Wendung zu einer wirklichen Verlegung des Schwergewichts unserer Arbeit auf die Betriebe erkennen lassen.

Der Einsatz der Instrukteure als Wahlhelfer und gleichzeitig als Kontrolleure der übergeordneten Parteileitungen nicht nur vorübergehend, sondern von Dauer, ist dabei die erste Voraussetzung.

III.

Zugleich mit der Verwirklichung der vorstehenden Aufgaben muß auch die Aufgabe der Verankerung unseres Einflusses an den Stempelstellen und damit auch der Mobilisierung der Erwerbslosen für den Wahlkampf im vollen Umfange gelöst werden. Die Zahl der sich bildenden Erwerbslosenausschüsse wächst fortgesetzt. Nicht in demselben Maße aber entwickeln sich unsere Parteistützpunkte. Heute schon gibt es nahezu zweitausend Erwerbslosenausschüsse ohne RGO-Gruppen und auch ohne kommunistische Fraktionen. Die Gefahr des Eindringens gegnerischer Einflüsse in solche Erwerbslosenausschüsse liegt auf der Hand. Dem entgegen steht die Tatsache, daß die Partei allein in mehr als 3500 Orten Ortsgruppen hat, in weiteren etwa 500 Orten Stützpunkte, so daß heute schon die Möglichkeit besteht, in allen diesen Orten die Führung der Erwerbslosenarbeit zu übernehmen und gleichzeitig neue Erwerbslosenausschüsse zu schaffen. Aber darüber hinaus steht noch eine andere Frage, nämlich die Verbreiterung der organisatorischen Einheiten der RGO und die Schaffung neuer Stützpunkte für sie. Auch hierfür sind in den oben genannten Ortsgruppen die besten Voraussetzungen gegeben. Für alle Ortsgruppen der Partei ist deshalb die konkrete Aufgabe zu stellen, die Anhänger der RGO in den Betrieben bzw. Stempelstellen eines jeden Ortes sofort zusammenzufassen, in der Partei und unter den Mitgliedern proletarischer Massenorganisationen für die RGO zu werben und Ortskomitees der RGO, gestützt auf die RGO-Mitglieder in Betrieben

5 Unter dieser bereits auf dem VI. Weltkongreß formulierten Losung führte die KPD 1932 den Wahlkampf gegen die SPD und den von ihr unterstützten Kandidaten *Hindenburg*.

und Stempelstellen, aufzubauen und damit gleichzeitig die revolutionäre Führung auch auf den Stempelstellen und unter den Erwerbslosen in solchen Orten, in denen Stempelstellen nicht bestehen, zu sichern. Aber über die Zahl der hier genannten Orte hinweg muß die Partei durch die Initiative der Kommunisten in den Leitungen der RGO, in Tausenden neuer Ortschaften, in denen die Partei heute noch nicht verankert ist, neue Stützpunkte für die Partei und für die RGO schaffen. Die Aufrüttelung des flachen Landes durch unsere Wahlkampagne, die Erfüllung des Zieles, in jedem Ort und jeder Gemeinde eine Versammlung der Partei und RGO durchzuführen, wird uns die Erfüllung der Losung: „Schaffung eines revolutionären Stützpunktes in jedem Ort" erleichtern. Zur Verstärkung dieser Arbeit müssen besondere Landinstrukteure eingesetzt werden. Geeignete Parteigenossen, möglichst ohne Familie, müssen für einige Wochen in ländlichen Gebieten [ein]gesetzt werden. Mit Hilfe von Genossen, die in ländlichen Gebieten wohnen, läßt sich für diese Instrukteure leicht ein Unterkommen finden.

IV.

Das Jungproletariat spielt in unseren Parteieinheiten heute noch lange nicht die Rolle, die ihm aufgrund seiner Bedeutung im Prozeß der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse zukommt. Wie wäre es sonst möglich, daß heute noch tausende Parteieinheiten (Ortsgruppen, Betriebszellen, Fraktionen) vorhanden sind, bei denen Jugendzellen, Jugendgruppen oder Jugendfraktionen nicht vorhanden sind. Allein schon die Tatsache, daß der KJVD heute knapp ein Sechstel der Mitgliedschaft der Partei zählt, ist ein Beweis, daß es die Parteileitungen an der Gewinnung des Jungproletariats in Betrieb und Stempelstellen, im Wohngebiet und auf dem Lande haben fehlen lassen. Wenn die Nationalsozialisten mit ihrer verlogenen und demagogischen Aktion gerade unter den Jungwählern Erfolge zu verzeichnen hatten, so ist dies zweifellos auf unsere mit ungenügender Anstrengung geführte Aufklärungs- und Werbearbeit unter der Jugend zurückzuführen. Im bevorstehenden Präsidenten- und Preußenwahlkampf werden unsere Gegner alles aufbieten, um ihre Positionen im Lager des Jungproletariats auszubauen bzw. verloren gegangene wieder zu gewinnen. Für die gesamte Partei heißt es jetzt: die Beschlüsse des XI. Plenums des EKKI zur Arbeit unter der Jugend, die bis heute kaum in Angriff genommen worden sind, zu verwirklichen.[6] Unter der Aufstellung besonderer Forderungen für das Jungproletariat muß für jede Betriebszelle jeder Ortsgruppe die Aufgabe gestellt werden, neben der Parteizelle auch eine Zelle des KJVD [und] eine Jugendgruppe der RGO zu schaffen.

Unsere Massenmobilisierungsarbeit muß gleichzeitig zur Überwindung der Schwächen auf einem anderen Gebiet unserer Jugendarbeit führen, nämlich zur stärksten Entfaltung der Werbekraft für die Kinderbewegung und damit für den Pionierverband.[7] In noch höherem Maße als in bezug auf die Arbeit unter dem Jungproletariat

6 Vgl. Thesen und Resolutionen der XI. Plenartagung des EKKI. April 1931. Hamburg–Berlin 1931. Vgl. die Resolution des XI. EKKI-Plenums zur Arbeit der Jugendverbände in: Records T-175, 395, 2915912 ff. HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf Nr. 17153, S. 135–140. Vgl. auch die Kritik des Präsidiums des EK der Kommunistischen Jugend-Internationale und die Stellungnahme des KJVD-Vorsitzenden Kurt *Müller* in *Inprekorr* Nr. 20–22, 4. 3.– 11. 3. 1932, S. 583 ff.

7 Gemeint ist die kommunistische Kinderorganisation.

treffen die festgestellten Mängel auf unsere Arbeit unter den Kindern zu. Die kommunistischen und die mit der Partei sympathisierenden Eltern vor allen Dingen müssen hier den übrigen Eltern vorangehen. Die Arbeit im Wohngebiet und in den Schulen muß ein Zweig der Parteiarbeit selbst werden. Als konkrete Aufgabe muß sich deshalb jede Leitung des Wohngebiets die Schaffung von Pioniergruppen bei der Straßenzelle bzw. Ortgruppe stellen. Den Betriebszellen erwächst ebenfalls die Aufgabe, durch Übernahme einer Patenschaft für eine Pioniergruppe die Verbindung der Kinder mit den Arbeitern im Betriebe selbst herzustellen.

Nicht nur gute Organisierung der Kampagnen selbst, sondern in den Kampagnen Hebung des theoretischen Niveaus unserer Parteimitglieder. Verbesserung unserer Organisation und unserer Arbeit, sowohl quantitativ wie qualitativ ist die Losung für alle Parteiorganisatoren.

Die Tätigkeit unter Angestellten, freien Berufen, Kleingewerbetreibenden zur Präsidenten- und Preußenwahl.

1. Die Arbeit unter den Angestellten

Unsere Agitation zur Präsidenten- und Preußenwahl müssen wir unter den Angestellten in folgender Weise führen: Politisch in den Vordergrund stellen den Kampf gegen Notverordnungen, für soziale und nationale Befreiung, die Frage des sozialistischen Aufbaues, insbesondere den zweiten Fünfjahresplan, bei Gegenüberstellung der Krise im Kapitalismus.

Die Angestelltenkommissionen haben folgende Aufgaben durchzuführen: In allen Betriebszellen der Partei ist die Arbeit unter den Angestellten der Industrie-Betriebe konkret zu besprechen, in der gesamten Agitation sind die Forderungen für die Angestellten mit einzubeziehen. In Zellenzeitungen, Zellenversammlungen, in besonderen Betriebs-Flugblättern sind die Forderungen für die Angestellten aufzunehmen und ist die Angestelltenfrage überhaupt zu stellen.

Die Betriebszellen in den Angestellten-Betrieben müssen in den Großstädten zur Besprechung der Arbeit und zum Austausch der Erfahrungen besonders zusammengefaßt werden. (Herausgabe von Betriebszeitungen, Flugblättern). Die Fraktionsarbeit im ZdA, GdA und DHV[8] muß verstärkt werden. Bei den Mitgliederversammlungen dieser Verbände sind die Fragen der Notverordnungen, der Präsidenten- und Preußenwahlen zur Debatte zu stellen. Zumeist wird die Bildung von Fraktionen im GdA und DHV erst in Angriff genommen werden müssen. Angestellen-Versammlungen, betriebsweise und öffentliche Versammlungen müssen organisiert werden.

Auf den Angestellten-Nachweisen müssen die Forderungen der Erwerbslosen aufgestellt, die Einberufung von Versammlungen und die Mobilisierung der erwerbslosen Angestellten gegen die neuen Abbaumaßnahmen bei den Erwerbslosen organisiert werden. Mit aller Entschiedenheit ist der Agitation der Nationalsozialisten entgegenzutreten, Diskussionsgruppen sind zu organisieren. Hierbei sind besonders die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und der zweite Fünfjahresplan in den Vordergrund zu stellen.

8 Zentralverband der Angestellten (ZdA), Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA) und Deutscher Handlungsgehilfen-Verband (DHV) stellten die drei größten Gewerkschaftsorganisationen der Angestellten dar.

2. Freie Berufe und geistige Arbeiter

Bei der Präsidenten- und Preußenwahl müssen wir auch in diesen Schichten und Gruppen an die Auswirkungen der Notverordnungen anknüpfen. Besonders die vierte Notverordnung[9] hat fast alle diese Berufsgruppen durch rigorosen Abbau in unerhörter Weise betroffen, darum muß die Präsidenten- und Preußenwahlkampagne mit der konkreten Mobilisierung dieser Schichten gegen die Notverordnungen verbunden werden.

In allen Bezirken sind in den größten Orten mit den mit uns sympathisierenden Organisationen, wie Bund der Schriftsteller, Rote Studenten, Lehrer-Vereinigung, Schauspieler, Ärzte, Techniker, Leserkreise des *Roten Aufbaus*,[10] Gruppe geistiger Arbeiter bei der IAH, Spezialversammlungen dieser Gruppen für ihre Fragen zu organisieren, außerdem mit allen gemeinsam ist eine große Matinee oder Kundgebung zu veranstalten, bei der möglichst die wichtigsten Gruppen sprechen sollen und wo nach Lage der Dinge eventuell die Wahl eines Komitees gegen Notverordnungen gebildet werden soll.

Diese Kundgebungen sollen sich gegen Notverordnungen und für den roten Arbeiterkandidaten *Thälmann* aussprechen. Empfohlen wird die Unterschriftensammlung Intellektueller des Bezirks für einen Aufruf zur Wahl des roten Arbeiterkandidaten.

In den zuständigen Berufsverbänden müssen die Kommunisten mit den Sympathisierenden ein organisiertes Auftreten, Vorbereitungen und Entschließungen gegen die Notverordnungen und für die Wahl des roten Arbeiterkandidaten einbringen.

3. Arbeit unter den Kleingewerbetreibenden

Auch bei der Arbeit unter den Kleingewerbetreibenden ist die Präsidenten- und Preußenwahlkampagne in der Richtung des verstärkten Kampfes gegen die Notverordnungen zu führen. Die Bewegung der Kleingewerbetreibenden in Hamburg, begonnen mit dem Streik der Gastwirte, ist von allen Kleingewerbetreibenden-Kommissionen in den Bezirken auf das Genaueste zu verfolgen und die Erfahrungen für den Bezirk zu verwenden. (s. *Hamburger Volkszeitung*.)

Vor den Kleingewerbetreibenden-Kommissionen stehen folgende Aufgaben: Veranstaltung von Versammlungen der Kleingewerbetreibenden, innungs- und berufgruppenweise, sowie auch allgemein Wahl von Kleingewerbetreibenden-Komitees, organisiertes Auftreten in den Innungen und Berufsverbänden, überall Annahme von Entschließungen für die Wahl von *Thälmann*, Herausgabe von besonderem bezirklichen Material und Flugblättern, Ausnutzung der Geschäftsinhaber zur Agitation durch Anbringung von Plakaten usw.

Der stärkste Vertrieb der Zeitung *Das Kleingewerbe*, die Werbung von Abonnenten, und die Werbung von Mitgliedern für die sympathisierenden Kleingewerbetreibenden-Organisationen muß organisiert werden.

---

9 Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens, vom 8. Dezember 1931. RGBl. I. Horkenbach 1931 S. 376 ff.

10 *Der Rote Aufbau*, Monatsschrift für Politik, Wirtschaft, Sozialpolitik und Arbeiterbewegung, erschien als Organ des ZK der IAH, herausgegeben von Willi *Münzenberg*, seit 1927. Ab 1933 hieß die Zeitschrift *Unsere Zeit*.

Die Zeitung *Das Kleingewerbe*.

Ende der Woche erscheint die Zeitung *Das Kleingewerbe* zum Verkaufspreise von 10 Pfg., die mit 7 Pfennigen in dem zentralen Verlag abzurechnen ist. Der Vertrieb für diese Zeitung muß von allen Kleingewerbetreibenden-Kommissionen in den Bezirken systematisch eingeleitet werden und bei der ersten Nummer auf die wichtigsten Orte im Bezirk verbreitet werden. Entsprechende Agitation ist auf allen Tagungen der Kleingewerbetreibenden, Innungen und Berufsverbänden usw. zu betreiben. Die Zeitung muß restlos abgerechnet werden. Der Versand der zweiten Nummer erfolgt an die Bezirke nur, wenn die erste Nummer bezahlt ist. Die Herausgabe der Zeitung wird unsere Arbeit unter diesen Schichten erleichtern und wir erwarten die stärkste Verbreitung der Zeitung.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Org.

59a.

18. 2. 1932: Anweisungen der Agitpropabteilung

Anlage zu Nr. 59. Überschrift: „An alle Bezirks-Agitprop-Abteilungen!"

Werte Genossen!

Zur Ergänzung des Sekretariatsrundschreibens für die Präsidenten- und Landtagswahlkämpfe geben wir folgende Richtlinien für die Durchführung der Agitproparbeit, die in die Arbeitspläne hineingearbeitet werden müssen:

1. Die Wendung zur Betriebsarbeit

Vor den Bezirks-Agitpropleitungen steht die durchgreifende Reorganisierung der ganzen Agitproparbeit: die Basis unserer Arbeit bilden die Betriebe, von hier aus müssen die großen Probleme der Präsidentenwahlkampagne mit den Teilkampagnen gestellt werden. Agitprop muß in allen Bezirken lernen, vom Betrieb aus zu denken, alle Materialien auf den Betrieb zuzuschneiden, dem Kampf der Belegschaften die maximalste Hilfe zu leisten.

Diese bisher ganz ungenügend beachtete Einstellung zur Agitproparbeit kann nicht nur in Worten, sondern muß in der Tat verwirklicht werden, wenn der Agitprop-Apparat seinen Schwerpunkt in den Betrieben hat, wenn die Betriebs-Agitpropleiter in genügender Zahl vorhanden sind und den Kern, und nicht nur den Kern, sondern die faktische Mehrheit der Agitpropfunktionäre bilden.

Die Präsidentenwahlkampagne ist der Hebel zu einem gewaltigen Ruck auf die Betriebe. Jede Betriebszelle muß einen Agitprop-Kader besitzen. In jeder neu zu bildenden Betriebszelle muß bei der ersten Funktionärbesetzung die Frage der Agitprop-Funktionen positiv gestellt werden. In kleineren Zellen beschränken wir uns naturgemäß auf zwei oder drei Genossen (Agitation, Propaganda, Litvertrieb).

In größeren Zellen müssen wir dahinzu noch Kräfte für Arbeiterkorrespondenzen, Verbreitung der Parteipresse, technische Herstellung des Materials, mündliche Agitation usw. heranholen.

2. Agitprop in Straßenzellen und Ortsgruppen

Hier arbeiten rund 80 Prozent der Agitprop-Funktionäre. Aber der vorhandene Agitprop-Apparat weist in der richtigen Besetzung und dem System der Arbeit, der Richtung der Arbeit auf Betrieb und Stempelstelle die allergrößten Mängel auf, die Fluktuation im Agitprop-Apparat, die dauernde Umbesetzung und Neubesetzung ist unerträglich für eine wirkliche Vertiefung und Verbreiterung der kommunistischen Agitation und Propaganda. Hinzu kommt die Tatsache, daß viele Zellen und Ortsgruppen noch ohne hauptamtlich tätige Agitprop-Funktionäre arbeiten, daß die Arbeiten für Agitprop nebenbei von anderen, mit Funktionen überlasteten Genossen geleistet werden. Hier steht die Frage: In jeder Zelle und Ortsgruppe ein Agitprop-Kader mit voller Besetzung aller Teilfunktionen. Beseitigung der ständigen Fluktuation, planmäßige Schulung der Agitprop-Funktionäre für die Gesamtarbeit und die Teilprobleme der Agitprop.

3. Der Inhalt der Agitation und Propaganda

Die Präsidentschafts- und Landtagswahlkampagnen zwingen Agitprop zur strengen Selbstkritik der bisherigen, zum Teil oberflächlichen, phrasenhaften Agitation, mechanischen und abstrakten Propaganda.

Das Hauptproblem besteht darin: die großen politischen Ziele und Hauptaufgaben der Partei zu verbinden mit den täglichen Sorgen und dem Alltagskampf der Massen, die Massen durch Agitation und Propaganda aufzurütteln, und an die revolutionäre Massenaktion, die Protestdemonstration, die Protestversammlung im Betriebe, die Aufstellung eines von den Massen erarbeiteten und verstandenen Kampfprogrammes und die Schritte zur Vorbereitung, Auslösung und Führung eines ökonomischen oder politischen Massenstreikes heranzuführen.

Die Schulungsarbeit muß besonders in den Betrieben von der Agitation und gegenwärtigen Lage gestellten Aufgaben fundamentieren, begründen, ihre Notwendigkeit erklären, die Lehren vergangener Kämpfe zum Bewußtsein bringen. Der Zelle muß geholfen werden, alte Fehler zu vermeiden und in der richtigen Weise die Beschlüsse des ZK und des EKKI in die Tat umzusetzen.

4. Erwerbslosenarbeit, Sozialpolitik und Kulturpolitik

Von den Betrieben aus muß in stärkstem Maße die Brücke zu den Stempelstellen geschlagen werden. Unsere Arbeit an den Stempelstellen (die Herausgabe von Stempelstellenzeitungen, mündliche Agitation, Erwerbslosenkurse, gut vorbereitete Erwerbslosenversammlungen, Flugblätter und Handzettel, die auf Verstöße der Nazis, der Sozialdemokraten, der Regierung usw. rasch antworten) weist die allergrößten Schwächen auf. Die 6–7 Millionen-Armee muß in die Rote Einheitsfront eingereiht werden und bildet ein wichtiges Massenreservoir der Partei und der mit uns sympathisierenden Massenorganisationen, insbesondere der RGO.

Der Kampf an der sozialpolitischen Front muß in den Betrieben, auf den Stempelstellen, unter den Rentnern, Invaliden, Witwen, Müttern usw. mit Materi-

alien, Versammlungen rasch verstärkt werden. Der Aufruf der RGO und der übrigen sozialpolitischen Organisationen muß gründlich und kampagnemäßig ausgewertet werden.[1]

In der kulturpolitischen Arbeit haben wir größten Tempoverlust. Die Schulpolitik muß viel mehr Beachtung finden. Den Schulentlassenen muß größte Aufmerksamkeit sowohl in rascher politischer Aufklärung der schulentlassenen Jugend (die mit der „Verfassung" in der Hand sich einer hoffnungslosen Lage gegenübersieht), als auch in materieller Hinsicht (trostlose Lage der Erwerbslosen, Kurzarbeitenden oder zu Hungerlöhnen beschäftigten Eltern) zugewandt werden. Anträge auf sofortige Beschaffung von Kleidern und materieller Unterstützung müssen in den Dienst dieser Massenkampagne gestellt werden. Pionierorganisationen und Kommunistischer Jugend-Verband müssen in gründlichster Weise durch die Partei unterstützt werden.

5. Entscheidende Fragen des Agitprop-Apparates

Die Verbote der Tageszeitungen haben schon eingesetzt.[2]

Die entscheidende Waffe ist die Betriebszeitung.

I. In jedem Betrieb von 200 Mann Belegschaft an muß auf Beschluß des ZK alle zwei Wochen mindestens eine Betriebszeitung erscheinen.

II. Alle Stempelstellen müssen 14täglich mit einer Stempelstellenzeitung belegt werden.

III. Alle Straßenzellen und Ortsgruppen müssen alle 14 Tage eine Häuserblock- oder Orts- oder Dorfzeitung herausgeben.

Das bedeutet: alle Zellen und Ortsgruppen müssen mit Abziehapparaten ausgerüstet werden. Innerparteilich muß dafür eine Kampagne entfacht werden. Eine Zelle ohne Apparat ist ein Körper ohne Arme. Aus den Wahlfondssammlungen müssen von den Zellen entsprechende Beträge für die technische Ausrüstung abgezweigt werden. Unsere erwerbslosen Genossen (Tischler, Mechaniker, Bastler) müssen zur Selbstherstellung von Hunderten von Apparaten angeleitet werden. Die technische Frage wird hier zu einer entscheidenden politischen Frage.

6. Initiative von unten

Die Zahl der zentralen Flugblätter wird in der Kampagne geringer sein als üblich. Die Bezirke erhalten eine Reihe von Flugblattentwürfen, die durch bezirkliche konkrete Ereignisse zu ergänzen sind und vom Bezirk in bester Aufmachung (illustriert, knapper Text, keine zusammengepreßten Bandwürmer, gute Schlagzeilen usw.) herausgegeben werden müssen. Die Unterbezirke, Ortsgruppen, Zellen müssen von den Bezirken Anleitung, Winke, Ratschläge, praktische Beispiele zur Steigerung der Selbsttätigkeit, zur Sicherung des offensiven politischen Kampfes, zur raschen Beantwortung gegnerischer Verleumdungen usw. erhalten. Die Genossen müssen lernen, daß der Schwerpunkt der Parteiarbeit, der praktischen Massenarbeit,

1 Vgl. „Massenkampf gegen Sozialreaktion", Aufruf der RGO, der ARSO, dem Internationalen Bund, der IAH und RHD an „alle Arbeitenden, Erwerbslosen, Sozialrentner und Kriegsopfer", *RF* Nr. 94 vom 13. 4. 1931. Vgl. dazu Dok. 42, Anm. 8.

2 *Die Rote Fahne* war als Zentralorgan der KPD am meisten von Verboten betroffen. Während des Präsidentenwahlkampfes war sie vom 16.–29. 2. 1932 verboten. Vgl. *RF* Nr. 38 vom 16. 2. 1932.

der täglichen Agitation und Propaganda in den unteren Parteikadern liegt, daß es darauf ankommt, die Gesamtmitgliedschaft und die parteilosen Arbeiter für unsere Massenagitation mobil zu machen, daß unsere Kader politisch beweglicher werden und keine Gelegenheit versäumen, den Gegner zu stellen und zu entlarven, die Forderungen der Massen zu formulieren, für diese Forderungen rasch eine Kampagne in Gang zu bringen und diese Forderungen mit den zentralen Losungen des Präsidentschaftskampfes zu verbinden.

7. Referentenmaterialien

Die Genossen erhalten im Laufe der nächsten Tage Referentenmaterialien für allgemeine Belegschaftsversammlungen – für Gewerkschaftsversammlungen – für allgemeine öffentliche Versammlungen – für Dorfversammlungen und Erwerbslosenversammlungen.[3]

Das darf die Bezirks-Agitpropabteilungen nicht abhalten, sofort selbst eigene Referentenmaterialien für Versammlungen, für Diskussionsredner gegen „Eiserne Front" und Hammerschaften,[4] für unsere Agit-Kader, die schnellstens aufgebaut werden müssen, kurze 10-Minuten-Dispositionen, kurze Sprechchöre usw. herzustellen und zu versenden.

Auch in der Ausnutzung von Film, Lichtbild und Schallplatten (in Verbindung mit Lautsprecher) usw. sollen die Genossen keine Zeit verstreichen lassen.

8. Tagespresse mobilisieren!

Die Tageszeitungen reagieren ganz ungenügend, popularisieren nicht täglich die Losungen des Zentralkomitees, haben insbesondere noch nicht die Linie auf die Betriebe und gegen die Bildung der Hammerschaften, gegen die „Eiserne Front" – [. . .][5] Illusionen eingeschlagen.

Die Betriebs-AK[6] müssen sofort mobilisiert werden. Jede Zeitung muß für sich einen Plan aufstellen, der eine Reihe besonderer Korrespondenzen und Artikel für die Großbetriebe vorsieht. Weiter müssen unsere Tageszeitungen täglich Zitate aus der SPD-Presse zur Zeit der letzten Präsidentenwahl veröffentlichen, Bilder aus diesen Zeitungen klischiert bringen (unter Vermeidung des Verbotes natürlich) und die wichtigsten Argumente der „Eisernen Front" und der Hammerschaftsdrahtzieher in wirksamster Kastenform widerlegen und durch unsere Losungen die Offensive ergreifen.

9. Steigerung des *Agitator*-Umsatzes

Der *Agitator*[7] enthält die Grundlinien und die wichtigsten Materialien zu unseren

3 Diese Referentenmaterialien liegen nicht vor. In der Regel enthielten sie die allgemeinen Anweisungen in einer auf die jeweilige Zuhörerschaft angepaßten Form.

4 Vgl. Dok. 59, Anm. 2.

5 Lücke in der Vorlage.

6 Aufgabe der Betriebs-Arbeiterkorrespondenten war es, die lokalen und bezirklichen Parteiorgane mit Nachrichten und Materialien aus den Betrieben zu versorgen. Solche Mitteilungen wurden als „Betriebskorrespondenz" in der kommunistischen Presse abgedruckt.

7 *Der Agitator* wurde seit Frühjahr 1931 nur noch als parteiinternes Informationsorgan herausgegeben. Vgl. dazu Dok. 41.

Kampagnen und muß deshalb in die Hand eines jeden roten Wahlhelfers gebracht werden.

Die Steigerung des Umsatzes des *Agitator* ist eine Leichtigkeit. Der Preis spielt keine entscheidende Rolle, wenn den Genossen klargemacht wird, daß zu jedem *Agitator* im Laufe des Monats mindestens noch eine Sondernummer gratis erscheint, im Laufe der Präsidentenwahlkampagne aber jetzt schon eine Sondernummer gegen die „Eiserne Front", eine Sondernummer gegen die Nazis, gegen Zentrum, für Sowjetunion, für Erwerbslose und über Sozialpolitik festgelegt sind. Das Stagnieren der Auflage des *Agitator* zeugt von einem völligen Unverständnis einiger Bezirks-Agitpropabteilungen dieser Parteizeitschrift gegenüber und muß noch im Monat Februar überwunden werden.

10. Werbung

Keine Materialien, kein Flugblatt, kein Handzettel, keine öffentliche Versammlung, in der nicht die Werbung besonders von Betriebsarbeitern für Partei und Presse deutlich sichtbar gestellt wird. In größeren Materialien, in allen Referaten unserer Versammlungen nicht mit mechanischer Werbung begründen, sondern im Sinne des Bolschewismus, die Rolle der Partei, die Notwendigkeit der politischen Organisierung begründen und verbinden mit dem Massenprotest gegen die Verstöße der faschistischen Gruppierungen (Versammlungsverbote, Drohungen mit Parteiverbot, Zeitungsverbote, Demonstrationsverbote usw.), auf die die Massen mit Beitritt zur Partei und mit dem Abonnement unserer Presse antworten sollen. Tägliche systematische Betriebswerbung muß zum Allgemeingut der ganzen Partei werden.

11. Schluß mit dem Nebeneinander – einheitliche Stoßkraft!

In allen Bezirken müssen die Agitpropleiter es verstehen, der zentralen großen Präsidentschaftskampagne, die mit der Klassenkandidatur des Genossen *Thälmann* die Fragen des sozialistischen Auswegs aus der Krise, des Kampfes um Räte-Deutschland, des Hauptstoßes gegen die Sozialdemokratie, der Massenoffensive gegen die Nazis, der Entfesselung von Massenagitationen[8] gegen den imperialistischen Krieg und von ökonomischen und politischen Massenstreiks gegen Unternehmeroffensive und faschistischen Terror stellen – dieser großen zentralen Kampagne einzuordnen, die Teilkampagnen und mit Hilfe dieser Teilkampagnen die Stoßkraft der Präsidentenwahlkampagne zu erhöhen. Das bedeutet:

I. Die Kampagne für den sozialistischen Aufbau, zur Popularisierung der Erfolge des ersten Fünfjahresplanes und der grandiosen Aufgabenstellung des zweiten Fünfjahresplanes dient unserer Agitation und Propaganda für ein freies sozialistisches Räte-Deutschland, liefert die beste Hilfe für die Agitproparbeit während der Präsidentschaftskampagne.

II. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg Japans gegen China, der um die Aufteilung Chinas unter die imperialistischen Mächte geht, und der gleichzeitig die ständige Bedrohung der Sowjetunion durch räuberische imperialistische Überfälle bedeutet, muß ganz gewaltig verstärkt werden. Die Kampagne gegen den Abrüstungsschwindel, den Völkerbund und die deutschen Imperialisten dient im Rahmen

8 Möglicherweise muß es statt „Massenagitationen" auch „Massenaktionen" heißen.

der Präsidentschaftskampagne der Herausarbeitung des Kampfes unserer Partei unter Führung des Genossen *Thälmann*, als einziger Partei gegen Versailles, *Dawes-*, *Young*plan und der Entlarvung der Demagogie der Nazis und der Erfüllungspolitik aller nichtkommunistischen Parteien.

III. Die Kampagne zum Internationalen Frauentag[9] dient der Mobilisierung der Millionenmassen der Frauen für das Programm *Thälmanns*, der KPD, für die Aktionen der Roten Einheitsfront.

IV. Die Kampagne zum 13jährigen Jubiläum der Komintern (6. März) dient der propagandistischen Vertiefung der Fragen des Leninismus und muß dem Bewußtsein unserer Partei und die Richtigkeit unserer Politik und die Notwendigkeit der aktiven Unterstützung der Kandidatur *Thälmanns* nutzbar gemacht werden.

Mit den befreundeten Organisationen, die eine Reihe von besonderen Kampagnen (Pariser Kommune, Rote Sport-Werbung, sozialpolitische Kampagne, kulturpolitische Aktionen) durchführen, muß die Einheitlichkeit der Gesamtkampagne planmäßig sichergestellt werden.

Der Kommunistische Jugend-Verband ist mit allen Materialien, Versammlungen und Maßnahmen der Partei großzügig zu unterstützen. Die Fragen der Neuwähler, der Liquidierung des sozialfaschistischen Masseneinflusses, der Brechung des Nazi-Einflusses, der Gewinnung der christlichen Jungarbeiter sind keine Fragen nur des KJVD, sondern grundlegende politische Aufgaben der Gesamtpartei, die der KJVD mit seinen eigenen Kräften nicht bewältigen kann.

12. Sammelkampagne und Verschiedenes

Trotz der wachsenden Krise muß Agitprop einen wirkungsvollen Appell und eine Kampagne für die Stärkung des Opfermutes der Arbeiterklasse für die Kommunistische Partei durchführen und die rote Wahlhelferbewegung mit guten Argumenten für die Wahlfondssammlung ausrüsten.

Über zentrale Wahlzeitung und Erscheinungstermin der zentralen Broschüren, Versammlungsplakate, *Thälmann*-Postkarte, Klebezettel, zentrale Flugblätter und Ergänzungsmaterialien geht den Bezirken in den nächsten Tagen ein allgemeiner Überblick und eine Ankündigung jedes versandbereiten Materials zu.

Wir weisen hier noch auf die *AIZ*[10] hin, die drei Nummern „im Lande *Hindenburgs*" herausbringt, eingestellt auf die Präsidentschaftskampagne, die unserer Agitation eine wirksame Hilfe leisten.

Im übrigen weisen wir alle Agitprop-Leitungen auf die Sonderrundschreiben an die Propleitungen, an die Litstellen, an die Redaktionen und auf die Materialien für Referenten, Betriebszeitungsredakteure und Arbeiterkorrespondenten hin, in denen eine genauere Konkretisierung der Aufgabenstellung enthalten ist.

Mit kommunistischem Gruß
ZK Agitprop

---

9 Der internationale Frauentag wurde am 8. März jeden Jahres begangen.

10 Die in dem zum „*Münzenberg*-Konzern" gehörenden Neuen Deutschen Verlag erscheinende *Arbeiter-Illustrierten-Zeitung* gehörte zur sog. Parteirichtungspresse. Wegen ihrer modernen Aufmachung und dem breiten Informationscharakter fand diese Wochenzeitschrift auch weit über den Kreis der Partei hinaus Leser.

59b.

18. 2. 1932: Anweisungen für den Literaturvertrieb

Anlage zu Nr. 59. Überschrift: „Anweisungen des Reichslitvertriebs an alle Org- und Agitprop-Abtl. der Bezirke!"

Werte Genossen!

In den Anweisungen des Sekretariats wurde verlangt, daß die Wahlkampagnen ein machtvoller Anstoß zur intensivsten Verbreitung unserer Literatur werden müssen. Die gefaßten Beschlüsse für die Produktion bedeuten, daß die Gesamtorganisation und alle zur Verfügung stehenden Kanäle, insbesondere die roten Wahlhelfer in höchstem Maße ausgenutzt werden müssen, wenn wir das gestellte Ziel: Eine Million Wahlzeitungen der Partei, 1½ Millionen Broschüren neben den laufenden Zeitschriften erreichen wollen.

Das Ziel wird erreicht, wenn die entsprechenden politischen und organisatorischen Vorbereitungen in der Gesamtorganisation getroffen werden. Die verantwortlichen Litobleute sind bereits angewiesen, einen bis ins einzelne gehenden Plan für die Gesamtkampagne auszuarbeiten und dem Sekretariat zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Dabei kommt es auf folgende Punkte an:[1]

1. Umfassende grundsätzliche Propaganda für die Losung: Klasse gegen Klasse (Besondere Broschüre).

2. Breiteste und umfassendste Agitation und Propaganda für den aktiven Kampf gegen den imperialistischen Krieg in China, für die stärkste Verteidigung der Sowjetunion, Aufzeigen des einzigen Auswegs (*Molotow*-Rede).[2]

3. Hauptstoß bei der Vertriebsarbeit gegen die SPD (Wahlzeitung, Rote Einheitsfront, 2 SPD-Broschüren) unter Ausnützung von allgemeinen öffentlichen und Mitgliederversammlungen, Versammlungen der „Eisernen Front", Gewerkschaftsversammlungen usw.

4. Schwergewicht des Vertriebs auf die Betriebe und Schaffung neuer Stützpunkte mit Hilfe des Litvertriebs.

5. Erfassung der werktätigen Frauen (Frauenbroschüre und *Kämpferin*).[3]

6. Heran an die Jungwähler (Jungwählerbroschüre) durch den Jugendverband und die Partei.

7. Hinaus aufs Land zu den Klein- und Zwergbauern (Bauernbroschüre).

8. Heran an die proletarischen Nazianhänger, die Angestellten und unteren Beamten (besondere Nazibroschüren).

---

1 Die im folgenden aufgezählten Wahlkampfbroschüren konnten im einzelnen nicht erfaßt werden.

2 Gemeint ist die Eröffnungsrede *Molotows* auf der XVII. Parteikonferenz der KPdSU. Vgl. *Inprekorr* Nr. 9 vom 2. 2. 1932, S. 221 f.

3 *Die Kämpferin* wurde als zentrales Organ der kommunistischen Frauenbewegung vom Reichskomitee der werktätigen Frauen in Berlin herausgegeben.

In organisatorischer Beziehung sind folgende Punkte zu beachten:

1. Bei allen Leitungen (UB. Ortsgruppen. Betriebs- und Straßenzellen) sofort Lit-Obleute wählen. die als Organisatoren. Agitatoren und Propagandisten befähigt sind.

2. Allen Einheiten bestimmte Vertriebssolls stellen und einen allgemeinen Wettbewerb der einzelnen Gruppen auslösen.

3. Ständige unermüdliche Kontrolle durch Referenten. Instrukteure. Leitungsmitglieder über das Ergebnis des Vertriebs. sowie der ständigen unverzüglichen Abrechnung.

4. Das Bezirksgebiet aufteilen in Instrukteurgebiete. damit durch die Litstelle eine laufende und schnelle Kontrolle des Litvertriebs möglich ist.

5. Umfassendste Heranziehung aller revolutionärer Arbeiter zum Vertrieb. Jedes Sektierertum schärfstens bekämpfen.

6. Bei jeder Einheit Litstoßbrigaden bilden und besondere Aufträge erteilen.

7. Keine Versammlung. Demonstration. keine gegnerische Versammlung oder Kundgebung. in denen nicht unsere Literatur zum Vertrieb gelangt. Kein Betrieb. keine Wohnung. kein Gut. kein Dorf ohne unsere Literatur. ohne unsere Wahlzeitung.

8. Alle Vorbereitungen treffen. damit Bestellungen sofort erledigt werden können und der Versand aller Sendungen in kürzester Zeit möglich ist.

9. Organisierung des Massenvertriebs durch die Fraktionen in den revolutionären Massenorganisationen. Die Wahl bietet die beste Möglichkeit. den Apparat in diesen Organisationen aufzubauen und durch sie neue Millionenmassen zu erfassen.

Die Bezirksleitung muß deshalb diesen Gesamtfragenkomplex in all ihren Anweisungen stets berücksichtigen. um den einzelnen Leitungen entsprechende Anweisungen zu geben. Der Vertrieb darf unter keinen Umständen neben der Partei laufen. er ist eine politische Aufgabe der Gesamtorganisation und aufs Engste mit der Gesamtarbeit zu verbinden. Wir wollen nicht versäumen. gleichzeitig auch noch darauf hinzuweisen. daß die Presse in entsprechender Form für die Propaganda unserer Literatur ausgenützt werden muß. Die Redaktionen haben bisher dafür wenig Verständnis gezeigt. weshalb die Bezirksleitungen unbedingt dafür Sorge tragen müssen. daß laufend täglich eigene Notizen oder aus dem Pressedienst über unsere Literatur gebracht werden. Hauptgewicht ist auf die ständige Propaganda der Wahlzeitung zu legen. da sonst die Gefahr besteht. daß der Bezirk sein Ziel nicht erreicht. Das gleiche gilt für alle Betriebs- und Häuserblockzeitungen. Plakate usw. Wo eine Möglichkeit besteht. muß die Wahlzeitung oder eine entsprechende Broschüre bekannt gemacht werden.

Die Liste der gesamten erscheinenden Literatur ist bereits in Händen der Litstellen, so daß die Einleitung der Kampagne ohne weiteres möglich ist.

Mit kommunistischem Gruß
ZK Reichslitvertrieb

59c.

18. 2. 1932: Anweisungen der Frauenabteilung

Anlage zu Nr. 59. Überschrift: „Anweisungen der Frauenabteilung des ZK. An alle Bezirks-Frauenabteilungen!"

Werte Genossinnen!

Unsere Kampagne zu den Reichspräsidenten- und Landtagswahlen muß zu einer breiten Mobilisierung und Gewinnung der Massen der Arbeiterinnen und werktätigen Frauen für die rote Einheitsfront und die Diktatur des Proletariats unter Führung des Genossen *Thälmann* werden.

Die Durchführung der Vorbereitungsarbeiten zur Präsidentenwahl ist aufs engste mit der jetzt laufenden Kampagne zum Internationalen Frauentag und mit den Losungen zum Frauentag zu verbinden.

Unter der zusammenfassenden Losung:

Alle Arbeiterinnen und werktätigen Frauen mit *Thälmann* – gegen imperialistischen Krieg und Reaktion, gegen die kapitalistische *Hindenburg*front, für Arbeit, Brot, Freiheit und Gleichberechtigung!

gilt es, die Massen der werktätigen Frauen in Bewegung zu bringen. Die Klassenfragen und die Bedeutung der Präsidenten- und allen anderen Wahlen als Klassenwahlen sind vor den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen scharf zu stellen. Wir müssen verstehen, die kapitalistische *Hindenburg*front von *Severing* und *Hitler* als die Front des Kapitalismus und des imperialistischen Krieges aufzuzeigen. Unsere Agitation unter den Massen der werktätigen Frauen für die rote Klassenfront und die Klassenkandidatur unseres Genossen *Thälmann* muß mit größter Aktivität durchgeführt werden. Die angewandten Methoden zur Mobilisierung der Frauenmassen müssen vielgestaltige sein. Unsere außerparlamentarische Aktion muß zu einer Fortentwicklung und Auslösung der Kämpfe gegen Lohnabbau, Notverordnungen, Faschistenterror und gegen imperialistischen Krieg führen.

Wir müssen verstehen, die Frauenmassen zu überzeugen, daß *Hindenburg* nicht der „Retter" und die *Hindenburg*-Front nicht die Freunde der werktätigen Frauen sind, sondern daß diese Front unerhörte Maßnahmen zur Niederdrückung der Lebenshaltung der werktätigen Frauen durchgeführt hat. Unter dem Protektorat von *Hindenburg* wurden die Notverordnungen erlassen, die den Arbeiterinnen in den Betrieben den Lohnabbau diktierten, den erwerbslosen verheirateten Frauen die Unterstützung vollkommen raubten. Die Notverordnungen, die den Kriegerwitwen und -waisen ihre kümmerlichen Renten herabsetzten und die durch unerhörte Wucherzölle das Brot verteuerten, aber den Großagrariern riesige Subventionen genehmigten. Unter *Hindenburg* macht die deutsche Bourgeoisie alle Anstrengungen zu neuen kriegerischen Aufrüstungen. Sie unterstützt aktiv den imperialistischen Krieg Japans gegen China durch Munitionslieferungen und schwenkt immer offener in die imperialistische Kriegsfront gegen die Sowjetunion ein.

Als Hauptaufgabe steht die Schaffung und Stärkung der roten Einheitsfront zum Kampf gegen die kapitalistische *Hindenburg*front von *Severing* bis *Hitler*. Es muß uns bei der Durchführung der Kampagne zur Reichspräsidentenwahl und damit in

Verbindung zum Internationalen Frauentag gelingen, mehr als bisher die parteilosen Frauenmassen und insbesondere Frauen aus dem gegnerischen Lager in die rote Einheitsfront einzubeziehen.

Wenn wir die sozialdemokratischen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen gewinnen sollen, ist ein verschärfter Kampf gegen die sozialdemokratischen und reformistischen Gewerkschaftsführer und deren Politik notwendig.

Gerade den Frauen müssen wir den Klassencharakter der SPD und ihrer „Eisernen Front", und in Preußen als das Bollwerk der Notverordnungspolitik *Brünings*, als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie besonders scharf aufzeigen. In Verbindung damit stehen die besonderen Fragen: Zustimmung zum Abbau der Wochenhilfe, zum Abbau der Kinderspeisung, zum § 218, zu den Zöllen, zum Lohnabbau.

Zur Gewinnung der christlichen Arbeiterinnen und der Frauen in den nationalen Verbänden ist eine verschärfte Entlarvungskampagne des Zentrums und der Nazis unter diesen Frauenmassen durchzuführen.

Das Schwergewicht unseres Kampfes muß im Betrieb liegen.

Es sind in den Betrieben Arbeiterinnenversammlungen, Abteilungsversammlungen und vor den Betrieben fliegende Versammlungen zu organisieren. Die Versammlungen zur Reichspräsidentenwahl sind für den Internationalen Frauentag auszunützen, ebenso umgekehrt. Unsere Agitation in den Betrieben ist aufs engste zu verbinden mit der Organisierung des Kampfes gegen den Lohnabbau, für die betrieblichen Forderungen der Arbeiterinnen. Gemeinsam mit der RGO und den roten Verbänden müssen wir die Steigerung der Kampfkraft und Initiative der Arbeiterinnen erreichen. Es sind in diesen Arbeiterinnenversammlungen Entschließungen vorzulegen, die die Klassenkandidatur des Genossen *Thälmann* begrüßen. Unter der Losung: Jede Arbeiterinnenstimme für den Kandidaten der Arbeiterklasse – muß es uns gelingen, die Arbeiterinnenbetriebe und Abteilungen geschlossen für die rote Klassenfront zu gewinnen und in die rote Wahlhelferbewegung einzureihen und Hunderte von Frauen aus den Betrieben als Delegierte zu wählen. Mit den Arbeiterinnen der reformistischen und christlichen Gewerkschaften und mit den sozialdemokratischen Kolleginnen sind Diskussionen zu organisieren, bei denen nicht nur die Präsidentenwahl, sondern der ganze Klassenverrat der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie mit im Vordergrund steht.

Der Internationale Frauentag am 8. März muß im Zeichen der Reichspräsidentenwahl stehen. Die geplanten Veranstaltungen, Demonstrationen müssen zu einer Massenmobilisierung der Arbeiterinnenbelegschaften ausgenützt werden. Um diese Massenmobilisierung zu erreichen, sind insbesondere die Arbeiterinnenkommissionen der RGO, die Frauendelegierten der Betriebe in die Arbeit einzuspannen.

Als weitere wichtige Aufgabe steht die Mobilisierung der Arbeiterinnen auf den Frauennachweisen. Wir haben bis jetzt versäumt, auf diesen Frauennachweisen eine gute systematische Arbeit zu leisten. Die Reichspräsidentenwahlen, der Internationale Frauentag und die Landtagswahlen müssen uns Anlaß sein, diese unsere Arbeit zu verbessern. Auf den Nachweisen sind Versammlungen der erwerbslosen Frauen wie fliegende Versammlungen direkt in den Nachweisen durchzuführen. Zum 8. März sollen Delegationen zusammengestellt werden, die die Forderungen der erwerbslosen Arbeiterinnen auf den Rathäusern vertreten. Von den Nachweisen aus

sollen mit unseren Losungen zum Frauentag, zur Reichspräsidenten- und zu den übrigen Wahlen, Demonstrationen organisiert werden. Die proletarischen Hausfrauen sind in öffentlichen Versammlungen, durch Haus- und Hofpropaganda zu erfassen.

Auf den Märkten und in den Markthallen und Kaufhäusern sollen Massendiskussionen organisiert werden, bei denen im Vordergrund die Frage des Lohnabbaues des Mannes, Preisabbauschwindel, Exmittierungen, Mietzinsfragen stehen.

Angesichts des verschärften faschistischen Terrors steht die Frage der Einbeziehung der arbeitenden Frauen in den antifaschistischen Kampf und in den roten Massenselbstschutz.

Die Arbeiterinnendelegiertenbewegung ist zu den Vorbereitungswahlen und zum Internationalen Frauentag aufs stärkste heranzuziehen. Die Arbeiterinnendelegierten sind in die Wahlhelferbewegung einzureihen. Darüber hinaus soll den Arbeiterinnendelegierten die Aufgabe gestellt werden, weitere Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen der Wahlhelferbewegung und der roten Einheitsfront zuzuführen.

Die Auswertung der Konferenzen werktätiger Frauen[1] war am schlechtesten in den Betrieben. Viele Hunderte von kampfgewillten Arbeiterinnen gingen uns durch unsere lässige Arbeit in den Betrieben wieder verloren. Wir müssen das Steuer herumreißen[2] und in den Betrieben das Delegiertensystem aufbauen. Die Zahl der gewählten Delegierten in den Betrieben muß verdoppelt und verdreifacht werden. Diese gewählten Delegierten sind unter Leitung der Kommunistinnen in ständigen Arbeiterinnendelegierten-Versammlungen zusammenzufassen. Die Arbeiterinnendelegierten erhalten in diesen Delegiertenversammlungen durch Stellung der praktischen Kampfaufgaben die erste Schule und werden befähigt, im Sinne der revolutionären Einheitsfront den Kampf zu führen. Durch die Arbeiterinnen-Delegiertenbewegung müssen wir die Verbindung zu den fern von uns stehenden Arbeiterinnen gewinnen. Zu den Reichspräsidentenwahlen muß dieser unser Einfluß ausgenutzt werden, um in den Betrieben die Arbeiterinnen für *Thälmann* und damit für den Kampf gegen den Lohnabbau, gegen Notverordnungen, gegen Preisabbauschwindel, gegen kapitalistische Ausbeutung, gegen imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion und für den sozialistischen Ausweg zu gewinnen.

In die rote Wahlhelferbewegung müssen Tausende Frauen eingereiht werden. Unter der Losung: Jeder zweite Wahlhelfer eine Frau! werben wir in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Wohngebieten die werktätigen Frauen. In dieser Wahlhelferbewegung sollen insbesondere neben den parteilosen Arbeiterinnen sozialdemokratische und christliche Arbeiterinnen stehen.

Bei der Herausgabe von Agitationsmaterialien muß im besonderen auf die Reichspräsidentenwahlen und die Aufgaben der arbeitenden Frauen eingegangen werden. (Handzettel, Flugblätter, Betriebs- und Häuserblockzeitungen, Transparente.)

Um unsere Aufgaben zu den Präsidentenwahlen und dem Internationalen Frauentag

1 Vor 1932 fanden zwei Konferenzen statt: der „1. Reichskongreß werktätiger Frauen" vom 20. Oktober 1929 in Berlin (vgl. Dok. 11a) und der „2. Reichskongreß werktätiger Frauen" vom 22. und 23. November 1930, ebenfalls in Berlin. Im Jahre 1931 fand kein Frauenkongreß statt. Der 3. Reichskongreß werktätiger Frauen sollte am 9./10. April stattfinden.

2 In der Vorlage: heranreißen.

erfüllen zu können, müssen Partei, RGO, die roten Verbände, die Arbeiterinnendelegiertenbewegung und die proletarischen Massenorganisationen alle Kräfte anspannen, um Tausende und Abertausende von Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen der revolutionären Front zuzuführen. Wir schaffen uns dadurch die beste Basis zur Durchführung der Preußenwahlen und des III. Reichskongresses werktätiger Frauen am 9. und 10. April 1932.

59 d.

18. 2. 1932: Anweisungen der Genossenschaftsabteilung

Anlage zu Nr. 59. Überschrift: „Anweisungen der Genossenschafts-Abteilung des ZK. An alle Bezirks-Genossenschafts-Abteilungen!"

Werte Genossen!

Die außerparlamentarische Kampagne zur bevorstehenden Reichspräsidenten- und den übrigen Wahlen, muß im stärksten Maße zu einer Massenmobilisierung der in den Genossenschaften organisierten 3 Millionen Arbeiter und werktätigen Schichten zum Kampf gegen Hungerdiktatur und Faschismus ausgenutzt werden. Die Genossenschaftsspitzen sind ein Teil des Sozialfaschismus, der die soziale Hauptstütze des Monopolkapitalismus und seiner *Brüning*regierung bei der Durchführung der faschistischen Hungerdiktatur gegen das Proletariat und alle Werktätigen ist. Die Genossenschaftsbürokratie unterstützt aktiv die Notverordnungspolitik der *Brüning*-regierung. Zynisch und offen schrieb *Vollrath Klepzig*, der Führer des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, in der *Konsumgenossenschaftlichen Rundschau* vom 9. Januar folgendes:

„Im politischen und wirtschaftlichen Leben Deutschlands herrscht darüber, daß der vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sowohl der Zwang als auch der Drang zum Guten innewohnt, eine ziemlich einheitliche Auffassung."

Gemäß dieser Grundeinstellung, die sich zwangsläufig aus dem völligen Verwachsen der reformistischen Genossenschaften mit der kapitalistischen Wirtschaft ergeben, hat die sozialfaschistische Genossenschaftsbürokratie den verschärften Hungerkurs gegen das Proletariat auf allen Gebieten unterstützt. Sie lehnte nicht nur jede ideelle und materielle Unterstützung der gegen den Lohnraub kämpfenden Arbeiterschaft ab, sondern stellte sich an die Spitze der kapitalistischen Lohnräuber und führte in ihren eigenen Betrieben einen rigorosen Lohnabbau durch. Sie unterstützte aktiv den Zoll- und Steuerraub, den Schwindel vom „Preisabbau", beteiligte sich aber andererseits an einer Reihe von Organisationen (*Scheuer*-Konzern, Zündholz-Monopol usw.), die vom Monopolkapitalismus ausschließlich zum Zwecke der Preissteigerungen geschaffen wurden. Bei der Reichspräsidentenwahl steht die Genossenschaftsbürokratie selbstverständlich in der Front der gesamten faschistischen Reaktion, deren Exponent als Kandidat *Hindenburg* ist.

Die revolutionäre Genossenschaftsopposition beteiligt sich aktiv an der außerparlamentarischen Massenaktion der Kommunistischen Partei für den roten Arbeiterkan-

didaten *Thälmann*, um unter den 3 Millionen Mitgliedern der reformistischen Genossenschaftsorganisationen die rote Einheitsfront des Proletariats zu schmieden und die Millionenmassen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder unter der Generallosung: „Klasse gegen Klasse" für die bolschewistischen Kampfziele zu mobilisieren. Dabei ist klar die sozialfaschistische Rolle der Genossenschaftsbürokratie herauszuarbeiten und den proletarischen Genossenschaftsmitgliedern der Nachweis zu führen, daß durch die sozialfaschistische Politik der Bürokratie die Konsumvereine in den Strudel der kapitalistischen Wirtschaftskrise hineingezogen und wirtschaftlich zerstört werden. Dem ist gegenüberzustellen der gewaltige Aufstieg der Sowjetgenossenschaften unter der proletarischen Diktatur und ihr Anteil an dem gigantischen sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion. Auf diese konkrete Linie ist bei unserer Arbeit an der genossenschaftlichen Front die Frage des revolutionären Auswegs, des einzigen Auswegs für die Arbeiterklasse aufzuzeigen.[1]

Wir haben bereits in unserem letzten Rundbrief an alle Genossenschaftsabteilungen der Bezirke[2] die sofortige Aufstellung eines konkreten Kampagne-Planes gefordert.

Dabei sind noch folgende politische und organisatorische Maßnahmen zu beachten:

Von der revolutionären Genossenschaftsopposition müssen überall selbständige Versammlungen durchgeführt werden. Keine Verteilungsstelle, kein Ort in ganz Deutschland ohne eine Versammlung der revolutionären Genossenschaftsopposition! In den Genossenschaftsbetrieben ist in engster Verbindung mit der RGO eine breite Kampagne durchzuführen.

Gemeinsam mit den Frauen-Abteilungen sind besondere genossenschaftliche Frauenversammlungen zu organisieren, eine Möglichkeit an die proletarischen Frauen heranzukommen, die bisher fast völlig unausgenützt blieb.

In allen Versammlungen müssen Entschließungen angenommen werden, daß sich die proletarischen Genossenschaftsmitglieder für die rote Arbeiterkandidatur *Thälmann* entscheiden, als rote Wahlhelfer zur Verfügung stellen, aktiv beteiligen an den Einheitskomitees und vor allem an dem roten Massenselbstschutz gegen den faschistischen Terror und gegen [die] „Eiserne Front".

Alle solche Beschlüsse müssen der Presse zur Veröffentlichung übergeben werden, wie sich überhaupt die ganze Mobilisierungskampagne an der genossenschaftlichen Front in unserer Presse widerspiegeln muß.

Für diese Massenkampagne haben wir die günstigste objektive Voraussetzung angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklung in den reformistischen Konsumvereinen und durch die vergeblichen, aber brutalen sozialfaschistischen Maßnahmen der Genossenschaftsbürokratie gegen die Mitgliedschaft.

In den nächsten Tagen wird den Bezirks-Abteilungen ein ausführliches Referentenmaterial zugehen, in dem alle aktuellen Fragen der sozialfaschistischen und revolutionären Genossenschaftspolitik eingehend behandelt sind. Unseren roten Konsumvereinen gehen noch Sonderanweisungen für die Führung der Präsidentschafts-Wahlkampagne zu.

Mit kommunistischem Gruß!
ZK-Genossenschaften

1 In der Vorlage: aufzureißen.

2 Diese Materialien liegen nicht vor.

59e.

18. 2. 1932: Anweisungen der Landabteilung

Anlage zu Nr. 59. Überschrift: „Anweisungen der Landabteilung des ZK an alle Bezirks-Land-Abteilungen. Unsere Hauptaufgaben in der Reichspräsidenten- und Preußenwahl-Kampagne auf dem Lande."

Werte Genossen!

Die Reichspräsidenten- und Preußenwahlkampagne kann – als außerparlamentarische Massenmobilisierung geführt – nur im Zeichen der Vorbereitung der Landarbeiter-Frühjahrskämpfe, der Mobilisierung der Landarbeitermassen in der roten Einheitsfront, nur im Zeichen der Durchführung bäuerlicher Kampfaktionen, der Unterstützung und machtvollen Entfaltung der bäuerlichen Komitee- und Oppositionsbewegung, Reichsbauernkongreß-Bewegung,[1] auf der Basis des revolutionären Bündnisses der Arbeiter und Bauern unter Führung der Partei stehen.

A) Hauptaufgaben in der Kampagne unter dem Landproletariat.

Die Partei führt die Reichspräsidenten- und Preußenwahlkampagne auf der Linie ihrer Losung: Klasse gegen Klasse. Sie mobilisiert die rote Einheitsfront für den Kampf um den revolutionären Ausweg, gegen die faschistische Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik der Brüning-Regierung, gegen die faschistischen Kriegsvorbereitungen, für die Verteidigung der Sowjetunion, gegen die „Eiserne Front", gegen den nationalsozialistischen Terror, gegen die faschistische *Hindenburg*front von *Wels* und *Severing* über *Brüning* bis *Hitler*. Das bedingt in unserer Landarbeit in erster Linie die Mobilisierung der Massen des Landproletariats, der Landforst- und sonstigen landwirtschaftlichen Arbeiter, der auf dem Dorfe wohnenden Industriearbeiter, insbesondere jener Halbproletarier, die überwiegend aus Lohnarbeit Einkommen beziehen[2] (und zu großen Teilen arbeitslos sind), der Arbeitslosen im Dorf, in Kämpfen für ihre Tagesforderungen. Die Verbindung der Kämpfe des Landproletariats mit den Kämpfen der roten Einheitsfront. Daher ist in der Reichspräsidenten- und Preußenwahlkampagne unter dem Landproletariat die politische Hauptaufgabe der Partei, der roten Landarbeiterverbände,[3] der RGO – mit Unterstützung der übrigen Massenorganisationen – die sofortige Inangriffnahme der Vorbereitung der Landarbeiterkämpfe, der Landarbeiter-Teil- und Massenstreiks im Frühjahr gegen weiteren Lohnraub, für Erhöhung der Löhne und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Landarbeiter. Die beste und wirksamste Vorbereitung der Landarbeiterfrühjahrskämpfe – und damit ebenso dringende Aufgabe ist die Schaffung und Ausnutzung jeder Möglichkeit, schon gegenwärtig Teilstreiks der Landarbeiter, Streikkämpfe auf einzelnen Gütern auszulösen und durchzuführen.

1 Auf Initiative der KPD fand am 23. und 24. Januar 1932 in Berlin der Erste Reichsbauernkongreß statt. Vgl. *Inprekorr* Nr. 7 vom 26. 1. 1932, S. 173 f.; Chronik S. 281 f. Vorbereitung und Auswertung des Kongresses benutzte die Partei zu einer breiten Kampagne unter der Landbevölkerung.

2 In der Vorlage: besitzen.

3 Gemeint ist der im Februar 1931 in Ostpreußen gegründete Kommunistische Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter (EVLF). Der EVLF war zunächst in Landesverbände organisiert, die später zu einem Reichsverband zusammengefaßt wurden. Organ der EVLF war der *Land- und Forstarbeiter*.

a) Entfaltung einer breiten Massenagitation und Propaganda unter allen Schichten des Landproletariats, insbesondere unter den Gutsarbeitern, den Arbeitslosen im Dorf, mit dem Ziel der Vertiefung und Verbreiterung des politischen Einflusses und der organisatorischen Basis der Partei, der roten Landarbeiterverbände, der RGO, des Massenvertriebs des „*Land- und Forstarbeiter*", der Aktivisierung unserer Positionen und der Steigerung unserer Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front (DLV[4], Schweizerbund, Reichsverband, Reichslandarbeiterbund).

Gründung neuer Gutszellen und ländlicher Ortsgruppen der Partei, Verstärkung der bestehenden und Schaffung neuer Verbandssektionen des EVLF und RGO-Gruppen auf den Gütern, Aktivisierung der roten Gutsräte und der kommunistischen Fraktionen im DLV etc., Kampagne in Partei- und RGO-Presse, zentrales Landarbeiterflugblatt, bezirkliches Agitations- und Propagandamaterial der Partei und der roten Landarbeiterverbände, Dorfzeitungen für Landarbeiterorte und Gutszeitungen der Patenschaften, Landortsgruppen, Gutszellen der Partei, Gutssektionen und RGO-Gruppen.

b) Durchführung von Landarbeiterversammlungen der Partei, der roten Landarbeiterverbände, der RGO und sonstigen Massenorganisationen auf allen Gütern und in allen Landarbeiterorten im Februar und März mit General-Linie der Partei für Präsidenten- und Preußenwahlkampf-Entschließungen für die Kandidatur *Thälmanns*, des Kandidaten der Arbeiterklasse und darum auch des Kandidaten für die Landarbeiterschaft. Anweisungen zur Popularisierung der *Thälmann*-Kandidatur in allen geeigneten Formen, Bildung von Wahl-Kommissionen auf Gütern und in Landarbeiterorten (rote Wahlhelfer Komitees) als Einheitsfrontorgane.

c) Auf diesen Versammlungen besondere Behandlung der Elendslage, der Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Landproletariats, der Landarbeiterinnen, der Landarbeiterjugend, der erwerbslosen Landarbeiter, der Unterstützung und der Notwendigkeit der Streikkämpfe und der Erwerbslosenaktionen auf dem Lande.

In diesen Versammlungen Schaffung vorbereitender Kampfausschüsse auf der Grundlage örtlicher Kampfprogramme und der proletarischen Einheitsfront. Diese Versammlungen dienen zugleich der Popularisierung und Vorbereitung von

d) Kampf-Konferenzen des Landproletariats im Monat März unter besonderer Beachtung der Beteiligung der Landarbeiterinnen, der Landarbeiterjugend, der Entsendung von Delegierten der Belegschaften industrieller Betriebe, der städtischen und ländlichen Erwerbslosen-Ausschüsse und Bauern-Komitees.

Bei Vorbereitung und Aufgabenstellung dieser Gebietskonferenzen Berücksichtigung aller bisherigen Erfahrungen der Landarbeiterkämpfe, Kontrolle der Kampf-Programme sowie Instruktionen und Zusammenfassung der vorbereitenden Kampf-Ausschüsse.

e) Vorbereitung und Durchführung der Gutsräte-Berichterstattungs-Kampagne und der roten Gutsrätewahlen, ebenfalls auf der Grundlage betrieblicher Kampfprogramme. Stellungnahme in allen Versammlungen und Einstellung aller Materialien

---

4 Deutscher Landarbeiter-Verband (DLV), ab 1913 Bezeichnung für den 1909 gegründeten „Verband der Land-, Wald und Weinbergsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands". Vgl. dazu Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, Berlin (Ost) 1970, S. 682.

auf diese Kampagne. Instruktionen über Gutsrätewahlen an alle Landortsgruppen, Gutszellen, Verbandssektionen, RGO-Gruppe, kommunistische Fraktionen im DLV etc., an die Landobleute der kommunistischen Ortsgruppen. Anweisungen an alle roten Gutsräte (siehe Anweisung der ZK Landabteilung, betreffend Gutsrätewahlen vom 8. Februar).[5]

f) Verstärkung der innergewerkschaftlichen Arbeit, d. h. der revolutionären Oppositionsarbeit innerhalb des DLV und der übrigen gegnerischen Landarbeiterverbände. Konkrete Festlegung der Aufgaben für jede kommunistische Fraktion. Ausnutzung jeder Möglichkeit, Entschließungen für diese durchzusetzen. Stärkste Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten gegenüber der konkreten Situation auf den Gütern. Bearbeitung der von den christlichen und nationalen Gewerkschaften erfaßten und beeinflußten Landarbeiterschichten.

g) Einstellung der revolutionären Bauernorganisationen, der Bauernkomitees, der bäuerlichen Oppositionsgruppen auf die Unterstützung der Vorbereitung und Durchführung der Kämpfe des Landproletariats.

h) Planmäßige Bearbeitung der Landarbeitergebiete durch den Kampfbund gegen den Faschismus zur Schaffung antifaschistischer Schutzwehren unter besonderer Mobilisierung der Landarbeiterjugend.

B) Hauptaufgaben in der Kampagne.

Die ständig wachsende Not der bäuerlichen Massen – bei gleichzeitiger Verschärfung der innen- und außenpolitischen Lage – die mit der Reichs- und Bauernkongreßbewegung einsetzende Offensive aller Gegner verpflichten zur äußersten Steigerung unserer Bauernarbeit auf der Linie des Bauernhilfsprogramms der KPD,[6] d. h. des revolutionären Bündnisses der Arbeiter und Bauern. Die in der Mobilisierung für den Reichsbauernkongreß in Bewegung gebrachten und die durch die bäuerlichen Komitees ständig neu mobilisierten Schichten gilt es durch die gesteigerte Bauernarbeit der Partei und ihr führendes Eingreifen in die Aktionen der werktätigen Bauern für das revolutionäre Bündnis zu gewinnen. Dabei erleichtern die Kampagnen der Partei unter dem Landproletariat und die Kämpfe des Landproletariats der Partei, ihre Politik und Taktik des revolutionären Bündnisses in den konkreten Fällen zur praktischen Anwendung zu bringen. Darum muß die Reichspräsidenten- und Preußen-Wahlkampagne unter der Klein- und Mittel-Bauernschaft auf das engste mit der Konkretisierung des Bauernhilfsprogramms in den bäuerlichen Tageskämpfen mit der Unterstützung und kritischen Förderung der Reichs-Bauernbewegung, verknüpft werden. Die Partei muß den Bauern-Komitees in der Auswertung des Reichsbauernkongresses helfend zur Seite stehen. Insbesondere müssen die Bezirke Pommern, Danzig, Oberschlesien, Thüringen, Niedersachsen, Ruhrgebiet, Württemberg, Saar und Südbayern alles daran setzen, um die auch bei der Unterstützung der Kampagne zum Reichs-Bauernkongreß zu Tage getretenen Tempoverluste ihrer Bauernarbeit zu liquidieren.

5 War nicht zu ermitteln.

6 Vgl. Bauernhilfsprogramm der KPD vom 16. Mai 1931, *RF* Nr. 106 vom 22. 5. 1931. Vgl. dazu Dok. 43, Anm. 1.

Daher ist in der Reichspräsidenten- und Preußenwahlkampagne unter der Klein- und Mittelbauernschaft die politische Hauptaufgabe der Partei – mit Unterstützung der revolutionären Bauern- und Massenorganisationen – die

sofortige Inangriffnahme der Vorbereitung, Durchführung und Unterstützung bäuerlicher Kampfaktionen, der Schaffung bäuerlicher Kampf-Komitees auf der Grundlage örtlicher und gebietlicher bäuerlicher Kampf-Programme.

Die Partei muß unter Anwendung der Methode der Bauern-Komitees die kleinbäuerlichen Massen, sowie die in der Agrarkrise verarmenden mittelbäuerlichen Schichten in Tageskämpfen führen und sammeln. Sie muß mittels des primitiven bäuerlichen Widerstandes und Kampfes die bäuerlichen Massen auf immer höherer Stufe zu Kämpfen gegen Kapital und Großgrundbesitz, gegen den bürgerlichen Staat, gegen die reaktionären und bürgerlichen Agrarorganisationen und Bauernverbände, gegen die faschistische imperialistische und bauernfeindliche Agrarpolitik der *Brüning*-Regierung und der Länderregierungen sowie aller bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie, gegen imperialistische Kriegsvorbereitungen und gegen die Parteien und Organisationen der *Hindenburg*-Front von *Wels* bis *Hitler* mobilisieren. Die Partei ist in ihrer Bauernarbeit, besonders bei der Unterstützung und Förderung der Reichsbauern-Bewegung und bei den Kämpfen der Bauern-Komitees unbedingt verpflichtet, auf die Verbindung der bäuerlichen Tageskämpfe mit den Kämpfen des Land- und Industrieproletariats hinzuwirken. Dabei muß viel stärker wie bisher das Bauernhilfsprogramm und die übrigen Bauernforderungen der Kommunistischen Partei als der alleinigen Hilfe und dem einzigen Ausweg aus Not und Krise in den Mittelpunkt gerückt werden. Somit sind die Hauptaufgaben folgende:

a) Entfaltung einer breiten Massenagitation zur Popularisierung der Forderungen und Ziele des Bauernhilfsprogramms der KPD.

Bauernhilfsprogramm gegenüberstellen der Agrarpolitik aller gegnerischen Parteien, besonders Nazis. Kampagne in der Partei und Bauernpresse mit Abdruck der Forderungen und Stellungnahme. Kritische Behandlung der Forderungen des Reichs-Bauernkongresses und der Ziele der Reichs-Bauernkongreßbewegung. Organisierter Massenvertrieb der betreffenden Materialien der Partei, besonders des Bauernflugblatts zur Reichspräsidentenwahl, der Bauernbroschüren. Herausgabe bezirklichen Bauern-Agitations- und Propagandamaterials der Partei. Dorfzeitungen der Patenschaften und der Landortsgruppen mit Einstellung dieser und aller Dorforgane auf die Kampagne.

b) Konkretisierung der Forderungen des Bauernhilfsprogramms der KPD in den bäuerlichen Tageskämpfen, durch bäuerliche Kampfaktion auf der Grundlage örtlicher und gebietlicher bäuerlicher Kampfprogramme.

In diesen Herausstellung örtlicher und gebietlicher wichtiger Forderungen des Bauernhilfsprogramms, Ergänzung durch neue Forderungen, die den örtlichen und gebietlichen Notwendigkeiten, Verhältnissen und Bauernkämpfen entsprechen, achten auf ständige Verbindung von örtlichen mit gebietlichen Teilforderungen mit politischen Forderungen und Endlosungen des revolutionären Kampfes. Instruktionen der kommunistischen Fraktionen des Bauern-Komitees, betreffend Bündnis, Hegemonie, Politisierung der Bauernkämpfe usw.

c) Vorbereitungen und Durchführung von Arbeiter- und Bauern-Kundgebungen der Partei für die Zeit vor der Präsidentenwahl, durchgeführt als Gegenoffensive auf Angriffe der Gegner, als Kundgebungen für das Bauernhilfsprogramm der KPD, für den aktiven bäuerlichen Kampf auf der Basis des Bündnisses der Arbeiter und Bauern unter Führung der Arbeiterklasse und der Partei, für Unterstützung der Kämpfe des Land- und Forstproletariats gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen und Krieg im Fernen Osten, für Sowjetunion und Sowjet-Deutschland, für *Thälmann*-Kandidatur (kurze Entschließungen).

Kundgebungen einberufen durch Partei mit Unterstützung unserer städtischen und kleinstädtischen Organisationen, der roten Landarbeiterverbände, der RGO, RBB-Ortsgruppen[7] und der sonstigen revolutionären Massenorganisationen der betreffenden Gebiete.

Besondere Heranziehung der Gebiets- und Orts-Bauern-Komitees und Oppositionsgruppen.

d) Vorbereitungen und Durchführung von Konferenzen der werktätigen Landvolkjugend, d. h. Jungbauern-Konferenzen, in den Bezirken Ostpreußen, Nordwest, Halle-Merseburg-Niederrhein, Baden-Pfalz, Mittelrhein, in der zweiten Hälfte des Monats März.

Gemeinsame Vorbereitung durch Partei, Jugendverband, RBB nach Anweisungen des ZK des Jugendverbandes, sowie Heranziehung der Bauern-Komitees bei der Vorbereitung und Durchführung.

e) Sofortige Einleitung einer Bauern-Versammlungs-Kampagne der Partei in allen Bauernorten zur Reichspräsidenten- und Preußenwahl, zugleich zur Vorbereitung von Arbeiter- und Bauernkundgebungen. Gleichzeitig Bauernversammlungskampagne der Ortsgruppen des RBB.

Unterstützung der gleichzeitigen Bauernversammlungskampagne der Bauern-Komitees zur Reichspräsidenten- und Preußenwahl, der Art, dem Charakter, dem Einberufer der Versammlung entsprechende Aufgabenstellung in diesen. In allen Bauernversammlungen Entschließungen gegen imperialistische Kriegsvorbereitungen usw. und Entschließungen für *Thälmann*-Kandidatur. Einbeziehung der werktätigen Bauern in die Wahlausschüsse auf der Basis des Bündnisses der Arbeiter und Bauern, Vorbereitung und Bildung neuer Bauern-Komitees; je nach Art der Versammlung sind bäuerliche und sonstige geeignete Referenten der Partei, Delegierte des Reichs-Bauernkongresses und Delegierte der vorbereitenden bezirklichen Veranstaltungen sowie zuverlässige Bauern-Referenten aus der Reichsbauernkongreß-Bewegung (Bauern-Komitees und Oppositionsgruppen) zu verwenden.

f) Festigung und Verbreiterung der bäuerlichen Komitee-[8] und Oppositionsbewegung durch stärkste Mobilisierung. Unterstützung und kritische Förderung der bestehenden und durch Schaffung neuer Bauern-Komitees.

---

7 RBB. Der unter kommunistischem Einfluß stehende Reichsbauernbund versuchte besonders die Kleinbauern und kleineren Mittelbauern des Reichslandbundes für die Ziele des Kommunismus zu gewinnen. Der RBB stand unter der Leitung von E. *Putz* und B. *Uhse*, praktisch wurde er jedoch vom Leiter der Landabteilung des ZK, Heinrich *Rau*, gelenkt. Der RBB kam jedoch über bescheidene Anfänge nicht hinaus, einen Masseneinfluß unter der deutschen Bauernschaft hatte er nicht.

8 In der Vorlage: Konzentrations-.

g) Schaffung von Oppositionsgruppen in gegnerischen Verbänden sowie Stärkung und Ausbreitung der RBB-Ortsgruppen. Einstellung aller dieser Einheiten auf die Unterstützung der Kämpfe des Land- und Stadtproletariats [auf] die Reichspräsidenten- und Preußenwahlkampagne durch die kommunistischen Fraktionen.

In jedem Dorf ein Bauern-, Pächter-, Siedler- (Winzer-, Fischer-) Kampf-Komitee, unter stärkster Heranziehung der werktätigen Bäuerinnen und Bauernjugend. Keine Bewegung im Dorf oder Gebiet ohne Schaffung von Orts- und Gebiets-Komitees. Sofortige politische und organisatorische Überprüfung aller Bauern-Komitees. Ausbau der Orts- und Gebiets-Komitees durch die Kommunistischen Fraktionen. Schaffung und Angliederung von Bäuerinnen und Jungbauern-Kommissionen an die Komitees. Ständige Unterstützung und politische Kontrolle der Arbeit der Bauern-Komitees durch die kommunistischen Fraktionen.

h) Unterstützung der Bauern-Komitees bei der Vorbereitung und Durchführung von Oppositionskonferenzen gegenerisch organisierter Klein- und Mittelbauern, möglichst vor, aber auch nach den Gebiets-, Arbeiter- und Bauernkundgebungen. Erfassung oppositioneller Bauern des Reichsbundes, der christlichen Bauernvereine, der Deutschen Bauernschaft, des Bayerischen Bauernbundes, aber auch sonstiger gegnerischer Bauern- und Siedler-Organisationen in Verbindung mit dem RBB.

Grundlage der Oppositionsarbeit bilden neben dem Bauernhilfsprogramm Forderungen und Beschlüsse des Reichsbauernkongresses. Auftreten oppositioneller Bauerngruppen und Delegationen in den Bauernversammlungen und auf den Gebiets-Arbeiter- und Bauernkundgebungen. Sorgfältige Registrierung dieser Oppositionellen. Verwendung ihrer Erklärungen auf breitester Basis.

C) Maßnahmen der innerparteilichen Vorbereitungen.

a) Sofortige Aufstellung eines Kampagneplanes für die Reichspräsidentenwahl auf dem Lande (1. für Landproletariat, 2. für kleine und mittlere Bauernschaft), durch Bezirkslandabteilungen unter Hinzuziehung von Vertretern der wichtigsten BL-Abteilungen und des Bezirks-Komitees der RGO (EVLF).

b) Stellungnahme zur Kampagne in einer Sitzung der BL Landabteilung, anschließend im BL Sekretariat.

c) Auf Grundlage des Kampagneplanes konkrete Instruktion der Leitungen bzw. der kommunistischen Fraktionen des RGO, des RBB, des Kampfbundes gegen den Faschismus, der Roten Hilfe und der Internationalen Arbeiterhilfe.

d) Übermittlung des Kampagneplanes und laufende Anweisungen der BL und der UBL an die unteren Parteieinheiten.

Zur besonderen Beachtung für die Redaktionen noch folgendes: Unsere Hauptlosung zur Reichspräsidentenwahl, Klasse gegen Klasse, bedeutet in der Landarbeiterschaft[9] die Mobilisierung der Massen der Landarbeiter für ihre Forderungen und zur Auslösung von Streiks auf Grundlage der roten Einheitsfront. In einer Reihe von Bezirken sind bereits Landarbeiterstreiks im Gange, so vor allem in Ostpreußen, Pommern, Magdeburg-Anhalt. Es ist unbedingt erforderlich, daß alle Redaktionen der Landarbeiterfrage im allgemeinen und den Landarbeiterkämpfen, insbesondere den Vorbereitungen der Frühjahrsstreiks, erhöhte Aufmerksamkeit widmen und

9 In der Vorlage: Landarbeitsstärke.

einen größeren Platz einräumen. Die gut und erfolgreich geführten Landarbeiterstreiks sind zu popularisieren. Der Argumentation der DLV-Bürokratie, daß jetzt keine Streiks möglich sind, ist an Hand der vielen Beispiele scharf entgegenzutreten. Mit dem Aufzeigen der Not der Landarbeiter (Erwerbslosigkeit, Lohnabbau, Schadenersatzpflicht etc.) muß immer wieder der Landarbeiterstreik als der einzige Ausweg aufgezeigt werden. Nicht zuletzt ist es notwendig, den Bündnisgedanken zwischen Landarbeiterschaft und werktätiger Bauernschaft stärker zu popularisieren. Wir verweisen auf die Resolution der 3. Reichskonferenz der Landarbeiter im *Land- und Forstarbeiter* (Februar-Nummer). Besonders ist auch die innergewerkschaftliche Arbeit herauszuschälen und dabei aufzuzeigen, wie es überall gelingen muß, in den DLV-Zahlstellen zur Reichspräsidentenwahlkampagne und für den Kandidaten *Thälmann* Stellung zu nehmen.

Auch auf den Massenvertrieb des *Land- und Forstarbeiter* ist hinzuweisen.

Ausführliche politische und organisatorische Anweisungen sind in den obigen Richtlinien über die Arbeit unter dem Landproletariat zur Reichspräsidentenwahlkampagne enthalten.

Mit kommunistischem Gruß
ZK Land

59f.

18. 2. 1932: Anweisungen der Parlamentsabteilung

Anlage zu Nr. 59. Überschrift: „Anweisungen der Parlamentsabteilung des ZK an alle Bezirks-Kompol-Abteilungen."

Werte Genossen!

Aus den Losungen, die das Zentralkomitee für den Reichspräsidentenwahlkampf aufgestellt hat, ergeben sich für unsere Fraktionen[1] in den Stadtverordnetenversammlungen, Kreistagen und Gemeindevertretungen dringliche agitatorische Maßnahmen, die sofort durchzuführen sind. Dabei ist in erster Linie anzuknüpfen an die Massenbewegungen, die gegenwärtig in den verschiedenen Ortschaften im Gange sind.

Fast überall sind die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger und die Erwerbslosen in größter Aufregung infolge neuer Abzüge. (Preußen 10 Prozent Wohlfahrtsunterstützungsabzug, ähnlich in anderen Ländern.) Die Erwerbslosen werden verstärkt zur Pflichtarbeit in der Linie der Arbeitsdienstpflicht herangeholt.

Bei den Mietern, Siedlern und Pächtern herrscht große Erregung, besonders die Neubaumieter sind in zahlreichen Orten in aktivster Bewegung. In den Gemeindebetrieben herrscht Gärung wegen der Auswirkungen des Lohnabzuges vom Januar, dem jetzt kein Preisabbau gegenübersteht; der sozialfaschistische Preisabbau-Schwindel wirkt sich aus.

1 In der Vorlage: Kampfaktionen.

Nach dem Lohnabbau in den Gemeindebetrieben fordern die werktätigen Massen draußen Herabsetzung der Preise und Tarife für alle kommunalen Unternehmungen, die bisher durchweg abgelehnt worden sind. Die Herabsetzung der Licht- und Strompreise hat auch in den Landkreisen bei den Bauern als dringlichste Forderung Fuß gefaßt. Daneben wird stürmisch nach der Herabsetzung der verschiedensten Gebühren in den Stadt- und Landkreisen verlangt.

In den Schulen macht sich der Abbau der „Kultureinrichtungen" aufreizend bemerkbar; neben der Kampfstimmung bei Junglehrern tritt eine allgemeine Unzufriedenheit der Gesamtlehrerschaft und Eltern in Erscheinung. Außerdem werden durch die grausamen Nöte der Erwerbslosen und der sonstigen Unterstützungsempfänger Schulstreiks immer häufiger. Damit sollen Heizung, Kleidung und Verpflegung in den Schulen für die Kinder aller Unterstützungsempfänger durchgesetzt werden.

Das ist eine Anzahl der akuten Massenbewegungen, die mit der Kommunalpolitik in Stadt und Land in engster Verbindung steht.

In diesen Bewegungen ist es die Aufgabe unserer Kommunalvertreter, die Losungen unseres Präsidentenwahlkampfes: Für *Thälmann*, gegen *Brüning*, *Severing*, *Hitler*, für den Kandidaten der Armen, gegen den Kandidaten der Reichen, besonders populär zu machen. In dieser Linie und in der weiteren Auswertung unserer übrigen Losungen des Präsidentenwahlkampfes müssen unsere Kommunalvertreter in die Massenbewegung hineingehen, oder sie auslösen und in Gang setzen. Zur Ausnutzung, zur Auslösung und Steigerung solcher Bewegungen sind je nach der entsprechenden Lage Anträge im nachstehenden Sinne in den Kommunalparlamenten einzubringen:

1. Abwehr jedes Unterstützungsabbaues. Durchsetzung der Zahlungen an die Unterstützungsempfänger mindestens in der bisherigen Höhe der Barunterstützungen. Zusätzlich, also Ergänzung, sind außerdem Mietzuschüsse, Kohle- und Kartoffellieferung, Kleidung und Verpflegungsmaßnahmen verschiedener Art zu fordern.

Der Antrag muß immer bei der Gruppe anknüpfen, die jeweils im Vordergrund der Auseinandersetzungen im Orte steht, aber ohne zu vergessen, die wichtigsten anderen Gruppen durch entsprechende Teilforderungen mit einzubeziehen.

2. Aufhebung jeder Pflichtarbeit für Unterstützungsempfänger, insbesondere der Arbeitsdienstpflichtmaßnahmen, die in Verbindung mit den Arbeitsämtern und Berufsschulen speziell gegen Jungarbeiter getroffen werden.

3. Überall Stellung von Anträgen auf Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen entsprechend den örtlichen Verhältnissen oder den Möglichkeiten im Kreise. Diese konkreten Anträge sollen die Erwerbslosen zum unmittelbaren Kampf aktivisieren und zur Entlarvung des Geredes vom Arbeitsbeschaffungsplan des ADGB[2] und der Zwangsarbeitsvorschläge der Nazis dienen. Die Losung: Arbeit, Freiheit und Brot muß damit im Präsidentenwahlkampf ihre Konkretisierung in der Tagesagitation finden. Gleichzeitig aber ist das Endziel aufzuzeigen, wie es im Aufruf formuliert wurde: für ein freies sozialistisches Rätedeutschland im Bündnis mit der Sowjetunion und dem Weltproletariat gegen den bankrotten Kapitalismus!

2 Vgl. Dok. 59, Anm. 4.

4. Aufgreifen der Mieteranträge auf weitere Herabsetzung der Mieten, insbesondere dort, wo Neubaumieten trotz Lohnraub und Preisabbau sozusagen fast keine Mietsenkung erfahren haben. Stärkste Ausnutzung der neuen Mieteraktivität durch Einladung von Delegationen, Besuch der Mieterversammlungen. Vorstöße gegen alle Siedlungsgesellschaften, besonders bei Siedlungsorganisationen und Bauvereinen, an denen Kommunal- und Staatsbehörden mitbeteiligt sind, da sich hier die Auseinandersetzungen unter der Losung Rote Einheitsfront mit *Thälmann* gegen kapitalistische *Hindenburg*front mit *Brüning*, *Severing* und *Hitler* am schnellsten zuspitzen läßt. Bei den Neubaumieten sind auch Anträge auf Gebührenerlaß oft sehr zweckmäßig und agitatorisch wirksam.

5. Bei den Siedlern und Pächtern in der kleinen Landwirtschaft ist ebenfalls mit Anträgen auf Herabsetzung der Zinsen, Steuern und Abgaben, sowie auf Pachtermäßigung vorzugehen. Das stellt sofort scharf die Frage des Kandidaten der Armen gegen den Kandidaten der Reichen. Mit Anträgen auf Pachtermäßigung und Herabsetzung der Siedlerlasten kann fast in allen Landkreisen eine unerhört starke Bewegung entfesselt werden. Aber kümmern muß man sich darum und die Aktion für Verweigerung der Zahlungen über bestimmte Sätze organisieren helfen.

6. Die Gemeindearbeiter sind im Begriff, aus den Illusionen, die ihnen die Sozialfaschisten bei den letzten beiden Lohnabzügen gemacht haben, zu erwachen. Sie haben durchweg 1931/1932 bereits ein Drittel ihres Lohnes von früher verloren. Jetzt müssen wir durch Anträge die Erregung aufgreifen, formulieren, steigern und zur Aktion führen. Da sich Gewerkschafts- und Kommunalbürokraten an Paragraphen klammern, soll man ihnen, soweit das möglich ist, diese billige Methode, unsere Anträge abzuwimmeln, durchkreuzen. Deshalb ist als Grundformel vorzuschlagen: voller Lohnausgleich für die diktierte Tarifkürzung durch außertarifliche Werkzulage. Daran sind die Formulierungen für die Höhe, die Art des Lohnausgleichs resp. der neuen Zulagen anzuknüpfen. Selbstverständlich muß stets mit den Gemeindearbeitern, also mit unserer RGO-Gruppe und unter Führung unserer Betriebszelle, soweit vorhanden den roten Betriebsräten oder Kampfausschüssen ein solcher Schlag vorbesprochen werden, damit auch der Widerhall unter den Arbeitern eintritt. Wir können den Arbeitern ihre Kämpfe nicht abnehmen, aber wir können sie als Kommunalvertreter mit herbeiführen und organisieren helfen.

7. Die Anträge auf Herabsetzung der Preise und Tarife in allen kommunalen Unternehmungen sind von unseren Genossen viel zu lahm und lasch behandelt worden. Diese Anträge müssen, wo irgendwelche Stadt-, Dorf- oder Kreisparlamente zusammentreten, überall nur so hageln. Hier handelt es sich um Maßnahmen, auf die die ganze Bevölkerung scharf ist. Wir müssen die Herren von der Bourgeoisie und ihre Agenten in ihrem eigenen Schwindel fangen. Haben sie mit dem Preisabbauschwindel bei den Arbeitern die Abwehrkraft gegen den Lohnraub gelähmt, so müssen wir sie jetzt neben der weiteren Organisierung von Streiks gegen Lohnraub auch an ihrer schwachen Stelle, der Unmöglichkeit des Preisabbaues, um so energischer fassen. Für die einfache Tagesagitation in den breitesten Volksschichten bieten sich dabei glänzende Gelegenheiten zu umfassenden Kampagnen. Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise, die Gasmesser- und elektrische Zählermiete, sowie andere Preise und Gebühren kommunaler Betriebe sind handgreifliche Tagesfragen, über die sich täglich Tausende ärgern, daß wir hier mit guten Anträgen sofort die

Sprecher der berechtigten Empörung sind. In dieser Fortführung[3] der Kampagne gegen die Notverordnungen der *Hindenburg-Brüning*-Diktatur sind alle unsere Losungen zum Präsidentenwahlkampf unmittelbar zu verwenden. Also rücksichtslos heran, um den Preisabbauschwindel zu zerschlagen.

8. Für die Kleinbauern, Pächter und Siedler, sowie für zahlreiche erwerbslose Industriearbeiter, die in ländlichen Ortschaften wohnen, ist gegenwärtig die Herabsetzung der Strom- und Lichtpreise und die Aufhebung der Zählermieten ein besonders brennendes Problem. Anträge in dieser Richtung werden überall zünden. Es muß aber unter den Beteiligten auch eine entsprechende Kampagne mit kleinen Versammlungen, Handzetteln, Delegationen usw. geführt werden. Dazu sind die Kommunalvertreter als organisierende Faktoren besonders geeignet. Die Forderung auf Herabsetzung der Elektrizitätspreise muß nicht nur an die zuständigen Stellen (Regierungen, Provinzialverwaltungen,[4] Magistrats etc.) gerichtet werden, sie ist in jeder Gemeindevertreter- oder Stadtverordnetensitzung und in jedem Kreistag in der jeweils zweckentsprechenden Form als Antrag einzubringen. Gleichzeitig ist die Zahlungsverweigerung über die beantragten Mindestsätze hinaus zu propagieren. Diese Anträge müssen eine fortlaufende Kette von Vorstößen in allen zusammentretenden Kommunalparlamenten bilden. Eine solche ernste, systematisch, immer wieder aufgenommene Kampagne wird unter den Beteiligten Eindruck machen. Sie wird manchmal bei Massenmobilisierung mit Ankündigung der Zahlungsverweigerung, ebenso wie der Kampf um Pachtermäßigungen sogar zu Teilerfolgen führen. Das ist dann bei richtiger Ausnutzung die beste Agitation für den Kandidaten der Armen gegen den Kandidaten der Reichen, für die Rote Einheitsfront gegen die kapitalistische *Hindenburg*front.

9. Gegen Exmittierungen und Zwangsversteigerungen müssen die Kommunalvertreter ständig in geschickter Weise mit aufzutreten verstehen. Ohne Massendruck ist nichts zu machen, aber zur Mobilisierung genügender Massen ist die Teilnahme einzelner Kommunalvertreter, die in sachlicher Weise unmittelbar die Menge zu beeinflussen versuchen und sich zielbewußt durchsetzen, von starker agitatorischer und politischer Wirkung. Auch rechtzeitige Anträge in allen geeigneten Kommunalparlamenten gegen konkrete Fälle in Aussicht stehender Exmittierungen oder Zwangsversteigerungen können oft schon sehr wirksam sein.

10. Für die Schulen (Volksschulen und Berufsschulen) sind sofort Anträge gegen Lehrerabbau, insbesondere auf Weiterbeschäftigung der Junglehrer und für die Versorgung und Verpflegung der Kinder aller Unterstützungsempfänger erforderlich. Auch hier gilt es, daß damit entweder eine Massenbewegung in der Richtung auf den Schulstreik bereits verbunden ist, oder daß alle Vorbereitungen getroffen sind, mit unserem Antrag eine solche Aktion auszulösen.

Keinesfalls darf man, losgelöst nur parlamentarisch arbeiten, so daß mit der Ablehnung unserer Anträge für die Öffentlichkeit alles als erledigt betrachtet wird. Das wäre sozialdemokratische Ablenkungspolitik. Energisches Mobilisieren und Organisieren von Bewegungen und Aktionen, das muß der Leitgedanke für das ganze

3 In der Vorlage: Durchführung.

4 In der Vorlage: Provinzialvertretungen.

Auftreten zum Präsidentenwahlkampf und zu den Landtagswahlen sein. So werden wir sein, was die Kommunalvertreter sein sollen: Agitatoren der Partei.

Mit kommunistischem Gruß!
ZK. Abteilung Parlamente

60.

6. 4. 1932: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen

StA Bremen, 4,65-II A 12a, Bd. 33; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 6. Anweisungen des Sekretariats. An alle Bezirksleitungen und Redaktionen."

Werte Genossen!

Durch rasche und kühne Maßnahmen aller Parteileitungen müssen wir sofort eine entschiedene Steigerung der Aktivität der Partei und der Massen, eine Verstärkung unserer Agitproparbeit durchführen.

Zur stärksten Ankurbelung und Aktivierung wäre es zweckmäßig, noch einmal kurz die wichtigsten Funktionäre zusammenzurufen und konkrete Maßnahmen noch bis zum Sonntag[1] festzulegen. Das gilt besonders für die Arbeit auf den Stempelstellen, in den Betrieben und an der innergewerkschaftlichen Front.

Die Linie der Partei entschlossen in die Praxis umsetzen.

Der Erfolg der Nazis[2] erfordert eine Verschärfung unseres Kampfes gegen die *Hitler*partei, ohne daß wir nur im geringsten den Kampf gegen die SPD abschwächen.

Die KPD, als die einzige antifaschistische Partei, muß bis in ihre letzten Einheiten eine richtige Kampfpolitik gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur führen, die einerseits durch die *Brüning*regierung und *Hindenburg* mit der Unterstützung der Sozialdemokratie, andererseits aber mit der äußersten Rücksichtslosigkeit durch die Nazis angestrebt wird.

Ohne die faschistischen Fraktionen der Bourgeoisie schematisch in einen Topf zu werfen, Sozialfaschismus und Nationalfaschismus gleichzustellen, bei entschiedenster Anwendung der revolutionären Einheitsfronttaktik von unten zur Loslösung sozialdemokratischer Arbeiter von ihren Führern, dürfen wir unsere Kampfaufgaben gegen die Nazis keineswegs übersehen. Unsere Parteipresse hat mit gewissen Ausnahmen allgemein und in besonderen Artikeln den Erfolg der Nazis ganz verneint oder mindestens unterschätzt.[3] Das bedeutet eine Vertuschung der Gefährlichkeit der

1 Am Sonntag, dem 10. April 1932, fand der 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl statt.

2 Beim ersten Wahlgang am 13. März errang *Hitler* 11 339 285 (= 30.1%) Stimmen. *Thälmann* erhielt 4 983 197 (= 13.2%) Stimmen. Das Ergebnis der übrigen Kandidaten betrug: *Duesterberg* 2 557 590 (6.8%), *Hindenburg* 18 650 730 (49.6%), *Winter* 111 432 (= 0.3%). Vgl. Schulthess 1932 S. 59; Horkenbach 1932 S. 75.

3 In ihrer ersten Ausgabe nach dem Wahlgang vom 13. März ging *Die Rote Fahne* ausführlich auf das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl ein. Der Wahlausgang wurde einerseits als Beweis der „Kampf-

Nazis vor den Massen, erschwert der Partei die Durchführung der richtigen Kampfmaßnahmen gegen die Nazis. Es erleichtert den SPD-Führern ihre Kampagne gegen die KPD als „Verbündete der Faschisten" und gibt ihnen die Möglichkeit, sozialdemokratische klassenbewußte Arbeiter ihrem Einfluß zu erhalten.

Wir müssen auch den Irrtum widerlegen, der bei einigen ungeduldigen Arbeitern zum Ausdruck kam, daß der Machtantritt *Hitlers*, dieses Verfechters[4] der offenen faschistischen Diktatur, die Revolution beschleunigt, bessere Vorbedingungen des Sieges schafft und die Qualen des Proletariats vermindern könnte. Andererseits muß unbedingt die Nazi-Demagogie zerschlagen werden, wobei alle Redaktionen und Referenten mit größtem Nachdruck von unserer Deklaration gegen die Tributsklaverei und Nazi-Demagogie Gebrauch machen müssen[5] und dieses wichtige Dokument, das das Freiheitsprogramm[6] ergänzt, in stärkstem Ausmaße unter den Massen popularisieren sollen.

Dabei müssen wir an den Stempelstellen mit konzentriertester Arbeit unseren Tempoverlust aufholen und die Wahlkampagne wirklich außerparlamentarisch mit der umfassendsten Konkretisierung und Popularisierung unserer Erwerbslosenforderungen führen. An allen Stempelstellen müssen die Kommunisten nicht nur mit den allgemeinen Losungen und Zielen unserer Partei auftreten, sondern damit verbinden die Forderungen für die unmittelbaren nächsten Interessen der Arbeitslosen und ihrer Familienangehörigen.

Die rote Einheitsfront muß auf die Angestellten und Beamten sowie die Massen der werktätigen Frauen noch konkreter als bisher ausgedehnt werden.

In der außerparlamentarischen Massenmobilisierung muß die Partei den Kampf gegen Krieg und den Kampf gegen die neuen Notverordnungen, gegen die Pläne der Verschlechterung und sogar Liquidierung der Sozialversicherung, gegen die Lohnabbaupläne der Unternehmer eng verbinden und die Massen mit aller Macht durch populäre, überzeugende Agitation und planmäßige Organisierung der Streiks und Erwerbslosenaktionen mobilisieren und alles einsetzen zur Durchführung der richtigen Linie und wirklichen Verbesserung der Arbeit, praktischen Hilfe und

---

entschlossenheit und Tatkraft des Teiles der Arbeiterklasse" bewertet, „der unter der Führung der Kommunistischen Partei steht". Andererseits übte die Zeitung jedoch Selbstkritik. „Das Ergebnis der Wahl" zeige, „daß die Zahl der für die Kommunistische Partei abgegebenen 5 Millionen Stimmen hinter den objektiven Möglichkeiten, die uns die gegenwärtige Situation bietet, zurückbleibt. Das Wahlergebnis ist für die Kommunistische Partei unbefriedigend." Besonders wurde der Rückgang der KPD-Stimmen in Berlin und Hamburg sowie in anderen Industriezentren kritisiert. Auf die für *Hindenburg* und *Hitler* abgegebenen Stimmen ging der Kommentar mit keinem Wort ein. Vgl. „Rüstet zum neuen roten Vormarsch!". *RF* Nr. 56 vom 15. 3. 1932.

4 In der Vorlage: Verräters.

5 Die auf der Tagung des ZK vom 20.–23. Februar 1932 beschlossene Deklaration „Gegen Tributsklaverei des deutschen Volkes! Gegen Versailles und *Young*!" richtete sich hauptsächlich an die NSDAP und ihre Anhänger, indem sie versuchte, durch Übernahme der nationalen Parolen Wähler und Anhänger der NSDAP für die KPD zu gewinnen. Bezeichnenderweise wird diese Deklaration in der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" mit einem knappen Satz abgehandelt. Vgl. GdA S. 325. Ein kurzer Auszug aus der Deklaration befindet sich in *RF* Nr. 73 vom 6. 4. 1932 unter der Überschrift: „*Thälmanns* Freiheitsprogramm".

6 Gemeint ist die Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, vom 24. 8. 1930. Vgl. Dok. 27, Anm. 5.

Anleitung der unteren Organisationen, um einen maximalen Erfolg im zweiten Wahlgange zu erzielen.

Kommunistischer Jugendverband – Massenorganisationen.

Die Direktiven für die Parteiorganisation müssen ihre sinngemäße Anwendung auf den Kommunistischen Jugendverband finden, dessen Leitungen zur Entfaltung größter Initiative verpflichtet sind. Gleichzeitig erinnern wir die Parteiorganisationen an die Beschlüsse des XI. Plenums und unseres Plenarzentralkomitees, die uns zur Aufgabe machen, in den unteren Parteiorganisationen eine ernsthafte und planmäßige Unterstützung aller Arbeiten des Kommunistischen Jugendverbandes in Betrieben und Stempelstellen zu sichern.[7]

Die Wendung der Partei zu den Betrieben schließt in sich eine sofortige Belebung der Fraktionsarbeit der Kommunisten in der RGO und der Mobilisierung aller freigewerkschaftlich organisierten Kommunisten und RGO-Mitglieder zum entschiedenen innergewerkschaftlichen Kampf gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie. Auch hier kommt es darauf an, zu der allgemeinen Linie der Partei und RGO die Kampfforderungen entsprechend der konkreten Lage jeder Industriegruppe und der Zustände in jeder einzelnen von Sozialfaschisten geleiteten Gewerkschaft auszuarbeiten und den Kommunisten und Oppositionsfraktionen in den reaktionären Gewerkschaften wirkliche Waffen für die Einheitsfront von unten gegen die Bürokratie in die Hand zu geben.

Die Bezirksfraktionsleitungen in den sympathisierenden Massenorganisationen und der RGO müssen die Linie der Partei auf ihrem besonderen Gebiet konkretisieren, die Massenorganisationen aktivisieren, eine konkrete Einheitsfrontpolitik von unten und eine Verschärfung des Kampfes gegen die Nazis, entsprechend den Richtlinien für die Partei, durchführen.

Verbesserung der Agitation und Propaganda.

Folgende Anregungen: Für die letzten Tage gelten in vollem Umfang folgende Grundregeln:

1. Kein Betrieb ohne unsere Zeitung, Betriebszeitung, Flugblätter, Handzettel und Diskussionsgruppen.

2. Keine Stempelstelle ohne unsere Erwerbslosenforderungen, ohne Plakate, Flugblätter, Handzettel, Diskussionsgruppen, Transparente usw.

3. Kein Knotenpunkt des Massenverkehrs (Verkehrsmittel, Markt, Kaufhaus, Kino) ohne Agitation, Propaganda für die *Thälmann*-Wahl.

4. Keine gegnerische Veranstaltung, die nicht von uns mit Agitatoren, Materialverteilern, Literaturverkäufen vor Beginn, während des Verlaufs und nach Schluß durchgearbeitet wird.

Unsere Partei muß alle Möglichkeiten zur Propagierung unserer Ziele und der Kampfkandidatur ausnützen. Überall, besonders wo es Gegner am wenigsten vermuten, müssen wir überraschend und mit guter Organisierung die Losung „Wählt *Thälmann*" mit unseren proletarischen Forderungen populär machen.

7 Im Oktober 1931 hatte das ZK an alle Zellen und Ortsgruppen ein Rundschreiben über die Verwirklichung der Beschlüsse des XI. EKKI-Plenums zur Unterstützung des Jugendverbandes durch die Partei geschickt, das hier nicht aufgenommen wurde. Vgl. HStA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf, Nr. 17153 und Records T-175, 395, 2915912-2915916. Vgl. auch Dok. 59, Anm. 6.

Einige praktische Ratschläge zur Verbesserung der Massenorganisation:

a) Auf Häfen, Flüssen, Seen mit Hilfe der Wassersportler durch agitpropmäßig ausgestaltete Boote die Aufmerksamkeit auf die Kampfkandidatur richten.

b) Die roten Sportler aller Sparten sind ohne weiteres bereit, durch Propagandafahrten, Märsche, Sternläufe usw. für die rote Einheitsfront und die *Thälmann*-Kandidatur zu werben.

c) Erwerbslose mit gegenseitiger Ablösung bis zu 20 Mann in einer Reihe hintereinander können für uns marschieren, jeder mit einem großen Plakat in doppelter Größe oder Transparent.

d) Plakate, rote Transparente in die Wohnungsfenster, abends durch Zimmerbeleuchtung oder besondere Lampen Leuchttransparente daraus machen.

e) Dächer, Häuserwände, Zäune und Schornsteine von Genossen und Sympathisierenden mit Kreide und Farbe in große Werbetransparente verwandeln.

f) 20–30 Kriegsbeschädigte zu Propagandafahrten gegen die imperialistischen Kriegskandidaten, für den Kandidaten der Verteidigung der SU und des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg gewinnen.

g) In allen großen Kundgebungen Betriebsdelegationen, die durch Niederlegung von Stacheldraht, Wattepäckchen und andere Dinge mehr die Kriegsproduktion, d. h. die aktive Teilnahme Deutschlands an den imperialistischen Aufrüstungen veranschaulichen.

h) Erwerbslose mit vielen Kindern in den Versammlungen zusammenstellen und die Kinder rufen „Milch, Kleidung, Unterstützung wollen wir, dafür kämpfen unsere Väter in der roten Einheitsfront mit *Thälmann*."

i) Bei den verschiedenen Gelegenheiten Verwendung von Magnesium-Fackeln oder bengalischer Beleuchtung.

Dies nur Hinweise, wie wir aus der trockenen und unpopulären Agitation zu einer blutvollen, lebendigen Methode übergehen, mit der wir die Not der Massen, ihren Kampfwillen und ihre Klassensolidarität unter unserer Führung stärkstens unterstreichen.

Rote Arbeiterviertel überall.

Die BL und UBL werden zur sofortigen Organisierung von Kontrollen in den Arbeitervierteln, besonders in der Umgebung aller Betriebe und Stempelstellen verpflichtet. Wo das Gesicht der Partei ungenügend in Erscheinung tritt, wo es an Agitationsmaterial fehlt und die Zellen zu schwach sind, müssen die Parteileitungen schnellstens eingreifen, Instrukteure und Materialien zur Verfügung stellen, die Masseninitiative in den betreffenden Betrieben und Stempelstellen und Straßenzügen wecken.

Letzte Maßnahmen am Wahltage.

Wir weisen auf die Notwendigkeit der Besetzung aller Wahllokale, Entsendung von Genossen an alle Orte, wo noch keine Ortsgruppen existieren, Zusammenstellung von Agitkaders für Haus-, Hof- und Dorfagitation, allgemeinen Schlepperdienst, Bereitstellung von Sammlern, Litverkäufern und Materialverteilern hin. Vor allen Lokalen muß neben den Bildplakaten das Erwerbslosenplakat besonders mobilisierend

wirken. Am Abend des zweiten Wahlganges große Kundgebungen, die zu den Preußenwahlen überleiten.[8]

Materialien, die den Bezirken zugehen.

1. Flugblatt: „Schlußappell", „Heraus zur Wahl", erscheint in allen größeren Städten.

2. Flugblatt: „Das ist die Rechnung, gebt ihnen die Quittung" (Nazi) erscheint in allen größeren Städten.

3. Flugblatt: „Schluß mit den *Young*knechten, Streikbrechern und Arbeitermördern!"

4. Artikel: *Thälmann*-Appell.[9] Muß in allen Extraausgaben der Zeitungen, die gratis verteilt werden, erscheinen.

Verschiebung der Bezirksparteitage.

Die Termine für die Abhaltung der Bezirksparteitage werden nach dem 14. April in einer besonderen Mitteilung durch das Sekretariat bekannt gegeben. Die bisher festgelegten Termine werden hierdurch aufgehoben.[10]

Mit kommunistischem Gruß
ZK Sekretariat

8 Trotz dieser erneuten Steigerung der *Thälmann*-Kampagne, konnte die KPD beim zweiten Wahlgang am 10. April das erste Ergebnis nicht halten. *Thälmann* erhielt nur 3 706 655 (= 10,2%) Stimmen, *Hindenburg* 19 359 633 (= 53%) und *Hitler* 13 418 051 (= 36,8%). Vgl. Schulthess 1932 S. 65 f.; Horkenbach 1932 S. 106. Die Wahlen zum Preußischen Landtag fanden am 24. April 1932 statt.

9 Vgl. „Letzter Appell" von Ernst *Thälmann*, *RF* Nr. 75 vom 8. 4. 1931. *Thälmann* fordert darin nochmals eindringlich auf, „alle Stimmen[...] für die Klassendiktatur der Arbeiterklasse und ihrer Führerin, der KPD" abzugeben.

10 Zur Termingestaltung für den Bezirksparteitag der KPD siehe Dok. 58.

61.

9. 5. 1932: Anweisungen des Sekretariats zum Verbot des Verbandes proletarischer Freidenker

Records ... T–175, 344, 851327–851330; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 9. Anweisungen des Sekretariats".

W.G.!

Das Verbot des VPF[1] verpflichtet die ganze Partei, in der Linie des Aufrufes des Zentralkomitees vom 7. 5. [2] energische Maßnahmen zur Organisierung der Gegen-

1 Wegen der verstärkten antikirchlichen Propaganda des Verbandes proletarischer Freidenker forderten sowohl Kirchen als auch einzelne Landesregierungen bereits seit 1931 ein Verbot des VPF. Diesen wiederholten Forderungen kam die Reichsregierung am 3. Mai 1932 nach, als sie den VPF durch eine Verordnung des Reichspräsidenten auflösen ließ. Vgl. Schulthess 1932 S. 70; Horkenbach 1932 S. 138; *RF* Nr. 97 vom 5. 5. 1932.

2 Vgl. „Massenprotest gegen Verbotsdiktatur!". *RF* Nr. 98 vom 7. 5. 1932. Der Protestaufruf gipfelte in der Forderung nach einem „Massenaustritt aus den Kirchen". Vgl. auch *Inprekorr* Nr. 37 vom 7. 5. 1932, S. 1127.

wehr des revolutionären Proletariats gegen die faschistische Kulturreaktion zu ergreifen.

Das Verbot der revolutionären Freidenkerbewegung, das durch Rundfunkreden und eine allgemeine Pressehetze vorbereitet wurde, ist der Ausdruck des verschärften Faschisierungskurses, der die direkten polizeilichen Terrormaßnahmen und die Unternehmeroffensive zur Senkung der Lebenshaltung der arbeitenden Massen auf das kulturpolitische Gebiet ausdehnt und eine neue Etappe der verschärften ideologischen Knebelung der revolutionären Arbeiterbewegung auf allen ihren Teilgebieten ankündigt.

Gleichzeitig mit dem Verbot der Freidenker wurde die Notverordnung über die Staatsaufsicht aller Wehrorganisationen veröffentlicht.[3] So ist also das Verbot des Freidenkerverbandes ein alarmierendes Signal für alle revolutionären Massenorganisationen auf den verschiedensten Gebieten.

Die Partei hat die Pflicht, alle Kräfte zusammenzufassen und zu organisieren, die den Kampf gegen das Freidenkerverbot in der geeigneten Form zu führen imstande sind. Durch die Initiative und Energie der Partei muß eine mächtige Protestaktion rasch durchgeführt werden, die vor allem den Zweck des Freidenkerverbotes unwirksam zu machen sucht und zu einer Massenaustrittsbewegung aus der Kirche führt.

Das Zentralkomitee ist der Auffassung, daß bei geeigneter Konzentration der Kräfte und Durchführung planmäßiger Arbeit angesichts der wachsenden Krise und der Stimmung der Massen das selbst gestellte Ziel, eine halbe Million Kirchenaustritte, erreicht werden muß. Wir fügen in der Anlage eine Aufstellung bei, aus der alle Bezirke das auf sie entfallende Soll entnehmen können.

Die Durchführung der Aktion:

Die Durchführung der Aktion erfordert in allen Bezirken von allen Ortsgruppen der Partei die sofortige Schaffung von „Kampfkomitees für den Kirchenaustritt". Die Kirchenaustrittskampagne muß in der Linie der revolutionären Einheitsfront von unten durchgeführt werden. Es handelt sich also nicht um die Schaffung von Partei-Komitees, sondern von Komitees auf breitester Grundlage, in denen revolutionäre Freidenker, Mitglieder und untere Einheiten des *Sievers*verbandes,[4] Vertreter der Betriebe und Stempelstellen, Vertreter der Ifa-Organisation,[5] Schriftsteller, Naturwissenschaftler und andere Intellektuelle sowie Vertreter anderer kulturpolitischer, atheistischer und freigeistiger Organisationen hinzugezogen werden.

In allen Bezirken der Partei muß durch die Initiative der Partei für die Festlegung von genügend Lokalen zur Entgegennahme von Kirchenaustritten, zur Beschaffung der notwendigen, möglichst mit uns sympathisierenden Notare gesorgt werden. Mit Hilfe der Erwerbslosenausschüsse müssen bestimmte Märsche der Erwerbslosen zu

3 Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität, vom 3. Mai 1932, RGBl. Teil I, S. 85. Horkenbach 1932 S. 138.

4 Nach der Spaltung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung im Frühjahr 1930 wurde der Vorsitzende dieses Verbandes, Max *Sievers*, wieder Vorsitzender des neugegründeten Deutschen Freidenkerverbandes, der der SPD nahestand. Zu den Vorgängen in der Freidenkerbewegung im Jahre 1930 vgl. Dok. 15a, Anm. 13.

5 Zur Entstehung und Bedeutung der Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur vgl. oben Dok. 10.

den Kirchenaustrittsstellen (Amtsgericht, Standesamt, Polizeirevier etc.) organisiert werden.

Die Gründung solcher Komitees und die Organisierung einer wirklichen Massenaustrittsbewegung als Antwort auf das Verbot des Verbandes proletarischer Freidenker erfordert die rasche Einberufung großer öffentlicher Versammlungen von den Komitees, die auf den Versammlungen dann entsprechend erweitert und ergänzt werden.

Die Bezirksleitungen sind verpflichtet, nach bezirklichem zentralen Plan mit allen größeren Ortsgruppen des Bezirks diese Versammlungen festzulegen, die Vorbereitung der Versammlungen zu unterstützen, für Stellung von Referenten zu den Versammlungen zu sorgen, dabei aber diesen Protestkundgebungen von vornherein nicht den Charakter von Parteikundgebungen zu geben, sondern überparteilich breit vorzustoßen und neue Massen über den Rahmen der bisher von den verbotenen Freidenkerorganisationen erfaßten Arbeiter, Angestellten und Mittelschichten hinaus zu mobilisieren.

Die Komitees zur Organisierung der Massenaustritte aus der Kirche müssen durch Tellersammlungen, sowie freiwillige Beiträge der im Komitee vertretenen Organisationen, die Möglichkeit einer ständigen Fortführung der Kampagne mit den notwendigen Agitationsmaterialien und Versammlungen sichern.

Auf alle Fälle muß erreicht werden, daß die Notare sich auf Mindestsätze bei der Ausfüllung der Kirchenaustrittsbescheinigungen beschränken und selbst für die Fortführung der Kampagne interessiert werden.

Verbindung der Aktion mit dem Kampf gegen die Schulverpfaffung:

Für die preußischen Bezirke finden im Juli die Elternbeiratswahlen an den Schulen statt. Im Verlauf der Woche gehen den Bezirken dazu die entsprechenden Direktiven zu. Ein Zweck des Verbots des VPF war auch, diese Organisation im Schulkampf lahm zu legen und die Erregung unter der Elternschaft über Schulabbau, Lehrerentlassungen, Beseitigung der Schulspeisungen durch den Kampf gegen die „Gottlosen" abzulenken und eine Massenbewegung für die Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht möglichst zu erschweren. Die preußischen Bezirksleitungen müssen von vornherein mit der Kirchenaustrittskampagne die Kampagne zu den Elternbeiratswahlen und gegen die Schulverpfaffung kombinieren und im besonderen die dissidentischen Lehrer, Junglehrer, Elternorganisationen zu dieser Aktion hinzuziehen, bei den sozialdemokratischen und christlichen Eltern die Taktik der Einheitsfront im stärksten Maße zur Anwendung bringen. Anläßlich der Elternbeiratswahlkampagne zum Gegenangriff gegen den Klerus aller Schattierungen übergehen.

Ausnutzung aller gegebenen Möglichkeiten für die Kampagne:

Die Partei und die Massenorganisationen sind verpflichtet, alle laufenden Kampagnen in die Kampagne gegen das Verbot des proletarischen Freidenkerverbandes einzubeziehen. Insbesondere muß in allen öffentlichen Versammlungen aller proletarischen Organisationen eine Protestaktion und eine breite Popularisierung für den Kirchenaustritt, sowie Wahl von Delegierten in die Kirchenaustrittskomitees durchgeführt werden.

Verstärkung der Oppositionsarbeit im *Sievers*-Verband: Die faschistische und *Hindenburg*presse begnügt sich keineswegs mit dem Verbot der revolutionären

marxistischen Freidenkerorganisation, sondern fordert schon heute ein Verbot des republiktreuen sozialdemokratischen „Deutschen Freidenkerverbandes" und ähnlicher Arbeiterorganisationen, die in einzelnen Teilen des Reiches noch existieren. Die Basis für die Einheitsfrontarbeit und die Entfaltung der Oppositionsbewegung ist außerordentlich günstig, wenn die kommunistischen Fraktionen verstehen, jetzt die Kirchenaustrittskampagne, die einen glänzenden Anknüpfungspunkt zur Auslösung großer Massenbewegungen bildet, in der richtigen Weise an die sozialdemokratischen Arbeiter heranzubringen, diese Arbeiter für unsere Kirchenaustrittskomitees und für unsere Schulpolitik und die Elternbeiratswahlen zu mobilisieren, sie in die Komitees und die Bewegung einzubeziehen, an der Organisierung öffentlicher Protestkundgebungen, an der Durchführung der Kirchenaustrittsbewegung teilnehmen zu lassen. Es wird uns gelingen, die sozialdemokratischen Arbeiter zu überzeugen, daß Nichtstun oder freiwilliges Zurückweichen vor der *Brüning*regierung im Zusammenhang mit der verschärften Faschisierung auf allen Gebieten auch zur Zerschlagung ihrer Organisationen führen wird.

In der Linie des Aufrufes des ZK müssen hier natürlich opportunistische Schweinereien, prinzipienloses Paktieren mit den in der Freidenkerbewegung bekannten kommunistenfeindlichen Konkordatsbewilligern und Spaltern der Freidenkerbewegung, sowie Hetzern gegen die Internationale der proletarischen Freidenker unter allen Umständen vermieden werden. Andererseits müssen die sektiererischen Stimmungen, die in der Liquidierung der Fraktionsarbeit im „Deutschen Freidenkerverband" ihren Ausdruck finden, schnell überwunden werden.

Verstärkung der Intellektuellenarbeit:

Von zentraler Stelle aus wird ein Brief an die intellektuellen Schichten (Schriftsteller, Maler, Schauspieler, Techniker, Wissenschaftler, Gelehrte usw.) zur Versendung gelangen. Es ist Aufgabe der Bezirke, hier sofort nachzustoßen und eine Mobilisierung unter den durch die Krise aufgewirbelten Intellektuellen durchzuführen und bis zur Massenbewegung zu steigern.

Allgemeine Schlußbemerkungen:

Die Agitpropabteilungen, insbesondere die Kulturkommissionen haben die besondere Verpflichtung, eine wirkliche Mobilisierung für die Massenaktionen auf allen Gebieten der Kulturpolitik durchzuführen und den Kampf gegen das Freidenkerverbot zu verbinden mit dem Kampf gegen die Unterdrückung der proletarischen revolutionären Literatur, das Wüten der Zensur beim Film und Radio, die Hetze an den Rundfunksendern, die Verfolgung der Arbeitersänger, Musiker und Esperantisten-Bewegung durch die reaktionären Regierungen und den Blick der Massen mehr als in der Vergangenheit auf die Kulturreaktion zu lenken. Weiter sind die Agitpropleitungen dafür verantwortlich, daß die ganze Kampagne nicht in einer der revolutionären Arbeiterbewegung schädlichen Weise zur plumpen Gottlosenhetze, Verunglimpfung religiöser Gefühle, Bemalung von Kirchen usw. ausartet. Die ganze Kampagne muß so angelegt werden, daß die Einheitsfrontpolitik mit den christlichen Arbeitern ausgebaut werden kann, daß diesen Arbeitern klar gemacht wird, daß das Freidenkerverbot ihnen keinen Nutzen bringt, aus der Krise kein Ausweg aufgezeigt und nur der Stärkung des Trustkapitals der *Brüning*diktatur und der Kriegshetze gegen die Sowjetunion dient.

Weitere Agitpropanweisungen, Referentenmaterial, Entwürfe für Handzettel und Flugblätter folgen in den nächsten Tagen.[6]

Soll der Kirchenaustritte der Bezirke zur Kirchenaustrittskampagne gegen das Verbot der proletarischen Freidenker.[7]

(nicht in der Presse veröffentlichen.)

	Soll: 500 000
Berlin	62 500
Pommern	7 500
Ostpreußen	15 000
Oberschlesien	10 000
Schlesien	17 500
Sachsen	57 500
Halle-Merseburg	35 000
Magdeburg	17 500
Thüringen	27 500
Niedersachsen	15 000
Mecklenburg	7 500
Wasserkante	40 000
Nordwest	10 000
Ruhrgebiet	40 000
Niederrhein	32 500
Mittelrhein	20 000
Hessen-Waldeck	10 000
Hessen-Frankfurt	20 000
Baden-Pfalz	20 000
Württemberg	15 000
Nordbayern	10 000
Südbayern	10 000

Mit kommunistischem Gruß
ZK Sekretariat

6 Vgl. das Referentenmaterial zum Verbot des VPF in Records T-175, 344, 2851357–2851363. Darin sind der Text der Notverordnung zum Verbot des VPF sowie weitere Anweisungen zur Kirchenaustrittskampagne enthalten. Die übrigen Materialien liegen nicht vor.

7 Über den Erfolg dieser Kirchenaustrittskampagnen konnten keine Angaben gefunden werden. Jedoch erscheinen diese Zahlen zwar zu hoch gegriffen, aber nicht ganz unrealistisch. Nach den Angaben einer Denkschrift der Reichsregierung aus dem Jahre 1932, die die Begründung für das Verbot des VPF liefern sollte, führte die Kirchenaustrittsbewegung der KPD im Jahre 1930 dazu, daß 59 255 evangelische, 6 794 katholische und 566 jüdische Kirchenmitglieder aus den Kirchen austraten. Im Jahre 1931 waren es allein in Berlin 30 000 Kirchenaustritte. Vgl. Denkschrift über den Stand der kommunistischen Gottlosenbewegung und ihre Bekämpfung, von Regierungsrat i.e. R.v.Lengriesser, in: Records T-175, 329, 2832148–28321207.

62.

11. 5. 1932: Anweisungen der Parlamentsabteilung des ZK zum Verhalten der Parlamentsvertreter

HStA Düsseldorf, Reg. Düss. Nr. 30643, S. 213–214; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Anweisungen der Parlaments-Abteilung des ZK. An alle Bezirksleitungen, Landesparlamentsfraktionen und Abgeordneten".

Werte Genossen!

Wir benutzen die Gelegenheit der Neuwahl der Landesparlamente,[1] um erneut darauf hinzuweisen, daß ein würdiges proletarisches Verhalten unserer Parlamentsvertreter eine dringende Parteipflicht ist. Angesichts des wachsenden Einflusses auf breite Schichten der Werktätigen wird das parlamentarische und gesellschaftliche Verhalten unserer Parlamentsfunktionäre von diesen Schichten besonders scharf beobachtet. Die nachstehenden Anweisungen sind unbedingt zu beachten und durchzuführen.

Mit kommunistischem Gruß
ZK – Parlamente

a) Die Kommunisten lehnen jede Teilnahme an den geselligen Veranstaltungen ab, z. B. Begrüßungsfeiern, gemeinsames Essen, Rundfahrten, Ausflüge usw.

b) Ausnahmefälle, wo die Teilnahme eine politische Demonstration auslösen soll, sind nur auf Anweisung der Bezirksleitung oder des Zentralkomitees zulässig.

Der offene Gegensatz, den wir als Klassengegner der Bourgeoisie, ihrer Bürokraten, sowie der sozialfaschistischen SPD stets zu bekunden haben, verpflichtet uns zur konsequenten Einhaltung dieser Stellungnahme. Nur dann können wir mit einer wirklichen proletarischen Kritik den korrumpierten Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführern entgegentreten.

c) Nichtbeteiligung an Beileidskundgebungen:

Die Vorsitzenden der Länder-Parlamentsfraktionen sind zu beauftragen, den Parlamentsvorsitzenden mündlich folgende Mitteilung zu machen:

Infolge der Verschärfung des Kampfes aller bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie gegen die Arbeiterschaft und gegen die Kommunisten (Republikschutzgesetz, Diktaturverordnungen, Polizeiterror, Geschäftsordnungsverschlechterungen etc.) werden die Kommunisten die Übung des Erhebens von den Plätzen bei Mitteilungen von dem Ableben von Mitgliedern der Parlamente oder anderer Politiker und Staatsmänner nicht mehr mitmachen. Das bezieht sich jedoch nicht auf Mitteilungen über allgemeine Unglücksfälle (Bergwerks-, Eisenbahn- und sonstigen Unglücke), bei denen Menschen zu Tode gekommen sind.

Entsprechend dieser Stellungnahme verzichtet auch die Kommunistische Fraktion auf die Bekanntgabe durch den Vorsitzenden beim Ableben kommunistischer Mitglieder der Körperschaften. Sollte dieses trotzdem geschehen, so werden die

1 Am 24. April 1932 wurden in Anhalt, Bayern, Preußen und Württemberg neue Landtage gewählt, ferner in Hamburg die Bürgerschaft.

Kommunisten sich selbstverständlich zu Ehren ihres Genossen von den Plätzen erheben.

Die Fraktion ist bereit, bei der Bekanntgabe vom Ableben von Mitgliedern der Körperschaft der Sitzung fernzubleiben, wenn die Fraktion vorher von dem Vorsitzenden entsprechend benachrichtigt wird. Dabei fordert die Fraktion jedoch, daß nicht unmittelbar vor oder im Anschluß an die Kundgebung geschäftliche Mitteilungen oder Abstimmungen vorgenommen werden, sondern damit abzuwarten ist, bis die Fraktion anwesend ist.

d) Besichtigungen ernsthafter Art sind wie Teilnahme an Ausschußsitzungen zu behandeln. Dabei muß die Fraktion und die zuständige Parteileitung vor der Abreise entscheiden, ob diese Besichtigungen wirklich vom proletarischen Standpunkt aus notwendig und wertvoll sind oder nur als Vorwand für eine Vergnügungsreise verschiedener Parlaments-Ausschüsse und Ministerialbürokraten dienen sollen. Bei solchen Besichtigungen ist gleichfalls jede Teilnahme an gemeinsamen Essen und gemeinsamer Aufenthalt im Hotel zu vermeiden. Unsere Parlamentarier müssen bei den Besichtigungen unbedingt die Fühlung mit der Belegschaft und der Zelle, zumindestens aber mit dem Betriebsrat der zu besichtigenden Werke und Anlagen aufnehmen, und, wenn die Zeit reicht, auch mit der Ortsgruppenleitung der Partei.

e) Kommunalfunktionäre sollen sich nicht von ihren Bürgermeistern usw. als Handlanger benutzen und zu den Landtagsfraktionen entsenden lassen. Machen politische Vorkommnisse eine Rücksprache mit der Landtagsfraktion erforderlich, so sind diese Genossen verpflichtet, vor der Abreise ihre Ankunft der Landtagsfraktion mitzuteilen und sich dort bei ihrer Ankunft zu melden, um Verhaltungsmaßregeln zu bekommen. Es ist unzulässig, daß unsere Genossen sich am Sitze des Landesparlamentes aufhalten und Rücksprachen mit Regierungsvertretern und bürgerlichen Abgeordneten halten, ohne daß weder die Partei, noch die Landtagsfraktion von der Anwesenheit etwas bemerken. Ebenso sollen sie sich völlig frei und unabhängig von der von ihrem Ort entsandten Delegation bewegen. Ablehnung der gemeinsamen Unterbringung in feudalen Hotels usw. . . .[2]

2 Textvorlage endet hier.

63.

19. 5. 1932: Anweisungen des ZK (Org) an die SPD – Kommissionen

BA R 45/IV–15, 30; [Vermutlich] Hektographiertes Rundschreiben. Überschrift: „Anweisungen an die SPD-Kommissionen".

Der Ausgang der Präsidentenwahlen und der Länderwahlen[1] hat gezeigt, daß es der Bourgeoisie mit Hilfe der Sozialdemokratie möglich war, ihre Klassenmanöver gegen

1 Vgl. zu den Präsidentenwahlen Dok. 60, Anm. 2. und 8. Trotz gesteigerter Propaganda konnte die KPD bei den Landtagswahlen am 24. April 1932 ihr Stimmenergebnis der Reichstagswahlen vom September 1930 sowie der Präsidentenwahlen nicht halten. In Hamburg mußte sie sogar einen

das Proletariat durchzuführen. Das Auftreten der „Eisernen Front",[2] das Geschrei der SPD-Führer: „Schlagt *Hitler*, wählt *Hindenburg*!", „Schlagt *Hitler* zum zweiten und zum dritten Mal!", das willkommene Scheinverbot der SA,[3] der „Krisenkongreß" des ADGB.[4] dienten dem Zweck, Millionen von Arbeitern irrezuführen und vom Kampf gegen die kapitalistischen Machthaber abzuhalten. Das Entscheidende für das für uns unerfreuliche Ergebnis der Wahlen (mit Ausnahme von Bayern)[5] war jedoch das Fehlen von großen gemeinsamen Kämpfen gegen die Angriffe der Bourgeoisie, das Fehlen von Einheitsfrontaktionen.

Nunmehr geht die Bourgeoisie dazu über, auf allen Gebieten das Tempo ihres faschistischen Kurses zu beschleunigen. Als wichtigste Pläne müssen wir registrieren die Angriffe der Bourgeoisie auf Löhne und Unterstützung, die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht, die Herausbildung einer staatlichen, „nationalen" Sportorganisation, Unterstellung der Wehrorganisationen unter Staatsaufsicht,[6] Verbotsmaßnahmen gegen revolutionäre Massenorganisationen. Dazu kommen die Pläne über Umbildung der Reichs- und Preußenregierung.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie und besonders der Gewerkschaftsbürokratie ist es, die Angriffe der Bourgeoisie durch ihre Manöver in der Arbeiterklasse zu decken und einen Widerstand gegen sie zu brechen. Deshalb jetzt ihre Propaganda für die „Arbeitsbeschaffungspläne" der Reichsregierung, für die Arbeitsdienstpflicht, ihre Bereitschaft zur freiwilligen Umbildung der Reichsbannerformationen für die *Groener*sche nationale sportliche Arbeits- und Kriegsdienstorganisation und deshalb ihre Forderung für „Heranlassen" der Nazis an die Regierung.

Innerhalb der SPD war es der sozialfaschistischen Führung gelungen, durch innerparteiliche Mobilisierung die anfängliche Stimmung der SPD-Arbeiter, ganzer SPD-Abteilungen gegen die Unterstützung der Kandidatur *Hindenburgs* herumzu-

---

Rückgang ihrer Bürgerschaftsmandate von 35 auf 26 hinnehmen. In Preußen blieb sie mit 2819602 Stimmen erheblich hinter dem Ergebnis der Reichstagswahl (3141547) und der Präsidentenwahl (1) 3280121 zurück. Vgl. zu den Wahlergebnissen Schulthess 1932 S. 69; Horkenbach 1932 S. 122ff; Osterroth/Schuster Bd. 3, S. 805; *Inprekorr* Nr. 34 vom 27. 4. 1932, S. 1039f; *RF* Nr. 89 vom 26. 4. 1932. In einem Artikel „Zum Wahlausgang" führte *Die Rote Fahne* den Stimmenrückgang auf ein „großzügiges Manöver" der SPD und der Nazis gegen die „Kommunistische Kampffront" zurück. Vgl. *RF* a.a.O.

2 Zur Entstehung der Eisernen Front vgl. Dok. 59, Anm. 2.

3 Durch die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität vom 13. April 1932, RGBl. Teil I, S. 175, wurden die SS und SA aufgelöst. Vgl. Schulthess 1932 S. 66. Durch die Änderung der Notverordnung am 14. Juni hob die Papenregierung als eine ihrer ersten Amtshandlungen das Verbot wieder auf. Vgl. dazu Dok. 65.

4 Am 13. April 1932 tagte in Berlin ein außerordentlicher Bundeskongreß des ADGB, der sich ausschließlich mit der Wirtschaftskrise und Möglichkeiten ihrer Überwindung beschäftigte. Der Kongreß wurde daher als Krisenkongreß bezeichnet. Vgl. hierzu Schulthess 1932 S. 66 ff.

5 Bei den Landtagswahlen am 24. April konnte die KPD allein in Bayern ihre Stimmenzahl erheblich vermehren, so daß sie statt 5 nunmehr 8 Mandate im Landtag besaß. (259400 Stimmen gegenüber 223613 Stimmen bei den Reichstagswahlen 1930). Vgl. *Inprekorr* Nr. 34 vom 27. 4. 1932, S. 1039; Osterroth/Schuster Bd. 3, S. 803.

6 Im Frühjahr 1932 entwickelten Reichsinnenminister *Groener* und General *Schleicher* einen Plan, wonach die verschiedenen Wehrverbände und sonstigen halbmilitärischen Organisationen in einem „nationalen Sportverband" unter Staatsaufsicht zusammengefaßt werden sollten. Die strikte Ablehnung dieses Plans durch *Hitler* und die SA-Führung spielte eine Rolle bei der Auflösung dieser Organisationen durch die Notverordnung vom 13. April.

reißen und ihre Mitglieder fast geschlossen in die Präsidenten- und Länderwahlen zu führen. Die Zunahme der *Hitler*stimmen und der Verlust der SPD bei den Landtagswahlen haben die SPD-Arbeiter eindeutig darüber belehrt, daß die Behauptung ihrer Führer: „Der Faschismus ist geschlagen" ein großer Betrug war. Die SPD-Arbeiter sind durch den Wahlausgang deprimiert, und sie erkennen immer mehr, daß nun eine einheitliche Front des Proletariats gegen die Bourgeoisie gebildet werden muß.

Uns war es nicht gelungen, die Illusionen der sozialdemokratischen Arbeiter zu zerstören. Freilich ist es nicht nur eine Frage der Agitation, sondern vor allem eine Frage der Überzeugung und Erfahrung, durch gemeinsamen Kampf der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und Reichsbanner-Arbeiter Schulter an Schulter mit uns gegen die Bourgeoisie und ihre Stützen, bei welchem sich die sozialdemokratischen Führer als Feinde des Proletariats entlarven müssen. Wenn wir also bei den jetzt günstigen Voraussetzungen für die Fühlungnahme mit den Arbeitern, die bisher unter Führung der Sozialfaschisten gestanden haben, Erfolge erringen wollen, dann kann es nur geschehen, wenn wir unserer Einheitsfronttaktik einen radikalen Ruck nach Vorwärts geben. Deshalb ist der Aufruf des ZK an alle deutschen Arbeiter vom 26. April für die unbedingt notwendige, kühne Einheitsfrontpolitik von größter Bedeutung. In diesem Aufruf heißt es:[7]

„Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen. Wir Kommunisten schlagen Euch vor: Sofort in jedem Betrieb und in jedem Schacht, auf allen Stempelstellen und Arbeitsnachweisen, in allen Gewerkschaften, Massenversammlungen der Arbeiter einzuberufen, die drohende Lage zu überprüfen, die gemeinsamen Forderungen aufzustellen, Kampfausschüsse und Streikleitungen der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter zu wählen und entschlossen den Massenkampf und den Streik gegen jeden Lohnabbau und Unterstützungsabbau vorzubereiten und durchzuführen."

Die Durchführung dieser Einheitsfrontpolitik bedeutet für uns, daß wir zum entschlossenen Angriff, zur Offensive gegen die sozialfaschistischen Führer vorgehen und ihre Manöver vereiteln, die sie zweifellos zur weiteren Irreführung ihrer Anhänger immer wieder organisieren.

Vor allem gilt es, in unseren eigenen Reihen die Hemmungen für eine kühne Anwendung der Einheitsfronttaktik zu beseitigen. Es hat sich gezeigt, daß, nachdem die Einheitsfrontbewegung vor längerer Zeit Fortschritte erzielte, einerseits die SPD-Bürokratie mit dem Manöver der „Eisernen Front" Verwirrung stiften und ihre Anhänger von der Roten Einheitsfront abhalten konnte, andererseits man in unseren eigenen Reihen aus Furcht vor Fehlern, vor opportunistischen Entgleisungen auf die Anwendung der Einheitsfronttaktik überhaupt verzichtete. Mit diesem Zustand muß in radikaler Weise gebrochen werden. Die Bereitschaft, mit jeder Organisation, die mit uns gegen Lohn- und Unterstützungsabbau kämpfen will, gemeinsam zusammenzugehen, bedeutet nicht eine Erlaubnis für Opportunisten, Einheitsfront von

7 Vgl. Aufruf des ZK der KPD und des Reichskomitees der RGO vom 25. April 1932 an alle sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, erschienen in *RF* Nr. 90 vom 27. 4. 1932, *Inprekorr* Nr. 34 vom 27. 4. 1932, S. 1040 f. Der Aufruf ist abgedruckt in: Antifaschistische Aktion, Dokument 1, S. 3 ff.

oben durch isolierte Besprechungen mit den Führern sozialfaschistischer Organisationen oder durch Eingehen eines Kartellverhältnisses und Verzicht auf den Kampf gegen die sozialfaschistische Führung zu machen. Auch bei einem Herantreten an Funktionäre unterer Einheiten der SPD, des ADGB und des Reichsbanners darf nichts ohne vorherige und gleichzeitige Agitation unter den Mitgliedern dieser Organisationen geschehen. Ohne auch irgendwie auf den scharfen Kampf gegen den Opportunismus zu verzichten, müssen wir die Genossen in ihrem Herantreten an sozialdemokratische, freigewerkschaftliche und Reichsbanner-Kameraden kameradschaftlich beraten und unterstützen und solche Beispiele kämpfender roter Einheitsfront, wie z. B. in Bernau, Teltow, Oranienburg,[8] in breitestem Maße auswerten.

Besonders notwendig ist diese Arbeit gegen alle Pläne und Angriffe der Bourgeoisie gegen die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, auf weitere Faschisierung des Staatsapparates und Vorbereitung des Interventionskrieges gegen die Sowjet-Union. Die außerparlamentarischen Aktionen müssen den Charakter der Einheitsfront-Aktionen haben, wenn sie wirkungsvoll sein sollen. Von unserer Arbeit ist es abhängig, inwieweit es gelingt, die Klassenmanöver der Bourgeoisie zu durchkreuzen, durch Herausbildung der kämpfenden roten Einheitsfront nicht nur ihre Angriffe zurückzuschlagen, die sozialfaschistischen Führer als Feinde des Proletariats zu entlarven, sondern auch den mit uns in gemeinsamer Kampffront stehenden sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und Reichsbannerarbeitern zu zeigen, daß in der Tat nur die Kommunisten für die Führung des proletarischen Kampfes in Betracht kommen.

Im Mittelpunkt unserer Aufklärungsarbeit unter den sozialdemokratischen Arbeitern steht nach wie vor der Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr. Die II. Internationale plant zusammen mit der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale am 22. und 23. Mai eine Internationale Abrüstungskonferenz, um durch Verbreitung neuer pazifistischer Illusionen und Vortäuschung eines „Kampfes" gegen die Kriegsgefahr, die wirklichen Pläne der Bourgeoisie zu verschleiern und den geplanten Interventionskrieg gegen die Sowjetunion zu decken.[9] Das Beispiel der japanischen Sozialdemokratie, die den Kriegskrediten des japanischen Imperialismus zustimmte und die Raubpläne der japanischen Bourgeoisie in der Mandschurei unterstützte, die mit aktiv den Kampf gegen die chinesischen Sowjets und gegen die Kommunisten in Japan und Korea führt, ist überall anzuprangern. Besondere Aufmerksamkeit müssen unsere Genossen der bezirklichen Presse der SPD schenken, die in unverhüllter Weise zur Verteidigung des kapitalistischen Deutschlands Stimmung

8 Am 1. Mai fanden nach kommunistischen Angaben gemeinsame Demonstrationen von KPD, Sozialdemokraten und Reichsbanner in Bernau und Teltow statt. Auf Grund des Aufrufs des ZK der KPD vom 25. April fand in Oranienburg am 9. Mai eine „antifaschistische Massenversammlung" statt, die von der KPD, der SPD und dem örtlichen ADGB-Ausschuß einberufen wurde. Auf der Versammlung sprachen Vertreter der drei Organisationen und begrüßten den Appell des ZK vom 25. April. Vgl. Chronik S. 286 f.; Antifaschistische Aktion S. 81.

9 Die gemeinsame Abrüstungskonferenz der Sozialistischen Arbeiterinternationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes fand am 22. und 23. Mai 1932 in Zürich statt. Die Konferenz nahm vier Entschließungen zur Abrüstungsfrage an, die jedoch nur geringes Echo in der Öffentlichkeit fanden. Vgl. *Vorwärts* Nr. 239 vom 24. 5. 1932. Zur Einschätzung der KPD: *Inprekorr* Nr. 41 vom 18. 5. 1932, S. 1251 f.; Nr. 43 vom 24. 5. 1932, S. 1313 f.

macht und in nationalistischer Propaganda den Nationalsozialisten den Rang ablaufen will. Keine einzige ihrer Äußerungen gegen die Sowjetunion oder für die Verteidigung des kapitalistischen Deutschlands darf man unbeantwortet lassen.

In Preußen haben sich *Severing* und eine Reihe sozialdemokratischer Führer für das Heranlassen der Nazis an die Regierung ausgesprochen. *Breitscheid* erklärte in der letzten Reichstags-Tagung:[10]

„Keiner wird den Nationalsozialisten den Anteil an der Regierung verwehren können, wenn sie sich mit anderen Parteien darüber in einer Koalition einigen."

Und die *Niedersächsische Volksstimme* in Hameln schreibt am 27. April:

„Die Partei muß das Drama über die Bühne gehen lassen, so grausam es sich auch abspielen mag. *Hitler* hat allen Menschen Arbeit und Brot versprochen, er soll es nun gewähren. *Hitler* hat den Massen den nationalen Sozialismus versprochen, er soll ihn schaffen. *Hitler* hat dem deutschen Volk die Freiheit und die Befreiung von allen Kriegslasten versprochen, er soll jetzt aber auch halten, was er verspricht."

Um ihre aktive Mithilfe bei der Heranziehung der Nationalsozialisten an die Regierung zu vertuschen, schieben die SPD-Führer von vornherein eine Schuld auf die KPD und betonen, daß die Geschäftsordnungsparagraphen und die parlamentarischen Spitzfindigkeiten die „Hauptfragen" im Kampf gegen den Faschismus seien. Die Kommunistische Landtagsfraktion hat 27 Forderungen formuliert, die für den außerparlamentarischen Kampf gegen den Faschismus, für die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern als Grundlage dienen können.[11] Die Fragen dieser Kampfforderungen und des außerparlamentarischen Kampfes sind von uns aus offensiv zu stellen. Wir müssen sozialdemokratische Arbeiter, sozialdemokratische Belegschafts- und Gewerkschaftsgruppen und untere Einheiten der sozialdemokratischen Organisationen zu Zustimmungserklärungen für diese Forderungen veranlassen und mit ihnen noch eigene gemeinsame Forderungen ausarbeiten und alle Fragen des gemeinsamen Kampfes für diese Forderungen besprechen.

Die SAP-Arbeiter sind infolge der katastrophalen Niederlage der SAP im letzten Wahlkampf[12] mehr deprimiert und mehr als je bereit, mit uns zu diskutieren und gegen den Willen ihrer Führung sich in die kämpfende Rote Einheitsfront einzureihen. Wir müssen systematisch die Aufklärungsarbeit unter ihnen entfalten. Die SAP-Führung hat durch ihr neuerliches Verhalten im Reichstag und der Abstimmung gegen die KPD-Anträge für Einstellung der *Young*-Zahlungen und für Austritt aus

10 *Breitscheid* sprach am 9. Mai 1932 im Reichstag. Die zitierten Sätze sind im offiziellen Protokoll nicht enthalten (vgl. Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446. Stenographische Berichte. Berlin 1932. S. 2473 ff.). *Breitscheid* wandte sich in seiner Rede im Gegenteil vor allem gegen die NSDAP und sagte, auch wenn die NSDAP die stärkste Partei sei, könnten die anderen Parteien deren „Anspruch, an die Macht zu kommen" zurückweisen, da die NSDAP nicht die Mehrheit der Wähler habe (S. 2477).

11 Ein Teil dieser Forderungen wurde zur Eröffnungssitzung des preußischen Landtags in der *Roten Fahne* veröffentlicht. Sie bezogen sich im wesentlichen auf die Aufhebung der Notverordnung mit ihren Beschränkungen für die KPD. Vgl. *RF* Nr. 111 vom 24. 5. 1932.

12 Bei den Landtagswahlen in Preußen am 24. April verlor die SAP die drei Mandate, die sie seit der Parteigründung im Oktober 1931 durch Übertritte von SPD-Abgeordneten besessen hatte. Die SAP konnte in keinen Landtag einziehen.

dem Völkerbund sich in Widerspruch zu ihren Arbeitermitgliedern gesetzt[13] und ist auch durch ihre systematischen Versuche über Kartelle und Einheitsfrontmanöver von oben die SAP-Arbeiterschaft wieder an die ADGB- und SPD-Führung anzuketten, teilweise als „linke" Sozialfaschisten entlarvt. Wir müssen also solche Manöver der SAP-Führung, die auch versuchen, Verwirrung in unseren Reihen zu stiften, durchkreuzen.

Die SPD-Kommissionen bei den Bezirks- und Unterbezirksleitungen müssen sofort folgende Arbeiten in Angriff nehmen:

1. Gemeinsame Besprechungen mit den politischen Leitern und den Genossen in der RGO zwecks konkreter Aufstellung der Betriebe, Stempelstellen und sonstigen organisatorischen Stützpunkten des Sozialfaschismus, gegen die das Hauptfeuer der Offensive in der Einheitsfront-Politik zu richten ist.

2. Herausgabe von bezirklichem Material zur Belehrung unserer Genossen über die notwendigen Schritte der Fühlungnahme mit sozialdemokratischen Arbeitern. Musterexemplare von Einladungen, Flugzetteln und Aufklärungsschriften für sozialdemokratische Arbeiter. Musterforderungen für Vorschläge zur Bildung der Einheitsfront.

3. Besondere gedruckte oder sonst vervielfältigte Mitteilungen über Einheitsfrontbeispiele aus dem Bezirk oder Reich mit der Aufforderung zur Nachahmung herauszugeben und an die durch SPD- und ADGB-Presse falsch informierten SPD-, ADGB- und Reichsbannermitglieder durch Besuch ihrer Veranstaltungen und ihrer Wohnungen heranzubringen.

4. Jeden Anlaß im Betrieb, auf der Stempelstelle und in den Orten benutzen, um sofort an die unteren Organisationseinheiten mit dem Vorschlag gemeinsamer Versammlungen und Aktionen heranzutreten. Systematisches Aufsuchen aller Veranstaltungen der SPD, des ADGB und des Reichsbanners durch unsere Diskussionsgruppen.

5. Heranziehung oppositioneller freigewerkschaftlicher Arbeiter, sozialdemokratischer und Reichsbanner-Arbeiter zu bestimmten Fraktionsbesprechungen zwecks Vorstoßes auf innergewerkschaftlichem Gebiet gegen die den Lohnraub der Unternehmer deckende Gewerkschaftsbürokratie. Heranziehung der sozialdemokratischen und Reichsbanner-Arbeiter in den Betrieben für Einheitsfront-Ausschüsse, Streikkomitees und sonstige Einheitsfrontorgane. Organisierung von Konferenzen in örtlichem und Unterbezirksmaßstabe mit oppositionellen sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und Reichsbanner-Arbeitern.

6. Organisierung der Belieferung der *Roten Einheitsfront*[14] mit Korrespondenzen sozialdemokratischer Arbeiter sowie systematische Steigerung der Verbreitung der *Roten Einheitsfront* im Einvernehmen mit Literaturstellen, damit diese Zeitungen auch in die richtigen Hände gelangen. Kontrolle der Presse, besonders der Betriebs-, Stempelstellen-, Häuserblock- und Ortszeitungen auf kameradschaftlichen Ton der Diskussion mit sozialdemokratischen Arbeitern.

13 Der von Ernst *Torgler* im Reichstag begründete Antrag der KPD auf Einstellung der *Young*plan-Zahlungen wurde am 26. Februar 1932 bei Stimmenthaltung der NSDAP mit den Stimmen aller übrigen Parteien abgelehnt. Vgl. Schulthess 1932 S. 49.

14 *Die Rote Einheitsfront*, hrsg. von Maria *Reese* (1889–1958, MdR SPD, ab 1929 KPD), Zeitschrift für die Einheitsfrontausschüsse der KPD, erschien seit 1931.

Wir erwarten, daß diese Aufgaben sofort besprochen und die beschlossenen Maßnahmen schleunigst an die Abteilung Org/M.[15] des ZK mitgeteilt werden.

ZK Org/M.

15 Abteilung Org./M (vermutlich Organisation – Massenorganisationen).

64.

26. 5. 1932: Rundtelefonat des ZK zur Antifaschistischen Aktion

BA R 45/IV-24, 244; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Rundtelefonat an alle Bezirksleitungen!"[1]

Die Ereignisse im Preußischen Landtag[2] müssen auf der Linie des Aufrufs des Zentralkomitees zur Antifaschistischen Aktion[3] zur größtmöglichen Verstärkung des Massenkampfes gegen den Faschismus und zur Formierung einer breiten Einheitsfrontbewegung ausgenutzt werden, die wir unter der Sammellosung „Antifaschistische Aktion" ins Leben rufen. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, daß wir kühn und selbstbewußt vor den Massen auftreten, alles auf den einheitlichen Massenkampf konzentrieren und gegen jede Depressions- oder individuell-putschistische Stimmungen kämpfen. Bei der Kampagne, die sofort einsetzen muß, sind die folgenden wichtigsten politischen Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

1. Die faschistische Bedrohung der deutschen Arbeiterklasse ist in ein brennendes Stadium eingetreten, in dem jeder Tempoverlust hinsichtlich der Abwehraktion der Arbeiterklasse verhängnisvolle Folgen zeitigen könnte. Nur die sofortige Einleitung von Kampfaktionen der breiten Massen kann die Regierungsteilnahme des *Hitler-*

1 Teile des Rundtelefonats sind abgedruckt in: Antifaschistische Aktion (Dok. 7, S. 35 ff.). Es fehlen jedoch bezeichnenderweise die Abschnitte 2 (außer dem ersten Satz) bis 4 sowie der erste Satz im Abschnitt 6.

2 Bei der Eröffnungssitzung des am 24. April 1932 neu gewählten preußischen Landtages am 24. und 25. Mai 1932 kam es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der Fraktionen von KPD und NSDAP, was den Abbruch der Landtagssitzung zur Folge hatte. Vgl. Schulthess 1932 S. 91. *Die Rote Fahne* bezeichnete in einem Artikel über „Die Vorgänge im Landtag" den Zwischenfall als „große, bewußt angelegte Provokation und [. . .] regelrechten feigen Überfall der Nazis gegen den Kommunistischen Redner, Genossen Wilhelm *Pieck*". Für die Schlägerei „mit Stühlen, Wassergläsern, Tintenfässern und herausgezogenen Schubladen" machte sie die SPD mitverantwortlich, deren „grenzenlose Feigheit" es ermöglicht habe, „daß die 162 Nazis die im Saale anwesenden Kommunisten [. . .] von allen Seiten angreifen konnten". *RF* Nr. 113 vom 26. 5. 1932. Vgl. auch *Inprekorr* Nr. 44 vom 27. 5. 1932, S. 1351.

3 Vgl. Aufruf des ZK der KPD vom 25. Mai 1932 zur Antifaschistischen Aktion, in: Antifaschistische Aktion, Dok. 6, S. 31 ff. Der Aufruf erschien zuerst in *RF* Nr. 113 vom 26. 5. 1932. Auf Grund der Vorgänge im preußischen Landtag wird darin zur Sammlung „aller Kräfte der Arbeiterklasse" aufgerufen, „um der Faschisierung Deutschlands Einhalt zu gebieten".

faschismus vereiteln, die einen sehr gefährlichen Schritt auf dem Wege zur offenen faschistischen Diktatur in Deutschland bedeuten würde.

2. Die Landtagsereignisse haben die Rolle der Nazis als aktive Terrororganisation des Finanzkapitals, deren Ziel die offene faschistische Diktatur ist, erneut vor den Massen klargestellt. Der Überfall im Landtag dient der Verschleierung ihrer arbeiterfeindlichen Rolle, bedeutet den Versuch einer Ablenkung der Massen ihrer Anhänger und des revolutionären Proletariats auf den individuellen Terror oder der Erzeugung von Depressionsstimmungen des Proletariats. Der Überfall entspringt ihrer ohnmächtigen Wut über ihre politische Entlarvung durch die Kommunisten (Verhinderung der Behandlung der Erwerbslosenanträge, Versailles usw.)[4].

3. Die feige, denunziatorische und heuchlerische Rolle der SPD-Fraktion, die im Gegensatz sogar zum Zentrum, die Nazis zu entlasten und die KPD zu belasten versucht, ist die Fortsetzung der *Braun-Severing*-Politik der Handlangerdienste für den Faschismus und kennzeichnet erneut die Rolle der SPD- und ADGB-Führer im Dienste des kapitalistischen Systems und des Faschismus. Ihr jetziges Verhalten zeigt bereits klar, welche Rolle sie bei den kommenden Kämpfen der deutschen Arbeiterklasse gegen den Faschismus spielen wird.

4. Die Rolle der KPD als einziger antifaschistischer Partei tritt klar in Erscheinung. Die Forderungen der Kommunistischen Landtagsfraktion sind die Forderungen der ganzen Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Wie überall, führen auch im Parlament die Kommunisten als einzige den Kampf gegen den Faschismus. Der Anlaß zu dem feigen Überfall der Nazis war ihre Entlarvung als Partei des organisierten Arbeitermordes durch den Führer der Kommunisten im Preußischen Landtag, dem Genossen *Pieck*.

5. Die „Antifaschistische Aktion", die durch den Aufruf des Zentralkomitees der KPD eingeleitet wird, ist die Fortsetzung der Einheitsfrontaktion, die mit dem Einheitsfrontangebot des ZK der KPD und des Reichskomitees der RGO vom 25. April[5] zum gemeinsamen Kampf gegen die Kapitalsoffensive eingeleitet wurde. Die Massenmobilisierung zu Kämpfen und Aktionen für die Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeiterschaft und aller Werktätigen für ihre Klassenforderungen (z. B. gegen solche Maßnahmen der Faschisierung wie die Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung, der Einführung der Pflichtarbeit und der Arbeitsdienstpflicht, der Einschränkung und Beseitigung des Koalitionsrechts) ist ein untrennbarer Bestandteil der gesamten „Antifaschistischen Aktion". Ökonomische Teil- oder Massenstreiks oder Erwerbslosenaktionen sind nicht vom allgemeinen Kampf gegen den Faschismus zu trennen.

---

4 Im Verlauf der Eröffnungssitzung des preußischen Landtages, die nach dem Bericht der *Roten Fahne* ganz „im Zeichen des Kommunistischen Angriffes" stand, stellte die KPD den Antrag auf sofortige Behandlung ihrer Erwerbslosenforderungen. Nach der Vertagung des Landtages kamen diese Anträge jedoch nicht mehr zur Behandlung. Außerdem warf der Sprecher der KPD, *Pieck*, der NSDAP vor, daß sie „kein Wort zu Versailles und zum *Young*plan, kein Wort zur Tributsklaverei" gesagt habe. Vgl. *RF* Nr. 112 vom 25. 5. 1932.

5 Im Text steht hier fälschlich 26. Mai. Gemeint ist jedoch der gemeinsame Aufruf des ZK der KPD und des Reichskomitees der RGO vom 25. April 1932 an alle sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, veröffentlicht in *RF* Nr. 89 vom 26. 4. 1932. Vgl. Antifaschistische Aktion, Dok. 1, S. 3–7.

6. Die „Antifaschistische Aktion" bedeutet keine auch noch so geringfügige Abschwächung des Kampfes gegen den Sozialfaschismus, keine auch noch so geringfügige Konzession an die Methoden des Führer-Kuhhandels, keine Einheitsfront von oben, sondern die Organisierung einer breiten Massenbewegung von unten. Die „Antifaschistische Aktion" als Massenbewegung muß organisiert werden durch den kollektiven Anschluß ganzer Betriebsbelegschaften oder Belegschaften von Abteilungen, lokaler Gewerkschaftsorganisationen, Massenorganisationen anderer Art, oppositioneller Gruppen des Reichsbanners, der SPD oder SAP. Solcher kollektiver Anschluß an die „Antifaschistische Aktion" darf niemals aufgrund von Führer-Vereinbarungen oder irgendwelcher politischer Konzessionen an diese Gruppen, sondern muß auf der Basis der revolutionären Massenmobilisierung von unten zustande kommen. Zur Leitung der Bewegung müssen „Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion" auf breitester Grundlage geschaffen werden.

7. Entscheidend ist die sofortige Einleitung von Kampfmaßnahmen der „Antifaschistischen Aktion". Organisierung des Roten Massenselbstschutzes in Betrieben, an den Stempelstellen und in den Arbeitervierteln. Aufnahme der Massenarbeit vom Betriebe aus, auf dem Lande, unter bestimmten Mittelstandsschichten usw. Erzeugung einer breiten und aktiven Massenstimmung des Hasses und des Kampfwillens gegen den blutigen *Hitler*faschismus. Durch eine solche offensive antifaschistische Massenstimmung kann am besten die faschistisch-chauvinistische Welle zum Stehen gebracht werden.

Das Sekretariat des Zentralkomitees fordert von allen Bezirken sofortige Durchführung folgender konkreter Maßnahmen:

1. Zusammenreißen aller Kräfte der Partei und besonders auch des Jugendverbandes für diese Aufgabe. Parteimobilmachung für die „Antifaschistische Aktion" mit dem Ziel der Aktivierung von 100 Prozent der Parteimitgliedschaft.

2. Sofortige Abhaltung von Versammlungen (Stempelstellenversammlungen, Betriebsversammlungen, Gewerkschaftsversammlungen, Versammlungen aller Massenorganisationen, öffentlicher Versammlungen, Kundgebungen usw.). Verwendung vor allem auch der Kommunistischen Landtags- und Reichstagsabgeordneten als Redner, insbesondere für Betriebe und Stempelstellen sowie Gewerkschaften, wobei wir bereit sind, unsere Abgeordneten auch in gegnerischen Organisationen, reformistischen Verbänden, Reichsbanner oder ähnlichen Organisationen in der Diskussion sprechen zu lassen. Für die Versammlungskampagne muß bezirklich ein strategischer Plan (Konzentrierung auf bestimmte Gebiete usw.) aufgestellt werden. Die unbedingte Sicherung der Versammlungen ist vorzubereiten. Das Thema der Versammlung soll so gewählt werden, daß ein örtlicher oder besonderer Anlaß ausgenutzt wird, die Versammlung aber zugleich klar als „Versammlung der Antifaschistischen Aktion" gekennzeichnet wird.

3. Sofortiges Herantreten an oppositionelle Arbeiter der SPD, freien Gewerkschaften, christlichen Gewerkschaften und des Reichsbanners, damit sie von sich aus den Anschluß an die „Antifaschistische Aktion" organisieren und durchführen. Die Kommunistischen Fraktionen im Kampfbund gegen den Faschismus müssen sich für das Herantreten dieser Organisation an Reichsbannerformationen einsetzen.

4. Einstellung der Partei- und Massenpresse auf die „Antifaschistische Aktion", Mobilmachung der Arbeiterkorrespondenten.

5. Sofortige und laufende Berichterstattung an das Sekretariat des ZK über

a) Auswirkungen der Landtagsereignisse unter den Massen.

b) Erste Erfolge und weitere Möglichkeiten der Steigerung der „Antifaschistischen Aktion".

c) Vorschläge der Bezirksleitungen für die Fortführung der „Antifaschistischen Aktion".

Berlin, den 26. Mai 1932.

Zentralkomitee der KPD

65.

4. 6. 1932: Anweisungen des Sekretariats

BA R 45/IV-20, 45–65: Hektographiertes Rundschreiben. BA R 134, Bd. 65, S. 72–106 und StA Bremen, 4,65–II A 12b, Bd. 16b: Polizeiliche Abschrift, I AN 2160[7]/21. 6. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 11. Anweisungen des Sekretariats."

Inhaltsverzeichnis:

I. *Papen*-Regierung. Reichstagsauflösung. Aufhebung des SA-Verbots und drohendes Verbot der KPD.

II. Die Antifaschistische Aktion.

III. Reichstagswahlkampf im Zeichen der Antifaschistischen Aktion.

IV. Die Losungen für die Kampagne bis zu den Reichstagswahlen.

V. Der Massenkampf gegen *Hitler*partei. Sozialdemokratie und Zentrum.

VI. Die Organisierung der Antifaschistischen Aktion.
1. Formen
2. Werbung
3. Organe
4. Betriebe
5. Gewerkschaften
6. Erwerbslose
7. Antikriegsarbeit
8. Frauen, Jugend, Massenorganisationen
9. Fraktionsarbeit
10. SPD-Arbeiter, Nazi- und Zentrumsanhänger
11. Aufgabenstellung.

VII. Der Arbeitsplan.

VIII. Kurze Anweisungen.

I.

Papen-Regierung. Reichstagsauflösung. Aufhebung des SA-Verbots und drohendes Verbot der KPD.

Die politische Bedeutung der Vorgänge im Zusammenhang mit dem Sturz der *Brüning*-Regierung und der Übernahme der Regierungsgewalt durch das *Papen*-Kabinett der Industriekapitäne. Junker und Generäle ist bereits in einigen Dokumenten des Zentralkomitees ausführlich behandelt worden (Communique des Zentralkomitees zum Sturz der *Brüning*-Regierung in der *RF*, Nr. 117 vom 31. Mai, Rundbrief an alle Bezirksleitungen vom 2. 6. 32, Aufruf des Zentralkomitees *RF*, Nr. 122 vom 5. Juni 1932).[1]

Die Grundlage, auf der sich die gegenwärtige Wendung der Trustbourgeoisie zu den gesteigerten faschistischen Methoden vollzieht, die im *Papen*-Kabinett ihren Ausdruck findet, ist die außerordentliche Verschärfung der Krise, die teilweise schon eingesetzt hat, teilweise unmittelbar bevorsteht, und die damit verbundene erneute mächtige Zuspitzung des Klassenkampfes.

Die deutsche Bourgeoisie ist sich darüber klar, daß die Aussichten auf Zugeständnisse auf der bevorstehenden Lausanner Konferenz[2] an Deutschland in keiner Weise gegeben sind. Die Fortführung der kapitalistischen Politik stößt deshalb auf immer größere Widerstände und Schwierigkeiten. Mit dem sinkenden Export wird die Zahlungsfähigkeit Deutschlands, vor allem gegenüber den ausländischen Gläubigern immer mehr untergraben und die Aufrechterhaltung der stabilen Währung weitgehend erschwert. Auch die Zahlungsfähigkeit im Inlande, des Staates, der Länder und der Gemeinden kann in der alten Weise nur noch kurze Zeit aufrecht erhalten werden. Die Gehälter der Beamten, die sozialpolitischen Ausgaben, vor allem für Erwerbslose usw. sind in Frage gestellt.

Die bisherigen Methoden der Ausplünderung der Werktätigen, sowohl hinsichtlich der Einnahmen durch Wuchersteuern aller Art, Zölle usw. als auch bezüglich der Ausgaben durch Gehaltsabbau, Unterstützungsraub reichen nicht mehr im Entferntesten aus. Die Bourgeoisie muß, wenn sie das kapitalistische System erhalten will, zu einer ungeheuren Verschärfung der Ausplünderungsmethode übergehen (völlige Vernichtung der Sozialpolitik usw.).

Andererseits wächst der Massenwiderstand. Die Erwerbslosenaktionen in ganz Deutschland, andere Massenaktionen in vielen Städten, eine gewisse Welle der Belebung des Kampfwillens auch in den Betrieben – das alles signalisiert eine neue aufsteigende Welle des Klassenkampfes, die durch die unerhörten bevorstehenden Angriffe der Bourgeoisie zweifellos mächtig gesteigert und zu höheren Formen entfacht werden können.

In dieser Situation, in der Deutschland entsprechend den Perspektiven der KPD und der Kommunistischen Internationale einer neuen Welle von Kämpfen zwischen Bourgeoisie und Proletariat entgegen geht, in der der Klassenkampf in ein weitaus verschärftes Stadium eintritt, greift die Bourgeoisie zu den Mitteln der brutalsten Unterdrückung und Niederschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung.

---

1 Auszüge aus dem Kommuniqué vom 31. Mai 1932 sind abgedruckt in: Die Antifaschistische Aktion, Dokument 13, S. 54 ff. Ferner in: Zur Geschichte der KPD S. 329 ff. Der Aufruf des ZK vom 5. Juni 1932 findet sich ebenfalls in: Die Antifaschistische Aktion, Dok. 21, S. 78 ff. Der Rundbrief des ZK vom 2. 6. 1932 war nicht zu ermitteln.

2 Vom 16. Juni bis 9. Juli 1932 tagte in Lausanne die internationale Reparationskonferenz, die entgegen den hier ausgesprochenen Erwartungen eine endgültige Lösung der deutschen Reparationszahlungen verabschiedete. Zu Verlauf und Ergebnis der Konferenz vgl. Schulthess 1932 S. 399–416.

Die Hauptaufgabe der neuen Regierung ist dieser Angriff auf das Proletariat, seine politische Niederschlagung als Voraussetzung seiner neuen ökonomischen maßlosen Verelendung. Diese verschärfte faschistische Entwicklung signalisiert aber nicht lediglich die heftig wachsenden Schwierigkeiten der deutschen Bourgeoisie, sondern bringt zu gleicher Zeit die Tatsache zum Ausdruck, daß sich die Bourgeoisie auf Grund des außerordentlichen Anwachsens der nationalistischen Bewegung stark genug zu einem solchen Frontalangriff gegen das Proletariat fühlt.

Der politische Inhalt, der sich in dem Anwachsen der *Hitler*partei ausdrückt, ist ja die mächtige chauvinistische Welle in Deutschland, durch deren Entfesselung die Bourgeoisie breiteste Massen trotz der heftigsten Krise vom Kampf gegen den Kapitalismus abzulenken vermag. Von dieser chauvinistischen Welle wird die *Hitler*partei emporgetragen. Solange diese chauvinistische Welle nicht gebrochen ist, sondern sogar noch ansteigt, wird die Bourgeoisie zu brutaleren Maßnahmen gegenüber dem Proletariat ermuntert. Die Bourgeoisie, die sich mit der *Papen*-Regierung vorwiegend auf die *Hitler*partei und die Deutschnationalen stützt, die Sozialdemokratie aus der Position einer stillen Koalitionspartei im Reich und offenen Regierungspartei in Preußen verdrängt und sogar dem Zentrum vorübergehend das Wahlmanöver einer Scheinopposition einräumt, bringt damit zugleich ihren entschlossenen Kurs zum Ausdruck, nicht mehr die Methode des Betrugs der Massen als die entscheidende Methode der Klassenherrschaft in den Vordergrund zu stellen, sondern die Methode der nackten Gewalt als Hauptmethode voranzustellen, neben der die Methode des Massenbetrugs mehr zu einer Begleiterscheinung wird, ohne natürlich an Bedeutung zu verlieren.

Die *Papen*-Regierung ist entschlossen, die revolutionären Organisationen, einschließlich der KPD, in die Illegalität zu drängen.

Sogar Tendenzen einer Wahlrechtsänderung, die mit dem Plan, die Kommunisten aus den Parlamenten auszuschalten, verbunden ist, sind in verhältnismäßig ausgereiftem Stadium vorhanden. Die in den letzten Wochen eingeleitete Hetzkampagne gegen die KPD, die als „im Dienst einer fremden Macht stehend" bezeichnet wird, dient der Vorbereitung aller dieser Anschläge. Dabei sind selbstverständlich Verbotsmaßnahmen gegen revolutionäre Massenorganisationen, wie sie mit dem Verbot der Proletarischen Freidenkerbewegung bereits eröffnet wurden,[3] erst recht im stärksten Maße zu erwarten.

Neben diesen, gegen die Klassenorganisationen des revolutionären Proletariats gerichteten Anschlägen sind auch verschiedentliche Gewaltmaßnahmen gegenüber reformistischen Organisationen geplant. Mit der bevorstehenden Legalisierung der SA und SS der *Hitler*-Partei werden Angriffsmaßnahmen gegen das Reichsbanner verbunden sein.[4] Die geplante Zerschlagung des Tarifwesens steht im Zusammenhang mit weitergehenden Angriffen auch gegenüber den reformistischen Gewerkschaften. Ein solches Vorgehen des regierenden Teils der Bourgeoisie gegen Organisationen, die dem Klasseninhalt ihrer Politik nach gleichfalls klar und

3 Siehe Dok. 61.

4 Eine der ersten Amtshandlungen der Regierung *Papen* war die Änderung der Notverordnung vom 13. April, auf Grund deren das Verbot der SA erlassen worden war. Mit der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932, RGBl. Teil I, S. 297–300, wurde das SA-Verbot aufgehoben.

unzweideutig in der bürgerlichen Front stehen, darf keineswegs dazu verleiten, den Klassencharakter dieser Organisationen zu verkennen. Wir müssen vielmehr selbst erkennen und auch den Massen klar machen, daß die Differenzen zwischen den beiden Flügeln der bürgerlich-kapitalistischen Klassenfront, der Sozialdemokratie und der *Hitler*partei, hinsichtlich der Methoden der bürgerlichen Diktatur – obwohl es zwischen diesen Flügeln keinen klassenmäßigen Unterschied oder Gegensatz gibt – doch unter Umständen bis zu heftigen Konflikten dieser beiden Flügel untereinander führen können.

So hat der *Hitler*faschismus stärkstes Interesse an einer möglichst weitgehenden Schwächung der Organisationen, auf denen der Einfluß der Sozialdemokratie beruht. Die vom Finanzkapital mit Hilfe *Hindenburgs* eingesetzte Regierung der Junker, Generäle und Industriekapitäne, die sich unmittelbar und vorwiegend auf die *Hitler*partei stützt und sie in stärkerem Maße bei der Machtausübung heranzieht, berücksichtigt diese Tendenzen des *Hitler*faschismus.

Daß das Finanzkapital dabei die nach wie vor bestehende Rolle der Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie nicht verkennt, ergibt sich aus der Äußerung der schwer industriellen *DAZ (Deutsche Allgemeine Zeitung)*, wonach eine Oppositionsstellung für die Sozialdemokratie sehr günstig sei und die SPD, da sie freiwillig nicht in die Opposition gehen wollte, dazu habe gezwungen werden müssen. Es ist klar, daß die SPD, trotz scheinradikaler Scheinopposition gegenüber der *Papen*-Regierung, durch die Tatsache der Bindung entscheidender Schichten des Proletariats, insbesondere der Betriebsarbeiterschaft, durch die Verhinderung des außerparlamentarischen Massenkampfes unter unserer Führung, nach wie vor eine entscheidende Rolle im Dienste der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems spielt.

Die Bedeutung der SPD für die faschistische Politik der deutschen Bourgeoisie liegt also nicht nur in der Vergangenheit, beruht nicht nur auf ihrer Rolle als Wegbereiter der heutigen Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie, sondern auch im stärksten Ausmaß auf ihrer heutigen Politik, die durch die Scheinopposition nur betrügerisch verschleiert wird.

Andererseits drückt sich die Rolle der nationalsozialistischen Bewegung als einer vom Finanzkapital geschaffenen und ausgehaltenen Kampf- und Terrororganisation der Bourgeoisie auch in der Tatsache aus, daß nach wie vor die Heranziehung dieser Partei zur unmittelbaren Teilnahme bei der Ausübung der Regierungsgewalt vorsichtig und mit großen Einschränkungen erfolgt. Das Finanzkapital will zwar die von ihm geschaffene große faschistische Massenbewegung in den Dienst seiner Diktatur restlos einspannen, aber die Exekutivgewalt in den Händen solcher, vom Standpunkt der herrschenden Klasse „bewährter" Kreise belassen, wie es die Junker, Generäle und Schwerindustriellen sind, aus denen sich die Minister des *Papen*-Kabinetts rekrutieren.

Ihrem ganzen Inhalt nach, was die Methoden und die Ausnutzung der Kräfte anbetrifft, ist die gegenwärtige Politik der herrschenden Klasse in Deutschland die Verwirklichung jener Politik, wie sie seitens *Hugenberg* und der Deutschnationalen längst verfochten wurde, wobei es keine Rolle spielt, daß *Hugenberg* als Person gegenwärtig nicht wesentlich in Erscheinung tritt.

Für die KPD ergibt sich aus dieser Entwicklung eine vollkommene Bestätigung ihrer bisherigen Einschätzung der Lage und der Perspektiven.

Das, was die Partei seit dem Januar-Plenum 1931 und noch zuletzt auf dem Februar-Plenum 1932 signalisiert hat, das, was in aller Schärfe und Klarheit auf dem XI. Plenum des EKKI im März/April 1931 für Deutschland ausgeführt wurde, ist gegenwärtig im vollen Umfang eingetroffen.[5] Diese Bestätigung unserer richtigen Analyse und Perspektiven erleichtert es der Partei, ihre Aufklärungsarbeit in den Massen fortzuführen und die Autorität der Partei in der Arbeiterklasse zu steigern.

Andererseits sind die letzten Ereignisse hinsichtlich der sozialdemokratischen Arbeiter – nicht nur der Mitglieder, sondern auch der proletarischen Anhängermassen der SPD und des ADGB – geeignet, eine mächtige Bresche in den Wall ihrer reformistischen Illusionen zu schlagen. Eine Reihe von Grundauffassungen, auf denen sich die Ideologie der SPD-Arbeiter aufbaute, bricht zusammen. Es hängt von der Kraft unserer Einwirkung ab, wie weit es gelingt, auf Grund dieser Voraussetzungen breite Teile der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und der Arbeiter der reformistischen Gewerkschaften für den revolutionären Klassenkampf zu mobilisieren und stärker oder endgültig von ihren reformistischen Führern loszulösen.

Schließlich wachsen auch hinsichtlich der nationalsozialistischen Bewegung die Voraussetzungen für ein Eindringen unsererseits in dem Maße, wie die stärkere Heranziehung der *Hitler*partei, ihre Verbundenheit mit der *Papen*-Regierung und deren Politik ihren wahren Charakter entlarvt und wir unsere Politik gegenüber Versailles verstärkt fortsetzen. Naturgemäß ist jedoch die Aufgabe, die *Hitler*bewegung zum Stehen zu bringen und darüber hinaus zurückzuwerfen, durch die betrügerische Demagogie erschwert, mit der die Nationalsozialisten ihren Anhängern den „unmittelbar bevorstehenden" vollen Sieg „garantieren" und damit die größten Versprechungen verbinden.

Trotz dieser Einschränkungen muß die Partei bei der Durchführung ihrer revolutionären Arbeit und Politik von der Tatsache ausgehen, daß sowohl gegenüber der SPD wie gegenüber der *Hitler*partei, als den stärksten Massenreservoirs, die objektiven Voraussetzungen für politische Erfolge unsererseits im Kampf um die Eroberung der Mehrheit des Proletariats gegeben sind.

Die Auflösung des Reichstags und die Durchführung von Neuwahlen, die die *Papen*-Regierung in Übereinstimmung mit der *Hitler*partei durchführt,[6] soll nach dem Willen der faschistischen Bourgeoisie auf Grund der chauvinistischen Welle ein weiteres Anwachsen der faschistischen Bewegung und auch parlamentarisch eine Zusammensetzung des Reichstags bringen, die es der Bourgeoisie ermöglicht, die Gesamtheit ihrer geplanten faschistischen Anschläge unter den Deckmantel „legalen, verfassungsmäßigen" Vorgehens durchzuführen.

Die Massenmobilisierung bei den Reichstagswahlen gegen die *Papen*-Regierung, gegen den *Hitler*-Mord-Faschismus, gegen die sozialdemokratische Verräterpolitik

---

5 Zu den Beschlüssen und der Bedeutung des Januar-Plenums 1931 des ZK vgl. Dok. 35. Zu den Beschlüssen des XI. Plenums des EKKI und des Maiplenums 1931 des ZK vgl. Dok. 44. Zur Deklaration „Gegen Tributsklaverei des deutschen Volkes! Gegen Versailles und *Young*!", beschlossen vom Plenum des ZK vom 20.–23. Februar 1932, vgl. Dok. 60, Anm. 5.

6 Da das neu ernannte Kabinett *Papen* bis auf die DNVP auf den geschlossenen Widerstand sämtlicher Parteien stieß, erwirkte *Papen* am 4. Juni beim Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages und die Festlegung von Reichstagswahlen für den 31. Juli 1932.

ist also ein Teil der Vorbereitung und Führung des Massenkampfes gegen den gesamten Frontalangriff der faschistischen Bourgeoisie.

Der Kampf gegen die *Papen*-Regierung und gegen den zur Regierungsteilnahme drängenden *Hitler*faschismus ist aufs engste mit dem Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Rüstungspolitik der Bourgeoisie und für die Verteidigung der Sowjetunion verbunden. Die Außenpolitik der *Papen*-Regierung läuft auf die Kapitulation vor dem französischen Imperialismus, auf die Blockpolitik mit Frankreich und Polen unter voller Einordnung Deutschlands in die Kriegsfront gegen die Sowjetunion hinaus. Die *Papen*-Regierung wird den Versuch machen, auf dieser Linie in der Frage der deutschen Aufrüstung Konzessionen zu erlangen. Sie wird ihre Außenpolitik mit einer größeren nationalistischen Demagogie verbrämen, wobei gewisse Abenteuer, in der Art des seinerzeitigen Versuchs mit der deutsch-österreichischen Zollunion,[7] durch die Verschärfung der imperialistischen Konflikte zur allgemeinen Steigerung der Kriegsgefahr beitragen werden.

Dieser Kampf gegen den imperialistischen Krieg ist nicht zu trennen von dem Kampf gegen den Faschismus und gegen das *Papen*-Kabinett, wie andererseits die Abwehr gegen die Hungeroffensive der Bourgeoisie, den Lohnraub und die Sozialreaktion und die proletarische Gegenoffensive im Kampf für Brot und Arbeit gleichfalls einen unlöslichen Bestandteil des allgemeinen Massenkampfes gegen den Faschismus bildet.

Wir müssen in den Massen Klarheit über diese strategische Verbundenheit der verschiedenen Maßnahmen der Bourgeoisie auf allen Gebieten der Politik und Wirtschaft schaffen. Diese Klarheit ist eine Voraussetzung dafür, auch unsererseits alle Kräfte der Massen zu mobilisieren.

Wir müsen z. B. den christlichen Arbeitern zeigen, daß die Vorstöße der Kulturreaktion, wie das Freidenkerverbot usw. gleichzeitig der Vorbereitung des Lohnraubs, dem Hungerfeldzug gegen die Erwerbslosen, dem Raub an den Invaliden und Kriegsopfern, den Altersrentnern dienen.

Wir müssen den sozialdemokratischen Arbeitern, den Reichsbannerarbeitern, den freigewerkschaftlichen Arbeitern aufzeigen, daß die faschistischen Verfolgungsmaßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, das geplante Verbot der KPD, sich gegen die ganze Arbeiterklasse richten und zugleich einen Bestandteil der Hungeroffensive und der Kriegsvorbereitungen darstellen.

Wir müssen dem Jungproletariat und der ganzen werktätigen Jugend den Charakter der gegen sie gerichteten Politik der Zwangsarbeit enthüllen, der gleichermaßen der Vorbereitung des Krieges durch die Militarisierung der Jugend, als auch der maßlosen Ausplünderung der deutschen Werktätigen durch den Einsatz einer riesigen Armee von unfreiwilligen Lohndrückern und Streikbrechern dient.

Faschismus, Hunger und Krieg – diese Politik der Bourgeoisie, die dem *Brüning*-Kurs zugrunde lag, findet jetzt auf höherer Stufe in erheblich verschärften Formen ihre Fortsetzung und Steigerung.

---

7 Zum gescheiterten Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion vgl. Dok. 45, Anm. 4.

II.
Die Antifaschistische Aktion[8]

In der geschilderten Situation einer außerordentlichen Verschärfung des Klassenkampfes setzen wir mit der Organisierung der „Antifaschistischen Aktion" ein. Hieraus ergibt sich schon der politische Inhalt dieser Massenbewegung, die durch den Aufruf der Zentralkomitees vom 25. Mai eingeleitet wurde.[9]

Was ist die „Antifaschistische Aktion"?

a) Die Antifaschistische Aktion soll die Zusammenfassung aller Kampfmaßnahmen der Arbeiterklasse und der mit dem Proletariat verbundenen und von ihm geführten Werktätigen in Stadt und Land gegen die Bourgeoisie und ihre legalen und illegalen Formationen sein.

Diese Zusammenfassung aller einzelnen Kampfhandlungen (sei es im Betrieb gegen Unternehmerangriffe, sei es an der Stempelstelle gegen Unterstützungsraub, sei es auf den Straßen oder auf dem Lande gegen faschistische Terrorakte, sei es im Kampf gegen Zwangsversteigerungen oder Exmittierungen, sei es bei der Verhinderung von Munitionstransporten usw.) zur großen umfassenden Antifaschistischen Aktion bedeutet, daß das Proletariat unter Führung der KPD gegenüber der Strategie der Bourgeoisie gleichfalls einen großen strategischen Plan zum Zweck des Einsatzes aller seiner Klassenkräfte entwickelt.

b) Für die Lösung dieser Aufgabe ist es notwendig, die Antifaschistische Aktion zu einer wirklichen Millionenbewegung der kämpfenden Roten Einheitsfront zu machen.

In der Form der Antifaschistischen Aktion wollen wir versuchen, die wichtigsten Teile der Arbeiterklasse und breite Schichten von Werktätigen, weit über den Rahmen der eigentlichen Anhängerschaft der KPD hinaus, zusammenzufassen und für den Klassenkampf einzusetzen. Die Antifaschistische Aktion soll also die Form sein, in der wir die Herstellung einer kämpfenden Roten Einheitsfront unter revolutionärer Führung verwirklichen.

c) Die Antifaschistische Aktion setzt sich zum Ziel:

1. Die Massen zum Kampf gegen den *Hitler*faschismus zu vereinigen, dem *Hitler*faschismus den Weg zur Regierungsmacht zu verlegen, die aufsteigende Welle des *Hitler*faschismus zum Stehen zu bringen und zurückzuschlagen,

2. den Hungerfeldzug der Bourgeoisie gegen das Proletariat, die Angestellten und Beamten, Mittelständler und arme Bauern durch den Massenkampf der Arbeiterklasse und der Werktätigen zu beantworten und zurückzuschlagen,

3. die faschistische Reaktion, die in dem Regime der Junker, Generäle und Industriekapitäne im Zeichen des *Papen*-Kabinetts ihren Ausdruck findet und in dem Verbot der KPD und der revolutionären Organisationen gipfeln soll, mit dem

8 Der folgende Teil des Rundschreibens ist abgedruckt in: Die Antifaschistische Aktion, Dokument 20, S. 65 ff. In der Dokumentation von *Karl* und *Kücklich* fehlt jedoch Abschnitt V: „Der Massenkampf gegen Hitlerpartei, Sozialdemokratie und Zentrum." Weggelassen wurden ferner die Abschnitte VII und VIII.

9 Zur Entstehung der Antifaschistischen Aktion und den verschiedenen Gründungsaufrufen vgl. Dok. 64.

Massenkampf der Arbeiterklasse zu beantworten und diesen Kampf mit politischen Massenstreiks und Generalstreik bis zum Sturz der *Papen*-Regierung zu steigern,

4. den stärksten Kampf gegen die chauvinistische Welle gegen die Militarisierungs- und Aufrüstungstendenzen und Maßnahmen der deutschen Bourgeoisie, gegen die Kriegspolitik gegenüber Sowjetrußland, gegen alle Kriegslieferungen und Munitionstransporte zu führen und die Massen zum wirklichen antiimperialistischen Freiheitskampf entsprechend dem Programm der sozialen und nationalen Befreiung und der Deklaration des Zentralkomitees der KPD[10] zu sammeln,

5. die Massen im Kampf gegen jeden kapitalistischen Ausweg aus der Krise durch Faschismus, Hunger und Krieg zu sammeln für den revolutionären Ausweg aus der Krise, für den Kampf um die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft und die Errichtung der Arbeiter- und Bauernregierung.

d) Diese Ziele der Antifaschistischen Aktion können erreicht werden, wenn es gelingt, entscheidende Teile der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeitermassen in der Roten Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion zum gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten zu vereinigen.

Gemeinsam mit den sozialdemokratischen Arbeitern können wir erfolgreiche Streiks um ökonomische Forderungen führen, politische Massenstreiks organisieren und sogar die Waffe des Generalstreiks zur Anwendung bringen. Diese Erkenntnis müssen wir der Arbeiterklasse beibringen. Indem wir das Bewußtsein ihrer Kraft und der Möglichkeit des siegreichen Kampfes gegen den Faschismus in den Massen wieder herstellen, das vielfach durch die Enttäuschungen über die zerplatzenden Betrugsmanöver der Sozialdemokratie gewissen Depressionsstimmungen Platz gemacht hat, schaffen wir zugleich eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg der Antifaschistischen Aktion.

III.

Reichstagswahlkampf im Zeichen der Antifaschistischen Aktion

In den Dienst der Antifaschistischen Aktion stellt die Partei die gesamte Kampagne zu den bevorstehenden Reichstagswahlen. Unsere Kampagne muß sich zum Ziel setzen:

a) das Kraftbewußtsein, das mit der Erkenntnis der Notwendigkeit der Herstellung von Kämpfen der Roten Einheitsfront verbunden ist, zu schaffen,

b) zugleich in den breitesten Massen den antifaschistischen Kampfgeist, den Haß gegen die Bluttaten und verbrecherischen Pläne des Faschismus zu nähren und zum aktiven Massenkampfwillen zu steigern,

c) das Regime der Junker, Generäle und Industriekönige, der Freiherrn, Barone und Grafen vor den Volksmassen zu diskreditieren, der allgemeinen Verachtung und Empörung preiszugeben (alle Methoden der Entlarvung, der Ironie usw.),

d) gegen alle der erfolgreichen Durchführung der Antifaschistischen Aktion schädlichen Tendenzen Sicherungen zu schaffen (opportunistische Tendenzen der Einheits-

10 Vgl. zur „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes", vom 24. 8. 1930, Dok. 27, Anm. 5. Zur Deklaration „Gegen Tributsklaverei des deutschen Volkes! [. . .]" vgl. Dok. 60, Anm. 5.

front von oben, der „Blockbildung", des Führerkuhhandels, der parlamentarisch-demokratischen Illusionen, linkssektiererische, putschistische Tendenzen des individuellen Terrors usw.).

Gerade weil wir den Wahlkampf mit dem Höchstmaß der Energie, mit der Zusammenreißung aller unserer Kräfte führen wollen, weil wir uns darüber klar sind, daß der Ausgang der Reichstagswahlen ein Erfolg gegenüber SPD und *Hitler*partei von größter politischer Bedeutung für den außerparlamentarischen Massenkampf gegen den Faschismus, von entscheidender Bedeutung für den außerparlamentarischen Massenkampf zur Verteidigung der Legalität der revolutionären Bewegung, zur Sicherung der Partei ist, gerade deshalb, weil wir bei den Wahlen Millionen für den Kommunismus mobilisieren wollen, führen wir den gesamten Wahlkampf außerparlamentarisch als Kampagne der Antifaschistischen Aktion!

Dieser Kampagne ordnen wir alle Teilkampagnen ein: die Antikriegskampagne, die innergewerkschaftliche Kampagne, die Kampagne zur Führung von Wirtschaftskämpfen, die Kampagne gegen Kulturreaktion usw.

Im Zeichen der Antifaschistischen Aktion muß die Partei die gewisse Stagnation, die sich bei den letzten Wahlen (Preußen usw.)[11] zeigte, überwinden, die Hauptschwäche ihrer Arbeit liquidieren, einen neuen roten Vormarsch erzwingen und die bevorstehenden großen Schlachten des Klassenkampfes gegen die faschistische Bourgeoisie und ihre Trabanten schlagen!

IV.

Die Losungen für die Kampagne bis zu den Reichstagswahlen

Wie sich bereits aus dem Aufruf des Zentralkomitees (*Rote Fahne*, Nr. 122 vom 5. Juni) ergibt[12], sollen die Losungen in der gesamten Wahlkampagne dem angeführten außerparlamentarischen Charakter der Kampagne im Zeichen der Antifaschistischen Aktion entsprechen. Sowohl in der Presse, den Tageszeitungen, den Betriebs- und Häuserblockzeitungen, den Dorfzeitungen, den Wochenzeitungen, den Organen der Massenorganisationen usw., als auch in den Flugblättern und übrigen Materialien der Partei und der Massenorganisationen und schließlich in der öffentlichen Massenagitation durch Versammlungen, Kundgebungen, durch Ausschmückung der Straßen, durch Transparente und in der Leitung der gesamten täglichen Kleinagitation muß bei der Wahl der Losungen berücksichtigt werden:

a) Die Betonung des außerparlamentarischen Massenkampfes der Antifaschistischen Aktion gegen die faschistische Bourgeoisie, gegen den *Hitler*faschismus, gegen seine Regierungsteilnahme.

b) die Rolle der Partei und ihre Verteidigung gegen die faschistischen Verbotspläne.

c) der Kampf gegen die chauvinistische Welle, gegen den imperialistischen Krieg und für die Freiheitspolitik des revolutionären Proletariats gegen Versailles.

---

11 Vgl. Dok. 63, Anm. 1.

12 Vgl. „An die deutsche Arbeiterklasse! An die Werktätigen in Stadt und Land!". Aufruf des ZK der KPD vom 5. 6. 1932, veröffentlicht in *RF* Nr. 122 vom 5. 6. 1932. Der Aufruf ist auszugsweise abgedruckt in: Die Antifaschistische Aktion. Dokument 21, S. 78–82.

d) der Kampf gegen die Hungeroffensive der Bourgeoisie, für die proletarischen Forderungen,

e) der Kampf für den revolutionären Ausweg aus der Krise, gegen die Regierung der Junker, Generäle und Industriekapitäne, für die Arbeiter- und Bauernregierung.

Von diesen 5 Hauptgesichtspunkten ausgehend, ergeben sich im einzelnen folgende Losungen:

1. Die Antifaschistische Aktion schlägt den Faschismus! Niemals darf der *Hitler*faschismus die Regierungsmacht in Deutschland übernehmen!

Niemals dürfen die Terrorkolonnen der Nazis ihr Blutregime über das deutsche Proletariat errichten! Die KPD ruft die Millionen der klassenbewußten Arbeiter, der Werktätigen in Stadt und Land zur kämpfenden Roten Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion! Nieder mit allen Plänen der Errichtung der offenen faschistischen Diktatur!

Organisiert den mächtigen roten Massenselbstschutz! Kämpft für die Vernichtung des faschistischen Mordterrors, für die vernichtende Niederlage des blutbefleckten *Hitler*faschismus durch die siegreiche Antifaschistische Aktion!

2. Schart Euch um die Kommunistische Partei Deutschlands!

Nieder mit den Verbotsplänen der faschistischen Bourgeoisie!

Verteidigt Eure Partei gegen den geplanten Anschlag der *Papen*-Regierung!
Fort mit dem Verbot des RFB!
Die KPD ist die einzige antifaschistische Führerin!
Die KPD ist die einzige antikapitalistische Partei!
Die KPD ist die einzige Partei der Millionen Erwerbslosen!
Die KPD ist die einzige Partei des wirklichen Kampfes gegen Versailles und *Young!*
Die KPD ist die einzige Partei des revolutionären Auswegs aus der Krise!
Die KPD ist die einzige Partei des Sozialismus!
Alle Stimmen der KPD, der Partei des sozialen und nationalen Freiheitskampfes der deutschen Werktätigen! Für die Armen, gegen die Reichen – alle Stimmen für die Liste 3!

3. Die Antifaschistische Aktion kämpft gegen den imperialistischen Krieg, für nationale und soziale Befreiung!
Kämpft gegen die Kriegshetzer, gegen die militaristischen Rüstungspolitiker, gegen die Preisfechter eines neuen imperialistischen Massenmordens, für die Verteidigung der Sowjetunion!
Verhindert Kriegslieferungen und Munitionstransporte!
Für die Verteidigung der Sowjetunion und der chinesischen Revolution!
Schluß mit den Zahlungen für den Versailler Sklavenvertrag, für den räuberischen *Young*plan, für die imperialistischen Auslandsanleihen!
Für das soziale und nationale Freiheitsprogramm der KPD!

4. Die Antifaschistische Aktion kämpft für Arbeit und Brot!
Klassenkampf verhindert Lohnraub!
Kämpft gegen Hunger, gegen Lohnabbau, gegen die Zerschlagung der Sozialversicherung, gegen Arbeitsdienstpflicht und Raub der Erwerbslosenunterstützung, gegen Gehaltsabbau der Angestellten und Beamten! Gegen Wuchersteuern und Hungerzölle, für das Lebensrecht der armen Bauern und werktätigen Mittelständler!

Schluß mit den Zahlungen für die Fürsten, für die Kirche, für Polizei, Justiz und Reichswehr!
Für Millionärssteuer, für Belastung der großen Vermögen, der Konzerne, der Junker!
Arbeit für alle Arbeitslosen!
Für Bau von Arbeiterwohnungen, Krankenhäusern, Sport- und Spielplätzen!
Für die volle Unterstützung aller Arbeitslosen für die Dauer der Erwerbslosigkeit!
Gegen Pflichtarbeit und Arbeitsdienst! Für den Siebenstundentag und die Vierzigstundenwoche bei vollem Lohnausgleich!
Für die Beschlagnahme der großen Wohnungen!
Für das Verbot jeder Exmittierung, jeder Pfändung und Zwangsversteigerung bei Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern!
Kämpft mit uns für Eure Forderungen!

5. Die Antifaschistische Aktion kämpft für den revolutionären Ausweg!
Gegen die faschistische Diktatur, gegen jede Kapitalsdiktatur – für die Herrschaft der Arbeiterklasse!
Fort mit der Regierung der Industriekapitäne, der Junker und Generäle!
Fort mit der Regierung der faschistischen Reaktion, der verhüllten Militärdiktatur!
Fort mit allen Notverordnungen!
Rote Einheitsfront gegen Faschismus, Hunger, imperialistischen Krieg!
Für die Freilassung aller eingekerkerten antifaschistischen Kämpfer, aller proletarisch-politischen Gefangenen!
Rüstet zum politischen Massenstreik!
Rüstet zum Generalstreik gegen die Regierung der faschistischen Reaktion!
Fort mit der *Papen*-Regierung der Junker, Freiherrn, Barone und Industriekönige!
Für die Arbeiter- und Bauernregierung!

V.
Der Klassenkampf gegen *Hitler*partei, Sozialdemokratie und Zentrum

In unserer gesamten Politik, wie auch in der Führung des Wahlkampfes, bleibt nach wie vor die strategische Orientierung ausschlaggebend, wonach wir den Hauptstoß in der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie führen müssen. Gegenüber den böswilligen Verleumdungen des Klassenfeindes über eine angebliche Wendung prinzipieller Art in unserer Strategie und Taktik müssen wir bei jedem Kommunisten Klarheit darüber schaffen, daß uns die Linie unserer Klassenpolitik dazu verpflichtet, vor allem die Sozialdemokratie zu isolieren, ihr die Arbeiter abzunehmen, weil das die wichtigste Voraussetzung für den Sieg über die Bourgeoisie, über den Hauptfeind, ist.

Diese strategische Orientierung des Hauptstoßes in der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie bedeutet jedoch keineswegs, daß wir in unserer Agitation und Propaganda plump und schematisch die Entlarvung des SPD allen anderen Fragen voranstellen. Wir schlagen die SPD am besten, indem wir die SPD-Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, gegen das Unternehmertum, gegen die imperialistische Kriegshetze gewinnen. Nur durch die Herausarbeitung und Klarstellung unseres Charakters als antifaschistische, antikapitalistische Partei können wir wirklich erfolgreich die Sozialdemokratie berennen. Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie bedeutet nicht unausgesetztes „Geschrei" gegen die SPD, sondern vor

allem selbständige Organisierung des Klassenkampfes, wodurch wir die SPD-Arbeiter zu uns herüberziehen und die SPD isolieren![13]

Das alles gilt auch für den Wahlkampf. Selbstverständlich muß gleichzeitig unsere Agitation und Propaganda dabei die Entlarvung der gegnerischen Parteien entschieden in Angriff nehmen. Gegenüber der *Hitler*partei gilt es, folgende Probleme in den Vordergrund zu rücken:

Die *Hitler*partei ist die Partei der Tribut- und Erfüllungspolitik!
Die *Hitler*partei kämpft für Panzerkreuzer und Rüstungswahnsinn!
Die *Hitler*partei hetzt zum Kriege gegen die Sowjetunion!
Die *Hitler*partei ist die Partei der davongejagten Hohenzollern!
Die *Hitler*partei ist die Partei des feigen Mordterrors gegen revolutionäre Arbeiter!
Die *Hitler*partei ist die Partei des gelben Streikbrechertums!
Die *Hitler*partei kämpft für Zwangsarbeit!
Die *Hitler*partei will den Frauen das Wahlrecht und alle sonstigen Rechte rauben!

Gegenüber der Sozialdemokratie gilt es vor allem ihre Rolle als Wegbereiter der heutigen Junker- und Generalsherrschaft und des *Hitler*faschismus, sowie ihre heutige Rolle herauszuarbeiten. Dabei müssen folgende Fragen in den Vordergrund gerückt werden:
SPD und Bewaffnung der monarchistischen Offizierskamarilla
SPD und Reichswehr
SPD und RFB-Verbot
SPD und *Hindenburg*
SPD und *Brüning*
Das „kleinere Übel" als Betrug der Massen
Die SPD als Todfeind der Roten Einheitsfront
Die Preußenregierung als Bollwerk *Brünings* und der Reaktion
Der ADGB als Stütze der Faschistenregierungen
Reformistische Annäherung an die Nazis in der Frage der Zwangsarbeit (ADGB und Nazi-*Strasser*-Rede im Reichstag).[14]

Gegenüber dem Zentrum müssen wir vor den christlichen Arbeitern die Rolle der *Brüning*politik als Vorbereitung der jetzigen *Papen*-Politik aufrollen, die gegenwärtige Scheinopposition des Zentrums gegen *Papen* als Wahlmanöver entlarven (*Papen* als Abgeordneter des Zentrums, *Papen* als Hauptbesitzer der *Germania*, des Zentralorgans des Zentrums), die Rolle *Stegerwalds* und der christlichen Gewerkschaftsführer bei der Faschisierung festnageln, den wirklichen antiproletarischen und antisozialen Charakter der Kulturreaktion enthüllen und die antifaschistischen Tendenzen der christlichen Arbeiter für die Herstellung der Roten Einheitsfront zum antifaschistischen Kampf ausnutzen.

---

13 Ab „V." bis hier druckte *Der Abend*, Spätausgabe des *Vorwärts* (Nr. 290, B. 145 vom 22. 6. 1932), Auszüge des Rundschreibens nach.

14 Bei der Reichstagsdebatte vom 9.–12. Mai 1932 stellte Gregor *Strasser* am 10. Mai während seiner Ausführungen über das Wirtschaftsprogramm der NSDAP fest, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB vom 17. 2. 1932 zahlreiche Gedanken enthalte, über die die NSDAP mit sich reden lasse. Die NSDAP sei bereit, am Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB „mitzuarbeiten". Schulthess 1932 S. 76. Zum Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB, *Vorwärts* Nr. 79 vom 17. 2. 1932.

VI.
Die Organisierung der Antifaschistischen Aktion

Die konkreten Formen und Methoden, in denen die Antifaschistische Aktion in die Wege geleitet wird, können heute noch nicht im einzelnen fest umrissen werden. Hinsichtlich der Art der Formen, Methoden und Organe ist es zweckmäßig, zunächst einen weiteren Spielraum zu lassen, um mit der Entfachung der Massenaktivität von unten an Hand der lebendigen Erfahrungen weiterschreiten zu können. Dann erst wird es möglich sein, festere Formen einheitlicher Organe und Organisationen, sowie der Kampfmethoden festzulegen. Gegenwärtig müssen wir folgende Gesichtspunkte bei der Organisierung der Antifaschistischen Aktion beachten:

1. Formen:

Die Antifaschistische Aktion ist keine feste Organisation, sondern eine Bewegung. Die in ihr vereinten Massen sollen jedoch verhältnismäßig fester zusammengeschlossen werden, als dies bisher zum Beispiel bei der Peripherie der Partei der Fall war. In diesem Sinne wird ein gemeinsames Abzeichen (Plakette) für alle der Antifaschistischen Aktion angeschlossenen Arbeiter und Werktätigen herausgebracht[15]. Der Anschluß an die Antifaschistische Aktion kann individuell erfolgen in der Form von Unterschriften bei bestimmten Mobilisierungsaktionen, in der Form des individuellen Beitritts zum roten Massenselbstschutz, zu revolutionären Organisationen, die der Antifaschistischen Aktion angeschlossen sind, oder im Rahmen des kollektiven Anschlusses ganzer Betriebsbelegschaften oder Abteilungen, Stempelstellen, ganzer Gewerkschaftsorganisationen, Reichsbannerformationen, unterer sozialdemokratischer Formationen usw.

Ein solcher kollektiver Anschluß darf niemals auf Grund von Führervereinbarungen zustande kommen, sondern stets nur auf Grund wirklicher Massenmobilisierung und Masseninitiative von unten.

2. Werbung

Man wirbt für die Antifaschistische Aktion auch auf öffentlichen Versammlungen und Versammlungen bestimmter Schichten (Erwerbslose, Mittelständler, Bauern, Angestellte und Beamte). Hierbei muß die Werbung in der Form erfolgen, daß die betreffenden Versammlungsteilnehmer das Abzeichen der Antifaschistischen Aktion erwerben, ihren Namen, Adresse, Berufszugehörigkeit usw. angeben und zugleich mitteilen, in welchem Grade sie aktiv in der Antifaschistischen Aktion mitarbeiten wollen (beim Massenselbstschutz, bei der Massenagitation, bei der Landagitation usw.). Die so Geworbenen müssen auf Grund des Adressenmaterials von den zuständigen Organen der Antifaschistischen Aktion betrieblicher, örtlicher oder bezirklicher Art, erfaßt, speziell aufgesucht, bearbeitet und in die Arbeit eingeordnet werden.

(Beispiel: In einer öffentlichen Kundgebung werden einige hundert Mitkämpfer für die Antifaschistische Aktion geworben. Der Einheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion des betreffenden Ortes sortiert die Adressen. Erwerbslose werden dem Einheitsausschuß der betreffenden Stempelstelle oder des Arbeitsnachweises, zu dem

15 Das Abzeichen der Antifaschistischen Aktion stellt zwei rote Fahnen im roten Kreis auf weißem Grund dar, mit der Umschrift Antifaschistische Aktion. Vgl. Abbildung auf dem Umschlag von: Antifaschistische Aktion. Ferner in: GdA. Abzeichen der Arbeiterbewegung. Bildseite zwischen S. 320–321.

sie gehören, überwiesen. Betriebsarbeiter dem Einheitsausschuß ihres Betriebes, Frauen dem Einheitsausschuß ihres Wohngebiets oder eines Betriebes, in dessen Nachbarschaft sie wohnen. Von diesen Einheitsausschüssen werden die Betreffenden durch Beauftragte aufgesucht, es wird mit ihnen ihre Mitarbeit konkret festgelegt.)

3. Organe:

Eine entscheidende Frage ist die Schaffung der Organe der Antifaschistischen Aktion, die den Namen „Einheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion" tragen sollen. Solche Einheitsfrontorgane müssen in den Betrieben, auf den Stempelstellen und Arbeitsnachweisen, in den Wohngebieten und unter den besonderen Schichten der Werktätigen geschaffen werden. Dabei ist es klar, daß dort, wo bereits Einheitsfrontorgane auf wirklicher Massenbasis bestehen[16], diese in den Dienst der Antifaschistischen Aktion treten und keine neuen „Einheitsausschüsse" geschaffen zu werden brauchen. Das gilt für Erwerbslosenausschüsse, für Komitees werktätiger Frauen, Bauernkomitees, Gutsräte usw.

Wo bei Bestehen solcher Einheitsfrontorgane deren Umwandlung oder die Neuschaffung von Einheitsausschüssen der Antifaschistischen Aktion eine höhere Form der Einheitsfrontbewegung ergibt, muß dies selbstverständlich durchgeführt werden. Wo bestimmte Einheitsfrontorgane z. B. Solidaritätsausschüsse der Erwerbslosen, Kampfausschüsse der Kleingewerbetreibenden, Kirchenaustrittskomitees, Komitees werktätiger Frauen, Bauernkomitees, Einheitskomitees gegen Exmittierungen usw. sich der Antifaschistischen Aktion anschließen, muß dieser Anschluß auf der Basis wirklicher Massenmobilisierung ihrer Anhänger und Wähler unter Durchführung von Versammlungen der betreffenden Schichten öffentlich durchgeführt werden.

Beim Anwachsen der Bewegung muß der Kurs auf Schaffung von „Bezirks-Einheitsausschüssen der Antifaschistischen Aktion" und darüber hinaus auf Schaffung eines „Reichs-Einheitsausschusses der Antifaschistischen Aktion" genommen werden. Das hat jedoch eine bereits breit entfaltete Massenbewegung der Antifaschistischen Aktion im Lande zur Voraussetzung.

4. Betriebe:

Von entscheidender Bedeutung ist die Verankerung der Antifaschistischen Aktion in den Betrieben. Hier allein können die Streiks ökonomischer und politischer Natur ausgelöst und geführt werden, die – vor allem der politische Massenstreik – in der gegenwärtigen Etappe der Entwicklung eine entscheidende Waffe des Proletariats darstellen:

Welche Mannigfaltigkeit der Anknüpfungsmöglichkeiten hier besteht, sei kurz angedeutet:

Arbeiter im Betrieb hören, daß Nazis mit Hilfe des Unternehmers eine Betriebsversammlung durchführen wollen. Auf Veranlassung der revolutionären Arbeiter wird in den einzelnen Abteilungen Stellung genommen und mit den sozialdemokratischen, Gewerkschafts- und Reichsbannerarbeitern vereinbart, sofort zur Gegenaktion überzugehen: Kein Faschist im Betrieb. Zusammenschluß aller Arbeiter zur Antifaschistischen Aktion!

16 In der Vorlage: entstehen.

In allen Abteilungen werden Vertrauensleute der Antifaschistischen Aktion bestellt, Abteilungsversammlungen durchgeführt, alle etwa schwankenden Kollegen werden bearbeitet, sich nicht für die Faschisten mißbrauchen zu lassen, ein Einheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion wird gewählt.

In den Abteilungen werden Stoßbrigaden zur Abwehr des Faschismus gebildet. Die Kollegen der verschiedenen Abteilungen zeichnen sich ein für die Antifaschistische Aktion. Der Vertrieb von antifaschistischem Material wird organisiert. Der Massenselbstschutz des Betriebs wird gebildet. Sprechabende, Informationsstellen über Faschismus und besonders über Betriebsfaschismus[17] werden eingerichtet.

Der Betrieb nimmt Verbindung mit den Erwerbslosen oder dem Häuserblock auf, um den gemeinsamen Kampf sicherzustellen.

Der Betrieb stößt in die Wohngebiete vor, wo Betriebsangehörige wohnen (vielfach, zumal in Süddeutschland, auf die Dörfer in der Umgebung der Industrieorte), oder nimmt direkt als Betriebsbelegschaft die Organisierung der Landagitation in bestimmten Gebieten in Angriff. Gerade letztere Aufgabe ist von entscheidender Bedeutung für den Kampf gegen den *Hitler*faschismus.

5. Gewerkschaften:

Von größter Wichtigkeit ist die Arbeit für die Antifaschistische Aktion in den Gewerkschaften. Hierbei muß die Initiative zum kollektiven Anschluß gewerkschaftlicher Zahlstellen, Ortsverwaltungen, Kartelle, unterer Organisationen usw. nach Möglichkeit auf Initiative der oppositionellen SPD-Arbeiter und reformistischen Gewerkschaftskollegen eingeleitet werden.

Selbstverständlich müssen die roten Verbände beispielhaft bei der Organisierung der Antifaschistischen Aktion vorangehen, ebenso die Betriebsgruppen und sonstigen Organisationen der RGO. Ihre Aufgabe ist es, überall auch von außen her an die reformistischen Gewerkschaftsorganisationen zur gemeinsamen Durchführung der Antifaschistischen Aktion heranzutreten, um die Initiative der Oppositionsbewegung innerhalb der Gewerkschaften für die Antifaschistische Aktion auszulösen oder zu steigern. Die RGO-Gruppen und Gruppen der roten Verbände sollen durch Schaffung besonderer Stoßbrigaden unter den Mitgliedern und Funktionären der Freien Gewerkschaften systematische Aufklärungsarbeit für die Antifaschistische Aktion leisten. Im Rahmen der Gewerkschaftsarbeit muß der Erwerbslosenarbeit besondere Bedeutung beigelegt werden.

6. Erwerbslose:

Die Arbeit unter den Erwerbslosen, unter den Arbeitsdienstgruppen, unter den Pflichtarbeitern, unter den erwerbslosen Siedlern usw. nimmt gleichfalls einen großen Raum ein. Hier kommt es darauf an, die Frage der Antifaschistischen Aktion mit dem gesamten Erwerbslosenkampf zu verschmelzen. Ein neues Gebiet unserer Arbeit ist dabei die Bearbeitung der bereits bestehenden Arbeitsdienstgruppen, die wir nicht der Isolierung vom revolutionären Proletariat überlassen dürfen. Ohne die

17 Nach *Karl – Kücklich* waren damit „Bestrebungen der Unternehmer" gemeint, „in den Betrieben faschistische Methoden wie Bildung von Betriebsgruppen faschistischer Organisationen, Ausschaltung des Einflusses der Gewerkschaften, Einschränkung der Rechte der Betriebsräte, durchzusetzen, sowie die Anstrengungen der Nazipartei, in den Betrieben Fuß zu fassen". Vgl. Die Antifaschistische Aktion S. 74, Anm. 2.

mindeste Abschwächung unseres prinzipiellen Kampfes gegen jede Arbeitsdienstpflicht oder freiwilligen Arbeitsdienst müssen wir in die bestehenden Gruppen des freiwilligen Arbeitsdienstes zuverlässige klassenbewußte Arbeiter dirigieren, die dort entsprechend der Linie der revolutionären Erwerbslosenbewegung Aufklärungsarbeit leisten, den Kampf für die Erwerbslosenforderungen, für tarifliche Entlohnung usw. organisieren und ihn, im Zeichen der Antifaschistischen Aktion mit dem Kampf gegen alle Militarisierungstendenzen verbinden.

7. Antikriegsarbeit:

Für die Einbeziehung der Antikriegskampagne, der Vorbereitung des 1. August in die Antifaschistische Aktion ist neben der allgemeinen politischen Verbindung, vor allem auch der Kurs auf die geplante Antikriegskonferenz zu nehmen. Die Antifaschistische Aktion muß 2 000 Delegierte für die internationale Antikriegskonferenz entsenden[18]. (Besondere Anweisungen folgen.)

8. Frauen, Jugend, Massenorganisationen:

In den Rahmen der Antifaschistischen Aktion müssen entsprechend den besonderen Bedürfnissen die Arbeiten der Frauenabteilungen der Bezirksleitungen, des Jugendverbandes, sowie der sympathisierenden Massenorganisationen eingegliedert werden. Aufgabe der Bezirksleitungen ist es, mit Hilfe der kommunistischen Fraktionen der Massenorganisationen deren richtige Einstellung [zur] bzw. Eingliederung in die Antifaschistische Aktion herbeizuführen und zu kontrollieren.

9. Fraktionsarbeit:

Zur Leitung der gesamten Antifaschistischen Aktion ist es notwendig, die in dieser Massenbewegung arbeitenden Kommunisten fest zusammenzufassen, um mit ihrer Hilfe die von der Antifaschistischen Aktion erfaßten Massen in wirklich überzeugender Weise zur Durchführung unserer Losungen in der Praxis zu veranlassen. Kein Kommandieren, sondern kameradschaftliche Überzeugung sichert den Erfolg. Voraussetzung ist, daß die Kommunisten überall durch ihre Praxis als die besten antifaschistischen Vorkämpfer sich erweisen.

10. SPD-Arbeiter, Nazis und Zentrumsanhänger:

Die entscheidenden Schichten, die wir im Ringen um die Mehrheit der Arbeiterklasse für die Antifaschistische Aktion gewinnen müssen, sind die sozialdemokratischen Arbeiter, die Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften und des Reichsbanners. Indem wir das Schwergewicht auf ihre Mobilisierung verlegen, vernachlässigen wir keineswegs die Gewinnung der proletarischen Anhänger der Nazis. Während aber bei den SPD-Arbeitern der gemeinsame Massenkampf gegen den Faschismus den wichtigsten Ausgangspunkt bei der Einheitsfront bildet, müssen wir gegenüber den Nazis vor allem von den sozialen und wirtschaftlichen Fragen ausgehen, wie Lohnabbau und Unterstützungsraub. Auf diesem Gebiet ist ein Zusammengehen mit Nazianhängern möglich und wünschenswert.

---

18 Vom 27.–29. August tagte in Amsterdam ein von den kommunistischen Parteien Europas organisierter Internationaler Kongreß gegen den imperialistischen Krieg, der u. a. eine Resolution „Gegen den Faschismus in Deutschland und die Verfolgung der antifaschistischen Kämpfer durch die deutsche Regierung" verabschiedete. Die Zahl der deutschen Delegierten betrug 759. Vgl. GdA S. 375 f. Zu den Anweisungen des ZK für den Amsterdamer Kongreß siehe Dok. 66 und 71.

Hingegen gehen wir niemals etwa mit Nazianhängern zusammen gegen das Reichsbanner, wohl aber umgekehrt mit Reichsbannerarbeitern gegen die SA. Dieser Unterschied muß in der ganzen Partei klar herausgearbeitet werden.

Der Kurs auf die Gewinnung der SPD-Arbeiter zu Mitkämpfern der Antifaschistischen Aktion bedeutet keineswegs eine Abschwächung unseres prinzipiellen Kampfes gegen die SPD, gegen den Sozialfaschismus. Im Gegenteil: diese möglichst elastische, möglichst breite, möglichst kameradschaftliche Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten, ist mit dem schärfsten, ernstesten Kampf zur Entlarvung und Zerschlagung der Betrugsmanöver der sozialdemokratischen Führer und der Filialen des Sozialfaschismus, wie SAP, Brandleristen usw.[19] verbunden. Es gibt keine Konzessionen an diese Cliquen oder an die konterrevolutionären Trotzkisten, sondern nur deren schärfste Bekämpfung.

Auch die christlichen Arbeiter, vor allem in den katholischen Gegenden müssen für den Massenkampf gegen den Faschismus gewonnen werden, wobei es darauf ankommt, die trustkapitalistische volksfeindliche Politik des Zentrums entsprechend anzuprangern.

11. Aufgabenstellung:

Die allerwichtigste Frage bei der Organisierung der Antifaschistischen Aktion ist, daß alle Maßnahmen unter Ausnutzung der örtlichen Situation mit konkreter Aufgabenstellung vorgenommen werden, um zu vermeiden, daß die Antifaschistische Aktion als leere Agitationskampagne aufgefaßt werden und dadurch in Mißkredit geraten kann. Alle Anknüpfungsmöglichkeiten müssen ausfindig gemacht und im geeigneten Moment ausgenutzt werden. Um dieses „Geheimnis" der Mobilisierung der kämpfenden Roten Einheitsfront zu lösen, dazu bedarf es der stärksten Entfaltung der Masseninitiative in allen Einheiten der Partei.

VII.
Der Arbeitsplan

Die innerparteiliche und innerorganisatorische Vorbereitung kann nur ganz kurz sein. Es kommt darauf an, mit der Antifaschistischen Aktion sofort in aktivster Weise vor der Arbeiterschaft aufzutreten.

Einleitung der Kampagne:

Freitag, den 10. Juni, in 50 größten Orten Konferenzen der Vertreter der Reichstags- und Landtagsfraktionen, der Kommunalvertretung mit Betriebsräten, Vertretern von Erwerbslosen, Vertretern der unteren Gewerkschaftseinheiten, von Kleingewerbetreibenden, Angestellten, Beamten, von Freidenkern, Sportlern.

Die Forderungen der Kommunisten im Reichstag, Landtag und die Bedeutung der Antifaschistischen Aktion!

Anschließend große Massenkundgebungen der Antifaschistischen Aktion, Sonnabend, den 11. und Sonntag, den 12. Juni Generalappell der Funktionäre der Partei, der Massenorganisationen, der unter unserem Einfluß stehenden Gewerkschaften, der Erwerbslosenbewegung, des Massenselbstschutzes:

---

19 Vgl. zur SAP: H. Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim am Glan 1965. Zur Rechtsopposition in der KPD und zur KPO vgl.: K.-H. Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition" (KPO), Meisenheim am Glan 1964.

Die Aufgaben der Antifaschistischen Aktion im Kampf gegen die *Papen*-Regierung, gegen Faschismus, Hunger, Krieg.

In allen Betrieben, an allen Stempelstellen und in Orten sind vorbereitende Kampfausschüsse für die Antifaschistische Aktion unter Zuziehung aller Massenorganisationen zu bilden. Diese vorbereitenden Ausschüsse übernehmen die Durchführung der Wahlbewegung als Einleitung für die Antifaschistische Aktion.

Es kommt darauf an, alle Kräfte für die Heranziehung eines großen Stammes von Helfern der Antifaschistischen Aktion zu schaffen und nach großem einheitlichen Plan einzusetzen: zur Unterstützung der Erwerbslosenaktionen, zur Unterstützung der Streikenden, für den Schutz der Betriebsbelegschaften, gegen faschistische Aktionen und gegen Überfälle, zur Bearbeitung der Orte, in denen es keine Ausschüsse gibt, Unterstützung der schwachen Orte, geregelte systematische Beschaffung und Verteilung von örtlichem, betrieblichem, wie allgemeinem Material, Organisierung und Verstärkung des Antifaschistischen Roten Massenselbstschutzes! Organisierung von Stoßbrigaden, von Agitationstruppen (mit Schutz) für die Stempelstellen, für die Betriebe, für Hausagitation!

Wichtig! Wichtig! Organisierung von Stoßbrigaden für die Bearbeitung des Landes!

Schulung der Helfer der Antifaschistischen Aktion: Für Herstellung und Verbreitung von Material, für Sammlung zum Antifaschistischen Kampffonds, für Broschüren- und Zeitungsvertrieb, für Agitation gegen Nazis, gegenüber SPD-Anhängern, gegenüber Kleingewerbetreibenden, für Landagitation.

Schaffung von Agitationskommissionen: zur Schaffung des eigenen Materials für Betriebe, Stempelstellen, Wohngebiete zur Belebung des Straßenbildes, für die Ausgestaltung der Kundgebungen, Demonstrationen, Bildung von Sprechchören, Heranziehung der Sänger usw.

Der 12. Juni dient außerdem der Durchführung des Internationalen Solidaritätstages! Nach dem Generalappell: erste Flugblattverbreitung der Antifaschistischen Aktion!

In der Woche vom 12. bis 19. Juni müssen alle Kräfte der unteren Einheiten für die Arbeit eingeteilt sein. In den Betrieben und an den Stempelstellen, im Wohngebiet, wird die Kleinarbeit zur Schaffung der Antifaschistischen Aktion, in Heranziehung von SPD-Arbeitern, Gewerkschaftskollegen, Gewinnung ganzer Einheiten für die Antifaschistische Aktion, Durchführung der Erwerbslosen- und Betriebsaktionen eingesetzt.

Zugleich wird der

1. Landsonntag der Antifaschistischen Aktion vorbereitet. Am 19. Juni führt die Antifaschistische Aktion eine große Landagitation durch.

Die Antifaschistische Aktion schafft das Kampfbündnis der Industriearbeiter mit den Betriebsdelegationen (mit SPD- und parteilosen Arbeitern), Stempelstellendelegationen, Gewerkschaftsdelegationen – auf dem Lande!

In der Woche vom 19.–26. Juni finden große demonstrative Generalappelle der Antifaschistischen Aktion in allen Orten statt:

10 000 Erwerbslosenversammlungen, die sich für die Antifaschistische Aktion unter lokalen Losungen erklären,

1 000 Betriebsversammlungen,

Massenkundgebungen dienen der Unterstützung dieser Appelle: Die Organisationen rücken geschlossen an! Größte Werbung für die Antifaschistische Aktion, für die revolutionäre Presse, für die KPD.

Anmerkung: (Je nach dem Zeitpunkt der Wahl müssen die Termine entsprechend geändert werden!)

VIII.

Kurze Anweisungen

Alle Bezirksleitungen haben sofort die Urlaube für sämtliche Parteiangestellten zu sperren und für die Durchführung der gleichen Maßnahmen bei den revolutionären Massenorganisationen Sorge zu tragen.

Bezüglich der im Urlaub befindlichen Genossen haben die Bezirkssekretäre zu entscheiden, ob die Genossen sofort zurückbeordert werden, ob sie ihren Urlaub abkürzen, oder zu Ende führen sollen. Bei den für die Organisierung der Kampagne wichtigsten Genossen (Polsekretär, Orgsekretär, Agitpropleiter, Chefredakteur) ist, wenn sie sich im Urlaub befinden, in der Regel die sofortige Zurückberufung notwendig.

Aufstellung über das Material für den Wahlkampf geht morgen gesondert ab.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Sekretariat

66.

16. 6. 1932: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen und Redaktionen

BA R 134, Bd. 65, S. 159–182 und BA NS 26/289 und StA Bremen, 4,65–IV 13 k; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/12. 7. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 12. Anweisungen des Sekretariats."

An alle Bezirksleitungen
Redaktionen
Fraktionsleitungen der Massenorganisationen.

W.G.!

Arbeitsplan für die Kampagne zur Reichstagswahl, Antifaschistischen Aktion und für den internationalen Kongreß gegen imperialistischen Krieg.

Vorbemerkung:

Die Hauptaufgaben der Partei und Massenorganisationen sollen auf der Linie des Referats des Genossen *Thälmann* auf der Reichskonferenz der Spitzenfunktionäre,[1]

1 Zur Tagung vgl. *Inprekorr* Nr. 48 vom 10. 6. 1932, S. 481. Vgl. auch Auszüge aus dem Referat Ernst *Thälmanns* auf der Konferenz der Bezirkssekretäre und Redakteure der KPD am 8. Juni 1932 in Berlin in: Die Antifaschistische Aktion. Dokument 22, S. 83 ff. Über die Konferenz siehe den Bericht in *RF* Nr. 125 vom 9. 6. 1932: „Gerüstet zu neuen und höheren Aufgaben.".

soweit sie nicht im Rundschreiben Nr. 11 vom 4. Juni enthalten sind,[2] nach dem folgenden Arbeitsplan bezirklich festgelegt werden. Selbstverständlich ist bei der Durchführung des Arbeitsplans auf die konkreten Ereignisse, die sich aus der Verschärfung der Situation ergeben werden, Rücksicht zu nehmen. Der zentrale Arbeitsplan gibt lediglich den allgemeinen Rahmen ab, in dem die Aufgabenstellung und die Organisierung der Arbeit von den Bezirken vorgenommen werden muß.

I. Durchführung der Kampagne

1. Aufgabenstellung vom Standpunkt der Kampfmobilisierung

Entsprechend der Aufgabenstellung, wie sie im Rundschreiben Nr. 11 vom 4. Juni angegeben wurde, muß bei der Anlage der Kampagne die gesamte Arbeit der Partei und der von uns geführten Massenbewegung in den Dienst des Aufbaus der Vorführung und Steigerung der Antifaschistischen Aktion gestellt werden. Unser Reichstagswahlkampf im Zeichen der Antifaschistischen Aktion ist ebenso wie die Durchführung der Kampagne für den Antikriegskongreß[3] ein Teil der allgemeinen Antifaschistischen Kampfmobilisierung der Partei. Diese Linie wird durch die neuen politischen Ereignisse im Zusammenhang mit den Notverordnungen der *Papen*-Regierung[4] erhärtet. Die politischen Notverordnungen bestätigen durch ihren Ausnahmecharakter gegenüber der kommunistischen Bewegung die Einschätzung der *Papen*-Regierung als einer Regierung des Finanzkapitals, die die Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland betreiben soll. Diese politischen, wie die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Notverordnungen[5] mit ihrem ungeheuren Raubzug gegenüber den Werktätigen bringen keine Änderung in unserer Aufgabenstellung, sondern sind lediglich ein Anlaß mehr, diese Aufgabenstellung praktisch zur Durchführung zu bringen.

So wird es auch in der weiteren Fortführung der Kampagne bis zu den Reichstagswahlen eine Reihe neuer Anschläge der faschistischen Bourgeoisie geben, deren Beantwortung mit der revolutionären Kampfmobilisierung und dem Versuch der Auslösung und Führung von Massenkämpfen keine Veränderung unseres Arbeitsplanes bedeuten, sondern lediglich dessen Durchführung. Volle Klarheit darüber muß herrschen, daß wir die gesamte Kampagne ständig unter dem Gesichtspunkt durchführen, den Massenwiderstand zu formieren und zu möglichst hohen Formen der Massenaktivität zu entfalten.

Jeder Proteststreik, jeder Wirtschaftsstreik vom Teilstreik bis zum Massenstreik, erst recht jeder größere politische Massenstreik oder die Durchführung des Generalstreiks mit dem Ziel der Beseitigung der *Papen*-Regierung und ihrer Notverordnungen

2 Vgl. Dok. 65.

3 Zur Vorbereitung des Internationalen Kongresses gegen den imperialistischen Krieg, der vom 27.–29. August 1932 in Amsterdam tagte, vgl. Dok. 65, Anm. 18 und Dok. 71.

4 Gemeint ist die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932, RGBl. Teil I, S. 297 ff.

5 Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14. Juni 1932, RGBl. Teil I, S. 273 ff.; Verordnung des Reichspräsidenten zur Vereinfachung der Rechtspflege vom 14. Juni 1932, RGBl. Teil I, S. 285 ff.; Horkenbach 1932 S. 183 ff.

bedeutet also die wirkliche Erfüllung der in unserer Kampagne gestellten Aufgaben. Diese außerparlamentarische Zielsetzung in unserer Kampagne steht, wie wir nachdrücklich unterstreichen, nicht im Widerspruch dazu, daß wir alle Kräfte anspannen müssen, um am 31. Juli ein möglichst mächtiges Massenbekenntnis für die Kommunistische Partei zu erzielen. Das wird gerade durch die Organisierung von Massenaktionen und Kämpfen gegen die Papen-Regierung und ihre faschistischen Notverordnungen am besten möglich sein.

2. Die Anlage der Kampagne.

Die gesamte Kampagne soll in der Weise durchgeführt werden, daß vom 2. Juni die innerparteiliche Mobilisierung sowie die innere Mobilisierung aller Massenorganisationen beginnt, die dann – unabhängig von dem, durch konkrete Anlässe vorher bedingten, öffentlichem Auftreten in Versammlungen, Demonstrationen und Kundgebungen – spätestens vom 28. Juli an, dem Tag des Versailler Friedens, bis zum 31. Juli in stärkster Massenmobilisierung fortgesetzt werden muß. Die Woche vom 10. bis 17. Juli wird als erster Höhepunkt der Antifaschistischen Aktion als „Antifaschistische Kampfwoche" durchgeführt. Die Zeit bis zum 10. Juli dient also der gründlichen und systematischen Vorbereitung dieser Kampfwochen. Alle örtlichen und gebietlichen Aktionen müssen in die Vorbereitungsarbeit für diese Antifaschistische Kampfwoche eingeordnet werden.

(Beispiel: der Naziüberfall auf das Gewerkschaftshaus in Frankfurt/O. wurde zum Auftakt nicht nur für die Schaffung des Roten Massenselbstschutzes der Antifaschistischen Aktion, sondern zugleich für die Einberufung der Bezirkskonferenz der Antifaschistischen Aktion im Gebiet Berlin-Brandenburg-Grenzmark ausgenutzt, die die Grundlage für die Bildung der Reichseinheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion bilden soll.[6])

Im Anschluß an die antifaschistische Kampfwoche, deren möglichst großzügige und imposante Durchführung von ausschlaggebender Bedeutung auch für den gesamten Wahlkampf ist, werden die beiden folgenden Wochen bis zur Wahl von der Auswertung dieser Kampfwoche getragen sein. Diese beiden letzten Wochen müssen in stärkster Weise in den Dienst der einheitlichen Wahlmobilisierung selbst gestellt werden, ohne daß diese vorher in den Hintergrund treten darf.

Diese Anlage der Kampfkampagne entspricht dem außerparlamentarischen Charakter: das Schwergewicht soll in die Betriebe, auf die Stempelstellen sowie in die

6 Nachdem bei einer Demonstration der SA in Frankfurt/Oder Schüsse und Steinwürfe gegen das Gewerkschaftshaus gefallen waren, riefen KPD und RGO zu einer „Versammlung" am 10. Juni 1932 auf. Auf der Versammlung hielt Walter *Ulbricht* als Bezirksleiter der KPD von Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark das Hauptreferat. Die Konferenz beschloß einen Kampfappell gegen den Faschismus und erließ einen Aufruf zum Bezirkskongreß der Antifaschistischen Aktion. Vgl. „Antifaschistische Einheitsfront in Frankfurt a.O.". *RF* Nr. 128 vom 12. 6. 1932. Am 15. Juni trat die Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark in einem Aufruf an „alle Arbeiter und Organisationen" ebenfalls für die Einberufung des Bezirkskongresses ein. Vgl. den Aufruf in: *RF* Nr. 131 vom 16. 6. 1932; *Inprekorr* Nr. 51 vom 21. 6. 1932, S. 1618; Antifaschistische Aktion. Dokument 29, S. 105 ff. Entsprechend diesem Aufruf trat der Bezirkskongreß der Antifaschistischen Aktion am 10. Juli 1932 in Berlin zusammen. Durch die Teilnahme zahlreicher Delegierter von Einheitsausschüssen aus dem Reichsgebiet erhielt er den „Charakter eines Reichskongresses". Vgl. Die Antifaschistische Aktion. Einleitung, S. 30. Der Einheitskongreß beschloß das „Manifest" der Antifaschistischen Aktion.

Gewerkschaften und sonstigen Massenorganisationen verlegt werden und der Kampfmobilisierung dienen. Die antifaschistische Kampfwoche als erster Höhepunkt der Antifaschistischen Aktion muß z. B. die Zusammenfassung einer möglichst gewaltigen Masse von Betriebsarbeitern, Erwerbslosen, Arbeiterinnen, Jungarbeitern und anderen Werktätigen zu einer großen zentralen Manifestation mit einer Methode der möglichsten Dezentralisation (Verlegung des Gewichts auf die einzelnen Betriebe, Stempelstellen und Bevölkerungsschichten) verbinden. Dieses Ziel soll erreicht werden durch die Zusammenballung einer Höchstzahl von Spezialversammlungen der Betriebe, Stempelstellen usw. auf wenige Tage, wodurch einerseits an diesem Tage wie bei zentralen Demonstrationen ein möglichst riesiges Massenaufgebot, andererseits durch die dezentralisierte Durchführung ein möglichst tiefes Eindringen in die Massen erreicht werden.

Der gleiche Kurs auf die Massen durch Anwendung neuer Methoden gilt auch für die Agitation und Propaganda. Es muß gelingen, für alle Betriebs-, Straßen- und Dorfzellen die Aufgabe zu stellen, bis zum 31. Juli mindestens 3 Betriebs-, Häuserblock- oder Dorfzeitungen herauszugeben. (Eine Zeitung zur Vorbereitung der antifaschistischen Kampfwoche, eine Zeitung während der antifaschistischen Kampfwoche und eine Zeitung zur Auswertung der antifaschistischen Kampfwoche und unmittelbar zur Wahl.)

Es muß mit unserer Hilfe die Masseninitiative von unten geweckt werden, indem bestimmte Vertreter der einzelnen werktätigen Schichten von sich aus die Bearbeitung ihrer Schichten im Sinne der Antifaschistischen Aktion und mit der Aufforderung zur Wahl der KPD am 31. Juli in Angriff nehmen. Das muß örtlich, gebietlich und im Reichsmaßstabe durchgeführt werden.

3. Verbindung der Antifaschistischen Aktion mit der Wahlkampagne.

Die Verbindung der Antifaschistischen Aktion mit der Wahlkampagne der KPD darf keineswegs mechanisch erfolgen. Selbstverständlich entfalten wir als Kommunisten innerhalb der durch die Einheitsfrontbewegung der antifaschistischen [Aktion] erfaßten Massen die Agitation für unsere Partei, aber nicht, indem wir diesen Massen die Zustimmung zu unserem Programm und die Wahlarbeit für die KPD aufzwingen, sondern indem wir die Arbeiter und Werktätigen kameradschaftlich davon [zu] überzeugen versuchen, daß die KPD die einzige wirkliche antifaschistische Partei ist.

Je unzweideutiger wir uns mit allen Kräften in den Dienst der antifaschistischen Kampfmobilisierung und Herstellung der Roten Einheitsfront zum Kampf stellen, desto leichter wird es für uns sein, den Arbeitern außerhalb unsrer Reihen die Rolle der KPD klar zu machen. Wir wollen die Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion davon überzeugen, daß am 31. Juli ein Massenbekenntnis für die KPD notwendig ist, aber wir wollen sie keinesfalls mechanisch für die Wahlbewegung der KPD in Anspruch nehmen. Wir unterstützen in jedem Fall die Antifaschistische Aktion. Die Unterstützung der Organe und Massen der Antifaschistischen Aktion für die KPD umgekehrt ist eine freiwillige, die selbständigen Beschlüssen der an der Antifaschistischen Aktion beteiligten Massen entspringen muß.

Unsere Arbeit innerhalb der Antifaschistischen Aktion in straff organisierten Fraktionen muß dazu dienen, sowohl die Beschränkung auf nur örtliche Aufgaben einerseits, als auch die mechanische Einordnung der antifaschistischen Aktionsarbeit in die übliche Parteiarbeit andererseits zu vereiteln.

Im Wahlkampf ist das gesonderte Auftreten der Partei und Massenorganisationen neben der Antifaschistischen Aktion und ihren Organen bei engster kameradschaftlicher Unterstützung möglich und zulässig. Dieses selbständige Auftreten (z. B. in der Frage von Wahl- und Agitationslokalen einerseits der Partei, andererseits der Antifaschistischen Aktion) ist überall dort notwendig, wo in der Überzeugung der Massen der Anhänger der Antifaschistischen Aktion die Notwendigkeit des Bekenntnisses zur KPD am 31. Juli noch nicht voll durchgedrungen ist. Nichtsdestoweniger dürfen wir [nicht] in den Fehler verfallen, eine schematische Abgrenzung zwischen Parteiinteresse und Interesse der Einheitsfrontbewegung der Antifaschistischen Aktion zuzulassen. So, wie wir in der allgemeinen Aktion und Propaganda den Kurs darauf nehmen, möglichst zahlreiche Zuschriften sozialdemokratischer Arbeiter, Arbeits- und Kriegsopfer, von Angehörigen verhafteter Antifaschisten, von gemaßregelten Betriebsräten, Angestellten, Beamten, Lehrern usw. anzuregen, die zur Wahl der KPD aufforderten, so gilt es auch innerhalb der Antifaschistischen Aktion klarzustellen, daß das Parteiinteresse der KPD niemals vom Klasseninteresse aller Arbeiter abweicht oder zu trennen ist.

4. Die Durchführung der antifaschistischen Kampfwoche.

Die Durchführung der antifaschistischen Kampfwoche soll in folgender Weise erfolgen:

a) Am Sonntag, dem 10. Juli, tritt in Berlin die Konferenz zur Bildung des Reichseinheitsausschusses zusammen.[7] Diese Konferenz hat ihre Hauptgrundlage im antifaschistischen Kampfkongreß für Berlin-Brandenburg-Grenzmark und soll außerdem aus dem Reich beschickt werden von Delegationen wichtiger Großbetriebe, Stempelstellen, Gewerkschaftsorganisationen, von Delegationen oppositioneller SPD-Arbeiter, christlicher Arbeiter und ehemaliger Anhänger der Nazis (Anregungen über die Zusammensetzung der Konferenz sollen sofort von BL gemacht werden; im einzelnen werden sie mit den Bezirken besonders besprochen). Die Teilnehmerzahl der Konferenz aus dem Reich wird begrenzt sein, es kommt darauf an, die wichtigsten Vertretungen zu erreichen. Die Konferenz wird ein feierliches Manifest an das Proletariat und die übrigen Werktätigen in Stadt und Land ergehen lassen. Dieses Manifest soll ausklingen in ein Verpflichtungsgelöbnis der Antifaschistischen Aktion.[8] Dieses Manifest soll die größtmögliche Verbreitung erhalten. Es muß in allen Versammlungen, bei allen Kundgebungen von den Massen bestätigt werden (ähnlich wie seinerzeit das Gelöbnis des Roten Frontkämpferbundes).[9]

b) In der Zeit vom Montag bis Mittwoch sollen 3000 Betriebsversammlungen, 10 000 Erwerbslosenversammlungen und 1000 Gewerkschaftsversammlungen durchgeführt werden. Diese Veranstaltungen sollen durchschlagend demonstrativen Charakter haben und müssen deswegen unbedingt für diese Tage (und nicht etwa für spätere Termine) vorbereitet werden. Notwendig ist deshalb rechtzeitige Saalfestlegung und Rednerschulung (Material wird geliefert). Im Rahmen dieser Versammlungen muß

7 Vgl. Antifaschistische Aktion. Einleitung, S. 30 ff.

8 Manifest und Kampfgelöbnis der Antifaschistischen Aktion, beschlossen am 10. Juli 1932 vom Einheitskongreß in Berlin, wurden am 12. 7. in der *Roten Fahne* Nr. 153 veröffentlicht. Beide sind abgedruckt in: Antifaschistische Aktion. Dokument 57, S. 179 ff.

9 Zum RFB-Gelöbnis vgl. Weber I, S. 323.

besonders Gewicht auf Versammlungen und Kundgebungen der Jungarbeiter und der Arbeiterinnen gelegt werden. In diesen Versammlungen muß es zur Schaffung von Massenselbstschutz und Einheitsausschüssen kommen.

c) Am 14. und 15. Juli sollen in allen Städten Appelle des Roten Massenselbstschutzes mit riesigen Massenmeetings unter freiem Himmel als Generalappell der Antifaschistischen Aktion durchgeführt werden. Die Betriebsversammlungen wie die Stempelstellenversammlungen müssen selbstverständlich der Vorbereitung dieser Generalappelle dienen, sie müssen deswegen auch zur Schaffung bzw. Verschärfung des Massenselbstschutzes ausgenutzt werden.

d) Am Sonnabend, dem 16. Juli, findet unter Teilnahme aller von der Antifaschistischen Aktion erfaßten Massen der Betriebe, Stempelstellen und Wohngebiete eine großzügige allgemeine Haus- und Hofagitation statt mit Sammlung für den antifaschistischen Kampffond, mit [Verbrei]tung antifaschistischer Literatur, antifaschistischer Zeitungen und der Parteipresse (gute Einteilung der zur Verfügung stehenden Kräfte) statt.

e) Am Sonntag, dem 17. Juli, wird der 2. Rote Landsonntag der Antifaschistischen Aktion auf breitester Massengrundlage durchgeführt werden. Wichtig ist, daß Betriebsbelegschaften und Stempelstellen unter Führung der Einheitsausschüsse bestimmte Dörfer bearbeiten unter Hinzuziehung des Massenselbstschutzes der Betriebe und Stempelstellen.

Wo noch keine Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion bestehen, müssen die Parteiorganisationen den Roten Landsonntag durchführen unter Hinzuziehung der Mitglieder aller Massenorganisationen (Sportler!) und möglichst vieler nichtorganisierter Arbeiter. Der Rote Landsonntag wird nur dann von Erfolg sein, wenn die Antifaschistische Aktion in den einzelnen Dörfern mit möglichst großen Massen auftritt. Der Plan für den Landsonntag muß deshalb von langer Hand gründlich vorbereitet werden.

f) Im Rahmen der Kampfwoche sollen, wo die Voraussetzungen gegeben sind, antifaschistische Kampfkonferenzen abgehalten werden. Ebenso sind besondere Versammlungen der Roten Hilfe unter den Losungen „Heraus mit den antifaschistischen Kämpfern! Vollamnestie für die proletarischen-politischen Gefangenen" einzugliedern.

Die befreundeten Massenorganisationen (Rote Verbände, RGO, Sportler, IAH, Internationaler Bund usw.) müssen natürlich bei der stärksten Unterstützung der allgemeinen Veranstaltungen und Konferenzen der Antifaschistischen Aktion ihre Arbeit auf der Grundlage ihrer speziellen Aufgebote und ihren besonderen Methoden durchführen.

In jedem Betrieb soll bereits jetzt ein bestimmter Termin für die Durchführung von Konferenzen (Gebietsweise oder im Maßstabe des Gesamt-Bezirks) ins Auge gefaßt werden. Die Einberufung soll auf Grund bestimmter Ereignisse oder Initiative von sympathisierenden Organisationen, Appell von Großbetrieben, je nach der besonderen bezirklichen Lage erfolgen.

g) Die Presse muß eine antifaschistische Woche der Arbeiterkorrespondenten durchführen, unter Berücksichtigung auch der Korrespondenten führender revolutionärer Kämpfer aus Italien, Polen, dem Balkan.

h) Die antifaschistische Kampfwoche soll in dieser Durchführung den Auftakt für die eigentliche Wahlbewegung bilden. Je größer die Massenmobilisierung durchgeführt wird, um so leichter wird es möglich sein, alle Kräfte der Antifaschistischen Aktion für die Unterstützung der Wahlbewegung der Partei zu gewinnen. Der Reichseinheitsausschuß wird selbstverständlich ebenfalls zu der Frage der Reichstagswahlen Stellung nehmen und bestimmte Forderungen entsprechend dem Manifest aufstellen. Ebenso wird eine Sondernummer „*Antifaschistische Aktion*", die ein Gesamtbild der in der antifaschistischen Kampfwoche durchgeführten Millionenbewegung in ganz Deutschland geben soll, zur Wahl Stellung nehmen.[10]

5. Vorbereitung des Antikriegskongresses.

Die antifaschistische Kampfwoche soll zugleich der verstärkten Vorbereitung des Internationalen Antikriegskongresses dienen. Dieser Kongreß findet voraussichtlich Mitte August statt. Die werktätige Bevölkerung Deutschlands muß auf diesem Kongreß eine sehr breite Vertretung haben. Es müssen mindestens 2000 Delegierte entsandt werden. (Genauer Vorschlagsplan siehe Anlage 2.)[11] (Direktiven und Materialien zum Antikriegskongreß werden besonders übermittelt.)

Die Vorbereitung des Internationalen Kongresses setzt voraus, daß die enge Verbindung des antifaschistischen Kampfes mit dem Kampf gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion dauernd mit größter Eindringlichkeit hervorgehoben wird und daß die Antifaschistische Aktion ihre Hauptgrundlage in den Betrieben und Gebieten findet, die für die revolutionäre Antikriegsarbeit von ausschlaggebender Bedeutung sind. Dazu gehört auch, daß den Problemen der revolutionären antimilitärischen Beeinflussung der Jugend in Verbindung mit Arbeitsdienst, drohendem Verbot des Kommunistischen Jugendverbandes und national-sportlichen Zwangsorganisationen weit größere Bedeutung beigemessen wird als bisher. In der Gesamtkampagne Friedensvertrag, [muß] der 28. Juli (Jahrestag der ersten Kriegserklärung und Mobilmachung von 1914) besonders hervorgehoben werden.[12]

Vorläufiger Materialplan.[13]

Bereits im Rundschreiben vom 4. Juni ist auf die Notwendigkeit hingewiesen, vorwiegend mit eigenem Material der unteren Einheiten zu arbeiten. Die Antifaschistische Aktion soll nicht bloß Agitation, sondern eben Aktion sein. Das Zentrale-Material kann nur die Erfahrung der einzelnen kleineren Aktionen auswerten, kann aber nicht unmittelbar der Unterstützung der kleineren Aktionen in ausreichendem Maße dienen. Sichert deswegen, daß sich alle unteren Einheiten, Unterbezirke eigene

10 Zum Ergebnis der antifaschistischen Kampfwoche vgl. Kritik des ZK in Dok. 69. Bereits am 19. Juli gab die Orgabteilung ein Rundschreiben an die Bezirksleitungen heraus, in dem kritisiert wurde, daß das Schwergewicht nicht die Betriebe seien. Das umfangreiche Rundschreiben vgl. StA Bremen, 4/65, Nr. 13 h. und Records T-175, 333, 2838406–2838416.

11 Dieser Vorschlagsplan liegt nicht vor. Die Zahl der deutschen Delegierten auf dem Amsterdamer Kongreß betrug 759. Vgl. GdA S. 375 f.

12 Über diese Kampagne zum Jahrestag des Friedensvertrages liegen sonst keine Anweisungen vor. Sie scheint in der Kampagne zur Antifaschistischen Aktion untergegangen zu sein. Allerdings veröffentlichte die *Inprekorr* Nr. 33–49 eine Dokumentenserie: Wie der erste Weltkrieg vorbereitet wurde.

13 Die folgenden Teile des vorliegenden Rundschreibens sind aus: NSDAP-Hauptarchiv, Reel 15, Folder 289.

Agitationspläne machen. Schafft für den Bezirk selbst auch [einen] Agitationsplan. Jede Untereinheit muß ihr Agitationslokal haben, ebenso sollte jeder Einheitsausschuß sein Werbe- und Agitationslokal haben. Gliedert Agitationswerkstätten an, Nähstuben für Fahnen und Transparente. Organisiert die Beschaffung von neuen Vervielfältigungs- und Druckmöglichkeiten, verbessert die Vorbereitung und Durchführung aller Veranstaltungen, sowohl in der Ankündigung, wie in der Aufmachung. Organisiert Sprechchöre, sichert die weiteste Verbreitung von roten Fahnen und Transparenten usw.

Der nachstehende Materialplan wird noch ergänzt durch eine Reihe äußerst wirksamer Aufrufe zur Wahl unserer Liste, die von 300 Witwen, Waisen und Invaliden der Grubenkatastrophen, 300 abgebauten und gemaßregelten Lehrern, von einer Zahl gepfändeter, zwangsversteigerter Bauern usw. unterzeichnet sind. Die Bezirksleitungen werden über das Erscheinen dieser Flugblätter und die Beschaffung der notwendigen Unterschriften noch besonders benachrichtigt.[14]

Selbstverständlich werden auch bei besonderen Anlässen noch einige Flugblätter und Flugzettel zentral erscheinen.

Zentrales Material.[15]

a) Innerorganisatorische Anweisungen
1. Referentenmaterial.
2. Material für den Schulungstag im Juni und Juli.
3. Presse- und Informationsdienst für Betriebs-, Stempelstellen- und Ortszeitungen.
4. Allgemeine Anregungen für die Durchführung der Antifaschistischen Aktion (für Zellen, Ortsgruppen, Fraktionen). Appell an alle Mitglieder der Partei und der Massenorganisationen.

b) Flugblätter
1. Gegen *Papens* Notverordnung und Aufhebung des SA-Verbots (erscheint Freitag, den 17. Juni).
2. Für soziale und nationale Befreiung, gegen die imperialistischen Kriegstreiber.
3. Die Antifaschistische Aktion schlägt den Faschismus. (Appell an die SPD-Arbeiter).
4. Für Arbeit und Brot – Her mit den Milliarden (Arbeitsbeschaffung).
5. 10 Tatsachen (Merkblatt für die SPD-Arbeiter).
6. Arbeitsdienst – Kriegsdienst.
7. Inflation (Für Mittelstand).
8. Frauenflugblatt.
9. Zwei Flugblätter für Landsonntage. (Das erste erscheint am 16. Juni).
10. Manifest des Reichseinheitsausschusses der Antifaschistischen Aktion.
Außerdem zwei Bildflugblätter, Handzettel und Klebezettel.

c) Plakate:
Bildplakate:
1 Bildplakat „Die Antifaschistische Aktion marschiert"

14 Konnten nicht ermittelt werden.

15 Die folgende Aufstellung vermag einen Überblick zu geben, mit welchem Materialaufwand die Gründung der Antifaschistischen Aktion bewerkstelligt wurde. Gleichzeitig dienten diese Materialien der Wahlwerbung zur Reichstagswahl am 31. Juli 1932. Es war nicht festzustellen, wieweit diese Materialien tatsächlich erschienen sind.

1 Bildplakat Gegen *Papen*-Regierung
1 Bildplakat Gegen Nazi
1 Bildplakat Für Bauern
1 Bildplakat Für Frauen
1 Bildplakat Für Jugend
1 Bildplakat „Antifaschisten wählt Kommunisten!"
Schriftplakate:
1. Gegen die Regierung der Scharfmacher, Barone und Generäle – gegen faschistische Diktatur – für Arbeiter- und Bauernregierung.
2. Her mit den Milliarden – für Arbeit und Brot.
3. Gegen *Hitler*faschismus.
4. KPD-Liste 3.

d) Broschüren:
1. Neuauflage „Was will die KPD?"
2. Her mit den Milliarden – Für Arbeit und Brot!
3. *Hitler* der Führer (Nazi-Korruption).
4. Gegen Hakenkreuz und Grafenkrone (Appell an die SPD-Arbeiter: So wird der Faschismus geschlagen!).
5. Drittes Reich – Italien.

Außerdem erscheint das Handbuch der Reichstagsfraktion: „Zwei Jahre *Brüning*-Diktatur – Von *Brüning* zu *Papen*".[16]

e) Zeitungen usw.
1. *Antifaschistische Aktion*. Rotationszeitung 5 Pfg. Erscheint nach Bedarf, erste Nummer am 24. Juni.
2. *Illustrierte Zeitung* für Kampfwoche gegen imperialistischen Krieg. Erscheint Ende Juni.
3. Sondernummer des *Roten Wähler*.

In den nächsten Tagen kommt die Plakette der Antifaschistischen Aktion heraus.

f) Traktätchen der Antifaschistischen Aktion:
Diese Traktätchen sind nicht direkt auf die Wahl zugeschnitten. Sie behandeln bestimmte Probleme des antifaschistischen Kampfes. Sie werden den Bezirken nur auf direkte Anforderung auf Grund der Bestellung der Ortsgruppen zur Verfügung gestellt. Bis jetzt sind geplant:
25 Punkte der NSDAP, Nazi-Streikbrecher, Erfüllungspolitik der NSDAP, Arbeitermorde, Nazikorruption, SPD-Führer in der *Papen*-Front, Von *Brüning* zu *Papen*.

Terminplan über erscheinendes Material erhalten die Leitungen durch Zentralagitprop.

16 Vgl. Zwei Jahre Brüning-Diktatur. Von Brüning zu Papen Handbuch der Kommunistischen Reichstagsfraktion. April 1930 bis Mai 1932. Berlin o.J. (1932).

67.

23. 6. 1932: Anweisungen des Sekretariats zur Reichstagswahl vom Juli 1932

BA R 45/IV-20, 91–98; Hektographiertes Rundschreiben. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 13. Anweisungen des Sekretariats".

Inhaltsverzeichnis:
Reichstagswahl 1932

An alle Bezirksleitungen und Redaktionen!

Merkblatt
für die kommunistischen Wahlkomitees zur Reichstagswahl am 31. Juli 1932.
(Instruktionen für die technischen Wahlarbeiten)

Anfragen in Wahlangelegenheiten sind zu richten an:
Ernst Torgler, MdR. Berlin NW 7, Reichstag.[1]

Werte Genossen!

Die Vorarbeiten für die Reichstagswahlen sind nach den in diesem Merkblatt festgelegten Richtlinien sofort von den Bezirksleitungen in Angriff zu nehmen:

Wahltag ist Sonntag, der 31. Juli 1932.

1. Bildung der Wahlkomitees

In jedem Wahlkreis ist sofort ein Wahlkomitee zu bilden. Es ist sofort Verständigung mit dem Nachbarbezirk, der evtl. an dem Wahlkreis beteiligt ist, darüber aufzunehmen, wie die Wahlkomitees gebildet werden sollen. Nach Möglichkeit sind dazu Landtagsabgeordnete, Stadtverordnete und Gemeindevertreter hinzuzuziehen.

2. Die Aufgaben des Wahlkomitees:

An technischen Wahlarbeiten liegen dem Wahlkomitee insbesondere ob:
1. alle Arbeiten, die mit der Einreichung der Kandidatenlisten verbunden sind.
2. die Listenverbindungserklärungen im Wahlkreisverband.
3. die Anschlußerklärung an die Reichsliste.
4. Bestimmung von Genossen für den Kreiswahlausschuß und Verbandswahlausschuß.
5. Bestimmung von Genossen, die als Beisitzer im Wahlvorstand in Frage kommen.
6. Organisation der Einsichtnahme in die Wählerlisten.
7. Organisation der Kontrolle in den Wahllokalen am Wahltage.
8. Zusammenstellung der Wahlresultate.

3. Kandidaten-Aufstellung:

Die Kandidatenlisten müssen so rechtzeitig aufgestellt werden, daß sie mit den Unterschriften und den Zustimmungserklärungen der Kandidaten bis spätestens 11. Juli 1932 in den Händen des Kreiswahlleiters sein können.

1 Ernst *Torgler* (1893–1963) gehörte dem Reichstag ununterbrochen von 1924 bis 1933 an. Ab 1929 war er Fraktionsvorsitzender der KPD. Vgl. die Kurzbiographie bei Weber II S. 324 f.

4. Zahl der Kandidaten:
Die Zahl der Kandidaten in den einzelnen Kreisen soll möglichst groß sein – etwa 15 bis 20 in jedem Kreis.[2] Eine gesetzliche Vorschrift über die höchst zulässige Zahl der Kandidaten besteht nicht. Für uns kann es auch keine Rolle spielen, ob in einem Kreis Aussicht besteht, mehr oder weniger Kandidaten durchzubringen. Das wesentliche ist, daß die Kandidaten zur Wahlpropaganda herangezogen werden, da ihnen keine Beschränkung in der Wahlpropaganda auferlegt werden kann.

5. Wer kann zum Reichstag kandidieren?
Nach § 4 des Wahlgesetzes ist wählbar jeder Wahlberechtigte, der am Wahltage 25 Jahre alt und seit mindestens einem Jahre Reichsangehöriger ist. Die Bestimmung, daß der Kandidat wahlberechtigt sein muß, hat nicht zur Voraussetzung, daß er auch in der Wählerliste steht. Es ist nur festzustellen, daß er tatsächlich wahlberechtigt ist. Die Gemeindebehörde hat darüber eine amtliche Bescheinigung auszustellen, „daß der Kandidat am Wahltag das 25igste Lebensjahr vollendet hat, seit mindestens einem Jahr Reichsangehöriger und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen ist".

Den Bezirksleitungen gehen in den nächsten Tagen zur Weiterleitung an die Wahlkomitees Vordrucke für solche Bescheinigungen zu.

6. Zustimmungserklärungen
Der aufgestellte Kandidat hat dem Wahlleiter des Wahlkreises gegenüber die Erklärung abzugeben, daß er seiner Aufstellung auf eine Kandidatenliste des Kreises zustimmt (Vordrucke für Zustimmungserklärungen gehen den Bezirksleitungen zur Weiterleitung an die Wahlkomitees zu).

7. Die Unterzeichnung der Kandidatenlisten
Die Kreiswahlvorschläge brauchen nach dem Reichswahlgesetz nur mit 20 Unterschriften versehen zu sein. Es ist aber notwendig, daß mindestens 25–30 Genossen die Liste unterzeichnen, damit bei Beanstandungen sofort Reserve-Unterschriften vorhanden sind.

Unterzeichner der Kandidatenliste können auch die Mitglieder des Wahlkomitees sein, wenn sie Wähler sind und in der Wählerliste stehen. Nicht unterzeichnet werden darf die Liste von den Kandidaten selbst.

Die Unterzeichner der Kandidatenliste müssen eine behördliche Bescheinigung darüber beibringen, daß sie in der Wählerliste stehen. Es empfiehlt sich, die 30 Unterzeichner aus einer Ortschaft zu nehmen, damit die gemeindebehördliche Bescheinigung gleich auf unseren Vordrucken (siehe daselbst) generell für alle Unterzeichner vollzogen werden kann.

Es ist darüber zu wachen, daß die Unterzeichner unserer Listen nicht gleichzeitig etwa Kandidatenlisten anderer Parteien unterzeichnen (gesetzlich nicht zulässig).

Das Wahlkomitee muß sofort nach Eingang des Vordrucks für die notwendigen Unterschriften sorgen, damit die Fertigstellung der Kandidatenliste keine Verzögerung erleidet.

2 Die KPD hielt sich an diese Anweisungen, sie stellte zwischen 8 (Wahlkreis Franken) und 28 (Magdeburg) Kandidaten auf, außerdem 40 Kandidaten der Reichsliste. Vgl. Reichstag-Handbuch. V. Wahlperiode 1930. Berlin 1930. S. 208 ff.

8. Vertrauensmänner der Kandidatenlisten
Einer der Unterzeichner (Mitglied des Wahlkomitees) ist als Vertrauensmann, ein anderer als sein Stellvertreter zu bezeichnen. Der Vertrauensmann und sein Stellvertreter haben den Verkehr mit dem amtlichen Wahlleiter aufrecht zu erhalten, sie haben auch die Listen- und Anschluß-Erklärungen für die Kandidatenliste abzugeben.

Ein Vertrauensmann kann nicht gleichzeitig für mehrere Kreiswahlvorschläge oder mehrere Reichswahlvorschläge fungieren.

Die Vertrauensmänner sind abberufbar. Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichner einer Kandidatenliste dem Wahlleiter gegenüber, daß der Vertrauensmann oder sein Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt ohne weiteres der neu ernannte Vertrauensmann an die Stelle des früheren.

9. Kennwort der Kandidatenlisten
Jeder Wahlvorschlag ist mit einem auf die Parteistellung der Bewerbung hinweisenden Kennwort zu versehen, das den Wahlvorschlag deutlich von allen anderen Wahlvorschlägen unterscheidet. Die kommunistischen Kandidatenlisten müssen überall mit dem Kennwort: „Kommunistische Partei Deutschlands" versehen werden. Die Form der Kandidatenliste ist aus den Vordrucken für die Kandidatenlisten ersichtlich. Wir haben die Vordrucke so eingerichtet, daß sie gleichzeitig die Namen der Kandidaten, die Anschlußerklärung an den Reichswahlvorschlag, die Namen der Unterzeichner und die gemeindebehördliche Bescheinigung über die Wahlberechtigung der Unterzeichner enthält.

10. Einreichung der Kandidatenliste.
Für jeden Wahlkreis wird von der Regierung ein Wahlleiter ernannt. Name und Adresse des Wahlleiters muß amtlich bekannt gemacht werden. Der Wahlleiter hat in den Amtsblättern zur Einreichung von Kreiswahlvorschlägen aufzufordern. Die Einreichung kann dort, wo die Kandidatenliste feststeht, sofort nach Bekanntgabe des Kreiswahlleiters geschehen, spätestens jedoch am 11. Juli 1932 (siehe Ziffer 3). Dazu gehören natürlich alle notwendigen Bescheinigungen für die Kandidaten und die Zustimmungserklärung der Kandidaten.

Wenn die Einreichung der Liste persönlich durch den Vertrauensmann nicht möglich ist, muß der Vertrauensmann die Einsendung per Eingeschriebenem Brief vornehmen.

11. Listenverbindung in den Wahlkreisverbänden.
Mehrere Wahlkreise sind zu einem Wahlkreisverband zusammengeschlossen. Innerhalb dieser Wahlkreisverbände können die Kandidatenlisten derselben Partei verbunden werden. Eine Verbindung von Kandidatenlisten verschiedener Parteien ist unzulässig. Nur Kandidatenlisten, die ein und derselben Reichsliste angeschlossen sind, können verbunden werden. Die Kandidatenlisten der Kommunistischen Partei müssen unter allen Umständen verbunden werden. Die Verbindung hat den Zweck, die in den einzelnen Kreisen verbleibenden Reststimmen im Wahlkreisverband zu sammeln. Übersteigt die Zahl der Reststimmen 60 000, so wird der Kandidatenliste, die den größten Rest aufzuweisen hat, noch ein Mandat zugewiesen.

Wenn die Verbindungserklärung unterlassen wird, gehen zwar die Stimmen nicht verloren, sie werden der Reichsliste zugezählt, aber den Kreisen geht zugunsten der Reichsliste unter Umständen ein Mandat verloren.

12. Erklärung der Listenverbindung.
Die Vertrauensmänner der Kandidatenlisten in den einzelnen Kreisen haben übereinstimmend dem Verbandswahlleiter anzuzeigen, daß die kommunistische Liste ihres Kreises mit der kommunistischen Liste des einen oder der anderen zum Wahlkreis gehörigen Kreise verbunden werden sollen. Diese Erklärung muß von dem Vertrauensmann des einen Kreises unterzeichnet, dem Vertrauensmann des oder der anderen Kreise zur Unterschrift zugesandt und von dem letzten dann sofort eingeschrieben oder persönlich dem Verbandswahlleiter übermittelt werden. Die Verbindungserklärung muß bis spätestens den 16. Juli 1932 dem Verbandswahlleiter abgegeben sein. Die Abgabe[3] an unrichtiger Stelle macht die Verbindungserklärung ungültig, wenn Zweifel darüber bestehen, wer der Verbandswahlleiter ist, muß Auskunft beim Kreiswahlleiter eingeholt werden, der die Adresse angeben muß.
Vordrucke für die Verbindungserklärung gehen den Bezirksleitungen ebenfalls zu.
13. Die Wahlkreisverbände für die Reichstagswahl.

Name des Wahlkreisverbandes:	Umfang des Wahlkreisverbandes:
1. Ostpreußen	Ostpreußen
2. Brandenburg I	Stadt Berlin und Potsdam II (Teltow-Beeskow-Storkow)
3. Brandenburg II	Potsdam I (Havelland, Niederbarnim usw. und Frankfurt a./Oder)
4. Pommern-Mecklenburg	Pommern-Mecklenburg
5. Schlesien	Breslau, Liegnitz und Oppeln
6. Sachsen-Thüringen	Magdeburg, Merseburg, Thüringen
7. Schleswig-Holstein, Hamburg	Schleswig, Hamburg
8. Niedersachsen	Weser-Ems, Ost-Hannover, Süd-Hannover, Braunschweig
9. Westfalen	Westfalen-Nord, Westfalen-Süd
10. Hessen	Hessen-Nassau, Hessen-Darmstadt
11. Rheinland-Süd	Köln-Aachen, Koblenz-Trier
12. Rheinland-Nord	Düsseldorf-Ost, Düsseldorf-West
13. Bayern-Südost	Oberbayern-Schwaben, Niederbayern
14. Bayern-Nordwest	Franken-Pfalz
15. Sachsen	Dresden-Bautzen, Leipzig, Chemnitz, Zwickau
16. Württemberg-Baden	Württemberg, Baden

14. Reichswahlvorschlag.
Anschlußerklärung an die Reichsliste
Die Anschlußerklärung befindet sich bereits auf dem Vordruck für die Kandidatenliste und wird demgemäß zusammen mit der Kandidatenliste eingereicht. Wenn diese Erklärung nicht in jedem Wahlvorschlag abgegeben wird, dann gehen die

3 In der Vorlage irrtümlich: Angabe.

Reststimmen verloren. Außerdem wird dadurch die Verbindungserklärung im Wahlkreisverband hinfällig, denn nach dem Wahlgesetz ist die Listenverbindung im Wahlkreisverband nur dann wirksam, wenn diese Wahlkreisvorschläge derselben Reichswahlliste angeschlossen sind.

15. Beseitigung der Mängel.
Die Wahlleiter sollen die Vertrauensmänner auf etwaige Mängel der Kandidatenliste oder Verbindungserklärungen aufmerksam machen und auffordern, diese Mängel zu beseitigen.

Unsere Wahlkomitees und Vertrauensmänner müssen aber so gewissenhaft verfahren, daß sie Mängel vermeiden. Eine Beseitigung von Mängeln ist nicht mehr möglich: beim Kreiswahlvorschlag, wenn er vom Wahlausschuß festgelegt ist, beim Reichswahlvorschlag, wenn er veröffentlicht ist und bei den Verbindungserklärungen, wenn der Verbandswahlausschuß über ihre Zulassung beschlossen hat.

16. Telegrafische Listeneinreichung und Verbindungserklärungen.
Es kann der von uns unter allen Umständen zu vermeidende Ausnahmefall eintreten, daß Kandidatenlisten erst am letzten Tage der zulässigen Frist fertigzustellen sind. In diesem Falle kann sie telegrafisch eingereicht werden, hat aber nur Gültigkeit, wenn sie durch eine spätestens am zweiten Tage nach Ablauf der Frist eingegangene schriftliche Erklärung bestätigt wird. Dasselbe gilt für Verbindungserklärungen, Zustimmungserklärungen der Kandidaten, sowie Anschlußerklärungen an die Reichsliste.

Über erfolgte Einreichung der Kandidatenliste mit den Anlagen und über die erfolgten Verbindungserklärungen ist an die oben bezeichnete Adresse sofort Mitteilung zu machen.

17. Wahlausschüsse.
In jedem Wahlkreis wird vom Wahlleiter ein Wahlausschuß gebildet, der von dem Wahlleiter als Vorsitzenden und aus vier bis acht Beisitzern besteht.

Im Wahlkreisverband ist ein Verbandswahlausschuß mit vier Beisitzern zu bilden. Für jeden Beisitzer ist ein Vertreter zu ernennen. Die Beisitzer und Stellvertreter sind von dem Vorsitzenden aus den Stimmberechtigten der Parteien des Wahlkreises zu berufen, nachdem er die Parteileitung gehört hat.

Die Vertrauensmänner der Kandidatenlisten und ihre Stellvertreter können nicht Beisitzer der Wahlausschüsse sein. Die Namen der Beisitzer und Stellvertreter sind amtlich bekannt zu machen. Die Bezirksleitungen bzw. die Wahlkomitees haben zur Besetzung dieser Beisitzer- und Stellvertreterposten geeignete Genossen auszusuchen und darauf zu achten, daß diese Genossen mit dem Wahlgesetz vertraut sind; denn die Ausschüsse haben über die Gültigkeit der Kandidatenlisten und Verbindungserklärungen zu entscheiden, das Wahlergebnis festzustellen und über die Zuteilung von Mandaten zu beschließen.

Die Aufgaben der Bezirksleitungen und Ortsgruppen zur technischen Vorbereitung und Durchführung der Wahl.

1. Wählerlisten.
In jedem Wahlbezirk muß für die dort wohnenden Wähler von der Behörde eine Wählerliste angelegt werden. Die Wählerliste ist kurz vor der Wahl zur Einsichtnahme der Wähler auszulegen, damit sich der Wähler vergewissern kann, ob sein

Name eingetragen ist. Wer nicht in der Wählerliste steht, darf nicht wählen. Die Wählerlisten liegen einheitlich für das ganze Reich aus: vom 10. Juli bis 17. Juli einschließlich.

2. Abschrift der Wählerlisten.

Voraussetzung für einen Schlepperdienst am Wahltage ist das Vorhandensein von Abschriften von Wählerlisten. In großen Städten und stark bevölkerten Orten ist es deshalb notwendig, solche Abschriften anzufertigen. Der Bezug von amtlichen Abschriften ist für unsere Parteiorganisation finanziell nicht tragbar; die Bezirksleitungen und Ortsgruppen müssen daher sofort schreibgewandte Genossen verpflichten, die derartige Abschriften herstellen können. Mit Hilfe unserer Stadtverordneten und Gemeindevertreter muß erreicht werden, daß die Gemeindebehörden räumlich und zeitlich Gelegenheit zur Vornahme der Abschriften geben. In kleineren Orten wird es auf andere Weise möglich sein, den Schlepperdienst am Wahltage zu organisieren. Die Wählerlisten müssen vor Auslegung der Wählerlisten abgeschrieben sein.

3. Organisation der Einsichtnahme in die Wählerlisten.

Wählen kann nur, der in der Wählerliste steht. Deshalb ist es eine absolute Notwendigkeit, daß die Einsichtnahme in die Wählerlisten gut organisiert wird, damit keiner unserer Wähler wegen dieser Unterlassung sein Wahlrecht verliert. Mit Hilfe unserer Stadtverordneten und Gemeindevertreter ist darauf zu achten, daß für die Einsichtnahme in die Wählerlisten genügend Auslegestellen eingerichtet werden, die auch leicht erreichbar sind und daß durch genügende amtliche Bekanntmachung auf die Auslegung und die Auslegungsorte aufmerksam gemacht wird.

Die Redaktionen sind verpflichtet, täglich durch Schlagzeilen mit Angabe der Auslegungszeit zur Einsichtnahme in die Wählerliste aufzufordern.[4]

Zur Erleichterung der Einsichtnahme wird es sich für die Bezirks- und Ortsgruppenleitungen empfehlen, Einzeichnungslisten in den Betrieben, Gastwirtschaften, Parteigeschäften usw. auszulegen, in welche sich diejenigen eintragen, die nicht Zeit haben, die Wählerliste bei der Behörde selbst einzusehen. Ein beauftragter Genosse hat dann die Wählerliste daraufhin zu kontrollieren, ob die eingezeichneten Namen in der amtlichen Liste enthalten sind. Fehlt ein Name, so muß der Betreffende selbst sofort benachrichtigt werden und dieser dann die Nachtragung sofort veranlassen.

4. Einsprüche gegen die Wählerliste.

Die Reklamation wegen Fehlens in der Wählerliste ist bei der Gemeindebehörde anzubringen innerhalb der Frist, welche in der Bekanntmachung über die Auslegung der Wählerliste angegeben ist.

5. Wahlliste oder Stimmscheine.

Die Einrichtung der Wahl- und Stimmscheine hat den Zweck, einem Wähler, der sich am Wahltage außerhalb seines Wahlkreises aufhält, die Ausübung seines Wahlrechts zu ermöglichen. Die Wahlgesetze enthalten folgende Bestimmungen: (§ 9)

---

4 Eine Durchsicht der kommunistischen Zeitungen *Rote Fahne*, *Freiheit* (Düsseldorf), *Bergische Arbeiterstimme* (Solingen) und *Arbeiter-Zeitung* (Mannheim) ergab keine Aufforderung in der entsprechenden Zeit, das Rundschreiben wurde offensichtlich nicht beachtet.

Einen Stimmschein erhält auf Antrag:

I. Ein Stimmberechtigter, der in eine Wählerliste oder Wählerkartei eingetragen ist,
1. wenn er sich am Abstimmungstag während der Abstimmungszeit aus zwingenden Gründen außerhalb seines Stimmbezirks aufhält.
2. Wenn er nach Ablauf der Einspruchsfrist (Ziffer 4) seine Wohnung in einen anderen Wahlkreis verlegt.
3. wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist und durch den Stimmschein die Möglichkeit erhält, einen für ihn günstiger gelegenen Abstimmungsraum aufzusuchen.

II. Ein Stimmberechtigter, der nicht in eine Stimmliste oder Stimmkartei eingetragen oder darin gestrichen ist:
1. wenn er nachweist, daß er ohne sein Verschulden die Anspruchsfrist versäumt hat;
2. wenn er wegen Ruhen des Wahlrechts nicht eingetragen oder gestrichen war, der Grund dafür aber nach Ablauf der Einspruchsfrist weggefallen ist;
3. wenn er Auslandsdeutscher war und seinen Wohnort nach Ablauf der Einspruchsfrist in das Inland verlegt hat.

Stimmscheine können noch am Tage vor der Abstimmung ausgestellt werden.

Das Wahlrecht ruht für die Soldaten während ihrer aktiven Dienstzeit, wenn ein Soldat zwischen Auslegung der Wählerliste und Wahltag ausscheidet, muß er nach Ziffer II, 2 einen Wahlschein bekommen. Dasselbe gilt für Straf-, Untersuchungs- und Polizei-Gefangene, die in dieser Zeit aus dem Gefängnis entlassen werden. Schutzhaftgefangene besitzen unter allen Umständen das Wahlrecht und müssen zum Wählen zugelassen werden. Für diese empfiehlt sich die Beschaffung eines Stimmscheines.

Mit Unterstützung unserer Stadtverordneten und Gemeindevertreter ist bei den Gemeindebehörden darauf hinzuwirken, daß für Kranken- und Pflegeanstalten mit einer größeren Anzahl von Stimmberechtigten, die keinen Abstimmungsraum außerhalb der Anstalt aufsuchen können, besondere Stimmbezirke gebildet werden, durch deren Einrichtung den Kranken und dem diensttuenden Pflegepersonal Gelegenheit zur Stimmabgabe gegeben wird. Ist die Zahl der Stimmberechtigten einer Krankenanstalt so gering, daß sich die Abstimmung der einzelnen Stimmberechtigten ermitteln ließe, so ist bei den Gemeindebehörden für die Bereitstellung geeigneter Transportmittel Sorge zu tragen, damit die transportfähigen Kranken einen für sie günstig gelegenen Abstimmungsraum aufsuchen können.

6. Bekanntmachung der Wahlen.

Die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Ernennung des Wahlvorstehers und seines Stellvertreters, die Bestimmung des Wahlraumes, sowie Tag und Stunde der Wahlen sind spätestens drei Tage vor der Abstimmung in ortsüblicher Weise bekannt zu geben. Es genügt Bekanntgabe mittels Plakatanschlag.

7. Beisitzer zum Wahlvorstand.

Für jeden Wahlbezirk wird von der Behörde ein Wahlvorsteher ernannt, der aus den Wählern des Bezirks drei bis sechs Beisitzer beruft. Die Beisitzer sollen Erklärungen der Regierung zufolge möglichst allen im Wahlbezirk vertretenen Parteien entnommen werden.

Die Bezirks- und Ortsgruppenleitungen haben daher eine Anzahl von Genossen

auszuwählen, die dem Wahlvorsteher vorzuschlagen sind, wenn das Ersuchen ergeht, Personen für die Beisitzerposten zu nennen.

8. Die Wahlzeit und Stimmzettel.

Die Wahlzeit wird amtlich bekannt gegeben. Pausen in der angegebenen Zeit gibt es nicht. In dieser Zeit muß es ununterbrochen möglich sein, zu wählen. Am Schluß der Wahl dürfen nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden, die im Wahlraum anwesend sind.

Unsere Redaktionen müssen deswegen mehrere Tage vor der Wahl in Schlagzeilen zur rechtzeitigen Stimmabgabe auffordern.

Die Stimmzettel werden wie bei der letzten Reichstagswahl wieder amtlich hergestellt. Der kommunistische Wahlvorschlag hat die Nummer 3.

Diese Nummer steht unbedingt fest. Es kann also sofort von den Redaktionen mit der Popularisierung dieser Zahl bei den Wählermassen begonnen werden.

Trotz der Einheitlichkeit und Übersichtlichkeit der Stimmzettel müssen die Bezirks- und Ortsgruppenleitungen dafür sorgen, daß während der ganzen Wahlhandlung vor den Wahllokalen Genossen bereitstehen, die die Wähler über die richtige Kandidatenliste und deren Platz und Nummer belehren.

9. Wahlkontrolle und Schlepperdienst.

Die Bezirks- und Ortsgruppenleitungen haben dafür zu sorgen, daß in jedem Wahllokal von Beginn bis Ende der Wahl kontrollierende Genossen anwesend sind. Sie haben dafür zu sorgen, daß der Wahlakt ordnungsgemäß vor sich geht und daß die aufgerufenen Wähler in den eventuell vorhandenen Abschriften der Wählerlisten abgeschrieben werden, damit auf diese Weise der Schlepperdienst organisiert werden kann. Die kontrollierenden Genossen müssen mit einem Ausweis, daß sie als Beauftragte der kommunistischen Partei fungieren, versehen werden.

Bei der Auszählung der Stimmen am Schluß der Wahl müssen in jedem Wahllokal Genossen anwesend sein, die die Auszählung überwachen und das Resultat nach den von der Ortsgruppenleitung bestimmten Sammelstellen übermitteln müssen. Dort sind die Wahlresultate in kurzen Zwischenräumen zusammenzustellen und an das Zentralkomitee und an die Parteipresse weiterzuleiten.

68.

14. 7. 1932: Anweisungen des Sekretariats zur Einheitsfrontpolitik und zum Reichstagswahlkampf

BA R 134, Bd. 66, S. 44–59 und StA Bremen, 4,65–IV 13 k; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/5. 8. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 14. Anweisungen des Sekretariats."

I. Fehler bei der Durchführung der Einheitsfrontpolitik

II. Antifaschistische Aktion

III. Reichstagswahlkampf

In der praktischen Durchführung der vom Zentralkomitee festgelegten Linie unserer Einheitsfrontpolitik sind in der letzten Zeit zum Teil unverzeihliche Fehler eingetre-

ten, die die größte Wachsamkeit der Partei fordern, weil sie in keiner Weise den gefaßten Beschlüssen unserer Partei entsprechen. Alle Parteileitungen werden zur größten Aufmerksamkeit gegenüber allen Einheitsfrontmaßnahmen verpflichtet, um dafür Sorge zu tragen, daß die sich breit entwickelnde Einheitsfrontbewegung durch die richtige Politik der Partei in jeder Beziehung gestärkt und gefördert und nicht durch opportunistische Fehler gehemmt und gefährdet wird.

Die Partei hat die Pflicht, mit äußerster Wachsamkeit über die bolschewistische Durchführung der Parteilinie zu wachen und alle Tendenzen und Tatsachen eines Abweichens von der Parteilinie aufzudecken und auf das schärfste zu bekämpfen.

1. Es besteht an manchen Stellen die Gefahr, daß die Partei sich von ihrer richtigen Strategie und Taktik abdrängen läßt dadurch, daß der Weg des geringsten Widerstandes in der Frage der Einheitsfrontbewegung beschritten wird.

2. Eine wirkliche Einheitsfront kann nur von unten gebildet werden, und muß sich im gemeinsamen Kampfe der Kommunisten mit den SPD-, Reichsbanner- und unorganisierten Arbeitern usw. für die Forderungen der Arbeiterklasse durchsetzen und bewähren.

3. Das Herantreten an untere Organisationen der SPD, des Reichsbanners usw. ist nur dann zulässig, wenn die Voraussetzungen dafür durch Mobilisierung der SPD-Arbeiter geschaffen worden sind.

Die bekannte Formulierung in dem Einheitsfrontangebot der Partei und RGO vom 25. 4. 1932:[1]

„Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsraub führen will, gemeinsam zu kämpfen",

wird vielfach falsch ausgelegt. Mit diesem Angebot vom 25. 4. sollte nicht eingeleitet werden ein wahlloses Herantreten unserer Organisationen an die Organisationen der „Eisernen Front"[2]. Es ist klar, daß das Herantreten an gegnerische Organisationen immer eine Maßnahme für bestimmte Fälle, entsprechend den politischen Verhältnissen, sein muß. Es ist selbstverständlich, die entscheidende Methode unserer Einheitsfrontpolitik ist die Einheitsfrontbildung von unten, die gemeinsame Kampfmobilisierung der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und Reichsbannerarbeiter unter unserer Führung für die gemeinsamen Forderungen der Arbeiterklasse. Dabei stellen wir die Frage unserer Führung nicht als „Bedingung". Es kommt darauf an, daß wir so arbeiten, uns in der Antifaschistischen Aktion so bewähren, daß es immer breiteren Arbeiterschichten zum Bewußtsein kommt, daß unsere Partei die einzige antifaschistische und antikapitalistische Partei ist, die wirkliche Führerin der roten Einheitsfront ist.

4. Das taktische Verhalten unserer Fraktion im Preußischen Landtag beruhte auf der Schlüssel-Abteilung, die unsere Partei im Landtag einnimmt und diente der

1 Vgl. Aufruf des ZK der KPD und des Reichskomitees der RGO vom 25. April 1932 an alle sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. *RF* Nr. 89 vom 26. 4. 1932; *Inprekorr* Nr. 34 vom 27. 4. 1932, S. 1040 f. Vgl. oben Dok. 63.

2 Zur Eisernen Front vgl. Dok. 59, Anm. 2.

Ausnutzung der Differenzen im Lager der Bourgeoisie.[3] Unsere Schlüsselstellung machte im Preußischen Landtage taktische Maßnahmen möglich, die jedoch unter keinen Umständen, wie es bereits an einigen Stellen geschehen ist, verallgemeinert werden dürfen, für alle Parlamente und Gemeindevertretungen. Die Nichtaufrechterhaltung der gestellten Bedingungen war nicht zweckmäßig. Die Partei erklärte mit allem Nachdruck die mechanische Übertragung der Maßnahmen unserer Fraktion im Preußischen Landtag für absolut unzulässig und verurteilt deshalb, um nur zwei Fälle zu nennen, das Verhalten der Landtagsfraktion in Hessen[4] und unserer Fraktion im Stadtparlament in Schönebeck bei Magdeburg. Das bedingungslose Eintreten für die Wahl eines sozialdemokratischen oder „demokratischen" Vertreters bedeutet die Verwischung der prinzipiellen Gegensätze zwischen uns und der sozialdemokratischen Partei und kann zur Verleugnung der Rolle unserer Partei führen.

5. Das Herantreten an die SPD und andere reformistische Massenorganisationen der Eisernen Front zur Durchführung gemeinsamer Demonstrationen, wie es vorübergehend in Berlin geschehen ist, war eine taktische Maßnahme, die auf der Überschätzung der revolutionären Reife unserer Partei zur Durchführung selbständiger Aktionen beruhte.

Das Zentralkomitee hat schon in einem besonderen Rundschreiben darauf hingewiesen, daß die schematische Übertragung der Berliner Taktik unter allen Umständen zu vermeiden sei[5]. Wir unterstreichen heute mit allem Nachdruck diese Feststellung.

6. Die Partei erklärt Vereinbarungen von Leitungen über die Veranstaltung gemeinsamer Demonstrationen von SPD und KPD für unzulässig. Solche gemeinsamen Veranstaltungen führen zur Verwischung des prinzipiellen Gegensatzes zwischen unserer Partei, der einzigen revolutionären antifaschistischen Partei des deutschen Proletariats und der Partei des Sozialfaschismus.

---

3 Nachdem die Parteien der Weimarer Koalition in den Landtagswahlen vom 24. April 1932 ihre Mehrheit im Preußischen Landtag verloren hatten, traten SPD und Zentrum mit der Fraktion der KPD in Verhandlungen über die Wahl des neuen Landtagspräsidiums ein, um sich ähnlich wie in Braunschweig (vgl. Dok. 39, Anm. 31) im Jahre 1931 auf einen gemeinsamen Kandidaten für den Landtagspräsidenten zu einigen. Die KPD-Fraktion unter Führung von W. *Pieck* stellte für ein gemeinsames Vorgehen jedoch die Bedingung der Aufhebung der wichtigsten Notverordnungen und der Beseitigung sämtlicher Einschränkungen der Grundrechte. Die Verhandlungen scheiterten schließlich an den von der KPD gestellten Forderungen, so daß am 25. Mai der Abgeordnete *Kerrl* von der NSDAP zum Landtagspräsidenten gewählt wurde. Bei der endgültigen Wahl im Juni begnügte sich die KPD-Fraktion mit der Forderung, SPD und Zentrum sollten sich verpflichten, „Nazis und die Deutschnationalen von jeder Besetzung des Landtags-Präsidiums auszuschließen". (*Inprekorr* Nr. 52 vom 24. 6. 1932, S. 1646). Das Zentrum gab weiße Stimmzettel ab, damit wurde ein rechtes Präsidium unter *Kerrl* gewählt. Zwar stimmte die KPD für ihren eigenen Kandidaten, doch stieß das Angebot auf innerparteiliche Kritik. Vgl. Horkenbach 1932 S. 208, Schulthess 1932 S. 91; GdA S. 345 f.; Antifaschistische Aktion Einleitung S. 14 und S. 24 und oben, Einleitung.

4 Bei der Eröffnungssitzung des am 19. Juni 1932 neugewählten hessischen Landtages am 7. Juli erklärte sich die KPD dazu bereit, ohne Bedingungen einen Kandidaten des Zentrums für das Amt des Landtagspräsidenten zu unterstützen. Das Zentrum ließ jedoch erklären, daß es sich an die parlamentarische Tradition halten wolle, wonach den Präsidenten die stärkste Fraktion stelle. In der Wahl unterstützte das Zentrum den Nationalsozialisten Prof. *Werner*, der mit 45 von 70 Stimmen zum Präsidenten gewählt wurde. Die KPD war jedoch nicht bereit, für den sozialdemokratischen Gegenkandidaten *Delp* zu stimmen. Vgl. *Frankfurter Zeitung* Nr. 502–503 vom 8. 7. 1932.

5 Dieses Rundschreiben liegt nicht vor.

7. Ebenso ist unzulässig die Veranstaltung gemeinsamer Mitgliederversammlungen von SPD oder SAP und KPD. auf denen abstrakt über die Einheitsfront des Proletariats diskutiert wird. Selbstverständlich ist, daß wir entsprechend unseren früheren Anweisungen jede nur denkbare Gelegenheit ausnutzen, um Genossen von uns in Versammlungen der SPD. des Reichsbanners, der SAP und der SAJ usw. auftreten lassen, um dort unsere revolutionäre Politik zu vertreten und die Handlungen der SPD-Führer anzuprangern.

8. Verhandlungen von Unterbezirksleitungen der KPD mit Unterbezirksleitungen der SPD, des Reichsbanners usw., wie sie z. B. in Dessau stattgefunden haben, sind absolut unzulässig. Jede Leitung ist verpflichtet, der übergeordneten Leitung sofort Mitteilung von Verhandlungen oder Fühlungnahme zugehen zu lassen, bevor solche stattgefunden haben und sobald etwa ein Angebot der gegnerischen Organisationen vorliegt.

9. Wir müssen gerade zur Gewinnung der SPD-Arbeiter auf Schritt und Tritt die SPD- und ADGB-Führer entlarven und bekämpfen, ihre Demagogie aufzeigen und beweisen, daß sie auch in der gegenwärtigen Entwicklungsphase der unmittelbaren Aufrichtung der faschistischen Diktatur durch die *Papen*-Regierung nicht aufgehört haben, den Faschismus zu fördern und die Arbeiterklasse vom Kampfe abhalten und ablenken und in der schändlichsten Weise weiter verraten.

Die SPD ist nach wie vor die Hauptstütze der Bourgeoisie. Unsere strategische Hauptaufgabe besteht nach wie vor darin, den Hauptstoß innerhalb der Arbeiterklasse gegen die SPD zu richten, zur Loslösung von Millionen von Arbeitern der Sozialdemokratie, aus der Gefolgschaft dieser SPD-Führer.

10. Jede Vernachlässigung unseres Kampfes gegen die sozialfaschistischen Führer, jede Verwischung des prinzipiellen Gegensatzes zwischen uns und der SPD, jede Kapitulation vor den Phrasen der SPD-Führer gegen *Hitler* und *Papen*, jedes leiseste Zugeständnis an die opportunistische Ideologie gefährdet die Durchführung unserer revolutionären Massenpolitik, wäre ein Schlag gegen die rote Einheitsfront und die Antifaschistische Aktion und würde die Gewinnung sozialdemokratischer Arbeiter wesentlich erschweren.

Gegenüber Massenstimmungen, die gegenwärtig vorhanden sind, und die bis in unsere Reihen sich bemerkbar machen, für eine „Einheit" um jeden Preis, über die Köpfe aller Führer hinweg usw., müssen wir mit eiserner Energie unsere revolutionäre Strategie und Taktik in den Massen vertreten. Wir müssen dabei größtes Gewicht darauf legen, daß wir unsere Politik in einer äußerst populären, den Massen leicht verständlichen Form vertreten.

11. Nicht nur in der Frage gemeinsamer Demonstrationen und im Verhalten in den Stadt- und Landparlamenten, sondern auch in der Arbeit unserer roten Betriebsräte zeigen sich Tendenzen der Verwischung des prinzipiellen Gegensatzes zwischen uns und der SPD. Ein besonders krasses Beispiel einer solchen opportunistischen Einstellung ist der gemeinsame Aufruf der roten Betriebsräte und der reformistischen und christlichen Betriebsräte des Leuna Werkes, veröffentlicht im *Klassenkampf* Halle 4. 7. 1932[6]. In diesem Aufruf werden unter Zustimmung der roten Betriebsräte

6 *Klassenkampf*. Organ der KPD für den Bezirk Halle-Merseburg. Der Aufruf war nicht zu ermitteln; vgl. aber den Hinweis dazu in: Kämpfendes Leuna. 1916–1945. Berlin (Ost) 1961. S. 564.

die freien Gewerkschaften, die christlichen Gewerkschaften und die RGO als „die großen Arbeiterorganisationen"! bezeichnet, in denen sich alle Arbeiter organisieren müßten. Es werden in dem Aufruf ausschließlich die *Papen*-Regierung und die NSDAP angegriffen, ohne auch nur mit einem Wort die *Brüning*-Politik der Sozialdemokratie zu erwähnen.

Das Zentralkomitee verpflichtet alle Bezirksleitungen der Partei zur größten Aufmerksamkeit auf dem Gebiete der revolutionären Betriebsarbeit und insbesondere der Arbeit der roten Betriebsräte.

12. Das Zentralkomitee wendet sich nochmals gegen die wieder einsetzende Briefschreiberei unserer Organisationen an Organisationen der Eisernen Front, ohne daß genügende Voraussetzungen für solche taktische Massenmobilisierung bestehen. Es besteht die Gefahr, daß durch solche Maßnahmen die Massen abgelenkt werden von der Organisierung der Einheitsfront von unten und bedeutet in manchen Fällen Verzicht auf die wirkliche Massenarbeit und das Beschreiten des Weges des leichteren Widerstandes.

13. Verschiedene Anzeichen beweisen, daß es notwendig ist, mit aller Energie gegen die auftretende liberale Einschätzung der SAP und SJV vorzugehen. Das Zentralkomitee weist nochmals hin auf unsere Charakterisierung der SAP als „linken Flügel" des Sozialfaschismus. Die vielfach bestehende Praxis der Behandlung der SAP als eine „näherstehende" Organisation gegenüber der SPD ist schlimmer Opportunismus und muß auf das allerschärfste gerügt werden.

14. In allen Fällen, wo wir uns auf Grund der bestehenden Voraussetzungen tatsächlich an Organisationen der Eisernen Front wenden, müssen wir auf das strengste darauf achten, daß das Herantreten unter solchen Bedingungen geschieht, daß unter keinen Umständen eine Verwischung unseres eigenen Gesichtes eintritt. Wir müssen durch ein solches Herantreten eine wirkliche Entlarvung der SPD-Führer erleichtern. Die Bedingungen, die wir bei solchen Gelegenheiten stellen, dürfen auch in einem späteren Stadium der Entwicklung nicht fallengelassen werden. Lassen wir unsere Bedingungen fallen, so besteht die Gefahr, daß die Arbeiterschaft unser Auftreten nicht genügend ernst nimmt und darüber hinaus, daß wir Unsicherheit in unsere eigenen Reihen tragen.

15. Die Situation erfordert von allen Parteimitgliedern die strengste Disziplin, insbesondere auch bei allen Demonstrationen und Veranstaltungen der Partei. Das ZK erläßt erneut eine ernste Warnung an alle Organisationen und Leitungen vor den in letzter Zeit überall auftretenden Provokateuren und Spitzeleien. Der Kampf gegen den sich verstärkenden Naziterror erfordert die umfassendste Mobilisierung des roten Massenselbstschutzes. Alle Tendenzen des individuellen Terrors, die sich in letzter Zeit gezeigt haben, sind aufs schärfste zu bekämpfen und auszurotten.[7] Nur unter gleichzeitigem schärfsten Kampf gegen die Tendenzen des individuellen Terrors können die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß im Rahmen der Antifaschistischen Aktion die kampfentschlossene Massenfront imstande ist, dem

7 Vgl. dazu den Beschluß des ZK der KPD gegen den individuellen Terror vom 10. November 1931, *RF* Nr. 206 vom 13. 11. 1931; GdA, Dokument 82, S. 558. In einem Rundschreiben vom 8. 12. 1931 des ZK an alle Zellen war das Problem ausführlich behandelt worden. Vgl. StA Bremen, 4, 65, II A 12 a, Bd. 32 a und StA Oldenburg, Bestand 136, N. 2893, S. 125–141.

wütenden Naziterror die proletarische Abwehr, den Schutz der Organisationen der Arbeiter und ihres Eigentums, ihrer Wohnungen und Lokale entgegen zu setzen.

16. Die Parole „Straße frei von den Mordbanden des Faschismus und Säuberung der Arbeiterviertel von den faschistischen Terrorbanden" müssen wir unermüdlich in die Massen tragen. Wir müssen die Nazipartei als die Mordpartei im Dienste des Finanzkapitals anprangern und den revolutionären Haß der Arbeitermassen gegen diese Partei schüren. Wir müssen den Arbeitern sagen, kämpft in der gemeinsamen Kampffront für die Durchsetzung bestimmter Forderungen der Gesamtbelegschaft gegen das Auftreten der Naziprovokateure in den Betrieben und Stempelstellen, vertreibt die Nazi-Mordkolonnen aus ihren Schlupfwinkeln, legt ihnen das Mordhandwerk durch die geschlossene Antifaschistische Aktion. Stellt diese Fragen überall in Stadt und Land, in den Betrieben, auf den Stempelstellen zur Förderung des Kampfes und des Vormarsches der Antifaschistischen Aktion.

17. In der Frage des drohenden Parteiverbotes und des drohenden Verbotes des KJVD und der anderen revolutionären Massenorganisationen muß die Aktivität unbedingt verstärkt werden. Unsere Presse zeigt teilweise eine fatalistische Einstellung. Das Verbot wird als eine ausgemachte Sache angesehen, anstatt das Hauptgewicht darauf zu konzentrieren, die Massen gegen die ungeheuren Pläne des Verbots der einzigen antifaschistischen und antikapitalistischen Partei für die Freiheit der Arbeiterklasse zu mobilisieren.

18. Der Wahlkampf wird – obgleich wir nur wenig Zeit noch haben – bis zum Wahltermin ungenügend mit der Antifaschistischen Aktion verbunden und schwach geführt. Es müssen sofort alle Vorbereitungen getroffen werden, um gegenüber der äußerst stark einsetzenden Agitation der Nazi, der SPD und des Zentrums usw. unsere Losungen überall in die Massen hineinzutragen.

19. Die Hauptlosungen, unter denen wir den Wahlkampf führen, sind folgende:

1. Gegen die Reichen – für die Armen.
2. Gegen Arbeiterverrat und *Hindenburg*politik – für die rote Einheitsfront mit den SPD- und allen Arbeitern.
3. Gegen kapitalistische Ausbeutung und Knechtschaft – für Arbeit, Brot, Freiheit.
4. Gegen imperialistische Kriegsgefahr, gegen Tributsklaverei – für die nationale und soziale Befreiung.
5. Gegen die Regierung der Industriellen, Junker und Generäle – für die Arbeiter- und Bauernregierung.
6. Gegen den Faschismus – für den Sozialismus.

Wir müssen im schärfsten Kampf gegen alle antiparlamentarischen und wahlmüden Stimmungen stärkste Mobilisierung der antifaschistischen Massenfront durchsetzen, für die Wahl der Liste 3.

20. Bei den einzelnen Maßnahmen gegen Exmittierungen, gegen Zwangsversteigerungen, für den Schutz der Interessen der Klein- und Sozialrentner müssen wir viel stärker als bisher die Rolle der Partei im Kampfe für die Interessen dieser notleidenden werktätigen Schichten herausarbeiten zur Steigerung des Einflusses der Partei unter diesen Schichten.

21. Wir müssen alle Maßnahmen der *Papen*-Regierung in viel stärkerem Maße zur Mobilisierung der Massen gegen die Errichtung der faschistischen Diktatur ausnut-

zen und auf Schritt und Tritt die Verantwortung der SPD-Führer und der Nazis für diese Maßnahmen aufzeigen. Unser Kampf gegen die *Papen*-Regierung muß auf der prinzipiellen Linie unserer Politik geführt werden, die der Genosse *Thälmann* in seinem Zeitungsartikel über „Die Regierung der unmittelbaren Aufrichtung der faschistischen Diktatur" aufgezeigt hat.[8]

Trotz aller Klarstellung in diesem Artikel des Genossen *Thälmann* finden sich immer wieder in unserer Presse und in Referaten fehlerhafte Formulierungen über den Charakter der *Papen*-Regierung. Während an einigen Stellen fehlerhaft von einem „System *Papen – Hitler*" gesprochen wird, (z. B. *Hamburger Volkszeitung* 9. 7.)[9] wird woanders wieder der Unterschied zwischen *Brüning* und *Papen* verkleinert (z. B. *Ruhrecho* 7. 7.).[10]

. Wir verpflichten nochmals die Parteiorganisation zum ernsten Studium und zur weitesten Verbreitung der Juni-Nummer der *Internationale* mit dem Artikel *Thälmanns* „Zu unserer Strategie und Taktik im Kampf gegen Faschismus".[11] Wir erinnern die Bezirksleitungen an den Kampf gegen Faschismus. Wir erinnern die Bezirksleitungen an den angeforderten Bericht über die Organisierung und Durchführung des Vertriebes dieser wichtigen Nummer.

22. In Zusammenhang mit der Organisierung des Kampfes gegen die faschistische *Papen*-Regierung ist die Behandlung und Auswertung der Preußenpolitik durch Partei und Presse völlig ungenügend. Wir verstehen es durchaus nicht, den Massen klar zu machen, daß die Politik des geschäftsführenden Kabinetts in Preußen faktisch Tolerierung des *Papen*kabinetts durch die SPD-Führer bedeutet. Ebenso ist mangelhaft die Ausnutzung der Regierungspolitik der SPD-Führer in den anderen deutschen Ländern, in denen die SPD noch in der Regierung sitzt.

23. Nach wie vor bleibt es eine unserer wichtigsten Aufgaben, die defaitistische Theorie des Heranlassens der Nazis an die Regierung anzuprangern und zu bekämpfen. Deshalb muß die Art, wie unsere Presse die letzten Reden *Severings* in diesem Sinne und die Äußerungen des sozialdemokratischen preußischen Landtagsabgeordneten *Osterroth*[12] in der Landtagssitzung vom 7. 7., daß man wünschen müsse, daß die Nazis in der Regierung einmal zeigen könnten, wie ihre Politik aussehe, [auswertete], als völlig unzureichend bezeichnet werden kann.

---

8 Vgl. „Die Regierung zur Aufrichtung der faschistischen Diktatur", von Ernst *Thälmann*, *RF* Nr. 138 vom 24. 6. 1932. In dem Artikel führt *Thälmann* aus, daß die Regierung *Brüning*, die die Partei als „Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur" gekennzeichnet habe, deshalb gestürzt wurde, „weil der Bourgoisie das Tempo der Faschisierung nicht mehr ausreichte". Aufgabe der *Papen*-Regierung sei es daher, neue „verschärfte faschistische Terrormaßnahmen gegen das Proletariat" beschleunigt durchzuführen. Sie sei daher gekennzeichnet als „eine Regierung zur unmittelbaren Aufrichtung der faschistischen Diktatur".

9 *Hamburger Volkszeitung*, Organ der KPD für den Bezirk Wasserkante.

10 *Ruhrecho*, Organ der KPD für den Bezirk Ruhrgebiet, erschien in Essen.

11 Ernst Thälmann, „Zu unserer Strategie und Taktik im Kampf gegen den Faschismus", *Die Internationale* Jg. 15, Heft 6, Juni 1932, S. 261 ff.

12 In Wirklichkeit hatte der SPD-Abgeordnete *Osterroth* am 7. 7. 1932 im Preußischen Landtag am Ende einer längeren Rede gegen NSDAP- und KPD-Anträge gesagt: „Herr Abg. *Meinberg* und Herr *Kube*, ich bin überzeugt, daß Ihnen nichts Schlechteres passieren könnte, als wenn Sie einmal hier oder im Reich die Verantwortung übernehmen und dann nach einigen Jahren vor ihre Wähler treten müßten. Sie haben bisher den Beweis noch nicht geführt, daß Sie es besser machen können!

24. Die Abmachungen von Lausanne, wo die *Papen*-Regierung sich zur Zahlung von weiteren 3 Milliarden Reparationsleistungen neben der Zinszahlung für die privaten Auslandsschulden verpflichtete,[13] müssen von uns in der stärksten Weise zur Mobilisierung der Massen gegen die *Papen*-Regierung und ihre Stützen ausgenützt werden. Diese Mobilisierung geschieht im Zusammenhang mit allen übrigen politischen und wirtschaftlichen Fragen unter konkreter Anknüpfung an die Fragen des täglichen Kampfes auf der Linie unseres nationalen und sozialen Befreiungsprogramms und der Deklaration des Februar-Plenums des ZK gegen Versailles und *Young*.[14]

25. Die Partei muß während des Wahlkampfes im Rahmen der Antifaschistischen Aktion alles tun, um insbesondere die Arbeit der Partei unter den Jugendlichen und unter den Frauen zu verstärken. Eine Million neuer Wähler aus den Reihen der Jugend gibt es seit den Wahlen 1930. Die Partei kann die Bearbeitung dieser Schichten unter keinen Umständen dem Jugendverband allein überlassen. Gemeinsam mit dem kommunistischen Jugendverband muß die Partei Aktionen der Jungarbeitermassen zur Verbesserung ihrer Lage, gegen Arbeitsdienstpflicht und Unterstützungsraub, gegen die faschistische Politik auf den Berufsschulen usw. organisieren. Die Arbeit unter den werktätigen Frauen muß aus ihrer gegenwärtigen schematischen Behandlung befreit und endlich zu einer Arbeit der Gesamtpartei gemacht werden.

26. Das Schwergewicht unserer gesamten Arbeit liegt in den Betrieben. Wir können den Kampf gegen die „Regierung der unmittelbaren Aufrichtung der faschistischen Diktatur" nur dann erfolgreich führen, wenn wir es verstehen, die Betriebsbelegschaften gegen Lohnraub für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und Arbeitsbedingungen an Hand konkreter Forderungen zu mobilisieren. Diese Aufgabe können wir nur dann erfüllen, wenn wir uns stützen können auf Einheitsfrontorgane, die Zentren des politischen Lebens in [den] Betrieben sind. Die Partei hat die Pflicht, über die Durchführung der Beschlüsse der Reichskomitee-Tagung der RGO[15] zu

---

Einstweilen sind Sie nur im Versprechen größer als alle anderen, und darum haben Sie die bürgerliche Mitte umgerissen. Uns aber werden Sie nicht umreißen [. . .] An der Mauer der schaffenden Menschen von links – merken Sie sich das! werden Sie sich die Köpfe einrennen!" (Preußischer Landtag, 4. Wahlperiode, 1. Tg., 1932, S. 1253).

13 Wichtigstes Ergebnis der Reparationskonferenz in Lausanne vom 16. Juni bis 9. Juli 1932 war der Beschluß zur Streichung der deutschen Reparationsschulden gegen Verpflichtung Deutschlands zur Zahlung einer Abstandssumme in Höhe von 3 Milliarden Mark. Zur Konferenz und den einzelnen Beschlüssen vgl. Schulthess 1932 S. 396–416.

14 Vgl. „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" vom 24. 8. 1930 (siehe Dok. 27, Anm. 5) und die Deklaration des ZK „Gegen Tributsklaverei des deutschen Volkes! Gegen Versailles und *Young*!", beschlossen auf der Tagung des ZK vom 20.–23. Februar 1932. Hierzu siehe Dok. 60, Anm. 5.

15 Vom 2.–3. März 1932 tagte in Berlin das Erweiterte Reichskomitee der RGO, um sich mit der Entwicklung der RGO und der Gewerkschaftspolitik der KPD zu befassen. Die Tagung beschloß eine „Resolution zur Lage und zu den Aufgaben der RGO", die in Form einer Broschüre veröffentlicht wurde. Darin wurde in Abkehr früherer Beschlüsse zur Gewerkschaftspolitik die Arbeit in den bestehenden Gewerkschaften besonders betont und die Herstellung einer Einheitsfront durch innerbetriebliche Einheitsfrontausschüsse unter Leitung der RGO gefordert. Der Beschluß ist abgedruckt in: Die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO), Bd. 1, Berlin (West) 1972, S. 471 ff.

wachen und dafür zu sorgen, daß wir in unserer RGO-Politik die beschlossene Massenarbeit und zur breiten bolschewistischen innergewerkschaftlichen Arbeit tatsächlich durchführen.

Alles kommt jetzt darauf an, daß die Partei ihre bolschewistische führende Rolle in der Einheitsfrontbewegung des deutschen Proletariats durch tatkräftige Organisierung wirklicher Kampfaktionen der Massen gegen die Notverordnungspolitik der Bourgeoisie, gegen die Regierung der unmittelbaren Aufrichtung der faschistischen Diktatur, gegen SPD- und ADGB-Führer und gegen den Mordterror der SA und SS immer stärker herausarbeitet und festigt, zur Schaffung der Voraussetzungen für den Übergang des Proletariats zu größeren Aktionen gegen den Klassenfeind.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Sekretariat

69.

8. 8. 1932: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen und Redaktionen

BA R 45/IV-20, 16–24 und StA Bremen, 4,65-II A 12a, Bd. 34: Hektographiertes Rundschreiben. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 15. Anweisungen des Sekretariats. An alle Bezirksleitungen und Redaktionen."

Werte Genossen!

I. Unser Wahlsieg

Der Wahlsieg der KPD am 31. Juli[1] kommt vor allem in folgenden Tatsachen zum Ausdruck:

1. Die Partei ist als einzige siegreiche Partei aus den Wahlen hervorgegangen, während 1930 gleichzeitig mit dem Wahlsieg der KPD der erste starke Aufstieg der Nationalsozialisten erfolgte. Die Partei gewinnt gegenüber dem Stand der Preußen- und sonstigen Länderwahlen vom 24. April, wenn man ihn auf das Reich umrechnet, etwa 1 200 000 Stimmen, gegenüber 1930 680 000 Stimmen.

2. Die Partei hat trotz stärkster Aktivität und Scheinopposition der SPD ihren Einbruch in das sozialdemokratische Lager fortsetzen und etwa 600 000 bis 700 000 Arbeiterstimmen von der SPD seit 1930 gewinnen können. (Die SPD verlor darüber

1 Bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 erhielt die KPD 5 278 094 Stimmen gegenüber 4 587 708 bei der letzten Reichstagswahl am 14. September 1930. Dies bedeutete einen Stimmengewinn von 13,1% auf 14,3% und brachte der KPD statt 77 Mandaten 89 Sitze ein. Der Zuwachs der NSDAP von 18,3% (107 Mandate) auf 37,3% und 230 Reichstagsmandate wird hier verschwiegen. Zum Wahlergebnis vgl. Horkenbach 1932 S. 264 ff. und Schulthess 1932 S. 135. Zur Interpretation der Wahlen durch die KPD vgl. den Artikel von W. *Knorin* in der *Roten Fahne* Nr. 165 vom 11. 8. 1932: „Die Bedeutung der Wahlergebnisse vom 31. Juli 1932" und *Inprekorr* Nr. 63 vom 2. 8. 1932, S. 2019: „Das Hauptmerkmal des Wahlergebnisses vom 31. Juli ist der Sieg der Kommunistischen Partei."

hinaus weitere kleinbürgerliche Stimmen auch an die Nazis, gleicht diesen Verlust aber durch Gewinne von der Staatspartei usw. aus.[2])

3. Es ist der Partei gelungen, die linken Filialen des Faschismus wie SAP, Brandleristen usw. weitgehend zu zerschmettern.

4. Im Kampf gegen die faschistische Massenbewegung des Nationalsozialismus stellt der 31. Juli einen ernsten Erfolg der Partei dar. Es ist gelungen, das Eindringen der Faschisten in die eigentliche Hauptmasse des Proletariats, die Schichten der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter, mit wenigen Ausnahmen (wie Chemnitz-Zwickau, Merseburg, Frankfurt usw.) zurückzuschlagen und die Verluste der SPD gegenüber 1930 an Arbeiterstimmen aufzufangen. Darüber hinaus wurden durch die Antifaschistische Aktion im Laufe von einigen Monaten seit der Preußenwahl Hunderttausende Arbeiterstimmen, die der Nationalsozialismus bereits erobert hatte, zur proletarischen Klassenfront zurückgeholt.

5. Die Partei hat somit ungefähr ein Drittel des Industrieproletariats in Deutschland in ihrer Peripherie erfaßt und verfügt über eine ungefähr gleich starke proletarische Anhängerschaft wie die Sozialdemokratie. In einzelnen Industriebezirken hat sie bereits die Mehrheit der Arbeiterschaft erobert.

6. Der Erfolg der Partei wurde errungen unter beispiellosen Bedingungen des Terrors, bei einem Wahlkampf, in dem die Bourgeoisie durch eine parlamentarische Wahlniederlage der KPD das Parteiverbot und die Zerschlagung der revolutionären Organisationen vorbereiten wollte.

II. Schwächen und Mängel

Die positiven Faktoren dürfen die Partei nicht zu einer Unterschätzung des Gegners, der Sozialdemokratie und der nationalsozialistischen Massenbewegung verleiten.

Zwar hat sich gezeigt, daß der Niedergang der Sozialdemokratie auch in der Scheinopposition nicht aufgehalten werden konnte, sobald wir eine richtige Politik betrieben. Aber die SPD verfügt nach wie vor unter der Betriebsarbeiterschaft über starke Positionen, ohne deren Überwindung Streiks und andere Massenkämpfe nicht erfolgreich geführt werden können. Die Isolierung der sozialfaschistischen Führer, insbesondere der ADGB-Führerschaft, die Brechung ihres Einflusses auf die Massen der Betriebsarbeiter muß mit größtem Nachdruck fortgesetzt werden.

Zwar hat die nationalsozialistische Welle einem Stillstand, teilweise einer rückläufigen Bewegung Platz gemacht. Aber auch nach dieser Stagnation ist ein neues Anschwellen der faschistischen Massenbewegung durchaus möglich, wenn wir es nicht durch unsere richtige Politik, durch eine fortgesetzte antifaschistische Offensive vereiteln und unseren Einbruch in die nationalsozialistische Anhängerschaft steigern.

Schließlich zeigt sich die Stabilität und das teilweise Wachstum des Zentrums, daß für unseren Kampf um die Gewinnung der christlichen Arbeiter neue und verbesserte Methoden zur Anwendung gelangen müssen.

Der Wahlsieg der Partei hätte ein noch größeres Ausmaß haben können, wenn nicht in der Durchführung der Kampagne bestimmte Schwächen vorhanden gewesen

2 Die SPD verlor gegenüber der Reichstagswahl vom 14. 9. 1930 rund 625 000 Stimmen, was einem Rückgang von 24.5% auf 21.6% entsprach. Durch den Stimmenverlust hatte die SPD nur noch 133 statt vorher 143 Mandate.

wären. Der Kurs auf die Betriebe und Stempelstellen, wie er mit der antifaschistischen Kampfwoche eingeschlagen werden sollte, wurde vernachlässigt. Die antifaschistische Kampfwoche vom 10. bis 17. Juli wurde sehr mangelhaft durchgeführt. In der gesamten Durchführung der Antifaschistischen Aktion gab es hinsichtlich der Betriebsarbeit erhebliche Schwächen, sodaß es auch nach dem 20. Juli der Partei nur gelang, mit ihren richtigen Losungen politisch-agitatorische Erfolge zu erzielen, aber noch nicht größere Kämpfe auszulösen. Die Tatsache, daß überall dort, wo die Arbeiterschaft in letzter Zeit Kämpfe durchgeführt hat, die Erfolge der Partei am 31. Juli am stärksten waren, beweist, daß die erfolgreiche Auslösung größerer Streiks am 20. Juli zweifellos den allgemeinen Wahlsieg der Partei am 31. Juli noch erheblich gesteigert haben würde. Dem standen die großen Mängel unserer Betriebs-, Gewerkschafts- und Erwerbslosenarbeit, sowie der Arbeit des Jugendverbandes, für die die Partei die volle Verantwortung trägt, entgegen.

III. Wahlsieg und Antifaschistische Aktion

1. Nichtsdestoweniger zeigt der Wahlsieg am 31. Juli, daß es der Partei gelungen ist, die vorübergehende Isolierung und zeitweilige Stagnation, wie sie sich bei der 2. Präsidentenwahl und teilweise noch bei der Preußenwahl widerspiegelte,[3] zu durchbrechen und entsprechend der damaligen Aufgabenstellung einen neuen roten Vormarsch zu erkämpfen. Der Wahlsieg am 31. Juli bestätigt endgültig, wie recht die Partei hatte, nach den Präsidentschaftswahlen gegen Tendenzen einer Gleichstellung von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen und daraus herrührende Depressionsstimmungen anzukämpfen.

2. Der Wahlsieg vom 31. Juli unterstreicht die richtige Politik der Partei und die Notwendigkeit, nach wie vor aufs schärfste gegen alle Tendenzen vorzugehen, die die Partei zu einer Änderung ihrer Politik veranlassen wollen. Die Bedeutung der ideologischen Offensive für die erfolgreiche revolutionäre Massenarbeit wird durch den Wahlsieg vom 31. Juli erneut erhärtet.

3. Die wichtigste Voraussetzung für den neuen Vormarsch der Partei, für die Überwindung ihrer vorübergehenden Isolierung war die Einleitung der Antifaschistischen Aktion.[4]

Es ist der Partei gelungen, mit der Antifaschistischen Aktion in der Frage der Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten erstmalig größere Erfolge, vor allem auf dem Gebiet des Massenkampfes gegen den faschistischen Mordterror und der Schaffung des roten Massenselbstschutzes zu erzielen. Es gelang ferner, im schärfsten Kampf gegen opportunistische Entgleisungen und Tendenzen die richtige strategische Orientierung im Kampf gegen SPD- und NSDAP entsprechend den Beschlüssen des Februarplenums des ZK durchzusetzen.[5]

---

3 Vgl. Dok. 60, Anm. 2 und 8 sowie Dok. 63, Anm. 1.

4 Vgl. dazu Dok. 64, 65, 66 und 68.

5 Die Plenartagung des ZK der KPD vom 20. bis 23. Februar 1932 kritisierte Mängel in der Parteiarbeit.
Vgl. Ernst Thälmann, Der revolutionäre Ausweg und die KPD. Rede auf der Plenartagung des ZK der KPD am 19. Februar 1932 in Berlin. Hrsg. von der KPD o.O.u.J. (Berlin 1932). Vgl. auch oben, Dok. 60, Anm. 5.

In diesen beiden Punkten – Anwendung der Einheitsfronttaktik und strategische Orientierung des Hauptstoßes innerhalb der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie – hat die Partei mit der Einleitung der Antifaschistischen Aktion einen Teil der Beschlüsse des Februarplenums des Zentralkomitees zur Überwindung der Hauptschwächen in der revolutionären Massenarbeit verwirklicht und die den Beschlüssen des Februarplenums entgegenwirkenden Hemmungen überwunden.

4. Vor der Partei steht nunmehr die Aufgabe, diesen Kurs fortzusetzen, um die Verwirklichung der weiteren Beschlüsse und Aufgaben des Februarplenums im Sinne der Bolschewisierung der Partei, vor allem auf dem Gebiete der Betriebsarbeit, der innergewerkschaftlichen Arbeit und der Erwerbslosenarbeit zu erreichen.

IV. Die zweite, höhere Stufe in der Durchführung der Antifaschistischen Aktion[6]

1. Die Fortführung der Antifaschistischen Aktion nach dem 31. Juli erfordert neue Methoden sowohl hinsichtlich der durch die Antifaschistische Aktion zu erfassenden Massen, als auch hinsichtlich des Charakters der Antifaschistischen Aktion. Wenn bisher in den ersten zwei Monaten seit Beginn der Antifaschistischen Aktion das Schwergewicht auf der Schaffung örtlicher Einheitsfrontorgane und des Massenselbstschutzes lag, so ergibt sich angesichts der putschistisch-terroristischen Aktionen der Nazis die Notwendigkeit, auf diesen Gebieten den bisherigen Kurs der Antifaschistischen Aktion gesteigert fortzuführen, d. h. unter einer noch wesentlich verstärkten Erfassung immer breiterer Massen.

Gleichzeitig aber ist die Anwendung der Waffe des politischen Massenstreiks im Kampf des Proletariats gegen die faschistische Diktatur zur brennendsten Gegenwartsaufgabe geworden. Hieraus erwächst die Notwendigkeit, mit Hilfe der Antifaschistischen Aktion alle Voraussetzungen für die erfolgreiche Führung von politischen Massenstreiks zu schaffen.

2. Die zweite Etappe der Antifaschistischen Aktion muß deshalb im Zeichen der Eroberung der Betriebe stehen. Das ganze Schwergewicht der revolutionären Arbeit muß auf diese Aufgabe konzentriert werden.

Dabei ist es klar, daß die Eroberung der Betriebe mit Hilfe der Einheitsfronttaktik von unten, vor allem das Problem der Gewinnung der freigewerkschaftlichen Arbeiter und Funktionäre für gemeinsame Kampfaktionen in sich schließt. Die Betriebsarbeit muß dabei mit der innergewerkschaftlichen Oppositionsarbeit Hand in Hand gehen. Vor uns steht die dringende Aufgabe der Schaffung einer breiten Oppositionsbewegung weit über den Rahmen der Partei und der RGO hinaus.

Die Streikführung im Zeichen der Krise beim Vorhandensein einer Massenerwerbslosigkeit, die selbst nach bürgerlichen Schätzungen in kurzer Zeit 7 bis 8 Millionen betragen wird, ist ohne das Kampfbündnis der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen undenkbar. Die Nationalsozialisten bereiten sich darauf vor, bei politischen Massenstreiks und Generalstreiks ihre Anhänger, vor allem die SA- und SS-Kolonnen, in größtem Umfange als Streikbrecher einzusetzen. Der Massenstreikschutz, das Massenstreikpostenstehen als Gegenmaßnahme erfordert gleichfalls die stärkste Mobilisierung der Erwerbslosen für den gemeinsamen Kampf mit den Betriebsarbei-

6 Der folgende Abschnitt IV des vorliegenden Rundschreibens ist auch abgedruckt in: Antifaschistische Aktion, Dokument 70, S. 217 ff.

tern. Die Eroberung der Betriebe mit dem Ziel der Auslösung und Führung wirtschaftlicher und politischer Streiks bis zum Generalstreik schließt deshalb die stärkste Mobilisierung und festere Organisierung der Erwerbslosenbewegung in sich [ein].

3. Alle diese Zweige der Arbeit, die eigentliche Betriebsarbeit, die innergewerkschaftliche Arbeit in Verbindung mit der übrigen Arbeit der RGO und die Erwerbslosenarbeit sowie die stärkste Hebung der Arbeit des Jugendverbandes mit Hilfe der Partei, müssen unter dem Gesichtspunkt der einheitlichen Kampfaufgaben stehen. Die gesamte Arbeit dient der Entfaltung aller Formen des Massenwiderstandes gegenüber den wirtschaftlichen und politischen Anschlägen der Bourgeoisie, von der Massendemonstration, der Massenmobilisierung gegen Exmittierungen und Zwangsversteigerungen, von ökonomischen Teilstreiks und Streiks ganzer Betriebe oder Abteilungen, von Proteststreiks einzelner Betriebe oder ganzer Gebiete über den politischen Massenstreik bis zum Generalstreik.

Angesichts des faschistischen Wirtschaftsprogramms, das die volle Abschaffung der gesamten Sozialgesetzgebung und die Herabdrückung der Löhne auf den Stand des vergangenen Jahrhunderts herbeiführen will und angesichts der neuen, seitens der Unternehmer mit Hilfe der faschistischen Machthaber einsetzenden Hungeroffensive von noch nicht dagewesener Brutalität gilt es, die Mobilmachung der Betriebe für die bevorstehenden ökonomischen Kämpfe und Streiks (Kündigung der Tarifverträge) aufs stärkste zu steigern. Diese Mobilisierung der Arbeiterschaft innerhalb und außerhalb der Betriebe muß unter der Losung geführt werden:

Duldet keinen Lohn-, Gehalts-, Renten- und Unterstützungsabbau!

Aber auch alle anderen Formen des Massenwiderstandes gegen neue Unterdrückung und Massenausplünderung müssen zur stärksten Anwendung gelangen. Der Mieterstreik als Massenbewegung unter der Losung: „Erst das Essen, dann die Miete!", der Schulstreik für die Einführung der Schulspeisung für die Kinder der Erwerbslosen und sonstigen Unterstützungsempfänger, die massenhafte Zahlungsverweigerung bei erhöhten Gas- und Elektrizitätspreisen, breite Massenbewegungen gegen Zwangsversteigerungen und Exmittierungen, wobei besonders die Erwerbslosenausschüsse für die Schaffung des Klassenbündnisses zwischen Proletariat und werktätigen Mittelschichten, Kleinbürgern und Kleinbauern eine große Aktivität entfalten müssen, Pflichtarbeiterstreiks und Massenkampf der Jungproleten gegen den Arbeitsdienst unter der Forderung des Tariflohnes für jede Arbeit. Alle diese Kampfformen müssen massenmäßig immer stärker zur Anwendung gelangen.

Die Tatsache, daß in den Betrieben auf Grund der Ereignisse vom 20. Juli[7] eine starke Massendiskussion über die Anwendung des politischen Massenstreiks und Generalstreiks in Gang gekommen ist, darf nicht zur Abschwächung der kleineren

7 Gemeint ist *Papens* Staatsstreich gegen die preußische Regierung. Die KPD-Führung erließ einen „Appell des ZK der KPD vom 20. Juli 1932 an die SPD, den ADGB, den AfA-Bund und alle deutschen Arbeiter". Der Appell wurde veröffentlicht in der *Roten Sturmfahne*, einer illegalen Ersatzzeitschrift für die bis zum 28. Juli verbotene *Rote Fahne*. Der Appell ist abgedruckt in: Antifaschistische Aktion, Dokument 62, S. 193 f. Zur ablehnenden Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Gewerkschaftsvorstände vgl. den Aufruf in *Vorwärts* Nr. 339 vom 21. 7. 1932. Zur Haltung der SPD nach dem 20. Juli siehe Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: E. Matthias und R. Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 101 ff.

ökonomischen Tageskämpfe führen. Andererseits ist es unsere Aufgabe, die Massendiskussion über den politischen Massenstreik oder Generalstreik zu steigern, in die richtige Bahn zu lenken und für die Kampfmobilisierung und Vorbereitung der großen politischen Kämpfe auszunutzen.

4. Mit dieser tieferen Verankerung der Partei in den Betrieben, in den Gewerkschaften und auf den Stempelstellen wird zugleich die wichtigste Arbeit im Kampf für die Sicherung der Partei geleistet. Je stärker die Partei in den Betrieben, auf den Stempelstellen und in den Massenorganisationen verankert ist, desto stärker vermag sie ein Verbot und alle faschistischen Anschläge zur Zerschmetterung der revolutionären Klassenorganisationen des Proletariats abzuwehren.

5. Auf der Linie dieser Aufgabenstellung wird die zweite höhere Etappe der Antifaschistischen Aktion unter der Losung durchgeführt: „Tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe!"

V. Die Vorbereitung der Antifaschistischen Kampfwoche vom 14. bis 21. August.

Als erster wuchtiger und massenmäßiger Auftakt für die Durchführung der neuen Etappe der Antifaschistischen Aktion findet vom 14. bis 21. August die antifaschistische Kampfwoche unter der Losung: „Tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe!" statt.[8] Die unmittelbaren Aufgaben der antifaschistischen Kampfwoche sind die Stärkung der Betriebszellen der Partei und der Betriebsgruppen der RGO, durch Werbung der aktivsten kampfeserprobten Betriebsarbeiter und die Verbesserung ihrer gesamten Arbeit, die Schaffung von Abteilungszellen und revolutionären Vertrauensleuten, die Bildung neuer Betriebszellen, sowie die Schaffung von Gutszellen auf dem Lande, die Schaffung von Fraktionsgruppen in allen im Betriebe vorhandenen Organisationen und die Bildung der Oppositionsgruppen in den im Betrieb vorhandenen Gewerkschaften (Richtlinien siehe Sondernummer des *Parteiarbeiter*).[9] Über diese unmittelbaren Aufgaben hinaus muß die gesamte Kampfwoche in den Dienst der Kampfmobilisierung der Belegschaften für konkrete Forderungen und der Kampfvorbereitung in den Betrieben für den politischen Massenstreik gestellt werden.

Zur Vorbereitung der Kampfwoche sind folgende Maßnahmen notwendig:

1. Allgemeine Parteiarbeiterkonferenzen, in denen die neuen Aufgaben durchgesprochen und die Ergebnisse der bisherigen Etappe der Antifaschistischen Aktion und der Reichstagswahlen ausgewertet werden.

2. Versammlungen der Betriebs- und Straßenzellen zur Vorbereitung der antifaschistischen Kampfwoche. In diesen Versammlungen wird von den Betriebszellen konkret die Durchführung der antifaschistischen Kampfwoche im Betriebe besprochen. Und zwar: Herausgabe einer Betriebszeitung, Veranstaltung einer Betriebsversammlung, evtl. von Abteilungsversammlungen, Aufstellung konkreter betrieblicher Kampfforderungen (z. B. Stellungnahme zum Lohn- und Gehaltsraub, besondere Forderungen auf Entfernungen berüchtigter Faschisten aus dem Betriebe usw.), Vorbereitung des betrieblichen Massenselbstschutzes, Vorbereitung der Schaffung

8 Zur ersten „Kampfwoche" der Antifaschistischen Aktion vom 10.–17. Juli vgl. Dok. 65.

9 Der *Parteiarbeiter* war internes Funktionärorgan; vgl. Dok. 41. Die erwähnte Sondernummer war nicht zu ermitteln.

eines betrieblichen Einheitsausschusses der Antifaschistischen Aktion bzw. Schaffung betrieblicher Aktions- oder Kampfausschüsse im Hinblick auf die bevorstehenden wirtschaftlichen Bewegungen und Kämpfe, Behandlung der Tariffragen, Beratung der notwendigen Maßnahmen, um im Falle einer allgemeinen politischen Massenstreik- oder Generalstreikparole den Streik im Betrieb auslösen zu können (Auswertung der Erfahrung vom 20. Juli). Besprechung bestimmter von der Betriebsbelegschaft kollektiv durchzuführender Agitations- und Kampfaufgaben (allgemeine Haus- und Hofpropaganda der Belegschaft an einem bestimmten Tage der Kampfwoche in der Umgegend des Betriebes, allgemeine kollektive Organisierung des Antifaschistischen Landsonntages durch die Belegschaft, siehe Sonderanweisung der Landabteilung usw.[10]), schließlich konkrete Besprechung der individuellen Bearbeitung freigewerkschaftlicher Funktionäre und reformistischer Betriebsräte, sowie SPD-Funktionäre. Mit Hilfe des Arbeiterinnen-Delegiertensystems muß eine besondere Mobilisierung der Betriebe mit vorwiegend weiblicher Belegschaft durchgeführt werden.

Die Straßenzellen behandeln konkret Aufgaben der Bearbeitung benachbarter Betriebe von außen, in denen nur schwache oder überhaupt keine Betriebszellen vorhanden sind, ebenso die Bearbeitung der Güter in ihrem Patenschaftsgebiet.

3. Entsprechende vorbereitende Maßnahmen der RGO, des KJVD, und der übrigen Massenorganisationen auf Grund gründlicher konkreter Stellungnahme der Parteileitung mit den Fraktionsbüros der Massenorganisationen.

4. Bereits vor der in den vorigen Punkten gekennzeichneten allgemeinen innerparteilichen Massenmobilisierung für die antifaschistische Kampfwoche muß von den Bezirks- und Unterbezirksleitungen ein konkreter Plan für die Durchführung der Kampfwoche ausgearbeitet werden. Dabei gelten folgende Gesichtspunkte:

a) Konzentration auf bestimmte Betriebe.

b) Unterstützung und Kontrolle der Arbeit der Betriebszellen unter Ausnützung der besten Funktionäre, Instrukteure usw., jedes Mitglied der BL, UBL oder Ortsgruppenleitung ist direkt für einen Betrieb verantwortlich zu machen.

c) Stärkste Unterstützung der Kampfwoche durch die Presse unter rechtzeitiger Mobilisierung der Arbeiter-Korrespondenten (in der Presse selbständige Stellungnahme der Redaktion zur Betriebskampfwoche im Bezirk, weitgehende Reklame für gute Betriebszeitungen durch Abdruck, bildliche Wiedergabe der Besprechung, ohne die Tagespresse dabei zu gefährden).

d) Popularisierung möglichst vieler Beispiele aus der Betriebsarbeit,

e) rechtzeitige Einteilung der besten Referenten, der Mitglieder des Reichstags und Landtags für die in der Kampfwoche durchzuführenden Betriebsversammlungen.

f) Schulung eines Massenaufgebotes von Referenten für Gewerkschafts- und Stempelstellenversammlungen im Rahmen der Kampfwoche (in diesen Versammlungen sollen die Aufgaben vom Standpunkt der Unterstützung des Streiks der Betriebe behandelt werden).

---

10 Am 15. 8. 1932 gab das ZK (Org.-Land) Anweisungen zur „Betriebswoche der Antifaschistischen Aktion im Dorfe" heraus. Das Sonder-Rundschreiben wurde nicht aufgenommen. Vgl. Records T-175, 323, 2825704–2825706.

g) Überprüfung der seitens der Betriebszellen vorhandenen Möglichkeiten zur Herstellung von Agitationsmaterial, Betriebszeitungen usw., sowie konkrete Pläne zur Abstellung von Mängeln.

h) Genaue Kontrolle der rechtzeitigen Festlegung von Versammlungslokalen und der rechtzeitigen Vorbereitung des Agitationsmaterials für die Versammlungen während der antifaschistischen Kampfwoche.

j) Ausarbeitung eines Planes für die Aufteilung und Bearbeitung der Landgebiete am Antifaschistischen Landsonntag beim Abschluß der Kampfwoche durch die Betriebsbelegschaften, Stempelstellen unter führender Teilnahme der Parteizellen (Straßenzellen beteiligen sich an der entsprechenden Aktion benachbarter Betriebe oder Stempelstellen). Siehe Anweisung der Landabteilung.

VI. Die Durchführung der Kampfwoche.

Bei der Durchführung der antifaschistischen Kampfwoche selbst stellen wir folgende Aufgaben:

1. Eine möglichst große Zahl möglichst gut vorbereiteter Betriebsversammlungen, wobei bei besonderen Schwierigkeiten, wenn die Belegschaft sehr zersplittert wohnt und nur immer Teile arbeiten, sodaß eine allgemeine Zusammenfassung erschwert ist, die besondere Abhaltung von Belegschaftsversammlungen für die jeweils arbeitenden Teile der Belegschaft an verschiedenen Tagen notwendig ist.

2. Eine möglichst große Zahl möglichst gut vorbereiteter Gewerkschaftsversammlungen.

3. Ebenso Stempelstellenversammlungen.

Bei der Mobilisierung der Stempelstellen, vor allem in Großstädten, empfiehlt es sich, diejenigen Erwerbslosen jeweils für kollektive Aufgaben der Agitation und Propaganda zusammenzufassen, die an einem Tage gleichzeitig stempeln. Handelt es sich um Aktionen, wie einen Landsonntag, wo die Teilnahme mit finanziellen Lasten verknüpft ist, so können die betreffenden Erwerbslosen die Mittel durch allgemeine Sammlung aufbringen, die Teilnehmer aber in beschränkterer Zahl aus ihren Reihen auswählen, wobei dann besonders redegewandte und besonders aktive Arbeiter, sowie solche, die mit den ländlichen Verhältnissen vertrauter sind, bevorzugt werden sollen. Auf diese Weise wird einerseits die Gesamt-Masse der Erwerbslosen durch die Aufbringung der Mittel auch an dieser Aktion beteiligt, andererseits bekommt die unmittelbare Teilnahme den Charakter einer gewissen Delegierung durch die Gesamtheit der an dieser Stempelstelle erfaßten Massen. Dabei unbedingte Instruierung der auf das Land fahrenden Referenten über die bei den Landarbeitern und Kleinbauern bestehenden Fragen.

Bei der Einteilung des Planes für den Antifaschistischen Kampfsonntag müssen die Kostengesichtspunkte berücksichtigt werden. Also die nächstgelegenen Dörfer für die Erwerbslosen, um ihnen Ausgaben zu ersparen. Ebenso bei den Betrieben die Fragen berücksichtigen, ob in bestimmten Dörfern Mitglieder der Belegschaft wohnen, sodaß diese Dörfer von der Belegschaft am besten bearbeitet werden können, usw. usw.

4. Gegen Ende der antifaschistischen Kampfwoche zentrale Kundgebungen oder Demonstrationen.

5. An zwei Nachmittagen gegen Ende der antifaschistischen Kampfwoche allgemeine Haus- und Hofpropaganda, die aber nach Möglichkeit kollektiv durch die Belegschaften der Betriebe und durch Massenaufgebote[11] der Stempelstellen unter führender Beteiligung der Parteiorganisationen erfolgen soll.

6. Als Abschluß Antifaschistischer Landsonntag mit dem Ziel, vorhandene revolutionäre Positionen auf dem Land zu festigen und neue Positionen gegen den Faschismus zu erobern. (Der Antifaschistische Landsonntag soll unter allen Umständen kollektiv durch Belegschaften der Betriebe, Massenaufgebote der Stempelstellen durchgeführt werden.)

7. Konzentrierte Berichterstattung unmittelbar nach Abschluß der Kampfwoche an das Zentralkomitee über alle durchgeführten Maßnahmen, Versammlungen und Aktionen bei gleichzeitiger ständiger stärkster Berichterstattung (laufend) an den Pressedienst durch die Redaktionen.

8. Gründliche Stellungnahme in den Parteileitungen und in den Parteiorganisationen zur Überprüfung der Ergebnisse, Erfolge und Schwächen der Kampfwoche, und zur Auswertung für die weitere Arbeit. Dabei besondere Berücksichtigung der Betriebszellen, die anhand der Ergebnisse der Kampfwoche die Weiterführung der antifaschistischen Kampagne im Betrieb besprechen müssen, wobei die Bezirks- und Unterbezirksleitungen ihre besten Kräfte den Betriebszellen zur Unterstützung bereitstellen müssen.

VII. Materialien.

Als wichtigste politische Richtlinie für die gesamte Kampagne sind die Ausführungen des Genossen *Thälmann* im Auftrage des Zentralkomitees auf der Reichstagung der Polsekretäre vom 3. August 1932 zugrunde zu legen, die innerhalb der Partei zur Verbreitung gelangen.[12] Für die neuen Methoden der Arbeit im Betrieb und Gewerkschaft sind unbedingt die Präsidiumsbeschlüsse des EKKI zur Gewerkschaftsarbeit und der RGI zur Arbeit in den Betrieben (siehe Sonderausgabe des *Parteiarbeiters*) zugrunde zu legen.

Als besondere Materialien für die Durchführung der Kampagne werden den Bezirken zugestellt:

1. Entwurf einer Rededisposition für Betriebsversammlungen (Vervielfältigung muß bezirklich vorgenommen werden).

2. Desgleichen für Gewerkschaftsversammlungen.

3. Desgleichen für Stempelstellenversammlungen.

4. Zur Massenverbreitung: eine Nummer der Zeitungen *Antifaschistische Aktion* und *Rote Einheitsfront*.

5. Ferner soll im Rahmen der Kampfwoche der Massenvertrieb der noch vorhandenen Massenbroschüren, die keinen Wahlcharakter tragen, organisiert werden, dabei vor allem:

---

11 In der Vorlage: Massenaufgabe.

12 Am 3. 8. 1932 tagte in Berlin eine Konferenz der Spitzenfunktionäre der KPD, das Referat hielt Ernst *Thälmann*. Er erklärte die KPD zum „einzigen Sieger" der Wahl vom 31. 7. und befaßte sich mit der geplanten „Betriebswoche der Antifaschistischen Aktion" vom 14.–21. 8. Vgl. *Inprekorr* Nr. 66 vom 9. 8. 1932, S. 2135 ff.

a) *Thälmann* „Was will die Antifaschistische Aktion" (5 Pfg.)
b) *Thälmann* „Unterredung mit den SPD-Arbeitern"[13] (10 Pfg.)
c) *Thälmann* „Woher nehmen?" (10 Pfg.)
d) „Das dritte Reich in Italien" (10 Pfg.)
e) „Wer regiert, kommandiert, toleriert?" (10 Pfg.)
f) „25 Punkte – das Programm der NSDAP" (10 Pfg.)

Alle diese Broschüren sind nach wie vor von größter Aktualität und müssen restlos abgesetzt werden.

Ferner soll die Kampfwoche zur stärksten Werbung für das Werk des Genossen *Remmele* „Die Sowjetunion" benutzt werden, von dem jetzt beide Bände vorliegen.[14]

Pressewerbung:
Mit besonderem Nachdruck soll die Agitation und Propaganda während der antifaschistischen Kampfwoche zur Werbung von Lesern für unsere Parteipresse überall ausgenutzt werden. Es muß gelingen, gerade angesichts der reaktionären Anschläge der faschistischen Machthaber auf die kommunistische Presse, deren Leserzahl ernstlich zu steigern.

Initiative von unten:
Das Agitationsmaterial, wie Klebezettel, Handzettel mit Betriebslosungen usw. soll unter möglichster Dezentralisation und Entfaltung der Initiative von unten bei stärkster Hilfe und Kontrolle der BL, UBL hergestellt werden.

Massenvertrieb des Abzeichens:
Das Abzeichen der Antifaschistischen Aktion[15] muß weiter in Massen vertrieben werden. Die Partei muß dafür sorgen, daß in allen Betrieben und auf allen Stempelstellen das Abzeichen getragen und in der Öffentlichkeit auf das stärkste zur Geltung gebracht wird.

Kampffondsammlung:
Entsprechend dem letzten Aufruf des Reichseinheitsausschusses der Antifaschistischen Aktion muß die Sammlung mit aller Kraft gesteigert werden. Die Lage in der Arbeiterklasse, in den Mittelschichten und unter den Bauern ist außerordentlich günstig zu einer Steigerung und Ausnutzung der Opferbereitschaft der Massen für die Antifaschistische Aktion.[16]

Mit kommunistischem Gruß!
ZK-Sekretariat

---

13 Am 8. Juli 1932 hatte *Thälmann* eine Unterredung mit 20 SPD-Arbeitern; darüber gab die KPD eine Broschüre heraus. Vgl. *Inprekorr* Nr. 57 vom 12. 7. 1932, S. 1796; Chronik S. 294.

14 Vgl. Hermann Remmele, Die Sowjetunion Bd. 1 und 2. Berlin 1932. Dazu auch: *Inprekorr* Nr. 66 vom 9. 8. 1932, S. 2139 ff.

15 Vgl. oben Dok. 65, Anm. 15.

16 Zum Ergebnis der Betriebskampfwoche der Antifaschistischen Aktion und ihre Verlängerung siehe unten Dok. 71.

70.

22. 8. 1932: Rundschreiben an die Bezirksleitungen und Redaktionen

Antifaschistische Aktion, S. 217–220. Überschrift: „An alle Bezirksleitungen und Redaktionen! [. . .]. Vor einer Nazikoalition im Reich?"[1]

Sofort vorbereiten:
Proteststreiks und Massendemonstrationen!

Am 19. August ist bereits ein Regierungspakt zwischen Nazis und Zentrum abgeschlossen worden.[2] Die Verhandlungen gehen nur noch um die Besetzung der Ministerposten. Nach den vorliegenden Meldungen sind vorgesehen: als Reichskanzler *Schleicher*, Innenminister *Strasser*, Justizminister *Frick*, Luftfahrtminister oder Minister ohne Portefeuille *Göring*, Arbeitsminister *Stegerwald*. Über die Besetzung des Außenministerpostens ist man sich noch nicht einig. In diesem Zusammenhang ist sogar schon *Brüning* genannt worden. Dieses Kabinett soll als Präsidialkabinett fungieren.

Genossen, es bedarf keiner weiteren Worte, welche Bedeutung diesem Kabinett zukommt. Es ist das Kabinett der verstärkten faschistischen Diktatur, des Abbaus der Tariflöhne, der rücksichtslosen Eintreibung der Lausanner Tributlasten, der Unterdrückung der revolutionären Arbeiterorganisationen und des Verbots der KPD. Es ist auch bekannt geworden, daß *Leipart* bereits mit *Schleicher* über die Fragen der Arbeitsdienstpflicht und über die Tolerierung des Präsidialkabinetts verhandelt hat. Die Regierungsbildung geschieht also unter der Voraussetzung fester Zusicherung über die außerparlamentarische Tolerierung durch den ADGB. *Stegerwald* gilt als der Verbindungs- und Vertrauensmann des ADGB.

Wir ersuchen Euch, sofort in stärkster Weise die Anweisungen durchzuführen, die wir schon wiederholt gegeben haben. Bei Bekanntgabe der Regierungsbildung müssen sofort in allen Betrieben Proteststreiks gegen diese Regierung ausgelöst werden. Schon jetzt, vor offizieller Bekanntgabe, müssen in allen Betrieben und Gewerkschaften Beschlüsse gefaßt werden, daß die betreffenden Betriebe und Gewerkschaftsorganisationen sofort, wenn die Regierungsbildung bekanntgegeben wird, in den Streik treten und Massendemonstrationen durchführen.

Die politischen Forderungen sind: Weg mit der Nazikoalitionsregierung! Nieder mit der faschistischen Diktatur! Auflösung der SA – Schließung der Nazikasernen!

---

1 Entnommen aus: Antifaschistische Aktion, Dokument 74, S. 229 f. Nach der Vorlage handelt es sich um einen Auszug des Rundschreibens.

2 Nach den Reichstagswahlen vom 31. Juli führten sowohl die Reichsregierung als auch die Parteien (außer SPD und KPD) Verhandlungen mit der NSDAP über die Möglichkeit einer Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Regierung. Am 19. August berichtete die deutsche Presse erstmals über Ergebnisse der Verhandlungen zwischen dem Zentrum und der NSDAP. Danach schien eine Einigung der beiden Parteien über eine Regierungskoalition in Preußen und im Reich nicht ausgeschlossen. Vgl. *Frankfurter Zeitung* Nr. 618 vom 19. 8. 1932. Die Verhandlungen wurden jedoch später ohne Ergebnis abgebrochen. Zu den Verhandlungen zwischen dem Zentrum und der NSDAP vgl. R. Morsey, Die deutsche Zentrumspartei, in: E. Matthias und R. Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 315 ff.

Die wirtschaftlichen Losungen sind: Keinen Pfennig Lohnabbau! Verteidigung der Tariflöhne – gegen jede Arbeitsdienstpflicht und Zwangsarbeit! Aufhebung aller Notverordnungen!

Mit diesen Forderungen sind in jedem Betrieb und an jeder Stempelstelle die entsprechenden Teilforderungen zu verbinden. Mit aller Energie müssen überall Einheits- und vorbereitende Kampfausschüsse gebildet werden, und die Antifaschistische Aktion [muß] auf das stärkste gesteigert werden.

[. . .][3]

3 In der Vorlage endet hier der Text, das Rundschreiben ging vermutlich weiter; vgl. Anm. 1.

71.

24. 8. 1932: Anweisungen des Sekretariats

StA Bremen, 4,65-IV 13 k; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 16. Anweisungen des Sekretariats".

Inhaltsverzeichnis.

1. Die Verlängerung der Betriebskampfwochen.
2. Die 2. Etappe der Antifaschistischen Aktion.
3. Der 18. Internationale Jugendtag und das 25jährige Jubiläum der Jugend-Internationale.
4. Kampf gegen die Standgerichte und das drohende Parteiverbot.
5. Der Stahlhelmtag in Berlin.
6. Der Antikriegkongreß in Amsterdam.
7. Die Reichstagseröffnung.

Werte Genossen!

Die Verlängerung der Betriebskampfwochen.

Der Beschluß des Zentralkomitees über die Verlängerung der Betriebskampfwochen der Antifaschistischen Aktion um zwei weitere Wochen, d. h. bis zum 4. September, entspringt der Notwendigkeit, die mit Hilfe der Betriebskampfwochen erstrebte radikale Belebung der Betriebsarbeit entsprechend den Beschlüssen des Februarplenums des ZK erheblich stärker zu verwirklichen, als das im Verlauf der ersten Betriebskampfwoche der Fall war.[1] Die Tatsache, daß die meisten Bezirke entgegen den Anweisungen des ZK die Berichterstattung über die Ergebnisse der ersten Betriebskampfwoche nicht unmittelbar nach dem Abschluß der Kampfwoche vorgenommen haben, die Tatsache, daß die meisten Redaktionen im Gegensatz zum Zentralorgan der Partei, der *Roten Fahne*, ihre Zeitungen nicht ernstlich auf die Betriebskampfwoche eingestellt haben, so daß in vielen Bezirken von einer wirkli-

1 Vgl. zur Betriebskampfwoche der Antifaschistischen Aktion, die ursprünglich auf den 14.–21. August festgesetzt war, Dok. 69.

chen Mobilisierung der Arbeiterkorrespondenten kaum gesprochen werden kann, das alles beweist, daß das Verständnis für die Bedeutung der zweiten Woche der Antifaschistischen Aktion im Zeichen der Eroberung der Betriebe in der Partei noch völlig ungenügend ist.

Die Verlängerung der Betriebskampfwochen über den 21. August soll den Bezirksleitungen die Möglichkeit geben, die bisherigen Versäumnisse auszumerzen und die für die Betriebskampfwoche aufgestellten Ziele und Aufgaben restlos zu erfüllen. Angesichts der großen Schwäche der Partei auf dem Gebiet der Betriebs- und innergewerkschaftlichen Arbeit weist das ZK auf die Tatsache hin, daß gegenwärtig infolge der günstigen politischen und auf Grund des großen Aufschwungs der Partei in den Massen im Zusammenhang mit dem 31. Juli[2] alle objektiven Bedingungen gegeben sind, auch die zweite Etappe der Antifaschistischen Aktion mit wachsenden Erfolgen durchzuführen.

Das ZK wird den Verlauf der Betriebskampfwochen in allen Bezirken zum Anlasse einer eingehenden Überprüfung des Standes der Parteiarbeit, einer ernsten Überprüfung der Parteileitung in den Bezirken und Unterbezirken nehmen.

Die zweite Etappe der Antifaschistischen Aktion.

Die Betriebskampfwochen sollen, wie auf der Konferenz der Polsekretäre vom 3. August und im Rundschreiben Nr. 15[3] klargestellt wurde, den Auftakt für die ganze zweite höhere Etappe der Antifaschistischen Aktion bilden, die unter der Losung durchgeführt wird: „Tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe!"

Die gesamte Parteiarbeit und die Arbeit der revolutionären Massenorganisationen muß in der zweiten Etappe der Antifaschistischen Aktion auf das Ziel der Kampfmobilisierung gegen alle faschistischen Maßnahmen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete und gegen den Bestand der faschistischen Diktatur überhaupt gerichtet sein. Dabei muß nach dem Thüringer Beispiel eine ernste Kampfsolidarität zwischen den kämpfenden Erwerbslosen und Betriebsarbeitern hergestellt werden.

Dieses eine Ziel: Auslösung von Teilstreiks, wirtschaftliche Streiks ganzer Betriebe, politische Proteststreiks, Massenstreiks bis zum Generalstreik, bei gleichzeitiger größtmöglicher Entfaltung der Massenaktionen der Erwerbslosen (besondere Anweisungen folgen in den nächsten Tagen) und aller übrigen werktätigen Schichten, muß bei allen Maßnahmen im Auge behalten werden. Auf dieses Ziel der Auslösung und Führung von Massenkämpfen muß jeder Zweig der revolutionären Arbeit eingestellt werden.

Die wichtigste Voraussetzung dazu bildet der notwendige Durchbruch der Partei in der Frage der Betriebsarbeit und der davon untrennbaren Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front.

Die wichtigsten Aufgaben hierbei sind:

1. Einstellung der gesamten Methoden der Parteiarbeit und des Parteilebens auf die Betriebszelle als des wichtigsten Organs der Partei.

---

2 Gemeint ist das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932. Vgl. dazu das Dok. 69, Anm. 1 und 2.

3 Vgl. Dok. 69.

2. Breiteste Anwendung der Einheitsfronttaktik im Betrieb durch Durchführung kollektiver Kampfaufgaben und besonders bei der Kampfmobilisierung gegen Lohnraub, Tarifverschlechterung usw.

3. Radikale Verstärkung der Arbeit in der innergewerkschaftlichen Front, Kampf um die Gewinnung der Mitgliedschaft und der unteren Funktionäre der reformistischen, christlichen usw. Verbände durch Bildung der kommunistischen Fraktionen und Schaffung einer breiten Oppositionsbewegung.

4. Ausbau der organisatorischen Fundamente im Betrieb: Schaffung von Abteilungszellen. Auswahl revolutionärer Vertrauensleute in jeder Abteilung, Ausbau der Methode der Parteilosen-Beratungen (jedes Zellenmitglied bearbeitet 3–5 parteilose Arbeiter systematisch, hält mit ihnen zwanglose Beratungen ab und gibt ihnen die Losungen der Partei weiter, die es von den Abteilungszellenleitern oder revolutionären Vertrauensmann erhalten hat).

5. Einstellung der Straßenzellen und der kommunistischen Fraktionen in allen Massenorganisationen auf die Unterstützung des Kampfes um die Eroberung der Betriebe.

Bei der Durchführung dieser notwendigen Maßnahmen im Rahmen der zweiten Etappe der Antifaschistischen Aktion muß stets der Kampfinhalt der gesamten Kampagne auch bei allen organisatorischen Maßnahmen im Vordergrund stehen. Jeder Genosse und Funktionär, jedes RGO-Mitglied, jeder Sympathisierende muß wissen:

Es kommt darauf an, Streiks und Massenkämpfe aller Art auszulösen und bis zum politischen Massenstreik oder Generalstreik gegen die faschistische Diktatur zu steigern.

Die führende Rolle der Partei und RGO darf bei der Vorbereitung, Auslösung und Durchführung der Kämpfe keineswegs mechanisch betrieben werden, indem Partei oder RGO versuchen, ihre Führung den Arbeitern aufzuzwingen. Diese Führung muß vielmehr durch richtige Vorschläge und Losungen, durch zielbewußte Agitation und Propaganda, durch die organisierende Rolle der Zellen, der revolutionären Vertrauensleute und der kommunistischen Fraktionen in Massen [organisationen], kurz: durch richtige revolutionäre Massenarbeit verwirklicht werden.

Die Massen selbst sollen die Führung durch Schaffung eigener Kampforgane in die Hände nehmen. Von unten her gilt es, Einheitsausschüsse und Kampfausschüsse zu bilden, in denen sich die Arbeiter zusammensetzen, um die zur Abwehr von Lohnraub, faschistischem Terror und Anschlägen aller Art notwendigen Maßnahmen [zu] beschließen und gemeinsam durchzuführen.

Der Internationale Jugendtag und das 25jährige Jubiläum der Jugendinternationale.[4]

Auch der am 3. und 4. September stattfindende 18. Internationale Jugendtag, der

4 Die Sozialistische Jugendinternationale wurde auf der ersten internationalen Konferenz sozialistischer Jugendorganisationen 1907 in Stuttgart gegründet. Auf der Berner Konferenz im Jahre 1915 wurde die Durchführung eines jährlichen internationalen Jugendtages beschlossen. Der 18. Internationale Jugendtag fand am 3. und 4. September 1932 in Berlin statt. Vgl. dazu das Geleitwort von Ernst *Schneller* zum 18. Internationalen Jugendtag „Die Jugend in der ersten Reihe", in: *RF* Nr. 180 vom 4. 9. 1932. Vgl. auch *Roter Stern* 9. Jg., Nr. 35. September 1932. Sonderbeilage zur *RF* Nr. 179 vom 3. 9. 1932 zum 25. Jahrestag der Jugendinternationale.

mit dem 25. Jahrestag der Jugend-Internationale zusammenfällt, muß im Rahmen der zweiten Etappe der Antifaschistischen Aktion zur Durchführung gelangen. Der Kommunistische Jugendverband Deutschlands führt vom 27. August bis 4. September 1932 eine Jugend-Kampf-Werbewoche durch. Die Partei muß den KJVD sowohl bei dieser Kampf- und Werbewoche, wie bei der Durchführung des Jugendtages selbst aufs stärkste unterstützen. Das Schwergewicht im Kampfe um die Jugend muß entsprechend der Betriebskampfwochen der Partei auf die Durchführung des Beschlusses des 11. Plenums gestellt werden:[5] „Bei jeder Parteizelle eine Jugendzelle!"

Dieser Kurs auf die Jugend der Betriebe (Jungarbeiter, Lehrlinge) muß auf das engste mit der Kampfmobilisierung der erwerbslosen Jugend gegen die Arbeitsdienstpflicht und militärische Verseuchung der werktätigen Jugend verbunden werden. Die Auslösung von Streiks der Lehrlinge und Jungarbeiter in den Betrieben und von Streiks, Kampfdemonstrationen und Kampfbewegungen aller Art (um besseres Essen, bessere Quartiere, tarifmäßige Entlohnung usw.) in den Arbeitsdienstlagern muß das Ziel der Partei und des KJVD in der gesamten Jugendarbeit und auch in der Kampagne des Internationalen Jugendtags sein.

Das Zusammentreffen des 18. Internationalen Jugendtages mit dem 25jährigen Jubiläum der Jugend-Internationale (Stuttgarter Konferenz vom 25. und 26. August 1907) muß dazu ausgenutzt werden, den kommunistischen Jugendverband als die einzige Organisation zu kennzeichnen, die das Erbe der Tradition der internationalen sozialistischen Jugendbewegung der Vor- und Kriegszeit verkörpert und fortführt. Die Rolle der kommunistischen Jugendinternationale und des KJVD muß in der Kampagne zum Jugendtag in scharfer Frontstellung gegen den Verrat der Sozialdemokratie an den Interessen der proletarischen Jugend, gegen die sozialistische Jugendinternationale und die SAJ beleuchtet werden.[6]

Die Durchführung des Internationalen Jugendtages ist eine Angelegenheit nicht nur des KJVD, sondern auch der gesamten Partei. Die Bezirksleitungen müssen sofort zum Internationalen Jugendtag und zur Kampf- und Werbewoche des KJVD Stellung nehmen, die Parteiorganisationen und Parteipresse zur Unterstützung einsetzen, einen entsprechenden Plan gemeinsam mit dem Jugendverband ausarbeiten und alle Parteiveranstaltungen, Zellenversammlungen und Parteiarbeiterkonferenzen auch in den Dienst der Kampagne zum Jugendtag stellen.

Alle Parteileitungen sind darüber hinaus verpflichtet, zur Überwindung der großen Schwächen unserer Jugendarbeit eine ständige und systematische Unterstützung des Jugendverbandes bei gleichzeitigem ernstem Kurs auf Verbesserung, Unterstützung und Kontrolle der Leitungen des KJVD durchzuführen.

Der Kampf gegen Standgerichte und drohendes Parteiverbot. Angesichts einerseits der frechen Morddrohungen und der offenen Mordpropaganda der Nazis aus Anlaß des Beuthener Urteils, und andererseits der barbarischen Standgerichtsurteile in

5 Vgl. Thesen und Resolutionen der XI. Plenartagung des EKKI. April 1931. Hamburg–Berlin 1931. Die Resolution des XI. EKKI-Plenums zur Arbeit der Jugendverbände ist zu finden in: Records T-175, 359, 2915912 ff. Ferner: HStA Düsseldorf, Regierung Düsseldorf, Nr. 17153, S. 135–140. Vgl. auch Dok. 60, Anm. 7.

6 Zur Geschichte der Jugendinternationale aus kommunistischer Sicht vgl. Geschichte der Kommunistischen Jugendinternationale, Band 1–3. Berlin 1929/31. Neuauflage München, o.J. (1971).

Ohlau, Königsberg usw. gegen revolutionäre Arbeiter und Reichsbannerfunktionäre[7] gilt es, eine passende Protestkampagne unter breitester Entfaltung der Einheitsfrontbewegung gegen die Sondergerichte der faschistischen *Papen-Schleicher*-Regierung zu entfalten. Dabei muß das demagogische Geschrei der Nazis über die Beuthener Urteile als offene Propaganda für den viehischen Meuchelmord entlarvt und der Charakter der Sondergerichte als Instrument der faschistischen Diktatur gegen die antifaschistische Arbeiterschaft dargestellt werden. Gegenüber der Bourgeoisie, die einerseits die Begnadigung der Mörder von Potempa betreibt und *Hitler*, *Göring* und *Goebbels* ungehindert zu neuen Morden auffordern läßt, andererseits sich den betrügerischen Schein einer „unparteilichen Gerechtigkeit" zu geben versucht, gilt es mit aller Schärfe festzunageln, daß die Terror- und Mordoffensive der Nazis im Dienst und Auftrage des Finanzkapitals selbst erfolgt.

Der Nazimordterror und die Sondergerichte der *Papen-Schleicher* dienen gleichermaßen demselben Ziele: Niederschlagung der Arbeiterschaft. Selbst die Beuthener Todesurteile sollen nur Todesurteile gegen Antifaschisten vorbereiten und erleichtern. Mordoffensiven und Standgerichte sollen der Vorbereitung des Parteiverbots der KPD den Weg bahnen.

Entfaltet deshalb überall sofort stürmische Protestkampagnen gegen Sondergerichte und drohendes Parteiverbot! Nehmt in allen Betrieben, Gewerkschaften und Stempelstellenversammlungen Protestentschließungen an. Entfaltet dabei die Einheitsfronttaktik gegenüber SPD und Reichsbannerarbeitern, freigewerkschaftlichen Mitgliedern und unteren Funktionären! Rüstet zum politischen Massenstreik für die Verteidigung der KPD gegen Verbotsmaßnahmen. Entfaltet die ideologische Offensive gegen die *Hitler*bewegung zur Zurückdrängung ihres Masseneinflusses und zur Zersetzung unserer Reihen.

Der Stahlhelmtag in Berlin.

Am 3. und 4. September findet in Berlin der sogenannte Reichsfrontsoldatentag des Stahlhelms statt.[8] Der geplante Stahlhelmrummel soll im Dienst der faschistischen militärischen Verhetzung stehen und besonders als Auftakt für die weitgehenden Aufrüstungspläne der deutschen Bourgeoisie, wie sie General *Schleicher* offen angekündigt hat, benutzt werden. Das ist ein besonderer Anlaß für uns, die Gegenmobilisierung gegen faschistisch-militärische Provokationen auf das äußerste zu verstärken.

---

7 Am 22. August verurteilte ein Sondergericht in Beuthen fünf Mitglieder der NSDAP im sog. Potempa-Prozeß zum Tode. In Potempa (OS) war der kommunistische Arbeiter *Pietczuch* vor den Augen seiner 69jährigen Mutter von SA-Leuten brutal erschlagen worden. Vgl. die KPD-Broschüre „Potempa", o.O.u.J. (Berlin 1932). Die verurteilten NSDAP-Mörder wurden von der kommissarischen preußischen Regierung am 2. September begnadigt. Am selben Tag wurden in Brieg/Schlesien mehrere KPD-Mitglieder nach Zusammenstößen zwischen SA und Antifaschistischer Aktion wegen „Landfriedensbruchs" zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Vgl. Schulthess 1932 S. 141. *Die Rote Fahne* bezeichnete die Urteile gegen die NSDAP-Mitglieder als „Scheinurteile", die nur einen Präzedenzfall schaffen sollten, um später „revolutionäre Arbeiter" ebenfalls zum Tode verurteilen zu können. Im Gegensatz zu den Nazis würden die Arbeiter jedoch nicht begnadigt werden. Vgl. *RF* Nr. 175–176 vom 23. und 24. 8. 1932.

8 Der Reichsfrontsoldatentag des Stahlhelms fand gleichzeitig mit dem 18. Jugendtag in Berlin statt. Vgl. *RF* Nr. 179–180 vom 3. und 4. 9. 1932.

Wir führen unsere Gegenkampagne in Verbindung mit der Kampagne zum Internationalen Jugendtag und vor allem mit dem Ziel der Mobilisierung der proletarischen und werktätigen Jugend gegen die militaristisch-nationalistische Verseuchung.

Unsere Gegenkampagne zerfällt in drei Aufgabengebiete:

1. Ideologische Gegenoffensive unter den werktätigen Massen, unter Losungen unseres Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Versailler Tributsklaverei und gegen den Lausanner Pakt,[9] gegen die imperialistischen Abenteuer der deutschen Bourgeoisie, gegen ihre verbrecherischen Rüstungspläne, für die Verteidigung der Sowjet-Union (Parteipresse, Betriebs- und Häuserblockzeitungen).

2. Ideologische Offensive zur Zersetzung und zum Eindringen in die Stahlhelmfront. Entsprechende Bearbeitung von Stahlhelmleuten, Stahlhelmfrauen usw., Abhaltung von Versammlungen mit Einladung von Stahlhelmfunktionären zur Diskussion, Einsatz von Diskussionsgruppen bei der Abreise von Stahlhelmdelegationen und beim Stahlhelmaufmarsch selbst.

3. Mobilmachung der Arbeiterviertel bei der Abreise und Rückkehr der Stahlhelmdelegationen gegen etwaige faschistische Überfälle, bei schärfstem Kurs gegen individuelle terroristische Tendenzen,[10] wo solche Feinde der Arbeiterschaft auftauchen. Mobilisierung der Bevölkerung gegen den Stahlhelmrummel mit den Losungen: Kein Quartier, kein Schluck Wasser, kein Stück Brot!

Der Antikriegskongreß in Amsterdam.

Das Stattfinden des Amsterdamer Antikriegskongresses in der fraglichen Zeit,[11] in der in Deutschland mit dem Reichstagszusammentritt[12] erneut größere politische Zuspitzungen bevorstehen und unmittelbar vor dem militärischen Stahlhelmrummel in Berlin gibt uns gesteigerte Möglichkeiten der Tagung des Antikriegskongresses in lebendigster Weise mit den unmittelbaren Fragen des Klassenkampfes in Deutschland zu verbinden.

Die Rüstungspläne der deutschen Bourgeoisie werden in der nächsten Zeit an und für sich in der gesamten Politik eine wichtige Rolle spielen. Der Kampf gegen diese Rüstungspläne von unserer Seite wird zu dem mächtigen Hebel des revolutionären Klassenkampfes werden.

Die gesamte Parteipresse muß deshalb der Tagung des Antikriegskongresses größere Aufmerksamkeit schenken und ihn in entsprechender Weise für unsere Kampagne gegen Hunger, Krieg und Faschismus auswerten.

---

9 Gemeint ist der Beschluß der Reparationskonferenz von Lausanne in der Zeit vom 16. Juni bis 9. Juli 1932. Vgl. dazu Dok. 65, Anm. 2.

10 In der Auseinandersetzung mit der NSDAP oder dem Stahlhelm versuchte die Parteileitung sich von Gewaltmaßnahmen und terroristischen Handlungen zu distanzieren. Vgl. dazu den Beschluß des ZK gegen den individuellen Terror vom 10. November 1931, in: *RF* Nr. 206 vom 13. 11. 1931; GdA, Dokument 82, S. 558 f.

11 Der Internationale Kongreß gegen den imperialistischen Krieg fand vom 27. bis 29. August 1932 in Amsterdam statt. Vgl. zur Vorbereitung Dok. 65 und 66.

12 Die konstituierende Sitzung des am 31. Juli neu gewählten Reichstages fand am 30. August 1932 statt. Hierbei führte die KPD-Abgeordnete Klara *Zetkin* als Alterspräsidentin den Vorsitz. Vgl. GdA S. 362 ff. Vgl. *RF* Nr. 177 vom 25. 8. 1932: „Klara *Zetkin* eröffnet den Reichstag."

In den Betriebskampfwochen muß die Mobilisierung der Betriebe und der Stempelstellen auch in der Richtung des Kampfes gegen Kriegskreise und militärischen Rüstungswahnsinn erfolgen, wobei es gilt, Begrüßungstelegramme der Belegschaften, der Betriebsräte (SPD!) und gewerkschaftlicher Organisationen, Kartelle usw. durchzusetzen. Die Vorbereitung solcher Begrüßungstelegramme auf Grund von Betriebsbeschlüssen usw. muß sofort einsetzen, da nur wenige Tage Zeit vorhanden ist. Alle Bezirksleitungen sind für die Durchführung dieser notwendigen Maßnahmen zur größten Popularisierung des Amsterdamer Kongresses verantwortlich.

Die Ergebnisse des Kongresses können vor allem bei der Kampagne des Internationalen Jugendtages und gegen Stahlhelmrummel bereits als erster Auftakt ausgewertet werden.

Die Berichterstattung über den Amsterdamer Kongreß, der auf breitester überparteilicher Basis zur Durchführung gelangt, muß von uns in breitester Öffentlichkeit – vor Betrieben, Stempelstellen, Organisationen und in öffentlichen Kundgebungen – im Sinne der Stärkung der revolutionären Einheitsfrontbewegung durchgeführt werden.

Die Reichstagseröffnung.

Zur Vorbereitung des Zusammentritts des Reichstags muß im Rahmen der Betriebskampfwoche eine breite außerparlamentarische Kampagne sofort einsetzen. Diese Kampagne muß sich gegen die neuen Staatsstreichpläne der faschistischen Machthaber richten, die eine völlige Ausschaltung des Reichstags, evtl. sogar Einberufung einer Nationalversammlung durch Notverordnung unter Auflösung des gewählten Reichstags usw., planen. Vor allem ist die radikale Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts, Abschaffung des Frauenwahlrechts, Raub des Wahlrechts für die jüngere Generation, Abschaffung des Verhältniswahlrechts (Listen), evtl. sogar direkter Raub des Wahlrechts für die Anhänger der kommunistischen Partei im Zusammenhang mit den übrigen geplanten Anschlägen auf die Arbeiterorganisationen vorgesehen. Auch die Eröffnung des Reichstags durch die Alterspräsidentin, die Genossin *Klara Zetkin*, soll möglicherweise durch Gewaltmaßnahmen, wie Schutzhaftbefehl für *Klara Zetkin* usw., gestört oder vereitelt werden.

Alle diese Pläne der faschistischen Machthaber kennzeichnen die große politische Bedeutung, die dem Zusammentritt des Reichstags vom Standpunkt des außerparlamentarischen Massenkampfes zukommt. Wir müssen deshalb heute schon in den Betrieben eine solche Stimmung schaffen und dazu die Betriebskampfwoche ausnutzen, daß bei irgendwelchen Anschlägen der faschistischen Machthaber ein rasches Reagieren der Betriebe unter breitester Initiative von unten erleichtert ist.

Vor allem gilt es, sofort in den Betrieben Kampfentschließungen zur Annahme zu bringen, die sich mit den wichtigsten Anträgen der kommunistischen Reichstagsfraktion (Mißtrauen gegen die *Papen*regierung, Aufhebung aller Verordnungen einschließlich der Staatsstreichnotverordnung gegen Preußen, Streichung des Lausanner Paktes usw.) solidarisch erklären und die Wahl eines Reichstagspräsidiums unter [Ein]schaltung der Mordfaschisten verhindern. Diese Resolutionen sollen nach Möglichkeit das Verhalten des Zentrums und der SPD im Preußischen Landtag in der Frage des Landtagspräsidenten brandmarken und den Kampf der Kommunisten für ein faschistenfreies Präsidium begrüßen.[13]

13 Zum Verhalten der KPD bei der Wahl des Präsidiums im preußischen Landtag vgl. Dok. 68, Anm. 3.

Auch die Parteipresse muß unter Ausnutzung solcher Kampfentschließungen mit der Kampagne zur Vorbereitung des Reichstagszusammentritts einsetzen[14].

Alle diese Kampagnen müssen unter dem Gesichtspunkt der einheitlichen Kampfmobilisierung gegen die faschistische Diktatur und alle ihre Maßnahmen durchgeführt werden. Durch diese Konzentration auf ein Ziel gilt es zu erreichen, daß die Zusammenfassung aller einzelnen Maßnahmen der zweiten Etappe der Antifaschistischen Aktion eine wirkliche Kampfmobilisierung der Betriebs- und Stempelstellen und der übrigen Werktätigen ermöglicht und zur Auslösung und Führung breitester Aktionen und Kämpfe führt.

Mit kommunistischem Gruß
ZK.-Sekretariat

14 Das Zentralorgan der KPD. *Die Rote Fahne.* war in dieser Zeit (vom 26. 8.–3. 9. 1932) verboten. Vgl. *RF* Nr. 178 vom 26. 8. 1932. Die übrige Presse brachte die „Kampfforderungen"; vgl. *Freiheit* Nr. 184 vom 30. 8. 1932; *Bergische Arbeiterstimme* Nr. 184 vom 30. 8. 1932; *Arbeiter-Zeitung* (Mannheim) Nr. 200 vom 27. 8. 1932.

72.

2. 9. 1932: Anweisungen des Sekretariats zum Wirtschaftsprogramm der *Papen*-Regierung

StA Bremen, 4,65-IV 13 k: [Vermutlich] Hektographiertes Rundschreiben. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 17. Anweisungen an die Bezirksleitungen und Redaktionen."

Inhaltsverzeichnis: „Wirtschaftsprogramm und neue Notverordnungen der *Papen*regierung"

Werte Genossen!

Das Wirtschaftsprogramm und die zu erwartende Notverordnung[1] der faschistischen *Papen*regierung muß von der Partei und allen Massenorganisationen in der Weitertreibung der Antifaschistischen Aktion mit einer entschiedenen und kühnen Mobilisation zur Durchführung von Streikaktionen und Massenkämpfen beantwortet werden. Die Losung „Tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe"[2] erfährt jetzt eine weitere Steigerung: Die Antifaschistische Aktion organisiert den Kampf gegen das faschistische Wirtschaftsprogramm der *Papen*regierung.

1 Am 4. September 1932 erließ die Reichsregierung eine Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft, die einen umfangreichen Katalog von Subventionsmaßnahmen für Industrie und gewerbliche Wirtschaft enthielt, bei gleichzeitig weiter eingeschränkten Sozialleistungen des Staates für Erwerbslose, Kranke und Kurzarbeiter. Die Verordnung sowie ihre wirtschaftspolitischen Grundsätze hatte Reichskanzler *Papen* auf einer Versammlung des westfälischen Bauernvereins am 28. August 1932 in Münster angekündigt. Vgl. dazu Schulthess 1932 S. 144 ff.; zu den einzelnen Maßnahmen der Verordnung S. 152 ff.; Horkenbach 1932 S. 908 ff.

2 Unter dieser Losung führte die KPD vom 14.–21. August 1932 und verlängert bis 4. 9. eine sog. „Betriebskampfwoche der Antifaschistischen Aktion" durch, deren Ziel die Gründung von Betriebsgruppen in den wichtigsten Betrieben war. Vgl. dazu Dok. 71.

Die *Papen*regierung hat angesichts der von Woche zu Woche wachsenden Verschärfung der Wirtschaftskrise Verhandlungen mit allen entscheidenden Teilen der Bourgeoisie durchgeführt und die Direktiven für das Ausbeutungsprogramm, das *Papen* in seiner Rede in Münster verkündete, erhalten:

Das *Papen*programm enthält folgende Hauptpunkte:

1. Die Kapitalisten erhalten 1.5 Milliarden Subventionen in Form von Steueranrechnungsscheinen und zwar erhalten sie die Scheine für Umsatzsteuer, Grund- und Gewerbesteuer. Diese Anteilscheine sollen für die Jahre 1934–1938 für die Begleichung von Steuern in Zahlung genommen werden – sie erhalten aber schon jetzt faktisch den Wert von Zahlungsmitteln, da sie an der Börse gehandelt und von der Reichsbank beliehen werden. Diese Subvention ist an keine Bedingung, etwa der Einstellung von Arbeitern usw., geknüpft – stellt aber den Hauptanteil der „Ankurbelung" der Wirtschaft zur Einstellung von 1¾ Millionen Arbeitslosen dar, von der von *Papen* so großzügig gesprochen wird.

2. Weitere 36 Milliarden sollen denjenigen Kapitalisten geschenkt werden, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigen. Auch dieser Punkt des *Papen*-Programms ist eine direkte Subvention der Großindustrie, eine direkte Aufforderung an alle Industrielle zur Senkung der Löhne, zur Einstellung von Arbeitern zu untertariflichen Löhnen bei späterer Entlassung der zu Tariflöhnen entlohnten Arbeiter. Der ganze Zuschuß von 700 Millionen wird aus dem Steueraufkommen der werktätigen Massen gezahlt.

3. Die Tarifverträge sollen vollkommen durchbrochen und durchlöchert werden. Die Unternehmer sollen ermächtigt werden, Tariflöhne einfach zu unterschreiten, den bisher beschäftigten Arbeitern 20–30% Lohnabzüge aufzuerlegen, für die eingesparte Lohnsumme erwerbslose Arbeiter gleichfalls mit untertariflicher Zahlung einzustellen, also mit der gleichen Lohnsumme mehr Arbeiter verstärkt auszubeuten. Dabei werden zweifellos noch mehr als bisher Arbeiterinnen und Jugendliche am härtesten betroffen. Hinzu kommt die Ankündigung, daß alle „durch die Krise gefährdeten Werke" ermächtigt werden, zur Sicherung der Existenz des Betriebes die Tariflöhne abzuschaffen und den Lohn entsprechend der betrieblichen Kalkulations- und Rentabilitätsberechnungen festzusetzen.

Die „Auflockerung des Tarifvertrages" wird nicht nur darin bestehen, daß bei der Neueinstellung von Erwerbslosen bzw. bei der Drohung mit der Stillegung des Betriebes eine untertarifliche Bezahlung erfolgen kann, sondern es sollen jetzt auch jene Vorschläge durchgeführt werden, die seinerzeit von *Brüning* unter Zustimmung des ADGB und der christlichen Gewerkschaften im Wirtschaftsbeirat festgelegt worden waren. Also Verkleinerung der Tarifbezirke, verschiedenartige Festlegung der Tariftermine, Verlegung des Ablauftermins, weg von den Saisonzeiten usw.

Die Regierung begünstigt dabei jene Entwicklung, wie sie noch Ende Juli die rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen auf der Tagung des Langnamvereins[3] forderten: Abstellung aller Lohnbezüge auf den wirklichen Betriebsvertrag – Übergang von Kollektivvertrag zum Werkstarifvertrag.

Die Möglichkeit für die Unternehmer unter den verschiedensten Vorwänden, die Tariflöhne unterschreiten zu können, bedeutet praktisch, daß die Unabdingbarkeit

3 Vgl. Dok. 42, Anm. 4.

des Tarifvertrages besonders was seine Erstreckung auf die Masse der gewerkschaftlich nicht Organisierten betrifft, liquidiert wird. Damit wird einer der Grundpfeiler zerstört, auf denen die Gewerkschaftsbewegung und das ganze Tarifvertragswesen aufgebaut sind. Die Unternehmer haben zwar noch ein Interesse daran, formelle Tarifverträge zu schließen, aber diese Tarife binden nur einseitig die Arbeiter, während die Unternehmer es in der Hand haben, die Löhne und Gehälter in ihrem Betrieb je nach dem Kräfteverhältnis mehr oder minder stark in jedem Moment kürzen zu können.

Kurz zusammengefaßt sollen 1.5 Milliarden neue Zahlungsmittel in Form von Steueranteilscheinen ausgegeben werden, dazu 700 Millionen, die den Industriellen unmittelbar als Subventionen zufließen. Die dadurch angeblich herbeizuführende Ankurbelung der Wirtschaft soll den Vorwand für eine unerhörte Belastung der Arbeiter und Angestellten liefern. Die Erwerbslosigkeit soll auf die zur Zeit beschäftigten Arbeiter abgewälzt werden durch das Mittel der gewaltigen Vermehrung der Kurzarbeit, bei gleichzeitiger Einstellung neuer Arbeiter, eines allgemeinen Lohnabbaus und der Durchpeitschung neuer Massensteuern für alle Beschäftigten. Für die Arbeiterklasse und die werktätigen Mittelschichten bedeutet dieses Programm eine gewaltige Verschärfung der Krise, das Hineintreiben von Millionen in die nackte Hungerkatastrophe des kommenden Winters.

Die Durchführung dieses gigantischen Ausplünderungsprogramms erfordert eine gewaltige Verschärfung der bisherigen faschistischen Diktaturmethoden.

Die *Papen-Schleicher-Gayl*-Regierung will den Weg der Ausschaltung des Reichstags, der Präsidialregierung, d. h. der Reichswehrdiktatur gehen, während Zentrum und Nazis die Verschärfung der faschistischen Diktatur durch unmittelbare Heranziehung der SA und der christlichen Gewerkschaften (unter Tolerierung durch den ADGB) sichern und die *Papen-Schleicher*-Regierung durch eine Zentrum-Nazi-Koalition ersetzen wollen.

Beide, sowohl die *Papen*-Regierung als auch die Zentrum-Nazi-Koalition, setzen dabei in ihren Besprechungen auf die Politik der SPD, bzw. besonders die Politik der ADGB-Führer. Die ADGB-Führer haben sowohl in den Verhandlungen mit *Schleicher*, als auch bei den Besprechungen mit den Mittelsleuten von *Brüning* und *Strasser* zum Ausdruck gebracht, daß sie bereit sind, am „Umbau der Wirtschaft" an „jedem vernünftigen Arbeitsbeschaffungsprogramm" mitzuarbeiten und daß sie sich verpflichten, jede Störung dieser Pläne zur Rettung des kapitalistischen Systems durch Massenaktionen, ökonomische und politische Streiks zu verhindern. Die SPD und insbesondere der ADGB spielen in den Berechnungen der verschiedenen faschistischen Fraktionen der Bourgeoisie noch mehr als in der Vergangenheit die Rolle der sozialen Hauptstütze, die Rolle der Garanten im Proletariat für die Durchführung der ökonomischen und politischen Pläne der faschistischen Diktatur angesichts der verschärften Krise.

Wahrscheinlich ist, daß die *Papen-Schleicher*-Regierung mit *Hindenburg* den Weg der Präsidialregierung gehen wird und daß die Schwerindustriellen, großagrarischen und Reichswehr-Kreise den Nazis nicht die volle Regierungs- und Staatsgewalt ausliefern werden. Dieser Weg mit Auflösung des Reichstags und der Durchführung der Reichsreform auf Notverordnungswege bedeutet den Staatsstreich und offene Liquidierung der Verfassung.

Diese verschärfte faschistische Diktatur erfordert die größte Verstärkung des Kampfes gegen die *Papen*-Regierung umsomehr, als alle Maßnahmen der *Papen*-Regierung Deutschland immer tiefer in die Katastrophe hineintreiben und die Klassenkämpfe immer heftiger zuspitzen.

Wir müssen aber gleichzeitig den Kampf gegen die *Papen*-Regierung, die das ausübende Zentrum der faschistischen Diktatur bildet, mit dem Kampf gegen Nazi und Zentrumspartei verbinden und in unserer ganzen Strategie und Taktik verstehen, daß der sozialdemokratische, insbesondere der freigewerkschaftliche Arbeiter die zentrale Figur unserer ganzen Politik bildet, daß die Antifaschistische Aktion die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Massenkampf gegen alle Formen der kapitalistischen Diktatur, gegen alle faschistischen Fraktionen der Bourgeoisie erobern muß. Es kommt insbesondere darauf an, die Rolle der Sozialdemokratie und des ADGB im Bewußtsein der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter so zu klären, daß es uns gelingt, die SPD-Arbeiter auf allen Fronten in die Antifaschistische Aktion einzubeziehen, sie unter unseren Losungen in politische und ökonomische Massenaktionen einzubeziehen, sie organisatorisch von der SPD loszureißen.

Das zentrale Problem des antifaschistischen Massenkampfes, der Übergang von der Agitation und Propaganda zu betrieblichen Massenaktionen kann nur dann gelöst werden, wenn die Partei ruckartig die innergewerkschaftliche Arbeit verstärkt, planmäßig und systematisch sofort alle Gewerkschaftskader mobilisiert und die gewerkschaftlich organisierten Massen, dem Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie entreißt.

Die „Auflockerung der Tarifverträge" bedeutet deshalb die Gefährdung der Grundlagen, auf denen die Gewerkschaften aufgebaut und zusammengehalten werden. Das muß einen direkten Umwälzungsprozeß in den Millionenreihen, sowohl der Arbeiter- wie der Angestellten-Verbände zur Folge haben. So sehr auch in den letzten zwei Jahren die Löhne und Gehälter immer wieder gesenkt wurden, das Gewerkschaftsmitglied hielt an seinem Verband fest, weil durch die tariflichen Abmachungen eine gewisse Sicherheit des Lohnes gewährt war. Diese Sicherheit wird durch die angedrohte *Papen*sche Notverordnung zerstört und damit das Hauptinteresse des Durchschnittarbeiters an der gewerkschaftlichen Organisierung. Da die Gewerkschaftsführer keine Kämpfe um die Aufrechterhaltung des Tarifvertrages in seiner bisherigen Form führen werden, droht eine große Massenflucht aus den Gewerkschaften, wenn es uns Kommunisten nicht gelingt, die steigende Erbitterung und Opposition in den Reihen der Gewerkschaftsmitglieder zusammenzufassen und in Streikaktionen umzusetzen.

Die Maßnahmen der Regierung und der Unternehmer schaffen ungewollt sehr günstige Bedingungen des Kampfes, wenn wir auf dem Posten sind, denn die sozialen Auseinandersetzungen werden wieder in steigendem Maße in die einzelnen Betriebe verlegt und die Entscheidungen, die bisher sehr oft für ganze Industriegebiete durch die Tarifverhandlungen am grünen Tisch ohne Befragen der Arbeitermassen getroffen wurden, werden in direkten Lohnkämpfen zwischen Belegschaft und Unternehmer ausgetragen werden.

Für unsere innergewerkschaftliche Arbeit im ADGB, in den christlichen Gewerkschaften und nationalen Angestelltenverbänden schafft die Liquidierung des bisheri-

gen Tarifrechts (Lohnsicherung und Schlichtungswesen) eine außerordentlich günstige Situation zum Ausbau der Opposition, denn es zeigt sich ganz klar, daß die Kapitulationspolitik der Gewerkschaften und der Regierung eine Position nach der anderen preisgibt.

Wenn mit der gleichzeitigen Wendung der Partei zur Arbeit in den Betrieben und zur innergewerkschaftlichen Arbeit gleichzeitig die Wendung zur wirklichen Führung der Erwerbslosenbewegung mit Hilfe der Parteifraktionen in der RGO und den Erwerbslosenausschüssen geschieht, dann wird es ebensowenig wie bisher der Bourgeoisie gelingen, die Erwerbslosen gegen die Betriebsarbeiter erfolgreich auszuspielen.

Der Plan der *Papen*-Regierung, durch ihre Taktik die Spaltung zwischen Erwerbslosen und Betriebsarbeitern zu tragen, zeigt auf das dringlichste, von welcher gewaltigen aktuellen Bedeutung für den Kampf der Betriebsarbeiter die kommunistische Arbeit unter den Millionenmassen der Erwerbslosen wird. Besonders zu beachten ist dabei die Verschärfung des Arbeitsdienstes, der dazu ausgenutzt wird, alle jugendlichen Arbeitslosen aus der Unterstützung herauszudrängen und eine unerhörte Verschärfung der Ausbeutung und Entrechtung der Lehrlinge und Jungarbeiter durchzuführen.

Wenn man bedenkt, daß zu der Erbitterung, zur wachsenden Kampfgewilltheit der Massen gegen den Lohn- und Unterstützungsabbau noch ihre Wut gegen die Milliarden Steuergeschenke und Subventionen an die Großindustriellen und Großagrarier, über die steigende Teuerung, über die Gefahr der Inflation usw. kommt, daß die Maßnahmen der politischen Knebelung, der Standgerichte, des Verbots der Parteipresse, der Verfolgung und des Verbots der revolutionären Massenorganisationen [. . .],[4] so ist es klar, daß dieser ganze aufgespeicherte Explosionsstoff sich in vielen Einzelkämpfen und großen Massenaktionen entladen wird, wenn wir uns entsprechend den Parteibeschlüssen richtig auf die Betriebe, Gewerkschaften, Erwerbslosen orientieren.

Ohne den konkreten Inhalt der Notverordnung abzuwarten, gilt es, jetzt unter den Parolen: „Keinen Pfennig Lohn- und Unterstützungsabbau", „keine Verschlechterung der Tarifverträge" (für Betriebe mit Arbeiterinnen und Jungarbeiter: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit"), im Zusammenhang mit unseren politischen Losungen den Alarm in die Betriebe zu werfen, den Widerstand zu organisieren und überall Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion bzw. vorbereitende Kampfausschüsse gegen Lohnabbau zu bilden. Wo der Unternehmer in einer Abteilung oder im Gesamtbetrieb einen Vorstoß unternimmt, muß alles getan werden, um diesen zurückzuschlagen. Die betrieblichen Angriffe der Unternehmer in allen Industrien als Vorbereitung zu großen Schlägen sind schon voll im Gange. Nachdem über 230 000 sächsische, thüringische Textilarbeiter schon in der Tarifbewegung stehen, haben jetzt die Kohlenkönige des Ruhrgebiets den Bergarbeitern zum 30. September 1932 die Lohnordnung gekündigt. Die entscheidende Gruppe der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie geht also offen zum Angriff über. Der Zechenverband verlangt in Durchführung der *Papen*-Notverordnung die „Angleichung" der Lohnfestsetzung der 160 Zechenanlagen des Reviers entsprechend den unterschiedlichen Verhältnis-

4 Textvorlage unvollständig.

sen, in der Linie, die Löhne je nach der Rentabilität der einzelnen Zechen zu differenzieren. Die Kohlenkapitalisten der anderen Reviere Oberschlesiens, Niederschlesiens, mitteldeutscher Bergbau, kündigen ebenfalls die Tarife. Dasselbe werden wahrscheinlich in kürzerer Aufeinanderfolge die anderen Kapitalistengruppen auch tun.

Es nahen also große Entscheidungen, bei denen es sich zeigen muß, ob die Partei aus den Erfahrungen des 20. Juli genügend rasch die Konsequenzen gezogen hat, um Voraussetzungen zur Entfesselung der Kämpfe zu schaffen.

Die Antifaschistische Aktion muß auf allen Fronten verstärkt und zu Massenaktionen gesteigert werden. Unsere Angriffe richten sich vor allem gegen das Raubprogramm der *Papen*-Regierung und die in seinem Gefolge jetzt bereits angekündigten Unternehmerangriffe in den einzelnen Betrieben, gegen die Verschärfung der faschistischen Diktatur, gegen die Sondergerichte, Presseverbote, den Raub der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Alle faschistischen Fraktionen der Bourgeoisie sind entschlossen zu einer verschärften Knebelung unserer Partei, zur Unterdrückung aller revolutionären Massenaktionen des Proletariats. Wir sind im besonderen verpflichtet, überall unseren Kampf für die Verteidigung unserer Partei gegen die Unterdrückung und Verbotsabsichten ganz bedeutend zu verschärfen und mit den betrieblichen konkreten Aktionslosungen, die auf den ökonomischen Streik gegen die Unternehmerangriffe sowie auf den politischen Massenstreik und Generalstreik gegen die *Papen*-Regierung und ihr faschistisches Wirtschaftsprogramm, gegen die Terrorakte der faschistischen Diktatur, die Sondergerichtsurteile und die Nazimorde hinzielen, mit unseren Endziellosungen des sozialistischen Auswegs aus der Krise und des Kampfes um die Arbeiter- und Bauernrepublik zu verbinden.

Die Parteileitungen müssen ihre Streikstrategie und Taktik auf die wichtigsten Betriebspunkte orientieren und durch tatkräftige Hilfe und Kontrolle alles tun, um die Belegschaften zu alarmieren und zum Kampf vorzubereiten. Streikfähigmachung der Betriebe muß die Parole jedes einzelnen Kommunisten sein. Unsere roten Betriebsräte müssen im Betriebsrat zur Stellungnahme auffordern und die Einberufung von Abteilungs- und Belegschaftsversammlungen durchsetzen. Je nach der Struktur der Betriebe müssen wir versuchen, gemeinsame Funktionärversammlungen der freigewerkschaftlichen mit den RGO- und den roten Verbandsfunktionären auf der Grundlage unserer Forderungen zustandezubringen. Je nach der Struktur der Betriebe sollen Delegiertenkonferenzen aus den einzelnen Betrieben usw. bzw. einer Gruppe von Betrieben stattfinden. Wo es zweckmäßig ist, soll neben Vollversammlungen von Betriebsräten auch auf die Organisierung von örtlichen, in Großstädten von Stadtteil-Delegiertenkonferenzen aller Betriebe losgesteuert werden. In allen Betrieben steht die Bildung von vorbereitenden Kampfausschüssen auf der Tagesordnung. Ebenso in allen Abteilungen die Schaffung revolutionärer Vertrauensleute. Parallel steht die Frage der antifaschistischen Selbstschutzformationen des Betriebes gegen die faschistischen Streikbruchkolonnen der SA.

In den Gewerkschaften müssen jetzt die Kommunisten rasch zu arbeitenden Fraktionen zusammengefaßt werden, um mit ihrer Hilfe in jeder Zahlstelle, in jeder Branche, in jeder Sektion Oppositionsgruppen aufzubauen. Diese Oppositionsgruppen müssen sowohl im betrieblichen Funktionärkörper wie in den gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen Anträge zur Organisierung des Kampfes gegen

Lohnabbau, die Angriffe auf den Tarifvertrag, gegen die Tolerierungspolitik der *Leipart* und Co. einreichen. (Zu der speziellen Oppositionsarbeit verweisen wir auf die letzten Nummern des *Parteiarbeiter*, insbesondere auf die Sondernummer mit den Beschlüssen des Präsidiums des EKKI über die Fraktionsarbeit.)[5]

Entsprechend den neuen Formen des Unternehmerangriffs müssen auch in den Stempelstellen und Wohngebietsausschüssen die Fragen des gemeinsamen Kampfes der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen, die Fragen der speziellen Arbeit unter den Erwerbslosen, freigewerkschaftlich und christlich organisierten Kollegen aufgerollt werden.

Auch dort muß durch verschiedenartige Methoden die Zusammenfassung dieser Erwerbslosen gewerkschaftlich erfolgen, mit ihnen die Taktik und das Auftreten in den ADGB-Erwerbslosenausschüssen bzw. in den freigewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen besprochen werden.

Es ist selbstverständlich, daß die gesamte Antifaschistische Aktion, also auch die innere Tätigkeit der lokalen Einheitsausschüsse und des Massenselbstschutzes in allen seinen Gliederungen, auf die Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften und den Erwerbslosenmassen orientiert werden muß.

Diese Arbeit muß umso größere Erfolge erzielen, wenn wir die ideologische Offensive gegen die Nazis und die Sozialdemokratie in der Presse wie in der Kleinarbeit mit größter Entschiedenheit steigern.

In den Reihen der Nazis wie in den Reihen der SPD ist die Zersetzung gewachsen. Die Vorbereitung der Kampfaktionen muß im Zeichen der kühnen Offensive gegenüber diesen Kreisen bestehen:

„Kommt zur Antifaschistischen Aktion! Her zu uns!"

Jede Parteiarbeit muß von kühnem Angriffsgeist erfüllt und von der Überzeugung durchdrungen sein, daß wir jetzt einen entscheidenden Abschnitt in der revolutionären Zuspitzung des Klassenkampfes in Deutschland erleben und daß es von der Kühnheit und Aktionskraft unserer Partei in der Durchführung der täglichen Arbeit abhängt, in welchem Maße wir durch Antifaschistische Aktionen, Einheitsfrontpolitik von unten, Entfaltung von ökonomischen und politischen Massenaktionen, Zerschlagung der demagogischen Wahlmanöver aller Klassenfeinde die Mehrheit der Arbeiterklasse erobern, das Kampfbündnis mit den übrigen werktätigen Schichten verstärken, Teilkämpfe zu größeren Kämpfen zusammenfassen, den Klassenkampf auf eine höhere Stufe heben, unsere Partei verteidigen und so die Voraussetzungen für weitere Aktionen auf noch höherer Stufenleiter schaffen.

Mit kommunistischem Gruß
ZK – Sekretariat

---

5 Die entsprechenden Nummern des *Parteiarbeiters* waren nicht zu ermitteln.
Auszüge aus der Resolution des Präsidiums des EKKI über die Arbeit der Fraktionen in den Gewerkschaften vom Juli 1932 sind abgedruckt bei Degras, The Communist International, Bd. 3, S. 203 ff.

73.

10. 9. 1932: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen und Redaktionen

StA Bremen, 4,65-IV 13 k; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 18. Anweisungen des Sekretariats an alle Bezirksleitungen und Redaktionen."

Inhaltsverzeichnis:
Gegen faschistische Kapitaloffensive – die rote Klasseneinheit.

Einleitung: Im Rundschreiben des ZK vom 2. September ist eindringlich auf die Notwendigkeit der sofortigen Mobilisierung zum gesteigerten Massenkampf in den Betrieben und an den Stempelstellen in Verbindung mit der innergewerkschaftlichen Arbeit hingewiesen worden.[1] Die inzwischen erfolgte Veröffentlichung der *Papen*-Notverordnung und der übrigen Pläne und Maßnahmen der Reichsregierung (neue Zölle, Aufrüstungspläne) zeigen eine weit über die ursprünglichen Ankündigungen hinausgehende Verschärfung der faschistischen Politik. Die Notverordnung bedeutet eine Summierung von faschistischen Maßnahmen in bisher noch nie dagewesenem Umfange.[2]

In dem gleichzeitig zur Verwendung kommenden Informationsmaterial über die Notverordnung werden die einzelnen Auswirkungen auf den verschiedenen Gebieten dargelegt. Die wichtigsten Verschärfungen gegenüber den Ankündigungen *Papens* in der Münster'schen Rede[3] sind:

a) Die Vollmacht der Reichsregierung zur völligen Beseitigung der Sozialpolitik, wie der Rechte der Arbeiter in Bezug auf Arbeitsordnung, Arbeiterschutz, Betriebsräte.

b) Die besondere Entrechtung der Landarbeiter in Bezug auf die Lohnsenkung. – Der besondere Angriff auf die kommunalen Arbeiter und Angestellten.

c) Die Ausstattung der Schlichter mit weitestgehenden Vollmachten.

d) Die Einbehaltung von 20% der den Gemeinden zustehenden Steueranteile für den Ausgleichsstock der Länder, d. h. neue direkte Senkung der Wohlfahrtssätze.

e) Die Ermächtigung zur neuen Erhebung von Bürgersteuer.

f) Das Sondergeschenk von 50 Millionen an die Hausbesitzer für „Instandsetzungsarbeiten".

Die politische Bedeutung der neuen faschistischen Maßnahmen der *Papen*-Regierung.

a) Der Versuch des kapitalistischen Auswegs: Die Maßnahmen der *Papen*-Regierung sollen unter ungeheuerlicher Belastung der arbeitenden Bevölkerung angeblich die kapitalistische Wirtschaft ankurbeln. Sie bringen den Unternehmern die lange geforderte „Befreiung der deutschen Wirtschaft von allen Fesseln und einengenden Bestimmungen". Die gleichzeitige Aufstellung der Rüstungsforderungen bereitet die

1 Vgl. Dok. 72.

2 Vgl. Dok. 72, Anm. 1.

3 Die in der Notverordnung vom 4. September 1932 angeordneten Maßnahmen hatte Reichskanzler *Papen* auf einer Versammlung des westfälischen Bauernvereins am 28. August 1932 in Münster angekündigt. Vgl. dazu Schulthess 1932 S. 144 ff.

Durchführung von Rüstungsaufträgen als einen Teil der „Ankurbelung" vor. Bei diesen Maßnahmen, die mit großen Börsenmanövern unterstützt werden, sollen zugleich die Spargelder der kleinen Sparer für das Finanzkapital über die großen staatlichen Subventionen hinaus mobilisiert werden. Diese Aktion bedeutet so mit größten Anstrengungen durchgeführte Maßnahmen, um der sich immer mehr zuspitzenden revolutionären Zuspitzung der Klassengegensätze zu begegnen. Die Notverordnung gibt Ermächtigungen zur Außerkraftsetzung der Leistung der Sozialversicherung, zur Aufhebung der Rechte der Arbeiter im Betrieb (Arbeitsordnung, Betriebsräte, Arbeiterschutz). Das sind Maßnahmen, die selbst im Artikel 48 keinerlei Stütze mehr haben. Die faschistische Diktatur setzt immer offener die Verfassung und die Gesetze außer Kraft, die den Plänen der Bourgeoisie entgegenstehen. Kein Mittel wird unversucht bleiben, um den Arbeitern und Werktätigen alle Lasten der Krise aufzubürden, sie niederzuschlagen und gleichzeitig die gewaltsame Auseinandersetzung im Kampfe um die Neuverteilung der bereits aufgeteilten Welt verstärkt vorzubereiten. Während bei allen früheren Notverordnungen zwischen den Arbeitern und den verschiedenen Schichten der Werktätigen differenziert wurde, versucht jetzt die Bourgeoisie, zwischen einzelnen Schichten offene Gegensätze zu schaffen und sie gegeneinander auszuspielen. So wird versucht, einen Teil der Arbeitslosen als Reservearmee unmittelbar zum weiteren Lohndruck einzusetzen, damit sogleich einen Gegensatz innerhalb der Arbeiter in den Betrieben und an den Stempelstellen herbeizuführen und so den Massenkampf zu schwächen. So werden die Beamten diesmal vom unmittelbaren Gehaltsabbau verschont. Den Kleingewerbetreibenden wird mit Steueranteilscheinen eine Entlastung vom Steuerdruck in Aussicht gestellt, während der Lohnraub ihre Einnahmen wesentlich senkt.

Andererseits wird versucht, den Gegensätzen innerhalb der Bourgeoisie und vor allem zwischen Industrie und Großagrariern zu begegnen (neue Zölle und Kontigentierung der Einfuhr zu Gunsten der Großagrarier als Gegengeschenk zu den Industriesubventionen). Im ganzen soll so ein Vorsprung der Bourgeoisie im Kampfe gegen die revolutionäre Bewegung gesichert werden. Diesem Zweck dient zugleich die Verschärfung der Terrormaßnahmen gegen die revolutionäre und antifaschistische Bewegung. (Verbot der *Roten Fahne*, der *Antifaschistischen Aktion*.)[4]

Die Milliardengeschenke wie die geplanten Aufrüstungspläne führen zu einer Bereicherung des Finanzkapitals und der Großagrarier und zugleich zu einer unerhörten Verelendung der Arbeiter und Werktätigen. Der Inlandabsatz erfährt eine weitere Schrumpfung, die Verschärfung der Zollmaßnahmen und die Kontigentierung der Einfuhr verschärfen die weltwirtschaftlichen Beziehungen im Konkurrenzkampf; die Staatseinnahmen gehen weiter zurück. Alle diese Erscheinungen zeigen, daß es sich nur um eine krampfhafte Maßnahme der augenblicklichen Sicherung der Bourgeoisie handelt, mit allen Zeichen für kommende umso stärkere Zusammenbrüche. Die krampfhaften Bemühungen der *Papen*-Regierung und der Bourgeoisie sind Beweis dafür, daß die relative Stabilisierung zu Ende ist, daß mit dem revolutionären Aufschwung große entscheidende Zusammenstöße heranreifen. Wir kommen in eine neue Phase der Kriege und Revolutionen.

4 *Die Rote Fahne* war vom 26. 8. bis zum 3. 9. 1932 („wegen böswilliger Verächtlichmachung von Organen des Staates" und „der Reichsregierung") verboten. Vgl. *RF* Nr. 178 vom 26. 8. 1932. Ein Verbot der *Antifaschistischen Aktion* wurde nicht ausgesprochen.

b) Die Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und Nazis für die Regierungsbildung im Reich und in Preußen zeigen einesteils, daß die Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie und der Junker keineswegs behoben sind und andererseits entlarven sie die Nazis und das Zentrum, die beide sachlich für das *Papen*programm sind und keineswegs andere Vorschläge für die „Ankurbelung" der Wirtschaft machen als die *Papen*-Regierung (siehe Erklärung Nazi-Zentrum zur Regierungsfrage).[5]

Die Nazis beklagen sich darüber, daß die *Papen*-Regierung die Hauptpunkte zur Ankurbelung der Wirtschaft den Nazis gestohlen habe – sie führe die Maßnahmen nur zögernd, nicht entschieden durch. Die Nazis versuchen dabei, die wachsende Gärung in den Reihen ihrer Anhänger zu beschwichtigen, indem sie ihre soziale Demagogie verstärkt durchführen, eine Oppositionsstellung gegen die *Papen*-Regierung vortäuschen. Die entstehende Frage ist dabei, daß die große Anhängerzahl mit solchen Mitteln nicht gehalten und nicht gegen die Arbeiterschaft eingesetzt werden kann, wenn die Klassengegensätze und Klassenkämpfe sich zuspitzen. Die Nazibewegung steht vor der Tatsache einer großen Unsicherheit. Vor ihren Anhängern steht die Frage: welchen Weg geht eigentlich die NSDAP? Ist sie wirklich im Stande, Arbeit und Brot zu schaffen oder ist sie nicht vielmehr eine Partei zur Sicherung derselben Politik, die *Papen* durchführt?

Gleichzeitig muß beachtet werden, wie die Nazis in stärkerer Weise ihre Anstrengungen zur Annäherung an die Gewerkschaftsführer betreiben und die weitgehende Übereinstimmung der Umbau- und Arbeitsbeschaffungsvorschläge, Krediterweiterung, Arbeitszeitkürzung ohne Lohnausgleich, mit den Nazi-Vorschlägen auszunutzen versuchen. (Siehe Sondermaterial.)[6]

Die Mordtaten gegen Arbeiter und insbesondere Antifaschisten haben die Rolle der Nazis als Truppe für die *Papen*-Politik für die Interessen der Finanzkapitalisten und Junker, für die Politik Lausanne[7] stark entlarvt. Je stärker die Streikwelle einsetzt und die Arbeiter an den Stempelstellen in Aktion treten, umso größer werden die inneren Schwierigkeiten in der Nazibewegung – umso notwendiger ist es, in dieses Lager mit kühner ideologischer Offensive vorzustoßen und sowohl an den Stempelstellen, wie in den Betrieben die Nazianhänger für die Aktion gegen die faschistischen *Papen*-Maßnahmen zu gewinnen. Alle Dienste für die Bourgeoisie haben diesen Nazianhängern nichts gebracht. Die Bourgeoisie kann ihnen außer Arbeitsdienst bei Hungerlöhnen und Versprechung auf Einstellung in bestimmte Betriebe nichts geben. Die innere Unsicherheit und die wachsenden Schwankungen müssen gerade jetzt zum Anlaß genommen werden, eine großzügige Aufklärungsarbeit, insbesondere bei den am wenigsten gefestigten Elementen durchzuführen. Die Beispiele von

5 Zu den Verhandlungen zwischen dem Zentrum und der NSDAP vgl. Dok. 70, Anm. 2. Am 1. September veröffentlichten Zentrum und NSDAP eine gleichlautende gemeinsame Erklärung, in der sie feststellten, „daß diese Verhandlungen begonnen wurden und fortgesetzt werden mit dem Ziele der Beruhigung und Festigung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland [. . .]". Vgl. Schulthess 1932 S. 151. Am 9. September brachte das Berliner Zentrumsorgan *Germania* eine ausführliche Erklärung des geschäftsführenden Vorsitzenden der Zentrumspartei *Joos* über die Verhandlungen mit der NSDAP. *Joos* erklärte gegenüber der Presse, daß das Ziel des Zentrums in den Verhandlungen „die Sicherung der politischen Stabilität mit dem gegenwärtigen Reichstag" darstelle. Vgl. *Germania* Nr. 251 vom 9. 9. 1932: „Das Ziel des Zentrums".

6 Liegt nicht vor.

7 Vgl. Dok. 65, Anm. 2.

Niederrhein und z.T. von Berlin beweisen die großen Erfolgsmöglichkeiten einer entschiedenen Arbeit.

c) Die Haltung der Sozialdemokratie und des ADGB müssen wir im engsten Zusammenhang mit dem verschärften Kampf gegen die Nazis und die *Papen*-Regierung stellen. Die SPD und der ADGB suchen sich als Opposition gegen die *Papen*-Regierung aufzuspielen, um die Massenkämpfe gegen das faschistische Wirtschaftsprogramm zu hemmen und die rote Einheitsfront zu schwächen. Sie lenken alle Aufmerksamkeit auf die Verhandlungen im Reichstag und stellen die Frage „Reichstag, greif an!" Das Umbauprogramm ist der Versuch, „linke" Manöver zu machen – in Wirklichkeit zeigt es gerade die weitgehende Übereinstimmung mit den Nazis und ihre Hilfsstellung für die faschistische *Papen*politik (siehe Sondermaterial). Es ist auch mit weiteren Manövern, vor allem bei Streiks zu rechnen (siehe ihre Haltung bei den schlesischen Metallstreiks in Niesky und Waldenburg). Umso klarer und schärfer müssen wir die Verhandlungen der ADGB-Führer mit *Schleicher*, mit *Papen*, mit den Nazi-Vertretern hervorheben, ihre Bereitschaftserklärung an *Hindenburg*, an den Plänen mitzuarbeiten, die Ablehnung des Kampfes gegen Nazis in den Gewerkschaften, bei gleichzeitigen verschärften Maßnahmen gegen oppositionelle Arbeiter. Die Politik vom 20. Juli[8] wird in Bezug auf das faschistische Wirtschaftsprogramm verstärkt fortgeführt: Anerkennung in der Praxis des neuen „Tarifrechts", das nur die Bindung der Arbeiter enthält und Unternehmer und Schlichter jede Willkür zur Aufhebung der Rechte und Bezüge der Arbeiter gibt – wie des Schlichtungswesens in seiner neuen Gestalt. Verweis auf die juristische Auseinandersetzung über die „Verfassungswidrigkeit" der Notverordnung – genau wie am 20. Juli Appell an den Staatsgerichtshof. Die Tarif- und Schlichtungspolitik des ADGB bildet die unmittelbare Vorarbeit für die Maßnahmen der *Papen*-Regierung. (Siehe Mitarbeit gelegentlich des Empfangs im Reichswirtschaftsministerium). In den Reihen der Sozialdemokratie und des ADGB, insbesondere unter den Gewerkschaftsmitgliedern ist eine wachsende Gärung besonders seit dem 20. Juli eingetreten, die jetzt eine Vertiefung erfährt, weil die Auswirkungen dieser Politik sich gerade auf immer mehr Gebieten, insbesondere der ökonomischen und sozialen Lage der Arbeiterklasse zeigen und weil besonders in der praktischen Politik der Gewerkschaften und der SPD immer klarer die Duldung und faktische Unterstützung der *Papen*maßnahmen ersichtlich sind.

Wir werden im besonderen Referentenmaterial ausführlicher die Tatsachen und Zitate bringen, wie die Gewerkschaftsbürokratie zusammen mit der SPD-Führung auf dem Gebiet des Tarif- und Schlichtungswesens wie der Lohnsenkung der *Papen*-Regierung mit ihrem faschistischen Wirtschaftsprogramm vorgearbeitet hat. Diese Politik muß zur ernstesten Gärung in den Gewerkschaften führen, die wir unter allen Umständen erfassen und für den aktiven Kampf auf dem Boden der roten Einheitsfront mobilisieren müssen. Die wachsende Unzufriedenheit der gewerkschaftlich organisierten Massen muß zum größten Gegenstoß gegen die faschistische Kapitaloffensive durch unsere Arbeit umgemünzt werden. Von diesem Gesichtspunkt aus ist unserer Einheitsfrontpolitik eine entscheidende Aufgabe gestellt (siehe unter 2).

8 Vgl. Dok. 69, Anm. 7.

2. Unsere Hauptlinie

a) ist im Rundschreiben des Sekretariats vom 2. 9. 32 festgelegt. Es kommt darauf an, die Frage des revolutionären Auswegs in Verbindung mit den unmittelbaren Kämpfen gegen die *Papen*politik mit größter Entschiedenheit zu stellen. Das ist umso notwendiger, als die großen Kämpfe im internationalen Maße beispielgebend sind; das gilt insbesondere für die letzten Kämpfe in Belgien und England, ebenso wie für den neuen großen Aufschwung der revolutionären Bewegung in China.[9] Der Kampf gegen die faschistische *Papen*-Regierung muß viel leidenschaftlicher und kühner geführt werden – zugleich, um die Politik des ADGB klar herauszustellen und in der praktischen Mobilisierung zu entlarven und zu bekämpfen.

Die breite ideologische Offensive gegen Sozialdemokratie und Nazis muß die vorher bezeichneten inneren Schwierigkeiten in diesen Organisationen verstärken [um] die Massenmobilisierung in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Gewerkschaften breit zu unterbauen und vorwärts treiben zu helfen.

Die innergewerkschaftliche Arbeit wird noch immer politisch und organisatorisch nicht genügend fundiert, geschweige denn wirklich praktisch und entsprechend der großen Bedeutung durchgeführt.

Der Inhalt der letzten Bundesausschußsitzung des ADGB, 9. September, ihre sogenannten Sozialisierungsanträge und ihre Stellung zum Staatskapitalismus, gibt neue Möglichkeiten des Anknüpfens und der Diskussion.[10]

Im Kampfe gegen den Faschismus ist dabei besonders zu beachten, daß heute gefährlicher denn je ein Zurückweichen oder die Duldung von Stimmungen des individuellen Terrors[11] wirken muß, die eine wirkliche Massenmobilisierung und den Massenkampf gegen den Faschismus verhindert und andererseits die Zersetzung in den Nazireihen hemmt, während umgekehrt eine breite und starke Offensive große Erfolge erzielen kann.

Die neue Etappe der Bolschewisierung – wie Genosse *Thälmann* unsere Aufgabe kennzeichnet[12] – muß von jeder Organisation eindeutig verstanden und durchgeführt werden: Übergang von der Agitation und Propaganda zu kühnen Massenaktionen! Dazu gehört als Voraussetzung die wirkliche Durchführung der Beschlüsse, wirkliche Wendung um 180 Grad zu den Betrieben und zur Gewerkschaftsarbeit als Grundlage für die Weiterführung der Einheitsfrontpolitik auf höherer Stufe.

b) Die Verstärkung der Antifaschistischen Aktion in der Richtung auf die Betriebe muß mit größerer Energie weitergeführt werden. Die Antifaschistische Aktion erhält umso größere Bedeutung, als die SPD mit der sozialistischen Aktion einen großen

9 Gemeint sind der Bergarbeiterstreik in Belgien (Juli/August) und der Streik in den britischen Baumwollspinnereien von Lancashire sowie der Krieg Japans in China. Vgl. *Inprekorr* Nr. 72–74 vom 30. 8.–6. 9. 1932.

10 Vgl. dazu *Vorwärts* Nr. 427 vom 10. 9. 1932: „ADGB ruft zum Kampf". Nach diesem Bericht befaßte sich die Bundesausschußsitzung ausführlich mit den zahlreichen Plänen zur Wiederbelebung der Wirtschaft sowie mit dem Wirtschaftsprogramm der Regierung *Papen*. Diesen Plänen wurde als realisierbare Alternative das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB gegenübergestellt.

11 Vgl. Dok. 71, Anm. 10.

12 Vgl. Ernst Thälmann, Der revolutionäre Ausweg und die KPD. Rede auf der Plenartagung des ZK der KPD am 19. Februar 1932 in Berlin. Hrsg. ZK der KPD. Berlin o.J. (1932), S. 85.

Massenbetrug durchführen will.[13] Dabei ist zu beachten, daß die Einheitsfrontpolitik nicht in jedem Falle von vornherein unmittelbar schon die Reife für die Antifaschistische Aktion zu zeigen braucht. Das gilt auch für die Probleme der Sozialpolitik und viele Fragen der Erwerbslosen, für Mieterfragen, Exmissionen, Zwangsversteigerungen usw.

Es kommt, wie schon im Rundschreiben des Sekretariats von Anfang Juni festgestellt ist,[14] darauf an, auch wenn es nicht sofort möglich ist, unmittelbar diese Bewegung in die Antifaschistische Aktion einzugliedern. Selbstverständlich muß dabei immer Kurs auf die Eingliederung in die Antifaschistische Aktion genommen werden. Wir müssen sie mit neuer Stoßkraft in breiterem Maße popularisieren.

Die Forderung der Einheitsfrontpolitik bedarf dabei einer entschiedenen Arbeit in den Gewerkschaften, um gerade auf diesem Gebiete die Durchführung des Angebots der Partei und RGO vom 25. April zu sichern:[15]

Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die wirklich den Kampf führen wollen, gemeinsam zu kämpfen. Die Einheitsfrontpolitik muß dabei den Kurs auf die Ausbreitung und kühnste Steigerungen der Bewegungen in der Richtung auf den politischen Massenstreik nehmen! Die Aufgabe des politischen Massenstreiks muß in jeder Beziehung weit ernster als bisher behandelt und gestellt werden.

Neue Kampfformen über die bisherigen Formen der Einheitsausschüsse im betrieblichen Maße, an der Stempelstelle, im örtlichen und Stadtmaßstab hinaus, müssen in der breitesten Anwendung der Form Delegiertenversammlungen geschaffen werden. Die Formen der Delegiertenversammlungen können die Verschiedenartigsten sein: betriebsweise, an vielen Stellen ist es notwendig, industriegruppenweise, manchmal sogar gebietsweise. Das sollen aber die betreffenden Parteileitungen selbst entscheiden. Genauso gilt das für die Erwerbslosenbewegung, für die Mieter, für die Sozialrentner usw. Wo die Lage schon einen bestimmten Höhepunkt erreicht hat, sollen gemeinsame Konferenzen von in den Betriebsabteilungen einerseits, andererseits auf den Stempelstellen, Wohlfahrtsämtern, Wohngebieten, gewählten Delegierten der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen zusammentreten, um die gemeinsame Front gegenüber dem gemeinsamen Angriff herzustellen. Die Bourgeoisie hat ja nicht nur die Taktik, allgemein die Erwerbslosen gegen die Betriebsarbeiter auszuspielen und besonders bei Einstellung in den Betrieben eine Spaltung in die Belegschaft hineinzubringen, sondern sie will dadurch auch ablenken von dem direkten Unterstützungsraub an den Erwerbslosen und von der Zerschlagung der gesamten Sozialversicherung.

---

13 Am 21. Juni 1932 beschlossen die Leitungen des ADGB und des AfA-Bundes ein umfangreiches Programm zur Rettung der deutschen Wirtschaft, das im *Vorwärts* Nr. 291 am 23. 6. 1932 veröffentlicht wurde. Das Programm sah u. a. die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien sowie der Banken und Versicherungsgesellschaften vor. Am 9. August 1932 beschloß die SPD-Fraktion, im neuen Reichstag entsprechende Gesetzentwürfe zum Umbau der Wirtschaft (Sozialisierung, Planwirtschaft) einzubringen. Vgl. Osterroth/Schuster II S. 269 f. und 277 f.

14 Vgl. Dok. 65.

15 Aufruf des ZK der KPD und des Reichskomitees der RGO vom 25. April 1932 an alle sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, *RF* Nr. 89 vom 26. 4. 1932.

c) Die Hauptforderungen, die für die Antifaschistische Aktion in den Betrieben festgelegt wurden, bleiben bestehen und werden entsprechend den neuen Maßnahmen konkretisiert.

Die Antifaschistische Aktion organisiert die Offensive gegen das faschistische Wirtschaftsprogramm und die faschistische *Papen*-Regierung.

1. Fort mit der faschistischen *Papen*-Regierung, mit dem faschistischen Wirtschaftsprogramm und mit den Notverordnungen!

2. Keinen Pfennig Lohnraub, keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, gegen jeden Arbeitsdienst, gegen Zwangsarbeit. [Arbeit] nur zu vollen Tariflöhnen. Für Arbeitsbeschaffung nach den Forderungen der KPD und RGO – für engstes Kampfbündnis der Arbeiter und Erwerbslosen.

3. Gegen die Zerschlagung der Sozialversicherung und die Aufhebung der Arbeiterrechte im Betrieb. Gegen die faschistischen Schlichtungsdiktate. Herunter mit den Versicherungsbeiträgen. Erhöhung und Wiederherstellung der früheren Leistungen.

4. Gegen die Steuergeschenke für die Reichen – fort mit der Lohnsteuer und mit den Massensteuern, vor allem der Bürgersteuer.

5. Weg mit den Zöllen, herunter mit den Brot- und Lebensmittelpreisen.

6. Gegen die imperialistische Aufrüstungspolitik, gegen Militarismus und imperialistische Kriegsvorbereitungen, gegen Lausanne und jede Tributsklaverei – für soziale und nationale Befreiung.

7. Nieder mit den Sondergerichten! Schluß mit den nationalsozialistischen und sozialen Betrugsmanövern der Nazis! Gegen den faschistischen Mordterror, für die Rechte und Freiheiten, für die Auflösung der SA und SS. Heraus mit den proletarischen politischen Gefangenen. Verteidigung der KPD und der revolutionären proletarischen Massenorganisationen!

8. Gegen die *Hindenburg*politik, gegen die Betrugsmanöver und die Spaltungsmaßnahmen der Führer des ADGB und der SPD – für rote Einheitsfront ohne Unterschied der Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit. Für die Reinigung der Betriebe und Gewerkschaften von streikbrecherischen und an Morden und Terrorakten beteiligten faschistischen Elementen. Für die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen oppositionellen Arbeiter in die Gewerkschaften.

9. Für Streiks und Massenaktionen in jeder Form und mit allen Mitteln, für politische Massenstreiks und die schärfsten Kampfmaßnahmen.

10. Gegen die kapitalistische Katastrophenpolitik des Finanzkapitals der Junker und Generale – für den revolutionären Ausweg, für die Arbeiter- und Bauernpolitik!

d) Der Weg der Massenmobilisierung wird zweifellos von der Partei in Bezug auf Betriebe, Gewerkschaften und Erwerbslosen nicht planmäßig und entschieden genug eingeschlagen. Im Rundbrief vom 26. Juli[16] ist auf die Tatsache hingewiesen, daß die

16 Am 26. Juli 1932 verschickte das ZK an alle Mitglieder der KPD einen Rundbrief, in dem zum Staatsstreich des 20. Juli Stellung genommen und die Aufgaben der KPD im „Kampf gegen die faschistischen Diktatur mit dem Ziel ihres Sturzes" erläutert wurden. Vgl. StA Bremen, 4, 65, IIa 12a, Bd. 33 und Records T-175, 333, 2838545–2838570. Vgl. auch das „Telegramm" des ZK der KPD „An alle Kommunisten". *RF* Nr. 161 vom 28. 7. 1932 und *Freiheit*, Düsseldorf vom 27. Juli 1932.

Organisation noch immer zu sehr auf Anweisungen wartet, anstatt aus eigener Initiative auf Ereignisse und Maßnahmen der Bourgeoisie und der Regierung sofort zu reagieren. Die erste Antwort auf die *Papen*-Notverordnung [hätte] neben Demonstrationen und Kampfbeschlüssen eine ungeheure Flut von Betriebs-Resolutionen (mit Festlegung von betrieblichen und örtlichen Forderungen) sein müssen und sein können. Aber praktisch sehen wir nur wenig Ergebnisse. Wir machen noch einmal ausdrücklich auf die Pflicht der Leitungen aufmerksam, besonders wichtige Punkte durch besondere Beauftragte zu unterstützen, die einzelnen Genossen der Bezirksleitungen persönlich für die einzelnen Betriebe verantwortlich zu machen, die Belebung der Einheitsfront an den entscheidenden Punkten weitertreiben zu helfen: Einheitsausschüsse, Vertrauensleute, Delegiertenkonferenzen aus Betrieben, Gewerkschaften, Stempelstellen, Massenselbstschutz, um überall den Willen und die Kampfmaßnahmen zu festigen: Widerstand in jedem Falle gegen die Maßnahmen der *Papen*-Regierung und der Unternehmer, Übergang zur Offensive gegen das bankrotte kapitalistische System, gegen das faschistische *Papen*-Programm.

Zur Frage der Streiktaktik: Sofort Protestbewegung in allen Formen, von der einfachen Resolution, der Entsendung von Delegationen an die Werksdirektion mit der Resolution, von kurzen Pausen, Kundgebungen bis zu einem mehrstündigen oder eintägigen Proteststreik. Entsendung von Delegationen des Betriebs an die übrigen Belegschaften, um sie in die Protestaktion zu bekommen, bis zur Organisierung betrieblicher Delegiertenkonferenzen durch Wahl von Delegierten aus den einzelnen Abteilungen und Bildung von Kampfausschüssen, bzw. Einheitsausschüssen der Antifaschistischen Aktion. Heranführen an den Streik von den primitivsten Formen bis zum direkten Streik entsprechend den betrieblichen und lokalen Verhältnissen.

Alles tun zur Verbindung der Bewegungen und Aktionen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen. Gegenseitiges Auftreten von Erwerbslosen in Betriebsversammlungen und umgekehrt – von Betriebsarbeitern in Erwerbslosenversammlungen.

e) Bei der Massenmobilisierung für die unmittelbare Auslösung und Führung der Kampfaktionen der Arbeiter in den Betrieben, der Erwerbslosen und der übrigen werktätigen Schichten steht auf Grund der Gesamtlage stärker als je zuvor die Organisierung einer breiten Solidaritätsaktion, d. h. in unmittelbarer Verbindung mit der konkreten Massenmobilisierung zum Kampf muß unter den breitesten Schichten die Frage der aktiven Solidarität mit den kämpfenden Arbeitern gestellt werden. Die Organisierung dieser Solidaritätsaktion muß ein unmittelbarer Bestandteil der Massenmobilisierung zum Kampfe selbst sein und gleichzeitig die Voraussetzung für eine gewisse materielle Unterstützung (Speisung, Unterbringung von Kindern usw.) schaffen. Diese Solidaritätsaktion soll unter Führung der IAH in engster Verbindung mit der RGO und den bestehenden Erwerbslosen-Ausschüssen organisiert werden. Um sie von Anfang an auf die breiteste überparteiliche Grundlage zu stellen, sollen in allen Betrieben in Verbindung mit der Organisierung der vorbereitenden Kampfausschüsse oder der Kampfleitungen gleichzeitig breite Solidaritätsausschüsse geschaffen werden. Daneben sind die Solidaritätsausschüsse auch im Wohngebiet (örtlich oder in Stadtteilen) zu entwickeln. Diese Solidaritätsausschüsse arbeiten auf das engste mit den Kampfausschüssen zusammen, organisieren eine breite Sammelkampagne und unterstützen die kämpfenden Arbeiter

entsprechend ihren Kräften in jeder Beziehung. (Sonderanweisungen gehen den Bezirksleitungen in den nächsten Tagen zu.)[17]

f) Von besonderer Bedeutung ist die Aufrollung des Bündnisproblems in der jetzigen Situation weil von der *Papen*-Regierung und den Nazis versucht wird, die werktätigen Bauern und die städtischen Kleinbürger stärker an die Bourgeoisie und an den Faschismus zu fesseln. Unsere Aufgabe ist, Aufklärung bei Stadt- und ländlichen Kleinbürgern, daß Senkung der Löhne und Unterstützungen zu weiterem Rückgang der Kaufkraft und Ruinierung der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern führen muß. Die Arbeit auf dem Lande erfordert gerade jetzt die Aufrollung der Notwendigkeit des Klassenbündnisses in Verbindung mit der nationalen Frage (Lausanne, Rüstungsfragen, Zollpolitik) in grundsätzlicher Klarheit zu betreiben, um damit die Mobilisierung für die Existenzfragen: ausreichender Boden, Kampf gegen Pacht- und Zinswucher, für zinslose Kredite, gegen Zwangsversteigerungen – in starker Offensive gegen die Nazis, die nichts anderes als die Durchführung der *Papen*-Notpolitik betreiben, zu verstärken.

Genosse *Thälmann* hat nach der Wahl vom 31. Juli darauf hingewiesen, daß die Nazis den Einfluß auf dem Lande werden schwer[er] halten können, als unter den anderen werktätigen Schichten – weil gerade die werktätigen Bauern mit bloßen Phrasen nicht gehalten werden können! Die Wahlen selbst haben auch die großen Möglichkeiten der Erfolge für uns auf dem Lande gezeigt – also muß hier vorgestoßen werden.

g) Die Aufgabe unserer Fraktionen in den Kommunen und in den Parlamenten ist jetzt, eine große Offensive durch Einbringung von Anträgen, Mithilfe bei der Organisierung der Massenbewegung usw. zu führen. Sie müssen sich stützen auf Anträge aus den Betrieben, von Stempelstellen, von Mietern, Kriegsopfern, Sozialrentnern. (Dazu kommen von der Parlamentsabteilung besondere Richtlinien heraus.)[18] Dazu gehört die Mobilisierung aller kommunistischen Fraktionen in den Massenorganisationen. Selbstverständlich muß diese Arbeit in den Parlamenten wie die der Fraktionen in allen Massenorganisationen auf die Hauptstoßrichtung des Kampfes im Betriebe, Stempelstelle, Gewerkschaft und auf dem Gebiet der Sozialpolitik eingestellt sein.

h) Der jetzige Vernichtungsfeldzug der Regierung gegen die jahrzehntelangen sozialen Rechte der Arbeiter zur Auflockerung bzw. vollständigen Liquidierung der Sozialversicherung zeigt, wie groß gerade die Schwäche der RGO auf diesem Gebiete ist, da hier sogar die Anfänge von sozialpolitischen Organen, wie Arso-Beratungsstellen usw. noch sehr schwach, von Partei und RGO vollständig vernachlässigt sind. Es ist deshalb notwendig, daß die wichtigsten Fragen der Sozialpolitik, die jetzt im Brennpunkt des Interesses aller Betriebsarbeiter und Erwerbslosen stehen, wie Invaliden-, Knappschafts-, Angestelltenversicherung, Kranken-, Unfallversicherung, Erwerbslosenversicherung und Fürsorge auf der Tagesordnung als ständiger Bestandteil der Parteiarbeit stehen müssen, und daß in diesen sozialpolitischen Fragen die Partei ebenso wie in den Lohn- und Arbeitszeitfragen der Betriebsarbeiter und den Unterstützungsfragen der Erwerbslosen die Führung haben muß. Nach

17 Waren nicht zu ermitteln.

18 Vgl. Anm. 16.

diesem faschistischen Angriff auf die Sozialversicherung, bei dem radikalen Manöver der reformistischen und christlichen Führer gerade in den Fragen der Sozialpolitik ist es undenkbar, daß wir eine richtige Massenpolitik und konkrete Mobilisierungsarbeit der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen durchführen können, ohne daß wir die Sozialpolitik bei der Gesamtarbeit der Partei als einen der wichtigsten Hebel in den Vordergrund stellen.

Mit kommunistischem Gruß!
ZK – Sekretariat

74.

17. 9. 1932: Anweisungen des Sekretariats zur Einheitsfrontaktion

StA Bremen, 4,65-II A 12a, Bd. 34; Hektographiertes Rundschreiben. BA R 134, Bd. 66, S. 149–162; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/14. 10. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 19. Anweisungen des Sekretariats des ZK an alle Bezirksleitungen und Redaktionen."

Einheitsfront-Aktion gegen kapitalistische Offensive

Inhalt:

1. Die Lage
2. Über die Einheitsfrontaktion und die Bedeutung des Manifestes der Partei.
3. Lehren des 20. Juli für unsere nächsten Aufgaben
4. Die nächsten Schritte
5. Zur Durchführung der Kampagne
6. Sozialdemokratie
7. NSDAP
8. Zentrum
9. Anhang:

a) Anweisung über die Auswertung des internationalen Kongresses gegen den imperialistischen Krieg (Amsterdam)
b) Zur Internationalen Kinderwoche vom 2.–9. Oktober
c) Zur Kampagne für die Verteidigung der revolutionären Presse (*R-F*-Verbot)

Unsere nächsten Hauptaufgaben!

Die politische Lage nach der Reichstagsauflösung und die bevorstehende Kampagne der Partei.

1. Die Lage

Die Vorgänge im Reichstag am 12. September[1] sind Kennzeichen für die Verschärfung der Krise und der Zuspitzung des Klassenkampfes am Ende der kapitalistischen

1 In der ersten ordentlichen Sitzung des neu gewählten Reichstages am 12. September 1932 beschloß das Haus mit 512 gegen 42 Stimmen bei 5 Enthaltungen die Aufhebung der Notverordnung „zur Belebung der Wirtschaft" vom 4. September. Gleichzeitig wurde der Regierung Papen das Mißtrauen des Reichstages ausgesprochen. *Papen* kam diesem Beschluß jedoch mit einem bereits vorher ausgestellten Auflösungsdekret des Reichspräsidenten zuvor. Vgl. zu den Reichstagsvorgängen: Schulthess 1932 S. 159–162; Horkenbach 1932 S. 320 f.

Stabilisierung. Die Regierung *Papen* hat durch Aufrechterhaltung der Notverordnungen und ihrer Ministerposten entgegen den Beschlüssen des Reichstages den Staatsstreich vom 20. Juli in Preußen fortgeführt und damit einen ernsten Schritt weiter auf dem Wege der Aufrichtung der faschistischen Diktatur vollzogen. Die kommunistische Partei vermochte, gestützt auf den wachsenden Druck der werktätigen Millionenmassen in ganz Deutschland, gegen die faschistische Regierung und ihrer Hungeroffensive, restlos die Initiative im Reichstag an sich zu reißen, die *Papen*-Regierung an der Begründung ihrer Notverordnungen von der Parlamentstribüne aus zu verhindern, den Kuhhandel zwischen Nationalsozialisten und dem Zentrum zu erschweren und ihre Rolle als Führerin des Kampfes gegegen die Kapitaloffensive, gegen die faschistische Diktatur in unzweideutiger und demonstrativer Weise vor dem ganzen Lande zu dokumentieren.

Während die *Papen*-Regierung die Millionen-Subventionen für die Großindustrie und die Groß-Agrarier proklamierte, ruft die Sozialdemokratie unter der Losung „der sozialistischen Aktion" nach Staatssubventionen für die Industrie[2] und setzt alle Kraft ein, die Arbeiter durch das Gerede über Staatsgerichtshof und Volksbegehren[3] abzulenken von dem unmittelbaren Kampf gegen den Lohnabbau und der Aufrichtung der faschistischen Diktatur. Gleichzeitig agitieren die Nationalsozialisten in Worten für alleinige Machtübernahme, während sie in der Tat die Politik der *Papen*-Regierung unterstützen und sich in das System des parlamentarischen Kuhhandels eingegliedert haben. Daraus ergibt sich für unsere Strategie, daß der Kampf um den Sturz der *Papen*-Regierung und gegen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur den Hauptstoß gegen die SPD als die soziale Hauptstütze im Lager der Arbeiterklasse und gegen die NSDAP als die faschistische Terror- und Kampforganisation des Finanzkapitals erfordert.

Die *Papen*-Regierung hat am 12. September einen schweren Prestige-Verlust erlitten. Ihr sogenanntes „Rettungsprogramm"[4], das Illusionen erzeugen sollte, ist für breite Massen als nackter Raubzug gegen alle werktätigen Schichten entlarvt. Der 12. September brachte weiter einen harten Schlag gegen alle demokratisch-parlamentarischen Illusionen und entlarvte abermals und eindeutig den Charakter des kapitalistischen Staates als eines Unterdrückungsinstrumentes der herrschenden Klassen gegen die Arbeiterklasse. Außenpolitisch und innenpolitisch ist die Lage dieser Regierung verschlechtert.

Darüber hinaus ist es gelungen, die Differenzen im Lager der Bourgeoisie auszunutzen und zu verschärfen. Der Zwiespalt zwischen den verschiedenen Parteien der Bourgeoisie zwischen den verschiedenen Gruppierungen und Flügeln der bürgerlichen Klassenfront klafft schärfer als je zuvor.

---

2 Vgl. zur Sozialistischen Aktion Dok. 73, Anm. 13.

3 Gegen die Absetzung der geschäftsführenden preußischen Regierung durch das Kabinett *Papen* am 20. Juli (Staatsstreich in Preußen) rief die abgesetzte Regierung *Braun-Severing* den Staatsgerichtshof in Leipzig an. Ferner beantragte die SPD am 12. September beim Reichsinnenministerium die Durchführung eines Volksbegehrens zur Aufhebung der Notverordnung vom 4. September, nachdem der Beschluß des Reichstags vom 12. September keine Gültigkeit erlangte. Vgl. dazu den Aufruf im *Vorwärts* Nr. 431 vom 13. 9. 1932: „An das deutsche Volk!" Das Volksbegehren wurde jedoch nicht mehr durchgeführt.

4 In der Vorlage: Regierungsprogramm.

[. . .][5] ein tieferes Eindringen in die Massen, ein schnelleres Reagieren auf das kleinste Ereignis im Leben der Massen, welches die Möglichkeit bietet, die Arbeitermassen in den Kampf zu führen. Die Durchführung dieser Aufgabe der Einheitsfrontaktion hängt in der gegenwärtigen Situation entscheidend ab von dem Maße der Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder. Deshalb wendet sich das Manifest[6] speziell an die freigewerkschaftlich Organisierten, aber auch an die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, um sie für den Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau, für die Verteidigung der Tariflöhne usw. zu mobilisieren.

Einheitsfrontaktion, d. h. unmittelbare Mobilisierung der Arbeiter zum Kampf in jeder Betriebsabteilung, in jedem Betrieb, an jeder Stempelstelle, der Erwerbslosen in jedem Wohngebiet, der Mieter, der Sozialrentner, der Angestellten, für ihre jeweiligen speziellen Forderungen.

Einheitsfrontaktion, d. h. Ausnutzung jeder Bewegung der Arbeiter zur Schaffung von Einheitsfrontorganen in Form von Einheitsausschüssen, Kampfausschüssen, Lohnkommissionen, Erwerbslosen-Ausschüssen, Massenselbstschutzformationen, Arbeiterinnen, Delegierten-Konferenzen, Mieterausschüssen, Bauernkomitees, mit einbegriffen Wahl von Delegierten zu Delegierten-Konferenzen für einzelne Industriegruppen oder Gebiete. Besonders ist notwendig, heranzutreten an die Gewerkschaftsmitglieder und Funktionäre in den Betrieben, an die unteren Organisationen der gewerkschaftlichen und Arbeiter-Massenorganisationen, zur Einbeziehung der Arbeiter und Funktionäre dieser Organisationen in die Einheitsfrontorgane. Die gegenwärtig wichtigste Aufgabe dafür ist die Schaffung einer breiten innergewerkschaftlichen Oppositionsbewegung.

Einheitsfrontaktion heißt Ausnutzung jeder in der gegebenen Siuation geeigneten Kampfform und Methode, wie Streik, passive Resistenz, Betriebsversammlungen während den Pausen, Versammlungen vor den Betrieben, Wahl von Delegierten der Belegschaften, öffentliches Auftreten in allen Formen, Massendelegationen der Erwerbslosen zu den Behörden, öffentliches Auftreten der Erwerbslosen in allen Formen, Kampf gegen Exmittierungen, Mieterstreiks, Verweigerung der Zahlung des Pachtzinses durch Siedler, Kampf gegen Pfändungen und Zwangsversteigerungen bei den Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden und dergleichen.

Einheitsfrontaktion, das heißt Massenkampf gegen die faschistische Unterdrückung und den faschistischen Terror, Massenmobilisierung gegen Standgerichtsurteile und Verbote der revolutionären Presse, für den Massenselbstschutz gegen faschistischen Mordterror.

Im Manifest wird gegenüber der chauvinistischen Hetze durch die *Papen*-Regierung und die Nazis und gegen die Aufrüstungspolitik der *Papen*-Regierung der Kampf gegen jede Unterdrückung Deutschlands und für das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Bevölkerung im Saargebiet, in Danzig usw., für die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes proklamiert. Nicht Militarismus und Aufrüstung führt zur Beseitigung des Versailler Diktats, sondern nur der Freiheitskampf des gesamten Volkes mit dem Ziel [. . .].[5]

5 Lücke in der Vorlage.

6 Vgl. Manifest der Antifaschistischen Aktion, beschlossen vom antifaschistischen Einheitskongreß in Berlin am 10. Juli 1932. *RF* Nr. 153 vom 12. 7. 1932. Abgedruckt in: Antifaschistische Aktion, Dokument 57, S. 179 ff.

Der Versuch der deutschen Bourgeoisie, mit Hilfe der *Hindenburg-Papen-Schleicher*-Politik diese Gegensätze zu überwinden, eine faschistische Konzentration durchzuführen, ist zunächst gescheitert.

Diese erfolgreiche Politik der Partei war nur möglich, weil unser Auftreten im Reichstag getragen war von der außerparlamentarischen Massenmobilisierung gegen die *Papen*-Diktatur und ihre Notverordnungen. Die günstige Lage, die durch die Differenzierung im Lager der Bourgeoisie, durch die Diskreditierung der *Papen*-Regierung, im Zusammenhang mit der Reichstagsauflösung geschaffen wurde, stärkte die gesteigerte Autorität der Partei in den Massen. Das muß für die Partei der Anlaß sein, mit vielfach verstärkter Energie den Kurs auf die außerparlamentarische Massenmobilisierung zu Streiks, Massenaktionen und Massenkämpfen, zur Anwendung aller Formen und Methoden des Klassenkampfes gegen die Kapitaloffensive und die faschistische *Papen*-Regierung durchzusetzen.

Es gilt der gesamten Parteimitgliedschaft zum Bewußtsein zu bringen, daß gerade die politischen Erfolge unserer Partei gegen die *Papen*-Regierung noch schärfer die Schere zeigen zwischen den allgemeinen Massensympathien unserer Partei und der Fähigkeit unserer Partei, die breitesten Massen zum Kampf und zu Streiks gegen den Abbau der Löhne und Gehälter, Unterstützungen und Sozialrenten und gegen die faschistische Unterdrückung zu mobilisieren, die Einheitsfront der Arbeiter zu schaffen und die breitesten Proletariermassen heranzuführen an die revolutionären Massenkämpfe, an den politischen Generalstreik.

Im Wettstreit zwischen dem Vormarsch der faschistischen Reaktion und dem Tempo des revolutionären Aufschwungs ist die Arbeiterklasse noch im Rückstand. Die Grundbedingung zur Beschleunigung des Tempos des revolutionären Vormarsches ist die Schaffung der Einheitsfront-Aktion gegen die Kapitalsoffensive, die Notverordnungen und die faschistische *Papen*-Regierung.

2. Über die Einheitsfrontaktion und die Bedeutung des Manifestes der Partei

Entsprechend den gegenwärtigen Bedingungen des Klassenkampfes der Kapitalsoffensive und den Maßnahmen der faschistischen *Papen*-Regierung richtet sich die Einheitsfrontaktion vor allem gegen Lohn- und Unterstützungsabbau und gegen die faschistische Unterdrückung.

Die Losungen und die gesamte Taktik der Kampagne, die als Einheitsfrontaktion geführt wird, sind enthalten im Manifest des Zentralkomitees der Partei vom 15. September.[7] Dieses Manifest ist zugleich die Plattform für die Reichstags- und Kommunal-Wahlen. Das Wesentliche dieses Manifestes besteht darin, den Kampf um die kleinsten täglichen Interessen der Arbeiter und werktätigen Massen zu verknüpfen mit den Fragen des Kampfes um den revolutionären Ausweg, um die Diktatur des Proletariats. Während wir die [. . . .][5] der Diktatur des Proletariats, der Arbeiter und Regierung, die sich auf die Bewegung des Proletariats stützt.

Gegenüber der Rüstungspolitik der Bourgeoisie stellen wir den Kampf um die Arbeiter- und Bauernrepublik, das Bündnis mit der Sowjetunion und des werktätigen

7 Vgl. Manifest der KPD. An das arbeitende Volk. *Freiheit* Nr. 200 vom 17. 9. 1932. Auszüge in: Antifaschistische Aktion. Dokument 76. S. 241 ff.

Volkes Frankreichs, der Tschechoslowakei und Polen und die Bedeutung der Bewaffnung des Proletariats. Die verstärkte chauvinistische Kampagne der deutschen Bourgeoisie und ihr Rüstungsprogramm, die Legalisierung der SA, die Förderung des Stahlhelms, die staatliche Zusammenfassung und Militarisierung des gesamten Sportes gebieten die breiteste Popularisierung des internationalen Kongresses gegen den imperialistischen Krieg in Amsterdam.[8]

Das Manifest zeigt den Kampf für den revolutionären Ausweg auf und die Konkretisierung der Herausbildung der proletarischen Diktatur in Deutschland. So ist entsprechend der veränderten Situation der Inhalt und die Aufgabenstellung der Antifaschistischen Aktion erweitert. Die Notwendigkeit dazu zeigen auch die verschiedenen Veröffentlichungen in der Tagespresse, wo gegenüber dem Lohnabbau einfach erklärt wird, wir müssen zur Antifaschistischen Aktion mobilisieren. Es gilt die Antifaschistische Aktion weiter zu entwickeln und darüber hinaus im Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsraub neue und höhere Formen der Einheitsfrontaktion zu schaffen.

3. Die Lehren des 20. Juli für unsere nächsten Aufgaben

Im Zusammenhang mit der Aufgabenstellung der Einheitsfrontaktion müssen nicht nur von der Parteiorganisation, sondern von der gesamten Arbeiterschaft die Lehren des 20. Juli gezogen werden.[9] Dazu ist besonders hervorzuheben, daß infolge der Unterschätzung der mangelhaften Führung von Teilkämpfen die Arbeitermassen nicht an den revolutionären Massenkampf und an den Generalstreik herangeführt wurden. Vor allem ist es durch die Vernachlässigung der innergewerkschaftlichen Arbeit nicht gelungen, die Massen der Gewerkschaftsmitglieder an die Lösung politischer Kampfaufgaben heranzuführen. Diese Tatsachen zeigen, daß unsere Parteiorganisationen noch sehr mangelhaft ihre Rolle als Organisatoren und Führer aller Formen und Methoden des Massenkampfes erfüllen. Der 20. Juli zeigt insbesondere, daß die Parteileitungen nicht in solcher Weise ihre Rolle erfüllt haben, daß sie unmittelbar im entscheidenden Moment jede Möglichkeit der Kampfmobilisierung, wie zu Massendemonstrationen ausgenutzt hatten, denn große Massendemonstrationen am 20. Juli hätten zu einer Verschärfung der Klassenkämpfe geführt und wahrscheinlich auch die Durchführung der Aktion in den Betrieben gefördert.

4. Die nächsten Schritte

Die nächsten Schritte sind:

1. Ankurbelung der Streiks in den Betrieben, in denen Lohnraubversuche auf Grund der Notverordnung gemacht werden, mit breitester Entfaltung der Einheitsfronttaktik bei der Schaffung von Kampfausschüssen und Streikleitungen. Protestbeschlüsse in allen Betrieben, in denen Lohnraub noch nicht verhängt ist, aber droht.

2. Aktionen der Erwerbslosen zur Verbrüderung mit den Betriebsarbeitern für ihre Forderungen.

---

8 Der Internationale Kongreß gegen den imperialistischen Krieg fand vom 27. bis 29. August 1932 in Amsterdam statt. Vgl. zur Vorbereitung Dok. 65 und 71. Zur Auswertung siehe unten und *Inprekorr* Nr. 81 vom 30. 9. 1932, S. 2591.

9 Vgl. Dok. 69, Anm. 7.

3. Eine allgemeine Versammlungslawine ohne jeden Zeitverlust, da der Erlaß eines Burgfriedens unmittelbar bevorsteht. Stärkstes Gewicht auf Betriebsversammlungen, Gewerkschaftsversammlungen, Stempelstellenversammlungen, öffentliche Diskussionen mit Gewerkschafts- und sozialdemokratischen Funktionären.

4. Mobilisierung der Massen zum öffentlichen Auftreten in allen Formen.

5. Herantreten der Kommunisten, der RGO-Funktionäre, der roten Betriebsräte, der Kampfbundgenossen, der roten Sportler usw., an freigewerkschaftliche, sozialdemokratische Arbeiter, Funktionäre, Betriebsräte, an die Funktionäre des Reichsbanners, der reformistischen Sportorganisationen usw., zur Beratung der nächsten Kampfmaßnahme.

6. Herantreten zur Massendiskussion an nationalistische Anhänger, untere Formationen usw., (vor allem BZO), Agitation in den Nazilokalen und SA-Kasernen.

7. Mobilisierung der Arbeiterkorrespondenten für die Kampagne zur sofortigen Herausgabe von Betriebszeitungen, Stempelstellenzeitungen, Dorfzeitungen usw.

5. Zur Durchführung der Kampagne

Planmäßiges Konzentrieren auf die Großbetriebe, Einsetzung von Instrukteuren und Stoßbrigaden zur Anregung, Hilfe und Kontrolle jeder Arbeit in den entscheidensten Betrieben, Stempelstellen und Gewerkschaftsorganisationen. Auf Grund der Wahlergebnisse der Reichstagswahl ist zu überprüfen, inwieweit die im Wahlergebnis in Erscheinung getretenen Schwächen und Mängel in der Organisation inzwischen beseitigt sind. Besondere Verstärkung der Fragestellung der Großbetriebe in unserer Arbeit, Anbahnung und Schaffung einer breiten innergewerkschaftlichen Oppositionsbewegung.

Besondere Anregung und Hilfe für den Kommunistischen Jugendverband in der Durchführung seiner Massenarbeit, im Kampf gegen die Militarisierung, gegen die Arbeitsdienstpflicht, gegen die faschistische Jugendpflege.

Die Pionierbewegung der verschiedensten Organisationen muß eingestellt werden auf die Mobilisierung gegen Hunger, faschistische Kulturreaktion. Das muß der Inhalt der Vorbereitung der Internationalen Kinderwoche vom 2. bis 9. Oktober sein.[10]

Für unsere Massenarbeit unter Betriebsarbeiterinnen und werktätigen Hausfrauen gilt es, neue Methoden und Formen unserer Delegiertinnen-Bewegung in Betrieben, an den Stempelstellen, im Wohngebiet, in allen Massenorganisationen und in allen Schichten herauszuarbeiten.

Stärkste Konzentrierung der Agitation auf die Angestellten, weil von unserem Einfluß auf die Angestellten wesentlich abhängig ist, inwieweit wir imstande sind, die NSDAP zu schwächen.

Sofort sollen ungeachtet sämtlicher Schwierigkeiten durch die Ernte, die Aktionen unter den Landarbeitern und den Bauern einsetzen und entsprechendes Agitationsmaterial herausgegeben werden.

10 Über die Durchführung der Kinderwoche berichtete die kommunistische Presse. *Die Rote Fahne* war vom 2.–15. 10. verboten. Vgl. aber *Freiheit* Nr. 212–218, 1.–8. 10.; *Bergische Arbeiterstimme* Nr. 213–217, 2.–8. 10. und *Arbeiter-Zeitung* (Mannheim) Nr. 230–233, 1.–5. 10., wo ausführlich über die Aktivitäten zur Kinderwoche berichtet wurde.

Die RGO muß ihre Führerrolle bei allen Wirtschaftskämpfen und allen Erwerbslosenaktionen in der Praxis herausarbeiten.

Die Arbeit der kommunistischen Fraktionen in der selbständigen Erwerbslosenbewegung ist von allergrößter Bedeutung, um diese Bewegung zu einer großen Einheitsbewegung zu machen.

Die Organe der Antifaschistischen Aktion (Einheitsfrontausschüsse und Massenselbstschutzorganisationen) müssen durch unsere Fraktionen ständig politisch belebt und aktivisiert werden.

Die Organisationen der Kampfgemeinschaft der roten Sporteinheiten[11] müssen besonders unter den Anhängern des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes, der Deutschen Turnerschaft und anderen Sportorganisationen, die unter faschistischem Einfluß stehen, eine breite Massenarbeit leisten. Dabei gilt es nicht nur von außen zu agitieren, sondern systematisch starke Verbindungen in den Organisationen selbst zu schaffen.

Der Kampfbund gegen den Faschismus[12] muß besonders seine Kräfte einsetzen zur Unterstützung und Förderung der Massenselbstschutzbewegung unter Einbeziehung der SPD und Reichsbannerarbeiter.

Die Anhänger der proletarischen Freidenkerbewegung müssen ihre Arbeit besonders auf die Massenmobilisierung gegen die faschistische Kulturreaktion und die Gewinnung der Mitglieder des *Sievers*-Verbandes für die Einheitsfront konzentrieren.[13]

Die Rote Hilfe soll ihr Hauptgewicht auf die Mobilisierung der Reichsbanner-, sozialdemokratischen und parteiloser Arbeiter gegen die Urteile der Standgerichte und andere Maßnahmen der faschistischen Justiz legen.

Die IAH muß sich stärker als bisher um die Mobilisierung der Solidaritätskampagnen für die Streikenden und zur materiellen Unterstützung der Erwerbslosen, insbesondere der Jugendlichen (Erwerbslosenküchen) einsetzen.

Die Aufgaben in allen Zweigen der Parteiarbeit, wie die Aufgaben aller Massenorganisationen sind auf das eine Ziel des Kampfes gegen Kapitaloffensive und faschistische *Papen*-Regierung zu konzentrieren.

Dabei ist es das wichtigste, daß die Massenorganisationen endlich dazu übergehen, ihre Kräfte zu konzentrieren auf die Mobilisierung der in ihrer Organisation erfaßten Arbeiter für die Einheitsfront.

6. Die SPD

Unser Manifest zur Einheitsfrontaktion zeigt,[14] wie die SPD die Aufrichtung der faschistischen Diktatur unterstützt. Die SPD-Arbeiter, die den Sozialismus wollen,

---

11 Am 6./7. Dezember 1930 hatten sich die oppositionellen, unter dem Einfluß der KPD stehenden, roten Sportverbände zur Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit (KG) zusammengeschlossen. Leiter der KG wurde das ZK-Mitglied Ernst *Grube*. Vgl. H. Westphal, Die proletarische Wehrsporterziehung in der Zeit der großen Weltwirtschaftskrise (1929–1933), phil. Diss. Leipzig 1957.

12 Zum Kampfbund gegen den Faschismus vgl. Dok. 34, Anm. 8.

13 Zur Politik der KPD in der Freidenkerbewegung vgl. besonders Dok. 15a, Anm. 6 und 13. Zum Verbot des proletarischen Freidenkerverbandes am 3. 5. 1932 siehe Dok. 61.

14 Manifest des ZK vom 15. September 1932; vgl. Anm. 7.

müssen wir vor die konkrete Frage stellen, wer für den Sozialismus kämpfen will, der muß unmittelbar kämpfen bei Streiks gegen Lohnabbau usw.

Die Losung der SPD „Volksbegehren" ist ein ähnliches Manöver zur Ablenkung vom Kampf, wie die Vertröstung der Arbeiter am 20. Juli auf Staatsgerichtshof und Reichstagswahl. Unser Kampf gegen dieses Ablenkungsmanöver mit dem Volksbegehren richtet sich nicht in 1. Linie gegen den Inhalt des Volksbegehrens, obwohl die Formulierung mit ihrer Teilanerkennung der Notverordnung bereits die Kapitulationslinie vor den *Papen*schen Notverordnungen signalisiert und nicht durch juristische Kniffe entschuldigt werden kann, wie es die SPD-Presse versucht. Unsere Polemik in der Presse und Agitation gegen das Volksbegehren muß aber vor allem gegen dieses Manöver der SPD als solches gerichtet sein, und entlarven, daß es sich hier um ein Wahlmanöver, um den Versuch der SPD- und ADGB-Führer handelt, die Massen vom wirklichen, unmittelbaren Kampf gegen die Notverordnungen, gegen Lohnraub und Unterstützungsabbau und die Zerschlagung der Sozialgesetzgebung abzuhalten und die Wahlkampagne durchzuführen: das ist praktisch Hilfsstellung für die *Papen*-Regierung. Wir müssen vor den freigewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären klarstellen, daß es jetzt gegen den Lohnraub zu kämpfen gilt, der nur durch Streik verhindert werden kann, nicht aber durch einen Volksentscheid, frühestens in 4 Monaten, der selbst im Falle seiner Annahme von der faschistischen Staatsstreich-Regierung nicht durchgeführt wird. Indem wir vor den Gewerkschaftsmitgliedern, den SPD-Arbeitern, die Aufgaben der Einheitsfrontaktion gegen Lohnabbau und faschistische Notverordnungen stellen, durchkreuzen wir von vornherein dieses Betrugsmanöver. Diese Entlarvung des Volksbegehrens der SPD als Ablenkungsmanöver schließt keineswegs aus, daß wir – falls es zu irgendeinem Zeitpunkt zu einem Volksentscheid über das Volksbegehren der SPD käme – uns dafür erklären würden. Es bedeutet keine große Schwierigkeit, den sozialdemokratischen Arbeitern klarzumachen, daß die Frage des heutigen Lohnraubs nicht in 4 Monaten durch parlamentarische Manöver, sondern heute durch den Massenkampf beantwortet werden muß.

Auch das andere Betrugsmanöver der SPD, „die sozialistische Aktion" müssen wir schonungslos entlarven. Wir müssen die Frage des Staatskapitalismus entsprechend den Ausführungen des Genossen *Thälmann* auf dem Februar-Plenum des ZK[15] zu diesen Fragen klären und den SPD-Arbeitern beweisen, daß nur die Diktatur des Proletariats die Voraussetzung des sozialistischen Aufbaus ist. Wir müssen den SPD-Arbeitern die Frage vorlegen, daß Kampf für den Sozialismus in Wirklichkeit nichts anderes bedeuten kann, als den tatsächlichen Kampf gegen die kapitalistischen Anschläge, den Streik gegen Lohnraub usw. zu organisieren und damit die entscheidenden Kämpfe vorzubereiten, die zur Machteroberung durch das Proletariat und zum Aufbau des Sozialismus führen.

7. Nazi

Im Manifest des Zentralkomitees wenden wir uns auch an die Mitglieder der nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation mit der Aufforderung, mit uns gemeinsam zu kämpfen gegen Lohn- und Gehaltsraub, gegen die großkapitalisti-

15 Vgl. Dok. 73, Anm. 12.

schen Tributzahlungen, gegen die Versklavung des werktätigen Volkes Deutschlands. Unter den besonderen Bedingungen in Deutschland konnte außer der SPD noch eine nationalsozialistische Massenbewegung entstehen, die Teile der Werktätigen vom Kampf um die nackten Lebensinteressen abhält. Darum ist der Einbruch in die Reihen der NSDAP, die Gewinnung von Arbeitern und Werktätigen aus der NSDAP mit eine der Voraussetzungen des Sieges der Arbeiterklasse. Deshalb ist es notwendig, im Rahmen unseres Kampfes gegen die Notverordnungen und die faschistische *Papen*-Regierung eine breite ideologische Offensive gegen die NSDAP zu führen zur Gewinnung ihrer werktätigen Anhänger. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend ist es falsch, etwa als Losung aufzustellen: „Heraus mit den Nazis aus den Betrieben und Gewerkschaften". Diese allgemeine Losung muß liquidiert werden. Wir müssen kämpfen um die Gewinnung eines jeden nationalsozialistischen Werktätigen. Dort, wo Angehörige der SA trotz ideologischer Bearbeitung Streikbrecherarbeiten durchführen oder als Arbeitermörder demonstrativ auftreten, sind wir selbstverständlich für die Mobilisierung aller Kräfte der Belegschaften zum Hinauswurf dieser Unternehmerknechte aus den Betrieben.

Indem die *Hitler*partei trotz hochtrabender Versprechungen, trotz Erklärungen, sie werde am 31. Juli die Macht übernehmen, nichts an den Verhältnissen geändert hat, sondern sich ausführlich mit Koalitionsschiebungen beschäftigt und hat damit den Boden für unsere Agitation unter ihren werktätigen Anhängern erheblich gelockert. Wir soll[t]en diesen psychologisch günstigen Moment sofort ausnutzen.

Die breiteste Entfaltung des ideologischen Massenkampfes gegen den *Hitler*faschismus und um die Gewinnung seiner werktätigen Anhänger ist deshalb notwendig. Die restlose Überwindung der falschen Parole „Schlagt die Faschisten wo ihr sie trefft" in unseren Reihen unter der revolutionären Arbeiterklasse ist unerläßlich.[16] Schärfster Kampf gegen jede individuelle terroristische Einzelaktion.

Unsere Argumentation gegenüber den Nazis muß sich vor allem auf drei Gebiete konzentrieren:

a) die Frage des gemeinsamen Kampfes gegen die kapitalistischen Anschläge im Betrieb, Büro und an der Stempelstelle, in Stadt und Land, und darüber hinaus gegen das kapitalistische System und gegen jede kapitalistische Regierung überhaupt.

b) die Frage der nationalen Befreiung, die nicht durch imperialistische Revanchehetze und militaristischen Rüstungswahnsinn im Dienste des deutschen Finanzkapitals und der Generäle bei gleichzeitiger Anbiederung an das internationale Finanzkapital, sondern nur durch die proletarische Revolution, durch die Errichtung einer sozialistischen Arbeiter- und Bauernrepublik nach dem Sturz der Kapitaldiktatur errungen werden kann. Hierbei gilt es, die allgemeine Linie unserer Freiheitspolitik zu konzentrieren (Auswertung des Amsterdamer Antikriegskongresses), den Kampf

16 Diese, Heinz *Neumann* zugeschriebene Parole wurde unter den Parteimitgliedern vielfach als indirekte Aufforderung zu Gewalt gegenüber Nazis aufgefaßt. Das ZK versuchte den individuellen Terror zu überwinden und beschloß dazu eine Deklaration gegen den individuellen Terror. Vgl. *RF* Nr. 206, 13. 11. 1931. Im Jahre 1932 wurde diese Losung auch offiziell verurteilt und Heinz *Neumann* für sie verantwortlich gemacht. U. a. wurde auch diese falsche Parole als Grund für den Ausschluß *Neumanns* aus der Parteiführung im Jahre 1932 angegeben. Vgl. *Inprekorr* Nr. 88 vom 25. 10. 1932, S. 2824.

gegen die Revanchehetze und den Chauvinismus zu verstärken und unsere Rolle als einzige Partei des wirklichen Kampfes für die nationale Befreiung (auch in der Frage der unterdrückten Minderheiten) klarer zu dokumentieren.

c) Die Bloßstellung und Brandmarkung der Lakaienrolle der Nazis für die *Papen*-Diktatur und ihre Notverordnungen unter Ausnützung ihrer eigenen Geständnisse (*Hitler* und *Goebbels*), daß *Papen* mit ihrer Hilfe zur Macht gelangte, unter Brandmarkung der Rolle der Nazis im Reichstag (*Frick*, *Göring*), wobei die veröffentlichten Fragen an *Göring* eine wichtige Rolle spielen. Ebenso die Entlarvung der Stellung der Nazis zur Reparationsfrage (mehrmalige Erklärungen *Hitlers* gegenüber dem Ausland, gegen die Streichung der Tribute, Zustimmung *Hitlers* zu den Lausanner Abmachungen). Außer der ideologischen Bearbeitung der BZO-Mitglieder und ihrer Hereinbeziehung in den antikapitalistischen Kampf ist ein ständiges Bearbeiten der Nazi-Lokale und SA-Kasernen die Pflicht jeder Parteiorganisation.

8. Das Zentrum

Im Kampf gegen das Zentrum sind gleichfalls für die Partei die Möglichkeiten, christliche Arbeiter loszulösen, in unsere Kampffront einzubeziehen und darüber hinaus als Anhänger für die kommunistische Partei zu gewinnen, erheblich gestiegen. Die Rolle der *Brüning*-Politik als Vorstufe der *Papen*-Diktatur und noch mehr der Koalitionsschacher des Zentrums mit den Nazis, gegen die sie angeblich kämpfen wollten, die Zentrumsrolle bei der Wahl von Nazis zu Präsidenten im Reichstag und Preußischen Landtag, die Tolerierungs- und Lohnabbaupolitik, die Entlarvung der scheinradikalen Manöver der christlichen Gewerkschaftsführer – das alles liefert uns wirksame Argumente im Kampfe um die christlichen Arbeiter.

Mit kommunistischem Gruß
ZK – Sekretariat

N.B. Soeben erfahren wir, daß die Reichstagswahlen wahrscheinlich am 6. November stattfinden. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß das Manifest des Zentralkomitees gleichzeitig als Wahlplattform der Partei gilt und daß auf der Grundlage des Manifestes in der Durchführung der Einheitsfrontaktion gleichzeitig auch die Wahlagitation durchgeführt werden muß.[17]

17 Der Anhang (vgl. Inhaltsverzeichnis) lag nicht vor.

75.

8. 10. 1932: Anweisungen des Sekretariats zur Wahlkampagne

StA Bremen, 4,65-IV 13 k; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 21. Anweisungen des Sekretariats an alle Bezirksleitungen und Redaktionen."

Inhaltsverzeichnis: Wahlkampagne

Werte Genossen!

Das Sekretariat des ZK stellt fest, daß die eigene Initiative der Bezirke in der Organisierung der Wahlkampagne, in Verbindung mit der Einheitsfrontaktion außerordentlich schwach ist.[1]

Entsprechend der Notwendigkeit der Entfaltung der Selbstinitiative und der Konkretisierung der Generalaufgaben im bezirklichen und örtlichen Maßstabe erwartet das Sekretariat des ZK vor allen Bezirksleitungen die unverzügliche Einstellung auf die besonderen Wahlaufgaben durch Herausgabe eigenen Materials, vollen Einsatz der Parteipresse, der Betriebs- und Häuserblockzeitungen, der Massenorganisationen usw.

Die Einschätzung der Lage und die zentrale Aufgabenstellung, die Entfaltung der Einheitsfrontaktion gegen die kapitalistische Offensive ist in dem Rundschreiben des Sekretariats vom 17. 9. gegeben. Das Manifest des ZK „An das arbeitende Volk" vom 15. September zeigt die wichtigsten Momente unserer Generallinie und der Massenmobilisierung auf.[2] Alle Parteileitungen müssen unter Entfaltung stärkster Initiative die Einheitsfrontaktion gegen die *Papen*-Notverordnungen, gegen die faschistische Reichsregierung verstärken, die Antifaschistische Aktion stärker zur Entfaltung bringen und alle Vorbereitungen zum Kampftag des 7. Novembers, dem 15. Jahrestag des siegreichen Oktobers treffen. In den jetzigen Kämpfen und Kampagnen müssen die Beschlüsse des 12. Plenums bereits ihre konkrete Anwendung finden.[3] Es gilt, den revolutionären Ausweg aus der Krise aufzuzeigen und die Propagandalosung der Arbeiter- und Bauernrepublik zum Allgemeingut der Massen zu machen. In dieser Linie gilt es, den Wahlkampf für die Reichstagswahlen am 6. November zu verschärfen. Auf allen Gebieten des Klassenkampfes muß der Tempoverlust aufgeholt werden. Die Partei muß auf der ganzen Linie in die Offensive gehen.

Anknüpfend an die aktuellen Vorstöße der Bourgeoisie (Lohnabbau etc.) muß die ganze Partei an Hand der Vorschläge des Manifestes des ZK alle Kräfte auf die unmittelbare Organisierung, Auslösung und Führung von Kampfaktionen und

1 Zur Entfaltung der Einheitsfrontaktion in Zusammenhang mit der Auflösung des Reichstages und der Vorbereitung der Reichstagswahlen vom 6. November 1932 vgl. Dok. 74, Rundschreiben des ZK vom 17. 9. 1932.

2 Vgl. Dok. 74, Anm. 7.

3 Vgl. XII. Plenum des EKKI, 27. August bis 15. September 1932, Thesen und Resolutionen, Moskau 1932. Ausführliche Berichte zum Plenum in *Inprekorr* Nr. 82–86 vom 4. 10.–18. 10. 1932. Die wichtigsten Beschlüsse sind abgedruckt bei J. Degras Bd. 3, S. 208 ff. Vgl. auch Weber, Kommunistische Internationale S. 258 ff.

Streiks einstellen, den Verrat der SPD und des ADGB in den letzten Massenkämpfen anprangern und auch die Streikbrecherrolle der Nazis entlarven.

Den neuen heuchlerischen Manövern der Gewerkschaftsbürokratie (Kundgebungen „gegen *Papen* am 18. 10.")[4] müssen von uns unter stärkster Mobilisierung der RGO, der roten Verbände und der Gesamtarbeiterschaft durchkreuzt werden durch die Aufzeigung der verräterischen Praxis der SPD- und ADGB-Führer (20. Juli, Hamburger Verkehrsstreik)[5].

Die Führung der Wahlkampagne bedeutet also in erster Linie Organisierung von Bewegungen und Streiks in den Betrieben, auf den Gütern, Erwerbslosenaktionen, Stärkung der RGO und der roten Verbände, Demonstrationen und Massenaktionen an allen Fronten des Kampfes gegen die Kapitalsdiktatur (Mieter, Rentner, Kriegs- und Arbeitsinvaliden, alle Schichten der Sozialversicherten, Bauern usw.). Von besonderer Bedeutung sind dabei politsche Massenbewegungen gegen Sondergerichte, Polizeiterror, gegen Verbot der revolutionären Presse, gegen alle Einschränkungen der politischen Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse und der einzelnen Arbeiterorganisationen.

Die Hauptlosungen unseres Wahlkampfes sind:

Gegen *Papen*-Reaktion und Faschismus – Für Arbeitermacht und Sozialismus!

Antifaschisten wählt Kommunisten, Liste 3!

Gegen die kapitalistische Ausbeuterwirtschaft – Für Freiheit und Brot mit den Kommunisten!

Gegen die sozialdemokratische *Brüning-Hindenburg*-„Demokratie" – für proletarische Demokratie, für die Diktatur des Proletariats!

Wer *Hitler* wählt, wählt *Papens* Wegbereiter und Lakaien!
Das Volk hungert und friert – *Hitler* kuhhandelt mit den Bankfürsten und Zentrumspfaffen!

Gegen imperialistische Rüstungs- und Kriegspolitik, für ein wehrhaftes Rätedeutschland im Bündnis mit der Sowjetunion! In Verbindung damit stärkste Popularisierung der Forderungen und Losungen unseres Manifestes an das arbeitende Volk!

Es lebe die Einheitsfrontaktion gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen Faschismus und Kapitalsdiktatur!

Fort mit der *Papen*-Regierung!

Fort mit den *Papen*-Notverordnungen!

Nieder mit den Tributverträgen von Versailles und Lausanne!

Es lebe der Kampf für die Freiheit der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes!

---

4 Am 7. 10. befaßte sich der Bundesausschuß des ADGB in Berlin mit den sozialen Auswirkungen des Wirtschaftsprogramms der Regierung *Papen*. Gleichzeitig rief der Ausschuß für den 18. 10. zu einer öffentlichen Kundgebung gegen die Regierung *Papen* auf. Vgl. *Vorwärts* Nr. 475 vom 8. 10. 1932.

5 Vom 1.–4. Oktober 1932 streikten in Hamburg die Verkehrsarbeiter. Die Leitung des Streiks lag bei dem zum ADGB gehörenden Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe. Nach der Verbindlichkeitserklärung des Tarifschiedsspruches lehnte die Streikleitung die von der RGO ausgegebene Parole der Weiterführung des Streiks ab. Für den Abbruch des Streiks machte die KPD ebenso wie für das Scheitern des Generalstreiks am 20. Juli SPD und ADGB verantwortlich. Vgl. Chronik S. 300. Siehe auch Dok. 74.

Es lebe der Kampf für die Arbeiter- und Bauernrepublik, für den Sozialismus!

Folgende Flugblätter werden durch das ZK herausgegeben:

Wahlaufruf der Partei (wird vorgelegt auf der Reichskonferenz.[6] Versand 20. Oktober. Auflage 5 Millionen).

SPD
Nazi Auflage 1 Million
Zentrum

Letzter Wahlappell (Versand 1. November, Auflage 5 Millionen).

An Broschüren kommen in schneller Reihenfolge heraus:

1. Für die Arbeiter- und Bauernrepublik (24–32 Seiten)
2. *Torgler*: Wie und warum der Reichstag aufgelöst wurde (16 Seiten)
3. Los von *Hitler*: von ehemaligen Nazis geschrieben (16 Seiten – herausgegeben vom Kampfbund)
4. *Mayr & Röhm* – über die Geheimverhandlungen zwischen Reichsbanner und SA (16 Seiten)
5. Unter dem Fallbeil der Standgerichte (16 Seiten, von der RH herausgegeben)
6. Der Verrat von Hamburg und seine Lehren (16 Seiten von der RH herausgegeben)
7. Von Zwickeln und Muckern[7] (16 Seiten – von den Freidenkern herausgegeben)
8. Was wollen die Kommunisten (Für die Landbevölkerung)

Sämtliche Broschüren kosten 10 Pfennige

Material für Referenten:

1. Allgemeines Referentenmaterial (im Druck)
2. Fortlaufende Ergänzungen zu dem Referentenmaterial.
3. Resolution des ZK und der Reichskonferenz.
4. Thesen des 12. Plenums (erschienen im *Inprekorr*)
5. Thesen des EKKI zum 15. Jahrestag der Oktoberrevolution[8] (bereits im Druck).

Mit kommunistischem Gruß
ZK – Sekretariat

---

6 Die dritte Parteikonferenz der KPD fand am 15.–18. Oktober 1932 in Berlin statt. Vgl. den Bericht über den Verlauf der Reichsparteikonferenz in *RF* Nr. 192 vom 22. 10. 1932 und *Inprekorr* Nr. 88 vom 25. 10. 1932, S. 2823 f.

7 Anspielung auf den sog. Zwickel-Erlaß des Reichskommissars für Preußen, *Bracht*, vom 28. September 1932 („Verordnung zur Änderung der Badepolizeiverordnung vom 18. August 1932"), in dem eine genaue Festlegung der Bekleidung für öffentliche Bäder bestimmt wurde. U. a. war darin bestimmt, daß Badehosen der Männer einen „Zwickel" haben müßten, was Anlaß für zahlreiche satirische Zeitungsartikel der nichtamtlichen Presse war. Vgl. *Vorwärts* Nr. 467 vom 4. 10. 1932: „Der Zwickel".

8 Auszüge der Resolution des EKKI zum 15. Jahrestag der Oktoberrevolution vom 4. November 1932 finden sich in: J. Degras Bd. 3, S. 247 f.

76.

12. 10. 1932: Anweisungen des Sekretariats zur Wahlkampagne und Steigerung der Massenarbeit

StA Bremen, 4,65-IV 13 k: Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 22. Anweisungen an alle Bezirksleitungen."

Inhaltsverzeichnis:
Wahlkampagne und Steigerung der Massenarbeit

Werte Genossen!

Wir unterbreiten Euch einige Anregungen und Vorschläge, die Euch bei der raschen Entfaltung der Einheitsfrontaktion, der Vorbereitung des 6. Novembers[1] und insbesondere für die Wahlkampagne helfen sollen, die bezirkliche Arbeit zu verbessern und alle objektiven Möglichkeiten auszunutzen.

Natürlich können diese Vorschläge nicht überall schematisch angewandt werden. Jede Bezirksleitung und Redaktion muß verstehen, eine umfassende und eigene Initiative von unten her in der ganzen Partei zu entfalten, den unteren Parteiorganisationen in allen Fragen eine wirkliche Hilfe zu leisten, politisch und organisatorisch die ganze Arbeit unserer Partei entsprechend den gewachsenen Aufgaben auf eine höhere Stufe zu heben.

Aus dem letzten Rundschreiben Nr. 21 ist ersichtlich, daß das ZK zu den Hauptfragen allgemeine zentrale Materialien herausgibt.[2] Gleichzeitig wird das ZK in höherem Maße als bei den letzten Wahlen die Bezirke unterstützen, besondere Möglichkeiten bezirklicher Art umfassend auszunützen oder besonders wichtige Aufgaben in Angriff zu nehmen, die über den Rahmen des Bezirkes hinaus für die Gesamtpartei von großer Bedeutung sind.

Innerparteiliche Maßnahmen.

Die rasche Auswertung des kommenden ZK-Plenums und der darauffolgenden Reichsparteiarbeiterkonferenz wird der Partei helfen, die Beschlüsse des 12. Plenums in der Praxis des verschärften Klassenkampfes durchzuführen.[3]

Am Freitag, dem 14. Oktober, versenden wir einen Pflichtartikel des ZK über die Bedeutung des 12. Plenums, der am Sonnabend, dem 15. Oktober, bzw. Sonntag, dem 16. Oktober, von der gesamten Parteipresse zur Veröffentlichung kommen soll.[4]

Weiter versenden wir im Laufe der Woche zur verstärkten Vorbereitung der Oktoberfeiern ein Material „15 Jahre Sowjetunion" (vorwiegend für Parteiarbeiter bestimmt), das in einer Auflage von 50 000 Exemplaren (10 Pfennige) verbreitet werden soll.

---

1 Der 6. November war Wahltag.

2 Vgl. Dok. 75.

3 Die dritte Reichsparteikonferenz der KPD fand vom 15.–18. Oktober 1932 in Berlin statt. Zu Beginn der Reichsparteikonferenz fand am 15. 10. eine Sitzung des ZK statt. Zum XII. Plenum vgl. Dok. 75, Anm. 3.

4 Vgl. *RF* Nr. 187 vom 16. 10. 1932: „Der Generalstab der Komintern zur Lage in Deutschland. Der Weg zum Sieg!"

Wir empfehlen den Bezirken, vom 19. bis 21. Oktober überall UB-Parteiarbeiterkonferenzen durchzuführen, auf denen die Delegierten von der Reichsparteiarbeiterkonferenz Bericht erstatten und die Partei mit den Beschlüssen des 12. Plenums und des ZK Plenums vertraut machen und zur Steigerung der Einheitsfrontaktion in Verbindung mit der Wahlkampagne dienen.

Wirksame Steigerung der Kampagne.

Die noch schwerfällig in Gang kommende Wahlkampagne verpflichtet uns für die nächsten 3 Wochen alle Anstrengungen zu machen, um unsere Kampagne von Woche zu Woche zu steigern, die Massenbewegung umfassender zu entfalten und die Wirksamkeit unseres Materials so zu verbessern, daß in der letzten Woche vor den Wahlen ein wirklicher Höhepunkt in der Massenmobilisierung erreicht wird.

Es ist notwendig, die von der Bourgeoisie planmäßig propagierten übertriebenen Prophezeihungen sowohl über den Stimmengewinn der Kommunisten, als auch über den Stimmenverlust der Nazis energisch zu überwinden, dafür aber allen revolutionären Arbeitern die richtige Einstellung zu geben: Wir spekulieren nicht auf spontanen Zulauf der Massen. Angesichts der günstigen Lage werden unsere Erfolge unserer revolutionären Arbeit, unserer Kraft zur Entfaltung der Massenaktionen entsprechen. Mit dieser richtigen Politik werden wir auch alle Wahlmüdigkeit und Wahlenthaltungsstimmungen bei unseren Anhängern überwinden. Die Massen werden begreifen, daß angesichts der Verschärfung des Klassenkampfes und des wachsenden faschistischen Terrors ein großer kommunistischer Wahlerfolg im Klasseninteresse des Proletariats liegt, die faschistischen Pläne durchkreuzt und die revolutionäre Klassenkraft des internationalen Proletariats steigert.

In der Woche vom 16. bis 22. Oktober soll mit der allgemeinen Verbreitung des von der Reichsparteiarbeiterkonferenz beschlossenen Wahlmanifestes[5] eine erhebliche Versammlungslawine in ganz Deutschland einsetzen, deren Schwerpunkt in den Betrieben und Stempelstellen liegt, die aber eine alarmierende Wirkung für alle Arbeiter und Kreise der Werktätigen, der Angestellten, Beamten, städtischen Mittelschichten und Kleinbauern ausübt.

In der Woche vom 23. bis 29. Oktober müssen unsere Zellen und Fraktionen aller Massenorganisationen auf das stärkste mit eigenen Materialien einsetzen, in der Einheitsfrontarbeit die allergrößte Aktivität entfalten. Bis zu dieser Woche müßte es allen Bezirken gelingen, die vorhandenen Einheitsfrontorgane, Organe der Antifaschistischen Aktion zu politisieren und für die Ziele der Liste 3 zu aktivieren. Entschiedene Daten für Materialverbreitung, Literatur- und Zeitungsvertrieb, Zusammenfassung von Massen, Ausgabe konkreter Kampflosungen, sind immer die Lohndekaden an den Stempelstellen und die Auszahlung der Renten und Unterstützungen, die in das Monatsende fallen.

Der Sonntag, 30. Oktober, ist wichtig, weil er ein günstiger Termin für die Tagung von Delegiertenkonferenzen der Betriebe, der Frauen, der Gewerkschaftsopposition, der Erwerbslosen, der Jugend, der Bauern usw. ist. Die Beschlüsse dieser Einheits-

5 Das von der Parteikonferenz beschlossene Wahlmanifest ist vermutlich identisch mit dem Wahlaufruf des ZK „Unter der roten Freiheitsfahne vorwärts für den Sozialismus!". *RF* Nr. 192 vom 22. 10. 1932: „Die Partei ruft zum Kampf!"

frontkonferenzen können im Laufe der letzten Woche noch gründlich ausgewertet und zur Durchkreuzung gegnerischer Manöver angewandt werden.

Die Woche vom 30. Oktober bis zum 5. November muß an allen Fronten [für] die grandiose Aktivität und Massenarbeit aller unserer Mitglieder, sympathisierender Wahlhelfer und von uns beeinflußten Massenorganisationen bürgen.

In dieser Woche müssen die wirksamsten Materialien verbreitet werden, müssen alle schwachen Punkte des Gegners unter Trommelfeuer genommen werden. In dieser Woche brauchen wir in größerem Ausmaße Beschlüsse von Gewerkschaftskartellen und Zahlstellen, die sich unter oppositioneller Führung befinden. In dieser Woche brauchen wir Beschlüsse und Meinungsäußerungen von sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und christlichen Arbeitern, früheren Naziwählern, brauchen wir Willenskundgebungen, aus den Kreisen der Mittelschichten, der armen Bauern, der Intellektuellen, die sich für den Kampf der kommunistischen Partei und für die Wahl der Liste 3 einsetzen.

In dieser Woche wird von Donnerstag ab der letzte zentrale Wahlappell verbreitet,[6] muß der Freitag von uns gründlich ausgenutzt werden, das heißt, daß am Sonnabend alle Betriebe und Stempelstellen sowie die ganze Öffentlichkeit unter dem Eindruck der Kampfentschlossenheit, der richtigen Losungen und der praktischen Kampfesvorschläge der Kommunisten stehen.

Wir weisen hier auf die unerhörte Gärung unter der Bauernschaft hin, nehmen aber davon Abstand, zentrale Landsonntage festzulegen, um die schon festgelegten Daten der Bezirke nicht zu durchkreuzen. Die Landagitation darf aber nicht auf einzelne Sonntage beschränkt werden. Erwerbslose Genossen müssen an allen Wochentagen zur Verbesserung und Verstärkung unserer Arbeit unter Landarbeitern und Kleinbauern ausgenutzt werden, so daß die Sonntage mit Landarbeiter- und Bauernversammlungen, Landkonferenzen usw. im Laufe der Woche gut vorbereitet werden können. Auch unsere Presse wird zweckmäßig, entsprechend der allgemeinen zentralen Losung: „Für Arbeiter- und Bauernrepublik", sich nicht auf wenige Sondernummern für die Landagitation beschränken, sondern das Bündnis der Industrie- und Landarbeiter mit der armen Bauernschaft als dauernde und ständige Kampagne führen.

Alle diese Vorschläge sollen unseren Parteileitungen Anregung geben, wie in bester Weise die zentralen Probleme mit den bezirklichen, örtlichen und betrieblichen Arbeiten verbunden werden können, gleichzeitig aber eine wirksame Steigerung unserer Massenarbeit ermöglicht wird.

Instrukteure und Stoßbrigade.

Eine entscheidende Frage der Entfaltung der Einheitsfrontaktion ist die rasche und geschlossene Ausnützung jeder Möglichkeit zur Entfesselung von Massenaktionen. Oftmals wird durch bürokratische Innehaltung eines vorher festgelegten „Terminkalenders" und allgemeinen Arbeitsplanes die Initiative von unten gehemmt, bleiben Massenstimmungen der Erbitterung, der Entrüstung und Empörung unausgenützt.

Unsere Parteileitungen müssen aber gerade jetzt begreifen, daß der Übergang von der Agitation und Propaganda zur Entfaltung von Massenaktionen neue Arbeitsmethoden verlangt: Wo die Unternehmer vorstoßen, Lohnabbau ankündigen, wo

6 Dieser zentrale Wahlappell erschien nicht in der *Roten Fahne*.

Erwerbslosenunterstützung nicht ausgezahlt wird, wo Renten gekürzt werden, wo Erwerbslose zum Streikbruch mißbraucht werden sollen, wo Exmissionen, Pfändungen, Zwangsversteigerungen drohen, kann das rasche Eingreifen eines Instrukteurs der BL oder UBL ein Verpuffen der Massenstimmung verhindern und das Ausnutzen des konkreten Anlasses zur Entfesselung von Einheitsfrontaktionen ermöglichen.

Wo die Betriebszelle, die Erwerbslosenfraktion, die Straßenzelle, oder die Ortsgruppe zu schwach ist, müssen Stoßbrigaden aus erwerbslosen Genossen unter verantwortlicher Leitung mit konkreten Aufträgen sofort zur Hilfeleistung an alle Punkte entsandt werden, wo die Möglichkeit der Auslösung von Aktionen besteht.

Die Stoßbrigaden sollen konkrete überprüfbare Aufgaben erhalten und nach Lösung dieser Aufgaben und kameradschaftlicher positiver Kritik ihrer Arbeit zurückgerufen, bzw. an neuen Fronten eingesetzt werden.

Das ist von besonderer Bedeutung bei Streikvorbereitungen in großen Betrieben, Industriegebieten, bei der Organisierung des Kommunisteneinbruchs in Stahlhelm- und Nazihochburgen, bei der Bearbeitung von Betrieben und Stempelstellen, wo wir und die RGO schwach sind oder überhaupt keinen Einfluß haben, bei der Werbung für die Presse und den Literaturvertrieb, bei Solidaritätsaktionen für Streikende oder Erwerbslose, bei der Schaffung von antifaschistischen Betriebs- und Häuserblockstaffeln gegen den Mordterror der SA usw.

Verstärkt die Einheitsfront.

Die Konzentration der Kräfte auf die entscheidenden Großbetriebe, vor allem auf die Kriegsbetriebe ist notwendig. Für die Großbetriebe im Bezirk müssen die führenden Genossen der BL und UBL verantwortlich sein. Für alle wichtigen Betriebe müssen Instrukteure eingesetzt werden. Die Straßenzellen müssen ihre Aufgaben für die Betriebe besser lösen als in der Vergangenheit. Unsere Fraktionen in den Massenorganisationen können große Hilfe leisten, wenn sie den Blick der Massenorganisationen auf die Notwendigkeit der Betriebsarbeit lenken und die vorhandenen Möglichkeiten zur Unterstützung der Partei und der RGO zur besseren Vorbereitung und Auswertung von Betriebsversammlungen, zur Materialverteilung in Betrieben, zur Organisierung des betrieblichen Widerstandes ausnutzen.

Von besonderer Bedeutung ist die betriebliche Bearbeitung von ADGB-Mitgliedern, christlichen Arbeitern und Nazi-Anhängern, die Organisierung von Betriebsberatungen, Einheitsfrontdiskussionen, Stubenversammlungen, Zusammenkünften von Betriebs- und Vertrauensleuten usw.

Das gleiche gilt für die Stempelstellen. Die kommunistischen Fraktionen in den Einheitsausschüssen brauchen Instrukteure. Wo keine Einheitsfrontausschüsse vorhanden sind, müssen sie auf der Linie der Einheitsfrontaktion geschaffen werden. Die Straßenzellen tragen hier eine große Verantwortung für die Unterstützung der Stempelstellenarbeit, der Organisierung der Erwerbslosenversammlungen, der Bearbeitung der nichtkommunistischen Erwerbslosen, der Herausgabe von Stempelstellenzeitungen und der Bildung von Stoßbrigaden, die die tägliche Bearbeitung der Stempelstellen sichern.

Lernt aus dem Hamburger Verkehrsarbeiter-Streik.[7]

---

7 Zum Streik bei der Hamburger Hochbahn-AG vom 1.–4. Oktober 1932 vgl. Dok. 75, Anm. 5.

Für die Verstärkung unserer Betriebsarbeit und der Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front ist die breiteste Auswertung der Lehren der Hamburger Verkehrsstreiks von größter Bedeutung. Wir machen auf folgende Punkte aufmerksam:

Der Verkehrsarbeiterstreik in Hamburg – ein Signal für alle Arbeiter Deutschlands! Die Streikwelle auf eine neuere höhere Stufe des Massenstreiks gehoben, der rund 10 000 Arbeiter erfaßte.

Die wichtigste Lehre: So wie SPD- und ADGB-Bürokratie am 20. Juli in Preußen vor der faschistischen Reaktion kapitulierten, so liefern sie in jedem Betriebe die Arbeiter den Unternehmern aus und sichern die Durchführung der Notverordnung.

Sozialdemokratische, freigewerkschaftliche Arbeiter kämpfen in der Einheitsfront gegen die sozialdemokratische Leitung eines halböffentlichen Betriebes. In den Verkehrsunternehmungen Hamburgs besitzt der Koalitionssenat 51% der Aktien, die SPD hat mit 7 Mitgliedern im Aufsichtsrat den entscheidenden Einfluß.

Streik brach aus gegen erbitterten Widerstand der Bürokratie, die sich an die Spitze stellte, um [den] Masseneinfluß nicht zu verlieren. Hamburg wurde zu einem Schulbeispiel für reformistischen Verrat und bewußte Niederlagentaktik der Gewerkschaftsbürokratie.

Der Koalitionssenat und der sozialdemokratische Aufsichtsrat mobilisierten alle Machtmittel zur Niederknüppelung des Streiks. Der sozialdemokratische Polizeipräsident *Schönfelder* machte die technische Nothilfe mobil und setzte die ganze Polizei zum Schutze der Streikbrecherrundfahrautos ein.

Die Regierung mußte den Schlichtungsapparat in Bewegung setzen, um den Lohnabbau-Schiedsspruch verbindlich [zu] erklären, um den SPD- und Gewerkschaftsführern direkte Hilfe zu leisten und sie zu entlasten.

Die Gewerkschaftsbürokratie gemeinsam mit der Nazi-Streikleitung organisierte sofort nach [der] Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches den Streikbruch und setzte Reichsbanner-Rollkommandos gegen RGO-Flugblattverteiler ein, die für Weiterführung von Streiks eintraten. Streikversammlungen der RGO wurden von der Bürokratie der Polizei denunziert und die SPD-Polizei schlug die Versammlungen auseinander.

Die Spaltungstaktik der SPD-Bürokratie trat klar in Erscheinung: Unerhörte Hetze gegen die RGO, den sogenannten „kommunistischen Terror", Ausschaltung der Unorganisierten von der Abstimmung über Streik, Ausschaltung der RGO und der Unorganisierten aus den Streikleitungen.

Nazis ähnliche Taktik wie reformistische Bürokratie: Um sich nicht von den Verkehrsarbeitern zu isolieren, Beteiligung am Streik, Hetze gegen RGO. Bei Bekanntwerden der Verbindlichkeitserklärung des Lohnabbaus sofortige Losung des Streikbruchs und Organisierung von Streikbrecherkolonnen.

Wichtigste Lehre für uns: Innergewerkschaftliche Arbeit verstärken, Oppositionsbewegungen in den Gewerkschaften ausbauen, Einheitsfrontarbeit in den Betrieben gewaltig verstärken, Streikleitungen der Belegschaften auf der Grundlage der Einheitsfront und proletarischen Demokratie rascher und entschlossener schaffen. Manöver der Bürokratie, Zusammenspiel mit Polizei, Arbeitsteilung mit *Papen*-Regierung und Schlichter rascher und gründlicher entlarven und durch Massendruck

von unten reformistische Niederlagentaktik unwirksam machen und Einheitsfrontaktionen auf breitester Grundlage sichern.

Kommunistische Fraktionen in allen Gewerkschaften.

Die nächsten Wochen der gesteigerten Massen- und Kampf-Mobilisierung, die Unternehmeroffensive und das Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie, ermöglichen uns eine entschiedene Verbesserung unserer Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front. Von größter Bedeutung ist deshalb die Registrierung aller gewerkschaftlich organisierten Kommunisten (RGO, Rote Verbände, ADGB, christlichen Gewerkschaften und anderen nichtkommunistischen Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Organisationen).

Die planmäßige Zusammenfassung unserer Fraktionen, vor allem in Gewerkschaftsversammlungen und Konferenzen, die Entfaltung einer aktiven Massenarbeit unserer Fraktion für die Einheitsfrontaktion ist von größter Bedeutung sowohl für die Auslösung von Streiks und Erwerbslosenkämpfen, als auch für die Verteidigung der Sowjetunion und das Ergebnis der Reichstagswahlen.

Im Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse und gegen den sozialfaschistischen Masseneinfluß sind unsere Genossen in den Kartellen und Zahlstellenleitungen, in den Leitungen der Roten Verbände und der RGO, sind unsere roten Betriebsräte wichtige Faktoren zur Verbesserung der innergewerkschaftlichen Arbeit.

Agitation und Propaganda.

„Wir können die Wahlkampagne benutzen, um in den Massen Kampfentschlossenheit und Streikwillen zu erzeugen . . . Diese Frage, in den Massen eine solche Kampf- und Streikbereitschaft zu erzeugen, ist das wichtigste für unsere Agitation und Propaganda."

Diese Ausführungen des Genossen *Thälmann* auf dem Februar-Plenum des ZK[8] gelten erst recht für die jetzige Agitproparbeit.

Vor dem ganzen Agitpropapparat steht eine geschlossene Wendung zur größtmöglichen Hilfeleistung für unsere Betriebszellen, [für] die Kommunisten an der Stempelstelle, die Gewerkschaftsfraktionen und für alle Parteigenossen, die in den Massen den Kampf gegen Unternehmeroffensive, Faschismus und Kriegsgefahr organisieren und führen.

Kein Betrieb ohne Betriebszeitung! In den Großbetrieben zwei Betriebszeitungen bis zum 6. November. Selbsthergestellte Zeitungen für die Stempelstellen, Orts- und Dorfzeitungen. Anschaffung von Vervielfältigungsapparaten, die trotz Presseverbot und Unterdrückung der Versammlungsfreiheit unsere Massenarbeit sichern. Systematischer Ausbau des Literaturvertriebes.

Herausgabe von kurzen Agitmaterialien für Einheitsfrontdiskussionen in den Betrieben und Stempelstellen, in den Gewerkschaftsversammlungen, [in] den Versammlungen der Gegner, für die Diskussion in der Eisenbahn, auf den Marktplätzen und in den Kaufhäusern.

Sofortige Beantwortung aller Vorstöße, Verleumdungen und politischen Manövern des Gegners. Nichts durchgehen lassen. Die gegnerische Offensive nicht zur

8 Vgl. E. Thälmann, Der revolutionäre Ausweg und die KPD. Rede auf der Plenartagung des ZK der KPD am 19. Februar 1932 in Berlin. Berlin 1932.

Entwicklung kommen lassen, sofort mit Betriebstelegramm, Laufzetteln, Handzetteln, kleinen Plakaten, Wandzeitungen, Transparenten und Kreide antworten und zum Gegenangriff übergehen.

Bei verstärktem Polizeiterror gegen unsere Versammlungen ist besonders wichtig, zu allen gegnerischen Versammlungen Korreferenten und Diskussionsredner hinzusenden, unser Material zu verteilen, unsere Literatur [zu] verbreiten. Wo wir nicht zu Wort kommen, gut ausgewählte Fragen durch Handzettel an die Referenten richten. Nach Schluß der Versammlung Diskussionsgruppen bilden, unsere Fragen beantworten. Auf Verleumdungen und Angriffe des Referenten sofort reagieren, die Versammlungsteilnehmer in der gegnerischen schon zu unserer nächsten Versammlung einladen und mit den Verleumdungen abrechnen.

Wir müssen das Straßenbild beherrschen.

Von größter Bedeutung ist das Durchsetzen unserer Losungen in der Öffentlichkeit. Die Parteileitungen müssen mit größter Sorgfalt, nötigenfalls unter Einsatz von Stoßbrigaden und Agitpropbrigaden dafür sorgen, daß die Beflaggung der Arbeiterviertel in imposanter Weise durchgeführt wird, daß der siegreiche Vormarsch des Kommunismus und die Entfaltung der Einheitsfrontaktion mit der wachsenden Zahl roter Fahnen, Transparenten mit unseren Losungen, Leuchttransparenten, kühnen neuartigen, den Gegner überraschenden Agitpropmethoden Ausdruck finden. Die Parteileitungen können den Betriebs- und Straßenzellen in der Beschaffung billiger Fahnenstoffe, der Herstellung und Anbringung von Transparenten, insbesondere der Ausgestaltung aller Zufahrtsstraßen zu den Betrieben große Hilfe leisten.

Die Möglichkeiten der Ausnutzung von Kino, Radio, Verkehrsmitteln und Verkehrsknotenpunkten müssen systematisch organisiert werden.

Ebenso wie die Bezirksleitungen sich nicht auf die zentralen Plakate und Flugblätter beschränken sollen, sondern selbst bezirklich größte Initiative in der Herausgabe von Materialien bei Anknüpfung an konkrete bezirkliche Fragen entfalten müssen, ebenso ist es notwendig, unsere Zellen und darüber hinaus nicht nur die Mitglieder unserer Massenorganisationen, sondern die breiten Massen unserer nicht organisierten Wähler und Sympathisierenden zur eigenen Initiative, zur Herausgabe eines eigenen Transparentes oder Schriftplakates, zur Ausschmückung ihrer Häuser und Fenster, zur Entfaltung von Masseninitiative gegen Nazifahnen und Transparente usw., zu erziehen. Wir weisen erneut auf die Bedeutung der Ausgestaltung der Wahlhelferlokale hin, die ein Anziehungspunkt für alle Sympathisierenden sein können, die Materialversorgung aller freiwilligen roten Wahlhelfer sichern müssen, in denen ständig freiwillige Hilfskräfte zum sofortigen Einsatz bei aktuellen Anlässen oder zur Durchführung der im Plan vorgesehenen Betriebs-, Haus-, und Hofagitation anwesend sind.

Notwendige und neue Methoden der Massenarbeit.

Wir müssen lernen, die Richtigkeit der Politik unserer Partei nicht nur „von oben her" zu behaupten und mechanisch festzustellen: „die KPD ist die einzige [Arbeiter] Partei" – diese Feststellung muß von unten her, aus der Arbeiterklasse und der werktätigen Masse kommen. Mit richtigen Methoden ist es möglich, eine wirkliche Vertrauenswelle für unsere Partei zu entfesseln und die Massen nicht nur für die Ziele des Kommunismus, sondern auch für die unmittelbare Verteidigung der Partei

gegen Unterdrückung, Terror und Verbotsmaßnahmen viel stärker zu begeistern, den Opferwillen für die Partei zu stärken, die Sammelkampagne zu steigern und die besten Elemente der Arbeiterklasse für unsere Partei zu gewinnen. Wir nennen einige Beispiele: „Sozialisierungs"-Schwindel vom ADGB und der SPD.[9] Wir werden ihn am besten entlarven, wenn wir große Versammlungen der Staats- und Gemeindebetriebe organisieren, zu denen Korreferenten von der SPD und ADGB eingeladen werden. Können wir nicht in den Preußaggruben, in den staatlichen Hütten, bei den Eisenbahnern und Postlern lebendig die Frage stellen: Wo ist hier Sozialismus – wird in den Staatsbetrieben kein Profit geschunden, der als Subvention an Industrie- und Großagrarier geht – werden hier nicht Lohnabbau, Massenentlassungen, Rationalisierung, Maßregelung revolutionärer Arbeiter rücksichtslos durchgeführt – sind Reichsbankpräsident, Generaldirektor der Eisenbahn, staatliche Grubendirektoren und Postminister etwa „sozialistische Funktionäre" in einem „sozialistischen Betrieb?" Die Massen dieser Betriebe werden aus ihrer eigenen Erfahrung klarstellen, daß Verstaatlichung in der faschistischen Republik mit Sozialisierung nichts zu tun hat.

Die Opfer des kapitalistischen Staates sollen sprechen! Ist es nicht zweckmäßig, die Hinterbliebenen der Opfer der Grubenkatastrophen zusammenzurufen, damit sie selbst eine Entschließung mit den Tatsachen ihres Lebens ausarbeiten und namentlich unterzeichnen! Ebenso zweckmäßig ist [es] auch in den agrarischen Bezirken zwangsversteigerte, durch Steuern, Pachtzinsen, Wucherkredite und an das Kalisyndikat verschuldete und zugrundegerichtete Bauern zusammenzuholen, damit sie in einem Aufruf an alle Werktätigen ihre Not schildern und zeigen, wie nur die Kommunisten zu ihnen stehen.

Können wir nicht in gleicher Weise zugrundegerichtete Kleingewerbetreibende, entlassene Staats- und Gemeindearbeiter, hinausrationalisierte Bank- und Versicherungsangestellte, gemaßregelte Lehrer für den Kampf der Liste 3 mobilisieren?

Kampf gegen Sondergerichte und Klassenjustiz. Viel stärker als Leitartikel wirken Entschließungen und Proklamationen der Angehörigen der von den Sondergerichten verurteilten Antifaschisten und Reichsbannerarbeiter. Fast in allen Bezirken wird es möglich sein, den Kampf gegen die Sondergerichte nicht nur als kommunistische Partei, sondern als Einheitsfrontaktion mit sozialdemokratischen Arbeitern zu führen und für den Kampf gegen Faschismus und Naziterror nicht nur SPD und Zentrumsarbeiter, sondern auch Intellektuelle zu mobilisieren.

Alle bisher genannten Möglichkeiten haben eine besondere Bedeutung dort, wo die Nazis in der Regierung sitzen, wo Nazi-Gerichtsvollzieher und Nazi-Finanzbeamte tätig sind.

Verteidigung der Sowjetunion.

Wir weisen hier auf die vielen Betriebe hin, die überhaupt nur noch durch Rußlandaufträge in Gang bleiben oder hauptsächlich von Sowjetaufträgen existieren. Wir erinnern auch an eine Reihe von Betrieben, die geschlossen wurden, weil Regierung und Reichsbank sich weigerten, für russische Aufträge Kreditgarantie zu geben, obgleich die Sowjetunion in der ganzen kapitalistischen Welt als der solideste und pünktlichste Einlöser der Verträge bekannt ist. Alle Parteileitungen sollten

9 Vgl. dazu Dok. 73, Anm. 13.

erkennen, wie wichtig gerade Beschlüsse dieser Belegschaften für die Verteidigung der Sowjetunion sind. Hier geben die Tatsachen der russischen Aufträge den Beweis, daß der Sozialismus nicht nur in der Sowjetunion keine Arbeitslosigkeit kennt, sondern darüber hinaus Arbeit und Brot für Hunderttausende von Arbeitern in den kapitalistischen Ländern schaffte.

So wichtig für alle Bezirke die Organisierung großer allgemeiner Oktoberfeiern zum 15. Jahrestag der russischen Revolution sind, so notwendig ist die gleichzeitige Organisierung von Hunderten von Betriebsfeiern des roten Oktobers.[10] Die Bezirksleitungen müssen unbedingt Sorge tragen, daß für die großen Metall- und Hafenbetriebe, Staats- und Gemeindebetriebe, besondere Betriebsfeiern organisiert werden, auf denen der Krisenentwicklung des deutschen kapitalistischen Betriebes (Lohnabbau, Entlassung, Produktionsrückgang, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen) die Tatsachen aus einem entsprechenden russischen Großbetrieb (Steigerung des Lohnes, Wachstum der Belegschaft und der Produktion, Ausbau der sozialen Errungenschaften usw.) gegenübergestellt werden, um daran den Unterschied der zwei Systeme klar und verständlich für die Belegschaften aufzuzeigen.

Wir beschränken uns auf diese Anregungen und weisen zum Schluß noch auf die dringende Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Teilaufgaben zu einer großen Einheitsfrontaktionskampagne mit konzentrierter Stoßrichtung hin. Unsere Presse hat in der Behandlung der betrieblichen, gewerkschaftlichen und Streikfragen eine gewisse erfolgreiche Wendung durchgeführt. Aber unsere Redaktionen verstehen sehr schlecht, die Streikmobilisierung mit der Verteidigung der Sowjetunion und der Wahl der Liste 3 zu einer einheitlichen Kampagne zu verbinden. In Streikversammlungen und Belegschaftsversammlungen ist oftmals die Verteidigung der Sowjetunion ebenso ungenügend, wie die Hervorhebung der Tatsache, daß die kommunistische Partei die einzige antikapitalistische und antifaschistische Partei ist.

Sammelkampagne.

Die Sammlung für den Wahlfond und den antifaschistischen Kampffond muß in der ganzen Öffentlichkeit bedeutend verstärkt werden. Wenn wir verstehen, unsere Methoden der Massenarbeit und der Steigerung des Vertrauens der Massen zur Partei wirklich zu verbessern, dann werden alle Sammelergebnisse trotz Lohnabbau, Massenarbeitslosigkeit und wachsender Krise viel bessere Resultate erzielen, als es bisher der Fall war. Wir weisen hier noch einmal auf das Rundschreiben der Abteilung Kasse hin, das eine Reihe von Vorschlägen und Methoden für die Verbesserung der Sammlung enthält.[11]

Massenorganisationen in der Kampagne.

Die kommunistischen Fraktionen in allen Massenorganisationen müssen sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, daß jede Massenorganisation auf ihrem besonderen Gebiet die Einheitsfrontaktion, den Massenwiderstand gegen Unternehmeroffensive und *Papen*diktatur, die Entfaltung von Massenaktionen und die systematische Bekämpfung der gegnerischen entsprechenden Organisationen durchführt und konkretisiert. In erster Linie müssen wir der RGO helfen bei der Entfesselung von Streiks, der Mobilmachung der Erwerbslosen, bei dem Kampf gegen die Streikbruch-

10 Diese „Oktoberfeiern" fanden alljährlich am 7. November, dem Jahrestag der Oktoberrevolution statt.

11 Liegt nicht vor.

taktik, gegen die Spaltungsmaßnahmen der Gewerkschaftsbürokratie, für die proletarische Demokratie, für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen, für die Einheitsfront aller Arbeiter zum Kampf gegen das kapitalistische Regime.

Da die *Papen*-Notverordnung die Rechte der Erwerblosen, der Kriegsopfer, der Sozialrentner, der Witwen und Waisen bedroht, das Hausbesitzkapital, die Großagrarier direkt stärkt und unterstützt, steht vor den Kommunisten in der IAH, des Internationalen Bundes, der Mietervereine, der Bauernorganisationen und anderen nichtkommunistischen Vereinigungen die große Notwendigkeit, die Generallinie der Partei auf dem besonderen Gebiet zu konkretisieren.

Ganz besonders weisen wir auf die zielbewußten Angriffe der faschistischen Redaktionen gegen die revolutionären Sportorganisationen hin. Diese Angriffe gehen Hand in Hand mit der Militarisierung und Faschisierung des bürgerlichen Sportes und der sozialfaschistischen Sportbürokratie.

Eine besondere Schwäche zeigt sich in unserer kulturpolitischen Arbeit, wo wir noch nicht verstehen, eine wirkliche Massenmobilisierung gegen das Verbot des proletarischen Freidenkerverbandes,[12] gegen die Rundfunkreaktion, die chauvinistische Hetze der *Hugenberg*-Filme, den Terror gegen die Agitproptruppen, die Unterdrükkung der revolutionären Literatur und den Zwickelerlaß von *Bracht*[13] durchzuführen und die revolutionären kulturpolitischen Organisationen in ihrem schweren Kampf zu unterstützen.

K a m p f e n t s c h l o s s e n v o r w ä r t s !

Unsere Anregungen sollen zur Überwindung der schwächsten Punkte Anleitung und Hilfe sein. Wir weisen zum Schluß auf die Notwendigkeit hin, immer die Entwicklung zu verfolgen, den Veränderungen in der Lage Rechnung zu tragen, Tempoverlust zu vermeiden.

Als Beispiel erinnern wir die Genossen an die richtige Einschätzung der Rolle *Hugenbergs* durch unser ZK. Die Tatsache, daß die Deutschnationalen jetzt mit „Arbeitsbeschaffung", „Mittelstandsrettung", und Bauernhilfe eine größere Aktivität entfalten und einen Teil der Nazistimmen zurückzugewinnen suchen, muß auch unsere Partei veranlassen, im Kampfe gegen die faschistischen Fraktionen der Bourgeoisie den Deutschnationalen mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Das Zentrum führte die letzte Wahlkampagne vor dem 31. Juli unter dem . . .[14] Schuld als „antifaschistische Partei". Inzwischen hat *Brüning* die Koalitionsgemeinschaft mit den Nazis proklamiert und wollte für *Papen* die notwendige parlamentarische Regierungsgrundlage schaffen.[15] Die Sozialdemokratie, die eine Scheinopposition gegen den faschistischen Staatsstreich vom 20. Juli in Preußen führte, wurde entlarvt durch das Eingeständnis *Severings* (siehe Interview der *Vossischen Zeitung* vom 10. 10. 32)[16], der mit *Gayl* darüber verhandelte, daß bei der Einsetzung eines

12 Zum Verbot des Verbandes proletarischer Freidenker vgl. Dok. 61.

13 Vgl. Dok. 75, Anm. 7.

14 Lücke in der Vorlage.

15 Gemeint sind damit die Verhandlungen zwischen dem Zentrum und der NSDAP über die Möglichkeit einer gemeinsamen Regierungsbeteiligung im Reich und in Preußen. Vgl. dazu Dok. 70, Anm. 2.

16 In der *Vossischen Zeitung* Nr. 487 vom 11. Oktober 1932 (nicht 10. Oktober!) war eine Erklärung *Severings* abgedruckt, in der es im Gegensatz zur KPD-Darstellung hieß: „Ich habe niemals Herrn *von*

preußischen Staatskommissares wenigstens die gesetzlichen Formalitäten innegehalten werden. Sie wurde entlarvt durch den Brief *Brauns* an *Bracht*, mit dem Eingeständnis einer 10jährigen brutalen Unterstützung aller Reichsregierungen, „gleichgültig welcher Zusammensetzung", durch die sozialdemokratische Preußenregierung.

Die Nazis, die auszogen, um das „Parlament auseinanderzujagen" und die „Verfassung in Fetzen zu zerreißen" klagen vor dem Staatsgerichtshof als Nachtwächter der Republik und der Weimarer Verfassung.

Auf all diese Fragen müssen wir sofort reagieren, sofort zuschlagen, nicht mechanisch alte Losungen und Agitationsmaterialien weiter benutzen. Wir müssen doch sehen, daß der Gegner demagogisch seine Argumente ändert, daß uns schwerwiegende neue Tatsachen bessere Angriffsmöglichkeiten bieten, daß in den Massen bessere Voraussetzungen für das Verständnis der Richtigkeit unserer Politik und der Hebung des Massenkampfes auf eine höhere Stufe gewachsen sind.

Wenn unsere Parteileitungen verstehen, die Generallinie unserer Partei im bolschewistischen Zweifrontenkampf gegen alle rechtsopportunistischen und linkssektiererischen Abweichungen zu sichern, wenn die ganze Partei versteht, unsere Beschlüsse in der Arbeiterklasse und in allen werktätigen Schichten zu popularisieren und mit den Massen zusammen in die Wirklichkeit umzusetzen, wenn wir aus Fehlern und Schwächen lernen und die Partei zur wirklich bolschewistischen schöpferischen Selbstkritik erziehen, dann marschieren wir vorwärts und wir werden in neuen Massenkämpfen die Mehrheit der Arbeiterklasse erobern, als Voraussetzung des siegreichen Kampfes um die Diktatur des Proletariats.

Mit kommunistischem Gruß
ZK Sekretariat

Gayl zu der Einsetzung eines Reichskommissars ermuntert. Ich habe ihm in einem Gespräch lediglich gesagt, daß ich mir sehr wohl denken könne, daß nach den Reichstagswahlen (die Ende Juli stattfanden), die Zeit reif sein werde, um jenen Plan der Verwirklichung näherzubringen, der im Sommer 1931 zwischen Ministerpräsident *Braun* und Reichskanzler *Brüning* erörtert worden ist: in einer Personalunion zwischen Reich und Preußen eine Zusammenlegung der Ministerien herbeizuführen! Ich habe aber andererseits im Gegenteil dringend gebeten, nicht ohne gesetzliche Grundlage einen Reichskommissar einzusetzen.

Ich habe späterhin auch eine öffentliche Erklärung über mein Gespräch mit Herrn *von Gayl* veröffentlicht, als Gerüchte im Gange waren, daß das Reichsinnenministerium die preußische Polizei auf das Reich übernehmen wolle. Ich habe Herrn *von Gayl* gefragt, ob er die Quelle dieser Gerüchte kennt. Herr *von Gayl* hat damals verneint und dabei sich noch auf meine Erklärung berufen, daß die preußische Polizei fest in der Hand der Regierung sei. Ein anderes Gespräch über die Einsetzung des Reichskommissars habe ich mit Herrn *von Gayl* nicht gehabt."

77.

27. 10. 1932: Anweisungen des Sekretariats zur Vorbereitung der Bezirksparteitage

BA R 45/IV-20, 104–106; Hektographiertes Rundschreiben. BA R 134, Bd. 67, S. 117–126 und StA Bremen, 4,65-II A 12b, Bd. 16b; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/24. 11. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 23. Anweisungen: An alle Bezirksleitungen."

Inhaltsverzeichnis:
Vorbereitung und Durchführung der Bezirksparteitage.

Werte Genossen!

Die bevorstehenden politischen Bezirksparteitage[1] sind angesichts der Gesamtsituation und der großen Bedeutung der Beratungen und der Beschlüsse des XII. EKKI-Plenums und unserer Reichsparteikonferenz,[2] die in Verbindung mit den konkreten bezirklichen Kampfaufgaben und Erfahrungen im Mittelpunkt der Beratungen der Bezirksparteitage stehen, von der größten Wichtigkeit für die weitere Bolschewisierung und Arbeit unserer Partei.

Entsprechend dieser großen politischen Bedeutung muß die Vorbereitung, Zusammensetzung und Durchführung der Bezirksparteitage sein:

a) Die Wahl der Delegierten zu den Bezirksparteitagen darf nur nach gründlichem Bericht und Diskussion über die Beschlüsse des XII. Plenums und der Reichsparteikonferenz in den Zellen, in den Stadtteil- und Unterbezirkskonferenzen erfolgen, die in allen Bezirken vor dem Bezirksparteitag stattzufinden haben.

Es genügt nicht, Zustimmung zu den Beschlüssen des XII. Plenums anzunehmen, sondern es sollen für jede Zelle, jede Ortsgruppe, jede Fraktion, jeden Stadtteil und jeden Unterbezirk in den Beschlüssen die Erfahrungen der Parteiarbeit und die nächsten Aufgaben festgelegt werden. In der Vorbereitung der Unterbezirkskonferenzen und auch der Bezirksparteitage ist in den Funktionärorganen und auch teilweise in der Tagespresse die Erfahrung der Streikbewegungen, der Erwerbslosenkämpfe, der Mieterbewegung und anderer Massenkämpfe der Arbeiter auszuwerten und die Erfahrungen selbstkritisch durchzuarbeiten. Dabei gilt es, die Massen der Funktionäre und Mitglieder zur Mitarbeit heranzuziehen.

b) Um eine wirklich breite Anteilnahme der Gesamtmitgliedschaft an den Bezirksparteitagen und den dort gepflogenen Diskussionen und gefaßten Beschlüssen zu

1 Zur Vorbereitung und mehrmaligen Verschiebung der für 1931 anstehenden Bezirksparteitage der KPD vgl. die Dok. 37, 39, 55, 58 und 60. Zur Durchführung und Auswertung der Bezirksparteitage vgl. Dok. 80.

2 Zum XII. Plenum des EKKI vgl. Dok. 75, Anm. 3. Die dritte Reichsparteikonferenz der KPD, die vom 15.–18. Oktober 1932 in Berlin tagte, befaßte sich neben den inneren Auseinandersetzungen in der Partei um die Entmachtung Heinz *Neumanns* (vgl. die Einleitung) und der Vorbereitung der Wahlen vor allem mit den Beschlüssen des XII. EKKI-Plenums und ihre Bedeutung für die Partei. Vgl. Ernst Thälmann, Im Kampf gegen die faschistische Diktatur. Rede und Schlußwort des Genossen Ernst Thälmann auf der Parteikonferenz der KPD. Die politische Resolution der Parteikonferenz Oktober 1932. Hrsg. von der KPD. Berlin o.J. (1932).

gewährleisten, wird der Delegationsmodus für die Stadtteil- bzw. Unterbezirkskonferenzen wie folgt festgelegt:

c) Stadtteile und Unterbezirke mit einer abrechnenden Mitgliederzahl bis zu 3000 wählen auf je 5 Parteimitglieder. Stadtteile und Unterbezirke mit über 3000 abrechnenden Mitgliedern auf je 8 Parteimitglieder einen Delegierten.

Die Delegierten zu den Stadtteil- bzw. Unterbezirkskonferenzen werden in den Zellenversammlungen nach Abschluß der Stellungnahme und im Anschluß an die Abstimmung über die Beschlüsse des XII. EKKI-Plenums und der Reichsparteikonferenz gewählt.

Dabei ist streng darauf zu achten, daß bei den Delegationen der Betriebszellen jede Abteilung bzw. die Hauptabteilungen des Betriebes und bei den Delegationen aus dem Wohngebiet (Straßenzelle) jede Stempelstelle berücksichtigt wird und insbesondere die Genossen und Genossinnen delegiert werden, die sich besonders in den Kämpfen der Arbeiterklasse (Streikkämpfe im Betrieb, Erwerbslosen-Kämpfe, Mieter-Kämpfe usw.) als aktive Kämpfer hervorgetan haben. Ein Drittel bis ein Viertel der gewählten Delegierten (je nach der Zusammensetzung der Betriebe) sollen Genossinnen, ein Fünftel jugendliche Parteimitglieder sein.

d) Gleichzeitig mit der Wahl der Delegierten zu den Stadtteil- und Unterbezirkskonferenzen in den Zellen erfolgt die Neuwahl der Zellenleitung nach den organisatorischen Richtlinien des ZK. (Anleitung und Durchführung einer ganzen Reihe von organisatorischen Maßnahmen des Parteiaufbaues.)[3]

e) In den Stadtteil- und Unterbezirkskonferenzen werden nach erfolgter Abstimmung über die von der Bezirksleitung vorgelegten Entschließungen die Stadtteil- bzw. die Unterbezirksleitungen (entsprechend den gleichen Richtlinien) und die Delegierten zu den Bezirksparteitagen gewählt.

Der Delegationsmodus ist unter Zugrundelegung der Durchschnittszahl der abgerechneten[4] Mitglieder für die Monate Juli/August/September ungefähr nachfolgender:

1. Bezirke bis zu 5000 Mitglieder wählen auf 10 Mitglieder einen Delegierten.
2. Bezirke von 5000–7000 Mitglieder wählen auf je 15 Mitglieder einen Delegierten.
3. Bezirke von 7500–10 000 Mitglieder wählen auf je 20 Mitglieder einen Delegierten.
4. Bezirke von 10 000–15 000 Mitglieder wählen auf je 25 Mitglieder einen Delegierten.
5. Bezirke von 15 000–20 000 Mitglieder wählen auf je 30 Mitglieder einen Delegierten.
6. Bezirke von 20 000–25 000 Mitglieder wählen auf je 40 Mitglieder einen Delegierten.
7. Bezirke mit über 25 000 Mitgliedern wählen auf je 50 Mitglieder einen Delegierten. (Wünsche auf anderweitige Regelung müssen mit dem ZK vereinbart werden).

---

3 Vgl. dazu Dok. 81 vom 5. 12. 1932. Anweisung der Org-Abteilung des ZK zur Durchführung einer Reihe von organisatorischen Maßnahmen des Parteiaufbaus.

4 In der Vorlage: abgeordneten.

f) In den Delegationen zu den Bezirksparteitagen müssen vertreten sein alle Betriebszellen – aus den Großbetrieben die Abteilungszellen – aus dem städtischen Wohngebiet alle Erwerbslosen-Stempelstellen und Einheitsausschüsse und möglichst die wichtigsten Leiter der Fraktionsarbeit in den gegnerischen Gewerkschaften (insbesondere solche Genossen, die sich in den Wirtschaftskämpfen bewährt haben), sowie aus den ländlichen Ortsgruppen – die unbedingt vertreten sein müssen – in erster Reihe die Vertreter der Gutszellen und solche Genossen, die in bäuerlichen Bewegungen und Kämpfen besonders hervorgetreten sind.

g) Außer den gewählten Delegierten sollen im Kampf erprobte Arbeiter, insbesondere sympathisierende Sozialdemokraten und parteilose Arbeiter, aber auch oppositionelle proletarische Nazianhänger am besten als Betriebs-, Gewerkschafts-, Organisations-, Erwerbslosen-, Jugend-, Frauen-, Beamten-, Angestellten-, Bauern-, Kleingewerbetreibenden-Delegationen, [als] Gastdelegierte teilnehmen.

Dabei ist zu beachten, daß Gäste nur an öffentlichen Sitzungen der Parteitage teilnehmen können.

h) Die Berichterstattung über die Beschlüsse des EKKI-Plenums und der Reichsparteikonferenz sowie die Diskussion und die Abstimmung der Entschließungen (über diesen Gegenstand der Beratungen) erfolgt in öffentlicher Sitzung, die Beratung spezieller Fragen (Betriebs-, Gewerkschafts-, Erwerbslosen-, Frauen-, Jugend-, SPD-, Nazi-Arbeit, Fragen der Organisation und Agitproparbeit) in besonderen Kommissionen, die am Sonnabend-Abend und am Sonntagfrüh tagen, in geschlossenen Sitzungen. Diese Kommissionen sind sorgfältig aus den Delegierten zusammenzusetzen und außerordentlich gewissenhaft, politisch und organisatorisch vorzubereiten. Den Kommissionen sind auch die einschlägigen Anträge,[5] die von Zellen-, Stadtteilen-, Ortsgruppen, oder Stadtteil- und Unterbezirkskonferenzen an den Bezirksparteitag gestellt wurden, zur Beratung zu überweisen. Die Bezirksleitungen sollen die unteren Organisationseinheiten anweisen, daß sie möglichst diese Anträge bis 8 Tage vor Stattfinden des Bezirksparteitages an die Bezirksleiter einsenden, damit diese schon vorbereitend dazu Stellung nehmen können.

i) Die Wahl der Bezirksleitungen erfolgt im Anschluß an die öffentliche Plenartagung des Bezirksparteitages in geschlossener Sitzung, an der nur die gewählten Delegierten teilnehmen. In dieser Sitzung wird gewählt lediglich die Gesamtleitung in Stärke von 17–25 Genossen und Genossinnen. Die für die Bezirksleitung vorgesehenen Genossen und Genossinnen müssen auf das sorgfältigste ausgewählt werden, da die Zusammensetzung der Gesamtbezirksleitung von entscheidender Bedeutung für die Führung der Partei im Bezirk auch unter den schwierigsten Verhältnissen ist. Grundlegend ist, daß in die Gesamtbezirksleitung nur die besten, parteiergebensten und in den Kämpfen der Arbeiter erprobtesten Parteiarbeiter gewählt werden. Besonders sind dabei die wichtigsten Großbetriebe zu beachten, die unbedingt in der Bezirksleitung vertreten sein müssen. Ein Viertel bis ein Drittel der Gesamtmitglieder müssen Genossinnen sein, ein Sechstel bis ein Fünftel jugendliche Parteimitglieder sein.

Im Rahmen der Gesamtbezirksleitung müssen mitgewählt werden die Genossen, die im Einverständnis mit dem ZK nach dem Bezirksparteitag als Bezirkssekretäre (3

5 In der Vorlage: Anschläge.

Genossen) verantwortlich arbeiten sollen. Die Sekretäre selbst, sowie die engere Bezirksleitung werden nicht gewählt vom Bezirksparteitag, sondern in einer Sitzung der Gesamt-Bezirksleitung, die sofort im Anschluß an den Bezirksparteitag stattfinden soll. Als Sekretäre sind zu wählen: Der Polleiter, sein Stellvertreter (Organisationsleiter) und der Agitprop-Leiter.

Die engere Bezirksleitung soll bestehen aus den 3 Sekretären, den besten Betriebsarbeitern und besonders wichtigen Fraktionsleitern, wie z. B. RGO aus der Gesamtbezirksleitung. Diese Betriebsarbeiter sollen möglichst ihren Wohnsitz im Bezirks-Vorort oder in dessen Nähe haben, damit sie jederzeit leicht zu entscheidenden Beratungen und Beschlußfassungen zusammengeholt werden können.

k) Die Bezirkssekretäre sind diesmal verpflichtet, neben der Entschließung, die nach Fertigstellung durch die Bezirksleitung dem ZK zur Kontrolle vorzulegen ist, den gewählten Delegierten des Bezirksparteitages einen präzisen, knappen schriftlichen Bericht vorzulegen.[6]

Mit kommunistischem Gruß!
ZK – Sekretariat

6 Die Bezirksparteitage der KPD fanden entsprechend obigen Anweisungen in den Monaten November und Dezember 1932 statt. Von den Berichten der Bezirksleitungen liegen nur die Tätigkeitsberichte der Bezirksleitung Nordwest und Sachsen vor. Vgl. Tätigkeitsbericht der Bezirksleitung der KPD, Bezirk Nordwest für die Zeit vom 1. Januar 1932 – November 1932. StA Bremen, Bestand 4, 65 IIA12b Bd. 16b; Bericht der Bezirksleitung Sachsen zum Bezirksparteitag am 3./4. Dezember, BA ZSg1-65/27, Bd. 10.

78.

28. 10. 1932: Dringende Anweisungen des Sekretariats zum Wahlkampf

BA R 45/IV-1475, 23; Hektographiertes Rundschreiben. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 24. Anweisungen des Sekretariats des ZK."

Inhaltsverzeichnis:
Dringende Anweisungen:
Alle Bezirksleitungen und Redaktionen!

Werte Genossen!

Die Kampagne zur Reichstagswahl[1] entspricht noch keineswegs den Möglichkeiten, die durch die objektiven Bedingungen gegeben sind. Für die verbleibende Woche sind alle Kräfte der Partei und der sympathisierenden Massen restlos und mit äußerster Anspannung darauf zu konzentrieren, daß der Wahlkampf zur allerstärksten Entfaltung gebracht wird. Die wichtigsten Maßnahmen, die die Bezirksleitungen sofort treffen müssen, sind:

1 Vgl. zur Wahlkampagne für die Reichstagswahlen am 6. November 1932 Dok. 76.

1. Restlose Mobilmachung sämtlicher Mitglieder der Partei, des Kommunistischen Jugendverbandes und der sympathisierenden Massenorganisationen für die Wahlarbeit, unter dem Gesichtspunkt, diese Kampagne als eine Art von Probealarm für die bevorstehenden außerparlamentarischen Kampagnen und Massenaktionen durchzuführen.

Sofortige Durchführung von Kontrollen! – Nachahmenswert ist ein Beispiel des Bezirkes Niederrhein: Allein an einem Tage werden dort mit Autos etc. 200 Ortsgruppen kontrolliert.

2. Sämtliche mobilisierten Parteigenossen und Sympathisierenden müssen konkrete Wahlarbeit erhalten, z. B. Einteilung beim massenmäßigen Sammeln für den Kampffond (in Berlin wurde mit dem von der Polizei genehmigten Büchsensammeln auf der Straße neben dem finanziellen auch ein großer politischer Erfolg erzielt, da wir das Straßenbild beherrschten und auf jeden Nazi-Sammler drei KPD-Sammler kamen). Ferner Einteilung zu Agitationskolonnen für Stempelstellen, Häuserblocks und Betriebe, Klebe- und Malkolonnen.

3. Stärkste Entfaltung der öffentlichen Agitation durch Fahnenschmuck, Ausschmückung der Häuser, Losungen an Mauern, Fabrikschornsteinen, Eisenbahnübergängen usw. Jede Wohnung eines Genossen, Sympathisierenden, Mitglied einer Massenorganisation usw. muß mit Fahnenschmuck und Losungen versehen werden. Die Straßenzellen müssen darüber hinaus von sich aus weitere Wohnungen, Fenster etc. ausfindig machen, um dort von der Zelle aus mit Einverständnis der Wohnungsinhaber Transparente und Fahnen anzubringen.

4. Selbständiges Auftreten der Erwerbslosen auf allen Stempelstellen in der letzten Wahlwoche für die Liste 3 (Sprechchöre, 5-Minuten-Meetings, öffentliches Auftreten, Verbreitung eigener Materialien, um die gesamten Erwerbslosen zur Wahl zu mobilisieren).

5. Es empfiehlt sich für die verschiedenen Berufsgruppen der Arbeiterschaft, (z. B. Bergbau, Metall etc.) besonderes Wahlmaterial je nach der Struktur des Bezirkes herauszugeben.

6. Größtmögliche Steigerung der Versammlungskampagne auch noch für die letzten Tage. Keine gegnerische Versammlung ohne Diskussionsredner oder schriftliches Material von uns.

7. Entschiedene Maßnahmen und Stoßkampagne gegen Wahlenthaltung! „Wer nicht wählt, wählt *Papen*!"

8. Einstellung der gesamten Massen unserer Mitglieder und Sympathisierenden auf die tägliche Kleinagitation von Mund zu Mund, durch die Presse und durch ständige Instruktion der Genossen, durch BL, UBL's, örtliche und Stadtteilleitungen. Jeder Angriff des Gegners muß sofort konkret durch den Einsatz dieser massenmäßigen Kleinagitation mit Hilfe aller Genossen und Sympathisierenden widerlegt und zurückgeschlagen werden. Neben den speziellen, örtlichen, bezirklichen verschiedenartigen Fragen sind vor allem drei Diskussionspunkte zu beachten:

a) Nazis schwätzen vom „Dritten Reich" – also Zukunftsmusik! SPD schwätzt vom „Sozialismus" – also Ablenkung von der Gegenwart! Wir, die einzigen, die für die sozialistische Zukunft kämpfen, sind zugleich die einzige Partei, die den Massen

konkret im Kampf gegen die Tagesnöte zur Seite steht und den Weg zeigt. Wir haben stets gesagt, nur Streik hilft gegen Lohnraub. Jetzt geben die Tatsachen uns Recht!

b) Nazis schwätzen vom „Kampf gegen Versailles". Aber die ganze chauvinistische Welle, das riesige Anwachsen der *Hitler*-Partei, die „nationale" Rechtsregierung haben nur den Lausanner Pakt,[2] d. h. Erneuerung von Versailles gebracht!

Wir führen wirklich die internationale Aktion gegen Versailles. Wir gehen ins Zentrum des Versailler Systems, stoßen unmittelbar gegen den französischen Imperialismus vor, aber zugleich und vor allem gegen die deutschen Unterdrücker und Ausbeuter. So allein kann erfolgreich der Kampf gegen Versailles geführt werden.

c) Stärkstes Gewicht auf unsere deutsch-französische Verbrüderungsaktion legen als glänzendes Beispiel des proletarischen Internationalismus, den nur wir verkörpern![3]

Schmutzige Rolle der SPD-Führer und SPD-Presse, die ausgerechnet in dem Moment, wo durch die gemeinsame Proklamation der deutschen und französischen Kommunisten[4] gegen die imperialistische, nationalistische und militaristische Politik der Bourgeoisie die Massen vor der Gefahr kriegerischer Abenteuer gewarnt und zum Kampf dagegen mobilisiert werden, unsere Aktion beschimpfen und uns als „nationalistisch" verleumden. Diese Hetze, gerade in dem Augenblick, wo die KPD eine erfolgreiche Frontaloffensive gegen Chauvinismus und Militarismus einleitet, ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein Liebesdienst der SPD-Führer für die Nazis und *Papen*, für den deutschen Imperialismus. Das muß in unserer Presse und gesamten Massenagitation viel stärker entlarvt werden.

9. Überall kontrollieren, ob in jedem Betrieb und jeder Stempelstelle, wo wir überhaupt Positionen haben, eigenes Material. – Betriebs- oder Stempelstellenzeitungen – zur Wahl der Liste 3 erschienen ist. Gegebenenfalls im Eiltempo nachholen!

Diese kurzen Anregungen müssen seitens der Bezirks-Sekretariate ausgebaut, bezirklich, örtlich und betrieblich konkretisiert werden. Es muß gelingen, in der letzten Woche vor dem 6. November höchsten Alarm zu schlagen, stärkste Aktivität und systematischen Einsatz aller Kräfte zu erreichen, um einen den objektiven Möglichkeiten entsprechenden Erfolg am 6. November für die KPD zu sichern. Jeder Kommunist und jeder revolutionäre Arbeiter muß wissen, daß ein solcher Erfolg nicht vom Himmel fällt, sondern bolschewistisch erarbeitet werden muß! Alle revolutionären Arbeiter müssen an die Wahlurne am 6. November gebracht werden.

Mit kommunistischem Gruß
ZK – Sekretariat

---

2 Vgl. Dok. 68, Anm. 13.

3 Ende Oktober traten die KPD und die Kommunistische Partei Frankreichs mit einer gemeinsamen Aktion gegen den Vertrag von Versailles an die Öffentlichkeit. *Die Rote Fahne* und die Pariser *Humanité* veröffentlichten am 26. Oktober eine gemeinsame Deklaration der KPD und der KPF, in der die Annullierung des Versailler Vertrages, die Beseitigung aller Kriegsfolgen und der gemeinsame Kampf gegen Imperialismus und Kriegsgefahr gefordert wurden. Die Forderungen dieser Deklaration waren ferner in gleichlautenden Anträgen enthalten, die die beiden Parteien im Reichstag bzw. der französischen Kammer einbrachten und die ebenfalls in den beiden Parteiorganen wiedergegeben wurden. Vgl. *RF* Nr. 195 vom 26. 10. 1932.

4 „Fort mit Versailles! Gemeinsame Proklamation der Kommunisten Deutschlands und Frankreichs für die Null- und Nichtigkeitserklärung des Versailler Vertrages". *RF* Nr. 195 vom 26. 10. 1932.

79.

31. 10. 1932: Rundschreiben des Sekretariats an die Bezirksleitungen und Redaktionen

StA Bremen, 4,65–IV 13 k; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Zentralkomitee-Sekretariat. An alle Bezirksleitungen und Redaktionen!"

Werte Genossen!

Das überraschende Auftreten des Genossen *Thälmann* in einer riesigen Massenversammlung in Paris,[1] seine flammende Kampfesrede gegen die imperialistischen Kriegstreiber, für die Zerschlagung des Versailler Systems und die Verteidigung der Sowjetunion müssen von der ganzen Partei im Laufe der nächsten 24 Stunden zur Entfesselung einer gewaltigen, aufwühlenden Massenkampagne ausgewertet werden, in der wir besonders die ideologische Offensive gegen den Faschismus entfalten.

Auf den letzten zentralen Tagungen mußte Genosse *Thälmann* wiederholt die Vernachlässigung der entscheidenden Dokumente unserer Partei (Freiheitsprogramm, Deklaration des Februar-Plenums)[2] im Kampfe gegen Versailles feststellen. Die ganze Partei wird durch das historische Ereignis, das sich heute in Paris abspielte, zur sofortigen raschen Überwindung des Tempoverlustes befähigt. Die ganze Partei ist imstande, die Kriegs- und Erfüllungspolitik der Sozialdemokratie, die chauvinistische Hetze und nationale Demagogie der Nazis unter das stärkste Feuer zu nehmen, die Rolle des Zentrums und der Deutschnationalen zu entlarven, die Politik der *Papen*-Regierung zu brandmarken.

Wie die UdSSR das einzige Land war, das sich weigerte, die Versailler Sklaven- und Tributpakte mit seiner Unterschrift zu decken und zu rechtfertigen, so war und ist die Kommunistische Internationale die einzige proletarische Weltorganisation, die den Klassenkrieg gegen imperialistische Kriege, Faschismus und Kriegshetze gegen die Sowjetunion führt. In allen kapitalistischen Ländern sind die kommunistischen Parteien die einzigen Parteien, die den erbitterten Klassenkampf gegen imperialistischen Krieg, für die Beseitigung imperialistischer Kriegsgefahr durch Abschaffung des kapitalistischen Systems überhaupt führen.

Bei unserem Freiheitskampf dürfen wir nicht alle gegnerischen Parteien in einen Topf werfen, sondern müssen in der Einheitsfrontaktion und im politischen Kampf bei unserer ganzen Arbeit, Argumentation und gegnerischen Diskussionen unterscheiden zwischen den besonderen Formen, Methoden und Argumenten, die Sozialdemokratie, Nazis, Zentrum und Deutschnationale bzw. Stahlhelm anwenden, um die chauvinistischen Instinkte aufzupeitschen, Kriegsstimmung zu schaffen, Aufrüstung zu begründen, pazifistische oder nationale Demagogie in die Massen hineinzubringen, die Sowjetunion zu verleumden und gegen uns zu hetzen.

---

1 Am 31. Oktober sprach Ernst *Thälmann* ohne vorherige Ankündigung auf einer Kundgebung der Kommunistischen Partei Frankreichs in Paris. Die KPD feierte diesen überraschenden Auftritt des deutschen Parteiführers in Paris als großen Erfolg der proletarischen internationalen Solidarität und der gemeinsamen Aktion der KPD und der KPF gegen Versailles und Imperialismus. Vgl. *RF* Nr. 200 vom 1. 11. 1932. Zur Rede *Thälmanns* auch *Inprekorr* Nr. 92 vom 4. 11. 1932. S. 2941 f.

2 Vgl. Dok. 27, Anm. 5; Dok. 60, Anm. 5.

Alle Bezirksleitungen werden zweckmäßig sofort eine Reihe von Maßnahmen einleiten, zu denen wir folgende Anregungen geben:

1. Das Extrablatt der *Roten Fahne*[3] muß am Dienstag, spätestens Mittwoch in ganz Deutschland verbreitet werden. Am Mittwoch Nachmittag darf sich kein Exemplar mehr in unseren Büros befinden.

2. Die Verteilung ist so zu organisieren, daß an diesen Tagen sämtliche großen Versammlungen der Sozialdemokratie, der Nazis, des Zentrums und der Deutschnationalen mit diesem Extrablatt ausreichend belegt werden.

3. Die Parteipresse muß an beiden Tagen, wo die Meldung des Pressedienstes und dann der Wortlaut der Rede erscheint,[4] sensationell aufgemacht und im größten Ausmaße im Straßenhandel, bei der Haus- und Hofagitation und abends in den gegnerischen Versammlungen vertrieben werden.

4. Die Betriebs-, Häuserblock-, Stempelstellen- und Dorfpresse muß das Auftreten *Thälmanns* und die von ihm gestellten Fragen in der Einheitsfrontaktion umfassend auswerten durch Tatsachenmeldungen, Zitate, Kästen, Hinweise usw.

5. Sämtliche Referenten in sämtlichen Versammlungen sind anzuweisen, die Aktion der internationalen Solidarität mit größtem Elan zu behandeln. In allen Resolutionen von Betriebs-, Gewerkschafts- und öffentlichen Versammlungen müssen Zustimmungserklärungen zu dem Auftreten *Thälmanns* enthalten sein.

6. Sämtliche gegnerischen Versammlungen müssen mit Diskussionsrednern besetzt werden, die die Bedeutung der Pariser Internationalen Aktion auseinandersetzen und Zustimmungsresolutionen zur sozialen und nationalen Befreiungspolitik unserer Partei und dem Auftreten *Thälmanns* einbringen.

7. Die ganze gegnerische Presse, die versucht, das Auftreten *Thälmanns* totzuschweigen, seine Ausführungen zu verdrehen, eine chauvinistische Hetze gegen uns zu betreiben, muß in der stärksten Weise von unserer Presse und in den öffentlichen Versammlungen gestellt, gebrandmarkt und entlarvt werden.

8. Wir erwarten, daß insbesondere die Bezirke Saar, Danzig und Oberschlesien, sowie alle anderen Bezirke, die von Ententetruppen besetzt waren, daß alle Parteibezirke, in denen vor dem Kriege auf sozialdemokratischen Parteitagen oder Gewerkschaftskongressen das Problem des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, die Massenstreikdebatte nach der russischen Revolution von 1905, die Debatten über den Stuttgarter Jugendkongreß 1907[5] usw. stattfanden, eine besondere und eigene bezirkliche Initiative zur Konkretisierung und bezirklichen Vertiefung der Richtlinien ergreifen, die der Genosse *Thälmann* in Paris gab, die eine Fortführung der großen Tradition der Kommunistischen Internationale und ihres Kampfes gegen Versailles, des Spartakusbundes und seines Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, der Aktionen der KPD gegen den imperialistischen Krieg

3 Offensichtlich gab die Redaktion der *Roten Fahne* ein Extrablatt mit der Meldung vom Auftreten *Thälmanns* in Paris heraus. Dieses Extrablatt war nicht zu ermitteln.

4 Die Rede *Thälmanns* in Paris ist abgedruckt in *RF* Nr. 200 vom 1. 11. 1932. Am Tage nach seinem Auftreten in Paris sprach *Thälmann* im Berliner Sportpalast. Die Berliner Rede findet sich in *RF* Nr. 201 vom 2. 11. 1932.

5 Gründungskongreß der Sozialistischen Jugendinternationale vom 24.–26. 8. 1907 in Stuttgart.

und für die Verteidigung der Sowjetunion und eine Ausrichtung des Blickes der Massen auf den revolutionären Ausweg aus der Krise bedeuten.

Wir heben zum Schluß noch mal die gewaltige internationale Bedeutung dieser Kundgebung hervor, verpflichten die Redaktionen und Agitpropleitungen, die Antwort des Führers der Kommunistischen Partei Frankreichs, des Genossen *Thorez*, in der gleichen Weise auszuwerten.[6]

Die letzten Tage vor der Wahl müssen im Zeichen des kämpfenden proletarischen Internationalismus stehen. Unsere Aktion muß mit der Verteidigung der UdSSR, der 15 Jahrfeier der Oktoberrevolution, eng verbunden werden.[7] Unser internationaler Kampf muß über den 6. November hinaus gesteigert werden und so zu einem gewaltigen Schlag gegen die Faschisten und Kriegstreiber und Feinde der Sowjetunion in Deutschland werden.

Mit kommunistischem Gruß
ZK – Sekretariat

6 Zur Antwort von Maurice *Thorez* auf die Rede *Thälmanns* vgl. *RF* Nr. 201 vom 2. 11. 1932. Nach dem Treffen von Paris am 31. Oktober gab die KPD eine Broschüre heraus, die die wichtigsten Dokumente der Pariser Kundgebung enthält. Vgl. E. Thälmann – M. Thorez, Paris – Berlin. Unser Kampf gegen den imperialistischen Krieg, für soziale und nationale Befreiung. Berlin 1932.

7 Die KPD feierte jährlich am 7. November den Jahrestag der russischen Oktoberrevolution als Vorbild und Ziel ihrer eigenen Politik. In den Jahren 1928–1932 wurden diese „Oktoberfeiern" zunehmend in den Dienst der Kampagne „zur Verteidigung der Sowjetunion" gestellt.

80.

17. 11. 1932: Rundschreiben der Agitpropabteilung des ZK über die Bezirksparteitage

Records ... T-175, 300, 797598–797604; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „ZK-Agitprop. An alle Bezirksleitungen und Redaktionen!"

Betr.: Die ideologische Offensive in der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Bezirksparteitage.

Werte Genossen!

Wir verweisen auf das Sekretariats-Rundschreiben Nr. 23, insbesondere auf den Absatz h) (Seite 3)[1] und fügen noch einige ergänzende Anregungen bei.

1. Die Arbeit auf dem Bezirks-Parteitag

Der große Rahmen der Bezirksparteitage erlegt uns die Verpflichtung auf, alle Teilnehmer an den Bezirksparteitagen auf das engste mit der Arbeit der Bezirksparteitage selbst zu verbinden, dafür zu sorgen, daß alle Delegierten auf dem Bezirksparteitag in direkter Mitarbeit an den Resolutionen, insbesondere an der selbstkritischen Beurteilung der vergangenen Arbeit und der Herausarbeitung der konkreten Aufgaben für die Zellen erfaßt werden.

1 Vgl. Dok. 77.

Das Sekretariats-Rundschreiben Nr. 23 sieht neben den allgemeinen Referaten, zu denen eine allgemeine Diskussion erfolgt, noch Kommissionssitzungen am Sonnabend und Sonntag früh für folgende Fragen vor: Betriebsarbeit, Erwerbslosenarbeit, Gewerkschaftsarbeit, Frauen, Jugend, SPD, Nazi, Zentrum, Land.

Hinzu kommen noch zwei außerordentlich wichtige Kommissionen zur Überprüfung und Verbesserung der Org- und Agitproparbeit.

So wie die Bezirksleitung den Bezirksparteitag in seiner Gesamtheit vorbereitet, den Gesamtbericht fertigstellt, die Hauptgesichtspunkte für Referat und Diskussion ausarbeitet, so müssen die einzelnen Ressorts bzw. Abteilungen der Bezirksleitung gründlich die Kommissionsberatungen über die einzelnen Arbeitsgebiete vorbereiten, d. h. für jede Kommission muß ein Sekretär und ein Referent bestimmt werden. Jede Kommission muß zu dem entsprechenden Absatz der Resolution die nötigen Unterlagen aus der vergangenen Arbeit vorfinden. Diskussionen in den Kommissionssitzungen müssen gut organisiert werden, daß auf jedem Arbeitsgebiet die Genossen aus den wichtigsten Brennpunkten der Kommissionsarbeit die entscheidenden Probleme stellen, damit in jeder Kommission eine wirklich gründliche und die Partei vorwärtstreibende Arbeit geleistet wird.

In den Kommissionssitzungen ist genau wie bei der Gesamtdiskussion eine beschränkte Redezeit einzuführen, damit möglichst alle Mitglieder der Kommission während der Beratungen zu Wort kommen bzw. von der Kommissionsleitung direkt zur Stellungnahme zu den entscheidenden Problemen veranlaßt werden.

Im Sinne unserer Parteierziehung ist es von größter Bedeutung, daß sämtliche Delegierte den Parteitag verlassen mit dem Bewußtsein, direkt und unmittelbar an der entscheidenden Resolution des Bezirksparteitags mitgearbeitet zu haben und damit auch die Verantwortung für die Durchführung der Resolution gemeinsam mit der Bezirksleitung übernommen zu haben.

Von besonderer Bedeutung sind natürlich die beiden Kommissionen, die Org- und Agitproparbeit behandeln, weil in diesen beiden Kommissionen die Gesamtparteiarbeit, der Arbeitsplan für die nächsten Wintermonate und die allgemeinen bezirklichen Aufgabenstellungen für jede Zelle ihren Niederschlag finden.

2. Die Aufgaben der Presse zum Bezirksparteitag

Unsere Presse muß in der ideologischen Vorbereitung der Bezirksparteitage eine große Arbeit leisten, die sich keinesfalls in einigen Begrüßungsartikeln am Tage des Zusammentritts erschöpfen darf. Wir weisen darauf hin, daß natürlich die direkte Popularisierung der Beschlüsse des XII. Plenums, das Veröffentlichen von Zitaten in der Frage des revolutionären Auswegs, des Heranführens an den Kampf um die politische Macht, des Kampfes gegen die imperialistische Aufrüstung und Kriegsgefahr, der ökonomische und politische Massenstreik mit Schwierigkeiten verbunden ist, weil dadurch eine unmittelbare Verbotsgefahr für jede Tageszeitung gegeben ist. Unsere Tagespresse sollte aber lernen, die Probleme des XII. Plenums in der richtigen Weise so zu stellen und im besonderen für den Bezirk zu konkretisieren, ohne daß direkt öffentlich Hinweise auf das XII. Plenum bzw. Zitate, die ein Verbot zur Folge haben könnten, gebracht werden.[2]

2 Zu den Beschlüssen des XII. Plenums vgl. Dok. 75, Anm. 3. Wieweit die Anweisungen an die Parteipresse dort ihren Niederschlag fanden, läßt sich nur teilweise feststellen. Da das Zentralorgan,

Im Zeichen des revolutionären Aufschwungs wird unsere Parteipresse zweckmäßigerweise eine Reihe von Artikeln bringen, die für den Bezirk die Lehren des Kampfes und unserer Massenarbeit seit dem letzten Bezirksparteitag ziehen, die die Probleme, die auf dem kommenden Bezirksparteitag behandelt werden, in den Massen unserer Anhänger zur Diskussion stellen und den Massen eine Anleitung zum Studium und zur Durchführung der Beschlüsse des XII. Plenums geben.

Dabei wird es zweckmäßig sein, die Kampftradition eines jeden Bezirks auch aus den letzten 14 Jahren, aus der Kriegs- und Vorkriegszeit auszuwerten, die kämpferischen Traditionen in den Arbeitermassen des Bezirks zu stärken, Lehren aus verschiedenen Kämpfen der Vergangenheit zu ziehen. Der Sinn der Pressekampagne ist eine Mobilisierung der Partei und unserer Wählermassen für das XII. Plenum und die Beschlüsse des Bezirksparteitages.

3. Anschauliche Statistiken für alle Parteitags-Delegierten

Die Bezirks-Sekretariate sind zur [Her]stellung eines gedrängten Berichts an den Bezirksparteitag verpflichtet. Die ziffermäßigen Unterlagen müssen also schnellstens zusammengestellt werden. Es wird zweckmäßig sein, sofort durch die Agitpropabteilung Zeichnergruppen zusammenzustellen, die die Statistiken auf größeren Tafeln veranschaulichen.

Wir müssen hier aber einen Schritt weiter gehen als in der Vergangenheit. Nicht nur die Unterbezirke bzw. Ortsgruppen gegeneinander im Wettbewerb ausspielen, sondern aus den Statistiken über die soziale Zusammensetzung unserer Partei, unseren Einfluß in den Betrieben, in den Gewerkschaften, unter den Frauen, unter der Jugend, unter den Landarbeitern und armen Bauern entscheidende Konsequenzen ziehen. Im Zeichen der ideologischen Offensive glauben wir, daß es möglich ist, zu jeder Statistik in der ganzen Breite der Zeichnung auch einen entscheidenden Satz aus den Thesen des XII. Plenums, der Resolution der Parteikonferenz oder dem Referat des Genossen *Thälmann* herauszufinden,[3] der allen Betrachtern der Statistik die politischen Konsequenzen dieser Statistik und die Forderung der Komintern und des ZK anschaulich vor Augen führt.

Im übrigen ist es vor allem Sache der Referenten in den verschiedenen Kommissionssitzungen, die Statistiken für die einzelnen Arbeitsgebiete gründlich politisch auszuwerten, die Bedeutung der Kurven aufzuzeigen, so daß die Teilnehmer an den Kommissionsberatungen mit einem lebendigen, eindrucksvollen Bild des Standes unserer Parteiarbeit und der unbedingten Überzeugung von der notwendigen Verbesserung dieser Arbeit den Bezirksparteitag verlassen.

Die Rote Fahne, nach dem 20. Juli 1932 nahezu permanent verboten war, konnte sie nur in den Nr. 207 und 208 (18. bzw. 19. November 1932) Stellung nehmen, daher mußten die Bezirks- und Ortszeitungen die Aufgabe der Popularisierung der Thesen des XII. EKKI-Plenums und der Vorbereitung der Bezirks-Parteitage übernehmen. *Die Freiheit* ging in ihren Nummern 249–264 zwischen 15. November und 3. Dezember 1932 in zahlreichen Artikeln auf die Vorbereitung und Durchführung des eigenen Bezirks-Parteitages sowie des Bezirks-Parteitages Berlin-Brandenburg ein. Das gleiche gilt für die *Bergische Arbeiterstimme* und die *Arbeiter Zeitung* (Mannheim).

3 Zu den Beschlüssen der 3. Reichsparteikonferenz der KPD, die vom 15.–18. Oktober 1932 in Berlin tagte, und zum Referat *Thälmanns* vgl. Dok. 75, Anm. 6, und Dok. 77, Anm. 2. Ein Teil der Beschlüsse befindet sich auch in: Mitteilungen der KPD, Oktober 1932, Records T-175, 312, 2812007 ff. Die Rede *Thälmanns* wurde auch veröffentlicht in *RF* Nr. 207 vom 18. 11. 1932.

4. Agitpropausgestaltung des Bezirksparteitages:

In der Anlage fügen wir eine Reihe Zitate über den revolutionären Ausweg, die Hauptaufgabe der Kommunisten, die Bedeutung des Massenstreiks, die Notwendigkeit der innergewerkschaftlichen Arbeit, die Einheitsfronttaktik, die Verteidigung der Sowjetunion, die sich zum Anbringen auf Transparenten für die Bezirks- und Unterbezirksparteitage eignen. Diese von uns herausgesuchten allgemeinen Zitate aus den EKKI- und ZK-Beschlüssen und dem Referat des Genossen *Thälmann* können jedoch nicht die eigene Arbeit der Bezirksagitpropabteilung ersetzen, die von uns verpflichtet wird, entsprechend den bezirklichen Notwendigkeiten und der konkreten Aufgabenstellung im Bezirk noch konkrete Zitate herauszusuchen, und so auch äußerlich dem Bezirksparteitag den Charakter der ideologischen Offensive für die Durchführung der EKKI-Beschlüsse zu verleihen.

Weiter regen wir noch an, daß alle Bezirksagitpropabteilungen sofort eine Reihe allgemeiner Losungen aufstellen und vielleicht mit unseren Buchdruckerparteigenossen eine freiwillige Stoßbrigadenarbeit zur Herstellung einiger hundert Plakate mit diesen Losungen vereinbaren. Diese Plakate mit allgemeinen Losungen bzw. Zitaten vom XII. Plenum können dann an alle Zellen weitergeleitet werden, damit wir endlich von der russischen Partei lernen, wie nach so bedeutungsvollen Kongressen in jeder Zellensitzung Transparente mit Hinweisen auf die Notwendigkeit des Studiums der Beschlüsse und mit Zitaten aus diesen Beschlüssen selbst vorhanden sind. Wir überlassen hier der Initiative der Bezirke den größten Spielraum und geben unsererseits nur einige Hinweise für die Form der allgemeinen Mobilisierungsappelle in Transparentform an die Parteimitgliedschaft und die Massen der mit uns sympathisierenden Werktätigen:

„Das XII. Plenum zeigt der Arbeiterklasse Weg und Ziel des Freiheitskampfes. – Jeder studiere die Beschlüsse des XII. Plenums."

„Allen Kommunisten sind die Beschlüsse des XII. Plenums ein sicherer Wegweiser für den Freiheitskampf."

„Wer unklar ist macht Fehler – das XII. Plenum bringt Klarheit über alle brennenden politischen Fragen – studiert seine Beschlüsse!"

„Wenn die Arbeiterklasse die Beschlüsse des XII. Plenums der Kommunistischen Internationale studiert, wird sie größere Erfolge in ihrem Kampf gegen Hunger, Faschismus und Krieg erringen."

Wir beschränken uns aus Raumgründen auf diese Anregungen und weisen zum Schluß noch darauf hin, daß alle Bezirke den Versuch unternehmen sollen, nach dem Vorbild des Bezirks Niederrhein auch auf großen öffentlichen Massenkundgebungen Zitate aus den Plenums- und ZK-Beschlüssen auf großen Wandtafeln und Ausstellungstafeln zu popularisieren und mit den bezirklichen Streikbewegungen, dem Auftreten des Genossen *Thälmann* in Paris,[4] der 7. November-Feier[5] usw. zu verbinden.

---

4 Zur illegalen Teilnahme *Thälmanns* an einer Kundgebung der KPF am 31. Oktober 1932 in Paris vgl. Dok. 79, Anm. 1.

5 Zum Jahrestag der Oktoberrevolution in Rußland fanden auf Initiative der KPD überall sog. Revolutionsfeiern statt. Vgl. dazu das Rundschreiben zur „Oktober-Kampagne" 1931, Dok. 54.

5. „Im Kampf gegen die faschistische Diktatur".

Die Rede des Genossen *Thälmann* auf der Parteikonferenz ist, wie bekannt, mit dem obigen Titel als Broschüre erschienen. Die Bezirke haben jetzt die große Verpflichtung, diese Broschüre an jeden einzelnen Parteigenossen, an die Mitglieder der Massenorganisationen und die sympathisierenden Arbeiter nicht nur heranzubringen, sondern für das Studium dieser Broschüre das Interesse zu wecken, in allen Versammlungen und Parteizusammenkünften auf die Notwendigkeit der Anschaffung dieser Broschüre hinzuweisen.

Wir erinnern alle Bezirksleitungen mit dem größten Nachdruck daran, daß unsere ideologische Offensive in der Vergangenheit hauptsächlich mit den Referaten und Artikeln des Genossen *Thälmann* in der *Internationale*[6] geführt worden ist und daß wir angesichts unseres Wahlsieges die Möglichkeit einer Steigerung dieser ideologischen Offensive, des Eindringens in neue Arbeiterschichten haben, daß darüber hinaus große Teile der Angestellten und Beamten, der Intellektuellen und des Mittelstandes Klarheit über Weg und Ziel der KPD haben wollen und daß gerade hierzu die *Thälmann*-Broschüre außerordentlich geeignet ist zur Erfüllung dieses Dranges nach Aufklärung in den Massen. In unserer ideologischen Offensive spielt der Literaturvertrieb eine entsprechende Rolle, aber das ist keine Geschäftsangelegenheit des Litvertriebsapparates, sondern die ganze Partei hat die Verantwortung für die erfolgreiche Durchführung der ideologischen Offensive mit Hilfe unserer billigen Massenliteratur.

6. Schlußbemerkungen

Diese unsere Anregungen gelten für die Vorbereitung der Bezirks-Parteitage. Sie müssen auf den Kommissionssitzungen während der Parteitage bezirklich konkretisiert und ausgebaut werden, damit vom Bezirks-Parteitag ab unsere Partei eine wirklich umfassend große, entschlossene ideologische und politische Offensive entfaltet, damit durch die Bezirks-Parteitage und ihre Auswertung das theoretische Niveau unserer Partei und der ganzen Arbeiterklasse gehoben wird, damit wir unsere Kader festigen und die Partei instandsetzen, härteren Stürmen des Klassenkampfes, schärferen Verfolgungen, einer großen Lügenhetze und Verleumdungskampagne, die die Nazis gegen uns bereits angekündigt haben, den verschiedenen Manövern, die die Sozialdemokratie gegen uns durchführen wird, und den Verbotsdrohungen der *Papen*-Regierung den stärksten Widerstand zu leisten und die Beschlüsse des XII. Plenums in die Tat umzusetzen.

Mit kommunistischem Gruß
ZK – Agitprop

---

6 Gemeint sind *Thälmanns* Artikel im theoretischen Organ *Internationale:* Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung. 14. Jg. Heft 11/12, November–Dezember 1931, S. 481 ff. Zu unserer Strategie und Taktik im Kampf gegen den Faschismus. 15. Jg. Heft 6. Juni 1932. S. 261 ff.: Die neue Etappe der Bolschewisierung der KPD. 15. Jg. Heft 7/8, August 1932. S. 309 ff.

Anlage

Losungen aus den Thesen des XII. EKKI-Plenums und der 3. Reichsparteikonferenz
Zur Lage:

„Das Ende der relativen Stabilisierung des Kapitalismus ist eingetreten."

„Gegenwärtig vollzieht sich der Übergang zu einem neuen Turnus der Revolutionen und Kriege."

„In allen kapitalistischen Ländern wachsen die Kräfte der proletarischen Weltrevolution."

„Die Regierung *Papen-Schleicher* – eine der Formen der faschistischen Diktatur!"
(Thesen zum Referat *Kuusinen*)

Gegen die Kriegsgefahr:

„Deutschland – eines der wichtigsten Zentren der schärfsten und gespanntesten internationalen, imperialistischen Konflikte."

„Zäher Kampf gegen die gefährliche Ideologie des Chauvinismus, Kampf für den Internationalismus."
(Thesen zum Referat *Kuusinen*)

Kampf den Kriegsvorbereitungen der Imperialisten gegen die Sowjetunion!

Eroberung der wichtigsten Betriebe der Rüstungsindustrie – das ist die wichtigste Aufgabe im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg.

Verhindert Truppentransporte gegen die chinesische Revolution!

„Entfaltung eines systematischen ideologischen Kampfes gegen Chauvinismus und Nationalismus, Propagierung eines wirklichen proletarischen Internationalismus!"

„Der Sturz des Kapitalismus ist die einzige zuverlässige Garantie gegen neue imperialistische Kriege und gegen Interventionen."
(Resolution zum Referat *Okano*)

„Die KPD kämpft gegen die militaristische Aufrüstungs- und imperialistische Kriegspolitik der *Papen*-Regierung, für die Verwendung der Reichswehr-Milliarden zugunsten der Kriegsopfer und Erwerbslosen."
(Resolution der 3. Parteikonferenz).

Die Hauptaufgaben:

„Grundaufgabe: Die Vorbereitung der Arbeiterklasse und der ausgebeuteten Massen im Prozesse des wirtschaftlichen und politischen Kampfes auf die bevorstehenden Kämpfe um die Macht."

„Gegenwärtig ist die allgemeine Aufgabe der Komintern und ihrer Sektionen, in allen kapitalistischen Ländern der konkrete Kampf:
1. gegen die Kapitaloffensive
2. gegen Faschismus und Reaktion
3. gegen den heranrückenden imperialistischen Krieg und die Intervention gegen die Sowjetunion."
(Resolution zum Referat *Kuusinen*)

„Es ist die Hauptaufgabe der Partei, durch die Erfahrungen der Tageskämpfe die Massen der organisierten und unorganisierten Arbeiter für den politischen General-

streik gegen die faschistische Diktatur vorzubereiten, zu schulen und zu mobilisieren."
(Resolution der Parteikonferenz)

Das Kettenglied:

„Das Kettenglied ist der Kampf um die wirtschaftlichen und politischen Tagesinteressen der breiten Massen, gegen das wachsende Elend, gegen Rechtlosigkeit, Gewalt und Terror."

Streiks, Erwerbslosenbewegung, Kampf in den Gewerkschaften:

„Steigert selbständige Leitung der Wirtschaftskämpfe auf der Basis der Einheitsfronttaktik von unten."

„Nur durch die Diktatur des Proletariats kann die Erwerbslosigkeit beseitigt werden!"

„Kämpft um die Einheitsfront der Erwerbslosen und der betriebstätigen Arbeiter!"

„Kampf um jeden wählbaren Posten in der Gewerkschaft!"

„Hauptbedingung für die Entfaltung der Wirtschaftskämpfe und der selbständigen Leitung dieser Kämpfe in der gegebenen Etappe ist die richtige Politik in der Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten."

„Die Kommunistischen Parteien tragen die Verantwortung für die Organisierung des Wirtschaftskampfes des Proletariats gegen die Kapitaloffensive."
(Thesen zum Referat *Thälmann*)

Faschismus und Sozialfaschismus:

„Der Faschismus sowie der Sozialfaschismus treten für die Aufrechterhaltung und Festigung des Kapitalismus ein."

„Nur wenn der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie, diese soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, gerichtet wird, kann man den Hauptklassenfeind des Proletariats – die Bourgeoisie – mit Erfolg schlagen und zerschlagen."
(Thesen zum Referat *Kuusinen*)

„Die SPD hat in Deutschland den Faschismus an die Macht gebracht."

„Die Kommunisten und revolutionären Arbeiter müssen die proletarischen und werktätigen Anhänger des Nationalsozialismus zu gemeinsamen Aktionen gegen Lohn-, Unterstützungsabbau und *Papen*-Diktatur gewinnen."
(Resolution der 3. Parteikonferenz)

Bolschewisierung der Partei:

„Die richtige bolschewistische Massenpolitik verwirklicht sich im unversöhnlichen Kampf gegen den Rechtsopportunismus als die Hauptgefahr und gegen die ‚linke' Abweichung von der Linie der Komintern."

„Höher die innerparteiliche Demokratie, höher die bolschewistische Selbstkritik!"

„Unversöhnlicher Kampf gegen alle Entstellungen des Marxismus-Leninismus!"
(Thesen zum Referat *Kuusinen*)

81.

5. 12. 1932: Direktiven der Orgabteilung des ZK über organisatorische Maßnahmen

BA R 58, Bd. 1126, S. 120–140 und StA Bremen, 4,65–II A 12b, Bd. 9; Polizeiliche Abschrift, I AN 2161/20.12. Überschrift: „Zentralkomitee der KPD, Org.-Abtlg.-Direktiven zur Durchführung einer Reihe von organisatorischen Maßnahmen des Parteiaufbaues."

Vorbemerkung für BL und Instrukteure:

Die einzelnen Probleme des Parteiaufbaues müssen an Hand konkreter Beispiele aus dem Bezirk auf der Basis der Beschlüsse des XII. Plenums, der Parteikonferenz und des Referats des Genossen *Thälmann*[1] in Beratungen, Funktionärsitzungen, im Bezirksmitteilungsblatt, in der Parteipresse etc., behandelt werden. Entscheidende Gesichtspunkte sind dabei:

„Auf organisatorischem Gebiet sind die wichtigsten Aufgaben der Sektionen der KI folgende:

a) eine sorgfältige konspirative Deckung der kommunistischen Zellen in den Betrieben, in Verbindung mit einer hingebungsvollen und kühnen Massenarbeit . . .;

b) entschlossener Kampf gegen die Provokation in allen ihren Erscheinungsformen;

c) rechtzeitige Ergreifung von Maßnahmen, die notwendigenfalls den Übergang der Parteien in die Illegalität sichern."

(Beschlüsse des XII. Plenums)

Auf keinen Fall sollen die nachfolgenden Direktiven mechanisch nachgedruckt werden.

I. Über die unteren Einheiten der Partei.

1. Die Betriebszelle.

a) Die Betriebszelle als wichtige grundlegende Organisationseinheit der Partei hat unter den schwierigen Bedingungen, unter denen die Partei in der gegenwärtigen Periode zu arbeiten gezwungen ist, eine noch weit höhere Bedeutung für die Organisierung, Auslösung und Führung der Kämpfe und Aktionen der Arbeiterklasse als bisher.

Genosse *Thälmann* stellte in seinem Referat bei der Zusammenfassung der wichtigsten, dringlichsten, unaufschiebbaren Aufgaben der Partei an die Spitze:

„Konzentration unserer Arbeit auf die Betriebe, Verbesserung und Konkretisierung unserer Betriebsarbeit. Die Betriebszellen müssen tatsächlich zu den wichtigsten Organen gemacht werden, die die Hauptträger aller Kampagnen der Partei sind. Die Betriebszelle muß in den Mittelpunkt unserer Parteiarbeit und unseres Parteilebens treten. Im Betrieb gilt es die Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten zur wirklichen Sammlung der Belegschaft, zu einheitlichen Kampfhandlungen zu konkretisieren. Wir müssen die Belegschaft zum gemeinsamen Handeln erziehen und durch eine systematische Anwendung der Einheitsfronttaktik im Betrieb, von der

1 Vgl. Ernst Thälmann, Im Kampf gegen die faschistische Diktatur. Rede und Schlußwort des Gen. E. Thälmann auf der Parteikonferenz der KPD. Die politische Resolution der Parteikonferenz. Oktober 1932. Hrsg. von der KPD. Berlin o. J. S. 28 f. Vgl. auch Dok. 80, Anm. 2 und 3.

Beschlußfassung über Protestresolutionen bis zum Streik die kämpfende Einheitsfront schmieden. Der politische Inhalt unserer Betriebsarbeit muß in den Dienst der konkreten Kampfmobilisierung treten. Nicht mechanische Streikparolen, sondern konkrete Ausnützung des in jedem Betrieb vorhandenen Konfliktstoffs für die Mobilisierung der Arbeiter, Schaffung des revolutionären Vertrauensleutekörpers im Betrieb und Einführung der Methode der Parteilosen-Beratungen, um die Schlagfertigkeit der Zelle im Betrieb zu sichern. Enge Verbindung der Arbeit der Betriebszellen mit allen übrigen Zweigen der revolutionären Arbeit. Das sind die wichtigsten Gesichtspunkte für die notwendige entschlossene Hebung unserer Betriebsarbeit."

Je breiter, fester und tiefer die Partei in den Betrieben verankert ist, um so größer wird ihre Schlagkraft und um so schwerer ist es dem Gegner, ihre Arbeit zu hemmen, zu schwächen oder gar lahm zu legen. Deshalb ist die wichtigste Aufgabe der Partei, sich so fest wie möglich in den Betrieben zu verankern, ihren Einfluß und ihre organisatorische Basis fortgesetzt zu stärken und solche Arbeitsmethoden für die Zellen zu finden, die es ihr ermöglichen, „. . . gestützt auf den Kampf für die Tagesinteressen der Massen . . ." die Positionen der Arbeiterklasse zu behaupten und zu befestigen und sie selbst an immer höhere Formen des Kampfes heranzuführen.

b) Daraus ergibt sich, daß jeder Kommunist, der im Betrieb arbeitet, endlich festgestellt und der Betriebszelle zugeführt wird. Die Leitungen der Straßenzellen und Ortsgruppen, die Instrukteure müssen die Durchführung dieser Überführung aller betriebstätigen Genossen in die Betriebszelle als eine ihrer wichtigsten Pflichten betrachten. BL und UBL müssen die Durchführung dieser Aufgabe besonders kontrollieren.

Ferner muß die Werbearbeit wirklich mit ihrem ganzen Schwergewicht auf die Gewinnung der noch im Betrieb tätigen Arbeiter und vor allem gewerkschaftlich organisierter Arbeiter verlegt werden. (Siehe Beschluß der Reichskonferenz zur Werbung von Betriebsarbeitern und besondere Durchführungsbestimmungen dazu.)[2]

c) Die Struktur der Betriebszellen muß so sein, daß sie wirklich alle Fragen des Arbeiterlebens erfassen, entsprechende Forderungen, Losungen, jederzeit ausarbeiten und diese durch einen breiten Gürtel von Sympathisierenden (Oppositions- und Parteilosen-Beratungen) und durch Entwicklung der Organe der Einheitsfront im Betrieb (Delegiertensystem etc.) an die gesamte Belegschaft heranbringen können. Deshalb muß in jeder Betriebszelle zum Aufbau von Abteilungszellen übergegangen werden. Dies muß in der Weise geschehen, daß mit Hilfe der vorhandenen Kräfte und durch planmäßige Werbung neuer Mitglieder Abteilung für Abteilung das Fundament der Zelle erweitert wird.

---

2 Die „Resolution der Parteikonferenz zur Werbung in den Betrieben und unter den Gewerkschaftsmitgliedern" stellte ein „Zurückbleiben unserer Erfolge hinter den objektiv günstigen Möglichkeiten durch unsere schwache Verankerung in den Betrieben, besonders in den Großbetrieben" fest. „Die Reichsparteikonferenz macht es daher allen Parteiorganen zur elementaren Pflicht, eine dauernde und breite Werbearbeit in den Betrieben und unter den Gewerkschaftsmitgliedern für die Partei durchzuführen, um durch eine unaufhörliche Vergrößerung des Anteils der Betriebsarbeiter an der Gesamtmitgliedschaft der Partei die Schlagkraft und das Fundament der Partei zu stärken". Vgl. den Wortlaut der Resolution in Mitteilungen der KPD Oktober 1932 und Anm. 1. Die Durchführungsbestimmungen des ZK liegen nicht vor.

Wo 3–5 Genossen in einer Abteilung sind, muß eine Abteilungszelle als Untergliederung der Gesamtzelle geschaffen werden. In den regelmäßig tagenden Sitzungen der Abteilungszellen müssen die konkreten Fragen der Abteilung im Zusammenhang mit den politischen Fragen behandelt werden. Um gleichzeitig die Gefahr der Zersplitterung der Kräfte der Zelle, eine Einengung des inneren Lebens zu vermeiden, ist von Fall zu Fall die Durchführung von Gesamtzellenmitgliederversammlungen notwendig.

Da durch den Terror der Unternehmer im Betrieb unsere Betriebszellen in ihrem Bestand fortgesetzt gefährdet sind, die Welle der polizeilichen Verfolgung ansteigt, dürfen zahlenmäßig starke Zellen in den Großbetrieben Gesamtzellenversammlungen nur bei Anwendung besonderer Sicherungsmaßnahmen und nur in größeren Zeitabständen durchführen, evtl. ist an die Stelle von Gesamtzellen-Mitgliederversammlungen die Zusammenfassung mehrerer Abteilungszellen zu Block-, Etagen-Versammlungen zu setzen. In der Regel soll die Information der Mitglieder durch die Abteilungszellenleiter erfolgen.

An der Spitze jeder Abteilungszelle steht ein Abteilungszellenleiter, der mit der Zellenleitung jederzeit im engsten Kontakt stehend, von dieser fortgesetzt seine Direktiven erhält.

d) Die von der Zellenmitgliederversammlung gewählte Leitung der Betriebszelle besteht aus 3 Genossen. Und zwar: dem Polleiter, dessen Stellvertreter (dem Orgleiter), dem Agitpropleiter, unter denen eine feste Arbeitseinteilung bestehen muß. Sie muß zu regelmäßigen Sitzungen zusammentreten und die Zellenversammlung vorbereiten. Sie führt kollektiv die gesamte Arbeit der Zelle im Betrieb mit Hilfe der Parteifunktionäre, die besondere Gebiete bearbeiten, durch.

Zum Funktionärkörper der Betriebszelle gehören: die Mitglieder der Zellenleitung, die Abteilungszellenleiter, der Kassierer, die Leiter der einzelnen Fraktionsgruppen, der Betriebszeitungs-Redakteur, der Litobmann, der politische Zeitungsobmann, der Land-, Frauen- und Jugendobmann usw.

e) Jedes Parteimitglied muß bestimmte Aufträge zur Erledigung erhalten, deren Durchführung von der Zellenleitung kontrolliert werden muß. Das ist die Voraussetzung zur organisierten Entfaltung der eigenen Initiative sowohl jedes Parteimitglieds, wie der Gesamtzelle.

Außerdem schafft sich die Zelle einen möglichst breiten Kreis von Sympathisierenden. Dazu gehören besonders die Betriebsdelegierten, die zu den betrieblichen Delegiertenkonferenzen gewählt wurden. Gestützt auf solche Delegierte und durch Ergänzung aus den Abteilungen und bei einzelnen Bewegungen und Aktionen, ist das System der revolutionären Vertrauensleute aufzubauen.

Unter Führung eines oder mehrerer Zellenmitglieder werden die Sympathisierenden bei bestimmten Anlässen unter den verschiedensten Formen (als Ausschüsse, Komitees usw.) offen politisch auftreten, um unsere Agitation und Propaganda zu verbreitern und gleichzeitig, um dem Gegner direkte Maßnahmen gegen die Betriebszelle zu erschweren.

f) Die Betriebszelle leitet die gesamte Arbeit der Partei im Betrieb. Es gibt im Betrieb z. B. keine allgemeine Gewerkschaftsfraktion, sondern für die einzelnen Verbände Betriebsfraktionsgruppen, deren Arbeit von der Betriebszelle direkt geleitet werden

muß. Die Betriebsfraktionsgruppen bestehen aus allen Kommunisten, die in den einzelnen im Betrieb vorhandenen Organisationen organisiert sind. (RGO, Roter Verband, DMV, oder andere reformistische oder christliche Organisationen.) Die Kommunisten in jeden im Betrieb bestehenden Massenorganisationen (revolutionäre: RHD, IAH usw. – reformistische-christliche usw.) werden ebenfalls in Fraktionsgruppen zusammengefaßt. An der Spitze der Betriebsfraktionsgruppe steht ein Fraktionsgruppenleiter, der seine Direktiven von der Gesamtzelle bzw. von der Zellenleitung erhält.

g) Die Zellenleitung erhält ihre Direktiven von der übergeordneten Parteileitung bzw. Anweisungen für die Fraktionsarbeit von den örtlichen Fraktionsleitungen. Anweisungen der örtlichen Fraktionsleitungen an die betrieblichen Fraktionsgruppen sind nur zulässig über die Zelle bzw. Zellenleitung.

2. Die Anleitung und Unterstützung der Betriebszellen durch die übergeordnete Leitung.

a) Die Betriebszellen müssen durch Instrukteure und Stoßbrigaden der übergeordneten Leitungen und durch diese selbst die größtmöglichste Hilfe erhalten. Jetzt steht im Vordergrund der Orgarbeit der Betriebszellen:

erstens die Herausarbeitung neuer Methoden ihrer Arbeit auf der Linie der Verbindung der legalen und anderen Methoden der Arbeit;

zweitens Verankerung des Einflusses der Zelle im Betrieb durch Entwicklung der Organe der Einheitsfront der Belegschaft und durch Bildung der Betriebsgruppen der verschiedenen Massenorganisationen;

und drittens Organisierung der engsten Verbindung mit den um den Betrieb liegenden Straßenzellen und Erwerbslosenausschüssen.

b) Deshalb soll von seiten jeder Parteileitung durch die Zusammenfassung einer Betriebszelle (bzw. nebeneinander bestehenden Betriebszellen) mit einigen Straßenzellen und – falls im Betriebsbereich eine Stempelstelle liegt, auch mit dieser – zu einem Instrukteurgebiet, von einem oder mehreren Instrukteuren unterstützt, die Hauptkraft der Arbeit auf den Betrieb bzw. die Betriebe konzentriert und auch gleichzeitig die Fragen im Wohngebiet vom Standpunkt des Betriebes gestellt und gelöst werden. Auf diesem Wege wird es möglich sein, die Aufgabe: Bearbeitung eines jeden Betriebes, zu lösen.

c) Die Zusammenfassung mehrerer Betriebs- und Straßenzellen zu Instrukteurgebieten hebt die Selbständigkeit der Zellen nicht auf. Alle Zellen regeln ihre Arbeit nach wie vor als grundlegende Organisationseinheit auf der Grundlage der Parteibeschlüsse vollkommen selbständig. Das Instrukteurgebiet ist lediglich Hilfsorgan zum gemeinsamen Einsatz größerer Kräfte für gewisse Aufgaben, die eine Zelle nicht oder nur sehr schwer lösen kann unter Anleitung eines Instrukteurs, der in erster Linie Helfer und Berater ist.

d) Der Betriebsinstrukteur muß möglichst dauernd denselben Betrieb bearbeiten; der jetzige Zustand z. B., daß ein Polsekretär in seiner Zelle als „Instrukteur" gilt, ist durch seine ständige, dauernde Arbeit von speziellen Instrukteuren für die einzelnen entscheidenden Betriebszellen zu ändern (siehe Richtlinien über Betriebsarbeit, beschlossen vom 8. Zentralrat der RGI und Beschluß des Präsidiums des EKKI über

die Arbeit der Gewerkschaftsfraktionen, beide im Sonderheft des *Parteiarbeiter* „Revolutionäre Gewerkschaftsarbeit im Betrieb und Verband").[3]

3. Die Straßenzelle

a) Die Aufgabe der Straßenzelle besteht in der Durchführung der gesamten Parteiarbeit im Bereiche des Wohngebietes. Ihre Aufgabe ist im besonderen: die Unterstützung der Betriebszellen von außen, die Erfassung und Mobilisierung der Erwerbslosen in ihrem Gebiet für ihre speziellen Forderungen in Verbindung mit der Betriebsarbeiterschaft, spezielle Bearbeitung sozialdemokratisch und gewerkschaftlich Organisierter im Wohngebiet in Verbindung mit Betriebszellen und Gewerkschaftsfraktionen, die Mobilisierung der Frauen, der werktätigen Jugend, der Mieter für spezielle Mieterforderungen zur Verhinderung von Exmissionen usw. sowie für die speziellen Forderungen, die von der Partei für jede besondere Schicht des Proletariats im betreffenden Wohngebiet zur Vertretung und zum Kampf um ihre unmittelbaren Interessen aufgestellt werden. Sie organisieren und unterstützen die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen unter Anleitung der übergeordneten Leitung, arbeiten in den Schulen, bearbeiten die lokalen Organisationen der SPD, des Reichsbanners, des Zentrums, der Nazis. Sie organisieren die Arbeit unter den Rentnern, Mittelschichten usw. nach den jeweiligen Anweisungen und Beschlüssen der Partei.

b) Innerorganisatorisch müssen die Straßenzellen so reorganisiert werden, daß sie auch im Falle der größten äußeren Schwierigkeiten imstande sind, ihre Aufgaben restlos zu erfüllen. Das ist nur möglich, wenn die Beschlüsse der Parteiinstanzen rasch an jedes Mitglied herangebracht werden können und diese wiederum imstande sind, sie möglichst rasch an die breiten Massen der Arbeiter und der werktätigen Bevölkerung zu bringen.

Deshalb ist die zahlenmäßige Verkleinerung der Straßenzellen auf höchstens 20–25 Mitglieder unerläßlich. Nur solche Einheiten können rasch zu Stubenversammlungen geholt werden, politisch instruiert und mit bestimmten konkreten Aufgaben betraut werden.

Dabei soll keineswegs schematisch vorgegangen werden, sondern die Lage im Wohngebiet berücksichtigt werden. Die Verkleinerung der Straßenzellen ist nur mit Erfolg möglich, wenn es gelingt, gleichzeitig den Funktionärkader wesentlich zu vergrößern, was besondere Anstrengungen für die Schulung und Instruktion vor allem der neuen Kader durch die höheren Parteileitungen (UBL, BL) erfordert.

c) An der Spitze der Straßenzellen steht die Zellenleitung. Sie umfaßt 3 Genossen und zwar: den Polleiter, den Stellvertreter (Orgleiter) und den Agitpropleiter oder einen anderen wichtigen Funktionär. Der Kassierer wird von Fall zu Fall zu den Zellenleitungssitzungen herangezogen. Die Leitungsmitglieder müssen für die wichtigsten Arbeitsgebiete eine Arbeitsteilung[4] untereinander durchführen.

---

3 Dieses Sonderheft des Funktionärsorgans *Der Parteiarbeiter* war nicht zu ermitteln. Vgl. jedoch zur 8. Zentralratssitzung der RGI vom Dezember 1931 den Bericht in *RF* Nr. 236 vom 23. 12. 1931 von Franz *Dahlem*. Die Resolution des Präsidiums des EKKI über die Arbeit der Gewerkschaftsfraktionen vom 12. Juli 1932 ist abgedruckt bei Degras Bd. 3, S. 203 ff.

4 In der Vorlage: Arbeitsstellung.

d) Es muß ferner mit allen Kräften danach gestrebt werden, so rasch wie möglich im Rahmen der Straßenzellen die Fünfer-Kassierer-Gruppen zu schaffen. Dabei muß wiederum jeder Schematismus vermieden werden. Wohnen in einem Hause 4 oder 8 Parteimitglieder, wird man sie zweckmäßigerweise statt zu einer Fünfer-Kassierergruppe zu einer Häuser-Kassierergruppe zusammenfassen. An der Spitze steht der Gruppenleiter. Diese Unterteilung der Straßenzelle ermöglicht es der Zellenleitung auch dann, wenn eine Zusammennahme der ganzen Straßenzelle nicht möglich oder zweckmäßig ist, durch Informationen an die Gruppenleiter, die wiederum ihre 5–8 Mitglieder leicht instruieren können, die Beschlüsse der Partei rasch an jedes einzelne Mitglied heranzubringen.

e) Unter erschwerten Umständen fallen natürlich auch die gemeinsamen Zusammenkünfte im Instrukteurgebiet weg, die jetzt zu Informationszwecken richtig und notwendig sind. Die Parteileitung bzw. der Instrukteur des Instrukteurgebietes gibt unter solchen Umständen Informationen an die verantwortlichen politischen Leiter der Betriebs- und Straßenzellen, während besondere Informationen direkt in den Zellen an die Funktionäre oder an die Mitglieder gegeben werden.

f) Im Rahmen der Straßenzelle soll möglichst jedes Mitglied neben der Beteiligung an der allgemeinen Arbeit der Zelle mit einer speziellen Aufgabe auf irgendeinem Gebiet der politischen Massenarbeit betraut werden. (Als Organisator des Roten Massenselbstschutzes, als Organisatoren und Leiter der Arbeit unter den Mietern, den Rentnern, in den Genossenschaften, unter den Frauen, auf dem Lande, unter der Jugend, als Elternbeirat, in der besonderen SPD-, Nazi- und Zentrumsarbeit, in der Bearbeitung der Straßen, Märkte, Anschlagsäulen usw.) Dabei muß die größte Rücksicht auf die besondere Fähigkeit eines jeden einzelnen Mitgliedes genommen werden. Nur so ist es möglich, die Selbstinitiative jedes einzelnen Mitgliedes in dem Maße zu wecken und zu entwickeln, daß es selbständig auch unter den schwierigsten Umständen die Politik der Partei durchführen und an die Massen bringen kann.

II. Über die Struktur der Bezirksorganisation.

1. Die Bezirksleitung

a) Die vom Bezirksparteitag gewählte Bezirksleitung trägt als Gesamtkörperschaft kollektiv die volle Verantwortung für die Leitung des Bezirks gegenüber dem ZK und der Bezirksorganisation. Alle wichtigen Parteifragen sind kollektiv in den Plenarsitzungen der Bezirksleitung zu beraten und dazu Beschlüsse zu fassen.

Jedes Mitglied der BL muß auf dem Wege der Zuteilung der Arbeit für bestimmte Aufgaben verantwortlich gemacht werden. (Vor allem müssen die Mitglieder der BL Parteiarbeit in den Betrieben, die ihnen durch die BL speziell zugewiesen werden, durchführen. Alle wichtigen Gebiete der Massenarbeit werden direkt unter die Mitglieder der BL verteilt).

b) Aus ihren Reihen wählt die Bezirksleitung eine engere BL, die auf der Grundlage der Beschlüsse und Richtlinien der BL ihre Arbeiten durchführt. Die engere BL muß regelmäßig tagen (jederzeit erreichbar sein, ihre Mitglieder müssen zweckmäßigerweise im Vorort[5] wohnen) und wirklich die ständige Führung der Parteiarbeit in

5 Gemeint ist der „Bezirksvorort", der Sitz der Bezirksleitung.

Händen haben. Keineswegs ersetzt jedoch die engere BL die Gesamt-BL. Alle wichtigen Beschlüsse der engeren BL sind von der Gesamt-BL zu bestätigen.

c) Die BL bestimmt gleichzeitig das Sekretariat der BL. Das Sekretariat ist das Organ der Durchführung der Beschlüsse der Bezirksleitung. Es besteht aus 3 Genossen, und zwar dem Polleiter, dessen Stellvertreter (Org) und dem Agitpropleiter. Der politische Redakteur und der Kassierer werden von Fall zu Fall zu den Sitzungen des Sekretariats hinzugezogen. Es ist verantwortlich für die Anleitung und Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse, für die Vorbereitung der Leitungssitzungen, für die Herstellung des Zusammenhanges der Arbeit der einzelnen Abteilungen, für die Anleitung der Instrukteure, für die laufende Verbindung zwischen der BL und den unteren Einheiten usw. Die Ersetzung der Bezirksleitung durch das Sekretariat der BL oder durch Beratungen mit den angestellten UB-Sekretären bzw. Instrukteuren muß restlos beseitigt werden.

d) Um die schnelle Durchführung der Beschlüsse der BL, die laufende Kontrolle ihrer Erfüllung zu ermöglichen und die maximale Hilfe und Unterstützung für die untere Organisation zu verwirklichen, bestimmt die Bezirksleitung Instrukteure, die unmittelbar dem Sekretariat unterstellt werden, unter Verantwortung des politischen Leiters arbeiten und eng mit den Abteilungen der BL zusammenwirken.

Die BL bestimmt Instrukteure

erstens: für einzelne oder mehrere UBL. Im letzteren Falle werden 2–4 Unterbezirke zu einem Instrukteurgebiet zusammengefaßt. Diese Instrukteure sollen, damit sie wirklich eine konkrete und beständige Anleitung und Hilfe für die UB entfalten können, für lange Zeitdauer für bestimmte UB bestimmt werden. Die Schaffung eines Instrukteurgebietes ändert nichts an der Rolle der UB-Organisation (das Instrukteurgebiet ist nur ein Hilfsmittel) und die Einsetzung eines Instrukteurs darf die direkte Verbindung der BL bzw. des BL-Sekretariats mit der UBL. nicht ersetzen.

Zweitens: Instrukteure für die entscheidenden Großbetriebe und wichtigsten Stempelstellen, die unter dem Gesichtspunkt der konkreten Kampflage im Bezirk (Streikvorbereitung, Konzentrationspunkte für die Kämpfe) eingesetzt werden.

Drittens: In größeren Bezirken Instrukteure für die wichtigsten großen Massenorganisationen.

e) Bei der Bezirksleitung bestehen außer dem Sekretariat drei Abteilungen und zwar: Org-Abteilung, Agitprop-Abteilung und in größeren Bezirken mit einem besoldeten Kassierer, einer Finanz-(Kassen-) Abteilung. Die Abteilungen sind lediglich Hilfsinstrumente der Parteileitung, arbeiten unter direkter Anleitung und Kontrolle des Sekretariats. Die Anleitung und Kontrolle der Durchführung der Parteiarbeit vor allem an wichtigsten Kampfabschnitten und Punkten (Streikvorbereitung, Arbeit in den Großbetrieben, Fraktionsarbeit in RGO und Gewerkschaften, Erwerbslosenarbeit, Bauernarbeit) muß das Sekretariat fest in den Händen haben. Es ist nicht zulässig, daß diese Aufgabengebiete „ressortmäßig" von einer Abteilung oder Kommission „verwaltet" werden.

f) Im Rahmen der Orgabteilung wird zur besonderen Bearbeitung der einzelnen Fragen des Parteiaufbaues und der Org-Fragen, der Massenarbeit der Partei unter den Mitgliedern der Orgabteilung eine Arbeitsteilung nach folgenden Arbeitsgebieten durchgeführt: Betriebsarbeit, insbesondere Aufbau der Betriebszellen; Aufbau der

Gewerkschaftsfraktionen in der RGO, den Roten Verbänden und in den reformistischen und christlichen Gewerkschaften; Aufbau der Erwerbslosenfraktionen; sozialpolitische Arbeit; Werbearbeit; Statistik, insbesondere Mitglieder- und Abonnentenbewegung. Für diese Arbeitsgebiete werden keine ständigen Kommissionen gebildet, sondern ein Genosse speziell verantwortlich gemacht.

Für die Landarbeit, Arbeit unter den Frauen, die Kompolarbeit,[6] werden im Rahmen der Orgabteilung Kommissionen gebildet, die aus 3 Mitgliedern bestehen. (In kleineren Bezirken, in denen ein besoldeter Kassierer nicht vorhanden ist, wird an Stelle der selbständigen Kassenabteilung im Rahmen der Orgabteilung auch noch eine Finanzkommission gebildet.)

g) Innerhalb der Agitpropabtlg. findet eine Arbeitsteilung ohne Schaffung spezieller Kommissionen für folgende Gebiete statt: Kulturpolitische Arbeit, spezielle Massenarbeit unter SPD, Nazi, Zentrum, Litvertrieb. Je eine Unterkommission wird geschaffen für die Agit- und für die Proparbeit.

Der Orgabteilung der BL sind ferner – neben der Organisierung des Fraktionsaufbaues in allen Massenorganisationen – zur Kontrolle unterstellt die Bezirksfraktionen nachfolgender Massenorganisationen: Rote Hilfe, Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit, Arso, IB, IAH, Bevölkerungspolitische Organisationen, Rote Wohlfahrt, Kleingärtner, Mieter, Kampfbund gegen den Faschismus, Reichsbauernbund, Bund der Freunde der Sowjetunion, Antiimperialistische Liga, Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland. Ebenso die Fraktionen der bezirklichen Einheitsfrontorgane.

h) Die Fraktionen aller übrigen Massenorganisationen, wie: Ifa, Freidenker, Masch, Arbeiter-Theaterbund, Junge Volksbühne, Arbeitersänger, Arbeitermusiker, Radiobund, Revolutionäre Schriftsteller, Sozialistischer Studentenbund usw. unterstehen der Kontrolle der Agitpropabteilung, die außerdem für die Anleitung der Agitproparbeit aller Massenorganisationen verantwortlich ist.

i) Zur Anleitung und Kontrolle der Arbeit der einzelnen Mitglieder und der Unterabteilungen werden im Rahmen der Orgabteilung sowie Agitpropabteilung Abteilungssekretariate von je 3 Genossen gebildet.

Zu Sitzungen der Abteilungen und Unterabteilungen sind nach Zweckmäßigkeit Parteiarbeiter der Zellen, Fraktionen und unteren Parteileitungen hinzuzuziehen.

2. Der Unterbezirk

a) Der Bezirk wird in Unterbezirke gegliedert unter dem Gesichtspunkt (neben der Berücksichtigung der wirtschaftlichen Struktur), daß der Umfang der Unterbezirkseinheiten die Möglichkeit gibt, daß alle Ortsgruppen bzw. Zellen im UB auch in Zeiten größter äußerer Schwierigkeiten rasch in der Arbeit angeleitet, auf die Durchführung der Parteiaufgaben eingestellt und kontrolliert werden können und die Politik der Partei auch in den Orten, in denen Ortsgruppen der Partei nicht bestehen, möglichst rasch an die Massen herangebracht werden kann. In dieser Linie muß die Verkleinerung der bestehenden Unterbezirke in allen Bezirken, soweit noch nicht geschehen, durchgeführt werden. Dabei ist gleichzeitig zu berücksichtigen, daß die BL in der Lage ist, jeden einzelnen UB in der Arbeit anzuleiten und zu kontrollieren.

---

6 Kommunalpolitische Arbeit.

b) An der Spitze des Unterbezirks steht die Unterbezirksleitung. Sie ist kollektiv verantwortlich für die Leitung der UB-Organisationen, ist in ihrer Gesamtheit auch verantwortlich gegenüber der BL. Die Unterbezirksleitung soll 17–21 Mitglieder umfassen.

Die UBL wählt eine engere Leitung und ein Sekretariat. Die engere UB-Leitung soll aus 7–9 Genossen bestehen. Das Sekretariat der UBL besteht aus dem Polleiter, dem Stellvertreter (Org), dem Agitpropleiter oder einem anderen wichtigen Funktionär. Auch in bezug auf die UBL gilt, daß engere Leitung und Sekretariat keineswegs die verantwortliche Arbeit der Gesamtleitung einschränken dürfen.

c) Die UBL schafft sich als Hilfsorgan einen ständigen Instrukteurapparat. Die UBL muß danach streben, für jeden größeren Betrieb, für jede Stempelstelle in den großen Städten und für jede Ortsgruppe einen speziellen Instrukteur zu schaffen und an wichtigen Punkten, an schwachen Stellen usw., Stoßbrigaden einzusetzen.

d) Für die Schaffung der Instrukteurgebiete gelten folgende Gesichtspunkte: Eine Betriebszelle, mehrere Straßenzellen evtl. auch mit einer Stempelstelle, die in diesem Wohnbereich liegt, ist ein Betriebsinstrukteurgebiet. Mehrere Straßenzellen, in deren Wohnbereich noch keine Betriebszelle besteht, aber eine Stempelstelle liegt, bilden – um diese gruppiert – gleichfalls ein Instrukteurgebiet.

Ein ländliches Instrukteurgebiet soll möglichst nur aus einer Ortsgruppe mit mehreren Orten ohne Parteistützpunkte bestehen, damit mit Hilfe des Instrukteurs der UBL möglichst rasch, entsprechend der strategischen Orientierung der Partei, neue betriebliche und ländliche Stützpunkte geschaffen und eine kraftvolle Erwerbslosenbewegung entfacht werden kann. So muß es der Partei in kurzer Frist gelingen, die Voraussetzung für die Bearbeitung jedes Ortes und jedes Betriebes zu schaffen.

e) Entsprechend der Gliederung und Arbeitsteilung der Abteilungen bei der BL wird in den Abteilungen der UBL je ein Genosse für die verschiedenen Arbeitsgebiete verantwortlich gemacht. In den stärkeren Unterbezirken werden auch entsprechend den Kommissionen bei der BL Kommissionen geschaffen. In schwächeren Unterbezirken, wo das zur unzweckmäßigen Entziehung von notwendigen Kräften aus der Arbeit der unteren Organisationseinheiten führen würde, wird auch für die Arbeitsgebiete Land, Frauen, Kompol, Genossenschaft, nur je ein Genosse beauftragt. Dasselbe trifft für die Kommissionen der Agitpropabteilung der UBL zu.

3. Der Stadtteil.

a) Großstadt-Organisationen und starke Ortsgruppen in Mittelstädten müssen in Stadtteilorganisationen gegliedert werden. Bei Berücksichtigung der wirtschaftlichen Struktur ist dabei darauf zu achten, daß in der Regel ein Stadtteil nur soviel Zellen umfaßt, daß eine rasche mündliche Information und ständige Verbindung zwischen Stadtteilleitung und Zellen möglich ist. Nach diesem Gesichtspunkt sind alle noch bestehenden großen Stadtteile zu verkleinern.

b) Die Stadtteilleitung ist die leitende Instanz, in der kollektiv alle wichtigen Fragen beraten und beschlossen werden. Sie leitet und kontrolliert die politische und organisatorische Arbeit sämtlicher Zellen im Stadtteil. An den entscheidenden Punkten, insbesondere den Großbetrieben, müssen die Mitglieder der Stadtteilleitung unmittelbar arbeiten. In der Regel soll eine Stadtteilleitung 12–15 Genossen umfassen.

Die Stadtteilleitung wählt zur Durchführung der laufenden Arbeit ein Sekretariat, das aus 3 Genossen und zwar dem Polleiter, einem Stellvertreter (Org) und Agitpropleiter oder einem anderen wichtigen Funktionär besteht. Das Sekretariat ist ein Organ zur Durchführung der Beschlüsse der Stadtteilleitung und darf keineswegs die Stadtteilleitung in der Führung der Stadtteilorganisation ersetzen.

Das Sekretariat der Stadtteilleitung ist verantwortlich für die Durchführung der Beschlüsse, für die Vorbereitung der Leitungssitzungen, für die Herstellung des Zusammenhangs zwischen der Arbeit, für die Anleitung der Instrukteure, für Verbindung zwischen Stadtteilleitung und Zellen usw.

c) Als wichtigstes Mittel der schnellen Durchführung der Parteibeschlüsse, der Unterstützung der Zellen und der Konzentration der Parteikräfte auf die entscheidenden Punkte bestimmt die Stadtteilleitung Instrukteure. Sie stellt außerdem Stoßbrigaden aus den besten Parteiarbeitern zur Durchführung besonderer Aufgaben zusammen. (Für die Schaffung der Instrukteurgebiet-Betriebe-Stempelstellen.) Die Instrukteure dürfen jedoch keineswegs die direkte Verbindung der Stadtteilleitung mit den einzelnen Zellen ersetzen. Die Stadtteilleitung muß direkte Beratungen mit den Zellenleitern, sowie Instrukteuren und einzelnen Zellen durchführen.

d) Bei der Stadtteilleitung werden ebenfalls eine Org- und Agitpropabteilung gebildet. Arbeitsteilung wie bei den Abteilungen der UBL, jedoch ohne Bildung besonderer Kommissionen (Land, Kompol etc.), sondern auch für diese Arbeitsgebiete [werden] einzelne Genossen speziell verantwortlich gemacht.

4. Die Ortsgruppe.

a) In mittleren Städten, wo die Bildung von Stadtteilorganisationen nicht möglich ist, ist die Ortsgruppe direkt in Betriebs- und Straßenzellen gegliedert. In Kleinstädten und Dörfern, wo nur wenige Mitglieder vorhanden sind, und bisher die Bildung von Betriebs- und Straßenzellen noch nicht möglich war, stellt die Ortsgruppe die Erfassung der gesamten Einzelmitglieder am Orte dar.

b) Im Rahmen der gesamten Maßnahmen der Verbesserung des Parteiaufbaues, entsprechend den Aufgaben, die vor der Partei stehen, ist eine wichtige Aufgabe die Aufteilung der größeren Ortsgruppen ohne Zellen in Straßenzellen und vor allem die Schaffung der Betriebszellen durch Erfassung aller betriebstätigen Parteimitglieder und Gewinnung neuer Arbeiter in den Betrieben. Unterbezirks- und Bezirksleitungen müssen die Durchführung dieser Aufgabe in den mittleren Ortsgruppen unterstützen und kontrollieren.

Häufig sind jetzt in Ortsgruppen Parteimitglieder aus Nachbarorten erfaßt, ohne daß die Möglichkeit der Bildung einer selbständigen Ortsgruppe im Nachbarort ausgenutzt worden wäre. Auch gibt es viele Orte ohne Ortsgruppen, mit manchmal bedeutenden kommunistischen Wahlstimmen. Im Zusammenhang mit der Schaffung der Instrukteurgebiete ist die Bildung neuer Ortsgruppen verstärkt in Angriff zu nehmen. UBL und BL müssen die Ausdehnung des Ortsgruppennetzes auf alle nennenswerten Orte planmäßig organisieren.

c) Die von der Ortsgruppenmitgliederversammlung gewählte Ortsgruppenleitung ist die verantwortliche Leitung für die gesamte Organisation. Auch in den kleinen Ortsgruppen muß eine kollektive Leitung, mindestens 3 Mitglieder Polleiter, Stell-

vertreter (Org und Agitpropleiter) geschaffen werden. Umfang und Arbeitsteilung der Ortsgruppenleitung richtet sich nach der Größe der Organisation. Maßgebender Gesichtspunkt ist auch dabei, Leitungen zu schaffen, die fähig sind, die Parteikräfte auf den entscheidenden Punkt, die Betriebsarbeit, die Arbeit unter den Erwerbslosen, in den Gewerkschaften zu konzentrieren, die gesamte Ortsgruppe für die schnelle Durchführung der Parteibeschlüsse und der Entfaltung eigener Initiative zu mobilisieren und die Durchführung der Arbeit zu kontrollieren.

III. Zum Aufbau und zur Leitung der Fraktionen.

Im Vordergrund steht der Aufbau der Fraktionen in den ADGB-Gewerkschaften – neben dem Ausbau der bestehenden und der Schaffung neuer Betriebszellen – die brennendste Aufgabe auf dem Gebiet des Parteiaufbaues. In Verbindung mit dem Aufbau dieser Fraktionen muß gleichzeitig die Schaffung einer breiten Oppositionsbewegung (Oppositionsgruppen) in Betrieben und Verbänden durchgeführt werden. In den christlichen Gewerkschaften werden wir häufig erst über die Bildung der Opposition zu einer Fraktion kommen können, da wir zur Zeit wenig Parteimitglieder in christlichen Gewerkschaften haben.

Eine unmittelbare Aufgabe ist deshalb die Erfassung aller gewerkschaftlich organisierten Kommunisten und ihr Zusammenschluß zu den Fraktionen auf der Betriebs- und Verbandsbasis. Zu diesem Zweck ist in jedem Bezirk die Kontrolle aller organisationsfähigen, für die gewerkschaftliche Organisierung in Frage kommenden Parteimitglieder, vorzunehmen. (Dazu erfolgen besondere Anweisungen.)[7]

In bezug auf die Struktur der kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften verweisen wir auf die in der Sondernummer des *Parteiarbeiter* vom August abgedruckten „Musterrichtlinien für den Aufbau und die Struktur der kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften".[8] Die organisatorischen Anweisungen dieser Richtlinien haben noch volle Gültigkeit.

(Anmerkung: Beim Abdruck wurde jedoch versäumt, besonders darauf hinzuweisen, daß die Aufgabenstellung in bezug auf die Rolle der Fraktionen „diese kommunistische Gewerkschaftsarbeit vollzieht sich im Rahmen des Statuts und der Beschlüsse der betreffenden Gewerkschaften" entsprechend den späteren Beschlüssen der KI und der Partei und der Taktik der selbständigen Kampfführung ergänzt und der neuen Situation entsprechend konkretisiert werden muß.)

Zur engeren Verbindung der Parteileitung mit den Fraktionsleitungen, die im Rahmen des Bezirks, des Unterbezirks und der Ortsgruppe in allen Massenorganisationen (in Organisationen, die unter unserer Führung stehen, in reformistisch geleiteten, sowie in allen reaktionären Organisationen) zu bilden sind, sowie zur fortgesetzten politischen Anleitung dieser Fraktionsarbeit wird für jede im Bezirk oder Unterbezirk oder im Ort vorhandene Fraktion als Fraktionsleitung ein Fraktionsbüro von der betreffenden Parteileitung bestimmt, das aus drei Mitgliedern besteht. Die Orgabteilung bzw. die Agitpropabteilung ist verpflichtet, regelmäßig mit den einzelnen Fraktionsbüros Aussprachen über ihre Arbeit im Rahmen der Durchführung der Beschlüsse der Partei abzuhalten, ihre Arbeit anzuleiten und fortgesetzt zu kontrollieren. Die Fraktionen erhalten ihre Direktiven auf zweierlei

7 War nicht zu ermitteln.

8 Auch abgedruckt in *Inprekorr* Nr. 57 vom 12. 7. 1932, S. 1820 ff.

Wegen: durch die zuständige Parteileitung und durch die übergeordnete Fraktionsleitung. Eine Ausnahme davon machen nur die Fraktionsgruppen in den Betrieben. Die Information der Fraktionsgruppen im Betrieb muß immer über die Betriebszelle gehen, da die Betriebszelle die gesamte Fraktionsarbeit im Betrieb zu leiten und zu kontrollieren hat.

Die aufgezeigten Maßnahmen der Überprüfung des Parteiaufbaues und des Aufbaues der Fraktionen in den Massenorganisationen – vor allem in den Gewerkschaften – muß so rasch wie möglich durchgeführt werden, da nur so die politische Massenarbeit der Partei auch unter den schwierigsten Bedingungen gewährleistet und ihre Kontrolle durch die übergeordneten Leitungen möglich ist.

Wir verweisen auf die Beschlüsse, auf die Referate und wichtigsten Diskussionsredner des XII. Plenums und der Reichsparteikonferenz zu den Fragen der Massenarbeit. Wir empfehlen allen Parteiarbeitern das sorgfältige Studium der Broschüre des Genossen *Pjatnizki:* „Die Bolschewisierung der Kommunistischen Partei",[9] in der die wichtigsten aktuellen Probleme des Parteiaufbaues und der Parteimassenarbeit behandelt sind.

Zentralkomitee der KPD
Orgabteilung

9 O. K. Pjatnizki. Die Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien. o. O. u. J. (Berlin 1932). Ein Teil der Broschüre erschien unter dem Titel „Die Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder durch Überwindung der sozialdemokratischen Traditionen" auch in *KI* 13. Jg., Heft 10 vom 25. 5. 1932, S. 755 ff. und Heft 11 vom 10. 6. 1932, S. 923 ff.

82.

14. 12. 1932: Anweisungen des Sekretariats zu den Betriebsrätewahlen

BA R 58, FC 1895 N, S. 142–149; Überschrift: „Rundschreiben Nr. 25. Anweisungen des Sekretariats des ZK."

Inhaltsverzeichnis: Betriebsrätewahlen

An alle Bezirksleitungen und Redaktionen!
Die Betriebsrätewahlen
Die Bedeutung der Betriebsrätewahlen.

Die Betriebsrätewahlkampagne ist als ein Teil der Einheitsfrontaktion gegen die Kapitalsdiktatur und den Faschismus durchzuführen. Durch die Kampfmobilisierung für die betrieblichen Teilforderungen und für die politischen Kampfforderungen gegen die faschistische Diktatur gilt es, die Massen der Betriebsarbeiter in den Kampf zu führen und vor allem die entscheidenden Schichten in den Großbetrieben für die kämpfende Einheitsfront zu gewinnen.

Die Betriebsrätewahlkampagne wird durchgeführt unter den Bedingungen der Beschleunigung des revolutionären Vormarsches. Ein Teil der Betriebe hat bereits Streikkämpfe gegen den Lohnabbau und für bessere Arbeitsbedingungen geführt. In

anderen Betrieben wurden politische Protestaktionen und Proteststreiks durchgeführt. Es ist aber noch nicht gelungen, die Massen der Arbeiter in den Großbetrieben in den Streik gegen den Lohnabbau und in Protestaktionen und Proteststreiks zu führen und politische Massenstreiks durchzuführen. Die Betriebsrätewahlen müssen deshalb vor allem ein Mittel werden, [um] die Arbeiter in den Großbetrieben in den Kampf zu führen. Weil aber die Durchführung der Einheitsfrontaktion entscheidend abhängig ist von der Gewinnung der Mitglieder und der unteren Funktionäre der Gewerkschaften, muß das Schwergewicht im Kampfe um die Neuwahl der Betriebsräte auf die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder konzentriert werden. Dabei gilt es, im Zusammenhang mit den verschiedenen Teilforderungen, die Vorbereitung des politischen Generalstreiks in den Vordergrund der gesamten Kampagne zu stellen.

Das Großkapital und seine faschistische *Schleicher*-Regierung wollen durch verschärfte Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Streikkämpfe, gegen RGO und KPD, gegen die revolutionäre Presse usw. verschleiert durch verstärkte soziale Demagogie, durch Scheinkonzessionen und stärkere Anwendung der sozialen Phrase ihr kapitalistisch-faschistisches Programm durchsetzen. Durch Verbreiterung der Basis der faschistischen Diktatur mit Hilfe der NSDAP und des ADGB will *Schleicher* den verschärften faschistischen Angriff gegen die Arbeiterklasse und die Werktätigen durchführen. Unter Umständen wird die Regierung im Einvernehmen mit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie die Betriebsrätewahlen im Frühjahr nochmals untersagen.[1] Der Kampf um die Betriebsrätewahl hat somit die größte Bedeutung für den Massenkampf gegen die faschistische Diktatur. Wir dürfen also nicht warten bis im März in den meisten Betrieben die bisher üblichen Wahltermine herankommen, sondern müssen sofort in allen Betrieben die Kampagne eröffnen, die Berichterstattung der Betriebsräte verlangen, die Arbeiterforderungen begründen und die Arbeiter für die Wahl von Wahlausschüssen mobilisieren. Offensiv gilt es, überall, in den Betriebsabteilungen und Belegschaften Beschlüsse annehmen zu lassen für die sofortige Neuwahl der Betriebsräte (die Notverordnung über das Verbot der Betriebsrätewahl gilt nur bis 31. Dezember), für das Recht der Arbeiter auf Wahl der Betriebsräte, wobei gleichzeitig gegen das Verbot der Betriebsrätewahlen 1932 protestiert wird als einer faschistischen Maßnahme, die einen Raub von Errungenschaften der Arbeiter bedeutet (*Brüning*-Politik der SPD).

Die Losungen zur Betriebsrätewahl.

Die wichtigsten Losungen der Betriebsrätewahlen sind folgende:

1. Einheitsfront zum Kampf gegen Lohnabbau und Faschismus.

2. Für Siebenstundentag und Vierzigstundenwoche mit vollem Lohnausgleich, gegen die kapitalistische Rationalisierung.

3. Für uneingeschränktes Koalitions- und Streikrecht.

4. Gegen den Abbau der Sozialleistungen, für Ausbau des Arbeiter- und Angestelltenschutzes, für besonderen Schutz der Frauen und Jugendlichen.

5. Gegen freiwilligen Arbeitsdienst und Arbeitsdienstpflicht. In den Arbeitsdienstlagern Kampf um höhere Löhne, für Tariflöhne und besseres Essen.

1 Die im Frühjahr 1932 anstehenden Betriebsrätewahlen waren durch die Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 ausgesetzt worden.

6. Gegen den *Schleicher*-Kurs der sozialdemokratischen und der christlichen Gewerkschaftsbürokratie. Gegen die Streikbruchpolitik und Spaltungskurs der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie.

7. Keine Stimme dem *Hitler*faschismus, dem Organisator des Streikbruchs und Unterstützungsraubes.

8. Gegen imperialistische Kriegspolitik und Versailler Diktat. Für die Verteidigung der Sowjetunion.

9. Für die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes.

10. Für die Arbeiter- und Bauernrepublik, für den Sozialismus.

Im Zusammenhang mit den allgemeinen Kampflosungen gilt es, für jede Abteilung spezielle Forderungen der Abteilungsversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen (Verbesserung der Akkordlöhne, Lohnausgleich bei Kurzarbeit, Sonderzulagen oder Winterbeihilfen, Frage Waschzeit, Heizung, Bezahlung Maschinenputzen, Schutzkleidung, Lieferung von Milch bei besonders gesundheitsschädlicher Arbeit, gegen Entlassungen, usw.). Für die Frauen, jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge sind entsprechende besondere Forderungen aufzustellen, wie z. B. gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Beseitigung des Strafsystems, Schutzkleidung usw.

Die Forderungen müssen auf die wichtigsten beschränkt bleiben, je nach den besonderen Verhältnissen des Betriebes und der Betriebsabteilung. Die Arbeiter müssen die Überzeugung gewinnen, daß wir die betrieblichen Forderungen wirklich durchsetzen wollen und daß es möglich ist, die Bewilligung dieser Forderungen zu erzwingen. Es genügt also nicht, die Forderungen aufzustellen, sondern es muß in den Abteilungs-Beschlüssen gesagt werden, auf welchem Wege diese Forderungen erkämpft werden sollen. Dabei ist es notwendig, immer diese Tagesfrage mit den Fragen des einzigen Weges zum Sozialismus, des Kampfes um den revolutionären Ausweg und der Vorbereitung des politischen Massenstreiks und des politischen Generalstreiks zu verbinden.

Die Politik des Bundesvorstandes des ADGB, insbesondere die Reden und Erklärungen *Leiparts*, wie die Streikbruchpolitik im BVG-Streik[2] und andere Streikbewegungen, beweisen aufs neue die Rolle der SPD- und sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie und zeigen, daß ohne Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie *Schleicher* die faschistische Diktaturpolitik nicht durchführen könnte. Offen zeigt sich, daß nur durch die Klassenkampfpolitik der KPD und RGO die sozialen Errungenschaften der Arbeiter verteidigt und bessere Arbeitsbedingungen erkämpft werden können. Die Betriebsrätewahlen müssen deshalb zum Anlaß einer großen ideologischen Auseinandersetzung in allen Betrieben zwischen der Klassenkampfpolitik der RGO und der *Schleicher*-Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie genommen werden.

Wenn die *Leipart* & Co am 20. Juli den faschistischen Staatsstreich in Preußen durch ihre Streikbruchpropaganda unterstützen, so gehen sie jetzt einen Schritt weiter in der Zusammenarbeit mit der Regierung der faschistischen Diktatur. In den

2 Vom 3. bis 7. November streikten in Berlin die Arbeiter der Verkehrsgesellschaft (BVG). Der am 2. November gewählten zentralen Streikleitung gehörten neben Vertretern der RGO auch 4 NSBO-Mitglieder an. Vgl. *Inprekorr* Nr. 92 vom 4. 11. 1932, S. 2952f. und Nr. 94 vom 11. 11. 1932, S. 3019f. Zum BVG-Streik insgesamt, Wieszt S. 557 ff.

Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen müssen wir Diskussionen organisieren zwischen Vertretern der KPD und der SPD oder der RGO und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie über „wie verteidigen wir die sozialen Errungenschaften der Arbeitschaft" oder „wie erkämpfen wir den Sozialismus?". In diesem Zusammenhang gilt es, folgende Hauptfragen in den Mittelpunkt der Massenmobilisierung zu stellen:

1. Erfahrungen der Einheitsfrontaktion, insbesondere des Berliner und Hamburger Verkehrsarbeiterstreiks,[3] sowie die Lehren des 20. Juli.

2. Wie erkämpfen wir den kollektiven Arbeitsvertrag? (Für Tarifverträge, die im Auftrage der Belegschaften oder der Delegiertenkonferenzen von den Verhandlungs- oder Tarifkommissionen der Arbeiter abgeschlossen werden; gegen die Erklärungen der Gewerkschaftsbürokratie, daß Tarifverträge nur noch für die Gewerkschaftsmitglieder abgeschlossen werden sollen, wodurch die Spaltung der Arbeiter in Organisierte und Unorganisierte und die Ausnutzung der Gewerkschaftsmitglieder für die Unterstützung der faschistischen *Schleicher*-Politik erreicht werden soll).

3. Wie schaffen wir Brot und Arbeit für die Erwerbslosen? (Für unsere Forderungen gegen Hunger und Frost[4] und für die allgemeine Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Unternehmer und des Staates für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit; gegen den Arbeitsbeschaffungsschwindel des ADGB;[5] gegen die Arbeitsdienstpflicht, vor allem gegen den freiwilligen Arbeitsdienst, der nur den Übergang zur allgemeinen Arbeitsdienstpflicht bedeutet).

4. Der Charakter der *Schleicher*-Regierung, die Aufgaben der Einheitsfront gegen die faschistische Diktatur. (Gegen die Versuche der ADGB-Bürokratie, die *Schleicher*-Regierung als „kleineres Übel" hinzustellen und ihren faschistischen Charakter zu verschleiern; auf Grund *Leiparts* Interview an den Vertreter des *Excelsior* die Rolle der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie als Stütze der faschistischen *Schleicher*-Regierung nachweisen.[6] Tolerierungspolitik der NSDAP).

5. Gegen den Sozialisierungsschwindel der ADGB-Bürokratie. (Enthüllung der Rolle des Staates, gegen Verstaatlichung der „Enteignung" mit Entschädigung, Enthüllung ihrer Umbau-Politik und der ganzen „wirtschaftsdemokratischen" Phraseologie; für den Tag des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, dessen Voraussetzung die Diktatur des Proletariats, Bedeutung des 5 Jahres-Planes).

---

3 Zum Streik der Hamburger Verkehrsarbeiter vom 1.–4. Oktober 1932 vgl. Dok. 75, Anm. 5.

4 Unter der Losung „Rettung vor Hunger und Frost" führte die KPD im Winter 1932/33 erstmals eine zentrale Winterhilfskampagne durch. Grundlage dieser Kampagne war ein gemeinsamer Aufruf des Reichserwerbslosenausschusses und des Reichseinheitsausschusses der Antifaschistischen Aktion vom 20. November 1932. Vgl. *RF* Nr. 210 vom 22. 11. 1932, abgedruckt in: Die Antifaschistische Aktion, Dokument 88, S. 308 ff. Dazu wurden von der Parlaments-Abteilung (23. 11. 1932) und Agitprop (16. 12. 1932) Rundschreiben herausgegeben, die hier nicht aufgenommen wurden. Vgl. StA Bremen, 4/65, IV 13h, Records T-175, 315, 2814578–2814585.

5 Vgl. dazu Dok. 59, Anm. 4 und Dok. 73, Anm. 10.

6 Am 3. 12. 1932 gab der Bundesvorsitzende des ADGB, Theodor *Leipart* (1867–1947), dem Berliner Korrespondenten des Pariser *Excelsior* ein Interview, das tags darauf in der französischen Tageszeitung veröffentlicht wurde. *Leipart* drückte darin die Absicht der Gewerkschaften aus, Reichskanzler *Schleicher* bei der Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu helfen, sofern dieser die Pläne zur Verfassungs- und Wahlrechtsreform aufgebe. Vgl. *RF* Nr. 221 vom 21. 12. 1932. Vgl. *RF* Nr. 216 vom 15. 12. 1932: „*Leipart* in der *Schleicher*-Front."

6. Der Kampf gegen das Versailler Diktat, gegen die imperialistische Kriegspolitik, gegen die chauvinistische Politik der *Leipart* & Co (Bernauer Rede).[7]

7. Wie erkämpfen wir den Sozialismus? (Lehren der revolutionären Kämpfe in Deutschland und der Machteroberung in der Sowjetunion, Bedeutung der Streiks, politischer Massenstreiks und politischen Generalstreiks).

Die Vorbereitung der Betriebsrätewahlen.

a) Beratungen mit Gewerkschaftsmitgliedern und parteilosen Arbeitern.

In den Betriebsabteilungen und Betrieben sind mit Hilfe von Beratungen über aktuelle Fragen Diskussionszusammenkünfte, durch Registrierung der sympathisierenden Arbeiter möglichst breite Beratungen durchzuführen, [. . .][8] Abteilungen durchgesprochen werden. Im Betrieb beschäftigte Mitglieder der Massenorganisationen sind dazu vor allem heranzuziehen.

b) Berichterstattung der Betriebsräte.

Der Bericht der roten Betriebsräte ist in der Zellen-Mitgliederversammlung und auch in der Betriebsgruppe der RGO oder der Betriebssektion der roten Verbände vorzuberaten. Im Bericht des Betriebsrates gilt es, die konkreten Betriebsfragen und die wichtigsten Vorgänge in den Abteilungen mit den Lehren der politischen Ereignisse und der Stellungnahme der Betriebsräte dazu zu verbinden. Selbstkritisch die Schwächen und Fehler der Arbeit im Betrieb und die Maßnahmen zu ihrer Beseitigung behandeln. Im Bericht der roten Betriebsräte muß die Notwendigkeit der Einheitsfront für bestimmte betriebliche Teilforderungen begründet werden.

Gleichzeitig müssen dieselben Fragen in den gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen des Betriebes gestellt werden. Indem die Gewerkschaftsmitglieder in einer Mitgliederversammlung selbst Stellung nehmen gegen bestimmte Maßnahmen sozialdemokratischer Betriebsräte und gegen den *Schleicher*-Kurs der ADGB-Führung, schaffen wir eine breitere Basis für die Abteilungs- und Belegschaftsversammlungen.

c) Die Hauptarbeit in den Abteilungen.

Im Zusammenhang mit den allgemeinen Losungen der Einheitsfront unterbreiten die Kommunisten in den einzelnen Abteilungsversammlungen Forderungen für die Abteilung und zeigen den Weg, wie diese Forderungen durchgesetzt werden müssen. Das Schwergewicht der Vorbereitung der Betriebsrätewahl ist auf die Betriebsabteilungen zu konzentrieren. Für jede Abteilung oder für mehrere Abteilungen auf einer Etage zusammen sind Flugblätter herauszubringen.

d) Die Vorbereitung der Belegschaftsversammlung.

Vom Betriebsrat wird die Einberufung einer Belegschaftsversammlung gefordert, wo der Betriebsrat Bericht erstattet. Haben wir im Betriebsrat nicht die Mehrheit, so

---

7 Am 14. Oktober 1932 hatte sich Theodor *Leipart* in der Bundesschule des ADGB in einer Rede vor Gewerkschaftsfunktionären zu Kulturaufgaben der Gewerkschaften geäußert. Dabei soll er auch zu den Plänen *Schleichers* und einer möglichen Zusammenarbeit mit dem linken, sog. *Strasser*-Flügel der NSDAP Stellung genommen haben. Dabei soll er gesagt haben, daß sich „keine soziale Schicht [. . .] der nationalen Entwicklung entziehen könne". *RF* Nr. 192 vom 22. 10. 1932. Vgl. zur Bernauer Rede *Vorwärts* Nr. 487 vom 15. Oktober 1932 mit einer ganz anderen Tendenz.

8 Lücke in der Vorlage.

muß die Belegschaftsversammlung durch Abteilungsbeschlüsse so vorbereitet werden, daß unsere Anträge für die Betriebsversammlung vorher von Abteilungsversammlungen angenommen werden. Durch Beschlüsse in den Abteilungsversammlungen und durch Herausgabe von Flugblättern für die Belegschaft muß die Einberufung der Belegschaftsversammlung vom Betriebsrat erzwungen werden. Es muß verlangt werden, daß dort, wo wir in der Minderheit sind, neben dem Berichterstatter der Betriebsratsmehrheit ein roter Betriebsrat mit gleicher Redezeit als Korreferent spricht. Außerdem soll die Teilnahme eines Vertreters der RGO beantragt werden.

e) Die Bedeutung der Wahlausschüsse als Einheitsfrontorgane.

Im Zusammenhang mit der Herausarbeitung der betrieblichen Fragen ist die Vorbereitung der Wahlausschüsse von der größten Bedeutung sowohl für die Durchführung der Betriebsrätewahl wie für die Vorbereitung größerer Kampfaktionen der Belegschaft. Wenn in den Streikbewegungen überall dort der Streik einheitlich und geschlossen durchgeführt und wenn die Streiks zum großen Teil mit einem Erfolg abgeschlossen werden konnten, wo rechtzeitig Einheitsausschüsse auf breitester Grundlage gewählt waren, so ist das für die Betriebsrätewahl von großer Bedeutung. Je breiter die Basis des Wahlausschusses, je mehr Gewerkschaftsmitglieder und oppositionelle SPD-Arbeiter ihm angehören, je größer die Zahl der Arbeiter, die in den Abteilungsversammlungen ihre Kollegen in den Wahlausschuß gewählt haben, um so stärker die Autorität des Wahlausschusses, um so größer seine Kraft in der Durchsetzung der betrieblichen Kampfforderungen und um so größer der Wahlerfolg. Die Zusammensetzung des Wahlausschusses zeigt bereits die Stärke der Einheitsfront im Betrieb. Neben der Stellungnahme in den Abteilungsversammlungen sollen die Gewerkschaftsmitglieder die Einberufung gewerkschaftlicher Mitgliederversammlungen für den Betrieb fordern, sich dort durch Beschluß für die Unterstützung des Wahlausschusses erklären und selbst Vertreter in den Wahlausschuß wählen. Wo es nicht gelingt, eine Mehrheit in der gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung zu bekommen, ist es notwendig, daß sich die Minderheit vor der Belegschaft mit einer ausführlichen Begründung für die Einheit, für die Forderungen der Einheitsfront und für die Unterstützung des Wahlausschusses ausspricht.

f) Alle Betriebe bearbeiten! Die Betriebszellen stärken!

Mit dieser allgemeinen Mobilisierung muß die stärkste Werbung von Parteimitgliedern in den Betrieben, in allen Abteilungen durchgeführt werden. In den Betrieben, wo keine Einheitslisten bestanden oder überhaupt kein Betriebsrat besteht, muß die Verbindung aufgenommen werden zur Aufstellung einer Einheitsliste und Schaffung einer Zelle. Zur festeren Verankerung, zur Verbesserung der Kampforganisierung gilt es, Abteilungszellen zu schaffen und die Arbeit der Jugendzellen zu unterstützen, bzw. solche aufzubauen. Die Werbearbeit der RGO und die Schaffung von RGO-Betriebsgruppen ist aufs stärkste zu unterstützen. Zur Verbreiterung der Massenbasis im Betrieb muß die gesamte Kampagne ausgenutzt werden zur Wahl von Vertrauensleuten, von Arbeiterinnenkommissionen, von Jugendkommissionen und zur Werbung für den betrieblichen Massenselbstschutz bzw. für dessen Aufbau.

g) Zur Einstellung der Betriebsräte auf ihre Aufgaben ist es zweckmäßig, breite Betriebskonferenzen durchzuführen, an denen die Betriebsräte ungeachtet ihrer Organisationszugehörigkeit teilnehmen.

Zur Aufstellung der Betriebsratsliste.

a) Im Sinne unserer Einheitsfronttaktik schlagen wir der Belegschaft überall die Aufstellung einer „Einheitsliste" vor und sind vor allem bestrebt, Gewerkschaftsmitglieder und untere Gewerkschaftsfunktionäre als Kanididaten für diese Liste zu bekommen. Stärker als bisher gilt es, die christlichen Arbeiter, aber auch die Arbeiter in der NSBO zu beeinflussen, um sie für die Unterstützung unserer Forderungen zu gewinnen und auch bisherige Mitglieder dieser Organisationen auf der Betriebsratsliste kandidieren zu lassen. Es genügt nicht, einzelne Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, der *Hirsch-Duncker*'schen, der NSBO usw. zu beeinflussen, sondern es müssen direkte Verbindungen mit Mitgliedern dieser Organisationen geschaffen werden, damit sie in ihrer Organisation im Sinne unserer Einheitsfrontpolitik auftreten. Vor allem ist es notwendig, in den gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen des Betriebes Kandidatenvorschläge für die Einheitsliste beschließen zu lassen, die dann selbstverständlich von der Gesamtbelegschaftsversammlung bestätigt werden. Auch in den gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen Beschlüsse annehmen lassen für die Einheitsfront im Sinne der gemeinsamen Kandidatur von organisierten und unorganisierten Arbeitern auf der Einheitsliste.

Die Frauen und Jugendlichen müssen auf der Kandidatenliste entsprechend ihrer Bedeutung und Stärke im Betrieb vertreten sein. Wo der Einfluß der christlichen Gewerkschaften oder der NSBO kaum nennenswert ist und die Bezeichnung „Rote Einheitsliste" durch frühere Betriebsrätewahlen populär ist, kann die Liste auch als „Rote Einheitsliste" bezeichnet werden. Die Kandidatenaufstellung wird in jedem Falle durch den Wahlausschuß vorbereitet und muß in der allgemeinen Belegschaftsversammlung erfolgen.

b) In den Betrieben mit einem starken gewerkschaftlichen Organisationsverhältnis, wo wir die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hinter uns haben, können die Listen bezeichnet werden mit „Oppositionelle Gewerkschaftsliste". Je nach den Betriebsverhältnissen ist festzulegen, wie weit Unorganisierte bzw. ausgeschlossene Gewerkschaftsmitglieder als Kandidaten aufgestellt werden.

In solchen Betrieben, wo die Gewerkschaftsbürokratie von sich aus eine Liste aufstellt gegen den Willen der Mehrheit der Belegschaft, müssen in allen Abteilungen Beschlüsse gefaßt werden gegen diese Liste und die Gewerkschaftsmitglieder, die auf dieser Liste kandidieren, sind systematisch zu beeinflussen, damit sie von dieser Liste zurücktreten.

c) In Betrieben mit einem starken gewerkschaftlichen Organisationsverhältnis, wo wir nur eine Minderheit sind, gilt es, auf der Basis unserer betrieblichen und allgemeinen Arbeiterforderungen die Gewerkschaftsmitglieder für eine „Einheitsliste" oder „Oppositionelle Gewerkschaftsliste" zu gewinnen. In allen Abteilungsversammlungen und in den gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen gilt es, für unsere Forderungen und für unsere Kandidaten einzutreten und alles daran zu setzen, die Kollegen in den Abteilungen und die Gewerkschaftsmitglieder für die Unterstützung unserer Forderungen und unserer Einheitsfront-Kandidaten zu gewinnen. Gemeinsame Erklärungen von Gewerkschaftsmitgliedern für unsere Forderungen und für die „Einheitsliste" oder „Oppositionelle Gewerkschaftsliste" sind geeignet, die Gewinnung der übrigen Gewerkschaftskollegen wesentlich zu fördern.

Auch hier gilt es, als Minderheit in den Abteilungen oder der von uns einberufenen Belegschaftsversammlung einen Wahlausschuß zu wählen.

d) In allen Betrieben, wo Angestellte sind, gilt es, ähnlich wie bei den Arbeitern durch Aufstellung spezieller Angestellten-Forderungen, durch besondere Beratungen mit den Angestellten, Listen für die Wahl der Angestelltenräte aufzustellen. Das muß vor allem durch die revolutionäre Beeinflussung der Mitglieder des ZdA erreicht werden. Der Kampf um die Aufstellung der „Einheitsliste der Angestellten" hat die größte Bedeutung für den Kampf gegen die NSBO im Betrieb, die ja einen besonders starken Einfluß unter den Angestellten hat. Bei den Wahlen zu den Angestelltenräten sind also besondere Forderungen gegen die Politik der NSDAP zu propagieren. Im übrigen gelten für die Wahl zu den Angestelltenräten die gleichen Richtlinien wie bei den Wahlen zu den Arbeiterräten. Wo es infolge unserer Schwäche nicht gelingt, drei Sympathisierende als Listenunterzeichner zu gewinnen oder besondere Bedingungen bestehen (höhere technische Angestellte und dergl.), können oppositionelle Angestellte nach vorheriger Zustimmung der Bezirksleitung der Partei auf Afa-Listen kandidieren.

Durchführung der Gewerkschaftsbeschlüsse des XII. Plenums.

Neben einer stärkeren Auswertung der Beschlüsse des XII. Plenums[9] in der Tagespresse, durch Verknüpfung dieser Beschlüsse mit den Erfahrungen in den Bezirken, ist eine umfassende innerparteiliche Kampagne in allen Betrieben und kommunistischen Fraktionen durchzuführen. Die Bezirksparteitage[10] haben gelehrt, daß wir erst am Beginn eines Umschwungs zur revolutionären Massenarbeit in den reformistischen Gewerkschaften sind. Die gewaltige Bedeutung der revolutionären Arbeit in den reformistischen und christlichen Gewerkschaften im Kampf gegen die faschistische Diktatur erfordert in allen Bezirken die Durchführung folgender Maßnahmen:

a) In der Bezirksleitung der Partei wird Stellung genommen zu den Vorbereitungen zur Betriebsrätewahl sowie zur kommunistischen Fraktionsarbeit in den wichtigsten Gewerkschaften im Bezirk. Durch Beratung des Sekretariats mit der kommunistischen Fraktion sind diese Fragen für die Bezirksleitung vorzubereiten. In einer besonderen Entschließung sind für die betreffenden Gewerkschaften der Stand der kommunistischen Fraktionsarbeit und die nächsten Aufgaben zu behandeln.

b) In Konferenzen der Kommunisten der einzelnen Industriegruppen sind die gleichen Fragen durchzuarbeiten.

c) Die Betriebszellen bestimmen im Einvernehmen mit der kommunistischen Fraktion in der RGO welche Genossen zum Eintritt in die reformistische Gewerkschaft veranlaßt werden sollen.

d) In allen Zellen sind, ausgehend von den Beschlüssen des XII. Plenums, den Beschlüssen der Reichsparteikonferenz[11] und den Beschlüssen der kommunistischen Fraktion in der betreffenden Industriegruppe die Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftspolitik und die speziellen Aufgaben der Zelle in den betreffenden Betrieben zu beraten und zu beschließen.

---

9 Vgl. Dok. 75, Anm. 3.

10 Zu den Bezirksparteitagen vgl. Dok. 77 und Dok. 80.

11 Vgl. Dok. 80, Anm. 3.

e) In den Parteibezirken, wo die Registrierung der kommunistischen Mitglieder der reformistischen und christlichen Gewerkschaften noch nicht erfolgt ist, soll das sofort geschehen und zwar auf eine so einfache Weise, daß möglichst schnell diese Registratur für die Fraktionsarbeit ausgewertet werden kann.

f) In allen Großbezirken ist zu überprüfen, welche Maßnahmen zur Schaffung der gewerkschaftlichen Oppositionsgruppen für die einzelnen im Betrieb vorhandenen Gewerkschaften durchgeführt werden.

Mit kommunistischem Gruß
ZK – Sekretariat

83.

14. 12. 1932: Anweisungen des Sekretariats zum Lohnkampf

BA R 58, FC 1895 N, S. 151; Überschrift: „Rundschreiben Nr. 26. Anweisungen des Sekretariats des ZK."

Inhaltsverzeichnis: Kampf um die Zurückeroberung der alten Löhne

An alle Bezirksleitungen!

Werte Genossen!

Der Reichstag hat die Aufhebung der Lohnabbaubestimmungen der *Papen*-Notverordnung beschlossen und die Regierung ließ erklären, daß dieser tarifliche Lohnabbau zum 31. 12. 1932 rückgängig gemacht werden soll.[1] Es besteht die Gefahr, daß Arbeiter glauben, jetzt werde der Lohnabbau von selbst rückgängig gemacht. In der Tat ist aber der Lohnabbau in den wichtigsten Betrieben und Industrien durch Schiedssprüche und Vereinbarungen durchgeführt worden, ohne Berufung auf die *Papen*-Notverordnung. Die Hauptaufgabe besteht jetzt darin, den Kampf um die Zurückeroberung der alten Löhne zu führen, damit jeder Pfennig Lohnabbau, der in der letzten Zeit durchgeführt wurde, rückgängig gemacht wird.

Die Regierung will durch die teilweise Aufhebung des Lohnabbaus für einen kleinen Bruchteil der Belegschaften Illusionen erwecken und sich eine Atempause schaffen, um durch die Differenzierungen und Spaltungen in der Arbeiterschaft mit Hilfe der *Leipart* und Co. umso schärfer die faschistischen Wirtschafts- und Unterdrückungsmaßnahmen durchsetzen zu können. Die Manöver der Klassenfeinde müssen wir durchkreuzen, indem wir mit verstärkten Kräften den Kampf für die Zurückeroberung der alten Löhne in den Betrieben führen und die Massen der Gewerkschaftsmitglieder für den gemeinsamen Kampf, für die Einheitsfront gewinnen. Deshalb müssen nicht nur in den Betriebs-, sondern ebenfalls in den Gewerkschaftsversamm-

1 Am 9. Dezember 1932 beschloß der Reichstag gegen die Stimmen von DVP und DNVP die Aufhebung des zweiten Teils („Sozialpolitische Maßnahmen") der Verordnung zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September. Ein Antrag von SPD und KPD auf Aufhebung der gesamten Verordnung wurde an den sozialpolitischen Ausschuß überwiesen. Die Reichsregierung ließ daraufhin den entsprechenden Teil der Notverordnung am 14. Dezember aufheben. Vgl. Schulthess 1932 S. 218–221; Horkenbach 1932 S. 414.

lungen Beschlüsse durchgesetzt werden für den Kampf um die Zurückeroberung der alten Löhne, für die sofortige Vorbereitung des Kampfes durch die Wahl von Einheits- oder Kampfausschüssen in den Betrieben. Damit ist die Vorbereitung zu den Betriebsrätewahlen zu verbinden.[2]

Die teilweise Zurücknahme des Lohnabbaues in einem Teil der Betriebe ist zweifellos ein Erfolg der RGO. Indem die RGO gegenüber der Theorie, daß man in der Krise nicht streiken könne, und daß man sich auf parlamentarische Maßnahmen, wie Volksbegehren usw. beschränken müsse, den Streikkampf durchgeführt hat, hat die RGO bewiesen, daß sie die einzige gewerkschaftliche Kraft ist, die für die Einheit der Arbeiterklasse kämpft und die materiellen Interessen der Arbeiter, die sozialen Errungenschaften des Proletariats verteidigt.[3] Wenn die Arbeiter auf das sozialdemokratische Volksbegehren gewartet hätten, dann wäre der Lohnabbau allgemein durchgeführt worden und *Papen* heute noch in der Regierung. Diese Erfolge der RGO müssen zur größten Massenwerbung für die RGO in allen Betrieben ausgenutzt werden. Setzt Euch zur Beratung dieser Aufgaben sofort mit der kommunistischen Fraktion in der RGO in Verbindung.

Gleichzeitig organisiert die Massenprotestaktion an den Stempelstellen und Wohlfahrtsämtern für die Forderungen des Reichserwerbslosenausschusses gegen Hunger und Frost[4] und für die Aufhebung der Notverordnungen vom 14. Juni 1932.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Sekretariat

2 Vgl. dazu Dok. 82.

3 Die SPD hatte am 12. September beim Reichsinnenministerium ein Volksbegehren zur Aufhebung der Notverordnung beantragt, nachdem der entsprechende Reichstagsbeschluß vom selben Tag keine Rechtskraft erlangte. Vgl. Dok. 74, Anm. 3.

4 Am 20. November tagten in Berlin der kommunistische Reichserwerbslosenausschuß und der Reichseinheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion. Die Ausschüsse beschlossen einen gemeinsamen Aufruf zur „Rettung vor Hunger und Frost", der am 22. 11. in der *Roten Fahne* Nr. 210 veröffentlicht wurde. Der Aufruf enthielt folgende Forderungen: 1. jeder Unterstützungsempfänger erhält pro Woche ein Brot als Zusatzunterstützung. 2. jeder Haushalt von Unterstützungsempfängern erhält sofort 5 Zentner Kartoffeln. 3. jeder Haushalt von Unterstützungsempfängern erhält 10 Zentner Kohlen zusätzlich zur Unterstützung. Vgl. *RF* Nr. 210 vom 22. 11. 1932.

84.

21. 12. 1932: Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen und Redaktionen

StA Bremen, 4,65–IV 13 k; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/30.1. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 28. Anweisungen des Sekretariats. An alle Bezirksleitungen und Redaktionen."

Inhaltsverzeichnis:

Verstärkte Massenoffensive gegen imperialistische Kriegspolitik, Chauvinismus und Versailler Diktat.
Kampagneplan zur 10jährigen Wiederkehr der Ruhrbesetzung Januar 1923 – Januar 1933

I. Die Bedeutung unserer Offensive.

Aus Anlaß der verschärften imperialistischen Kriegskonflikte und aus Anlaß der 10jährigen Wiederkehr der Ruhrbesetzung (Januar 1923 – Januar 1933) muß die Partei eine verschärfte und verstärkte Massenoffensive gegen die Kriegspolitik der imperialistischen Mächte, gegen den Chauvinismus und das Versailler Diktat entfalten. Jahrelang vermochte sich der bis vor einiger Zeit auf der Grundlage einer breiten chauvinistischen Verhetzung schnell entwickelnde Faschismus im Bunde mit den Reformisten in Deutschland durch einen vorgetäuschten Kampf gegen das Versailler Diktat, durch die Entfachung chauvinistisch-nationalistischer Leidenschaften, breite Schichten des werktätigen Volkes vom Kampf gegen den deutschen Kapitalismus, gegen die Lohn- und Unterstützungsräuber abzuhalten.

Aus Anlaß der bevorstehenden außenpolitischen Niederlagen der deutschen Bourgeoisie und der bevorstehenden 10jährigen Wiederkehr der Ruhrbesetzung ist mit einer neuen Steigerung der chauvinistischen Verhetzung zu rechnen. Die deutsche Regierung versucht erneut, das durch das *Schleicher*-Kabinett von der *Papen*-Regierung übernommene Wirtschaftsprogramm mit seinen Lohnabbau- und Unterstützungsmaßnahmen durchzuführen. Von diesen Tatsachen soll die Fortführung und Steigerung der Aufpeitschung nationalistischer Leidenschaften ablenken.

Unsere Partei hat durch das gemeinsam mit der französischen Bruderpartei und der Partei des Saargebiets herausgegebene Manifest gegen Versailles[1] und vor allem durch das Auftreten unseres Genossen *Ernst Thälmann* in Paris[2] bereits vor einigen Monaten die Initiative ergriffen zur Entfaltung einer breiten Massenkampfbewegung gegen imperialistische Kriegspolitik, Versailler Diktat und für die Weckung und Stärkung des proletarischen Internationalismus.

Durch unsere jetzige Kampagne anläßlich der 10jährigen Wiederkehr der Ruhrbesetzung soll ein zweiter, entschiedener Schlag gegen die faschistischen Machthaber, die Kriegspolitiker und gegen die Tributknechtschaft geführt werden. Diese Kampagne führen wir im Rahmen unseres Kampfes gegen die faschistische *Schleicher*-Diktatur, im Zusammenhang mit unserem Kampf gegen Hunger und Frost, gegen den neuen drohenden Lohnabbau und für die Zurückeroberung der geraubten Löhne. Es muß uns gelingen, eine neue Welle von Kampf- und Streikaktionen zu entfesseln. Es gilt, in Erfüllung der Beschlüsse des XII. Plenums und der Reichsparteikonferenz;[3] durch diese Kampfaktion, durch wirtschaftliche Streiks und politische Kämpfe, die Massen an den Massenstreik und den politischen Generalstreik heranzuführen. Das ist für eine wirkliche Antikriegsaktion von unbedingter Notwendigkeit. Unmittelbar mit dem Jahresbeginn muß nach intensiver organisatorischer Vorbereitung dieser Kampagne in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr mit der Durchführung der Kampagne begonnen werden.

Es muß uns gelingen, die chauvinistische Welle an allen Stellen, wo sie in Erscheinung tritt, entschlossen zurückzuschlagen und niederzuringen.

II. Verschärfung der deutsch-französischen und deutsch-polnischen Gegensätze – Verschärfung des Versailler Konfliktes.

1 Vgl. Dok. 78, Anm. 3 und 4.

2 Vgl. Dok. 79, Anm. 1.

3 Vgl. Dok. 75, Anm. 3 und Dok. 77, Anm. 2.

Mit der Teilnahme Deutschlands an der Genfer Konferenz[4] ist keinesfalls, wie die deutschen nationalistischen Blätter behaupten, eine „Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands" erfolgt. Die französische Bourgeoisie hat eindeutig erklärt, daß die „Anerkennung der Gleichberechtigung" nicht der „Ausgangspunkt", sondern das „Endziel" der Konferenz sein soll. Sie erklärt weiter, daß zur Revision der Militärklausel des Versailler Vertrages sämtliche Unterschriften der Versailler Mächte erforderlich seien. Die französische Regierung werde aber, so erklärt die französische bürgerliche Presse, niemals solchen Regelungen ihre Zustimmung geben, die „die französische Sicherheit bedrohen" und seine Hegemonie einschränken und Deutschland militärische Zugeständnisse machen werden.

Das Geschrei der deutschen Bürgerpresse über „deutsche Erfolge in der Gleichberechtigungsfrage" soll lediglich den neuen deutschen Canossagang zu den Versailler Tributmächten verschleiern. Deutschlands Gang nach Genf bedeutet ein stärkeres Einschwenken in die Antisowjetfront der Westmächte. Besonders die schwerkapitalistische Presse des Westens (z. B. *Kölnische Zeitung*), ferner auch solche schwerindustriellen Blätter, wie die *DAZ*, eröffnen bereits eine verschärfte Offensive gegen die Sowjetunion. Der ökonomische Hintergrund dieser Offensive liegt u. a. in der Tatsache stärkerer Vergebung sowjetrussischer Aufträge nach Amerika, in der projektierten Vergebung, so von Russenaufträgen auch nach Frankreich, und vor allem auch in der gemeinsamen Offensive der deutschen und englischen Ölkapitalisten gegen die Sowjetunion (Anglo-Persianer Ölkrieg gegen die UdSSR).[5]

Die außenpolitische Linie Deutschlands wird zu einer weiteren Verschärfung der Gegensätze mit Frankreich führen. In *Schleichers* Rundfunkrede wurde eine scharfe chauvinistische Stellungnahme gegen Frankreich bezogen.[6] Das *Schleicher*-Kabinett verfolgt die von den Nazis seit langem vertretene außenpolitische Linie eines Bündnisses mit Italien, England und einigen Donaustaaten gegen Frankreich und Polen. Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschösterreicher wird durch die Imperialisten verstärkt mit Füßen getrampelt. Nazis, SPD und Zentrum, sowie die SPÖ, die christlich-soziale Partei und die Hakenkreuzler in Österreich haben in der Anschlußfrage völlig vor den Versailler Unterdrückerstaaten kapituliert.

Die Konstituierung der *Paul Boncour*-Regierung[7] wird ebenfalls zu einer Verschär-

4 Am 6. Dezember 1932 wurde Deutschland zu der seit Anfang Februar 1932 tagenden Abrüstungskonferenz des Völkerbundes in Genf zugelassen, um neben den USA, Großbritannien, Frankreich und Italien an der engeren Fünfmächtekonferenz bis zum 10. Dezember teilzunehmen. Die fünf Mächte einigten sich in den Verhandlungen, auf eine allgemeine Begrenzung der Rüstungen auf der Basis der Gleichberechtigung hinzuarbeiten. Vgl. Schulthess 1932 S. 481 f.

5 Im Dezember 1932 entzog die persische Regierung der Anglo-Persian-Oil-Company die Förderungskonzession. Hierüber kam es zu einem Rechtsstreit mit Großbritannien vor dem internationalen Gerichtshof im Haag. Vgl. Schulthess 1932 S. 381 f. Vgl. auch *Inprekorr* Nr. 108 vom 29. 12. 1932, S. 3464 ff.

6 In einer Rundfunkrede zur Erläuterung seines Regierungsprogramms forderte *Schleicher* am 15. Dezember 1932 völlige Gleichberechtigung Deutschlands. Er erklärte die Bereitschaft seiner Regierung zu einer Abrüstungsvereinbarung unter der Bedingung, daß die anderen europäischen Mächte ihrerseits zu einer ebensolchen Rüstungsbeschränkung bereit seien. Vgl. zur Rundfunkrede *Schleichers* Schulthess 1932 S. 223 f.; Horkenbach 1932 S. 420 f.

7 In Frankreich war Ministerpräsident *Herriot* am 14. Dezember wegen der Frage der Schuldentilgung gegenüber den USA von der Kammer gestürzt worden. Das neue Kabinett wurde von dem parteilosen

fung der deutsch-französischen Gegensätze führen, da der ehemalige Sozialdemokrat *Boncour* einer der markantesten Vertreter des französischen Chauvinismus und der Versailler Tributpolitik ist.

Der polnische Imperialismus verschärft seine Okkupationsabsichten gegen Danzig. Er übt einen verschärften Druck auf die deutschen unterdrückten Minderheiten in Danzig, Oberschlesien, Polen etc. aus. Die Maßnahmen der *Schleicher*-Regierung durch Inangriffnahme der Ostsiedlung (Hunderttausende Morgen Land sollen nach *Schleichers* Rundfunkrede zur Abwendung des Eindringens „fremden Volkstums" aus den Kreisen der nationalistischen Anhängerschaft im Osten besiedelt werden!)[8] stellen ebenfalls ernste Kriegsmaßnahmen der deutschen Bourgeoisie dar.

Aus dieser Situation ergibt sich: durch die Teilnahme Deutschlands an der Genfer Konferenz wird die Versailler Diktatur nicht abgeschwächt, sondern verschärft. Die imperialistischen Gegensätze spitzen sich weiter zu. Die Nichtangriffspakte der UdSSR mit verschiedenen imperialistischen europäischen Staaten sind ein großer Erfolg der Friedenspolitik der Sowjetunion, schwächen aber keineswegs die Kriegsgefahr ab. Der weitere Verlauf der Kriegsschuldenregelung (Frankreichs und Belgiens Weigerung zur Zahlung der fälligen Raten an Amerika) verschärft die imperialistischen Konflikte untereinander und zeigt die tiefe Bedeutung der im engsten ursächlichen Zusammenhang mit dem Kriegsschuldenproblem stehenden Versailler Frage. Die deutschen Aufrüstungsbestrebungen nehmen verschärft ihren Fortgang (*Schleicher*-Rede). Die Ankündigungen *Schleichers* auf Realisierung der faschistischen Milizprojekte, mit Unterstützung der SPD, die Einsetzung des Reichskuratoriums für militärische Jugendertüchtigung, die Teilnahme des Reichsbanners und sämtlicher faschistischen Organisationen an diesen faschistischen Wehrplänen, die Vereinigung der Kanzlerfunktion mit der des Reichswehrministers in der Hand *Schleichers*, die Unterstützung der *Schleicher*-Diktatur durch die offene Tolerierung der Nazis und durch die Mithilfe der Sozialdemokratie und des ADGB (*Leipart*-Kurs) – all diese Tatsachen zeigen die Verschärfung der imperialistischen Kriegsbestrebungen seitens der deutschen Bourgeoisie mit samt ihren faschistischen Terrorformationen und dem deutschen Sozialfaschismus. Gegen diese Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie muß die Kommunistische Partei im Kampfe um Deutschlands soziale und nationale Befreiung die ganze Kraft ihres revolutionären Massenkampfes richten.

Im fernen Osten, dem Hauptbrandherd imperialistischer Kriegskonflikte auf dem Erdball, spitzen sich die japanisch-chinesischen Konflikte erneut zu. Der japanische Imperialismus betreibt eine verstärkte Interventionsoffensive gegen die Sowjetunion und ihre Friedenspolitik. Der Völkerbund, dieses Instrument der Imperialisten, „versagt" nicht, wie die Sozialfaschisten es darzustellen versuchen, sondern er führt seine Rolle als Instrument der zum Kriege treibenden imperialistischen Mächte in gerader Linie fort und ist insbesondere der Agent des französischen und japanischen Imperialismus.

III. 10jährige Wiederkehr der Ruhrbesetzung und das Ziel unserer Kampagne.

Ministerpräsidenten Paul *Boncour* gebildet, der gleichzeitig auch das Außenministerium übernahm. Vgl. Schulthess 1932 S. 307 ff.

8 In der Vorlage: angesiedelt.

Die Politik der faschistischen Diktaturregierung *Schleichers*, sowie die Maßnahmen des deutschen Faschismus und ihrer sozialfaschistischen Helfer (*Leipart*-Rede in Bernau)[9] gehen darauf hinaus, die chauvinistische Welle erneut zu einer breiteren Entfaltung zu bringen. Deutschlands Bestrebungen in Genf werden zweifellos, ähnlich wie bei den Vorstößen der Zollunionspläne,[10] wie bei Abschluß des Lausanner Abkommens,[11] wie bei den mißglückten deutschen Aufrüstungsvorstößen zu einer neuen Kapitulation der deutschen Bourgeoisie führen. Anläßlich der 10jährigen Wiederkehr der Ruhrbesetzung werden *Schleicher*-Regierung, die faschistischen Massenorganisationen, sowie die Sozialfaschisten ihre nationalsozialistische Offensive wieder stärker zu entfalten versuchen, um die chauvinistische Welle erneut emporzutragen, um von der sozialen Bedrückung durch den deutschen Kapitalismus abzulenken.

Das politische Ziel unserer revolutionären Antikriegs- und Antiversailles-Offensive besteht darin:

1. Allen Werktätigen Deutschlands die Verschärfung der zum imperialistischen Kriege treibenden Konflikte der imperialistischen Staaten untereinander aufzuzeigen, auf die drei brennenden Probleme Deutschland-Frankreich, Deutschland-Polen und auf die Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze an der südost-europäischen Ecke hinzuweisen – Enthüllung der verstärkten Kriegsrüstungen der Imperialisten.

2. Die geplante Steigerung der chauvinistischen Hetze der deutschen Bourgeoisie, des Faschismus und des Sozialfaschismus zurückzuschlagen und unseren Frontalangriff gegen Chauvinismus fortzusetzen.

3. Diese Kampagne zu führen auf der Linie des Kampfes gegen den Feind im eigenen Land, gegen die deutsche Bourgeoisie, gegen den deutschen Kapitalismus und Faschismus und gegen die *Schleicher*-Diktatur.

4. Verschärft die Massenfront auf der Grundlage einer breiten Einheitsfrontbewegung von unten gegen die imperialistischen Kriegsmaßnahmen aufzurollen. – Dabei: besondere Entfaltung unserer Massenoffensive an der innergewerkschaftlichen Front, gegen den nationalistischen *Leipart*-Kurs und gegen das Reichsbanner, das den *Schleicher*-Kurs auf Militarisierung und Faschisierung der werktätigen Jugend unterstützt.

5. Unsere Anti-Versailles-Offensive verstärkt und in breiter Massenfront fortzuführen.

6. In engster Verbindung mit den Massenkämpfen gegen den neuen drohenden Lohnraub, für Zurückeroberung der abgebauten Löhne, besondere Entfaltung unserer Offensive in den Kriegsrüstungsbetrieben, in engster Verbindung mit den Massenaktionen der Erwerbslosen gegen Hunger und Frost und für unsere Winterhilfsforderungen. Steigerung unserer Massenoffensive für die soziale und nationale Befreiung des werktätigen deutschen Volkes.[12] Hinweis auf die enge Zusammenar-

9 Zur Rede *Leiparts* vgl. Dok. 82, Anm. 7.

10 Gemeint ist das gescheiterte Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion aus dem Jahre 1931. Vgl. dazu Dok. 45, Anm. 4.

11 Vgl. Dok. 68, Anm. 13.

12 Die KPD führte ihre Anti-Versailles-Kampagne auf der Grundlage des am 24. 8. 1930 zunächst als Wahlkampfprogramm verkündeten „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes". Vgl. dazu Dok. 27, Anm. 5.

beit der Ruhr-Montan-Industrie (z. B. *Krupp*) mit dem französischen Kapitalismus über den Weg der internationalen Rohstahlgemeinschaft, Auswertung der Tatsache der unerhörten Millionensubventionierung der Kriegsbetriebe der Ruhr durch die deutschen Regierungen.

7. In Verbindung mit unserem Kampf gegen die weitere Vernichtung und Zerstörung der Sozialpolitik: Verstärkung unserer Offensive zum Kampf für die Verwendung der Reichswehrmilliarden für die Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen (auf unsere Reichstags- und die französischen Kammeranträge hinweisen).[13]

8. Konkrete Kampfmaßnahmen durchzuführen gegen den faschistischen „freiwilligen Arbeitsdienst" (Lohnkämpfe, Kämpfe um besseres Essen, um die Wahl von Küchenkommissionen, Vertrauensleute etc.), konkrete Kampfmaßnahmen gegen die militärisch-chauvinistische Verhetzung durch Film, Literatur etc. Revolutionäre Massenbewegungen gegen die Luftschutzmanöver, Gasschutzübungen etc. Breiteste Popularisierung der hier bereits erzielten Erfolge und Erfahrungen.

9. Durch unsere Kampagne: Einbruch auch in die Reihen der studierenden werktätigen Jugend, in die Schichten der bürgerlichen Intelligenz (gegen die Auffassung, vom „Krieg als Ausweg für die erwerbslose Intelligenz"), in die Kreise der Angestellten und Beamten.

10. In dieser Kampagne die historisch bedeutsame Rolle des kommunistischen Jugendverbandes durch die lebendige Anteilnahme aller Jungkommunisten an dieser Kampagne herzustellen (revolutionärer Antimilitarismus). Arbeit des KJVD unter den Besatzungstruppen des Ruhrgebiets, Kampf gegen faschistische Arbeitsdienstpflicht, gegen Reichskuratorium etc.

11. Dem faschistisch-chauvinistischen *Schlageter*-Kult die Popularisierung unserer jungen revolutionären Helden aus dem Ruhrkrieg (*Hugo Demaré* etc.) entgegenzustellen.[14]

12. In der Aufrollung unserer Stellungnahme zur nationalen Frage müssen wir einen Schritt vorwärts tun in der Bolschewisierung unserer Partei. Es gilt gemeinsam mit der KPD in der Frage Versailles, der Frage Elsaß-Lothringen und Saargebiet, gemeinsam mit unserer polnischen Bruderpartei in der Frage Danzig, Oberschlesien, Pommerellen, gemeinsam mit der kommunistischen Partei Italiens in der Frage Deutsch-Südtirol und Deutsch-Österreich den internationalen proletarischen Kampf zu führen gegen die nationale Unterdrückung,[15] gegen den nationalistischen Terror, für das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten nationalen Minderheiten, wobei die Brudersektionen unserer kommunistischen Partei die Frage weitgehend stellen

13 „Her mit den Rüstungsmilliarden für das hungernde Volk!". Anträge der Kommunisten in der französischen Kammer und im Reichstag. *RF* Nr. 195 vom 26. 10. 1932. Vgl. dazu Dok. 78, Anm. 3.

14 Albert Leo *Schlageter* (1894–1923) wurde 1923 wegen Sprengstoffanschlägen auf die Verkehrsverbindungen der französischen Truppen während der Ruhrbesetzung von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet. *Schlageter* wurde von der sog. „nationalen Opposition" im Jahre 1932 auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf an der Hinrichtungsstätte ein Denkmal errichtet. Dagegen wandte sich *Die Rote Fahne* in einem Artikel mit der Losung: „*Schlageter* sprengte eine Brücke, wir sprengen ein System!" Vgl. *RF* Nr. 109 vom 27. 5. 1932. Gegen den *Schlageter*-Kult der Rechten propagierte die KPD seit 1931 das Vorbild des Jungkommunisten Hugo *Demaré*, der Pfingsten 1923 bei einer kommunistischen Kundgebung gegen die Ruhrbesetzung erschossen worden war.

15 Vgl. die Berichtigung im Anhang des Dokuments.

bis zur Loslösung (Frankreich-Elsaß-Lothringen und Polen-Oberschlesien) bzw. bis zur Vereinigung mit Deutschland.[16] Insbesondere auch in den deutsch-österreichischen Grenzgebieten muß unter den werktätigen Grenzbewohnern der revolutionäre Ausweg aufgezeigt werden.

Wir müssen sehen, daß das Auftreten des Genossen *Thälmann* in Paris ein wichtiges historisches Ereignis in unserem Kampf für die soziale und nationale Befreiung Deutschlands war, daß durch diese Kampagne ein wichtiger Schritt zur Überwindung einer der Überreste des Luxemburgismus getan wurde und daß in diesem Auftreten ein wirklicher und bolschewistischer Fortschritt vorhanden ist gegenüber den vielfach von dem Genossen *Neumann* publizierten „Freiheits"-phrasen. (Wir und die unterdrückten deutschen Minderheiten.)[17] Hinweisen auf den Plebiszitbetrug in Oberschlesien, die betrügerischen Versprechungen der deutschen und polnischen Nationalisten, – auf den nationalen Verrat der deutschen Bourgeoisie während des Ruhrkrieges (Zentrum: für Lostrennung des Rheinlandes, *Jarres*-Versackungspolitik, *Stinnes*-Abkommen mit *Begoutte* und *Lubersac*-Unterstützung der chauvinistischen Landesverräter durch die SPD).

13. Die Kampagne wird im engsten Zusammenhang mit unserer LLL-Kampagne,[18] mit der Kampagne 14 Jahre KPD und der Kampagne zum *Marx*-Jubiläum geführt, – sie muß zu einer ernsten theoretischen Vertiefung unserer Arbeit führen, besonders unter unseren jungen Parteikadern Klarheit schaffen über die Probleme des Marxismus-Leninismus, über unsere Stellung zur Nationalen Frage (*Lenin-Stalin*), über die Fehler *Rosa Luxemburgs* etc. – Die Kampagne muß im Sinne des *Stalin*-Briefes zu einer schonungslosen Fortführung unserer Offensive gegen den Zentrismus und Luxemburgismus gestellt werden.[19]

14. Diese ganze Kampagne zu führen unter den Losungen des Schutzes und der Verteidigung des Vaterlandes der Werktätigen, der UdSSR.

IV. Konkrete Vorschläge für die praktische Durchführung der Kampagne.

1. Breiteste Auswertung der für die Zeit vom 28. bis 30. Dezember dieses Jahres geplanten Internationalen Konferenz der deutschen, französischen, belgischen, englischen, polnischen, österreichischen Sektionen der Kommunistischen Partei,[20]

---

16 Vgl. die Berichtigung im Anhang des Dokuments.

17 Vgl. die Berichtigung im Anhang des Dokuments.

18 Die KPD veranstaltete im Januar jeden Jahres sog. *Lenin-Liebknecht-Luxemburg*-Feiern zur Erinnerung an die Ermordung von Karl *Liebknecht* und Rosa *Luxemburg* (15. Januar 1919) und den Todestag *Lenins* (21. Januar 1924). Im Jahre 1933 sollte die Kampagne zur Vorbereitung der LLL-Feiern verbunden werden mit der „ideologischen Offensive" der Partei sowie der Feier des 50. Todestages von Karl *Marx* am 14. März.

19 Am 22. 11. 1931 veröffentlichte *Die rote Fahne* Nr. 213 einen Brief *Stalins* an die Zeitschrift *Proletarskaja Revoluzija* (Proletarische Revolution. Zeitschrift der Kommission zur Erforschung der Geschichte der KPdSU), in dem er zum Kampf *Lenins* und der Bolschewiki gegen den Zentrismus in der Vorkriegssozialdemokratie Stellung nahm. Damit begann eine neue Kampagne gegen den sog. Luxemburgismus. Vgl. dazu Dok. 57.

20 Die Konferenz tagte am 30. Dezember 1932 illegal im Raum Solingen–Remscheid (sog. „Essener Konferenz"). Sie wurde geleitet von G. *Dimitroff*, das Hauptreferat hielt W. *Florin*. Die Konferenz beschloß eine politische Deklaration, eine Deklaration über die Lage in Österreich, einen Beschluß über gemeinsame Aktionen der kommunistischen Parteien und einen Aufruf an die Jugend. Die von der Konferenz beschlossene „Deklaration zur zehnjährigen Wiederkehr des Ruhrkrieges" erschien in

weiteste Verbreitung der dort gefaßten Beschlüsse und des für den [. . .][21] geplanten gemeinsamen Aufrufes. – Unmittelbare Auswertung der in der Zeit vom 20. bis 24. Dezember dieses Jahres tagenden Konferenz des in Amsterdam konstituierten Antikriegs-Komitees in Paris.[22] Breite Behandlung der dortigen Reden[23] und Beschlüsse in unserer Tages- und Betriebspresse.

2. Massenmäßige Vorbereitung und Durchführung der revolutionären Antikriegs-Konferenzen unserer Partei für die Bezirke Danzig-Ostpreußen, sowie Schlesien und Oberschlesien. Popularisierung der auf diesen Konferenzen gemeinsam mit der polnischen Bruderpartei beschlossenen Proklamationen. Massenverbreitung der Beschlüsse unter den Werktätigen der an Polen grenzenden Gebiete. Auswertung aber auch in der gesamten Reichspresse.[24]

3. In der Zeit vom 3.–10. Januar finden im ganzen Reich große Massenversammlungen und Kundgebungen statt.[25] Neben den öffentlichen Versammlungen werden unsere Bezirke angewiesen, vor allem für die Großbetriebe große Belegschaftsversammlungen zu organisieren. Besonders unsere westdeutschen und schlesischen Bezirke müssen geschichtliche Ereignisse, durch die die betreffenden Betriebe mit dem Ruhrkrieg verbunden sind (passive Resistenz, Erschießung von Belegschaftsmitgliedern durch die französische bzw. polnische Soldateska etc.), zum Anlaß nehmen, unsere Offensive in den Betrieb zu tragen. – Die Versammlungen stehen unter dem Motto: Vor 10 Jahren Ruhrbesetzung! KPD im Kampfe gegen imperialistische Kriegsverbrecher! Nur Kommunismus zerreißt die Versailler Ketten!

Es muß uns unter allen Umständen gelingen, die Offensive in der geplanten Kampagne anläßlich der 10jährigen Wiederkehr der Ruhrbesetzung zu bekommen, um nationalsozialistische Manöver der faschistischen Bourgeoisie zu verhindern. Unsere Parteibezirke, besonders auch der Bezirk Oberschlesien, müssen jetzt bereits mit der Vorbereitung der Kampagne anläßlich der 11jährigen Wiederkehr des Jahrestages des oberschlesischen Plebiszit-Betruges beginnen.

4. Am 11. Januar 1933, am Tage der 10jährigen Wiederkehr des Einmarsches der französisch-belgischen Truppen in das Ruhrgebiet, müssen im gesamten Reiche

RF Nr. 7 vom 8. 1. 1933. Der Beschluß zur verstärkten internationalen Zusammenarbeit wurde in *RF* Nr. 8 vom 10. 1. 1933 veröffentlicht, die Deklaration über Österreich in *RF* Nr. 9 vom 11. 1. 1933. Vgl. Chronik S. 304.

21 Lücke in der Vorlage.

22 Die in Paris tagende Konferenz des Antikriegskomitees war die erste Konferenz des auf dem Internationalen Kongreß gegen den imperialistischen Krieg im August 1932 in Amsterdam gewählten „Weltkomitees gegen den imperialistischen Krieg". Die Tagung beschloß eine allgemeine politische Resolution, in der auf die Zuspitzung der Kriegsgefahr hingewiesen wurde. Ferner wurde eine Reihe von Beschlüssen zur Lage in verschiedenen Ländern (China, Indien, Südamerika) gefaßt. Vgl. dazu *RF* Nr. 227 vom 29. 12. 1932: „Flammenzeichen von Paris. Die Bedeutung der Beschlüsse des Antikriegskomitees für das deutsche Proletariat."

23 In der Vorlage: Helden.

24 Über solche Grenztreffen mit der Polnischen Kommunistischen Partei berichtete *Die Rote Fahne* nichts. Auch die erwähnten Proklamationen sind dort nicht zu finden.

25 Am 4. Januar fand in Berlin eine Massenkundgebung der KPD statt, an der nach Angaben der *Roten Fahne* über 100 000 Menschen teilnahmen. Vgl. *RF* Nr. 4 vom 5. 1. 1933. Bereits am Tage zuvor hatten in Essen, Dortmund und zahlreichen anderen Städten des Ruhrgebiets kommunistische Demonstrationen stattgefunden. Vgl. dazu den Artikel „Unsere Partei beherrscht die Straßen!", *RF* Nr. 4 vom 5. 1. 1933.

große Massendemonstrationen, Massenaufmärsche, internationale Meetings unter den gleichen Losungen wie unter Punkt 3 abgehalten werden.[26]

5. In den darauffolgenden Wochen müssen unsere Grenzbezirke Ostpreußen, Oberschlesien, Schlesien, Baden, Württemberg, Mittelrhein, Niederrhein, Ruhrgebiet, Hamburg revolutionäre Grenzlandkundgebungen gemeinsam mit den Bruderparteien der an diese Bezirke angrenzenden Länder durchführen. Mit den Bruderparteien muß sofort das Auftreten ausländischer Redner vereinbart werden; diese Grenzlandkundgebungen gilt es ferner auch durch Massenteilnahme ausländischer Proletarier der Grenzbezirke zu gigantischen Kundgebungen des revolutionären Internationalismus zu gestalten.

6. Auf allen Versammlungen und Kundgebungen gilt es, Telegramme und Begrüßungsschreiben an unsere französische, polnische, belgische etc. Bruderparteien bzw. an die Belegschaften bestimmter ausländischer Großbetriebe (besonders der Rüstungsbetriebe) anzunehmen.

7. Es empfiehlt sich, als Redner in unseren Massenkundgebungen und Massendemonstrationen besonders auch solche Genossen zu verwenden, die während des Ruhrkrieges bzw. in Oberschlesien an Ort und Stelle revolutionäre Arbeit verrichteten bzw. von der Besatzungsbehörde zu Kerkerstrafen verurteilt wurden, die ausgewiesen wurden etc. Besonders gilt das für unsere Grenzbezirke.

8. Unsere gesamte Presse muß in starkem Maße zum Träger und Helfer unserer verstärkten Massenoffensive gegen imperialistische Kriegspolitik und gegen Versailles werden. Wir schlagen deshalb unserer Presse vor:

a) Anfang Januar besondere Artikel und besondere Seiten zur Ruhrbesetzung bringen.[27]

b) Abdruck internationaler Dokumente, wie Aufrufe, Beschlüsse etc., die unsere revolutionäre und internationale Stellung und Kampfmobilisation zur Zeit des Ruhrkrieges aufzeigen.[28] (Unsere westdeutschen Zeitungen müssen besonderes Material zusammentragen, der Pressedienst wird ebenfalls Material bringen, das von der Reichspresse ausgewertet werden kann.)

c) Abdruck von Arbeiterkorrespondenzen über Erlebnisse aus der Zeit des Ruhrkrieges bzw. des Kampfes in Oberschlesien, Behandlung solcher Probleme wie: Rolle der SPD, Erfahrungen aus der Zeit des passiven Widerstandes. Der Streik als politische Kampfwaffe gegen soziale und nationale Unterdrückung, Verbrüderung der Arbeiter mit den Besatzungssoldaten. Revolutionäre antimilitaristische Arbeit deutscher und französischer Jungkommunisten etc.

d) Durch die *Inprekorr*, den *Pressedienst*, durch die kommunistische Rhein-Ruhr-

26 Am 11. 1. brachte *Die Rote Fahne* auf der Titelseite einen Aufruf *Thälmanns* zur zehnjährigen Wiederkehr der Ruhrbesetzung sowie einen Demonstrationsplan für Berlin. Vgl. *RF* Nr. 9 vom 11. 1. 1933. Über die Durchführung der angekündigten Demonstrationen berichtete die Zeitung in den folgenden Tagen jedoch nichts.

27 *Die Rote Fahne* eröffnete am 8. Januar die Pressekampagne zur Ruhrbesetzung mit dem Artikel: „Reißt hoch das Banner unseres Internationalismus! Gegen Versailler Raubsystem, gegen Kriegsgefahr und Chauvinismus! Im Zeichen der zehnjährigen Wiederkehr der Ruhrbesetzung". Vgl. *RF* Nr. 7 vom 8. 1. 1933.

28 Vgl. etwa „Massenstreik über Berlin. Aus den Ruhrkriegstagen 1923". *RF* Nr. 10 vom 12. 1. 1933. „Wir schlugen die Separatisten!" von W. *Florin*. *RF* Nr. 11 vom 13. 1. 1933.

Presse und durch die Presse in Schlesien und Oberschlesien müssen unverzüglich französische, belgische und polnische Soldatenkorrespondenten besorgt werden. Darin Schilderungen revolutionärer Tätigkeit der Jungkommunisten[29] unter den Besatzungstruppen, Meutereien, Verbrüderungsaktionen mit den deutschen Arbeitern. Die Reichspresse muß diese Materialien von *Inprekorr*, *Pressedienst*, oberschlesischer und Rhein-Ruhr-Presse auf breitester Grundlage auswerten.

e) Die ganze Kampagne darf keinesfalls jubiläums- oder vereinsmäßig geführt werden, sondern muß, mit revolutionärem Inhalt gefüllt, in engster Verbindung mit den aktuellen politischen Tagesproblemen stehen.

9. Wir verweisen noch auf die besonderen Aufgaben des Kommunistischen Jugendverbandes anläßlich der 10jährigen Wiederkehr der Ruhrbesetzung. Alle Bezirke werden auf die wichtigen Beschlüsse der Reichsparteikonferenz in der Jugendfrage aufmerksam gemacht und werden ersucht, alle Maßnahmen des KJVD in weitgehendstem Maße zu unterstützen und dem Jugendverband die beste Hilfe der Partei zuteil werden zu lassen.

Mit besonderer Initiative muß der im *Leipart*-Kurs verstärkt zum Ausdruck kommende Faschisierungsprozeß der Gewerkschaften anläßlich der von *Leipart*, *Eggert* und Co. verfochtenen Unterstützung der Aufrüstungs- und Militarisierungsbestrebungen der *Schleicher*-Diktatur, in unserer Kampagne innerhalb der Gewerkschaften herausgearbeitet werden. (*Leipart*-Interview ausnutzen!)[30] Dabei Hinweis auf die verräterische Rolle der SPD und des ADGB beim Ruhreinmarsch 1923: Burgfrieden der SPD und des ADGB mit der Bourgeoisie, gemeinsame chauvinistische Front von den Hakenkreuzlern bis zu *Sollmann*, *Hilferding*, *Ebert* etc. Hinweis auf die gleiche verräterische Politik von heute, die konsequenterweise zu neuen Kriegsabenteuern der Bourgeoisie ermuntern muß. Einbringung von Anträgen innerhalb der Gewerkschaftsverbände gegen *Leipart*-Kurs, Ausschluß der Kriegspolitiker aus dem ADGB fordern. Annahme von Solidaritätserklärungen und Aufrufen für den sozialen und nationalen Freiheitskampf der KPD, für die Sowjetunion und für die Beschlüsse unserer internationalen Konferenzen.

Diese sämtlichen Vorschläge müssen durch besondere bezirkliche Maßnahmen ergänzt werden. Entsprechend der sich verändernden politischen Situation müssen unsere Bezirke selbständig auf die neu eintretenden Ereignisse reagieren und die gesamte Kampagne im engsten Zusammenhang mit [. . .][31] und als unseren Kampf gegen die faschistische *Schleicher*-Diktatur, gegen die Kapitaloffensive, sowie gegen die drohenden Verbotsmaßnahmen gegen die Kommunistische Partei und den kommunistischen Jugendverband durchführen.

V. Anfang Januar wird ein besonderes Referentenmaterial des ZK für die Versammlungskampagne anläßlich der 10jährigen Wiederkehr der Ruhrbesetzung erscheinen.[32] Sämtliche Grenzbezirke müssen jedoch besonders eigene Dispositionen, Broschüren etc. herausbringen.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Sekretariat./E.

---

29 In der Vorlage: Jungkommissionen.

30 Vgl. dazu Dok. 82. Anm. 6.

31 Lücke in der Vorlage.

32 Dieses Referentenmaterial liegt nicht vor.

ZK-Sekretariat Berlin, den 22. Dezember 1932

An alle Bezirksleitungen und Redaktionen!

Berichtigung zum Rundschreiben Nr. 28

Im Rundschreiben Nr. 28 vom 21. 12. 1932:

„Anweisungen des Sekretariats über verstärkte Massenoffensive gegen imperialistische Kriegspolitik, Chauvinismus und Versailler Diktat" sind einige Schreibfehler unterlaufen.

Auf Seite 5 in Punkt 12, 7. Zeile muß es heißen: „. . . – den internationalen proletarischen Kampf zu führen gegen die nationale Unterdrückung der nationalen Minderheiten, gegen den nationalistischen Terror, für das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen . . ."

Im selben Punkt muß es auf der 5. Zeile von unten hinter: „Vereinigung mit Deutschland" heißen:

„(Saargebiet und Danzig)"

Die Losung der Vereinigung mit Deutschland bezieht sich selbstverständlich nicht auf Elsaß-Lothringen usw.

Auf Seite 6, 5. Zeile sind die in Klammern gesetzten Worte „Wir und die unterdrückten deutschen Minderheiten" in Wirklichkeit die Überschrift für den darauffolgenden neuen Absatz. Diese Worte haben nichts mit dem vorangehenden Satz zu tun.

Die vorstehenden Korrekturen müssen bei der Auswertung des Rundschreibens berücksichtigt werden.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Sekretariat

85.

22. 12. 1932: Rundschreiben der Agitpropabteilung des ZK zur „ideologischen Offensive"

BA R 45/IV–17, 36; Hektographiertes Rundschreiben. Überschrift: „LLL = Kampagne im Zeichen der ideologischen Offensive des revolutionären Marxismus-Leninismus.[1] ZK-Agitprop. An die Bezirksleitungen! Agitprop."

„Die Erziehung der Partei ist stets auch Arbeit für die Steigerung ihrer Kampfkraft. Wenn wir mit allen Kräften daran gehen, das politische Niveau unserer Partei zu heben und zu verbessern, so ist das zugleich Arbeit an den Massen, um die Partei und mit ihr die Arbeiterklasse aktionsfähiger für die großen und schweren Aufgaben des

1 LLL-Feier, vgl. Dok. 84, Anm. 18.

revolutionären Freiheitskampfes gegen die Diktatur der Bourgeoisie, für die Diktatur des Proletariats zu machen."
(Gen. *Thälmann* in der *Internationale*
Heft 11/12 – 1931)[2]

Werte Genossen!

Im Sinne dieser Worte des Genossen *Thälmann*, die vor jetzt genau einem Jahr gesagt wurden, gilt es, im Monat Januar anläßlich der LLL-Kampagne, die in Verbindung mit dem 14. Jahrestag der Partei der Auftakt für die *Karl-Marx*-Kampagne, (50. Todestag im März) ist, verstärkt eine breite ideologische Offensive des Leninismus in den Betrieben, Stempelstellen und Gewerkschaften zu entfalten. Stärkung der Kampfkraft der Partei, das heißt, aus Zehntausenden neuer, in die Partei eingetretener Arbeiter und Arbeiterinnen Agitatoren, Propagandisten und Kampforganisatoren des Kommunismus gegen die faschistische Diktatur, für die Tagesforderungen und die Erkämpfung des revolutionären Auswegs aus der Krise zu erziehen.

Im Zeichen der großen Zuspitzung der Klassengegensätze, des revolutionären Aufschwungs muß die LLL-Kampagne des Jahres 1933 über die frühere Form historischer Gedenkfeiern hinaus eine höhere Stufe des Kampfbewußtseins unserer Partei gegen die Klassenfeinde des Proletariats zum Ausdruck bringen, und im Zeichen unserer Agitation und Propaganda für Massenaktionen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen im Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub – für Zurückeroberung der alten Löhne – für Brot, Kartoffeln und Kohle stehen.

Im Sinne des lebendigen Leninismus führen wir die LLL-Kampagne. Ausgehend von den aktuellen Ereignissen des Klassenkampfes knüpfen wir an die revolutionären Leistungen, an die historischen Tatsachen des heldenmütigen Kampfes der Genossen *Lenin*, *Liebknecht* und *Luxemburg* an und mobilisieren die Massen zu Kampfaktionen.

LLL-Kundgebungen – Auftakt zur Karl-Marx-Kampagne

Die LLL-Kampagne gibt uns gleichzeitig die Möglichkeit zu einem wuchtigen Auftakt der *Karl-Marx*-Kampagne (50. Todestag von *Karl Marx* im März). Gegen die freche Provokation der sozialdemokratischen Parteileitung, die unter dem Thema „Wir und *Karl Marx*" im März den Parteitag der SPD einberufen hat,[3] antworten wir mit einer gesteigerten ideologischen Offensive, um [es] den Massen der sozialdemokratischen Arbeiter zu erleichtern, die Betrugsmanöver ihrer Führer zu durchschauen. Gegen den Bankrott der Theorien und der Politik der sozialfaschistischen Führer können wir den machtvollen Triumph des Marxismus-Leninismus, der seinen bisher vollendetsten Ausdruck in der Sowjetunion, sowie in der richtigen Politik unserer Partei findet, setzen.

Wir sind die einzige Partei des Marxismus, wir sind die einzige Partei des Leninismus, der – wie Genosse *Stalin* sagt – nichts anderes ist als der revolutionäre Marxismus in der Epoche der proletarischen Revolution. Wir, die Partei von *Karl Marx*, *Lenin*, *Liebknecht* und *Luxemburg* können und werden nicht zulassen, daß der 50. Todestag von *Karl Marx* den sozialfaschistischen Führern nichts weiter als

2 Vgl. Dok. 57, Anm. 4.

3 Der für den 12. März 1933 festgesetzte turnusmäßige Parteitag der SPD fand nicht mehr statt.

ein willkommener Anlaß ist, aufs neue schamlos die Massen als „marxistische Partei" zu betrügen und irrezuführen.

Abrechnung mit den Verfälschern des Marxismus.

In dieser Kampagne rechnen wir verstärkt mit den Verfälschern des Marxismus ab, rechnen wir mit all denen ab, die den wissenschaftlichen Sozialismus geschändet und die Sozialdemokratie zur festesten Stütze des Kapitalismus in den kapitalistischen Ländern gemacht haben, und propagieren gegen sie den revolutionären Marxismus-Leninismus. An konkreten Ereignissen müssen wir vor den Massen den sozialfaschistischen Charakter der II. Internationale entlarven. Diese „Sozialisten" haben den blutigen *Pilsudski* in Polen an die Macht gebracht, der Kriegs-„Sozialist" *Paul Boncour* bildet heute als einer der festesten Vertreter des Versailler Systems die Regierung der französischen Bourgeoisie, der englische Sozialdemokrat und Führer der Arbeiterpartei, *MacDonald*, ging mit fliegenden Fahnen offen ins Lager der „nationalen" Bourgeoisie über. In Deutschland ist es *Leipart*, der – wie sein Interview mit dem Vertreter der Pariser Zeitung *Excelsior* zeigt – die Gewerkschaften offen zu einem Instrument der faschistischen Staatsorgane zur gesteigerten Ausplünderung der Massen machen will.[4]

14 Jahre KPD

Im Zeichen des revolutionären Aufschwungs der Arbeitermassen begeht unsere Partei, die einzige Partei der Arbeiterklasse, ihren 14. Jahrestag. Aus diesem Anlaß arbeiten wir verstärkt vor den Arbeitermassen – vor allem der Betriebe – die Bedeutung der Rolle unserer revolutionären Partei heraus und müssen neue Zehntausende vor allem von Betriebsarbeitern in die Reihen der Partei führen. Wir sind unter der Führung unseres Zentralkomitees mit dem Genossen *Thälmann* an der Spitze in diesem Jahre der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse einen Schritt näher gekommen. Jetzt gilt es, kühn und revolutionär nachzustoßen, die besten Elemente der Betriebsarbeiter, der gewerkschaftlich organisierten Proleten und Erwerbslosen unter unserem Banner zusammenzufassen.

In einem ununterbrochenen Kampf gegen Opportunismus und Sektierertum hat unsere Partei sich seit ihrer Gründung in immer stärkerem Maße bolschewisiert. Nicht zuletzt ist es das Verdienst des Genossen *Thälmann*, daß unsere Reihen von allen feigen Opportunisten, Versöhnlern und Sektierern gesäubert wurde, daß der Prozeß der Bolschewisierung unsere Partei in immer stärkerem Maße befähigte, sich an die Spitze des Kampfes der Arbeiterklasse gegen ihre Todfeinde zu stellen und ihre Kämpfe zu organisieren und zu führen.

Während die Sozialdemokratie, getreu ihrer Rolle als der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie, alle Kämpfe der Arbeiterklasse abzuwürgen versucht, sie durch ihre Politik der faschistischen Diktatur den Weg geebnet hat, steht unsere Partei an der Spitze des Kampfes gegen die faschistische Diktatur – für die Verteidigung der Lebensinteressen aller Werktätigen.

Während die Sozialdemokratie die Sache des Marxismus geschändet und verraten hat, ist unsere Partei die einzige Organisatorin der Einheitsfront für den antifaschistischen und antikapitalistischen Kampf der unterdrückten und ausgebeuteten Massen.

---

4 Zum *Leipart*-Interview vgl. Dok. 82, Anm. 6.

Während die Sozialdemokratie – wie 1914 – offen in der Front der Kriegshetzer und des Versailler Systems steht, ist es unsere Partei, die seit 1919 den entschlossensten Kampf gegen das Versailler System, gegen *Dawes*- und *Young*-Tribute – für den proletarischen Internationalismus organisiert und geführt hat.

Während die Sozialdemokratie in allen Ländern des Versailler Systems jeweils den Kurs ihrer eigenen „nationalen" Bourgeoisie mitmacht, sind wir Kommunisten als wirkliche proletarische Internationalisten die einzigen, die den gemeinsamen Kampf der deutschen, französischen, englischen, polnischen Arbeiterschaft gegen die Kriegsgefahr – für soziale und nationale Befreiung führen.

Die verbrecherische Politik der ADGB- und SPD-Bürokratie, die heute hinter einem heftigen Oppositionsgeschrei und neuen Betrugsmanövern die Tatsache vertuschen wollen, daß sie die *Schleicher*-Diktatur unterstützen, muß von uns zu einem entscheidenden Stoß für die Gewinnung großer Massen von sozialdemokratischen und freigewerkschaftlich organisierten Proleten ausgenutzt werden. Im Zeichen der Antifaschistischen Aktion müssen wir diese Arbeiter, die immer noch zu großen Teilen von den antifaschistischen Phrasen ihrer Führer eingefangen wurden, für die wirkliche antifaschistische und antikapitalistische Front unter Führung unserer Partei gewinnen.

Die Beschlüsse des XII. EKKI-Plenums und unserer Parteikonferenz[5] nicht nur anerkennen, sondern durch unsere revolutionäre Massenarbeit die leninistischen Traditionen bolschewistisch in die Praxis umsetzen, das heißt, in wirklich leninistischem Sinne unsere Kampagne zu führen.

Stärker denn je müssen wir in Verbindung mit der Organisierung der kleinsten Teilkämpfe zur Verteidigung der Lebensinteressen der werktätigen Massen betonen, daß die wichtigste Bedingung für den Ausweg aus der Krise, für die Rettung aus der drohenden Katastrophe der kapitalistischen Anarchie die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ist.

Kampf den Betrugsmanövern der Bourgeoisie und ihrer Lakaien

Eine energische massenmäßige Agitation und Propaganda muß gegen alle Betrugsmanöver der Bourgeoisie und ihrer Lakaien geführt werden.

1. Vor den Augen der Arbeitermassen muß der Schwindel, der unter der *Papen*-Regierung eingeleitet wurde und von der *Schleicher*-Diktatur fortgesetzt wird – daß man sozusagen am Tiefpunkt der Krise angelangt sei –, von uns entlarvt werden. Es gilt, das Fazit der *Papen*-Regierung vor den Massen durch Tatsachen zu illustrieren. Weitere maßlos gesteigerte Ausplünderung der werktätigen Massen, während Millionenvorräte an Brot, Kartoffeln, Kohle verkommen, mehr als 7000 neuer Bankrotterklärungen kleiner und größerer Firmen, die Tatsache, daß mehr als die Hälfte der Produktionsmittel nicht ausgenutzt werden, die Vergrößerung der Erwerbslosenzahl usw. zeigen, daß die Wucht der Krise unvermindert anhält. Mit verschärftem Terror, mit Zerstörung der revolutionären Arbeiterorganisationen, mit verstärkten sozialen Betrugsmanövern, mit weiterer ungeheurer Senkung der Lebenshaltung der werktätigen Massen versucht die Bourgeoisie, durch die *Schleicher*-Diktatur ihre Herrschaft weiter zu sichern.

2. Überall in den Reihen der eigenen Partei und in den Massenkundgebungen muß

5 Vgl. Dok. 75, Anm. 3, Dok. 77, Anm. 2.

auf der Linie der Partei Klarheit über den Charakter der faschistischen Diktatur geschaffen, das neue Betrugsmanöver der SPD, *Schleicher* als „kleineres Übel" gegenüber der *Hitler*regierung darzustellen, zurückgeschlagen werden.

Tragt die ideologische Offensive in die Reihen der Nazi-Anhänger

3. Ohne im geringsten unseren Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie abzuschwächen, steigern wir jetzt unsere ideologische Offensive gegen die niedergehende Nationalsozialistische Partei um ein Vielfaches. Mit einem Ruck verstärken wir jetzt auch an dieser Front unsere Arbeit, tragen wir unsere ideologische Offensive in die Massen der enttäuschten Nazianhänger, um aus diesen ungeheuren Menschenmassen, die bisher Reserven der Bourgeoisie zur Niederhaltung der Arbeiterklasse gewesen sind, Reserven im Kampf der Arbeiterklasse um die politische Macht gegen die faschistische Diktatur zu gewinnen. Die volksfeindliche Politik der NSDAP, die Tatsache der Tolerierung der *Schleicher*-Diktatur durch die NSDAP-Führer auch im Parlament, die Zersetzungserscheinungen im Führerapparat der NSDAP, die in einzelnen Teilen Deutschlands tiefgehende Rebellion der Mitgliedermassen der NSDAP[6] verpflichten uns, mit aller uns zur Verfügung stehenden Energie den Kampf um die Loslösung dieser Massen von dieser Partei der Kapitalsknechte und des Volksverrats zu führen.

Der Kampf gegen Kriegshetze – für proletarischen Internationalismus

Es muß ganz offen vor der Partei ausgesprochen werden, daß das Auftreten des Genossen *Thälmann* in Paris[7] in der gesamten Agitation und Propaganda unserer Partei im Kampf gegen die chauvinistische Kriegshetze, das Versailler System und die imperialistische Kriegsgefahr unterschätzt wird.

Zeigt vor den Massen auf, wie Krise und Versailler System überall neue Kriegsbrandherde geschaffen haben. Zeigt vor den Massen auf, daß gerade in der nationalen Frage wir in der Sowjetunion einen lebendigen Triumph des Leninismus sehen, während sich in Westeuropa tagtäglich neuer imperialistischer Kriegszündstoff häuft. Die Verschärfung der imperialistischen Spannung zwischen Deutschland und Frankreich einerseits (Saargebiet, Elsaß-Lothringen usw.), Deutschland und Polen andererseits (Oberschlesien, Danzig, Polnischer Korridor), das Wettrüsten der imperialistischen Staaten, rollen hier das revolutionäre Auftreten des Führers unserer Partei, des Genossen *Thälmann*, in Paris, im Herzen des imperialistischen Frankreich, in seiner ganzen Bedeutung auf, der im Zeichen der heranreifenden revolutionären Krise das deutsche, französische und polnische Proletariat zum Kampf gegen die chauvinistischen Kriegshetzer, zum Kampf gegen die eigene Bourgeoisie ruft.

10. Jahrestag der Ruhrbesetzung

Die Tatsache der 10jährigen Wiederkehr der Ruhrbesetzung wird die Bourgeoisie zweifellos zum Anlaß einer gewaltigen Steigerung ihrer chauvinistischen Hetze nehmen. Halten wir die Traditionen unserer Partei im Kampf für den proletarischen Internationalismus hoch. Unsere Partei war es, die als einzige konsequente,

6 Gemeint ist wohl die Niederlegung der Ämter in der NSDAP durch Gregor *Strasser* am 8. Dezember 1932 und die folgende Krise der Parteiorganisation.

7 Vgl. dazu Dok. 79, Anm. 1 und 4.

internationale proletarische Partei gemeinsam mit dem französischen Proletariat den Kampf gegen den imperialistischen Vorstoß der französischen Imperialisten geführt hat, während die Sozialdemokratie hüben wie drüben gemeinsam mit den deutschen und französischen Kapitalisten sich über die Niederwerfung des Ruhrproletariats einigte. Unsere Kommunistische Jugend war es, die während der Ruhrbesetzung hervorragende antimilitaristische Arbeit leistete. Die Wiederkehr des 10. Jahrestages der Ruhrbesetzung muß von uns zum Anlaß genommen werden, die besten Traditionen des leninistischen Kampfes gegen den imperialistischen Krieg zu verbinden mit unserer ideologischen Offensive für den proletarischen Internationalismus im Kampfe für die soziale und nationale Befreiung. Auf der Basis des Leninismus führen wir diese Kampagne auf der Grundlage der Lehren *Lenins*.[8]

Die Bolschewiki – die einzigen konsequenten Vertreter des revolutionären Marxismus

Die Ereignisse seit 1918 haben vor den Augen der Arbeiterklasse unwiderleglich bestätigt, daß die Bolschewiki die einzigen konsequenten Vertreter einer revolutionären marxistischen Theorie gewesen sind. Gerade im Zeichen unserer ideologischen Offensive müssen wir an Hand des Briefes des Genossen *Stalin* verstärkt Klarheit über die Rolle der Linken in der Vorkriegssozialdemokratie schaffen und aufzeigen, daß zwischen den Bolschewiki und den Linken in der Vorkriegssozialdemokratie in einer Reihe prinzipieller Fragen grundlegende Differenzen bestanden.[9] So in der Frage der Organisation (der Trennung von den Revisionisten), der nationalen und der Bauernfrage usw. Es hat sich gezeigt, daß allein die Bolschewiki unter Führung *Lenins* konsequent den revolutionären Marxismus verfochten und in der Oktoberrevolution zum Siege geführt haben.

Die LLL- und *Karl Marx*-Kampagne geben uns in Verbindung mit den Lehren der letzten Streikwelle, dem Auftreten des Genossen *Thälmann* in Paris in unserem Kampfe gegen Kriegsgefahr, gegen das Versailler System, in unserer Stellung zum sozialen und nationalen Befreiungskampf die Möglichkeit, in der Partei noch vorhandene Überreste luxemburgischer Tradition zur Frage der Spontaneität, also der ungenügenden Erkenntnis der Rolle der Partei, der nationalen Frage, der Frage der Verbündeten im Kampf des Proletariats (Bauernfrage) zu überwinden.

Die Sowjetunion der lebende Triumph des Marxismus-Leninismus.

Unsere Agitation und Propaganda gegen die wüste Antisowjethetze unserer Gegner von der Sozialdemokratie bis zu den Nazis ist völlig ungenügend. Der ununterbrochene Aufstieg des sozialistischen Aufbaues der Sowjetunion, die unter der Führung der Bolschewiki den Weg zur klassenlosen Gesellschaft geht, wird von uns viel zu wenig und, wo es geschieht, ungenügend ausgewertet. Die Sowjetunion ist der lebendige Beweis für die Richtigkeit unserer These, daß es nur einen Ausweg aus der Krisenkatastrophe des Kapitalismus gibt: die Diktatur des Proletariats, den Sozialismus. Wir müssen den Arbeitern die sozialistischen Errungenschaften näher bringen, als das bisher der Fall war. Wir sprechen viel zu viel nur von den gigantischen Zahlen des sozialistischen Aufbaues und verstehen zu wenig, den Arbeitern klar und einfach

8 Vgl. zur geplanten Ruhr-Kampagne die ausführlichen Anweisungen in Dok. 84.

9 Vgl. Dok. 57, Anm. 2.

die Errungenschaften für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen verständlich zu machen, die ihnen die Diktatur des Proletariats bringt.

Wir müssen uns daran gewöhnen, schärfer und klarer vor den Arbeitermassen herauszuarbeiten, daß die Bolschewiki in der Sowjetunion im vordersten Feuer des internationalen Klassenkampfes gegen den imperialistischen Krieg und das internationale kapitalistische System stehen.

Welche Hauptgesichtspunkte – ohne diese hier erschöpfend zu behandeln – sollen wir in unserer Agitation und Propaganda für die Sowjetunion sehen?

1. Die Sowjetunion ist der lebendige Triumph des Marxismus-Leninismus. Ihre Existenz weist vor den Augen der Werktätigen aller Welt die ungeheure Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftsprinzips gegenüber der kapitalistischen Anarchie nach.

2. Dem Klasseninhalt der Diktatur der Bourgeoisie muß gegenübergestellt werden der Klasseninhalt der Diktatur des Proletariats: hier eine Handvoll Ausbeuter, ein gewaltiger Unterdrückungsapparat über die überwiegende Mehrheit der ausgebeuteten Massen, dort unter der Diktatur des Proletariats, der proletarischen Demokratie, die Arbeiter und Bauern die Herren der Produktionsmittel und des ganzen Landes.

3. Hier kultureller Niedergang – nationale Unterdrückung, dort unaufhaltsamer kultureller Aufstieg, nationale Freiheit.

4. In den imperialistischen Ländern Aufrüstung, Kriegshetze, der die Sowjetunion seit ihrem Bestehen eine stetige und konsequente Friedenspolitik entgegengesetzt hat. (Auswerten *Manuilski*-Rede auf dem XII. Plenum.)[10]

Die Friedenspolitik der Sowjetunion ist für uns eine Waffe, der chauvinistischen Hetze und den Kriegsvorbereitungen der Imperialisten entgegenzuwirken. Niemals dürfen wir vergessen, daß diese imperialistischen Kriegsspannungen – wenn eine entsprechende Situation für die Imperialisten eintritt – sofort und plötzlich umschlagen können in einen konterrevolutionären Krieg gegen die Sowjetunion. Keinen Moment dürfen wir zögern, den Massen zu erklären, daß die Nichtangriffspakte zwischen [der] Sowjetunion und einzelnen kapitalistischen Ländern, die die UdSSR als die einzige Friedensmacht der Erde zeigen, für die imperialistischen Kriegshetzer, wenn sie ihre Stunde gekommen glauben, nichts als ein Fetzen Papier sein werden.

Massenagitation und Propaganda im Zeichen des revolutionären Aufschwungs.

Unter diesen Gesichtspunkten gilt es, die ganze LLL-Kampagne für die Verbreiterung unserer Kampfaktionen und Steigerung unserer Aktionsfähigkeit durchzuführen. Organisiert in allen Betrieben und an den Stempelstellen Massenkundgebungen, die die Maßnahmen der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Partei und die Arbeiterklasse durch ihre Massenmäßigkeit unwirksam machen. Verstärkt den Aufbau und den Ausbau der Opposition in den Gewerkschaften, indem Ihr im Zeichen der LLL-Kampagne jede, auch die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um diese

10 D. Manuilski. Die Sowjetunion und das Weltproletariat. Bericht auf dem XII. Plenum des EKKI (September 1932). o. O. 1932. Vgl. auch *Inprekorr* Nr. 86 vom 18. 10. 1932. S. 2737 ff. Vgl. dazu auch W. Florin. Die Wahrheit über die Sowjetunion. Rede auf der Parteikonferenz der KPD. Berlin Oktober 1932.

Arbeiter dem ideologischen Einfluß ihrer Führer zu entreißen und in gemeinsame Kampfaktionen zu führen. Kein Betrieb, keine Stempelstelle ohne Betriebszeitung und ohne Stempelstellenzeitung, ohne Flugblatt. Keine Gewerkschaftsversammlung ohne unser Agitations- und Propagandamaterial.

Im Zeichen der LLL-Kampagne veranlaßt in den Zellen konkrete Beschlüsse für die Bearbeitung von Betrieben für die Gewinnung von Betriebsarbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern – im sozialistischen Wettbewerb; veranlaßt in den Zellen die Ausarbeitung von Plänen, in denen Ihr festlegt, wieviel und welche Kurse in den Zellen im Monat Januar durchgeführt werden, welche Betriebszellen Ihr neu gründen wollt in Betrieben, wo noch keine Zellen von uns vorhanden sind; wieviel Betriebsarbeiter Ihr der Partei zuführen wollt.

Gebt Anweisungen, die den Zellen helfen, heraus. Bereitet eine gute Agitation und Propaganda auch für die öffentlichen Kundgebungen vor, sorgt in den Betriebs-, Stempelstellen- und öffentlichen Versammlungen für gute Ausschmückung mit unseren Losungen!

Vorwärts, an die Arbeit! Zeigt, daß Ihr in wirklich leninistischem Sinne die LLL-Kampagne zu einer Steigerung der Aktionsfähigkeit der Partei gestaltet, um die Massen verstärkt zu Kampfaktionen für die Verteidigung ihrer Lebensinteressen gegen die *Schleicher*-Diktatur zu führen.

Mit kommunistischem Gruß
ZK-Agitprop

86.

19. 1. 1933: Rundschreiben des Sekretariats über Schwächen der Arbeit

StA Bremen, 4,65–IV 13 k; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Zentral-Komitee der KPD, Sekretariat. Rundschreiben Nr. 1 an alle Bezirksleitungen und Redaktionen! Mitteilungen des Sekretariats."

Werte Genossen!

Wir weisen im nachfolgenden auf eine Reihe von Schwächen und Mängel hin, die sich in den letzten Tagen und Wochen bei einer Reihe von Bezirken und ihren Parteiorganen herausgestellt haben. Wir ersuchen die Sekretariate um gemeinsame Aussprache mit den Redaktionen über die aufgeworfenen Fragen und um die Liquidierung der vorhandenen Schwächen und Mängel.

1. Von einer Kampagne für unseren Betriebsrätewahlkampf ist in einem Teil unserer Presse noch nicht viel zu verspüren.[1] Es fehlt die grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Reformisten, die Konkretisierung, wie sich der *Leipart*-Kurs in der Politik dieser oder jener Ortsverwaltungen der Gewerkschaftsbürokratie äußert. Die Behandlung des Betriebsrätewahlkampfes erfolgt zum Teil in einem rein ökonomischen Sinne. Das bedeutet eine große Gefahr, weil das politische Moment, unser

1 Zur Durchführung der Betriebsrätewahlen vgl. die Anweisungen in Rundschreiben 25 vom 14. Dezember 1932, Dok. 82.

Kampf gegen die faschistische *Schleicher-Bracht*-Diktatur, unser Kampf gegen den Faschismus überhaupt ein wichtiger Mobilisierungsfaktor auch für die Wirtschaftskämpfe und für unseren Betriebsrätewahlkampf darstellt. Es fehlen in unseren Tages- und Betriebszeitungen die Berichte der roten Betriebsräte, es fehlt ihre Selbstkritik bei gemachten Fehlern, es fehlt zum Teil noch die Anprangerung der Schandtaten reformistischer, nationalsozialistischer und christlicher Betriebsräte, es fehlt die konkrete Linie in der Durchführung unserer Einheitsfrontpolitik.

2. Angesichts der Tatsache, daß in gewissen Schichten der werktätigen Bevölkerung und auch des Proletariats, genährt durch die SPD und den ADGB, große Illusionen und falsche Auffassungen über die Politik des „sozialen Generals" vorhanden sind, ist eine besondere Verschärfung und Entfaltung unserer Offensive gegen die *Schleicher-Bracht*-Diktatur, sowohl durch die Arbeit des gesamten Bezirks, als auch insbesondere durch unsere Presse von besonders großer Wichtigkeit. Das Außerachtlassen und die Nichtdurchführung einer breiten Kampagne in unserer Presse in den letzten Tagen und Wochen zeigt Mängel und Schwächen auf, die unverzüglich behoben werden müssen. Ratsam ist es, viel stärker von der *Schleicher-Bracht*-Diktatur zu sprechen, da *Bracht* bei den sozialdemokratisch orientierten Arbeitermassen und bei den Gewerkschaftsanhängern sehr verhaßt ist (insbesondere durch den 20. Juli und durch die Preußenpolitik),[2] und da *Bracht* unter Umständen in der nächsten Zeit wieder eine besondere Rolle im Zusammenhang mit der geplanten Regierungsumbildung spielen kann. Angesichts der geplanten neuen Manöver der Nazis bei der scheinbaren Durchführung eines „Kampfes" gegen die *Schleicher*-Regierung, müssen wir unbedingt unsere Offensive verstärken, um in den Augen der gesamten breiten werktätigen Massen an der Spitze des Kampfes gegen die *Schleicher-Bracht*-Diktatur zu stehen und von den Massen als die alleinigen Kämpfer gegen die faschistische Regierungs-Diktatur erkannt zu werden.

3. Gerade im Zusammenhang mit der Lippe-Wahl vom vergangenen Sonntag[3] kommen in unserer Presse ernste fatalistische Auffassungen und Stimmungen zum Ausdruck, auf die wir zum Zwecke ihrer Liquidierung eindringlichst aufmerksam machen. Es wird in unzulässiger fatalistischer Art und Weise dargestellt, als wenn etwa bei einer Reichstagswahl die Nazis automatisch, ohne unser Zutun an Stimmen verlieren müssen. Das ist unzulässig. Hier gilt es, die große Bedeutung des subjektiven Faktors, die Rolle unserer Partei aufzuzeigen. Notwendig ist gerade, in diesem Zusammenhang auf die Verschärfung unserer prinzipiellen [Haltung] gegen die SPD und gegen die Politik des „kleineren Übels", auf die Wiederbelebung und breiteste Entfaltung unserer antifaschistischen Aktion gegen den Naziterror und auf die verstärkte ideologische Massenoffensive gegen die NSDAP hinzuweisen.

4. Bei der Charakterisierung der neuen Zerwürfnisse und Konflikte im Lager der

2 Vgl. Dok. 69, Anm. 7.

3 Bei der Landtagswahl in Lippe am 15. Januar 1933 mußte die KPD gegenüber den vorausgegangenen Wahlen Stimmenverluste hinnehmen. So sank ihr Stimmenanteil gegenüber der Reichstagswahl vom 6. November 1932 von 14 601 auf 11 026 Stimmen. Die NSDAP, die ihre gesamte Kraft auf diesen Wahlkampf konzentriert hatte, vermehrte ihre Stimmen von 32 038 auf 38 844, blieb jedoch unter dem Ergebnis vom 31. Juli 1932, als sie in Lippe 42 280 Stimmen erhalten hatte. Dennoch wurde das Wahlergebnis vom 15. Januar 1933 allgemein als Sieg der NSDAP interpretiert und als Beweis dafür angesehen, daß die NSDAP die Krise vom November überwunden habe. Zum Wahlergebnis vgl. Schulthess 1933 S. 20. *RF* Nr. 14 vom 17. 1. 1933.

Bourgeoisie (Großindustrie-Reichslandbund, *Schleicher*-Regierung und großagrarischer Flügel) zeigen sich bei den meisten Parteizeitungen eine Reihe von Schwächen. Anstatt folgerichtig auf Grund unserer marxistischen Analyse die Schwierigkeiten im Lager der Bourgeoisie aus der Verschärfung der Krise und aus dem verstärkten Klassen- und Massendruck von unten abzuleiten, läßt sich unsere Presse vielfach auf ein nach bürgerlichem Muster angelegtes Geschwätz über diese oder jene Regierungskombination ein und betrachtet die zugespitzten Differenzen zwischen den Großagrariern einerseits und der Industrie, sowie dem *Schleicher-Bracht*-Kabinett andererseits losgelöst von dem revolutionären Aufschwung, losgelöst von der wachsenden Radikalisierung der Massen. Das ist ebenfalls unzulässig. Als Beispiele für eine solche ungenügende und unzulässige Stellungnahme sei aus der Stellungnahme einer ganzen Anzahl von Parteizeitungen das *Ruhr-Echo*[4] vom 17. 1. 1933 herausgegriffen, in dem es u. a. heißt:

„Im Hintergrund der neuen Krise der *Schleicher*-Regierung sehen wir die verschärften Kämpfe zwischen den Gruppen der großen Profitausbeuter einerseits, den Gegensatz zwischen dem Industrie- und Agrarkapital, andererseits die Gegensätze zwischen den verschiedenen riesigen Trusts innerhalb des industriellen Kapitalismus und besonders innerhalb des rheinisch-westfälischen Schwerkapitals."

Hier wird also völlig außer acht gelassen die wirkliche Ursache dieser Zuspitzung: Neben der Verschärfung der Wirtschaftskrise auf die in bestimmten Rahmen beschränkten Profitmöglichkeiten des Industrie- und Großkapitals und vor allem auf den durch den revolutionären Aufschwung zum Ausdruck kommenden wachsenden Massendruck, besonders auch der kleinbäuerlichen Schichten, hinzuweisen. Dabei ist zu betonen, daß sich die Nazis und Landbündler in scheinradikaler, raffinierter Weise als angebliche Verfechter kleinbäuerlicher Interessen gegen das Großkapital aufspielen. Die Rolle der Partei [KPD] als Einpeitscherin des revolutionären Aufschwungs und der Radikalisierung der Massen wird völlig vergessen.

Zur richtigen Charakterisierung der angeschnittenen Probleme sei auf einen Absatz aus der Rede des Genossen *Thälmann* auf dem Hamburger Bezirksparteitag hingewiesen, in der er u. a. folgendes sagte:[5]

„Es gilt unmittelbar neue Streik- und Kampfaktionen einzuleiten! Wir müssen gegen Überrumpelungsmanöver und sensationell überraschende Angriffsmaßnahmen gewappnet sein. Die Verhinderung der weiteren Entfaltung, der weiteren Tätigkeit und des Ausbaues, sowie die Verhinderung der Festigung der *Schleicher*-Diktatur hängt in erster Linie und fast ausschließlich ab von der Klassenkraft des Proletariats. Je stärker der Klassendruck von unten wird, um so stärker werden die Differenzen im Lager der bürgerlichen Massenparteien, wird der Zwiespalt zwischen Führung und Masse im Lager der Bourgeoisie, um so heftiger werden sich auch die Zerwürfnisse in den Spitzen der Bourgeoisie und wird sich die Steigerung der Widersprüche und Gegensätze im Lager unserer Klassengegner vollziehen.

Wir Kommunisten, an der Spitze der Kampfbataillone zur Rettung vor Hunger und Frost, an der Spitze im Kampfe gegen Lohnraub, gegen Versailler Knechtschaft und

4 *Das Ruhrecho*. Organ der KPD Bezirk Ruhrgebiet, erschien in Essen.

5 *Thälmann* sprach am 4. Dezember 1932 vor dem Bezirksparteitag Wasserkante in Hamburg. Auszüge der Rede (ohne die im Rundschreiben veröffentlichten Passagen) finden sich in: Antifaschistische Aktion, S. 318 ff. Vgl. auch E. Thälmann. Eine Biographie. Berlin (Ost) 1979, S. 631.

imperialistische Kriegspolitik, wir Kommunisten sind ein Faktor von gewaltiger Kraft und Macht! Wir müssen unsere 6 Millionenarmee, die sich bei der letzten Wahl für den revolutionären Ausweg aus der Krise entschied, aktionsfähig und aktionsbereit machen!"

Wir ersuchen alle Bezirksleitungen und Redaktionen unverzüglich im Zusammenhang mit unserer Offensive zu den Betriebsrätewahlen, die vorhandenen Schwächen und Mängel auszumerzen und die Generallinie unserer Partei durchzuführen.

Gerade unsere Presse muß ein Organisator und Lehrer der Massen für die Klassenkämpfe sein. Gerade unsere Presse muß durch die Politisierung unserer Kader und der proletarischen Klassenarmee helfen, gewisse ökonomische Stimmungen und Tendenzen in Teilen unserer Partei zu überwinden. Gerade unsere Presse muß auf die Faschisierung aller im Dienste des Kapitalismus stehenden Organisationen hinweisen, muß ein Organisator und Führer der Einheitsfront gegen den Faschismus sein und durch die Verbindung der Fragen unseres Endkampfes mit den Tagesfragen das Macht- und Kraftbewußtsein der Arbeiter stärken und den Klassenkampf des Proletariats auf eine Stufe der höheren Reife emporheben!

Mit kommunistischem Gruß
ZK – Sekretariat

87.

28. 1. 1933: Anweisungen des Sekretariats mit Richtlinien zum geplanten SPD-Parteitag

Records ... T–175, 318, 818804–818817; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 3. Anweisungen des Sekretariats. An alle Bezirksleitungen!"

Richtlinien
zu unserer Offensive anläßlich des SPD-Parteitages in Frankfurt a/Main.

A. Die politischen Hauptprobleme.

Wir benutzen den SPD-Parteitag in Frankfurt[1] zu einer Verbreiterung und Verstärkung unserer Einheitsfront-Aktion, zur Klärung und Vertiefung unserer prinzipiellen Kampf-Linie gegen die SPD, zur verstärkten, innergewerkschaftlichen Arbeit und zur Herausschälung unserer grundsätzlichen Stellung zum Staat, zur Krise, zum Kriegsproblem, zur nationalen Frage, zum Faschismus etc. Unsere Diskussionsfragen behandeln die Probleme der faschistischen Diktatur, der Demokratie und der proletarischen Diktatur. Wir behandeln die Lehren der Streik- und Erwerbslosenaktionen, rollen die Fragen der Kampfeswaffen der proletarischen Massen überhaupt auf, treten der „*Marx*"-Demagogie der SPD entgegen, zeigen auf, daß *Marx* uns Kommunisten und dem revolutionären Proletariat gehört und benutzen die gesamte Kampagne als einen Hebel zur Heranführung der Massen an den politischen Massenstreik und Generalstreik.

1 Der für den 12. März 1933 turnusmäßige Parteitag der SPD konnte wegen Verbots nicht mehr abgehalten werden. Statt des Parteitags tagte am 26. April in Berlin eine Parteikonferenz.

Wir müssen die auf dem Frankfurter SPD-Parteitag vorgesehenen „*Marx*"-Referate schon jetzt auf Grund der sozialdemokratischen Theorie und Praxis zerpflücken und der sozialdemokratischen *Marx*-Verfälschung die richtige Lehre *Marx*'ens entgegenstellen.

1. „*Marx* und die Gegenwart", Referat *Hilferding*.

In Verbindung mit diesem Referat und zum 50. Todestag von *Karl Marx* muß eine große öffentliche Kampagne durchgeführt werden, in der der Pseudo-Marxismus der Sozialdemokratie entlarvt und der Marxismus-Leninismus auf revolutionärer Basis propagiert werden.[2]

Hilferding wird den Nachweis versuchen, daß die SPD die einzige marxistische Partei ist und wird versuchen, ihre bürgerliche Politik zur Erhaltung des Kapitalismus als marxistisch hinzustellen. Demgegenüber muß unsere Hauptaufgabe darin bestehen, diesen Betrug zu entlarven und dem Faschismus und Sozialismus[3] den wirklichen unverfälschten Marxismus-Leninismus entgegenzustellen. Hierbei muß die Weiterentwicklung des Marxismus im Leninismus in der Epoche des Imperialismus, der Kriege und der Revolutionen (siehe *Stalin*: „Probleme des Leninismus")[4] scharf herausgearbeitet werden. Die Stellung des Problems des Marxismus-Leninismus in Verbindung mit der Oktober-Revolution und dem sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion und im Gegensatz zur Entwicklung von der bürgerlichen Demokratie zum Faschismus in Deutschland ist die schärfste Beweisführung für die Richtigkeit des revolutionären Marxismus und für die Wiederherstellung und Weiterentwicklung des Marxismus in Deutschland durch die KPD unter der Losung: Die KPD die einzige Partei des Marxismus!

Im Zusammenhang mit *Hilferdings* Referat auf dem Parteitag ist vorauszusehen, daß dort *Marx* vom Standpunkt der formalen Demokratie aus behandelt wird. Aus diesem Grunde muß die Hauptfragestellung sein:

a) Bürgerliche oder proletarische Demokratie?

b) Diktatur des Kapitals oder des Proletariats?

c) Wohin ist die Sozialdemokratie mit der bürgerlichen Demokratie gelangt? Ihre Losung: „Durch Demokratie zum Sozialismus" hat sich in Wirklichkeit verwandelt in: „Durch Weimarer Demokratie zur faschistischen Diktatur".

Erinnerungen an *Hilferding* auf dem Kieler Parteitag:[5] Organisierter Kapitalismus – Weg mit dem Sozialismus.

Erinnerungen an *Dittmann* auf dem Magdeburger Parteitag:[6] Wohin wir blicken – Sozialismus.

---

2 Vgl. zu der geplanten *Marx*-Kampagne der KPD auch Dok. 85. Die öffentliche Kampagne konnte wegen der Verfolgung der Partei und des Verbots ihrer Presseorgane und sämtlicher Kundgebungen nicht mehr stattfinden.

3 Gemeint ist wohl die Sozialdemokratie.

4 J. Stalin, Probleme des Leninismus. Vom Verfasser autorisierte Ausgabe. Wien–Berlin 1926. S. 10.

5 Parteitag der SPD vom 22.–27. Mai 1927 in Kiel. In seinem Referat über die „Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik" formulierte R. *Hilferding* die These vom „organisierten Kapitalismus". Vgl. Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz. Berlin 1927, S. 165 ff., insbes. 168 ff.

6 Parteitag der SPD vom 26.–31. Mai 1929 in Magdeburg. Referat *Dittmann* über die Richtlinien der

Die Lohntheorien *Nöltings*[7] und der sonstigen ADGB-Theoretiker.

Erinnerung an *Tarnow* auf dem Leipziger Parteitag:[8] „Arzt oder Totengräber"

Besondere Literatur: *Lenin*: „Staat und Revolution", *Lenin*: „Die Diktatur des Proletariats und der Renegat *Kautsky*", *Stalin*: „Probleme des Leninismus". *Linde*: „Die Lohnpolitik der Sozialdemokratie". Kleine *Marx*-Schriften zu billigen Preisen: „Lohnarbeit und Kapital", „Lohn, Preis und Profit". *Engels*: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", etc. Elementarbücher.

2. Die Politik der Sozialdemokratie, Referat *Wels*.

Zu diesem Tagesordnungspunkt muß das Hauptgewicht auf unseren Nachweis: „Die SPD ist die soziale Hauptstütze der Kapitalherrschaft und der Kapitaloffensive" gelegt werden und zugleich anhand der Politik der SPD seit dem Leipziger Parteitag ihr weiterer Faschisierungsprozeß und ihr Charakter als sozialfaschistische Partei aufgezeigt werden. *Wels* wird versuchen, ihre *Brüning*-Politik als das „kleinere Übel" aufzuzeigen und zugleich ihre jetzige Scheinopposition als revolutionäre Politik auszugeben. Beide Versuche müssen wir entlarven.

Vor allem gilt es, hier nachzuweisen, wie der Weg der SPD von der Koalitionspolitik zur Notverordnungspolitik *Brünings* führte, wie die Tolerierungspolitik für *Brüning* zur *Papen*-Diktatur bis zum 20. Juli[9] führte, wie die Kapitulationspolitik vom 20. Juli zur *Schleicher*-Diktatur und zur Wegbereitung für *Hitler* führte.

Hier kommt vor allem in Frage:

a) die *Brüning*-Politik (Notverordnungen) der SPD, Lohnabbau, Streikbrechertaktik, etc.

b) Verhalten am 20. Juli (Preußenkonflikt – politischer Massenstreik)

c) Die Rettung der *Schleicher*-Regierung durch Vertagung unseres Mißtrauensantrages durch NSDAP und SPD.[10] Die offene Unterstützung *Leiparts* für die *Schleicher*-Regierung.

d) Das SPD-Programm auf Arbeitsbeschaffung gemeinsam mit NSDAP und *Papen*-Regierung.

d) Die Zusammenarbeit beim freiwilligen Arbeitsdienst.

f) Die imperialistische Aufrüstung. Beschlüsse für die Miliz auf dem Magdeburger Parteitag. Die Scheinopposition beim Baden-Konkordat und Scheinopposition beim Reichskuratorium. Mitwirkung des Reichsbanners bei Grenzschutz und Aufrüstung.

SPD zur Wehrpolitik. Vgl. Protokoll. Sozialdemokratischer Parteitag Magdeburg 1929 vom 26. bis 31. Mai in der Stadthalle. Berlin 1929, S. 105 ff.

7 In der Vorlage: *Möltings*.

8 Parteitag der SPD vom 31. Mai–5. Juni 1931 in Leipzig. Referat *Tarnows* über kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse. Vgl. Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931 vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus. Protokoll. Berlin 1931. S. 32 ff. Siehe Anweisungen des Sekretariats des ZK der KPD zum Leipziger SPD-Parteitag Dok. 45.

9 Vgl. Dok. 69, Anm. 7.

10 Am Abend des 9. Dezember 1932 beschloß der Reichstag gegen die Stimmen der KPD über die vorliegenden Anträge hinwegzugehen und sich entgegen den Anträgen von SPD und KPD auf unbefristete Zeit zu vertagen. Das Präsidium erhielt die Vollmacht, im Einvernehmen mit dem Ältestenrat die nächste Sitzung anzuberaumen. Am 20. Dezember lehnte der Ältestenrat einen Antrag von SPD und KPD auf Einberufung des Plenums noch vor Weihnachten ab. Vgl. Schulthess 1932 S. 219, 231 f.; Horkenbach 1932 S. 413, 423.

3. Krisenüberwindung und sozialistische Güter- und Menschenökonomie.

Referat *Aufhäuser*. Unter diesem Tagesordnungspunkt übernimmt *Aufhäuser* den Versuch, durch radikale Reden über den „Bankrott des kapitalistischen Wirtschaftssystems" und der „Notwendigkeit des Sozialismus" die „radikalen" Programme des ADGB nach „Wirtschaftsdemokratie", „Umbau der Wirtschaft", „Planwirtschaft", „Nationalisierung der Banken", „Bankenkontrolle", „Kontrolle der Trusts und Syndikate", „Verstaatlichung der Schlüsselindustrie" etc. von den Tageskämpfen des Proletariats und von der Streikbruchtaktik des ADGB abzulenken und die Einführung des „Sozialismus" ohne Revolution und ohne Diktatur des Proletariats über den Weg der „Wirtschaftsdemokratie", d. h. das kapitalistische System zu erhalten, vorzuschwindeln.

Hier auf diesem Gebiet müssen wir besonders den sozialfaschistischen Charakter der SPD-Politik auf dem Gebiet der Arbeitsgemeinschaften mit dem Unternehmertum aufzeigen und die sich besonders zeigen in der Tarifpolitik, in der Zusammenarbeit mit Industriellen, Banken, *Hitler*faschisten, bei sogenannten Arbeitsprogrammen, beim „freiwilligen Arbeitsdienst", bei Unterstützung der Notverordnungspolitik auf allen Gebieten, der Verschlechterung der Lebenslage des Proletariats. Insbesondere gilt es:

a) Entlarvung des Schwindels der Wirtschaftsdemokratie.

b) Entlarvung des Schwindels über Umbau der Wirtschaft.

c) Banken- und Trustsanierung und Schwindel über Weg zum Sozialismus.

d) Entlarvung der Planwirtschaftstheorie innerhalb des Kapitalismus als Weg zum Sozialismus.

e) Gegenüberstellung des Genossen *Stalin* auf dem Plenum des ZK am 7. Januar.[11]

f) Der revolutionäre Ausweg aus der Krise. Führung und nicht Sabotage der Teilkämpfe. Politischer Massenstreik. Diktatur des Proletariats.

4. Wirtschaftliche und politische Völkerverständigung.

Referat *Breitscheid*.

Breitscheid wird hier wieder alle Minen eines phrasenhaften Pazifismus von „Weltgewissen", „Kulturaufgabe", „Völkerbefreiung", „Völkerbefriedigung", etc. springen lassen, um die Helfersdienste der II. Internationale für die imperialistischen Raub- und Kriegsgelüste zu verbergen. Hier gilt es für uns, anhand der Taten der II. Internationale, der *Boncour*-Regierung in Frankreich, *MacDonalds* in England und der Stellung der SPD zu Panzerkreuzer und neudeutscher Aufrüstung in „Ertüchtigung des Volkes", in „Milizsystem" etc. zu entlarven.

Besonders muß unter diesem Punkte die schändliche Verleumdungskampagne der

11 Am 7. Januar 1933 sprach *Stalin* vor dem Plenum des ZK und der zentralen Kontrollkommission der KPdSU über die Ergebnisse des ersten Fünfjahresplanes und dessen internationale Bedeutung. Durch den Erfolg des Fünfjahresplanes habe sich die Welt in zwei Lager gespalten. Für das internationale Proletariat stellten die „Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus" ein „Argument für die Revolution" dar und mobilisierten „die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse der ganzen Welt gegen den Kapitalismus". Vgl. *RF* Nr. 8 vom 10. 1. 1933: „Der Führer des Weltproletariats spricht". Die Rede *Stalins* ist veröffentlicht in *RF* Nr. 10 vom 12. 1. 1933. Vgl. auch J. W. Stalin, Werke, Bd. 13. Berlin (Ost) 1955. S. 145 ff.

SPD und der in ihren Reihen tätigen Menschewiki gegen die Sowjetunion klar herausgearbeitet werden.

Als besondere Kapitel müssen behandelt werden:

a) die Autarkie-Bewegung in allen kapitalistischen Ländern,

b) die Zollmauern, Einfuhr, Kontingente, etc. mit Unterstützung der SPD,

c) die Stellung der SPD zum Versailler Raubvertrag und die soziale und nationale Befreiung Deutschlands,

d) die Stellung der SPD zum Völkerbund, dem Kriegsinstrument der Welträuber,

e) Kriegsrüstungen. Die bankrotten Abrüstungskonferenzen, die Ablehnung der Anträge der Sowjetunion.

f) Der japanisch-chinesische Krieg und Waffen- und Munitionslieferungen aus den kapitalistischen Ländern Europas.

g) Hetze gegen die Sowjetunion. Das Verhalten der SPD-Presse und ihre menschewistischen Berater.

5. Die Parteiorganisationen.

Unter diesem Punkt kommt besonders in Frage der [Beitrag][12] von *Marie Juchacz*, der besonders von der Frauenabteilung mit einer Sonder-Kampagne unter den Frauen behandelt werden muß, und der Bericht über den sozialistischen Kulturbund.

Referat von *Adolf Grimme*, bei dem eine politische Aktion durch die verschiedenen Kulturorganisationen, besonders aber Freidenkerbewegung, Sportorganisationen, Mieterbewegung, Kommunalabteilung, etc. durchgeführt werden muß. Sonder-Programme sind von diesen Abteilungen aufzustellen.

B. Innerparteiliche Vorbereitung.

Hier soll nur über die politische Hauptlinie der innerparteilichen Vorbereitung, nicht über die organisatorischen Aufgaben gesprochen werden. Die innerparteiliche Vorbereitung zur Mobilisierung der gesamten Parteiorganisation und der Massenorganisationen zur Kampagne gegen die SPD muß unter den strategischen Hauptlosungen stehen:

Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den revolutionären Klassenkampf! und: Die SPD – die soziale Hauptstütze der Kapitalherrschaft!

Unter diesen beiden Losungen muß eine ideologische innerparteiliche Kampagne nach den Gesichtspunkten des XI. und XII. Plenums und den Plenartagungen des Zentralkomitees und der Reichsparteikonferenz durchgeführt werden,[13] in deren Mittelpunkt die Frage der Einheitsfrontpolitik stehen muß.

Es gilt der gesamten Partei klarzumachen, daß die strategische Hauptlosung: Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse von dem Gesichtspunkt des Kampfes gegen die SPD als soziale Hauptstütze der Kapitalherrschaft durchgeführt werden muß, wobei der Begriff der sozialen Hauptstütze und die Entwicklung der

12 Ein Wort in der Vorlage unleserlich.

13 Zum XI. Plenum des EKKI vom März/April 1931 und dem Maiplenum des ZK der KPD 1931 vgl. Dok. 44. Zum XII. Plenum des EKKI vom August/September 1932 und der dritten Reichsparteikonferenz der KPD im Oktober 1932 vgl. Dok. 75, Anm. 3 und Dok. 77, Anm. 2.

Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus an den Taten und Handlungen der SPD scharf herausgearbeitet werden muß. Die Methode zur Überwindung der sozialen Hauptstützen der Kapitalherrschaft ist in der Hauptsache die Anwendung der Einheitsfrontpolitik auf allen Gebieten des Klassenkampfes.

Hierbei muß der Grundsatz des XII. Plenums, der in der Resolution zum Ausdruck kommt:

„Man muß scharf unterscheiden zwischen der sozialdemokratischen Führung und den sozialdemokratischen Arbeitern"

als wichtigster Leitgedanke gelten.[14] Eine gründliche Durchdiskutierung dieser Grundeinstellung der Partei im Zusammenhang mit den Referaten, die auf dem SPD-Parteitag stehen, ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Aktion unter den SPD-Arbeitern und in der Peripherie der SPD.

Der Gedanke der Einheitsfront muß praktisch mit allen Aktionen, die gegenwärtig von der Partei durchgeführt werden, verbunden sein.

Das gilt vor allem:

a) für die Betriebsrätewahlen. Hier muß die Gelegenheit des Interesses der Betriebsarbeiter für die Wahlen vorgenommen werden zu einer politischen Aufklärungskampagne über die Politik der SPD und ihre grundsätzliche Einstellung zu allen Fragen des Klassenkampfes, wie Lohnabbau, Zurückeroberung der alten Löhne (Gewerkschaftstaktik) sowie mit allen Fragen, die im Betrieb stehen.

b) bei den Ortsverwaltungswahlen müssen besonders die Politik *Leiparts* zur *Schleicher*-Regierung und die Gewerkschaftspolitik auf dem Gebiet der Lohn- und Tarifbewegungen gestellt werden.

c) In der Antikriegskampagne und bei den Antikriegskonferenzen und Kongressen[15] muß aufs stärkste [auf] Delegationen aus SPD-Kreisen gesehen und der Versuch unternommen werden, Delegationen direkt aus SPD, Reichsbanner, Sport-, Gewerkschafts- und anderen reformistischen Organisationen zu diesen Konferenzen und Kongressen zu veranlassen. Dasselbe gilt für die Anti-Ruhr-Kampagne.[16]

C. Die besondere Lage, unter der der SPD-Parteitag durchgeführt wird.

Der Parteitag in Frankfurt (1933) findet unter wesentlich anderen Bedingungen statt, als derjenige in Leipzig (1931).

1931 war die Lage der SPD so, daß damals eine zentral organisierte und starke linke Fraktion vorhanden war, die mit einer Zeitschrift (*Klassenkampf*), mit einem eigenen Verlag (Laub), mit mehreren Provinzzeitungen (Frankfurt, Breslau, Chemnitz, Plauen, Zwickau, etc.) und festen Positionen in einer Reihe von Bezirksverbänden der SPD verankert war. Es war eine „linke" Opposition von bekannten SPD-Führern wie *Rosenfeld, Seydewitz, Öttinghaus, Ziegler* etc., die die radikalisierten SPD-

14 Vgl. *Inprekorr* Nr. 82 vom 4. 10. 1932, S. 2631. Weber, Kommunistische Internationale S. 260.

15 Gemeint ist der Internationale Kongreß gegen den imperialistischen Krieg vom 27. bis 29. August 1932 in Amsterdam. Vgl. dazu Dok. 65, 66, 71 und 74. Im Anschluß an den Kongreß fanden in verschiedenen Ländern zahlreiche Antikriegskonferenzen statt. Zum Jahresbeginn 1933 war eine internationale Antikriegskampagne der kommunistischen Parteien geplant. Vgl. dazu Dok. 84.

16 Vgl. Dok. 84.

Arbeiter in starkem Maße an sich zogen. Diese Lage ermöglichte uns damals, eine erfolgreiche Aktion zum Vorwärtstreiben dieser Opposition von außen her an die SPD heranzutragen und breite Schichten der radikalisierten Arbeiter im Zusammenhang mit dem Parteitag in der daran anknüpfenden Auseinandersetzung zu gewinnen. (*Öttinghaus*-Hagen, Pfarrer *Eckert*-Mannheim, *Adelheid Torhorst*-Düsseldorf, Badische und Pfälzische Opposition und andere oppositionelle Gruppen in anderen Bezirken).[17] – Wir empfehlen, daß unsere Genossen das seinerzeit im Anschluß an den Leipziger SPD-Parteitag vom ZK herausgegebene Material zur jetzigen Kampagne verwenden.

Heute (1933) – vor dem Frankfurter SPD-Parteitag bilden sich bereits in allen SPD-Bezirken besondere „Oppositionsgruppen", die vielfach eigene Plattformen zum Parteitag herausgeben. Verschiedene Arten von Mitteilungsblättern wachsen wie Pilze aus dem Boden. Es kommt darauf an, daß wir den opponierenden einzelnen SPD-Mitgliedern, aber auch den sich überall bildenden opponierenden Gruppen die richtige revolutionäre Linie geben und daß diese Oppositionellen die Probleme des revolutionären Klassenkampfes in unserem Sinne, im marxistischen Sinne, in den Mitteilungsblättern diskutieren.

Abgesehen von diesen, meist von radikalisierten Schichten in der SPD, getragenen Oppositionsströmungen gibt es aber drei große rechte Hauptströmungen im Lager des Sozialfaschismus, die immer deutlicher in Erscheinung treten.

1. Die Gewerkschaftsrichtung um *Leipart*, *Nörpel*[18] und [den] Metallarbeiterverband, die die offene Unterstützung der *Schleicher*-Regierung fordern.

2. Die Reichsbannerrichtung unter *Höltermann*, die die Einreihung der SPD in die imperialistische Aufrüstung fordert und

3. eine Richtung der offen zum Faschismus übergehenden Intellektuellen um *Mierenbach*[19] und die *Sozialistischen Monatshefte (Staudinger)*.[20]

Jede dieser drei Richtungen hat ihre eigenen Organe: *Leipart* die Gewerkschaftspresse, *Höltermann* die Reichsbanner-Organe, die *Mierenbach*-Richtung die *Sozialistischen Monatshefte* und die *Blätter für den Sozialismus*.

Die ganze politische Konstellation in Deutschland ermöglicht es der SPD-Führung, starke „linke" Phrasen zu machen und sich in Scheinoppositionen zu bekunden,

---

17 Zu den inneren Auseinandersetzungen in der SPD im Jahre 1931, die zur Gründung der SAP unter *Seydewitz* und *Rosenfeld* führten, und zur damaligen Stellungnahme der Parteileitung der KPD vgl. Dok. 39, 45, 50 und 53. Zur SAP siehe H. Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim am Glan 1965. Zum Übertritt der SPD-MdR *Öttinghaus* zur KPD vgl. Dok. 53, Anm. 6. Pfarrer *Eckert*, Mannheim, vgl. Kirche und Kommunismus. Stadtpfarrer Eckert, Mannheim kommt zur KPD. Hrsg. KPD Baden-Pfalz. Mannheim o. J. (1931); vgl. auch F.-M. Balzer, Klassengegensätze in der Kirche, Köln 1973.

18 Clemens *Nörpel* (1885–1938) hatte auf der Betriebsrätekonferenz des ADGB und des AfA-Bundes am 22. 1. 1933 in Berlin über Betriebsräte in der Wirtschaftskrise referiert. Osterroth/Schuster 2, S. 289; Chronik S. 306.

19 Gemeint ist vermutlich MdR Dr. phil. Carlo *Mierendorff* (1897–1943). Er wurde vom NS-Regime 1933–1938 im KZ inhaftiert und leitete dann eine Widerstandsgruppe. Vgl. Max Schwarz MdR, Hannover 1965, S. 715, Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945, Berlin (Ost) 1970, Bd. 1, S. 369 ff.

20 MdR Prof. Hans *Staudinger* (1889–1980) gehörte 1933 zu den ersten sozialdemokratischen MdR, die inhaftiert wurden (16. 6. 1933). Er emigrierte 1934 in die USA. Vgl. Schwarz a.a.O. S. 767.

unter welchen Manövern der Faschisierungsprozeß zweifellos auf dem Parteitag in raffiniertester Form sich durchsetzen wird, die eine radikale Arbeiter-Opposition schwerer in Erscheinung treten läßt, als das während des Leipziger Parteitages der Fall war, wo sich die Sozialdemokratie offen als Retter des Kapitalismus (Referat *Tarnow*) und im Kampf mit der organisierten „Linken" zeigen mußte. Diese Lage in der SPD muß uns die Richtung der Aufgaben stellen, in der wir den Parteitag zu einer Auseinandersetzung mit der SPD ausnutzen müssen.

Die Tatsache, daß die SPD-Bürokratie in hohem Maße linke Manöver machen muß, wie sie seit Jahren nicht festzustellen waren, beweist den ungeheuren Radikalisierungsprozeß, der sich gegenwärtig in den SPD- Arbeiter- und Anhängerkreisen vollzogen hat. Starke linke Strömungen und Gruppen von SPD-Arbeitern, besonders in den reformistischen Gewerkschaften, in den reformistischen Sport-, Freidenker- und sonstigen Massenorganisationen sind vorhanden, die weitgehendste erfolgversprechende Anknüpfungspunkte für unsere Aktion bieten. Der Mangel an zentraler Zusammenfassung dieser Oppositionsströmungen und Richtungen innerhalb der SPD selbst muß durch unsere organisatorische und ideologische Arbeit über das ganze Reich ausgeglichen werden. Dabei muß die Hauptrichtung der Arbeit so eingerichtet werden, daß in jedem Bezirk, Unterbezirk und Orte unsere Parteileitungen selbständig die politischen und taktischen Anknüpfungspunkte herausfinden, die besonders für ihren Bereich als die erfolgversprechendsten anzusehen sind, nach der die Arbeit in den betreffenden SPD-Kreisen durchzuführen ist.

Für die organisatorische Durchführung der Kampagne siehe besondere Rundschreiben und Richtlinien.[21]

Mit kommunistischem Gruß
ZK – Sekretariat

In der Anlage:
Vorschläge für die konkrete Durchführung der Massenkampagne zum Parteitag der SPD
[Anleitung für Diskussionen zur SPD-Demonstration]

[Anlage 1]

Vorschläge für die konkrete Durchführung der Massenkampagne zum Parteitag der SPD.

Im Mittelpunkt der von der Partei geführten Massenkampagne zum Parteitag der SPD steht die Aufgabe, die Rolle und den Charakter der SPD als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, als Verfälscher des Marxismus und als Feind der Einheit der Arbeiterklasse zu entlarven und die sozialdemokratischen Arbeitermassen für den Tageskampf und den Kampf für den revolutionären Ausweg zu gewinnen. Das erfordert in Verbindung mit allen Kampagnen der Partei eine tiefgehende ideologische Offensive auf allen Gebieten gegen die Politik der SPD und zur Entlarvung ihrer scheinradikalen Manöver, die Anwendung aller Formen und Methoden der Massenarbeit unter den sozialdemokratischen Arbeitern. Im Vordergrund stehen dabei folgende Arbeiten:

1. Eröffnung einer breiten Massendiskussion durch alle unteren Einheiten mit den sozialdemokratischen Arbeitern, Veranstaltung von Diskussionsabenden, Bespre-

21 Vgl. Anlage 1 und 2.

chungen, gemeinsamen Mitgliederversammlungen (letztere nur im Einvernehmen mit der BL und nach besonderen Vorbereitungen), in denen wir uns mit ihnen über die einzelnen Probleme der Politik vom marxistischen Standpunkt aus und unter Ausnutzung aller Kampfforderungen des letzten Jahres kameradschaftlich auseinandersetzen.

2. Systematische Bearbeitung aller Mitgliederversammlungen der SPD, in denen zum Parteitag und zur Wahl von Delegierten zu den Unterbezirksparteitagen, zum Bezirksparteitag und zum Reichsparteitag Stellung genommen wird.
Anknüpfend an die oppositionellen Stimmungen innerhalb der SPD, Organisierung des Auftretens einer unter unserer Führung stehenden Arbeiteropposition mit eigenen Diskussionsrednern, Korreferenten, Anträgen und Erklärungen gegen die Politik der SPD in allen Mitgliederversammlungen und anderen innerparteilichen Veranstaltungen (Unterbezirks- und Bezirksparteitage) der SPD.

In allen Bezirken ist sofort zu überprüfen, in welchen Ortsgruppen der SPD hier speziell angesetzt werden kann, wo wir Einfluß auf die Aufstellung der Delegierten zu Unterbezirksparteitagen, zum Bezirks- und Reichsparteitag gewinnen können bzw. welche Delegierten nach ihrer Wahl zu bearbeiten sind, wo oppositionelle Anträge, Entschließungen und Erklärungen eingebracht werden können usw.

Das ist vor allem an den Stellen möglich, wo die Arbeiter-Opposition innerhalb der SPD bereits weit fortgeschritten ist, wo SPD-Arbeiter in den verschiedenen Aktionen mit uns kämpften und in der Einheitsfrontbewegung mit uns zusammenarbeiten bzw. offen mit der Partei sympathisieren.

Überall wo solche SPD-Genossen vorhanden sind, müssen sie von uns zu festeren Oppositionsgruppen zusammengefaßt werden und durch ihnen vertraute Verbindungsleute zur Einbringung oppositioneller Anträge und zur Aufstellung guter oppositioneller Arbeiter als Delegierte zu den verschiedenen Parteitagen besonders auch gegenüber den von der Bürokratie vorgeschlagenen Delegierten veranlaßt werden. Die Aufgabe dieser Oppositions-Delegierten soll es sein, die oppositionellen Anträge, Entschließungen und Erklärungen auf Unterbezirks- und Bezirksparteitagen und auch auf dem Reichsparteitag zu vertreten.

Das Auftreten einiger oppositioneller Delegierten in Frankfurt ist einerseits abhängig von der Stärke der Oppositionsbewegung und ihrer Vertretung auf den Unterbezirks- und Bezirksparteitagen und andererseits von den speziellen Bearbeitungen bereits gewählter Reichsparteitags-Delegierter, die zur Opposition neigen. Hier ist die Aufgabe der Bezirksleitungen, durch Einsetzen von Stoßbrigaden an aussichtsreichen Stellen, die Oppositionsbewegung zu unterstützen und vorwärtszuführen und durch Auswahl geeigneter Genossen und Verbindungsleute die Bearbeitung der Delegierten, die für ein oppositionelles Auftreten für den Parteitag gewonnen werden können, zu organisieren.

3. Eine weitere Form, in der die Arbeiter-Opposition in der SPD auf den Unterbezirks- und Bezirksparteitagen zum Ausdruck kommen soll, sind die Arbeiter-Delegationen. Während für den Reichsparteitag mehr die zentralgelegenen Bezirke in Frage kommen, sind in allen Bezirken Delegationen von oppositionellen SPD-, SAJ-, Reichsbanner- und freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu entsenden, die dort ebenfalls in Erklärungen usw. ihre Stellung gegen die Politik der SPD für die Einheitsfront und den revolutionären Klassenkampf abgeben.

4. Großer Wert ist auch darauf zu legen, in Betriebs-, Gewerkschafts- und Erwerbslosenversammlungen die Fragen des SPD-Parteitages und die Auswirkungen der SPD-Politik in Verbindung mit den Tagesfragen, dem revolutionären Ausweg aus der Krise und unserer *Marx*-Kampagne zu stellen. In allen diesen Versammlungen sind Entschließungen vorzulegen, die sich gegen die arbeiterverräterische Politik der SPD und ihr scheinoppositionelles Verhalten aussprechen und die Aufforderung an die Arbeiter-Delegierten des SPD-Parteitages zu richten, nach den verschiedensten Gesichtspunkten für die Klasseninteressen der Arbeiter einzutreten. In allen Bezirken sind in den Hauptorten und Hauptstützpunkten der SPD-Arbeiter-Opposition von uns aus öffentliche Kundgebungen und Versammlungen mit öffentlicher Herausforderung von Referenten der SPD zum SPD-Parteitag zu veranstalten, die besonders gründlich unter den Anhängern der SPD vorbereitet werden müssen.

5. Unsere ganze Massenkampagne unter den SPD-Arbeitern ist durch die Herausgabe von betrieblichen, örtlichen und bezirklichen Oppositionsmaterialien (Handzettel, Flugblätter, Oppositionszeitungen, Diskussionsmaterial usw.) an die SPD-Arbeiter, zu den Mitgliederversammlungen, Unterbezirks- und Bezirksparteitagen und öffentlichen Veranstaltungen der SPD herauszugeben. In jedem Bezirk ist sofort die Herausgabe eines Oppositions-Organs (wie z. B. die „*Stimme der Opposition*" in Berlin) gedruckt oder abgezogen, vorzubereiten. Dieses Organ muß sich besonders stützen auf das Material, das aus den SPD-Mitgliederversammlungen bekannt wird und auf die Fragen, die von den SPD-Arbeitern in den Diskussionsversammlungen aufgeworfen werden.

Eine besondere wichtige Rolle spielt bei der Herausgabe des Oppositions-Organs die Heranziehung von Arbeiter-Korrespondenten aus den Kreisen der SPD-Arbeiter, mit denen wir bei der Durchführung unserer Massenarbeit in Verbindung kommen. Diese Arbeiter-Korrespondenten sind auch auf das stärkste für unsere Tages-, Betriebs- und Häuserblockzeitungen heranzuziehen.

Für die bessere Erfassung von oppositionellen SPD-Arbeitern in den Betrieben und Wohngebieten ist die Adressensammlung zu verstärken, bereits vorhandene Adressen zu überprüfen und eine ständige Bearbeitung und Versorgung der SPD-Arbeiter mit Oppositionsmaterial durch die Zellen sicherzustellen.

Über die weiteren Methoden unserer Massenarbeit unter den sozialdemokratischen Arbeitern verweisen wir auf unser Rundschreiben vom 6. 1. 1933.[22] Besonders machen wir noch darauf aufmerksam, daß in engster Verbindung mit unserer Kampagne unter den werktätigen Frauen, in den Genossenschaften und auf dem Lande eine spezielle Arbeit unter den sozialdemokratischen Arbeiterfrauen, Genossenschaftsmitgliedern und Kleinbauern durchgeführt werden muß.

6. Einen besonderen Auftrieb soll unsere Kampagne unter den sozialdemokratischen Arbeitermassen durch die Organisierung des Übertritts ganzer Gruppen sozialdemokratischer Arbeiter, Reichsbannerkameraden usw. zu den revolutionären Organisationen bis zum Parteitag erhalten. Überall, wo noch Möglichkeiten vorhanden sind, sind durch spezielle Diskussionsgruppen und Stoßbrigaden alle Voraussetzungen dafür zu schaffen. Um den richtigen Zeitpunkt des Übertritts auszuwählen und eine

22 Liegt nicht vor.

gute Auswirkung sicherzustellen, führen die unteren Parteieinheiten mit der Bezirksleitung eine Verständigung über den Zeitpunkt des Austritts herbei.

7. Mit besonderer Unterstützung der Partei wird in allen Bezirken der KJVD eine große Kampagne in der SAJ, im Jungbanner, der Gewerkschaftsjugend und in den Jugendorganisationen gegen Arbeitsdienstpflicht, Militarisierung usw. – bei stärkster Ausnutzung der Differenzen der Vortruppen-Frage – für seine Kampfforderungen durchführen. Die Parteileitungen sind verpflichtet, diese Kampagne mit dem KJVD zu besprechen und die notwendigen Maßnahmen zur Unterstützung der Massenarbeit unter den sozialdemokratischen Jungarbeitern einzuleiten.

8. Die Massenkampagne unter den sozialdemokratischen Arbeitern ist gleichzeitig in der stärksten Form in den freien Gewerkschaften gegen *Leipart-Schleicher*-Politik und die Streikbruchtätigkeit der Gewerkschaftsbürokratie, in dem Reichsbanner, gegen die Aufrüstungspolitik[23] und den Antibolschewismus, in den Sportorganisationen gegen die Zusammenarbeit mit den faschistischen Sportverbänden, durch die Teilnahme an dem Reichsausschuß für Jugendpflege gegen Arbeitsdienstpflicht und imperialistische Wehrpolitik, in den reformistischen Freidenkerorganisationen gegen Kulturreaktion und Konkordatspolitik zu führen.

Auch für diese Kampagne sind mit den dafür in Frage kommenden Fraktionsleitungen der revolutionären Massenorganisationen entsprechende Richtlinien auszuarbeiten.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners hat für die Zeit vom 17.–19. Februar 1933 eine Bundes-Generalversammlung nach Berlin einberufen.[24] Das muß von uns zum Anlaß genommen werden, durch unsere Wehrorganisation eine besonders breite und tiefgehende Kampagne unter den Reichsbannerarbeitern zu führen.

9. Die Kampagne gegen die Politik der SPD muß [sich] gleichzeitig überall dort, wo SAP (die am 29. Januar ebenfalls einen „Reichsparteitag" abhalten will)[25], Brandleristen und Trotzkisten noch einen Arbeiteranhang besitzen, gegen die linken Filialen des Sozialfaschismus richten.

Die ungeheure Zersetzung innerhalb der SAP und im SJV, die Abkehr der Arbeiter von den linken Phraseuren *Seydewitz*, *Rosenfeld* und Co. muß von uns dazu ausgenutzt werden, diese konterrevolutionären Gruppen durch die Überführung der ehrlichen Arbeiter zur KPD und zum KJVD zu liquidieren. Der Austritt von 30 SAP-Arbeitern und Funktionären in Berlin und von 2 Betriebsräten in Plauen ist auf das stärkste auszunutzen.

---

23 In der Vorlage: Ausrüstungspolitik.

24 Über die letzte Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners am 17./18. 2. 1933 vgl. Osterroth/Schuster 2 S. 298.

25 Der ursprünglich für den 18. und 19. Februar 1933 geplante II. Reichsparteitag der SAP wurde vom Parteivorstand wegen der innerparteilichen Diskussion über die Zusammenarbeit mit anderen Parteien am 9. 2. auf den 19. März verschoben. Zwei Tage vor der Reichstagswahl am 5. März beschloß der Parteivorstand überraschend die Auflösung der Partei und empfahl den Mitgliedern den Anschluß an die SPD. Dennoch traf sich am 11. und 12. März ein Teil der bereits gewählten Parteitagsdelegierten zu einem illegalen Parteitag in Dresden und beschlossen die Weiterführung der Partei, während nur eine kleine Minderheit dem Beschluß des Parteivorstandes folgte. Vgl. Drechsler Die SAPD S. 326 ff.

10. Die Massenarbeit, die so auf der ganzen Linie und von allen Seiten unter den sozialdemokratischen Arbeitermassen und Anhängerscharen entfaltet werden soll, muß durch eine wirkliche Offensive gegen die Politik der SPD in unserer Presse, in allen Versammlungen, in unserer Agitation und Propaganda, durch die Vertiefung des prinzipiellen Kampfes, durch die schnelle Entlarvung aller Manöver, durch die schlagfertige Stellungnahme zu allen Fragen der SPD-Politik in den Betrieben und Kommunen, durch die gute Auswertung aller Vorgänge innerhalb der SPD, des Reichsbanners usw. auf das stärkste unterstützt werden.

Von jeder Redaktion muß ein besonderer Plan für diese Kampagne ausgearbeitet und durchgeführt werden. Die Redaktionskommissionen der Betriebs- und Ortszeitungen sind praktisch anzuleiten und mit dem notwendigen Material zu versehen.

Die Arbeiter-Korrespondenten sind durch besondere Rundschreiben aufzufordern, über die Auswirkung der Politik der SPD in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Kommunen und an anderen Stellen zu berichten. In jedem Betrieb und in jeder Parteieinheit ist sofort genau festzustellen, wann die Mitgliederversammlungen, die Unterbezirksparteitage und der Bezirksparteitag der SPD stattfindet, wie die Delegiertenwahlen durchgeführt werden, welche Anträge eingebracht werden, welche oppositionellen Strömungen auftreten und welche öffentlichen Veranstaltungen (Versammlungen, Kundgebungen, Ausstellungen) in Verbindung mit dem Parteitag und dem *Marx*-Gedenktag geplant sind.

Ausgehend davon und unter Ausnutzung aller Anknüpfungspunkte, Verbindungen usw. sind alle Aufgaben unserer Massenkampagne zum SPD-Parteitag so festzulegen, daß wir uns immer gegenüber der SPD in der Offensive befinden und die größtmöglichen Erfolge in der Gewinnung sozialdemokratischer Arbeiter für alle Aktionen des Tages und den Kampf für den revolutionären Ausweg zu verzeichnen haben.

[Anlage 2]

Anleitung für Diskussionen zur SPD-Demonstration

Im Vordergrund der Sonntag-Demonstration der SPD[26] muß durch unsere Diskussion die Frage gestellt werden, der drohende Staatsstreich und wie die Arbeiterklasse ihm begegnen muß.

Wir stellen die Aufgabe Einheitsfront in den Betrieben, Stempelstellen, Bildung von Einheitskomitees, Vorbereitung des Massenstreiks und Generalstreiks.

Die SPD-Führer setzen die Politik der Kapitulation vor dem Faschismus und der Reaktion fort. Am 20. Juli gegen Einheitsfront und Generalstreik, am 22. Januar Aufruf, an Gegendemonstrationen nicht beteiligen.[27]

---

26 Am 23. Januar rief die SPD zu einer „Massenkundgebung" für Sonntag, den 29. 1. 1933 auf. Vgl. *Vorwärts* Nr. 38 (Abend-Ausgabe) vom 23. 1. 1933. An der Kundgebung im Lustgarten nahmen am 29. Januar über 100 000 Menschen teil. Vgl. *Vorwärts* Nr. 50 vom 30. 1. 1933.

27 Am 22. Januar 1933 veranstaltete die SA einen demonstrativen Aufmarsch auf dem Bülow-Platz, vor dem *Karl-Liebknecht*-Haus, dem Sitz der KPD-Zentrale. Gegen den SA-Aufmarsch rief die KPD zu Gegenkundgebungen auf. Die SPD ging auf diesen Aufruf nicht ein, sondern forderte ihre Anhänger auf, an den verbotenen Gegenkundgebungen nicht teilzunehmen. Vgl. *Vorwärts* Nr. 30 (Abend-Ausgabe) vom 18. 1. 1933; Nr. 37 vom 22. 1. 1933.

Breitscheid an *Schleicher*, wenn Staatsstreich, dann werden wir mit allen gesetzlichen Mitteln kämpfen, also kein Generalstreik und Massenstreik.[28]

Bourgeoisie ohnmächtig bei Generalstreik, siehe *Künstler*[29] über *Schleicher* zum BVG-Streik.

Diskussion über die letzten Worte.

Linie der KPD. Kommunistische Auffassung. Dauernde Verschärfung der kapitalistischen Schwierigkeiten, Abwälzung der Lasten auf die werktätigen Massen, dauernde Faschisierung des Staatsapparates. *Schleicher* kein Rückzug innerhalb dieses Prozesses; zeitweise Scheindrosselung *Papen'scher* Maßnahmen, um dafür später verstärkt vorstoßen zu können. Demgegenüber wachsende Revolutionierung der Massen, wirtschaftliche Streiks, Massenkampf gegen Terror. Linie der SPD. Die Auffassung der SPD: Die Krise wird vorübergehen, der Niedergang des Kapitalismus ist noch nicht endgültig. Interessiertheit des Proletariats am Gedeihen des Kapitalismus, daher „Heilung" des Kapitalismus im Interesse des Arbeiters. In der Krise darf man nicht streiken. Unter dem Druck der Massenbewegung Revision dieser Parole, aber in der Praxis Verhinderung bzw. Abkürzung jedes Streiks. Der Rücktritt der *Papen*-Regierung sei nicht erfolgt unter dem Druck der Massen, sondern Erfolg der SPD. *Schleicher* eine große Verbesserung gegen *Papen*: „haben den Faschismus besiegt".

In der Praxis: – Verbot für Mitglieder, sich an den Massenschutzorganisationen zu beteiligen. Herunter von den Straßen! Fenster zu! Geht ins Grüne, baden! Laßt Euch nicht provozieren!

Zu den Ereignissen der letzten Woche: Der 22. Januar: Ein glänzender Beweis dafür, daß die Massen mehr und mehr sich der Wirkung und Kraft ihrer Massenaktionen bewußt werden. Die vorbildliche Disziplin (kaum Akte individuellen Terrors!) ein weiteres Zeichen dafür, wie stark dieser Grad von Erkenntnis bereits vorhanden ist.[30] Viele SPD- und Reichsbannermitglieder trotz des Verbots ihrer Organisationen dabei gewesen. Die braune Armee marschiert geschützt von der gesamten Polizeimacht Berlins, besiegt und geschlagen von dem Haß und der Verachtung der Berliner Arbeiter. Die Fronten werden klar: Auf der einen Seite die Garde des Kapitals, auf der anderen formiert sich die Einheitsfront des Proletariats.

Stellung der SPD dazu: (der *Vorwärts* zu den Ereignissen der letzten Woche) Am 21. Januar Erklärung des Berliner Bezirksvorstandes und des Reichsbanners:[31]: „Die

28 Auf einer SPD-Versammlung am 19. Januar sagte der Fraktionsvorsitzende der SPD im Reichstag, Rudolf *Breitscheid* (1874–1944), zu den Plänen *Schleichers* für die Auflösung des Reichstages ohne anschließende Neuwahlen, daß die SPD in diesem Falle zwar nicht auf die Barrikaden gehen, aber mit allen „gesetzlichen Mitteln" gegen einen solchen Verfassungsbruch vorgehen werde. Vgl. *Vorwärts* Nr. 33 vom 20. 1. 1933: „Warnung an *Schleicher*".

29 Es ließ sich nicht ermitteln, welche Bemerkung des Berliner SPD-Vorsitzenden Franz *Künstler* (1888–1942) gemeint war.

30 Nach dem Verbot der kommunistischen Gegendemonstrationen am 22. Januar mußten die Anhänger der KPD vom Straßenrand aus ohnmächtig zusehen, wie die SA-Einheiten über den Bülow-Platz zogen. Zu kleineren Gegendemonstrationen kam es lediglich in den äußeren Stadtbezirken Berlins. Vgl. *Vorwärts* Nr. 38 vom 23. 1. 1933. *Die Rote Fahne* sah trotz dieser Tatsachen im Verlauf der Kundgebung einen Erfolg für die KPD. Vgl. *RF* Nr. 20a vom 24. 1. 1933. Am 25. 1. 1933 kam es dann zu einer großen Demonstration der KPD vor ihrem *Karl-Liebknecht*-Haus.

31 Vgl. *Vorwärts* Nr. 35 (Morgenausgabe) vom 21. 1. 1933: „Gegen Provokationspolitik."

politisch geschulten und disziplinierten Massen der Sozialdemokratie folgen lediglich der Parole ihrer eigenen Partei. Die Sozialdemokratische Partei beteiligt sich an Veranstaltungen der KPD am kommenden Sonntag nicht." Am 23. Januar: „Eine geschlossene kommunistische Gegendemonstration hat nirgends stattgefunden."[32]

Dagegen amtlicher Polizeibericht: „Von den antifaschistischen Demonstrationszügen wurden 19 aufgelöst." „Daß am 22. Januar 1933 in Berlin vor den Fenstern der KPD-Zentrale und in der bewußten Absicht, sie herauszufordern und zu demütigen, *Hitlers* braune Horden aufmarschieren durften – daß sie das tun konnten, ohne daß eine wirksame Gegenwehr möglich war, auch das war für die ganze Arbeiterbewegung ein sehr bitteres Ereignis."[33]

Linie: Um jeden Preis Erzeugung von Niederlagenstimmung. Ableugnen der revolutionären Massenkraft. Versuch, das ganze als eine verpuffte Aktion hinzustellen, um die Sinnlosigkeit der kommunistischen Einheitsfrontparole und eigentlich jeder Abwehr zu beweisen. Offensichtlich betrügerischer Vergleich mit dem 20. Juli 1932: Vertuschung der dauernden Revolutionierung der Massen, die am 20. Juli trotz Staatsstreichs in ihren Häusern blieben, ein halbes Jahr später aber gegen die Provokation Berlins durch die Nazis und die *Schleicher*-Regierung zu Hunderttausenden auf den Straßen waren, darunter viele SPD und Reichsbannergenossen, trotz Verbot ihrer Organisation.

Abendausgabe des *Vorwärts* am 25. 11.[34] „Wo ist die Kommune? – Im Keller, hu, huu!" So höhnten die Nazis am Sonntag auf dem Bülow-Platz. Sie höhnen über *Torglers* vergeblichen Bittgang zu *Schleicher*, sie höhnen über die *Rote Fahne*, die den 22. 1. als einen Siegestag der revolutionären KPD feiert, weil in der Gormannstraße eine alte Matratze verbrannt wurde. Die KPD muß umlernen, wenn sie nicht im Hohngelächter ihrer Gegner untergehen will."

Am 26. ist *Stampfer* zu neuer Linie gezwungen.

Vorwärts vom 26. (*Stampfer* persönlich)[35]: „Mein Beruf als Journalist hat mich gestern abend auf den Bülowplatz geführt. Ich gestehe, daß ich das dort Gesehene als ein Erlebnis empfunden habe. Auch das schärfste Urteil über die Politik der kommunistischen Führung kann nichts ändern, an der Hochachtung, die diese Massen verdienen."

Behauptung der Niederlage nicht mehr möglich, also nunmehr Versuch, die „qualifizierte Arbeiterschaft" auszuspielen gegen die „schlechtergestellten" (vgl.

---

32 Vgl. *Vorwärts* Nr. 38 (Abendausgabe) vom 23. 1. 1933: „*Melcher* demonstriert."

33 *Vorwärts* ebd.

34 Vgl. *Vorwärts* Nr. 42 (Abendausgabe) vom 25. 1. 1933: „Nichtangriffspakt". Wieder abgedruckt in: Reiner Tosstorff, „Einheitsfront" und/oder „Nichtangriffspakt" mit der KPD, in: Wolfgang Luthardt, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927–1933. Bd. 2. Frankfurt/M. 1978. S. 240 f.

35 Vgl. *Vorwärts*, Nr. 43, 26. 1. 1933: „Wieder Bülowplatz. Bemerkungen zu einer kommunistischen Demonstration" von Friedrich *Stampfer*. *Stampfer* stellt in dem Kommentar zur Demonstration der KPD vom Vortage fest, daß er trotz „mustergültiger Ordnung und Disziplin" doch einen Unterschied zwischen SPD- und KPD-Arbeitern gespürt habe und „die Anfänge einer neuen sozialen Differenzierung" zu bemerken seien. Wieder abgedruckt in: Tosstorff, a.a.O. (Anm. 34) S. 244 ff.

dazu *Rote Fahne*) 27. 1.[36] [. . .][37] „*Stampfers* Erlebnis" über Lumpenproletarier[38]: „Mögen die Kommunisten auch zahlreiche qualifizierte Arbeiter in ihren Reihen zählen und haben wir auch in Berlin Zehntausende, im Reich Hunderttausende eingeschriebene Mitglieder, die um nichts besser gestellt sind als die Masse der kommunistischen Arbeiter und Erwerbslosen, so zeigt sich doch im Durchschnitt bei den relativ besser gestellten Schichten mehr Verständnis für die Politik der Sozialdemokratie, bei den schlechter gestellten mehr Neigung zu kommunistischer Gefühlspolitik. Hier, scheint mir, beginnen sich Gräben innerhalb der Arbeiterklasse zu bilden . . ., erst wenn sie bemerken werden, daß ihre Führer zum Kampf gegen den Kapitalismus nur das Geschrei liefern, während wir die Arbeit leisten, erst dann werden sie den Weg zu uns finden."

Diskussionen über die Gewerkschaftsfrage: Abgesehen von den aktuellen Vorgängen der letzten Wochen werden die Diskussionen am kommenden Sonntag sich auch auf die Gewerkschaftspolitik erstrecken müssen. Hier vor allem das Doppelspiel zwischen Partei und ADGB entlarven, die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsführer mit der Regierung, während die Partei in „Opposition" steht und „die Äußerungen eines einzelnen Parteigenossen für belanglos" erklärt. Desgleichen den Widerspruch aufzeigen zwischen der Linie *Leiparts* im Zusammenarbeiten mit der Regierung im Vergleich zu seiner Rede vor der sogenannten Betriebsrätekonferenz am 22. Januar.[39] Als Beweis dem gegenüberstellen die praktische Politik der ADGB-Führer (Streikbruchpolitik usw.).

Tarnow: „Wir sind bereit, dem Wirtschaftsprogramm der Regierung *Papen* eine Chance zu geben." (18. 10., Kundgebung des ADGB).[40] „Den Sozialismus wird diese Regierung nicht verwirklichen, das wissen wir wohl, sie will im Gegenteil ebenso wie die Regierung von *Papen* die kapitalistische Wirtschaft befestigen. Aber können wir in dieser Situation die Aufforderung der Regierung ablehnen, an der Durchführung der Arbeitsbeschaffung mitzuarbeiten?" *Leiparts* „Neujahrsgruß" (*Gewerkschaftszeitung* Nr. 53, 1932).

„Was seine politische Vergangenheit anbetrifft, haben wir dem Kanzler nichts vorzuwerfen. Die soziale Frage steht im Vordergrund seiner Bemühungen." (*Leipart* Interview mit dem Korrespondenten des *Excelsior*, 3. 12. 1932).[41]

„Das Wesen der Gewerkschaften liegt in der stets gleichbleibenden Aufgabe, unter jeder Regierung und unter jeder Staatsform die Lohn- und Arbeitsbedingungen bestmöglichst zu regeln . . . Zu jeder Regierung haben die Gewerkschaften die Fühlung aufzunehmen. Sie haben an jede Regierung Forderungen zu stellen. Von

36 Vgl. *RF* Nr. 23 vom 27. 1. 1933: „*Stampfers* Erlebnis." Wieder abgedruckt in: Tosstorff, ebd. S. 246 ff.

37 Lücke im Text.

38 Vgl. zum folgenden Zitat *Vorwärts*, a.a.O. (wie Anm. 26).

39 Zur Rede *Leiparts* auf dem 2. Reichsbetriebsrätekongreß am 22. Januar 1933 in Berlin, in der er sich mit den Angriffen der KPD auf die Gewerkschaftsführung auseinandersetzte, vgl. *Vorwärts* Nr. 39 (Morgenausgabe) vom 24. 1. 1933.

40 Vgl. zu dieser Kundgebung des ADGB am 18. 10. 1932 sowie den dort von Theodor *Leipart* und Fritz *Tarnow* gehaltenen Referaten *Vorwärts* Nr. 492 (Abendausgabe) vom 18. 10. 1932.

41 Zum Interview *Leiparts* mit dem Pariser *Excelsior* vgl. Dok. 82, Anm. 6.

jeder Regierung haben die Gewerkschaften zu verlangen, daß sie die Arbeiterrechte gewährleistet und ausbaut." (*Nörpel, Gewerkschaftszeitung* Nr. 52, 1932).

In der gleichen Zeitung Forderung *Nörpels* „Auf Neutralität der Gewerkschaften".

„Wenn gegenwärtig die politischen Parteien der Reichsregierung in schärfster Opposition gegenüberstehen, wenn sie dieser Regierung jedes Vertrauen entziehen, wenn sie alles tun, diese Regierung zu stürzen, so erfüllen sie den Sinn einer politischen Partei. Es ist aber vollständig ausgeschlossen, daß die Gewerkschaften in der Lage wären, derartige Aufgaben zu erfüllen."

Bemäntelung durch revolutionär klingende Phrasen. „Gewerkschaften stehen zu jeder Regierung in Opposition, die Gewerkschaften führen mit jeder Regierung dauernd Kleinkrieg. . . Es gibt keine revolutionäre Bewegung als unsere Gewerkschaftsbewegung." (*Leipart* auf der Betriebsrätekonferenz am 22. 1.)

Dagegen hinweisen auf Haltung der Gewerkschaften in Hamburg, BVG-Streik, Siegerland, Metallbetrieb Bergfeldt, Reichsverschluß etc. (Material: *Rote Fahne* 25. und 26. 1. und 2. Beilage. Artikel: „Das ist Schändung des Sozialismus" und „Kongreß gegen die Einheit.")[42]

Zur Frage der Einheitsfront:

Einerseits Erklärung der SPD-Führerschaft, daß man mit der KPD als Partei unter keinen Umständen zusammengehen könne (letztes Heft „*Freies Wort*", siehe *R.F.* 25. 1.[43] und *Breitscheid* in Pankow, 19. Kreis: Mit der Leitung der KPD und deren System gibt es keine Einheitsfront). Andererseits verbieten sie die „Einheitsfront von unten" und versuchen, sie um jeden Preis zu verhindern. Bleibt also nur, daß sich alles der „Eisernen Front" anschließt!

42 Vgl. „Das ist Schändung des Sozialismus", *RF* Nr. 22 vom 26. 1. 1933, Beilage 2. „Ein Kongreß gegen die Einheit", *RF* Nr. 21 vom 25. 1. 1933, Beilage 1. Dieser Artikel bezog sich auf den 2. Reichsbetriebsrätekongreß des ADGB.

43 Vgl. *RF* Nr. 21 vom 25. 1. 1933: „Karl *Marx*, der ‚*Vorwärts*' und der Bülowplatz".

88.

2. 2. 1933: Aus einem Rundschreiben des Sekretariats

BzG, Jg. 20, 1978, H. 5, S. 724. Aus einem Rundschreiben des Sekretariats des ZK vom 2. Februar 1933.[1] Artikelüberschrift: „Umstellung der KPD auf die Illegalität (Mai 1932–Sommer 1934)" von Margot Pikarski.

. . .[Die Lage ist so einzuschätzen], . . . daß täglich mit den rücksichtslosesten und brutalsten Verbotsmaßnahmen mit langfristigen Zeitungsverboten, mit Einkerkerung führender Funktionäre, mit der Besetzung von Parteihäusern zu rechnen ist [. . .] [Daher wurde gefordert] . . . den Kampf gegen das drohende Verbot der Partei viel stärker im engsten Zusammenhang mit den Interessenkämpfen der Arbeiter zu führen[. . .]

1 Die Sätze aus dem Rundschreiben Nr. 2 vom 2. 2. 1933 sind entnommen den Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung Jg. 20, 1978, S. 724.

89.

23. 2. 1933: Rundschreiben des Sekretariats an die Bezirksleitungen

BzG, Jg. 20, 1978, H. 5, S. 725–726. Aus: Rundschreiben Nr. 6 des Sekretariats des ZK der KPD an die Bezirksleitungen vom 23. Februar 1933.[1] Artikelüberschrift: „Umstellung der KPD auf die Illegalität (Mai 1932–Sommer 1934)" von Margot Pikarski.

[. . .] Es ist von entscheidender Bedeutung für eine richtige Politik und Arbeit unserer Organisation, daß es uns gelingt, der Gesamtheit unserer Mitglieder und darüber hinaus den breiten Massen voll zum Bewußtsein zu bringen, daß sich mit der Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur über Deutschland eine grundlegende Veränderung der Situation ergeben hat, aus der sich die Notwendigkeit zu ebenso grundlegenden Änderungen für den Klassenkampf des Proletariats ergeben. Das Unverständnis für diese grundlegenden Änderungen, das gegenwärtig noch in breiten Teilen unserer Organisation und den Massen vorhanden ist, erzeugt vielfach ein Beharren auf alten Methoden, einen Mangel an kühner Aktivität bei der Durchsetzung der [Losungen] unserer Organisation und der Inangriffnahme der höheren Aufgabenstellung [. . .]

1 Die Auszüge aus dem Rundschreiben Nr. 6 sind entnommen den Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung Jg. 20, 1978, S. 725–726.

90.

27. 2. 1933: Illegales Rundschreiben des ZK

BA R 43 II/1193 und StA Bremen, 4,65-II A 12b 2, Bd. 3; [Vermutlich] Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Brief eines Freundes."[1]

Nachfolgend übermitteln wir Euch einen Brief eines Genossen, der seine illegalen Erfahrungen unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur schildert und Ratschläge gibt für die Sicherung der Massenarbeit der Kommunistischen Partei unter den Bedingungen des faschistischen Terrors.

Der Klassenfeind will durch faschistischen Terror, durch Zertrümmerung der Zentren der Organisierung und Führung des proletarischen Massenkampfes, durch Unterdrückung unserer Partei und der revolutionären Massenorganisationen die schärfste Kapitalsoffensive gegen das werktätige Volk durchsetzen. Der Zweck der

1 Mit dem Übergang in die Illegalität begann die KPD, ihre Rundschreiben mit der Anrede „Liebe Freunde", „Euer Freund" o. ä. zu kennzeichnen. Genaue Angaben zur Datierung sowie über den Absender wurden weggelassen, um der Polizei keine Hinweise auf die illegale Organisation zu geben. Der Brief zeigt, daß die KPD ihre Organisation erst im Februar 1933 auf die Illegalität umzustellen versuchte. Aus dem im BA befindlichen Rundbrief geht das Datum hervor. Er ist also am Tag des Reichstagsbrandes abgefaßt und vermutlich der Parteiorganisation über Kuriere zugesandt worden.

Unterdrückungsmaßnahmen ist die Isolierung der Kommunistischen Partei von den Arbeitermassen, die Zersplitterung der Arbeiterschaft und die Verhinderung von Einheitsfrontaktionen. Deshalb kommt es unter den jetzigen Bedingungen vor allem darauf an, alle organisatorischen Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der innigsten Verbindung der Partei mit den Arbeitermassen, der Stärkung der Kampfkraft und Verbreiterung der Einheitsfrontaktion, der festen Verankerung in den Betrieben, an den Stempelstellen und die Überwindung des sozialdemokratischen Einflusses in den Arbeiter-Massenorganisationen durch verstärkte kommunistische Fraktionsarbeit, durchzuführen. Das wichtigste ist die Fähigkeit der Partei zur Organisierung des revolutionären Massenkampfes unter illegalen Bedingungen. Anwendung illegaler Arbeitsmethoden heißt keinesfalls sich verkriechen, sondern sich so eng mit den Arbeitermassen verbinden, die Massenmobilisierung mit verstärkter Kraft durchführen, ohne daß der Gegner im Stande ist, Teile des Organisationsapparates zu zerstören.

Die Verschärfung der Klassenkämpfe in Deutschland, der wachsende Massenkampf gegen den faschistischen Terror, die wachsende Erkenntnis der Arbeiter von der Notwendigkeit der kämpfenden Einheitsfront gebieten die stärkste Kampfaktivität jeder Parteileitung, jeder Parteizelle, jedes Parteimitglieds, damit unter Führung unserer Partei die Arbeiterklasse in Teilkämpfe und Massenaktionen gegen jede Maßnahme des faschistischen Terrors, wie gegen jede Maßnahme der faschistischen Volksausplünderung kämpft und zur Gegenoffensive übergeht. Die Schlagkraft unserer Organisation ist entscheidend für das Tempo der Heranführung der Arbeitermassen zum politischen Massenstreik und Generalstreik. Vor allem muß im Zusammenhang mit der Führung des Massenkampfes alles Gerede über das „Abwirtschaften der *Hitler*-Regierung", alle solche Spontaneitäts-Philosophie, alle Tendenzen des Zurückweichens auf das schärfste bekämpft werden. Ebenso gefährlich ist es, die politischen Teilkämpfe, die Demonstrationen und Proteststreiks einzelner Betriebe und Stempelstellen mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit des Generalstreiks zu vernachlässigen in einer Weise, daß die Durchführung jede Terrormaßnahme des Staatsapparats und der nationalsozialistischen Banden erschwert und unwirksam gemacht wird, ist jetzt die wichtigste, brennendste organisatorische Aufgabe.[2]

I. Elementare Fragen der Sicherung der Partei zur Führung des antifaschistischen Massenkampfes.

1. Im Zuge der Vorbereitung des Parteiverbots und der terroristischen Maßnahmen gegen die Partei und revolutionären Massenorganisationen setzten Polizeiaktionen und Bandenüberfälle der SA gegen die bekannten Büros, Arbeiterverkehrslokale, die bekannten Tagungsräume ein. Daraus ergeben sich folgende Aufgaben:

a) Soweit noch nicht geschehen, muß jedes Büro einer UB oder Stadtteilorganisation der Partei und der revolutionären Massenorganisationen sofort geräumt werden. Die betreffenden Leitungen müssen ihre Arbeit bei weitgehender Einschränkung der büromäßigen Arbeit in illegalen Büros durchführen. Kein Parteiarbeiter darf sich

2 Vermutlich fehlerhafte Übertragung in der von der Polizei gefertigten Abschrift des Textes. Gemeint ist wohl, politische Teilkämpfe seien durchzuführen, um die Terrormaßnahmen des Staatsapparates zu erschweren.

durch die Durchführung des Wahlkampfes in dieser und anderer Hinsicht zu legalistischen Einstellungen verleiten lassen.

b) Alle Archive und Ablagen müssen – soweit noch nicht geschehen – sofort durchgesehen und alles irgendwie entbehrliche Material, vor allem nicht notwendige Adressen, Rundschreiben etc. vernichtet werden.

c) Die Betriebs- und Straßenzellen müssen sofort die jetzigen, den Unternehmern, dem Nachrichtendienst der SA und der Polizei bekannten Tagungslokale wechseln. Es muß Schluß gemacht werden damit, daß eine Zelle ständig in einem bestimmten Lokal tagt, daß Betriebszellen ihre Tagungen in einem Lokal in unmittelbarer Nähe des Betriebes durchführen.

d) Gesamtzellensitzungen, Gesamt-Ortsgruppen-Mitgliederversammlungen sind auf das äußerste einzuschränken. In der Regel sollen die Betriebszellen abteilungszellenweise, die Straßenzellen fünfergruppenweise tagen. Diese Sitzungen sollen möglichst nicht in Schankstätten durchgeführt werden.

e) Voraussetzung dazu und eine dringende organisatorische Aufgabe für die Durchführung unserer gesamten politischen Arbeit ist deshalb die sofortige Untergliederung jeder Betriebszelle, in größeren Betrieben in Abteilungszellen, die restlose Gliederung jeder Straßenzelle in Fünfergruppen und die sofortige Bildung von Betriebs- und Straßenzellen in den Ortsgruppen, die noch nicht auf Zellen aufgebaut sind. Mit Hilfe unserer Fraktionen müssen wir dafür sorgen, die revolutionäre Massenorganisation entsprechend umzustellen. (Verkleinerung der organisatorischen Einheiten, Bildung der Fünfergruppen in den Wohngebietsorganisationen – Umstellung auf Abteilungsgruppen in den Organisationen auf Betriebsbasis).

f) Bei gleichzeitiger Räumung aller legalen Büros muß in den Unterbezirksvororten, wo größere Parteihäuser bestehen, in den Orten wo Volkshäuser, Sportheime etc. vorhanden sind, der revolutionäre Schutz dieses Eigentums der Arbeiter organisiert werden. Auf keinen Fall darf das aber zu einem bloßen defensiven Abwarten eines evtl. Überfalls führen, sondern die beste Verteidigung ist auch in diesem Fall die Massenmobilisierung.

2. Gleichzeitig werden sich zunächst Polizei und SA in ihren Aktionen vor allem auf bekannte Funktionäre und Parteimitglieder konzentrieren. Daraus ergibt sich:

a) soweit noch nicht geschehen, muß sofort jeder Parteiarbeiter, jeder kommunistische Funktionär in den Massenorganisationen seine Wohnung von jedem Parteimaterial säubern. Dies gilt vor allem für Adressen.

b) Bekannte verantwortliche Funktionäre im Stadtteil der Ortsgruppe und Zelle müssen sich umgehend nach einer anderen Aufenthaltsmöglichkeit umsehen.

c) Für Funktionäre, die besonders unter dem Feuer der nationalsozialistischen Mordhetze stehen, müssen Partei, Massenorganisationen, Selbstschutzstaffeln den notwendigen Schutz organisieren.

d) Um für jeden Fall, wo infolge Verhaftung und Terror ein verantwortlicher Funktionär aus der Arbeit ausscheidet, die sofortige Weiterführung der Arbeit zu garantieren, ist jetzt sofort und ernsthaft bei jeder Parteileitung dafür zu sorgen, daß für die führenden Genossen (Pol-, Org-, Agitpropleiter-, Kassierer) schon jetzt ein Vertreter bestimmt wird. Dieser Genosse ist bereits in einem solchen Maße in die Arbeit einzuführen, daß er sie im Bedarfsfall ohne Schwierigkeit übernehmen kann.

3. In Weiterführung der bereits von früheren Regierungen getroffenen Maßnahmen wird die faschistische *Hitler-Hugenberg*-Diktatur vor allem auch darauf hinzielen, die Technik unserer Agitation und Propaganda lahmzulegen. (So versucht z. B. der SA-Nachrichtendienst besonders festzustellen, wo Schreibmaschinen und Abziehapparate stehen). Daraus ergibt sich:

a) Alle Betriebs-, Straßenzellen und Ortsgruppen, die noch nicht über eine eigene Vervielfältigungsmöglichkeit verfügen, müssen sich sofort eine solche beschaffen. Hat jede Zelle einen eigenen Apparat, ist die Agitation in jedem Falle gesichert.

b) Wo Apparate noch bei bekannten Genossen stehen, oder wo ein zu großer Kreis von Parteimitgliedern weiß, wo sich Schreibmaschine und Apparat befinden, müssen diese sofort an neuen Stellen untergestellt werden. Dabei ist darauf zu achten, daß nur die unmittelbar mit dieser Arbeit betrauten Genossen Kenntnis von der Stelle haben und daß andererseits der Apparat schnell zu erreichen ist. Um bei überraschenden Durchsuchungen ganzer Häuserzüge gesichert zu sein, ist notwendig, daß auch an sicheren Stellen für die Zeit der Nichtbenutzung die Apparate zweckmäßig aufbewahrt werden.

c) Die zweckmäßige Sicherung der Vervielfältigungsmöglichkeiten ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für das schnelle Reagieren und für die maximale Entfaltung der eigenen Initiative jeder Parteiorganisation. Notwendig ist dazu auch, daß sich jede Zelle und Ortsgruppe umgehend sichere Bezugsquellen von Papier sichert.

4. Eine der wichtigsten Maßnahmen der Verfolgung der Partei wird die stärkere Einsetzung eines ganzen Apparates von Spitzeln und Provokateuren sein. Auch auf diesem Gebiet ist mit der engsten Zusammenarbeit der Polizei mit dem Nachrichtenapparat und den Provokateuren der NSDAP zu rechnen. Daraus ergibt sich:

a) Jede Parteiorganisation muß dem Kampf gegen das Spitzeltum und Provokateurwesen größte Aufmerksamkeit schenken. Die Grundaufgabe ist in dieser Beziehung planmäßige Zuteilung der Arbeit an jedes Parteimitglied und systematische Kontrolle darüber, wie diese Arbeiten durchgeführt werden. Auf diese Weise wird ein Zustand geschaffen, der Provokateuren und Spitzeln die Arbeit weitgehend erschwert.

b) Die Durchführung der Aufteilung der Großbetriebszellen auf Abteilungszellen, der Straßenzellen in Fünfergruppen, die die Möglichkeit gibt, jedes einzelne Mitglied viel eingehender in seinem ganzen Verhalten und in seiner Arbeit zu überprüfen, wirkt sich gleichfalls in weitgehender Sicherung gegen Spitzelelemente aus.

c) Allgemein muß sofort die ganze Parteimitgliedschaft auf weitgehendste Vorsicht in Gesprächen über Parteiangelegenheiten mit unbekannten und zweifelhaften Elementen eingestellt werden. Ein Parteimitglied und Funktionär soll nicht mehr mitgeteilt erhalten als für seine Aufgabe unbedingt nötig ist. Ohne in eine Spitzelpsychose zu verfallen, muß jede Parteileitung dafür sorgen, daß unzuverlässige Genossen (Schwätzer, Trinker) und zweifelhafte Figuren von solcher Parteiarbeit ausgeschaltet werden, die sie bewußt oder unbewußt zu Verrat ausnutzen können und muß die Beobachtung in solchen Fällen organisiert werden.

d) Mit besonderem Nachdruck müssen wir den Kampf der Spitzelabwehr in den Betrieben organisieren. Vor allen Parteiorganisationen, aber vor den Betriebszellen

im besonderen, steht die Aufgabe, neben der Durchführung der bereits besprochenen Maßnahmen die Durchführung der Arbeit in einer solchen Weise, daß jede unnötige Gefährdung vermieden wird, Schluß mit einem solchen Zustand, daß die ganze Parteizelle weiß, wer die Betriebszeitung redigiert und herstellt, wo der Apparat steht, welche Arbeit im einzelnen die Mitglieder der Leitung durchführen.

e) Auf dem Gebiet der Abwehr von Provokationen und Spitzeleien haben besondere Aufgaben unsere Fraktionen im Kampfbund und antifaschistischen Selbstschutzstaffeln[3], die zweifellos vom Gegner besonders für provokatorische Absichten ausgenutzt werden sollen. Durch entschiedene politische Erziehung über die Aufgaben des wehrhaften Massenkampfes und die Abwehrfront und der Überwindung der Tendenzen des individuellen Terrors muß der Boden geschaffen werden, daß einerseits alle provokatorischen Waffenangebote, Verleitung zur individuellen Aktion und andererseits Zurückweichen in der Organisierung des wehrhaften Massenwiderstandes, Angst und Feigheit bei einzelnen Mitgliedern unzulässig sind.

5. In der Zeit der Vorbereitung des Verbots sollen die Aktionen gegen die Büros, Tagungslokale, neben der Einschüchterung vor allem den Zweck erreichen, die Verbindung zwischen den Parteileitungen und den unteren Organisationen zu unterbinden. Die ständige Verbindung zwischen den einzelnen Organen der Partei ist gerade im jetzigen Moment von entscheidender Bedeutung. Deshalb ist erforderlich:

a) Sofortige Abstellung aller Schwächen in der Arbeit des Kurierapparates. Besonders in der täglichen Verbindung zwischen Parteileitung und Betriebs- und Straßenzellen, zwischen den Leitungen der Zellen und den Instrukteuren.

b) Die entscheidende Aufgabe aber ist, daß alle unteren Organisationen darauf eingestellt werden, daß, wenn zu politischen Ereignissen (Zusammenstöße, Terroraktionen, Verhaftungen, spontane Streiks etc.) keine Anweisung der oberen Parteileitung erfolgen kann, die eigene revolutionäre Initiative jeder Zelle, jeder Fraktion einsetzen muß. Schluß mit dem Abwarten bis von oben Anweisung erfolgt.

II. Dringende organisatorische Aufgaben zur Entfaltung unserer Massenarbeit.

1. Im Entscheidenden wird alle unsere Arbeit zur Organisierung der Abwehr und der Gegenoffensive des Proletariats gegen jeden einzelnen Vorstoß der offenen faschistischen Diktatur davon abhängen, inwieweit wir jetzt wirklich den Betrieb zum politischen Zentrum der Arbeit zu machen verstehen. Daraus ergibt sich in organisatorischer Beziehung:

a) Verbesserung der Schlagkraft der Betriebszellen, Steigerung ihrer Fähigkeit, auf jeden Vorgang im Betrieb zu reagieren, die Belegschaft schnell zu mobilisieren, durch den sofortigen wirklichen Aufbau arbeitsfähiger Abteilungszellen.

b) Unter den jetzigen Umständen wird zu einer entscheidenden Frage, daß jede Betriebszelle ihre Arbeit so organisiert, daß sie die Gesamtbelegschaft wirklich ständig beeinflußt. Deshalb Schaffung der Vertrauensleute in jeder Werkstatt und Abteilung, Wahl von Betriebsdelegierten in den Abteilungen zu Delegiertenkonferenzen für den Großbetrieb oder die Betriebe der Industriegruppe.

3 Kampfbund gegen den Faschismus und Selbstschutzstaffeln der Antifaschistischen Aktion. Vgl. zum Kampfbund Dok. 34. Zur Antifaschistischen Aktion vgl. Dok. 65.

c) Bei gleichzeitiger Ausnützung aller Möglichkeiten zur Durchführung von Abteilungsversammlungen während der Arbeitszeit, von Betriebsversammlungen, ist es jetzt noch mehr wie bisher notwendig, die Arbeiter einer bestimmten Abteilung zu Stubenversammlungen zusammenzufassen. Besonders in den Betrieben, in denen der Terror und das Spitzelsystem besonders stark sind, in den Chemie- und in den kriegswichtigen Betrieben werden wir weitgehend diese Methode der Beeinflussung und Mobilisierung der Belegschaft ausnützen müssen.

d) Überall, wo das noch nicht geschehen ist, sofortige Bestimmung eines geeigneten Genossen als Instrukteur für die Betriebszelle. Keine Betriebszelle ohne Instrukteur. Der Instrukteur ist der Helfer für die Arbeit der Betriebszelle.

e) Sofortige Aufteilung aller Straßenzellen zur Unterstützung der Arbeit der Betriebszellen von außen. Insbesondere in der Frage der Herstellung des Agitationsmaterials und der Bearbeitung von Betriebsarbeitern im Wohngebiet. Sofortige Überführung aller betriebstätigen Parteigenossen aus den Straßenzellen in Betriebszellen.

f) Zur Organisierung des gemeinsamen Kampfes der Erwerbslosen und der Betriebstätigen die sofortige Schaffung der ständigen Verbindung zwischen den Betrieben und den in ihrer Nähe gelegenen Stempelstellen und mit den örtlichen Erwerbslosenorganisationen.

g) Die Bildung von arbeitenden Abteilungszellen und eine wirkliche auf die Lage in den einzelnen Werkstätten und Abteilungen zugeschnittene Betriebspolitik, die Anwendung der Methode der Stubenversammlung gibt auch die Möglichkeit, in den schwierigsten Fällen, in denen die Organisierung großer Belegschaftsversammlungen nicht möglich ist, durch die Wahl von Delegierten aus den einzelnen Abteilungen und Werkstätten in den Massen der Belegschaft verankerte Einheitsfrontorgane zu schaffen. In jedem Betrieb muß es möglich sein, für die Durchführung der Betriebsrätewahlen,[4] für die Vorbereitung der Streiks, für die Organisierung des Massenkampfes gegen die offene faschistische Diktatur die betrieblichen Organe der Einheitsfront zu schaffen. Wenn wir uns in jeder Abteilung wirklich bemühen um die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter, werden wir die Basis der Einheitsfront im Betrieb verbreitern können. Vor allem konzentrieren wir uns auf die Schaffung eines antifaschistischen Kampfausschusses für jeden Betrieb.

h) Die Partei muß den Kommunistischen Jugendverband jetzt besonders unterstützen in der Schaffung der Jugendzellen im Betrieb durch die Organisierung des Kampfes für die besonderen Interessen der Jung-Betriebsarbeiterschaft. Die Losung „keine Betriebszelle der Partei ohne Betriebszelle des Jugendverbandes" muß jetzt ernsthaft verwirklicht werden. Auf diese Weise schafft sich die Parteizelle gleichzeitig eine Stütze für die Einbeziehung des Jungproletariats, das im Kampf gegen die Entfaltung des Widerstandes gegen jeden Angriff der faschistischen Diktatur eine große Rolle spielt.

i.) Mit Hilfe unserer Fraktionen sofortige Umstellung aller revolutionären Massenorganisationen (rote Verbände, RGO, Rote Hilfe, Sportler, IAH, Bund der Freunde der

4 Im Frühjahr 1933 fanden wieder Betriebsrätewahlen statt, nachdem diese 1932 von *Brüning* ausgesetzt worden waren. An den Betriebsrätewahlen nach der Reichstagswahl vom 5. März beteiligte sich auch die RGO.

Sowjetunion, etc.) auf den Aufbau von Betriebsgruppen. Untergliederung der Betriebsgruppen in den größeren Betrieben in Abteilungsgruppen. Im Zusammenhang damit Bildung der Betriebs-Fraktionsgruppen, des kommunistischen Parteikerns, in jeder dieser Organisationen, um die gesamten Mitglieder dieser Organisationen in die Lösung der Aufgaben, die vor der Partei stehen, einzugliedern. Die Betriebszelle muß sich somit in den Massenorganisationen wichtige Transmissionsriemen schaffen. Bei der Aufgabenstellung ist der besondere Aufgabenkreis der einzelnen Organisationen zu berücksichtigen.

2. Eine weitere entscheidende organisatorische Aufgabe ist jetzt die umgehende verstärkte Organisierung der innergewerkschaftlichen Arbeit in den ADGB- und in den christlichen Gewerkschaften. Die Tatsache, daß noch einmal der ADGB die Auslösung politischer Streiks gegen die Regierung der faschistischen Diktatur am 30. Januar verhindern konnte, unterstreicht aufs neue die ungeheure Bedeutung dieser Aufgabe. Deshalb ist sofort notwendig:

a) Bildung der kommunistischen Fraktionen in allen Einheiten der Gewerkschaften, Schaffung der Oppositionsgruppen durch umgehende Erfassung aller mit uns lose sympathisierenden Gewerkschaftsmitglieder, die noch nicht durch die RGO erfaßt sind.

b) Planmäßiger, systematischer Kampf um jede wählbare Gewerkschaftsfunktion, insbesondere im Betrieb.

c) Verstärkung der kommunistischen Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften durch Eintritt von gewerkschaftlich nicht organisierten Parteimitgliedern in die Gewerkschaften. Das gilt in erster Linie für betriebstätige, aber auch für erwerbslose Genossen. Das ist notwendig sowohl in bezug auf die ADGB- wie die christlichen Gewerkschaften.

d) Umgehende schnelle Entfaltung der Aktivität der Gewerkschaftsfraktionen und Oppositionsgruppen sowohl in bezug auf das Auftreten innerhalb der Gewerkschaften (Unterstützung aller Aktionen der Partei zur Schaffung der Einheitsfront, zur Vorbereitung und Organisierung der Streikkämpfe, zur Organisierung der Erwerbslosenaktionen) wie auch in dem selbständigen Auftreten unter den Massen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen (eigene Flugblätter, Zeitungen, Versammlungen, Beratungen).

3. Mit gleichzeitigen neuen Vorstößen gegen die Erwerbslosen (insbesondere Arbeitsdienstpflicht) wird die Regierung die Versuche der ehemaligen *Papen*-Regierung, durch demagogische Versprechungen die erwerbslosen Arbeiter gegen die Betriebstätigen auszuspielen, fortsetzen. („Vierjahr-Plan zur Liquidierung der Erwerbslosigkeit"). Mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen, deren besonderer Zweck die Erschwerung der Mobilisierung der Erwerbslosen ist, z. B. verstärkter Einsatz von Polizei auf den Stempelstellen, muß gerechnet werden (so wird in Berlin bei einzelnen Gruppen neu eingeführt, daß die betreffenden Erwerbslosen nur einmal im Monat auf den Nachweis stempeln müssen). Zur stärkeren Organisierung des Kampfes der Erwerbslosen und seiner Verbindung mit den Kämpfen der Betriebsarbeiter ist dringend notwendig:

a) Die sofortige Schaffung eines Kaders von Parteimitgliedern, dessen ausschließliche Aufgabe die Organisierung der Erwerbslosenarbeit ist. Für jede Stempelstelle

eine kommunistische Fraktion. In jeder Straßenzelle eine Aktivgruppe für die Erwerbslosenarbeit.

b) Bereitstellung eines Instrukteurs der Ortsgruppe bzw. der Stadtteil- oder Unterbezirksleitung für jeden Nachweis, jede Stempelstelle.

c) Festigung der bestehenden und Schaffung neuer Erwerbslosenausschüsse an den Stempelstellen auf breitester Basis der Einheitsfront. Hebung der Selbsttätigkeit dieser Ausschüsse (eigenes Agitationsmaterial) und ihre Einstellung auf die systematische Organisierung von Demonstrationen und der Massenaktionen zum Kampf um Brot, Kohle, Milch, Kartoffeln, Konzentrierung der Kraft auf die Stempelstellen, wo die Zusammenfassung der Erwerbslosen nach Berufsgruppen erfolgen soll. Gleichzeitig systematische Arbeit zur Unterbindung von Einzelaktionen.

d) Verstärkung der Maßnahmen zur Erfassung der Erwerbslosen auf der Basis des Wohngebiets (Bildung der Kampfgemeinschaften der Erwerbslosen in jedem Stadtteil und im Bereich jedes Straßenarbeiters der Großstädte).[5] Ausbau der Erwerbslosenküchen.

e) Einbeziehung der breiten Massen der erwerbslosen Arbeiter in die antifaschistischen Selbstschutzstaffeln.

f) Besonders verstärkte Organisierung des Kampfes gegen den Arbeitsdienst. Deshalb besondere Verstärkung der Arbeit unter dem erwerbslosen Jungproletariat und Schaffung von Jugend- und Parteizellen, von RGO-Gruppen in den bestehenden Arbeitsdienstpflichtlagern.

4. Die größeren und höheren Aufgaben, die vor der Partei stehen, können wir nur erfüllen, wenn wir gleichzeitig mit der Steigerung unserer Massenarbeit und der wirklichen Verlegung des Schwergewichts unserer Arbeit in den Betrieb, die Partei auch organisatorisch in den entscheidenden Teilen der Arbeiterklasse durch Gewinnung der Betriebsarbeiterschaft stärken. Deshalb:

Keine sektiererische Einstellung der Werbearbeit, sondern systematische Arbeit in jedem Betrieb zur Werbung neuer Betriebsarbeiter, Ausnutzung der kommunistischen Fraktionen in den Einheitsfrontorganen, in den Betriebsgruppen der Massenorganisationen zur systematischen Gewinnung der Arbeiter für die Partei im Kampfe gegen die faschistische Diktatur. Eine solche Werbung ist auch gleichzeitig eine gewisse Garantie für die Sicherung gegen Spitzel und Provokateure, die jetzt der Klassenfeind in verstärktem Maße in die Partei zu dirigieren versuchen wird.

Versetzen wir schnell die Partei in einen solchen organisatorischen Zustand, daß sie fähig ist, die antifaschistische Aktion schneller vorwärts zu treiben, den Schlägen des Terrors und der Verfolgung zu trotzen, den Klassenkampf des Proletariats in gesteigertem Maße zu führen und die Entfaltung des Widerstandes gegen die Offensive der offenen faschistischen Diktatur in allen Formen hinweg, [die] große entscheidende Klassenschlacht auszulösen und durchzuführen.

5 Mit „Straßenarbeiter" ist vermutlich ein Parteiinstrukteur für die Straßenzellen eines bestimmten Stadtgebietes gemeint.

91.

13. 3. 1933: Illegales Rundschreiben des ZK

HStA Düsseldorf, Reg. Düss. Nr. 30649d, S. 54–55; Polizeiliche Abschrift. Überschrift: „Liebe Genossen!"

Wir wenden uns in dieser politisch ungeheuer zugespitzten Situation an Euch, weil das Schwergewicht unseres antifaschistischen Kampfes in den Betrieben liegen muß.

Das heldenmütige Bekenntnis von 4,8 Millionen ist trotz des relativen Rückganges des Stimmergebnisses ein gewaltiger politischer Erfolg.[1]

Die faschistischen Machthaber glauben, durch Verhaftung von Tausenden Funktionären, Lahmlegung jeglicher Art legaler Tätigkeit, durch unerhört gesteigerten Terror, die Schlagkraft des revolutionären Proletariats zu lähmen.

Auf Vorschlag des *Horst-Wessel*-Sturmes wurde der Reichstag in Brand gesteckt, um ein Mittel zum größten Terror, Zerschlagung der Massenorganisationen und Pogrome zu bekommen.

Genossen, das faschistische Regime hat unseren Führer, Genossen *Ernst Thälmann*, in den Kerker geworfen und bedroht ihn und andere Genossen mit dem Tode.[2] Wir können ihn und die Tausenden verhafteten Antifaschisten nur durch Massenaktionen retten.

Das offene Eintreten von 4,8 Millionen Wählern für den Kommunismus und gegen den Faschismus zeigt die große revolutionäre Kraft, über die wir verfügen und ist ein subjektiver Faktor, der ungeheuer krisenverschärfend wirkt.

Millionen verlangen Arbeit und Brot!

Die 17 Millionen Stimmen, die der *Hitler*-Faschismus bei größtmöglichster Ausnutzung des kapitalistischen Staatsapparates gewinnen konnte, sind ein einziger Millionenschrei nach Arbeit und Brot. Jedoch Arbeit und Brot kann das faschistische Regime den Arbeitern und werktätigen Massen nicht geben, im Gegenteil setzt die neue Lohnrauboffensive mit ganzer Wucht ein.

Im Bergbau ist der Manteltarif und die Lohnordnung gekündigt. Für die gesamten Bielefelder Tarifgebiete (Gruppe Metall) ist der Lohntarif gekündigt. In Lippstadt sind die Metallarbeiter bereits jetzt von einem 10%igen Lohnraub bedroht.

Die *Nationalzeitung* schrieb bereits am 6. März, daß jetzt eine Zeit der größten Entbehrung und Not kommen würde, daß erst in 4 Jahren der Grundstein zu einem „neuen" Deutschland gelegt werden kann.

Organisiert den antifaschistischen Massenkampf!

---

1 Bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 erhielt die KPD trotz aller Behinderungen 4 847 939 (12,3%) Stimmen und 81 Reichstagsmandate. Gegenüber der Wahl vom 6. November 1932 bedeutete dies einen Stimmenrückgang um 1 132 300 Stimmen. Bei den gleichzeitig durchgeführten Landtagswahlen in Preußen hatte die KPD jedoch gegenüber der Landtagswahl vom 24. April 1932 ihre Stimmenzahl sogar vermehren können. Vgl. zum Wahlergebnis Schulthess 1933 S. 54.

2 Ernst *Thälmann* wurde am 3. März 1933 mit seinem Vertrauten W. *Hirsch* in seinem illegalen Quartier in Berlin-Charlottenburg verhaftet. Am 18. August 1944 wurde er im KZ Buchenwald ermordet.

Nichts ist für das faschistische Regime gefährlicher und bereitet ihm schneller seinen Untergang, als daß die Massen die Einlösung der Versprechen fordern und dafür in den Kampf treten.

Die vorhandenen Illusionen, die sich teilweise auch in der Partei zeigen: „daß *Hitler* sich abwirtschaften soll" oder, daß das kapitalistische System von selbst zusammenbrechen wird, sind auf das entschiedenste zu bekämpfen. Die Mitgliederschaft der Partei muß sich darüber im klaren sein, daß die offene faschistische Diktatur nur durch den Massenkampf des Proletariats gestürzt werden kann.

Einheitsfrontpolitik – die entscheidende Methode unserer revolutionären Massenarbeit!

Deshalb muß das Schwergewicht unserer Arbeit in der Gewinnung der SPD- und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für den Kampf, von den kleinsten betrieblichen Aktionen beginnend, bis zum politischen Massenkampf, zum Generalstreik, liegen.

Unsere polnische Bruderpartei gab uns bereits glänzende Beweise der revolutionären Massenarbeit, wie man trotz schärfstem Terror die Lebensinteressen verteidigen kann. Erst jetzt streiken wiederum 90 000 Bergarbeiter gegen die faschistische Lohnrauboffensive. Auch uns wird es gelingen, wenn wir eng mit den Massen verbunden sind und jeden Anlaß benutzen, die Massen zu mobilisieren.

Unsere Einheitsfrontpolitik wird damit die entscheidende Methode unserer Massenpolitik, um die Mehrheit des Proletariats für den Kampf für die revolutionäre Macht zu gewinnen. Wir treten offen, kühn und ehrlich an die SPD- und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter heran, ohne uns in Diskussionen über Nichtangriffspakte und den Verrat der SPD-Führung einzulassen[3].

Das bedeutet keineswegs, daß wir unsere Prinzipien preisgeben oder eine Verwässerung unserer Generallinie zulassen.

Wir wollen diese Arbeiter für den Kampf gegen den Lohnraub, gegen jede Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, gegen den Faschismus, gewinnen. Das ist die Kernfrage unserer nächsten Arbeiten. Im Prozeß des Kampfes werden die Proleten schnell erkennen, wer ihre Interessen konsequent und ehrlich vertritt, wer ihr Freund und wer ihr Feind ist.

Alle Kraft für den Sieg der Einheitsliste!

Die bereits in Hamborn und Berlin in den letzten Wochen durchgeführten Betriebsratswahlen brachten einen großen Erfolg der Einheitslisten.[4] Auch in Eurem Betrieb müßt Ihr alle Kräfte anspannen, um die Betriebsratswahlen vorzubereiten und durchzuführen. Gebt Betriebszeitungen, Handzettel, Flugblätter usw. heraus. Wendet jede Form der Agitation und Propaganda an, um den Einheitslisten zum Siege zu verhelfen.

Daraus ergibt sich, daß wir alle Formen und Methoden der revolutionären Massenarbeit anwenden müssen, um

1. die revolutionäre Massenarbeit der BZ auch unter den schwersten Bedingungen der Illegalität und Terror durchführen zu können. Die Betriebszelle muß die

3 Vgl. dazu Dok. 87, Anm. 34 ff.

4 Zu den Betriebsrätewahlen 1933 vgl. Dok. 90, Anm. 4.

Unterteilung auf Abteilungs- und Schichtzellen, wo das noch nicht geschehen ist – unbedingt durchführen. Mit den Leitungen verkehrt dann die Zelle in folgender Weise:

[Zellenleitung nur]. . .[5] mit Abteilungs- und Schichtzellenleitern – Stadtteilleitung, UBL und BL mit Zellensekretariat der Gesamtzelle usw. In keinem Falle dürfen bei größeren Betriebszellen (über 5–6 Mitglieder) weiterhin Zellenmitgliederversammlungen durchgeführt werden. Anläßlich besonderer Tagungen im UB, Bezirk oder Reich, bei der Wahl von Delegierten, sind lediglich Funktionärs- und Delegiertenkonferenzen im engsten Rahmen gestattet und zuständig. Schaffung eines breiten Netzes von Vertrauensleuten und betrieblichen Einheitsfrontorganen ist Hauptaufgabe für die Massenarbeit im Betrieb.

2. sich stets der revolutionären Kraft des Proletariats bewußt zu sein, und immer daran denken und entsprechend zu handeln, daß wir die einzige revolutionäre, antikapitalistische und antifaschistische Partei sind. Wir sind Blut vom Blut – Fleisch vom Fleisch des deutschen Proletariats, das wir zum Siege führen werden.

Wir sind aufs engste verbunden mit unserer Klasse, mit den sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Wir werden die Massen des Proletariats mobilisieren und zum Kampf gegen den Faschismus führen. Wir haben keine Ursache und keinen Grund, Depressionen in unseren Reihen aufkommen zu lassen. Die Absicht des Faschismus unsere Reihen zu zersetzen und zu dezimieren, wird an unserem geschlossenen, eisernen und festen Willen zerschellen.

Genossen: Fester die Reihen! Kraftvoll und mutig werden wir unsere Aufgaben durchführen.

Vorwärts zum antifaschistischen Massenkampf!

Für den siegreichen Sozialismus, für die Arbeiter- und Bauern-Regierung!

5 Textlücke, vgl. Dok. 91a, Abschnitt 3 (Ergänzung aus dort).

91 a.

13. 3. 1933: Organisationsanweisung an die Ortsgruppen

Anlage zu Nr. 91. Überschrift: „Dringende Organisationsanweisung an alle Ortsgruppen".

Liebe Genossen!

[. . .][1]

Wir rufen in Erinnerung den „Brief eines Freundes".[2] Jeder Einheit wird es zur Pflicht gemacht, diesen Brief Satz für Satz nochmals besonders durchzuarbeiten. Wir heben hervor: „Das wichtigste ist die Fähigkeit der Partei zur Organisierung des

1 Der hier folgende Teil ist eine identische Wiederholung des Anfangs des Rundschreibens 91 bis „Alle Kraft für den Sieg der Einheitsliste". Vom Bearbeiter weggelassen.

2 Vgl. Dok. 90, den Schluß des zweiten Absatzes.

revolutionären Massenkampfes unter illegalen Bedingungen. Anwendung illegaler Arbeitsmethoden heißt keinesfalls sich verkriechen, sondern so eng mit den Arbeitermassen verbinden, die Massenmobilisierung mit verstärkter Kraft durchzuführen, ohne daß der Gegner imstande ist, Teile der Organisation zu zerstören".

Unsere Organisationsgliederung: Nachfolgendes Organisationssystem ist unbedingt innezuhalten und Voraussetzung zur Sicherung der Arbeit von unten bis oben.

a) Fünfergruppe mit Fünfergruppenführer (Kassierer)

b) Zelle (umfassend 4–5 Fünfergruppen)

c) Instrukteurgebiet im Stadtteil (umfassend 4–5 Zellen)

d) Instrukteurgebiet im UB (umfassend 3–5 Stadtteile)

In allen Fällen werden sämtliche Beratungen auf die Anzahl der Leiter dieser Einheiten beschränkt. Mit den Mitgliedern hat regelmäßig nur der Fünfergruppenführer die Verbindung.

Die Betriebszelle muß die Unterteilung auf Abteilungs- und Schichtzellen – wo das noch nicht geschehen ist – unbedingt durchführen. Mit den Leitungen verkehrt dann die Zelle in gleicher Weise wie oben. (Zellenleitung nur mit Abteilungs- und Schichtzellenleitern – Stadtteilleitung, UBL und BL mit Zellensekretariat der Gesamtzelle usw.). In keinem Falle dürfen bei größeren Betriebszellen (über 5–6 Mitglieder) weiterhin Zellenmitgliederversammlungen durchgeführt werden. Anläßlich besonderer Tagungen im UB und Bezirk oder Reich, bei der Wahl der Delegierten sind lediglich Funktionärs- und Delegiertenkonferenzen im engsten Rahmen gestattet und zuständig. Schaffung eines breiten Netzes von Vertrauensleuten und betrieblichen Einheitsfrontorganen ist Hauptaufgabe für die Massenarbeit im Betrieb.

Verbindungen mit Massenorganisationen.

Im Ortsmaßstabe nur durch Sekretariat und Fraktionsleitungen, im Betrieb durch die Betriebsfraktionsgruppe, die aus dem Parteikern gebildet wird.

Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften: Dringendste Aufgabe ist organisierte Entsendung von guten Parteimitgliedern in die reaktionären Gewerkschaftsverbände, reformistische, wie auch christliche. Aufbau von Oppositionsgruppen mit Oppositionsbeiträgen.

Die Stempelstellen sind weiterhin durch besonders zugeteilte Zellen (instrukteurgebietsweise) zu bearbeiten und überparteiliche Ausschüsse zu bilden und auszubauen. Für die größten Stempel- und Zahlstellen sind besonders qualifizierte Funktionäre verantwortlich zu machen. Für die organisierte Erfassung der Erwerbslosen müssen neue Methoden ausfindig gemacht und zur Anwendung gebracht werden. (Interessengemeinschaften, Erwerbslosen-Berufsgemeinschaften, Erwerbslosen-Mietgemeinschaften usf.)

Finanzielle Sicherung und antifaschistische Kampffonds.

Die Kassierung bleibt unter allen Bedingungen das wichtigste Bindeglied. Bei Auflösung von Organisationsteilen ist sie gleichfalls in anderen Formen lediglich bei den Sympathisierenden durchzuführen. Für Letztere wird besonderes Material (Sympathie-Marken) herauskommen. Zur sofortigen Einleitung der verstärkten Unterstützung der Partei erhaltet Ihr in der nächsten Woche besondere Kampffonds-

marken für den antifaschistischen Freiheitskampf zu 10 Pfg., 50 Pfg., 1 Mark, 3 Mark usw. Die prozentuale Verteilung wird wie folgt geregelt.

Zelle	15%
Ortsgruppe	10%
UB	25%
BL	50%

Mit der strategischen Hauptorientierung auf die Betriebe und dem Schwergewicht der Massenarbeit in den reaktionären Gewerkschaftsverbänden, breiteste Erfassung der Erwerbslosen durch neue Organisationsformen, vorwärts im antifaschistischen Freiheitskampf mit festgefügter und gesicherter bolschewistischer Partei unter allen Bedingungen!

91b.

14. 3. 1933: Rundschreiben an die Kassenfunktionäre

Anlage zu Nr. 91. Überschrift: „Abt. Kasse. An alle Leitungen und alle Kassenfunktionäre."

Werte Genossen!

Der offene *Hitler*faschismus hat mit Verfassungsbruch und blutigem Terror den Generalangriff gegen die deutsche Arbeiterklasse eröffnet.

Das Wüten der braunen Mordgesellen ergreift weite Kreise des deutschen Volkes mit tiefer Abscheu. Diese Stimmung geht bis weit hinein in bürgerliche Kreise.

Unerschüttert lebt und kämpft die KPD!

Mögen auch Tausende ihrer Anhänger, ihrer Funktionäre in Gefängnissen schmachten.

Wir müssen für den weiteren Kampf Mittel schaffen. Viele Nichtkommunisten werden freudig ihren Beitrag für den antifaschistischen Kampf geben. Am besten kommen wir an diese Leute mit einer Marke heran. Wir haben Marken mit zweierlei Aufdruck herstellen lassen. Die Marke für den Freiheitskampf des Volkes muß Geschäftsleuten, Intellektuellen usw. angeboten werden, von denen eine ganze Reihe in letzter Zeit von den Faschisten schikaniert und bedroht worden sind.

Zweite Marke: Antifaschistische Aktion. Diese Marke muß Massenumsatz finden.

Der SPD- und Zentrumsarbeiter wird gerne die Marke der antifaschistischen Aktion kaufen. Unter den Schlägen der faschistischen Diktatur schwinden ihm jetzt die letzten Illusionen über die bürgerliche Demokratie. Versuchen wir tapfer und unerschrocken die Marken in Haus und Betrieb an den Mann zu bringen, wobei durchaus Vorsicht vor Spitzeln und Denunzianten geboten ist.

Genossen, leistet schnelle Arbeit.

Mobilisiert mit dieser Markenverkaufsaktion unsere gesamte Partei.

Es lebe der antifaschistische Kampf!

Es lebe die Partei *Lenins*!

Abrechnungsmodus:
15% vom Verkauf der Marken erhalten die Zellen
10% die Ortsgruppen bzw. Stadtteile
25% der Unterbezirk
50% sind an die BL. Kasse abzurechnen.

Abt. Kasse

92.

25. 3. 1933: Illegales Rundschreiben des ZK

BA R 134, Bd. 95, S. 140–146 und StA Bremen, 4,65 II A 12 b 2, Bd. 3; Polizeiliche Abschrift, I AN 2160/27. 3. Überschrift: „Rundschreiben Nr. 2. An alle! Liebe Freunde!"

Die Grundlage unserer gesamten weiteren Arbeit ist Euch ja bereits in einem Rundschreiben vom 9. März mitgeteilt worden. Wir wollen heute dazu einige sehr wichtige Ergänzungen mitteilen.[1] Im Rahmen der im vorigen Rundschreiben aufgezeigten Arbeiten müssen nunmehr insbesondere folgende drei Fragen besonders scharf in den Mittelpunkt der gesamten Arbeit gestellt werden:

1. Entwicklung der Einheitsfrontkampfbewegung.

2. Vorbereitung des antifaschistischen Arbeiterkongresses für Europa.[2]

3. Entwicklung des Massenkampfes für die Freilassung des Führers unserer Partei und der deutschen Arbeiterklasse, des Gen. *Thälmann*, und aller verhafteten Arbeiter[3].

I. Entwicklung der Einheitsfrontkampfbewegung

Die Kommunistische Internationale hat am 6. März ein Einheitsfrontangebot an die Sozialdemokratische Arbeiter-Internationale gerichtet. Dieses Einheitsfrontangebot der Kommunistischen Internationale knüpft an an einen Aufruf der sozialistischen Arbeiterinternationale vom 19. Februar zur Einheit.[4]

---

1 Dieses Rundschreiben liegt nicht vor. Vgl. jedoch das Rundschreiben vom 13. 3. 1933 (Dok. 91), in dem ebenfalls zur politischen Lage und der weiteren Arbeit der Partei grundsätzlich Stellung genommen wird.

2 Der „Antifaschistische Arbeiterkongreß Europas" fand vom 4.–6. Juni 1933 in Paris statt. Die Ereignisse in Deutschland standen dabei im Mittelpunkt der Beratungen von über 3000 Delegierten, darunter 120 aus Deutschland. Der Kongreß beschloß ein Manifest „An die Werktätigen Europas", in dem der Faschismus als internationale Gefahr bezeichnet und zur Bildung von Kampfkomitees, Abwehrstaffeln und Hilfskomitees für die Opfer des Faschismus aufgerufen wurde. Vgl. *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung* Nr. 18 vom 9. 6. 1933, S. 589 ff.

3 Ernst *Thälmann* wurde am 3. März 1933 in einem illegalen Quartier in Berlin verhaftet. Nach dem Reichstagsbrand und endgültig nach den Wahlen vom 5. März wurden auch zahlreiche Abgeordnete sowie führende Parteifunktionäre und Tausende sonstiger KPD-Mitglieder verhaftet.

4 Am 19. Februar 1933 wandte sich das Büro des Exekutivkomitees der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI) mit einem Aufruf an alle Arbeiter und forderte darin Verhandlungen zwischen der Exekutive der SAI und der Komintern über gemeinsame Aktionen gegen den Faschismus. Darauf erwiderte das EKKI mit einem Aufruf vom 5. März „Für die Einheitsfront des Proletariats", der in der *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung* Jg. 2, Nr. 4, Basel 11. 3. 1933, S. 91 f.

Die Kommunistische Internationale macht in ihrem Einheitsfrontvorschlag das Angebot, daß sich die Kommunistischen Parteien aller Länder mit den Sozialdemokratischen Parteien in Verbindung setzen sollen, zum Zweck eines gemeinsamen Kampfes der Arbeiterklasse gegen Faschismus und Kapitalismus.

Zwei Punkte sind entscheidend an dem Einheitsfrontvorschlag der Kommunistischen Internationale:

1. Die Grundlage der Einheitsfront soll die Organisierung gemeinsamer Aktionen und Kämpfe der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter gegen Lohnraub, soziale Reaktion, faschistischen Terror und alle Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen sein.

2. Für die Dauer des gemeinsamen Kampfes verpflichtet sich jede Kommunistische Partei auf eine Kritik und auf Angriffe gegen die Sozialdemokratischen Parteien zu verzichten.

Damit hat die Kommunistische Internationale erneut gezeigt, daß die Kommunisten bereit sind, ihre ganze Kraft in den Dienst der Herbeiführung des gemeinsamen proletarischen Kampfes um die Lebensinteressen und Kampfmöglichkeiten der Arbeiterklasse zu stellen.

In derselben Linie zur Herstellung der notwendigen einheitlichen Kampffront gegen den faschistischen Terror und den verschärften Hungerkurs der *Hitler-Papen-Hugenberg*-Regierung hat sich das Zentral-Komitee der KPD ebenfalls bereits in zwei Briefen an die SPD und den ADGB gewandt mit den gleichen Vorschlägen, wie sie die Kommunistische Internationale im internationalen Maßstab machte.[5]

Der erste dieser Briefe wurde noch vor dem 6. März an den Hauptvorstand der SPD und den Bundesvorstand des ADGB gerichtet, fand aber bei beiden Ablehnung. Auf den zweiten Brief ist bis jetzt noch keine Antwort erfolgt.

Worauf kommt es jetzt an?

Die Kommunisten müssen sich vollkommen klar darüber sein, daß solche Einheitsfrontangebote an die Spitzen nur dann zu einem Erfolg führen können, wenn wir nicht auf die Antwort dieser Spitzen warten, sondern alles tun, damit die sozialdemokratischen, die Reichsbanner- und Eisernen Front-Arbeiter auf der Grundlage unserer Vorschläge mit uns eine gemeinsame Kampffront bilden.

Dazu ist notwendig, daß insbesondere der zweite Brief des Zentral-Komitees unserer Partei in allen Ortsgruppen, Zellen, Fraktionen, vervielfältigt und an die sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter herangebracht wird.

---

veröffentlicht wurde. Da dieser Aufruf des EKKI auf die Forderung der SAI nach Spitzenverhandlungen konkret nicht einging, bezeichnete die SAI ihn in der Antwort als Ablenkungsmanöver und lehnte die angebotenen gemeinsamen Aktionen auf unterer Ebene ab. Vgl. dazu Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriß. Berlin (Ost) 1970. S. 402–404. Der Aufruf des EKKI ist abgedruckt bei Weber, Kommunistische Internationale S. 266 ff.

5 Nach der Ernennung *Hitlers* zum Reichskanzler wandte sich das ZK der KPD noch am 30. Januar an den Parteivorstand der SPD mit der Aufforderung zum gemeinsamen Generalstreik. Der sozialdemokratische Parteivorstand lehnte das Angebot jedoch ab. Am 1. März wandte sich das ZK erneut an die Vorstände von SPD und ADGB mit dem Vorschlag, den Generalstreik auszurufen. Auch dieses Angebot wurde abgelehnt. Vgl. zur Haltung von SPD und KPD nach dem 30. Januar 1933 E. Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933 S. 101 ff.; Bahne, KPD S. 34 ff.

(Ihr erhaltet eine Abschrift dieses Briefes gedruckt oder vervielfältigt in den nächsten Tagen und verpflichten wir Euch, dafür zu sorgen, daß dieser Brief auf alle mögliche Art und Weise – Flugblätter, Betriebszeitungen, Häuserblockzeitungen, mündliche Diskussionen, Arbeiterstubenversammlungen, Betriebsversammlungen, in Gewerkschaftsversammlungen, Erwerbslosenbesprechungen, vervielfältigt und propagiert wird.[6])

Anknüpfend an die daraus sich ergebenden Diskussionen sind die bereits im Rundschreiben vom 9. März aufgezeigten organisatorischen Grundlagen mit dem Einheitsfrontkampf der Arbeiter zu schaffen. Solche sind z. B. betriebliche Kampfausschüsse zur Vorbereitung von Streiks gegen Lohnabbau, örtliche Einheitsfrontkampfausschüsse zur Vorbereitung und Führung der Kampfaktionen der Arbeiter-Ausschüsse des antifaschistischen Massenselbstschutzes zur Organisierung und Führung des Kampfes gegen den faschistischen Terror usw.

II. Vorbereitung des antifaschistischen Arbeiterkongresses für Europa.

In diesen Tagen ist ein Aufruf zur Einberufung und Durchführung eines antifaschistischen Arbeiterkongresses Europas, der im April voraussichtlich stattfinden soll, erschienen. Sobald wir diesen Aufruf haben, werden wir ihn an Euch vervielfältigt als Musterexemplar weiterleiten.[7]

Angesichts der Tatsache, daß in ganz Europa, insbesondere aber in Deutschland, das faschistische Terror- und Diktaturregiment gegen die Arbeiterklasse immer offener und brutaler aufgerichtet wird, zur Niederhaltung des Kampfes der Arbeiterklasse und zur versuchten Rettung der kapitalistischen Bankrottherrschaft kommt diesem Kongreß eine gewaltige politische Bedeutung zu.

Unsere Aufgabe ist es deshalb, für die Popularisierung und Propagierung dieses Kongresses und die Wahl von Delegierten zu diesem Kongreß die stärkste Initiative in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Gewerkschaften und den Massenorganisationen zu entfalten. Dafür gelten folgende Richtlinien:

1. Sofortige Bildung eines vorbereitenden Komitees.

In jedem Ort muß sofort aus je einem Vertreter der Partei, der Jugend, der RGO und des Kampfbundes ein vorbereitendes örtliches Komitee gebildet werden, das im Verlauf der Aktion zu einem Einheitsfrontkomitee durch Heranziehung von Delegierten, die aus den Arbeiterorganisationen, Betrieben usw. gewählt werden, erweitert werden muß.

2. Der Aufruf muß an die breitesten Massen herangebracht werden. Für die Organisierung des Kongresses ist das dringendste, den Aufruf unter Anwendung aller Möglichkeiten an die Betriebe, Stempelstellen, Gewerkschaften, reformistische Arbeiterorganisationen, insbesondere die unteren Einheiten der SPD, der Verbände, des Reichsbanners, katholischen Arbeiterorganisationen usw. heranzubringen.

Neben der Verbreitung durch den Parteiapparat, durch Betriebs- und Häuserblockzeitungen, durch abgezogene Flugblätter usw. müssen die Fraktionen in allen Massenorganisationen für seine Veröffentlichung in der eigenen Organisation und in

6 Nach der Ablehnung des ersten Aktionsangebots durch die Vorstände von SPD und ADGB wandte sich das ZK der KPD am 14. 3. erneut mit einem Brief an den Parteivorstand der SPD. Vgl. zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. V. Berlin (Ost) 1966. S. 30 f.

7 Dieser Aufruf liegt nicht vor. Zum Antifaschistischen Arbeiterkongreß vgl. Anm. 2.

den Reihen der reformistischen Arbeiterorganisationen sorgen (Sport, Genossenschaften, Reichsbanner[8] etc.).

3. Massendiskussionen entfesseln. Alle Möglichkeiten dazu ausnutzen; Abteilungs- und Belegschaftsversammlungen dazu benutzen, wo das noch nicht gelingt, persönliche Diskussion, Besprechungen in den Pausen, auf dem Wege zum Betrieb, in Lokalen oder Wohnungen, in Mitgliederversammlungen der Organisationen, durch Zusammenfassung einzelner Mitglieder der betreffenden Organisation, um ihr Einverständnis, Zustimmung, Mitwirkung zum Kongreß zu erreichen.

4. Initiative muß von bestimmten Betrieben und Organisationen ausgehen.

Mobilmachung unserer Gewerkschaftsoppositionen, die nicht nur Teilnahme und Delegierung beschließen sollen, sondern die Initiative nehmen müssen, um sich direkt an andere Zahlstellen, Kartelle, an führende Gewerkschaftsfunktionäre zu wenden. Ebenso allen Einfluß ausnutzen, den wir in anderen reformistischen Organisationen der unteren Reichsbannergruppen Basis bereits haben, SPD-Abteilungen, SPD-Distriktsleitungen, Reichsbannergruppen, reformistische Sportverbände, katholische Arbeitsgruppen etc.

5. Direktes Herangehen an sozialdemokratische und christliche Funktionäre und untere Einheiten. Im Betriebsrat, unter Betriebsfunktionären die Frage stellen und Beschlüsse für Einberufung von Abteilungs- und Betriebsversammlungen zwecks Stellungnahme zum Kongreß herbeiführen. Auf Sitzungen der örtlichen Betriebsräte in Betriebsdelegierten-Konferenzen die evtl. dezentralisiert in Gruppen durchgeführt werden, Beschlüsse herbeiführen.

Daraufhin muß in den Betrieben zur Bildung antifaschistischer Kampfaufausschüsse geschritten werden, deren Aufgabe es sein wird, die Mobilisierung zum Antifaschistischen Kongreß durchzuführen.

Auch an die unteren Leitungen der SPD, des Reichsbanners, der Gewerkschaftszahlstellen, der Arbeitersportorganisationen usw. muß herangetreten werden, um sie für die Teilnahme am Komitee und zu den Arbeiten für die Wahl der Delegierten und zur Verbreitung des Aufrufs zu gewinnen.

Dabei soll sich jede Parteieinheit auf die wichtigsten Betriebe, Gewerkschaften und Organisationen ihres Orts konzentrieren und dieselben systematisch bearbeiten.

6. Beschlüsse und Wahl der Delegierten. Zunächst kommt es darauf an, in allen Versammlungen der Betriebs- und Arbeiterorganisationen zustimmende Beschlüsse zur Abhaltung des Kongresses fassen zu lassen und die Sammlung für die Finanzierung der Delegierten einzuleiten.

Als Delegierte sollen in erster Linie sozialdemokratische, christliche, Reichsbannerarbeiter, worunter sich auch Frauen und Jugendliche befinden, gewählt werden. Dabei ist besonderes Gewicht darauf zu legen, daß Delegierte gerade dort gewählt werden, wo in den Betrieben oder Orten bereits Bewegungen oder Aktionen ausgelöst und durchgeführt wurden. Für die Delegiertenwahl kommt natürlich insbesondere noch der wichtige politische Gesichtspunkt in Betracht, daß die Delegierten möglichst von großen Betriebs- oder Arbeiterversammlungen gewählt oder bestätigt werden. Wenn die Sicherheitsgründe es erfordern, braucht in diesen Versammlungen die Person

8 In der Vorlage: Reichsbauern.

selbst nicht genannt zu werden, sondern kann die Auswahl der Person dem antifaschistischen Kampfkomitee überlassen werden.

7. Die Erweiterung der vorbereitenden Komitees zu antifaschistischen Einheitskomitees muß, wie wir das oben bereits aufgezeigt haben, sofort in Angriff genommen werden. Dafür gelten folgende Richtlinien. Hineinwahl der Vertreter von Großbetrieben, Gewerkschaften, Arbeiter-Organisationen, die zustimmende Beschlüsse gefaßt haben. Diese Komitees müssen dann durch die Herausgabe von Flugblättern durch Sicherstellung der planmäßigen Bearbeitung der Betriebe und Organisationen die Agitation für den Kongreß beginnen.

8. Berichterstattung und Sammlung von Unterlagen. Über alle zustimmenden Beschlüsse, über die Wahl von antifaschistischen Kampfausschüssen, wie über die Wahl von Delegierten zum Kongreß und überhaupt über alle Arbeiten und Ergebnisse, die mit dem Kongreß zusammenhängen, müßt Ihr laufend an die Bezirksleitung Bericht erstatten. Alle Unterlagen über faschistischen Terror und Brutalitäten bzw. Bestialitäten (genaue Schilderungen, Fotografien zertrümmerter Wohnungen, Arbeitereigentums, verstümmelter und gemordeter Arbeiter, Frauen usw. sind sorgfältig zu sammeln und nach der BL zu senden).

9. Alles kommt auf die eigene Initiative und auf das selbständige Herausfinden der Methoden und Formen für die Massenmobilisierung an. Das wichtigste ist auch in diesem Fall die Organisierung wirklicher Massenaktionen gegen Unternehmer und faschistischen Terror.

III. Entwicklung des Massenkampfes für die Freilassung des Führers unserer Partei und der deutschen Arbeiterklasse, des Genossen *Ernst Thälmann*, und aller verhafteten Arbeiter.

Für die Erfüllung dieser Aufgabe ebenso wie für die Freilassung des Genossen *Ernst Torgler*, des Vorsitzenden der Kommunistischen Reichstagsfraktion,[9] müssen alle Kräfte eingesetzt werden. In den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Massenorganisationen, überall, wo Arbeiter sind, muß die Mobilisierung für die Entfaltung einer breiten Protest- und Kampfkampagne für die Freilassung der proletarischen Gefangenen, für die Aufhebung der Schutzhaftmaßnahmen, für die Beseitigung der Zeitungs- und Flugblattverbote, für die Beseitigung der Versammlungs-, Demonstrations- und Streikverbote durchgeführt werden.

Mehr denn je gilt die Erkenntnis, daß die Aufrechterhaltung und die Verschärfung des faschistischen Terrors seine Grenze an dem entfalteten Massenwiderstand der Arbeiterklasse finden wird. Diese Erkenntnis gilt es, zum Gemeingut aller Arbeiter zu machen. Und ausgehend von der Siegesgewißheit des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse wieder neuen Kampfesmut und neue Kampfesbegeisterung zu geben. So werden wir rasch die Voraussetzungen für die Vernichtung des faschistischen Diktaturregiments der *Hitler-Papen-Hugenberg* schaffen.

IV. Betriebs- und Häuserblockzeitungen, örtliche Flugblätter.

In dieser Arbeit ist in den letzten Wochen eine gewisse Stockung eingetreten. Alle Parteieinheiten müssen erkennen, daß gerade in einer breiten und restlosen

9 Ernst *Torgler* (1893–1963) hatte sich nach dem Reichstagsbrand der Polizei gestellt, um die falsche Behauptung, die Kommunisten hätten den Reichstag angezündet, zu widerlegen. Zu *Torgler* vgl. Weber II S. 324 f.

Erfüllung dieser Aufgabe einer der wichtigsten Mobilisierungsfaktoren für die Entfaltung des Massenkampfes der Arbeiterklasse liegt.

Deshalb muß mit der Herausgabe dieses Materials jetzt wieder die größte Aktivität und Energie entfaltet werden. Von allem erscheinenden Material sind zwei Exemplare an uns einzusenden. Insbesondere weisen wir aber auch darauf hin, daß gerade die in diesem Rundschreiben an den verschiedenen Stellen angeführten Materialien der Partei sehr viel vervielfältigt werden müssen. Natürlich gilt es, alle örtlichen Vorkommnisse ebenfalls zu diesem Zweck auszunützen.

V. Die Kassiermethoden sind sofort in der Weise zu verbessern, daß in jeder Leitungssitzung regelmäßig Bericht erstattet werden muß über die Abrechnung.[10] Die Ortsgruppen berichten regelmäßig dem Unterbezirk monatlich, wenn möglich 14-tägig, über den Beitragsstand der einzelnen Mitglieder. Dasselbe gilt auch für die Berichte der Unterkassierer und der Straßenzellen. In der Unterbezirksleitung berichtet der Instrukteur monatlich über den Stand der Abrechnung der Bezirksleitung.

VI. Sorgt dafür, daß dieses Rundschreiben, ebenso aber auch das Rundschreiben vom 9. März in allen Zellen besprochen, allen Mitgliedern zur Kenntnis gebracht wird. Sorgt dafür, daß alle Mitglieder wieder restlos in die aktive Arbeit eingegliedert werden.

Dem Klassenfeind zum Trotz – dem Proletariat zum Schutz – werden wir Kommunisten unsere Arbeit verstärken!

Mit revolutionärem Gruß
Eure Freunde!

Losungen, Parolen und Texte.

Diese Parolen sollt Ihr zur Herstellung von Handzetteln usw. verwenden, die im Bereiche der Ortsgruppen und Zellen Eures IB[11] immer wieder verteilt werden sollen.

Heraus mit *Ernst Thälmann* und allen politischen Gefangenen!
Einheitsfront bricht faschistischen Terror!
Faschismus – Hunger und Tod – Kommunismus Arbeit und Brot!
Die KPD lebt und kämpft!
Seit *Hitler* regiert, darf die SA morden!
Doch ist noch kein Hungriger satt geworden!
Gegen den Mordfaschismus schließt die Einheitsfront!
SA-Mann erwache, Du kämpfst gegen Deine eigene Sache!
Rüstet zum Massenstreik!
Hitler macht keinen Hungrigen satt, weil ihn der Kapitalist an der Strippe hat!
Der Kapitalismus ist am verrecken,
darum soll *Adolf* ihn retten mit blutigem Schrecken.
Doch der Kommunismus ist nicht zu zerbrechen,

10 Zur Umgestaltung des Kassierapparates unter den Bedingungen der Illegalität vgl. oben, Dok. 91b (Teil 3, Abteilung Kasse).

11 Instrukteur-Bezirk. Diese neue Organisationsform war seit längerer Zeit für den Fall des Parteiverbots vorbereitet worden. Das Instrukteurgebiet trat mit dem Übergang in die illegale Arbeit der KPD an die Stelle der alten Unterbezirks- und Stadtteilorganisationen.

Prolet Du mußt Dein Machtwort sprechen!

Der größte Provokateur im Lande,
der wird Minister *Göring* genannt.
Er hat den Reichstag abgebrannt,
Horst Wessel-Sturm, der war zur Hand!

Will man den Armen geben,
muß man den Reichen nehmen,
die Nazis sind die Partei der Reichen
die KPD die Partei der Armen.

Wenn alle Räder stille stehn, dann muß *Adolf* stiften geh'n. Arbeit und Brot für alle, das will die KPD, darum wird sie verfolgt und unterdrückt. – Arbeiter schützt Eure Wohnungen und Funktionäre, hinein in den roten Massenselbstschutz!

Herunter mit den Mieten!

Schluß mit Pfändungen und Exmissionen! Die Armen hinein in die Wohnungen der Reichen! – Dafür kämpft die KPD, darum wird sie verfolgt! Wählt Aktionsausschüsse! Massenstreik gegen faschistischen Terror! Wählt Delegierte zum Internationalen Antifaschistischen Kongreß!

Warum die Judenhetze? – Damit das Volk die wahren Schuldigen nicht sieht, das Kapital und seine Henkersknechte, *Hitler*, *Göring* und Co.

Massenstreik schlägt *Hitler!*

Mann der Arbeit aufgewacht, und erkenne Deine Macht!
Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will!

Arbeiter und Angestellte! Laßt Euch nicht von der NSBO terrorisieren! Wehrt Euch gegen Maßregelungen und Entlassungen durch passive Resistenz und Streik!

Die gefallenen Kämpfer, die gefangenen Genossen mahnen:

Organisiert die Einheitsfront gegen faschistischen Terror und Kapitaloffensive! Rüstet zum Massenschutz!

Die schwarz-rot-goldene Republik ist tot. Kämpft für die rote Arbeiter- und Bauernrepublik!

Faschismus ist Elend, Unterdrückung und Krieg, Kommunismus Brot, Freiheit, Friede und Arbeitersieg!

Hitler regiert – das Volk krepiert!

Mit Demokratie und Verfassung kann man den Faschismus nicht schlagen. Wir müssen die proletarische Revolution organisieren. SPD-Genossen, kämpft mit der KPD!

Anhang

93.

25. 10. 1929: Anträge der Agitpropabteilung an das Sekretariat

Records . . . T-175, 395, 915444–915446. Überschrift: „An das Sekretariat hier."

Werte Genossen!

Die Sitzung der Agitpropabteilung[1] nahm am 22. Oktober folgende Anträge an das Sekretariat an:

1. Internationaler Wettbewerb.

a) Das Sekretariat richtet einen ernsten Brief an alle Zellen der Partei, in dem die Gesamtpartei auf die Bedeutung und Notwendigkeit der Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs hingestoßen wird.[2]

b) Das Sekretariat des ZK richtet einen kurzen Aufruf zur Entfesselung des sozialistischen Wettbewerbes an die Belegschaften der Großbetriebe. Dieser Aufruf (Höchstumfang 1½ Schreibmaschinenseiten) wird nicht nur in der Tagespresse veröffentlicht, sondern alle Bezirke werden verpflichtet, durch ZK-Beschluß Sondernummern der Betriebszeitungen zum 7. November herauszugeben, auf deren erster Seite dieser Aufruf des ZK veröffentlicht wird[3].

c) Die *Rote Fahne* wird beauftragt, einen Plan für eine Muster-Pressekampagne aufzustellen und diese Kampagne zu führen.[4]

(Zur Information: Die Agitpropabteilung arbeitet ein Schema aus für Wettbewerbsbedingungen, die monatlich kontrollierbar und nach Ablauf des Wettbewerbs auch statistisch erfaßbar sind. Der Wettbewerb umfaßt verschiedene Arten:

1. Von Gesamtbelegschaft Deutschlands zur Gesamtbelegschaft russischer Betriebe;

2. Von Betriebszelle in Deutschland zu Betriebszelle in Rußland;

3. Von überparteilicher Massenorganisation, die wir beherrschen, zu entsprechender Massenorganisation in der Sowjetunion;

4. Von größerer Parteiorganisation – [Stadt], Unterbezirk, Bezirk – zu entsprechender Organisation der KPSU.

---

1 Über die personelle Zusammensetzung und die Aufgabenverteilung der Agitpropabteilung (1932) vgl. unten Dok. 100. Neben der Orgabteilung war die Agitpropabteilung die personell am stärksten besetzte Ressort-Abteilung des ZK. Im Oktober 1929 wurde sie von Joseph *Winternitz* (1896–1952) geleitet, der auch seit dem XII. Parteitag Mitglied des ZK war (Pseudonyme: *Lenz, Sommer*). Sein Stellvertreter war Alexander *Emel* (1897–1936), beide wurden 1931 abgesetzt. Zu den Biographien vgl. Weber II S. 107 und 344 f.

2 Unter dem Schlagwort „sozialistischer Wettbewerb" führte die KPD im Herbst 1929 eine Propaganda-Kampagne zum 12. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution durch.

3 Vgl. den Aufruf in der *RF* Nr. 223 vom 5. 11. 1929: „Auf die Straße für die Sowjetunion!" Darin wird den „Imperialisten aller Länder" vorgeworfen, den „Interventionskrieg gegen die Sowjetunion" vorzubereiten, um „den sozialistischen Aufbau zu vernichten". „Die deutsche Arbeiterklasse" müsse „wählen zwischen zwei Wegen", dem Weg der „faschistischen Diktatur" oder dem Weg der „proletarischen Revolution". Der Aufruf endet mit der Parole: „Für ein Sowjetdeutschland".

4 Entgegen diesen Anweisungen überwiegt in der *Roten Fahne* die Werbung für die Kommunalwahlen in Preußen am 17. November 1929.

Außerdem, das ist allerdings die Linie des geringsten Widerstandes, die jetzt schon überall bezogen wird, werden wir im Rahmen der deutschen Organisation einen Wettbewerb der einzelnen Parteiorganisationen untereinander entfesseln. Wir schlagen vor, den innerdeutschen Wettbewerb als „roten Wettbewerb" zu bezeichnen und als sozialistischen Wettbewerb nur das gelten zu lassen, woran Partei, Gewerkschaften, Organisationen und Betriebe der Sowjetunion beteiligt sind. Selbstverständlich werden von jetzt an alle neu herauskommenden Materialien der Agitpropabteilung in entsprechender Weise auf den sozialistischen Wettbewerb eingestellt.

2. 7. November.

a) Die Kampagne zum 12. Jahrestag wird durch die Wahlkampagne in unzulässiger Weise sowohl in der Tagespresse als auch nach den Berichten der Kontrolleure, in der Gesamtarbeit der Bezirksorganisationen unterdrückt. Insbesondere sind die Anzeichen dafür, daß nicht nur Abendkundgebungen, sondern nach Betriebsschluß oder vor den Kundgebungen überall riesige Straßendemonstrationen organisiert werden noch so schwach, daß hier sofortiges Eingreifen des Gesamt-ZK notwendig ist. Was die Massenagitation und Propaganda anbelangt, so besteht die Gefahr, daß die Bezirke aus finanziellen Gründen Wahlmaterialien, Betriebs-, Häuserblock-, Dorfzeitungen, örtliche Wählerzeitungen, Flugblätter usw. auf die letzten 8 Tage vor der Wahl konzentrieren und nicht begreifen, daß der 7. November ein gewaltiger Höhepunkt vor der Wahl[5] darstellen muß und daß die Bedeutung der Wahlen im Zeichen des *Young*-Planes gerade in der Vertrauensmanifestation für die Hauptlosungen der Kommunistischen Partei besteht: Verteidigung der Sowjetunion und Entfesselung des Wirtschaftskampfes gegen die trustkapitalistische Rationalisierung.

Wir schlagen vor, daß das Plenar-ZK an alle Redaktionen und Bezirksorganisationen einen dringenden Appell zur sofortigen Steigerung der Kampagne für den 7. November, für die Diktatur des Proletariats, für den Schutz der Sowjetunion und für den sozialistischen Wettbewerb richtet.[6]

b) Da die Materialien der *Inprekorr* durchaus ungenügend für die Kampagne in Deutschland sind (wobei die Bestrebungen der *Inprekorr* anerkannt werden),[7] ersuchen wir das ZK, sofort einen Genossen nach der Sowjetunion zu entsenden, der mindestens wöchentlich eine gute Reportage über den Fünfjahresplan, Aufbau des Sozialismus und sozialistischen Wettbewerb nach den Notwendigkeiten unserer Parteipresse zusammenstellt. Nach Mitteilung des Genossen *Hirsch*,[8] ist das EKKI bereit, die Finanzierung dieses Genossen zu tragen. Sollte das ZK keinen geeigneten Genossen freistellen können, beantragen wir, die deutsche Vertretung beim EKKI mit der Lieferung der wichtigsten unserer Notwendigkeit angepaßten Materialien zu

5 Gemeint sind die Kommunalwahlen in Preußen, Hessen usw. am 17. November 1929.

6 Vgl. dazu das Rundschreiben vom 2. November 1929, oben Dok. 13.

7 Die unter Verantwortung der Komintern erscheinende *Internationale Pressekorrespondenz (Inprekorr)* brachte zahlreiche Artikel über den sowjetischen Fünfjahrplan, die *Inprekorr* erschien aber nur in einer kleinen Auflage.

8 Werner *Hirsch* (1899–1937) war damals Redakteur der *Roten Fahne*. Zu seiner Biographie vgl. Weber II S. 164 f.

beauftragen. In der Agitpropabteilung wurden folgende Vorschläge gemacht: *Neubauer, Rück, Heller.*[9]

3. Reichskongreß der Gewerkschaftsopposition.[10]

Nach dem Bericht des Genossen *Auer*[11] wird scharfe Pressekontrolle und Mahnung an Redaktionen durch Gewerkschaftsabteilung vorgenommen. Besonders schwach steht die Kampagne in den Bezirken Mecklenburg, Thüringen, Schlesien, Halle-Merseburg und Mittelrhein. ZK soll Anwesenheit der Vertreter dieser Bezirke auf Plenar-ZK benutzen,[12] um für Steigerung der Kampagne zu sorgen und nötigenfalls noch besonderen Brief an die BL senden.

4. Verbesserung der Arbeit der Agitprop-Abteilung.

a) Die dringendste Frage ist die des Aufbaues des Agitprop-Apparates in den BL und unteren Parteiorganisationen. Die Kontrollreise des Genossen *Gollmick*[13] hat die dringende Notwendigkeit der persönlichen Aussprache über die entscheidenden Agitprop-Fragen selbst in den wichtigsten Parteibezirken ergeben. Die Lage der Agitprop in Oberschlesien, Pommern, Mecklenburg, Schlesien, Baden, Pfalz, Thüringen, Niedersachsen, Magdeburg-Anhalt, muß als katastrophal, in Ostpreußen, Bayern, Württemberg, Erzgebirge-Vogtland, Westsachsen, Nordwest, als sehr mangelhaft angesehen werden. Weiter sind die neuen Aufgaben in den Kulturorganisationen (verschärfte Spaltungsoffensive – Schaffung der IFA,[14] Aufbau von marxistischen Arbeiterschulen in den 12 wichtigsten Städten des Reiches usw.) nicht durch Rundschreiben zu lösen. Aus diesen dringenden Gründen beantragen wir die sofortige Bereitstellung eines Instrukteurs für die Agitpropabteilung. Nach Prüfung aller in Frage kommenden Genossen schlagen wir einmütig den Genossen *Blenkle*[15] vor. Wir glauben, daß seine Tätigkeit in der Agitpropabteilung für die Gesamtpartei von größ[erer] Bedeutung ist als seine Arbeit in einem Verwaltungsbezirk der Berliner Organisation. Die Berufung in die Agitpropabteilung kann deshalb auch vom Genossen *Blenkle* in keiner Weise mißverstanden werden.

b) Zur Entlastung des Genossen *Peterson*[16] und damit auch zur Entlastung des Genossen *Gollmick* ist dringend notwendig, eine Änderung im Verkehr mit den

9 Theodor *Neubauer* (1890–1945) war damals Chefredakteur der Düsseldorfer KPD-Zeitung *Freiheit*, Fritz *Rück* (1895–1959) Redakteur der *Roten Fahne*. Zu den Biographien vgl. Weber II S. 231 f. und 266. Otto *Heller* (1897–1945) war Mitarbeiter der *Roten Fahne* und der *Inprekorr*. Von ihm erschien 1930 das Buch „Sibirien, ein anderes Amerika". Zu seiner Biographie vgl. Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Hrsg. Werner Röder und H.A. Strauss, Bd. 1. München–New York 1980, S. 283.

10 Der 1. Reichskongreß der RGO fand vom 30. November bis 1. Dezember 1929 in Berlin statt.

11 Erich *Auer* (geb. 1902) war bei der Vorbereitung der RGO-Gründung beteiligt und gehörte dann deren Reichsleitung an.

12 Gemeint ist die Sitzung des ZK der KPD am 24. und 25. Oktober 1929.

13 Walter *Gollmick* (1900–1945) gehörte seit 1929 der Agitpropabteilung des ZK an. Zu seiner Biographie vgl. Weber II S. 140.

14 Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur (IfA). Vgl. zu ihrer Gründung oben Dok. 10, Rundschreiben 33 vom 31. 8. 1929.

15 Konrad *Blenkle* (1901–1943) war 1929 wegen seiner Kritik an *Thälmann* bei der „*Wittorf*-Affäre" als Vorsitzender des KJVD abgesetzt worden. Zu seiner Biographie vgl. Weber II S. 78.

16 Bruno *Peterson* (geb. 1900) war bis 1930 Mitarbeiter der Agitpropabteilung des ZK. Zu seiner Biographie vgl. Biographisches Handbuch, a.a.O. (Anm. 9) S. 555.

Druckereien herbeizuführen und im Rahmen der Agitpropabteilung einen Druckfachmann zu bestimmen, der alle druckfertigen Materialien übernimmt und dessen Hauptaufgabe darin besteht, für die ordnungsgemäße und terminmäßige Fertigstellung aller Drucksachen des ZK die Verantwortung zu übernehmen. Diese Instanz müßte zweckmäßigerweise beim IAV[17] geschaffen werden und auch dessen Drucksachen restlos miterledigen. Dadurch würde beim IAV eine jetzt eingestellte halbe Kraft überflüssig und die Leiter des IAV würden von vielen technischen Arbeiten frei und instand gesetzt, die politische Agitation und Reklame zu leisten, einen Massen-Literaturvertrieb aufzubauen. Wir betonen aber, daß dies eine völlig qualifizierte Kraft, am besten ein bisheriger Peuvag-Geschäftsführer, freigestellt werden müßte. Wir können dann auf *Blöss* völlig verzichten.[18] Die Finanzierung dieser Instanz beim IAV müßte entweder durch die Peuvag[19] erfolgen (da *Blöss* vollkommen überflüssig) oder je zur Hälfte von IAV und Agitprop getragen werden. Genosse *Schneller*[20] ist mit diesem Vorschlag durchaus einverstanden, da das für die Agitpropabteilung einen unerhörten Gewinn an Zeit und eine Befreiung von stundenlangen kleinlichen, technischen, ärgerlichen Telefonaten, Konferenzen usw. bedeuten würde. Als am besten geeignet für diese Funktion sehen wir den früheren Volontär bei der Essener Peuvag-Filiale und jetzigen Geschäftsführer der Gothaer Filiale, den Genossen *Müller*[21] an. Bei dieser Frage ist zu berücksichtigen, daß wir für den Fall der Illegalität von der Agitpropabteilung aus durchaus nicht auf Unterstützung durch die Peuvag rechnen, sondern eben diese Instanz brauchen, die etwas vom Druckereiwesen versteht und noch während der Legalität alle notwendigen Schritte unternimmt, um die Sicherstellung aller Drucksachen des ZK auch während der schlimmsten Illegalität zu garantieren.

5. Sittengeschichte von *Rühle*.

Der NDV gibt von dem bekannten Antimarxisten und *Marx*-Psychoanalytiker *Rühle* eine Sittengeschichte des Proletariats heraus,[22] deren politische Bedeutung für den revolutionären Klassenkampf in der dritten Periode wohl klar sein dürfte: Ablenkung vom Klassenkampf, Konkurrenzunternehmen gegen die von der Partei herausgegebene „Geschichte der deutschen Revolution". Wir beantragen einen formellen Beschluß des ZK, nachdem für diesen Schmöker jede Reklame in der Parteipresse und durch unsere Parteiorganisationen untersagt wird, da die Proleten andere Literatur benötigen, die bei uns noch in tausenden Exemplaren auf Lager liegt und für die Partei eine unerhörte Fesselung der Finanzen bedeutet.

Mit kommunistischem Gruß
Zentralagitprop.

---

17 Internationaler Arbeiter Verlag, Berlin. Parteieigener Buch- und Zeitschriftenverlag.

18 Über den Mitarbeiter der Agitpropabteilung *Blöss* ließ sich nichts in Erfahrung bringen.

19 Peuvag = Papiererzeugungs- und Verwertungs-Aktiengesellschaft. 1924 zur Zusammenfassung der Druckereien der KPD in einer Gesellschaft gegründet. Ihr gehörten sämtliche Druckereien der KPD, außer der in Hamburg, an.

20 Ernst *Schneller* (1890–1944) war bis 1929 Mitglied des Polbüros, in Zusammenhang mit der „*Wittorf*-Affäre" wurde er in die Geschäftsabteilung versetzt. Vgl. zur Biographie Weber II S. 283 f.

21 Es war nicht zu ermitteln, welcher Funktionär gemeint ist.

22 Gemeint ist: Otto Rühle, Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats (Neuer Deutscher Verlag), Berlin 1930, Neudruck Frankfurt 1971.

94.

29. 10. 1929: Anträge der Agitpropabteilung an das Sekretariat

Records . . . T-175, 395, 915442–915444. Überschrift: „An das Sekretariat".

Wir haben in der heutigen Sitzung unserer Abteilung[1] zur Frage des Kampfes gegen den *Young*plan Stellung genommen und unterbreiten Euch folgende Vorschläge zur Führung der Kampagne:

1. Entsprechend der Anregung des Genossen *Thälmann* Einleitung einer internationalen Aktion gegen den *Young*plan durch einen gemeinsamen Aufruf der deutschen, französischen, englischen, italienischen, belgischen, amerikanischen und russischen Parteien.

2. Herausgabe einer Instruktion zum Kampf gegen den *Young*plan an die Funktionäre der Partei und der Massenorganisationen. Sie müßten weniger den Inhalt des *Young*planes behandeln, als die praktischen Aufgaben, die uns im Kampf gegen ihn gestellt sind.

3. Allgemein schlagen wir vor, den Kongreß der Gewerkschaftsopposition[2] als Ausgangspunkt der Massenmobilisierung gegen den *Young*plan zu nehmen. Da der Schwerpunkt des Kampfes in der gegenwärtigen Etappe in der Entfesselung des wirtschaftlichen Massenkampfes gegen die Auswirkungen des *Young*planes liegt, soll man die Stellungnahme in den wirtschaftlichen und Massenorganisationen gegen den *Young*plan mit der Stellungnahme zum Kongreß der Gewerkschaftsopposition verbinden.

Wir schlagen vor, in den Versammlungen, in denen Delegierte zum Kongreß der Gewerkschaftsopposition gewählt werden, Resolutionen vorzulegen, die den Gewerkschaftskongreß als einen Kampfkongreß gegen den *Young*plan und seine Auswirkungen gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen Zölle und Steuerraub begrüßen.

4. Breite Mitgliederversammlungen mit Sympathisierenden (nach dem Vorschlag des Genossen *Thälmann*) sollen sich mit dem Thema: *Young*plan und Kampf der Gewerkschaftsopposition beschäftigen. Auch in allen öffentlichen Kundgebungen gegen den *Young*plan muß diese Verbindung hergestellt werden (bei den für Berlin angesetzten Kundgebungen ist das z. B. nicht geschehen).

5. In wichtigen Kommunen sollen unsere Genossen in den Fraktionen Anträge einreichen, die in Verbindung mit der geplanten Finanzreform, die die Beschneidung der sozialen Ausgaben der Kommunen, die Verschärfung der Staatskontrolle über die Kommunen, die Einführung der Verwaltungskostenabgabe vorsieht, gegen den *Young*plan und gegen die Abwälzung des *Young*planes auf die werktätigen Massen Stellung nehmen. Dadurch würde zugleich eine Verbindung zwischen Kommunalwahlen und dem Kampf gegen den *Young*plan hergestellt.

---

1 Die Agitpropabteilung des ZK tagte offensichtlich nehrmals in der Woche, die vorherige Sitzung hatte am 25. Oktober stattgefunden: vgl. Dok. 93.

2 Gemeint ist der Gründungskongreß der RGO vom 30. November bis 1. Dezember 1929 in Berlin.

6. Werden wir ein besonderes Material für Arbeiterkorrespondenten und Betriebszeitungen herausgeben, das auf den Kampf gegen den *Young*plan und die Vorbereitung des Gewerkschaftskongresses eingestellt wird.

7. Schlagen wir eine Pressekampagne gegen den *Young*plan vor, die zugleich mit der Propaganda für die Broschüre über den *Young*plan verbunden sein muß.

Zur Solidaritätsaktion für Österreich[3] müssen wir feststellen, daß wiederum die Gefahr des Tempoverlustes unserer Partei besteht. In Berlin hat bereits eine Heimwehrgruppe eine öffentliche Kundgebung angesagt, während unsere Partei in der Öffentlichkeit noch nichts unternommen hat. Man soll die Organisationen mindestens in den wichtigsten Städten Deutschlands verpflichten, öffentliche Kundgebungen zur österreichischen Frage zu machen.

Industrie-Anleihe: Da über die Frage der Industrieanleihe auf der ZK-Sitzung nicht definitiv entschieden wurde,[4] bitten wir das Sekretariat, in dieser Frage eine Entscheidung zu treffen. Wir sind der Meinung, daß nur eine kollektive Zeichnung für die Industrieanleihe in Frage kommt, die in erster Linie durch die sympathisierenden Organisationen propagiert und durchgeführt werden müßte. Wir bitten vor allem, zu entscheiden, ob kollektive Zeichnung der Anleihe von Betrieben zweckmäßig erscheint.

Zentralagitprop.

3 Die Vorlage eines neuen Verfassungs-Entwurfs durch die Regierung *Schober* in Österreich wurde von der KPD als Gefahr des „Faschismus" bezeichnet. Vgl. *Inprekorr* Nr. 99 vom 22. Oktober und Nr. 100 vom 25. Oktober 1929. S. 2352 und 2382.

4 Die ZK-Sitzung fand am 24. und 25. Oktober 1929 statt. Offenbar war geplant, für die sowjetische Industrialisierung eine „Industrieanleihe" bei den kommunistischen Organisationen aufzulegen. Der Plan ist vermutlich verworfen worden.

95.

17. 4. 1930: Schreiben der Agitpropabteilung des ZK an die Agitpropabteilung des EKKI in Moskau

Records . . . T-175, 395, 915427. Überschrift: „An die Agitpropabteilung des EKKI. Prop-Sektor. Moskau".

Werte Genossen,

zur Verstärkung unserer Agitation für den Fünfjahresplan haben wir die Absicht, durch unseren Verlag eine Reihe weiterer Broschüren herauszugeben. Vielleicht könnt Ihr aus dem vorhandenen Material einige Manuskripte zusammenstellen über folgende Fragen:

1. Industrialisierung, eine Broschüre, in der vielleicht die Entstehung einiger großer Fabriken geschildert wird, evtl. illustriert.

2. das Werden der sozialistischen Stadt. Diese Broschüre könnte gleichzeitig gegen die Propaganda der SPD, für die „Errungenschaft" der Wiener Gemeindepolitik gerichtet sein.

3. über die Rote Armee, in der besonders die Rote Armee als Kulturfaktor behandelt wird.

4. Kulturrevolution.

5. Kommunalpolitik der Sowjets.

Näheres über diese Broschüren[1] wird mit Euch noch besprochen werden. Erinnert diesen Genossen auch gleich an die Zeitschrift „USSR im Bau."[2]

Außerdem ist uns bekannt, daß bei Euch Karten über den Fünfjahresplan in deutscher Sprache gedruckt werden. Vielleicht könnt Ihr uns ein oder zwei Exemplare als Muster zukommen lassen. Wir würden dann durch unseren Verlag eine größere Bestellung für den Vertrieb in Deutschland aufgeben, und sie evtl. zusammen mit einem Referentenmaterial ausgeben.

Teilt uns bitte mit, ob Ihr imstande seid, uns diese Broschürenmanuskripte zu liefern und in welcher Zeit wir sie erhalten können. Wenn es notwendig sein sollte, die Manuskripte zu zahlen, so ist dafür eine Möglichkeit vorhanden. Wir bitten um baldige Antwort.

Mit kommunistischem Gruß
Z.K. Agitprop.[3]

1 Entsprechend den Vorschlägen erschienen 1930/31 z. B. „Ural-Kusbas". Das neue Zentrum der sozialistischen Schwerindustrie (16 Seiten. 10 Pf.). Kommune Kommajak (16 S.). Die Broschüren erschienen im Internationalen Arbeiter-Verlag der KPD.

2 *USSR im Bau.* Illustrierte Monatsschrift, erschien in russischer, deutscher, englischer und französischer Sprache im Staatsverlag der RSFSR in Moskau. Chefredakteur war G. *Pjatakow*, der Redaktion gehörte auch Maxim *Gorki* an.

3 In der Vorlage ist unter dem Schreiben mit Hand angefügt:
In Arbeit: Kollektivierung *Putz*.
Fünfjahrplan Neuauflage?
5-Jahrplan 80 000, vergriffen.
Arbeiter 50 000.
Arbeiterin 50 000. Weitere Angaben sind unleserlich.
Gemeint ist die Broschüre von Ernst Putz. Der Bauer mit dem Traktor. Kollektivwirtschaften und Staatsgüter in der Sowjetunion, die 1930 im Internationalen Arbeiter-Verlag erschien.
Außerdem die Broschüren: Was ist der Fünfjahrplan? –
Der Arbeiter in der Sowjetunion und der Fünfjahrplan –
Die befreite Frau in der Sowjetunion und der Fünfjahrplan.
Diese Broschüren erschienen im Umfang von 16 Seiten im gleichen Verlag (1930).

96.

(April 1930): Schreiben der Agitpropabteilung des EKKI an die Agitpropabteilung des ZK

Records . . . T-175, 395, 915426. Überschrift: „An das Z.K. der K.P.D. Agitprop".

Werte Genossen!

Euren Brief vom 17. April 1930 erhalten.

Zu den vorgeschlagenen Broschüren folgende Informationen:

1. Industrialisierung: Es werden hier drei Broschüren vorbereitet in dem Sinne, wie ihr es vorschlagt. Eine Broschüre, die das Entstehen des Moskauer Riesenbetriebs „Elektrosawod" schildert, die die Arbeiterkorrespondenten selbst schreiben. Zweitens eine Broschüre über die Entstehung der Großbetriebe im Ural, die an Hand dieser Beispiele die allgemeinen Fragen dieser Industrialisierung auch behandelt. Die Broschüre wird von einem sehr kompetenten Genossen geschrieben. Drittens eine Broschüre über die Putilowwerke von *Bela Kun*.[1] Die Fertigstellung der Manuskripte forcieren wir, doch wird vor dem 1. Juli kaum etwas da sein. Von diesen Broschüren können wir Euch die eine oder andere zur Verfügung stellen. Außerdem wurde uns von der Komm. Akademie eine Broschüre für den 1. Juni über die Elektrifizierung versprochen, auch dieses Manuskript können wir dann für Euch reservieren.

2. Die sozialistische Stadt. Diese Broschüre müssen wir zurückstellen, trotzdem sie sicher einen großen propagandistischen Wert hätte. Die bisherigen Pläne sind aber nicht akzeptiert worden und die Frage ist noch zu sehr im Fluß.

3. und 4. Kulturrevolution und Rote Armee. Wir stehen in Verhandlungen, um geeignete Autoren zu bekommen und werden die Broschüre für Euch reservieren.[2] Die Genossen hier empfehlen durch *Kurella*[3] schreiben zu lassen.

5. Kommunalpolitik. Ebenfalls.

Wegen der Karten über den Fünfjahresplan: diese wird die Profintern[4] herausgeben. Wir werden dafür sorgen, daß Ihr vorher Muster erhalten sollt. Wegen der Bezahlung der Manuskripte sind die Vorschläge, die ihr übermittelt, in der Praxis leider nicht durchführbar. Wir werden aber die Frage nicht davon abhängig machen.

6. Über die Kollektivierung der Landwirtschaft

wird auch eine Broschüre geschrieben und Euch zugeschickt werden.

M.K. Gruß Agitprop EKKI
Prop Sektor[5]

1 „Ural-Kusbas" vgl. Dok. 95, Anm. 1. Die übrigen Broschüren ließen sich nicht ermitteln. Bela *Kun* (1886–1939), Führer der ungarischen Räterepublik 1919, war 1930 im Komintern-Apparat tätig. Zu seiner Biographie vgl. Branko Lazitch (in Zusammenarbeit mit M. Drachkovitch), Biographical Dictionary of the Comintern, Stanford, Calif. 1973, S. 205 f.

2 In der Vorlage ist der Satz handschriftlich eingefügt.

3 Gemeint ist Alfred *Kurella* (1895–1975), ab 1927 Mitarbeiter der Komintern in Moskau. Biographie bei Lazitch, ebd., S. 207 f.

4 Profintern – die kommunistische Rote Gewerkschafts-Internationale.

5 Der Gruß ist handschriftlich eingefügt.

97.

13. 5. 1930: Schreiben der Agitpropabteilung des ZK an die Agitpropabteilung des EKKI in Moskau

Records ... T-175, 395, 915428. Überschrift: „An Agitprop EKKI, Prop-Sektor".

Werte Genossen,

wir erhielten Euren Brief mit der Antwort auf unsere Vorschläge über die Fünfjahresplanbroschüren. Wir würden uns außerordentlich freuen, wenn Ihr uns alle diese Manuskripte übersenden würdet. Besonderen Wert legen wir auf die Broschüre über die Elektrifizierung und es wäre sehr gut, wenn wir sie Anfang Juni erhalten würden. Wir würden sie dann sofort herausgeben.

Vielleicht könnt Ihr mit den Verfassern der Broschüren so verhandeln, daß monatlich eine von ihnen fertiggestellt wird, so daß wir dann also monatlich eine Broschüre herausgeben könnten. Wenn wir die Manuskripte alle auf einmal erhalten, müßten wir sie doch etwas zurückstellen.

Mit kommunistischem Gruß
Z.K. Agitprop

98.

21. 5. 1930: Schreiben der Agitpropabteilung des EKKI an die Agitpropabteilung des ZK

Records ... T-175, 395, 915429. Überschrift: „An die Agitpropabteilung des ZK der KPD".

Die Agitpropabteilung des EKKI sendet Euch die Gesammelten Werke *Lenins* in der russischen Ausgabe.[1] In der Sendung fehlen nur die Bände 4, 5 und 7. Wir werden sie Ihnen nachsenden zusammen mit Band 17 und 24 sogleich nach dem Erscheinen dieser letzteren.

Mit kommunistischem Gruß
Agitprop des EKKI

1 Es handelt sich um die „ergänzte und revidierte" zweite russische Ausgabe der Werke *Lenins*, die – mit einem umfangreichen Apparat ausgestattet – in den zwanziger Jahren vom *Lenin*-Institut in Moskau herausgegeben wurde. Nach dieser Edition kam seit 1927 die erste umfangreiche deutsche Ausgabe (Lenin, Sämtliche Werke) heraus, bis 1935 erschienen 19 Bände.

99.

20. 6. 1932: Protokoll der Sitzung der Geschäfts- und Finanzkommission des ZK

Records ... T-175, 363, 874104–874110. Überschrift: „Protokoll Nr. 18 der Sitzung der Geschäfts- u. Finanzkommission am 20. Juni 1932.[1]"

Anwesend: *G. Sch. Bu. Eu. Rei. Kurt*, außerdem: *Gen. Hermann* zu Frage der *R.F.*[2]

1. *Rote Fahne*

Die finanzielle Lage der *RF.* hat sich wesentlich verschlechtert:

Außenstände	am 1. 5.=207 000.–
Schulden	am 1. 5.=178 000.–

Die wichtigsten Außenstände aber sind:

Inserat	42 000.–
Verlage	75 000.–
Nachrichten	7 200.–
Junge Garde[3]	2 200.–
ZK-Kasse (Wahlpapier)	6 300.–
J.B.-Zeitung	10 000.–
diverse Dubiose	15 000.–

1. Die Frage der Abtrennung der *JBZ*[4] wird zurückgestellt, bis die Frage der Aufrechterhaltung der *JBZ* in einer gemeinsamen Besprechung zwischen Gescha, Verlag, Redaktion und Abtlg. Land des ZK. besprochen worden ist.
2. Die auf Grund des Geschäftsberichts der *RF.* gemachten Vorschläge der evtl. Neuregelung des Drucktarifs mit der City-Druckerei[5] wird der Gescha zur direkten Erledigung übergeben.
3. Der Redaktionsetat ist von monatl. 8 500.– Mk. auf Mk. 5 500.– zu senken.

---

1 Die Geschäfts- und Finanzkommission war eine vom Sekretariat eingesetzte Expertenkommission für die Geschäftsführung der Zentrale und die Überwachung der Finanzen in der Partei. Wie andere „Kommissionen" (vgl. z. B. „Literaturkommission", unten Dok. 100) setzte sie sich vor allem aus Spezialisten des Apparats, aber auch aus verschiedenen Ressort-Abteilungen zusammen (in manchen Kommissionen gab es auch ehrenamtliche Funktionäre als Mitglieder). Die Kommissionen sollten verhindern, daß die Abteilungen zu sehr in Ressort-Arbeit verfielen, also vor allem übergeordnete Gesichtspunkte vertreten. Die Geschäfts- und Finanzkommission war die wichtigste dieser Kommissionen, sie verwaltete praktisch das Verlags-, Druckerei- und Grundstückswesen der Partei.

2 Die Abkürzungen stehen für folgende Parteifunktionäre: G.= Arthur *Golke* (1886–1937), MdL Preußen, 1925 bis 1933 Leiter der Kasse des ZK, 1927–1933 Mitglied des ZK.
Sch.= Ernst *Schneller* (1890–1944), 1924–1933 Mitglied des ZK, zeitweise des Polbüros und Sekretariats, 1929–1932 Leiter der Geschäftsabteilung, dann der Agitpropabteilung.
Bu.= Willi *Budich* (1890–1941), 1932 MdR, in der Geschäftsabteilung des ZK tätig.
Eu.= Eugen *Schönhaar* (1898–1934), im illegalen Apparat der KPD für Druckereiwesen verantwortlich.
Rei.= Wilhelm *Reimers* (geb. 1897), bis 1932 KPD-Funktionen in Hamburg, ab 1932 Chef der „Verlagszentrale AG Berlin (Treuhand und Revisionsgesellschaft der KPD-Druckereien) vgl. dazu: Kurt Koszyk, Deutsche Presse 1914–1945, Berlin (West) 1972, S. 325.
„*Hermann*" war der Parteiname des Verlagsleiters der *Roten Fahne*. Er war Tscheche und studierte auch in Berlin. Mitt. von *Wilhelm Reimers* vom 27. 11. 1980 an den Bearbeiter. „*Kurt*" war nicht zu ermitteln. Zu den Biographien von *Golke*, *Schneller* und *Budich* vgl. Weber II S. 88, 140, 283 f. Zu *Schönhaar:* Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945, Bd. 2, Berlin (Ost) 1970, S. 195 ff. Zu *Reimers*: Biographisches Handbuch, a.a.O. (Dok. 93, Anm. 9) S. 594.

3 *Junge Garde* war das Zentralorgan des KJVD.

4 *JBZ*, die *Illustrierte Bauernzeitung*, kommunistische Zeitschrift für Bauern und Landarbeiter.

5 Zum sogenannten „*Münzenberg*-Konzern" gehörende kommunistische Druckerei.

Die Außenstände der Verlage müssen mit ca. 43 000,– als dubios angesehen werden.
Ebenso sind dubios die Außenstände der *Jungen Garde* und der Bauernzeitung. In Wirklichkeit sind also die Außenstände nur mit einem Betrag von Mk. 137 000.– einzusetzen, wodurch die Schulden die realen Außenstände um Mk. 41 000.– übersteigen.
Diese Tatsache und die im Verlauf der letzten Wahlen erfolgte Belastung des Verlages mit Mk. 29 000.– Sonderdrukken und Mehrumfang sind die Ursache für die bestehenden Zahlungsschwierigkeiten.

Der Bezug des WTB-Dienstes,[6] der monatl. Mk. 1 000,– ausmacht, ist einzustellen. Der Etat ist wie folgt zu stellen:

Honorare	1 000.–
Klischees, Zeichng., Fotos	1 000.–
Zeitungen, Zeitschriften	700.–
Bilderdienst	180.–
verbleibende Telegrafenbüros	1 500.–
Telefon	250.–
Abdruckrechte	200.–
Fahrten	50.–
Stettin	400.–
Diverse	200.–

Die endgültige Gliederung des Gesamtetats in Höhe von Mk. 5 500.– ist auf Grund einer Besprechung des Verlagsgeschäftsführers und des Chefredakteurs vorzunehmen. Es wird beim Sekretariat beantragt:
die Gesamthöhe von M. 5 500.– zu bestätigen.
4. Es wird beim Sekretariat beantragt, die Redaktion der *RF* und des Pressedienstes wie folgt umzustellen u. einzuschränken:
a) *Rote Fahne*:

1 Chefredakteur	*Knodt*[7]
2 polit. Redakteure	*Norden u. Wollenberg* (resp-*Bertram*)[8]
1 Wirtschaftsredakteur	*Heymann*[9]
1 Auslandsredakteur	*Kläre Donsbach*
2 Redakteure für Betrieb und Gewerkschaft	*Weise und Möller*[10]
1 Lokalredakteur	*Wilde*[11]

6 WTB-Dienst, der Pressedienst des Wolffschen Telegrafenbüros.

7 Hans *Knodt* (in der Vorlage fälschlich: *Knoth*) (1900–1937). Biographie vgl. Weber II S. 184.

8 Albert *Norden* (geb. 1904). Biographie ebd. S. 236 f. Erich *Wollenberg* (1892–1973). Biographisches Handbuch, a.a.O. (Anm. 2.).
Bertram ist vermutlich Ernst *Bertram* (geb. 1909). 1929 bis 1932 Mitglied des ZK des KJVD, von 1931 bis Juli 1932 in Moskau (und dann wohl für die Redaktion vorgesehen). 1935 zu 15 Jahren Zuchthaus wegen illegaler Tätigkeit für die KPD verurteilt. Möglicherweise auch Walter *Bertram*, nach 1933 Redakteur der KPD.

9 Stefan *Heymann* (1896–1967). Biographie vgl. Weber II S. 163.

10 Über *Donsbach* und *Möller* ließen sich keine Angaben ermitteln. Martin *Weise* (1896–1943) vgl. die Biographie in: Deutsche Widerstandskämpfer, a.a.O. (Anm. 2) Bd. 2. S. 412 ff.

11 Vermutlich Grete *Wilde* (1904–1937). Biographisches Handbuch, a.a.O. (Anm. 2) S. 819 f.

1 Feuilleton-Redakteur *Brück*[12]
(mit dem Antrag, B. durch einen anderen Genossen auszuwechseln).
1 Umbruch-Redakteur, der gleichzeitig die Rundum-Seite redigiert.
Das Sekretariat wird gebeten, einen entsprechenden Genossen zu bestätigen.

b) Redaktion Pressedienst
Chef *Neubauer*[13]
2 pol. Redakteure *Stephan u. Seiter*[14]
1 pol. Redakteur für Materialdienst *(Ganz)*[15]
Das Frühtelefonat ist abwechselnd von den Genossen *Stephan* und *Seiter* zu machen.

c) Volontäre
Die *RF* hat ständig 2 Volontäre zu beschäftigen. Die Ausbildungszeit beträgt 3 Monate und kann auf weitere 3 Monate verlängert werden. Die Volontäre scheiden nach Beendigung ihrer Ausbildungszeit von 3 rsp. 6 Monaten automatisch aus. Der Verlag hat dem Sekretariat von der vollendeten Ausbildung jeweils Kenntnis zu geben.

d) Mit dieser Regelung
kommen zur Entlassung:
aus der Redaktion *RF*:
Gewerkschaftsredakteur Gen. *David*.[16]
aus dem Pressedienst:
Redakteur *Moericke* und der Frühtelefonist *Scholz*.[17]
Als Volontäre scheiden aus:
bei der *RF*: der Genosse *John Sieg* aus der Lokalredaktion[18]

---

12 Daten über *Brück* waren nicht zu ermitteln.

13 Theodor *Neubauer* (1890–1945). Biographie vgl. Weber II S. 231 f.

14 Daten über *Stephan* waren nicht zu ermitteln. *Seiter* ist vermutlich Gustav *Seiter*. 1925 Redakteur der *Roten Fahne*.

15 Karl *Ganz* (1894–1951), unter dem Pseudonym Kurt *Bürger* bekannt; vgl. die Daten in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon. Berlin (Ost) 1970. S. 72 ff.

16 Fritz *David* (1897–1936). Biographie vgl. Weber II S. 93 f.

17 Franz *Moericke* (in der Vorlage: *Mörike*), (1895–1956). Biographie vgl. Weber II S. 224. Zu *Scholz* waren keine Daten zu ermitteln.

18 John *Sieg* (1903–1942). Biographie vgl. Biographisches Lexikon, a.a.O. (Anm. 15) S. 428.

der Genosse *L. Katz* aus der Rundum-Redaktion[19]
Beim Pressedienst:
der Genosse *Selge*.[20]
Weiterhin soll der Genosse *Slang*[21] nicht mehr als Redakteur, sondern gegen Honorar beschäftigt werden.
6. Der Maternpreis, welcher bei einigen Verlagen bisher Mk. 16.– betrug, wird auf Mk. 12.– ab sofort gesenkt.
7. Die Frage der Reorganisation der Propaganda-Abteilung der *RF* wird zur Vorbesprechung zwischen Verlag, V.Z.[22] und B.L. zurückgestellt.
8. Es wird beim Sekretariat beantragt, nach der Wahl[23] eine Umfangseinschränkung bei der *RF* von wöchentlich 67 Textseiten auf 60 Textseiten mit einer Ersparnis von Mk. 2.260,– monatlich zu beschließen.

1. Wahlzuschuß der Verlage zugunsten ZK-Kasse und Mehrleistung der Verlage bei den letzten Wahlen. Die Verlage sollten M. 20 000.– in bar an Wahlbeitrag an ZK-Kasse abführen und Sachleistungen in Höhe M. 50 000.– während der Wahlen leisten. Die Verlage haben jedoch Sachleistungen in Höhe von M. 77 000.– geleistet.

1. ZK-Kasse verrechnet an VZ für die in Höhe von M. 27 000.– von den Verlagen mehraufgebrachten Sachleistungen 14 000.– M.,
welche von den Verlagen noch in bar an Wahlzuschuß für die vergangenen Wahlen aufzubringen sind.[24]
2. Die VZ muß die bisher a cto. ZK-Umlage aufgelaufenen Rückstände in Höhe von M. 18 000.– beschleunigt an ZK-Kasse einzahlen.

2. Stellungnahme zu den Vorschlägen des „Inserat" auch für bestimmte bürgerliche Zeitungen die Werbung von Inseraten aufzunehmen.

1. Die Verteilung von Marken-Inseraten im Auftrage von Markeninserenten kann auch an bürgerliche Zeitungen übernommen werden.
2. Inserate für unsere Parteizeitungen

19 Leo *Katz* (1892–1954). Biographie vgl. Biographisches Handbuch, a.a.O. (Anm. 2) S. 352.

20 Zu *Selge* ließen sich keine Daten ermitteln.

21 *Slang*. Pseudonym für Fritz *Hampel* (1895–10. 8. 1932) Biographie vgl. Lexikon sozialistischer deutscher Literatur. Leipzig 1964. S. 472 ff. Nach dem Satz über *Slang* müßte „5. Der Maternpreis" kommen, doch geht es in der Vorlage mit „6. Der Maternpreis . . ." weiter.

22 VZ-Verlagszentrale AG. seit 1931 die Leitung der kommunistischen Druckereien; vgl. auch Anm. 2.

23 Gemeint sind vermutlich die Wahlen zum Reichstag im Juli 1932.

24 Gemeint sind die Landtagswahlen (Preußen, Bayern usw.) im April 1932.

	oder Parteizeitschriften können auch von sozialdemokratisch oder bürgerlich eingestellten Inseratenexpeditionen angenommen werden. 3. Die Inseratenwerbung für bürgerliche Zeitungen kann nur für Marken-Inserate durchgeführt werden.
3. Vergleichsverfahren Konsumverein Wittenberg.	wird vertagt.
4. Umlage Stauerei Hamburg. Die Stauerei Einheit teilt mit, daß sie auf Veranlassung der B.L. Wasserkante zur Finanzierung der Arbeiten des Gen. *Dalmar* betr. Gründung von Zweigstellen die Umlage der Gescha verwenden soll.[25]	Der Genosse *Dalmar* ist von der Stauerei zu bezahlen. Die monatliche Umlage in Höhe von M. 500.– für die Gescha muß weiter an die Gescha abgeführt werden.
5. Schreiben der BL Sachsen betr. Differenzen mit der IAH. wegen Mahnruf- und IAH-Kalender-Acquisiteuren.	Es wird nochmals bestätigt, daß keine Werbung für den Mahnruf und IAH-Kalender erfolgen darf, ohne daß die IAH das Einverständnis der betr. BL für die Zeit, in welcher die Werbung gemacht werden soll und für die einzelnen Werber, welche die Werbung durchzuführen haben, eingeholt hat. Die BL darf den Werbern jedoch keinen Ausweis ihrerseits ausstellen, da die Werber nur im Namen der IAH und nicht im Namen der Partei werben sollen.
6. Stellungnahme zum Lehrvertrag der Presse-Reklame.	Es wird festgestellt, daß kaufmännische Lehrlinge in Parteibetrieben nicht beschäftigt werden dürfen, da wir eine gesetzlich ordnungsgemäße Ausbildung nicht gewährleisten können.
7. Frage der Sicherung des Erscheinens der „*Jungen Garde*“.	wird vertagt.

25 Zur Person *Dalmar* ließen sich keine Angaben ermitteln. Mit Gescha ist die Geschäftsabteilung des ZK gemeint.

8. Liquidierung Solingen-Remscheid

a) Solingen:
Frau *Weber*[26], welche das Grundstück in Solingen übernommen hat, um ihre Hypothek zu retten, kann die notwendige Grunderwerbssteuer in Höhe von M. 4 700,– nicht zahlen. Die Eintragung der Frau *Weber* als Eigentümerin im Grundbuch ist deshalb noch nicht erfolgt. Außerdem konnte aus diesem Grunde die Beendigung der Liquidation noch nicht angezeigt werden. Die Grundstückslasten müssen daher weiter von uns gezahlt werden.

Der Genosse *Bernstein*[27] wird mit der Regelung dieser Frage beauftragt. Der Antrag der Frau *Weber*, die Grunderwerbssteuer unsererseits zu zahlen, wird abgelehnt. Die bei der Druckerei Düsseldorf deponierten M. 1 700.– Genossenschaftsanteile sind an die Genossenschaftler auszuzahlen. Gen. *Reimers* wird mit der praktischen Regelung beider Fragen beauftragt.

b) Remscheid.
Zur Durchführung der Liquidation in Remscheid müssen noch 7 000.– M. Genossenschaftsanteile ausgezahlt werden. In Händen des Gen. *Schlessmann*[28] befinden sich dagegen noch M. 14 300.–.

1. *Reimers* wird beauftragt, mit den Genossenschaften einen Vergleich zu führen, um die auszuzahlende Summe wenigstens von 7 000.– M. auf 3 500,– M. zu senken.
2. Die bei der B.L. sich befindenden M. 14 300.– (Kto. *Schlessmann*) sind an ZK-Kasse zu überführen.
3. Der Restbetrag, welcher nach dem von *Reimers* mit den Genossenschaften zu führenden Vergleich noch in Genossenschaftsanteilen auszuzahlen bleibt, ist von den an ZK. Kasse abzuführenden 14 300.– M. zu zahlen.

9. Personalfragen:

a) Antrag des Gen. *Bornkessel*-Thür. Volksverlag auf Gewährung der Trennungszulage.[29]

b) Antrag des Gen. *F. Lessig*-Halle auf Bestätigung der bereits für 2 Monate gezahlten Trennungszulage.[30]

Dem Genossen *Bornkessel* wird ab 1. Juni auf zwei Monate die Trennungszulage bewilligt. Die bereits für 2 Monate ausgezahlte Trennungszulage wird nachträglich bestätigt.

---

26 Frau *Weber*, Solingen, vermutlich die Frau des Solinger KPD-Funktionärs Hermann *Weber*, Biographie vgl. Weber II S. 338.

27 Rudolf *Bernstein* (geb. 1896), 1932 im Sekretariat der Geschäftsabteilung des ZK, 1933 verhaftet, im Reichstagsbrandprozeß Entlastungszeuge der Verteidigung. Weitere Daten in Biographisches Handbuch, a.a.O. (Anm. 2).

28 *Schlessmann* ist vermutlich Paul *Schlessmann* (1872– ?), seit 1925 Redakteur der *Bergischen Volksstimme* in Remscheid.

29 Daten über den Thüringer Funktionär *Bornkessel* ließen sich nicht ermitteln.

30 Fritz *Lessig* (geb. 1902), Parteisekretär in Eisleben. 1927 Besuch der Parteischule. Weitere Daten nicht zu ermitteln.

c) Antrag des Gen. *Kurt Herholz*, Hannover- auf Festlegung seines Redakteurgehalts.[31]

Die Angelegenheit wird der V.Z. (Gen. *Reimers*) zur Prüfung und Erledigung nach dem Redakteurtarif übergeben.

d) Weiterbeschäftigung des kriegsbeschädigten Gen. *Alex Meyer*.[32]

Der Gen. *A.M.* muß aus gesetzlichen Gründen als Kriegsbeschädigter für ZK-Kasse geführt werden. Die offizielle Gehaltszahlung hat durch ZK-Kasse zu erfolgen. Der Verlag der *RF* überweist monatlich den Betrag als Abführung an ZK-Kasse. Die konkrete Weiterbeschäftigung des Gen. M. hat der Genosse *Reimers* zu erledigen.

e) Gen. *N.* hat bei dem Verlag der *RF*. für Warenentnahme einen Schuldbetrag von M. 424.– hinterlassen. Seine Frau kann nur 100.– bis 150.– M. a cto. dieser Schuld aufbringen.
Sie bittet darum, ihr eine Beschäftigung während der Haftdauer ihres Mannes zu geben, um sich ihren Unterhalt zu verdienen und um die Restschuld allmählich begleichen zu können.

a) Es soll versucht werden, die Genossin als Hilfskraft in der Druckerei zu beschäftigen. Mit der Regelung wird Gen. *Reimers* beauftragt. Der Schuldbetrag muß allmählich abgezahlt werden.
b) Angesichts der Höhe der Verschuldung des *Gen. N.* wird beschlossen, das gesamte Warenkonto bei der *RF*. zu überprüfen. Die Überprüfung ist von der V.Z. vorzunehmen.
c) Es wird nochmals festgestellt, daß Scheine für Warenentnahme bei Inserenten der *RF*. nur nach ausdrücklicher Bestätigung der ZK-Kasse ausgestellt werden dürfen.

f) Frage der Weiterverwendung der Genossin *Lotte Hohmann* nach Ablauf ihrer Volontär-Tätigkeit in der Frauenabteilung des Z.K.[33]

Da die Genossin in der Redaktion der „*Kämpferin*" gearbeitet hat, wird die Angelegenheit der V.Z. (Gen. *Reimers*) vorerst zur Prüfung übergeben.

g) Fall *Urban* Der Genosse *Urban* hat in Moskau von dem Genossen *Schwab* vor mehr als einem Jahr einen Betrag von M. 110.– bekommen, den er sofort nach seiner Rückkehr in Berlin an die Mutter des Gen. *Schwab* abgeben sollte. Er hat dies bis heute nicht getan[34].

a) Es wird beschlossen, bei der B.L. ein Parteiverfahren gegen den *Gen. Urban* zu beantragen. Als Zeugen für dieses Parteiverfahren werden die Genossen *Eu[gen Schönhaar]* und *Golke* benannt.
b) Es wird beim Sekretariat die Entlassung des Gen. *Urban* aus dem IAV beantragt.

---

31 Kurt *Herholz* (geb. 1905). 1927 Redakteur des KPD-Organs *Freiheit* in Düsseldorf, dann Hannover. 1945 Mitglied der KPD-Landesleitung Mecklenburg. 1958 Kandidat, seit 1963 Mitglied der Zentralen Revisionskommission der SED. Vgl. Neues Deutschland Nr. 227 vom 25. September 1980.

32 Zu Alex *Meyer* ließen sich keine Daten ermitteln.

33 Über Lotte *Hohmann* waren keine Daten zu ermitteln.

34 Über *Urban* ließen sich keine Daten ermitteln. Sepp *Schwab* (1897–1977). Zur Biographie vgl. Weber II S. 297 f.

	c) Es wird dem Sekretariat empfohlen, den *Gen. U.* auch anderweitig nicht mehr zu beschäftigen. d) Die unterschlagenen 110.– Mk. sind sofort vom IAV a cto. Gehalt *Urban* an Frau *Schwab* auszuzahlen.
h) Zuschuß an die Genossin *Lisa Walter.*[35]	Es wird beschlossen, dem Verlag der *RF* aufzugeben, der *Gen. L. Walter* den Zuschuß von Mk. 60.– nur noch einen Monat zu geben. Da kein gemeinschaftlicher Hausstand vor der Abreise des Gen. *Bertram* nach der SU bestanden hat,[36] wird die Weiterzahlung des monatlichen Zuschusses von Mk. 60.– abgelehnt.
10. Verlagsfragen:	vertagt.
11. Antrag des ZK. der Jugend einen Barzuschuß von M. 4000.– für die Herausgabe von Wahlmaterial (Klebezettel, Flugblätter, etc.) zu gewähren.	Es wird festgestellt, daß ein solcher Wahlzuschuß nur im Rahmen des gesamten Wahlzuschusses gegeben werden kann. Die konkrete Bewilligung und die Höhe der Summe kann daher erst festgesetzt werden, wenn der allgemeine Wahlzuschuß für die Jugend vom Sekretariat bestimmt worden ist. Bis dahin wird von der Peuvag[37] ein Kostenanschlag für das beantragte Wahlmaterial eingeholt, um festzustellen, welche Summe für die Herstellung des Materials überhaupt notwendig ist.
12. Antrag des Gen. *Münzenberg*,[38] einen Zuschuß für die NMZ[39] in Höhe von M. 10000.– zu geben.	Es wird festgestellt, daß der verlangte Zuschuß von Mk. 10000.– nicht gegeben werden kann. Es wird ein einmaliger Zuschuß der Kasse ZK. in Höhe von Mk. 2000.– bewilligt.

35 Lisa *Walter*, vermutlich KJVD-Funktionärin, später Lebensgefährtin des 1944 hingerichteten KPD-Funktionärs Herbert *Tschäpe*. Vgl. Lebendige Tradition. Lebensbilder deutscher Kommunisten und Antifaschisten. 2. Halbb. Berlin (Ost) 1974. S. 212 ff.

36 Zu *Bertram* vgl. oben Anm. 8; gemeint ist wohl die Übersiedlung nach Moskau im Juli 1931.

37 Peuvag – Papier-Erzeugungs- und Verwertungsgesellschaft. Verbund der parteieigenen Druckereien. 1924 aus der Stern-Druckerei (vgl. Dok. 100, Anm. 17) herausgelöst. Die Peuvag ging im Herbst 1932 Konkurs; vgl. Koszyk, a.a.O. (Anm. 2), S. 325.

38 Willi *Münzenberg* (1889–1940), Mitglied des ZK, Verwalter der KPD „nahestehender" Verlage („*Münzenberg*-Konzern"). Zur Biographie vgl. Babette Gross, Willi Münzenberg. Eine politische Biographie. Stuttgart 1967.

39 Neue Montags-Zeitung (des Münzenberg-Verlags).

13. Schreiben der ZK-Kasse wegen Entnahme von Geldern durch die Gescha bei der A.E. für Zwecke des IAV ohne Verständigung der ZK-Kasse.[40]

Zur Klärung und Ordnung der Angelegenheit wird eine Besprechung der Gen. *Golke* und *Budich* mit dem Gen. *Heise*[41] von der AE für den 21. 6. festgelegt.

14. Antrag *Golke* auf Rückzahlung der verauslagten Gelder und Spesen für die Reise der Chefredakteure zur letzthin stattgefundenen Polleiter- und Redakteurkonferenz durch die Verlage.

Die Zahlung hat durch die Verlage zu erfolgen.
Die von ZK-Kasse vorgelegten Gelder sind von den Verlagen zurückzuerstatten.

15. Herausgabe einer zweiseitigen Extranummer durch den Verlag Frankfurt/Main für die Hessenwahlen in einer Auflage von 250 000 Expl.

1. Die Druckkosten für diese Nummer hat die Druckerei zu übernehmen.
2. Die Papierkosten hat der Verlag zu tragen.
3. Die Peuvag hat ein Rundschreiben an alle Druckereien zu geben, daß für die Bewältigung der kommenden Wahlarbeiten kein Mehrpersonal eingestellt werden darf.

16. Antrag *Halle*[42] auf Erhöhung seiner Bezüge um 100.– M. monatlich.

Es wird nochmals festgestellt, daß *Halle* bezieht:

von ZK-Kasse	M. 275.–
Verlagszentrale	M. 225.–
von der R.H.	M. 90.–
Int. Bund.	M. 90.–
also	M. 650.–

Es wird beschlossen, daß die V.Z. dem Gen. *H.* die Genossin *Knapp* als Stenotypistin zu stellen hat, die a cto. V.Z. 150.– M. und a cto. *Halle* 75.– M. Bruttogehalt bekommt. Der a cto. *Halle* zu zahlende Betrag von Mk. 75.– ist der Genossin *K.* von der V.Z. direkt a cto. des Betrages, den *Halle* in Höhe von M. 225.– monatlich bezieht, zu zahlen.

40 A.E. – Zentrale der KPD für die Werbung von Kleinanzeigen.
IAV – der kommunistische Internationale Arbeiter-Verlag.

41 *Heise* war bis Mitte der zwanziger Jahre Geschäftsführer der *Hamburger Volkszeitung*, dann baute er in Mitteldeutschland die Anzeigenabteilung für Großanzeigen (AZ) ausf. Mitt. von W. *Reimers* vom 27. 11. 1980.

42 Felix *Halle* (1884–1937). Rechtsanwalt. Leiter der juristischen Zentralstelle im ZK der KPD. Zur Biographie vgl. Weber II S. 150.

17. Frage des I.A.V.

a) Durchführung einer Kontrolle des IAV. durch *Schneller* und *Golke*.

Zur raschen Ordnung der einzelnen Geschäfte des IAV ist der Genosse *Schlesinger*[43] bis auf weiteres einzusetzen.

b) Rückzahlung des von ZK-Kasse für IAV verauslagten Betrages von 10 000.– M.

Der Betrag ist als Darlehn I zu verbuchen. Die Rückzahlungstermine sind nach erfolgter Überprüfung des IAV festzulegen.

18. Sonderbeitrag der Parteiangestellten für die Antifaschistische Aktion. Geschäfts-Unternehmungen und Massenorganisationen. *Golke* schlägt vor, daß die polit. Angestellten während 3 Monaten je 5.– M. und die technischen Angestellten je 2.– M. monatlich zahlen.

Der Vorschlag wird angenommen, wobei festgelegt wird, daß die Abführung der bezirklichen Angestellten an die B.L. und die Abführung der zentralen Angestellten an ZK-Kasse zu erfolgen hat.

19. Antrag des *Gen. M[ünzenberg] auf Änderung der Gesellschafter des Kosmos-Verlages.*[44]

Es wird beschlossen, für den Gen. Hoppe den *Gen. Beling*[45] für *Gen. Torgler* Gen. *Rehberg*,[46] für *Gen. Pfeiffer* Gen. *Reimers*[47] als Gesellschafter des Kosmos-Verlages zu bestimmen.

43 Rudolf *Schlesinger* (1901–1969). 1932 im Apparat des ZK tätig. Zur Biographie vgl. Biographisches Handbuch. a.a.O. (Anm. 2) S. 652.

44 Kosmos Verlag. der Verlag der IAH.

45 Walter *Beling* (geb. 1899). Zur Biographie vgl. Biographisches Handbuch. a.a.O. (Anm. 2) S. 48. *Hoppe* vermutlich Wilhelm *Hoppe* (1882– ?). ab 1929 Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

46 Ernst *Torgler* (1893–1963). Leiter der Reichstagsfraktion der KPD. Zur Biographie vgl. Weber II S. 324 f.
Über *Rehberg* ließen sich keine Daten ermitteln.

47 Hans *Pfeiffer* (1895–1968). Mitglied des ZK der KPD. Zur Biographie vgl. Weber II S. 244 f.
Wilhelm *Reimers* vgl. oben. Anm. 2.

100.

25. 6. 1932: Aufbau der Agitpropabteilung des ZK

Records ... T-175, 313, 812086–812088. Überschrift: „ZK-Agitprop. An das Sekretariat im Hause".

Betr.: Aufbau und Zusammensetzung der Agitpropabteilung:

1. Leitung *Schneller*, Stellvertreter *Gollmick*[1]

a) Festlegung der Aufgaben, der Kampagnepläne,

b) Verteilung der Aufträge innerhalb der Abteilung,

c) Kontrolle ihrer Durchführung,

d) Verbindung mit dem Sekretariat, mit den Abteilungen des ZK, mit Agitprop des Jugendverbandes und der Massenorganisationen a) bis d) *Schneller*

e) Verbindung mit den Bezirksleitungen,

f) Verteilung und Kontrolle der Post,

e) und f) *Gollmick*

2. Unterabteilung für Agitation

Leitung: evtl. *Helmut Schmidt*,[2]

außerdem für redaktionelle Arbeiten, Fertigstellung des Materials *Schrecker*,[3]

für Maler und Zeichner *Keilson*,[4]

für Betriebe – und Gewerschaftsarbeit zunächst *Wloch*,[5]

für SPD-Bearbeitung vorgeschlagen *Schlips*,[6]

für Nazi-Bearbeitung *Stange*,[7],

außerdem wäre auch ein Genosse mit der Zentrumsarbeit zu betrauen.

a) Konkretisierung der Losungen.

b) Beschaffung der Agitationsmaterialien: für Presse,

für Betriebs- und Stempelstellenfragen, Flugblätter, Klebezettel, Plakate, Unsere Methoden der Agitationslokale, der Transparente, Agitwerkschulen!

c) Bearbeitung der Massenpresse.

d) Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit! Verbindung mit Betriebs- u. Gewerkschaftsfraktionen!

---

1 Ernst *Schneller* (1890–1944). Zur Biographie vgl. Weber II S. 283 f. und Biographisches Lexikon, a.a.O. (Dok. 99, Anm. 15) S. 402 ff.
Walter *Gollmick* (1900–1945), (in der Vorlage: *Golmick*). Zur Biographie vgl. Weber II S. 140.

2 Über Helmut *Schmidt* ließen sich keine Daten ermitteln.

3 Hans *Schrecker* (geb. 1899). Zur Biographie vgl. Weber II S. 288.

4 Max *Keilson* (1900–1953). Zur Biographie vgl. Biographisches Handbuch, a.a.O. (Dok. 93, Anm. 9) S. 358.

5 Karl *Wloch* (geb. 1905). Zur Biographie vgl. SBZ-Biographie. Ein biographisches Nachschlagebuch über die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands. Bonn–Berlin 1961, S. 383. *Wloch* lebte 1980 als „Arbeiterveteran" in Ost-Berlin.

6 Zu *Schlips* ließen sich keine Daten ermitteln.

7 *Stange* – nach Auskunft von Kurt *Müller* (22. 8. 1979 und 1. 10. 1980) handelt es sich um „Franz *Stange*, der später in der Schweiz von der Gestapo entführt wurde", und zwar Ende 1933 oder Anfang 1934. Er war in den zwanziger Jahren „im KJVD Berlin-Mitte sehr aktiv". Weitere Daten waren nicht zu ermitteln.

e) Besondere Bearbeitung SPD. Nazi. Zentrum.

f) Überwachung der Presse.

g) Zusammenarbeit: Literaturkommission
Pressekommission
Informationsabteilung

h) Herausgabe: *Agitator, Rote Einheitsfront.*

Geschaffen wird eine besondere Massenkommission, zusammengesetzt aus den Bearbeitern: SPD. Nazi. Zentrum, den Sachbearbeitern für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, ein Vertreter der RGO., der Orgabteilung und der besonderen Abtlg.[8]

Ebenso wird eine besondere Kommission für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit geschaffen. Diese Kommission soll die unmittelbare Verbindung mit den wichtigsten Betrieben, Gewerkschaftsfraktionen und Arbeiterkorrespondenten haben. Hier sollen vertreten sein:

5 Vertreter aus Berliner Großbetrieben
5 Vertreter der wichtigsten Gewerkschaftsfraktionen.
3 Vertreter der Arbeiterkorrespondenten.
1 Vertreter RGO-Reichsleitung.
1 Vertreter Reichs-Erwerbslosenausschuß.
1 Vertreter der Orgabteilung.

3. Unterabteilung für Propaganda-Arbeit:
Leitung *Riegg*,[9]
für Schulungsarbeit *Noffke*[10],
für theoretische Arbeit und Herausgabe der Massenliteratur *Oelßner*.[11]

a) Bearbeitung der entscheidenden Probleme für Tagespresse.

b) Schulungsarbeit (einschließlich Marx. Arbeiterschulen)

c) Theoretische Arbeit und Herausgabe der Marxistischen Literatur.

d) Herausgabe *Propagandist*

e) Durchführung von Diskussionen über wichtige Probleme.

4. Unterabteilung für Kulturpolitische Arbeit:
Verantwortlich war bisher *Bischoff*. Ifa.[12]

---

8 Besondere Abteilung – gemeint ist der Geheimapparat der KPD, der illegal arbeitete und von Hans *Kippenberger* (1898–1937) geleitet wurde.

9 Franz Paul *Riegg* (1901–1945), (in der Vorlage fälschlich: *Rieck*). Zur Biographie vgl. Weber II S. 259.

10 Ernst *Noffke* (1903–1973), seit 1923 in der KPD, nach 1933 Emigration in die UdSSR, dort verhaftet. 1945 Rückkehr nach Berlin, SED-Funktionär.

11 Fred *Oelßner* (1903–1977), (in der Vorlage irrtümlich: *Oelsner*). Zur Biographie vgl. Günther Buch, Namen und Daten wichtiger Personen der DDR. Berlin (West)-Bonn 1979, S. 382.

12 Fritz *Bischoff* (1900–1943). Zur Biographie vgl. Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945. Berlin (Ost) 1970, Bd. 1, S. 121 ff. IFA – Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur, Dachverband der kommunistischen Kulturverbände, dessen Vorsitzender *Bischoff* war.

Er reicht für die Arbeit nicht aus und muß durch einen neuen ersetzt werden.

a) Schule und Kind
Schulkampffragen – Kinderausbeutung – Kinder-Kampf

b) Allgemeine kulturpolitische Arbeit:
Freidenkerbewegung, – bildende Künstler –
Arbeiter-Theater, -Film, -Literatur –
Studenten- und Schülerbewegung – Intellektuellenbewegung.

5. Unterabteilung für Verlag und Literaturvertrieb:
Verantwortlich für Buchverlag *Klaeber*,[13]
für Zeitschriftenverlag *Knippschild*,[14]
für Literaturvertrieb z. Zt. *Bernhard Schmidt*,[15]

Außerdem sind bei Literaturvertrieb bisher beschäftigt 2 Instrukteure, 1 Propagandist, ebenso ist ein Propagandist beim Sternverlag tätig. Künftig soll nur ein Propagandist für die gesamte Literatur tätig sein und zwar der Genosse *Scheffel*,[16] Stern-Verlag.[17] Dieser Genosse muß in Litvertrieb übernommen werden. Außerdem kann beim Literaturvertrieb ein Instrukteur eingespart werden. Der bestehende geschäftliche Apparat mit den Litstellen, (Verrechnungsstelle) wird unmittelbar der Geschäftsabteilung unterstellt.

Für Verlagswesen wird eine Unterkommission eingesetzt zur Kontrolle und Überprüfung der Verlagspläne für das Sekretariat. Kommission besteht aus dem Leiter Agitprop,
Vertreter IAV.[18]
Vertreter Verlag Lit. Pol.[19]
Vertreter Literaturvertrieb,
Vertreter Orgabteilung,
Vertreter Pressedienst,
Vertreter Geschäftsabteilung

Außerdem wird eine Unterkommission für Literaturvertrieb geschaffen bestehend aus:

Leiter Litvertrieb,
Vertreter für Agit.

---

13 Kurt *Klaeber* (1897–1959). (in der Vorlage: *Kleber*). Zur Biographie vgl. Traum von Räte-Deutschland. Erzählungen deutscher Schriftsteller 1924–1936. Berlin (Ost) und Weimar 1968.

14 *Knippschild* war nach Mitt. von Wilhelm *Reimers* (27. 11. 1980) Geschäftsführer eines kommunistischen Zeitungsverlages in Mitteldeutschland.

15 Bernhard *Schmidt* (1903–1971). Mitarbeiter des ZK der KPD. u. a. der Orgabteilung, nach 1933 inhaftiert, nach 1945 Funktionär der SED.

16 Rudolf *Scheffel* (1901–1943). Zur Biographie vgl. Deutsche Widerstandskämpfer, a.a.O. (Anm. 12) Bd. 1. S. 547 f.

17 Stern-Verlag – 1920 wurde die „Stern-Druckerei GmbH" Berlin die Dachgesellschaft der Parteibetriebe der KPD. Nach der Aufteilung 1924 blieben der Stern-Druckerei GmbH nur die Verlage unterstellt. Sie wurde 1928 von der Zentrale für Zeitungsverlage (1931 die Verlagszentrale AG) abgelöst. Vgl. auch Dok. 99, Anm. 37.

18 IAV – der kommunistische Internationale Arbeiter-Verlag.

19 Verlag Literatur und Politik – kommunistischer Verlag in Wien–Berlin. U. a. kamen dort die Gesammelten Werke *Lenins* heraus.

Vertreter Unterabteilung für Propaganda
Vertreter des IAV.
Vertreter des Litvertrieb Berlin.
Vertreter Orgabteilung.
Vertreter Geschäftsabteilung.

Außer dieser Kommission bleibt bestehen die Einrichtung regelmäßiger Sitzungen aller Verlagsleiter.

Zu den Gesamtsitzungen der Agitpropabteilung werden hinzugezogen:

Vertreter Zentralagitprop des Jugendverbandes.
Vertreter Agitprop Berlin
Vertreter Orgabteilung.
Vertreter Land, Frauen, Kompol, Information, Redaktion *Rote Fahne*, Pressedienst, Redaktion *Internationale*.

Die Abteilung tagt regelmäßig Dienstags; mit den Leitern der einzelnen Unterabteilungen wird täglich mittags 12 Uhr eine Arbeitsbesprechung durchgeführt; mit den Vertretern der Agitpropabteilung und der Massenorganisationen findet mindestens zweimal im Monat eine Aussprache über die Arbeit statt; über den Stand des Literaturvertriebs im Reich ist regelmäßig monatlich ein Bericht fertigzustellen.

101.

4. 7. 1932: Protokoll der Sitzung der Geschäfts- und Finanzkommission des ZK

Records ... T-175, 363, 874096–874103. Überschrift: „Protokoll Nr. 21 der Sitzung der Geschäfts- und Finanzkommission am 4. Juli 1932."

Anwesend: *Go-*, *Bu-*, *Eu-*, *Rei-*, *Bern-*, und zur Frage Kosmos-Verlag *Münzenberg* und *Baensch*.[1]

I. Zuschüsse für Wahldrucksachen.

a) Peuvag

Für zentral herauszugebende Wahldrucksachen ist ein Betrag von RM 157 000.– vorgesehen. Davon hat die Peuvag[2] RM 70 000.– in Drucksachen aufzubringen und ZK-Kasse RM 87 000.– in bar bzw. Verrechnung. Die

1 Die Abkürzungen stehen für folgende Parteifunktionäre: Go = *Golke*. Bu = *Budich*. Eu = *Schönhaar*. Rei = *Reimers*. Bern = *Bernstein*. Zu den Personen vgl. Dok. 99. Anm. 2. und 27. *Münzenberg* vgl. Dok. 99. Anm. 38. *Baensch* war der Vertreter der Kontrollkommission der Internationalen Arbeiterhilfe. Über seine Person ließen sich keine Daten ermitteln.

2 Peuvag – vgl. Dok. 99. Anm. 37.

Termine, zu denen ZK-Kasse diesen Betrag zahlt, werden zwischen Peuvag und ZK-Kasse vereinbart.

b) Verlagszentrale.
Für zu leistende Mehrseiten (siehe Protokoll Nr. 19[3] Punkt 5) erhält die Verlagszentrale von ZK-Kasse einen Zuschuß von RM 25 000.–. Die rückständige Umlage der VZ[4] an ZK-Kasse in Höhe von RM 18 000.– ist a cto dieses Zuschusses zu verrechnen, der dann noch verbleibende Rest von RM 6500.– ist von VZ a cto. Juli-Umlage zu verrechnen.

c) Die Bezirke erhalten das Recht, zu Lasten ZK-Kasse Wahldrucksachen im Betrage von RM 39 500.– bei den Druckereien herstellen zu lassen und zwar:

Berlin-Brandenburg für	RM	4 000.–
Pommern	RM	1 000.–
Ostpreußen	RM	2 500.–
Oberschlesien	RM	1 000.–
Schlesien	RM	1 300.–
Sachsen	RM	2 500.–
Halle-Merseburg	RM	2 000.–
Magdeburg-Anhalt	RM	1 000.–
Thüringen	RM	2 000.–
Mecklenburg	RM	500.–
Wasserkante	RM	3 000.–
Nordwest	RM	1 500.–
Ruhrgebiet	RM	3 000.–
Niederrhein	RM	2 000.–
Mittelrhein	RM	1 200.–
Hessen-Waldeck	RM	500.–
Hessen-Frankfurt	RM	2 000.–
Baden-Pfalz	RM	2 000.–
Württemberg	RM	1 500.–
Nordbayern	RM	1 700.–
Südbayern	RM	1 700.–
Saargebiet	RM	600.–
insgesamt	RM	39 500.–

d) IAV[5] bekommt von ZK-Kasse einen Zuschuß für Wahldrucksachen in Höhe

3 Liegt nicht vor.

4 VZ – vgl. Dok. 99, Anm. 22.

5 IAV – der kommunistische Internationale Arbeiter-Verlag.

von RM 20 000.–, davon werden RM 15000, a cto IAV direkt an Peuvag gezahlt, RM 5000.– erhält der IAV in bar resp. Verrechnung.

e) RGO bekommt von ZK-Kasse einen Zuschuß für Wahldrucksachen in Höhe von RM 15 000.–

f) *Flora*[6] erhält von ZK-Kasse einen Zuschuß für Wahldrucksachen in Höhe von RM 10 000.–

g) Kampfbund[7] erhält von ZK-Kasse einen Zuschuß für Wahldrucksachen in Höhe von RM 5 000.–

h) ZK-Jugend erhält von ZK-Kasse einen Zuschuß für Wahldrucksachen in Höhe von RM 7 000.–

i) Landabteilung erhält von ZK-Kasse einen Zuschuß für Wahldrucksachen in Höhe von RM 5 000.–

Sämtliche Beträge unter Punkt e–i werden von ZK-Kasse direkt an Peuvag gezahlt. Die Peuvag hat ihre Druckereien entsprechend zu verständigen.

Aufträge, welche die einzelnen Organisationen über die oben erwähnten Summen hinaus an die Druckereien geben, müssen von den Organisationen selbst gezahlt werden.

II. City-Druckerei[8].

Eu.[gen Schönhaar] berichtet über Schwierigkeiten bei der City-Druckerei. Löhne und Steuern können nicht mehr gezahlt werden. Die Auswirkungen sind sehr ernste. Die Arbeitsfreudigkeit der Belegschaft läßt nach. Steuer hat bereits gepfändet. An Verzugszinsen für alte

Es wird festgestellt

1. daß die Zahlungen der *R.F.* an die City-Druckerei nicht voll geleistet werden konnten weil die AZ[9] der *RF* nur einen Teil der kassierten Abonnentenbeiträge abgeführt hat.

2. Das Verhalten des Geschäftsführers des Sportverlages[10] macht die bereits

6 *Flora* war nicht zu ermitteln.

7 Kampfbund – gemeint ist der „Kampfbund gegen den Faschismus": vgl. oben, Dok. 34, Anm. 8.

8 City-Druckerei – vgl. Dok. 99, Anm. 5. In dieser Druckerei wurde auch das Zentralorgan der KPD, *Die Rote Fahne*, gedruckt.

9 AZ – Anzeigen-Abteilung der KPD für Großanzeigen.

10 Sportverlag – gemeint ist der Verlag der kommunistischen „Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit", vgl. dazu Hartmann Wunderer, Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Frankfurt/M. – New York 1980, S. 183 f. und Günther Wonneberger, Deutsche Arbeitersportler gegen Faschisten und Militaristen 1929–1933. Berlin (Ost) o.J. (1959).

Steuerschulden mußte in diesen Tagen allein ein Betrag von RM 2 500.– gezahlt werden. Z. B. wurden am Freitag, den 1. Juli 1200 Zeilen weniger abgesetzt. Dieser fehlende Satz mußte einer bürgerlichen Druckerei zum Absetzen gegeben werden, was 600 Mark kostete. Außerdem mußten Aushilfskräfte eingestellt werden, obwohl beschlossen worden war, für die Erledigung der Wahlarbeiten keine Aushilfskräfte zu nehmen, sondern alle Arbeiten mit Hilfe von unbezahlten Überstunden zu bewältigen.
Die Ursache für diese Zustände sind, daß die *R.F.* schlecht zahlt, daß die Verlage der Massenorganisationen, RGO, Freidenker, Sportler usw. der Druckerei fast nichts zahlen.

Der Sportverlag hat es sogar fertiggebracht, Wechsel zu Protest gehen zu lassen, obwohl die City-Druckerei ihm das Geld zur Einlösung gegeben hatte.

III. Etat der Gescha

Das Sekretariat der Gescha soll auf Grund der festgelegten Umlage eine monatliche Einnahme von RM 7 910.– haben. Dieser Betrag geht nicht ein. Zur Zeit sind die verschiedenen Organisationen mit RM 19 643.– in Rückstand. Die bisherigen Ausgaben an Gehälter, Miete, Telefon etc. betrugen RM 3 500.– monatlich. Außerdem hatte die Gescha per 27. 6. 32 an außergewöhnliche Ausgaben für die verschiedenen Organisationen RM 45 808.–. Darüber hinaus wurden für die besonderen Druckereien bisher RM 72 045.– ausgegeben. Die Zeitvorgesehene Überprüfung des Sportverlages besonders dringlich. Die vom Sekretariat Gescha bereits angeordnete Überprüfung der Verlage wird ebenfalls als sehr dringlich festgestellt.
3. Nach erfolgter Überprüfung der Verlage der Massenorganisationen hat mit dem Sekretariat der Gescha[11] und den Leitungen der Massenorganisationen eine Besprechung zu erfolgen.
4. Das Sekretariat Gescha hat die Leitungen der RGO, der Freidenker und Sportler aufzufordern, daß sofort größere a cto-Zahlungen an die City-Druckerei geleistet werden. Falls diese a cto-Zahlungen nicht gemacht werden, ist der Druck einzustellen. Das Sekretariat des ZK wird ersucht, für diese Maßnahme seine Zustimmung zu geben.

1. Es ist ein neuer Etat für das Sekretariat Gescha aufzustellen.
2. Die Gehälter für Angestellte der Genossenschaftsabteilung sind von der Gescha nicht weiter zu zahlen. Die Genossenschaftsabteilung hat für die Gehälter selbst aufzukommen.
3. Die Zeitschriften *Die Trommel* und *Aufbau*[12] sind auf geschäftliche Basis zu stellen und vom Sekretariat Gescha abzutrennen.
4. Die Genossen *Bu[dich]* und *Bernst[ein]* haben für Vulkan[13] einen neuen Minimal-Etat aufzustellen. Genosse *Bernstein* scheidet aus dem besoldeten

11 Sekretariat der Gescha – gemeint ist nicht das Sekretariat des ZK, sondern das Sekretariat der Geschäftsabteilung, die als große Abteilung des ZK über ein eigenes Sekretariat verfügte.

12 *Die Trommel*, seit 1926 Organ der kommunistischen Kinderorganisation „Rote Jungpioniere" (bis 1930: Jung-Spartakus-Bund).
Der Aufbau – vermutlich *Der Rote Aufbau*, die seit 1928 von Willi *Münzenberg* herausgegebene Monatsschrift der IAH.

13 Vulkan – Bei der Aufteilung der Stern-Druckerei als Dachgesellschaft der Parteibetriebe (vgl. Dok. 100, Anm. 17). 1924 übernahmen die Peuvag die Druckereien (vgl. Anm. 2) und die Bürohaus Vulcan GmbH die Grundstücke der KPD.

spanne, in welcher die außergewöhnlichen Ausgaben von RM 45 808.– und RM 72 045.- gemacht wurden, konnte nicht festgestellt werden.

Personalstand der Vulkan GmbH aus und wird in den Etat des Sekretariats Gescha übernommen.

5. Das Sekretariat wird ersucht, die Leitung der besonderen Druckarbeit[14] der Gescha zu übergeben. Vom Genossen *Schn[eller]* ist ein Übergabebericht über den Stand dieser bisher von ihm verwalteten Arbeit zu machen. Das Sekretariat wird ersucht, der Gescha einen Genossen für die spezielle Bearbeitung der besonderen Aufträge zur Verfügung zu stellen.

Eu[gen Schönhaar] und *Bu[dich]* werden beauftragt, einen Etat und Plan für die besondere Arbeit aufzustellen.

6. Sekretariat Gescha hat einen geeigneten Genossen zu bestimmen, um festzustellen, wie der Einnahme- und Ausgabe-Etat der bisherigen besonderen Druckstellen aussieht.

7. Die besonderen Drucksachen müssen im Vertrieb und in der Abrechnung in einen geordneten Zustand gebracht werden.

IV. Etat der Genossenschaftsabteilung.

Der Etat für die Genossenschaftsabteilung wird vom Genossen *Bernstein* wie folgt vorgeschlagen:

Ausgaben:

Reiseunkosten	RM 275.—
Zinsen Halle *(Moser)*	RM 275.35
Fachliteratur, Zeitungsausschnitt u. a.	RM 20.—
Gehalt an *Berger* brutto	RM 420.—
Gehalt an *Gerda* brutto[15]	RM 235.—
insgesamt	RM 1 225,35

Diese Ausgaben sollen gedeckt werden durch monatliche Abführungen der bis-

Dem Etat wird zugestimmt.

Das Sekretariat wird gebeten, den betreffenden Bezirken davon Mitteilung zu machen, daß die in ihren Bezirken gelegenen roten Vereine die angegebene Umlage bestimmt und pünktlich zu leisten haben, worauf die BL achten sollen.

Diese Mitteilung durch das Sekretariat ist notwendig, da die BL die Bemühungen der Genossenschaftsabteilung zur Eintreibung dieser Umlage nicht genügend unterstützt haben.

---

14 Besondere Druckarbeit – gemeint ist die illegale Druckarbeit.

15 Es war nicht zu ermitteln, welcher Funktionär *Berger* gemeint ist.

her von der Genossenschaftsabteilung erfaßten roten Konsum-Vereine:

Limbach (Sachsen)	RM	250.–
Wittenberg (Halle/M.)	RM	150.–
Ehrenfriedersdorf (Sachsen)	RM	25.–
Schwarzenberg (Sachsen)	RM	150.–
Halle (Halle/M.)	RM	80.–
Merseburg (Halle/M.)	RM	80.–
Oelze (Thüringen)	RM	50.–
Nürtingen (Württemberg)	RM	200.–
Katzhütte (Thüringen)	RM	20.–
Groß-Breitenbach (Thüringen)	RM	20.–
Gräfenroda (Thüringen)	RM	50.–
Grafenhein		
Naundorf (Thüringen)	RM	20.–
Einsiedel (Sachsen)	RM	20.–
Böblingen (Württemberg)	RM	10.–
Lettin (Halle/M)	RM	10.–
Mühlberg (Halle/M)	RM	20.–
Landsberg (Halle/M)	RM	10.–
Löbejün (Halle/M)	RM	10.–
Belgern (Halle/M)	RM	20.–
Schiepzig (Halle/M)	RM	10.–
Popershau (Sachsen)	RM	10.–
Groß Treben (Halle/M)	RM	20.–
Einnahmen insgesamt:	RM	1 235.–

V. Vertrag der IAH mit der Hermes.

Die Reichsfraktionsleitung der IAH teilt mit, daß der Vertrag mit der Hermes vor dem Ablauf steht und fragt

1. ob mit der Hermes weiter gearbeitet werden soll
2. ob die IAH eine eigene Gesellschaft gründen soll
3. ob dem NDV die Inseratenwerbung künftig übertragen werden soll.[16]

Es wird beschlossen, die Inseratenwerbung der IAH der Anzeigen-Expedition für die Arbeiterpresse zu übergeben.

VI. Antrag der Org-Abteilung ZK, den Genossen *Schlegel*[17] als Instrukteur für die Presse-

Der Genosse *Schlegel* ist zu kündigen. Während seiner Kündigungszeit ist er noch als Instrukteur nach Pommern zu

16 NDV – gemeint ist der Neue Deutsche Verlag (im „*Münzenberg*-Konzern").

17 Über *Schlegel* waren keine Daten zu ermitteln.

werbung nach Pommern zu schicken.
Das System der Instrukteure für die Pressewerbung hat sich nicht bewährt. Die Ausgaben für die zentralen Presse-Instrukteure sind monatlich ziemlich hoch, sie betragen nicht weniger als RM 800.– pro Instrukteur. Zur Zeit wird nur der Genosse *Schlegel* als Instrukteur beschäftigt.

schicken mit der Bedingung, die ihm bisher gezahlten Spesensätze zu senken.

VII. Verlosung IAV.

Es ist zu veranlassen, daß der IAV sofort die Ausschreibung der Termine der Verlosung bekanntgibt. Die Geschäftsleitung des IAV hat die Durchführung dieses Beschlusses innerhalb 3 Tagen zu melden.

VIII. Papiervertrag.
Es haben Verhandlungen der ringfreien Druckpapierfabriken mit uns stattgefunden. Sie stellten uns günstigere Bedingungen, als wir bis jetzt bei Geese hatten. Sie boten einen Preis von RM 19.75 und einen 6-monatlichen Kredit. Die Firma Geese unterbot den Preis mit RM 19.35, erklärte sich aber außerstande, mehr als 4 Monate Kredit zu geben. Die ringfreien Druckpapierfabriken gingen danach auch auf RM 19.35 herunter, lehnten es aber ab, die hausse-Klausel fallen zu lassen. Ferner lehnten sie die Zusage, daß die von ihnen gebotenen Preise und Bedingungen auch von der Firma Engelhardt [gehalten werden], welche dem Verband deutscher Druckpapierfabriken angeschlossen ist, und mit dem sich die „Ringfreien" jetzt fusionieren, ab.

Es wird beschlossen, trotz der ungünstigeren Kreditbedingungen das Offert der Firma Geese anzunehmen, da die von den ringfreien Papierfabriken geforderte hausse-Klausel klar zeigt, daß es sich bei ihnen nur darum handelt, den Markt zu monopolisieren, um die Preise dann in die Höhe treiben zu können.

IX. Personalfragen.
a) Antrag des Redakteurs *Strohmeyer*, *Klassenkampf*-Halle, wegen Bewilligung der Umzugskosten in Höhe von RM 38.–[18]

wird bewilligt.

18 *Strohmeyer* – vermutlich ist der Mannheimer KPD-Redakteur Erwin *Strohmeier* gemeint, der 1936 als Interbrigadist im Spanischen Bürgerkrieg fiel. Vgl. Fritz Salm, Im Schatten des Henkers. Widerstand in Mannheim gegen Faschismus und Krieg. 2. verb. Aufl. Frankfurt/M. 1979, S. 116.

b) Genosse *Böhner* wurde von Essen als Geschäftsführer nach Bremen versetzt und beantragt Trennungszulage.[19]	wird für 2 Monate bewilligt.
c) Genosse *Uhlmann* wurde als Geschäftsführer von Chemnitz nach Essen versetzt und beantragt Trennungszulage.[20]	wird für 2 Monate bewilligt.
d) Genosse *Sattler* wurde als Geschäftsführer von Magdeburg nach Chemnitz versetzt und beantragt Trennungszulage ab 10. Juni ds. J.[21]	wird für 2 Monate bewilligt.
e) Genosse *Glückauf* wurde als Chefredakteur von Berlin nach Düsseldorf versetzt und beantragt Trennungszulage ab 15. 6. ds. J.[22]	wird für 1 Monat bewilligt. Die Verlagszentrale hat mit dem Genossen *Glückauf* die Frage des evtl. Umzugs nach Düsseldorf zu besprechen.
f) Genosse *Schneidewind* wurde von Bremen als Buchhalter nach Essen versetzt und beantragt Trennungszulage.[23]	wird für 2 Monate bewilligt.
g) Genosse *Franken* hat schon einmal zwei Monate Trennungszulage bewilligt bekommen und sollte nach Ablauf dieser 2 Monate erneut Antrag stellen.[24]	wird für weitere 2 Monate bewilligt.
h) Genosse *Lass*, Chefredakteur in Chemnitz, stellt Antrag auf Trennungszulage, da die Frau des Genossen ab 1. 6. erwerbslos geworden ist.[25]	wird für Monat Juni bewilligt. Die Verlags- zentrale hat festzustellen welchen Beruf die Frau des Genossen *Lass* hat.
i) Verwendung des Genossen *Wiemeister*.[26]	Der Genosse *Wiemeister* ist für 14 Tage im IAV zur raschen Aufarbeitung der Buchhaltung im IAV zu beschäftigen. Danach ist er als Buchhalter in der *Roten Fahne* zu verwenden.
X. Abtretung der *AZ*-Gesellschafter-Anteile.	die Abtretung der AZ-Anteile an Kassierer abzulehnen. Ob die *AZ* liquidiert

19 Über *Böhner* ließen sich keine Daten ermitteln.

20 Über *Uhlmann* ließen sich keine Daten ermitteln.

21 *Sattler*, vermutlich Fritz *Sattler* (1896–1964). Geschäftsführer der KPD-BL in Chemnitz und Suhl. Nach 1933 10 Jahre Zuchthaus und KZ. 1945 im Finanzministerium Thüringen. 1952–1958 Vorsitzender des Rats des Bezirks Suhl.

22 Erich *Glückauf* (1903–1977). Biographie vgl. Biographisches Handbuch, a.a.O. (Dok. 93, Anm.9) S. 227.

23 Kurt *Schneidewind* (geb. 1912). Biographie vgl. Buch a.a.O. (Dok. 100, Anm. 11) S. 280.

24 Über *Franken* ließen sich keine Daten ermitteln.

25 Helmut *Lass* war vorher Redakteur der *Roten Fahne*. 1933 verhaftet, soll er mit der Gestapo zusammengearbeitet haben. Er lebte nach 1945 in Berlin.

26 Über *Wiemeister* ließen sich keine Daten ermitteln.

Zu der im Protokoll Nr. 19 Punkt 2 zurückgestellten Frage wird in Anwesenheit der Genossen *Münzenberg* und *Baensch* erneut Stellung genommen. Da Kassierer lediglich die Anteile haben will, ohne auch die rückständigen Schulden der *AZ* an die *R.F.* und den Kosmos-Verlag zu übernehmen, wird beschlossen:

werden oder der Mantel erhalten bleiben soll, wird zurückgestellt, bis der Liquidationsbericht der von Gescha eingesetzten Liquidations-Kommission vorliegt.

XI. Kosmos-Verlag.

Genosse Go*[lke]* bringt der Kommission einen ihm schriftlich übermittelten Vorschlag des Kosmos-Verlages zur Kenntnis, wonach sämtliche Gesellschafts-Anteile des Kosmos-Verlag GMbH an die drei Hauptgläubiger Gehring & Reimers (Druckerei), Geese (Papierlieferant) und Kassierer (Darlehnsgeber) für einen Kaufpreis von RM 50 000.– abgetreten werden sollen. Dieser Kaufpreis wird jedoch nicht bezahlt, sondern gestundet. Mit den Käufern soll ein Rückkaufsrecht für die Anteile vereinbart werden für den Fall, daß die Käufer Pfändungen ausgesetzt sind, d. h. also erst, wenn sie pleite gehen. Ferner ist vorgesehen, daß ein Aufsichtsrat von 3 Personen gewählt werden soll, den wir bestimmen und der auf eine bestimmte Zeit unabsetzbar sein soll.

Die Kommission sieht in einem derartigen Vorgehen die vollständige auch juristische Übergabe des Kosmos Verlags an die Kapitalisten, nachdem durch die Übergabe des Inseraten-Geschäfts und des Vertriebsapparates an diese bereits die wirtschaftliche Auslieferung erfolgt ist. Die Kommission hält es daher für notwendig, sofort eine Aussprache mit dem Genossen *Münzenberg* vorzunehmen.

Es wird beschlossen:

1. Das Verlagsrecht für die *Welt am Abend* wird an den NDV für dessen Forderungen gegen den Kosmos-Verlag abgetreten. Es ist eine weitere Abtretung vom NDV an noch vom Sekretariat zu bestimmende Treuhänder vorgesehen. Vorsorglich ist noch juristisch zu prüfen, ob mit der Übertragung der Verlagsrechte eine genügende Sicherung für die Zeitungen gegeben und ob die Übertragung der Verlagsrechte mit einer zwangsläufigen Übernahme der Verpflichtungen des Verlags verbunden ist.
2. Die Gesellschaftsanteile des Kosmos-Verlags sind an nicht prominente Parteigenossen abzutreten. Die Kommission schlägt in Abänderung ihres Vorschlages (Protokoll Nr. 18 Punkt 19)[27] dem Sekretariat folgende Genossen vor:
f.d. *Gen. Hoppe* den *Gen. Beling*[28]
f.d. *Gen. Torgler* den *Gen. Reimers*[29]
f.d. *Gen. Pfeiffer* den *Gen. Rehberg*[30]
und 1 Genossen, den das Sekretariat vorschlagen soll.
(Genosse *Münzenberg* behält sich vor, zwei Vorschläge von sich aus zu machen, da hierüber nicht das ZK der Partei sondern die IAH zu bestimmen habe.)

---

27 Vgl. Dok. 99.

28 Zu *Hoppe* und *Beling* vgl. Dok. 99, Anm. 45.

29 Zu *Torgler* vgl. Dok. 99, Anm. 46, zu *Reimers* Dok. 99, Anm. 2.

30 Zu *Pfeiffer* vgl. Dok. 99, Anm. 47, zu *Rehberg* ebd., Anm. 46.

Nachdem Genosse *Münzenberg* telefonisch herbeigerufen wurde, begründet er die diesem Vorschlag zugrunde liegende Absicht wie folgt: In einer Aussprache mit dem Genossen *Pjatnizki*[31] habe er, (Gen. *Münzenberg*) die Meinung vertreten, daß bei einem Verbot der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Presse zugleich die Zeitungen des Kosmos-Verlages verboten werden. Die Komintern sei jedoch der Meinung, daß das Verbot in Wellen erfolgen würde, d. h. daß mit der Möglichkeit zu rechnen sei, daß die *Welt am Abend* und *Berlin am Morgen*[32] noch einige Zeit nach dem Verbot der Partei und Presse erscheinen können. Er habe daher den Auftrag bekommen, diese Blätter zu sichern. Er habe dem Genossen *Baensch*, Sekretär der Revisionskommission der Komintern der IAH[33] den Auftrag gegeben, entsprechende Maßnahmen auszuarbeiten.
Der zuerst gefaßte Vorschlag, die Gesellschaftsanteile an andere nicht prominente Parteigenossen abzutreten, sei von ihrem Rechtsanwalt *Mannheimer* als unwirksam bezeichnet worden, weil diese neuen Gesellschafter nachweisen müßten, daß sie ihre Anteile wirklich aus ihrem Vermögen bezahlt haben und auch sonst an diesem Unternehmen interessiert seien, andernfalls die Abtretung nur als Scheinvertrag angesehen werde. Aus diesem Grunde seien sie dazu gekommen, eine Abtretung an ihre bürgerlichen Hauptgläubiger vorzunehmen. Sie glaubten, die mit dieser Maßnahme verbundene Gefahr durch den Vorbehalt des Rückkaufsrechtes und den von uns zu bestimmenden Aufsichtsrat wettmachen zu können.

---

31 Ossip *Pjatnizki* (1882–1939) war der Organisationsleiter der Komintern. Zur Biographie vgl. Lazitch, a.a.O. (Dok. 96, Anm. 1) S. 311 f.

32 *Welt am Abend* und *Berlin am Morgen* waren Zeitungen des „*Münzenberg*-Konzerns"; vgl. Koszyk, a.a.O. (Dok. 99, Anm. 2) S. 332 ff.

33 Es muß richtig heißen: Sekretär der Revisionskommission der IAH.

Nachdem die Genossen durch die Aussprache mit der Geschäfts- und Finanzkommission einsehen mußten, daß diese Maßnahmen durchaus keine Sicherung bieten, zog Genosse *Münzenberg* seinen Vorschlag zurück, woraufhin ihm vom Genossen *Go[lke]* auch der schriftlich vorliegende Entwurf zurückgegeben wurde.

102.

11. 7. 1932: Brief der Geschäftsabteilung an das Sekretariat

Records . . . T-175, 363, 874095. Überschrift: „An das ZK, Sekretariat."

Betr. Erledigung Protokolle der Geschäfts- und Finanzkommission.

Zu Eurem Schreiben vom 6. Juli[1] bemerken wir:

Zu Protokoll Nr. 18 fehlt noch die Entscheidung zu Punkt 1,[2] Einsparungsmaßnahmen *Rote Fahne*. Da dieser Punkt von besonderer Bedeutung ist, bitten wir um rasche Erledigung.

Zu Protokoll Nr. 19[3] teilt Ihr uns mit, daß nur noch die Entscheidung zu Punkt 3 wegen AZ-Vertrieb aussteht. Wir müssen jedoch darauf aufmerksam machen, daß die *Rote Fahne* bereits seit dem 1. 7. in eigener Regie vertrieben wird.

Nach Eurer Mitteilung müßte angenommen werden, daß das Sekretariat mit der laut Punkt 2 desselben Protokolls beantragten Überprüfung der Unternehmungen der IAH durch Gescha einverstanden ist. Da es sich hier um eine außerordentlich heikle Angelegenheit handelt, bitten wir, uns diese Zustimmung ausdrücklich zu geben und zwar in Form eines Mandates unter gleichzeitiger Benachrichtigung an die IAH zu Händen des Genossen *Münzenberg*.[4]

Zu Punkt 9 des gleichen Protokolls war auch eine dringende Besprechung mit dem Sekretariat, dem ZK der Jugend, der Gescha und dem Verlag der *Jungen Garde*[5] beantragt. Da aus Eurem Schreiben ebenfalls angenommen werden muß, daß Ihr diese Besprechung akzeptiert, bitten wir um Angabe, wann sie stattfinden soll.

In einer Nachbemerkung teilt Ihr in Eurem Schreiben noch mit, daß zu unseren Beschlüssen desselben Protokolls Nr. 19 betreffs Sanierung des Zeitungsverlags

1 Liegt nicht vor.

2 Vgl. Dok. 99.

3 Liegt nicht vor.

4 *Münzenberg* vgl. Dok. 99, Anm. 38.

5 Gescha – Geschäftsabteilung. *Junge Garde*. Zentralorgan des KJVD.

Frankfurt und weitere Verwendung des Genossen *Eckert*[6] sowie Neubesetzung Rostock noch keine Entscheidung getroffen sei. Wir verstehen diesen Hinweis nicht, da in diesem Protokoll von diesen Punkten überhaupt keine Rede ist. Es muß also ein Irrtum Eurerseits vorliegen.

Zu Protokoll Nr. 20[7] teilt Ihr mit, daß noch Punkt c Sanierung Verlag Düsseldorf nicht entschieden sei. Wir müssen also annehmen, daß die in demselben Protokoll gefaßten Beschlüsse zur Frage der Wochenzeitung *Illustriertes Echo des Westens* (Punkt 3 a) und Sanierungsvorschläge für den Verlag Essen (Punkt 3 b) sowie die Vorschläge für Einsparungen durch gemeinsame Seiten für die Verlage Essen, Düsseldorf und Köln (Punkt 3 d) von Euch bestätigt sind. Wir bitten uns mitzuteilen, daß unsere Annahme richtig ist, damit wir die Beschlüsse sofort an die entsprechenden Stellen zur Durchführung weiterleiten können.

Mit komm. Gruß
ZK – Gescha

6 Erwin *Eckert* (1893–1972), früherer Stadtpfarrer in Mannheim, trat 1931 zur KPD über, nach 1945 Funktionär der Partei, Staatskommissar und MdL in Südbaden. Vgl. zu seiner Biographie: Friedrich-Martin Balzer, Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands. Köln 1973.

7 Liegt nicht vor.

Register

Abegg, Wilhelm XLVIII

„Der Abend" s. „Vorwärts (Der Abend)"

Abrüstungskonferenz, internationale s. Konferenz, internationale Abrüstungskonferenz

Abusch, Alexander (Pseud. Reinhardt) LXXXVI, LXXXVIII, CVII

Adler, Friedrich 364

Adler, Max 233

AEG-Brunnenstraße 284

AfA-Bund LII, 538, 564, 625, s. a. Angestelltenverbände

„Der Agitator" XXXVIII, CI, 332f., 363, 371f., 399, 453f., 705

Alexander von Jugoslawien 58

Alldeutscher Verband 424

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB) XX, XLI, XLIII, XLV, XLVIIf., IL, LIf., LVIf., LXXI, 114f., 161f., 225, 252f., 284, 307, 311, 391f., 406, 496, 503, 529, 534, 538, 544, 553f., 558, 562, 564, 570, 575, 579, 584, 586, 588, 617, 619–622, 630, 636, 640, 645, 649f., 661, 669, 677f.

- Arbeitsbeschaffungsprogramm 443f., 470, 503, 563
- Bürokratie 367, 585
- Führer, Führung 490, 535, 565
- Kongreß in Frankfurt (4. Bundeskongreß, 31. 8.–4. 9. 1931) 361, 392, 411, 419
- Kongreß in Berlin (1932) 484

Altwein, Fritz 156

Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale s. Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB)

Angestellte, Angestelltenverbände LXIV, 448, 555, 625

Anlauf XXXVIII, LXXIX

„Antifaschistische Aktion" 516, 518, 542, 560

Antifaschistische Aktion XVI, XLV–XLVIII, ILff., LIII, LXXIV, LXXXV, CVII, 489–492, 498–502, 504–507, 509–517, 526, 529ff., 533, 535ff., 539f., 545–548, 552, 555, 557f., 563f., 572, 574, 578, 582, 640, 670, 675, 703

- in Betrieben 565
- Fraktionen in der 513
- Gelöbnis der 514
- Landsonntage der 509, 515, 517, 540–542
- Manifest der 514, 517, 570
- Reichseinheitsausschuß der 514, 516, 543, 556, 621, 627
- Selbstschutzstaffeln der 667, 670

Antifaschistische Junge Garde 68, 112, 136, 277f.

Antifaschistische Kampfkomitees, Kampfausschüsse 196, 313, 668, 679f.

Antifaschistische Kampfwoche 512–516, 536, 539, 541–543

Antifaschistische Organisationen 36, 55f., 60f., 311

Antifaschistische Wehrorganisationen 55f., 78

Antifaschistischer Kampffonds 674

Antikommunistenerlasse (der Preußenregierung) 181–185

Antikriegskampagne 172f., 177ff., 368f., 507

Antikriegskomitees XVIII, 39, 124, 170, 174, 369f.

Antikriegskonferenz (2./3. 8. 1930) 170, 174, 652

Antikriegskongreß s. Kongreß, internationaler, gegen den imperialistischen Krieg

Antikriegstag (1. August)

- 1930 166, 168ff., 172, 175
- 1931 352, 355, 364f., 370, 507

Antimilitarismus 632, 635

Antinazikommissionen s. KPD, Gegnerarbeit

Antireligiöse Agitation 336

Antisowjethetze 366, 370

Arbeiter

- christliche XXIV, 273, 299, 324, 329, 336, 340, 367
- NSDAP-sympathisierende 299, 340
- sozialdemokratische XXIV, 299, 329, 340, 369

„Arbeiter-Illustrierte-Zeitung" (AIZ) 112, 335, 455

Arbeiterinnendelegation in die Sowjetunion 67f.

Arbeiterjugend 50ff., s. a. KJVD

Arbeiterkongreß, antifaschistischer, s. Kongreß, antifaschistischer Arbeiterkongreß Europas

Arbeiterkorrespondenten, Arbeiterkorrespondenzen 2, 47, 79, 99–103, 109, 174f., 407, 451, 453, 455, 491, 515, 540, 545, 573, 633, 656, 658, 692

„Arbeiterpolitik" XXXVII

Arbeitersport 135, 142–145, 166, 260

Arbeiter-Theaterbund 97, 104, 614

Arbeiter-Turn- und Sport-Bund (ATSB) 97, 138, 143ff., 443, 574

Arbeiterwohlfahrt 13, 90

„Arbeiter-Zeitung" (Breslau) 322

„Arbeiter-Zeitung" (Mannheim) 391, 406, 524, 552, 573, 602

Arbeitsdienst 556, 621, 632, 649f., 657, 669, 670

Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Organisationen (ARSO) LI, 12–15, 90, 98, 164, 230, 235, 340, 452, 567, 614

Arbeitslose s. Erwerbslose

Auer, Erich 165, 687

Aufhäuser, Siegfried 356, 650

Aufstand, bewaffneter XIV

Austromarxismus 55

Baensch, Theo 707, 715f.

Bahne, Siegfried IX, XLIV

Bauern, Bauernschaft 181, 185, 286, 340f., 349, 351, 358, 368, 543, 613

Bauernkongreß

- Europäischer 106, 115
- Reichsbauernkongreß (23./24. 1. 1932) 425, 463

Bauerntag (15. 11. 1931) 425

Bayrische Volkspartei (BVP) 266, 287f.

Becher, Johannes R. 54

Beer, Max 234

Befreiung, nationale und soziale XXVI, 567, 576, 630, 632f., 640ff., 647, 651

Begoutte 633

„Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung" (BzG) CXIII, CXV

Beling, Walter 703, 715

Berger 711

„Bergische Arbeiterstimme" 37, 391, 405, 524, 552, 573, 602

„Bergische Volksstimme" 699

„Berlin am Morgen" 716

Berliner Verkehrs A.G. 251, 620f.

Bernstein, Rudolf 699, 707, 710f.

Bertram, Ernst 695, 701

Bertram, Walter 695

Bertz, Paul LXXVII, 80

Bessedowski, Grigorij 366

Betriebe XXI, IC, 492, 505, 536, 538f., 542, 544, 545, 547ff., 551, 556, 558, 563, 566f., 570, 573, 644, 680

- Eroberung der / Werbung 188, 304, 320f., 328, 349
- Konzentrierung / Wendung auf XL, 29ff., 222, 297, 300f., 380, 387, 392, 607
- Schwerpunkt 85, 124, 459, 512, 533, 675

„Betrieb und Gewerkschaft" XLIII, LXXI, 133

„Betriebspresse und Arbeiterkorrespondent" 6

Betriebsräte XXV, 11, 331, 359, 391, 418, 508, 560, 679

- christliche 529, 645
- reformistische / „sozialfaschistische" / SPD- XX, 76, 324, 529, 540, 551, 645
- rote XXI, LXXIX, 9, 43, 115, 124, 157, 165, 170f., 195f., 274, 321, 324, 347, 445, 471, 529f., 557, 566, 573, 586, 622f., 645
- 2. Reichsbetriebsrätekongreß des ADGB (Januar 1933) 661f.

Betriebsrätekonferenzen 405

Betriebsrätewahlen XXf., XXV, XXXII, 4, 21ff., 28, 30f., 33, 43, 62, 79f., 85, 89, 91f., 94, 113f., 118f., 165, 167, 249, 270, 284, 295, 297, 301, 315, 317, 321, 327, 331, 432, 618f., 622–625, 627, 644f., 652, 668, 672

Betriebswehren 165, 174, 286

- rote 311, 314

„Der Betriebszeitungsredakteur und Arbeiterkorrespondent" (BZR-AK) 6, 99f., 372, 407

Beutling, Theodor 153

Bezirke der KPD XVIII, XC, XCVf.

- Bezirksleitungen (BL) XC, XCVIf., 445, 510, 540, 542, 587, 595, 612f.
- Abteilungen bei der BL CIIf., 171
- Wahl der BL 594
- Unterbezirke, Unterbezirksleitungen XC, XCVI, 613ff., 670

Bezirksparteischulen CI

Bezirksparteitage der KPD XCVI, 80, 94, 120, 126ff., 171, 296ff., 304, 315f., 415, 425, 439ff., 477, 592, 594f., 600, 602, 604, 612, 646

- Berlin LVII
- Delegationsmodus 128, 298, 440, 593
- Gastdelegierte 594
- Nordwest CIV

Bezirksstatistik 187f.

Biering, Walter CV

Birkenhauer, Erich LXXXVIII, CVI

Bischoff, Fritz 705

Bismarck, Otto von 7

„Blätter für den Sozialismus" 653

Blenkle, Konrad 687

Blöss 688

Blücher (Galen), Wassilij Konstantinowitsch 38

Blum XCVI

Böhm, Ernst 318

Böhner 714

„Der Bolschewik" 198

„Der Bolschewist" IL

„Der bolschewistische Kurs" IL

Bordiga, Amadeo LXXVI

Bornkessel 699

Bracht, Franz 580, 590f., 645f.

Brandes, Alwin 249, 252

Brandler, Heinrich 21, 89, 388, 438

Brandlerianer, Brandlerismus, „rechte" Kommunisten, KPO, XVII, XLIIIf., XLVIIf., LXVIIIf., LXXII, LXXXII, 89, 118, 361, 388, 436, 438, 508, 657

Braun, Otto XXXVIff., XLI, LXXIII, 181f., 194, 262, 292, 294, 309, 323, 356, 371, 378ff., 382ff., 389, 407, 490, 569, 591

Breitscheid, Rudolf XL, 193, 308, 487, 650, 662

Briand, Aristide 411

Brolat, Fritz 251

Brück 696

Brüning, Heinrich XVI, XXIIf., XXVII–XXXI, XXXVff., XL–XLIII, XLV, LI, LV, LXV, LXXI, 142, 158ff., 177f., 189, 192–195, 205, 209, 217f., 220f., 223, 225f., 236, 238, 240ff., 248, 251, 253, 262f., 265f., 269, 284, 290–293, 296, 304–308, 310, 314, 322, 325, 327–330, 334, 337–340, 343, 346f., 349, 352–356, 358f., 361f., 365–371, 376–380, 383ff., 387, 389, 392f., 401f., 404f., 407, 413, 416ff., 420, 423, 425, 459, 461, 463, 470–473, 480, 493, 497, 503, 518, 530, 532, 544, 553f., 576, 579, 590f., 619, 649, 668

Buber-Neumann, Margarete LXXXIII

Bucharin, Nikolai XXI, 81f., 237

Budich, Willi 694, 702, 707, 710f.

Büchergilde Gutenberg 234

Bücherkreis 233

Bündnis Arbeiter Bauern, revolutionäres 178, 190

Bürger, Kurt d. i. Ganz, Karl

Bürgerblockregierung 189

Bund der Freunde der Sowjetunion 4, 89, 151ff., 614, 668

Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller (BPRS) 208, 449, 614

Cachin, Marcel 309f., 364

Cahnbley 305

Chamberlain, Joseph Austen 40

Chinakampagne 39

City-Druckerei 694, 709f.

Cogniot, Georges LVI

Creutzburg, August XCIV, XCVI

Curtius, Julius 354, 365f., 420

Dahlem, Franz XLIII, LIII, LXXI, LXXXIIIf., LXXXVI, LXXXVIII, XCIII, CVI, CX, 208, 611

Däumig, Walter CIV, 436

Dalmar 698

David, Fritz 696

Dawes, Charles G. 640

Dawesplan 83, 86, 242, 455

Deisen, Wilhelm 156

Delp, Heinrich 528

Demaré, Hugo 632

Demokratie

- bürgerliche XIIIf., XXXV, XLI, LV, LIX, 6, 291, 412, 648, 675
- Liquidierung der XIV, 291, 366 s. a. Faschisierung
- proletarische 412, 590, 648
- Weimarer 6

Demokratischer Zentralismus VIII, LXXXIX, XCff., CI, CVII, CX

„Deutsche Allgemeine Zeitung" (DAZ) 253, 266, 495, 629

Deutsche Demokratische Partei LXXIII

„Der deutsche Eisenbahner" 71

Deutsche Staatspartei XLII, 535

Deutsche Volkspartei (DVP) XXIII, XLII, 186, 266, 293, 424, 626

Deutscher Freidenkerverband s. Freidenker-Verband

Deutscher Handlungsgehilfen-Verband (DHV) 448

Deutscher Landarbeiter-Verband (DLV) 104ff., 191, 464f., 469

Deutscher Metallarbeiter-Verband (DMV) 246, 252f., 610

Deutschnationale Volkspartei (DNVP) XXXVIf., LXXIII, 186, 286, 292, 307, 353, 384, 423, 494f., 528, 590, 598f., 626

Dietrich, Hermann 178, 189, 193, 337

Diktatur

- bürgerliche XIV, LIV, 495
- faschistische, Durchführung der, Aufrichtung der XXIXf., XXXV, XXXIXf., LV, 42, 193f., 262f., 282, 291f., 304, 320, 325, 338f., 348, 352f., 376, 379, 402, 407, 425, 461, 473f., 490, 502, 511, 529, 531–534, 569, 647, 663, 667f., 670, 672
- proletarische, Diktatur des Proletariats VIII, XI, XIIIf., XXIX, XXXV, LV, 6, 8, 47, 82, 86, 96, 123, 195, 221, 237, 249, 433, 571f., 575, 579, 591, 621, 638, 642f., 647f., 650, 686

Dimitroff, Georgi 633

Dingeldey, Eduard 266, 384

Dissidenten s. Freidenker

Dittmann, Wilhelm 648

Donsbach, Kläre 695

Dorf, Arthur CV

Duddins, Walter XCVII

Duesterberg, Theodor XXXVII, 194, 473

Duisberg, Carl 402

Ebert, Friedrich 636

„Echo des Ostens" 200

„Echo des Westens" LVIII

Eckert, Erwin 653, 718

Eggert, Wilhelm 636

Ehlers, Adolf 156

Einheitsausschüsse 504, 506, 513, 515, 544, 547, 564, 566, 570, 594, 627

- der Antifaschistischen Aktion 491, 505
- Fraktionen in 584

Einheitsfront

- -aktion, -bewegung, -politik XLVI, ILf., LVII, LXXXVII, 205, 216, 243f., 268, 270, 350, 356, 406, 413ff., 417f., 422, 425, 427f., 431, 485f., 489f., 513, 526, 534, 562–564, 568, 570–572, 577–579, 581–589, 598f., 618f., 621, 631, 645, 652, 664, 672, 676
- -ausschüsse, -komitees 574, 678
- -konferenzen 582
- -organe 124, 170, 195, 201, 207, 218, 263f., 268, 273, 284, 313, 361, 405, 429, 445, 505, 533, 537, 570, 582, 608, 614, 623, 668, 673
- proletarische XL, LXIX, 191, 210, 215, 285, 313, 325, 361, 403, 464
- revolutionäre / rote XLI, XLIII, 124, 313, 390, 417, 426, 439, 443, 455, 458, 460, 462f., 468, 471, 474, 476, 478, 485, 487, 498f., 501–503, 508, 513, 529, 531, 562, 565
- Einheitsfronttaktik VII, XIII, XLVf., XLVIII, L, LXIX, LXXIII, 165, 185, 240, 245, 247, 249, 485, 529, 547, 549, 566, 571f., 574, 584, 590, 603, 607f., 619, 621–624, 626, 639, 647, 652, 655, 658–660, 668, 670, 677, 681f.
- von oben XVf., XXIV, XLV
- von unten IX, XV, XIX, XXII, XXIV, XXVI, XXVIII, XXXIIf., XXXVIII, XLf., XLIII, XLVII, LII, LVf., LVIII, LX, LXIX, LXXI, LXXVII, 25, 89, 114, 122f., 131, 134, 138, 146, 220, 262, 313, 315, 320, 324, 367, 380, 384, 413, 475, 478, 527, 530, 536f., 558, 662

Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter (EVLF) 463f., 468 s. a. RGO, sowie Verbände, rote

Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins (EVBM) 244f., 248–251, 254f., 430 s. a. RGO, sowie Verbände, rote

Einstein, Albert 156

Eiserne Front LXXX, 443, 453f., 456, 459, 462f., 484f., 527f., 530, 662, 677

Eisler, Gerhart 28

Eisler, Hanns 54

EKKI s. Kommunistische Internationale

Elgas s. Elias, Paul

Elias, Paul XCVI

Elternbeiratswahlen 139ff., 479f.

Emel, Alexander LXXXI, 685

Emmerich, Fritz d. i. Emrich, Fritz

Emrich, Fritz LXXVII, XCVI

Engels, Friedrich 436, 649

Erkner, S. LXVI

Erwerbslose, Erwerbslosigkeit, Erwerbslosenbewegung LXIV, 37, 43ff., 57, 80, 86, 93f., 123, 170, 219, 225ff., 239, 257, 274f., 283, 295, 302, 310, 315, 330, 338, 340, 349, 358, 379, 393, 402f., 405, 407, 414f., 421f., 426f., 429f., 469, 492, 506, 536ff., 545, 556, 558, 560, 564ff., 570, 572, 574, 584, 589, 596, 606, 613f., 621, 631, 639, 668f., 674

- Erwerbslosenausschüsse 44, 93, 124, 406, 428, 445f., 621, 627, 670
- Erwerbslosentag (6. 3. 1930) 80, 89, 93, 113, 130, (25. 2. 1931) 258, 283, 295, 302
- Erwerbslosenunterstützung, -fürsorge, -versicherung 44, 57, 283, 386, 393

– Erwerbslosenversammlungen 219, 274, 392

„Der Eulenspiegel" 106

Everling, Friedrich 154

Ewert, Arthur 28, 120

„Excelsior" 621, 639, 661

„Die Fanfare" 277

Faschisierung XVIII, XXIII, XXVIIf., XXXI, XXXV, LIf., LV, LX, LXVIII, LXXIII, CXI, 182, 265, 291, 311, 335, 366, 370f., 377, 387, 416, 478, 480, 486, 490, 494, 503, 532, 559f., 590, 636, 647, 654, 659

Faschismus, Faschisten XIVf., XVIII, XXIII, XXV, XXIX, XXXV, XLIf., LVI, LXXIII, LXXXI, 36, 41, 48, 55, 59, 203, 208, 220, 236, 239, 242, 264, 266, 272, 284, 290, 292, 296f., 324, 348, 353, 365, 368f., 376, 379, 394, 411, 413, 432, 461, 473, 491, 495, 499f., 518, 529, 542, 567, 606, 618, 620, 628, 631, 647, 650, 658, 673, 675 s. a. NSDAP

– Definition des Faschismus XVIII, XXVII, XLII

– Kampf gegen 37, 78, 157, 167, 173, 179, 196, 224, 258, 262, 284, 306, 329, 487, 490, 496, 498, 500, 506, 645, 672

– Kampfbund gegen den s. Kampfbund gegen den Faschismus

Fischer, Karl LXXXVI

Fischer, Ruth 119, 436

Flieg, Leo LXXXIII–LXXXVI, LXXXVIII, XCIII

Florin, Wilhelm L, LIV, LXI, LXXXIV, LXXXVI, XCIII, XCVII, 143, 633, 635

Fraktionen, Fraktionsarbeit der KPD

– in Arbeiterorganisationen 1, 4, 492

– in Einheitsfrontorganen 272, 276f., 429, 574, 618, 626, 670

– in Gewerkschaften XXXIII, 1, 4, 148, 188, 232, 269, 285, 359, 368ff., 380, 420, 557, 586, 594, 603, 611, 614, 617f., 669, 674, 678

– im Kampfbund gegen den Faschismus 233, 277

– in kulturpolitischen Organisationen 1, 100

– in Massenorganisationen 3f., 46f., 135, 168, 230f., 234, 271f., 280, 315, 341, 406, 507, 510, 540, 547, 567, 582, 584, 589, 595, 614, 618, 664f., 678

– in der RGO, in roten Verbänden 280, 285, 321, 421

– im Sport 1, 144, 280

– in sozialpolitischen Organisationen 1, 12, 15ff.

Franken 714

„Frankfurter Zeitung" 154, 223, 544

Franzen, Anton 318

Frauen, erwerbslose 257, 423 s. a. KPD, Frauen, Frauenpolitik sowie Kongreß, Reichskongreß werktätiger Frauen

Frauenorganisationen, bürgerliche 257f.

Frauenpresse 334f.

Frauentag, internationaler (8. März) 69, 80, 93f., 113, 130f., 261, 287f., 295, 455, 458ff.

„Frauenwacht" 260

Freidenker, Freidenkerbewegung 101, 103, 135, 322, 326f., 395, 494, 580, 614, 651, 654, 657, 710

– proletarische 116, 326f., 477–481, 574

– Verbot der 477ff., 497

Freidenker-Verband (Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung, Deutscher Freidenkerverband) 101, 103, 116, 477ff., 481, 574, 590

„Freies Wort" 662

„Freiheit" LI, 37, 389, 391, 405, 524, 552, 564, 571, 573, 602, 687, 700

Freiheitsprogramm s. Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes

Frenzel, Max LXXVIII

Frick, Wilhelm XXIII, XXXIV, XXXVI, 263, 318, 544, 576

„Der Funke" XXIV, XLIII, IL, LXXVIII, CIX, CXIV

Gabor, Andor 258

Ganz, Karl 696

Garwy, Peter 39, 410

Gayl, Wilhelm von 554, 590f.

Generalkontrolle s. KPD, Reichskontrolle

Genossenschaftsopposition, revolutionäre 462

„Germania" 311, 503, 561

Gewerkschaften IX, XVff., XXIV, XLII, XLIV, XLVII, LXV, LXXI, 387, 475, 492, 506, 513, 536, 539, 544, 549, 554, 556ff., 562, 564, 566ff., 573, 606, 613, 644, 661f.

– Aufbau selbständiger XXV, 244f., 254ff.

– christliche XLIII, 3, 149, 161, 232, 359, 491, 530, 553ff., 586, 617, 624ff., 669, 674

– freie XV, XXI, XXVI, XXXIXf., XLIII, LIIf., LVIII, LXXf., 384, 491, 530

– Hirsch-Duncker'sche 3, 161, 624

– Opposition in 23, 26, 49f., 556f., 585, 617, 626, 669, 674

– reformistische LIII, LVII, 149, 232, 291, 344, 359, 361, 384, 387, 411, 494, 625f., 654, 674
s. a. ADGB, RGO

Gewerkschaftsapparat 10f., 28, 330

Gewerkschaftsbürokratie 22f., 117, 125, 157, 161, 253, 256, 338, 386, 471, 484, 579, 586, 590, 624, 644, 657

– christliche 194, 620

– reformistische, sozialdemokratische, „sozialfaschistische" LVIII, 194, 218, 241, 245, 248, 416, 427, 432, 619ff.

Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA) 448

Gewerkschaftsführer, -führung XIV, LX, 238, 391, 555, 561

– christliche 503, 577

Gewerkschaftsmitglieder 570, 572

– oppositionelle 445, 509

– reformistische 507

Gewerkschaftspresse 254

Gewerkschaftswahlen 43, 62, 89

„Gewerkschaftszeitung" 661f.

Geyer, Curt 436

Ginsburg, A. M. 296

Glasneck, Hedwig CXIII, CXV

Glückauf, Erich 714

Goebbels, Joseph XXXVI, XLI, 242, 305, 549, 576

Göring, Hermann 544, 549, 576, 682

Golke, Arthur 694, 700, 702f., 707, 717

Gollmick, Walter 687, 704

Gorki, Maxim 691

„Der Gottlose" 106

Gräf, Hugo 17, 343

Grenztreffen 634f.

Grimme, Adolf 651

Groener, Wilhelm 401, 484

Gromann, Wladimir 296

Großbetriebe IC, 407, 445, 584

– Verankerung in 33f.

Grube, Ernst 143, 574

Grüne Front 106, 178, 186

Grzesinski, Albert 1, 2, 7, 10, 26, 85, 96, 181, 238f., 242, 248, 254, 262, 294, 308, 316f., 388

Guérard, Theodor von 401

Guttmann, Josef Lf.

Häusler, Ad. CV

Halle, Felix 702

„Hamburger Echo" 227

Hamburger Verkehrsbetriebe 621

„Hamburger Volkszeitung" XXXIX, 305, 399, 449, 532, 702

„Hammer und Sichel" 198

Hampel, Fritz, s. Slang

Harzburger Front XL, 423, 443

Haschke, Hans-Dieter CXIIIff.

Haubach, Theodor 388

Heckert, Fritz XXV, LIX, LXXXIIIf., XCIII, 8, 45, 208

Heilmann, Ernst 377

Hein, Wilhelm LXXXIV, XCIII

Heinks, Heinke CV

Heise 702

Heller, Otto 687

Hennig, Eike LXXIIIf.

Henning, Ernst XXXIII, 305, 308

Herholz, Kurt 700

Hermann, Otto 694

Herriot, Edouard 629

Heymann, Stefan 695

Hilferding, Rudolf XLVIII, 337, 636, 648

Hiller, Alfred LXXXV

Himmler, Heinrich 129

Hindenburg, Paul v. Beneckendorff u.v. XLV, 192–195, 309, 401f., 420, 446, 455, 458, 461, 463, 466, 471–474, 477, 484, 495, 503, 531, 554, 562, 565, 570, 579

Hirsch, Werner XLII, LXXXIII, LXXXVIII, CVI, 671, 686

Hitler, Adolf VII, XIV, XVIIf., XXXI, XXXV–XXXVIII, XL–XLIV, XLVIf., LII, LV–LX, LXVII–LXIX, LXXI, LXXXIV, LXXXIX, CXI, 194, 197, 224, 262, 265f., 292, 295, 305, 308, 311, 314, 318, 353, 366, 371, 383ff., 402, 411, 415, 423f., 439, 458, 463, 466, 470f., 473f., 477, 484f., 487, 489, 491, 494–498, 500–503, 518, 529, 532, 549, 576f., 579f., 597, 620, 641, 649f., 664, 666, 672, 675, 677, 680–682

Höhler, Albert 112

Höltermann, Karl 653

Hoernle, Edwin 106

Hoffmann, Adolf 436

Hohmann, Lotte 700

„Der Holzarbeiter" 49

Hoover, Herbert 238, 354f., 400

Hoover-Aktion 353ff.

– Plan 365, 376

Hoppe, Wilhelm 703, 715

Horn, Lambert XCVII

Huber-Koller, Rose-Marie LXIV

Hugenberg, Alfred XXXI, XXXVIIf., LXVI, 54, 265, 293, 295, 314, 353, 371, 383ff., 402, 411, 495, 590, 666, 677, 680

Hugenberg-Hitler-Block XVIII, 293, 353f.

Humbert-Droz, Jules XLIV

Hungeraktion

– der Bourgeoisie 337f., 347, 350

– der Brüningregierung 353

Hungermarsch nach Dortmund 226

„Die IFA-Rundschau" 101

„Illustrierte Bauernzeitung"(IBZ) 694f.

„Illustrierte Zeitung" 518

„Illustriertes Echo des Westens" 718

Imbusch, Heinrich XLIII

Industrieprozeß 258, 262, 311

Intellektuelle LXIV, 208, 350, 631

Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur (IFA) 52ff., 90, 97, 101, 140f., 172, 176, 478, 614, 687, 705

– Reichskonferenz (15./16. 3. 1930) 54, 101

„Die Internationale" XII, XLff., XLVI, LXIX, LXXXff., LXXXVII, CI, 303f., 437, 441, 532, 604, 638, 707

Internationale Arbeiterhilfe (IAH) 1, 13ff., 97f., 131, 166, 246, 260, 340, 344, 375, 395, 449, 452, 468, 515, 566, 574, 590, 610, 614, 668, 698, 707, 710, 712, 715f.

„Internationale Presse-Korrespondenz" („Inprekorr") XIV, XVIIff., XXIf., XXV, XXVIII, XXXVIIIf., XLIff., XLV, XLVIII, Lf., LV, LVIIf., LXVI, LXXXIf., LXXXVIf., IC, CI, CX, 1, 7, 9, 45f., 68, 77, 84, 91, 106, 127, 192, 203ff., 223f., 237, 239, 256, 258, 265, 281, 283, 294, 296f., 310, 315, 346, 403f., 433, 438, 440, 456, 463, 484ff., 489, 510, 512, 516, 527f., 534, 542f., 563, 572, 576, 578, 580, 598, 617, 620, 629, 635f., 643, 652, 686f., 690

Internationaler Arbeiter-Verlag (IAV) 688, 691, 700, 702f., 706–709, 713f.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit (IB) 13–20, 131, 135, 343, 392, 452, 515, 590, 614

Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB) („Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale") 364, 486

– Kongreß in Stockholm (1930) 166

Internationaler Sozialistischer Kampfbund (ISK) LXXII

Internationalismus, proletarischer 348, 597, 600, 628, 640ff.

Jacob, Franz CIV

Jacobshagen, Gerhard XXXVI, 343

Jaddasch, Anton XCVI

Jäger, Hans LXVI

Jarres, Karl 633

Joos, Josef 561

Juchacz, Marie 651

Jugendinternationale, sozialistische 547

Jugend(liche) 299, 350, 447, 507 s. a. KJVD

Jugendkongreß s. Kongreß, Stuttgarter Jugendkongreß

Jugendtag, internationaler

– (15., 1. 9. 1929) 50ff.

– (18., 3./4. 9. 1932) 547–551

„Die Junge Garde" 106, 226, 239, 264, 279f., 694f., 698, 717

Jungspartakusbund (JSB) 140, 710

Kaasch, Wienand 3

„Der Kämpfer" 251

„Die Kämpferin" 134, 260f., 370, 456, 700

Kampfbund gegen den Faschismus 220, 225, 230, 232f., 258, 260, 271, 277f., 286, 314, 392, 445, 465, 491, 574, 614, 667, 678, 709

Kampfgemeinschaft (KG) für Rote Sporteinheit 574, 614, 709

Kampftag gegen Arbeitslosigkeit, internationaler s. Erwerbslosentag

Kant CV

Kapp-Putsch 435

Karl, Heinz 498, 506

Karl-Liebknecht-Haus XXXVIII, 74, 112, 322, 658f.

Karl-Marx-Kampagne 638, 642, 656

Kasper, Willy (Wilhelm) XLVIII, LXXXIV, XCIII, 76

Katz, Leo 697

Katz (Simoné), Otto 233

Kautsky, Karl 649

Keil, Wilhelm 193

Keilson, Max 704

Kelloggpakt 411

Kerrl, Hanns 528

Keudell, Walter von 2

Kinderwoche, internationale 327, 335f., 568, 573

Kippenberger, Hans XXXVIII, 705

Kirchenaustrittskampagne 478

Klaeber, Kurt 706

Klasse gegen Klasse IX, XI, XIV, XXV, 446, 456, 462

Klassenjustiz 588

„Der Klassenkampf" LXXXVI, 233, 529, 652, 713

Kleine CV

„Das Kleingewerbe" 450

Klepzig, Vollrath 461

Knapp 702

Knippschild 706

Knodt, Hans 695

Knorin, Wilhelm Lf., 534

Knoth, Erna 135

Koenen, Wilhelm CV, CVII, 45

„Kölnische Zeitung" 629

Kolbe, Georg 156

Kollwitz, Käthe LVIII

Kommunalwahlen s. Wahlen

„Die Kommune" 109, 303f.

Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) 435

Kommunistische (III.) Internationale (Komintern, KI) VIIff., XIIIf., XVI, XIX, XXI, XXIII, XXVI, XXX, XXXIII–XXXVII, XLV, ILf., LIII, LV, LVII, LXf., LXIII, LXVIIf., LXXII, LXXIVf., LXXVII, LXXXIII, XC–XCIV, CX, 55, 81, 97, 348, 357, 365, 370, 409, 414, 427, 433, 435f., 455, 492, 581, 598f., 603, 605, 607, 617, 676f., 686, 692, 716

- Exekutivkomitee der Komintern (EKKI) XXIf., XXX, XXXVII, L, LVIIIf., LXI, LXXVII, LXXXIVf., LXXXIX, XC, XCV, CVIf., CXV, 66, 127f., 451, 542, 558, 603, 610f., 676f., 686, 690f., 693
- EKKI, IX. Plenum (Februar 1928) XI, XIII
- EKKI, X. Plenum (Juli 1929) XIII, XVII, XIXf., LXXXI, CI, 38, 40f., 43, 46, 81, 88, 107)
- EKKI, XI. Plenum (April 1931) XIII, XVI, XXX, XXXIVff., XXXIX, XLIV, LXI, LXXI, LXXXIII, LXXXVII, 315, 339, 346–353, 357, 363f., 366, 369, 408, 447, 475, 496, 548, 651
- EKKI, XII. Plenum (September 1932) XIII, XVI, XXX, L, LII–LV, LVIIf., LXII, LXXX, LXXXVIf., LXXXIX, CXI, 578, 580f., 592ff., 601f., 604f., 607, 618, 625, 628, 640, 643, 651f.
- EKKI, XIII. Plenum (Dezember 1933) XCV
- Programm der Komintern XII, XXVI
- VI. Weltkongreß (1928) XI, XIII, XVII, 1, 8, 21f., 58, 88, 107, 369, 446
- VII. Weltkongreß (1935) LXVII

„Die Kommunistische Internationale" XVIIIf., XXII–XXV, XXVIIf., XXXVII, XLIf., LVIII, LXXXff., LXXXVI, CXI, 3, 8f., 22, 188, 283, 303f., 387, 412, 618

Kommunistische Jugend-Internationale (KJI) LXXXV, 119, 447, 545, 547f.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

- Agitation und Propaganda (Agitprop) XXVI, XXXI, XXXV, XLII, LXIV, 52–54, 70, 88, 91, 98, 100, 172, 175f., 200, 249, 268, 350, 358, 362, 407, 419f., 450–455, 474f., 502f., 513, 541, 543, 547, 555, 563, 583, 586f., 595, 601, 603, 609, 614, 638, 641f., 644, 658, 666, 668, 672, 678f., 686, 690, 704, 707
- Agrarpolitik s. Landarbeit
- Aktionsangebot an SPD und ADGB 678
- Antifaschistenaufgebot XCVII, 203, 209f., 300, 302, 396
- Arbeitsbeschaffungsplan 308, 346f., 349f., 352, 359f., 366, 368
- Arbeitsbeschaffungsprogramm der KPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft 227f.
- außerparlamentarische Kampagnen 596
- Bauernhilfsprogramm 341, 345f., 349–352, 359, 366, 368, 465–468
- Berichtswesen 211
- Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit IC, 414, 417–423, 443–447, 451f., 585, 608, 704f.
- Betriebsfraktionsgruppen 610, 618, 669
- Betriebszeitungen 49, 95, 99, 149, 173, 292, 301f., 359, 452, 539
- Betriebszellen s. Zellen
- Bezirke s. Bezirke der KPD
- Bezirksparteitage s. Bezirksparteitage der KPD
- Bolschewisierung 31, 33, 537, 563, 592, 606, 632, 639
- „Brüsseler Konferenz" (1935) LXXXVIII

- Buchkontrollen 172, 199
- fraktionelle Gruppen LXXVI
- Fraktionen s. Fraktionen, Fraktionsarbeit der KPD
- Frauen, Frauenpolitik 34, 67f., 130f., 134, 212f., 256, 287f., 299, 327, 334ff., 350, 370, 458–461, 492, 507, 614
- Funktionärskader XLVII, LXII, LXV, LXVII, LXXV, LXXVIII, LXXXVIIIf., XC, XCII, XCVII, ICff., CIV, 78, 372ff.,
- Gegnerabteilungen, Gegnerarbeit 94, 259, 272, 309, 331f., 342f., 369
- Geheimapparat LXXIX, 705
- Generallinie, ultralinke VII, IXf., XVIf., XXIV, XXVI, XXXVIII, XLII, IL, LII, LVIIIf., LXI, LXVIIf., LXIX, LXXII, LXXV–LXXX, LXXXVII, LXXXIXff., CXIII
- Gewerkschaftsarbeit, -politik, -taktik XI, XXIX, XL, XLIII, LII, LVII, LX, LXXf., LXXXVII, 8, 22, 27f., 49f., 79, 161f., 219, 563, 687s. a. Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
- Gewerkschaftsspaltung XXf., XXIX, XXXIII, LXXIV
- Illegalität CXf., 494, 663f.
- Instrukteure XCIVf., CII, CVIf., CIX, 302, 321, 351, 397, 445, 540, 584, 607f., 610, 612f., 615, 668, 670, 681, 687, 712
- Kampfprogramm der Arbeiter, Landarbeiter, armen Bauern und Fischer des Ostens 181, 185, 192
- Kassierapparat, -wesen, -methoden 171, 333f., 681
- Kulturpolitik 53f., 97, 100, 103, 176, 451f., 469, 477–481, 590, 614
- Kurierapparat 667
- Landarbeit, Landarbeiter 104, 177f., 189, 259, 286f., 360, 368, 583, 614, 709
- Literaturvertrieb 100, 172, 175, 331–335, 456f., 604, 614, 707
- Maikampagne
  (1929) XVII, 37, 311, 377, 390
  (1930) 121–124, 131f., 135
  (1931) 304, 310–315, 322, 324f., 328
- Manifest gegen Versailles 628
- Mitgliedschaft XXII, XXXIX, XLIV, XLVII, LXII, LXV, LXXV, LXXXVIII, XC, XCVIIf., ICf., 23, 33f., 300ff.
- Mobilisierungskampagne, innerparteiliche 340
- „Opposition der 60" LXXVII
- Organisationsstruktur, Parteiorganisation, Parteiapparat IX, LXXVII, LXXXIXf., XC–XCII, XCVIII, CV, CVII, CXV, C, 2, 26, 264, 272, 601, 674
- Ortsgruppen XC, XCVI, 298, 301, 340, 369, 394, 451, 584, 608, 615f., 666, 670, 677
- Parlamentsarbeit, Parlamentarismus XCIV, 224, 469–473, 482f., 508, 528, 567
  Bürgerschaftsfraktion Hamburg 227
  Kommunalparlamente, -politik 107f., 124, 182f., 195, 359, 423, 431f., 469–473, 483, 528, 567, 614
  Landtagsfraktionen, -abgeordnete 359, 489ff., 529
  Landtagsfraktion in
  - Baden LXXX
  - Hessen 528
  - Preußen 487, 527

  Reichstagsabgeordnete 405, 491
  Reichstagsfraktion 346, 353, 551, 680
- Parteipresse, revolutionäre Presse XX, XCI, CIf., CVII, 49, 64, 87, 92, 109, 115, 148, 163, 167, 169, 231, 232, 279ff., 288, 303f., 321, 323f., 327f., 331–335, 341, 350, 359f., 371f., 374, 388ff., 393, 398f., 406, 451–454, 456f., 473f., 488, 491, 515, 531, 540, 543, 548, 550, 552, 558, 568, 578f., 584, 589, 597, 599, 601f., 607, 619, 634ff., 645ff., 656, 658, 685f., 688, 704, 716
- Parteipresse, Verbot der LXV, 556, 568
- Parteischule Fichtenau CI
- Parteitage s. Parteitage der KPD
- Reichskontrolle C, 3, 30, 32f., 35, 64, 90, 94, 171, 176, 187, 273
- Schulpolitik 137, 140f.
- Schulung, Schulungsarbeit XCI, CI, 210f., 451
- Sektion der Komintern XI, XVI, LXXXIX, XCV
- Spartakusprogramm XXVI
- Stadtteilorganisationen, -leitungen 615f., 670
- Stalinisierung VIII, XI, LXII, LXXV, LXXXVIII, XCf.
- Statut LXXXIX, XC
- Übertritte von SPD-Mitgliedern 87, 343, 403
- Verbot, drohendes CX, 1, 5, 10, 80, 86f., 230, 304, 320, 322, 376, 393, 492, 494, 498, 531, 544f., 548f., 557, 604, 662, 664, 667, 716
- Wahlkampf, Wahlkampagnen
  (zur Wahl am 31. 7. 1932) 492, 511, 513f., 526
  (zur Wahl am 6. 11. 1932) 578, 581f., 595
- Werbearbeit, Werbung für Partei und Presse 63, 70, 71, 90, 170, 187f., 209, 230, 231f., 251, 288, 297, 300–304, 320f., 323f., 328, 393–401
- Werbeaufgebot 323f.
- Winterhilfskampagne 258, 621
- Zellen, Betriebszellen XC, XCI, XCVI, IC, CXIII, 1, 3f., 21, 25f., 30, 33, 35, 45, 47, 49, 50, 87, 90, 114, 117, 121f., 168, 171, 202, 220, 222,

246, 269, 273, 274f., 284, 298, 300f., 321, 323, 331, 340, 342, 349, 376, 396, 421, 442, 444, 450, 471, 539–542, 545, 582, 584, 586f., 593f., 607ff., 611ff., 615–618, 623, 644, 665–669, 672ff.

- Zellen, Parteizellen 360, 664, 677, 685
- Zellen, Straßenzellen XCVI, IC, CXIII, 1, 3, 35, 45, 49, 87, 114, 117, 124, 168, 247, 273, 275, 298, 301, 340, 376, 445, 451, 539, 584, 587, 593, 608, 610ff., 615f., 665–668, 670, 681
- Zentralkomitee s. Zentralkomitee der KPD

Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) 55f.

Kommunistische Partei – Opposition (KPO) s. Brandlerianer, Brandlerismus

Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) XXI, LXVIII, XCf., 81, 237, 433ff.

„Kommunistische Politik" LXXVI

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands (KJVD) LXXXV, LXXXVII, XCIV, CVIII, CXIV, 13ff., 50f., 97, 104, 119, 136f., 211, 220f., 226, 257, 260, 279, 297, 316f., 326, 369, 371, 392, 395ff., 400, 415, 424f., 447f., 455, 475f., 516, 533, 536, 538, 540, 548, 573, 596, 632, 636, 657, 668, 694, 701, 704, 707, 709, 717

- Kongreß (1929) 58
- Reichsjugendtag
  (1930) 134, 136f.
  (1931) 304, 316f., 326
- Verbot, drohendes 531

Konferenz
- Abrüstungskonferenz, internationale (Zürich 1932) 486
- Essener 633
- Genfer 629ff.
- Haager (1.) 39f.
- Haager (2.) 81, 83
- Konstanzer 55
- Lausanner 492, 533, 550f., 561
- Londoner Flottenkonferenz 110
- Prager 427

Kongreß
- antifaschistischer Arbeiterkongreß Europas (4.–6. 6. 1933) 676, 678ff., 682
- antifaschistischer Organisationen 60f.
- der Antikriegsorganisationen 60f.
- internationaler, für sozialwissenschaftliche Planung 409
- internationaler, gegen den imperialistischen Krieg (Amsterdamer Kongreß) 507, 510f., 516, 545, 550f., 568, 572, 576, 634, 652
- Reichskongreß werktätiger Frauen (1., 20. 10. 1929) 59, 460
  (2., 22./23. 11. 1930) 212, 214f., 220, 230, 234, 256ff., 460
  (3., 9./10. 4. 1932) 460
- Stockholmer (des IGB) 166
- Stuttgarter Jugendkongreß (1907) 599

Konkordat Preußen/Vatikan (1929) 139

„Konsumgenossenschaftliche Rundschau" 461

Konsumvereine 461f.

„Korrespondenz für Betriebszeitungsredakteure und Arbeiterkorrespondenten" 173, 175

Korsch, Karl LXXVI, 436

Krajewski, Antoni CVII

Kraus, d. i. Lenz-Winternitz, Josef

Krausz, Georg LXXVIII

„Kreuz-Zeitung" 355

Kriegel, Anni XCI

Kriegs- und Arbeitsopfer-Organisationen 13–18, 20, 343 s. a. Internationaler Bund

Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 402, 632

Krylenko, Nikolai W. 310

Kube, Wilhelm 532

Kuczynski, Jürgen LXIV

Kücklich, Erika 498, 506

Künstler, Franz 356, 390f., 659

Kuhfeldt LXXVIII

Kun, Bela 692

Kuntz, Albert LXXXVI

Kurella, Alfred 692

Kurt 694

Kutipow, Alexander 110

Kuusinen, Otto 605f.

„Land- und Forstarbeiter" 463f., 469

Landtag, Preußischer L, 489f., 528, 551, 577

Landtagswahlen s. Wahlen

Langnamverein (Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen) 339, 553

Langner, Paul LXXXI, LXXXVII

Lappo-Bewegung 271, 292

Lass, Helmut 714

Lausanner Pakt 565, 567, 577, 579, 597, 631

Lausanner Reparationskonferenz s. Konferenz, Lausanner

Lechleiter, Georg LXXX

„Der Lederarbeiter" 50

Leipart, Theodor XXXVII, XLIII, LVII, LXXI, 544, 558, 620ff., 626, 630f., 636, 639, 644, 649, 652f., 657, 661f.

Lenck XXXVIII, LXXIX

Lenin, Wladimir I. XII, LXII 97f., 184, 335, 412, 414, 434–437, 633, 638, 642, 649, 675, 693, 706

Leninbund LXXII, 110, 119, 388, 547

Lenin-Liebknecht-Luxemburg (LLL)-Kampagne 633, 637f., 642ff.

Lenin-Schule LXXXV

„Lenins Weg" IL, LXXI, XCVIII, 198

Lenz-Winternitz, Josef (Pseud. Kraus, Sommer) X, XXXIX, LXIII, LXXXI, 437, 685

Lessing, Fritz 699

Levi, Paul 233, 435f.

„L'Humanité" 597

Liebknecht, Karl 97, 242, 633, 638, 658f.

Linde, H. 375, 649

„Die Linkskurve" 2

„Der Literaturobmann" 100

Litke, Carl 356

Löbe, Paul LVII, 356

Lönne, Karl-Egon LXXIII

Lohnkämpfe 207, 232, 330, 626

Lominadse, Besso LXXXVI, 237

Losowsky, Solomon A. XLIV

Lubersac, Raol comte de 633

Lübbring, Josef 226

Lux, Friedrich LXXXVI

Luxemburg, Rosa XXVI, LXXXff., 97, 242, 433, 436, 441, 633, 638

Luxemburgismus 436

Macdonald, Ramsey 365, 385, 412, 639, 650

„Das Magazin für Alle" 233

Maidemonstrationen, Maikomitees XLV, LXXIIIf., CXIII, 7, 9, 11, 19, 37, 96, 315 s.a. KPD, Maikampagnen

Mann, Heinrich LVIII, 156

Mann, Thomas 156

Mannheimer 716

Manuilski, Dimitrij XXX, XXXVI, LXVIII, 642

Margies, Rudolf 226

Marx, Karl 97, 265, 436, 633, 638, 642, 647ff., 656, 658, 662

Marxismus-Leninismus XII, 434, 438f., 633, 638, 643, 648

„Der Marxist" 99

Marxistische Arbeiterschule (MASCH) 99, 372–375, 614, 687, 705

„Marxistische Arbeiterschulungshefte" 372–375

Marxistische Büchergemeinde 233

„Marxistische Tribüne" 233

Maslow, Arkadij 119, 436

Massenagitation 371, 454

Massenkämpfe, Massenmobilisierung 230, 240, 284, 306, 317, 320, 331, 352, 381, 419, 444, 461, 468, 474, 490f., 504, 516, 530, 558, 566, 571, 672, 681

- außerparlamentarische 500, 551, 571
- revolutionäre 357, 425, 674

Massenorganisationen XCII, XCIV, CII, 132, 157, 166, 168, 172, 176, 182f., 196, 247, 260, 262, 281, 283, 285, 287, 292, 299, 323, 332, 347, 357, 368ff., 375, 395, 439, 475, 479, 492, 513, 515, 539, 552, 570, 574, 578, 587, 589, 604, 611, 613f., 669ff., 674, 685, 689, 703f., 710

- christliche 610
- proletarische 24, 26, 124, 219, 221ff., 277, 368, 565, 664
- reformistische, „sozialfaschistisch geleitete" 270, 528, 610, 654
- revolutionäre 154, 312, 323, 369, 478, 484, 494, 510, 531, 545, 556, 565, 610, 657, 663ff., 668
- sympathisierende (befreundete) 87, 230, 271, 313, 328, 346, 352, 359, 378, 507, 596

Massenselbstschutz s. Roter Massenselbstschutz

Mayr, Karl 580

Mehring, Franz 234, 436, 441

Meinberg, Wilhelm 532

Menschewiki, Moskauer Prozeß gegen das Unionsbüro der XXXI, XXXIV, 296, 304, 309ff., 342, 364, 410

Merker, Paul XVI, XXIf., LXXVIf., LXXIX, LXXXIIIf., XCIII, 9, 22, 92

Meyer, Alex 700

Meyer, Ernst LXXXIII, 28

Mielke, Erich XXXVIII, LXXIX

Mierendorff, Carlo 653

Miller, Joseph 54

„Mitteilungsblatt der Gruppe Unabhängiger Kommunisten Deutschlands" LXXVIII

„Mitteilungsblatt für alle Mitglieder der KPD" XLVIII, IL, LII

Mittelschichten, Mittelstand LXIV, 246, 259, 267, 272, 275, 286, 340, 348, 350, 358, 543, 554, 567, 583, 604, 611, 631, 675

Möller 695

Moericke, Franz 696

Moldenhauer, Paul 159f.

Molotow, Wjatscheslaw XXXVII, LXVIII, 456

Moser 711

Moskauer Prozeß s. Menschewiki

Müller 688

Müller, Herbert CVIII, CIX, CXVII

Müller, Hermann XVI, XVIII, XXIf., 7, 84, 121, 138, 189, 193, 238, 337

Müller, Kurt LXXXVf., LXXXVIII, XCIII, CVIIIf., CXVII, 58, 317, 447, 704

Münzenberg, Willi LXXXVI, 106, 233, 258, 344, 449, 694, 701, 703, 707, 710, 715ff.

Münzenberg-Konzern 335, 455, 694, 701, 712, 716

Mussolini, Benito 237, 292

Nagel, Otto 106

Naphtali, Fritz 307

Nationale Frage s. Befreiung, nationale und soziale

Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO) LVIII, 573, 575, 577, 620, 624f., 682

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), Nationalsozialismus, Nationalsozialisten, Nazis XVf., XIX, XXIIIf., XXVI, XXVIII, XXXIff., XXXVff., XXXIXff., XLIVff., XLVIIIf., LII, LVIII, LXf., LXVIff., LXX, LXXIIIf., LXXVIII., CXI, 36, 42, 161, 186, 194, 197, 201, 204f., 214f., 224, 240ff., 263, 266, 269, 277, 286f., 290–296, 305f., 309, 331, 340, 343, 350f., 353, 357, 366, 379, 384f., 404, 415, 423f., 426, 447, 455, 473, 487, 490, 492, 494ff., 500, 502f., 505, 507, 509, 518, 528, 530, 532, 534–537, 544, 549, 550, 554f., 557f., 561ff., 567ff., 575ff., 579f., 580, 584, 590f., 596–599, 604, 611f., 614, 619, 621f., 629, 641f., 666, 682, 704f.

„Nationalzeitung" 671

Neddermayer, Robert CIII

Neubauer, Theodor 687, 696

„Neue Zeitung" 305

Neuer Deutscher Verlag (NDV) 688, 712, 715

Neumann, Heinz XVII, XXIXf., XXXVI, L, LIII, LVf., LXXVI, LXXIX, LXXXII–LXXXIX, XCIII, 77, 390f., 576, 592, 633

Neumann, Sigmund LXIV–LXVI

Nickel, Egon CV

„Niedersächsische Arbeiter-Zeitung" (NAZ) 319

„Niedersächsische Volksstimme" 487

Nölting, Erik 649

Nörpel, Clemens 653, 662

Noffke, Ernst 705

Norden, Albert LXXXVI, 695

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung" 266

Nosaka, Sanzo s. Okano

Noske, Gustav XX, 412

Notverordnung XXX, 269, 370, 387, 458, 472, 474, 545, 565, 569, 571, 575, 577ff.

- Juli 1930 193, 223, 258, 339f.
- Dezember 1930 XXIX, 262f., 286, 339
- März 1931 322, 327, 334, 340
- Juni 1931 XXXV, 347, 352, 368, 412, 429
- Juli 1931 376ff.
- Oktober 1931 401, 403, 406, 416, 429
- Dezember 1931 449
- April 1932 494
- Mai 1932 478
- Juni 1932 LIII, 511, 627
- September 1932 (Wirtschaftsprogramm) LXXIX, 552, 555f., 559f., 565f., 568f., 572, 585, 590, 626
- Volksbegehren gegen 569, 575, 627

Oelßner, Fred 705

Öttinghaus, Walter 403, 652f.

Okano d. i. Nosaka, Sanzo 605

„Oktober" LXIII

Oktoberrevolution s. Sowjetunion

Olbrysch, Karl LXXXVI

Opitz, Max XCVII

Organisationskontrolle s. KPD, Reichskontrolle

„Der Organisator der Revolution" IL, 198

Osterroth, Franz 532

Osthilfegesetz 178, 181, 185, 339

Osthilfeprogramm 160

Overlach, Helene LXXXIV, XCIII, CVII, 59

Panzerkreuzerbau XXXIV, 367ff., 414, 650

Papen, Franz von XVI, LI, LIVff., LXX, 492–499, 501ff., 509, 511, 517f., 529–533, 538, 549, 551–557, 559–570, 574–579, 585, 589f., 596ff., 604ff., 626ff., 640, 649, 659, 669, 677, 680

Papiererzeugungs- und Verwertungs-AG (Peuvag) 688, 701, 707, 709

Pariser Kommune 289

„Der Parteiarbeiter" XVIIIf., XXI, XXIV, XXVI–XXIX, XXXIf., XXXIX, LIII, XCVIIf., IC–CII, CVI, CX, CXIV, 3, 9, 21, 24, 27, 32, 35, 172, 198, 303f., 332f., 441, 539, 542, 558, 611, 617

Parteitage der KPD

– (X., 1925) LXXXIX

– (XII., 1929, „Weddinger Parteitag") VII, XI, XVIIf., LXXXIII, XCII, CXIII, 29, 32, 43, 50f., 58, 83, 88, 107, 118f., 164, 286, 369, 442, 535, 685

– 3. Reichsparteikonferenz (1932) LIII–LVI, LXI, LXXIX, LXXXVIff., XCIIf., 580ff., 592ff., 602, 605, 607f., 618, 625, 628, 640

Paul-Boncour, Josephe 629f., 639, 650

„Permanente Revolution" LXX, LXXXVIII

Peterson, Bruno 687

Peuke, Werner LXXVII

Peukert, Detlef LXXIV

Pfeiffer, Hans XCVI, 703, 715

Pieck, Wilhelm XXXV, XXXVIII, XLVI, L, LXXXIVff., LXXXVIII, XCIIIff., 58, 489f., 528

Pietczuch 549

Pilsudski, Jozef 57, 290, 639

„Pionier des Bolschewismus" 198

Pius XI. 111, 116, 288

Pjatakow, Georgi 691

Pjatnizki, Ossip XXV, XXX, XXXVf., XLV, XCVIII, CI, CVII, 181, 187f., 618, 716

Pokrowski, Michail 234

Pompili, (Kardinal) 111

Popow, Nikolai N. LXXXII

„Prawda" 84, 91, 204

„Pressedienst" 39, 42, 74, 94, 635f.

Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes (Freiheitsprogramm) XVI, XXVIf., LX, 205f., 217, 241, 346, 352, 358, 366, 385, 499, 501, 533, 598, 631

„Die Proletarische Freidenkerstimme" 101

„Proletarische Schulpolitik" 140

„Proletarische Sozialpolitik" LI

„Proletarskaja Revoluzija" 433f., 633

„Der Propagandist" XXX, XXXIVf., XXXIX, XLIf., CI, 99, 332f., 363, 371f., 705

Prügel LXXX

Putz, Ernst 467, 691

Raddatz, Erich LXXVIII

Ramsin, Leonid K. 258

Rau, Heinrich XCVI, CII, 281, 467

Reese, Maria 488

Reformismus s. SPD, Reformismus

Rehberg 703, 715

„Das Reichsbanner" 291f.

Reichsbanner (Schwarz-Rot-Gold) XLVIII, LXXX, 211f., 262, 291f., 392, 443, 485f., 488, 491, 494, 507f., 529, 549, 573f., 585, 611, 630f., 649, 652, 655–660, 677f.

– Reichsbanner-Arbeiter 223, 497, 504, 527

– Reichsbannerführer 307

– oppositionelle Gruppen im 491

Reichsbauernbund (RBB) 467f., 614

Reichsbund der Kriegsbeschädigten 343

Reichsjugendtag s. KJVD, Reichsjugendtag

Reichskontrolle s. KPD, Reichskontrolle

Reichskulturkonferenz s. IFA, Reichskonferenz

Reichslandarbeiterbund 464

Reichslandbund 186, 424

Reichspäsidentenwahlen s. Wahlen

Reichssportfest 135, 142ff.

Reichstag 290, 353, 554, 577

– Auflösung 492, 496, 568

– Brand LIX, CXI, 671, 676

– Eröffnung LII, 405, 417, 545, 550ff.

Reichstagswahlen s. Wahlen

Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) 84, 339

Reichswehr XXXV

– Reichswehrprozeß (in Ulm) 306

Reimers, Wilhelm 694, 699f., 702f., 706f., 715

Reinhardt d. i. Abusch, Alexander

Reinke, Ernst 277

Remmele, Hellmuth LXXXV

Remmele, Hermann XVIII, XXV, XXVIII, XXXIV, XXXIXf., L, LXII, LXXXII–LXXXVI, LXXXVIII, XCIII, 45, 50, 55, 277, 346, 363, 543

Reparationen, Reparationsfrage XXVII, 354, 533, 577

Republikschutzgesetz 59, 84, 88, 121, 123, 154f., 339, 377f., 482

„Der Revolutionär" XVIII, XCVIII, 198

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) XXI, XXV, XXIX, XXXIIf., XXXIX, XLIII, XLV, LIII, LVIIf., LXXf., LXXVIIf., LXXXIII, C, 49f., 121, 131f., 137f., 146–149, 162–165, 170, 182, 191, 196, 203, 206ff., 218–222, 224ff., 230, 232, 240, 243–249, 251–255, 257, 259, 263, 271, 274f., 280f., 285f., 292, 297, 299, 301, 310ff., 314f., 322f., 325, 328, 330f., 341, 346, 349, 352, 357ff., 363, 366f., 375, 381, 386, 392, 395f., 399, 403, 406, 413f., 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 432, 439, 441, 444–447, 451f., 461–465, 468, 471, 475, 485, 488, 490, 505, 512, 515, 527, 530, 533f., 537–540, 547, 556f., 564–567, 574, 579, 584, 586, 589, 595, 610, 613f., 619–623, 625, 627, 668, 670, 678f., 705, 709, s. a. Gewerkschaften

- Kongreß (1., Nov./Dez. 1929) XX, 62, 68, 92, 687, 689
- Reichsausschuß 168
- Reichskomitee CIII, 250
- Reichskonferenz 249, 254
- rote Verbände s. Verbände, rote
- selbständige Gewerkschaften, Aufbau von XXV, 245, 254ff.

„Der revolutionäre Propagandist" 427

Riegg, Franz Paul 705

Ritter, Ernst CXV

Röhm, Ernst 580

Rosenberg, Arthur LXIIIf., LXX, LXXII

Rosenfeld, Kurt 233, 355, 387, 406, 426, 438, 652f., 657

„Der Rote Aufbau" 449, 710

„Die Rote Einheitsfront" 287, 342, 488, 542, 705

„Die Rote Fahne" XIXff., XXIII, XXV, XXVII–XLII, XLV–XLVIII, LI, LVIIIf., LXIII, LXXI, LXXIII, LXXVII, LXXX, LXXXIII, LXXXVI, LXXXVIIIf., XCIV, Cf., CVII, CXIIIf., CXVI, 1, 2, 7f., 27, 37, 39–44, 50, 53, 55–62, 67ff., 71, 75, 80f., 84, 86f., 89, 92ff., 105f., 110ff., 115f., 120, 122, 126f., 135ff., 140, 143, 149, 154, 159, 161, 165, 167, 180, 182, 192ff., 196, 204f., 208, 214, 220, 223, 225f., 239f., 251, 256, 258, 261, 264f., 280f., 287, 290, 292, 294, 296, 305, 308, 316–319, 322, 325, 330, 335, 337, 339–343, 345ff., 363, 367, 377f., 382, 387, 390f., 398, 404f., 408, 415f., 433, 452, 473f., 477, 484f., 487, 489f., 493, 500, 510, 512, 514, 524, 527, 534, 538, 545, 547, 549f., 552, 560, 564f., 570, 573, 580–583, 597, 599f., 602, 611, 621f., 627, 632, 634f., 645, 650, 659–662, 685ff., 694–697, 700, 707, 709f., 714f., 717

„Rote Fahne" (KPÖ) 42

„Die Rote Front" 2

„Die rote Gewerkschaftsinternationale" XXXIX, LXXI

Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI, Profintern) XXXIX, 692

- IV. Kongreß (1928) 8, 22, 27, 133
- V. Kongreß (1930) XX, XXV, XXIX, 127, 133f., 145–149, 152, 166, 168, 203, 207f., 239, 243f., 249, 255, 312, 427, 429, 542, 610f.

Rote Hilfe (Deutschlands), (RH, RHD) XXVII, C, 1, 5, 13f., 131, 135, 141, 154–157, 166, 168f., 226, 260, 327, 336, 340, 375, 389–392, 395, 452, 468, 515, 574, 580, 610, 614, 668

- Kongreß 58f.
- Sammlung für 363
- Werbekampagne für 155, 168

Rote Jungfront (RJ) 68, 136, 277

Rote Jungpioniere 140, 369, 371, 425, 447, 710

Rote Landtreffen 180

„Die rote Offensive" 198

Rote Sport-Internationale (RSI) 143, 344, 362, 378

Rote Sportopposition 135, 144

„Das Rote Sprachrohr" 71, 371f.

„Der Rote Stern" 71, 547

„Rote Sturmfahne" LI, 538

Rote Verbände s. Verbände, rote

„Rote Wacht" IX, XXXIX

„Der Rote Wähler" 209, 518

Rote Wahlhelfer-Bewegung 443, 455, 460, 462

„Der Rote Zoller" LII

Roter Frauen- und Mädchenbund (RFMB) 13ff., 68f., 97f., 131, 134f.

Roter Frontkämpferbund (RFB) XCIV, 1, 2, 5, 10, 37, 155, 277, 501, 514

- Verbot des 37, 61, 68, 136, 377, 379, 503
- Gelöbnis 514

Roter Massenselbstschutz, Schutz- und Wehrorganisationen 36f., 43, 49, 68, 278f., 443, 446, 460, 462, 491, 501, 504, 509, 512, 515, 536f., 558, 566, 570, 574, 612, 623, 678

Roter Metallarbeiter-Verband (Berlin) s. Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins (EVMB)

„Roter Nordwest" IL, XCVIII

„Rotes Gewerkschaftsbulletin" 207

Rück, Fritz 687, 696

Rühle, Otto 688

Ruhrbesetzung 627f., 630, 634, 636, 641

„Das Ruhrecho" XXXIX, 389, 532, 646

„Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung" LIX, 676

Sandtner, Gustl IC

Schacht, Hjalmar 84

Schätzel, Georg 182

Schatzkin, Lazar 237

Scheffel, Rudolf 706

Schehr, John L. LXXXVf., LXXXVIII, XCIIIf., CVII, CX

Scheringer, Richard XXXV, 306, 332

Schiele, Martin 160, 178, 189f.

Schlaffer, Josef LXXXVI, 277

Schlageter, Albert Leo 632

Schlegel 712

Schleicher, Kurt von XVI, LIVf., LVII, LXIII, LXVII, 484, 544, 549, 554, 562, 570, 605, 619, 620ff., 628–631, 636, 640f., 644ff., 649, 652f., 657, 659f.

Schlesinger, Rudolf 703

Schlessmann, Paul 699

Schlips 704

Schloer, Jakob 156

Schmidt, Bernhard 706

Schmidt, Helmut 704

Schmidt, Johann Lorenz 99

„Die Schmiede" IL

Schneidewind, Kurt 714

Schneller, Ernst 547, 688, 694, 703f., 711

Schober, Johannes 82, 690

Schönfelder, Adolf 585

Schönhaar, Eugen 694, 700, 707, 709, 711

Scholz 696

Schrecker, Hans 704

Schubert, Hermann XCIII, XCVII, CIV

Schulte, Fritz LIII, LXXXIV, LXXXVI, XCIII, XCVII

Schulz 225

Schwab, Sepp 700

Schwab (Frau Schwab) 701

Schwarzbach, Helmut CXV

Seeckt, Hans von 7, 366

Seiter, Gustav 696

Selbmann, Fritz LXXXIV, XCVII

Selbstkritik LXXXI, CV, 90

Seldte, Franz XXXVII, 194, 371

Selge 697

Severing, Carl XX, XXXVIff., XLI, XLIII, XLV, XLVIII, LVI, LXXI, 25, 57, 84, 88, 97, 113, 117, 154, 238, 248, 254, 262, 294f., 314, 320, 323, 330, 339, 344, 362, 371, 377–380, 382ff., 388, 407, 458, 463, 470f., 487, 490, 532, 569, 590

Seydewitz, Max 233, 307, 355, 387, 406, 426, 438, 652f., 657

Sieg, John 696

Siemens, Carl Friedrich von 248

Sievers, Max 103, 116, 478, 574

Sievers-Verband s. Freidenker-Verband

Sinowjew, Grigorij XV, XLII, 81

Sinzheimer, Hugo 253

Slang d. i. Hampel, Fritz 697

Sluzki, A.G. 434f.

Snowdon, Philipp 39

Solidaritätstag, internationaler, der IAH 344

Sollmann, Wilhelm 636

Sommer d. i. Lenz-Winternitz, Josef

Sowjetunion, UdSSR XIVf., LI, LIX–LXII, 150, 358, 369, 407ff., 412

– Delegationen in die 60, 67, 89, 147–153, 258, 408

– Fünfjahresplan XXXI, 60, 68, 70, 78, 89, 101f., 150, 243, 282, 365, 368, 409, 433, 448, 454, 621, 650, 686, 690, 693

– Interventionsabsichten, Kriegsdrohung gegen die XIV, XVII, XXIf., XXXI, XXXIV, XLII, LI, LIV, LX, LXIII, LXXVI, 4, 36, 40, 60, 122, 142, 166, 270, 296, 309, 348, 352, 364ff., 376, 410f., 434, 443, 486, 499, 503

– Oktoberrevolution (Jahrestag, „7. Novemberkampagne") 60, 69, 407ff., 413f., 589, 600, 603, 685f.

– Propaganda für die 7, 102, 237, 242, 341, 344, 409, 413f., 448, 454, 462, 643

– Verteidigung der XVIIf., XXIII, XXVII, XLII, LIV, LXXIV, LXXVI, 9, 46f., 86, 89, 102, 111, 121, 123, 142, 150, 169, 177f., 310, 324, 348, 366ff., 370f., 408, 410f., 413, 460, 463, 476, 497, 501, 516, 550, 586, 588f., 598, 600, 603, 620, 633, 686

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Sozialdemokratie, Sozialdemokraten VIIIf., XIII–XIX, XXI, XXIIIf., XXVIf., XXXIIff., XXXVI, XXXVIII, XLII, XLIV, XLVI–IL, LIff., LVff., LIXff., LXVf., LXIXf., LXXIIf., LXXVIII, LXXXI, LXXXIV, LXXXVII, XC, 69, 105, 133f., 138, 154, 174, 178, 186, 214f., 223f., 227, 236–242, 287, 290ff., 294ff., 306f., 309, 329, 331f., 335, 364, 367, 370, 377, 380, 382, 384, 386, 388–392, 394, 396f., 401f., 410, 412f., 415, 418, 424, 432, 435, 438, 443, 446, 456, 459, 466, 473, 482, 484–488, 492, 494, 496, 499f., 502f., 527–530, 532, 534ff., 538, 540, 544, 548f., 551, 554f., 558, 562f., 568f., 574ff., 579f., 588, 590f., 596, 598f., 604, 611f., 614, 619, 621, 626, 629f., 635f., 638–643, 645, 657–660, 677ff., 682, 690, 704f.

– Arbeiter XXIV, XXXIf., XXXVIII, XLI, XLV, LVI, LXIXf., XCV, 87, 89, 130, 185, 220, 225, 262, 270, 272f., 287, 309, 314, 321, 324f., 329, 340ff., 347, 350, 356, 360, 369, 387, 401, 404, 418, 422, 441, 480, 484f., 491f., 496f., 507, 509, 517, 529, 535, 543, 555, 574, 585, 588, 653, 656, 668, 672, 675

– Arbeiterinnen 459

– Bürokratie 356, 585

– Fraktionen
Landtagsfraktion Preußen 489f.
Reichstagsfraktion 212, 253, 307, 564

– Führer, Führung CXI, 96, 238, 329, 356, 390, 414, 427, 473, 487, 490, 565, 597, 672

– Hauptfeind, Hauptstoß gegen XV, XVIII, XXI, XXIVf., XXVII, XXXII, XXXIV, XXXVII, XLIII, XLVII, LXf., LXVIIIff., LXXIII, LXXX, LXXXII, 205, 236, 502, 537, 641

– Linke, Opposition XIIIff., XXV, XLIII, LXXII, LXXXII, 82, 87, 125, 136ff., 212, 233, 239, 270, 307, 309, 342, 356, 360, 387, 389, 506, 514, 623, 652–656

– Panzerkreuzerfrage XXXIV, 306f., 314, 503

– Parteitag
Kiel (1927) 648
Magdeburg (1929) 648
Leipzig (1931) XXXVI, 304, 306ff., 337, 341f., 350, 352, 355ff., 360, 366, 376, 386f., 392, 403, 419, 649
geplanter (1933) 652, 654ff.

– Presse 76, 85, 237, 254, 388ff., 575, 597, 651

– Reformismus, Reformisten XX, LXXIX, 4, 20, 23, 28, 73f., 141, 145, 178, 241, 251f., 282, 285, 410, 416, 418ff., 628, 644

– „soziale Hauptstütze des Kapitalismus" XXXIVff., XXXVIII, XLI, XLVII, IL, LIV, LVII, LIX, 348, 353, 386, 418, 438, 495, 529, 606, 620, 639, 649, 651, 654

– „Sozialfaschismus", „Sozialfaschisten" XIVf., XVII–XX, XXIV, XXVII., XXXIIIf., XXXVI, XLIff., XLVI, LII, LVIf., LIX, LXVIIIff., LXXIIIf., 2, 10, 36, 40, 42ff., 46, 48, 55, 57, 66, 82, 84f., 89–92, 94, 105, 108, 110f., 115, 117, 119, 121, 123, 125, 133, 136, 162, 178, 184f., 194, 201, 203, 207, 210, 238f., 252, 257, 263, 266, 269f., 290ff., 323, 325, 334, 344, 350, 355, 379, 409f., 413, 425, 438, 471, 473, 475, 482, 491, 508, 528, 535, 586, 606, 630f., 639, 649f., 652f., 657

– Volksbegehren gegen die Notverordnung vom 11.9.1932 569, 575, 627

Sozialgesetzgebung 538, 575

Sozialistische Arbeiter- (II.) Internationale (SAI) 40, 296, 309, 361, 364f., 368, 410, 434, 436, 486, 639, 650, 676f.

– Wiener Kongreß 361, 364f., 370, 411

Sozialistische Arbeiter-Jugend (SAJ) 136ff., 223, 270, 287, 299, 306, 309, 316, 326, 329, 348, 361, 387, 424, 441, 529, 548, 655, 657

Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands (SAPD) XLIIIf., XLVII, LVI, LXIX, LXXII, LXXXII, 233, 307, 355f., 361, 387, 401, 406, 424, 426, 487f., 491, 508, 529, 653, 657

– linker Flügel des „Sozialfaschismus" 438, 488, 530, 535

„Sozialistische Monatshefe" 653

Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) 629

„Sozialistische Politik und Wirtschaft" 233

„Sozialistische Republik" LXI, 304f., 389

Sozialistischer Jugendverband (SJV) 424, 530, 657

Sozialpolitik 12–20, 164, 283, 291, 335f., 341, 451f., 469, 559f., 564, 567f., 614, 631, siehe auch ZK der KPD, Abteilung Sozialpolitik, sowie Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Organisationen (ARSO)

Sozialversicherung 560, 564f., 568

Spartakiade 344, 362, 378, s. a. Rote Sport-Internationale

Spartakusbund s. KPD

Sportler, Sportorganisationen 97f., 116, 274, 359

– reformistische 573

– rote, revolutionäre 344, 573, 590

Staat, Staatsapparat

- bürgerlicher XIVf., XXIIf., LIX, LXV, 329
- Faschisierung des s. Faschisierung

Staatsgerichtshof 562, 569, 575

Staatsstreich in Preußen (20. Juli 1932)LI, CII, 562, 565, 568, 572, 575, 579, 585, 590, 620f., 649

Stahlhelm XXIII, XXVIII, LV, LXXVIII, 36, 42, 48, 54, 186, 194, 224, 242, 269, 308, 341, 366, 376, 379, 383, 424, 545, 549ff., 572, 584, 598

- Stahlhelmvolksbegehren s. Volksbegehren gegen die Preußenregierung (1931)

Stalin, Josef IXff., XIII, XVff., XX, XXII, XXXVII, XLIIf., XLVI, LIV–LVII, LX–LXIII, LXVIII, LXXVI, LXXXIf., LXXXIVff., XCf., 226, 237, 409, 433ff., 437, 633, 638, 642, 648ff.

Stamm, Robert CII, CV

Stampfer, Friedrich XLVIIf., CXIV, 660f.

Stange, Franz 704

Staudinger, Hans 653

Stauss, Emil Georg von 224

Stegerwald, Adam 159, 310, 337, 359, 411, 503, 544

Stempelstellen 512, 680, s. a. Erwerbslose

Stennes, Walter XXXIV

Stenzer, Franz XCVI

Stephan, Franz 120, 696

Stern-Verlag 706

„Stimme der Opposition" 656

Stinnes, Hugo 633

Stoecker, Walter LXXVII

Stöhr, Franz XLIII

Strasser, Gregor 503, 544, 554, 622, 641

Strasser, Otto 197

Strasser-Gruppe XXVII

Strategie und Taktik IX–XII, XVI, XXI, XXIV, XXXf., LIIf., LX, LXIIf., LXVI, LXX, LXXV, LXXIX, LXXXVII, CIV

Streeruwitz, Ernst Streer Ritter von 82

Streik(s), Arbeitskämpfe XV, XX, XXXIII, 4, 85, 89, 232, 283, 285, 324, 330, 338, 362, 407, 421, 474, 499, 535, 548, 552, 555, 562, 566, 570ff., 575, 579, 584, 586, 589, 597, 606, 608, 627, 635, 646f., 667f., 678

- Berliner Metallarbeiterstreik 224f., 240, 243, 245f., 248, 250ff.,
- Berliner Verkehrsarbeiterstreik LVII, 620, 659, 662
- Danziger Hafenarbeiterstreik 403
- Generalstreik, politischer LIf., 499, 502, 511, 538ff., 545, 547, 557, 571f., 618, 622, 628, 647, 658f., 664, 672, 677
- Hamburger Verkehrsarbeiterstreik 579, 584f., 662
- Landarbeiterstreiks 469
- in Mansfeld XXV, 159, 163, 175, 190f., 224
- Massenstreik, politischer XXI, LXXXI, 56f., 85, 89, 117, 121f., 124, 167, 173, 195, 203, 207, 221, 241, 243, 249, 262, 264, 268, 270f., 285, 311, 315, 324, 362, 367, 369, 371, 404, 411, 414f., 417ff., 451, 454, 490, 499, 502, 505, 511, 537–540, 545, 547, 549, 557, 564f., 585, 601, 603, 618, 622, 628, 647, 649f., 658f., 664, 681f.
- Nordweststreik 159, 161, 163, 175, 189ff., 224
- politische XXV, LVII, 505, 538, 554, 669
- Proteststreik 544, 619
- Solidaritätsstreik 56, 241, 246, 249
- wirtschaftliche XXV, 89, 262, 285, 367, 371, 417, 420, 444, 451, 454, 490, 505, 538, 545, 554, 601, 628, 659, 669

Stresemann, Gustav 354

Ströbel, Heinrich 233, 406

Strohmeyer, Erwin 713

Suchanow, Nikolai Nikolajewitsch 296

Suhr, Paul XCVII

Syndikalismus VIII, XC

Syrzow, S. D. LXXXVI, 237

Tardieu, André 110

Tarnow, Fritz XXXVII, 87, 307f., 366, 376, 387, 654, 661

Technische Nothilfe (**TeNo**) 585

Thälmann, Ernst XIV, XVIIf., XX, XXIIf., XXV, XXVIII, XXXf., XXXV–XXXIX, XLI–XLIV, XLVIff., L, LII, LIV–LIX, LXIf., LXVI, LXIX–LXXIII, LXXVIII–LXXXVI, LXXXVIIIf., XCIIIf., CVIf., CX, CXIII, CXV, 77, 111, 127, 143, 204, 264f., 281f., 284, 286f., 289., 296, 317, 345f., 349, 352, 367, 372, 381, 415, 437, 440, 449, 455, 458ff., 462, 464, 467, 469ff., 473–477, 510, 532, 542f., 563, 567, 574, 586, 598ff., 602ff., 606f., 628, 633, 635, 638f., 641f., 646, 671, 676, 680f., 689

Thalheimer, August LXVIII, 21, 435f.

Thesen, Matthias LXXXIV, XCVI

Thorez, Maurice 600

Tiedt, Karl LI, 17, 343

Torgler, Ernst XLVIII, 488, 519, 580, 660, 680, 703, 715

Torhorst, Adelheid 653

Trenn, Hermann 49

Treviranus, Gottfried 401

„Das Tribunal" 155

„Die Trommel" 140, 710

Trotzki, Leo XXVIIf., XLVII, LXVIIIf.

Trotzkismus, Trotzkisten XIII, XLIII, LVI, LXXII, 237, 433, 438, 508, 657

Tschäpe, Herbert 701

Tschiang Kai-schek 39

Tubelis, Josef 57

Tucholsky, Kurt 156

UdSSR s. Sowjetunion

Uhlmann 714

Uhse, Bodo 467

Ulbricht, Walter XXIX, XL, XLVI, L, LVII, LXXX, LXXXIII–LXXXVI, XCIIIf., XCVII, CX, 8, 265, 512

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) VIII

– Parteitag Halle 436

Unionsbüro s. Menschewiki

Universum-Bücherei für Alle 233f.

„Unsere Zeit" 449

Urban 700f.

Urbahns, Hugo 119, 388

Urich, Max 242, 246f., 249, 252

„USSR im Bau" 691

Varga, Eugen LXXXI, 39

Verbände,

– christliche 349, 359, 547

– reformistische 285, 349, 359, 491, 547

– rote XXXIII, LVIII, LXXI, 29, 312, 326, 349, 403, 406, 421, 461, 463f., 506, 515, 557, 579, 586, 610, 614, 622, 668, s. a. RGO

Verfassung (Weimarer) 304, 554

Verfassungstag (11.8.) 370

Verlag Literatur & Politik 706

Versailler Vertrag XXVII, LIV, LXII, 242, 348, 385, 411, 455, 474, 480, 496, 500f., 512, 533, 550, 570, 579, 597ff., 620, 622, 627–630, 632, 634, 637, 639–642, 651

Versöhnler XVII, 46, 110, 118ff., 639

Vertrauensleute, Vertrauensmänner(körper) 331, 391, 566, 673

– revolutionäre, rote 124, 170f., 195f., 286, 321, 323, 349, 445, 539, 557, 608

Völkerbund 354, 358, 411, 454, 488, 629f., 651

Vogeler, Heinrich 156

Volk, Karl LXXVIII

Volksaktion

– für Arbeit, Brot und Freiheit 337f., 340f., 345, 347, 350, 358f., 366

– gegen Faschismus und Koalitionspolitik 290, 294f., 297, 310, 314f., 325, 329, 377

Volksbegehren,

– Braunschweig (1931) 415f.

– gegen Preußen-Regierung (1931) (Stahlhelmvolksbegehren) XVI, XXXII, XXXVI–XXXIX, LXXIIIf., LXXXIII, CVIIf., CXIII, 290, 293ff., 308, 322, 325, 327, 329, 371, 376, 378f., 383f., 388

– gegen Notverordnung vom 11.9.1932 569, 575, 627

– Oldenburg CXI

– Thüringen 263

Volksentscheid gegen Fürstenabfindung XIII

Volksentscheid, „Roter Volksentscheid" 371, 380–384, 388, s. a. Volksbegehren gegen Preußen-Regierung (1931)

Volksfront-Politik VII, LXVII

Volksrevolution XXIXff., XXXV, XL, LXXXI, 262, 264, 267f., 272, 274, 281, 294, 310, 314, 338f., 344, 346, 348, 352, 358, 369, 371, 381, 403, 426

„Die Volksstimme" 389

„Volkswille" XCVIII

„Der Vortrupp" 198

„Vorwärts" XXXVIIIf., XLVIIf., LXXVIII, LXXXIII, LXXXVIII, CXIV, 1, 39, 41f., 112, 115, 120, 160ff., 166, 226, 252, 364, 390f., 402, 409f., 444, 486, 503, 538, 563f., 569, 579f., 622, 659ff.

„Vorwärts (Der Abend)" LXXX, CXIV, 42, 44, 77, 80, 112, 126, 140, 162, 242, 252, 355, 433, 503, 658f.

„Vossische Zeitung" 590

Waentig, Heinrich 181f.

Wahlen

– Bürgerschaftswahlen Hamburg
(27.9.1931) XXXIXf., XLV, 349, 357, 404, 426
(24.4.1932) XLIV, 442, 482f., 528, 534

- Kommunalwahlen (Gemeindewahlen) XIX, 12, 20, 45ff., 76, 394, 571

  Braunschweig (1931) XXXIII, 307, 415, 426

  Hessen (1929) XXIII

  Preußen (1929) XXII, 12, 20, 45ff., 62, 69f., 91, 685

  Württemberg (1932) LXXX
- Landtagswahlen XIX, XLI, XLIV, 442f., 450f., 458, 461, 473, 483, 485

  Anhalt (24.4.1932) XLIV, 442, 482, 528, 534

  Baden (1929) XXII

  Bayern (24.4.1932) XLIV, 349, 357, 442, 482, 484, 528, 534, 697

  Hessen (15.11.1931) XLI, LI, 349, 357

  Hessen (19.6.1932) LI

  Lippe (15.1.1933) 535f., 671

  Oldenburg (Mai 1932) LI

  Preußen (24.4.1932) XLIVf., LI, 349, 356, 442, 461, 463, 477, 482, 484, 528, 534ff., 571, 697

  Sachsen (1930) XXVI

  Württemberg (24.4.1932) XLIV, 442, 482, 528, 534
- Reichspräsidentenwahl (13.3.1932) XLIVf., LXXXV, CIII, CV, 442f., 450f., 458, 460f., 463, 468, 470, 483, 485
  2. Wahlgang (10.4.1932) 442, 473, 477, 536
- Reichstagswahlen (20.5.1928) XXII, LXIX (14.9.1930) XXVI, XXVIII, XXXIII, XXXIX, XLI, XLIV, 200, 203f., 212, 214, 357, 368, 383, 394, 396, 535
  (31.7.1932) LI, CII, 496, 499f., 510, 516f., 519, 534, 539, 544, 546, 567, 591, 645, 697
  (6.11.1932) LVIII, LXIX, LXXXVI, 571, 573, 577f., 581, 595, 645, 671
  (5.3.1933) 657, 671, 676

Walter, Lisa 701

Wangenheim, Gustav von 54

Warkus, Max XXXVIII, LXXVIII

Wassilew, B. CVII

Weber, Hermann (Solingen) 699

Weber (Frau Weber, Solingen) 699

Weckerle, Eduard 307

„Der Weg der Frau" 334f.

Wehner, Herbert L, CVIIIf., CXVII

Weimarer Republik VII, XV, XVIII, XXIX, LXV, LXXIII, XCIf.

Weinert, Erich LXXIII, 103

Weingartner, Thomas XXI, XXVI, XXXIV, XXXVII

Weise, Martin 695

Wels, Otto 366, 369, 389, 463, 466, 649

„Welt am Abend" 715f.

Welterwerbslosentag s. Erwerbslosentag

Welttreffen, internationales, der Arbeiter- und Bauernkinder (II., Juli 1930) 192

Weltwirtschaftskrise, s. Wirtschaftskrise

Werner, Ferdinand 528

Wessel, Horst 112

Westermann, Hans 120

Wiemeister 714

„Wiener Abendzeitung" 55

Wieszt, Josef XXV, XLIV, LVIf.

Wilde, Grete 695

Winter, Gustav 473

Winterich, Jean LXXXIV, XCIII

Wirth, Joseph 311, 323, 326, 366, 401

Wirtschaftskämpfe XV, XXV, XXXIX, LIII, LVIII, LX, 8, 21, 30, 62, 67f., 85, 146, 171, 189, 203, 213, 239, 270, 295, 310, 315, 323, 349, 351, 381, 420, 428

Wirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise IX, XIII, XVI, XXI, XXXIII, 81ff., 114, 230, 237, 265, 348, 376

Wirtschaftspartei 353, 424

Wirtschaftsprogramm (Papens) 557, 559, 562, 565, 628, 661

Wissell, Rudolf 43f., 159

Wittorf-Affäre VII, XVII, LXXXIIf., LXXXVI, 687

Wloch, Karl 704

Woldemaras, Augustin 57

Wollenberg, Erich 695

Woroschilow, Kliment J. 39

WTB-Dienst (Wolffsches Telegrafen-Büro) 695

Young-Plan XVII, XXV, XXVII, 39f., 59, 77, 79, 81, 83f., 86, 88, 96, 107f., 111, 113, 121ff., 131, 157ff., 166f., 178, 215, 236, 241f., 248, 262, 268f., 293, 337f., 348, 354, 358, 365, 368, 411, 455, 474, 477, 487f., 490, 496, 501, 533, 640, 686, 689

Zentralismus s. Demokratischer Zentralismus

Zentralkomitee der KPD

- Abteilungen,
  Agitpropabteilung, (-apparat) LXXXI, XC, XCIVf., CII, CVff., 172, 176, 372, 407, 450f., 455, 600, 644, 685–691, 693, 704

Frauenabteilung XCIV, CII, 212, 216, 458f., 700
Genossenschaftsabteilung 461f.
Geschäftsabteilung XCIVf., CXVI, 694, 698, 706f., 710, 717f.
Gewerkschaftsabteilung LXXVII, XC, XCIV, 49f.
Kasse XCV
Landabteilung XCIV, 104, 177, 180, 463f.
Organisationabteilung XC, XCIVff., CVIf., 211, 393, 398, 400f., 443f., 450, 483, 489, 540f., 593, 607, 707
Parlamentsabteilung 443, 469f., 482f
Sozial-Politik 12f.

– Beschluß gegen den individuellen Terror XL, LXXVIIIf., 550, 576

– Geschäfts- und Finanzkommission XCV, CXVI

– Manifest an das arbeitende Volk 571f., 574f., 578f.

– Plenarsitzungen XCII, 7, 41, 45, 281, 294, 298, 306, 337, 369
Plenum Januar 1929 7
Plenum März 1929 7f.
Plenum August 1929 41, 43, 45
Plenum Januar 1931 XXX, XXXIII, 281f., 296, 298, 306, 337f., 346, 350, 357, 363f., 496, 651
Plenum Mai 1931 345f., 349, 351f., 357, 360, 363, 366, 496, 651
Plenum Februar 1932 440, 474, 496, 533, 536f., 545, 575, 586, 598, 651

Zentralverband der Angestellten (ZdA) 182, 448, 625

Zentrismus 355

Zentrum (Deutsche Zentrumspartei) XXVIII, XXXI, XLII, LV, LXXIII, 186, 206, 214f., 263, 266, 269, 272, 295, 305, 311, 329, 359, 369f., 490, 492, 494, 502f., 507, 528, 535, 544, 551, 554f., 561, 568f., 577, 580, 588, 590, 598f., 611f., 614, 629, 633, 675, 704f.

Zetkin, Clara LII, LXXXV, 550f.

Ziegler, Hans 652

Zille, Heinrich 106

Zörgiebel, Karl XX, XXIV, XLVIII, 85, 96, 112, 117, 136, 238, 254, 311, 314, 377

Zollunion (mit Österreich) 354, 631

Zwischenschichten s. Mittelschichten